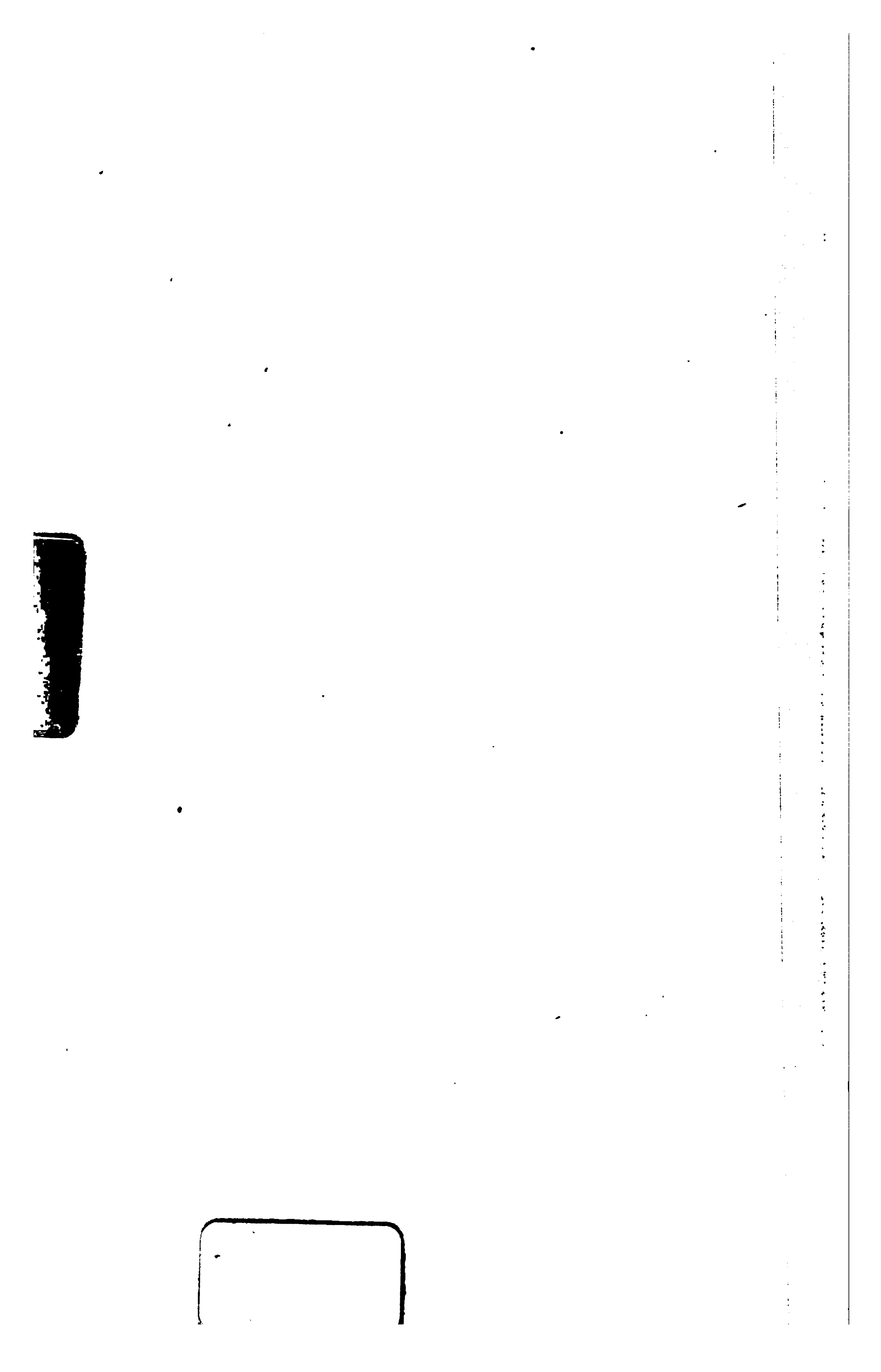



RC
Zwiedineck

Bibliothek deutscher Geschichte

Deutsche Geschichte

von der

Auflösung des alten bis zur Errichtung des neuen Kaiserreiches (1806—1871)

Von

H. v. Zwiedineck-Südenhorst

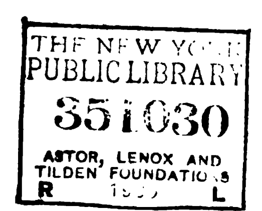
Dritter Band

Die Lösung der deutschen Frage und das Kaisertum der Hohenzollern

(1849—1871)



Stuttgart und Berlin 1905
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger


THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
351030
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS
R
L

Bibliothek

Deutscher Geschichte

unter Mitwirkung von

O. Gutsche, W. Schultze, E. Mühlbacher, M. Manitius,
J. Jastrow, G. Winter, Th. Lindner, V. v. Kraus, Kurt Kaser,
G. Egelhaaf, M. Ritter, R. Koser, K. Th. Heigel

herausgegeben von

H. v. Zwiedineck-Südenhorst



Stuttgart und Berlin 1905
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Deutsche Geschichte

von der

Auflösung des alten bis zur Errichtung des neuen Kaiserreiches

(1806—1871)

Von

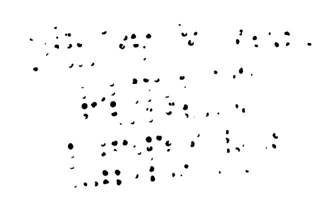
H. v. Zwiedineck-Südenhorst

Dritter Band

Die Lösung der deutschen Frage und das Kaisertum der Hohenzollern

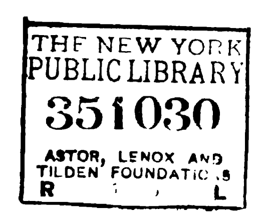
(1849—1871)

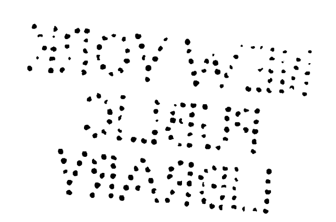




Stuttgart und Berlin 1905

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger





Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Vorrede.

Am Schlusse eines Werkes, dem er ein volles Jahrzehnt gesunden Mannesalters gewidmet hat, dürfte sich der Verfasser wohl einige Bemerkungen gestatten über die Absichten, die er bei seiner Arbeit verfolgt, und über die Beurteilung, die sie erfahren hat. Wer neueste Geschichte schreibt, thut aber besser, sich dieses Rechtes zu entschlagen. Auseinandersetzungen über Urteile und Ansichten erfordern mehr Raum, als eine Vorrede schicklich beanspruchen soll, und erreichen den Zweck, die Anhänger anderer Anschauungen diesen zu entfremden, in den seltensten Fällen. Es steckt zuviel Parteikatechismus hinter der Einschätzung neuzeitlicher Erscheinungen, zuviel vorgefaßte Meinung und Liebhaberei. Man hat seine Zeitungsartikel gelesen, hat politische Reden großer und kleiner Staatsmänner gehört und soll sich über Dinge belehren lassen, die man zum Teil miterlebt hat?

Jedermann verlangt nach objektiver Geschichtsdarstellung, meint aber nur jene, die seinem Herzen wohlthut. Und der Darsteller, der darauf ausgehen würde, objektiv zu erzählen, würde es niemandem recht machen und alle langweilen. Wir sind insgesamt mit so vielen intimen Fäden an die nächste Vergangenheit gebunden, daß wir bei der Betrachtung der jüngsten Geschehnisse unser Gefühl nicht gänzlich zum Schweigen bringen können. Selbst bei dem ernstesten Streben nach Unbefangenheit und gleichmäßiger Bewertung aller hin- und widerstrebenden Kräfte gelangen wir niemals zu einer völligen Unberührtheit von Liebe und Haß.

Menschlicher Anteilnahme an den Schicksalen von Einzelnen und Klassen, Staaten und Völkern kann sich der Geschichtschreiber nicht begeben, und weil er sich menschlicher Schwäche bewußt ist, darf er nicht zum Richter werden wollen, nicht vermessen annehmen, daß die Schranken wissenschaftlicher Kritik so stark sind, den Ansturm aller Vorurteile und Leidenschaften von ihm abzuhalten. Er darf es auch anderen nicht verargen, wenn sie Ansicht der Ansicht, Empfindung der Empfindung gegenüberstellen und gegen den aufbrausen, der ihnen einen schönen Wahn zerstören zu müssen glaubt.

Die Grenzen der Geschichte, möge sie sich zur Wissenschaft gestalten wollen oder mit dem Künstler Fühlung suchen, sollen dort gezogen werden, wo die

Reihenfolge der zu beobachtenden Thatsachen noch zu vergleichender Untersuchung ausreicht, wo die Wechselwirkung individueller Willensrichtungen und kollektivistischer Entwickelung in der Menge der Erscheinungen nachgewiesen werden kann. Es gibt keine Geschichte der Gegenwart. Bei der Feststellung der Demarkationslinie zwischen Vergangenheit und Gegenwart muß die Rücksicht auf die Vollständigkeit der Beobachtungsreihen, die wir aufstellen, den Ausschlag geben. Gerade diejenigen, die in dem Aufsuchen der „leitenden Ideen" das Kennzeichen historischer Wissenschaft erblicken, werden den Berührungspunkt sehr weit zurückrücken müssen, weil sie für die Entscheidung der Frage, ob und welche Ideen die Menschheit „geleitet" haben, eines möglichst großen Vergleichsmaterials abgeschlossener Thatsachen bedürfen, die in ihren Folgen überblickt werden können.

Indem ich in diesem dritten Bande an die Ereignisse von 1866 und 1870 herantrat, erkannte ich mit Bestimmtheit, daß hier die Gewinnung des historischen Standpunktes nur zum Teile gelingen kann. Nicht nur, weil die Quellen für die psychologische Begründung der entscheidenden Handlungen spärlich oder gar nicht fließen, sondern noch viel mehr, weil uns die Kritik des Erfolges sehr häufig fehlt und die Entwickelung der Neuschöpfungen noch zu keinem organischen Abschnitte gelangt ist. Mehr als vorher hat hier das nationale Gefühl und das rein persönliche Vorstellungsvermögen des Erzählers an die Stelle des strengen Prüfens und Bewertens treten müssen.

Darüber gibt es kein Rechten! Es ist nicht die Aufgabe des Geschichtschreibers, Ungläubige zu bekehren und Dogmen zu verteidigen. Wer seinen politischen und konfessionellen Götzen in Treuen dienen will, der halte sich an die vereidigten Parteihistoriker. Es werden noch immer etliche Geschichtsfreunde für denjenigen überbleiben, der nichts anderes bieten will als seine eigene Ueberzeugung von dem Thatbestande und dem Zusammenhange des Geschehenen. Das letzte Wort ist noch von niemanden für irgend einen Abschnitt der Weltgeschichte gesprochen worden; wer wollte sich, wenn er die von der Forschung noch kaum erleuchteten Pfade der Neuzeit wandelt, nicht bei jedem Schritte die Möglichkeit des Irrtums vor Augen halten? —

Meinem Verlage, der den Ansprüchen der Aufgabe, die wir gemeinsam auf uns genommen haben, stets mit Selbstlosigkeit nachzukommen bemüht war, darf ich mit diesen Zeilen wohl noch ein letztes Wort des Dankes sagen. Ich habe von ihm nur wohlgemeinte und berechtigte Ratschläge erhalten.

Graz, im Spätherbst 1904.

Hans v. Zwiedineck-Südenhorst.

Inhaltsverzeichnis.

Zweites Buch.

Das Kaisertum der Hohenzollern.

Erstes Buch.

Die Auseinandersetzung der deutschen Großmächte.

Erster Abschnitt.

Oesterreichs Wiedergeburt und Preußens Reformversuche.

Die deutschen Revolutionsparteien, sowohl die radikal=republikanische als die liberal=bundesstaatlich=monarchische, hatten mit der Auflösung des österreichischen Kaiserstaates gerechnet; die einen erwarteten die Bildung einer Anzahl von Republiken, die vielleicht durch eine lose „Konföderation“ verbunden bleiben würden, die anderen, an bestimmte und deutliche politische Vorstellungen nicht gewöhnt, waren nur in der Ueberzeugung einig, es werde eine Neugestaltung vor sich gehen, die dem Staate der Habsburger die Fähigkeit nehmen würde, den Beschlüssen des souveränen deutschen Volkes in den Weg zu treten. Die deutschen Politiker der Gagernschen Richtung sahen die Teilnahme der Abgeordneten aus Deutsch=Oesterreich am Frankfurter Parlamente nur so lange als berechtigt an, als sie weder durch Verfassungsgesetze in ihren Entschlüssen beschränkt waren, noch durch eine kräftige Regierung gehindert werden konnten, nationale Forderungen auf Kosten der Staatsinteressen geltend zu machen. Die Annahme, daß es mit der österreichischen Großmacht zu Ende gehe, daß selbst die Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion Karls VI. bezweifelt werden müsse, war während der Regierung der Ministerien Pillersdorf und Batthyany, nach dem Rückzuge Radetzkys über den Mincio und nach der Erhebung der Südslaven in den augenblicklichen Erscheinungen vollauf begründet, sie war bei den Mitgliedern der Dynastie noch mehr verbreitet wie unter den jugendlichen Kalabreser= und Kalpakträgern. Der Ausruf einer schmerzlichen Resignation in dem Schreiben der Erzherzogin Sophie an den vertriebenen Fürsten Metternich vom 23. März: „Sur quoi peut-on encore compter de nos jours!“ kehrt in der Korrespondenz der Mitglieder des kaiserlichen Hauses immer wieder; die Hoffnungslosigkeit ergriff selbst die stärkeren Naturen, man beschäftigte sich nicht mehr mit der Zukunft des Hauses, sondern mit den Existenzbedingungen der Einzelnen.

Wenn man die Frage aufwirft, ob die in dem Staate der Habsburger vereinigten Völker und Völkerbruchstücke damals die völlige Auflösung des bestehenden Verbandes angestrebt haben, wird man sie weder schlankweg bejahen noch verneinen können. Auch in Ungarn, das seine nationale Verfassung und eigenartige Verwaltung ganz unberührt erhalten und sich dadurch den Charakter eines Sonderstaates bewahrt hatte, war im Beginne der Revolution das Verlangen nach völliger Trennung von den übrigen Gliedern des komplizierten politischen Organismus nicht vorherrschend, nur darüber war man einig, daß die Art des Zusammenlebens völlig verändert, daß dieses auf die Grundlage einer freien Vereinbarung gestellt, von den Völkern selbst eingerichtet werden müsse. Von den Deutschen wissen wir, daß die meisten ihrer Vertreter die „deutsche Einheit" und das „große, freie Oesterreich" gleichzeitig erringen zu können hofften, bei den Tschechen und Südslaven sollte zwar die Freiheit durch die Zerreißung der Ketten und Bande begründet werden, mit denen sich jene von den Deutschen, diese von den Magyaren gefesselt erachteten, beide glaubten an die bevorstehende Befestigung einer Herrschaft der Slaven, aber doch immer innerhalb der Grenzen eines von den Habsburgern regierten Großstaates. Nur die Wünsche und Hoffnungen der Polen und Italiener mußten außerhalb dieser Grenzen ihre Erfüllung suchen. Im allgemeinen war die Meinung wohl am meisten verbreitet, man könne den Staat bekämpfen, ohne die Interessen der Völker zu gefährden, ja diese schienen geradezu die Abschaffung aller gemeinsamen Einrichtungen, die Vernichtung der staatlichen Autoritäten zu verlangen. Je freier der Volkswille schalten könne, desto gesicherter sollte die Zukunft aller sein. Daß die vermeinte Freiheit jedes einzelnen dieser Völker immer nur durch die Unterdrückung anderer „freier Willen" zu erreichen sei und daß nur Gewaltanwendung über die sich entgegenstehenden Bestrebungen entscheiden könne, wurde von den Demokraten aller Zungen außer acht gelassen. Die öffentlichen Gewalten waren übrigens im Bereiche der deutschen und deutsch-slavischen Provinzen nur in der Reichshauptstadt selbst dauernd erschüttert, in den Landeshauptstädten der Alpenländer haben die Behörden ihre Macht nicht verloren, in Prag wurde sie nach kurzer Unterbrechung wiederhergestellt, in Mähren hat sie nie ernstlich in Frage gestanden; die galizischen Bauern aber, die damals — und niemals wieder — ihre adelichen Herren eingeschüchtert und mundtot gemacht hatten, waren eifrig bemüht, sich dem Reiche, von dem sie Schutz gegen Vergewaltigung erwarteten, nützlich zu erweisen.

In den Landtagen traten die Bauern mit ihrem Verlangen nach Ablösung der Grundlasten in den Vordergrund der Verhandlungen, ihre Ungeduld nach der lange ersehnten „Befreiung" führte an manchen Orten zu ungebärdigen Auftritten und Unruhen, aber die Schwierigkeiten, die sich der Lösung der wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Fragen in dem engen Raume des Kronlandes entgegenstellten, kräftigte die Hoffnung auf das Reich und den Reichstag. Und wenn auch bisweilen Klagen über die unerschwingliche Blutsteuer laut wurden, wenn man sich im steierischen Landtage daran erinnerte, daß die Verfügung über die Wehrkraft des Landes seinerzeit den im Landtage versammelten Ständen zugekommen sei, so ging die Aushebung der zur Heeresergänzung erforderlichen

Mannschaften doch im ganzen anstandslos von statten, setzte die Steuerzahlung doch nirgends gänzlich aus. Die staatlichen Organe funktionierten fort, die kaiserlichen Beamten blieben in ihren Aemtern, den kaiserlichen Fahnen strömten ununterbrochen Freiwillige zu. Das Volk nahm für den Staat gegen die nach Unabhängigkeit verlangenden italienischen Provinzen Partei und äußerte den innigsten Anteil an den Schicksalen der österreichischen Armee in Italien. Es war daher unbedingt notwendig, daß der italienische Krieg geführt wurde, daß sich die Lebenskraft der Monarchie in der Zurückweisung eines ihre innere Erschütterung ausnützenden äußeren Feindes erwies. Nicht um die Rettung von Landschaften mußte gekämpft werden, die durch Lage, Erzeugnisse, Volkskraft oder Steuerertrag der Gesamtheit unentbehrlich geworden waren, es handelte sich nur um die Erprobung der eigenen Willenskraft und der Fähigkeit, seinen Willen durchzusetzen. Die gegen einen übermächtigen Feind im Felde stehende Armee vertrat eine gemeinsame Angelegenheit, sie verkörperte den Gesamtstaat, in der Sorge um sie, in der Teilnahme an ihrem Widerstande, an ihren Erfolgen äußerte sich das Gemeingefühl jener Bevölkerungsklassen, die an den Staat gebunden waren und in seinem Dienste ihren Beruf und Unterhalt fanden. Selten ist ein Dichter so ganz und gar zum Verkünder politischer Wahrheit und Weisheit geworden, wie Grillparzer in der berühmten Ode, die er im Anfang Juni 1848 an den Feldmarschall Radetzky richtete:

Aus Thorheit und aus Eitelkeit
Sind wir in uns zerfallen;
In denen, die du führst zum Streit,
Lebt noch ein Geist in allen.

Gemeinsame Hülf' in gemeinsamer Not
Hat Reiche und Staaten gegründet;
Der Mensch ist ein Einsamer nur im Tod,
Doch Leben und Streben verbündet.

Als der große Oesterreicher, von dem sein Biograph August Sauer sagen darf, daß er sich „in die Gedankenkreise und Gefühlsweise der Habsburgischen Dynastie seit Jahrhunderten wie kein Historiker vor und nach ihm eingelebt hat", in diesen Versen „seiner flammenden Begeisterung" Ausdruck verlieh, da war die trübste Zeit für den greisen Feldherrn, dessen große militärische Begabung wir schon in den Befreiungskriegen würdigen gelernt haben, bereits vorüber, da hatten seine Truppen bereits die Feuerprobe der Treue und Festigkeit bestanden und waren im Begriffe, von einer heldenhaften Verteidigung zu einem kühnen Angriffe überzugehen. Die Streitmacht, über die Radetzky im März 1848 verfügte, betrug 61000 Mann Infanterie, 3136 Reiter, 20 Feldbatterien und 5800 Mann Bedienungsmannschaft und technische Truppen. Von 63 Bataillonen waren jedoch 20 italienischer Nationalität, der Verlust durch Desertion nach dem Ausbruch der Revolution muß daher auf 10000 Mann berechnet werden. Nur einige wenige von diesen Bataillonen, so die des Regiments Erzherzog Sigismund, waren von ihren Offizieren so gut geleitet, daß sie ihrem Fahneneide treu

blieben. Die 17 Brigaden, in die sich die Italienische Armee gliederte, waren über das ganze lombardisch-venetianische Königreich verteilt, so daß nur zwei an der Grenze gegen Sardinien stehen konnten und drei für Mailand und Umgebung verfügbar waren.

Am 17. März, nachdem die Nachricht der Wiener Revolution nach Mailand gelangt war, griffen die bereits auf diesen Fall vorbereiteten Verschworenen zu den Waffen, riefen das Proletariat zum Barrikadenbau auf und setzten eine provisorische nationale Regierung mit dem Conte Casati an der Spitze ein, in der das aristokratische, mit Piemont sympathisierende Element überwog. Sofort veranlaßte Radetzky die Abreise des Vizekönigs Erzherzog Rainer, da er von vornherein überzeugt war, daß er ohne ausgiebige Verstärkung die Lombardei nicht werde halten können. König Karl Albert von Sardinien hatte keine Wahl in seiner Politik, er mußte der nationalen Bewegung die Kräfte seines Staates leihen, wenn er sie nicht den Republikanern überlassen und dadurch seinen Thron in Frage stellen wollte. Seine Armee betrug 60000 Mann Infanterie, 4000 Reiter und 96 Geschütze, von diesen konnten 45000 Mann sofort den Ticino überschreiten, auf eine gleiche Zahl durfte man aus den übrigen italienischen Staaten, in denen die Partei der nationalen Erhebung die Macht an sich riß, und von den Anhängern Mazzinis erwarten. Trotzdem die österreichischen Truppen am 18. noch der Revolte Herr werden konnten, zog sie Radetzky doch schon am 20. im Kastell und an den Thoren der lombardischen Hauptstadt zusammen und ordnete den Rückzug der an der Grenze, in Parma, Piacenza, Brescia und Bergamo exponierten Brigaden an. Am 22. verließ er nach einer heftigen Kanonade, mit der die Aufständischen in die Häuser getrieben worden waren, mit der ganzen Macht, die er zur Hand hatte, Mailand, zog die zerstreuten Heeresteile, soweit sie noch Bewegungsfreiheit besaßen, an sich und rückte an den Mincio; am 2. April konnte er sein Hauptquartier in Verona aufschlagen, seinem Hauptwaffenplatze und strategischen Stützpunkte, der mit Peschiera, Legnago und Mantua das berühmte Festungsviereck bildete. Mantua, dem sich bereits starke Kolonnen von Nationaltruppen aus dem päpstlichen Gebiete und aus Toscana näherten, war durch die Entschlossenheit des Kommandanten General Gorczkowski und den raschen Anmarsch der Division Wohlgemuth gerettet worden; damit war gegen den Flankenangriff vom Po aus einige Sicherheit geboten.

Leider war durch den Verlust von Venedig, den Feldmarschalleutnant Graf Zichy nicht hatte aufhalten können, nachdem alle seine Vorstellungen betreffend die Sicherung des Arsenals und der Kasernen unbeachtet geblieben waren, die Verbindung des Festungsviereckes mit der Isonzolinie und den Hauptstraßen nach den Erblanden sehr erschwert, ja zeitweise unterbrochen. Denn auch Padua und Vicenza hatten von österreichischen Truppen geräumt werden müssen, damit Verona gesichert werden konnte, während der Marschall noch im Anmarsche begriffen war. Die in Südtirol beabsichtigte italienisch-nationale Erhebung war durch das rechtzeitige Eintreffen einer Brigade Oesterreicher in Trient im Keime erstickt worden. Es zeigte sich bald, daß die revolutionäre Partei nur in den größeren Städten Anhang besaß, während das Landvolk sich entweder zurückhielt oder sogar dem Beispiele der Deutschtiroler folgte und die Grenzwacht auf

den Pässen der Alpen bezog. Die Organisation der Landesverteidigung war anfangs dem Kommandierenden von Südtirol, Feldmarschalleutnant Baron Welden, überlassen, der schon 1814 als Generalstabsoffizier in der Hillerschen Armee den Gebirgskrieg kennen gelernt hatte, sie gewann jedoch erst größeren Aufschwung, nachdem Erzherzog Johann in der zweiten Hälfte Aprils seinen ganzen Einfluß dafür einsetzte und mit rastlosem Eifer an die Arbeit ging.

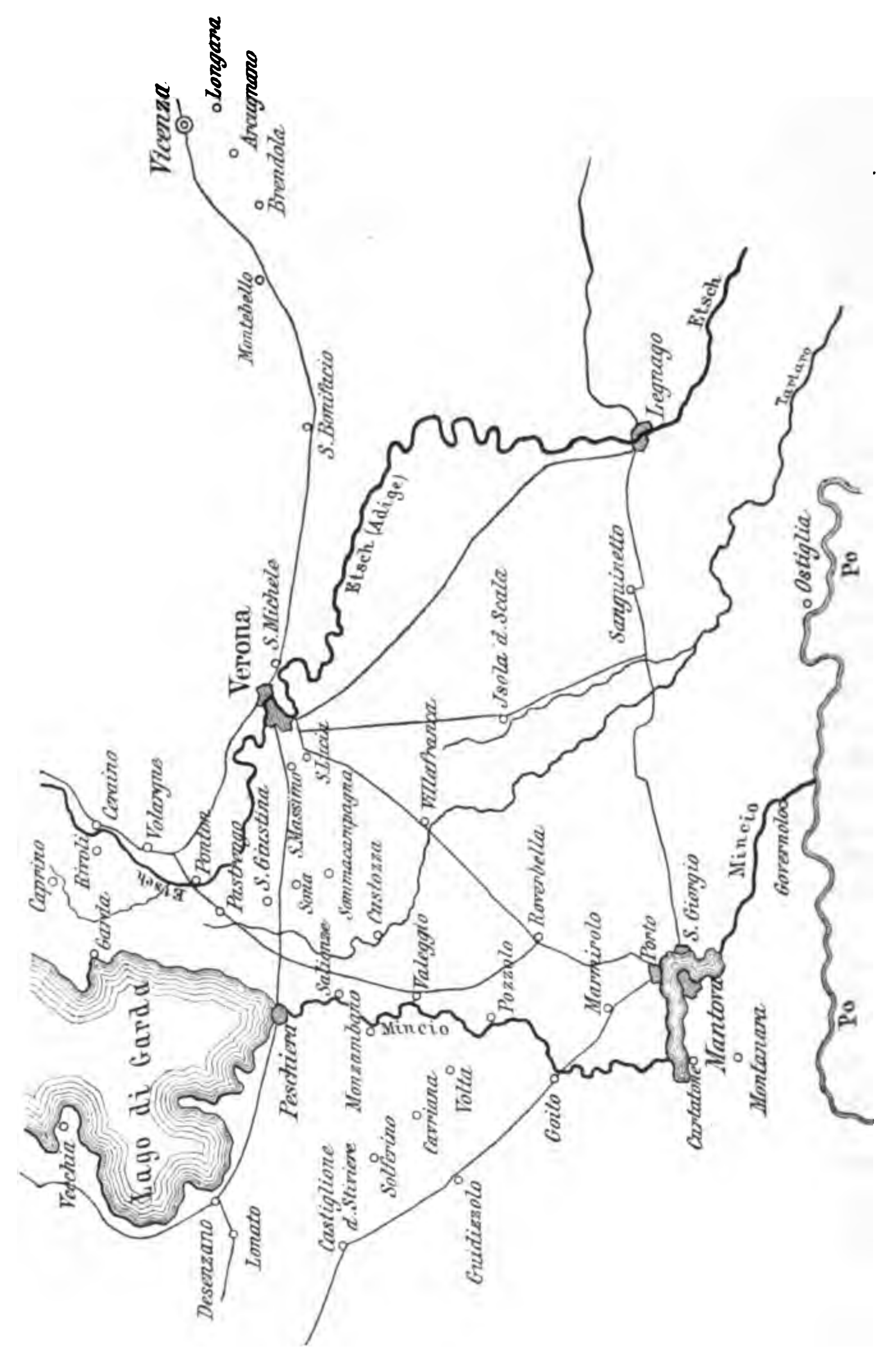
Am 29. März begann der Einmarsch der piemontesischen Armee in die Lombardei, eine Kolonne wandte sich gegen Brescia, die andere über Cremona nach Mantua. Ein Handstreich auf diese Festung ward an der Wachsamkeit Gorczkowskis zu Schanden, zu dessen Brigadekommandanten der vom Krakauer Putsch 1846 bereits bekannte Oberst v. Benedek gehörte. Die italienischen Freicorps, deren nahe Berührung mit der Armee wegen ihrer Disziplinlosigkeit gefürchtet wurde, waren zum Einfall in Tirol bestimmt. Sie besetzten auch zuerst den unverteidigten Landstrich von Cles bis zum Gardasee, wurden aber vom 19. April an in einer Reihe von kleinen Gefechten wieder zurückgeworfen. Mit der Hauptmacht ging Karl Albert nach dem Gefechte bei Goito am 8. April über den Mincio, griff jedoch die Stellung Radetzkys bei Verona nicht an, sondern wartete ab, bis er auf die Mitwirkung der am Po sich sammelnden päpstlich-neapolitanischen Truppen unter dem Kommando des Generals Johann Durando rechnen konnte. Die Großsprecherei der Italiener übertraf weit ihre Leistung, die hinter den Erwartungen zurückblieb. Die Mailänder unterhielten sich täglich mit Schauderberichten über den Tod Radetzkys und die Niederlagen seiner Armee, aber sie brachten den Piemontesen wenig Unterstützung; die in den lombardischen Städten eingesetzten provisorischen Regierungen verstanden es nicht einmal, die Deserteure der österreichischen Regimenter, die sofort schlagfertig gemacht werden konnten, in Verbänden zu vereinigen, zu verproviantieren und mit Munition zu versehen.[1]) Von den Lügen, mit denen die Unternehmer des Aufstandes die Bevölkerung über die thatsächlichen Zustände zu täuschen suchten, gibt das in ganz Italien verbreitete Bulletin über das Gefecht bei Goito eine Vorstellung, das folgenden Wortlaut hatte: „Es gibt keine österreichische Armee mehr. Vierzigtausend Gefangene haben sich gebeugt vor dem großen Schwerte Italiens. Radetzky hat beide Beine verloren und ist, an den Schweif seines Pferdes gebunden, unter dem Jubelgeschrei der Armee am Boden geschleift worden. Alle Fahnen, alle Kanonen, alles Gepäck sind in unsere Hände gefallen. Unberechenbar die Anzahl der Toten.“

Während 65 000 Piemontesen und Nationaltruppen den 35 000 Oesterreichern im Festungsviereck durch vier Wochen unthätig gegenüberstanden, sammelte Feldzeugmeister Graf Nugent, auch ein Veteran der Freiheitskriege gegen Napoleon I., ein Reservecorps am Isonzo, überschritt diesen Fluß am 16. April

---

[1]) Die beste Schilderung der durch die Revolution im Mailändischen geschaffenen Zustände gibt Alexander Hübner in dem ersten Teile des Werkes „Ein Jahr meines Lebens, 1848—1849“. Hübner-Hasenbredl, ein Schwiegersohn Pilats und Diplomat aus der Metternichschen Schule, war Gehilfe des Vizekönigs in Mailand und wurde nach seiner Befreiung aus der Gefangenschaft der Insurgenten am kaiserlichen Hoflager zu wichtigen Missionen und Staatsschriften verwendet.

mit 13000 Mann Infanterie, 8 Eskadronen und 54 Geschützen und trieb die Scharen Durandos, die sich von der adriatischen Küste bis Pontebba verbreitet



hatten, in mehreren Gefechten zurück, besetzte am 22. Udine und sicherte sich die Verbindung mit Kärnten. Am 30. stand das Corps bei Pordenone, am 3. Mai bei Conegliano. Zwischen ihm und der Hauptarmee des Marschalls

hielt sich noch Durando hinter der Piave. Karl Albert hatte endlich am 26. eine allgemeine Vorrückung eingeleitet und die Division Sonnaz zwischen Peschiera und Verona bis an die Etsch vorgeschoben, wodurch die kleine Festung am Gardasee von der Armee abgeschnitten war. Ein Versuch der Oesterreicher, Peschiera zu entsetzen, wurde durch das für die Piemontesen glückliche Gefecht bei Pastrengo vereitelt, dagegen gelang es diesen nicht, sich am 5. Mai bei Rivoli an der Etsch festzusetzen. Tags darauf rückte der König mit 41000 Mann und 80 Geschützen gegen Verona vor und Radetzky nahm mit 16000 Mann und 81 Geschützen die Schlacht an. Es ist die glorreichste dieses Feldzuges geworden, weil sie die überraschendsten Erfolge herbeiführte und dem Feldzuge die entscheidende Wendung gab. Den ganzen Vormittag wehrten sich am linken Flügel bei Sta. Lucia drei österreichische Bataillone, darunter die berühmten „Zehner Jäger" unter Oberst Kopal gegen drei italienische Brigaden, und als sie endlich um 1 Uhr zurückgingen, nahmen sie sofort wieder eine feste Stellung ein, an der sich die Sturmkolonnen des Gegners brachen. Am rechten Flügel wies d'Aspre bei S. Massimo und Croce Bianca alle Angriffe ab und konnte nachmittags seinen linken Flügel zur Flankierung von Sta. Lucia verwenden. Als um 4 Uhr die Brigade Graf Clam südlich von Sta. Lucia Boden gewann und bei Roveggia die äußerste rechte Flanke der piemontesischen Stellung bedrohte, ordnete Karl Albert den Rückzug an, der infolge der mangelhaften Disziplinierung seiner Truppen nicht anders als mit einer Flucht enden konnte. Mit einem Verluste von 15 Offizieren und 300 Mann hat Radetzky die Vorwärtsbewegung der italienischen Streitkräfte zum Stehen gebracht und diesen den Beweis geliefert, daß sie auch mit dem größten Uebergewichte der Zahl über die Oesterreicher nicht siegen können. Die Schlacht von Sta. Lucia, an der vier Erzherzoge, darunter der Thronerbe Franz Joseph und der von den Wiener Demokraten so sehr angefeindete Erzherzog Albrecht, als Freiwillige ohne Kommando teilnahmen, war von der größten moralischen Wirkung und von weittragender politischer Bedeutung, denn sie ließ wenig Aussicht übrig, daß es den Italienern gelingen könne, den Verzicht Oesterreichs auf seine italienischen Provinzen zu erzwingen.

Der Feldmarschall wartete nur das Anlangen des Reservecorps ab, um selbst zum Angriffe gegen die Piemontesen vorgehen zu können. Nugent wagte es nicht, die hochangeschwollene Piave angesichts des Feindes zu überschreiten, sondern marschierte über Vittorio nach Belluno, schlug die Freischaren Durandos bei Primolano und Quero und konnte am 16. Mai bei Visnadello vor dem Brückenkopfe von Priula am rechten Ufer der Piave sein Hauptquartier beziehen. Infolge Erkrankung übergab er hier das Kommando an den Feldmarschalleutnant Grafen Thun und dieser führte auf dringenden Befehl Radetzkys, nachdem er zehn Compagnien mit acht Geschützen zur Verteidigung des Brückenkopfes zurückgelassen, das Reservecorps in Eilmärschen bei Vicenza vorüber bis an die Vorposten der Hauptarmee. Wider Erwarten erhielt das Corps, über dessen allzu langsames und bedächtiges Vorgehen Radetzky wiederholt geklagt hatte, nun den Auftrag zur Ueberrumpelung von Vicenza. Sie gelang nicht, es wurden mit dem vergeblichen Angriffe jedoch drei kostbare Tage verloren, während welcher

wahrscheinlich Peschiera hätte gerettet werden können. Der Mangel an Lebensmitteln, den der offizielle Bericht vorschützt, kann nicht Ursache gewesen sein, daß man Thun nicht sofort an die Hauptarmee heranzog, denn nach der Schlappe von Vicenza mußte die Vereinigung bei Verona doch erfolgen. Die große Gefahr für die linke Flanke, die von den auf Venedig sich stützenden mittel- und süditalienischen Truppen drohte, denen die sardinische Flotte die Lebensmittel zuführte, wurde dadurch abgeschwächt, daß König Ferdinand von Neapel nach einem am 15. Mai über die Mazzinisten erfochtenen Siege seine Truppen zurückberufen konnte. Nur ein kleiner Teil derselben, 2000 Mann unter General Pepe, versagten den Gehorsam und begaben sich nach Venedig.

Radetzky konnte nun nicht länger säumen, die feindlichen Linien, die seine Bewegungsfreiheit hinderten, anzugreifen. Er beschloß, dem Vorbilde des Prinzen Eugen von 1701 folgend, die Stellung am Mincio, die sein Gegner einnahm, vom Süden her aufzurollen und setzte zu diesem Zwecke einen Flankenmarsch nach Mantua in Scene, der jedoch trotz der kühnen Stürme Benedeks auf Curtatone am Südufer des Mantuaner Sees und trotz der Einnahme von Montanara (29. Mai) erfolglos blieb, weil man sich Goitos nicht bemächtigen konnte.[1]) Die Kapitulation von Peschiera (30. Mai) verschlechterte sogar die Lage Radetzkys. Diesen verließ jedoch seine Ruhe so wenig als das Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit seiner Truppen; mit bewunderungswürdiger Spannkraft ging der 82jährige Feldherr unmittelbar nach dem Fehlschlagen seiner Unternehmung am rechten Ufer des Mincio zu einer anderen über, auf die der Gegner nicht gefaßt sein konnte. Während ganz Italien die Siege der piemontesischen Armee feierte, zogen die angeblich geschlagenen Oesterreicher, vom Feinde unbemerkt, aus der Stellung bei Mantua ab. Das Reservecorps wurde zur Deckung von Verona entsendet, mit den beiden anderen ging der Feldmarschall bei Legnago hinter die Etsch zurück, stand am 9. Juni vor dem mit Schanzen und Barrikaden befestigten Vicenza und zwang am 10. nach der Erstürmung des Monte Berico, den die Schweizer in päpstlichen Diensten tapfer verteidigten, die ganze Armee Durandos zur Kapitulation, der am 11. ihr Abzug hinter den Po folgte. Karl Albert hatte mittlerweile gegen eine schwache österreichische Abteilung, der die Aufrechterhaltung der Verbindung Veronas mit Südtirol oblag, einen kleinen Vorteil erlangt. Durch die Besetzung des Plateaus von Rivoli sperrte er die Etschstraße; für Radetzky war es aber viel wichtiger, daß ihm nach dem Siege von Vicenza das ganze venetianische Festland wieder zufiel, daß er von dort seine Armee reichlich mit allen Bedürfnissen versehen und sich über Schio und das Val Arsa eine ganz gesicherte Straße nach Roveredo eröffnen konnte. Der König hatte den Augenblick, in dem er vielleicht nochmals hätte zur Offensive übergehen können, versäumt. Radetzky blieb nun in der Lage seine Armee zu ergänzen und die Ankunft eines zweiten Reservecorps abzuwarten, das er der rastlosen Thätigkeit des Kriegsministers Latour verdankte. Von diesem konnten

---

[1]) General Schönhals schreibt in den „Erinnerungen eines österreichischen Veteranen" (Cotta, 1852) die Schuld dem Feldmarschallleutnant d'Aspre zu, der sein Armeecorps nicht an dem Angriffe teilnehmen ließ, weil er eben von einem heftigen Podagraanfalle heimgesucht war.

12000 Mann als viertes Corps zur Hauptarmee abgegeben werden, mit dem Reste ging Welden vom Isonzo zur Einschließung von Venedig vor.

Die italienische Heeresleitung trug sich mit dem Gedanken einer Offensive in der Richtung von Mantua, da die Aussicht, bei Verona Boden zu gewinnen, wesentlich vermindert war, seitdem vor den Augen der Italiener die westliche Front des verschanzten Lagers fortwährend verstärkt wurde. Als General Bava bei Governolo über eine vereinzelte österreichische Kolonne einen Sieg davontrug, glaubte er einen bedeutenden Erfolg erzielt zu haben. Der König hingegen konnte sich nicht entschließen, sein Augenmerk von Rivoli abzulenken, von wo er sich eine Ueberflügelung der Hauptmacht Radetzkys und die Gewinnung des Eingangs nach Tirol erwartete. Radetzky erkannte, daß seit Mitte Juli das Zentrum seines Gegners geschwächt war, und obwohl dasselbe in der Linie S. Giustiniano—Sona—Sommacampagna—Custozza, in der das den Gardasee südöstlich umsäumende Hügelland ausläuft, eine außerordentlich starke Stellung besaß, entschied er sich doch dafür, hier durchzubrechen. Eingeleitet wurde die Aktion am 22. Juli mit einem Angriffe des von Thun geführten Corps an der Etsch gegen Rivoli, der so glänzend gelang, daß sich General Sonnaz, der davon betroffen worden war, veranlaßt fand, seinen linken Flügel bis hinter Peschiera zurückzunehmen, so daß er seinem Zentrum und rechten Flügel keine Unterstützung bringen konnte, als am 23. der Hauptstoß des ihm dreifach überlegenen Gegners gegen diesen erfolgte. Die Oesterreicher waren um 1 Uhr nachts von Verona aufgebrochen, hatten stehenden Fußes mitten im Marsche ein furchtbares Gewitter über sich ergehen lassen und waren dann schon in den ersten Morgenstunden Herren der befestigten Höhen geworden, die den Italienern uneinnehmbar geschienen hatten. Am 24. konnten bereits drei österreichische Brigaden über den Mincio gehen. Karl Albert, von diesen Ereignissen überrascht, mußte trachten, sich Valeggios zu versichern, während Bava von Mantua nach Goito marschierte, um dem Könige als Reserve zu dienen. Schon frohlockten die Italiener, als ihnen am 24. abends der Ueberfall über die Brigade Simbschen bei Sommacampagna gelang und 1000 Gefangene in ihre Hände fielen; sie ahnten nicht, daß bereits zwei Armeecorps um sie versammelt waren, die ihnen am 25. in dem Gelände, dessen Schlüsselpunkt Custozza ist, eine vollständige Niederlage beibrachten. Hätte Karl Albert eingesehen, daß damit sein Verbleiben am Mincio sein Ende finden mußte, so würde er seine Armee noch in ziemlicher Ordnung aus dem Bereiche der Gewalt Radetzkys haben führen können. Er ließ sich aber am 26. bei Volta nochmals in einen Kampf ein, der anfangs Erfolg versprach, in seinem Verlaufe aber wieder gegen eine Uebermacht geführt werden mußte, so daß nun auch die tapferen piemontesischen Heeresteile entmutigt wurden und der Rückzug in Flucht überging. Nur die nicht ganz aufrichtig eingeleiteten und deshalb fruchtlosen Waffenstillstandsverhandlungen brachten ihm etwas Erleichterung.

An Widerstand durfte Karl Albert in nächster Zeit nicht denken, er mußte Cremona preisgeben und die Addalinie dem Feinde überlassen, dennoch versuchte er noch Mailand zu halten, wo 40000 Nationalgarden zu seiner Verfügung stehen sollten. Seine eigenen Truppen schlugen sich am 4. August

tapfer vor den Thoren der Lombardenstadt, aber deren Einwohner bedrohten den König persönlich, als der Kriegsrat die Räumung und den Rückzug der italienischen Armee hinter den Ticino mit Radetzkys Bewilligung anordnete. Karl Albert entging nur durch die Aufopferung seiner Generale der Gefahr, von dem treulosen Pöbel, der den königlichen Palast belagerte, getötet zu werden. Der beschleunigte Einzug der Oesterreicher am 6. August verhinderte die Plünderung Mailands durch das von den Republikanern aufgehetzte Gesindel. Am 9. August schlossen die Generalquartiermeister der beiden Armeen, General v. Heß und General Conte Salasco, einen sechswöchentlichen Waffenstillstand, der ohne Kündigung sich mit stillschweigender Uebereinkunft verlängern konnte, wonach die Reichsgrenzen als Demarkationslinien angenommen wurden. Sardinien räumte Peschiera, Rocca d'Anso und Osoppo, Modena, Parma und Piacenza und versprach, seine Truppen auch aus Venedig herauszuziehen. Diese Bedingungen konnten nach den vorausgegangenen Siegen der österreichischen Armee nur als höchst milde und zuvorkommend, jeden Rachegedanken ausschließend, erkannt werden. Die Wiederherstellung des Friedens hätte die unmittelbare Folge des Waffenstillstandes sein können, wenn der geschlagene Teil nicht Unterstützung von außen erlangt hätte. Wie der Zar seinem Schwager Friedrich Wilhelm in den Arm fiel, als er Schleswig-Holstein befreien wollte, so machten nun England und Frankreich Miene, Oesterreich die Rückerwerbung des lombardisch-venetianischen Königreiches verwehren zu wollen.

Oesterreich hätte, nachdem es vor ganz Europa seine Macht über das revoltierende Italien bewährt hatte, allerdings auch freiwillig auf den größten Teil seines italienischen Besitzes verzichten können. Die seither gewonnene Erfahrung muß unser Bedauern darüber erregen, daß noch so viel Geld, Blut und Kraft von österreichischer Seite für die dem Staate nur schädliche Erwerbung geopfert wurde. Aber nicht die Erfahrung von 1859 und 1866 war notwendig, um die Wertlosigkeit der italienischen Provinzen zu erkennen, man kann sich sehr gut vorstellen, daß politisch urteilende österreichische Patrioten die Ueberzeugung gewannen, es sei Zeit, die Kräfte des Staates auf seinen inneren Aufbau zu verwenden und jene Gebiete abzustoßen, die weder durch die Tradition, noch durch ein wirtschaftliches Band mit den Hauptbestandteilen des Donaureiches zusammenhingen. Die Wiederaufrichtung der Republik von San Marco unter österreichischer Protektion hätte den Interessen Oesterreichs an der Adria völlig genügen können! Dieser Gedanke war auch zur Aussprache gelangt, und zwar nicht nur im Auslande, auch Erzherzog Johann und Wessenberg haben ihn ernstlich erwogen. Wäre es wohl zum Oktoberaufstand und zum Kriege mit Ungarn gekommen, wenn die Armee von Sta. Lucia und Custozza nach Wien und Agram marschieren und an der Leitha kampfbereit Stellung nehmen konnte? Auch eines Kossuth Beredsamkeit vermöchte die nationale Eitelkeit der Magyaren nicht so hoch zu spannen, daß sie den Kampf gegen das geeinte Oesterreich und seine Armee mit einem Schimmer von Siegeshoffnung aufnehmen würden. Und wären sie dennoch so verblendet gewesen, ihre Unabhängigkeit mit den Waffen erzwingen zu wollen, so hätte es gewiß der Hülfe Rußlands nicht bedurft, um ein Vilagos herbeizuführen.

Unzugänglich für diese Erwägungen war aber die siegreiche Armee und — was am schwersten wog — der siegreiche Feldherr. Seinem Ansehen war kein österreichischer Staatsmann gewachsen, es gab weder in der kaiserlichen Familie, noch unter ihren Ratgebern einen Mann, der — ähnlich wie Bismarck in Nikolsburg — die Bedeutung eines Verzichtes für die zukünftige Entwickelung gesunder freundnachbarlicher Verhältnisse hätte zur Anerkennung bringen können. Radetzky vertrat mit einer Energie, die den sonst so gutmütigen Alten zur Unhöflichkeit gegen Andersdenkende verleitete, das Verlangen, die Provinzen, die er zurückerobert, auch zu behalten. Und wer will ihm dies verdenken und wer könnte übersehen, daß er dabei die öffentliche Meinung in Oesterreich, soweit sie nicht von anarchistischen Demokraten beeinflußt war, hinter sich hatte, daß namentlich die Deutschen, die damals Heer und Verwaltung fast ausschließlich beherrschten, noch immer dafür schwärmten, die alte Kaiserpolitik in Oberitalien fortzuführen und — einige angenehme Dienstjahre in den herrlichen Gefilden des südlichen Alpenvorlandes zuzubringen?

Ein Teilungsprojekt war auf diplomatischem Wege, jedoch in unverbindlicher Form, schon vor den Schlachten bei Verona zu stande gekommen. Hofrat v. Hummelauer, vom Grafen Ficquelmont nach London gesandt, hatte mit Palmerston den Vorschlag vereinbart, Oesterreich überlasse den Lombarden die Verfügung über ihre eigene Zukunft, gestalte jedoch das Venetianische zu einer autonomen Provinz mit selbständiger Verwaltung unter einem Vizekönige aus dem regierenden Hause. Palmerstons Kollegen im Ministerrate, die Lords Russell und Minto, verwarfen ihn aber und verlangten von Oesterreich, daß es beide Provinzen preisgebe. Wessenberg sandte von Innsbruck aus den Legationsrat v. Schnitzer nach Mailand, um mit der provisorischen Regierung einen Friedensschluß auf der Grundlage der Trennung der Lombardei von Venetien zu besprechen. Im Juni glaubten Casati und seine Freunde diese Bedingungen noch für unmöglich erklären zu müssen. Ihre Veröffentlichung würde sofort einen neuen Aufstand in Mailand herbeiführen. Auch der stolze Waffengang der österreichischen Armee hat die italienische Nationalpartei nicht davon zu überzeugen vermocht, daß sie sich glücklich preisen müsse, wenn sie auch nur den bescheidensten Teil ihrer Erwartungen erfüllt sehe. Sie rechnete jetzt mit einer Intervention Frankreichs.

Die durch die Februarrevolution ins Leben gerufene Republik hatte in den Junitagen ihre Existenz gegen die anarchisch-sozialistische Partei behauptet, die sich der öffentlichen Gewalt bemächtigen wollte. Die provisorische Regierung hatte durch ungeschickte Finanzmaßregeln neue Beunruhigung erzeugt und in der Kommission für Organisation der Arbeit ein Parlament der Proletarier geschaffen, von dem die in den Nationalwerkstätten aus Staatsmitteln unterhaltenen Arbeiter als Mobilgarde verwendet wurden. Schon im Laufe des März schied sich das besitzende Bürgertum und die kommunistische Partei in den Vereinen und Klubs scharf ab und trachtete ebenfalls, sich zu dem kaum mehr zu vermeidenden Kampfe zu ordnen. Dadurch gelang es, in der am 4. Mai zusammentretenden, auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes gewählten Nationalversammlung eine Mehrheit von gemäßigten Republikanern zu erzielen und die Schöpfer der neuen

Verfassung: Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin in die Exekutivkommission zu wählen. Die Führer der Kommunisten, Blanqui, Huber, Raspail, veranlaßten deshalb am 15. Mai die Vergewaltigung der Nationalversammlung durch ein Aufgebot von 50—60000 Arbeitern, sie bemächtigten sich des Versammlungssaales und setzten eine neue provisorische Regierung ein. Als sie sich aber auch zu Herren des Stadthauses machen wollten, wurden sie von der Nationalgarde vertrieben, viele Anführer verhaftet, die Massen auseinandergejagt. Die wieder in Thätigkeit tretende Nationalversammlung erkannte nach eingehenden Debatten, daß die Ordnung der Staatsfinanzen und die Wiedererlangung eines öffentlichen Kredites unmöglich seien, wenn der Staat in Paris allein täglich 300000 Franken für faulenzende Arbeiter auslegen müsse, und beschloß deshalb die Sperrung der Nationalwerkstätten. Die davon betroffenen Arbeiter bereiteten nun einen neuen Aufstand, am 23. Juni starrte Paris wieder von Barrikaden und es begann ein blutiger Kampf zwischen den Anhängern der gemäßigten und der roten Republik. Der mit der Diktatur betraute Kriegsminister General Cavaignac besiegte durch rücksichtslose Anwendung der militärischen Gewalt die Kommunisten, nachdem General Bréa und der Erzbischof Affre von Paris den Versöhnungsversuchen zum Opfer gefallen waren. Es wurden in allen Stadtteilen Schlachten geliefert, in denen mindestens 10000 Menschen getötet und verwundet wurden. Bei den Linientruppen fielen von elf kommandierenden Generalen sieben. Am 28. Juni konnte die Nationalversammlung in der Person des siegreichen Kriegsministers, der zum Conseilspräsidenten erhoben wurde, Frankreich ein neues Haupt geben, die anarchistischen Klubs aufheben und die Freiheit der Presse gesetzlich beschränken.

Die besiegten Kommunisten hatten Krieg gegen Rußland und gegen Oesterreich verlangt, Polen und Italien sollten durch die Waffen Frankreichs befreit werden, aber auch unter ihren Gegnern gab es viele Freunde einer Schilderhebung zu Gunsten der Errichtung einer einheitlichen italienischen Republik. Die Regierung der Präsidentschaft Cavaignac war sich aber klar, daß sie kein Interesse daran habe, sich zu weit in die italienischen Angelegenheiten einzulassen. Sie würde die Bildung republikanischer Mittelstaaten ebenso unterstützt haben, wie es ehedem die Direktorialregierung gethan hatte, aber sie hatte kein Bedürfnis, an den Grenzen Frankreichs ein monarchisch regiertes Oberitalien sich konstituieren zu sehen. Aber auch in seiner Sympathie für die Republikaner mußte es scharfe Unterscheidungen machen. Die mazzinistischen Verschwörer, die in Europa den Krieg gegen alle bestehenden Staatsordnungen entfachen wollten, und die Skandalmacher von Livorno und Bologna eigneten sich nicht zu Verbündeten der Bourgeoisie, die den Kampf um ihr Dasein siegreich geführt hatte. Auf gewaltige Kraftanstrengungen war das junge, republikanische Staatswesen durchaus noch nicht eingerichtet, 50000 Mann, die Karl Albert am 6. August von ihm verlangte, konnte es nicht für Italien aufbringen, denn Lamoricière, der Kriegsminister Cavaignacs, hatte nur 25000 Mann für die Alpen zur Verfügung. An eine Verminderung der Garnisonen in Paris und den Hauptstädten, wo die Gefahr kommunistischer Aufstände noch lange nicht beseitigt war, durfte nicht gedacht werden, also waren kriegerische Schritte der deutschen Zentralgewalt,

zu der diese von der Nationalversammlung gedrängt werden konnte, wenn Frankreich den Oesterreichern in Italien entgegentrete, so ziemlich gleichbedeutend mit dem Sturze der Regierung. Rußland war nicht zu fürchten, es konnte durch Anweisung auf Entschädigungen im Orient von dem Einspruche in westeuropäische Angelegenheiten abgelenkt werden,[1]) aber man war auch den deutschen Bundeskontingenten nicht gewachsen, wenn sie nach Aufstellung einer französischen Armee in Oberitalien über den Rhein gingen.

Daß die Frage der Intervention in Italien von der republikanischen Regierung sehr ernst genommen wurde, beweist die Sorgsamkeit, mit der sie sich Einblick in die Machtmittel Sardiniens verschaffte. Der Reichsverweser Erzherzog Johann hat darüber folgende „konfidentielle“ Mitteilung aus Paris, 14. Oktober 1848 erhalten: „Die französische Regierung hat mehrere Offiziere nach Piemont gesandt, um über den Stand und die Macht des sardinischen Heeres Erkundigungen einzuziehen. Der Bericht ist einstimmig dahin ausgefallen, daß Karl Albert nicht im stande ist, dem Marschall R. die Spitze zu bieten. Ein Teil der piemontesischen Truppen bestände allerdings aus vortrefflichen Soldaten, allein Offiziere und Generäle wären unzulänglich und l'ensemble der Armee nicht mit der österreichischen zu vergleichen. Auf diesen Bericht gestützt hat die französische Regierung peremptorisch dem König Karl Albert erklärt, daß er nicht auf die Unterstützung Frankreichs rechnen soll, wenn er den Fehler begehen würde, den Krieg gegen Oesterreich zu erneuern.“ Der Korrespondent ermuntert die deutsche Reichsregierung, Oesterreich bei der Herstellung der Ruhe in seinem Innern zu unterstützen, denn wenn Radetzky aus Italien abberufen werden müßte, dann könnte Karl Albert doch gezwungen werden, den Ticino zu überschreiten. „Es ist dann möglich, daß General Cavaignac und die Männer des ‚National‘, um ihr va-tout zu spielen, sich dann der roten Republik in die Arme werfen und den allgemeinen Krieg hervorrufen.“ Nachdem Wien auch ohne Reichshülfe unterworfen worden war, mußte Frankreichs Respekt vor der österreichischen Armee jedenfalls gestiegen und auch die Hoffnung, mit den Roten Siege gegen sie zu erfechten, geschwunden sein.

Während Radetzky, in banger Erwartung von Verstärkungen, im Festungsviereck Deckung gesucht hatte, war man in Wien nicht abgeneigt gewesen, über die Etschgrenze zu verhandeln. Palmerstons Antrag vom 7. August, wonach das Königreich Sardinien durch die Lombardei mit Mantua und Peschiera zu vergrößern und die Grenze gegen Oesterreich von Lacise am Gardasee über Villafranca nach Ostiglia am Po zu führen gewesen wäre, fand nicht mehr die Zustimmung Wessenbergs, der nach der Einnahme von Mailand nur noch für die Minciolinie eintreten zu können erklärte. Bastide hatte zwar den Vorschlägen Palmerstons zugestimmt, aber er wollte sich in keiner Weise für die Vergrößerung Sardiniens binden, sondern suchte Oesterreich von der Rückeroberung Venedigs abzuhalten, indem er zu verstehen gab, daß Frankreich die Errichtung eines lombardisch-venetianischen Nationalstaates, der von einem Erzherzog regiert und mit dem

---

[1]) Reuchlin, Geschichte Italiens II, 2, mit Hinweis auf die anonyme Schrift „Italia e Francia“.

Kaiserstaate in einer losen Verbindung erhalten werden könnte, jeder anderen Gestaltung vorziehen würde. Er begünstigte die Uebernahme der Regierung durch Manin, nachdem die bereits beschlossene „Fusion“ Venedigs mit Piemont infolge des Waffenstillstandes unausführbar geworden war. Piemont aber spielte an der Adria ein falsches Spiel, es zögerte mit der Ausführung der Vertragsbedingungen. Der Eskadrekommandant Albini und Oberst La Marmora, der die noch in Venedig befindlichen Reste des Corps Durando befehligte, blieben in den Stellungen, die sie längst hätten verlassen sollen.

Nach dem Falle von Wien war man in Turin überzeugt, daß Oesterreich auch die Lombardei nicht mehr gutwillig abtreten werde und daß die Erneuerung des Krieges nicht aufzuhalten sei. Der Gesandte der deutschen Zentralgewalt, Dr. Heckscher, hat darüber schon im November an den Reichsverweser berichten können. Das Anwachsen der radikalen Strömung in Toscana und in Rom mußte Karl Albert um den eigenen Thron und die Zukunft seiner Dynastie besorgt machen, wenn er sich von der revolutionären Bewegung in Italien zurückziehen und mit Oesterreich sich vergleichen würde. Er hätte sich wohl schon mit Parma und Modena begnügt, mußte aber die betrübende Erfahrung machen, daß auch der Großherzog von Toscana, der sich mit Hülfe der gemäßigten konstitutionellen Elemente in seinem Lande behauptet hatte, auf dessen Vergrößerung durch modenesische und parmesanische Gebiete rechnete. Der Idee einer Konföderation italienischer Mittelstaaten unter der Führung des Papstes als des Herren von Rom, die von Gioberti und Kardinal Rosmini vertreten wurde, stellten die Demokraten den von Montanelli zuerst erhobenen Ruf nach einem konstituierenden italienischen Parlamente entgegen, das nach Frankfurter Muster und wohl auch gestützt durch eine Verbrüderung mit der deutschen Nation den italienischen Bundesstaat konstruieren sollte. Keiner dieser Wege versprach eine wesentliche Verbesserung der Stellung Piemonts; es blieb diesem daher kaum etwas anderes übrig, als den Versuch zu machen, in einem Verzweiflungskampfe die nationale Begeisterung nochmals zu entfachen und alles an sich zu reißen, was den Kampf gegen die Fremdherrschaft als erste Forderung des nationalen Programms aufstellte. In diesem Entschlusse wurde das Ministerium Gioberti, das Karl Albert zum zweitenmal eingesetzt hatte, nachdem es wegen des Waffenstillstandes vom 9. August zurückgetreten war, durch die Agitation der Mailänder Emigranten bestärkt, die ganz Italien mit Klagen und Wutgeschrei über die grausamen Maßregeln der österreichischen Regierung in der Lombardei erfüllten und den Friedensschluß unter Vermittlung der Westmächte um jeden Preis zu verhindern trachteten.

In Rom war der liberale Minister Graf Pellegrino Rossi von der Hand eines Mörders, der jedenfalls im Auftrage der Radikalen handelte, gefallen; in Toscana hatte bei den Wahlen die demokratische Partei gesiegt, der Großherzog glaubte sich retten zu können, indem er selbst dem Kriege gegen Oesterreich und der Berufung einer italienischen Nationalversammlung zustimmte, der Papst war vor den Mazzinisten nach Gaeta entflohen und hatte sich dem Schutze des Königs von Neapel anvertraut, des Lazzaroni-Königs, der nur durch die energische Haltung englischer und französischer Admirale davon abgehalten worden

war, seine Hauptstadt zu bombardieren und die Insel Sizilien in eine Wüstenei zu verwandeln — die Vermittlung, der sich die Diplomatie der Westmächte seit April 1848 befloß, war im Januar 1849 erst bis zur Nennung des Ortes gelangt, wo die Verhandlungen geführt werden sollten. Nachdem Innsbruck, Verona, Padua, Genf abgelehnt worden waren, hatte Wessenbergs Nachfolger, Fürst Schwarzenberg, endlich sich herbeigelassen, die Teilnahme eines Vertreters Oesterreichs bei den in Brüssel beabsichtigten Konferenzen zuzusagen, ohne jedoch die von England und Frankreich angebotene Grundlage der Verhandlungen anzunehmen. Cavaignacs Nachfolger, Louis Bonaparte, wäre vielleicht nicht abgeneigt gewesen, schon damals der Volkssouveränität, auf die er seine Zukunft zu bauen gedachte, in Italien zur Geltung zu verhelfen; aber er war noch arm an Macht und kannte Frankreichs militärische Schwäche. Uebrigens war er auch mit seinem System noch nicht völlig im klaren: er bedurfte Zeit und Muße, um zu großen Entschlüssen zu gelangen. Die konnte das gehetzte Piemont aber am wenigsten gewähren. Es mußte handeln, wo seine Protektoren noch überlegen zu können glaubten.

Die Maßregeln, mit denen Radetzky während des Waffenstillstandes die Lombardei unter die österreichische Herrschaft zu bringen suchte, wurden nicht nur damals von italienischen Agitatoren und ihren demokratischen Gesinnungsgenossen wegen ihrer Grausamkeit und Härte verurteilt, der deutsche Geschichtsschreiber der italienischen Revolution, Hermann Reuchlin, erneuerte zehn Jahre später diese Anklagen und neuerdings hat Alessandro Luzio das liberale Entgegenkommen der Verwaltung des österreichisch-ungarischen Kriegsarchives dazu ausgenützt, um in den ihm zur Benützung überlassenen Akten nach Beweisen für die „crudelità e bestialità“ Radetzkys zu suchen. Es ist nichts billiger, als den Anwalt der verletzten Humanität zu spielen, Fanatiker und Schwachköpfe sind stets bereit, in das Klagegeheul über die Opfer einer „tyrannischen Verwaltung“ und einer „entmenschten Soldateska“ einzustimmen, denn sie wollen oder können sich nicht auf den Standpunkt der Beklagten versetzen und die Pflichten berücksichtigen, die auf diesen lasteten und von denen sie sich in keiner Weise entbinden konnten. Die österreichische Armee hatte die Lombardei unterworfen, nachdem ihre Einwohner die unter allen Umständen rechtmäßige, von ihnen selbst Jahrzehnte hindurch als rechtmäßig anerkannte Regierung durch bewaffnete Erhebung und Herbeirufung der bewaffneten Hülfe eines fremden Staates zu entfernen versucht hatten. Sie konnte jeden Tag erwarten, daß der geschlagene Feind neuerdings den Kriegszustand herbeiführe, sie mußte sich darauf vorbereiten und die Mittel des Landes dazu heranziehen. Es war jedem Lombarden freigestellt, sich der rechtmäßigen Obrigkeit, die er bekämpft hatte, wieder zu unterwerfen und dadurch der Wohlthat des allen Aufständischen gewährleisteten Pardons teilhaft zu werden. Wer die Unterwerfung verweigerte, und statt in die Heimat zurückzukehren sich bei der feindlichen Macht aufhielt, bezeugte den Willen, den Kampf fortzusetzen. Gegen diese war auf österreichischer Seite jede Schädigung ihres Besitzes, also auch die Erhebung von Kriegskontributionen und zu deren Deckung die Einziehung und Veräußerung ihrer Güter gestattet. Jeder Betroffene konnte das ihm drohende Unheil durch ehrliche Anerkennung der wieder ein=

gesetzten öffentlichen Gewalt abwenden, es wurde ihm nicht mehr aufgetragen, als nach seinem Vermögen zu der Entschädigung beizutragen, die den durch die Revolution um ihr Eigentum gebrachten Personen, Beamten und Offizieren, notwendigerweise geleistet werden mußte. Daß gegen Spione, heimlich dem Feinde Vorschub Leistende, gegen Meuchelmörder und wütende Weiber, die voll Leidenschaft die Soldaten schmähten und am Leben bedrohten, mit aller militärischen Härte, ja auch wieder mit Leidenschaft vorgegangen wurde, daß Bosheit wieder Bosheit erzeugte und das Rachegefühl durch Ausbrüche tollen Hasses täglich von neuem erregt wurde, ist selbstverständlich. Wenn Radetzky den inneren Feind, der gegen die österreichische Herrschaft alle Kriegsmittel des Parteigängers, alle Hinterlist, Falschheit und Tücke anwendete, deren der welsche Verschwörer fähig ist, nicht erbarmungslos verfolgt und vernichtet hätte, wäre den Truppen der Preis ihrer Anstrengungen und Siege noch während des Waffenstillstandes wieder entrissen worden. Es standen 80 000 kaiserliche Soldaten gegen mindestens eine Million von Feinden, die nur durch die Furcht vor Gewaltthätigkeiten abgehalten werden konnten, sie hatten in zahllosen Gefechten mit ehrlichen Gegnern ihr Leben eingesetzt, sollten sie es jetzt durch humane Behandlung von Meuchelmördern oder solchen, die es werden wollten, in die Schanze schlagen? Oesterreich konnte, wie wir zugegeben haben, auf die italienischen Provinzen verzichten, es konnte aber nicht mitten im Kampfe und mit dem siegreichen Säbel in der Faust vor dem Aufruhr kapitulieren. Wer den Krieg will, der soll ihn haben, so wie er gewachsen ist, mit Blut und Elend. Wer Gut und Blut geschont haben will, der darf sich auch nicht den Luxus politischer Selbständigkeit gestatten. Die Volkssouveränität muß wie jede andere mit Gewalt erstritten und festgehalten werden. Ein geschlagenes Volk hat seine Souveränität verwirkt.

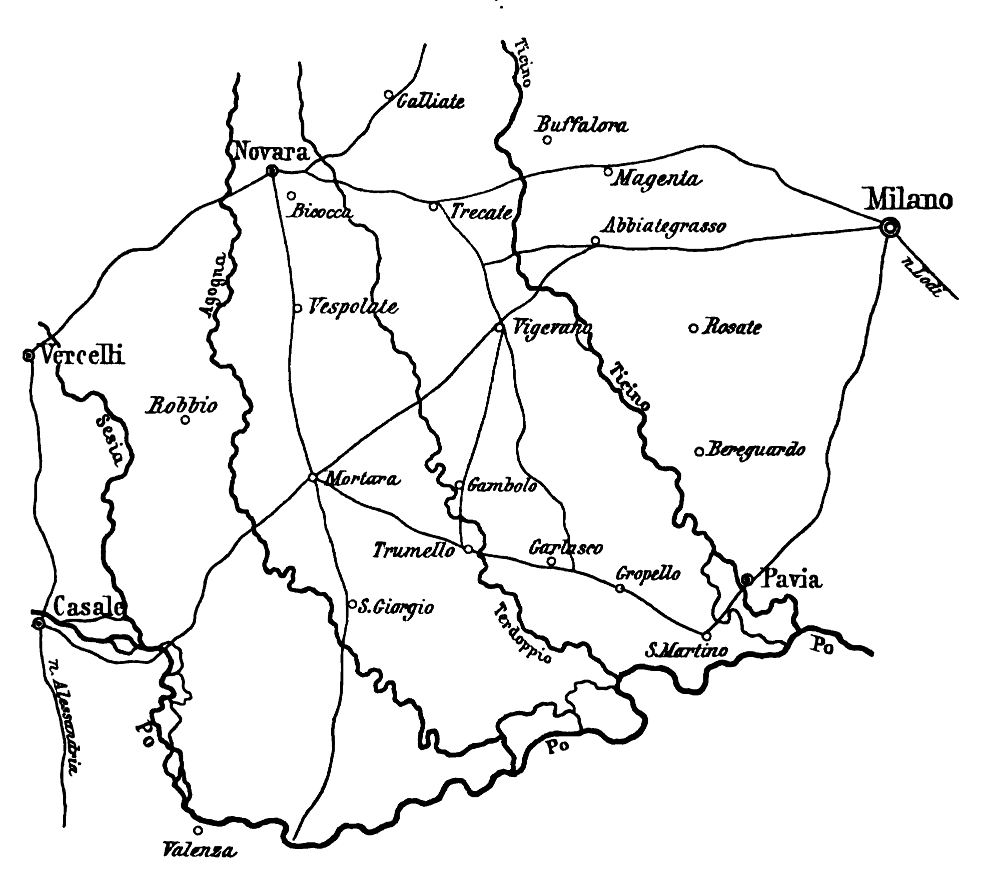
Das Ministerium Gioberti hat im Winter 1848—49 alles aufgeboten, um durch ein Zusammenwirken der liberalen Monarchisten in Ober- und Mittelitalien die Konföderation der konstitutionellen Regierungen zu stande zu bringen; der Widerspruch der Mazzinisten, die von Genua aus die demokratischen Kreise der ganzen Halbinsel beeinflußten, und die Anhänger der Konstituante, die am 4. Februar 1849 in Rom eröffnet wurde, arbeiteten ihm so energisch entgegen, daß zuerst der Papst und endlich auch der Großherzog von Toscana sich von Piemont abwendeten und ersterer am 7. Februar die katholischen Mächte, Frankreich, Oesterreich, Spanien und Neapel, zur Wiedererrichtung des Kirchenstaates aufrief. Auch Karl Albert verlor das Vertrauen zu dem staatsmännischen Geschicke und der Macht Giobertis, er willfahrte dessen Entlassungsgesuch trotz der Gegenpetition der nationalen Partei und der Warnungen des englischen Gesandten, voll Ungeduld über die zu langsame Förderung des nationalen Widerstandes. Er war körperlich krank, verletzter Ehrgeiz wirkte schädigend auf sein Nervenleben. „Die beklagenswerte Bezauberung," äußert der englische Gesandte am Turiner Hofe über ihn, „welche bei ihm alle Fragen über die Realisierung des oberitalienischen Königreiches, über Bekämpfung und Austreibung der Oesterreicher aus Italien beherrscht, hat sein Urteil und seine Sinne ganz verwirrt".

Die Armee war der Erneuerung des Krieges durchweg abgeneigt, ihr bester General, Bava, vertrat die Ansicht, daß man die Kraft zu einem Angriffskriege

nicht besitze und sich auf die Verteidigung des Landes beschränken müsse. Dies konnte den Demokraten und den lombardischen Emigranten, die wieder in ihre Besitzungen eingesetzt werden wollten, nicht genügen. An Stelle Bavas wurde daher der Pole Chrzanowsky, ein napoleonischer Kämpfer von Leipzig und Waterloo und tüchtiger Anführer im Kriege von 1830—31, zum Majorgeneral unter dem Oberbefehle Karl Alberts ernannt. Er war den Offizieren fast unbekannt, suchte auch keine Beziehungen zu ihnen und besaß kein Ansehen. Dem Generalstabschef Alexander La Marmora, einem Bruder des Divisionsgenerals Alfons, fehlte es nicht an militärischer Bildung und Kühnheit, aber an Ruhe und Ueberlegung. Unter den höheren Kommandanten befanden sich auch die Söhne des Königs, der Herzog Viktor Emanuel von Savoyen und Herzog Ferdinand von Genua. Die fünf marschfähigen Divisionen samt einer Reservedivision und der lombardischen Division unter dem ebenfalls vom polnischen Aufstande her bekannten Ramorino hatten eine Stärke von 85 000 Mann Infanterie, 5000 Reitern und 168 Geschützen. Radetzky konnte von den 118 000 Mann und 345 Geschützen, die ihm unterstanden, nur 58 000 Mann und 186 Geschütze ins Feld stellen, alles übrige befand sich in den festen Plätzen und Hauptstädten der italienischen Provinzen, vor Venedig, in Ferrara, Parma und Modena.

Zu Beginn des Frühjahres stand Piemont vor der Entscheidung, entweder sein Heer zu verringern oder loszuschlagen, denn es konnte die ungeheuren Kosten seiner Rüstung nicht länger ertragen, ohne seine Machtsphäre wieder zu erweitern. Die Thatsache, daß die ungarischen Rebellen um diese Zeit ihre fernere Widerstandsfähigkeit erwiesen hatten, machte es zur Gewißheit, daß Oesterreich auf zwei Kriegsschauplätzen beschäftigt sein werde, wenn Piemont neuerdings zum Angriff schreite. Dies bestimmte den König, am 12. März den Waffenstillstand im Hauptquartier zu Mailand kündigen zu lassen. Die Botschaft wurde von dem alten Feldmarschall mit Befriedigung, von den kaiserlichen Truppen, welcher Sprache sie sich auch bedienen mochten, mit lautem Jubel aufgenommen. Sofort traf die österreichische Heeresleitung alle Anstalten, die zur Räumung der Lombardei und zum Rückzug an den Mincio nötig schienen. Der Abmarsch der Feldarmee erfolgte am 18. in der Richtung von Lodi, am 19. aber wurde die Richtung nach Pavia eingeschlagen und am 20. um die Mittagsstunde, da die Feindseligkeiten wieder beginnen durften, rückten 60 Bataillone, 40 Eskadronen und 182 Geschütze über die beiden Arme des Ticino, in denen er sich in den Po ergießt, und traten den Vormarsch in nordwestlicher Richtung an. Der Mittel- und Oberlauf des Ticino war nur ganz schwach besetzt, dem Uebergange des Königs und seines großen Hauptquartiers bei Buffalora kein Hindernis in den Weg gesetzt. Chrzanowsky mußte den Eindruck gewinnen, daß er ohne Widerstand Mailand besetzen könne. Seine fünf Divisionen standen daher in zwei Staffeln auf den Linien Galliate—Vigevano und Novara—Vespolate mit der Front gegen die Lombardei, als am Abend die Meldung eintraf, daß die Oesterreicher im Begriffe seien, gegen ihre rechte Flanke und in ihren Rücken vorzugehen. Nach einem Nachtmarsche konnte die Division Durando noch Mortara besetzen. Der Herzog von Savoyen langte erst gegen Mittag

im Norden der Stadt an. Das 2. österreichische Corps d'Aspre griff am späten Nachmittage diese Stellung an, wobei die Division des Erzherzogs Albrecht alsbald im Sturme bis in die Straßen der Stadt eindrang. Dem General v. Benedek gelang es, obwohl seine Brigade von zwei Seiten in Feuer genommen wurde, sich Mortaras gänzlich zu bemächtigen, worauf die in bedenkliche Unordnung geratenen Piemontesen nach Robbio und auf der Straße nach Novara zurückwichen. Sie hatten 6 Geschütze, 66 Offiziere und 2000 Mann an Gefangenen verloren. In der Nacht vom 21. auf den 22. März stand das 1. Corps



Graf Wratislaw bei Gambolo, das 2. d'Aspre bei Mortara, das 3. Baron Appel bei Trumello, das 4. Graf Thurn bei S. Giorgio, das Reservecorps Baron Wocher in dritter Linie bei Gropello.

Die piemontesische Armee konnte am 23. nicht mehr in ihrer Gesamtheit nach dem strategisch sehr wichtigen Vercelli dirigiert werden, denn sie wäre einem Flankenangriffe ausgesetzt gewesen und wahrscheinlich getrennt worden. Chrzanowsky beschloß daher bei Novara, dessen nach Süden abfallende Hügel eine vortreffliche Stellung boten, die Schlacht anzunehmen. Radetzky glaubte aber infolge einer Meldung d'Aspres die Hauptmacht des Gegners auf der Straße Novara—Vercelli suchen zu müssen, gab daher dem 1. Corps diese Marschrichtung, bestimmte das 4. zu dessen allfälliger Unterstützung und ließ nur das

2., 3. und das Reservecorps den Marsch nach Novara antreten. d'Aspre meinte, als er gegen elf Uhr vormittags im Südosten von Novara, bei Olengo, eintraf, daß er nur ein Rückzugsgefecht mit einem den Abzug nach Vercelli deckenden gegnerischen Corps zu liefern haben werde und ließ sich voreilig in einen Kampf um die außerordentlich feste Stellung von Bicocca ein.[1]) Vier Stunden lang mußten sich hier 15000 Mann gegen 50000 halten, bis um drei Uhr nachmittags Appel mit dem 3. Corps auf dem Schlachtfelde eintraf, dem gegen Abend Wocher und Thurn folgten. Nun erst konnte Bicocca auch auf der rechten Flanke beschossen werden, während Erzherzog Albrecht gegen die linke mit neuen Stürmen vorging. Chrzanowsky hatte seine Kräfte zu lange gespart und den isolierten d'Aspre nicht vernichtet, als er noch in seiner Gewalt war; allerdings hätte er sich auch einer gänzlichen Umzingelung ausgesetzt, wenn er die Höhen von Novara verlassen und sich zu weit ins Terdoppiothal vorgewagt hätte. Seine letzten Vorstöße bei Bicocca gegen Erzherzog Albrecht konnten nicht mehr mit überlegenen Kräften geführt werden, da seine Bewegungsfreiheit durch die in seiner rechten Flanke aufmarschierenden Truppen Thurns, der selbständig dem Kanonendonner nachgegangen war, gehemmt war. Bicocca mußte geräumt werden, Karl Albert, der sich verzweiflungsvoll dem dichtesten Kugelregen ausgesetzt hatte, verließ die Stellung als einer der letzten, nachdem seine Karabinieriwache fürchterlich gelitten hatte.

Die Piemontesen hatten sich den Tag über ganz tüchtig geschlagen, beim Rückzuge durch Novara verließ sie aber der Mut und der Geist militärischer Disziplin. Die aufeinander stoßenden Kolonnen gerieten in die größte Unordnung, die hungernden Soldaten brachen in die verschlossenen Häuser ein und bedrohten sich gegenseitig, die aus den Regimentsverbänden gelösten Scharen suchten in die Campagnen zu entkommen und flohen den heimatlichen Gegenden zu. Die geschlagene Armee hatte nur eine einzige Straße für den Rückzug und diese führte an den Lago Maggiore und in die Gebirgsgegenden, die ihn umgeben. Von dort hätte man nur auf Schweizer Boden entkommen können.

Karl Albert schickte Unterhändler zu Radetzky und verlangte Einstellung der Feindseligkeiten. Der Feldmarschall verschob die Entscheidung auf den nächsten Tag, sein Generalstabschef v. Heß gab den Abgesandten des Königs jedoch zu verstehen, daß zu den Bedingungen auch die Besetzung von Alessandria und Turin gehören werde. Nun war Karl Albert entschlossen, seine Person, die den Oesterreichern kein Vertrauen und keine Bürgschaft friedlicher Gesinnung bieten konnte, von dem militärischen und politischen Konflikte zurückzuziehen; er berief seine Söhne und einige Generale in den Palazzo Bellini, den er in Novara bewohnte, und dankte zu Gunsten seines ältesten Sohnes, der sofort den Namen Viktor Emanuel II. annahm, ab. Um elf Uhr nachts kam er in einem Reisewagen durch die Stellungen des Corps Thurn, von diesem als Graf Bargé achtungsvollst begrüßt, und konnte unangefochten die Reise nach Portugal antreten, wo er schon am 26. Juni d. J. einem Schlaganfalle erlag.

---

[1]) Nicht zu verwechseln mit dem Dorfe gleichen Namens nordöstlich von Mailand, wo die deutschen Landsknechte Karls V. am 27. April 1522 über die Schweizer Franz' I. siegten.

Am 24. März vormittags traf der neue König von Sardinien mit Radetzky in einem Meierhofe von Vignale zusammen, wo die Präliminarien zu einem unmittelbar folgenden Friedensschlusse vereinbart wurden. Piemont mußte die ungarischen-polnischen und lombardischen Freicorps sofort auflösen, Toscana, Parma, Modena, Piacenza räumen, Flotte und Truppen von Venedig zurückziehen. Der Landstrich zwischen Ticino, Po und Sesia wurde von den Oesterreichern, Alessandria von einer gemischten Garnison bis zum Friedensschlusse besetzt. Der Sohn des unglücklichen Flüchtlings, der jetzt die Interessen des gedemütigten Hauses Savoyen dadurch wahrte, daß er das republikanische Italien den Oesterreichern preisgab, war dazu berufen, der erste König des geeinten Italien zu werden und alle die Throne stürzen zu sehen, deren Wiederherstellung er jetzt den österreichischen Generalen überlassen mußte, die mit ihren Divisionen und Brigaden Mittelitalien durchzogen und den Widerstand der Nationalen und Demokraten in kürzester Zeit brachen. Am heftigsten war der Kampf in Brescia, das nach dem Auszuge der Armee ins Feld in die Hände eines Revolutionskomitees gefallen war; bei den Stürmen, durch die sich Feldmarschalleutnant Baron Haynau am 31. März und 1. April wieder in den Besitz der Stadt setzte, wurde auf beiden Seiten mit Wut und Erbitterung gefochten und mancher Akt brutaler Grausamkeit begangen. Venedig behauptete sich bis zum August, wo die Bomben der Oesterreicher und anarchistische Bewegungen in der Bevölkerung den Diktator Manin, den letzten Vertreter altvenetianischen Heldentums, überzeugten, daß die für kurze Zeit errungene Unabhängigkeit der Republik von San Marco nicht länger aufrecht zu halten sei.

In den Erblanden und in Ungarn hat ebenfalls die militärische Gewalt die auf konstitutionellem Wege nicht herzustellende Staatsordnung wieder in ihre Rechte einsetzen müssen. Dort, wo nur Wien in offenen Aufruhr trat, gelang dies sehr rasch. Ungarn aber mußte in einem langwierigen Feldzuge vom Hause Habsburg, dessen Herrschaft es sich entziehen wollte, durch die kaiserliche Armee und mit Hülfe eines russischen Hülfscorps erobert und unterworfen werden. Das Ministerium Pillersdorf war noch während der kurzen Regierungsthätigkeit des Erzherzogs Johann in Wien zu Fall gekommen, es hatte durch seine schwächliche Nachgiebigkeit die Radikalen nicht gewonnen, beim Hofe und den staatstreuen Liberalen aber alles Vertrauen verloren. Ihm folgte das Ministerium Wessenberg-Doblhoff, das als sein Programm „die Gründung einer volkstümlichen Monarchie auf Grundlage des gesetzlich ausgesprochenen Volkswillens" bezeichnete. Es war aus einer Vereinigung von konstitutionell gesinnten Beamten mit liberalen Wortführern von größerer oder geringerer Mäßigung hervorgegangen, in denen die letztgenannten auf die größere Macht sich stützen konnten. Wessenberg besaß trotz seiner hohen staatsmännischen Einsicht keinen Rückhalt an der Dynastie, nachdem Erzherzog Johann die Reichsverweserschaft angenommen hatte. Die Camarilla und die Partisane des Absolutismus bedienten sich seiner nur im Drange der Verlegenheit, sie waren weit entfernt, ihm jene weitgehenden Befugnisse einzuräumen, die ihn in den Stand gesetzt hätten, eine klare Regierungs-

politik konsequent durchzuführen. Krauß und Latour waren vortreffliche Ressortminister, aber keine Politiker. Unter den Volksministern besaß Baron Doblhoff den populärsten Namen, aber sonst nichts, was ihn zu einer leitenden Stellung befähigt hätte. Das scharfe Urteil Anton Springers, der ihm „vollständige Unkenntnis der Staatsgeschäfte, schweres Begreifen, langsames Sichentschließen, unbedingte Ziellosigkeit des Handelns" zuschreibt, hat noch keine Berichtigung erfahren. Der Seidenfabrikant Hornbostel und der Journalist Schwarzer erhoben sich trotzdem nicht über ihn, Dr. Alexander Bach hingegen, der Justizminister, bisher einer der angesehensten, wohlhabendsten und redegewandtesten Rechtsanwälte von Wien, war in dem Uebergange vom demokratischen Volkshelden zum administrativen Werkzeuge der Partei Windischgrätz noch zu keiner festen Gestalt gelangt und fühlte den Beruf nicht in sich, sich irgendwo in die Bresche zu stellen.

Der österreichische Reichstag, den Erzherzog Johann am 22. Juli eröffnete, ließ sofort die tiefe Stufe erkennen, auf der sich das politische Denken der österreichischen Bevölkerung bewegte. Der vierte Teil aller Abgeordneten gehörte dem Bauernstande an, es gab daher unter ihnen eine stattliche Anzahl von Vertretern des polnischen, ruthenischen und — deutschen Volkes, die des Lesens und Schreibens unkundig waren. Unter den Gebildeten aber fanden sich nur sehr wenige, deren politische Vorbildung weiter reichte als bis zur Kenntnis einiger Schlagworte der radikalen Lehre, die in dem Hauptsatz ausklang, daß das Glück der Völker auf dem Kampfe gegen die Regierungen beruhe. Zur großen Verwunderung der deutschen Demokraten gehörte die Mehrheit der Versammlung den slavischen Nationalitäten an. Diese Mehrheit war zwar so liebenswürdig, einen Deutschen zum ersten Präsidenten zu wählen, sie griff jedoch nicht auf einen jener überspannten Wortführer der Radikalen, die das höchste Ausmaß individueller Freiheit nur für sich in Anspruch nahmen, von den Slaven jedoch noch mehr Unterwürfigkeit verlangten, wie die Gewaltträger des Absolutismus, sondern auf einen harmlosen, aber gänzlich unfähigen Wiener Abgeordneten, den Rechtsanwalt Schmitt, und gab ihm in dem Czechen Strobach und dem Polen Smolka zwei Stellvertreter, denen wegen ihrer besseren Begabung und Brauchbarkeit die Leitung der Verhandlungen hauptsächlich zufiel. Nach der Uebersiedelung des deutschen Reichsverwesers nach Frankfurt wurde auf Betreiben des Ministeriums eine Adresse an den Kaiser beraten, in der man dessen Rückkehr in seine Residenz „forderte". Obwohl weder das Ministerium noch der Reichstag, dessen erste Gesinnungsäußerungen durchaus nicht maßvoll lauteten, irgend welche Zusicherungen für die Aufrechthaltung der Ordnung in der österreichischen Hauptstadt gaben, der revolutionäre Sicherheitsausschuß und die Aula bei ihren angemaßten Befugnissen blieben, so hat sich der Hof in Innsbruck doch bewegen lassen, nach Entgegennahme der ihm von einer zahlreichen Deputation überbrachten Adresse die Rückreise nach Wien anzutreten und am 12. August im Schönbrunner Schlosse Wohnung zu nehmen. Der überstürzte Schritt entsprang einerseits der Verlegenheit, einen Vertreter des zur Ausübung der Regierung ungeeigneten Kaisers zu finden, andererseits einem übertriebenen Vertrauen auf die moralische Wirkung der Siege in Italien.

Die Regierung hatte für die Vorbereitung der parlamentarischen Beratungen nichts gethan; die Aprilverfassung war zurückgezogen, keine neue Vorlage vorhanden, die wenigstens die Aufeinanderfolge der Verhandlungspunkte hätte bestimmen können. Dieselben allgemeinen Sätze, mit denen die Abgeordneten ihre Wähler über ihre Unwissenheit getäuscht hatten, mußten dazu dienen, auch den Mangel bestimmter Anschauungen auf Seite der Regierung gegenüber dem Reichstage zu verbergen. „Der Reichstag ist berufen," sagte die Thronrede, „das große Werk der Wiedergeburt des Vaterlandes zu vollbringen; die Befestigung der erworbenen Freiheit verlangt sein offenes, unabhängiges Zusammenwirken in der Feststellung der Verfassung." Diese Zusicherung war inhaltslos, die Kompetenz des Reichstages dadurch nicht festgestellt, weder die Art des Zustandekommens der Verfassung noch der Charakter des Reiches, der ihm durch die Verfassung gegeben werden sollte, auch nur angedeutet. Die Wahl eines Verfassungsausschusses mußte vorläufig dem dringenden Verlangen nach Klärung der Situation genügen und als eine Anerkennung der konstitutionellen Formen dienen. Während dieser zunächst nur seine völlige Ratlosigkeit feststellen konnte, kam die Aufhebung des Unterthänigkeitsverbandes durch einen Antrag des jugendlichen schlesischen Abgeordneten Hans Kudlich auf die Tagesordnung, der sich durch die unerschrockene Naivität, mit der er über einen ihm ganz unbekannten Gegenstand lange Reden hielt, die Bewunderung aller unklaren Köpfe und radikalen Nichtwisser für ein halbes Jahrhundert sicherte. Obwohl es über die wichtige wirtschaftliche Frage der Grundentlastung schon Vorarbeiten von Sachkundigen gab, und obwohl dem Reichstage schon am 14. August der vom steiermärkischen Landtage unter dem Einflusse Franz v. Kalchbergs beschlossene Gesetzentwurf über die Urbarialfrage zur Kenntnis gebracht wurde, verloren sich die Verhandlungen in Wien doch in wüste Zänkereien zwischen den leidenschaftlich erregten galizischen Bauern, den mit Gewalt drohenden Bauernagitatoren der Alpenländer und den Verteidigern der Feudalrechte, bis der Justizminister Alexander Bach etwas Klarheit durch die Erklärung hineinbrachte, daß zwischen der Aufhebung des persönlichen Unterthänigkeitsverbandes und der Entlastung des Grundes und Bodens unterschieden werden müsse. Für die erstere, für die Auflassung der obrigkeitlichen Gewalt und Gerichtsbarkeit werde niemand den Grundherren auch nur einen Heller bewilligen, was dagegen die dingliche Belastung des Bodens betreffe, so sei die Entschädigung dafür eine Frage des Rechtes und der politischen Klugheit. Dadurch gelangte das Entschädigungsrecht, über das die Bauern rücksichtslos hinweggehen zu können glaubten, weil es ihnen von den demokratischen Sendboten als angemaßt und den Volksrechten widersprechend dargestellt worden war, wenigstens zu einer prinzipiellen Anerkennung, indem der Reichstag den Beschluß faßte, daß für einige der aufgehobenen Lasten eine Entschädigung geleistet werden solle, für andere nicht. Die Mittel zur Entschädigung hatte ein in jeder Provinz zu bildender Fonds „unter Vermittlung des Staates" zu gewähren. Nachdem das Patent, das diese Beschlüsse verkündete, am 7. September nicht mit der Sanktion, sondern nur mit der „Fertigung" des Kaisers veröffentlicht worden war, weil die Demokraten unter des Wiener Arztes Ludwig Löhner Führung die kaiserliche Sanktion mit der

Souveränität der konstituierenden Reichsversammlung unvereinbar gefunden hatten, trat deren Thätigkeit wieder hinter die Ereignisse zurück, durch die sich die internationalen demokratischen Republikaner in Wien einen Stützpunkt ihrer Macht herzustellen suchten.

Das Interesse für den Reichstag war bei den Wienern um so mehr im Schwinden begriffen, als die von den Slaven, Italienern und Rumänen erzwungene Einsetzung von Dolmetschern und deren Unterbrechung der Verhandlungen diese verlangsamte und es sich auch immer deutlicher herausstellte, daß die nichtdeutsche Mehrheit sich der Regierung gefügig zeigen werde, wenn man ihr nationale Zugeständnisse machen wolle. Demokratische Agitatoren, die mit Hecker und Robert Blum in Verbindung standen, namentlich der Sprachlehrer Tausenau und der westfälische Demagoge Dr. Schütte, benützten die sich infolge der unsicheren Verhältnisse steigernde Not der Handwerker, um neuerdings für den Aufruhr Stimmung zu machen. Welchen Wert man auf die Entwickelung der Revolution in Wien legte, beweist der Umstand, daß sich damals auch Johannes Ronge, Karl Marx und der Abgesandte des demokratischen Zentralausschusses in Berlin, Julius Fröbel, in der österreichischen Hauptstadt zusammenfanden. Der Ton der Wiener Straßenpolitiker verursachte selbst den an kräftige Ausbrüche des Volksunwillens gewöhnten Pionieren des Umsturzes ein gewisses Unbehagen. Fröbel teilt ein Citat aus einer Rede des sogenannten Doktor Tausenau mit, das die Roheit der Leute bezeichnet, deren Verführungskunst das arme Volk ausgesetzt war: „Die Riesenschlange der Reaktion windet sich schon wieder empor aus dem stinkenden Sumpfe der Camarilla, die Klosterbäuche grunzen schon wieder im Schweinekofen der Frömmelei, und das gekrönte Scheusal an der Newa wiehert ein wohlgefälliges Halleluja dazu.“ Das Leben in Wien fand der genannte Augenzeuge im September „noch heiter, leichtsinnig und harmlos bei allem Ernste der Zeit. Der Nationalitätenschwindel hatte damals seine Höhe erreicht. Jeder Mensch trug sein Bändchen, seine Schleife oder seine Kokarde, um seine Nationalität zu erkennen zu geben, und ich selbst wäre ohne Schwarzrotgold nicht öffentlich erschienen. Da schritt eines Tages ein langer Mann durch die Straßen der Stadt, der vom Kopf bis zu den Füßen mit den Farben aller österreichischen Nationalitäten und Nationalitätchen — der deutschen, italienischen, ungarischen, böhmischen, polnischen, kroatischen und wie sie alle weiter heißen, zusamt dem Schwarzgelb der Dynastie und des ancien régime geschmückt war. Eine Schar munterer Jugend und heiterer Gesellen folgte der ernsthaft dahinwandelnden Musterkarte. Tags darauf waren alle Nationalitätsfarben von der Straße verschwunden. Die Satire hatte sie vertrieben.“ Noch charakteristischer für die Wiener ist Fröbels Erzählung von einer Totenfeier für die gefallenen Barrikadenkämpfer, bei der man vom Friedhof unmittelbar zu Musik und Tanz im Wirtshause zog. Ein Volk dieser Art läßt alles aus sich machen. Vom Tanzboden läßt es sich zu Mord und Grausamkeiten führen. Der Oktoberaufstand war zwar nicht das Werk der Wiener allein, gemacht wurde er sogar vorzugsweise von fremden Agenten, die zum Teil vom ungarischen Gelde[1]) zehrten, aber freisprechen läßt sich auch die einheimische

[1]) Auch der Palatin Erzherzog Stefan hat davon gehört, daß Pulszky und Batthyány

Bevölkerung nicht von der schweren Schuld jener Tage, die dadurch nicht vermindert wird, daß man auf die völlige Ziel- und Sinnlosigkeit der verübten Greuel hinweist.

Die Wiener Demokraten, die noch am 13. September bei dem Versuche, den Reichstag zu außerordentlichen revolutionären Maßregeln zu drängen und den Sicherheitsausschuß wieder ins Leben zu rufen, von der Masse des Volkes im Stich gelassen worden waren, ersahen in den Ungarn die Bundesgenossen für die Zertrümmerung des Reiches, von der sie die wahre Befreiung der Völker und den größten Nutzen für ihre eigenen persönlichen Interessen und Liebhabereien erwarteten. Dort war nicht mehr das konstitutionelle Ministerium Batthyány Herr der Situation, sondern eines seiner Mitglieder, der Finanzminister Kossuth, der die Führung der Opposition übernommen hatte, und deren unverkennbare Absicht, die völlige Trennung Ungarns vom übrigen österreichischen Staatskörper, heimlich und offen unterstützte. Er war das Unglück der Magyaren und infolge der Interessengemeinschaft auch der fortschrittlich gesinnten Deutschen in Oesterreich, daß das wahnwitzige und verbrecherische Treiben des Agitators, der nach dem Zeugnisse seiner eigenen, einsichtigen Landsleute [1]) ein gewandter Journalist, ein erfolgreicher Schauspieler, aber kein Staatsmann war, von den aufrichtigen Patrioten nicht erkannt wurde, als sein Einfluß vielleicht noch gebrochen werden konnte. Batthyány scheint zwar über den Charakter des ihm aufgedrungenen Ministers nicht im Zweifel gewesen zu sein, aber es fehlte ihm an Entschiedenheit und Mut, den Bruch mit ihm zu vollziehen und die Nation vor die Wahl zwischen den edlen und uneigennützigen, aber nicht mutwillig zum Kriege treibenden Sachwaltern ihrer Rechte und den ehrgeizigen Abenteurern und großmäuligen Hansnarren zu stellen, die es der Dynastie unmöglich machten, die ihr durch die monarchische Verfassung zukommenden Rechte auf friedlichem Wege durchzusetzen.

Die Behauptungen der Radikalen, daß der Konflikt mit Ungarn durch eine Intrigue der „Camarilla" absichtlich herbeigeführt worden sei, entbehrt der Begründung. Die Hofpartei, die Oesterreich später unter die Diktatur Windisch-grätz-Schwarzenberg gestellt hat, war bei den Verhandlungen in Innsbruck (II. Bd., S. 447 u. ff.) nicht Sieger geblieben. Die Ernennung des Erzherzogs Johann zum Stellvertreter des Kaisers war jedenfalls gegen deren Wunsch erfolgt. Daß man Jellačič und die Kroaten nicht den Magyaren preisgab, entsprang einer klugen Erwägung, die in der Staatsraison begründet war. Solange die Anteilnahme Ungarns an den Leistungen des Gesamtstaates nicht sichergestellt war, solange man mit den Reden eines Kossuth zu rechnen hatte, die bald von Versicherungen der Treue gegen „König" Ferdinand V. überflossen, bald die europäischen Mächte gegen dessen angeblich an den Ungarn verübte Gewaltakte anriefen, immer aber die Nation gegen die Wiener Regierung aufhetzten, mußte die Dynastie ein Eisen

---

„Geldbestechungen zur Hervorrufung des 6. Oktobers in Wien vornahmen". (Schreiben an Erzherzog Johann vom 5. November 1848 aus der Schaumburg. Original im Meranschen Archiv.)

[1]) Die trefflichste Charakteristik des Mannes, der auch heute noch aus Parteipolitik mit Verleugnung der historischen Wahrheit glorifiziert wird, hat sein Ministerkollege Bartholomäus Szemere (Hamburg, Hoffmann u. Campe, 1853) veröffentlicht.

warmhalten, womit man den mit dem Abfall Spielenden nötigenfalls zu Leibe rücken konnte. Die **kroatische Nationalpartei** konnte auf keinem anderen Wege auch nur eine beschränkte Autonomie für das Königreich Kroatien zu erwirken hoffen, als wenn sie zugleich für die Anerkennung gesamtstaatlicher Einrichtungen in allen durch die pragmatische Sanktion verbundenen Ländern eintrat. Jellačič verlangte in den Wiener Konferenzen gemeinsame Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten, des Krieges und der Finanzen, mit dem Sitze in Wien. Daß dies mit der Verfassung des Königreiches Ungarn nicht unvereinbar ist, daß darin überhaupt kein Angriff auf die den Magyaren vom Hause Habsburg gewährleistete Autonomie zu suchen ist, ließ sich aus der Geschichte Ungarns seit dem Frieden von Karlowitz ohne Schwierigkeit nachweisen. Es ist auch anzunehmen, daß Ludwig Batthyány, Deák, Eötvös und Szechény, die eigentlichen Begründer des modernen ungarischen Staatswesens, auf diese Bedingungen eingegangen wären, wenn nicht die radikale Opposition, deren Seele ihr Regierungsgenosse Kossuth war, das Volk bereits aufgewühlt und verhetzt hätte. Den ganz ungewöhnlichen Schauspielerkünsten dieses Mannes waren die leichtbewegten Gemüter der Ungarn willenlos verfallen.

Kossuth führte teils eigenmächtig, teils mit Hülfe der ihm zufallenden Reichstagsmehrheit Regierungshandlungen aus, die auf die Zerreißung aller staatlichen Bande mit den übrigen habsburgischen Ländern ausgingen: er lehnte das Angebot der Wiener Nationalbank von 12½ Millionen Gulden Noten ab und gab in derselben Höhe ungarisches Papiergeld aus, er verlangte vom Reichstage die Aushebung von 200 000 Mann und 42 Millionen Gulden zu deren Ausrüstung und erhielt sie, er knüpfte das Versprechen, ungarische Truppen zum Heere Radetzkys abgehen zu lassen, an die Festsetzung der Etschgrenze, er schuf aus den vierten Bataillonen der ungarischen Regimenter eine dem ungarischen Ministerium unterstehende Territorialarmee. Alles das ging über die im April gemachten Zugeständnisse weit hinaus, und es war sinnlos, die Sanktion dieser Beschlüsse in dem Augenblick zu erwarten, wo die kaiserliche Armee in Italien den Beweis geliefert hatte, daß sie mit der italienischen Demokratie und dem ihr verbündeten Königreich Sardinien fertig zu werden verstand. Als der Kaiser seine Residenz in Schönbrunn wieder bezogen hatte, nahm er die dem Palatin Erzherzog Stefan erteilten außerordentlichen Vollmachten wieder zurück und verlangte in einem Reskript an diesen die Geltendmachung der pragmatischen Sanktion, sowie die Veranstaltung neuer Konferenzen der österreichischen und ungarischen Minister zur Verständigung über alle streitigen Punkte. Zu diesen wurde auch der Banus berufen; bis zur Herstellung der Vereinbarungen wurde die Militärgrenze wieder dem österreichischen Kriegsministerium untergeordnet und jede Rüstung, jeder Angriff Ungarns gegen Kroatien, Slavonien und die Militärgrenze eingestellt. Sehr überflüssig veröffentlichte das österreichische Ministerium noch eine Denkschrift über die staatsrechtlichen Beziehungen Ungarns, die neben manchen zutreffenden Behauptungen auch Unrichtigkeiten enthielt. Sie erklärte den Bestand eines ungarischen Ministeriums für unvereinbar mit der pragmatischen Sanktion Karls VI., was sich nur mit der Unkenntnis des ungarischen Gesetzesartikels II von 1723 entschuldigen läßt, sie bestritt sogar dem Kaiser

von Oesterreich das Recht, als ungarischer König Zugeständnisse an einen Teil des Gesamtstaates zu machen, die nicht von den Ständen (!) der alten Erblande gutgeheißen wurden.

Die Häufung von Schwierigkeiten für die Verständigung war die Folge einer fehlerhaften, zu wenig überlegten Stimmungspolitik. Es war auch für die Majorität des ungarischen Ministeriums — ganz abgesehen von Kossuth und seinem Anhange — unmöglich, auf alle diese Zumutungen einzugehen. Die Differenzen mit den Kroaten konnten nicht sofort beigelegt werden, am wenigsten durch Konferenzen mit dem Banus, der in den Augen der Ungarn ein unbotmäßiger Beamter des einigen Königreiches war. Schon am 4. Juli hatte sich das Ministerium gegenüber dem Erzherzog Johann in diesem Sinne ausgesprochen. Das kaiserliche Manifest vom 10. Juni, mit dem Jellačić der Banuswürde enthoben und an seiner Stelle General Hrabowsky zum königlichen Kommissär bestellt worden war, konnte nicht ungeschehen gemacht werden, als die Ungarn den von Batthyány dafür versprochenen Preis, die Absendung von Truppen zur italienischen Armee, schuldig geblieben waren. Sie waren formell im Recht, indem sie ihrer Ueberraschung darüber Ausdruck gaben, daß in dem Handschreiben des Erzherzogs Johann, mit dem er seine Vermittlersendung angekündigt hatte, von dem Baron Jellačić noch immer als Ban die Rede war, was mit dem Befehle des Königs nicht zu vereinbaren sei, und indem sie es ablehnten, sich auf ein Terrain zu begeben, wo jener Unterthan ihres Herrn und Königs, der sich gegen Sr. Majestät Krone aufgelehnt, dem ungarischen Könige gegenüber als selbständige Macht, auf dem Boden der Transaktion stehend, anerkannt würde.

„Nach unserer festen Ueberzeugung," schrieben die Minister, „kann hier von seiten unseres Herrn und Königs nur Verzeihung und Vergessen, von seiten des Baron Jellačić aber Rückkehr zur Treue und zum Gehorsam gegen das Gesetz, nicht aber eine paritative Unterhaltung auf gleicher Linie obschweben. So wie desgleichen von seiten der Nebenländer es sich nicht um Losreißung, sondern nur um die Einheit der ungarischen Krone und auf der Grundlage dieser Einheit um die Vorbringung ihrer billigen Wünsche, von seiten der ungarischen Nation aber um deren Bewilligung handeln kann." Die Ansicht, daß die auf dem Boden des Königreiches wohnenden anderen Nationen keine anderen Rechte besitzen können, als die ihnen von den Ungarn „bewilligt" werden, widerspricht zwar ohne Zweifel ebenso dem Sinne der sogenannten avitischen Verfassung, als den in den liberalen Verfassungen so oft in Paragraphen gefaßten „Menschenrechten". Der Konstitutionalismus kennt wohl einen Monarchen, aber nicht eine Nation, die an Stelle des Monarchen Souveränitätsrechte über eine andere ausüben kann. Aber es gehörte und gehört heute noch zu den politischen Glaubenssätzen der Magyaren, daß auf dem Boden, den sie als ihnen gehörig ansehen, obwohl er ihnen niemals rechtlich zugesprochen wurde, noch durch ihre Macht allein festgehalten werden kann, vom Meerauge in den Karpathen bis an die Küste der Adria, vom Arpadhügel bei Theben an der Donau bis zum Burzenlande, alles öffentliche Recht nur Ausfluß ihres Willens sein könne, daß die Anerkennung anderer nationaler Forderungen nur von ihrer Gnade abhänge. Es ist ja möglich, daß man gegen diese für die Mitbewohner und Nachbarn

des Donauthales unannehmbare staatsrechtliche Theorie von Zeit zu Zeit immer wieder das Gegengewicht der Gewalt wird geltend machen müssen, aber dazu war im September 1848 gewiß nicht die Zeit gekommen. Erst mußte die italienische Frage geordnet, mit den anarchisch-demokratischen Strömungen in der Residenz ganz und gar aufgeräumt und im Einvernehmen mit Preußen die Lösung des deutschen Verfassungsproblems mindestens vorbereitet sein.

Es mangelte den Leitern der österreichischen Politik an Verständnis der ungarischen Verhältnisse; sie erkannten nicht, daß zwischen dem Ministerium Batthyány und der Kossuthpartei eine tiefe Kluft gähne, die zu erweitern das österreichische Interesse gebot; sie verstanden es nicht, die gemäßigten Elemente zu stützen, vor allem den Adel an das Recht zu ketten, ihm gegenüber den Demokraten und Republikanern ein Bündnis zur Wahrung des gemeinsamen Vorteiles anzubieten. Fürst Windischgrätz, dem in Schönbrunn wieder großer Einfluß eingeräumt worden war, seitdem nicht mehr Erzherzog Johann der Berater der kaiserlichen Familie sein konnte, besaß keine staatsmännische Befähigung. Der Appell an das Schwert war noch nicht zeitgemäß. Man mußte den Banus zurückhalten, ohne ihn aufzugeben, mußte ihm die Mittel gewähren, seine Nationaltruppen im eigenen Lande zu erhalten, damit sie nicht durch Hunger und Raublust zum Einfall in die nächsten Komitate gezwungen würden. Statt dessen ermutigte man ihn durch das kaiserliche Handschreiben vom 4. September, das ihm alle seine Würden zurückgab und seine Handlungen feierlich als korrekt bezeichnete, zu schroffstem Auftreten gegen die ungarische Regierung. Gleichzeitig wurde die Deputation des ungarischen Reichstages, die am 6. September in Wien erschien, am Hofe kalt und unfreundlich aufgenommen, was durchaus nicht notwendig war. Ihre Forderungen konnten allerdings nicht erfüllt werden, denn sie gingen weit über die verfassungsmäßigen Rechte Ungarns hinaus; aber man mußte aus einer mehrhundertjährigen Erfahrung in Erinnerung haben, daß Ungarn immer mehr verlangte, als ihm gebührte, daß es von seinen Reichstagen her an den politischen Schacher gewöhnt ist, daß die kaiserliche Regierung immer erst dann auf Nachgiebigkeit zählen darf, wenn man den ungarischen Berufspolitikern vorher gestattet hat, den Mund so voll zu nehmen, als es die nationale Vorliebe für gewaltige Redensarten verlangt.

Unter dem Eindrucke der Wiener Erklärungen gab Batthyány seine Entlassung, trat auch der Minister am königlichen Hoflager, Fürst Paul Eszterházy, von seinem Amte zurück. Der Palatin Erzherzog Stefan meinte nun, die Regierung allein besorgen zu können, der Reichstag aber, dessen gemäßigte Mitglieder sich durch das Auftreten des Hofes verraten und bloßgestellt fühlten, antwortete darauf mit der Erteilung einer diktatorischen Gewalt an Kossuth. Dieser riß den Reichstag sofort zu den folgenschweren Beschlüssen des 15. September hin: Ausgabe ungarischer Banknoten gegen allgemeine Haftung des Staates, Einberufung der bereits bewilligten Mannschaften zur Bildung einer Landwehr-(Honvéd-)Armee, zu der auch die Offiziere und Soldaten der Linie übertreten dürfen, Versprechen von Landanweisungen aus dem königlichen Kammergut für Dienste der Honvédsoldaten. Zwar gelang es dem Palatin, den Grafen Batthyány nochmals zur Erneuerung des konstitutionellen Ministeriums zu be-

wegen, der große Erfolg, den dieses loyale Vorgehen hätte haben können, wurde aber vereitelt durch den ungesetzlichen Einfall des Banus Jellačič mit bewaffneten Banden in ungarisches Gebiet, der nichts anderes als einen offenen Friedensbruch bedeutete. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob diese unsinnige und unheilvolle That auf die Zustimmung anderer Regierungsorgane zurückzuführen ist, als die des Kriegsministers Latour, der den Banus nicht nur mit Kriegsmaterial unterstützte, sondern auch die Teilnahme kaiserlicher Offiziere an Feindseligkeiten gegen die unzweifelhaft rechtmäßig bestehenden, vom Könige in Eid genommenen ungarischen Behörden billigte. Die Behauptung des Banus in der aus dem Hauptquartier an der Drau an die ungarische Nation gerichteten Proklamation vom 14. September, daß das ungarische Ministerium durch eine Fraktion „mit einem den Schein der Legalität tragenden Gewaltstreich" ins Leben gerufen worden sei, war vollständig unwahr. Das formale Recht stand auf seiten Ungarns, als es sich gegen die ins Land eindringenden Feinde in Verteidigung setzte, deshalb hat auch der damit beginnende Bürgerkrieg eine moralische Bedeutung für die Ungarn erhalten, die ihre politische Stellung auch nach der militärischen Niederlage aufrecht erhalten und gestärkt hat. Die Folgen davon muß die Dynastie als Trägerin der Gesamtstaats- oder Reichsidee noch heute tragen.

Die Verbündeten der mit dem Hofe in Konflikt geratenden Ungarn waren die deutschen Demokraten, zunächst die Wiener. Sie jubelten einer am 19. September in Wien anlangenden zweiten Deputation des ungarischen Reichstages zu, die auf Kossuths Antrag „nicht an den verräterischen Hof, sondern an das Volk" abgesendet wurde. Der Reichstag hat es mit 186 gegen 108 Stimmen abgelehnt, sie zu empfangen, obwohl Löhner seine ganze Beredsamkeit aufgeboten hatte, um die Slaven von der Solidarität aller freiheitliebenden Völker zu überzeugen, dafür erhielt sie jedoch aus dem Munde Tausenaus die Zusage der Hülfe des Wiener Volkes, das die Vereinigung größerer Streitkräfte gegen die Magyaren zu verhindern wissen werde. Denn daß der durch die letzten Ereignisse verschärfte Konflikt zwischen Ungarn und der Dynastie nur durch Waffengewalt werde beendigt werden können, wurde allgemein vorausgesehen. Zunächst führte er in staatsrechtlicher und militärischer Beziehung ganz unvorhergesehene Pflichtenkollisionen und eine allgemeine Rechtsunsicherheit herbei, die bei der auf allen Seiten herrschenden leidenschaftlichen Stimmung nicht so leicht beseitigt werden konnte. Der Palatin war verfassungsmäßig zur Vermittlung bei Zerwürfnissen zwischen dem König und den Ständen berufen, er war aber auch ebenso verfassungsmäßig der Statthalter des abwesenden Königs, diesem und dem Reichstag verantwortlich. Es war seine Pflicht, die Empörung des Banus niederzuwerfen und dazu die königlichen Truppen, die zugleich die kaiserlichen waren, zu verwenden. Der Banus aber hatte seine Waffengenossen, die kaiserlichen Offiziere und Soldaten aufgerufen, sich ihm anzuschließen, um den von einer „Fraktion" in seinen Rechten bedrohten König darin zu schützen und zu erhalten. Er war davon durchdrungen, „für den Kaiser handeln zu müssen, wäre es auch gegen seinen Willen", und besaß ohne Zweifel Bürgschaften dafür, daß er in seinen Plänen von seiten der den Kaiser beeinflussenden Personen nicht gestört werde. Die militärischen Befehlshaber der ungarischen Festungen und Garnisonen waren

durch ihre Vorschriften seit den Märztagen an den Palatin und das ungarische Ministerium gewiesen; nach dem Rücktritte Batthyánys erhielten nur sehr wenige von ihnen Befehle aus Wien, sie waren auf ihr eigenes Urteil angewiesen. Wie es schon während des Kampfes mit den Serben des Banates und der angrenzenden südungarischen Komitate der Fall gewesen war, standen sich geteilte Meinungen gegenüber, die Mannschaften liefen ihren Landsleuten zu, viele Offiziere glaubten dem ungarischen Ministerium als ihrer gesetzlichen Behörde Gehorsam leisten zu müssen, andere hielten es für revolutionär und gingen zu dessen Feinden über oder führten die ihnen treu gebliebenen Truppen in die deutschen Erbländer zurück.

Beim Palatin lag die Entscheidung, er konnte, ohne die Wiener Regierung und ohne den ungarischen Reichstag zu befragen, die Diktatur ergreifen und alle Truppen unter seinen ausschließlichen Befehl bringen. Er hat einen Anlauf dazu genommen, aber er hielt den Entschluß nicht so fest, als es in kritischen Augenblicken notwendig ist. Der Banus aber, der mit seinen 40000 schlecht bewaffneten und wenig geübten Grenzsoldaten und 70 Geschützen bis an den Plattensee vorgerückt war, ließ ihn im Stich. Nur wenn er sich bedingungslos den Anordnungen des Erzherzogs Stefan unterworfen hätte, konnte dieser den Ungarn seine Bedingungen stellen, die gemäßigten Mitglieder des Ministeriums und deren Anhang um sich sammeln und Kossuth samt der republikanischen Partei, die ihm anhing, als Staatsverbrecher erklären. Eine historische Funktion von dieser Tragweite auszuführen, mutete man dem liebenswürdigen, feinfühligen und hochgebildeten Erzherzog aber nicht zu, Jellačič wich ihm aus, als er eine Unterredung mit ihm suchte, und weigerte sich sogar, das Dampfschiff zu betreten, auf dem ihn der Palatin erwartete. Er fürchtete Verrat. „Wer weiß," äußerte er sich zu seinen Offizieren, „ob die Maschine nicht stärker gewesen wäre als das Ehrenwort des Erzherzogs und ob man mich nicht meiner Armee entführt hätte, trotz der Verzweiflung des Prinzen." Nun hielt der Palatin seine Stellung für unhaltbar; er eilte heimlich nach Wien und legte am 24. September sein Amt in die Hände des Kaisers zurück. Er hätte vielleicht König von Ungarn werden können, wenn er ganz und gar auf die Seite der Nation getreten wäre und den Kampf gegen den Banus aufgenommen hätte. Aber das Haus Habsburg erzeugt keine Prätendenten. Am Hofe hat man ihn ungnädig entlassen, weil er die Aufrechthaltung der Verfassung vertrat und zwischen den Konstitutionellen und den Radikalen unterschieden haben wollte. Fern von Oesterreich, in seinem Schlosse Schaumburg an der Lahn hat er, von wissenschaftlicher und künstlerischer Beschäftigung befriedigt, bis zu seinem 1867 erfolgenden Tode zurückgezogen gelebt.

Nach der Entfernung des Palatins hätte niemand außer Kossuth noch eine friedliche Lösung anbahnen können, dieser aber wollte den Krieg. Batthyány wäre nicht abgeneigt gewesen, mit dem zum außerordentlichen königlichen Kommissär ernannten Feldmarschalleutnant Franz Grafen von Lamberg in Verhandlungen zu treten; Kossuth aber und sein Anhang ließen im Reichstage rasch eine parlamentarische Kommission wählen, die sich der Regierung bemächtigte. Das Volk wurde durch Gerüchte über Blutbefehle, die Graf Lamberg zur Ausführung

bringen solle, aufs höchste erbittert, nachdem es bereits durch die Furcht vor den gegen Pest rückenden Kroaten seit vielen Tagen in Aufregung versetzt worden war. Der grausame Mord, der am 28. September auf der Kettenbrücke zwischen Pest und Ofen von einem wütenden Volkshaufen an dem gänzlich schuldlosen Grafen begangen wurde, schnitt jede Hoffnung auf Erhaltung des Friedens ab. Am 29. September fand bei Velencze das erste ernste Gefecht zwischen dem Banus und einer Armee statt, die teils aus ungarischen Linientruppen, teils aus Freiwilligencorps bestand und im Auftrage der parlamentarischen Kommission vom General Moga befehligt wurde. Die Kroaten wurden geschlagen, Jellačič mußte während eines dreitägigen Waffenstillstandes über Ungarisch-Altenburg an die österreichische Grenze zurückgehen. Eine seiner Divisionen unter General Roth, 8000 Mann stark, streckte am 7. Oktober vor den ungarischen Kolonnen unter Oberst Perczel und Major Arthur Görgey die Waffen. Von den ungarischen Festungen blieben nur Arad und Temesvár in der Gewalt ihrer österreichisch gesinnten Kommandanten; Esseg, Peterwardein, Munkacs, Leopoldstadt und das strategisch wichtige Ofen, aus dem man alle verläßlichen Mannschaften unvorsichtigerweise herausgezogen hatte, fielen den ungarischen Nationaltruppen in die Hände. Die Rüstungen wurden von Kossuth mit größter Energie betrieben, seine ungestüme Beredsamkeit regte überall, wohin er kam, den leidenschaftlichsten Enthusiasmus für einen Kampf an, der jetzt für die Freiheit und Selbständigkeit der Nation geführt werden mußte. Die kaiserliche Regierung ging auf die Vorschläge Batthyánys, der sich in Wien für Einstellung der Feindseligkeiten verwendete, nicht ein; sie wären auch vergeblich gewesen, denn Kossuth wollte mit Hülfe der Wiener die Situation in Oesterreich beherrschen. Batthyánys Demission wurde zum zweitenmal angenommen, der Gardekapitän Adam v. Retsey zum Ministerpräsidenten ernannt. Diesem oblag nichts anderes als die Mitzeichnung des Manifestes vom 3. Oktober, womit die verfassungsmäßige Regierung in Ungarn aufgehoben wurde. Der Reichstag hatte seine Sitzungen augenblicklich zu schließen; alle vom Könige nicht sanktionierten Beschlüsse wurden ungültig erklärt, alle in Ungarn und Siebenbürgen befindlichen Truppen dem Banus von Kroatien unterstellt; die Kriegsgesetze für das ganze Land eingeführt, alle Komitats- und Distriktskongregationen eingestellt. Schließlich wurde eine zentralistische Organisation des gesamten Kaiserstaates in Aussicht gestellt: „Wie sofort die Einheit der Wahrung und Leitung der gemeinsamen Interessen der Gesamtmonarchie auf bleibende Weise hergestellt, die gleiche Berechtigung aller Nationalitäten für immer gewährleistet und auf dieser Grundlage die Wechselbeziehungen aller unter Unserer Krone vereinigten Länder und Völker geordnet werden sollen, wird das Geeignete mit Zuziehung von Vertretern aller Teile beraten und im gesetzlichen Wege festgestellt werden." Das war der Verfassungsbruch; denn es wurde selbst der Wiederberufung des Reichstages nicht gedacht, ohne den gesetzliche Bestimmungen für Ungarn nicht getroffen werden können.

Die Wiener Demokraten begannen ihre den Ungarn zugesagte Hülfeleistung damit, daß sie die Soldaten, die von Wien zur Verstärkung der Armee Jellačič abgesendet werden sollten, zum Ungehorsam aufreizten. Es gelang ihnen, das

Grenadierbataillon Richter, das aus Oberösterreichern und Salzburgern bestand, zu verführen, so daß es bei dem für den 6. Oktober morgens anbefohlenen Abmarsch, von Studentenlegionären und radikalen Nationalgarden unterstützt, sich weigerte, den Nordbahnhof zu betreten. Der General, der es durch das galizische Regiment Nassau mit Gewalt hineintreiben lassen wollte, wurde erschossen, die Grenadiere und eine stetig anwachsende, größtenteils bewaffnete Volksmenge zogen in die Stadt zurück. Damit begann der Oktoberaufstand, als dessen erstes Opfer der Kriegsminister Graf Latour fiel. Er verschmähte es, zu seiner Rettung rechtzeitig einen Bajonettangriff auf die wütenden Scharen machen zu lassen, die gegen das Gebäude „Am Hof“ stürmten, in dem sich außer ihm auch Wessenberg, Doblhoff und Bach befanden. Diesen gelang es, sich zu retten. Latour, der sich voreilig aus einem guten Versteck entfernte, wurde entdeckt, in den Hof geschleppt und hier grausam zerfleischt und erschlagen, sein blutender Leichnam an einen Laternenpfahl aufgehenkt. Er hat die Schuld, den Befehl zum Feuereinstellen gegeben zu haben, als die Truppen aus den Kasernen gegen die Aufrührer ausgerückt waren, mit dem Leben gebüßt. Die Wortführer der Radikalen im Reichstage, Borrosch, Fischhof, auch der Vizepräsident Smolka, hatten vergeblich, auf ihre Popularität pochend, die blutlechzenden, durch die Agitatoren und die demokratische Presse bis zum Wahnsinn aufgeregten Studenten und Arbeiter von ihrer Unthat zurückzuhalten versucht, sie hatten sich davon überzeugen müssen, daß auch ihre Macht nur eine eingebildete war und die Anarchie über Wien hereinbrach. Trotzdem waren sie verblendet genug, von der Zurückziehung der Truppen, einer allgemeinen Amnestie und einem „volkstümlichen“ Ministerium, um das sie in einer an den Kaiser gerichteten Adresse baten, die Herstellung der Staatsordnung zu erwarten. Eine scheinbar zustimmende Antwort des Kaisers am Abende des Unglückstages bestärkte sie in ihrem Wahn, den selbst die Erstürmung des Zeughauses und die Verteilung der erbeuteten Waffen nicht erschüttern konnte.

Zum zweitenmal mußte Kaiser Ferdinand mit seinen Verwandten die Residenz verlassen. Auch unerschrockene Männer hielten den Hof in Schönbrunn für bedroht. Fürst Felix Schwarzenberg, der aus Italien nach Wien gekommen war und sich dem kommandierenden General Grafen Auersperg zur Verfügung gestellt hatte, glaubte, wie Alexander Hübner berichtet, daß das Beispiel der Grenadiere Nachahmung finden werde. Bei dem Wiener Hausregiment Hoch- und Deutschmeister waren bereits einzelne Fälle von Widerspenstigkeit und Desertion vorgekommen. Am 7. Oktober morgens hatten sich allerdings die meisten Entlaufenen wieder freiwillig im Schwarzenbergschen Garten gestellt, aber unbedingtes Vertrauen konnte man ihnen nicht schenken. Die vorhandenen Streitkräfte wären gegen die Insurgenten ausreichend gewesen, man mußte aber mit dem Anmarsche der Ungarn rechnen. Zum Schutze der kaiserlichen Familie rückten 5000 Mann mit dieser nach Krems an der Donau ab. Zur Residenz war die Festung Olmütz ausersehen. Dort fand sich auch Wessenberg ein und führte die Geschäfte des Ministeriums des Aeußeren und des kaiserlichen Hauses. Alexander Hübner, der dem Hofe vom Fürsten Felix Schwarzenberg nachgesendet worden war, reiste im kaiserlichen Auftrage nach Prag, um den Fürsten Windisch-

grätz [1]), den kommandierenden General von Böhmen, zu begrüßen. Er schloß, wie er selbst erzählt, seinen Bericht mit den Worten: „Um diese Stunde (14. Oktober) muß der Hof bereits in Olmütz eingetroffen sein, wo er Ruhe und Sicherheit und, ich hoffe, auch den Fürsten Felix gefunden hat. Es fehlt dort niemand mehr als Fürst Windischgrätz und seine Armee." Der Angeredete lächelte wehmütig. „Meine Armee! Das ist ein großes Wort. Ich werde 20 Schwadronen, 12 Bataillone und 7 Batterien nach Wien führen. Und das ist alles. Nicht viel, aber ich hoffe genug, um das Gesindel zu Paaren zu treiben." Das „Gesindel", die Wiener Demokraten, Journalisten und Aulagenossen, die längst keine Studenten mehr, sondern nur die Handlanger der internationalen Verschwörer waren, haben dem Fürsten den Weg zu der Macht geöffnet, die er seit den Märztagen vergebens angestrebt hatte. Er würde sie auch niemals erreicht haben, wenn es in Oesterreich einen Regenten oder Staatsmänner gegeben hätte, die konstitutionell zu regieren verstanden. Seine Berufung bedeutete mehr als den ernsten Kampf gegen die Revolution; den würde jeder tüchtige General mit dem gleichen Erfolge geführt haben. Besondere militärische Fähigkeiten besaß der Fürst, wie sein ungarischer Feldzug noch beweisen sollte, nicht; schon deshalb ist die Parallele mit Wallenstein, mit der Helfert seine panegyrische Charakteristik des Mannes eröffnet, ganz unzulässig. Es war ein Glück für Oesterreich und das Kaiserhaus, daß das Verlangen des Fürsten, an Radetzkys Stelle den Oberbefehl in Italien zu erhalten, unerfüllt blieb. Aber ein politisches Programm bedeutete sein Eintreten in die Regierungskreise: den völligen Bruch mit dem Volkswillen, die Rückkehr zu den Grundsätzen des Fürsten Metternich, den Militärdespotismus. Als Hübner dem Grafen Franz Stadion in Prag begegnete, nahm er an, daß dieser Staatsmann, der im Wiener Reichstage einen Abgeordnetensitz eingenommen hatte, die Absicht habe, Windischgrätz auszuholen und zu beeinflussen. Stadion galt als Ministerkandidat seit dem Beginne der freiheitlichen Bewegung. „Er ahnt nicht," schrieb der Vertraute des Fürsten Schwarzenberg in sein Tagebuch, „den Abgrund, der seine modern-konstitutionellen Träume von den politischen Ueberzeugungen des Fürsten trennt."

Am 16. Oktober ernannte der Kaiser Windischgrätz zum Feldmarschall und Befehlshaber sämtlicher kaiserlichen Truppen mit Ausnahme der italienischen Armee des Marschalls Radetzky, am 19. reiste der Fürst zu den Truppen ab, die sich bei Floridsdorf sammelten. Es waren Regimenter aus Böhmen, Mähren und Galizien, mit denen Jellačič und Auersperg, die zwischen Schwechat und Enzersdorf standen, in Fühlung treten konnten, zusammen etwa 50000 Mann. In einem Manifeste vom 16. Oktober erklärte der Kaiser, daß er den Fürsten Windischgrätz mit den entsprechenden Vollmachten versehen habe, „damit er das Werk des Friedens nach eigenem Ermessen in möglichst kurzer Zeit vollbringen könne. Nach der Bezwingung des bewaffneten Aufruhrs und Wiederherstellung

[1]) Nach Springer hat Windischgrätz schon am 11. Oktober aus eigenem Antriebe durch Maueranschläge in Prag bekannt gegeben, daß er zum Kampfe wider die rebellischen Wiener aufbrechen und die Hauptstadt von Böhmen den loyalen Czechen anvertraue.

der Ruhe werde es die Aufgabe des Ministeriums sein, im Einklange mit den Mitgliedern des konstituierenden Reichstags durch gesetzliche Regelung der bisher mit zügellosem Mißbrauch gehandhabten Presse, des Vereinsrechtes und der Volkswehr einen Zustand herbeizuführen, der, ohne der Freiheit nahe zu treten, dem Gesetze Kraft und Achtung sichern soll.“ Noch nachdrücklicher als in diesen Worten, die von der schroffen Proklamation an die Ungarn vom 3. Oktober auffallend abstach, äußerte sich der Einfluß Wessenbergs und Stadions in einem zweiten Manifeste vom 19. Oktober, in dem der Kaiser sein Wort dafür verpfändete, „daß die den Völkern gewährten Rechte und Freiheiten, wenn sie auch von einzelnen Böswilligen oder Mißgeleiteten mißbraucht worden sind, in ihrer ganzen Ausdehnung ungeschmälert bleiben“. Drei Tage später wurde auch der Reichstag vertagt und für den 15. November in die mährische Stadt Kremsier einberufen, wo ein großartiger Residenzpalast des Erzbischofs von Olmütz Gelegenheit zur ungestörten Abhaltung der Sitzungen bot.

Der Reichstag hatte sich bis dahin nur mit Mühe beschlußfähig erhalten, da sich schon am 7. Oktober der Präsident Strobach mit den meisten czechischen Abgeordneten entfernt hatten. Seitdem herrschten die Republikaner und Gesinnungsgenossen der Frankfurter Linken in der rebelustigen, aber bedeutungslosen Gesellschaft. Sie wetteiferte in hochtrabenden Proklamationen, Kundmachungen und Aufrufen mit dem Wiener Gemeinderat und dem Oberkommando der Nationalgarde, das am 13. Oktober an Wenzel Messenhauser, ein „Tornisterkind“, wie ihn Helfert als Sohn eines „Einellenschlägers“ bei Kaiser-Infanterie nennt, übertragen wurde. In diesem Manne, der bis zum 31. März Offizier und Novellist gewesen, dann Herausgeber einer politischen Zeitschrift „Die Volkstribüne“ und Verfasser einer Exerziervorschrift für Nationalgardisten geworden war, schien alle Unklarheit und Verworrenheit, die in den beschränkten Köpfen der demokratischen Weltbeglücker jener Tage gedieh, sich zur höchsten Blüte entfaltet zu haben. Seine Thätigkeit als Generalgewaltiger der Wiener Freiheitshelden bestand fast nur in der Abfassung schwulstiger, oft sinn- aber immer zweckloser Plakate, mit denen alle Straßenecken Wiens bedeckt wurden. Berthold Auerbach, der gelehrige Schüler des ihm stammverwandten Börne, vom Sensationsdurst nach dem Hauptquartier der jüdischen Demokratie gelockt, begleitete den aufregenden Kampf um die höchste militärische Würde in Wien, der zwischen Messenhauser und einem Artilleriehauptmann Spitzhütl schwankte, mit der weltgeschichtlichen Betrachtung: „Eine neue Geschichte des menschlichen Herzens wird sich uns aufthun, wenn, wie es fortan ergehen wird, die Männer der Geschichte nicht mehr durch Geburt, sondern durch Berufung an die Spitze gestellt werden und sie uns das enthüllen, was ihr Herz in solchen Entscheidungsmomenten empfand.“ Schon nach zwei Tagen mußte er bei der Veröffentlichung der ersten „Kundmachung“ Messenhausers, der „durch Berufung an die Spitze gestellt war“, über die „abgenützten Phrasenschablonen“ klagen, mit denen der Wiener Napoleon „Geschichte“ zu machen anfing. An die Seite Messenhausers traten der galizische Pole Joseph Bem, der schon 1812 unter Macdonald gedient, bei Ostrolenka den Sieg erstritten und für den Kaiser von Brasilien eine polnische Legion gebildet hatte, und Daniel Fenner von Fenne-

berg, ein Tiroler, Sohn eines österreichischen Generals, selbst bis 1843 kaiserlicher Offizier, dann militärischer Schriftsteller. Außer der Nationalgarde, die infolge der Flucht der wohlhabenden Bevölkerung aus Wien empfindliche Lücken aufwies, und der Studentenlegion wurden aus den Arbeitern und Taglöhnern „Mobiltruppen" gebildet, aus Polen, Italienern und zugereisten Demokraten Freicorps errichtet, darunter jenes „Corps d'élite", in das die meisten Journalisten und auch die Abgeordneten der Frankfurter Linken, Blum und Fröbel, eintraten. Für den Unterhalt der zu den Waffen Berufenen mußte durch Löhnungen von 20 bis 25 Kreuzern, Spenden von Brot, Wein und Tabak gesorgt werden. An Artilleristen hatte man den größten Mangel; trotzdem ein Korporal, der ein Geschütz zu bedienen verstand, mit einem Gulden täglich belohnt wurde, gelang es doch nicht, die 70 Stücke, die man im Artilleriedepot vorgefunden hatte, mit Bedienungsmannschaft zu versehen. Auch die Mitwirkung am Barrikadenbau und an den Befestigungen der äußeren Umfassungsmauern der Stadt, den „Linienwällen", mußte bezahlt werden. Die schon in den ersten Tagen nach der Flucht der kaiserlichen Familie von den Provinzen verlangten Zuzüge blieben, bis auf einige hundert Grazer und Brünner demokratisch gesinnte Nationalgarden und kleine Abteilungen aus Salzburg, gänzlich aus; namentlich die Bauern, von denen man eine allgemeine Erhebung und die Zersprengung der kaiserlichen Truppen erwartet hatte, versagten vollständig. Hans Kudlich, der in der Heimat der Bauernkriege, in Oberösterreich, eine mächtige Bewegung hervorrufen zu können vermeinte, mußte unverrichteter Dinge von Gmunden und Vöcklabruck abziehen.

Die österreichischen Demokraten erwiesen sich unfähig zur Revolution im großen Stil. Durch die Ereignisse des 6. Oktober unerwartet zu einer Macht gelangt, die fast die ihrer Gesinnungsgenossen in Berlin überragte, verstanden sie keinen Gebrauch davon zu machen. Es entstand nicht einmal eine provisorische Regierung, der Reichstag wagte es so wenig nach dem Steuer zu greifen, als der Wiener Gemeinderat, und auch das Zentralkomitee der demokratischen Vereine, dem es gewiß nicht an dem heißen Verlangen gefehlt hat, nach Pariser Muster vorzugehen, gestaltete sich nicht zur zielbewußten Leitung eines Kampfes auf Leben und Tod. Man war borniert genug, nach dem offenen Aufstande gegen die öffentlichen Gewalten, nach dem Abfalle des Militärs, nach der Ermordung und tödlichen Bedrohung der Minister noch an die Fortdauer von Rechten zu glauben, die auf einer noch gar nicht bestehenden Verfassung beruhen sollten, man glaubte allen Ernstes, die Generale, die auf Befehl des Kaisers gegen seine rebellische Residenz heranzogen, würden sich vor den Drohungen einiger Deputationen zurückziehen. Noch am 18. Oktober urteilte man nach Auerbachs Zeugnis folgendermaßen über die Lage der Wiener: „Der 6. Oktober war eigentlich keine Revolution, er änderte nichts in den bestehenden Staatsgewalten: der Kaiser blieb, der Reichstag blieb, und nur an einem Minister wurde die gräßliche Volksjustiz vollzogen. Der Kaiser entfloh, der Reichstag harrte aus und ihm sind alle Sympathien der Stadt und des Landes zugewendet. Der Reichstag übernahm das Amt der Vermittlung, es schien anfangs zu gelingen, dann durch die Flucht des Kaisers vereitelt zu werden, aber noch baut man darauf alle

Hoffnungen." Diese Hoffnungen sollten noch immer auf „legalem Wege" erfüllt werden, obwohl sich Wien einen polnischen General bestellt hatte, der die kaiserlichen Truppen als Rebellenscharen bezeichnete; man hielt den Uebergang der Ungarn über die Leitha für legal, die Anwesenheit der Kroaten vor Wien für verfassungswidrig, erwartete den Einmarsch von deutschen Exekutionstruppen aus Baiern und mutete dem Reichsverweser Erzherzog Johann zu, er solle seinem kaiserlichen Neffen, der ihm den Unterhalt in Frankfurt bezahlte, den Krieg erklären.

Am 20. Oktober machte Fürst Windischgrätz von seinem Hauptquartier Lundenburg aus die Wiener mit dem ihm vom Kaiser erteilten Auftrage bekannt, „dem in Wien dermalen herrschenden gesetzlosen Zustand ohne Zeitverlust ein Ziel zu setzen". „Um diesen Zweck zu erreichen, werden hiermit Stadt und Vorstädte und ihre Umgebung in Belagerungszustand erklärt, alle Zivilbehörden unter die Militärbehörden gestellt und gegen die Uebertreter meiner Verfügungen das Standrecht verkündet." Daraufhin erörterte der Abgeordnete Schuselka im Reichstage mit der Seelenruhe eines unverbesserlichen Theoretikers den Rechtsstandpunkt der fürstlichen Kundmachung und fand, daß er unhaltbar sei. „Belagerungszustand und Standrecht seien das letzte Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung; dieses letzte Mittel dürfe aber nur angewendet werden, wenn alle anderen bereits erschöpft sind. Solches sei hier keineswegs der Fall. Es könne der Belagerungszustand nicht angewendet werden, wo das Volk durch seine Vertreter tagt über die Feststellung seiner Verfassung; nur die konstituierende Versammlung könne ihn, wie in Paris, zu ihrem eigenen Schutze aussprechen."

Dieser überwältigenden Beweisführung schloß sich der permanente Ausschuß und der Reichstag sofort an und erklärten die vom Feldmarschall Fürsten Windischgrätz angedrohten Maßregeln des Belagerungszustandes und Standrechtes für ungesetzlich. Der Gemeinderat richtete an den Feldmarschall eine Zuschrift, in der darauf hingewiesen wurde, daß er dem Ministerium des Innern und dem Reichstage unterstehe und von den Zumutungen, die jener an die Stadtbehörde stelle, keine Kenntnis nehmen könne, solange es an entsprechenden Weisungen des Ministeriums fehle. Darauf antwortete Windischgrätz, dessen Truppen bereits zum größten Teile die Donau übersetzt hatten, aus dem Hauptquartier Hetzendorf am 23. Oktober mit der Forderung unbedingter Unterwerfung binnen 48 Stunden, der Ablieferung aller Waffen, der Auflösung aller bewaffneten Corps, Legionen und Compagnien, der Suspension aller Zeitungen u. dgl. m. Wenn er weniger pedantisch gewesen wäre und nicht die Anwendung des militärischen Apparates in allen Richtungen für unerläßlich gehalten hätte, würde Windischgrätz die Stadt mit Leichtigkeit überrumpelt haben. Die Verteidigungseinrichtungen waren damals noch unvollständiger als eine Woche später, die Ueberraschung hätte ihre gute Wirkung gethan und das Zusammenwirken der noch bei Parendorf an der Leitha stehenden Ungarn mit den Wiener Insurgenten wäre sofort vereitelt gewesen. Windischgrätz wies auch den Rat Pillersdorfs zurück, mit einer Deputation des Reichstages den Einmarsch der Truppen in Wien zu vereinbaren, indem er die von ihm und Jellačič mit Vorliebe gebrauchte Redensart „mit Rebellen unterhandelt man nicht" ganz ungerechtfertigt

auf den Reichstag anwandte, der zwar sehr ungeschickt und ohne Erkenntnis der ihm selbst drohenden Gefahr, aber nicht rebellisch gehandelt hatte. Franz Pulszky, der dem permanenten Reichstagsausschuß die Vorrückung der ungarischen Armee unter Moga unter der Bedingung angetragen hatte, daß der Reichstag die Ungarn zu Hülfe rufe, hatte den Widerstrebenden, die noch immer „den legalen Boden nicht verlassen" wollten, durch Blum und Messenhauser sagen lassen: „Ihr seid bestimmt, Märtyrer zu werden; es ist ein schönes Los, doch nicht jenes, das ich gerade suche. Mit halben Maßregeln macht man weder Frieden noch Revolution." (Helfert.)

Vom 23. bis zum 27. Oktober gab es vereinzelte Gefechte an den „Linien" im ganzen Umkreise von Wien, bei denen sich die Kaiserlichen vorwiegend abwehrend verhielten oder um strategisch wichtige Punkte bemühten; da es an Kämpfern unter den Aufständischen zu fehlen begann, verhängte nun auch Messenhauser den Belagerungszustand über Wien, durch den jeder wehrhafte Bewohner gezwungen wurde, sich zu bewaffnen und gegen den Feind verwenden zu lassen. Im Innern der Stadt begann ein Schreckensregiment der Anarchisten, dem Fenneberg als Chef der Feldpolizei mit innerer Befriedigung Vorschub leistete. Erst am 28. begann der systematische Angriff von seiten der Armee, der an manchen Stellen, namentlich in der Leopoldstadt, wo Bem persönlich kommandierte, zu ernsten und blutigen Gefechten führte. Hier opferten sich viele ehrliche Enthusiasten, während die Wortführer im Zentralkomitee vom Volke mit bitteren Reden gezwungen werden mußten, doch auch ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Am Abend war der ganze am nordöstlichen Ufer des Donaukanales gelegene Stadtteil von den Kaiserlichen besetzt, nicht ohne daß es zu blutigen Straßenkämpfen und infolgedessen auch zu Ausartungen der siegenden Mannschaft, namentlich ruthenischer Regimenter und der mit Recht gefürchteten Grenzer und Sereschaner, gekommen wäre, die sich vielfach nicht nur Raub und Mord, sondern auch tierische Grausamkeit zu schulden kommen ließen. Nur die innere Stadt und einige südliche und westliche Vorstädte befanden sich noch in der Gewalt der Aufständischen. Den darauffolgenden Sonntag (29.) ruhten die Waffen, da Windischgrätz den Eingeschlossenen Zeit lassen wollte, sich nunmehr freiwillig zu unterwerfen. Auch diesmal war sein Zögern unheilvoll und hat abermals Blut und schwere Verluste an Gütern gekostet. In das Wort Verzweifelnder darf man kein Vertrauen setzen. In der Nacht vom 29. auf den 30. bot eine Deputation des Gemeinderates und des Studentenkomitees die Unterwerfung an, der Fürst versprach Gnade walten zu lassen, soweit sein Gewissen und seine Ehre es gestatte; nur von Schonung der treubrüchigen Soldaten wollte und durfte er nichts hören. Am Vormittage des 30. Oktober wurden sowohl in Wien als im Hauptquartier zu Hetzendorf Vorbereitungen für den Einmarsch der Truppen in die innere Stadt Wien getroffen, als die Nachricht von dem Anmarsche der Ungarn und dem Beginne einer Schlacht alle Verabredungen über den Haufen warf.

Kossuth hatte es gegen den Einspruch der besten Offiziere im ungarischen Nationalheere durchgesetzt, daß General Moga über die Leitha ging, angeblich nicht um Wien zu befreien, sondern um die Entwaffnung des hochverräterischen

Bans und seiner räuberischen Scharen durchzuführen, wenn der kaiserliche Feldherr dies nicht selbst besorgen wolle. Ein in diesem Sinne gehaltenes Ultimatum war an Windischgrätz gesendet, hierauf die Armee für die Offensive organisiert worden. Mehr als hundert Offiziere, die jetzt erkannten, daß die Bekämpfung kaiserlicher Truppen auf nichtungarischem Boden auch bei einer sehr unbefangenen, konstitutionellen Auffassung unmöglich mit ihrem ursprünglich geleisteten Fahneneide in Einklang gebracht werden könne, nahmen nun ihren Abschied, der ihnen gegen das Versprechen, sechs Monate nicht gegen Ungarn zu fechten, anstandslos gewährt wurde. Am 28. und 29. Oktober schob Moga seine Truppen, 13 Linien- und Honvéd-Bataillone, 23 Eskadronen, 7½ Batterien, zusammen 16000 Mann regulärer Truppen und 13000 Nationalgarden und Landstürmer über die Leitha und Fischa bis gegen Schwechat und Rannersdorf vor. Fürst Windischgrätz konnte das Corps Jellačić mit 2 Infanteriebataillonen und 3 Batterien verstärken, außerdem seine gesamte Kavalleriereserve, 33 Eskadronen, unter dem Fürsten Franz Liechtenstein, zu einer Umgehung des linken Flügels seines Gegners verwenden, ohne Wien locker zu lassen. Die Bewegung der Ungarn war um drei Tage verspätet und ohne Einverständnis der Wiener eingeleitet worden, daher vollständig aussichtslos. Vormittags des 30. errang zwar der ungarische rechte Flügel einen Vorteil, indem er Mannswörth an der Donau stürmte, das Zentrum gewann jedoch bei Schwechat nur wenig Terrain und der linke Flügel rückte erst nach mancherlei Zögerungen in die ihm angewiesene Stellung ein. Kossuth ließ Halt machen, weil er auf den Ausfall der Wiener wartete. Um zwei Uhr nachmittags ging der Banus zum Angriff über, sprengte das Zentrum der ungarischen Armee und nötigte sie zum Rückzug, noch ehe Liechtenstein mit seinen Reitergeschwadern ernstlich vorgegangen war. Daß die Wiener thatsächlich wieder zu den Waffen griffen, als sie von dem Kampfe bei Schwechat vernahmen, hat den Ungarn keinen Nutzen mehr gebracht. Diese konnten erst hinter der Leitha wieder Stellung nehmen.

Es war den gemäßigten Elementen nicht gelungen, das Wiener Proletariat, bei dem die leidenschaftliche Erregung zur Wildheit auszuarten begann, von der Erneuerung des Kampfes abzuhalten. Messenhauser war von den ungebärdigen Elementen der Nationalgarde abgesetzt, Fenneberg an seine Stelle gebracht worden. Es war ein unverzeihlicher Fehler des Oberkommandanten gewesen, auf dem Stefansturm den Gang des Gefechtes zu beobachten, statt die Ausführung der Kapitulation mit seiner Autorität zu unterstützen. Die von ihm selbst verbreitete Nachricht vom Vorrücken der Ungarn wurde von den bewaffneten Anarchisten ausgebeutet, um der Bevölkerung das Märchen von Sieg und Befreiung vorzuspiegeln. Als man den Rückzug der Ungarn feststellte, war dem Kampfe nicht mehr Einhalt zu thun, den der in die Mobilgarde eingereihte Pöbel, unterstützt von Gesindel aus den Vorstädten, sinnloserweise wieder begann. Die abmahnenden Plakate des Gemeinderates und Messenhausers, der sich diesem wieder zur Verfügung gestellt hatte, konnten es nicht mehr aufhalten, daß das Schießen in der Richtung, wo man kaiserliche Truppen wußte, wieder aufgenommen wurde. Die Lüge, daß die Ungarn schon vor den Thoren stünden, wurde den sie verbreitenden Studenten von den wütenden Gesellen, die in dem

Ausbruche der Anarchie ihre Genugthuung ersahen, willig geglaubt. Auch Organisatoren der Revolution, wie der blutrünstige Dr. Becher, und selbst Robert Blum, beteiligten sich an dem Tumulte, durch den die vom Gemeinderate angeordnete Hissung der schwarzgelben Fahne auf dem Stefansturm verhindert wurde.[1]) Wie Fenneberg, der würdige Gesinnungsgenosse des vaterlandslosen Dr. Becher in seiner „Geschichte der Wiener Oktobertage" versichert, sei das Verlangen des Fürsten Windischgrätz, als Zeichen der Unterwerfung die kaiserliche Fahne auf dem Stefansturm wehen zu lassen, „die bitterste Verhöhnung und die schwerste aller Kapitulationsbedingungen" gewesen. Leichteren Herzens ertrug der ehrgeizige Intrigant, der seinen Kameraden Messenhauser im Augenblicke der höchsten Bedrängnis durch sein Mobilgesindel von der Stelle verdrängt hat, und der Wien vor den Schrecken der Erstürmung hätte retten können, das Bewußtsein, zu dem schmählichen und unheilvollen Bruche der Kapitulation beigetragen zu haben. Mit Befriedigung erzählt er, daß das vom „Rathmarkt" (Naschmarkt?) in Kolonnen anziehende Militär durch weiße Fahnen, die man auf den Basteien absichtlich aufgesteckt, getäuscht und, als es bis auf halbe Schußweite herangerückt war, von der Burg- und Kärntnerbastei mit einem Hagel von Kartätschen überschüttet ward, der ganze Reihen niederschmetterte. Fenneberg war der Veranstalter des Raketenfeuerwerkes und der bengalischen Beleuchtung des Stefansturmes, durch die den Ungarn Lust gemacht werden sollte, die Schlacht bei Schwechat noch einmal zu schlagen.

Die infolge des Kapitulationsbruches notwendig gewordene Eroberung von Wien begann am 31. Oktober nachmittags. Bis zwei Uhr standen die Truppenkolonnen ruhig auf den Glacis, um die freiwillige Oeffnung der Thore zu erwarten. Erst nachdem das Feuer von den Basteien neuerdings begonnen hatte und selbst die Geschütze wieder in Thätigkeit gesetzt worden waren, ging man mit dem Bombardement vor, durch das leider auch das Dach der Mineraliensammlung in der kaiserlichen Burg in Brand gesteckt und die Hofbibliothek gefährdet wurde. Nach zwei Stunden war auch der letzte Widerstand gebrochen; die Banden, deren sinnloser Trotz der Stadt Wien schweren Schaden gebracht und die Rache der Sieger durch offenkundigen Verrat herausgefordert hat, verschwanden vom Kampfplatze und lösten sich nach Wegwerfung der Waffen auf. Messenhauser und Fenneberg ließen noch eine Erklärung drucken, in der sie die Schuld an dem Kapitulationsbruche ablehnten, dann suchte jeder, der noch Geistesgegenwart und Energie dazu besaß, aus dem eisernen Ringe, der sich um die Stadt spannte, zu entkommen, oder ein Versteck zu gewinnen. Nur wenigen, unter diesen Bem und Fenneberg, gelang die Flucht; Tausenau, der auf einem nicht einwandfreien Lebensmittelgeschäfte ertappt worden war, hatte sich schon einige Tage früher aus dem Staube gemacht. Auch der von Windischgrätz hartnäckig gesuchte Dr. Schütte, dessen Einfluß überschätzt worden war, entkam.

---

[1]) Man vergleiche das von Helfert (I, 392) erwähnte Gespräch mit C. Grüner. Die Behauptung Fröbels, Blum habe nach der Kapitulation am 31. Oktober nicht mehr gefochten, kann darum noch immer richtig sein. Er hat aber dazu beigetragen, daß andere noch einmal gefochten haben.

Am 1. November war Wien bereits umgestülpt: die Demokraten und Republikaner, die seit den Maikrawallen der Bevölkerung ihren Willen aufgedrungen und die wilden Instinkte der Masse geweckt hatten, tauchten in dieser unter, so tief sie konnten, und waren zufrieden, wenn die geglätteten Wogen des großstädtischen Volksmeeres sich über ihnen schlossen; die „Schwarzgelben", die monatelang zum Schweigen und zur Heuchelei gezwungen gewesen waren, erfüllten die Luft mit dem Jubel der Erlösung von fast unerträglichem Drucke, viele nach Vergeltung verlangend und begierig, an der wiedererrichteten Macht Anteil zu gewinnen und an der Ausübung der strafenden Gerechtigkeit zu ihrem Nutzen und Pläsir mitzuwirken, andere nicht ohne Bangen vor dem Unheil, das die Sieger in ihrem Glücksrausche über den schwergeprüften, zwar wiedergeborenen, aber schwächlichen und unmündigen Staat anrichten würden. Denn es waren nicht nur die heiligen Gefühle reinen, inbrünstigen Dankes, die vor den Betstühlen und Altären zu Gott, allen Heiligen und den in den verschiedenen Wallfahrtskirchen residierenden Marien emporgesendet wurden, sondern noch vielmehr die leidenschaftlichsten Ergüsse sehr unchristlicher Freude über den endlich erreichten Triumph, den der tief verletzte Stolz schon so lange heiß begehrt hatte. Der jähe Wechsel des Geschickes wurde dem unmittelbaren Eingreifen der göttlichen Vorsehung zugeschrieben, deren besonderer Schutz dem Kaiserhause und seinen Getreuen augenscheinlich zu teil geworden war. Aus dem Vorwalten dieser Ueberzeugung erklärt sich die österreichische Politik der nächsten Jahre besser als aus den Interessen des Reiches.

Die Einnahme von Wien hat dem kaiserlichen Heere 56 Offiziere und 1142 Mann an Toten und Verwundeten gekostet; die Zahl der gefallenen Aufständischen ist nicht festzustellen. Im Hofe des Allgemeinen Krankenhauses sind am 1. November 400 Leichen gelegen; daraus kann man wohl schließen, daß es deren im ganzen mehrere Tausend gegeben hat. Der Verkehr zwischen Wien und der Außenwelt wurde nur soweit hergestellt, daß die Verpflegung wieder geregelt werden konnte; Stadt und Vorstädte blieben militärisch abgesperrt; nur die mit Militärpässen versehenen Personen durften von den Wachen durchgelassen werden. Die beste Fluchtlinie blieb die Donau in den nebligen Novembernächten für diejenigen, die sich ihr auf einer Zille anvertrauten, bis sie auf ungarischem Boden landen konnten. Sehr beliebt waren Verkleidungen, namentlich Weiberkleider für bartlose Studenten. Schon während des Einmarsches der Truppen und in den darauffolgenden Tagen wurden 1000—1500 Personen gefangen gesetzt, bis zum 10. November aber schon wieder 800 entlassen. Nach dem von Dunder veröffentlichten Verzeichnisse der bis zum 9. Mai 1849 standrechtlich Verurteilten wurden 24 Todesurteile vollstreckt, darunter neun an desertierten und zu den Rebellen übergegangenen Soldaten. Das erste traf Robert Blum, der schon am 9. November erschossen wurde. Seinen und Fröbels Protest wegen ihrer Gefangenhaltung trotz ihrer Eigenschaft als Abgeordnete der deutschen konstituierenden Reichsversammlung hatte Fürst Windischgrätz mit Schwarzenbergs Einwilligung unberücksichtigt gelassen. Windischgrätz war (nach Hübners Mitteilung) bereit gewesen, die Frankfurter Abgeordneten freizugeben, um seinem Schwager Felix, der bereits als künftiger Ministerpräsident in Frage kam,

diplomatische Schwierigkeiten zu ersparen. Schwarzenberg erkannte in Blum den hervorragendsten unter den deutschen Anarchisten. „Er trug die Waffen gegen eine zu Recht bestehende Regierung. Das Gesetz ahnt derlei Verbrechen mit dem Tode. Er muß die Folgen seiner Handlungen tragen. Wenn er verurteilt und hingerichtet wird, so werden seine Genossen erfahren, daß wir uns nicht vor ihnen fürchten. Daher lasse man der Gerechtigkeit ihren Lauf. Ich nehme die Verantwortung auf mich." Robert Blum mußte zugestehen, daß er die Waffen gegen Oesterreich erhoben und „daß er den bewaffneten Aufstand durch eine feurige Rede angefacht habe". Milderungsgründe hat es für ihn so wenig als Fürbitter gegeben. Fröbel hat seine Broschüre „Wien, Deutschland und Europa" gerettet, in der er sich gegen die Teilung Oesterreichs ausgesprochen hat. Auch hat er offenbar auf das Kriegsgericht einen sehr günstigen persönlichen Eindruck gemacht, denn dieses trug, wie Helfert berichtet, selbst auf Begnadigung an.[1]) Messenhauser, der sich ohne Grund selbst gestellt hatte, fiel — wie man glaubte — zur Sühne für Latour oder weil man ihn noch immer als Offizier betrachtete. Unter allen Opfern der militärischen Justiz, deren Berechtigung bei leidenschaftsloser Auffassung des Sachverhaltes wohl nicht geleugnet werden kann, wurde er am meisten bemitleidet, weil der Bruch der Kapitulation, der zur Strenge herausgefordert hat, nicht ihm zur Last gelegt werden kann. Die Doktoren Becher und Jelinek büßten für die gesamte demokratische Hetzpresse, der gewiß die Hauptschuld an der Fanatisierung der sonst so gutmütigen Wiener Bevölkerung zugemessen werden muß.

Noch während der Belagerung war in Olmütz zur Bildung des Ministeriums geschritten worden, dem die Neugestaltung des geretteten Staatswesens und dessen Wiedereinführung in das Konzert der europäischen Großmächte zugedacht war. Man stand zwar am Vorabende des Krieges mit Ungarn, aber an dessen endlichem siegreichen Ausgange zweifelte man weder in Oesterreich, noch im Auslande. Wessenberg war bereits abgethan; er funktionierte noch als Minister, ohne es zu sein. Wenn er auch wiederholt seines Alters und körperlicher Gebrechlichkeit wegen um Enthebung von seinem Amte ersucht hatte, so war doch die Art, wie die durchlauchtigen Diktatoren mit dem Manne umsprangen, der in schwerster Stunde für den Staat, dem er gar nicht verpflichtet war, mit seiner ganzen Persönlichkeit eingetreten ist, kein Beweis vornehmer Denkungsart. Alle im Zuge befindlichen Staatsakte wurden vor ihm geheim gehalten, damit er nicht mehr in die Lage käme, seine Meinung darüber auszusprechen.[2]) Ganz unverdient war das Los Wessenbergs nur aus dem Grunde nicht, weil er sich wissentlich zum Handlanger Schwarzenbergs hergegeben hat. Seine Briefe an Erzherzog Johann und den Staatsrat v. Lebzeltern beweisen es, daß er die schmachvolle Rolle kannte, die man ihn spielen ließ. Auch Kaiser Ferdinand

[1]) Ueber die Polemik, die sein Mitgefangener Padovani hervorgerufen, schreibt Fröbel ausführlich im I. Bande seiner Lebensbeschreibung.

[2]) Erst nach seiner Abreise von Olmütz durchschaute er die Intrigue. Er schrieb am 3. Dezember aus Wien an Erzherzog Johann: „Wie ich dies schreibe, erhalte ich schon das Packet der Abdikazion unseres Kaisers und jenes des Antritts seines Enkels (s. h. Neffen) Franz Josef. Es sieht aus, als habe man meine Abreise abgewartet, um diesen Staatsakt zu vollziehen."

hatte das Gefühl, daß dem treuen Manne unwürdig mitgespielt werde; er hat ihm, so gut er konnte, bei seiner Enthebung zu verstehen gegeben, daß er für seine Person keinen Teil haben wolle an dem Undanke, der jenem widerfuhr. Mit dem Fürsten Felix Schwarzenberg beginnt die Reihe jener „Auto-Ignoranten“ unter den österreichischen Staatsmännern, die zu der Lenkung der kompliziertesten aller Staatsmaschinen berufen wurden, ohne sich über die Wirkung der politischen Kräfte in der allereinfachsten Weise Rechenschaft geben zu können. Gelernt hatte der Mann eigentlich nichts, man schätzte ihn weder als Offizier noch als Diplomaten, dennoch galt er für einen „Armeediplomaten“ und wurde Ministerkandidat, als sein Schwager, dem die Unterwerfung der czechischen Studenten in Prag die Würde eines Feldmarschalls eingebracht hatte, ihn zur Durchsetzung seines Programmes verlangte. Dieses sah dem Metternichschen System sehr ähnlich, es setzte nur an die Stelle gesinnungsloser Beamten gutgedrillte Feldwebel und Gendarmeriewachtmeister in den Verwaltungsorganismus ein.

Felix Schwarzenberg besaß Geist genug, um die Unzulänglichkeit dieser Mittel zu erkennen, er würde sich auch gerne mit dem Konstitutionalismus auseinandergesetzt haben, wenn ihm sein Schwager dazu Zeit gelassen hätte. Es ist nicht sicher, daß er von vornherein entschlossen war, die Verfassung abzuschaffen, daß er seinen Kollegen Stadion, der von der Unhaltbarkeit des Absolutismus überzeugt war, getäuscht und mißbraucht hat, es scheint vielmehr, daß er sowenig als mit Kenntnissen auch nicht mit irgend einer feststehenden, politischen Anschauung das Staatsruder übernommen, jedoch nie daran gezweifelt hat, daß einem Fürsten Schwarzenberg das Regieren gelingen müsse, wenn er sich einmal damit zu beschäftigen beliebe. Er war bereit, eine „starke Regierung“ einzurichten, was wohl einem sehr allgemein verbreiteten Wunsch entsprach; wie sie beschaffen sein werde, wußte er nicht, aber er versäumte nicht, in dem Programme vom 27. November dem Bedürfnisse nach politischen Schlagworten nachzugehen und die Befriedigung der Wünsche aller Patrioten in Aussicht zu stellen. Die Zusammensetzung des Ministeriums Schwarzenberg-Stadion war eine sehr glückliche; Dr. Alexander Bach und Freiherr v. Krauß wurden dem früheren konstitutionellen Ministerium entnommen, sie konnten als Wächter der errungenen Freiheiten gelten, der Gründer des österreichischen Lloyd in Triest, Freiherr v. Bruck, und der Eisenwerks- und Gutsbesitzer v. Thinnfeld, der dem von Erzherzog Johann beeinflußten Kreise liberaler Volksräte in den Alpenländern angehörte, sollten die ökonomische Entwickelung im modernen Sinne garantieren. „Wir wollen die konstitutionelle Monarchie,“ wurde versichert, „aufrichtig und ohne Rückhalt. Wir wollen diese Staatsform, deren Wesen und gesicherten Bestand wir in der gemeinschaftlichen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch den Monarchen und die Repräsentantenkörper Oesterreichs erkennen; wir wollen sie, begründet auf der gleichen Berechtigung und unbehinderten Entwickelung aller Nationalitäten, sowie auf der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze; gewährleistet durch die Oeffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens; getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Länderteile (!) in allen inneren Angelegenheiten; umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Zentralgewalt.“

Nachdem das neue Ministerium gebildet war, erfolgte die längst beabsichtigte Thronentsagung des Kaisers Ferdinand,[1]) der Thronverzicht seines zur Nachfolge berufenen Bruders Franz Karl und der Regierungsantritt des am 18. August 1830 geborenen ältesten Sohnes dieses Erzherzogs als Franz Joseph I. am 2. Dezember 1848. Das Manifest, mit dem der junge Kaiser seine Völker begrüßte, enthielt den wichtigsten Punkt des ministeriellen Programms, die Erklärung Oesterreichs zum Einheitsstaat. „Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt und die Gesamtmonarchie ungeschmälert zu erhalten, aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern unserer Völker zu teilen, rechnen Wir darauf, daß es mit Gottes Beistand und im Einverständnis mit den Völkern gelingen werde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen." Nicht die Völker sollten zu entscheiden haben, in welcher Form sie den Anforderungen der pragmatischen Sanktion entsprechen und ihre gemeinsamen Angelegenheiten besorgen wollten; das Haus Habsburg glaubte weiter gehen zu können, als es bisher in der Zusammenfassung seines Länderbesitzes gelangt war: es erklärte ihn als einen einheitlichen Staatskörper. Die Revolution sollte statt zur Auflösung zur Zentralisation geführt haben. Mit diesem erneuten und geeinten Oesterreich hatte Europa und vor allem das deutsche Volk zu rechnen.

Unblutiger und mit geringerer Erschütterung des Gesamtstaates verlief die Verfassungskrise in Preußen, wo die Demokratie sich schon nahe an der Befestigung ihrer Macht gewähnt hatte. Das am 19. März berufene Ministerium Arnim-Boitzenburg war nur bis zum 29. März im Amte geblieben, nachdem es durch eine Kabinettsordre eine liberale Verfassung zugesagt hatte. Diese ins Leben zu rufen übernahm das Ministerium Camphausen-Hansemann, dem auch die konstitutionell gesinnten Redner des vereinigten Landtages, Schwerin und Auerswald angehörten. Es versammelte am 2. April noch einmal den vereinigten Landtag und ließ von diesem das Wahlgesetz für die einzuberufende preußische Nationalversammlung genehmigen. Zur Wahl der Wahlmänner wurde das 24. Lebensjahr, für die Wählbarkeit das 30. Lebensjahr als einzige Beschränkung angesetzt. Als Zweck der Versammlung wurde ausgesprochen, „die Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse, die Bewilligung der Steuern und Staatsanleihen,

---

[1]) Vgl. Bd. II S. 448 u. f. Aus einer großen Anzahl Briefe von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses habe ich mich überzeugen können, daß die Ueberraschung über das Ereignis des 2. Dezember nicht sehr groß war, weil man durch die bekannten Tendenzen der Partei Windischgrätz darauf vorbereitet sein mußte. Aus Leopolds v. Gerlach „Denkwürdigkeiten" wissen wir, daß man schon im Juli am preußischen Hofe den Stand der Abdikationsfrage in Oesterreich gekannt und besprochen hat. Auch Erzherzog Ludwig macht keine Bemerkung darüber, die auf eine „Intrigue" hinweise, wie O. Lorenz („Staatsmänner und Geschichtschreiber") sie vermutet. Gewundert hat man sich über die Einwilligung der Kaiserin Maria Anna, die nicht gerne der Erzherzogin Sophie Platz gemacht hat. Dafür habe ich Beweise, die durch das Schreiben der Kaiserin in der „Lebensskizze" des Fürsten Windischgrätz nicht entkräftet werden können.

für die Dauer der Versammlung auszuüben". Der Finanzminister Hansemann erhielt die Befugnis, den Kassenüberschuß von 15 Millionen Thaler für das Heer zu verwenden und über einen Kredit von 25 Millionen zu Gunsten der notleidenden Industrie und Landwirtschaft zu verfügen. Dagegen machte fast nur Bismarck Opposition. Er hatte sich schon gegen die an den König zu richtende Dankadresse ausgesprochen. Als Programm für die Zukunft wollte er die Adresse gelten lassen, für das, was in den letzten Tagen geschehen ist, wollte er nicht danken. „Die Vergangenheit ist begraben und ich bedauere es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht im stande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat; ich kann aber nicht für das danken, was ich mindestens für einen irrtümlichen Weg halten muß." Die Finanzanträge Hansemanns bekämpfte er, weil sie nur der großstädtischen Bevölkerung zu gute kämen, der er die Begünstigung des Liberalismus und der Revolution vorwarf.

Bedeutungsvoller als durch sein Auftreten im Landtage, in dem sich mehr ein verletztes Gefühl als politisches Urteil äußerte, das daher auch mißverstanden wurde, hat Bismarcks Verkehr mit dem Könige gewirkt, der im Juni durch Friedrich Wilhelm zu einem sich regelmäßig wiederholenden gemacht wurde. Nach einer intimen Hoftafel in Sanssouci gab der gering bemittelte pommersche Gutsbesitzer, den nichts als seine Persönlichkeit bemerkbar machte, seiner Mißbilligung der Haltung des Königs so unverhohlen Ausdruck, daß die in der Nähe befindliche Königin ihm zurief: „Wie können Sie so zu dem Könige sprechen!" Dieser meinte, „er werde schon mit ihm fertig werden" und ließ sich von Bismarck auseinandersetzen, daß die Räumung von Berlin ein grober Fehler gewesen sei. Der König gab es zu, indem er sagte: „Man ist immer klüger, wenn man von dem Rathause kommt; was wäre denn damit gewonnen, wenn ich zugäbe, wie ein Esel gehandelt zu haben? Vorwürfe sind nicht das Mittel, einen eingestürzten Thron wieder aufzurichten, dazu bedarf ich des Beistandes und thätiger Hingebung, nicht der Kritik." Für die Charaktere der beiden Menschen, die sich da gegenüberstanden, ist der Eindruck wichtig, den Bismarck von diesen Worten empfing und in seinen „Gedanken und Erinnerungen" selbst niederlegte: „Die Güte, mit der er (Friedrich Wilhelm) dies und ähnliches sagte, überwältigte mich. Ich war gekommen in der Stimmung eines Frondeurs, dem es ganz recht sein würde, ungnädig weggeschickt zu werden, und ging vollständig entwaffnet und gewonnen." Der König begründete ausführlich den Vorteil, der ihm aus der Rücksicht auf den „formalen Rechtsboden" erwachse, und machte Zweifel an seiner Macht geltend, sich gegen Uebergriffe der Nationalversammlung zu wehren. Bismarck glaubte aber an diese Zweifel nicht, er vermutete vielmehr, „daß Hintergedanken rege waren, ob nicht die Berliner Versammlung und der Friede mit ihr und ihrem Rechtsboden unter irgend welcher Konstellation direkt oder indirekt nützlich werden könne, sei es in Kombinationen mit dem Frankfurter Parlamente oder gegen dasselbe, sei es, um nach anderen Seiten hin in der deutschen Frage einen Druck auszuüben, und ob der formale Bruch mit der preußischen Volksvertretung die deutschen Aussichten kompromittieren könne". Es ist aber anzunehmen, daß bei den Ent-

schlüssen des Spätherbstes die Erinnerung an die Ansichten, die der König aus Bismarcks Munde vernommen, noch mitgewirkt habe.

Camphausen setzte noch vor dem Zusammentritte der Versammlung die Rückberufung des Prinzen von Preußen trotz der Drohungen durch, die von den Demokraten dagegen erhoben wurden; er hat durch diese mannhafte That den Erfolg der Willensstärke einer Regierung erprobt. Ueber die Gesinnungen des Prinzen hat ihn dessen Brief an seine Frau beruhigen können, den diese ihm im Anschlusse an eine Unterredung mitgeteilt hat. Es ist eines der denkwürdigsten Dokumente in der Geschichte des großen Kaisers, es gehört daher auch in die deutsche Geschichte. Die Kopie, die in „Ludolf Camphausens Leben" aus der Hinterlassenschaft des Ministers veröffentlicht ist, lautet: „Wenn ich auch mit aller Aufmerksamkeit den Nachrichten aus der Heimat folge, so muß man sich doch von so vielem erst losmachen, was unsere Geschichte aufgebaut hatte und was, daraus folgernd, Preußens Aufgabe zu sein schien, um unsere Zukunft richtig auffassen zu können. Eine moderne Konstitution paßte meiner Ueberzeugung nach nicht für das Preußen, dessen Aufgabe es war, als eine selbständige Großmacht in dem europäischen Staatensysteme dazustehen, und zugleich einen Teil Deutschlands bildete. Das Preußen, welches in Uebereinstimmung mit den anderen Großmächten europäische Fragen zu lösen hatte und durch raschen Entschluß wirken mußte, durfte bei diesem zwiefachen Verbande nicht durch eine Verfassung im entscheidenden Momente in seiner Thätigkeit gelähmt werden. Das Preußen hingegen, welches nur mit Deutschland eine Großmacht sein will, kann meiner Ueberzeugung nach nicht nur eine moderne Konstitution haben, sondern muß sie besitzen, um sich die Sympathien Deutschlands zu erwerben. Das neue System zu befestigen, dieser Aufgabe werde ich alle meine Kräfte widmen und zwar mit derselben Gewissenhaftigkeit, die ich dem Regierungssystem auch ohne konstitutionellen Anflug bewies. Daß man hieran zweifeln konnte, das ist es, was mich am tiefsten schmerzt bei der über mich verhängten Prüfung. Daß man dabei zur Verleumdung und Ungerechtigkeit seine Zuflucht nehmen mußte, um gegen mich zu handeln, könnte mich eigentlich trösten, da es beweist, daß man auf anderem Wege nichts vermocht hatte. Indessen, ich habe einen schönen Trost, den, daß die Wahrheit sich Bahn brechen wird, indem Gott kein unrecht Gut gedeihen läßt. Mit einem reinen Gewissen über meine politische Vergangenheit sehe ich dem Tage der Wahrheit entgegen!" Die hier entwickelte Gesinnung hat der Prinz nach seiner ohne jede Ruhestörung verlaufenen Rückkehr auch in einer knappen Ansprache ausgedrückt, die er als gewählter Vertreter des posenschen Kreises Wirsitz am 8. Juni in der Nationalversammlung hielt.

Das erste preußische Parlament war am 22. Mai in Berlin zusammengetreten. Die allgemeinen Wahlen hatten, dem Geiste der öffentlichen Meinung entsprechend, dem liberalen Doktrinarismus und der radikalen Demokratie die Herrschaft in dieser Versammlung gesichert, in der weder der Großgrundbesitz noch die Großindustrie eine ihrer Bedeutung für den Staat entsprechende Vertretung gefunden hatte. Neben 174 Beamten, 68 Bauern, 50 Geistlichen, 28 Handwerkern und 27 Lehrern saßen nur 40 adeliche Gutsbesitzer. Die

Rechte stand auf dem Standpunkte der äußersten Linken des vereinigten Landtages, die Zentren, geführt von dem Eisenbahnbauer und Regierungsrat Hans Viktor v. Unruh, dem Oberbürgermeister Grabow von Prenzlau und dem Nationalökonomen Rodbertus, verlangten eine streng demokratische Grundlage für den neuen Staatsbau, die Linke, an deren Spitze der Obergerichtsrat Benedikt Waldeck aus Münster und der Schriftsteller Dr. Johann Jakoby aus Königsberg standen, nahm den Standpunkt der Frankfurter Linken, der Blum und Vogt, ein. Sie verlangte die Unauflöslichkeit der Versammlung bis zur Vollendung der Konstitution und die Anerkennung der Revolution als des Rechtsgrundes ihres Bestandes. Der vom Ministerium eingebrachte Verfassungsentwurf, der sich im Rahmen der belgischen Charte bewegte, gewiß sehr verbesserungsbedürftig im Sinne der Stärkung der Regierungsgewalt, aber mit Zugeständnissen an die liberale Staatslehre reichlichst ausgestattet, wurde nicht sofort in Beratung gezogen, sondern einem Verfassungsausschusse zugewiesen. Ueber den Berendsschen Antrag, die Revolution als den Ausgang für die wiedergewonnene Selbstregierung des Volkes zu erklären, kam man noch durch eine vermittelnde Tagesordnung hinweg; dagegen erwies sich die Versammlung ganz unverläßlich, als man nach dem Zeughaussturm vom 14. Juni ernste Maßregeln gegen die Pöbelexzesse ergreifen wollte. Sie nahm bei Abwesenheit der meisten Mitglieder der Rechten, die sich in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht fühlten, mit großer Majorität den Antrag des Predigers Uhlich aus Magdeburg an, daß sie keines bewaffneten Schutzes bedürfe, sondern sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle.

Camphausen versuchte eine Neubildung des Kabinetts durch den Eintritt von Mitgliedern der Rechten; als diese nicht zu stande kam, nahm er seinen Abschied, ließ sich jedoch nach einigen Wochen der Ruhe als preußischer Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt verwenden. Den Antrag des Reichsverwesers, in das Reichsministerium einzutreten, hat er trotz dessen Befürwortung durch den König nicht angenommen. Der Finanzminister Hansemann erreichte die Beteiligung einiger Parlamentarier, darunter Rodbertus, Milde und Giercke; ersterer schied jedoch schon nach acht Tagen aus dem Ministerium Hansemann-Rudolf v. Auerswald wieder aus, weil er bei jeder einschneidenden Frage auf der Anerkennung der Volkssouveränität bestand, zu der sich die leitenden Persönlichkeiten der Regierung nicht bekannten. Er trat sofort in scharfe Opposition zu seinen Kollegen, die sich nicht zur Herstellung inniger Beziehungen zwischen der Regierung und der Parlamentsmajorität geneigt zeigten. Trotzdem das Ministerium bei den Steuervorlagen, den Kommunalordnungen, bei dem Projekte der Verstaatlichung der bestehenden Privateisenbahnen und bei der Reform der Domänenverwaltung von liberalen Grundsätzen ausging und gesunde wirtschaftliche Anschauungen in Anwendung brachte, ja damit sogar die Interessen der dem Hofe nahestehenden Großgrundbesitzer zu verletzen nicht scheute, fand es doch keine kräftige Unterstützung in der Nationalversammlung und konnte sich auf keine feste Mehrheit stützen. Die Abgeordneten der Linken, die eine wohlorganisierte Partei von 140 Mann darstellten, suchten ihren Beruf nicht in der Befestigung des Staatswesens, in der Hebung des Wohlstandes und der Ein-

richtung einer tadellos funktionierenden Verwaltung, sondern in der Betonung des Vorrechtes der Volksvertretung über alle anderen Organe der Gesetzgebung und Exekutive. Die hauptstädtische Presse vertrat fast durchweg eine zu mindest demokratische, wenn nicht republikanische Richtung; auch die seit dem 1. April erscheinende „Nationalzeitung" ging in ihren Forderungen an die Regierung weit über das Maß dessen hinaus, was diese als notwendige Erfordernisse des konstitutionellen Systems ansah.

Die von Hansemann eingebrachte Vorlage über die Aufhebung aller Grundsteuerbefreiungen, die nicht als eine Finanzmaßregel, sondern durch „höhere politische und moralische Notwendigkeiten" begründet wurde, die Erhöhung der Branntweinsteuer, sowie mehrere andere, den Ertrag der Landwirtschaft schmälernde Anträge riefen eine starke Gegenbewegung der in der Nationalversammlung so ungenügend vertretenen Grundbesitzer der östlichen Landschaften und die Gründung eines agrarischen Vereines hervor, der seine erste Generalversammlung, das sogenannte „Junkerparlament", im August in Berlin abhielt. Unterstützt von ihrem Organe, der „Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung", griff die in diesem Vereine vertretene Partei das liberale und parlamentarische Ministerium leidenschaftlich an, nannte Hansemann den Bannerträger der roten Revolution und seine Reformen die geschäftliche Verwertung der Märzrevolution durch Plünderung der Gutsherren. Die Verbindungen dieser Partei mit dem Hofe waren so innig, daß das Vertrauen des Königs zu Hansemann und Auerswald sehr bald schwer erschüttert wurde. Schon im Juli berichtet Leopold v. Gerlach von neuen Ministerkandidaturen. Von einem Bruch mit dem Konstitutionalismus war aber nicht die Rede. Gerlach behauptet, der König sei mit ihm darüber einig gewesen, daß man durch die Neuwahl der Nationalversammlung an die Urwähler appellieren müsse. „Der zahlreichen, zum Teil aus rechtlichen Männern bestehenden konstitutionellen Partei gegenüber muß der Schein vermieden werden, als wäre der König wortbrüchig geworden. Das konstitutionelle Prinzip muß ganz ausgebeutet werden. Dieser (der neugewählten) Versammlung ist zu sagen, daß nach der bestehenden Landesverfassung die Repräsentation des Volkes aus den Provinzialständen hervorgehen müßte, daß die Provinzialverfassungen unverletzbar sind, daß ein Gebäude außerhalb des Rechtsbodens keine Haltbarkeit haben könnte. Auf diesem Rechtsboden muß dann für jetzt möglichst viel konzediert werden, wie verdoppelte Vertretung von Städten und Landgemeinden, vielleicht eines Arbeiterstandes, was eine Idee des Königs ist." Graf Albrecht Alvensleben, der Finanzminister nach Maaßens Tod, schlug sogar die „sofortige Zusammenberufung der Provinzialstände und eine von diesen neu zu veranlassende Wahl einer vereinbarenden Abgeordnetenversammlung" vor.

Der König korrespondierte auch mit Vincke und Bodelschwingh, keiner von beiden wollte sich jedoch den Gefahren einer Ministerpräsidentschaft aussetzen. Mit Auerswald meinte der König auskommen zu können, obwohl Gerlach, der in seiner Berserkerwut gegen allen Fortschritt sich zu Entstellungen[1]) und Ueber-

[1]) Was er in seinen Tagebüchern über das Kölner Domfest zu erzählen weiß, ist eine Karrikatur der Thatsachen.

treibungen hinreißen ließ, auch diesen für „völlig konfuse“ und „aus Schwachheit falsch“ bezeichnete. Mit Hansemann und den parlamentarischen Ministern stand man nicht nur wegen der Zugeständnisse an die öffentliche Meinung, sondern auch wegen ihrer Formlosigkeit im Verkehr und in der Art ihrer Geschäftsführung schlecht. Auch das große Gartenfest in Potsdam, zu dem alle Abgeordneten geladen waren, hat keine Annäherung zwischen dem Hofe und den parlamentarischen Kreisen hervorgebracht. Die Königin fand, daß die Reichsboten, mit denen sie zu sprechen gehabt hatte, „gutmütige aber gemeine Leute ohne Sitten und Erziehung gewesen seien“. Sie selbst wird diesen Eindruck nicht vor der Gesellschaft bekannt haben, um so taktloser scheinen die Hofbediensteten ihre Mißachtung der unwillkommenen „gemeinen“ Gäste zur Schau getragen zu haben. Diese Beobachtung machte General v. Brand als Gehilfe des Kriegsministers v. Schreckenstein, ein kritischer Zeuge der Vorgänge in Regierungs- und Parlamentskreisen. Ebenso wie die Unliebenswürdigkeit der höfischen Koterien tadelt er aber auch die saloppe Art der Minister in ihrer geschäftlichen Gebarung. In seinen scharfsinnigen Charakteristiken kommt auch Hansemann nicht sehr gut weg. „Die Natur hat seiner Physiognomie das Gepräge eines Fuchses gegeben, als hätte sie ihm dadurch ein Aushängeschild seines Innern geben wollen; in seinen Manieren, einfach und ungekünstelt, barg er mehr wie seltene Schlauheit in sich. Er hat wohl nie die Gefahren erkannt, in welche die Gesellschaft durch die im März hervorgerufene Unordnung gestürzt worden, noch weniger aber besaß er das Talent, die Kräfte zur Herstellung der Autorität zu ordnen und zu disziplinieren, die Bewegung, welche die Gesellschaft hinzureißen drohte, zu mäßigen. Er hielt alle Parteien in Atem, in steter Aufregung, ohne auch nur eine derselben zu beherrschen, und wenn es ihm auch gelang, sie ab und zu zum Schweigen zu bringen, so bewiesen doch die wiederkehrenden Angriffe gegen ihn nur zu bald, daß er ihnen keine Achtung eingeflößt hat.“ Ueber das Gesamtministerium und seine Widersacher bei Hofe gibt General v. Brand ein Urteil ab, das die Veränderungen sehr begreiflich macht, denen die preußische Regierung in nächster Zeit ausgesetzt war. „Es ließ die Autorität von Tag zu Tag mehr an Achtung einbüßen, verzichtete auf energisches Auftreten und versäumte es, der Nationalversammlung von Hause aus den Standpunkt anzuweisen, den dieselbe ihrer Natur und Bedeutung nach einzunehmen bestimmt war. Und doch lag dies in seiner Stellung und wurde durch die Umstände dringend geboten. Daß übrigens mehrere unberufene Ratgeber der Krone redlich dazu beigetragen haben, die Lage des Ministeriums noch zu verwickeln, bedarf wohl keiner Erwähnung. So gut diese mit dem Königtum es gemeint haben mögen, so sind sie doch ein wesentliches Hindernis in dessen Maßnahmen gewesen. Wie man alles nachahmte, was das Ausland in der Politik gethan, so nannte man jene Partei die ‚Camarilla‘, obwohl jeder, der nur eine oberflächliche Kenntnis vom Charakter des Königs hatte, einsehen mußte, daß es eine solche gar nicht geben konnte. Es ist dieselbe Partei, die stets in den Kammern der Regierung hemmend entgegentritt und die das Königtum im Munde führt, während sie nur daran denkt, dasselbe in ihrem Sinne zuzustutzen und, wir wollen es ehrlich sagen, zu knebeln.“

Der Sturz des ersten parlamentarischen Ministeriums in Preußen ging von der Verhandlung über einen Militärprozeß in Schweidnitz aus, den die liberalen und radikalen Mitglieder der Nationalversammlung dazu ausbeuteten, der Armee ihre Macht zu zeigen und ihre Anhänglichkeit an das Königtum zu erschüttern. In dieser Absicht stellte ein Oberlehrer Stein den Antrag: „Der Kriegsminister möge in einem Erlasse an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fernzubleiben, nicht nur Konflikte jeglicher Art mit dem Zivil zu vermeiden, sondern auch durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zu zeigen hätten, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitwirken wollten," und ein Gerichtsassessor Schultze aus Wanzleben setzte hinzu: der Kriegsminister habe es denjenigen Offizieren, mit deren politischer Ueberzeugung dies nicht vereinbar sei, zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten. Die Regierung hätte das Parlament nicht eine Stunde darüber im unklaren lassen dürfen, daß sie diese Anträge nicht annehmen und niemals ihre Hand dazu bieten werde, die Armee in die politischen Kämpfe hereinzuziehen und beim Offiziercorps eine an jesuitische Prozeduren erinnernde Gewissenserforschung vorzunehmen. Sie blieb jedoch stumm, traf keine Anstalten zur Bekämpfung dieser Anträge und wurde durch deren Annahme (mit der Mehrheit einer Stimme) aufs unangenehmste überrascht. Auch dann aber ließ sie die Augustwochen unausgenützt verstreichen, begnügte sich damit, den Parlamentsbeschluß nicht zur Ausführung zu bringen, ertrug mit der Ergebenheit von Märtyrern die Beleidigungen, ja selbst den Einbruch in ihre Wohnungen von seiten der sich allmählich wieder leidenschaftlicher gebärdenden Pöbelmassen und nahm von den Abgeordneten der Linken die Versicherung entgegen, daß sie nicht mehr ihr Vertrauen genieße. Am 2. September mußte sie auf eine Interpellation antworten, warum sie die Beschlüsse vom 9. August nicht ausgeführt habe; sie lehnte es ab, einen Erlaß in dem verlangten Sinne herauszugeben und nahm das Recht für sich in Anspruch, die geeigneten Mittel zur Erreichung des von ihr und der Nationalversammlung erstrebten Zweckes nach eigenem Ermessen zu bestimmen. In der darüber am 7. September geführten Verhandlung der Nationalversammlung trat Hansemann nach einer wenig eindrucksvollen, matten Rede Auerswalds zum erstenmal temperamentvoll gegen den Mißbrauch liberaler Grundsätze zum Eingriff in den Wirkungskreis der Exekutive und gegen die Parlamentsomnipotenz auf. „Nichts ist gefährlicher als der Absolutismus. Ob aber der Absolutismus in einer Person oder aber in einem Kollegium sei, es ist immer Absolutismus, wenn niemand anderer mitzusprechen hat: denn darin besteht die Freiheit, daß zwei Gewalten miteinander gehen und miteinander sich vergleichen müssen, um die Gesetze für das Land zur Ausführung zu bringen. Nicht darin besteht die ‚Freiheit', daß eine Versammlung ihren Willen ohne weiteres über alles setzen kann."

Vor zwei Monaten wäre mit einer so tapferen Erklärung noch Eindruck zu machen gewesen, jetzt konnten die Abgeordneten vor den Elementen, die sie zu Hülfe gerufen hatten, keinen Rückzug mehr antreten, sie fühlten sich zu radikalen Großthaten verpflichtet. Es half nichts mehr, daß der Minister, dessen

Liberalismus bei den Konservativen für hochverräterisch galt, von der konstituierenden Versammlung Mäßigung verlangte und ihr zurief, Preußen würde in der Achtung von Europa nicht steigen, wenn die Linke um einer Kleinigkeit willen einen Konflikt herbeiführe; der Steinsche Antrag wurde unverändert, nachdem alle Vermittlungsanträge gefallen, mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen. Als die Minister den Sitzungssaal in der Singakademie verließen, wurden sie vom Pöbel verfolgt und verhöhnt. Sie nahmen ihre Entlassung; der König ging darauf ein. Er war seit dem Abschlusse des Malmöer Waffenstillstandes, den er ganz allein, ohne den Ministerrat zu hören, geschlossen hatte, voll Selbstvertrauen und glaubte den Zeitpunkt gekommen, die königliche Macht wieder herzustellen. Schon am 16. September wurde General v. Wrangel, der mit den Truppen aus den Herzogtümern zurückkehrte, zum kommandierenden General in den Marken ernannt, wo eine zur Bezwingung von Berlin ausreichende militärische Macht versammelt wurde. Der König verhandelte mit Arnim-Boitzenburg und Beckerath wegen Uebernahme des Ministeriums, jener erklärte sich der bevorstehenden Aufgabe nicht gewachsen, dieser reichte ein Programm ein, fand aber damit keinen Beifall. So setzte man ein Uebergangsministerium mit dem General v. Pfuel an der Spitze ein, das keine Beziehungen zum Parlament hatte, keine suchen, sondern — wie General Brand bemerkt — nur die Geschäfte der Hofpartei besorgen sollte. Es gehörten ihm auch Graf Dönhoff, der frühere Geschäftsträger am Bundestag, und der Oberpräsident v. Bonin an; sie waren ebensowenig wie Pfuel selbst den Verhältnissen gewachsen, die sich unter dem Einflusse des Sieges der Wiener Radikalen erheblich bedenklicher gestalteten.

Die Beratung über die künftige preußische Verfassung begann damit, daß dem Könige der Titel „von Gottes Gnaden" gestrichen wurde. „Man pflegt, wenn ein Handlungshaus bankrott geworden," so begründete den Antrag der nachmals durch die Förderung des Genossenschaftswesens bekannt gewordene Richter Schulze aus Delitzsch, „die Firma nicht in das neue Geschäft herüberzunehmen. Nun glaube ich, daß in der Geschichte der Absolutismus mit der alten Firma ‚von Gottes Gnaden' vollständig bankrott gemacht habe. Der Gesellschafter, die Gottes-Gnade, scheint sich aus dem Geschäft ganz zurückgezogen zu haben, und dadurch mag eben dasselbe vollständig Bankbruch erlitten haben. Ich rate daher, wir nehmen die alte bankrotte Firma nicht in das neue Geschäft hinüber." Mit solchen Gesinnungen konnte Friedrich Wilhelm keine Kompromisse schließen; er benutzte den Gratulationsempfang an seinem Geburtstage (15. Oktober), um dem Präsidenten der Nationalversammlung den Kampf gegen diese anzukündigen: „Sie haben Mein Mir von Gott verliehenes Recht auf die Krone angetastet; Sie wollen Mir das von Gottes Gnaden nehmen! Aber hierzu wird keine Macht der Erde stark genug sein, — Ich werde es treu bewahren, wie Ich es von Meinen Ahnen überkommen. Sagen Sie dies den Herren, die Sie gesandt. Sagen Sie ihnen, daß Ich Ruhe und Ordnung im Lande herstellen werde, daß Mir die Mittel hierzu vollauf zu Gebote stehen; sagen Sie ihnen, daß Ich den Aufruhr und die Aufrührer, wo Ich sie finde, bekämpfen und zerschmettern werde, und daß Ich Mich hierzu durch Gottes Gnade stark genug fühle."

Den Tag darauf fand ein heftiger Zusammenstoß zwischen Unfug treibenden Kanalräumern und der Bürgerwehr statt, wobei es Tote gab. Man nahm nicht mit Unrecht an, daß die internationale demokratische Agitation es darauf anlegte, die Bewegung in Berlin auf die Höhe der Wiener zu bringen. Bei dem Leichenbegängnisse demonstrierten 30000 Arbeiter und Proletarier, die nur auf das Kommandowort zum Losbruche zu warten schienen. In der Nationalversammlung wurde Präsident Grabow durch eine seinen Ordnungsruf mißbilligende Abstimmung zur Abdankung veranlaßt. Dem folgte v. Unruh, dessen Neigungen sich um so mehr der Linken zuwandten, als seine Hoffnung auf eine Verwendung im Ministerium geschwunden war. Die Verhandlungen über die Verfassung bewiesen Tag für Tag, daß die Mehrheit der Versammlung revolutionäre Tendenzen hatte. Der Adel wurde abgeschafft, sogar der Gebrauch adelicher Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden untersagt; den Orden machte ein Antrag des demokratischen Grafen Reichenbach ein Ende, endlich wurde sogar ein Antrag von Rodbertus angenommen, „Sr. Majestät Regierung aufzufordern, bei der Zentralgewalt energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde". Während dies verhandelt wurde, sammelten sich organisierte Banden um den Sitzungssaal, traten mit den Führern der äußersten Linken in Verbindung und überfielen nach dem Schlusse der Sitzung Minister und Abgeordnete auf der Straße. Am anderen Morgen, 1. November, erhielt Pfuel die längst erbetene Entlassung zugestellt, der Generalleutnant Graf Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der 1792 geborene Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Sophie von Dönhoff, die Ernennung zum Ministerpräsidenten.

Seit dem 16. Oktober war man, wie Gerlach und Brand erzählen, mit der Umgestaltung des Ministeriums beschäftigt gewesen, Pfuels Kollegen hatten sich jedoch nicht bestimmen lassen, auf das Programm des Königs einzugehen; Pfuel selbst war fallen gelassen. Die Nachrichten über den Fortschritt des Fürsten Windischgrätz vor Wien haben den König ohne Zweifel in der Absicht bestärkt, sich zum Herren der Situation zu machen. Brandenburg, der seine Freunde verwundert gefragt hatte, warum man ihn plötzlich zum berühmten Mann machen wolle, folgte dem Rufe, richtiger dem Befehle des Königs, gewann in Otto Theodor v. Manteuffel als Minister des Innern und dem Geheimrat Ladenberg als Unterrichtsminister zwei charaktervolle und opferbereite Mitarbeiter für das verantwortungsvolle Unternehmen, für dessen Gelingen sich auch Bismarck mit seiner ganzen Persönlichkeit eingesetzt hat. Bismarck war selbst als Ministerkandidat in Frage gekommen, der König soll jedoch zu seinem Namen die Randbemerkung gemacht haben: „Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet" („Gedanken und Erinnerungen").

Am 9. November begann man mit der Durchführung des Programmes, dessen erster und wichtigster Punkt die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach der Stadt Brandenburg war. Auf die an die Abgeordneten gerichtete Aufforderung des neuen Ministerpräsidenten, sich aus dem Sitzungssaale zu entfernen und am 27. November in Brandenburg zu erscheinen, antworteten sie

auf Gierckes Antrag mit dem Beschlusse, daß sie für jetzt keine Veranlassung haben, den Sitz ihrer Beratungen zu ändern, sondern dieselben in Berlin fortsetzen werden, daß sie auch der Krone das Recht nicht zugestehen, die Versammlung wider deren Willen zu vertagen oder aufzulösen. Der Kommandant der Bürgerwehr, Major Rimpler, vom Polizeipräsidenten v. Bardeleben aufgefordert, gegen die unbotmäßige Nationalversammlung einzuschreiten, verweigerte dies, da die Bürgerwehr ihm nicht Gehorsam geleistet haben würde. Daraufhin zog Wrangel mit 15000 Mann in Berlin ein, ohne Widerstand zu finden. Die Linke der Nationalversammlung hielt zuerst im Hotel de Russie, dann im Kölnischen Rathaus Sitzungen ab und stimmte für einen Steuerverweigerungsantrag, bequemte sich aber endlich doch auch zur Auswanderung nach Brandenburg, wohin sich die Rechte des Hauses mit den Ministern begeben hatte. Als sie durch Entfernung aus dem Sitzungssaale die Neuwahl des Präsidiums zu verhindern suchte, weil man das bisherige Präsidium v. Unruh-v. Plönnies-Phillipps nicht mehr anerkennen wollte, wurde die Einberufung der Stellvertreter beantragt. Ein Beschluß darüber konnte jedoch nur mit 73 Stimmen gefaßt werden. Nachdem sich auf diese Weise herausgestellt hatte, daß die Versammlung den ihr von der Regierung ehrlich angebotenen Standpunkt der Vereinbarung nicht anzunehmen, sondern in ihrem Souveränitätswahn zu verharren gedenke, wurde sie am 5. Dezember aufgelöst, gleichzeitig aber eine Verfassung verlautbart, die das durch General v. Strotha (Krieg), v. d. Heydt (Handel) und Rintelen (Justiz) vervollständigte Ministerium ausgearbeitet hatte. Sie entsprach dem von der Verfassungskommission der aufgelösten Versammlung vorgelegten Entwurfe, war daher so freisinnig, daß die Konservativen vom Schlage der Gerlach vor Entsetzen außer sich gerieten. Sie hatten seit dem 25. November mit aller Kraft dagegen agitiert, daß man sich auf eine Befriedigung der Konstitutionellen einlasse, auch der König war heftig aufgefahren, als ihm Brandenburg den Entwurf vorlegte. „Man möge ihn für einen Pietisten, für einen Hund oder sonst etwas halten, er hielte es seiner Verantwortlichkeit gegen Gott entgegen, so etwas zu unterschreiben und zu beschwören." Leopold v. Gerlach, der uns diese und andere königliche Ausbrüche berichtet, war aber doch ehrlich genug, dem Könige die Beibehaltung des Ministeriums unter allen Umständen zu empfehlen, da in ihm eine Bürgschaft für die Wahrung der Kronrechte liege. Brandenburg, Manteuffel und Ladenberg hielten aber ganz verständig daran fest, daß die Verfassung, wenn sie ihren Zweck erfüllen und die überzeugten, ehrlichen, aber königstreuen Liberalen der Regierung und dem Könige näher bringen solle, auch jenen Anforderungen entsprechen müsse, die von der konstitutionellen Doktrin an eine moderne Verfassung gestellt wurden. Es war nicht mehr die Zeit vorhanden, um auf eine organische Entwickelung warten zu können; es hätte nur neue Beunruhigung erzeugt, ja selbst den treuesten und lenkbarsten Elementen unter den Freisinnigen Zweifel an der Redlichkeit der Regierung erregt, wenn man nochmals auf die Provinzialstände zurückgegangen wäre.

Was Treitschke in dem Aufsatze über „Das konstitutionelle Königtum in Deutschland" an der oktroyierten Verfassung tadelt und als „Spuren zufälliger, krankhafter Zeitmeinungen" bezeichnet, war ein unvermeidliches Uebel. „Statt

die großen Reformgedanken der Stein-Hardenbergschen Epoche wieder aufzunehmen, wollte man wetteifern mit der konstitutionellen Herrlichkeit der deutschen Nachbarlande. Man hoffte sie alle zu überbieten, indem man die belgische Verfassung zum Muster wählte, denn diese galt als die liberalste des Festlandes.... Der oberste Grundsatz der belgischen Verfassung ‚tous les pouvoirs émanent de la nation‘ widersprach doch allzu handgreiflich der preußischen Geschichte, als daß man hätte wagen können, ihn bei uns einzubürgern; desgleichen der darauffolgende Satz: dem König steht keine Gewalt zu, die ihm nicht ausdrücklich durch die Verfassung übertragen ist. Aber indem man aus dem wohldurchdachten Gefüge der belgischen Charte den Grundsatz der Volkssouveränität hinausstieß und andere von streng monarchischem Inhalt einfügte, entstand unvermeidlich ein widerspruchsvolles Werk. Die alten Sätze erhielten auf dem neuen Boden einen anderen Sinn. Die Doktrin der Gewalteinteilung führte in Belgien zur Unterwerfung der vollziehenden Gewalt unter die gesetzgebende, in Preußen ward sie dahin ausgelegt, daß die Verwaltung sich ganz unabhängig von den Kammern, ja fast außerhalb der Kammern bewegen müsse.“ Dies konnte Treitschke 1869—71 noch als einen Mangel der inneren Entwickelung des preußischen Staates bezeichnen: seitdem haben sich die Anschauungen über den Wert des Konstitutionalismus so wesentlich geändert, daß man die Unabhängigkeit der preußischen Verwaltung von der Gunst und Ungunst der Parteien, deren Tyrannei die parlamentarische Regierung begründet, als einen besonderen Segen betrachten muß.

Die öffentliche Meinung nahm die neue Verfassung mit sichtlichem Erstaunen auf, die gemäßigten Liberalen wagten kaum ihren Jubel ausklingen zu lassen, denn sie fürchteten, getäuscht zu sein. Die Demokraten waren verblüfft. Der MW-Korrespondent der Allgem. Ztg. schrieb am 6. Dezember aus Berlin: „Diese neue preußische Verfassung ist gewiß die liberalste, welche je ein mächtiger Herrscher seinem Lande gegeben; sie ist weit freisinniger als die englische, noch demokratischer als die belgische, ja dem Wesentlichen nach steht sie in der Ausdehnung der in die Hände des Volkes gegebenen Freiheiten selbst hinter der amerikanischen wenig zurück.... Was Herr Jacoby und Konsorten dazu gesagt haben mögen? Ich habe diese Herren gestern nicht gesehen. Aber die radikalen Männer von gleicher Farbe, welche uns am gestrigen Abend umgaben, waren während der Lesung sichtbar verblüfft und in den ersten Augenblicken der Ueberraschung auch etwas kleinlaut. Da sind wir Demokraten schön blamiert!“ sagte einer der ehrlichsten, als der Vorleser geendet hatte, „es läßt sich wenig gegen diese Verfassung sagen, als daß sie eben oktroyiert ist.“ Daß diese Aeußerungen begründet waren, mögen die folgenden Artikel beweisen, die wir aus den 112, die das Grundgesetz bilden, hervorheben: Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu befähigten gleich zugänglich. — Art. 11. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Teilnahme an irgend einer Religionsgesellschaft. Den bürgerlichen und

staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. — Art. 16. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe wird durch deren Abschließung vor den dazu bestimmten Zivilstandsbeamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Zivilaktes stattfinden. — Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. — Art. 24. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Zensur, noch durch Konzessionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staatsauflagen, noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Postverbote und ungleichmäßigen Postsatz oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendiert oder aufgehoben werden. — Art. 59. Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verrates angeklagt werden. — Art. 60. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch die beiden Kammern ausgeübt. Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich.

Die erste Kammer, aus 180 Mitgliedern bestehend, war durch die Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter zu wählen. Wählbar wurde jeder Preuße, der das 40. Lebensjahr vollendet, im Vollbesitze der bürgerlichen Rechte und 5 Jahre preußischer Staatsbürger war. Die 350 Mitglieder der zweiten Kammer gingen aus Wahlmännerwahlen hervor. Die Urwähler von je 250 Seelen wählen einen Wahlmann. Urwähler wurde jeder Preuße mit 24 Lebensjahren, im Vollbesitze der bürgerlichen Rechte, der nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält, sobald er sich 6 Monate in einer Gemeinde aufhält. Bezüglich der ersten Kammer war in einer Anmerkung zu Art. 67 die Erwägung vorbehalten, „ob ein Teil ihrer Mitglieder vom Könige zu ernennen und ob den Oberbürgermeistern der großen Städte, sowie den Vertretern der Universitäten und Akademien der Künste und Wissenschaften der Sitz in der Kammer einzuräumen sein mochte“. Für die zweite Kammer war die Einführung eines anderen Wahlmodus, „namentlich die Einteilung der Wähler nach bestimmten Klassen für Stadt und Land“ in Aussicht genommen. Von diesen Zusätzen hat die Verfassungsrevision von 1849 ausgiebigen Gebrauch gemacht.

Für Konfliktsfälle zwischen Regierung und Volksvertretung war zu Gunsten der ersteren sehr ausreichend vorgesorgt. Art. 105 bestimmt: Wenn die Kammern nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen, unter Verantwortung des gesamten Staatsministeriums, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen. — Art. 108. Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fortbestehen, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.

Nach der Verkündigung dieser Verfassung waren die Bedenken, die von seiten der Liberalen und namentlich der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel erhoben worden waren, nicht mehr haltbar. Vincke und Heinrich von Gagern waren am 30. November beim Könige gewesen, um ihm ein neues konstitutionelles Ministerium vorzu-

schlagen. Gerlach behauptet, daß dabei eine Präsidentschaft Gagern ins Auge gefaßt war. Der König habe sie jedoch abgelehnt. — Auch in den Provinzen, wo es nach dem 10. November Demonstrationen und Krawalle gegeben hatte, beruhigten sich die Gemüter, und zwar um so leichter, als die wenigen Versuche und Ansätze zu neuen revolutionären Bewegungen, die in Breslau, Erfurt, Delitzsch u. a. O. gemacht worden waren, sehr rasch ein klägliches Ende genommen hatten, sobald Militärmacht gegen die Aufrührer verwendet wurde. Die Drohung der Steuerverweigerung hat der Regierung auch keine schwere Stunde bereitet. Mehrere hundert preußische Gutsbesitzer hatten sich erboten, den Ausfall vorschußweise zu decken. Die Macht der Krone Preußens war in ihrem vollen Umfange wieder hergestellt, die Scharte des 19. März ausgewetzt. Mehr noch als das wiedergeborene Oesterreich war Preußen zu Beginn des Jahres 1849 darauf vorbereitet, die weitere Entwickelung der deutschen Angelegenheiten zu beherrschen.

Am 9. Dezember sagte Friedrich Wilhelm zu Leopold v. Gerlach, „daß jetzt die auswärtigen Verhältnisse die Hauptsache wären". Nur um sich ihnen ganz widmen zu können, hat der König das für seine Gesinnungen schwerwiegende Opfer des Intellekts mit der liberalen Verfassung gebracht; durch seine eigene Unklarheit und Verworrenheit ist es vergeblich gewesen, und auch alle ferneren Schritte Preußens in Bezug auf die äußeren Angelegenheiten ergaben nicht nur keine Machtvermehrung, keine Verbesserung seiner Stellung, sondern eine tiefe Erniedrigung, den völligen Bankrott der preußischen Politik. Bismarck war davon überzeugt, daß der König „Ziele und Neigungen" gehabt hat, „für deren Verfolgung eine gewisse Popularität nötig war". Er hat aber zu viel für diese Popularität gethan und es unterlassen, seine Pläne mit den deutschen Fürstenhäusern zu vereinbaren, und dann auch gegen die liberale und demokratische Strömung durchzusetzen. Bis zum Frühjahre 1849 war man nach Bismarcks Ansicht in Sanssouci und in der Paulskirche von einem zweifachen Irrtum befallen: „von einer Unterschätzung der Lebenskraft der deutschen Dynastien und ihrer Staaten, und einer Ueberschätzung der Kräfte, die man unter dem Wort Barrikade zusammenfassen kann, so daß darunter alle die Barrikade vorbereitenden Momente, Agitation und Drohung mit dem Straßenkampfe, begriffen sind".

Die deutschen Angelegenheiten hätten durch Preußen noch immer die entscheidende Wendung erhalten können: noch war die Reichsverfassung in Frankfurt nicht zum Abschluß gebracht, dagegen war die Gagernsche Partei im steten Wachsen begriffen, die Einigung der deutschen Staaten mit Ausschluß Oesterreichs unter preußischer Führung von der Mehrheit der Nation als Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage im Prinzip angenommen. Für den König von Preußen war der Augenblick gekommen, mit jenen deutschen Regierungen, die auf diese Lösung eingehen wollten, Vereinbarungen zu treffen und deren Ergebnis der deutschen Nationalversammlung als Diktat vorzulegen. Dann hätte sich sofort in dieser die Spaltung vollzogen; die Kaiserwähler vom März 1849

wären voraussichtlich zum größeren Teile zu den Fürsten abgeschwenkt, die Linke hätte ihre Revolution gemacht, die Ueberliberalen, denen die Vereinbarung mit den Fürsten gegen ihr demokratisches Gewissen gegangen wäre, die Welcker, Uhland, Venedey würden sich vorerst zurückgezogen haben, wenn es aber zum Kampfe gekommen wäre, doch auf die Seite der Kleindeutschen getreten sein. Es mußte aber noch nicht zum Kampfe kommen; Preußen mußte mit seinem Programm nur früher fertig sein als Felix Schwarzenberg, und das Programm mußte so beschaffen sein, daß Zar Nikolaus den kleindeutschen Bundesstaat genehmigen konnte. Das war sofort erreichbar; es durfte nur die mobilisierte preußische Armee zur Unterdrückung aller revolutionären Unternehmungen zur Verfügung stehen, man brauchte nur mit den wehrhaften Demokraten in derselben Weise vorzugehen wie mit den schwatzhaften Berlinern. Oesterreich war vor dem zweiten italienischen Kriege und im Beginne des ungarischen Sommerfeldzuges nicht zu fürchten. Der kleindeutsche Bundesstaat konnte samt Wehrverfassung und Bundessteuer provisorisch organisiert sein, bevor Oesterreich daran denken konnte, seine Klinge mit Preußen zu kreuzen. Auch Baiern wäre es schwer gefallen, sich von dem Bunde auszuschließen. Bismarck will die Möglichkeit der Konstituierung Deutschlands auf diesem Wege nicht gänzlich ausschließen. „Eine schnelle Ausnutzung der Lage im nationalen Sinne war vielleicht möglich, setzte aber klare und praktische Ziele und entschlossenes Handeln voraus. Beides fehlte. Die günstige Zeit ging verloren mit Erwägungen von Einzelheiten der künftigen Verfassung.“

Friedrich Wilhelm IV. war weit entfernt, die Richtigkeit des Gagernschen Programmes einzusehen, er erging sich mit Vorliebe in Kombinationen mit Oesterreich und machte seine Entschlüsse von der österreichischen Politik abhängig. Der „merkwürdige“ Brief an den Reichsverweser vom 18. Dezember [1]) spricht nicht nur diese Tendenz deutlich aus, er entwickelt in seinem zweiten Teile auch die „Einzelheiten“, mit denen die königliche Phantasie beschäftigt war. „Die Dekrete der Paulskirche kann weder ich noch Fürst Liechtenstein ohne Prüfung annehmen, ohne uns zu entehren. Demnach seh' ich klar die Notwendigkeit ein, mit der Paulskirche auf einem guten Fuß, in ein mögliches (unterstrichen) Verhältnis zu treten. Die Conditio sine qua non dazu scheint mir folgendes: Ein Zustand während des Interims, in welchem die Erzeugnisse der Paulskirche in Germaniana ‚gesichtet‘ den souveränen Fürsten des seel. teutschen Bundes ‚zur Annahme‘ vorgelegt werden können. Zur ‚Sichtung‘ bedürfen wir des ‚Staatenhauses‘ während des Interims, und zwar allein durch Erwählte der Fürsten (nach ihrer Macht klassifiziert) zu beschicken. — Zur Annahme, Prüfung, Verwerfung, Genehmigung der Paulskirchlichen organischen Verfassungsbeschlüsse bedarf es eines Organs. Ich nenne das Organ ‚das Königs-Kollegium‘ (à l'instar des alten Kurfürsten-Kollegiums), aber so, daß jeder König alle in seinem Kreise befindlichen Fürsten (resp. freyen Städte) vertritt. Also 6 Könige mit 12 Stimmen. Das Kollegium würde mit Ew. Kaiserl. Hoheit während des Interims die Souveränität Deutschlands darstellen und teilweise ausüben. So ist den billigen

[1]) Siehe II. Bd. S. 481.

Forderungen der legitimen höchsten Obrigkeiten des zukünftigen Reiches und seel. Bundes Genüge geschehen, und wir bekommen das ‚Gemaht' der Paulskirche nicht roh, mit Hülsen und Spähnen, sondern gesichtet und verwendbar pour des gens de qualité. Haben Ew. Kaiserl. Hoheit die Gnade, diesen Gedanken erst durchzudenken. Ich werde, sobald ich mit Gottes Hülfe Herr im Hause bin, das kaiserliche Kabinett dringend auffordern, diesen Weg mit mir zu gehen. Der Könige glaub' ich gewiß zu seyn. Um Gottes Willen arbeiten Sie nur Metternichs trennendem Einfluß entgegen. Das ist die Erste Bedingung zu allem Guten für Teutschlands Zukunft. Ohne Oesterreich ist Teutschland ein ekler Rumpf, und die Zeit wird es gebieterisch unter Preußen wider seinen Willen zwingen. Teutschland muß Eins in seiner Vielheit seyn, und um Europa einst gebieten zu können, müssen seine zwei Großmächte mit Krone und Schwert über demselben stehen."

Für die österreichische Regierung war die romantische Neigung des Königs von Preußen für das großdeutsche Programm sehr vorteilhaft; denn sie gewann Zeit, um sich für ihre deutsche Politik vorzubereiten und erfreute sich eines Bundesgenossen zur Bekämpfung der Gagernschen Bundesstaatstheorie, auf den sie kaum hatte rechnen können. Noch am 13. Dezember 1848 hatte Felix Schwarzenberg dem Erzherzog-Reichsverweser gestehen müssen, daß sein Kabinett die Lösung der deutschen Frage der Zukunft überlasse. „Denn daß jetzt eine definitive Regelung unserer Stellung zu Deutschland unmöglich ist, liegt am Tage. Die Stimmung, welche sich der Bevölkerung unserer deutschen Provinzen bemeistert hat, beweist dies am klarsten. Die Paragraphen 2 und 3 (der Reichsverfassung) haben eine große Wirkung hervorgebracht. Selbst in Städten, wo die ‚Deutschgesinnten' die überwiegende Mehrheit bildeten, trat in der öffentlichen Stimmung ein Umschwung ein. Oesterreich als Gesamtmonarchie wurde die Losung, und jeder Tag bringt uns neue Adressen in diesem Sinne."[1]) Die Absicht, sich in irgend einen Kampf einzulassen, geht aus diesen Worten nicht hervor, die zentralistische Gestaltung der habsburgischen Monarchie war mit dem Vorschlage des engeren und weiteren Bündnisses sehr gut vereinbar, sie konnte als eine logische Folgerung der Schaffung eines deutschen Bundesstaates aufgefaßt werden. Vierzehn Tage später tritt das neue Kabinett schon mit der Opposition gegen das Gagernsche Programm hervor. „Wir können niemals Zwecke billigen," läßt sich Fürst Schwarzenberg verlauten, „die darauf hinausgehen, von dem Neubau Deutschlands so beträchtliche Teile des gemeinsamen Vaterlandes virtuell auszuschließen, als es jene sind, die unter dem glorreichen Scepter des Erzhauses sich vereinigt finden ... Euere kaiserliche Hoheit berühren in dem verehrten Schreiben vom 18. die Frage, was Höchstdenselben zu thun übrig bleibe, wenn die österreichischen Abgeordneten den deutschen Reichstag, sei es durch Abberufung, sei es durch freiwilligen oder gezwungenen Austritt, verlassen sollten. An eine Rückberufung unserer Abgeordneten von Frankfurt denkt die k. k. Regierung nicht; sie bedauert im Gegenteile die Unvollständigkeit der Zahl der Anwesenden und würde gern zu deren Vervollständigung das Ihrige beitragen, läge es in

[1]) Originaldepesche im Gräfl. Meranschen Archiv.

ihrer Macht, Wahlkörper, die einmal nicht wählen wollen, zu einem seiner Natur nach rein freiwilligen Akt zu zwingen, oder lässige Deputierte zur Erfüllung ihrer Pflicht von Regierungs wegen anzuhalten. Was inzwischen in letzterer Beziehung zur Vervollständigung der Versammlung möglicherweise von unserer Seite wird vorgekehrt werden können, soll nicht unterlassen bleiben. Eine Ausweisung der österreichischen Abgeordneten seitens der Reichsversammlung selbst scheint mir nicht wahrscheinlich oder wenigstens nicht legal begründet, solange die Wechselbeziehungen zwischen dem Reichskörper und dem Kaiserstaate noch unentschieden sind."

Die Mobilisierung der österreichischen Abgeordneten ist das erste Mittel, dessen sich das Ministerium Schwarzenberg gegen die bundesstaatliche Organisation Deutschlands bediente, das zweite war der Erzherzog-Reichsverweser selbst, den Fürst Felix mit Lob überschüttete, um ihn zum Ausharren in Frankfurt zu bestimmen. „Eure kaiserliche Hoheit werden Ihre ehrenvolle Rolle zum Danke der Nation auch bis zum Ende durchzuführen wissen, und dieses Ende kann kein anderes sein, als der Eintritt eines das jetzige Provisorium ersetzenden, definitiv geregelten Verfassungszustandes in Deutschland." Je energischer man an der Auffassung festhielt, daß Oesterreichs Ausscheiden aus dem engeren Bundesverbande mit allen übrigen deutschen Staaten eine Minderung seiner Macht und Ehre, eine Decapitatio bedeuten würde, um so wichtiger war es, die Leitung der Zentralgewalt in einer österreichischen Hand zu wissen, bis die Hegemonie des alten Kaiserhauses wieder in einer anderen Form gesichert war. Diese Wendung der Politik des Ministeriums Schwarzenberg ist Mitte Januar 1849 bereits vollzogen. Sein erstes Programm (vom 27. November 1848) hatte als ein Entgegenkommen gegen Deutschland aufgefaßt werden können; den daran geknüpften schönen Hoffnungen [1]) wurde jetzt ein jähes Ende bereitet. In einem Informationsschreiben vom 26. Januar 1849 nannte Fürst Felix den Reichsminister Gagern bereits einen „Schildträger der Revolution"; er ließ verlauten, daß ihm „aus Süddeutschland von den Fürsten und Bevölkerungen unzweifelhafte Beweise einer lebhaften Antipathie gegen die preußische Hegemonie zugekommen seien. Dies möge man sich nur ja in Berlin gegenwärtig halten. Oesterreich wird seine Stellung als erste Macht zu wahren wissen. Es wird sich nicht verdrängen lassen durch Herrn v. Gagern und seine Partei. Es rechnet auf sein gutes Recht, auf die Traditionen einer langen und glorreichen Vergangenheit, auf das Vertrauen, dessen es als eine katholische

[1]) Prinz Albert von Koburg, der Prince-Consort von England, hat am 7. Januar 1849 dem Reichsverweser ein Memorandum übersendet, in dem er Oesterreich die Annahme des Gagernschen Programmes aufs eindringlichste empfiehlt. Er kommt zu dem Schlusse, es sei „Oesterreichs dringende Pflicht, durch ein rasches Entgegenkommen auf dem von Deutschland eingeschlagenen Wege dieses von sich, wie sich von Deutschland freizumachen und sich entschlossen zu zeigen, von der in dem Schwarzenbergschen Programm gegebenen Erklärung nun auch sämtliche Konsequenzen auf sich zu nehmen. Jeder Tag, den Oesterreich die von ihm in dieser Frage gegenwärtig beobachtete Halbheitspolitik verlängert und fortfährt, zwischen seinen wirklich österreichischen und seinen eingebildeten deutschen Interessen auf beiden Schultern zu tragen, ist ein neues Hindernis in die Entwickelung beider Reiche geworfen".

Großmacht bei einem großen Teile der Bevölkerung genießt". Oesterreich werde von dem Prinzip der Vereinbarung zwischen den deutschen Fürsten und Völkern nicht abgehen und versehe sich dessen auch von Preußen. Darum müsse er aber den Erzherzog nochmals angelegentlich bitten, auf seinem hohen Posten auszuharren und sich durch die Abstimmung des Parlaments vom 13. nicht beirren zu lassen. „Darüber sind Preußen umd Oesterreich im reinen, daß es vor allem notthut, für eine Kräftigung und Verlängerung des Provisoriums zu sorgen." [1])

In Berlin wußte man schon seit dem 13. Dezember 1848, daß die neue Regierung in Oesterreich ihre Stellung in Deutschland krampfhaft festhalte; ja daß es sogar mit seinen nichtdeutschen Ländern in den Bund einzutreten gedenke. Schwarzenberg lehnte schon damals das Volkshaus ab und wollte es durch ein Staatenhaus ersetzt haben, das aus Abgeordneten der Fürsten zusammenzusetzen sei. Er beantragte zunächst Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen über eine „brauchbare" Verfassung, die dann zunächst den anderen Königreichen vorgelegt werden könne. Die Verhandlungen sollten streng vertraulich geführt werden, auch der Erzherzog-Reichsverweser nicht in sie eingeweiht werden. „Jeder Aufstandsversuch sei mit den Waffen zu bändigen; hieran werde sich Oesterreich nach Maßgabe seiner dann verfügbaren Kräfte, jedenfalls aber wenigstens durch eine kleine Abteilung symbolisch beteiligen." [2]) Man konnte nur von einem so unpraktischen Geschäftsmann wie Friedrich Wilhelm IV. eine andere Antwort auf diese Anerbietungen erwarten, als eine ironische! Einer „symbolischen" Machtentfaltung brauchte auch nur eine symbolische Vertretung im deutschen Staatswesen der Zukunft zu entsprechen. Preußen mußte aus den Enunziationen des Fürsten Schwarzenberg erkennen, daß mit Oesterreich eine Bundesreform unmöglich und von seiner Teilnahme an den weiteren Beratungen der neuen Verfassung nichts anderes als die Rückkehr zum alten Bunde mit der österreichischen Präsidialherrlichkeit zu erwarten sei. Wenn Preußen seinen deutschen Beruf erfüllen wollte, mußte es auf die Schwarzenbergsche Depesche erklären, es werde auf dem Wege der Vereinbarung mit den deutschen Regierungen und mit der Nationalversammlung den engeren Bundesstaat herzustellen trachten und dann über ein weiteres Bündnis mit Oesterreich verhandeln. Schwarzenberg hätte damals keinen Bruch mit Preußen riskieren dürfen.

Friedrich Wilhelm aber verstand die Zeichen der Zeit nicht, sondern bosselte an künstlichen Bundesplänen herum, bis alle nationalen Kräfte verbraucht, alle Begeisterung für Preußen verflogen, alle Gelegenheiten zu raschen Thaten unbenutzt vorübergegangen waren und Oesterreich seine gesamte Macht konsolidiert hatte, um sie in die Wagschale des deutschen Problems werfen zu können. Von den Gegenvorschlägen, die er in einer Depesche vom 19. Dezember an das österreichische Kabinett gelangen ließ, fand nur das Projekt eines Königskollegiums bei Schwarzenberg Gnade, denn dieser durfte darauf rechnen, daß

[1]) Fürst Felix Schwarzenberg an Erzherzog Johann. Original im Gräfl. Meranschen Archiv in Graz.

[2]) v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches. I.

Baiern und Württemberg unter allen Umständen, wahrscheinlich aber auch Hannover mit Oesterreich gehen werde. Am 4. Januar setzte der König noch einmal seine Ansichten über die Neugestaltung Deutschlands in einer Denkschrift auseinander, die der preußische Gesandte Graf Albrecht Bernstorff dem Fürsten Schwarzenberg vorlesen mußte. Darin wird vor allem dem Abscheu vor der Revolution Ausdruck gegeben, dann das Königskollegium in Verbindung mit einem Staatenhause als das Mittel gepriesen, um Konflikte mit der Paulskirche und dem Reichsverweser zu vermeiden und eine Reichswehrverfassung mit Wehrherzogtümern und 13 Reichsheeren vorgeschlagen. Das Staatenhaus solle aus 225 Mitgliedern bestehen und sich mit der Revision der Frankfurter Verfassung so lange beschäftigen, bis die Fürsten sich „über die Hauptverhältnisse des neuen Deutschland geeint hätten". Er schlägt dazu vor: die Errichtung eines Unterhauses des Reichstages, von den zweiten Kammern der Einzelstaaten nach Ständen und Klassen gewählt, und eines Oberhauses, bestehend aus den Gesandten der nichtköniglichen Fürsten, aus den mediatisierten Standesherren und den Delegierten der ersten Kammern, soweit diese den großen Grundbesitz repräsentieren. Das Königskollegium will er auch im Definitivum beibehalten wissen. Schwarzenbergs Antworten auf die einzelnen Punkte der Denkschrift waren ziemlich hochnasige Zurückweisungen. Er erwartet die Ordnung der deutschen Angelegenheiten von der Aufstellung einer deutschen Armee von 40 000 Mann unter dem Oberbefehle des Königs von Württemberg bei Frankfurt a. M., will nichts von einer Volksvertretung, nichts von einem Staatenhause wissen und bezeichnet als Richtschnur für das Auftreten des Königskollegiums: „Das Kolleg muß mit der Paulskirche gar nicht, wohl aber mit dem Reichsverweser auf das freundlichste verhandeln. Der Reichsverweser muß trotz seiner persönlichen Schwäche beibehalten werden. Oesterreich übernimmt das."[1]) Am 17. Januar ergänzte Fürst Felix seine an Bernstorff gerichteten Bemerkungen durch den Vorschlag, aus den sechs Wehrkreisen sechs staatliche Gruppen (Oesterreich, Preußen, Baiern, Württemberg, Sachsen und Hannover) zu bilden und die „von der Revolution durchtränkten und verfaulenden Kleinstaaten" in die Gruppen aufgehen zu lassen. Der Verfassungsentwurf des Parlaments sei unbedingt zu verwerfen, dies dem Reichsverweser bekannt zu geben und gleichzeitig ein Heer von 20 000 Preußen, 10 000 Baiern und 10 000 Württembergern aufzustellen. Oesterreich werde 1000 Mann zur Mainzer Garnison stellen.

Mit Hinweis auf den handgreiflich egoistischen Standpunkt Oesterreichs gelang es dem Grafen Brandenburg in Verbindung mit Camphausen und Bunsen, die aus Frankfurt und London nach Berlin berufen worden waren, den König für die Idee des engeren Bundes zu gewinnen. Eine Denkschrift Bunsens hatte die Schwarzenbergschen Vorschläge eine „Contrerevolution" genannt, „die ihresgleichen nicht hat in der Weltgeschichte, weder an Kühnheit, noch an Verderblichkeit"; sie schließt: „Man wird sagen, der große Kurfürst hätte vergebens gelebt, und Friedrich der Große hätte umsonst seine Kriege geführt, wenn Preußen unter Oesterreich stehen sollte in einem deutschen Reiche,

---

[1]) Denkschrift und Bemerkungen Schwarzenbergs ausführlich bei Sybel a. a. O.

dessen Hälfte Preußen fast durch seine eigenen Länder bildet, und dessen Ganzes es allein zu schützen und zusammenzuhalten hat, an welchem aber Oesterreich nicht teilnehmen kann, ohne entweder sich selbst zu zerstören oder Deutschland der Notwendigkeit seiner eigenen Politik aufzuopfern." Camphausen und Bunsen machten nachdrücklichst darauf aufmerksam, daß die militärische Sprengung des Parlaments, die Schwarzenberg verlange, nur die Gehässigkeit gegen Preußen vermehren werde. „Und was würde," fragten sie, „aus der Einigung Deutschlands werden, wenn man allein mit den Königen und Fürsten, ohne die treibende Kraft des Parlaments zu verhandeln hätte?" Der König wurde für den Augenblick umgestimmt und gab seine Zustimmung zum Erlaß einer Zirkularnote, die nochmals die Ansicht Preußens auseinandersetzte, die deutsche Verfassung müsse aus einem Einverständnis zwischen der Nationalversammlung und den Regierungen hervorgehen. Die Fürsten sollten durch ihre Bevollmächtigten in Frankfurt ihre Ansichten kundgeben, damit das Parlament sie zwischen der ersten und zweiten Lesung der Verfassung berücksichtigen könne. Im wesentlichen bedeutete die Note eine Zustimmung zum Gagernschen Programm, zugleich mit dem Verzichte auf eine besondere Stellung Preußens, wenn diese nicht die ausdrückliche Zustimmung der Regierungen finden werde. Die Errichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde wurde als zur Einigung Deutschlands nicht notwendig erklärt. Schmerling sah sofort die Gefährlichkeit dieser Wendung in der preußischen Politik ein und erwirkte in Olmütz die Gegennote vom 4. Februar 1849, die zum erstenmal eine Andeutung von dem zu gründenden Siebzigmillionenreiche machte, das Deutschland mit Gesamtösterreich zu umfassen habe.

Die Uebereinstimmung des Königs von Preußen mit der Gagernschen Partei im Frankfurter Parlamente war jedoch von sehr kurzer Dauer. Als Bunsen von einem kurzen Aufenthalte in Frankfurt, wo er die Lösung der schleswig-holsteinischen Wirren auf friedlichem Wege betrieben hatte, am 11. Februar nach Berlin zurückgekehrt war, fand er seinen Herrn und Freund schon wieder rückfällig im Hasse gegen alle von den „Revolutionären" ausgehenden Verfassungen. Er war unfähig, an einer klaren Erkenntnis der realen Verhältnisse festzuhalten, seine romantischen Neigungen wurden immer wieder von den ganz reaktionären Schwarzsehern in seiner Umgebung dazu mißbraucht, um alle freisinnigen Männer, und wenn sie auch noch so preußisch-patriotisch gesinnt waren, als Feinde des Königtums zu verdächtigen. „Der Haß des Junkertums und der Bureaukratie," schrieb Bunsen in sein Tagebuch, „der mich nun zwanzig volle Jahre verfolgt hatte, trat mir schroffer als je entgegen; ebenso ihre heillose Unfähigkeit und unverbesserliche Beschränktheit, welche die Erbitterung über 1848 noch mehr hervorhob.... Gerlach und die anderen Männer des ‚Politischen Wochenblattes' ergingen sich in Gemeinschaft mit dem politisch tief unsittlichen Leo in Schmähungen aller Deutschen und gaben ihrer Feindschaft gegen mich freien Lauf in ihrem Parteiblatte. Ein wirklicher Staatsmann war nirgends zu schauen. Und was sollte er auch bei dieser Gestaltung der Dinge in Charlottenburg anfangen? Der König wollte die Politik allein führen; er wollte Diktatur üben neben der Konstitution, und dabei doch als freisinniger, konstitutioneller Fürst angesehen werden, obwohl er das konstitutionelle

System für ein System des Truges und Luges hielt. . . . Oft kamen ihm wirklich deutsche und freisinnige Gefühle und Gedanken, aber die Umgebung und die geheimen Schreibereien von Olmütz und München ließen sie nicht aufkommen."

Die Siege der Linken bei der Beratung der Reichsverfassung in vielen wichtigen Punkten, die Rücksicht, die alle Liberalen, also auch die Kleindeutschen, auf die Schlagworte nehmen mußten, deren Herrschaft sie bei ihren Wählern selbst einbürgern geholfen hatten, vor allem die Annahme des allgemeinen Stimmrechtes, erweiterten die Kluft zwischen Friedrich Wilhelm und den Frankfurter Parlamentariern immer mehr. Auch die Monstrosität der Schwarzenbergschen Vorschläge, deren Unausführbarkeit von vornherein feststand, hielt den König nicht ab, auf der Ansicht zu beharren, daß eine Einigung über die Gründung eines deutschen Bundesstaates mit Oesterreich möglich und erreichbar sei.

Zu Anfang März, noch ehe die deutsche Nationalversammlung zum Abschlusse ihres Verfassungswerkes gelangt war, fühlte sich die neue österreichische Regierung berufen, an dem Reiche der Habsburger ein Experiment operativer Staatskunst vorzunehmen, das in dem Wesen und Charakter dieses Reiches größere und tiefer eindringende Veränderungen hervorbringen sollte, als die Revolution jemals als ihr Ziel bezeichnet hatte. Es trat eine Wendung in der inneren Politik Oesterreichs ein, deren verderbliche Folgen die natürliche Entwickelung des Staates zwei Jahrzehnte lang aufgehalten, den Konflikt mit Preußen hervorgerufen, die Lösung der deutschen Frage in der ungünstigsten Form herbeigeführt und allen Ländern der Monarchie wirtschaftliche Lasten aufgeladen hat, durch die sie heute noch bei dem Wettbewerbe mit den kapitalkräftigen Staaten Europas beschwert werden. Unterstützt wurde der unglückselige Entschluß des Ministeriums Schwarzenberg, den wir nicht anstehen, als das traurigste, durch keine militärische Niederlage aufgewogene Ereignis während der Regierung des Kaisers Franz Joseph zu erklären, durch einen Scheinerfolg in Ungarn.

Die kaiserlichen Waffen waren während des Winterfeldzuges bis dahin fortwährend glücklich gegen die ungarische Nationalarmee gewesen, obwohl sich die beiderseitigen Streitkräfte (111 000 — 106 000) nahezu gleichstanden. Fürst Windischgrätz vereinigte Anfang Dezember 43 000 Mann und 216 Geschütze an der oberen Donau vor Preßburg; von der mährisch-ungarischen Grenze aus rückte das selbständige Corps des Generals v. Simunitsch (4000 Mann), von Galizien das Corps des Grafen Schlick (8000 Mann) vor; Graf Nugent schlug mit 6000 Mann von der steierischen Grenze die Richtung gegen Esseg ein, im Banate und in der Landschaft Baczka hielten sich, gestützt auf die Festungen Arad und Temesvár, die Generale Rukavina und Supplikatz (nach dessen Tode Theodorovič) mit nahezu 40 000 Mann, in Siebenbürgen verteidigte General v. Puchner und Oberst Urban mit 10 000 Mann die kaiserliche Sache gegen die Ansprüche der ungarischen Regierung, unterstützt von der romanischen Bevölkerung, die auf dem Verbrüderungsfeste zu Blasendorf (24. September) die Union mit Ungarn

abgelehnt und die Gültigkeit der österreichischen Verfassung für Siebenbürgen verlangt hatte. Die Hauptmacht der Ungarn war an der Donau unter Görgey vereinigt (30000 Mann), gegen Simunitsch standen 3000 Mann, gegen Nugent unter Moritz Perczel 6000 Mann, bei Kaschau unter Franz Pulszky 8000 Mann, an der Drau 4000, in der Bacska und dem Banat unter Vécsey und Damjanich 23000 Mann, vor Arad unter Mariassy und Gaal 7000 Mann, in Siebenbürgen unter Csecz und anderen 10000 Mann, in den Festungen Peterwardein, Esseg, Komorn, Leopoldstadt a. d. Waag und Munkacz befanden sich 15000 Mann. Die ersten Erfolge waren im Norden erzielt worden; Schlick hatte am 11. Dezember Kaschau besetzt. Trotz seiner Schwäche hielt er sich unter einer sehr feindseligen Bevölkerung und schlug am 4. Januar 1849 den gegen ihn anrückenden ungarischen Kriegsminister General Mészáros bis Miskolcz zurück. Simunitsch stand am 14. Dezember bei Tyrnau und leitete die Belagerung von Leopoldstadt ein, das sich am 2. Februar ergab, nachdem es der ungarischen Besatzung von Komorn trotz wiederholter Ausfälle nicht gelungen war, die Oesterreicher von der Insel Schütt zu vertreiben. Görgey hatte sich vor der Uebermacht des Fürsten Windischgrätz am 19. nach Raab, am 29. nach Biczke zurückgezogen, nachdem eine Seitenkolonne unter Szel bei Babolna und Perczel am 30. Dezember von Jellačič bei Moor geschlagen worden war. Nun flüchtete die ungarische Regierung und der Reichstag nach Debreczin und eine Abordnung von Vertrauensmännern der gemäßigten Parteien, darunter Deák, Batthyany und der Erzbischof Lonovicz, begaben sich in das Hauptquartier des kaiserlichen Feldherrn, um Verhandlungen einzuleiten, deren Grundlage die Anerkennung Franz Josephs als ungarischer König sein sollte. Der übermütige Feldmarschall hatte darauf keine andere Antwort als das Verlangen unbedingter Unterwerfung. Er ahnte nicht, was dieses herrische Wort, das noch kein österreichischer Herrscher den Ungarn geboten hatte, dem Kaiserhause und dem Gesamtstaate kosten würde. Damals wäre ein günstigerer Ausgleich zu erreichen gewesen als 1867. Aber vor allen anderen mußte die Nation, deren Mehrheit noch unbedingt königstreu war, über ihre Zukunft beruhigt, die Besorgnis vor einem gewaltsamen Angriff auf ihre achthundertjährige Verfassung, die durch den Olmützer Staatsakt aufs äußerste gesteigert war, mußte beseitigt werden. Gerade das Gegenteil aber war die Absicht der feudalen Machthaber, denen eine blödsinnige Demokratie den Weg zur Gewalt geöffnet hatte.

Windischgrätz hat Kossuth und seine Partei vor dem nahen Untergange gerettet, die verzweifelnden ungarischen Patrioten wurden jetzt erst der Revolution in die Arme getrieben. Der kriegerische Aufschwung der Nation war neuerlich entfacht worden, sie nahm den Kampf um ihre staatliche Existenz auf. Görgey ging bei Waitzen über die Donau. Um seine Armee, in der sich die meisten Linientruppen und ehemals kaiserlichen Offiziere befanden, vor dem gänzlichen Zerfall zu retten, erklärte er in einem Aufrufe, daß er für den konstitutionellen König kämpfe und für das Königtum gegen republikanische Tendenzen eintreten werde; dann schlug er den Weg in die Bergstädte ein, um Nordwestungarn zu behaupten. Thatsächlich hielt er sich dort bis Ende Januar, dann aber mußte er in einem kühnen Marsche über Leutschau und Kaschau die mittlere

Theiß zu erreichen trachten, gegen die sich bereits die kaiserlichen Kolonnen richteten. Windischgrätz hatte Görgey, als er eben von Rosenberg nach Leutschau abziehen wollte, durch einen geheimen Abgesandten den Antrag stellen lassen, mit seinem Corps zu ihm überzugehen, wofür er ihm persönlich Amnestie zusagte. Görgey verwies auf seine Waitzener Proklamation: dem konstitutionellen König hätte er sofort Gehorsam geleistet. Das Anerbieten des Fürsten wäre erklärlich gewesen, wenn österreichischerseits bereits alle Vorkehrungen getroffen gewesen wären, den ungarischen Feldherrn, der sich vielleicht nicht ganz absichtslos vier Wochen lang außer dem Bannkreise Kossuths aufhielt, von Debreczin abzuschneiden und im Berglande gefangen zu nehmen. Es war jedoch nichts geschehen. Man verschwendete Truppen zur Cernierung von Komorn, die Simunitsch übertragen war, und ließ Schlick, der selbst zwischen zwei Feuer kam, ohne Unterstützung.

Es vollzog sich das merkwürdige militärische Schauspiel, daß zuerst Görgey mit seinen drei Divisionen an Schlick vorübermarschierte, um sich mit den von Oberst Georg Klapka und Graf Dessewffy geführten ungarischen Truppen bei Miskolcz zu vereinigen, und daß unmittelbar darauf Graf Schlick, der in der Gefahr war, nach Galizien gedrängt zu werden, vor der versammelten ungarischen Hauptmacht aus dem Sájothale in das Bükkgebirge einschwenkte, um in einem weiten Bogen westlich von Erlau in Verbindung mit Windischgrätz zu treten. Dieser war am 5. Januar in Budapest eingerückt; ohne sich genaue Kenntnisse über die Stärke des Gegners zu verschaffen und ohne abzuwarten, daß sich bei dessen Streitkräften allmählich ein unausbleiblicher Zersetzungsprozeß vollziehe, setzte er seine Operationen ohne genügende Reserven fort. Kossuth hat in der militärischen Organisation Fehler begangen, die sich um so schneller fühlbar gemacht hätten, je weniger die Aufmerksamkeit seiner Umgebung davon abgelenkt worden wäre. Er kränkte die ungarischen Generale dadurch, daß er den Polen Bem und Graf Hendryk Dembinski (im Unabhängigkeitskriege durch Kühnheit und Ausdauer berühmt geworden) größeres Vertrauen schenkte wie jenen, obwohl ihre Leistungen hierzu keinen Anlaß boten. Dembinski erhielt den Oberbefehl über die ganze Truppenmacht, die an der Theiß konzentriert werden sollte, also auch über Görgey. Wir wissen aus Klapkas „Erinnerungen", daß der Vertrauensmann Kossuths in der nationalen Armee mit Unwillen aufgenommen wurde. „Gleich bei dem ersten persönlichen Zusammentreffen Dembinskis mit Görgey kam es zwischen diesen beiden Führern zu einem höchst peinlichen Wortwechsel, welcher für ihr künftiges Verhältnis nichts Gutes verhieß." Den jungen Klapka, der in sechs Monaten vom Leutnant zum General vorgerückt war, hatte sich der hochfahrende Pole schon vorher durch barsches Auftreten und ungerechte Vorwürfe zum Feinde gemacht. Diese Mißstimmungen wären ohne Zweifel zu wirkungsvollem Ausbruche gelangt, wenn man die Ungarn nur kurze Zeit sich selbst überlassen hätte. Windischgrätz ging ihnen zu rasch an den Leib. Er erfocht zwar durch das rechtzeitige Eingreifen Schlicks am 26. und 27. Februar einen augenblicklichen Erfolg in den Schlachten von Kápolna und Verpeléth; aber er konnte ihn nicht nur nicht ausnützen, sondern setzte sich einem verhängnisvollen Rückschlage aus.

Gerade der Sieg von Kápolna aber gab den Ausschlag zu dem Staatsstreiche, den das Ministerium Schwarzenberg-Stadion wenige Tage danach in Scene setzte: zur Auflösung des Reichsrates und der Dekretierung einer neuen Verfassung. Der Verlauf der Verhandlungen in Kremsier war ja allerdings nicht ganz ohne Schuld dabei; aber er hatte sich trotz heftiger Debatten doch nicht derart gestaltet, daß eine Regierung daran verzweifeln mußte, die Volksvertretung zu ruhiger und ersprießlicher Arbeit gewöhnen zu können. Am störendsten gebärdete sich in der Residenz des reichsten Kirchenfürsten der Monarchie die klerikale Partei, die dort zum erstenmal, von den Tirolern begründet, in die parlamentarischen Schranken trat. Es war in Oesterreich wie nach allen Revolutionen und schweren Erschütterungen. Die geängstigte Kreatur kriecht zu Kreuze; sie sucht bei übernatürlichen Mächten Schutz vor der Wiederholung der überstandenen Gefahr und begibt sich freiwillig in die Gewalt jener, von denen die Beziehungen zu jenen Mächten von Amts wegen aufrechterhalten werden. Der Klerus sollte das Volk von ungestümen Forderungen abhalten, er sollte den aufgeregten Massen Ketten anlegen, die nicht so leicht zu sprengen wären wie die Verordnungen einer unfähigen Verwaltung. Er ließ sich auch bereitwillig zu dem Rettungswerke herbei, jener katholische Klerus, der den Staat nur dann respektiert, wenn er der Kirche und ihren Dienern seine Macht zur Verfügung stellt und sich ihrer Leitung bequemt; er erkannte mit dem scharfen Blicke des berufsmäßigen Seelenbeherrschers, daß sein Weizen jetzt blühen könne. „Die Verfassung sei ein leerer Schall“, behaupteten die Bischöfe, die sich in zahlreichen Konferenzen ihr Programm zurechtgelegt hatten, „wenn der heiligen Kirche nicht jene Rechte und Prärogative erhalten bleiben, welche sie nach göttlicher Anordnung und den kanonischen Satzungen zu genießen hat, das Land ist nicht frei, wo die Kirche ihrer eigenen Freiheit entbehrt.“ Sie verlangten die Rückgabe des Religionsfonds in ihre Verwaltung, die ausschließliche Disziplinargewalt über alle geistlichen Personen, den direkten und freien Verkehr mit dem Papste, Unterordnung der Schule unter die Kirche, Gerichtsbarkeit in Ehesachen, kurz alles, womit man die Geister knebelt und die Gemüter beherrscht. Die Tiroler Klerikalen überboten die Slaven an föderalistischen Gelüsten, nur um ihrem Lande die Glaubenseinheit zu retten. Den Beschluß der nationalen Gliederung des Landes in ein Deutsch- und ein Welschtirol (Fürstentum Trient), die logische Anwendung der föderalistisch-staatsrechtlichen Theorie, beantworteten sie mit der Drohung, aus dem Reichstage auszutreten und sich vom Kaiser ein eigenes Landesstatut zu erbitten. Innerhalb des Ministeriums war es namentlich der Unterstaatssekretär Dr. Helfert, der diese Richtung unterstützte und die Vorbereitungen zu einem politischen System beförderte, in dem die katholische Kirche die höchste Instanz in allen Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung zu bilden hatte.

Die Czechen hatten anfänglich erhebliche Schwierigkeiten gemacht, namentlich die von Palacky geführten Föderalisten, unter denen Dr. Ladislaus Rieger der lebhafteste und redegewandteste war, kamen mit wunderlichen Konstruktionen, die den Charakter des Gesamtstaates völlig verwischten. Palacky schlug die Teilung Oesterreichs in folgende nationale Ländergruppen vor: Deutsch-Oester-

reich, Czechisch-Oesterreich, Polnisch-Oesterreich (Galizien, Bukowina und die ruthenischen Komitate von Ungarn), Illyrisch-Oesterreich (Slavonien und die slovenischen Bezirke von Steiermark, Kärnten, Krain und Küstenland), Italienisch-Oesterreich (Lombardei, Venedig, Welschtirol), Südslavisch-Oesterreich (Kroatien, Dalmatien, die Woiwodschaft Serbien), die magyarischen Länder, die walachischen Länder (Teile von Ungarn, Siebenbürgen und Bukowina). Damit war der Boden des böhmischen Staatsrechtes und der Aprilverfassung völlig aufgegeben, die nach Trojans Entwurf für Böhmen eine dem Königreich Ungarn entsprechende Stellung, einen Vizekönig, Minister in der Administration, der Justiz und des Kultus verlangt hatte. Seitdem die Czechen nach ihrem mißglückten Pfingstaufstande sich der Dynastie zur Bekämpfung Ungarns zur Verfügung gestellt und die ungarische Verfassung als reichsgefährlich bezeichnet hatten, mußten sie ihr Staatsrecht fallen lassen und einen möglichst weitgehenden nationalen Föderalismus predigen. Dieser bedurfte jedoch demokratischer Stützen, der Solidarität der Demokraten aller Nationen, deshalb stellten sich die freisinnigen Czechen unter die Führung des Prager Advokaten Dr. Adolf Pinkas und nahmen dadurch Anschluß an die Deutschen, unter denen Dr. Rudolf Brestl, damals noch Professor der Physik in Wien, die brauchbarsten Anträge für die Konstituierung Oesterreichs stellte. Die nationale Aufteilung der Kronländer wurde den Polen und Tirolern zuliebe fallen gelassen, die Föderalisten durch die Anerkennung der Landtagsautonomie und die Einführung einer Länderkammer befriedigt, in die jeder Landtag sechs Delegierte zu entsenden haben sollte, die Kraft der Landtage jedoch durch die Errichtung von Kreisen abgeschwächt, die den Charakter von Departements haben und zum direkten Verkehr mit den Zentralbehörden (Ministerien) in Wien berechtigt sein sollten. Das Volkshaus wurde auf direkte Wahlen mit niedrigem Zensus angewiesen, von den 360 Wahlkreisen wurden 80 den Städten und Industrieorten vorbehalten. Nachdem Palacky am 6. Februar aus dem Verfassungsausschuß ausgetreten war, zeigte sich bei dessen nationalen Gruppen eine so entschiedene Neigung zu Kompromissen, daß die schwierigsten Fragen einer raschen Lösung zugeführt werden konnten. Am 2. März meldete der Obmann des Ausschusses, der sich bereits mit den neuen Reichsfarben — weiß-rot-gold — geschmückt hatte, daß der Verfassungsentwurf den Abteilungen zugehen und voraussichtlich am 15. März, zur Feier des Jahrestages der Erhebung in Wien, beschlossen werden könne.

Die Minister hatten sich an den Verhandlungen in Kremsier nur selten beteiligt. Sie waren längst entschlossen, dem Beispiele Preußens zu folgen und eine von ihnen ausgearbeitete Verfassung vom Kaiser verleihen zu lassen. Schon am 20. Januar hat ein unter dem Vorsitze des Kaisers abgehaltener Ministerrat diesen Beschluß gefaßt. Es wäre aber ganz unrichtig, die Thätigkeit des österreichischen Reichstages nach der Unterwerfung Wiens mit den Angriffen der preußischen Nationalversammlung auf die Monarchie und die Staatsordnung in die gleiche Linie zu setzen. Die österreichischen Grundrechte enthielten keine Bestimmung, mit der sich die Staatsverwaltung nicht hätte abfinden können. Der beanstandete Artikel „Alle Gewalt geht vom Volke aus" war doch nur eine unschädliche Rücksichtnahme auf eine in die Mode gekommene

Theorie; er wäre übrigens, wenn sich das Ministerium darum bemüht hätte, von der sehr lenksam gewordenen Versammlung ohne Zweifel zurückgenommen worden. Die Nationalitäten sind sich nie mehr so nahe gekommen, als in Kremsier, und auf der Grundlage der Kremsierer Verfassung hätte Oesterreich in engerer oder weiterer Verbindung mit Ungarn rasch und kräftig aufblühen können. Diese wäre so eingerichtet worden, daß die selbständige Verfassung Ungarns daneben bestehen und die gemeinsamen Angelegenheiten erst von den beiden Reichskörpern festgestellt werden konnten, oder daß Ungarn auch der Eintritt in ein gemeinsames Reichsparlament freistand. Dies genügte aber den Ratgebern des jungen Kaisers, der selbst unmöglich ein Urteil über so schwierige staatsrechtliche Fragen haben konnte, nicht, alle Richtungen, die unter ihnen vertreten waren, liefen in dem einen Punkte zusammen, daß sie sich für die Zukunft nicht binden wollten; die Ultramontanen, die ohne Zweifel die größte Macht repräsentierten, pflegen überhaupt jede Verfassung zurückzuweisen, in der nicht Priester und Bauern den Ausschlag geben, Stadion verfolgte rein zentralistische Verwaltungsgrundsätze, deren Durchführung die Länderautonomie und die parlamentarische Gesetzgebung hinderlich sein konnte, Schwarzenberg brauchte völlig freie Hand zur Einrichtung des großösterreichischen Weltreiches, zu dessen Schöpfung er die Zeit und den Mann gekommen glaubte, sein Schwager Windischgrätz aber konnte den Gedanken kaum ertragen, daß Revolutionäre, vor denen seine Kriegsgerichte leider hatten Halt machen müssen, weil man in den höchsten Kreisen die Immunität nicht verletzen wollte, noch immer zur Beratung der Zukunft der von ihm geretteten Monarchie berufen sein sollten. Er hatte sich vor seinem Abgange zur ungarischen Armee einen bestimmenden Einfluß auf die innere Gestaltung der Monarchie gewahrt. Die „Lebensskizze"[1]) des Fürsten behauptet, „es sei ihm nicht nur die materielle Macht in die Hände gelegt, sondern es war ihm zugleich maßgebender Einfluß auf alle organisatorischen Maßregeln zur Herstellung der Monarchie' in der Zeit der Bedrängnis zugestanden worden. Fürst Schwarzenberg und seine Kollegen hatten unter dieser wenn auch nicht geschäftsmäßig formulierten Bedingung ihr Amt übernommen, und der Feldmarschall erinnerte sie wiederholt an dies Versprechen. Er betrachtete seine Mission nicht bloß als eine militärische, sondern ganz vorzüglich als moralische Besiegung der Revolution".

Der politische Standpunkt des Fürsten Windischgrätz war ungefähr derselbe, den die preußischen Ultrakonservativen in der Umgebung Friedrich Wilhelms einnahmen, der Verfassungsentwurf des Fürsten würde den Beifall des preußischen Königs und der Gerlach und Stahl gefunden haben; denn er beschränkte sich auf die Wiederberufung der Landtage und auf die Einführung eines Reichssenates in Wien, zu dem die Landtage eine sehr beschränkte Zahl von Delegierten, etwa 120, entsenden sollten. Der Wirkungskreis dieses Senates würde

---

[1]) Diese von der Familie genehmigte Darstellung ist leider in ihren interessantesten Partien sehr zurückhaltend; die Veröffentlichung des Aktenmateriales, auf dem eine authentische Monographie aufgebaut werden kann, hat der Fürst-Feldmarschall einer späteren Zeit vorbehalten. Es wird im fürstlichen Archive zu Tachau unter strengem Verschlusse aufbewahrt.

über eine Finanzkontrolle nicht weit hinausgegangen sein. Sowohl Stadion als Schwarzenberg sahen ein, daß sie mit einem so verkrüppelten Wechselbalg einer Konstitution nicht vor die Oeffentlichkeit treten konnten, sie nahmen für ihren Text, ebenso wie die preußischen Minister, die belgische Charte zur Vorlage, gingen jedoch wesentlich rücksichtsloser mit ihr um, als jene. Bei den Beratungen vertraten Stadion, Krauß und Bach die liberale Richtung, Bruck die konservative. Dieser drohte noch am 23. Februar mit seiner Entlassung, wenn die Verfassung nicht in diesem Sinne abgeändert würde, worauf die liberalen Mitglieder des Kabinetts, um die Regierung nicht zu schwächen, nachgaben. Schwarzenberg scheint den einzelnen Bestimmungen überhaupt keine große Bedeutung beigelegt zu haben, es ist nach den Mitteilungen, die uns Hübner über die Olmützer Beratungen gemacht hat, nicht wahrscheinlich, daß er jemals an die Anwendung „seiner" Verfassung geglaubt hat. Hübner hat deren Werden auf allen Lebensstufen beobachtet, er hat auch die Bewilligung zu ihrer Vorlage an den Kaiser im Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz eingeholt. Am Abende des ersten Schlachttages von Kápolna traf er in Gyöngyös ein und trug ihm die Notwendigkeit der Annahme des Entwurfes, der auf einem Kompromiß beruhte, vor. Nach längerem Widerstreben erledigte der Fürst die Angelegenheit, für die er im Angesichte eines starken und mutigen Gegners doch nicht ein nachhaltiges Interesse haben konnte, mit den Worten: „Sie haben recht, man muß ihre Charte annehmen, so wie sie ist, sie ist ein schlechtes Machwerk, aber es bleibt nichts anderes übrig."[1]) Er ahnte wohl, daß in dieser „Charte" ein revolutionärer Geist stecke, aber erkannte nicht, daß es der Zentralismus war, durch den die Monarchie in die schwersten und bedenklichsten Konflikte gezerrt werden würde.

Der Vorkämpfer des zentralistischen Radikalismus im Ministerium war Stadion; er hätte am liebsten den Staat der Habsburger in 20 oder 30 Gouvernements geteilt und diese von Wien aus unter Mitwirkung eines Parlamentes, in dem nicht die Kronländer und nicht die Nationalitäten, sondern nur die Bevölkerung als Ganzes vertreten gewesen wäre, regiert. Er war auch von der Nützlichkeit der Oktroyierung so fest überzeugt, daß er der Zustimmung der Abgeordneten sicher sein zu können glaubte und nicht wenig betreten war, als die Vertrauensmänner, die er am 6. März spät abends in Kremsier zu sich beschied, ihn in leidenschaftlicher Weise beschworen, den verhängnisvollen Schritt rückgängig zu machen. Er versprach, eine Uebereinkunft zwischen dem Ministerium und dem Reichstage vermitteln zu wollen, und fuhr noch in der Nacht in dieser Absicht nach Olmütz. Dort soll Dr. Bach, an dessen Bett er trat, ihn mit den Worten von seinen Illusionen geheilt haben: „Euer Erlaucht werden am besten wissen, daß sich jetzt nichts mehr ändern läßt." So war es auch, Fürst Schwarzenberg hatte „das Ereignis von Kremsier" bereits à la Brandenburg insceniert. Ein Generalstabsmajor mit zwei Compagnien Infanterie besorgte die Auflösung des Reichstages, der trotz aufrichtiger und reumütiger Besserung an den Sünden

---

[1]) Hübners Erzählung, deren Richtigkeit nicht bezweifelt werden kann, berichtigt zum Teil die Darstellung Helferts IV, 3 S. 319 u. ff.

seiner allzu stürmischen Jugend zu Grunde ging. Stadion war so vornehm, durch entsprechende Aufträge an die politischen Beamten die Flucht jener Abgeordneten zu begünstigen, die in dem Augenblicke verhaftet werden sollten, wo durch das Auflösungspatent ihre Immunität erlosch. Es wäre ja widersinnig gewesen, die Füster, Goldmark, Kudlich in Oesterreich gänzlich unbehelligt zu lassen, nachdem ihre Gesinnungs- und Thatgenossen erschossen oder in Eisen gelegt worden waren; aber hätte man sich nicht mit einem Ausweisungsdekret helfen können, dem man die Bedeutung eines Allerhöchsten Gnadenaktes geben konnte?

In dem Manifeste vom 4. März, das außer den Ministern Schwarzenberg, Stadion, Krauß, Bach, Cordon (Krieg), Bruck und Thinfeld auch Baron Kulmer als Minister ohne Portefeuille für die Länder der Stefanskrone gezeichnet hat, wird die Auflösung des Reichstages nur mit wenigen Sätzen begründet. „Wir gaben uns der Hoffnung hin," wird gesagt, „daß diese Versammlung, die gegebenen Verhältnisse des Rechtes im Auge behaltend, die ihr übertragene Aufgabe ehebaldigst zu einem gedeihlichen Ergebnisse führen werde. Leider ist diese Unsere Erwartung nicht in Erfüllung gegangen. Nach mehrmonatlichen Verhandlungen ist das Verfassungswerk zu keinem Abschlusse gediehen. Erörterungen aus dem Gebiete der Theorie, welche nicht nur mit den thatsächlichen Verhältnissen der Monarchie im entschiedenen Widerspruche stehen, sondern überhaupt der Begründung eines geordneten Rechtszustandes im Staate entgegentreten, haben die Wiederkehr der Ruhe, der Gesetzlichkeit und des öffentlichen Vertrauens in die Ferne gerückt." Der vom Kaiser Ferdinand einberufene Reichstag habe auch nur die Befugnis gehabt, die Verfassung für einen Teil der Monarchie zu beraten. Die Völker Oesterreichs erwarten jedoch „mit gerechter Ungeduld" die Vereinigung aller Länder in einen Gesamtverband. Diesen herzustellen sei die Bestimmung der Urkunde, womit „das einzige und unteilbare Kaisertum Oesterreich" konstituiert werden soll. In dem ersten Abschnitte „Vom Reiche" werden dessen Bestandteile ohne irgendwelche staatsrechtliche Unterscheidung aufgezählt: gleichberechtigt nach den älteren Erblanden die Königreiche Dalmatien, Kroatien, Slavonien, die Stadt Fiume, das Großfürstentum Siebenbürgen mit Inbegriff des Sachsenlandes und der wiedereinverleibten Gespanschaften, das Königreich Ungarn. Unter den Provinzen wird auch das Königreich Illyrien aufgezählt, bestehend aus den Herzogtümern Kärnten und Krain, der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska, der Markgrafschaft Istrien und der Stadt Triest.

„Diese Kronländer," sagt § 2, „bilden die freie, selbständige, unteilbare und unantastbare konstitutionelle österreichische Erbmonarchie." § 4. Den einzelnen Kronländern wird ihre Selbständigkeit innerhalb jener Beschränkungen gewährleistet, welche diese Reichsverfassung feststellt. § 5. Alle Volksstämme sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. § 7. Das ganze Reich ist ein Handels- und Zollgebiet. § 9. Die Krone des Reiches und jedes einzelnen Kronlandes ist in Gemäßheit der pragmatischen Sanktion und der österreichischen Hausordnung erblich in dem Hause Habsburg-Lothringen. § 12. Der Kaiser wird als Kaiser von Oesterreich gekrönt. § 13. Der Kaiser beschwört bei der Krönung

die Verfassung, welcher Schwur von seinen Nachfolgern bei der Krönung, sowie von dem Regenten bei Antritt der Regentschaft geleistet wird. § 23. Für alle Völker des Reiches gibt es nur ein allgemeines Reichsbürgerrecht. § 24. In keinem Kronlande darf zwischen seinen Angehörigen und jenen eines anderen Kronlandes ein Unterschied im bürgerlichen oder peinlichen Recht, im Rechtsverfahren oder in der Verteilung der öffentlichen Lasten bestehen. Die rechtskräftigen Urteile der Gerichte aller österreichischen Kronländer sind in allen solchen gleich wirksam und vollziehbar. § 33. Der Gemeinde werden als Grundrechte gewährleistet: die Wahl ihrer Vertreter, die Aufnahme neuer Mitglieder in den Gemeindeverband, die selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten, die Veröffentlichung der Ergebnisse ihres Haushaltes, die Oeffentlichkeit der Verhandlung ihrer Vertreter."

Der durch diese Verfassungsbestimmungen geschaffene Staat, in dem das Königreich Ungarn die durchaus gleiche staatsrechtliche Stellung erhielt wie das Herzogtum Salzburg und ebenso wie dieses von einem Statthalter verwaltet wurde, war eine Neuheit, seine Grundlage war nur jene pragmatische Sanktion Karls VI., die als feierliche Bekanntgabe eines die Vererbung der Habsburgischen Hausmacht betreffenden Abschnittes der Hausgesetze angesehen werden kann, waren aber nicht die Landesgesetze, mit denen diese Bestimmungen von den einzelnen Ländern angenommen wurden, vor allem nicht das, was im Königreich Ungarn als pragmatische Sanktion verstanden werden muß, nämlich die Gesetzartikel I und II des Landtages von 1722. Die gesamte Verfassung des Königreiches war durch den König, der als solcher noch gar nicht anerkannt und gekrönt war, einseitig aufgehoben. Diesen Willkürakt glaubten die Minister dem jungen Monarchen, der auf ihren Rat angewiesen war, zur Sanktion vorlegen zu dürfen! In dem neuen Reiche war zwar noch von Angelegenheiten der einzelnen Länder die Rede, sie betrafen jedoch nur die Landeskultur, öffentliche Bauten aus Landesmitteln, Wohltätigkeitsanstalten, die Verwaltung des eigenen Vermögens. Alles andere war Reichsangelegenheit und die darauf sich beziehende Gesetzgebung wurde vom Kaiser im Vereine mit dem Reichstag ausgeübt (§ 37). Der Reichstag bestand aus zwei Häusern, dem aus Landtagsdelegierten gebildeten Oberhaus und dem aus direkten Volkswahlen hervorgehenden Unterhaus. Wahlberechtigt war jeder österreichische Reichsbürger, der großjährig und im Vollgenusse der bürgerlichen und politischen Rechte ist. Auf je 100000 Seelen kam ein Abgeordneter (§§ 38—69). An die Seite der Krone und der vollziehenden Reichsgewalt wurde noch ein Reichsrat mit beratender Stimme zur Erteilung von Gutachten gesetzt, dessen Mitglieder der Kaiser ernannte. Die in 13 Paragraphen zusammengefaßten „Grundrechte", die in einem besonderen Patente „zum Schutz der Bewohner durch die konstitutionelle Staatsform" gewährleistet wurden, erstreckten sich auf die deutschen Erblande, auf Böhmen, Mähren und Galizien; sie enthielten die wesentlichsten Garantien der persönlichen Freiheit, so die volle Glaubensfreiheit, den bekannten Satz „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei", die Preßfreiheit (jedoch mit einem Repressivgesetz), das Petitionsrecht für einzelne und gesetzlich anerkannte Körperschaften, das Vereins- und Versammlungsrecht u. dgl. m. Als Fürst Schwarzenberg zu diesen Paragraphen seine Zustimmung

gab, dürfte er bereits vorausgesehen haben, daß die Vertretungskörper, denen die Kontrolle über ihre Einhaltung obliegen würde, niemals einberufen werden sollten. Stadion hatte die Annahme des ministeriellen Entwurfes durch den Kremsierer Reichstag durchsetzen und damit dessen Auflösung hinausschieben wollen. Er war unterlegen, denn gerade die völlige Ungebundenheit war für den Ministerpräsidenten augenblicklich der Hauptzweck der ganzen verhängnisvollen Staatsaktion.

Am 9. März teilte Schwarzenberg dem österreichischen Gesandten bei der deutschen Zentralgewalt den Wortlaut der am 4. März sanktionierten österreichischen Verfassung mit und entwickelte anschließend daran die Grundansicht, von der die österreichische Regierung in ihrem Verhältnis zu Deutschland geleitet werde. Sie widersprach nicht nur dem Programm vom 18. November, das der freien Konstituierung Oesterreichs die freie Konstituierung Deutschlands gegenübergestellt und nach dem Zustandekommen beider die Regelung ihres Zusammenhanges in Aussicht genommen hatte, sie widersprach aber auch den Ansichten des Gesandten v. Schmerling selbst, der nicht die österreichische Diktatur in Deutschland, sondern „Modifikationen" der ihrer Vollendung entgegensehenden deutschen Reichsverfassung unter dem Einflusse Oesterreichs und der sich ihm anschließenden Mittelstaaten empfohlen hatte. Die „Grundansichten" waren in einer Konferenz beschlossen worden, von der Herr v. Schmerling keine Kenntnis erhalten hatte, der jedoch jener Graf Johann Bernhard von Rechberg-Rothenlöwen anwohnte, den man bereits zu seinem Nachfolger ausersehen hatte, und Freiherr Anton v. Prokesch, den Schwarzenberg an demselben Tage zum außerordentlichen Gesandten in Berlin ernannte. Beide gehörten zu den besten Beamten, über die das auswärtige Amt verfügte. Prokesch war vielleicht überhaupt der erfahrenste, gewandteste und geistvollste österreichische Diplomat. Sie waren berufen, die Absage Oesterreichs an das Frankfurter Parlament und sein Verfassungswerk an den entscheidendsten Punkten in ihren Konsequenzen durchzuführen. Die Formel war sehr einfach: Oesterreich kennt nur die Rücksicht auf seine eigenen Bedürfnisse, und es gestattet die Einigung Deutschlands nur unter den Bedingungen, die es selbst aufstellt.[1]) Durch die Abgeordneten Heckscher, Hermann und Sommrauga, die sich im Auftrage des Frankfurter Verfassungsausschusses in Wien befunden hatten, ließ Schwarzenberg auch bekanntgeben, wie er sich die deutsche Verfassung mit Wahrung der österreichischen Ansprüche vorstelle. Deutschland soll sich in 6 oder 7 Kreise teilen, zu denen das neue einheitliche Kaisertum Oesterreich als ein besonderer siebenter oder achter Kreis hinzutritt; ein Direktorium entscheidet über Krieg und Frieden, auswärtige Politik und die materiellen Interessen des großen Bundes. Zur Mitwirkung mit beratender Stimme ist ein Staatenhaus berufen, das aus Abgeordneten der Landesvertretungen gebildet wird; Oesterreich hat darin 38, das ganze übrige Deutschland 32 Stimmen (etwa eine auf eine Million Einwohner).

---

[1]) Vgl. Bd. II S. 492.

Für die Reichsregierung durch ein Direktorium war bereits ein Statut ausgearbeitet. Das Direktorium hatten sieben regierende Fürsten oder ihre Stellvertreter zu bilden: 1. Oesterreich, 2. Preußen, 3. Baiern, 4. Württemberg-Baden, 5. Sachsen-Thüringen-Anhalt, 6. Hannover-Braunschweig-Oldenburg-Mecklenburg-Holstein-Hamburg-Bremen-Lübeck, 7. Hessen-Nassau-Luxemburg-Limburg-Lippe-Waldeck-Frankfurt. An der Spitze der Reichsregierung steht ein Reichsstatthalter; abwechselnd von Jahr zu Jahr bekleidet der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen die Würde eines Reichsstatthalters, der den Vorsitz in der Reichsregierung hat, die Reichsgesandten beglaubigt, die Reichsgesetze verkündigt, die Reichsbeamten im Einverständnis mit der alternierenden Macht ernennt. In der Reichsregierung kamen Oesterreich und Preußen je zwei Stimmen zu.

Als die neuen Wiener Eröffnungen nach Berlin gelangten, tagten dort bereits die auf Grund der Verfassung vom 5. Dezember 1848 gewählten Kammern. Die Wahlen waren nicht so konservativ ausgefallen, als man nach der günstigen Stimmung hatte vermuten dürfen, mit der man den Staatsstreich von Brandenburg aufgenommen hatte. Die Regierung hatte selbst durch unnötige Verfolgungen einzelner radikaler Abgeordneten der aufgelösten Kammer, namentlich der Beamten, wie des bekannten Berliner Staatsanwaltes Jodocus Temme, zur Stärkung der demokratischen Partei beigetragen, die nicht mit Unrecht auf die Fortschritte des leidenschaftlich geführten Kampfes der militärischen Umgebung des Königs gegen den Konstitutionalismus hinwies. Nicht nur die bedeutendsten Politiker der aufgelösten Nationalversammlung erschienen in der zweiten Kammer, sondern auch die Führer der Liberalen aus dem Vereinigten Landtag, Graf Schwerin und Vincke, die aus dem Frankfurter Parlamente ausgeschieden waren, um die Wahl für Berlin annehmen zu können. Hier galt es den Gesundungsprozeß eines lebensfrischen, kräftigen Staatswesens zu beschleunigen, dort fühlte man sich krank vom Zweifel der Zukunft, der täglich an Berechtigung gewann. Die Thronrede, mit der Friedrich Wilhelm den Landtag eröffnete, enthielt zwar die Zusicherung, daß der Weg zur Verständigung „aller" deutschen Fürsten mit der deutschen Nationalversammlung angebahnt sei, man fand es aber sehr bedenklich, daß der König bei der Lesung das „aller" so hart betonte. Bei der Präsidentenwahl erwies es sich, daß die gemäßigten Parteien doch die Mehrheit hatten, Grabow wurde in der zweiten Kammer gegen Unruh mit 171 gegen 158 Stimmen, Auerswald in der ersten mit sehr großer Stimmenzahl gewählt. Die Anerkennung der Verfassung durch eine Erklärung in der Adresse an den König kam nur mit 13 Stimmen zu stande. Nachdem dieser für das preußische Verfassungsleben bedeutsame Beschluß gefaßt und dadurch die Existenz der Kammer für die nächsten Verhandlungen gesichert war, wendete sich deren Aufmerksamkeit fast ausschließlich dem Verhältnisse Preußens zur deutschen Nationalversammlung zu.

Der vor kurzem mit der Leitung der auswärtigen Aemter betraute Graf Heinrich Friedrich von Arnim-Heinrichsdorff, von 1841—1845 Gesandter in Paris, dann in Wien, beantwortete die Schwarzenbergschen Vorschläge am 10. März mit einer Note, in der sich Preußen darüber sehr befriedigt erklärt, daß Oester-

reich den von ihm bezeichneten Weg der Verständigung betreten habe. Es werde die Vorschläge einer reiflichen Erwägung unterziehen und seinen Bevollmächtigten in Frankfurt mit hinreichenden Instruktionen versehen, damit er in die Besprechungen und Beratungen darüber eintreten könne. Diese Note schien außer allem Zusammenhange mit der Zirkularnote vom 23. Januar zu stehen. Mit Ausnahme der Gruppe Stahl-Gerlach waren alle Parteien im Tadel über sie einig. Rodbertus folgerte aus der Haltung des preußischen Ministeriums, daß man die deutsche Einheit überhaupt nicht von einer Verständigung der Kabinette erwarten dürfe, gerade diese seien die Ursache der Zersplitterung. Man habe die Note vom 23. Januar als die Zustimmung zum Gagernschen Programme ausgelegt, während darin nichts gesagt sei, als daß, wenn Oesterreich in einen Bundesstaat nicht eintreten könne, sich eben eine andere Form finden müsse. Die Note vom 10. März hänge eng mit denen vom 23. Januar und 16. Februar zusammen: Oesterreich und Preußen seien einig. Der engere Bundesstaat, von dem die Regierung spreche, werde wenig mehr als einen politischen Zollverein bedeuten, während der eigentlich politische Körper in dem sogenannten weiteren Bunde beruhen würde. Wolle man die deutsche Einheit, so müsse man die deutsche Nationalversammlung stützen; nur aus der Vertretung der deutschen Volksstämme könne der Bundesstaat erblühen, nicht aber aus der Politik, welche die Regierung eingeschlagen. Bei Hof verhandelte man bereits eifrig über die Annahme der Kaiserkrone, die Leopold v. Gerlach eine „schmutzige, von Revolutionären überreichte, unten wenigstens rot gefütterte Narrenkappe" nannte, „deren Parodie und Modell der arme Erzherzog Johann zur eigenen Schmach trägt". „Bodelschwingh hat Seiner Majestät ein Promemoria überreicht," erzählt der fanatische Absolutist, „worin er auf das dringendste dazu rät, und außerdem ist er mit Vincke bei dem Könige gewesen, wo dann diese beiden Säulen der konservativen Partei, diese beredten Männer, welche der König als seine letzten Stützen auf das sorgsamste menagieren muß, auf die Annahme der Kaiserkrone, d. h. auf die Allianz mit der Revolution gegen Oesterreich und Rußland gedrungen haben. Das ist aber noch nicht einmal die Hauptsache, denn gleichzeitig mit dieser Kolonne rücken die Prinzen des Hauses gegen den König vor. Die Prinzeß von Preußen erklärt ... Arnim, den auswärtigen Minister, für einen ganz unfähigen Mann und verlangt: der König solle sich an die Spitze von Deutschland stellen; der Prinz erklärt die Verständigung mit Oesterreich als im Reiche der Unmöglichkeit liegend; der Titel des Königs soll sein: Wir Friedrich Wilhelm, König von Preußen, Statthalter von Deutschland — Statthalter von wem? von dem souveränen Volke, von den deutschen Fürsten, die in der Not kommen, demütig sind, solange diese dauert, hochmütig und verräterisch, d. h. mit dem Reichsfeind konspirierend, sowie die Not aufhört."

Feldmarschalleutnant v. Prokesch hatte in Berlin sehr rasch Boden gefunden; der König unterhielt sich stundenlang mit ihm über seine Lage. „Er spricht sehr gut — sein Wort ist warm," berichtet Prokesch am 17. März an seine Frau. „Die Ideen hängen wohl zusammen — mich gewänne er leicht und bald." Am 26. entwarf er dem Reichsverweser ein Situationsbild, das als Vorbereitung für die Entscheidung des Königs in der Kaiserfrage dienen kann:

„Nicht bloß aus der Haltung Frankfurts, auch aus leicht begreiflicher höherer Rücksicht ging für Oesterreich die Ueberzeugung hervor, daß wenn die Einheit Deutschlands überhaupt noch gerettet werden kann, die Verständigung zwischen Wien und Berlin hierzu der Weg ist. Diese herbeizuführen bin ich hier. Ich finde ein redliches, im Innern mit uns gleichdenkendes, durch die Versprechen des Königs, durch die öffentliche Meinung und durch die Majorität der Kammer gleichsam geknebeltes Ministerium, welches dem Strome, der zur Hegemonie weist, nicht entgegenschwimmen kann und an die Note vom 23. Januar sich klammern muß, um sich und durch sich die Ordnung im Innern zu erhalten, — ein Ministerium, das aus der Hand der Revolution keine Krone nehmen wird, aber die Herrschaft, von wem sie auch geboten werden würde, zurückzuweisen nicht den Mut und nicht die Kraft hat. Die Umwandlung der öffentlichen Meinung mußte vorausgehen, um ihm die Annäherung an uns zu erlauben." Wie allen österreichischen Staatsmännern aus der Schule Metternichs und nach dem Geschmacke des Fürsten Felix Schwarzenberg, galt das Streben Preußens nach Macht auch Prokesch als etwas Ungehöriges; selbst eine ihm angebotene Macht solle es die Kraft haben abzulehnen, während es für Oesterreich rechtlich und sittlich begründet schien, auch um eine Macht zu ringen, die ihm niemand mehr zuerkennen wollte und die seiner eigenen staatlichen Entwickelung sogar hinderlich war. Es gereichte der habsburgischen Monarchie zu schwerem Schaden, daß ihre Staatsmänner und Diplomaten die seit 1815 sich stetig und naturgemäß vollziehende Verschiebung der nationalen und wirtschaftlichen Kräfte nicht wahrnahmen und Oesterreichs Interessen dort zu wahren suchten, wo sie nicht mehr vorhanden waren.

„Der Fall Gagerns," setzt Prokesch fort, „hat hier die Kammern zu leidenschaftlicher Thätigkeit angespornt. Die preußische Note vom 10. März ist wie ein Hochverrat an Preußens Ehre aufgefaßt worden, und Graf Arnim mußte sich von Herrn v. Vincke und anderen Gliedern der Rechten wegen seiner ‚österreichischen Gesinnung' Dinge ins Gesicht sagen lassen, die zu tragen wirklich schwer sind. Er konnte nur durch die Zusage, an die Note vom 23. Januar zu halten und durch diejenige, auf einem Volkshause in Frankfurt zu bestehen, sich retten. Der preußische Plan des engeren Bundesstaates mit faktischer Mediatisierung der Fürsten steht also vor der Hand noch fest. Diesem Plan in die Hände arbeitet die Nationalversammlung in Frankfurt, insofern sie eine Verfassung votiert, die Oesterreich nicht annehmen kann. In Wien sah man in dem Plane, wie er in vertrauter Note an Herrn v. Schmerling vom 9. entwickelt ist, den einzigen praktischen Weg zur Einheit, zum möglichen Schutze der Fürsten und zur Sicherung der Freiheit (!), indem man den Schwerpunkt der Volksvertretung in die Landtage legte und der Zentralgewalt durch ein delegiertes Parlament eine Bürgschaft gegen die Revolution geben wollte. [1])

Ob der Unterstaatssekretär v. Bülow in dem Freiherrn v. Prokesch den aus Olmütz gesandten „Mann von schwerem Kaliber" thatsächlich erkannt hat, „der den König, Brandenburg und Arnim in die Tasche steckt und auf geheimem

[1]) Original im Gräfl. Meranschen Archiv.

Kabinettswege irgend einen Hokuspokus macht", [1]) wird uns nicht berichtet, deutlich erkennbar ist jedoch dessen Einfluß auf das preußische Ministerium und den König, die er durch die Offenheit seines Auftretens davon überzeugte, daß ihr Festhalten an der Vereinbarung mit Oesterreich das beste Mittel gewähre, um die Einigung Deutschlands ohne Kapitulation vor der „souveränen Nationalversammlung" zu erreichen. Sein Schreiben an Schwarzenberg vom 25. März kann schon die Ansicht aussprechen: „Das Ministerium weiß mir Dank, glaube ich, für die Rücksicht, die ich seiner Lage beweise, und errate ich seinen Wunsch richtig, so geht er dahin, daß sich Frankfurt totrennen möge, damit dann der Zusammentritt Oesterreichs und Preußens als einziges Mittel sich von selbst ergebe." Noch bestimmter drückt sich die wichtige Stellung des österreichischen Bevollmächtigten in den an seine Frau gerichteten Zeilen vom 30. März aus: „Der König war gestern überaus gütig in seinen Formen gegen mich, aber im Grunde bin ich eine unangenehme Person, weil ich der Ausdruck einer männlicheren Politik bin, als man seit lange von unserer Seite gewohnt war." Der König hatte mit ihm über die deutsche Kaiserkrone gesprochen. „Er versicherte, er würde die Krone nicht nehmen; sein Gefühl wäre, der Deputation (die sie ihm anzubieten komme) gar nichts zu antworten, doch seien die Minister nicht dieser Ansicht; er fürchte, sich mit allen zu überwerfen, so weit stände seine Ansicht von der ihrigen ab. . . . Die Krone aus solcher Hand zu nehmen, würde eine Abscheulichkeit sein und dem Kaiser von Oesterreich einen gerechten Grund zum Krieg geben, wenn nicht heute oder morgen, so doch bei nächster Gelegenheit." Prokesch antwortete: „Majestät irren. Ein Entschluß, der Preußen in den Dienst der Revolution stellte, würde den Kaiser tief schmerzen; doch nicht den Gedanken an den Krieg würde er in ihm wecken, sondern den Entschluß, dem König von Preußen, sobald ihn die Revolution an den Rand des Untergangs geführt haben würde, hülfreich die Hand zur Rettung zu bieten." [2]) Daß der König durch diese Worte gerührt war, konnte Prokesch nicht über seine Unschlüssigkeit täuschen. Am 31. März schrieb er an Schwarzenberg: „Ich habe nicht den geringsten Zweifel über die Antwort, die der König geben wird. Wer den Gang Preußens seit 18. März v. J. betrachtet, wird nicht eine Linie Widerspruch oder Abweichung finden. Preußen wird annehmen durch die Art, in der es ablehnt. Es hat schon geantwortet, indem es vorgestern an Herrn v. Camphausen die Weisung erließ, mit den 23 dienstbaren Regierungen über die Form und den Umfang der preußischen Schirmherrschaft zu verhandeln."

Die Ablehnung der Kaiserwürde konnte Oesterreich nicht befriedigen, weil damit die Bildung Kleindeutschlands unter preußischer Führung nicht ausgeschlossen war. Die von Camphausen im Einvernehmen mit Gagern eingeleitete Verhandlung mit den Regierungen konnte den Weg dazu ebnen. Schon am 24. Februar hatten 28 Staaten, die zusammen 22 Millionen Deutsche umfaßten, die ersten beiden Artikel der Reichsverfassung angenommen und eine ähnliche Erklärung

[1]) Ludolf Camphausens Leben. Schreiben.

[2]) Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten, herausgegeben von seinem Sohne. Wien 1896.

auch für die folgenden Paragraphen in Aussicht gestellt; außer Preußen gehörten dazu Baden, die beiden Hessen, Nassau, Braunschweig, Mecklenburg, Oldenburg, die thüringischen Staaten, Anhalt u. s. w. Diese für die preußischen Bedingungen eines Bundesstaates zu gewinnen war Camphausen eifrigst bemüht; einer von ihm nach der Kaiserwahl ausgearbeiteten Denkschrift zufolge „mußte Preußen diejenigen Regierungen, die den Bundesstaat mit seinem König an der Spitze wollten, unverweilt auffordern, an einem dritten Orte — etwa Gotha oder Weimar — eine neue Versammlung zu beschicken, um die Verfassung der Bundesstaaten zu beraten". Für Gotha sprach der Umstand, daß Herzog Ernst vor allen anderen deutschen Fürsten schon am 14. Januar sein Einverständnis mit der Errichtung eines deutschen Kaisertums der Hohenzollern ausgesprochen hatte. Erfolgte diese Berufung eines neuen Parlamentes ohne die Oesterreicher und die dissentierenden Süddeutschen sofort nach der Antwort auf die Frankfurter Dekretation, so war die Nationalversammlung gesprengt und die Aufrechthaltung der Reichsverweserschaft des Erzherzogs Johann unmöglich.

Die größte Gefahr für die Schwarzenbergsche Politik war die Abdankung des Erzherzogs gewesen, die am 29. März thatsächlich angekündigt wurde. [1]) Gagern hat aber aus Doktrinarismus den Fehler begangen, sie durch sein provisorisch noch die Geschäfte führendes Ministerium für unzulässig erklären zu lassen, und der König von Preußen hat, als er sich bereit erklärte, die erledigte Zentralgewalt an sich zu nehmen, es unterlassen, sie auch unmittelbar auszuüben und die Nationalverfassung in Frankfurt für aufgelöst zu erklären. Dadurch gewann Oesterreich Zeit, um den durchaus ernst gemeinten Schritt des Erzherzogs rückgängig zu machen. Die Gefahr war so groß, daß Prokesch am 8. April seiner Frau bekannte, „sie abzuwenden ist fast ein Wunder". Das Wunder ereignete sich dennoch; Friedrich Wilhelms Phantastereien und die Obedienz des Erzherzogs Johann haben es bewirkt.

Fürst Schwarzenberg veranlaßte den Kaiser Franz Joseph, den Rücktritt des Erzherzogs-Reichsverwesers zu verhindern; der Kaiser richtete zu diesem Zwecke am 6. April folgendes Handschreiben an diesen:

„Lieber Großoheim Erzherzog Johann! Eure Kaiserliche Hoheit und Liebden haben Sich bestimmt gefunden, unter den obwaltenden Verhältnissen die Würde eines deutschen Reichsverwesers zurückzulegen. Indem ich den Beweggründen dieses Entschlusses nur beipflichten kann, muß ich Eure Kaiserliche Hoheit und Liebden dennoch dringend auffordern, Sich der Gewalt, welche das Vertrauen der deutschen Fürsten und Völker in Ihre Hände gelegt hat, und die Eure Kaiserliche Hoheit und Liebden von dem früheren Organe des noch zur Stunde vertragsmäßig bestehenden deutschen Bundes übernommen haben, nicht früher zu entäußern, als daß durch ordnungsmäßige Uebertragung dieser Gewalt mit Beruhigung wird stattfinden können. Die Ruhe und Sicherheit Deutschlands erfordern dieses eben so sehr, als die Wahrung der Rechte und Ansprüche Oesterreichs.

---

[1]) Die darauf bezüglichen Erklärungen des Erzherzogs und zwei Schreiben Gagerns vom 27. März 1849 im Meranschen Archiv.

„In der Zuversicht, daß Eure Kais. Hoh. und Liebden diesem Meinem Wunsche entsprechen werden, fühle Ich Mich gedrungen, Ihnen bei dieser Veranlassung Meinen Dank für die wesentlichen Dienste auszudrücken, welche Sie der guten Sache mit so viel Hingebung geleistet haben." [1]) . . .

Der Fürst mahnte seinerseits: „Das Begehren des Kaisers ist so natürlich, — es stimmt so gewiß mit der innersten Ueberzeugung Ew. Kais. Hoheit von dem, was recht und gut ist, — so unangenehm es sein mag, — überein, daß ich zu dessen Bevorwortung viel hinzuzusetzen für überflüssig halten muß. Deutschland kann in diesem Augenblicke nicht — wäre es auch nur für wenige Wochen, ja Tage, — ohne oberste Leitung allen Stürmen preisgegeben werden. Die einfachsten politischen — ja Humanitäts= — Rücksichten machen dies unzulässig; und auch als Oesterreicher müssen Ew. Kais. Hoheit Sich sagen, daß so viele hochwichtige Interessen unseres Vaterlandes mit jenen des übrigen Deutschland enge verknüpft sind; daß die Entwirrung derselben nicht dem Zufalle und dem ersten besten (!), der sich der Leitung bemächtigen könnte, anheimgegeben bleiben kann. . . . Da die Umstände einen langen Versuch nicht denkbar machen, so ist ein solcher auch für die gerechten Wünsche Ew. Kais. Hoheit nicht zu befürchten. Schnell wird es sich zeigen, ob es dem Könige von Preußen ernsthaft darum zu thun ist, sich die dornenvolle Krone der deutschen Hegemonie — soweit sie für ihn dermalen erreichbar ist — anzueignen, oder nicht. Im ersteren Falle wird er nicht lange zögern, selbst dahin zu wirken, daß durch den Abgang Ew. Kais. Hoheit das Feld für sein Wirken geräumt werde; im zweiten — leider nicht sehr wahrscheinlichen — wird er sich mit uns über eine anderweite Versorgung der Bundeszentralgeschäfte verständigen. . . ."

An Prokesch ging am 5. April eine österreichische Note ab, in der zunächst gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung über die Reichsverfassung und gegen die Kaiserwahl vom 28. März protestiert und ihnen jede Rechtsgrundlage abgesprochen wird. „Ebensowenig können Abgeordnete österreichischer Länder hinfüro an den Beratungen und Verhandlungen einer Versammlung teilnehmen, welche, von dem Zwecke ihrer ursprünglichen Berufung gänzlich abgehend, sich nach Beendigung des Verfassungswerkes und über selbes hinaus eigenmächtig für permanent erklärt und sonach auf ein gänzlich ungesetzliches Feld gesetzt hat. Jene Abgeordneten werden sonach alsbald den Schauplatz ihres bisherigen Wirkens zu verlassen haben. In den Augen des k. k. Hofes bleibt sonach als Vertreterin und Trägerin des bisherigen deutschen Bundes einzig und allein die in Frankfurt unter Uebernahme der Geschäfte des vorigen Bundestages in das Leben getretene Zentralgewalt zurück. . . . Heute befindet sich Deutschland immer noch in dem Stadium des Ueberganges von dem alten Bunde, der allerdings abgeändert aber nicht vernichtet werden soll, zu dem neuen Bunde, dessen Verfassung von der konstituierenden Versammlung allerdings entworfen, von den deutschen Regierungen aber noch nirgends angenommen ist. Die Erklärung des Königs an die Frankfurter Deputierten bahnt nun das weitere Einverständnis zwischen den Regierungen über die Frage des Inslebentretens jener Verfassung

[1]) Original im Gräfl. Meranschen Archiv.

an. Bis jenes Einverständnis aber wirklich erzielt ist, wird noch einige — wenn auch immerhin vielleicht kurze — Zeit vergehen, und während derselben kann der deutsche Bund nicht ohne Leitung, das gemeinsame Vaterland nicht ohne Zentralgewalt bleiben, ehe es den inneren Frieden handhabe und gegen außen Deutschland würdig vertrete. . . ."

Noch energischer sprach sich das Wiener Kabinett auf die preußische Erklärung vom 3. April aus, „daß der König sich infolge der vom Erzherzog-Reichsverweser ausgesprochenen Absicht, seine Stelle niederzulegen, bereit sei, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der deutschen Nationalversammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten mit dem zugleich kundgegebenen Entschlusse zu übernehmen, dem erhaltenen Rufe zu folgen und an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, der sich aus denjenigen Staaten bilden würde, welche demselben aus freiem Willen sich anzuschließen geneigt wären". Oesterreich lehnt jede Beratung über eine derartige Lösung der deutschen Frage ab. Die Nationalversammlung bestehe für die kaiserliche Regierung nicht mehr, sie könne daher auch keinen Einfluß auf eine neuzubildende Zentralgewalt üben, „noch einen Anteil an Verhandlungen zum Behufe einer Vereinbarung über das von ihr selbst für abgeschlossen erklärte Verfassungswerk nehmen. Sollte der Reichsverweser der dringenden ‚Aufforderung', sein Amt fortzuführen, aus unvorhergesehenen Gründen nicht entsprechen können, so ‚müssen wir gegen die Uebernahme und Ausübung dieser Gewalt durch eine der deutschen Regierungen allein entschieden Einsprache erheben und darauf bestehen, daß sie in einer Weise organisiert werde, welche sämtlichen Regierungen eine gerechte Vertretung in derselben zu sichern im stande wäre.'"

Erzherzog Johann hat in dem Augenblicke, als er die Reichsverweserschaft niederlegen wollte, an die Nachfolge des Königs von Preußen nicht gedacht;[1] denn er konnte nicht voraussetzen, daß der Verfasser des „merkwürdigen" Briefes vom 18. November sich zum Organ der so abfällig beurteilten Nationalversammlung machen wolle. Als ihm die preußische Note vom 3. April bekannt geworden war, schrieb er am 6. an Schwarzenberg: „. . . Ich besitze ein Dokument, welches Ihnen vielleicht nicht unangenehm zu besitzen sein dürfte, es wirft ein Licht über die Gesinnungen des Königs; es stimmt nicht ganz überein mit den darauf gefolgten Handlungen. Ich habe bisher keinen Gebrauch davon gemacht; wollte ich dasselbe der Reichsversammlung bekanntgeben, was dann?" — Der Aufforderung des Kaisers, die ihm als Befehl gelten mußte, kam der Erzherzog selbstverständlich nach. In der Antwort auf das Schreiben vom 6. April heißt es: „Ich werde hier, da es ohnedies auf eine kurze Frist ankommt, ausharren, solange es möglich oder mit der Ehre vereinbarlich ist. In dieser Zeit, bei so durch Leidenschaften bewegten Gemütern ist es schwer, etwas Bestimmtes angeben zu können, ich stehe hier vereinzelt da; dies möge Euere Majestät mir

[1] Für die Behauptung v. Sybels, Erzherzog Johann habe den König von Preußen gebeten, „sich zur Uebernahme zunächst der provisorischen Zentralgewalt bereit zu machen", liegt dermalen keine Beglaubigung vor. Ich kann sie nach den mir vorliegenden Aufzeichnungen des Erzherzogs nicht als berechtigt anerkennen.

zu gute halten — es treten Verhältnisse plötzlich ein, die jede Berechnung vereiteln." Von den Königen von Baiern und von Württemberg erhielt der Erzherzog dringende Bitten, „das hohe Amt, welches das Vertrauen der deutschen Fürsten und Völker in seine Hand gelegt habe", fortzuführen.[1]) Dieses hohe Amt wurde zu einem um so schmerzhafteren Martyrium, als die öffentliche Meinung von der radikalen, wie von der erbkaiserlichen Presse sehr bald zu der Behauptung angeleitet wurde, daß das Ausharren des Reichsverwesers auf persönlicher Eitelkeit beruhe und einen Vertrauensbruch bedeute. Die Schritte, die der Reichsverweser eingeleitet oder auch nur zugelassen hat, sind vielfach sehr hart beurteilt worden; namentlich die Ernennung des Ministeriums Grävell-Wittgenstein wurde ihm als eine unwürdige Verhöhnung der Reichsversammlung vorgeworfen. Man wußte nicht, daß der Erzherzog persönlich bereits von seiner Stelle losgelöst war, daß er die Aufgabe, die er vor zehn Monaten übernommen, längst für unausführbar hielt, daß er in Frankfurt nichts anderes mehr zu besorgen hatte, als die Kontinuität der Verträge von 1815 zu personifizieren, d. h. als Gewaltträger der alten Bundesversammlung zu funktionieren, bis ein neuer Bund an seine Stelle gesetzt oder der alte wieder in Dienst gestellt werde.

Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hielt an dem frommen Glauben an ihre Souveränität auch nach der ablehnenden Antwort des Königs von Preußen auf die Kaiserwahl noch immer so rührend inbrünstig fest, daß ihr sogar die Ausführbarkeit ihrer Reichsverfassung noch möglich schien. Dadurch hat sie dem Könige den Uebergang zu einer neuen Bundesreform auf Grundlage der Vereinbarung erschwert und Oesterreichs Warnungen vor der Revolution einen Schein von Berechtigung verliehen. Heinrich v. Gagern hat noch einige Monate bedurft, um einzusehen, daß die Erfüllung des gerechten Wunsches der Deutschen, einen kraftvollen, freien und unabhängigen Staat zu besitzen, nicht ohne Mitwirkung Preußens zu erreichen sei. Bismarcks Charakteristik des Mannes läßt uns das begreifen: „Er war eben mehr zum parlamentarischen Redner und Präsidenten, als zum politischen Geschäftsmann veranlagt, und hatte sich in das Bewußtsein eines Jupiter tonans hineingelebt." Wäre Gagern im Frühling 1849 schon von der Ueberzeugung durchdrungen gewesen, daß sein eigenes Programm nur dann ein staatsmännisches sein könne, wenn es von der preußischen Militärmacht unterstützt würde, dann hätte er nach der Rückkehr der Deputation nach Frankfurt die freiwillige Vertagung der Nationalversammlung verlangen müssen. Sie hatte ihre Aufgabe für den Augenblick vollkommen erfüllt, indem sie das Verfassungswerk als abgeschlossen erklärte. Stellte sie ihre Thätigkeit für so lange ein, bis Preußen sich einer Anzahl Bundesgenossen versichert und so weit gerüstet hatte, um seinen Entschließungen den nötigen Nachdruck zu geben, so konnte sie später von ihrer Unfehlbarkeit abstehen und den von den verbündeten Fürsten zu machenden Abänderungsvorschlägen entgegenkommen. Die Unterdrückung der revolutionären Bewegung, die wahrscheinlich

[1]) Originalschreiben vom 12. und 13. April im Gräfl. Meranschen Archiv.

durch den Vertagungsbeschluß[1]) ausgelöst worden wäre, hätte Preußen Gelegenheit gegeben, sich auch die deutschen Mittelmächte zu Dank zu verpflichten und ihnen Zugeständnisse abzuringen. Oesterreich konnte ihnen nicht mit einem Mann beispringen, seine italienische Armee war noch immer durch die Revolution in Italien gebunden, seine ungarische war besiegt und fast bis Wien zurückgeworfen. Schon waren russische Truppen in Siebenbürgen in Anspruch genommen, über kurzem mußten sie auch für die Unterwerfung Ungarns ausgebeten werden. Es ist kein Anachronismus, von den deutschen Patrioten der Paulskirche jene Erkenntnis zu verlangen. Heinrich Laube war ihr schon sehr nahe gekommen, als er schrieb: „Das deutsche Parlament war jetzt (nach der Kaiserwahl) am Ziele dessen, was es vermochte. Versagte das Ziel den Haltpunkt, welchen man von ihm erwarten durfte und mußte, dann war das erste deutsche Parlament faktisch am Ende seiner Wirksamkeit. So wie es zusammengesetzt war mit Einschluß der österreichischen Abgeordneten, so wie es sich — nur zu herkömmlich und natürlich unter Deutschen! — in Parteien gruppiert hatte, so war es unfähig noch einen wirksamen Schritt zu thun, sobald der König von Preußen nicht mit der Kraft seines Reiches eintrat in die Aufgabe, welche ihm dargeboten wurde.“ Hätte Heinrich v. Gagern wirklich die staatsmännische Kraft besessen, die man ihm damals beimaß, so hätte er noch einen Schritt weitergehen müssen als Laube, der doch nur ein sehr klarer Kopf, aber auch kein „politischer Geschäftsmann“ war und hätte anerkennen müssen, daß eine Macht wie Preußen das Recht haben müsse, an die Einsetzung seiner Kraft Bedingungen zu knüpfen.

Was konnte gegenüber der Weigerung Preußens, die Kaiserkrone durch eine schwache Mehrheit eines Parlamentes mit zweifelhaftem Mandat zu übernehmen, die am 14. April abgegebene Zustimmung von 24 deutschen Kleinstaaten zu einem preußischen Kaisertum bedeuten? Ihr Wortlaut war allerdings geeignet, das Selbstgefühl der Abgeordneten zu kräftigen, denn es enthielt die Stelle: „Anlangend die Verfassung des deutschen Reiches, so entspricht diese zwar, so wie sie in zweiter Lesung von der Reichsversammlung beschlossen worden, nicht in allen Punkten den Ansichten, welche von den hohen Regierungen gehegt und schon früher hervorgehoben worden sind, allein abgesehen davon, daß einzelne dieser Regierungen die Beschlüsse der Reichsversammlung im voraus als verbindlich anerkannt haben, und daß der von anderen ebenso wie von der preußischen Regierung festgehaltene Standpunkt der Vereinbarung in seiner konsequenten Durchführung die Erreichung eines gedeihlichen Resultats leicht unmöglich machen würde, erachten sie auch die von ihnen gehegten Bedenken nicht im richtigen Verhältnis zu den großen Gefahren, welche ein längerer Verzug des Verfassungswerkes dem gemeinsamen Vaterlande notwendig bringen müßte. Indem daher die Unterzeichneten namens ihrer hohen Regierungen die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung des deutschen Reichs anerkennen und annehmen, geben sie sich der Erwartung hin, daß die königlich preußische Regierung in Berücksichtigung der für alle Teile Deutschlands gleichmäßig dringenden Be-

[1]) Als Welcker ihn wirklich stellte, war die Linke bereits in unbestrittenem Besitze der Majorität.

weggründe denselben Grundsätzen folgen und die Ueberzeugung gewinnen werde, daß sie auf diese Weise dem hohen Berufe, den ihr die Neugestaltung Deutschlands anweist, zu genügen im stande sein werde." Von den unterzeichneten Staaten war aber kaum einer seiner Machtmittel vollkommen sicher, infolgedessen auch die Erklärung ihrer Vertreter keine unbedingt verläßliche oder für Preußen ermutigende. Sie konnte bei der Erwägung der Kräfte im Falle kriegerischer Verwicklungen nicht ins Gewicht fallen, erschwerte jedoch durch die bedingungslose Annahme der Verfassung die Vereinbarung mit Preußen, das dafür unmöglich zu gewinnen sein konnte. Camphausen sah keine Möglichkeit mehr, den Erwartungen des Königs durch seine Bemühungen in Frankfurt entsprechen zu können, und bat um die Enthebung von seiner Stellung. Er erhielt sie und dazu ein Schreiben, in dem ihm seine Anteilnahme an dem Zustandekommen der Note vom 23. Januar vorgeworfen wird. „Was ist dem Geiste und dem Zwecke derselben mehr zuwider als der Rat, mich, wenn auch nur momentan, dem Götzen der Volkssouveränität (der zu Frankfurt angebetet wird) zu beugen? Geschähe das auch zehnmal in der gewissen Hoffnung, den Götzen zu stürzen durch allmählichen und weisen Gebrauch der verliehenen Gewalt — das bliebe immer Thatsache: 1. ich hätte dem Abgott geräuchert; 2. ich konnte ihn nur stürzen, ich konnte nur dann vermeiden ein unermeßliches Unheil für Teutschland zu werden, wenn ich meine eigene Erhebung durch Mißbrauch der Gewalt gegen dieselben, gegen die Eltern meines Imperii untergrub."

In einer Erklärung vom 17. April verlangte die preußische Regierung, indem sie die durch Oesterreichs Protest geschaffene Situation in Berücksichtigung zog, eine kurze Frist zur Mitteilung ihrer Entschlüsse hinsichtlich der dem Könige von der Nationalversammlung zugedachten Stellung; um so unangenehmer mußte ihr die Einmischung des preußischen Landtages in die deutsche Angelegenheit sein, die ihr geradezu die Unterwerfung unter die Frankfurter Beschlüsse aufnötigen wollte. Die Linke hatte unter Führung von Rodbertus und Unruh der zweiten Kammer folgende Anträge vorgelegt: „1. daß sie den in der Zirkularnote vom 3. April von der Regierung betretenen Weg der Vereinbarung der deutschen Einzelstaaten unter sich und mit der deutschen Nationalversammlung, als ungeeignet zur Herbeiführung eines entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland, entschieden mißbillige; 2. daß sie insbesondere in der Verwirklichung dessen, was diese Note über die Modalitäten eines weiteren und die eventuelle Form eines engeren Bundes andeutet, eine Täuschung der Erwartungen Deutschlands erblicken würde; 3. daß sie vielmehr ihrerseits die von der deutschen Nationalversammlung vollendete Verfassung, sowie sie nach zweimaliger Lesung beschlossen worden, als rechtsgültig anerkennt, und die Ueberzeugung hegt, daß eine Abänderung derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgeschriebenen Weg zulässig ist." Darauf antwortete Graf Brandenburg am 21., daß die Nachteile der Frankfurter Verfassung so überwiegender Art seien, daß die Regierung sich außer Stand sehe, die unbedingte Annahme der Verfassung anzuraten. Er schloß seine Rede mit den scharf betonten Worten: „Ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an; aber man darf nicht rückhaltlos das Schiff den Winden und den Strömungen hingeben. Sonst wird es niemals in einen sicheren Hafen gelangen; niemals!"

Die ausführliche Darlegung der Grundsätze, nach denen eine preußische Regierung vorzugehen habe, besorgte Bismarck in einer Rede, die fortgesetzte Heiterkeitsausbrüche der Demokraten hervorrief. Nur wenige Abgeordnete begriffen ihre Bedeutung, trotzdem darin die Politik des künftigen Staatsmannes in ihren Hauptpunkten niedergelegt ist. Die Erklärungen der 28 deutschen Regierungen, auf die man poche — so führte er aus, — seien für ihn nicht bestimmend, da diese Staaten nur etwa 4—5 Millionen Unterthanen haben, und er in jenen Erklärungen nur das Bestreben von Ministern sehe, welche durch die Märzrevolution ans Ruder gekommen sind, sich in der konstitutionellen Anarchie, die ihnen von Frankfurt aus geboten wird, zu schützen. „Unser Beruf ist es nicht, das Land durch Adressen und Erklärungen zu regieren; und wenn die Minister auf dergleichen Adressen Rücksicht nehmen sollten, so würde ich sie nicht mehr für die Beamten des Königs, sondern für die Beamten der zweiten Kammer halten. ... Ich muß es für Leichtsinn erklären, wenn wir in so wichtiger Sache bei der Beratung eines bloßen Antrags eine Verfassung anerkennen, die in vielen Punkten die Revision der preußischen Verfassung präjudiziert. Zwei verschiedene Verfassungen können aber offenbar auf die Dauer nicht nebeneinander bestehen. Preußen zählt 16 Millionen Einwohner, diese dürfen sich nicht von 5 Millionen sogenannter Deutschen bestimmen lassen. Die deutsche Verfassung läßt der Krone kaum den notdürftigsten Bestand; sie stellt das Prinzip der Volkssouveränität auf und läßt dem König nur das suspensive Veto. Damit hat der König so gut wie aufgehört zu regieren. ... Die Frankfurter Versammlung verlangt aber von dem zukünftigen Kaiser, daß er ihr das ganze Deutschland schaffe. Er muß also seine königlich-kaiserlichen Beamten nach Oesterreich und Baiern schicken und dort die Zollverhältnisse festsetzen und die Armeen vereidigen lassen. Es ist doch wohl möglich, daß der Kaiser von Oesterreich und der König von Baiern sich das verbitten, und der neue Kaiser ist dann also genötigt, sie mit Krieg zu überziehen. Das ist gerade, was die Herren von der Umsturzpartei in Frankfurt wollen, und wodurch sie den Kaiser in ihre Abhängigkeit bringen wollen. Glauben Sie nicht, daß Sie sehr bald zu ihm sagen werden: Glaubst du, dieser Adler sei dir geschenkt? ... Preußen würde also fortwährend in Krieg verwickelt werden, ja es ist schon dazu genötigt worden. Ich halte es für höchst verderblich, daß königlich-preußische Truppen die Revolution in Schleswig-Holstein verteidigen. Die Einheit, welche 28 terrorisierte Regierungen wollen, scheint mir nicht die zu sein, welche Preußen anstreben muß. Preußen ist im stande, dem übrigen Deutschland Gesetze zu geben, und ehe ich zugebe, daß der König von Preußen der Beamte des Herrn Simon wird, will ich lieber, daß Preußen Preußen bleibe. Ich bin der Vertreter Brandenburgs, das den Kern der preußischen Monarchie bildet. Auch hierin sehe ich für mich ein Motiv, an einer Gestalt des Staates festzuhalten, zu der Jahrhunderte die Grundlage bilden und welche die neuen Prinzipien untergraben würden. Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber erst würde die preußische Krone eingeschmolzen werden müssen, um ihr Gold für die Frankfurter Krone herzugeben."

Nichts konnte einem echten Achtundvierziger widerwärtiger sein, als der

Hinweis auf die Thatsache, daß die Staaten auf Macht und nicht auf den Willen des Volkes begründet sind, daß daher durch diesen Willen die Macht nicht erschüttert werden darf, soll der Staat dem Bedürfnisse des Volkes entsprechen. Die Worte des Junkers von Schönhausen machten auf die den liberalen Abstraktionen huldigenden Mitglieder der Kammer nicht den beabsichtigten Eindruck, sondern bestärkten wohl viele in ihrem Gegensatze gegen die Regierung. Der dritte Antrag Rodbertus', die Behauptung der Rechtsgültigkeit der Frankfurter Verfassung, wurde daher mit 175 gegen 159 Stimmen angenommen. Darauf wurde das Abgeordnetenhaus des preußischen Landtages am 28. April aufgelöst. Es kam zu Unruhen in Berlin, man wollte wieder mit dem Barrikadenbau beginnen, aber Wrangel traf seine Anstalten und erdrückte die Bewegung in deren ersten Anfängen. Am 29. erschien ein Manifest des Königs mit der definitiven Ablehnung der Kaiserwürde und einer ebenso gelassenen, als eindrucksvollen Begründung. „Wenn die Nationalversammlung uns wirklich in patriotischem Sinne entgegenkommen will, so liegt es noch immer in ihrer Hand, der Verfassungsangelegenheit eine solche Wendung zu geben, daß die Regierungen sich mit ihr verständigen und unter ihrer Mitwirkung und auf dem Wege der Vereinbarung die von einer ruhigen Erwägung der deutschen Verhältnisse geforderten Modifikationen zu stande kommen können."

Der Mahnung, den Regierungen entgegenzukommen, entsprach die Nationalversammlung nicht, sie setzte im Gegenteil ihre Thätigkeit in dem unerschütterten Glauben an ihre souveränen Befugnisse fort und geriet dadurch ganz und gar auf den Weg der Revolution. Die von Frankfurt aus betriebene Agitation für die Anerkennung der Reichsverfassung, die sich jetzt über ganz Deutschland mit Ausnahme der österreichischen Länder erstreckte, war durchweg revolutionärer Natur und mußte die Bevölkerung zu ungesetzlichen Handlungen verleiten, wo sie sich in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten im Widerspruche mit ihren Regierungen befand. Auch das noch immer im Amte ausharrende Ministerium Gagern suchte den Reichsverweser zu Schritten zu bewegen, die gegen den entschieden ausgesprochenen Willen beider Großmächte gerichtet waren und deshalb nicht mehr erreichbaren Zielen zustrebten, sondern nur Aufregung und Beunruhigung hervorrufen konnten. Man zwang dem Reichsverweser seine Zustimmung zur Entsendung von Bevollmächtigten der Nationalversammlung an die Regierungen der vier Königreiche ab, die von den bevollmächtigten Abgeordneten Mathy, Seebeck, Watzdorff und Bassermann aufgefordert werden sollten, die Reichsverfassung anzuerkennen und sich aller Anordnungen zu enthalten, durch die dem Volke die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mittel, seinen Willen kund zu geben, geschmälert werden.[1]) Am 30. April wurde den Regierungen von Preußen und Hannover die Mißbilligung darüber ausgesprochen, daß dort die Kammern aufgelöst worden

---

[1]) Der Reichsverweser hat sich kräftig gegen die Zumutung gewehrt, „Reichskommissäre" zu ernennen, er hat auch den Wortlaut der Instruktion abgeändert; aber in der Hauptsache mußte er nachgeben, nachdem das Ministerium ihm am 28. April erklärt hatte, seine Weigerung würde die Absendung von Deputationen durch die Nationalversammlung zur Folge haben, was die Regierungen „verletzen" und das Volk aufregen könnte. (Abschrift eines darüber von Gagern aufgenommenen Protokolls im Gräfl. Meranschen Archiv.)

waren, den Bevölkerungen dieser Staaten aber wurde nahe gelegt, dem Willen des Volkes kräftigsten Ausdruck zu geben. Da nach dem Austritte der Oesterreicher die Mitgliederzahl der Nationalversammlung auf 400 gesunken war, wurde die Beschlußfähigkeit von 200 auf 150 herabgesetzt. In dem Maße, als sich in den Einzelstaaten der Zwiespalt zwischen Volk und Regierung steigerte, nahm die Thatenlust der noch immer nahezu vollzähligen Linken zu, die sich Hoffnungen auf den Ausbruch einer allgemeinen deutschen Revolution machte und dazu die Bewegung möglichst zu schüren trachtete. Dies hatte fortwährend Austrittserklärungen von Mitgliedern der Rechten zufolge; so namentlich der am 10. Mai mit 188 gegen 147 Stimmen gefaßte Beschluß: „Dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreiche Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegenzutreten.“ Eduard Simson, seit 19. Dezember 1848 mit großem Geschick als erster Präsident im Amte, legte dieses jetzt nieder, worauf Reh aus Darmstadt als sein Nachfolger eingesetzt wurde. Das Ministerium mußte seine Entlassung nehmen, da den Beschlüssen der Versammlung, die es noch immer vertreten zu müssen glaubte, vom Reichsverweser die Zustimmung versagt wurde; erst der Beschluß vom 19. Mai: bis zur vollständigen Durchführung der Verfassung einen Reichsstatthalter mit allen Rechten und Pflichten des Reichsoberhauptes an die Spitze Deutschlands zu stellen, bot den Führern der Liberalen, dem Kern der Partei Gagern, den Anlaß, der entarteten Versammlung, in der die Galerie die Herrschaft zu gewinnen suchte, endlich den Rücken zu kehren.

Aus August Ludwig v. Rochaus Darstellung in der Cottaschen „Deutschen Vierteljahrsschrift“ erfahren wir, daß sich die Weidenbuschpartei mit der Frage beschäftigt hat, ob sie den Bürgerkrieg um die Anerkennung der Frankfurter Verfassung entfachen solle, und daß die Berechnung des zu erwartenden Ausganges eines Volkskrieges „gegen das Veto von vier Königen, denen nichts zu Gebote stand, als einige hunderttausend Bajonette,“ manchem Mitgliede dieser Partei nicht ganz ungünstig erschienen ist. „Außer der Ungewißheit des Gelingens und den Gewissensbissen,“ meint Rochau, „trat aber dem Kriegsgedanken noch ein anderes Bedenken entgegen, das Bedenken, ob der Sieg der Revolution diese nicht über ihren ursprünglichen Zweck hinausführen, ob das Endergebnis des Kampfes für die Reichsverfassung nicht die Republik oder doch ein neuer Kampf zwischen der Republik und der reichsverfassungsmäßigen Monarchie sein werde.“ In dieser Frage habe Gagern mehr als in jeder anderen die Mehrheit in der Hand gehabt, denn ohne seinen Namen wäre der Verfassungskampf nicht siegreich durchzuführen gewesen; aber gerade Gagerns Entschluß sei durch die Ansicht bestimmt worden, „daß über dem Kampfe der Preis des Sieges verloren gehen werde“. Ob die Partei, die nicht einmal den Mut fand, die Auflösung der Nationalversammlung zu beantragen, solange sie noch die Mehrheit besaß, sich zur Leitung eines großartigen Volkskrieges geeignet gezeigt hätte, mochte doch zu bezweifeln sein. Sie verschwand mit geringem Aufsehen vom Schauplatz, empfahl sich vom souveränen deutschen Volke ohne Ehrenbezeigung, schlicht und ruhmlos im ganzen, wie ihre einzelnen Mitglieder. Am 24. Mai gab es nur

noch 150 Abgeordnete in der Paulskirche, und diese beeilten sich, die beschlußfähige Zahl auf 100 herabzusetzen. Idealisten wie Uhland und Welcker hielten noch bei den kriegslustigen Radikalen aus, bis auch sie von Simon aus Trier und seinen Gesinnungsgenossen hinausgeekelt wurden. Eine von Uhland verfaßte „Ansprache“ an das deutsche Volk erhob Klage gegen die Zentralgewalt wegen Nichtvollziehung der auf Durchführung der Verfassung gerichteten Beschlüsse der Nationalversammlung und erklärte im Namen der noch anwesenden Abgeordneten, daß sie für deren Verwirklichung zu sorgen entschlossen seien, damit sie ihre Vollmacht in die Hände des Reichstages niederlegen können, der am 25. August zusammenzutreten habe. „Um die Verfassung lebendig zu machen, nehmen wir die thätige Mitwirkung des gesamten deutschen Volkes in Anspruch. Wir fordern zu keinem Friedensbruch auf, wir wollen nicht den Bürgerkrieg schüren, aber wir finden in dieser eisernen Zeit nötig, daß das Volk wehrhaft dastehe, um, wenn sein Anrecht auf die Verfassung und die Volksfreiheit gewaltsam bedroht wird, oder eine nicht von seinen Vertretern beschlossene Verfassung mit Gewalt ihm aufgedrungen werden sollte, den ungerechten Kampf abweisen zu können.“ Wie das ohne Bürgerkrieg abgehen könne, hat der schwäbische Dichter, der keine bestimmte Vorstellung von dem Wesen monarchisch-konstitutioneller Staaten gehabt haben kann, leider nicht verraten. Der Litterat Wolff aus Breslau hielt den Uhlandschen Aufruf für viel zu schwächlich; wenn überhaupt eine Proklamation erlassen werden solle, so solle man vor allem den ersten Volksverräter, den Reichsverweser, für vogelfrei erklären. Am 30. Mai setzte die Linke, wie Wichmann berichtet, eigentlich wider Willen und Erwartung die Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart mit 71 gegen 64 Stimmen durch. Präsident Reh legte seine Stelle nieder. Löwe aus Calbe nahm sie ein.

Die Wahl Stuttgarts war durch die Stärke der demokratischen Partei in Württemberg und durch den siegreichen Fortgang des Aufruhrs in Baden und in der Rheinpfalz begründet, von dem die Frankfurter Linke die endliche Beseitigung aller Regierungsgewalten erwartete. In Süddeutschland hatte sich erwiesen, daß sogenannte liberale Regierungen niemals im stande sind, eine begehrliche demokratische Partei im Zaum zu halten, weil sie zu lange auf die Wirkung vernünftiger Erwägungen rechnen, wenn die Leidenschaft schon längst die Vernunft in den Massen unterdrückt hat. Der Wahn, daß es eine Regierung ohne Gewalt geben könne, läßt sie immer den Augenblick übersehen, in dem die Gewalt noch wohlthätig wirken kann. Unbelehrt durch den Hecker-Struveschen Aufstand im Mai hatte das Ministerium Bekk-Brunner sich nicht bestimmt gefunden, den republikanischen Agitatoren das Handwerk zu legen; Struve und Karl Blind hatten infolgedessen im September wieder genügenden Anhang gefunden, um in Lörrach, nachdem sie bei Basel über den Rhein gekommen waren, ein Aufgebot für die deutsche Republik bilden zu können. Damals war aber das Militär noch nicht verführt; nur vier Tage dauerte der Struvesche Feldzug, am 24. wurden die Republikaner bei Staufen zerstreut, am 25. Struve und Blind gefangen genommen und nach Rastatt in Sicherheit gebracht. Als dann die Radikalen fortfuhren, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und das Landvolk zu verhetzen, bereiteten die Konstitutionellen ihnen zwar nicht offen

Hilfe, aber sie unterstützten auch die Regierung nicht und verbreiteten die Meinung von der Nützlichkeit freimütiger Bethätigung jeder Ueberzeugung, so daß das Geschworenengericht in Freiburg die Anklage Struves wegen Beteiligung am Aprilaufstande zurückwies, für das Unternehmen im September mildernde Umstände annahm, und der Gerichtshof den frechen Empörer nur zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilen konnte. Im März und April 1849 wurde in Volksversammlungen ohne Unterlaß Widerstand gegen alle Regierungsanordnungen gepredigt und an der Lockerung der Disziplin in den Kasernen gearbeitet.

Am 10. Mai brach die Soldatenrevolte in Rastatt aus, die mit der Vertreibung der Offiziere und des zur Ruhestiftung herbeigekommenen Kriegsministers endete; am 13. wurde in Offenburg von einer großen Volksversammlung der Landesausschuß der badischen Volksvereine eingesetzt, an dessen Spitze der radikale Rechtsanwalt Brentano von Mannheim stand. Das in 16 Punkten aufgestellte Programm, das dieser Landesausschuß durchzuführen hatte, beabsichtigte eine vollständige Staatsumwälzung: Entlassung des Ministeriums, Ersetzung desselben durch ein von Brentano gebildetes, Auflösung der Kammern, Wahl einer verfassunggebenden Landesversammlung, allgemeine Volksbewaffnung auf Staatskosten, Befreiung der politischen Verurteilten, Verschmelzung des stehenden Heeres mit dem Volksheere und dergl. mehr. Nachdem an demselben Tage auch in Karlsruhe das Leibinfanterieregiment zu rebellieren begonnen hatte, Dragoner und Artillerie zu ihm übergegangen und mit der Bürgerwehr, die das Zeughaus verteidigte, in Kampf geraten waren, verließ der Großherzog Leopold heimlich seine Hauptstadt, worauf sich auch die Minister zur Flucht veranlaßt sahen. Der Landesausschuß trat die Regierung an, indem er eine Exekutivkommission (Brentano, Peter, Eichfeld, Goegg) einsetzte, die sich der in den Staatskassen befindlichen 3 Millionen Thaler bemächtigte und acht Regimenter für sich verpflichtete.

Noch rascher war es den radikalen Agitatoren in der bairischen Rheinpfalz gelungen, die Macht an sich zu reißen. Schon am 1. und 2. Mai hatte ein Kongreß pfälzischer Bürgerwehren zu Kaiserslautern einen Landesverteidigungsausschuß eingesetzt, der eine Volkswehr organisierte; am 17. war durch eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung eine provisorische Regierung gebildet worden, der sich die Truppen größtenteils freiwillig unterwarfen. Der Konkurrent Messenhausers im Wiener Oktoberaufstande, Fenner von Fenneberg, wurde erster Oberkommandant der rheinpfälzischen Truppen, die 10000 Mann und 14 Geschütze stark waren. Nach einem verunglückten Ueberfall auf die Festung Landau wurde er jedoch wieder abgesetzt und mußte sich damit begnügen, für die „Geschichte der rheinländischen Revolution“, die er 1850 in Zürich veröffentlichte, persönliche Erfahrungen zu sammeln. — Auf die Bewegung in Württemberg übten jedoch die Vorgänge in Baden und in der Pfalz einen mäßigenden Einfluß, indem das demokratisch gestimmte Bürgertum, dem ja auch das Ministerium Römer angehörte, sich rechtzeitig besann, daß eine schrankenlose Ausübung der Volksrechte zur Anarchie führen müsse. Schon im Sommer 1848 war die Stimmung nach den Ulmer Reiterexzessen (28. Juni 1848) sehr rebellisch geworden; doch hatte der Gaildorfer Fabrikant Rau noch nicht genügenden Anhang zur Gründung der von ihm projektierten schwäbischen Republik gefunden. Der

König kam dem Wunsche der Kammer, es mögen wegen des Notstandes im Lande die Pensionen und Apanagen vermindert werden, durch freiwilligen Verzicht auf 200 000 Gulden seiner Zivilliste entgegen, er ließ auch die Frankfurter Grundrechte als Gesetz verkünden; davon war aber die Volkspartei noch nicht befriedigt, sie forderte im April 1849 in sehr stürmischer Weise auch die Anerkennung der ganzen Reichsverfassung. Freimütig erklärte König Wilhelm einer Kammerdeputation, daß er „mit Ausnahme der Oberhauptsfrage" dazu bereit sei, sich jedoch dem Hause Hohenzollern nicht unterwerfen wolle. Wenn man ihn durch eine Revolution dazu zwingen wolle, so werde er sich durch ein erzwungenes Wort nicht gebunden erachten. Dennoch stellte das Ministerium Römer den Antrag, die ganze Verfassung, von der die Oberhauptsfrage nicht getrennt werden könne, anzunehmen, was mit 46 gegen 23 Stimmen geschah. Der König veröffentlichte ein seine Entschließung rechtfertigendes Manifest und begab sich mit seiner Familie nach Ludwigsburg. Als aber allerorten die Bürgerwehren den Eid auf die Reichsverfassung leisteten und in der Kammer, nachdem das Ministerium seinen Rücktritt angekündigt, der Antrag auf Einsetzung einer provisorischen Regierung gestellt worden war, gab er nach. Dagegen nahm Römer nunmehr eine sehr entschiedene Haltung gegen die Demokraten ein, die in einer Versammlung zu Reutlingen am 27. Mai die Zurückziehung der württembergischen Truppen von der badischen Grenze, die Verweigerung des Durchmarsches für „reichsfeindliche" Truppen und allgemeine Bewaffnung des Volkes zum Schutze der Reichsverfassung verlangte.

So war also die revolutionäre Neigung der württembergischen Regierung, auf die man in Frankfurt am 30. Mai noch gerechnet hatte, bereits überwunden, als das Rumpfparlament seine Sitzungen am 6. Juni im Stuttgarter Ständehause eröffnete. Es waren nur 104 Abgeordnete erschienen, und unter diesen wenige Männer von Bedeutung außer den Süddeutschen. Vogt stellte den Antrag auf Bildung einer Reichsregentschaft, er selbst und Raveaux, Schüler aus Jena, Simon aus Trier und Becher aus Württemberg wurden am 7. zu „Reichsregenten" gewählt. Dagegen wurde Erzherzog Johann als Reichsverweser abgesetzt und den deutschen Regierungen und Staatsbürgern verboten, ihm Gehorsam zu leisten. Moritz Mohl hielt dabei eine Standrede über die „sittliche Verworfenheit" des Erzherzogs, die mit den Worten schloß: „Sie können siegen in Deutschland mit ihren Bajonetten; aber bei Gott, die deutsche Nation wird sich dessen erinnern, und das nächste Mal wird sie reinen Tisch machen." Vorläufig besorgte dies das württembergische Ministerium, indem es der ehrenwerten Gesellschaft, nachdem sie noch die Organisation der allgemeinen deutschen Volkswehr ausgearbeitet und 5 Millionen Gulden Matrikularbeiträge ausgeschrieben hatte, weitere Zusammenkünfte untersagte und sie durch Militär an dem Betreten des Sitzungssaales hinderte. — Im Hotel Marquardt rief der „Rumpf" noch alle Deutschen zum Bürgerkriege, zur Teilnahme an der Revolution in Baden und der Pfalz auf, dann verschwand dieser verzerrte Schatten, den die einst glänzende Erscheinung des ersten deutschen Parlamentes geworfen hat, zugleich mit jenen blutigen Schatten, die durch das Beharren auf dem Wahne souveräner Befugnis zur Verfassunggebung über viele gesegnete deutsche Landstriche gebreitet wurden.

In **Preußen** war es nur zu mehr oder minder aufregenden **Krawallen** in Breslau, Königsberg, Elberfeld, Köln, Düsseldorf u. a. O. gekommen; unglücklicher endete die Bewegung in **Sachsen**. Dort hatte das Ministerium v. d. Pfordten-Braun-Georgi-Holtzendorf die Beratungen der Ständeversammlung über eine neue Landesverfassung geleitet, die im November 1848 vollendet wurde. Sie hatte einen demokratisch-konstitutionellen Charakter, gewährte weitgehende Gewissens-, Preß- und Versammlungsfreiheit, allgemeine Volksbewaffnung bei gleicher Wehrpflicht für alle Bürger. Das Wahlrecht war so wenig beschränkt, daß beide neugewählten Kammern den radikalen politischen Standpunkt einnahmen. Derselbe Schaffrath, der in der Frankfurter Versammlung der äußersten Linken angehört hatte, vertrat nun in Dresden den Antrag, „die Kammern möchten erklären, daß sie ein erbliches und unverantwortliches Oberhaupt in Deutschland nur mit Widerwillen sehen würden, und jede andere als demokratische Lösung dieser Frage für unheilvoll ansähen"; um so energischer verlangten er und seine Gesinnungsgenossen die Einführung der Grundrechte, wozu jedoch der König seine Zustimmung nicht geben wollte, bis nicht die größeren Nachbarländer Sachsens sie angenommen hätten. Darüber und über die Frage der Beeidigung des Militärs auf die Verfassung fiel das konstitutionelle Ministerium, und es folgte ihm am 27. Februar 1849 ein Beamtenministerium. Diesem, dessen Präsident der Oberappellationsrat Dr. Held wurde, gehörte auch Friedrich Ferdinand Freiherr, später Graf v. **Beust**, bisher Gesandter in Berlin, als Minister der auswärtigen Angelegenheiten an. v. d. Pfordten wurde von seinem Gönner König Max II. nach Baiern zurückberufen und schon am 18. April Minister des königlichen Hauses und des Aeußeren in der Heimat. Das neue sächsische Ministerium bewog den König, am 2. März die Grundrechte verlautbaren zu lassen, indem es ihm vorstellte, daß sonst die Auflösung der Kammern eintreten müsse, wovon man jedoch keine Besserung der parlamentarischen Verhältnisse erwarten könne.[1]) Dennoch war ein Zusammenwirken mit dieser Volksvertretung für monarchische Beamte nicht mehr zu erzielen, denn sie forderte durch die übermütigsten Anträge zu Gewaltmaßregeln heraus. Die ohnehin schon demokratische Verfassung sollte noch einmal „im Geiste der Demokratie umgestaltet", das Einkammersystem und das suspensive Veto eingeführt, das stehende Heer aufgehoben, allgemeine Volksbewaffnung nach Schweizer Muster an die Stelle gesetzt werden. Das Drängen der Kammern auf Anerkennung der gesamten Frankfurter Verfassung, dem sich jetzt auch der größere Teil der Linken anschloß, weil man davon einen Konflikt mit der Regierung erwartete, machte am 30. April doch deren Auflösung nötig. Gleichzeitig gaben drei Minister (Held, Weinlig, Ehrenstein) ihre Entlassung. Beust und der Kriegsminister v. Rabenhorst führten in Verbindung mit dem Geheimrat v. Zschinsky die Geschäfte fort. Zahlreiche Deputationen aus dem ganzen Lande bestürmten den König wegen der Reichsverfassung. Er antwortete, daß er sie nicht als Gesetz ansehen könne, solange nicht auch Preußen und Baiern dies zu thun bereit wären, und berief sich darauf, daß die National-

[1]) Vgl. v. Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen. 2 Bde. Cotta 1887.

versammlung von keiner Regierung als souverän angesehen werde; daß nur auf dem Wege der Vereinbarung die Einigkeit des Vaterlandes erreicht werden könne.

An demselben Tage (3. Mai) traten in Dresden die Bataillone der Bürgerwehr unter Waffen, das unbewaffnete Volk aber wollte das Zeughaus stürmen. Dabei fiel ein Schuß und es entspann sich ein Kampf, der den Agenten der republikanischen und anarchistischen Geheimbünde, darunter Bakunin, den ersehnten Anlaß bot, die aufgeregten Volksmassen zum gewaltthätigen Widerstande gegen die Regierung aufzuhetzen. Barrikaden wurden gebaut, der Abgeordnete Heinze, der einmal in Griechenland Oberstleutnant gewesen war, übernahm den Oberbefehl über die bewaffnete Macht der Hauptstadt, die sich aus Leipzig und den übrigen Landesteilen großen Zuzug versprach. So wie viele andere Beamte, ja selbst Hofbedienstete, die für ein verletztes Volksrecht einstehen zu müssen glaubten, war auch der königliche Kapellmeister Richard Wagner, der noch 1844 einen „Gruß seiner Treuen an Friedrich August den Geliebten“ in Musik gesetzt hatte, von der revolutionären Stimmung erfaßt worden und ein thätiger Teilnehmer des Aufruhrs geworden. Beust behauptet, daß die von ihm versuchte Brandlegung am Prinzenpalais aktenmäßig erwiesen gewesen sei. Am frühesten Morgen des 4. Mai verließ die königliche Familie das Schloß und flüchtete auf den Königstein. Beust und Rabenhorst kehrten nach Dresden zurück, wo sich unterdessen eine provisorische Regierung gebildet hatte, die einen Waffenstillstand zwischen Militär und Bürgerwehr anstrebte. Die Truppen blieben treu, sie hielten das Schloß, den Zwinger, die Brühlsche Terrasse und das Zeughaus besetzt, aber sie reichten, da ein sächsisches Kontingent nach Holstein abgerückt war, zum Angriffe auf die Barrikaden nicht aus; Beust sendete nach Berlin um Hülfe, von dort trafen auch am 5. Mai abends drei Bataillone des Kaiser Alexander Grenadier-Regimentes ein. Am 6. wurden die Angriffe der Aufständischen auf die Stellung der Truppen in heftigem Kampfe zurückgewiesen, wobei das alte Opernhaus und zwei Flügel des Zwingers in Flammen aufgingen. Die weltberühmte Bildergalerie und das Kupferstichkabinett konnten durch die Aufopferung der Beamten gerettet werden. Als die Aufständischen sich überzeugten, daß der Zuzug aus Leipzig den Erwartungen nicht entsprach, und daß das Land dem Beispiele der Hauptstadt nicht folgte, erlahmte ihr Kampfmut, aber sie hielten doch noch am 7. und 8. hinter ihren Barrikaden aus, erst am 9. früh fand die blutige Straßenschlacht ihr Ende; 6000 Freischärler flohen nach Freiberg und Chemnitz, wo sie entwaffnet, ihre Führer, darunter auch Bakunin, gefangen genommen wurden. Die Verluste der Truppen betrugen 34 Tote, 98 Verwundete, bei den Aufständischen wurden 178 Tote und 123 Verwundete bekannt. Ueber Dresden und seine Umgebung wurde der Belagerungszustand verhängt.

Ein ernstlicher Feldzug mußte gegen die verbündeten provisorischen Regierungen in Baden und der Pfalz und gegen ihre bewaffneten Scharen geführt werden, die mit der republikanischen Legion der Polen, Schweizer, Schwaben, Pfälzer u. a. bis Anfang Juni eine Streitmacht von vielleicht 40 000 Mann aufgebracht hatten, in der sich an die 10 000 gediente Soldaten befanden.[1])

[1]) Eine genaue Ziffer der aufständischen Kämpfer ist nicht aufzustellen, die Stärke der größeren oder kleineren Scharen hat fast täglich durch Ab- und Zuzug gewechselt. In den Hauptgefechten soll Meiroslawski 15—20 000 Mann bei sich vereinigt gehabt haben.

Die Leitung besorgten neben der Exekutivkommission, die ihren Aufgaben nicht gewachsen war, Struve, Sigel, die „Kriegskommissäre“ Becker, Germain Metternich, ein Student Schlöffel, Tzschirner u. a. Fickler hatte sich mit einer Geldsumme nach Württemberg aufgemacht, um dort den Aufstand zu befördern, wurde jedoch sofort auf dem Asperg unschädlich gemacht; Karl Blind eilte nach Paris, um die Anerkennung der badisch-pfälzischen Republik zu erreichen, wurde aber ebenfalls wegen Teilnahme an dem Aufstande Ledru Rollins am 13. Juni verhaftet und erst nach dem Ausgange der badischen Revolution ausgewiesen. Zum Obergeneral bestellte sich Baden Ludwig v. Mieroslawski, der zuletzt in Sizilien gekämpft, am 6. April bei Catania geschlagen und zur Flucht gezwungen worden war; sein Landsmann Sznayda (Schneider) befehligte in der Pfalz; unter ihnen dienten viele Polen, Franzosen, Italiener. Noch im Mai wurde von den Republikanern der Versuch gemacht, den Aufstand auch auf das Großherzogtum Hessen hinüberzuspielen, wo sie an den Demokraten von Mainz mit Recht die kräftigste Unterstützung erwarteten. Die Saat, die in den dreißiger Jahren gesäet worden war, hatte sich ja hier wie in Gießen unter der sorgsamen Hut der Herren Zitz, Vogt und Genossen noch lebensfähig erwiesen. Das hessische Militär aber widerstand allen Verführungskünsten, es blieb seinem Eide treu und ließ sich nicht abhalten, schon am 24. Mai gegen die bewaffnete Volksversammlung von Unterlaudenbach, wo der Regierungsrat Prinz ermordet wurde, kräftig einzuschreiten und an den verruchten Meuterern aus eigenem Antriebe blutige Rache zu nehmen.

Die deutsche Zentralgewalt, die zunächst berufen gewesen wäre, Frieden und Ordnung in Baden und in der Pfalz wieder herzustellen, war beim Ausbruche der Revolution nicht in der Lage, eingreifen zu können. Selbst wenn sie Frankfurt ganz von Truppen hätte entblößen wollen, was jedenfalls wegen der Nähe des rebellischen Hanau nicht rätlich war, hätten die wenigen zur Verfügung stehenden Bataillone nicht hingereicht, das badische Militär zur Pflicht zurückzubringen. Erst im Laufe des Mai langten die von der Zentralgewalt aufgebotenen Kontingente zur Unterstützung der hessischen Truppen im Großherzogtum ein, und zwar 2 Bataillone Württemberger, $2^1/_2$ Bataillone, 1 Regiment Dragoner, 4 Schwadronen und 8 Geschütze aus Mecklenburg, 2 Bataillone Kurhessen, 2 Bataillone Nassauer, 1 bairisches Jägerbataillon, das Frankfurter und 1 preußisches Bataillon. Der Oberbefehl über dieses „Neckarcorps“ wurde dem früheren Reichskriegsminister General v. Peucker übertragen. In Frankfurt hat man wohl daran geglaubt, noch weitere Bestandteile eines Reichsheeres aufstellen zu können, in dem nach und nach alle deutschen Staaten vertreten gewesen wären. Man sprach von dem Prinzen Emil von Hessen-Darmstadt, der österreichischer Feldzeugmeister war, als von dem zum Oberkommando dieses Reichsheeres Berufenen, dem wohl auch ein preußisches Kontingent hätte zugehören sollen. Der Großherzog von Baden hatte aber keine Lust, sein Land so lange in den Händen der Demagogen zu lassen, bis diese kunstvolle Mobilisierung, die weitschichtiger diplomatischer Vorbereitungen bedurfte, durchgeführt sein konnte. Er wandte sich mit Umgehung der Zentralgewalt an den König von Preußen um Unterstützung und erhielt sie unter Zusicherung seines Beitrittes zum Dreikönigsbündnisse, das eben abgeschlossen worden war.

Schon am 16. Mai hatte Friedrich Wilhelm einen Armeebefehl an Linie und Landwehr erlassen, in dem er sie zur Abwehr verbrecherischer Angriffe auf seinen Thron aufrief, der durch Aufruhr im eigenen Lande (Düsseldorf, Elberfeld, Iserlohn) und in anderen deutschen Staaten bedroht werde. „Es gilt das Vaterland zu retten vor Gesetzlosigkeit und Republik. Es gilt Preußens Stärke, Preußens Ehre aufrecht zu erhalten und dadurch die Größe und Einheit des deutschen Vaterlandes fest zu begründen!" Er rief überall gute Stimmung hervor, die Wehrmänner erschienen pünktlich in ihren Standquartieren. Die Linientruppen bewiesen bei der Ueberwältigung der westfälischen und rheinländischen Unruhen Standhaftigkeit und Mäßigung. Nun wurden das erste und zweite Armeecorps unter den Generalen v. Hirschfeld und Graf Gröben marschfertig gemacht und dem Befehle des Prinzen von Preußen unterstellt, der am 8. Juni berufen wurde, die Operationen in Baden und in der Pfalz zu leiten. In dieser hatte die bairische Regierung um rasches Einschreiten preußischer Truppen ersucht. Prinz Wilhelm hatte die Ereignisse mit klarem Blicke verfolgt und mit Befriedigung wahrgenommen, daß die gute preußische Stimmung, von der allein er schon damals die Lösung der deutschen Frage erwartete, unter den Einwirkungen der stürmischen Zeit doch nicht gelitten hatte. Am 20. Mai berichtete er dem alten Freunde Natzmer mit Genugthuung, „daß die Vernunft teils von selbst, teils durch die Bajonette zurückkehre. Nach der errungenen sogenannten Freiheit befinden wir uns in der Lage, durch Ausnahmsmaßregeln den unglücklichen Zustand ortsweise wieder herzustellen, unter dem wir sonst geschmachtet haben sollen, und dabei findet sich dann jeder wohl! . . . Jetzt wünsche ich nur, daß die westfälischen Gegenden und Baden, Pfalz ꝛc. noch länger den Zustand genössen, in den sie sich aus sogenannter Deutschtümelei versetzt haben, d. h. in die Republik, damit sie von selbst diesen Alp abzuwälzen wünschen möchten. Wer Deutschland regieren will, muß es sich erobern; à la Gagern geht es nun einmal nicht. Ob die Zeit zu dieser Einheit schon gekommen ist, weiß Gott allein! Aber daß Preußen bestimmt ist, an die Spitze Deutschlands zu kommen, liegt in unserer ganzen Geschichte, — aber das wann und wie? darauf kommt es an!" [1])

Am 15. Juni begannen die Kriegsoperationen. Kleinere Gefechte hatten schon am 30. Mai bei Heinbach, am 5. Juni bei Weinheim an der Bergstraße zwischen den hessen-darmstädtischen Truppen unter General v. Schäffer und badischen Freischaren unter Sigel stattgefunden; jedesmal waren die ersteren Sieger geblieben. Nun rückte Hirschfeld mit vier preußischen Kolonnen in die Pfalz ein, am 17. entsetzten sie Landau und Germersheim, Sznayda entfloh mit 5000 Freischärlern und 8 Geschützen nach Baden. Ein bairisches Corps unter Fürst Thurn und Taxis rückte am 20. in die Pfalz ein und nun ging Hirschfeld bei Germersheim über den Rhein, um mit Gröben und Peucker die republikanischen Streiter von Baden anzugreifen. Diese hatten Weinheim aufgegeben und sich nach einem nicht unerheblichen Gefechte bei Ladenburg am Neckar (16. Juni) auf die Stellung bei Heidelberg zurückgezogen. Nachdem das Gröbensche

[1]) „Unter den Hohenzollern" IV. Bd. S. 64.

Corps, das aus der Provinz Sachsen anmarschiert war, am rechten Flügel Peuckers zwischen Rhein und Bergstraße eingerückt war, trat das Neckarcorps einen Flankenmarsch durch den Odenwald zur Neckarenge bei Zwingenberg und Eberbach an. Ihm fiel die Aufgabe zu, über Sinsheim nach Bruchsal vorzugehen, um dem Corps Mieroslawski, wenn es geschlagen sein würde, den Rückzug zu verlegen. Peucker hielt sich aber ohne zwingenden Grund zu lange auf dem Marsche auf und kam zu spät. Das große Freiheitsheer hatte sich am 21. Juni dem Corps Hirschfeld, das von Philippsburg eine nordöstliche Richtung einschlug, bei Waghäusel entgegengeworfen, war zurückgeschlagen und genötigt worden, über Sinsheim auszuweichen. Wäre Peucker am 22. morgens statt abends dort angelangt, was leicht zu erreichen war, so konnte die ganze Insurgentenbande samt ihrem Geschütz umzingelt und gefangen werden, denn Gröben erreichte am 23. Bruchsal und der Prinz von Preußen konnte an demselben Tage Mieroslawski den Weg nach Rastatt verlegen. Peucker, als Befehlshaber von Reichstruppen, hatte zwar formell das Oberkommando des Prinzen nicht anerkannt, er nahm aber trotzdem Anordnungen desselben entgegen, trat auch auf dessen Befehl den Marsch durch das Albthal an die Murg an, wo Mieroslawski noch Widerstand leisten wollte. Damit war es aber zu Ende. Die provisorische Regierung und die konstituierende Versammlung floh von Karlsruhe nach Freiburg; schon am 25. Juni rückten die Preußen in Karlsruhe ein. In Freiburg kam es zu heftigen Scenen zwischen Struve, der den Diktator spielen wollte, und Brentano; dieser floh am 29. in die Schweiz, worauf ihn die „Acht" seiner früheren Anhänger traf; zwei Tage später zerstoben auch sie und suchten über der Grenze Rettung. In Rastatt hielt sich eine verzweifelte Truppe von nahezu 6000 Mann, größtenteils aus eidbrüchigen Offizieren und Soldaten, Polen und bereits abgeurteilten Verbrechern bestehend, bis zum 23. Juli. Nur von diesen kann man behaupten, daß sie sich wenigstens ehrlich gewehrt haben. Im übrigen muß das herbe Urteil, das der Verfasser des Aufsatzes „Der badische Insurrektionskrieg 1849" in der „Deutschen Vierteljahr-Schrift" über die Haltung der bewaffneten Demokratie fällt, als gerechtfertigt anerkannt werden: „Wir sehen auch nicht einen großartigen, mit wahrhafter Begeisterung geführten Kampf, wie ihn die hohe Sache, für die man zu fechten vorgab, erfordert hätte. Wir sehen überall, bei den terrorisierenden Wühlern namentlich, viel Gemeinheit, Schlechtigkeit und Niederträchtigkeit, aber nirgends eine hochherzige Aufopferung bis zum letzten Blutstropfen, wie sie das Maulheldentum oft ausgesprochen hatte, eine Aufopferung, einen Mut, die auch dem Gegner Achtung einflößen. Am meisten Ekel aber erregt die Feigheit, womit die Hauptführer überall ihre liebe Person und ihr geraubtes Gut zuerst zu retten suchten. Auch nicht einer dieser Menschen wußte an der Spitze der Seinigen ehrenvoll zu sterben! Und dann, mit welcher Gemeinheit zerfleischten sie sich untereinander selbst! War es doch nahe daran, daß Brentano und Struve mit ihren Scharen auf den Straßen von Karlsruhe einander ein Gefecht geliefert hätten. Sigel wurde gleich bei Beginn des Kampfes von den Soldaten für unfähig erklärt. Den General Sznayda mißhandelte sein eigener Trupp, so daß er kaum sein Leben retten konnte." Struve war stets von seiner Frau begleitet, von der Herr v. Orlich

an Natzmer aus Schloß Eberain bei Basel schreibt: „Madame Struve stolziert in phantastischem Kostüm, von einer Leibwache umgeben, wie eine Herzogin im Schloß. Ihr Gatte würde, zur Herrschaft gekommen, der ärgste Tyrann sein." Als „feigen Plünderer" bezeichnete Sigel selbst den „Oberst" Blenker, der mit seiner als Amazone auftretenden Frau in den großherzoglichen Schlössern zahlreiche Diebstähle beging. Dr. v. Löhr aus Worms, auch ein Würdenträger der Pfälzer Republik, schrieb als Flüchtling aus der Schweiz, „daß er Deutschland beklagen würde, wenn solche Menschen, wie sie jetzt in der Schweiz zusammensäßen, von denen einer den anderen an Schlechtigkeit zu übertreffen suche, jemals nur auf kurze Zeit die Gewalt in ihre Hände bekämen". Diese Erfahrung haben auf deutschem Boden in den Revolutionsjahren, in denen „die Morgensonne der jungen Freiheit" aufgegangen sein soll, mit Herrn v. Löhr recht viele politische Idealisten geteilt, die mit der Demokratie nur durch Thukydides und Livius bekannt geworden waren.

Von militärischen Ereignissen ist außer dem Mitgeteilten nicht viel zu erwähnen. Nach einigen unbedeutenden Gefechten an der Murg, die von den Preußen am 29. und 30. Juni bestanden wurden, gab es für diese nur mehr Marschmanöver mit scharfen Patronen, bis am 7. Juli Freiburg besetzt und dann gegen Basel und in die Waldstädte vorgerückt wurde, wo man wieder in engere Fühlung mit dem Neckarcorps trat. Dieses hatte eine Schwarzwaldstreifung von Gernsbach über Freudenstadt, Rottweil, Villingen nach Donaueschingen durchgeführt, die in den schönen warmen Julitagen mehr Annehmlichkeiten als Ungemach bereitete. Als echte „Reichsarmee" der seligen Bundeszeit kam sie immer zu spät, um die Insurgenten zu fangen; wie bei Sinsheim, so bei Oos und Donaueschingen, wo zuletzt noch „General" Sigel, von den Herren Goegg und Werner, „Landesausschüssen mit diktatorischer Gewalt", geleitet, mit 5000 Mann und 30 Geschützen eine Stellung eingenommen hatte, die er bis zum letzten Blutstropfen verteidigen zu wollen vorgab. Die albernsten Proklamationen klebten noch an den Straßenecken, als die Reichstruppen am 7. Juli einzogen und sich vergeblich nach einem Gegner umsahen. Oesterreich hatte ein kleineres Corps bei Bregenz, Baiern ein Corps in Lindau aufgestellt, deren Mitwirkung zur Niederwerfung des badenschen Aufstandes im Wege des Reichsministeriums angeboten, vom Prinzen von Preußen jedoch abgelehnt wurde. Minister Fürst Schwarzenberg benützte dies zu einer Anklage gegen Preußen, das es selbst verschuldet habe, daß die Führer des Aufstandes der strafenden Gerechtigkeit entgangen seien und mit dem geraubten Gute eine Zuflucht auf Schweizer Boden gefunden haben, wo sie dem deutschen Vaterlande neues Unheil bereiten! Der Prinz von Preußen hat vielleicht einen Fehler begangen, der aber nach der politischen Lage kaum zu vermeiden war; er bestand darin, daß er dem Peuckerschen Corps, das an die schönen Vorbilder der einstigen „Kreistruppen" der römisch-deutschen Kaiserzeit erinnerte, die wichtige Stellung am linken Flügel überließ. Wenn Gröben oder Hirschfeld dort manövriert hätte, wäre das Kesseltreiben vielleicht gelungen!

Der Verlust der drei Corps in dem ganzen Feldzuge betrug 1000 Mann, darunter 130 Tote; die Verluste der Insurgenten konnten nicht erhoben werden;

da Listen nicht geführt wurden und das Schicksal der „Vermißten“ bei den einheimischen Freischärlern selten, bei den fremden Vaganten, deren Herkunft kaum erhoben wurde, fast niemals festgestellt werden konnte. Die in Rastatt eingesetzten Standgerichte verurteilten 27 Personen zum Tode. Die Urteile wurden vollzogen, sie trafen großenteils pflichtvergessene, meuterische Soldaten. Von justifizierten Zivilpersonen ist v. Trützschler aus Sachsen, früher Mitglied der Linken des Frankfurter Parlamentes, zu nennen. 62 erhielten hohe Zuchthausstrafen; andere wurden ohne Standrecht kriegsrechtlich abgeurteilt. Da mehr als 4000 Gefangene allein in die Kasematten von Rastatt eingebracht worden waren, kann man von einem Mißbrauch der militärischen Strafgewalt, über die später geklagt worden ist, nicht sprechen. Sie wurde nur an wirklichen Verbrechern, nur in Ausnahmefällen an Verirrten geübt.

Oesterreich würde das selbständige Auftreten Preußens in Baden gewiß nicht geduldet haben, wenn es nicht im Frühsommer 1849 seine militärischen Kräfte insgesamt für den Feldzug gegen Ungarn hätte zusammenfassen müssen, der zur Lebensfrage für Dynastie und Reich geworden war. Die Schlacht von Kapolna war die letzte Etappe auf dem Siegeszuge des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz gewesen; bald danach war es klar geworden, daß man die Donau sehr voreilig verlassen und den Kriegsschauplatz in ein Terrain verlegt hatte, wo die vorhandenen Mittel zu einer erfolgreichen Offensive nicht ausreichten. Die Verteilung der Kräfte war vom Beginn des Feldzuges schon nicht ganz entsprechend gewesen; Schlick war viel zu schwach, er hätte in die Lage versetzt werden müssen, Kaschau unbedingt halten, das Hernadthal und das linke Theißufer beherrschen zu können. Was im Oktober und November durch Mangel an Truppen entschuldigt werden konnte, war im Januar und Februar bereits ein unverzeihlicher Fehler. Nach der Besetzung von Ofen und Pest war der Augenblick gekommen, eine Nordarmee zu bilden: die Division Czorich hätte Görgey folgen und durch die Zips die Vereinigung mit Schlick suchen; außerdem hätten alle Verstärkungen aus Galizien, Mähren und Schlesien über Dukla geleitet werden sollen. Mit den 5 Divisionen, die dem Fürsten zur unmittelbaren Verfügung blieben, war die Basis Waitzen-Pest-Hatvan ganz genügend gesichert, von der gleichzeitig mit dem Vorgehen Schlicks gegen Miskolcz und Tokai energische Vorstöße gemacht werden konnten. Es war überhaupt nicht notwendig, einen Winterfeldzug an der oberen Theiß einzuleiten, seitdem man die Hauptstadt wieder festhielt. Zwei Monate ohne entscheidende Unternehmungen hätten das ungarische Heer zerrüttet, das kaiserliche gekräftigt. Die Vereinigung mit Schlick wurde als der Erfolg von Kapolna bezeichnet, aber es war überhaupt kein Erfolg, sondern eine Verschlechterung der strategischen Verhältnisse auf kaiserlicher Seite. Die ungarische Armee konnte sich viel leichter bewegen, seit sie sich am Hernad rückenfrei fühlte.

Windischgrätz ließ den ganzen März vorübergehen, ohne irgend etwas Erhebliches zu unternehmen; die kleinen Verschiebungen, die bei den nun vereinigten drei Corps vorgenommen wurden, machen nicht den Eindruck ziel-

bewußten Handelns. Bei den Ungarn vollzog sich indessen eine wichtige Veränderung. Durch eine Offiziersempörung, deren Veranstalter Görgey selbst war, wurde Graf Dembinski vom Oberbefehl entfernt. Kossuth hätte nun sehr gerne sich selbst an die Spitze der Armee gestellt und sie durch Klapka als seinen Generalstabschef führen lassen, aber er vermochte dies gegen den Widerstand der Berufsoffiziere nicht durchzusetzen und mußte sich gegen seinen Willen dazu bequemen, zuerst dem Feldmarschalleutnant Vetter von Doggenfeld und nach dessen Erkrankung Görgey das Oberkommando zu übertragen. Dieser ging in voller Uebereinstimmung mit den Corpskommandanten Klapka (1), Aulich (2), Damjanich (3) und Gaspár (4) Anfangs April zur Offensive über, schlug am 6. Jellachich und Schlick bei Isaszégh, zwang Windischgrätz dadurch zum Rückzug auf Pest, hielt ihn dort durch ein Corps fest und setzte sich selbst mit den übrigen über Waitzen, Ipolyság und Léva nach Komorn in Bewegung, um es zu entsetzen. Am 19. kam es bei Nagy-Sarló zu einer Schlacht mit dem Corps des Feldmarschalleutnants Wohlgemuth, das ihm den Uebergang über die Gran verwehren sollte, am 22. ritt Görgey in Komorn ein, dessen Kommando kurz zuvor Graf Guyon übernommen hatte.

Auch das 4. Corps unter Moritz Perczel war siegreich gewesen, es hatte am 3. April die Befestigungen von Szt.-Tamás, am 7. die Römerschanzen erstürmt, die Serben mußten sich auf das Plateau von Titl zurückziehen. Siebenbürgen beherrschte General Joseph Bem seit Mitte März vollkommen. Er war nach seiner Flucht aus Wien vom ungarischen Landesverteidigungsausschusse mit der Leitung der noch vereinzelten Erhebungen der Magyaren und Szekler betraut worden und hatte diese Aufgabe glänzend gelöst. Er warf sich zuerst auf die Abteilungen der Oesterreicher im Norden des Landes, siegte bei Dées über den General Wardener, bei Bistritz über die Obersten Malkowski, Jablonski und Urban und zwang sie, in die Bukowina auszuweichen, dann überraschte er den Landeskommandierenden Feldmarschalleutnant v. Puchner bei Mediasch, zog sich aber empfindliche Niederlagen bei Hermannstadt (21. Januar) und Stolzenburg (3. Februar) zu. Am 9. Februar war ihm, der nie verzagte und seine Scharen stets von neuem zu begeistern verstand, das Glück an der strategisch so wichtigen Brücke bei Piske wieder günstig, er schlug Puchner und konnte sich zum zweitenmal nach Bistritz wenden, das Oberst Urban wieder besetzt hatte. Oesterreich hatte keine Truppen mehr, um seine schwachen Brigaden in Siebenbürgen zu verstärken, es rief die in der Walachei stehenden Russen zu Hülfe, nicht direkt, sondern durch eine Deputation der Sachsen und Rumänen, die von den fanatischen Magyaren mit barbarischer Grausamkeit behandelt wurden. General v. Lüders, der eben einen Bojarenaufstand niedergeworfen hatte, gestattete, nachdem sich auch Puchner an ihn gewendet, daß Kronstadt und Hermannstadt von 5000 Russen unter General Engelhardt und Oberst Skariatin besetzt wurden. Puchner glaubte nun mit seinen vereinigten Feldtruppen (12—13 000 Mann) Bem bei Schäßburg umfassen zu können; dieser entkam ihm aber, fiel über Hermannstadt her, das von den Russen bald preisgegeben wurde, und setzte dadurch den österreichischen General derart in Schrecken, daß er samt seinem Corps in der Walachei Schutz suchte. Nach der Einnahme von Kronstadt

(20. März) war ganz Siebenbürgen von den Oesterreichern geräumt, die walachischen Banden Jankus flüchteten in das Gebirge. Puchner suchte sich mit Rukawina in Temesvár von der Walachei aus in Verbindung zu setzen, aber auch dies wußte Bem durch die Besetzung von Lugos (19. April) zu verhindern.

In Olmütz hatte man endlich die Ueberzeugung erlangt, daß die Kriegführung des Eroberers von Wien mit der des Marschalls Radetzky, dem man ihn gleichgestellt hatte, immer weniger Aehnlichkeit gewann. Die vieldeutigen Berichte, die aus seinem Hauptquartier kamen, erhielten durch die Thatsachen des Rückzuges und der völligen Hülflosigkeit einen Kommentar, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, man berief den Marschall also vom Oberkommando in Ungarn ab und setzte den Feldzeugmeister Freiherrn v. Welden, seit November Gouverneur von Wien, an seine Stelle. Mit Recht weist dieser in den von ihm veröffentlichten „Episoden" auf die Schwierigkeiten hin, unter denen er in die neue Stellung eintrat, mit Recht tadelt er an der bisherigen Kriegführung vor allem, daß man nicht die höchsten Anstrengungen gemacht habe, um die Festung Komorn in die Hand zu bekommen. „Man kann behaupten, daß, selbst wenn ganz Ungarn von uns besetzt, dieser eine Punkt aber noch in Feindeshand gewesen wäre, dieser den Besitz des Landes uns streitig machen konnte, wie es denn auch die Folgezeit lehrte; Komorn in unseren Händen gedacht, machte die Eroberung Ungarns möglich und erleichterte sie wenigstens, während es jetzt alle unsere Operationen trennte und gefährdete." Welden hat das große Verdienst, die Notwendigkeit der Räumung von Pest und den Rückzug der gesamten Armee bis an die Linie Preßburg-Oedenburg erkannt und mit Energie durchgeführt zu haben. Er ließ das auf 14 000 Mann verstärkte Corps Jellacic nach dem Süden abrücken, um von Essegg aus mit Temesvár und Puchner in Verbindung zu treten und die serbische Erhebung wieder zu beleben; die Corps Czorich und Schlick zogen teils durch den Bakonyerwald, teils längs der Donau über Gran ab, bestanden bei Komorn ein vierzehnstündiges, blutiges Gefecht und nahmen die Zernierungstruppen unter Simunich und das IV. Corps Wohlgemuth auf, um vereint Raab zu gewinnen. General Hentzi blieb mit 3500 Mann, 56 Geschützen und Proviant für 6 Wochen in der Festung Ofen zurück.

Die Siege Görgeys, Perczels und Bems eröffneten Ludwig Kossuth den Weg zur höchsten Macht in einem unabhängigen Staate. Es gab keinen Ausgleich mehr zwischen dem konstitutionellen Ungarn und der Dynastie Habsburg; das Ministerium Schwarzenberg hatte durch die Verfassung vom 4. März sich selbst jede Annäherung an Ungarn unmöglich gemacht. Die Lüge des § 71: „Die Verfassung des Königreichs Ungarn wird aufrecht erhalten", konnte niemand darüber täuschen, daß das Staatsrecht Ungarns neben der neuen Reichsverfassung zu bestehen aufhören müßte. Kossuth durfte nun die Konsequenzen einer Politik ziehen, die seiner heißesten Sehnsucht zu Hülfe kam. Am 14. April versammelte er in der reformierten Kirche zu Debreczin die anwesenden Mitglieder beider Häuser des Reichstages und hielt eine jener theatralischen Reden, denen seine Zuhörer niemals zu widerstehen vermochten. Er bewies ihnen, daß sie der Dynastie keine Treue mehr schuldig seien, weil diese die Grundlage ihrer Be-

ziehungen zur ungarischen Nation zerstört habe. Die Nation sei frei und es sei ihre Pflicht, dies vor Gott und den Menschen zu erklären. Einer Kommission von fünf Mitgliedern wurde der Auftrag zu teil, das Manifest zu verfassen, mit dem Ungarn seine Unabhängigkeit den Völkern Europas ankündigen solle. Der Wortlaut wurde am 19. April ohne Widerspruch angenommen und verlautbart. Er enthält folgende leidenschaftliche Anklagen: „Die ungarische Nation, bis zum Tode von ihren unerbittlichen Feinden verfolgt, ist es sich selbst schuldig, sie vollzieht nur die Mahnung des Selbsterhaltungstriebes, wenn sie sich von Oesterreich lossagt und ihr unveräußerliches natürliches Recht wieder in Kraft setzt. Die Dynastie hätte Dank geerntet, wenn sie nur die natürliche Entwickelung des herrlichen Ungarlandes nicht gehindert hätte; sie kann aber keinen einzigen Herrscher aufweisen, welcher nicht dafür arbeitete, Ungarn zu schwächen und den anderen Provinzen dienstbar zu machen, damit diese den größten Nutzen aus Ungarn wie aus einer zinspflichtigen Kolonie ziehen. Von Sohn zu Sohn befolgte die Dynastie gegenüber Ungarn beharrlich die Politik des Meineids, jeder neue Schwur, der von den königlichen Lippen glitt, war nur der Anfang eines Eidbruches. Alle Sünden und Verbrechen, welche einzeln verübt eine Dynastie der Herrschaft verlustig machen, haben Ungarns Könige zusammen begangen, die Langmut der Nation bis zum letzten Tropfen erschöpft. Die Vertreter des ungarischen Volkes verkündigen daher im Namen des letzteren Ungarn mit Siebenbürgen und den vereinigten Königreichen als einen freien, autonomen und unabhängigen Staat, sie erklären den Thron für erledigt, die Glieder der Dynastie aller bürgerlichen Rechte verlustig und verbannen sie auf ewig aus dem Reiche, sie geben ihren guten Willen kund, mit den österreichischen Völkern in gutem nachbarlichem Einvernehmen, mit allen anderen Staaten in Frieden und Freundschaft zu leben, sie übertragen endlich die Regierung, bis eine Nationalversammlung über die definitive Regierungsform entschieden haben wird, auf Kossuth, welcher als verantwortlicher Gouverneurpräsident an die Spitze des Staates treten und durch von ihm gewählte Minister die Verwaltung leiten wird."

Es gibt keine ausreichende Antwort auf die naheliegende Frage, wie viele Magyaren an den Bestand einer ungarischen Republik geglaubt, wie viele den siegreichen Kampf gegen das Haus Habsburg und die ihm treuen Deutschen, Tschechen, Kroaten, Slowaken und Serben wirklich für möglich gehalten haben; aber die Berichte über den Jubel, mit dem die Unabhängigkeitserklärung in der Hauptstadt und in vielen insurgierten Teilen des Landes aufgenommen wurde, belehren uns darüber, daß die Zahl der psychopathischen Einwohner des Königreiches keine geringe gewesen sein muß, wenn wir auch wissen, daß unter den Generalen und Offizieren die Stimmung geteilt, das Gewissen vieler von diesem Ereignisse an schwer belastet war. Man hoffte wohl auf einen Aufstand in Polen; aber war denn irgend etwas dafür vorgesehen, hatte man irgendwelche Zusicherungen mächtiger und reicher Agitatoren in den österreichischen und russischen Teilen des ehemaligen Königreiches? War die Herausforderung Rußlands nicht weit gefährlicher für Ungarn als eine galizische Rebellion für Oesterreich? — Zur Entschuldigung des Volkes kann nur die bewußte Verlogenheit der rebellischen Regierung geltend gemacht werden, die allerlei politische Märchen über europäische

Verwickelungen, über eine Intervention Englands, über eine Kriegserklärung der französischen Republik an Deutschland, den Ausbruch eines türkisch-russischen Krieges u. dgl. zu verbreiten wußte.

Als Oesterreich im April um die Hülfe Rußlands für die Bewältigung des ungarischen Aufstandes ansuchte, war es nicht nur das persönliche Interesse des Zaren an dem jungen Kaiser, das die zuvorkommendste Beantwortung der Anfrage sicherte, nicht die Erinnerung an die Gelöbnisse, die er in Münchengrätz und bei dem unvermuteten Besuche zu Wien gemacht, auch nicht allein die Absicht, die revolutionäre Propaganda in Europa zu bekämpfen, sondern die ganz bestimmte Sorge um Polen, die ausgesprochene Befürchtung, daß das Beispiel Ungarns in Polen Nachahmung finden, daß beide Nationen füreinander einstehen und in eine feste Allianz treten würden. Die russische Zirkulardepesche, die den Mächten den Beginn der militärischen Intervention ankündigte, hat dies ganz deutlich ausgesprochen. „Die ursprünglich magyarische Bewegung," schreibt Graf Nesselrode, „hat einen bedeutenden Umfang gewonnen: durch die Gegenwart von polnischen Emigranten, welche in dem ungarischen Heere ganze Corps bilden, sowie durch den Einfluß einzelner, die wie Bem und Dembinski, zu diesen gehören und unumschränkt Angriff- und Verteidigungsplane entwarfen, ist die ungarische Rebellion die Grundlage einer offenbar in Polen verbreiteten Insurrektion geworden. In Galizien hofft man dieselbe zunächst ausbrechen zu lassen und dann nach Umständen in unseren Provinzen. Die Intriguen und Umtriebe dieser Aufwiegler haben dessen Saat schon in Galizien und Krakau ausgestreut; von Siebenbürgen aus suchen sie den Anstrengungen, die wir gemeinschaftlich mit der Türkei machen, um in den Fürstentümern die Ruhe zu befestigen, Hindernisse in den Weg zu legen. ... Eine solche Lage kann aber unmöglich dauern ohne Gefahr für unsere wichtigsten Interessen: sie trägt den Keim von Verwickelungen in sich, welchen zuvorzukommen uns die einfachste Klugheit gebietet." ... Der Zar war nicht darauf eingegangen, Oesterreich nur ein oder zwei Armeecorps zur Verfügung zu stellen, obwohl dies vollkommen genügt hätte; er bestand darauf, daß seine Truppen, die unter den Oberbefehl des Feldmarschalls Grafen Paskiewitsch-Eriwanski gestellt wurden, die Hauptarmee bilden und nahm eine autoritative Stellung für diesen in Anspruch. Kaiser Franz Joseph ließ sich bei der Zusammenkunft der beiden Herrscher in Warschau (21. Mai) dazu bestimmen, die Operationen seiner Armee noch vier Wochen zu verschieben, bis der Aufmarsch der russischen Heersäulen vollzogen war. Zwei preußische Corps, von Schlesien nach der Zips dirigiert, hätten den gleichen strategischen Wert gehabt; aber dafür hätte man Konzessionen in der deutschen Frage machen müssen! Für den Staatsmann der Restauration hatte die Herrschaft Oesterreichs in Deutschland größeren Wert als die Beruhigung Ungarns. Wie anders hätte sich die Stellung der Deutschen im Staate der Habsburger gestaltet, wenn man zu seiner Erhaltung nicht der russischen Hülfe bedurft hätte.

Bis zum Beginne des Sommerfeldzuges sollte die republikanische ungarische Regierung die Armee reformieren. Dies konnte jedoch nicht gelingen, weil es unter den Machthabern an Vertrauen fehlte. Görgey war innerlich mit dem Staatsstreiche von Debreczin nicht einverstanden, wenn er ihn auch äußerlich

anerkannt hat. Es fehlte ihm an Mut, seine wahre Gesinnung zu bekennen. Anatole Wacquant, der in seinem 1900 erschienenen Werke über „Die ungarische Donau-Armee 1848—49" die Rechtfertigung Görgeys in militärischer Hinsicht übernommen hat, umschreibt dies mit den Worten: „Offen gegen den Staatsstreich aufzutreten, den er ganz und gar verdammte, hielt der General noch nicht an der Zeit." Dann konnte sie überhaupt nicht mehr kommen; denn wer einmal den Kampf gegen das entthronte Königshaus führte, dessen Meinung über die Entthronung selbst war sehr gleichgültig geworden. Nicht mit, nur gegen Kossuth durfte man für den Frieden eintreten, nicht nach der Erstürmung von Ofen, sondern nach der Sprengung der rebellischen Regierung war für den Führer der ungarischen Armee der Weg zur Unterhandlung mit dem jungen König eröffnet. Görgey hat den Sommerfeldzug nicht mit dem Bewußtsein führen können, für ein gutes Recht die Kraft der Nation einzusetzen, er hat für die Gewalt eines Mannes Blut vergossen, den er selbst als die Quelle des Unglücks für Ungarn betrachtete, er war ebenso mit dem Usurpator wie mit seinem König zerfallen. Sein Schicksal war ein wahrhaft tragisches, weil es in seinem Charakter verschuldet war.

Nicht nur vom politischen, auch vom militärischen Standpunkte hat Görgey seit dem Siegeszuge des Frühjahrs Fehler auf Fehler gehäuft. Drei Wochen lag er mit 30000 Mann und 142 Geschützen vor dem armseligen Ofener Schlosse, das von 3000 kaiserlichen Soldaten unter dem pflichttreuen entschlossenen Kommandanten Hentzi v. Arthurm hartnäckig verteidigt wurde. Am 21. Mai erstürmten die Ungarn nach einem Verluste von mehr als 1000 Mann die zerschossenen Mauern; der 63jährige kaiserliche General aus alter Berner Familie hatte nicht weniger geleistet als der vielgefeierte Zriny; der Name des wackeren Mannes wird in der Geschichte nicht verschwinden, wenn auch die hochmütigen Nachkommen seiner Bezwinger dem Denkmale seiner Treue und seines Heldenmutes die Achtung versagen, die ritterliche Gegner sich sonst zu zollen gewohnt sind. Der Wert des Besitzes von Ofen war kaum so groß, als die moralische Wirkung der todesmutigen Verteidigung auf die kaiserlichen Truppen. Hätte Görgey die Donauarmee zu einem Einfall in Niederösterreich verwendet, so würde er für seine Stellung gegenüber der Regierung und seinen Offizieren mehr gewonnen haben. Kossuth wollte ihn als Kriegsminister in seiner Nähe behalten, um ihn zu überwachen, Görgey aber fühlte, daß er die Donauarmee nicht verlassen könne, ohne machtlos zu werden. Sie bestand aus 5 Corps mit 62000 Mann und 230 Geschützen; von den Corpskommandanten gehörten Asboth, Leiningen und Pöltenberg zur sogenannten Militärpartei, deren Haupt Görgey war, während Nagy-Sándor und Klapka unbedingte Anhänger Kossuths waren. Perczel war wegen seines Hasses gegen Görgey bei dieser Einteilung nicht bedacht. Dembinski wurde an die Spitze der sogenannten Theißarmee gestellt, die aus dem 9. und 10. Corps (Dessewffy) mit 16600 Mann, 57 Geschützen bestand; Vetter sollte die Südarmee befehligen (4. Corps Guyon, 5. Corps Graf Vécsey). Bem operierte selbständig mit dem 10. Corps in Siebenbürgen.[1]) Ihm hatte

[1]) Die Ordre de bataille der ungarischen Armee wird vielfach anders angegeben; ich folge Anat. Wacquant, der jedenfalls von Görgey selbst authentische Nachrichten erhalten hat.

Kossuth die Stelle eines Generalissimus zugedacht; er konnte sie jedoch nicht mehr übernehmen, weil er durch die Ereignisse in Siebenbürgen festgehalten wurde. Auch Klapka hätte gerne den großen Strategen gespielt und Görgey beiseite gesetzt; sein vielbesprochener Operationsplan kam aber nicht zur Anwendung, weil Görgey durch die Eroberung von Ofen seine Stellung wieder befestigt hatte. Dieser legte das Hauptgewicht auf Vorstöße von Komorn auf der Waaglinie. Dort begannen auch Mitte Juni die Feindseligkeiten wieder in größerem Stile.

Welden, der durch die russischen Dispositionen zu einer definitiven Aufstellung seiner Streitkräfte genötigt worden war, konnte die Anstrengungen seines aufreibenden Dienstes nicht mehr auf sich nehmen, da er Ende Mai erkrankt war. Er übergab das Kommando dem Feldmarschallleutnant Freiherrn v. Haynau, der mit Zurechnung der durch Mähren angerückten russischen Division Panjutine über 67 000 Mann Infanterie, 10 000 Reiter und 334 Geschütze verfügte. Es waren die Corps 1 Schlick, 2 Czorich, 3 Edmund Schwarzenberg, dann Freiherr Karl v. Moltke, 4 Wohlgemuth. Die Südarmee des Banus Jellacic zählte 44 000 Mann und 168 Geschütze; die russischen 4 Corps, die in Ungarn einrückten, bestanden aus 114 000 Mann Infanterie, 15 000 Reitern, 464 Geschützen; das Corps Lüders, das aus der Walachei über den Tömöser Paß nach Siebenbürgen zog, aus 26 000 Mann und 57 Geschützen. Die Division Grottenhjelm, die über den Bergapaß nach Bistritz vordrang, aus 10 000 Mann und 24 Geschützen. Man kann nicht behaupten, daß diese gewaltige Uebermacht ihre Aufgabe besonders glänzend gelöst hätte. Paskiewitsch wirkte nur durch die Wucht der Masse, die er führte, als Feldherr hat er sich in Ungarn nicht bemerkbar gemacht. Das Unterliegen der Magyaren war keinesfalls mehr aufzuhalten, sie haben sich, wenn man von einzelnen Heldenstücken absieht, nicht mehr mit besonderer Aufopferung geschlagen; die Aussichtslosigkeit des Kampfes konnte dem einfachsten Manne so wenig verborgen bleiben, wie der Mangel an Bekleidungsstücken und Proviant, die Uneinigkeit der Führer, die Fahrlässigkeit vieler Offiziere.

Am 20. und 21. Juni wurden Klapka und Görgey bei Pered in einem sehr unglücklich gewählten Terrain geschlagen, am 28. Pöltenberg bei Raab zurückgedrängt. Am 11. Juli folgte die Niederlage bei Komorn, der die Teilung der Hauptarmee und der Rückzug des 1., 3. und 7. Corps folgen mußte, während sich Klapka mit dem 2. und 8. in die Festung warf; am 15. wurde Görgey durch eine von Miskolcz anmarschierende russische Kolonne der Weg nach Szegedin verlegt; er mußte von Waitzen gegen Norden nach Balassa-Gyarmat entweichen und durch das Eipel- und Rimathal hinter den Russen Miskolcz zu gewinnen trachten. Durch eine Dame wurden nun Beziehungen zwischen Görgey und dem russischen Corpskommandanten Grafen Rüdiger angebahnt, die eine Intervention der Russen zu Gunsten der Donauarmee bezweckten. Die Waffenstreckung haben die Offiziere der drei von Görgey geführten Corps damals noch abgelehnt. Paskiewitsch löste seine militärische Aufgabe, diese 25 000 Mann mit seinen 100 000 einzuschließen, nicht; er trieb sie jedoch über Debreczin und Großwardein in die Gegend von Arad. Haynau war nach den Schlachten von Komorn auf das rechte Donauufer übergegangen und geradeaus nach Ofen-Pest gerückt,

das die Ungarn nicht mehr zu halten versuchten. Kossuth veranlaßte Dembinski, alle Truppen Perczels, Guyons, Dessewffys, Asboths mit seinem, einige Wochen von Wysocki kommandierten Corps bei Szegedin zu vereinigen. Diese 50 000 Mann wurden am 5. August bei Szöreg, am 9. bei Temesvár, wo Bem den Befehl übernahm, derart geschlagen, daß sich alle Verbände lösten und die ungarische Armee zu bestehen aufhörte. In der darauffolgenden Nacht entfloh Kossuth aus Arad, nachdem er seine Regierungsgewalt formell an Görgey abgetreten hatte. Sein Minister Szemere nahm die den Magyaren heiligen Kroninsignien, die ihnen Reich und Verfassung versinnbildlichen, mit sich und vergrub sie bei Orsova, wo sie erst 1854 gefunden wurden. Darauf floh der „Gouverneur" in die Türkei, blieb dort bis 1851 interniert und setzte dann seine politische Komödiantenlaufbahn in England und Amerika, am Pariser und Turiner Hofe fort, bis der unheilvolle Einfluß auf seine Landsleute durch die besonnenen Politiker, die sich um Deák scharten, gebrochen wurde. Görgey leitete die Waffenstreckung bei Vilagos ein, wo 11 Generale, 1426 Stabs- und Oberoffiziere, 30 889 Mann, 7967 Pferde, 144 Geschütze mit 60 Fahnen vom Corps Rüdiger in Empfang genommen wurden. Die Russen waren sehr stolz darauf, so viele Tapfere in freiwilliger Wehrlosigkeit sich vor ihnen beugen zu sehen, Paskiewitsch, der selbst gar nichts zur Vollendung des Schicksals der Magyaren beigetragen hatte, war übermütig genug, seinen Zaren mit der dummen Phrase zu begrüßen: „La Hongrie est aux pieds de votre Majesté Impériale." Schlachten geschlagen haben im ungarischen Feldzuge überhaupt nur Oesterreicher, der Sieger über Ungarn ist und bleibt der Feldzeugmeister Haynau. Rußland hat nur die Gendarmendienste der Reaktion besorgt.

So wie über ihre Revolution, die sie einen Freiheitskampf nennen, haben die Magyaren bis heute kein objektives Urteil über die in derselben handelnden Personen gewonnen; aus Parteitaktik wird mit dem Schwätzer Kossuth, der sich als Feind der natürlichen Entwickelung des ungarischen Staatswesens bis an sein Ende erwiesen hat, ein unwürdiger Götzendienst getrieben, während das Märchen vom Verrate Görgeys aufrecht erhalten und dem Manne, der die gewaltige Energie der Nation in bewundernswerter Heldenhaftigkeit zum Ausdruck gebracht hat, die Achtung, die ihm gebührt, versagt wird. Uns fremden Beobachtern ist es vorbehalten geblieben, zwischen dem ehrlichen, ritterlichen, aber „launischen und hartköpfigen" Magyaren und dem fanatischen, sich überschätzenden, großmauligen magyarisierten Slowaken zu unterscheiden. Görgeys „politisches Verbrechen" war, wie schon Anton Springer behauptet hat, seine Demütigung vor den Russen. „Nicht an die Russen, sondern an die Oesterreicher mußte er seine Unterwerfungsanträge richten. Er war dazu um so mehr verpflichtet, als die Kapitulation ein friedliches Verhältnis erleichtern und zur Rettung der ungarischen Verfassung beitragen sollte." Die Blutgerichte von Arad und Pest waren die Antwort auf die Schande von Vilagos.

In den Tagen, in denen sich Ungarn von seinem deutschen Herrscherhause und dadurch von der politischen Verbindung mit einer deutschen Großmacht losgelöst erklärt hatte, war auch Dänemark zu dem Entschlusse gelangt, sich dem

Willen des deutschen Volkes nach Einverleibung der Herzogtümer Schleswig-Holstein in ein deutsches Staatswesen nicht zu unterwerfen, sondern neuerdings zu den Waffen zu greifen, um sich mindestens Schleswigs dauernd zu versichern. Der Malmöer Waffenstillstand hatte den Frieden nicht vorbereiten können, denn er war von den militärisch Besiegten dem Sieger aufgezwungen worden; die Dänen dachten nicht daran, die durch das Schwert geschaffenen Verhältnisse ungestört zu lassen, nicht einmal die staatsrechtliche Untrennbarkeit der Herzogtümer und deren autonome Verwaltung anzuerkennen. Schleswig-Holstein aber war einig, sich sein Recht nicht beugen zu lassen, die Einheit und die Zusammengehörigkeit mit dem übrigen Deutschland zu wahren, nötigenfalls auch im Gegensatze zur Dynastie. Noch vor der endgültigen Annahme des Waffenstillstands durch die deutsche Zentralgewalt, am 15. September 1848, war von der Landesversammlung zu Rendsburg das schleswig-holsteinische Staatsgrundgesetz beschlossen worden, das zwischen Dänemark und den Herzogtümern kein anderes Band, als das der Personalunion durch den gemeinsamen Regenten bestehen ließ. Preußen trat aber nicht einmal für diese Lösung der schleswig-holsteinischen Frage ein, es gestattete der Ende Oktober eingesetzten gemeinsamen Regierung (Graf Reventlow-Jersbeck, Graf August Moltke, Baron Heintze, Boysen und Preußer) nur, den „jetzigen Zustand" zu beachten. Auf der Konferenz zu London ließ sich Bunsen auf Verhandlungen über die Trennung Schleswigs von Holstein ein und befürwortete eine selbständige Verfassung für das nördliche Herzogtum. Um auf diplomatischem Wege zu einer Friedensbasis zu gelangen, hätte man einer Verlängerung des Waffenstillstandes bedurft. Dänemark gewährte ihn aber nicht, es berief sich auf seine Pflicht, die in Nordschleswig wohnenden Dänen, die gegen die Trennung der Herzogtümer von Dänemark protestiert hatten, vor Vergewaltigung zu schützen, und glaubte seine Ansprüche auch mit militärischen Erfolgen unterstützen zu können.

Am 3. April 1849 begannen die Feindseligkeiten. Schleswig-Holstein besaß eine selbständige Armee von rund 20000 Mann (nach Ernst von Koburg genau 19503), 2 Dragonerregimentern und 46 Feldgeschützen unter Eduard v. Bonins Oberbefehl. Bonin war von Preußen der deutschen Zentralgewalt zur Verfügung gestellt, dann von der gemeinsamen Regierung übernommen worden. Außer ihm dienten auch viele andere preußische Offiziere, darunter Blumenthal, v. Tresckow, v. Zastrow, bei den Landestruppen. Die deutsche Zentralgewalt hatte aus allen deutschen Ländern mit Ausnahme von Oesterreich zusammen 46000 Mann zum Schutze der Herzogtümer entboten und an die Spitze dieser Reichsarmee den preußischen General v. Prittwitz gestellt. Zum Kommandanten einer aus Thüringern, Badenern, Nassauern, Württembergern u. a. zusammengesetzten Reservebrigade war der sich freiwillig zur Verfügung stellende Herzog Ernst von Sachsen-Koburg ernannt worden. Dieser hatte mit seinen 4115 Mann und 40 Geschützen die Bewachung der Küste von Kappeln bis Fehmarn zu besorgen und gelangte dadurch zur Teilnahme an dem für die Dänen unglücklichen Strandgefecht von Eckernförde.[1]) Der dänischen Flotte war die Aufgabe zugefallen,

[1]) Dieser Teilnahme war der Herzog in seinen Lebenserinnerungen I. Band 4. Buch, 3. und 4. Kapitel) eine möglichst große Bedeutung beizulegen bestrebt, indem er insbesondere

wenn schon nicht Landungen, doch Demonstrationen an verschiedenen Küstenplätzen vorzunehmen, um die Truppen des Gegners möglichst zerstreut zu halten. Zu diesem Zwecke segelte eine Flottille von 9 Fahrzeugen, unter denen sich das Linienschiff „Christian VIII.“ und die Fregatte „Gefion“ mit zusammen 138 Geschützen befanden, unter Befehl des Kapitänchefs Paludan am Gründonnerstag (5. April) in die Bucht von Eckernförde ein und begann morgens die beiden zum Schutze der Stadt errichteten, vom Hauptmann Jungmann befehligten Strandbatterien zu beschießen. Diese wurden jedoch nicht nur nicht zum Schweigen gebracht, was die Dänen mit einigen Schüssen erreichen zu können glaubten, sondern erwiderten in Verbindung mit einer während des Gefechtes sehr glücklich aufgestellten nassauischen Feldbatterie das Feuer so wirksam, daß Paludan schon um 1 Uhr nachmittags die weiße Flagge aufzog und um freien Abzug seiner Schiffe bat. Nachdem dies abgeschlagen worden war, fand der Kampf nachmittags seine Fortsetzung und endete, da die Dänen ihre schlechte Stellung nicht mehr verlassen konnten, mit der Uebergabe der beiden Kriegsschiffe und mit dem bald darauf erfolgenden Untergang des Christian. Davon entwirft der Koburger in seinen Lebenserinnerungen (I, 397) folgende Schilderung: „Endlos mußten die Boote an die Schiffe heranfahren, um die drängenden Matrosen und Soldaten als Gefangene an das Land zu bringen. Man zählte 44 Offiziere und 981 Mann, welche auf diese Weise samt allen ihren Habseligkeiten gerettet wurden. Aber auf dem Christian VIII. befanden sich noch immer zahlreiche Menschen, als man schon das Feuer aus allen Luken des Schiffes hervorbrechen sah. Plötzlich entluden sich einige Kanonen auf dem Schiffe und bald darauf folgte ein furchtbarer Knall und eine gewaltige Feuersäule stieg zum Himmel empor. Holz- und Eisenstücke, ganze Schiffstrümmer, sowie Geschütze und Geschützesteile flogen in die Luft, als wären es Spielbälle, und bedeckten im nächsten Augenblick den Strand und das wogende Meer. Wie durch ein Wunder mußte es geschehen, daß von den vielen Menschen, die rings um den Hafen standen und das Schauspiel betrachteten, kein einziger getötet worden war. Tausende von Flammen beleuchteten die erschütternde Scene; glühende Kugeln sah man an das Ufer hingestreut, neben brennenden Balken und allerlei Stoffen. Dazwischen krachten und knallten zerspringende Granaten und sich entladende Patronen. Als der Lärm der Elemente zu schweigen begann, folgten die Schreckenstöne der hilfesuchenden Schiffsmannschaften, die den letzten Kampf des furchtbaren Tages mit den Wellen des Meeres bestanden.“ Die „Gefion“ saß fest, konnte nicht fortgeschafft werden und wurde 1850 beim Friedensschlusse dem Deutschen Bunde zuerkannt, von dem sie mit anderen Reichsschiffen Preußen erstand.

---

die Wirkung der angeblich von ihm herbeigezogenen nassauischen Feldbatterie hervorhob. Heinrich v. Treitschke hat auf Grund der Aufzeichnungen seines Vaters, der als königlich sächsischer Oberst die Stelle eines Generalstabschefs beim Herzog versah, die Illusionen des Koburgers über den Wert seiner Leistungen in einem Aufsatze über „Das Gefecht von Eckernförde 1849“ (Sybelsche Zeitschr. 1896, 76. Band) grausam zerstören müssen. Der Herzog war während der von den Dänen erbetenen Waffenruhe nicht auf dem Kampfplatze, er hat daher auch an dem Entschlusse der deutschen Kommandanten, den Kampf fortzusetzen, keinen Anteil. Die gute Position der nassauischen Batterie aber hatte Oberst v. Treitschke erwählt.

Auch zu Lande kam es schon im April zu ernsten Kämpfen. Die Schleswig-Holsteiner unter Bonin standen an der Königsaue vor der dänischen Grenze bei



Kolding; die Reichstruppen drangen am 6. April im Sundewitt vor, das nach dem Gefechte von Ulderupp von den Dänen geräumt wurde. Am 13. April besetzten eine bairische Brigade und eine sächsische die Höhen von Düppel,

sie konnten jedoch den Brückenkopf, den die Dänen zum Schutze der Verbindung mit Alsen angelegt hatten, nicht nehmen. Am 20. ging Bonin gegen **Kolding** vor, das nach einem blutigen Straßenkampfe von der Brigade Zastrow besetzt wurde. Die vorgeschobene Stellung der Schleswig-Holsteiner war jedoch, da die Reichsarmee noch weit entfernt war, nicht ungefährlich. Dies erkannte auch der dänische Oberbefehlshaber General Friedrich Rubech von Bülow, der an die Stelle Kroghs getreten war, und leitete am 23. April einen Angriff auf Kolding ein, bei dem 16—17000 Dänen gegen 10500 Schleswig-Holsteiner fochten. Sogar König Friedrich war von Fredericia herbeigekommen, um den erwarteten Sieg mitzumachen. Bonin soll von Prittwitz eine Depesche mit dem Rückzugsbefehl erhalten, sie jedoch nicht eröffnet haben. Da übrigens das einheimische Heer kein Reichskontingent war, hatte Bonin ein preußisches Oberkommando überhaupt nicht anerkannt und sich nicht verpflichtet erachtet, den Anordnungen oder Ratschlägen des Generalleutnants nachzukommen. Diesmal war seine Festigkeit, die bisweilen in Starrsinn ausartete, vom schönsten Erfolge begleitet. Trotzdem die Einwohner von Kolding das Vorgehen der Dänen möglichst begünstigten, wurde ihm doch durch die Ausdauer und Tapferkeit der Deutschen Einhalt geboten. Mit einem Verlust von 656 Mann, dem ein Verlust der Schleswig-Holsteiner von 406 Mann gegenüberstand, mußten sich die Dänen zurückziehen.

Im Mai rückten auch Preußen, Baiern, Sachsen, Hessen und andere Reichskontingente in Jütland ein, besetzten nach den Gefechten von Gudsöe und Krybilly am 8. Veile, am 31. Aarhuus, während Bonin die Festung **Fredericia** einschloß. Zu einer Belagerung fehlten ihm jedoch, da Prittwitz die Herausgabe von schwerem Geschütz verweigerte, die Mittel; das am 16. Mai eröffnete Bombardement aus Feldgeschützen blieb gänzlich wirkungslos. Die hier gemachten Erfahrungen des preußischen Hauptmanns v. Blumenthal, den Bonin zu seinem Generalstabschef erwählt hatte, mögen dem späteren Feldmarschall in lebhafter Erinnerung gestanden sein, als er sich gegen die vorzeitige Beschießung von Paris wehrte. Am 30. Juni gelang den Dänen, die sich in Fünen von ihren Niederlagen erholt hatten, die Zerstörung der begonnenen Belagerungswerke, in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli überfielen sie in der Stärke von 20000 Mann die schwachen Brigaden Bonins, der sich nicht hatte warnen lassen und nun zum Abzuge von Fredericia gezwungen wurde. Er hatte 1300 Mann tot und verwundet, 1600 Mann durch Gefangenschaft verloren, die Dänen 1890 Mann. Wenige Tage nach dem Entsatze Fredericias kam ein neuer Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark zu stande, über den mit russischer und englischer Unterstützung seit 22. Mai verhandelt worden war. Er beruhte auf der Trennung Schleswigs von Holstein, die Bunsen in London bereits im Prinzip zugestanden hatte. Holstein und Lauenburg blieben deutsche Bundesländer, Schleswig sollte eine autonome Verfassung erhalten und mit Dänemark nicht in Realunion verbunden werden. In wirtschaftlichen Angelegenheiten waren sogar übereinstimmende Einrichtungen für beide Herzogtümer in Aussicht genommen. Während des Waffenstillstandes, der auf sechs Monate berechnet war, später aber bis Juli 1850 verlängert wurde, war die Regierung von Schleswig in die Hände

einer Dreierkommission gelegt, die aus einem preußischen, einem dänischen Bevollmächtigten (Eulenburg, Tillisch) und einem englischen Schiedsrichter (Hodges) bestand. In Holstein blieb die Statthalterschaft bestehen, in deren Befugnis auch die Landesverteidigung, also die Erhaltung einer Armee, lag. Preußen versprach jedoch, wenn sich die Herzogtümer diesen Abmachungen nicht unterwerfen würden, seine Offiziere aus der holsteinischen Armee abzuberufen. Nordschleswig wurde von den Schweden besetzt, im südlichen Teile standen Preußen.

Es hätte einer außerordentlichen Staatsklugheit bedurft, um unter den durch diesen Waffenstillstand geschaffenen Verhältnissen noch einige Erfolge der Erhebung in den Herzogtümern zu retten; vor allem mußte Holstein sich möglichst an Preußen anschließen und mit allen demokratischen Bestrebungen brechen. Es wäre nach der Ansicht des Herzogs von Koburg vielleicht die Anerkennung des Erbrechtes der Augustenburger Linie und die Sonderstellung Schleswigs zu erreichen gewesen, wenn man auf Selbsthülfe verzichtet und die dynastischen den Volksrechten vorangesetzt hätte. Dazu waren aber weder Wilhelm Beseler, der Angehörige der doktrinärsten Partei des Frankfurter Parlaments, noch der Idealist Graf Friedrich Reventlow geeignet, die als Statthalter im Namen der deutschen Zentralgewalt die holsteinische Politik zu leiten hatten. Sie besaßen beide nicht mehr politische Einsicht wie alle übrigen Doktrinäre von Achtundvierzig, rechneten auf den notwendigen Sieg der gerechten Sache, auf die Kraft des Volkes und dessen Beruf zur Selbstbestimmung, hatten aber gar keine bestimmte Ansicht über die Erreichbarkeit ihrer Ziele. Sie verlangten und erwarteten noch immer die Unabhängigkeit der ungeteilten Herzogtümer, als für jedes einzelne nur mehr wenige kleine Vorteile zu erreichen waren. Obwohl Bonin und die preußischen Offiziere schon nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes ihre Rückberufung erwarteten, ließ sich Preußen doch herbei, sie noch während desselben der Statthalterschaft zur Verfügung zu lassen; daraus ließ sich erkennen, daß Preußen noch nicht sein letztes Wort in der Sache der Herzogtümer gesprochen haben wollte, daß es seine Entschlüsse jedoch von dem Erfolge seiner deutschen Reformpolitik abhängig mache. Um so näher mußte Holstein zu Preußen treten und die nationale Sache ausschließlich in dessen Hände legen. Das geschah aber nicht, Regierung und Landesversammlung schwankten hin und her, liebäugelten mit Elementen, die längst außer Kurs gesetzt waren, und bereiteten die traurige Vereinzelung vor, in der sich 1850 der letzte, zwecklose Kampf gegen Dänemark vollzog.

Preußen konnte sich der Verbesserung des Schicksales der nordischen Bruderstämme nicht widmen, es durfte sich keiner ernsten Verwicklung mit dem Auslande aussetzen, solange das Schicksal Deutschlands selbst nicht entschieden war. Für dessen Bestimmung einzutreten war gewiß seine Pflicht; Friedrich Wilhelm hat sie in ihrer vollen Schwere erkannt, aber er war ihr nicht gewachsen. Noch vor Beginn des Feldzuges in Baden hat er in der Proklamation vom 15. Mai seine Absichten ausgesprochen: „Während durch die Frevel der Revolution die Hoffnung zerstört ward, durch die Frankfurter Versammlung die Einheit Deutschlands erreicht zu sehen, habe ich in königlicher Treue und Beharrlichkeit daran

nicht verzweifelt. Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen. Diese Verfassung soll und wird in kürzester Frist der Nation gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit, dargestellt durch eine Exekutivgewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschlands würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugnis. Die von der Nationalversammlung entworfene Reichsverfassung ist hierbei zu Grunde gelegt, nur diejenigen Punkte derselben sind verändert worden, welche, aus den Kämpfen und Zugeständnissen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlandes entschieden nachteilig sind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaate anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. Deutschland vertraue hierin dem Patriotismus und dem Rechtsgefühle der preußischen Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden!"

Das Programm war vortrefflich, es entsprach dem Wunsche, ja der sehnlichsten Erwartung der großen Mehrheit des Volkes und den durch die Revolution geschaffenen Umständen. Es war auch nicht unmöglich, es durchzusetzen, man mußte nur darüber klar sein, daß Oesterreich mit oder gegen seinen Willen von der Teilnahme an dem zu schaffenden Staate ausgeschlossen bleiben müsse. Das war dem Ministerium Schwarzenberg rund heraus zu erklären: entweder Oesterreich gibt sofort alle notwendigen Bürgschaften dafür, daß es die Bildung des engeren Bundes unter Preußens Führung gestatte, oder Preußen und seine Verbündeten werden sich diese Bürgschaften durch Besetzung der deutschen Bundesländer Oesterreichs selbst verschaffen. Die ganze preußische Armee mußte mobilisiert, der Einmarsch in Baiern erzwungen werden. Die Wirkung auf Ungarn würde augenblicklich eingetreten sein, aber auch in Italien konnte selbst nach Novara ein dritter Feldzug ausbrechen und die Armee Radetzkys mindestens ausreichend beschäftigt und in Schach gehalten werden. Rußland ließ eben die größte Armee, die es besaß, über Galizien nach Ungarn marschieren; verfügte es über die Mittel, um vielleicht auch Preußen den Krieg zu erklären? Und war es undenkbar, daß der Ausbruch eines großen Krieges um Deutschlands Einheit und Freiheit auch die ehrlichen liberalen Patrioten zu begeisterter Teilnahme entflammt hätte? Konnte Baiern, konnte Württemberg dann für Oesterreich gegen Preußen kämpfen? — Friedrich Wilhelm hätte nur den Willen gebraucht, eine so durchaus logische Politik zu verfolgen, und das Kabinett Schwarzenberg würde sich nicht drei Tage lang bedacht haben, was das Interesse Oesterreichs gebieterisch verlange.

Politische Logik aber war nicht die Sache des damals regierenden Hohenzollern. Er hielt selbst den preußischen Bundesstaat mit österreichischer Spitze für möglich. Aber auch Radowitz hatte kein Verständnis für die Gewalt rasch geschaffener Thatsachen; er war in Frankfurt zu sehr Parlamentarier geworden, glaubte der Kammern und eines liberalen Ministeriums zur Lösung der deutschen Frage zu bedürfen, stieß die Konservativen zurück, die noch immer die Revolution mit Reform verwechselten, und erschütterte ohne Veranlassung die Stellung des

Grafen Brandenburg. Leopold v. Gerlach hat ihm deshalb, wie er selbst erzählt, seine politische Feindschaft angekündigt. Und doch muß anerkannt werden, daß Friedrich Wilhelm, indem er Joseph v. Radowitz dazu berief, die Reform der deutschen Bundesverfassung einzuleiten, jenem Manne sein Vertrauen geschenkt hat, dessen Kenntnisse und Urteile über deutsche Politik und deutsches Staatswesen die gründlichsten und zutreffendsten waren, die damals überhaupt erworben werden konnten. Man könnte heute für die Notwendigkeit einer bundesstaatlichen Verfassung und die Berechtigung Preußens zur Aufrichtung des deutschen Bundesstaates nicht mit kräftigeren Beweisen eintreten, als es von Radowitz in der politischen Schrift geschehen ist, die Preußens vergebliche Bemühungen um die deutsche Sache nach dem Ende des Frankfurter Parlamentes und damit des Generals eigene staatsmännische Thätigkeit darstellt.[1])

Radowitz hat zuerst die Ansicht vertreten, daß nicht bloß das Volk, sondern auch seine Fürstenhäuser „auf eine wahrhaft staatliche Gemeinschaft unter den deutschen Territorien hingewiesen sind. Das entschiedenste Interesse der gesetzlichen monarchischen Ordnung in Deutschland fordert es, aus dem bloß äußeren Bundesverhältnis heraus zu einem bundesstaatlichen Verbande zu gelangen. ... Nur auf diesem Wege ist die Revolution wirklich zu schließen, nur auf ihm eine dauernde Ordnung für Deutschland zu gründen.“ Er ist sich auch darüber klar, daß die Autorität, der die Bundesglieder Vorrechte einräumen sollen, nicht nur auf einer materiellen Macht beruhen dürfe. „Nicht durch die eiserne Rute der Militärokkupation, wie unwiderstehlich sie auch die Länder unter ihren Willen beuge, werden diese zum Staate; ohne Patriotismus kein wahrer Staat. Das ist es, was den vereinzelten deutschen Territorien und Bundesgliedern fehlte und fehlen mußte; der letzte Schlußstein in dem Bau der eigenen Existenz, den nur das Bewußtsein eines alles Geteilte Zusammenfassenden, eines großen nationalen Gemeinwesens einzusetzen vermag.“ Preußen hat dieses Bewußtsein in seinen Bürgern erwecken können. „Nicht ein Stammesgefühl hielt das Volk der Marken zusammen, sondern die deutsche Gemeinschaft. Eben dieser Staat, der von Anfang an seine Wurzeln in das deutsche Volkstum geschlagen, war es nun, der durch seine Lage an feindlicher Grenze auf stete Bereitschaft angewiesen wurde. ... Was ist Preußen? Wodurch ist es Preußen geworden? Dadurch daß es stets die untergehenden politischen Zustände durchbrach und sich an die Spitze der Bewegung einer Neuzeit setzte. ... Nicht bloß im Jahre 1813, dem entscheidendsten Augenblicke der neueren Geschichte unseres Vaterlandes, ist es vorangeschritten mit Einsetzung seines ganzen Daseins; es wird und muß es in jeder zukünftigen Lebenskrise der Nation. Hierin gibt es keine Gegensätze mehr; was Deutschland groß macht, kriegsfertig, handels- und gewerbereich, das macht es auch Preußen. Preußen kann nicht ohne Deutschland seine Aufgabe vollbringen; Oesterreich nicht mit Deutschland. Daher möge es gegenwärtig noch so fern stehen vom Ziele, die Zeit wird nahen, wo es den von der Geschichte überkommenen Beruf schlicht und mutig zu erfüllen hat.“

Ebenso schlagend, wie die Berechtigung der Forderung, daß Preußen den

---

[1]) „Berlin und Erfurt“. (Gesammelte Schriften, II. Band, Berlin 1852.)

Bundesstaat aufrichte, wird die Anwendbarkeit dieser Staatsform für die deutschen Verhältnisse erwiesen. „Sie soll die Einheit über die Vielheit stellen und jedem dieser beiden Faktoren dabei überweisen, was er bedarf. Nach außen soll Deutschland als eine Einheit dastehen, daher nur eine Politik, eine Diplomatie haben. Das Ausland kennt nur die Zentralgewalt, mit deren Gesandten verhandelt es und schließt die Verträge. Das Heer und die Flotte stehen im Kriege als ein Ganzes zur allgemeinen Verfügung der Zentralgewalt; während des Friedens verbleibt jedem Einzelstaate das Kommando und die Ausbildung seiner übereinstimmenden Wehrverfassung unter fortlaufender Ueberwachung. Nach innen gelten als oberste Regeln: Was jeder Einzelstaat als einzelner vollkommen zu leisten vermag, bleibt Sache seiner eigenen Regierung. Was der Einzelstaat hingegen gar nicht oder nur unvollkommen leisten kann, dabei tritt die Befugnis und Verpflichtung der Zentralgewalt zu selbständiger Ausführung ein. . . . Rechte, welche der Zentralgewalt verfassungsmäßig zustehen, soll sie stets selbst, nicht durch Einzelstaaten ausüben. In jedem gegebenen Falle handelt daher die Zentralgewalt oder der einzelne Staat, in keinem Falle aber beide. Daher steht in gewissen Beziehungen jeder Deutsche unter der Zentralgewalt, in anderen Beziehungen unter der einzelnen Staatsgewalt, in keiner Beziehung aber unter beiden zugleich."

So bewunderungswürdig wir diese Theorie des deutschen Staates finden, die sich zwei Jahrzehnte später schon in ihrer vollen Richtigkeit bewährt hat, so unglaublich erscheint es uns, daß derselbe Staatsmann, der diese Theorie in voller wünschenswerter Klarheit ausgeführt hat, über die Mittel ihrer Anwendung ganz verkehrte Anschauungen haben konnte. Als oberster Grundsatz einer deutschen Politik gilt ihm: „Keinerlei Zwang — gegen die deutschen Regierungen! Nur aus ihrer eigenen Erkenntnis und ihrem freien Entschlusse dürfe der Wille hervorgehen, sich dem Wege Preußens in der deutschen Sache anzuschließen. Jede hierüber hinausgreifende direkte oder indirekte Nötigung sei ein Akt nackter Gewalt, angethan den gleichberechtigten Gliedern, den ebenbürtigen Genossen im deutschen Bunde." Die Erklärung dieser Scheu vor jeder Gewaltanwendung, die einem energischen Willensausdrucke in der Politik fast immer folgen muß, gibt teilweise schon der zweite Grundsatz, den Radowitz aufstellt: „Keinerlei Verbindung mit den revolutionären Kräften der Gegenwart, weder mit denen des Auslandes, noch mit deren Sinnesgenossen in den deutschen Staaten! Und zwar bei letzteren in keiner der beiden Formen: weder durch unmittelbaren Aufruf an die erregten Massen, noch durch solche Alternative, die, den Regierungen gestellt, notwendig zur Schilderhebung ihrer inneren Feinde führen müssen. Jede Berechnung dieser Art wird als unsittlich in sich und verderblich für das monarchische Prinzip, daher auch für Preußen selbst, unbedingt ausgeschlossen."

Die Revolution Preußens und einiger deutschen Regierungen zu Gunsten der Schaffung eines deutschen Staatswesens konnte nicht unmittelbar auf die Revolution des Volkes gegen seine Regierungen folgen. Das war das Hindernis für alle noch so sorgsam und weise ersonnenen Reformpläne. Die Partei Gerlach sah das ein und deshalb stand sie dem ganzen Reformprojekte widerwillig gegenüber, ihr politischer Sinn war besser entwickelt, als der des Generals Radowitz,

der sich nicht praktisch, aber theoretisch von ihr getrennt hatte. Daß übrigens dieser, auf dem das klägliche Fiasko der preußischen Politik jener Zeit am schwersten lastet, die Schwäche seines Programms gefühlt hat, beweist er durch die große Mühe, die er sich gibt, seinen Abstinenzparagraphen aus den — Geboten des Christentums zu erklären.

Die Anerbietungen, die Oesterreich gemacht wurden, um es für den preußischen Reformplan zu gewinnen, waren sehr weitgehend. Der immerwährende Bund zwischen der österreichischen Monarchie und dem deutschen Bundesstaate sollte sofort an die Stelle des Bundes von 1815 treten, der Verteidigungskrieg gegen jeden Feind nach allen Seiten hin stets gemeinsam sein; das war nicht mehr und nicht weniger als die Garantie des habsburgischen Gesamtbesitzes durch das unter Preußens Führung geeinigte Deutschland. Die gemeinsamen Interessen sollten im Auslande durch gemeinsame Gesandte vertreten werden, daneben aber beide Bundesglieder berechtigt sein, besondere Bevollmächtigte abzusenden. Die Leitung der Zweibundangelegenheiten war einem Direktorium zugedacht, in das Oesterreich und der deutsche Bundesstaat je zwei Mitglieder zu entsenden hatten. Welche unschätzbaren Vorteile würde Oesterreich aus diesen Einrichtungen erlangt haben? Doch niemand sah sie; Preußen war die Gefahr, Rußland die Rettung in den Augen jener guten Oesterreicher, die ihren Staat bald danach von einer Katastrophe zur anderen geführt haben. Weil ihre hegemonistischen Tendenzen undurchführbar waren, mußte das Fundament des habsburgischen Staates, der Zusammenhang mit Deutschland, gänzlich unterwühlt, die lebendige Kraft, die Oesterreich aus den deutschen Nachbarländern zu seiner eigenen Entwickelung stetig gewinnen mußte, unterbunden werden. Der Widerspruch, daß Oesterreich über Deutschland herrschen sollte, als es eben flehend die Hand nach einer russischen Armee ausstreckte, um die Aufrechthaltung seines Grundvertrages, der pragmatischen Sanktion Karls VI., zu erzwingen, ist den Handlangern einer überstürzten Reaktion nicht einmal zum Bewußtsein gekommen. Durch die Anrufung dieser Hülfe war die deutsche Politik des Kabinettes Schwarzenberg entschieden; auch dies erkannte Radowitz zu spät. Erst nach der Niederlage von Olmütz schrieb er: „Die ewige Weltregierung hat die österreichische Monarchie siegreich aus der ungeheuren Krise hervorgehen lassen, die ihr ferneres Dasein in Frage stellte. Möge die Regierung nie zu bereuen haben, daß sie sich in der gleichzeitigen deutschen Frage nur durch untergeordnete Antipathien bestimmen ließ und die Begründung einer neuen Ordnung von sich wies, an welche auch die zukünftigen Geschicke des Kaiserreiches geknüpft sein können!"

Der Einladung Preußens zu den Berliner Konferenzen über die Reform der deutschen Verfassung folgten die Königreiche Baiern, Sachsen, Hannover und Oesterreich. Die anderen Regierungen, die bereits die Reichsverfassung des Parlamentes angenommen hatten, hielten sich von ihnen ferne. Mit Oesterreich hatte sich die preußische Regierung bereits durch den am 10. Mai nach Wien entsendeten General Freiherrn v. Canitz, den früheren Minister, in Beziehung gesetzt. Schwarzenberg lehnte den wesentlichen Punkt des preußischen Programmes, den engeren Bundesstaat, sofort ab. Er zeigte sich aber geneigt, die Reichsverweserschaft des Erzherzogs Johann fallen zu lassen, mit Preußen

die Bildung einer neuen Zentralgewalt zu übernehmen und die übrigen Königreiche aufzufordern, ein drittes Mitglied für die leitende „Trias“ zu wählen.[1]) In der Korrespondenz mit dem Grafen Brandenburg wurde zwar mit Befriedigung von dessen Erklärung Kenntnis genommen, „daß der einfache und verbürgte Rechtsboden von 1815 auch dann übrig bleiben werde, wenn die kaiserliche Regierung nicht auf die preußischen Vorschläge eingehen wolle“, aber auch energisch darauf hingewiesen, daß sich Oesterreich das Recht der Verwerfung eines Sonderbündnisses auf Grund der Bundesakte vorbehalten müsse.

Die Konferenzen erwiesen zunächst, daß Baiern dem von Preußen beantragten Bunde nicht angehören wolle, daß aber auch Hannover und Sachsen über die Grundlagen der zu schaffenden engeren Verbindung im großen Bunde mit Preußen nicht übereinstimmten, daß sie namentlich diesem keine Machtvermehrung zugestehen wollten. Wenn die zwei norddeutschen Königreiche trotzdem Beschlüsse faßten, die der Reformpolitik Preußens entsprachen, so geschah dies mit dem Vorbehalt, auf dem zu berufenden Reichstage Aenderungen beantragen zu wollen, und thatsächlich nur aus Furcht vor Aufständen, zu deren Bewältigung die preußische Unterstützung nicht entbehrt werden konnte. Preußen, Sachsen und Hannover schlossen am 26. Mai das sogenannte „Dreikönigsbündnis“ zur „Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten“. Alle zu diesem Zwecke erforderlichen Maßregeln werden der Krone Preußen übertragen, der die Vollziehung der gemeinsam beschlossenen Anordnungen, die diplomatischen Verhandlungen mit anderen Mächten und die Leitung aller militärischen Operationen zukamen. Am 28. Mai schon veröffentlichte Preußen im Namen der drei Regierungen den Entwurf einer neuen Reichsverfassung, die durch eine Nationalvertretung zum Gesetz erhoben werden sollte. „Die drei Königreiche werden,“ hieß es in einer Zirkularnote an die deutschen Staaten, „in Gemeinschaft mit denjenigen Regierungen, welche sich dem Verfassungsentwurf anschließen, aus diesen deutschen Landen einen Reichstag in dem Umfang und nach den Wahlbestimmungen berufen, welche der Verfassungsentwurf vorläufig bezeichnet. Diesem lediglich hierzu versammelten Reichstage wird dann der genannte Entwurf zur Beratung und Zustimmung übergeben werden.“

Der engere Bund, der den Namen „Deutsches Reich“ beanspruchte, sollte aus dem Gebiete derjenigen Staaten bestehen, welche die Reichsverfassung anerkennen. Diese selbst nahm aber den Eintritt aller deutschen Staaten mit Ausschluß Oesterreichs zum Ausgangspunkt. „Die Festsetzung des Verhältnisses Oesterreichs zum Deutschen Reiche bleibt gegenseitiger Verständigung vorbehalten.“ Die ersten sieben Artikel (§§ 1—40) des Entwurfes halten sich in ihren Bestimmungen über „Reich“ und „Reichsgewalt“ ziemlich genau an die Frankfurter Beschlüsse, deren Nichtanerkennung durch die drei Königreiche damit begründet wurde, „daß sie über die wahren und heilsamen Anforderungen eines kräftigen Bundesstaates hinausgriff und in ihrer aus den Kämpfen und Zugeständnissen der politischen Parteien hervorgegangenen Gestalt die wesentlichsten Bürgschaften

---

[1]) Adolf Beer, Die deutsche Politik des Fürsten Schwarzenberg.

entbehrte, auf welchen der rechtliche und geordnete Bestand jedes Staatswesens beruht". Die wichtigste Abweichung von der Frankfurter Verfassung liegt in der Trennung der Exekutive von der Legislative. Die Exekutive wird von dem „Reichsvorstand" und einem Fürstenkollegium ausgeübt. Die Würde des Reichsvorstandes ist mit der Krone Preußen verbunden (§ 66). Das Fürstenkollegium besteht aus sechs Stimmen und zwar 1. Preußen, 2. Baiern, 3. Württemberg, Baden, beide Hohenzollern, 4. Sachsen, die sächsischen Herzogtümer, Reuß, Anhalt, Schwarzburg, 5. Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg, Holstein, Hansestädte, 6. Kurhessen, alle übrigen Herzogtümer, Fürstentümer und die Stadt Frankfurt. Die Staaten, welche einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten zum Fürstenkollegium bestellen, haben sich über dessen Wahl zu verständigen; für den Fall der Nichtverständigung wird ein Reichsgesetz die Mitwirkung der Beteiligten bestimmen (§ 67). Der Reichsvorstand, der während der Dauer des Reichstages an dessen Sitze zu residieren hatte, ernannte das verantwortliche Ministerium und die Gesandten im Auslande, er erklärte Krieg und schloß Frieden, Bündnisse und Verträge, ihm stand die Wahrung des Reichsfriedens und daher auch die Verfügung über die gesamte bewaffnete Macht zu. Das Fürstenkollegium, dessen Vorsitz dem Reichsvorstande zukam, hatte das Recht des Gesetzesvorschlages und die Beschlußfassung über alle Handlungen, bei denen der Reichstag beteiligt war. Der Reichstag wurde aus einem Staatenhause und einem Volkshause zusammengesetzt. Ersteres bestand, solange „die deutsch-österreichischen Lande" an dem Bundesstaate nicht teilnehmen, aus 167 Mitgliedern (40 Preußen, 20 Baiern, je 12 Sachsen, Hannoveranern, Württembergern, 10 Badenern, 7 Kurhessen u. s. w.), die zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt wurden. Das Volkshaus wurde durch allgemeine Wahlen gebildet, bei denen jeder selbständige Deutsche von 25 Jahren wählbar war. Als Kennzeichen der Selbständigkeit galten die Berechtigung zur Teilnahme an den Gemeindewahlen des Wohnortes und irgend eine direkte Steuerleistung. „Gewähr der Verfassung" und „Grundrechte" entsprachen der Reichsverfassung der deutschen Nationalversammlung.

Radowitz hat im Preußischen Staatsanzeiger eine Denkschrift veröffentlicht, die „nicht Kommentar, sondern authentische Interpretation des Entwurfes der Reichsverfassung und deshalb von diesem selbst untrennbar" sein und die Verständigung mit den Fürsten und mit den Vorkämpfern des Konstitutionalismus erleichtern sollte. Den ersteren wurde besonders nahe gelegt, daß die Stellung Preußens als „Reichsvorstand" ihre Souveränitätsrechte nicht beeinträchtige. In dem Reichsvorstand seien zwei Eigenschaften miteinander verbunden, die des Trägers der Exekutivgewalt und die eines gleichzeitigen Mitgliedes des Fürstenkollegiums. In letzterer Eigenschaft sei der Reichsvorstand nur primus inter pares, so zwar, daß er um seiner Mitgliedschaft im Fürstenkollegium willen an die Mehrheitsbeschlüsse eben dieses Kollegiums auch als Träger der Exekutive später gebunden ist, mit Ausnahme des Falles der Verfassungsänderung. Den Liberalen wird vorgehalten, daß hinsichtlich der Volksvertretung die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung berücksichtigt seien, abgesehen davon, daß dem

Staatenhause die gleiche Berechtigung wie dem Volkshause eingeräumt sei. Dies finde aber seine Begründung darin, daß die wichtigen Interessen des Staatshaushaltes und der Volkswirtschaft ihre Vertretung vorzüglich im Staatenhause finden.

In einem besonderen Artikel verteidigte der preußische Staatsmann sein Werk gegenüber dem Vorwurfe, daß der Ausschluß Oesterreichs die Macht und Weltstellung Deutschlands herabsetze. Die Unmöglichkeit der Aufnahme der deutschen Länder des Kaiserstaates in den engeren Bund sei durch die Verfassung vom 4. März gegeben. „Aus mehr oder minder selbständigen, durch das Regentenhaus vereinigten Staaten sind dessen Lande jetzt Provinzen eines politischen Körpers geworden, welcher von einer zentralen Regierung seine Leitung und von einem Gesamtparlament seine Gesetze empfängt. Die bisher zum deutschen Bunde gehörigen Länder befinden sich dabei ganz in gleicher Lage wie die anderen Teile der Monarchie. Die gegebenen Erklärungen der kaiserlich österreichischen Regierung haben sich daher auch seitdem auf den gesamten Kaiserstaat beziehen müssen, und es ist die nächste Aufgabe gewesen, ernstlich danach zu trachten, eine Gemeinschaft zwischen dieser Gesamtmonarchie und den übrigen deutschen Staaten zu begründen, in welcher beide Teile ihre Bedürfnisse befriedigt und ihr Wohl gefördert zu sehen im stande wären. ... Unter keinen Umständen kann es in jemands Gedanken kommen, die Rechte anzutasten, welche den zu dem deutschen Bunde gehörigen österreichischen Landen aus dem unverändert fortbestehenden Bundesvertrage zukommen. Sie werden stets ebenso heilig zu halten sein, als das übrige Deutschland berechtigt ist, zu erwarten, daß diese Teile des jetzigen österreichischen Gesamtstaates die Stellung zu dem bisherigen deutschen Bunde einnehmen, die der Bund bei allen seinen Gliedern als Grundbedingung voraussetzt."

Die Gegner der Reform im bundesstaatlichen Sinne waren nicht nur im österreichischen Lager, im bairischen Hofe und im Auslande zu suchen, das an der Herstellung eines kräftigen deutschen Staatswesens selbstverständlich kein Interesse nehmen kann; mit allen diesen wäre vielleicht aufzukommen gewesen; eine nicht zu überwindende Gefahr für die Radowitzsche Politik lag in dem Widerstreben der Konservativen der Richtung Gerlach. Diese sahen in dem Auftreten des nationalen Staatsmannes „Borniertheit und Arroganz". Derselbe Generaladjutant Leopold v. Gerlach aber, der diese Ausdrücke gewiß nicht nur in seinem Tagebuch, sondern auch in den Hofkoterien gerne gebraucht hat, wurde nach München gesendet, um nicht nur über die Besetzung der bairischen Pfalz, sondern auch über die von Radowitz vertretene Verfassung mit Herrn v. d. Pfordten, dem Ministerpräsidenten des zweitgrößten deutschen Staates, zu verhandeln. Der Gedankengang Gerlachs wird uns recht deutlich geoffenbart durch die Betrachtungen, die er auf der Fahrt durch Thüringen im Grolle gegen die konstitutionellen Bestrebungen in Deutschland angestellt hat. ... „Um 5 Uhr, 18. Mai, nach Altenburg durch die platte, aber so gesegnete Leipziger Ebene, überall das schönste Grün und dann das sanft sich erhebende, immer hügliger werdende Terrain. Und dies alles, dieser Gottessegen, ist der Gottlosigkeit und dem Verderben preisgegeben. Deutschland zeigt überall in seinen alten Kirchen und

Schlössern, wie es durch die christliche Kirche, dann durch seine Fürsten, seinen Adel und seine Städte das geworden ist, was es ist. Das ganze Land zeugt von diesem Ursprunge, diese Kirchtürme, diese Schlösser, diese Stadtmauern, diese Bauernhöfe. Das soll nun alles aufhören und was soll an die Stelle treten? Nichts.“ Die Borniertheit dieser Aeußerung kann von keinem katholischen Bauernfänger übertroffen werden, der etwa den Tirolern über die entsetzlichen Folgen eines evangelischen Kirchenbaues predigt?[1])

Baiern, dessen Vertreter zwar den Berliner Konferenzen angewohnt, das Königsbündnis aber nicht angenommen hatte, trat nach Veröffentlichung der Verfassung sofort als Anwalt Oesterreichs auf. Herr v. d. Pfordten erhob in einer Kammerrede am 4. Juni die Anklage, daß Oesterreichs Rechte am deutschen Bunde auf solche Weise nicht gewahrt seien. „Es entstehe wieder ein Kleindeutschland neben Oesterreich, das Verhältnis beider Staaten zu einander könne aber zufolge ihrer Natur als mächtige Staaten kein staatsrechtliches sein, sondern müsse ein völkerrechtliches werden. Notwendig werde dieses, wenn auch anfangs ruhig, bald kalt, dann bei widerstreitenden Interessen sich feindlich gestalten. Diese Feindseligkeiten der Zukunft seien ein Bruderkrieg und keiner feindlicher als eben ein solcher. . . . Politisch unhaltbar sei Deutschland ohne Oesterreich schon durch seine geographische Lage zwischen drei innerlich konzentrierten großen und von fremden Völkern in der Mehrheit bewohnten Staaten. Denn auch Oesterreich werde, getrennt von Deutschland, ein vorwiegend slavischer Staat werden. Deutschland habe keine natürlichen Grenzen gegen ein slavisiertes Oesterreich und Rußland, gegen Frankreich ebensowenig, da der Rhein bald von diesem als natürliche Grenze werde beansprucht werden. . . . Eine Trennung Deutschlands von Oesterreich berechtige zu dem Ausrufe: Finis Germaniae!“ In Berlin variierte man den Schreckensruf in: Finis Borussiae! Herr v. Prokesch konnte am 9. Juni an Schwarzenberg schreiben: „Ich spreche mich ohne Rückhalt gegen den Verfassungsentwurf aus, und die Zahl derer, die desgleichen thun, wächst mit jedem Tage.“

Unterstützung aber erhielt Preußen aus dem Lager der Frankfurter Kaiserpartei. Der Patriotismus hatte doch über den Doktrinarismus, der politische Verstand über persönliche Empfindlichkeit gesiegt. Der „Weidenbusch“ erhob seine Stimme in Gotha, wo vom 25. bis 28. Juni das sogenannte Nachparlament tagte, um sich über den preußischen Verfassungsentwurf zu äußern. Dahlmann und Gagern hatten ihre Getreuen aufgeboten und sie waren in der überraschend großen Zahl von 147 ehemaligen Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung erschienen. Wir finden unter ihnen viele Führer und Rufer im Streite: Bassermann, Beckerath, Beseler, Duckwitz, Duncker, Fallati, Jakob Grimm, Haym, Wilhelm Jordan, Heinrich Laube, Matthy, Robert Mohl, Reh,

[1]) Ottokar Lorenz muß der unglaublichen Albernheit dieser und so vieler ähnlicher Sätze nicht eingedenk gewesen sein, als er in seinem Aufsatze über den Generaladjutanten Leopold v. Gerlach („Staatsmänner und Geschichtsschreiber des neunzehnten Jahrhunderts“ Berlin 1896) diesen „geistreich“ nannte. Wenn Lorenz sich mit Radowitz etwas eingehender beschäftigt hätte, würde er unmöglich die Charakteristik, die Gerlach von ihm gibt, „fein und wunderbar“ nennen. Mir beweist sie, daß Gerlach gar nicht die Fähigkeit hatte, politisch zu denken.

Riesser, Simson aus Königsberg, Soiron, Vincke, Waitz, Wydenbrugk, Zachariae. Die Beschlüsse wurden zwar mit einer sehr überflüssigen Verteidigung des in Frankfurt eingenommenen souveränen Standpunktes eingeleitet, die den ehrlichen Vincke verhinderte, dem Ganzen seine Zustimmung zu geben; nach dieser akademischen Rechtsverwahrung aber gestanden die Herren unumwunden ein, daß ihre Reichsverfassung ohne Abänderungen unmöglich durchgeführt werden könne. „Dahingegen sei in der Verfassungsaufstellung, welche die Berliner Konferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorene Einigungspunkt möglicherweise wieder finden läßt. Die Unterzeichneten betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfassung als eine der Nation erteilte unverbrüchliche Zusage und erkennen an, daß der von denselben eingeschlagene Weg zu dem vorgesteckten Ziele führen kann; sie erachten es für notwendig, daß sich die anderen deutschen Staaten an jene Verfassungsvorlage in bindender Form möglichst bald anschließen und die schleunigste Einberufung eines Reichstages möglichst befördern, zu dessen Zustandekommen auch die Unterzeichneten nach Kräften beitragen wollen."

Heinrich v. Gagern hielt eine vortreffliche Rede, in der er Oesterreichs und Baierns Widerstand auf die wahren Beweggründe zurückführte. Baiern wolle sich überhaupt keiner Reichsregierung unterordnen, darum ergreife es alle möglichen Vorwände, bearbeite die Volksstimmung durch die Presse und gehe Hand in Hand mit Oesterreich, weil auch dieses das Interesse zu haben vermeine, dem Zustandekommen des deutschen Bundesstaates entgegenzutreten. Daß Oesterreich auch für die Zukunft darauf nicht einzugehen gedenke, wenigstens so lange das gegenwärtige System aufrecht stehe, beweise die ganze Haltung Oesterreichs, die octroyierte Verfassung, ganz besonders aber die in Anspruch genommene russische Hilfe, welche die Monarchie wieder in das alte System des Absolutismus zurückwerfe und jedermann die Augen habe öffnen müssen. Gagern erkannte auch, daß mit der Konstituierung Deutschlands kein Augenblick mehr zu verlieren sei. Wenn einmal Oesterreich mit russischer Hilfe allwärts gesiegt habe, werde es mit einer Einigung auf konstitutioneller Grundlage schlimm aussehen. „Könne eine Verständigung der drei Königreiche mit Baiern nicht erzielt werden, so bleibe vorläufig nichts übrig, als daß auch Baiern auf dem Reichstag jenes Bundes unvertreten bleibe, wie schmerzhaft dies auch jedem Deutschen sein müßte. Das Ziel der neuen Verfassung sei das nämliche, das sich die Frankfurter Reichsverfassung gesteckt habe, daher müsse man entschieden für den von Preußen befolgten Weg eintreten, gleichviel wer dort das Heft in Händen halte und wie viel Beklagenswertes die dortigen Verhältnisse immer darbieten."

Ansichten dieser Art sind viel zu vernünftig und staatsklug, um von den gesinnungstüchtigen Volksvertretern aller deutschen Gaue sofort einmütig angenommen zu werden; besonders die Demokraten, die sogar eine Gegenversammlung in Gotha veranstalteten, konnten nicht müde werden, gegen Preußen vernichtende Reden zu halten. Es dauerte daher einige Monate, bis die Verhandlungen zwischen Regierungen und Landtagen in den Kleinstaaten über den Eintritt in den Bundesstaat abgewickelt waren; es nahte das Ende Septembers, bis Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, die thüringischen Staaten, beide Mecklenburg,

Braunschweig, Nassau, Oldenburg, die Anhalt, die Reuß, die Lippe und die Hansestädte ihre zustimmenden Erklärungen abgegeben hatten. Frankfurt machte sich lächerlich, indem es nur unter der Bedingung, daß es zum Sitze des Reichstages erkoren werde, seinen Eintritt genehmigen wollte. Württemberg zögerte mit seiner Entschließung. Baiern hatte sich bereits bestimmt gegen den Bund ausgesprochen. Herrn v. d. Pfordtens Reise nach Berlin hat keinen anderen Zweck verfolgt, als Preußens ohnehin nicht sehr weitreichende Thatkraft zurückzuhalten und die Einberufung des Reichstages hinauszuschieben. Solange noch ungarische Armeen im Felde standen und es eine ungarische Regierung in Debreczin gab, durfte Oesterreich es nicht zu einer entscheidenden Aeußerung des Selbständigkeitsgefühles in Deutschland kommen lassen, das sich doch zu Beschlüssen und Staatsakten verdichten konnte. Dieses Ziel war um so leichter zu erreichen, da Radowitz seinen Grundsätzen gemäß keine anderen Mittel zur Verwirklichung seiner politischen Ideen anwenden wollte, als friedliche und deshalb selbst noch immer seiner Unter- und Ueberredungskunst den möglichst großen Spielraum setzen zu müssen glaubte.

Erst im September, als die Bundesgenossenschaft Ungarns für Preußen nicht mehr in Frage kommen konnte, wenn es etwa auf seinem Willen zu bestehen und dafür militärische Kräfte einzusetzen gedachte, zog Oesterreich allmählich kräftigere Saiten auf seinen diplomatischen Instrumenten auf und fing an, dem allzu strebsamen Bundeskollegen sein Uebergewicht fühlen zu lassen. Weit entfernt, etwa selbst eine rasche Verschärfung der Lage hervorrufen zu wollen, und durch finanzielle Bedrängnis zu Feldzügen vorläufig ungeeignet glaubte es aber doch, bei den Verhandlungen durchblicken lassen zu können, daß jetzt die deutsche Frage in den Vordergrund seines Interesses getreten sei und daß es alle seine Kräfte für die Aufrechthaltung seiner Präsidialstellung im alten Bunde einzusetzen willens sei. Das Uebereinkommen wegen Ersetzung der Reichsverweserschaft durch eine provisorische Zentralgewalt kam, nachdem sie bei der Pillnitzer Zusammenkunft des jungen Kaisers mit dem Könige von Preußen (7. September) vorbereitet worden war, ohne Schwierigkeit am 30. September zu stande.[1] Sie hatte aus einer Bundeskommission zu bestehen, zu der Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernannten. Die übrigen Regierungen konnten sich einzeln oder mehrere gemeinschaftlich durch Bevollmächtigte bei der Bundeskommission vertreten lassen, die ihren Sitz in Frankfurt nahm. „Die Bundeskommission," besagte § 6, „führt die Geschäfte selbständig unter Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber. Sie faßt ihre Beschlüsse nach gemeinsamer Beratung. Im Falle sie sich nicht zu vereinigen vermag, erfolgt die Entscheidung durch Verständigung zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen, welche erforderlichenfalls einen schiedsrichterlichen Ausspruch veranlassen werden. Dieser Ausspruch wird durch drei deutsche Bundesregierungen gefällt. Im eintretenden Fall hat jedesmal Oesterreich einen und Preußen den anderen der Schiedsrichter

---

[1]) Erzherzog Johann hat das Zustandekommen dieses Uebereinkommens, das für ihn die Erlösung von Frankfurt bedeutete, kräftig unterstützt. Die Sendung Biegelebens nach Berlin, die falsche Deutungen erfahren hat, werde ich an anderer Stelle aufzuklären versuchen.

zu wählen. Die beiden auf diese Weise designierten Regierungen vereinigen sich zur Ergänzung des Schiedsgerichts über die Wahl der dritten." Die Wirksamkeit des Interims erstreckte sich bis 1. Mai 1850. Während seiner Dauer blieb (§ 3) die deutsche Verfassungsangelegenheit der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen. Oesterreich gestand also Preußen bis zum 1. Mai des kommenden Jahres das Recht zu, über seinen Verfassungsvorschlag mit den deutschen Regierungen zu verhandeln, ein Recht, das es gewiß auch ohne Oesterreichs Erlaubnis für sich in Anspruch nehmen konnte. Dagegen machte Preußen unter Oesterreichs Führung den entscheidenden Schritt zur alten Bundesverfassung zurück, indem die „Uebereinkunft" sich bei der Erwähnung der Reichsverweserschaft ausschließlich nur auf deren Einsetzung mit Bundesbeschluß vom 12. Juli 1848 bezog und die Berufung durch die deutsche Nationalversammlung völlig außer acht ließ. Preußen hatte den Zusammenhang seiner Politik mit der nationalen Bewegung ganz aufgegeben; es glaubte in dem Dreikönigsbündnisse bereits eine wertvolle Organisation geschaffen zu haben und wurde an diesem Glauben nicht einmal irre, als Oesterreich es sich ganz energisch verbat, daß Preußen in der Zentralkommission irgend einen anderen Staat vertrete und den Bundesstaat für Preußen einschiebe. Prokesch konnte mit voller Berechtigung am 13. Oktober an Schwarzenberg schreiben: „Die Hauptkrise in der deutschen Frage scheint mir vorüber. Daß in Preußen der Mut nicht gleichen Schritt mit dem Willen geht, ist ohne Zweifel Euer Durchlaucht Verdienst. Man darf jetzt die Dinge vielleicht nur den Abhang hinunterrollen lassen, so kommen sie an, wo sie sollen. Ob aber die Anforderung, die in der Berufung des Reichstags liegt (wenn sie, wie kaum zu zweifeln, stattfindet), nicht ein Gegenwort fordert, darüber wird Euer Durchlaucht Gefühl entscheiden."[1])

Der König von Preußen ahnte nicht, daß er diplomatisch von Oesterreich bereits geschlagen sei, denn es scheint, daß er das geheime Bündnis der stumpfsinnigen Reaktion nicht gekannt hat, das die ängstlichen und die rachsüchtigen Naturen an den einflußreichsten deutschen und außerdeutschen Höfen umfaßte. Gewiß reichte seine politische Unterscheidungskraft nicht so weit, den Einfluß zu merken, unter dem er selbst stand. Der Herzog von Koburg hat ihn angedeutet: „Es ist eine bekannte Thatsache, daß sich damals die bairischen Schwestern auf den Thronen von Preußen, Sachsen und Oesterreich[2]) etwas tiefer in die politischen Dinge gemischt haben, als für die Entwickelung Deutschlands wohl nützlich gewesen sein dürfte. Allein über das Gewebe frauenhafter Aktionen in diesen tiefeingreifenden Geschäften der offiziellen Kreise wird leider die Geschichte niemals mehr quellenmäßige Aufschlüsse bringen, weil entscheidende Korrespondenzen infolge von diesbezüglichen Anordnungen für immer verloren gegangen sind." Fürst Metternich hat in diesem Bündnisse keine unbedeutende Rolle gespielt, so unbedeutend er auch selbst geworden war. Der Verlauf der Revolution, der Unverstand der Liberalen, vor allem ihr thörichter Glaube, daß sie den Radikalismus

[1]) Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten. Wien 1896.

[2]) Die Zwillingsschwestern Elisabeth Ludowika, Königin von Preußen, und Amalie Auguste, Gemahlin des Herzogs Johann, späteren Königs von Sachsen, und die jüngere Schwester Sophie, Gemahlin des Erzherzogs Franz Karl und Mutter des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich.

zu ihren Zwecken zu gebrauchen verstehen würden, hat die Richtigkeit der seichten Grundsätze des alten politischen Narziß scheinbar erhärtet. Die Kreise, in denen jeder routinierte Beichtvater die unbedingte Herrschaft über die Verstandes- und Willenskräfte namentlich der weiblichen Mitglieder ohne besondere Schwierigkeiten sich anzueignen vermag, waren nicht befähigt, die Wertlosigkeit des Gefasels zu erkennen, mit dessen Herstellung der einstige Beherrscher der Kabinette seine Mußezeit ausfüllte, sie haben die vermeintliche autoritative Begründung ihrer eigenen Wünsche mit Wohlgefallen aufgenommen. Selbst Prokesch, der seinen Talenten nach etwas mehr hätte sein können, als Metternichs „gelehrigster Schüler", scheint sich der im Herbste 1849 von Brüssel aus in Scene gesetzten antipreußischen Agitation des für Oesterreich fortgesetzt unheilvollen Staatsmannes dienstbar gemacht zu haben.

Ganz bestimmt hat Metternich den Zweck, auf die deutsche Politik Oesterreichs einzuwirken, in den inhaltlich zusammenhängenden Schreiben an Prokesch vom 15., 16., 17., 19., 20. und 23. November verfolgt, deren Ueberbringer der von Brüssel nach Berlin reisende Erbgroßherzog von Mecklenburg geworden ist. Darin werden über die gesamte nationale Bewegung in Deutschland Urteile gefällt, die an Verdrehung der Thatsachen und Verschiebung von Absichten und Mitteln an die Gedankenarbeit Wahnwitziger erinnern. Undeutsch gilt dem Fürsten das Preußentum und das „Gagerntum"; nicht die „aktiven" Strebungen der Norddeutschen dienen nach seiner Auffassung dem Deutschtum, sondern nur die „negativen" in Süddeutschland. Nur Oesterreich vertritt die wahrhaft deutschen Interessen, weil es in Deutschland keine Interessen hat. „Oesterreich hat, um befriedigt zu sein, von Deutschland nichts als die innere Ruhe in Anspruch zu nehmen, während Preußen dem Triebe nach Verdickung unterliegt, und demselben nur auf Unkosten deutscher Gebiete Genüge zu leisten vermag . . ." „Der Bundesstaat ist ein Spuk, ein keinen Körper bietendes Gespenst, ein leerer Ton, ohne einer anderen möglichen Anwendbarkeit als der einer Larve zum Behufe der Eroberungsgelüste des Preußentums." Das schöne Bild der Larve wird auch auf das Dreikönigsbündnis angewendet, die Beziehung auf den § 11 der Bundesverfassung von 1815 zur Begründung eines engeren Bundes, eines Status in statu, wird als „Ableugnung nicht allein gemeiner Rechts-, sondern einfacher Verstandesbegriffe" bezeichnet. Das Endergebnis seiner politischen Erfahrung ist für den Fürsten Metternich der Sieg des deutschen Partikularismus über den Drang nach der Nationaleinheit. Deutschland ist ihm ebenso wie Italien ein „geographischer Begriff" . . . „Oesterreich steht," so schließt die Auseinandersetzung, „in den deutschen Fragen allein auf dem ehrlichen Feld, und dies aus natürlichen Gründen. Hieraus ergeht für dasselbe die Beschwernis der Verständigung mit der Vollzahl der übrigen deutschen Regierungen. So standen die Dinge im alten heiligen römischen Reiche; so standen sie beim Wiederrufen ins Leben eines Deutschlands zur Zeit des allgemeinen Friedens, bei den Karlsbader und Wiener Ministerialkonferenzen und allen Verhandlungen am Bundestage. Ich behaupte in den deutschen Fragen der Deutscheste gewesen zu sein, wie ich von jeher der Griechischeste in den hellenischen und der Türkischeste in den ottomanischen war! In dieser Thatsache liegt der Schlüssel der Ursachen,

warum ich weder Deutschtümler, noch Philhellene, noch Turkophobe zu sein vermochte." Der Metternichsche Begriff von politischer Ehrlichkeit ist von seinen Nachfolgern zu ihrem und zu noch größerem Unglück der habsburgischen Monarchie leider in den eisernen Bestand der Regierungskunst aufgenommen worden. Ehrlich sollte es sein, einen deutschen Bundesstaat zu verhindern, weil Oesterreich ihm nicht angehören und ihn deshalb nicht beherrschen konnte. Für Frankreich war der Kampf gegen die Einigung der deutschen Stämme ein Ausfluß des nationalen Egoismus, als solcher auch berechtigt. Frankreich hat sich freilich auch zum Protektor der „deutschen Freiheit", des Partikularismus aufgeworfen, aber es hat doch niemals verlangt, daß man dieses diplomatische Kunststück für einen Akt der Nächstenliebe nehme. Die Metternichsche Politik aber und die der Schwarzenberg und Prokesch, Rechberg und Schmerling ging von einer irrigen Auffassung der Staatsinteressen aus; der Aufschub der Lösung der deutschen Frage war für Oesterreich noch viel schädlicher als für Preußen und das deutsche Volk, die vermeinte Ehrlichkeit war politischer Unverstand und dieser ist weit gefährlicher als die unverschämteste diplomatische Heuchelei.

Daß Prokesch die Brillen, die ihm Metternich aufgesetzt hat, thatsächlich im Gebrauche behielt, bestätigt sein Brief an den „Meister" vom 22. Dezember. Mit ungetrübtem Auge hätte er in dem Grafen Brandenburg und dessen Kollegen v. Manteuffel unmöglich preußische Beamte erblicken können, denen „die Revolution ihre legale Gültigkeit" verdanken wird. Der bevorstehende Reichstag bedeutet ihm Revolution, die Bemühungen der Gothaer Partei, die Wahlen zum Reichstage konservativ zu gestalten, d. h. die radikalen Elemente davon auszuschließen, hält er auch für revolutionär, die Denkschriften des Generals Radowitz, der in Frankfurt auf der äußersten Rechten saß, sind „Advokatenarbeiten", als solche natürlich auch revolutionär. „Man schlägt die Bummler nieder," seufzt der sonst so vernünftige und vorurteilsfreie Mann im Banne der Metternichschen Suggestion, „aber die revolutionären Doktrinäre regieren die Welt."

Am 20. Dezember 1849 legte der Reichsverweser Erzherzog Johann von Oesterreich in Frankfurt sein Amt in die Hände der neuen provisorischen Bundeszentralkommission nieder, die aus den österreichischen Bevollmächtigten Karl Friedrich Freiherrn v. Kübeck, dem ehemaligen Kammerpräsidenten, und dem Feldmarschallleutnant Karl v. Schönhals, Generaladjutanten und Generalstabschef Radetzkys seit 1831, und den preußischen, dem General v. Radowitz und dem Oberpräsidenten Bötticher, bestand. Mit Ausnahme von Oldenburg und Luxemburg hatten bis dahin schon sämtliche deutsche Regierungen dem österreichisch-preußischen Interim zugestimmt. Nachdem das Protokoll über den Akt aufgenommen worden war, sprach der Erzherzog einige Schlußworte. Die Bundesversammlung habe bei seinem Antritte ihre Thätigkeit beendet, und später habe sich auch die Nationalversammlung aufgelöst, ohne das Verfassungswerk für Deutschland zu Ende geführt zu haben. Wäre er abgetreten, so wäre mit der Ausführung seines Wunsches der Fortbestand jenes Bandes, welches die deutschen Staaten zusammenhalte, zerstört und Deutschland abermals den Gefahren preisgegeben worden, denen

dasselbe noch bei seinem Gedenken fast erlegen wäre. Die von ihm übernommenen Pflichten hätten sein Verharren erheischt, bis ein anderweitiges Organ für die gemeinsamen Angelegenheiten des Vaterlandes geschaffen worden. Die Nationalversammlung habe selbst ihr Ende herbeigeführt, indem sie diejenige Stellung, welche das Gesetz ihr angewiesen, überschritt und sich von derselben gerade da am bedeutendsten entfernte, als die Ereignisse sich so gestaltet hatten, daß jede Abweichung von ihrer Rechtssphäre ihr selbst zum Verderben gereichen mußte. „Noch ist es nicht gelungen," so schloß er, „ein neues Verfassungsband um das Vaterland zu schlingen, welches des Volkes Rechte, sowie des Vaterlandes Größe und Macht dauernd sichert und stärkt. Wohl aber ist das gemeinsame Band erhalten und der Friede gewährt. Beruhigt werde ich auf die Zeit meiner Waltung erst dann zurückblicken können, wenn die Zukunft des Vaterlandes durch dauernde Einigung gesichert ist." — Mit dem Reichsverweser schied der letzte gewählte Vertreter der gesamten deutschen Nation von der Stätte, an der ihr schöner Traum von Einheit, Macht und Herrlichkeit am längsten gehaftet hatte. Was sich von da ab in Frankfurt noch zutrug, war ein Nachspiel, nicht erfreulicher und nicht ernster zu nehmen als das Stuttgarter Reich im Hotel Marquardt. Sechzehn Jahre währte der Friede, dessen Erhaltung Erzherzog Johann gesichert glaubte; es war nur ein Scheinfriede, faul und unhaltbar, verwünscht von allen, die noch an einen deutschen Staat glaubten. Deren gab es bald nur wenige mehr.

Zu den Hoffnungsvollen gehörte damals noch der Prinz von Preußen, der in einer von Radowitz gegebenen Abendgesellschaft dem österreichischen Bevollmächtigten v. Kübeck gegenüber die preußische Politik zu rechtfertigen suchte. Er bezeichnete die Umgestaltung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat als Bedürfnis und leitete aus der Veränderung der Verhältnisse im Bunde das Recht Preußens ab, die Gleichstellung mit Oesterreich zu verlangen. Die Neugestaltung hielt er ebenso wie sein Bruder auf friedlichem Wege für möglich und verteidigte eifrig die Teilnahme einer Volksvertretung an dem noch ausstehenden Werke. Als Kübeck der kategorisch gestellten Frage nach seinen Ansichten über die künftige Gestaltung Deutschlands standhaft auswich, schloß der Prinz die Unterredung mit den Worten: „Wir haben der österreichischen Regierung mit aller Offenheit unsere Zwecke und unsere Wege, dahin zu gelangen, angedeutet, es ist jetzt an ihr, uns auch ihre Vorschläge und Ansichten zu eröffnen, um sie zu kennen und zum Gegenstand weiterer Beratung und Verständigung zu wählen." Radowitz war fest überzeugt, daß Oesterreich für die preußischen Vorschläge zu gewinnen sein werde, und ging in seinen Anerbietungen, wie Schönhals berichtet, sehr weit. „Oesterreich," meinte er, „solle für sich ein großes Ganze in seiner vollen Eigentümlichkeit, Preußen mit dem Reste Deutschlands den zweiten Faktor bilden, das Ganze von einem großen Ring und zwar unter dem Primat Oesterreichs umschlungen sein, dem Auslande gegenüber sollte es nur noch ein großes Deutschland geben. Preußen opfere jede Art von Vorrang, sei sogar bereit, sich selbst im Auslande durch Oesterreich als Primas Deutschlands vertreten zu lassen, aber eine württembergische, eine bairische Politik dürfe es nicht mehr geben. Dieser Kampfplatz der Intrigue fremder Mächte müsse aufhören. Wir gehen noch weiter. Wir sind bereit, die römische Kaiserwürde

wiederherzustellen in der Person unseres (des österreichischen) Kaisers. Ungarn und die Lombardei wären ja einst auch Lehensreiche gewesen. Um die Verschmelzung Europas recht anschaulich zu machen, werde Preußen österreichische Garnisonen in seine Festungen aufnehmen und willig preußische Garnisonen nach Mailand und Cremona senden. Ein Angriff auf Semlin oder Cremona müsse ebenso ein Angriff auf Deutschland sein wie ein Angriff auf Baden oder das linke Rheinufer."[1])

Es läßt sich nach den bis heute vorliegenden Mitteilungen intimer Natur nicht durchschauen, warum das Ministerium Schwarzenberg und der österreichische Hof — Schwarzenberg war viel zu unselbständig, um ohne Fühlung mit dem Hofe zu operieren — sich damals so unzugänglich für die Anträge Preußens erwiesen hat, die doch wahrhaftig nicht zu verachten waren. Es war jedenfalls nicht der Abscheu vor dem in Aussicht stehenden Reichstage allein, auch nicht das Mißtrauen gegen Radowitz, der in der Paulskirche die ungarischen Dissidenten unterstützt haben soll, sondern ein durch die unerwarteten Erfolge in Italien und Ungarn unnatürlich gesteigertes Selbstbewußtsein, das für den Augenblick kein würdigeres Objekt der Bethätigung finden zu können glaubte, als den alten Rivalen in Deutschland. Die Weisheit Metternichs, die Segenssprüche der katholischen Kirchenfürsten, die freudige Aufmunterung der deutschen Verwandten unterstützten diese Willensrichtung und gaben ihr sogar den Charakter einer heroischen Verteidigung religiöser und nationaler Ideen. Diesen Eindruck gewinnt man nicht nur aus der Haltung gegen Preußen, sondern auch aus den Verhandlungen mit den Mittelstaaten, die unter sächsischer und bairischer Führung selbständige Politik zu machen begannen.

Sachsen und Hannover hatten das Dreikönigsbündnis nicht in der Absicht geschlossen, an demselben länger festzuhalten als es unbedingt notwendig sein werde. Herr v. Beust versichert, er habe nur aus Rücksicht für die preußische Regierung unterzeichnet, die sonst kompromittiert gewesen wäre. Er und sein hannoverscher Kollege Dr. Stüve überreichten auch sofort einen Vorbehalt betreffs der Oberhauptsfrage, und die Erklärung, daß sie sich auch die Erneuerung der Verhandlungen und die Umgestaltung des vereinbarten Verfassungsentwurfes vorbehalten, wenn der Versuch einer bundesstaatlichen Organisation sich nur auf Nord- und Mitteldeutschland erstrecken werde. Der „Verwaltungsrat", den Preußen vorläufig für den „Bund" konstituiert hatte, nahm am 8. Oktober den preußisch-österreichischen Vertrag über die provisorische Zentralkommission an, jedoch nur infolge der von Preußen gegebenen Aufklärung, daß es sich in der Kommission nur als Repräsentanten des Bundes vom 26. Mai betrachte. Daß Oesterreich diese Auffassung niemals zugegeben hat, wurde dabei nicht in Rücksicht gezogen. Auch die verbündeten Königreiche nahmen dies hin; erst in dem Augenblicke, als die Bundesverfassung durch Einberufung des Reichstages zur Wahrheit gemacht werden sollte, protestierten sie dagegen und beriefen sich dabei auf die Unvereinbarkeit einer bundesstaatlichen Verfassung mit dem Vertrage von 1815. In der Beantwortung der hannoverschen Denkschrift vom 1. November und der

---

[1]) Adolf Beer a. a. O.

sächsischen Ministerialerlässe vom 25. Oktober und 4. November behauptete Preußen jedoch, es erkenne die Verträge von 1815 zwar noch als verbindend an, finde jedoch, daß die Organisation, die sich der Bund zur Erreichung seines Zweckes gegeben habe, „durch die rechtlichen Thatsachen des Jahres 1848" aufgehoben sei. Die Aufgabe, an die Stelle dieser aufgehobenen Verfassung für alle deutschen Bundesstaaten eine andere, bessere, allseitig anerkannte wieder einzuführen, sei noch zu lösen. Die königliche Regierung werde nicht ermüden, der Lösung dieser Aufgabe ihre Teilnahme und Mitwirkung zuzuführen, sie werde aber auch jedem Versuche entgegentreten, die Bildung des deutschen Bundesstaates von dem Ausgange der auf Rekonstruktion des weiteren Bundes gerichteten Strebens abhängig zu machen. Dieser Bundesstaat werde definitiv sein, sobald er die Zustimmung der Volksrepräsentanten aus jenen Staaten erlangt habe, deren Regierungen sich auf Grund des Vertrages vom 26. Mai verbündeten.

Die Drohung Oesterreichs, den deutschen Bundesstaat nicht anerkennen zu wollen, wurde nicht ernst genommen, der Thatsache, daß Baiern und Württemberg nicht beitreten wollen, dadurch Rechnung getragen, daß Preußen dem Verwaltungsrate des Bundes am 26. Februar 1850 die sogenannte Additionalakte vorlegte, die mehrere Abänderungen des Verfassungsentwurfes vom 28. Mai 1849 enthielt. An die Stelle des Deutschen Reiches trat die „Deutsche Union"; diese blieb im Verbande des deutschen Bundes, hatte aber als Gesamtheit die Rechte und Pflichten der einzelnen Mitglieder auszuüben. Wegen des Wegfalls Baierns wurde der Fürstenrat auf 5 Mitglieder herabgesetzt. Aber nicht nur Baiern, auch Hannover hatte bereits (25. Februar 1850) sich vom Dreikönigsbündnisse losgesagt; sofort erklärten die Hansestädte, sie müßten sich freie Hand für den Fall vorbehalten, daß Hannover und Holstein-Lauenburg dem Bunde nicht angehören würden. Der Verwaltungsrat beschloß sehr korrekt, der Austritt Hannovers werde nicht bewilligt, Preußen mit der Wahrung der Bundesrechte beauftragt. Das war der entscheidende Augenblick. Preußen durfte sich nicht darauf beschränken, mit der Abberufung seines Gesandten aus Hannover — zu drohen; es mußte sofort Hannover im Namen des Bundes militärisch besetzen lassen. Dazu war es im März 1850 ganz genügend vorbereitet; die preußischen Kammern hatten der Regierung am 21. Februar nahezu mit Einstimmigkeit 18 Millionen Thaler zu Rüstungszwecken bewilligt und in Erfurt trat ein stattlicher Teil des deutschen Volkes durch Vertreter von hoher geistiger Bedeutung und großem Ansehen auf seine Seite.

Am 31. Januar 1850 hatten die Wahlen zum Reichstage stattgefunden, Sachsen und Hannover hatten nicht wählen lassen, die übrigen Bundesländer waren jedoch durch gemäßigt liberale und konservative Abgeordnete vertreten, unter denen sich auch nicht ein einziger Demokrat befand. Die Beteiligung an den Wahlen war keine begeisterte, die Ermüdung der Bevölkerung und eine vorwiegend resignierte Stimmung war bei ihnen vorwaltend gewesen. Das Staaten- und das Volkshaus des Erfurter Parlaments war am 20. März in der Augustinerkirche eröffnet worden; adeliche Grundbesitzer, darunter auch Herzöge und Fürsten und fast 200 Beamte, zum Teil von hohem Range, gehörten ihm an. Die Gothaer bildeten die Mehrheit des Volkshauses, dem Eduard Simson

präsidierte. Ein Kurhesse und ein Oldenburger standen ihm zur Seite. Radowitz hielt als preußischer Kommissär eine sehr nüchterne Eröffnungsrede und vertrat die Ansicht des Verwaltungsrates, daß die Abgeordneten von Sachsen und Hannover, als verfassungsrechtlich dem Reichstage zugehörig, bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit gezählt werden müßten. Dies schien auf den festen Willen Preußens zu deuten, die „Union“ aufrecht zu halten. Die Gothaer kamen dieser Absicht mit der größten Bereitwilligkeit entgegen und beantragten die En-bloc-Annahme des von Preußen vorgelegten Verfassungsentwurfes samt den Abänderungen der Additionalakte. Nun zeigte es sich aber, daß Preußen mit dem Erfurter Reichstage nur noch Komödie spielte, es hatte als führender Staat Deutschlands, als Vorkämpfer der Reform bereits innerlich abgedankt und sich entschlossen, vor Oesterreich und seinen Verbündeten den Rückzug anzutreten. Es befand sich im Begriffe, diesen diplomatisch vorzubereiten.

Die Energie Schwarzenbergs und die Treulosigkeit der Königreiche, auf die er so viel gehalten, hatten Friedrich Wilhelm IV. die Courage abgewonnen. Hannover und Sachsen waren schon im Januar mit Baiern und Württemberg wegen Gründung eines neuen Bundes in Fühlung getreten, bei dem sie hofften, die Hauptrolle spielen zu können. Sie waren noch nicht mit der Feststellung der Bedingungen zu Ende gekommen, die jede von den königlichen Regierungen an ihren Beitritt zu knüpfen gedachte, der „Vierbund“ war noch durchaus nicht gesichert, als das österreichische Kabinett sich der Sache bemächtigte. Die sogenannte Münchener Verfassung vom 27. Februar 1850 war dabei ganz nebensächlich, sie wäre von Oesterreich wahrscheinlich niemals angenommen worden, da sie eine Nationalvertretung einführen wollte (100 Oesterreicher, Vertreter des Gesamtstaates, 100 Preußen, 100 Abgeordnete aus den anderen deutschen Staaten), trotzdem ergriff Schwarzenberg sofort die Gelegenheit einer Annäherung an die Mittelstaaten in der richtigen Erkenntnis, daß nur diese in einem Entscheidungskampfe in Betracht kämen, während die Kleinstaaten, die sich ängstlicher an Preußen drängten, weil sie von den Königen mediatisiert zu werden fürchteten, der Machtentfaltung Preußens kaum förderlich sein könnten. Daß aber der Appell an die Ultima ratio bereits in Erwägung gezogen wurde, bewies die Vereinigung eines österreichischen Truppencorps in Böhmen.

Die Machtfrage war aufgeworfen und Preußen beantwortete sie verneinend. Es scheint, nicht ohne Rücksicht auf die obwaltenden militärischen Verhältnisse. Eine eingehende Besprechung der beiderseitigen militärischen Kräfte mit fachmäßiger Genauigkeit hat in dieser Zeit nicht stattgefunden. Noch im Sommer sind des Generaladjutanten v. Gerlach Tagebuchnotizen über Kriegserörterungen ziemlich allgemeiner Natur. Erst am 11. Juli berichtet er über einen „Kriegsrat über das, was zu thun sei, wenn Oesterreich weiter gegen Preußen vorgehe“. Dabei werden Vorschläge über die Aufstellung von 5 Armeecorps erwähnt, die Frage der Räumung von Rastatt besprochen, nichts weiter. Aber darüber schaffen uns die Aufzeichnungen Gerlachs volle Klarheit, daß er und seine Freunde an die Möglichkeit eines siegreichen Widerstandes gegen einen Angriff Oesterreichs und seiner Verbündeten nicht geglaubt haben. Am 20. Juli schreibt er: „In welcher nachteiligen Stellung befinden wir uns, Oesterreich kann uns stets drohen,

uns stets au qui vive halten und für uns ist jede Offensive so gut wie unmöglich." Damit stimmen die Aeußerungen des Kriegsministers v. Stockhausen (Strothas Nachfolger), deren Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" und Prokesch gedenken. Der österreichische Gesandte weiß schon am 9. April zu berichten, Stockhausen habe „unumwunden im Conseil erklärt, daß Preußen nicht in der Lage ist, einen Krieg für die Radowitzschen Theorien zu bestehen", die Mitteilung Bismarcks stammt vom November 1850, als schon die Einberufungen der Landwehroffiziere stattgefunden hatten, gilt aber selbstverständlich überhaupt für die Zeit nach dem Badenschen Aufstande: „Wir haben keine Macht, welche hinreichte, die Oesterreicher, auch wenn sie ohne sächsische Unterstützung bei uns einbrechen, aufzuhalten. Wir müssen ihnen Berlin preisgeben, und in zwei Zentren außerhalb der Hauptstadt, etwa in Danzig und in Westfalen mobilisieren, vorwärts Berlin können wir erst in 14 Tagen 70000 Mann haben, und auch die würden nicht reichen gegen die Streitkräfte, die jetzt schon Oesterreich gegen uns in Bereitschaft hat." Der Minister klagte über die Verzettelung der Stämme, die in ihrer Friedensformation ausgerückt und verwendet wären und sich nun fern von ihren Ersatzbezirken und Zeughäusern befänden, teils im Inlande, zum großen Teile aber im Südwesten Deutschlands, also in Oertlichkeiten, wo eine schleunige Mobilmachung auf Kriegsfuß sich schwer einführen lasse. Preußen hätte nach Bismarcks Ansicht im Frühjahr 1849 den Krieg in Aussicht nehmen müssen; dann hätten die militärischen Kräfte ausgereicht, „nicht nur jede aufständische Bewegung in und außer Preußen niederzuschlagen, sondern die aufgestellten Streitkräfte hätten zugleich das Mittel gewährt, uns 1850 auf die Lösung der damaligen Hauptfragen in unverdächtiger Weise vorzubereiten, falls sie sich zu einer militärischen Machtfrage zuspitzten".

Als Abgeordneter im Erfurter Parlament, zu dessen Schriftführern er zählte, hat Bismarck gegen die Konstituierung eines Bundes geeifert, dessen Regierung nicht in allen Fällen von dem Willen Preußens abhängig sei. Seine Ansicht vom Bundesstaat war damals schon zu jener Klarheit gereift, die ihn später keinen Augenblick verlassen hat, als er berufen wurde, die Verfassung eines lebensfähigen deutschen Staates zu schaffen. In einer am 15. April gehaltenen Rede kennzeichnete er die Stellung, die Preußen nach der Verfassung vom 28. Mai 1849 im Bunde einnehmen werde. „Gelingt es uns nicht, Aenderungen durchzusetzen, so werden die, welche Preußen hier vertreten, ihren Wählern sagen müssen: Wir haben eingewilligt, daß unser König in seinem eigenen Lande Preußen mediatisiert werde, wir haben eingewilligt, daß sein Wille dem Willen derjenigen Kammern untergeordnet werde, welche, vermöge des bei unseren Nachbarn geltenden aufrichtigen Konstitutionalismus über die Stimmen im Staatenhause und Fürstenrate zu disponieren haben werden. Sie werden ihren Landsleuten sagen müssen, daß im Fürstenrate nach der augenblicklichen Lage der Stimmen (d. h. infolge des Nichteintrittes von Württemberg) das Großherzogtum Baden, d. h. dessen Kammern, genau so viel zu sagen haben, wie der König von Preußen, und daß dieser Fürstenrat über Preußen so gut regiert, wie über die übrigen verbündeten Länder. Sie werden ihnen sagen müssen, daß die Stimmen im Fürstenrate, welche in dem Verfassungsentwurf

bezeichnet sind, und welche zusammen etwas über 3 Millionen Unterthanen vertreten, die Majorität jederzeit in ihrer Gewalt haben und den König von Preußen nötigen können, jedem ihrer Beschlüsse wider seinen Willen beizutreten und dieselben auszuführen, so daß dieser mächtige Monarch in seinem eigenen Lande der Exekutor eines fremden Willens werden soll, der vielleicht mit dem von ihm selbst ausgesprochenen im Widerspruche steht. ... Meine Herren! Wenn Sie dem preußischen, dem altpreußischen Geiste, nennen Sie ihn stockpreußisch, wenn Sie wollen, nicht mehr Konzessionen machen, als es bis jetzt in dieser Verfassung geschehen ist, dann glaube ich nicht an eine Verwirklichung derselben, und wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung jenem preußischen Geiste aufzuzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, der aber den unberufenen Sonntagsreiter mit samt seiner schwarz-rot-goldenen Zäumung [1]) auf den Sand setzt." ...

Radowitz hat zu wenig realpolitisch gedacht, um den Fehler seines Verfassungsentwurfes in seiner vollen Tragweite erfassen zu können, auch mit den Rüstungen hat er sich nicht ernstlich beschäftigt.

Seine von Bismarck aus der Erfurter Zeit mitgeteilte Bemerkung über die Stärke der österreichischen Streitkräfte in Böhmen, [2]) soll wohl nicht das Gegenteil beweisen; er spricht von einem möglichen Kriege höchst dilettantisch, wie von einer nicht sehr bedeutungsvollen Kombination. Er hat so wenig als sein König die Konsequenzen der Berufung an das Volk ziehen wollen, die doch durch das Erfurter Parlament erfolgt war. Er will nur „Bürgschaften geben und Bürgschaften empfangen". Er rechnet bereits mit dem Abfall der Regierungen, ohne sich dabei aufzuregen. „Sollte ein definitiver Abschluß der Union in deren eigenem höheren Interesse unthunlich sein, so tritt ein Provisorium ein, bei welchem der Zukunft nichts vergeben, aber ebensowenig eine Umgestaltung der rechtsbeständigen Verfassung unter Umständen notwendig wird, die ihren eigentlichen Charakter aufheben und den Keim zu einstigem Zusammenschlusse „aller deutschen Staaten vernichten müßte". Er will nur die Union „im Prinzip" anerkannt wissen, ihre Ausführung kann der Zukunft überlassen bleiben. Deshalb brachte es ihn und den König in große Verlegenheit, als die deutschen Liberalen in Erfurt so herzhaft zugriffen und gleich die ganze Verfassung ohne besondere Debatte annahmen, ja sie noch im konservativen Sinne ausgestalteten, damit die Regierungen keinen Anstand daran nehmen könnten. So war es ja gar nicht gemeint; man wollte nur Verfassungen „beraten", aber nicht in Kraft setzen. Man mußte die Versammlung am 29. April eiligst schließen, damit sie nicht zu eifrig an der Erfüllung ihrer Bestimmung fortfahre.

---

[1]) Von der Trikolore der Burschenschaft, die 1848 von der deutschen Revolution zur Nationalfarbe erhoben wurde, behauptete Bismarck in derselben Rede mit Recht, daß sie nie die Farben des Deutschen Reiches enthalten habe, „wohl aber seit zwei Jahren die Farben des Aufruhrs und der Barrikaden."

[2]) Radowitz sprach von 28 254 Mann und 7532 Pferden, die Oesterreich in Böhmen versammelt habe. Bismarck meint, dies sei aus dem Stegreife zur Verblüffung der Interpellanten gesagt gewesen. Adolf Beers Mitteilung, Schwarzenberg habe nur auf 30 000 Mann in Böhmen rechnen können, scheint jedoch Radowitz zu rechtfertigen.

Die preußische Reformpolitik hat nur deshalb ein so klägliches Ende genommen, weil sie nicht zu guter Stunde abgebrochen wurde. Es gab ja gewiß auch außer der Rücksicht auf die militärische Lage noch Gründe genug, den gewaltsamen Zusammenstoß der deutschen Großmächte vorläufig noch zu vermeiden. Man konnte die Konservativen nicht in einen Kampf jagen, den sie für einen sündigen und unheilvollen hielten. Aus ihrer Mitte mußten ja doch die meisten Führer genommen werden. In wahrer Seelenpein schreibt Gerlach, dessen Gesinnungsgenossen die höchsten Stellen in der Armee und in der Zivilverwaltung einnahmen: „Hat man denn schon nachgedacht, was es heißt, in der Allianz der Revolution sein? Wir mögen siegen oder besiegt werden, so hat sie den Vorteil; siegen wir, so siegt sie mit, werden wir besiegt, so spannt sie ihre Forderungen höher, weil sie uns unentbehrlicher wird." Was war zu erwarten, wenn diese Leute auch den Degen zogen?

Das österreichische Kabinett war über die Gegensätze am preußischen Hofe und über die Inkonsequenz des Königs in der deutschen Politik auf das genaueste unterrichtet und fühlte sich zu kühnen Thaten herausgefordert. Am 1. Mai lief das Uebereinkommen mit Preußen über die Bundeskommission ab, Schwarzenberg lehnte nicht nur die Verlängerung ab, sondern griff kurzerhand auf den alten Bund zurück. Oesterreich berief am 26. April für den 10. Mai kraft seiner Befugnis als Präsidialmacht eine Plenarversammlung der Bundesmitglieder nach Frankfurt. Es war müßig, sich preußischerseits auf eine Polemik mit Oesterreich einzulassen, ob der Schritt legal sei oder nicht, ob der Bund von 1815 für immer oder zeitlich aufgehoben sei; die Berufung war einmal erfolgt und Preußen mußte dazu Stellung nehmen. Der König berief die Unionsfürsten sofort nach Berlin. Oesterreich konnte ihrem Zusammentritte mit Ruhe entgegensehen. Prokesch erklärte dem Ministerium Brandenburg, 1. daß Oesterreich unter keiner Bedingung und in keiner Form die auf die heutige Basis gestellte Union anerkenne, weder heute noch später, weil es sie aus zwei gleich verwerflichen Faktoren hervorgegangen betrachtet: aus dem revolutionären und aus dem hegemonistischen, der die Sprengung des Bundes durch die propagandistische, alle deutschen Staaten bedrohende Unionsverfassung beabsichtigt; 2. daß die Berufung nach Frankfurt den Zweck habe, zu erfahren, wer beim Deutschen Bunde stehen wolle und wer nicht, und wer also die Folgen des Abfalls vom Bunde auf sich laden wolle, 3. daß für Preußen der Augenblick gekommen sei, die allein richtige Politik des Anschlusses an die beiden Kaiserhöfe wieder zu ergreifen, 4. daß im Falle des Anschlusses Oesterreich zur Revision der Bundesverfassung bereit sei und mit Preußen verhandeln würde a) über die Ausscheidung dessen, was durch die Revolution in die Bundesverfassung gebracht wurde, b) über die neue Gestaltung auf der alten Basis." Niemand wird leugnen können, daß die österreichische Politik den Vorzug der Klarheit hatte und daß sie mit großer Präzision den Gegner vor die Entscheidung gestellt hatte. Männlich und würdig wäre es für Preußen gewesen, da es nicht zu den Waffen greifen wollte oder konnte, sein Reformprogramm zurückzuziehen. Der Abfall der Könige war hinreichend, den vorläufigen Rücktritt zu begründen. Die Fürstenkonferenz in Berlin konnte den Anstoß dazu bieten.

Nach den sehr ausführlichen Mitteilungen des Herzogs von Koburg, der sich selbst als den Anreger der Fürstenzusammenkunft, die zuerst auf seinem Schlosse Friedenstein geplant war, bezeichnet, war die Gesinnung der Teilnehmer mit Ausnahme des Kurfürsten von Hessen eine bundesfreundliche; man erwartete von Preußen zur Anerkennung der in Erfurt beschlossenen Verfassung aufgefordert zu werden, und war dazu ernstlich entschlossen. Der Kurhesse, der auch den Darmstädter vertrat, wurde schon in der ersten Sitzung hart hergenommen, weil er die Absicht an den Tag legte, jede Vereinbarung zu hindern. Der Braunschweiger rief ihm zu: „Sie sind schon einmal daran gewesen, aus dem Lande hinausgejagt zu werden, Sie wünschen dies Verhängnis auf alle deutschen Fürsten auszudehnen." Und sein Minister Hassenpflug, der jetzt wieder zu Gnaden und Macht gelangt war und sich eines rüpelhaften Benehmens gegen die Mitglieder des Bundesverwaltungsrates befliß, wurde von den Fürsten genötigt, sich zu entschuldigen.[1]) Aber das Verhalten Friedrich Wilhelms, der seine peinliche Situation doch schon zu fühlen begann, machte die hohen Herren bald kopfscheu. Herzog Ernst, der noch vor Eröffnung des Erfurter Parlaments bei seinem Bruder in London und bei dem königlichen Vetter in Brüssel gewesen war, um für den Bund zu wirken, gab sich auch in Berlin redliche Mühe, ein politisch verwertbares Resultat zu stande zu bringen, der Prinzgemahl Albert hat es ebenfalls an aufmunternden Schreiben an den König und den Prinzen von Preußen nicht fehlen lassen; um so niederdrückender war die Wahrnehmung, daß Friedrich Wilhelm in seine bisherige Politik selbst kein Vertrauen mehr setzte, und daß ihm jeder entscheidende Beschluß der Fürsten gefährlich erschien. „Pas trop de zèle, mon cher ami, pas trop de zèle!" war seine Antwort, als ihm Herzog Ernst voll Genugthuung die Annahme der Bundesverfassung durch die fürstliche Versammlung verkündete. Die Schlußrede, die der König hielt, eine mehr als einstündige oratorische Leistung voll der kühnsten Sprünge und nicht ohne zutreffende Bemerkungen, blieb leerer Schall, weil man nur Negationen, aber kein positives Programm daraus entnehmen konnte. „Das meiste von dem, was für die Zukunft entscheidend werden mußte," meint Herzog Ernst, „war so verschwommen, daß man am Ende der geistvollen Rede betroffen wie in das leere Nichts zu sehen meinte. Eines klang mir ganz besonders bedenklich und verhängnisvoll fortwährend in den Ohren, und ich fragte mich und andere, ob ich recht gehört hätte: Keine neue Zusammenkunft der Fürsten, keine Fortsetzung des Kongresses in Gotha, keine Berufung des Parlaments, keine definitive Verfassung!"

Den Mut, das Scheitern der preußischen Reformbestrebung einzugestehen, besaß aber niemand, weder der König von Preußen, noch die Fürsten, die sich auf seine Seite gestellt hatten. Selbst Kurhessen und seine Gesinnungsgenossen

---

[1]) Der ursprünglich religiös-nationale Burschenschafter war als „radikaler Vorkämpfer für Regierungsgewalt und Kirchenrecht" ein Parteigenosse der Stahl und Gerlach geworden, seit er (1840) in preußische Dienste getreten war. Als Präsident des Obertribunals in Greifswald war er wegen 11 Thaler, die er nicht der Vorschreibung gemäß verwendet hatte, in einen Fälschungsprozeß geraten, der von den unabhängigen Richterkollegien mit puritanischer Hartnäckigkeit geführt wurde. Dies hatte ihn bestimmt, die Berufung nach Kurhessen anzunehmen (v. Sybel, Hans Daniel Hassenpflug, Histor. Zeitschr. 71. Band).

Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe traten nicht aus dem Bündnis, obwohl sie gegen alle Beschlüsse ihrer Kollegen gestimmt hatten. Zur Leitung der Bundesangelegenheiten wurde für drei Monate eine provisorische Bundesregierung bestimmt, bestehend aus dem Unionsvorstand, nämlich dem König von Preußen, einem Fürstenkollegium und den Bevollmächtigten der Fürsten, die an die Stelle des Verwaltungsrates traten. Im übrigen blieben alle Fragen der inneren Organisation des Bundes ungelöst. Scheinbar war eine Einigung in Bezug auf die von Oesterreich erlassene Einladung zu einer Bundesplenarsitzung in Frankfurt erzielt. Die in Berlin versammelten Fürsten erklärten, die Konferenzen in Frankfurt beschicken zu wollen, sie jedoch als vollkommen frei und unverbindlich, das Präsidialrecht Oesterreichs mit der alten Bundesverfassung als erloschen zu betrachten und sich gegen den Zusammenhang dieser Konferenzen mit dem ehemaligen Bundesplenum zu verwahren.

Dieser Berliner Fürstentag war der Ausdruck völligen Unvermögens Preußens, den Vertrag vom 26. Mai 1849 zur Anerkennung zu bringen. Prinz Albert hat in einem Schreiben an seinen Bruder Ernst die treffendste Kritik an den vermeintlichen Erfolgen des Unternehmens geübt. „Wie ist es möglich," fragt er ihn, „daß man den Staaten, denen man nach der Annahme der Bundesverfassung durch das Erfurter Parlament den Abfall vom Bündnis und den Wortbruch gegen Alliierte, Parlament und Volk zutrauen kann, erlaubt, ungebunden nach Frankfurt zu gehen und dort den Intriguen Oesterreichs und der Könige sich auszusetzen? Während Hessen allerdings Anstand nehmen mag, in Berlin im Angesichte seiner Verbündeten treulos zurückzutreten, so wird es in Gesellschaft des Kaiserstaates und aller Königreiche keine Art Scham oder Furcht mehr verspüren. Während jetzt die Frage einfach heißt: Wollt ihr Wort halten oder nicht? wird es in Frankfurt heißen: Sollte man nicht alles aufbieten, um ein Verständnis herbeizuführen, die äußere Einheit Deutschlands zu erhalten, sollte man auch nur mit einem modifizierten Bundestag wieder anfangen müssen? ... Die Staaten, die gerettet sein wollen, brauchen ein Definitivum; den vagen Vorschlägen einer Bundesrevision entgegengehalten, wird es gelingen, auf die Ueberzeugung der Regierungen durch die öffentliche Meinung einzuwirken. Der edlere Teil der deutschen Nation ist zu lange schon hingehalten und gefoppt worden; es galt hier sich nicht auch noch vor Europa auf immer lächerlich zu machen. Es war gewagt, die Fürsten zusammenzubringen; jetzt dürfen sie nicht auseinandergehen, ohne ihr Wort gelöst zu haben, besonders nachdem Erfurt das seinige gelöst hat."

Sie gingen aber auseinander, ohne auch nur aufgefordert worden zu sein, ihr Wort zu halten, fast alle in der Ueberzeugung, daß die von Preußen versuchte Gründung eines deutschen Bundesstaates mißlungen sei. Die deutschen Fürsten, Preußen voran, mußten dem Volke gegenüber willig oder unwillig eingestehen, daß sie nicht mehr zu leisten vermochten als die Nationalversammlung. Die Pläne für den Staatsbau waren fertiggestellt, Grund- und Aufriß war vorhanden, die künftigen Bewohner verlangten, daß man danach den Bau beginne; aber man mußte darauf verzichten, denn der Baumeister fehlte noch.

Zweiter Abschnitt.

Das Bundessiechtum.

Mit der Eröffnung der Plenarsitzung der deutschen Bundesstaaten am 16. Mai 1850 in Frankfurt a. M. war das hohe Ziel der österreichischen Politik in den deutschen Angelegenheiten erreicht: die gesamte deutsche Nation, die Fürsten und Völker, die einstimmig die Metternichsche Bundesverfassung von 1815 für unzureichend, den Interessen der Regierungen und dem Nationalgefühle der Deutschen nicht genügend, nach außen bedeutungslos, im Innern Widerspruch und Mißachtung herausfordernd erkannt hatten, mußten sich dem Gebote Oesterreichs fügen und den verspotteten Bundessatzungen wieder unterwerfen, weil die österreichische Regierung nur diese und keine andere Verfassung mit den Einrichtungen ihres eigenen Reiches vereinbar hielt. Die Bemühungen der Vertreter der Nation und der großen Mehrzahl der deutschen Fürsten, die zwei Jahre hindurch mit einem nicht geringen Aufwande geistiger Kraft dem Verlangen nach einer würdigen staatlichen Organisation des deutschen Volkes zu entsprechen versucht hatten, Nationalversammlung, Zentralgewalt, Königsbündnisse, Verhandlungen über Verhandlungen waren vergebens gewesen; das Haus Oesterreich, das durch die Person des Reichsverwesers mit der nationalen Bewegung in innigste Beziehung getreten war, verleugnete ihr Interesse an dieser, es wies die glänzende Zukunft, die ihm als dem Haupte eines gewaltigen mitteleuropäischen Bundes von unverwüstlicher Konstitution winkte, zurück, um ein Werk von vorne wieder zu beginnen, dessen gänzliche Wertlosigkeit seit einem Menschenalter feststand. Wer kann es heute begreifen, daß man diese Politik einst für eine siegreiche halten und von ihr eine dauernde Beruhigung erwarten konnte, daß man dem Volke, das sich bereits geeint gesehen und sich eine Reichsverfassung gegeben hatte, eine immerwährende Resignation auf alle seine heißen Wünsche zumutete?

Man war zur Kabinettspolitik zurückgekehrt. Die deutschen Königreiche gaben alle Rücksicht auf die Volksstimmung, die sie zwei Jahre lang sehr ängstlich beobachtet hatten, auf und schlossen sich an den wiedererstandenen Kaiserstaat

an, der von ihnen so gut wie gar keine Leistungen verlangte und sie gegen die Ansprüche des Königs von Preußen in Schutz nahm, dem sie als ihresgleichen die führende Stellung in Deutschland mißgönnten. Baiern, Sachsen, Hannover, Hessen-Darmstadt, Dänemark (für Holstein), Niederlande (für Limburg), Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Homburg, Lippe-Schaumburg und Liechtenstein setzten sich um den von Oesterreich wieder aufgeschlagenen Plenartisch und bestellten einen Ausschuß zur Berichterstattung über die Schaffung einer neuen Zentralgewalt. Oesterreich behauptete durch seinen Präsidialgesandten, Grafen Friedrich Thun, daß es durchaus nicht gegen die Reform des Bundes auftrete, deren Notwendigkeit sogar anerkenne; es müsse jedoch jedem eigenmächtigen Abweichen von der nach seiner Ansicht noch immer zu Recht bestehenden Bundesverfassung entgegentreten. Nur der Gesamtheit der Bundesglieder stehe die Befugnis der Entwickelung und Ausbildung der Verfassung zu, der Bund sei ohne oberstes Organ und seine Existenz gefährdet, die erledigten Gewalten, deren Ausübung nicht unterbrochen werden dürfe, müßten an das verfassungsmäßige Organ, die Bundesversammlung, zurückfallen, ein anderer Ausweg erübrige nicht mehr. Trotzdem Preußen und die anderen Unionsstaaten an den Frankfurter Versammlungen nicht teilnahmen, weil sie diese nicht als Plenarsitzungen des Bundestages anerkannten, schritt Oesterreich unbeirrt in der Anwendung der dem Plenum zustehenden Bundesrechte fort. Es beanstandete die Militärkonventionen, die Preußen mit Braunschweig, Koburg, Anhalt und Baden geschlossen hatte, ja es verweigerte sogar den badischen Bataillonen, die in preußisches Gebiet geführt werden sollten, um reformiert zu werden, den Durchmarsch durch die Bundesfestung Mainz, obwohl Kübeck als Vorsitzender der Interimszentralgewalt ihn genehmigt hatte, und veranlaßte auch Hannover, dem Durchzuge der Badener durch sein Gebiet Hindernisse zu bereiten. Baden wurde eingeladen, sich unter österreichischen Schutz zu begeben, und ihm bedeutet, daß eine in Vorarlberg versammelte österreichische Streitmacht von 40000 Mann sofort die Aufgabe übernehmen könne, die bis dahin den preußischen Truppen zugefallen war. Dies vermochte jedoch die badische Regierung nicht zu bestimmen, die mit Preußen geschlossenen Verträge treulos zu brechen.

Das Angebot Oesterreichs, die Aufrechthaltung der Ruhe im Großherzogtum Baden zu übernehmen, wurde mit dem Hinweise auf die neuerlichen Verwickelungen in Schleswig-Holstein begründet, die Preußen nötigen würden, seine militärische Kraft an der Grenze der Herzogtümer beisammenzuhalten. Die Ausführung der Bestimmungen des Berliner Waffenstillstandes vom 10. Juli 1849 hatte die deutsche Bevölkerung nicht zu beruhigen vermocht. Der thatsächliche Zustand während der Dauer desselben bestand darin, daß die Dänen in Nordschleswig unter dem Schutze der schwedischen Besatzungstruppen ihre Macht befestigten und die meist ihren Interessen entsprechenden Anordnungen der gemischten Landeskommission in Vollzug setzten. Der König bequemte sich nicht der auch von Preußen unterstützten Forderung der deutschen Schleswiger, daß ihr Herzogtum als ein selbständiger Besitz der Dynastie behandelt werde, das Amnestieversprechen war nicht vom Herzog, sondern vom König gegeben worden und bezog sich auf die Gerechtigkeit und Milde, den Frieden und reichen Segen,

dessen die Schleswiger unter dem dänischen Königsszepter teilgeworden wären. Die Landesverwaltung, deren preußisches Mitglied, Graf Eulenburg, sich freiwillig dem Dänen Tillisch fügte, um sich nicht der Entscheidung des Engländers Hodges unterwerfen zu müssen, versuchte ihre Stellung zur Befestigung der dänischen Verwaltung zu verwenden. Dem setzte das größere, reindeutsche Südschleswig einen geschlossenen passiven Widerstand gegenüber, der in einer völligen Nichtbeachtung der Landeskommission bestand. Die Beamten weigerten ihr den Gehorsam, da ihr Bestand verfassungswidrig sei, das Obergericht in Schleswig beachtete ihre Entscheidungen nicht, die königlichen Kundgebungen wurden mit Protest zurückgewiesen. Der Kommandant der preußischen Truppen, General v. Hahn, gab sich nicht dazu her, die Befehle der Kommission durch seine Untergebenen vollstrecken zu lassen, diese regierte daher in Südschleswig so gut wie gar nicht, das Land wurde nach wie vor von der Statthalterschaft in Kiel aus verwaltet. Diese verfehlte zwar nicht, durch Unterhandlungen, an denen sich auch Friedrich Mommsen, des Geschichtschreibers Bruder, beteiligte, eine Verständigung mit der dänischen Regierung anzustreben, sie führten jedoch wegen deren Hartnäckigkeit zu keinem Ende.

Sowohl Dänemark wie Holstein rüstete. Die Statthalterschaft hätte die holsteinische Armee durch flüchtige ungarische Offiziere, die in großer Zahl in Hamburg Aufenthalt genommen hatten, verstärken können, sie hütete sich aber davor, um nicht der Verbindung mit der Revolution beschuldigt zu werden. Die Aushebungen von Mannschaften gingen aber ebensogut in Schleswig wie in Holstein vor sich. General v. Bonin leitete bis zum Frühjahr die militärischen Vorbereitungen, im März trat er samt dreißig preußischen Offizieren, die den wesentlichen Bestandteil der kleinen Armee ausmachten, aus dem Dienste der Herzogtümer aus. Der Oberbefehl wurde nun am 9. April 1850 dem ehemals preußischen General Wilhelm v. Willisen, dem Verfasser der gegen Clausewitz gerichteten „Theorie vom großen Kriege", übergeben, der sich durch taktloses Vorgehen bei der Unterdrückung der polnischen Insurrektion in Posen unbeliebt gemacht hatte und nach Paris gegangen war. Er war viel zu sehr Theoretiker, um die Aufgabe, die ihm in Holstein gestellt war, lösen zu können; er begann unmittelbar vor dem Beginne der Feindseligkeiten mit einer neuen Organisation, hatte keine Menschenkenntnis, verfiel daher in die gröbsten Fehler bei der Bestellung der wichtigsten Kommanden und ermüdete die Truppen durch langatmige, weitschweifige Ansprachen und Belehrungen. Der klarste und aufrichtigste Darsteller der neuesten Geschichte der Herzogtümer, C. Godt, urteilt über die militärische Lage im Sommer 1850 folgendermaßen: „Vielleicht hätten im Jahre 1850 auch die größten militärischen Erfolge der Herzogtümer nichts genützt, und die Intervention der deutschen Großmächte und des Deutschen Bundes hätte auch im günstigsten Falle schließlich den Dänen zum Besitze Schleswigs verholfen. Aber eine Hoffnung auf Erfolg konnte den Schleswig-Holsteinern nur dann leuchten, wenn ein kühner Angriff das Herzogtum Schleswig den Dänen entriß und die Großmächte die Befreiung Schleswigs als vollendete Thatsache anerkannten. Jeder andere Gang des Krieges — mochten die Schleswig-Holsteiner besiegt werden, oder mochte der Krieg sich unentschieden hinziehen — konnte nur

die Einmischung der Großmächte und die Auslieferung Schleswigs an die Dänen herbeiführen. Den Herzogtümern that ein Feldherr not, der sich zur höchsten Kühnheit aufschwingen konnte, nicht einer, der an der Eider die Grenze Holsteins verteidigte, denn Holstein war deutsches Bundesland und wurde von den Dänen nicht bedroht; Schleswig war der Preis des Kampfes, und wenn die Schleswig-Holsteiner für diesen Preis nicht ins Feld zogen, dann gaben sie selbst ihre Sache verloren."

Anfang Juli wurden die Herzogtümer gleichzeitig sowohl von den in London verhandelnden Großmächten als von Preußen sich selbst und dem Uebereinkommen zwischen Dänemark und dem alten Deutschen Bunde überlassen. England, Frankreich, Oesterreich und Rußland erklärten im Londoner Protokoll vom 4. Juli 1850, es sei ihr einstimmiger Wunsch, daß der Besitzstand der gegenwärtig unter der Herrschaft Sr. dänischen Majestät vereinigten Gebiete in seiner Integrität erhalten werde, und stimmten darin auch in allgemeinen Ausdrücken der von Friedrich VII. in Aussicht gestellten Erbfolgeordnung zu. Am 2. Juli wurden die seit Dezember 1849 in Berlin geführten Friedensverhandlungen zwischen Dänemark und Preußen geschlossen. Rußland hatte den stärksten Druck auf Preußen und die Bundeskommission in Frankfurt[1]) ausgeübt, um Dänemarks Forderungen durchzusetzen. Fürst Schwarzenberg, der ursprünglich die schleswig-holsteinische Angelegenheit zum Anlasse nehmen wollte, um Preußen unter die Bundesdiktatur zu zwingen, war in Warschau, wo er vom Zaren zwar sehr zuvorkommende Aufnahme erfahren, aber keine direkten Zusicherungen der Unterstützung gegen Preußen erhalten hatte, zur Ueberzeugung gelangt, daß jeder Aufschub des Friedensschlusses von Rußland übelgenommen werden würde; er zögerte daher mit der Geltendmachung der Bundeskompetenz bis nach dem Abschlusse. Aber auch Friedrich Wilhelm IV., der den Prinzen von Preußen nach Warschau gesendet hatte, wußte durch diesen sehr genau, daß der Zar unbedingt auf der Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege bestehe, daß er nicht nur Schleswigs, sondern auch Holsteins Unterwerfung unter den König von Dänemark verlange. Sollte von Seite der Revolutionäre in Holstein ihrem rechtmäßigen Könige noch irgendwelcher Widerstand geleistet werden, so müsse der Bund Dänemark in die ihm gebührenden Rechte einsetzen. Wolle Preußen dem Bunde diese Aufgabe nicht zuweisen, so müsse es zugestehen, daß der Zar dem Dänenkönig Truppen zur Verfügung stelle. Es war also nur unter der Bedingung auf eine wohlwollende Neutralität Rußlands in der deutschen Frage zu rechnen, wenn die schleswig-holsteinische aus der Welt geschafft war. Der sogenannte „einfache" Friede zwischen Preußen und Dänemark stellte demnach den Zustand vor dem Kriege wieder her, behielt den Kontrahenten alle Rechte vor, die ihnen vor dem Kriege zugestanden waren, und bestimmte im Art. 4: Nach dem Abschlusse dieses Vertrages kann der König als Herzog von Holstein, entsprechend dem Bundesrechte, die Intervention des Deutschen Bundes anrufen, um die Ausübung seiner gesetzlichen Autorität in Holstein herzustellen, indem er

[1]) A. Beer erzählt a. a. O. ausführlich die brutale Scene, die Fürst Gortschakoff in Frankfurt aufgeführt und damit sogar den österreichischen Kommissar Baron Kübeck verblüfft hatte.

zu gleicher Zeit seine Absichten über die Pazifikation des Landes mitteilt. Sollte der Bund seine Intervention weigern oder dieselbe unwirksam bleiben, so stehe es dem Könige frei, seine militärischen Maßregeln auch auf Holstein auszudehnen. In einem geheimen Artikel gab Preußen das Versprechen ab, an Verhandlungen wegen der Erbfolgeordnung in den Herzogtümern teilnehmen zu wollen.

Fürst Schwarzenberg ließ dem Berliner Kabinette durch Prokesch seine Befriedigung über die Wiederherstellung des Friedenszustandes aussprechen und versicherte, Preußen habe sich dadurch den allgemeinen Dank verdient. Oesterreich erkläre sich als europäische Macht mit dem Vertrage einverstanden, ohne in eine Beurteilung seiner Einzelheiten eingehen zu wollen, als Bundesakt könne es ihn aber nicht anerkennen, denn die Annahme und Bestätigung eines Friedensvertrages könne nach Art. 12 und 49 der Wiener Schlußakte nur in der vollen Bundesversammlung geschehen. Die Bundeskommission habe zwar Preußen zur Führung der Verhandlungen ermächtigen, aber sie habe nicht einzelnen Mitgliedern des Bundes Machtvollkommenheiten übertragen wollen, die denselben nur in ihrer organischen Verbindung zustehen. Es sei auch zweifelhaft, ob der Bund den Art. IV ratifizieren werde, der den Zweifel ausspreche, daß der Bund den in seiner Bestimmung liegenden Pflichten genügen könne. Der vorliegende Fall könne Oesterreich nur in seinem Entschlusse bestärken, den Rechtsboden der Verträge wieder herzustellen. Preußen selbst verweise Dänemark an den Bund und wolle die Autorität desselben als die letzte Schranke gegen beklagenswerte Ereignisse haben. Hierin liege aber die Anerkennung der Notwendigkeit, den Friedenstraktat einer Bundesplenarversammlung vorzulegen. In dieser Weise hat Oesterreich die Zwangslage Preußens, in die es durch die Alternative des Zaren Nikolaus versetzt worden war, zur Förderung seiner deutschen Politik äußerst geschickt ausgenutzt. Auch die Ereignisse in den Herzogtümern kamen ihm zu statten, denn rascher, als man erwarten konnte, trat der Fall der Bundesintervention ein.

Dänemark hatte durch den Berliner Frieden freie Bahn zum Einmarsch in Schleswig erhalten. Die Statthalterschaft in Kiel leugnete das Besetzungsrecht Dänemarks und erkannte sich durch die Aufträge der Landesversammlung verpflichtet, dem bedrohten Brudervolke zu Hülfe zu kommen. Die Armee, die sie ausgerüstet hatte, war nicht nur eine holsteinische, sie hatte auch einen Teil der wehrhaften Mannschaft in Schleswig aufgenommen und stellte in der That die Streitkräfte der „meerumschlungenen“ und staatsrechtlich aneinander gebundenen Herzogtümer dar, die nunmehr aufgeboten werden mußten, um das nationale und Landesrecht zu wahren. Schleswig und Holstein verwehrten es ihrem Herzoge, sie durch die militärischen Mittel zu vergewaltigen, die ihm das Königreich Dänemark zu diesem Zwecke zur Verfügung stellte. Aber sie unterlagen. Ihr General v. Willisen hatte mit den Grundsätzen, die er bei Uebernahme des Kommandos gegen den Grafen Reventlow ausgesprochen hatte, völlig gebrochen. Damals war er der Meinung gewesen, die schleswig-holsteinische Armee dürfe es nicht dazu kommen lassen, daß sie zur Einnahme einer festen Position genötigt werde, sie müsse den Dänen entgegenrücken, um sie zu schlagen; wenn sie selbst geschlagen werde, sich schnell wieder sammeln, um von neuem anzugreifen. Jetzt,

beim Ausbruche des Krieges, wollte er nichts weiter als Rendsburg verteidigen; er mußte dazu befehligt werden, in Schleswig einzumarschieren. Er wollte überhaupt nicht schlagen. Am 18. Juli erließ er ein Schreiben an den dänischen General v. Krogh, in dem er um Einleitung von Verhandlungen und Festsetzung einer Demarkationslinie ersuchte. „Seit vielen Tagen," hieß es darin, „habe ich die Bewegung meiner Armee angehalten und große militärische Vorteile aus der Hand gegeben, um den Gegner, den ich achte und ehre, nicht in die Lage zu setzen, daß er es seinerseits mit seiner Ehre vielleicht nicht für verträglich hielte, auf Verhandlungen einzugehen." [1]) Krogh öffnete das Schreiben nicht, sondern rückte von Flensburg mit 38000 Mann und 96 Geschützen nach Süden vor. Die Herzoglichen, in der Stärke von 27000 Mann und 72 Geschützen, hatten die Stadt Schleswig besetzt und waren über den Arensbach bei Norderfahrenstedt, Idstedt und Bollingstedt in Stellung gegangen. Als Willisen nach den ersten Zusammenstößen am 24. Juli daran glauben mußte, daß es zum Ernst kam, schwankte er zwischen Angriffs- und Rückzugsentschlüssen, gab in kurzer Folge widersprechende Befehle und hielt dadurch selbst das Zusammenwirken seiner Abteilungen auf. Die Stellung bei Idstedt war so günstig, daß ein Erfolg des dänischen Angriffes, der schon um 4 Uhr morgens am 25. Juli begann, sehr unwahrscheinlich war. Die Dänen haben selbst zugegeben, daß sie um 7 Uhr geschlagen waren und daß zwei ihrer Brigaden bereits den Befehl zum Abbruche des Gefechtes erhalten hatten; sie wurden durch die ihnen unerklärlichen Rückzugsbewegungen der Herzoglichen freudigst überrascht. Willisen und sein Generalstabschef Major v. Wynnecken fühlten sich durch die Nachricht einer von Silberstedt drohenden Umgehung unnötig beunruhigt und gewannen die richtige Uebersicht der Sachlage nicht. Ohne energische Anstrengung, immer mit der Tendenz zum Rückzug wurde das Gefecht am rechten Flügel und im Zentrum bis 3 Uhr nachmittags fortgeführt, dann der Kampf aufgegeben. So gestaltete er sich schließlich zu einem Siege der Dänen. Er hatte ihnen 3600 Mann, darunter 415 Gefangene, gekostet, die Schleswig-Holsteiner verloren 2800 Mann, darunter 1479 Gefangene.

Willisen ging bis Rendsburg zurück und erwartete dort den Angriff der Dänen. Diese aber wagten sich nicht weit über Schleswig hinaus, befestigten das große Dannewirke neuerlich und blieben in der Defensive. Das Herzogtum Schleswig war in ihrer Macht, wegen Holsteins sollte sich der Deutsche Bund bemühen. Die Schleswig-Holsteiner machten am 12. September einen siegreichen Vorstoß bis Missunde, verfolgten aber die errungenen Vorteile nicht; die Unternehmung v. d. Tanns auf Friedrichstadt mißglückte, weil sie mit zu schwachen Kräften begonnen worden war. Willisen, der sich zu keiner ernsten Angriffsbewegung mehr verstehen wollte, verließ im Dezember die Armee, die bis zu ihrer Entwaffnung nur mehr einzelne, kleine Scharmützel bestand.

Kurz vor der Schlacht bei Idstedt hatte Preußen einen verhängnisvollen Schritt gethan, durch den seine nicht mehr zu leugnende Niederlage in der

---

[1]) „Generalleutenant v. Willisen und seine Zeit". Von einem Schleswig-Holsteinschen Offizier a. D. (Stuttgart 1851.)

deutschen Reformsache, die durch einen sehr ehrenvollen Rückzug hätte bemäntelt werden können, einen schimpflichen Charakter erhielt. Fürst Schwarzenberg war nach dem Berliner Frieden entgegenkommend geworden. Er wußte, daß der Zar von diesem sehr befriedigt und jetzt weiter als früher davon entfernt war, kriegerische Drohungen Oesterreichs gegen Preußen zu begünstigen. Schon in Warschau hatte er versichert, er werde nur einem Angegriffenen zu Hülfe kommen, in dem Festhalten Preußens an der Union wollte er keinen Anlaß für Oesterreich finden, zu den Waffen zu greifen. Deshalb hatte der Fürst dem Prinzen von Preußen das Unionsrecht der deutschen Fürsten auch im allgemeinen zugegeben und nur gegen die Unionsverfassung vom 28. Mai seinen Protest aufrecht erhalten. Oesterreich, so faßte der Prinz schließlich das Ergebnis zusammen, „will seine Verfassung im ersten günstigen Moment beseitigen und sieht daher in der konstitutionellen Union ein ansteckendes Beispiel für seine Völker. In Deutschland soll eben gar nichts geschehen, weil Oesterreich bei positiven Einrichtungen nicht mitgehen könnte. Der Zar sieht die Union mit Mißtrauen, die Herstellung des Bundestages mit Sympathie an. Gibt man ihm in Schleswig-Holstein nach, wird er aber in dem Kampfe zwischen Oesterreich und Preußen neutral bleiben." [1]) Deshalb durfte auch Oesterreich diesen Kampf nicht durch Unnachgiebigkeit hervorrufen. Schwarzenberg vervollständigte am 8. Juli in einer Unterredung mit dem preußischen Gesandten, Grafen Albrecht Bernstorff, die Zugeständnisse, die er schon dem Prinzen von Preußen gemacht hatte. Er bot ein Interim an, in dem Oesterreich und Preußen allein und gemeinsam die Bundesexekutive ausüben, an den Bundesbeschlüssen aber alle deutsche Staaten nach dem Stimmenverhältnis des Bundesplenums teilnehmen sollten. Dieser Zustand solle bis zum Zustandekommen der neuen Bundesverfassung aufrecht bleiben. Bernstorff und der Minister des Aeußern, v. Schleinitz, empfahlen die Annahme dieser jedenfalls ganz ansehnlichen Anerbietungen. Auch Gerlach hat ganz vernünftig darüber geurteilt, dem König wiederholt die günstige Gelegenheit vorgehalten, aus der Unionsmisere herauszukommen, aber er vermochte den Einfluß von Radowitz nicht zu brechen, der darauf bestand, daß das Aufgeben der Unionsverfassung für Preußen eine Blamage bedeute. Gerlach schrieb am 3. August in sein Tagebuch: „Die Verehrung des Königs für Radowitz beruht auf zwei Dingen: 1. sein sichtbar scharf logisches Raisonnement, bei dem seine gedankenlose Indifferenz es ihm möglich macht, jeden Widerspruch mit dem Könige zu vermeiden. ... 2. Der König hält seine Minister und auch mich für Rindvieh, schon darum, weil jene mit ihm kurrente und praktische Geschäfte abmachen müssen, welche seinem Ideengange nie entsprechen. Er traut sich nicht die Fähigkeit zu, diese Minister sich folgsam zu machen, auch nicht die, andere zu finden, er gibt also diesen Weg auf und glaubt in Radowitz einen gefunden zu haben, von Deutschland aus Preußen zu restaurieren."

Da Fürst Schwarzenberg seine gute Meinung so schnöde abgewiesen sah, suchte er Rußland wieder für die Herstellung der alten Bundeseinrichtungen zu gewinnen, indem er darauf hinwies, daß die Ratifikation des dänischen Friedens

---

[1]) v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches, I, 387 u. ff.

und die Einführung des Königs von Dänemark in sein Herzogtum Holstein auf andere Weise gar nicht zu erreichen sei. Das verfing. Oesterreich konnte am 2. September die bisher als „Plenum" tagende Versammlung in Frankfurt als den „engeren Rat" im Sinne der alten Bundesverfassung erklären. Dieser setzte sofort einen Ausschuß für die Ratifikation des Friedens und die Pazifikation Holsteins ein. Preußen protestierte gegen die ungesetzmäßige Versammlung, kam dadurch aber in Widerspruch mit sich selbst, da es im Berliner Frieden dem Bunde eine bestimmte Wirksamkeit zugeschrieben hatte. Friedrich Wilhelm wurde in der Verlegenheit trotzig und nahm nach dem Rücktritte von Schleinitz den General v. Radowitz in das Ministerium auf.

Die Bundesversammlung erhielt, nachdem sie seit ihrer Wiederberufung nur ein Scheinleben geführt hatte und wenig bemerkbar geworden war, dadurch, daß der dänische Friede vor ihr Forum gebracht worden war, wieder Bedeutung; diese wurde noch erhöht, als sie auch in den neuen kurhessischen Verfassungsstreit einbezogen wurde. Der Kurfürst hatte Hassenpflug nur deshalb zum Minister gemacht, weil er durch diesen von seinem Landtag und von der Verfassung befreit zu werden wünschte. Er brauchte Geld für seine unebenbürtigen Kinder und war daher ein unversöhnlicher Feind öffentlicher Rechnungslegung und unüberschreitbarer Budgets. Hätte ihm die Union die Aussicht geboten, seines Landtages entledigt zu werden, so würde er ihr treugeblieben sein. Hassenpflug mußte, um seine hohe Aufgabe durchführen zu können, den Austritt Hessens aus dem Bündnis vom 26. Mai bewerkstelligen und auf die österreichische Seite treten. Daß dies auch in rüdester Form und mit Beleidigung Preußens geschah, war dem Kurfürsten sehr sympathisch. Doch fehlte es ihm fast an Mut, das Programm seines kühnen Ministers mit allen seinen Konsequenzen über sich ergehen zu lassen. Dieser ging darauf aus, Verhältnisse zu schaffen, die zur Gewaltanwendung führen mußten. Die Gewalt mußte der Bund, richtiger Oesterreich, beistellen, nicht nur aus Dankbarkeit für die Mitwirkung Hessens an der Wiederherstellung des Bundestages, sondern auch deshalb, weil Kurhessen jeden Augenblick wieder durch Rücktritt zur Union die Entscheidung zu gunsten derselben herbeiführen konnte. Nur durch den Abfall der beiden Hessen war die Verbindung zwischen Berlin und Karlsruhe dermaßen erschwert, wenn nicht gestört, daß Baden zum Abfall oder zur Neutralität zu schreiten genötigt war.

Hassenpflug reizte die Hessen so lange mit Steuererhebungen auf Grund ungültig gewordener Bewilligungen, ohne ein neues Budget dem Landtage vorzulegen, bis dieser am 31. August die Vollmacht zu weiteren Ausschreibungen versagte und dadurch die Parole zur Steuerverweigerung gab. Die Regierung erklärte dies für Aufruhr und verhängte den Belagerungszustand über das ganze Land; dieses aber folgte dem Beispiele seiner Vertreter, zahlte nichts mehr und stützte seine charaktervollen Steuer- und Gerichtsbeamten, die eine nicht bewilligte Steuer weder einheben noch die Exekutionsführung gegen die Zahlungsweigerer einleiten wollten. Als der Kurfürst, dem Hassenpflug die Stimmung der Truppen und der Kasseler Bürgerschaft übertrieben gefährlich geschildert hatte, auf der Flucht nach Hannover kleinmütig wurde, bearbeitete ihn der herrschsüchtige

Konsistorialrat Vilmar, bekannt als Litterarhistoriker, ein evangelischer Pfaffe schlimmster Sorte, mit den bei allen feigen Tyrannen wirksamen Drohungen ewiger Verdammnis und kirchlichen Fluches, und bewog ihn, seinem Minister nach Frankfurt zu folgen und Bundeshülfe anzurufen. Man hat das Vorgehen der hessischen Beamten für Rebellion erklärt; vielleicht nicht ganz mit Unrecht. Verfassungsverletzungen werden immer zu rebellischen Handlungen, zur Auflehnung gegen die landesherrliche Gewalt führen. Es gibt keine Verfassung, die jeden Konflikt zwischen Regierung und Regierten ausschließen könnte. Wer die Erweiterung seiner Macht bis zum Mißbrauche der Gewalt steigert, erzeugt Kampflust und fordert zum Widerstand heraus. Nicht nur das formale Recht, auch die Moral, die nicht immer in blindem Gehorsam bestehen kann, rechtfertigten den Widerstand, den Kampf der Hessen gegen ihren Fürsten; aber es muß zugegeben werden, daß es ein Kampf gegen die Obrigkeit, also ein Verlassen gesetzlicher Ordnung, war.

Am 17. September hielt Hassenpflug im engeren Rate zu Frankfurt einen Vortrag über die Zustände in Kurhessen, dessen Regierung nach Wilhelmsbad bei Hanau verlegt worden war, am 21. forderte die Bundesversammlung die Herstellung der landesherrlichen Autorität im Kurstaate und behielt sich zu deren Wiederherstellung und Sicherung alle ihr durch die Bundesverfassung zustehenden Rechte vor. Baiern und Hannover wurden zur Bereitstellung der Bundeshülfe aufgefordert. Der ständische Ausschuß in Kassel wies die Einmischung des Bundestages, den er als nicht mehr zu Recht bestehend erklärte, zurück und stellte das Kurfürstentum unter den Schutz des Völkerrechtes. Preußen bot der kurfürstlichen Regierung seine friedliche Intervention an, wurde aber abgewiesen. Die Zustände im Lande wurden immer verwirrter, denn sogar die Militärgerichte und der größte Teil des Offiziercorps stellten sich auf die Seite des seine Verfassung verteidigenden Volkes; die kurhessische Regierung mußte sich am 15. Oktober für unfähig erklären, die Ordnung im Lande wiederherzustellen, und die Bundeshülfe anrufen. Tags darauf beschloß der Bundestag die Exekution und übertrug sie, da Hannover die Uebernahme derselben ablehnte, an Baiern.

Da nunmehr der Einmarsch von Truppen im Kurfürstentum Hessen bevorstand, die einem der Union und ihrem führenden Staate feindlichen Lande angehörten, mußte Preußen ebenfalls militärische Maßregeln treffen, denn es konnte angesichts einer drohenden kriegerischen Verwickelung nicht zugeben, daß Kurhessen zum Operationsgebiet der Gegner werde, die von hier aus mit Leichtigkeit den Verkehr zwischen den altpreußischen Provinzen und den Rheinlanden zu hemmen vermochten. Die Besetzung von Hessen durch den Gegner war für Preußen geradezu unerträglich, denn es verlor dadurch die einheitliche Operationsbasis in Norddeutschland. Man beschränkte sich aber auf die bei Kreuznach, Paderborn und Erfurt zur Verfügung stehenden Truppen im Friedensstande, die Mobilisierung wurde noch hinausgeschoben. Sehr kriegerisch, allerdings mehr in Worten als in Werken, stellte sich Oesterreich an. Am 11. Oktober fand in Bregenz eine Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit den Königen von Baiern und Württemberg statt, bei der über die Aufstellung eines Heeres von 200000 Mann gegen Preußen verhandelt wurde. König Wilhelm versicherte, er lasse sofort

marschieren, wenn der Kaiser befehle. Dieser erwiderte, er sei stolz darauf, mit solchen Kameraden vor den Feind zu gehen.

Von Bregenz begab sich Kaiser Franz Joseph mit dem Fürsten Schwarzenberg nach Warschau, wo Zar Nikolaus längeren Aufenthalt genommen hatte. Es war dringend notwendig, sich Rußlands zu versichern, bevor man es in Hessen zum Zusammenstoß und dadurch zum deutschen Krieg kommen ließ. Es scheint, daß Schwarzenberg sich mit dem Gedanken daran doch schon in etwas leichtfertiger Zuversicht beschäftigt hat. Ob Oesterreich bei dem gänzlichen Versiegen seiner Geldmittel den Krieg gegen Preußen hätte führen können, kann nicht als ausgemacht gelten; es würde wahrscheinlich nur in den ersten Monaten des Kriegszustandes an Zahl überlegen gewesen und seiner magyarischen Regimenter nicht ganz sicher gewesen sein. Friedrich Wilhelm IV. zeigte in einem sehr versöhnlichen Briefe dem Kaiser von Oesterreich an, daß sein Minister Brandenburg sich bereits nach Warschau begeben habe, und ersuchte ihn, von demselben besondere Aufträge an ihn entgegenzunehmen. Am 17. Oktober langte der preußische Ministerpräsident im russischen Hoflager an. Er legte dem Zaren ein neues Programm für ein Uebereinkommen mit Oesterreich vor: 1. Preußen erhält in Bezug auf das Präsidium des Bundes gleiches Recht mit Oesterreich; 2. es wird ein Bundesrat von 17 Stimmen mit der gleichen Kompetenz der alten Bundesverfassung gebildet; 3. die eigentliche Exekutive wird gemeinschaftlich an Preußen und Oesterreich übertragen; 4. eine Volksvertretung am Bunde findet zur Zeit nicht statt; 5. Oesterreich tritt mit seinen sämtlichen Ländern in den Bund ein; 6. die Einzelstaaten sind zum Abschluß einer engeren Union berechtigt, deren Bedingungen mit den Einrichtungen des deutschen Bundes nicht in Widerspruch stehen dürfen. Die hessische und die holsteinische Frage sollten nicht durch den Bundestag, sondern durch eine österreichisch-preußische Kommission im Auftrage aller deutschen Regierungen erledigt werden. Der Zar nahm Brandenburg — nicht, wie vielfach behauptet worden ist, herrisch und unhöflich — sondern sehr freundlich auf,[1] meinte jedoch, Preußen könne im Augenblick doch nichts Besseres tun, als die seit dreißig Jahren bestehende Bundesverfassung anzuerkennen. Die Zumutung einer Vermittelung wies er aber zurück. „Er wünsche beiden Teilen alles Gute, hauptsächlich Ruhe und Ordnung, wolle sich aber in nichts mischen." Er wollte Oesterreich die Entscheidung freihalten; dringend war ihm nur die Unterwerfung Holsteins unter Dänemark. „Ihr solltet gegen die Holsteiner marschieren lassen, sie auseinander jagen, den General Willisen aufhängen," sagte er zum preußischen Gesandten General v. Rochow.

Kaiser Franz Joseph nahm in Warschau, wo er am 25. Oktober anlangte, gegenüber den Preußen keine schroffe, aber eine sehr reservierte Haltung ein und versicherte nichts anderes, als die bestehenden Verträge in Geltung erhalten zu wollen. Schwarzenberg benahm sich sehr kameradschaftlich mit Brandenburg, zeigte sich aber im Gegenstande der Unterhandlung keineswegs nachgiebig. Von

[1]) Die landläufige Legende hat v. Sybel in dem Aufsatze „Graf Brandenburg in Warschau" (Histor. Zeitschr. 58. Bd. 1887) beseitigt, den er nahezu wörtlich in die „Begründung des Deutschen Reiches" aufgenommen hat. Ihm folgen wir hier.

den sechs Punkten nahm er nur die für Oesterreich günstigen an, er versagte Preußen die Gleichstellung im Präsidium, verlangte das ausdrückliche Aufgeben der Unionsverfassung und bestand auf der Bundesexekution in Kurhessen. Das letztere war das bedenklichste, denn Preußen war entschlossen, seine Etappenstraße, an der auch Kassel lag, sofort militärisch zu besetzen, wenn die Baiern hessischen Boden betreten würden. Radowitz hatte am 22. Oktober den an der Grenze stehenden General Grafen Gröben angewiesen, bei einem Einwirken der Baiern zwar vor Anwendung bewaffneter Gewalt alle milderen Mittel zu erschöpfen, dann aber nur nach militärischen Rücksichten zu handeln und die Baiern zurückzuwerfen, wo er sie fände. Die Warschauer Konferenzen brachten in dieser gefährlichen Situation keine Aenderung hervor, sie endeten jedoch nicht ohne Zugeständnisse Schwarzenbergs. Er war zufrieden, wenn Preußen ohne förmliche Anerkennung des Bundestages diesen vorläufig unangefochten lasse, und erklärte sein Einverständnis damit, daß die preußischen Bundesreformvorschläge (6 Punkte) den Konferenzen über die Bundesrevision vorgelegt werden sollten, die nach Oesterreichs Antrag nach Wien, nach Preußens Wunsch nach Dresden zu berufen wären.

Graf Brandenburg kehrte mit der festen Absicht von Berlin zurück, den Ausgleich mit Oesterreich durchzuführen und den Krieg um jeden Preis zu vermeiden. Der König war aber durch Radowitz, der zur unrechten Zeit die Notwendigkeit des Appells an die Gewalt zu erwägen begonnen hatte, in den Gedanken hineingehetzt worden, daß es für ihn unehrenhaft sei, die Unionsverfassung preiszugeben und den Bund wieder ins Leben treten zu lassen, indem er nicht zugab, daß er die Union schon in Erfurt und bei der Berliner Fürstenzusammenkunft im Stich gelassen hatte. Jetzt war der Krieg sinnlos, denn die Differenzpunkte der österreichischen und preußischen Politik waren fast ohne Bedeutung. In Kurhessen wie in Holstein wollten beide die Wiederherstellung der landesherrlichen Gewalt, es handelte sich nur um die dabei in Anwendung zu bringenden Mittel. Friedrich Wilhelm war ebenso wie Schwarzenberg gegen eine Bundesreform mit konstitutionellen Formen eingenommen; er hatte das Verlangen nach Volkstümlichkeit längst zurückgestellt aus Abscheu vor der Berührung mit den Revolutionären. Der im Namen des Präsidenten Napoleon durch Persigny dem General Radowitz schon damals vorgelegte Antrag, mit Frankreich zusammenzugehen und die nationale Einigung Italiens und Deutschlands gleichzeitig zu vollziehen, hatte ihn mit Abscheu erfüllt. Worin sollte der Zweck eines Krieges bestehen? Brandenburg war durchaus abgeneigt, die Verantwortung für die Konsequenzen der Radowitzschen Politik zu übernehmen, er kehrte mit der Ueberzeugung nach Berlin zurück, daß dieser Minister vor allem fallen müsse, weil er Oesterreichs und Rußlands Mißtrauen am meisten errege. Er beantragte in der Conseilssitzung am 1. November die Fortsetzung der Verhandlungen in Wien auf der Grundlage der in Warschau getroffenen Abrede. Radowitz hielt sein kriegerisches Programm aufrecht. „Dem Einrücken der Baiern in Hessen müsse sofort das Einrücken preußischer Truppen, Zurückwerfen des Gegners, Mobilmachung der ganzen Armee, ein Manifest an die Nation, Einberufung der Kammern folgen.“ Er und Brandenburg stellten die Kabinettsfrage. Der Prinz

von Preußen unterstützte in leidenschaftlicher Erregung die Ansichten von Radowitz, er erkannte nicht, daß die Partie bereits verspielt, die günstige Zeit für die Entscheidung des nationalen Geschickes der Deutschen ungenützt vergangen war. Er hätte an seinem Bruder wahrnehmen können, daß Preußen noch nicht stark genug war, seinen deutschen Beruf zu erfüllen. Ein König, der sich einen Leopold v. Gerlach zum täglichen, dienstlichen und persönlichen Verkehr aussuchte und sich nicht dazu aufraffen konnte, dem Verächter der nationalen Erhebung den Laufpaß zu geben, der war doch wahrhaftig nicht dazu geschaffen, die Leistung auf sich zu nehmen, die ein großer, gefährlicher Krieg von einem Herrscher verlangt.

Friedrich Wilhelm sprach in dem entscheidenden Conseil vom 2. November seine Uebereinstimmung mit den Ansichten des Generals Radowitz aus, folgte aber der Majorität seines Ministeriums, dem er, der von Gott eingesetzte König, in der wichtigsten Stunde seiner ganzen Regierung — die Verantwortung zuschob. Die Depesche, die Brandenburg sofort aufsetzte, enthielt die Aufhebung der Unionsverfassung und die Gestattung der Bundesexekution in Hessen. Am 3. November erkrankte der pflichttreue Minister, der Preußen vor Radowitzschem Eigensinne gerettet hat, unter den Erscheinungen einer Gehirnentzündung, zwei Tage später starb er. Daß er in den Fieberphantasien nach Helm und Streitroß verlangt hat, gab Anlaß zu der Legende, er sei am gebrochenen Herzen gestorben, weil er die brüske Behandlung durch den Zaren und die Erniedrigung Preußens nicht habe ertragen können. Nachdem der Minister v. Ladenberg als Anhänger von Radowitz mit diesem zugleich seine Entlassung gegeben hatte, übernahm Otto v. Manteuffel, Brandenburgs Gesinnungsgenosse, den Vorsitz im Ministerium. Er war ein einsichtsvoller Mann, konservativ, ohne zur Partei Gerlachs zu gehören. Auch für ihn stand es fest, daß Preußen dem Kriege ausweichen müsse, aber er beantragte dennoch die Mobilmachung, weil er es für würdevoller und erfolgreicher hielt, zum Kampfe vorbereitet — den Frieden anzubieten. Die Feindseligkeiten schienen in Hessen kaum mehr aufzuhalten. Die Baiern unter dem Fürsten von Thurn und Taxis hatten Hanau, die Preußen unter Gröben Fulda und Kassel besetzt. Am 8. November wurden bei dem Dorfe Bronzell, unweit Fulda, Schüsse gewechselt, fünf Mann des mit den Baiern marschierenden 14. österreichischen Jägerbataillons verwundet und der Schimmel eines preußischen Trompeters erschossen. Gröben, der in demselben Augenblicke eine zu äußerster Zurückhaltung mahnende Depesche Manteuffels erhalten hatte, ließ jedoch den begonnenen Kampf sofort abbrechen. [1])

Seit Fürst Schwarzenberg durch die Entlassung von Radowitz die Gewißheit

---

[1]) Aus dem Briefwechsel, den Freih. v. Sacken in seiner Abhandlung „Das österreichische Corps Schwarzenberg-Legebitsch" (Mitt. des k. u. k. Kriegsarchivs. N. F. VIII.) veröffentlicht hat, kann man sich überzeugen, daß auf Seite der beiden kommandierenden Generale Gröben und Thurn-Taxis die loyalsten Absichten, den Kampf zu vermeiden, vorwalteten. Der Fürst Thurn-Taxis soll in einer für die Familie gedruckten Schrift für sich das Verdienst in Anspruch genommen haben, die reitende bairische Batterie Lutz am Feuern verhindert zu haben. Wichtiger war es wohl, daß Gröben seine Truppen sofort aus dem Gefechte zog und Fulda räumte, sobald ihm dies die Weisungen aus Berlin gestatteten.

erlangt hatte, daß Preußen den Krieg nicht führen werde, trat er mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen den im Rückzug begriffenen Gegner auf; man kann ihm das Zeugnis nicht versagen, daß er die augenblickliche günstige Lage Oesterreichs vortrefflich auszubeuten verstand. Herr v. Prokesch hingegen hat das Verdienst, mit menschlich wohlwollender Gesinnung dem Könige die schwierigsten Rückbewegungen einigermaßen erleichtert zu haben. Sein eigener Bericht über den denkwürdigsten Moment lautet: ... „Herr v. Radowitz trat zurück, doch fiel wenige Tage darauf der Schuß (den ihm Schwarzenberg als das Signal bezeichnet hatte, seine Pässe zu verlangen) auch wirklich und es stand in der Frage, den Krieg zu veranlassen oder nicht. Was mich zurückhielt, waren zweierlei Nachrichten. Einmal wußte ich durch Herrn v. Persigny, daß Lord Palmerston, Preußen scharf tadelnd, ihm dennoch zugesagt hatte, er würde nicht zugeben, daß ein Dorf von Preußen abgerissen würde, und dann war mir durch Herrn v. Meyendorff (den russischen Gesandten in Berlin, dann in Wien) bekannt, daß Rußland, obwohl gleichfalls die preußische Haltung verwerfend, im Fall des Ausbruchs des Krieges mit bewaffneter Neutralität einzuschreiten gewillt war. Unter diesen Umständen, die auch einem glücklichen Kriege kein entsprechendes Ergebnis versprachen, beschloß ich, den König noch vor dem letzten Schritte zu sehen. ... Es ergab sich eine sehr ernste und teilweise sehr aufgeregte Unterredung. ... Ich durfte ihn fragen: ob der Schuß bei Bronzell auf seinen Befehl gefallen sei? — ‚Auf meinen Befehl?‘ antwortete er, ‚gegen meinen Befehl.‘ ‚Dann,‘ erwiderte ich, ‚muß ich meine Regierung wenigstens sicherstellen, daß derlei Ungehorsam nicht wieder stattfinden könne.‘ ‚Was wollen Sie also?‘ sagte er. ‚General Graf Gröben, der Euer Majestät Truppen in Hessen befehligt,‘ antwortete ich, ‚ist ein Ehrenmann und Euer Majestät auf das wärmste ergeben, aber der Fall bedarf einer öffentlichen und entschiedenen Verwerfung. Ich bitte Euer Majestät, Grafen Gröben seines Kommandos zu entheben. Nur durch einen solchen Vorgang kann ich die Verantwortung auf mich nehmen, meinem Befehle nicht nachzukommen.‘ — Nach langem Hin- und Herreden sagte mir der König die Enthebung Gröbens zu, und bat mich nur, ihn nicht zu drängen. Ich antwortete, daß das mir ferne liege und daß ich einen nicht zu langen Aufschub auf mich nehmen würde. Dann dankte ich ihm warm für seinen Entschluß und drückte ihm meinen Abscheu aus, zwei Brüderreiche zur Schadenfreude des Auslandes in einen Krieg zu stürzen wegen der Uebereilung eines Postenkommandanten. Als ich den König verließ und durch den Vorsaal ging, kam die Königin aus einer Seitenthür und sagte mir: ‚Das ist der glücklichste Tag meines Lebens.‘ In Wien fand mein Benehmen verschiedene Beurteilung; Se. Majestät der Kaiser war damit ganz zufrieden, Fürst Schwarzenberg weniger.“ [1])

Obwohl Prokesch es dem Fürsten nahelegte, die Forderungen gegen Preußen nicht zu hoch zu spannen, ließ sich Schwarzenberg doch nicht davon abbringen, auf der Räumung der Etappenstraße in Hessen zu bestehen. „Wenn man durch Jahre Wind säet, so erntet man Sturm,“ schrieb er am 20. November an seinen Gesandten in Berlin. „Das kann den König nicht überraschen. Daß

---

[1]) „Aus den Briefen des Grafen Prokesch v. Osten“ (Anhang, Berlin I).

wir auf die Lage der preußischen Regierung Rücksicht nehmen, daß von hier aus alles nur mögliche geschieht, um das leider nur zu schwache, gesunde Element im Berliner Kabinett zu unterstützen und zu kräftigen, muß doch anerkannt werden. Ueber eine gewisse Linie hinaus muß man uns aber nicht zu drängen suchen. ... Wenn man unserer Erklärung nicht traut, wenn man sie nicht genügend findet, die preußische Ehre sicher zu stellen, so müßte ich bemerken, daß dieses Mißtrauen einer Insulte sehr nahe käme." Friedrich Wilhelm hatte seinerseits den Gesandten der Unionsfürsten am 15. November die Mitteilung machen lassen, daß er wegen des Einspruches Oesterreichs die Verfassung vom 28. Mai 1849 nicht zur Ausführung bringen werde, andererseits hatte die Bundesversammlung in Frankfurt die für die preußischen Etappenstraßen gewünschten Garantien bewilligt, aber die Räumung Kurhessens glaubte der König nicht anordnen zu können. Braunschweig verlangte seine Hülfe gegen den Durchmarsch fremder Truppen, sollte und durfte er dem Bundesgenossen sein Unvermögen gestehen? Die am 21. eröffneten preußischen Kammern nahmen die fast kriegerisch klingende Thronrede mit Begeisterung auf, die Einberufung der Waffenfähigen erregte nirgends Unwillen, die Presse aller Parteien mit Ausnahme der „Kreuzzeitung" erwartete mit Zuversicht eine Politik der Entschiedenheit, wenn nötig mit Berufung auf die Waffen. Konnte Preußen dieser Stimmung gegenüber seine Truppen vor den Baiern Kehrt machen lassen? Schwarzenberg wurde von Berlin neuerdings angegangen, den Abschluß der holsteinischen und kurhessischen Angelegenheit bis nach dem Abschlusse der Dresdener Konferenzen auf sich beruhen zu lassen. Dies konnte Oesterreich der Bundestruppen wegen nicht zugestehen, denen man auch nicht zumuten durfte, vor den Preußen zurückzugehen. In den engen Kantonierungen, in denen sie bei Fulda standen, konnte man sie aber auch nicht länger erhalten. Schwarzenberg ließ also am 24. ein Ultimatum an Prokesch abgehen: Am 27. werden die Bundestruppen auf Kassel vorrücken und einem etwaigen Widerstand Waffengewalt entgegensetzen. Die preußische Regierung möge binnen 48 Stunden die Fragen beantworten: 1. Ob die Bundestruppen ungehindert nach Kassel marschieren könnten, und 2. ob die entsprechenden Befehle an den preußischen kommandierenden Generalleutnant v. Gröben abgegangen seien?

Nun stellte Friedrich Wilhelm den Antrag auf eine persönliche Verhandlung zwischen Manteuffel und Schwarzenberg. Er schrieb an den Kaiser Franz Joseph, die Königin an Erzherzogin Sophie; Manteuffel sollte die Briefe dem Fürsten einhändigen. Ein Graf Stolberg[1]) war mit der Anbahnung der Begegnung bereits in Wien thätig. Schwarzenberg wollte die Zusammenkunft erst zusagen, wenn die Etappenstraße in Hessen für den Durchmarsch der nach Holstein bestimmten Bundestruppen von Preußen freigegeben sei; es bedurfte eines Befehles des Kaisers, um ihn zu bestimmen, dem preußischen Minister, der am 27. von Berlin abgereist war, nach Olmütz entgegenzureisen und dort seine Eröffnungen entgegenzunehmen. Es muß als ein persönliches Verdienst des Kaisers Franz Joseph anerkannt werden, den Ausbruch des Krieges im Dezember 1850 ver-

[1]) Prokesch schreibt irrtümlich „Westfalen".

hindert zu haben. Es gibt sogenannte „gute Oesterreicher“, die das Entgegenkommen des jungen Monarchen gegenüber Preußen beklagen und an der Ueberzeugung festhalten, der Krieg hätte damals zu einem durchschlagenden Siege Oesterreichs und der Süddeutschen geführt, der Ausschluß Oesterreichs aus dem Verbande der deutschen Staaten wäre danach für immer vermieden gewesen. Die militärischen Verhältnisse der beiden Staaten geben kein Recht zu der Annahme, daß Preußen geschlagen worden wäre;[1]) augenblickliche große Erfolge Oesterreichs waren sogar unwahrscheinlich, gewiß ist dagegen, daß die Kriegserklärung eine finanzielle Klemme der ärgsten Art in Wien nach sich gezogen hätte. Der von den österreichischen Kriegsrüstungen begeisterte Graf Vitzthum v. Eckstädt, der bei einer einzigen österreichischen Armee 600 bespannte Geschütze gezählt haben will und von einer „bewaffneten Intervention zum Schutze der preußischen Regierung gegen ihre eigene Landwehr“ faselt, muß zugestehen, daß „die Gesichter immer länger werden, je mehr die Metalliques fallen“. Er findet zwar „den bleichen Schrecken der Geldmenschen ergötzlich genug“, aber er kann nicht verhehlen, daß Felix Schwarzenberg „Va banque!“ ruft. Die Spekulation auf innere Wirren in Preußen, auf Schwierigkeiten bei der Landwehr war jedenfalls verfehlt, der Widerstand der königlichen Truppen wäre gewiß so nachhaltig gewesen, daß bis zum Einschreiten Rußlands keine Gefahr für den Bestand des preußischen Staates eingetreten wäre. Der Zar hätte aber Oesterreich gewiß nicht mehr zugestanden, als was es auf friedlichem Wege ohnehin erreicht hat.

Am Abende des 28. und den ganzen 29. November bemühten sich die beiden leitenden Staatsmänner der deutschen Großmächte im Gasthause „zur Krone“ in Olmütz, den Schlüssel zu einem Uebereinkommen zu finden, das der augenblicklichen Sachlage und ihren Interessen entspräche. Manteuffel hat zwar nicht den Wiederbestand der alten Bundesverfassung förmlich anerkannt, aber er hat die Notwendigkeit einer Kooperation der in Frankfurt vertretenen und der übrigen deutschen Regierungen zugegeben. Oesterreich hat die Beratung der Bundesreform von der Bundesversammlung in Frankfurt losgelöst und den „freien Konferenzen“ zugewiesen, die schon Mitte Dezember von Oesterreich und Preußen gemeinsam nach Dresden berufen werden sollten. Bezüglich Hessens und Holstein wurde folgendes vereinbart: „Da es im allgemeinen Interesse liegt, daß sowohl in Kurhessen wie in Holstein ein gesetzmäßiger, den Grundgesetzen des Bundes entsprechender und die Erfüllung der Bundespflichten möglich machender Zustand herbeigeführt werde, da ferner Oesterreich in seinem Namen und im

[1]) Freih. v. Sacken a. a. O. meint, es seien alle Vorbereitungen getroffen gewesen, um mit einer Heeresmacht von 250 000 Mann offensiv und konzentrisch gegen Berlin vorzubrechen. Die „Vorbereitungen“ waren auch nicht weiter vorgeschritten als die Mobilmachung der neun preußischen Corps und der Landwehren, die mindestens ebensoviel ausmachten. Sacken meint „Oesterreich hätte auf die Mitwirkung einer bedeutenden Truppenmacht Rußlands rechnen können“ und bezieht sich dabei auf einen Ausspruch Theodor v. Bernhardis „Unter Nikolaus I. und Friedrich Wilhelm IV.“ Dieser stammt aus dem Januar 1850 und ist sehr allgemeiner Natur. Zar Nikolaus wollte mit gewaffneter Hand Frieden machen, aber nicht mit Oesterreich marschieren! Ob Radetzky als Feldherr noch für einen Krieg in Deutschland ausgereicht hätte, vermag wohl niemand zu beurteilen. Vitzthum behauptet, Radetzky habe den Frieden in Berlin diktieren wollen. Den Willen haben nach ihm auch andere gehabt.

Namen der ihm verbündeten Staaten die zur Sicherung der Interessen Preußens von letzterem geforderten Garantien in vollem Maße gegeben hat, so kamen die beiden Regierungen von Oesterreich und Preußen für die nächste Behandlung der Fragen und ohne Präjudiz für die künftige Entscheidung über folgendes überein: In Kurhessen wird Preußen der Aktion der von dem Kurfürsten herbeigerufenen Truppen kein Hindernis entgegenstellen und zu dem Ende die nötigen Befehle an die kommandierenden Generale erlassen, um den Durchgang durch die von Preußen besetzten Etappenstraßen zu gestatten. Die beiden Regierungen von Oesterreich und Preußen werden mit ihren Verbündeten den Kurfürsten auffordern, seine Zustimmung dazu zu geben, daß ein Bataillon der von dem Kurfürsten requirierten Truppenmacht und ein königlich preußisches Bataillon in Kassel verbleiben, um die Ruhe und Ordnung zu erhalten. Nach Holstein werden Oesterreich und Preußen nach gepflogener Rücksprache mit ihren Verbündeten, und zwar so schleunig als möglich, gemeinsame Kommissare schicken, welche im Namen des Bundes von der Statthalterschaft die Einstellung der Feindseligkeiten, die Zurückziehung der Truppen hinter die Eider und die Reduktion der Armee auf ein Drittel der jetzt bestehenden Truppenstärke verlangen, unter Androhung gemeinschaftlicher Exekution im Weigerungsfalle." Außer den Punktationen nahm Manteuffel auch noch einen Artikel wegen der Abrüstungen an, der bestimmte, daß Preußen damit den Anfang machen und daß die Einleitungen dazu vorausgegangen sein müßten, bevor die Dresdener Konferenzen eröffnet werden könnten. Oesterreich genoß außerdem den Vorzug, drei Bataillone jedes Infanterieregiments, die gesamte Kavallerie und Artillerie und 40000 Mann Exekutionstruppen für Hessen und Holstein auf dem Kriegsfuße erhalten zu dürfen.

Otto v. Manteuffel war weit über seine Instruktion hinausgegangen, er hat nur den Schein einer Vereinigung der beiden Großmächte zu einer gemeinsamen deutschen Politik gewahrt, thatsächlich aber das Diktat Schwarzenbergs angenommen. Er mußte in der Conseilssitzung vom 2. Dezember die heftigsten Vorwürfe des Prinzen von Preußen und bis an sein Ende die abfälligste Kritik aller liberalen Publizisten hinnehmen; erst v. Sybel hat ausgesprochen, es könne doch gut gewesen sein, daß sich ein Manteuffel fand, um einen Frieden wie den Olmützer auf sich zu nehmen. Was der patriotische Instinkt des preußischen Beamten ohne viel Besinnen und Erwägen erkannt hat, die Notwendigkeit einer Verschiebung der Lösung der deutschen Frage bis zur Vollendung der Vorbereitungen in Preußen, das hat der geniale Staatsmann im Zusammenhange geschichtlicher Entwickelung gesehen und über den beschämenden Augenblick hinaus die Zukunft erfassend begründet. In der Form eines Angriffes gegen die liberale Kammerpartei hat Bismarck schon am 3. Dezember im preußischen Landtage das Ministerium Manteuffel dazu beglückwünscht, daß es den Krieg mit Oesterreich verhindert hat. Die große Rede enthält viele Aussprüche, die der Leiter der preußischen Politik in den sechziger Jahren zurückweisen, manche Grundsätze, die er bekämpfen mußte; aber auch tiefe Wahrheiten und bedeutungsvolle Hinweise auf die Zukunft. Vor allem wollte Bismarck nicht dulden, daß man von einer Verletzung der preußischen Ehre sprach. „Die preußische Ehre besteht nach meiner Ueberzeugung nicht darin, daß Preußen überall in Deutschland den Don Quichotte

spiele für gekränkte Kammerzelebritäten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen sich vor allem vor jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie fern halte, daß Preußen in der vorliegenden wie in allen anderen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung, daß dasjenige, was Preußen und Oesterreich nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands gemeinschaftlich ausgeführt werde." Das Wichtigste war ihm, daß die Gestaltung Deutschlands in keiner Weise präjudiziert war. „Die Hauptfrage, die Krieg und Frieden birgt, die Gestaltung Deutschlands, die Regelung der Verhältnisse zwischen Preußen und Oesterreich und die Verhältnisse von Preußen und Oesterreich zu den kleineren Staaten, soll in wenigen Tagen der Gegenstand der freien Konferenzen werden, kann also jetzt nicht Gegenstand eines Krieges sein. Wer den Krieg durchaus will, den vertröste ich darauf, daß er in den freien Konferenzen jederzeit zu finden ist: in 4 oder 6 Wochen, wenn man ihn haben will." [1])

Nicht nur die Reformmission Preußens, die in der Unionsverfassung ihren Ausdruck gefunden hatte, war am Ende der Revolutionsepoche gescheitert, auch Oesterreich mußte die Hoffnungen zu Grabe tragen, zu denen es sich durch seine Wiedergeburt berechtigt glaubte. Fürst Schwarzenberg war aus dem Grunde so bereitwillig auf die von Preußen gewünschten freien Konferenzen eingegangen, weil er selbst in seinen politischen Ideen weit über die Metternichsche Bundesverfassung hinausgehen und deshalb die Fesseln, die diese auch dem siegreichen Oesterreich anlegte, brechen wollte. Er hielt fest an der Absicht, das Siebzigmillionenreich, ein gewaltiges mitteleuropäisches Staatengefüge mit österreichischer Hegemonie, zu begründen. Als er sich am 22. Dezember in Dresden einfand, um die Konferenzen persönlich zu eröffnen und einzuleiten, glaubte er sein und des Kaisertums Ansehen so hoch gesteigert, daß ein Widerspruch gegen diesen Plan kaum zu erwarten oder wenigstens spielend zu brechen sein werde. Er sah nicht voraus, daß Preußens passiver Widerstand ohne irgendwelche offensive Bewegung genügen müsse, seine kühnen Schritte zu hemmen; deshalb versäumte er es, durch wirklich wertvolle Zugeständnisse Preußen zu gewinnen und an seiner Seite zu erhalten. Dies wäre sofort möglich gewesen, wenn er das Prinzip der Zweiherrschaft angenommen und einer ehrlichen Teilung der Gewalt unter den beiden Mächten zugestimmt hätte. Oesterreich vertrat aber damals einen Stand-

---

[1]) Wie weit man auf liberaler Seite damals davon entfernt war, in Bismarck einen ernst zu nehmenden Staatsmann zu erblicken, beweist der Bericht der „Gegenwart" (IX. Bd. 1854) über die Kammerdebatte vom 3. Dez. 1850: „Bismarck sprach der Kammer das Recht ab, sich irgendwie in die diplomatischen Angelegenheiten zu mischen, und drückte mit frivolem Scherze den Wunsch aus, daß wenn, wider Erwarten, die Mehrheit sich für den Krieg erklären sollte, das Ministerium denselben nicht Oesterreich, sondern den Kammern erklären würde, da bekanntlich eine Kammer leichter mobil zu machen wäre als ein Heer." Für die Angriffe Vinckes gegen Manteuffel, die in das Verlangen einer Absage an Oesterreich verklangen, findet der Referent das größte Interesse und zwanzigfachen Raum.

punkt, der immer nur sehr schnell vorübergehende Erfolge zu Tage fördert, den des unbeschränkten Egoismus ohne Rücksicht auf die Erreichbarkeit der eigenen Ansprüche. Es war ein verhängnisvoller Mangel an Voraussicht, den diplomatischen Sieg von Olmütz für eine definitive Entscheidung zu Gunsten der immerwährenden Hegemonie Oesterreichs in Deutschland zu halten. Der Eintritt des Gesamtstaates in den Bund war eine so große, so folgeschwere Forderung, daß man sie vernünftigerweise nicht ohne Gegenleistung verlangen konnte. Diese hatte in der Gleichstellung Preußens mit Oesterreich in Bezug auf das Präsidium des neuen Bundes bestanden; man konnte sich aber nicht dazu entschließen, sie zuzugestehen, sondern mutete noch obendrein Preußen die Annahme einer Verfassung zu, durch die es unwiderruflich in die Minorität in der Bundesleitung versetzt war.

In Frankfurt hatte die Mehrheit des deutschen Volkes die Verfassung gemacht, die ihm die wünschenswerte schien; in den Berliner Konferenzen war Preußen mit der Radowitzschen Unionsverfassung aufgetreten, hatte alle Kleinstaaten dafür gewonnen, in Gotha und Erfurt schlossen sich ihm die Vertreter der Frankfurter Mehrheit an. Dresden war das Feld, wo Oesterreich die Lösung der deutschen Frage nach seinem Sinne versuchen durfte. Es verfügte dort über eine imposante Macht, da es auf die Stimmen der vier Königreiche, der beiden Hessen und mehrerer Kleinstaaten zählen durfte, nachdem die Warschauer und Olmützer Konferenzen auch ein für seine Forderungen besonders in Betracht kommendes Hindernis, die Volksvertretung im Bunde, beseitigt hatten. Bei der Wahl der Kommissionen für die Einzelberatungen am 27. Dezember gingen die österreichischen Vorschläge durch. Preußen konnte in jeder überstimmt werden. In der ersten, der die Beratung der Organisation der obersten Bundesbehörde und des Umfanges des Bundesgebietes zufiel, befanden sich unter Oesterreichs Vorsitz die Gesandten von Preußen, Baiern, Sachsen, Württemberg, Hannover, beiden Hessen, Frankfurt, Sachsen-Weimar. Bei einem Besuche Schwarzenbergs in Berlin wurde die Verständigung zwischen den beiden Großmächten so weit gefördert, daß bereits die Einbeziehung von Gesamtösterreich in den neu zu schaffenden Bund zugegeben war, wogegen Schwarzenberg für seine Person die Parität im Präsidium zur Erörterung zuzulassen versprach. Wie v. Sybel mit Recht voraussetzt, war er sicher, daß die Königreiche weder die Parität noch die Uebertragung der Exekutive an die beiden Großmächte genehmigen würden. Für die oberste Bundesleitung war neuerdings ein Direktorium in Vorschlag gebracht, diesmal von sieben Mitgliedern mit neun Stimmen: Oesterreich, Preußen mit je zwei, Baiern, Sachsen, Württemberg mit je einer, die beiden Hessen mit zusammen einer Stimme. Alle anderen Staaten waren von der Exekutive ausgeschlossen, selbst Baden, das damals schon 1300000 Seelen zählte. Es war vorauszusehen, daß dieser Vorschlag niemals angenommen werden könne; man erweiterte demnach das Direktorium von neun auf elf Stimmen, indem nach Oesterreich, Preußen und den vier Königen noch eine neunte Stimme: beide Hessen und Baden, eine zehnte: Holstein, Luxemburg, Braunschweig, Nassau, beide Mecklenburg, Oldenburg, eine elfte mit allen übrigen Kleinstaaten geschaffen werden sollte. Noch immer konnte Preußen mit höchstens vier gegen Oester-

reichs und seiner Verbündeten sieben Stimmen auftreten, wenn es sich um die Wahrung seines Einflusses und Ansehens handelte. Was sollte ihm und was sollte Deutschland diese neue Organisation frommen, die nicht für nationale Angelegenheiten, sondern für die Erhaltung der österreichischen Monarchie eingerichtet wurde? Sowohl Preußen als die Kleinstaaten fanden dagegen die alte Bundesverfassung noch sehr vorteilhaft, ihre Schwerfälligkeit schützte wenigstens gegen Ueberrumpelung und Ausbeutung.

Der österreichische Ministerpräsident war darauf nicht vorbereitet gewesen, er klagte am 4. Februar in einem Schreiben an Prokesch: „. . . Die noch vor zwei Monaten im wegwerfendsten Tone von dem alten Bunde sprachen, steuern jetzt gerade dahin zurück und hoffen dadurch mehr Souveränität zu retten, als ihnen nach unseren Vorschlägen zukäme . . . Oesterreich und Preußen haben die moralische Verpflichtung übernommen, Ordnung und Gesetzlichkeit in Deutschland wieder herzustellen, sie tragen die Verantwortung für alles, was zur Erreichung dieses großen Zieles gethan oder nicht gethan wird. Ich halte unsere in Dresden gemachten Vorschläge für die besten und zweckmäßigsten, die unter den gegebenen Umständen gemacht und ausgeführt werden können, und da ich nicht bezweifeln kann, daß man in Berlin derselben Ansicht ist, hoffe ich, daß Herr v. Manteuffel sich bereit erklären wird, durch sein persönliches Auftreten die allenfalls noch bestehenden Schwierigkeiten wegzuräumen und in kürzester Frist zur Installierung der Bundeszentralgewalt zu schreiten." Prokesch erkennt, daß Preußen mit dem alten Bundestag „drohe, um zum Dualismus zu gelangen, der eigentlich der Kern der Paritätsfrage ist", er weist wiederholt auf Opfer hin, die Preußen von Oesterreich verlange, und spricht sich endlich am 6. März mit ziemlicher Entschiedenheit dahin aus, daß er es nicht ungerechtfertigt finde, die Wünsche Preußens zu berücksichtigen. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz hat ihm gesagt, es sei für den König eine Unmöglichkeit, die Gleichstellung im Präsidium nicht anzusprechen, ihm erscheine diese Konzession gering neben den Erfolgen, die für ganz Deutschland die aufrichtige Einigung der beiden Großmächte unter sich haben müßte. Prokesch sieht auch voraus, daß die Nichtachtung der preußischen Forderung das Scheitern der Dresdener Konferenzen, den alten Bundestag und auf diesem die Opposition Preußens gegen alle österreichischen Vorschläge nach sich ziehen müsse, und meint: „Für eine aufrichtige Einigung mit Preußen scheint mir, bei einer wirklichen Umgestaltung des Deutschen Bundes, das Opfer, wenn es in der richtigen Form verlangt und gebracht wird, nicht zu groß. Aber wo sind die Bürgschaften dieser aufrichtigen Einigung?" Sein fürstlicher Vorgesetzter ging aber auf diese Anregung nicht ein, auch der Hinweis auf die Aeußerung russischer Staatsmänner, Oesterreich solle in der Paritätsfrage nachgeben, scheint keinen Eindruck auf ihn gemacht zu haben. Schwarzenberg war eben kein Politiker, er wog die Kräfte, die Oesterreich gegenüberstanden, nicht gegen die eigenen ab. Ihm erscheint es nur sehr lächerlich, daß die „seit zwei Jahren dasselbe Stroh durchdreschenden Depeschen zur Wahrheit werden sollen". „Soll durchaus nichts zu stande kommen," schreibt er am 29. März, „so bleibt es beim alten, weil ein fadenscheiniger, zerrissener Rock immer noch besser ist als gar keiner. Meiner unmaßgeblichen Ansicht nach ist der alte Bundestag ein

schwerfälliges, abgenütztes, den gegenwärtigen Umständen in keiner Weise genügendes Zeug, ich glaube sogar, daß die gründlich erschütterte, sehr wackelnde Butike beim nächsten Anstoß von innen oder außen schwächlich zusammenrumpeln wird. Wenn man es darauf ankommen lassen will, so können wir es nicht hindern." Warum nicht? darüber gibt der Fürst keine Aufklärung. Für ihn war es wohl ein politisches Axiom, daß Oesterreich für die Erhaltung seiner Stellung in Deutschland nichts zu thun brauche.

Preußen war im Augenblick zu keiner anderen Politik geeignet, als zu der des passiven Widerstandes gegen die österreichische Bundesreform; eigene Vorschläge konnte es nicht machen, da der Zug zu Rußland und zum Absolutismus zu stark in den regierenden Kreisen wirkte. Prinz Albert hat seinem Bruder Ernst von Koburg diese Ansicht schon im Dezember 1850 in klaren Worten ausgedrückt: „Es kommt für Preußen lediglich darauf an, sich zum ehrlichen, aufrichtigen, begeisterten Träger konstitutioneller Freiheit in Deutschland zu machen, um in unbesiegbarer Stärke dazustehen; wenn es bloß Preußen sein will, nach der heiligen Allianz sich zurücksehnt, kein Vertrauen in das konstitutionelle System setzt, Etappenstraßen nur in Hessen verteidigen will, so wird es, was es war, trotz seiner ungeheuren Rüstungen — der unterthänige Diener Oesterreichs und Rußlands und mit dem Unterschiede dazu, daß es nun auch von diesen verachtet wird." Im März 1851 faßte er sein gewiegtes Urteil in die Worte: „An die Regelung der deutschen Verhältnisse ist nicht zu denken, solange Preußen seine Schuldigkeit nicht thut."

Den Schwarzenbergschen Ideen vom mitteleuropäischen Staatenbunde unter Oesterreichs Führung traten außer Preußen, ja mehr noch als dieses, auch die Westmächte entgegen. Frankreich protestierte energisch gegen die Aufnahme der italienischen Provinzen in den Deutschen Bund. Oesterreich war daher sehr zufrieden, daß es während der aussichtslosen Tagung in Dresden wenigstens zu einem Allianzvertrag mit Preußen gelangte, der ihm für die nächsten drei Jahre den Besitz des lombardisch-venetianischen Königreiches sicherte. Im Mai entschloß man sich, die Konferenzen zu schließen und die verschiedenen Ausarbeitungen der Kommissionen als „schätzbares Material" dem Bundestage zu übergeben. Zu Abstimmungen über die wesentlichen Anträge ist es nicht gekommen. Es war völlig klar, daß ohne Einverständnis Preußens auch Oesterreich mit seinen königlichen Bundesgenossen an die Bundesreform nicht denken könne. Diese mußten den schönen Träumen entsagen, von denen uns die Aufschreibungen des Koburgers Kenntnis geben: „Die Baiern sprechen unumwunden aus, daß es das Bestreben Oesterreichs und der Großmächte sein müsse, aus ihnen einen Preußen gewachsenen Staat zu bilden; sie werden daher stets im Geheimen die Mediatisierung protegieren und träumen sich stets in ihre Trias hinein. Den feinen Fäden ihrer Politik begegnet man überall. Das sächsische Gouvernement will gerade das Königreich nicht so vergrößert wissen, daß es eine Großmacht wird, aber der sächsische Partikularismus fordert die an Preußen gefallene Provinz zurück. Man glaubt sich hie und da berufen, einen mitteldeutschen Zentralstaat bilden zu sollen, der unter Oesterreichs direkter Protektion dereinst eine Anwartschaft auf Vergrößerung nach Norden gewinnen könne. Auf mein Be-

fragen, wie denn Sachsen jetzt, da der Krieg mit Preußen ferne läge, solche Ziele erreichen könnte, wurde mir nun eine Menge der fabelhaftesten Projekte vorgetragen, von denen ich nur eines Erwähnung thun will. Ein Krieg mit Frankreich sei unvermeidlich; man müsse die Bourbons wieder mit Waffengewalt in ihre Rechte einsetzen, müsse aber Frankreich schwächen, das alte Lothringen bei Deutschland behalten und es zu drei Vierteilen an Baiern und zu einem Vierteil an Preußen geben, welches letztere dafür die Provinz Sachsen wieder abtreten müsse."

Die Kleinstaaten und die durch den österreichischen Entwurf zu Kleinstaaten erniedrigten Mittelstaaten (Baden, Hessen-Darmstadt, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin u. a.) wehrten sich energisch gegen den Ausschluß aus der Exekutive. Sie wandten sich namentlich gegen die Aufstellung des sogenannten Machtprinzips, das in einem Staatenbunde unhaltbar sei. Wirkliche Macht könnte überhaupt nur Oesterreich und Preußen entfalten; die Mittelstaaten könnten diesen auch keinen ausreichenderen Widerstand entgegensetzen, wenn es sich um ihre Existenz handeln solle, wie die Kleinstaaten. Die freien Städte heben hervor, daß es außer der Bevölkerungs- oder Truppenzahl noch andere Maßstäbe für die Bedeutung der Staaten gebe. Wenn vom deutschen Welthandel die Rede sei, so sei fast ausschließlich nur vom Handel der Hansestädte die Rede. Sie haben seit Jahrhunderten mit transatlantischen und afrikanischen Staaten Bündnisse und Verträge geschlossen, wo kein anderer deutscher Staat solche habe oder zu haben interessiert sei; sie haben trotzdem für ganz Deutschland gehandelt, allen deutschen Staaten das Recht des Beitrittes ausbedungen und ihre Konsuln und Agenten angewiesen, die Unterthanen aller deutschen Bundesstaaten wie die Bürger der Hansestädte zu vertreten. Da in dieser Weise das österreichische Projekt zurückgewiesen wurde, brauchte Preußen sich in den Verhandlungen gar nicht zu ereifern. Die Ansicht, daß die Wiederherstellung des alten Bundes solchen Reformen vorzuziehen sei, brach sich bei der Mehrheit der Bundesmitglieder ohne Zuthun Preußens Bahn.

Das einzige Ergebnis der Dresdener Konferenzen blieb daher die Erklärung Preußens an seine Verbündeten (27. März 1851), daß es angesichts der dringenden Notwendigkeit, dem Bunde eine wirksame Leitung seiner Angelegenheiten zu sichern, welche die Lage Deutschlands wie des gesamten Europas mehr denn je erheische, es für seine Pflicht erachte, durch allgemeine Beschickung der Bundesversammlung zu Frankfurt das für den Augenblick Erreichbare zu thun. Der von Preußen in Aussicht genommene gemeinsame Eintritt der ehemaligen Unionsstaaten kam nicht zu stande. Doch vollzogen sich die Beitrittsakte der einzelnen Staaten in der Weise, daß Mitte Juni 1851 der alte Bundestag wieder hergestellt war. Auch der Umfang des Bundesgebietes erlitt keine Veränderung. Frankreich und England haben es sogar für notwendig befunden, in gleichlautenden Noten am 9. Juli gegen die Aufnahme der außerdeutschen Länder der österreichischen Monarchie in den Bund zu protestieren, da sie darin eine Verletzung der europäischen Verträge von 1815 erblickten. Sie hoben namentlich hervor, daß der Deutsche Bund dadurch auch seinen deutschnationalen Charakter und damit seine durch die Verträge garantierte wesentliche Natur ver-

liere. Die Bundesversammlung wies den Protest zwar am 17. Juli als eine fremde Einmischung in die innere Angelegenheit des Deutschen Bundes und als der Bundesakte widersprechend zurück, aber sie hat auch niemals den Versuch gemacht, über die Aufnahme der nichtdeutschen österreichischen Länder zu verhandeln. Die Einverleibung von Ost- und Westpreußen und einem Teile von Posen, die noch im April 1848 durch den engeren Rat beschlossen worden war, wurde dagegen am 3. Oktober durch die Bundesversammlung ausdrücklich widerrufen.

Eine seinem Wesen entsprechende Thätigkeit, durch die er sich bei der Nation ein gebührendes Andenken schuf, entfaltete der Bund in Kurhessen durch seinen Kommissär, einen Grafen von Leiningen-Westerburg. Preußen wollte zwar den Olmützer Punktationen gemäß einen gleichberechtigten Kommissär in der Person des Generals v. Peucker in Hessen einführen und durch diesen zwischen der kurfürstlichen Regierung und dem Landtagsausschusse vermitteln. Es mußte sich hier aber eine wiederholte Zurückweisung gefallen lassen und nicht nur Peucker, sondern auch das bedungene Besatzungsbataillon aus Kassel zurückziehen. Der Bund lieh dem gröbsten Verfassungsbruche seine Hand, sein Kommissär und die 5000 bairischen Bundesexekutionstruppen zwangen die hessischen Behörden zur Anerkennung der kurfürstlichen Patente vom 4. und 28. September und büßten die Widersacher des Hassenpflugschen Regimentes mit den härtesten Einquartierungslasten. Ein unteres und ein oberes Bundesmilitärgericht, mit bairischen und österreichischen Offizieren besetzt, eine Militäruntersuchungskommission, ein kurfürstliches permanentes Kriegsgericht und ein Generalauditoriat arbeiteten sich dienstbeflissen in die Hände, damit ja keiner der gemeinschädlichen Revolutionäre, die ihren Landesherrn hatten zwingen wollen, sein Wort zu halten, der Strafe entgehe. Die Mitglieder des Ständeausschusses, die trotz des vom Grafen Leiningen erlassenen Verbotes jeder verfassungsmäßigen Amtshandlung eine Anklage gegen Hassenpflug beim Oberappellationsgerichtshof eingebracht hatten, wurden nach langwieriger Untersuchung zu mehrjähriger Festungsstrafe verurteilt, gegen eine große Zahl von Gerichts- und Finanzbeamten wurden Klagen wegen „Renitenz“ erhoben und ihnen Freiheitsstrafen zuerkannt, die wichtigsten Stellen mit Kreaturen Hassenpflugs und seines geistlichen Gesinnungsgenossen Vilmar besetzt. Die Bundesversammlung gab im März 1852 auch ihre Zustimmung zur Abänderung der Verfassung von 1831 mit den Zusätzen von 1848 und 1849, worauf die kurfürstliche Regierung am 13. April eine neue Verfassung verlautbarte, durch die sie einen ihr ergebenen Landtag zu stande zu bringen hoffte. In der neuen zweiten Kammer befand sich die Opposition zwar in der Minorität, sie war aber doch stark genug, um im Verein mit der sehr selbständig auftretenden ersten Kammer die Anerkennung der oktroyierten Verfassung zu verhindern und den finanziellen Unternehmungen der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Hassenpflug war rücksichtslos genug, in einem Landtagsabschied vom 9. Februar 1854 zu erklären, daß die Kammern von der Regierung nur als beratende Körperschaften betrachtet würden und daß diese in betreff der Verfassung wie anderer Gegenstände nur das ihr angemessen Scheinende eintreten lassen werde. Es wurden die haarsträubendsten Willkürhand-

lungen verübt; die Zivilehe wurde im Verordnungswege aufgehoben, das Briefgeheimnis im Interesse der Polizeiverwaltung preisgegeben, Buchhandlungen und Druckereien wurden geschlossen, die Gymnasien für kirchliche Anstalten erklärt. Als Hassenpflug die Unterdrückung auf geistlichem Gebiete durch die Ernennung Vilmars zum Superintendenten befestigen wollte, bekam sogar der Kurfürst Angst vor der Tyrannei des lutherischen Bonzen und bereitete seiner und Hassenpflugs Herrlichkeit ein jähes Ende. Die Entlassung des Ministeriums erfolgte am 8. Oktober 1855; das ihm folgende (Scheffer) hatte vor allem mit finanziellen Sorgen zu kämpfen, denn „die Wiederherstellung der Ordnung" hatte ungeheure Summen verschlungen, die Bundesexekution den Wohlstand der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung zerstört. Schon 1852 waren für die Notleidenden der Provinz Fulda in den Nachbarländern Sammlungen veranstaltet worden.

Ohne bedenkliche Zwischenfälle für die öffentliche Ruhe vollzog sich die Wiedereinsetzung des Königs von Dänemark in seine landesherrlichen Rechte in den deutschen Herzogtümern, die der Bund auf sich genommen. Während das österreichische Corps Legeditsch in einer Stärke von 25000 Mann, 3500 Pferden und 76 Geschützen durch Hannover heranrückte und Preußen die Vorbereitungen zur Herstellung einer großen Pontonbrücke über die Elbe traf, verhandelten bereits die Kommissäre Oesterreichs und Preußens, General Graf Mensdorff-Pouilly und General v. Thümen, mit der Statthalterschaft in Kiel. Nach kurzem Bedenken wurde der Gedanke an ferneren Widerstand gegen die Beschlüsse der Großmächte und des Deutschen Bundes aufgegeben. Die Landesversammlung vom 11. Januar 1851 beschloß, die Feindseligkeiten einzustellen, das Heer, das bis auf 40000 Mann angewachsen war, hinter die Eider zurückzuziehen und bis auf ein Drittel zu entlassen. Die Kommissäre wirkten durch Versprechungen autonomer Gebarung, namentlich mit dem vorhandenen Heeres- und Flottenmaterial, beruhigend auf die Gemüter ein, sie sahen sich aber bald außer stande, ihre Zusagen aufrecht zu erhalten. Die österreichischen Truppen zogen ins Land, trotzdem dieses der Selbsthülfe entsagt hatte, und führten alle Forderungen der Dänen aus. Diese griffen begierig nach der Beute, die sie niemals erobert haben würden, und erfreuten sich an der Befriedigung ihres Rachebedürfnisses mit fremder Hülfe. Das ganze Jahr 1851 wurde über die künftige Verfassung und Verwaltung der Herzogtümer zwischen der dänischen Regierung und den Bundesexekutoren verhandelt, das Flensburger „Notablenparlament" verlief ergebnislos, eine ohne Teilnahme der Volksvertretung erlassene Verordnung der dänischen Regierung vom 28. Januar 1852 regelte endlich die Beziehungen der einzelnen Teile des dänischen Gesamtstaates. Als gemeinsame Angelegenheiten wurden erklärt der königliche Hofstaat, die auswärtigen Angelegenheiten, das Kriegswesen, die Marine, die Finanzen, die Post-, Zoll-, Steuer- und Kolonialangelegenheiten. Innere Verwaltung, geistliche und Schulangelegenheiten, Rechtspflege blieben getrennt. Sie wurden für Schleswig und für Holstein durch besondere Minister besorgt, deren Sitz sich jedoch in Kopenhagen befand. Den beiden Herzogtümern gemeinsam blieb nur die Verwaltung ihrer Universität, des Kieler Kanals, der Landesbrandkasse, der Strafanstalt und einiger Humanitätsinstitute, endlich des ritterschaftlichen Vermögens.

Schleswig war nicht in Dänemark einverleibt worden, aber die staatsrechtliche Verbindung der meerumschlungenen Lande war gelöst.

Im Februar 1852 zogen die Oesterreicher ab, die Dänen nahmen das gesamte schleswig-holsteinische Heeresmaterial samt der kleinen Flotte im Werte von nahezu 6 Millionen Thalern in Empfang. Es befanden sich darunter 600 Geschütze. Ihre Kriegsschulden mußten die Herzogtümer allein übernehmen, aber auch an der Tilgung der dänischen sich beteiligen. Viele Privatvermögen wurden durch Verpflichtungen für öffentliche Anlehen und Haftung für verwendete Kirchengelder zerstört. Sehr traurig wurde das Schicksal der Invaliden, der Witwen und Waisen der im Kriege Gefallenen und der Angehörigen der Landestruppen. „In den nächsten Jahren nach 1850 sahen sich viele der tapferen Verteidiger Schleswig-Holsteins dem bittersten Mangel preisgegeben. Viele waren durch den Krieg ihren bürgerlichen Stellungen entrissen, durch die veränderten Verhältnisse der Hoffnung auf ein Fortkommen in der Heimat beraubt und kehrten voll Trauer derselben den Rücken. Es war eine Fülle namenlosen Elends, das die Hamburger Auswandererschiffe in der nächsten Zeit über das Meer trugen. In Nordamerika und Brasilien, im Kaplande und in der Türkei zerstreuten sich die Mitglieder der tapferen, ehemals schleswig-holsteinischen Armee." (C. Godt.)

Ein schmachvolles Schicksal erfuhr auch die letzte Hinterlassenschaft der deutschen Reichsverweserschaft, die deutsche Flotte. 3629000 Gulden waren an Matrikularbeiträgen dafür eingezahlt, 11 Kriegsschiffe und 26 Kanonenboote erworben worden, ein eigenes Reichsmarineamt besorgte ihren Unterhalt. Seit der Auflösung der provisorischen Zentralgewalt sah es damit schlecht aus, Notlage trat ein, weil die Matrikularbeiträge selbst von jenen Staaten, die bis 1. Oktober 1849 die Zahlungspflicht anerkannt hatten, nicht weiter entrichtet wurden. Die durch die Flottenkomitees aufgebrachten Privatmittel waren längst erschöpft. Die Dresdener Konferenzen hatten zwar eine neue Flottenumlage von 750000 Gulden beschlossen, im Mai 1851 war jedoch der ganze Marinefonds bereits aufgezehrt. Eine Kommission beriet über das Schicksal der deutschen Flotte, sie hat verschiedene Projekte beraten, eine Einigung über die Erhaltung und Weiterentwickelung der Bundesmarine jedoch nicht erzielt. Trotz des Protestes von Hannover und Oldenburg, die eine Nordseeflotte bilden wollten, beschloß der Bund am 7. April 1852 die Veräußerung der Schiffe, die als Bundeseigentum erkannt worden waren. Die „Gefion-Eckernförde" und „Barbarossa" wurden sofort für 713700 Thaler an Preußen verkauft, die Mannschaft am 1. Mai entlassen. Der Verkauf des noch übrigen Materiales an Schiffen, Maschinen, Docks, Geschützen ging sehr langsam vor sich, erst im Oktober konnte er abgeschlossen werden.[1]) Die Schlußrechnung, die in der Bundesversammlung am 10. Januar 1856 vorgelegt wurde, stellte den Ausgaben von 4695752 Thalern einen Erlös von 934726 Thalern gegenüber. Nach Erstattung der aushaftenden Vorschüsse konnten davon noch 12634 Gulden der Bundesmatrikelkasse zugeführt werden. Den Anhängern der Bundesverfassung erschien das traurige Ende einer in ihren Anfängen erfolgreichen nationalen Bestrebung durchaus begründet und

[1]) „Die deutsche Flotte von ihrer Gründung bis zu ihrer Auflösung" (Gegenwart, 10. Bd.).

den Verhältnissen Deutschlands entsprechend. Der Verfasser der „Geschichte der deutschen Bundesverhältnisse von 1806—1856“, Professor Karl v. Kaltenborn, schrieb 1857: „Fürwahr, solange so mächtige reine Landmächte (!) wie Baiern, Sachsen ꝛc. zum deutschen Bunde gehören, solange das deutsche Bundesgebiet nur durch den europäischen Großstaat Oesterreich an das Adriatische Meer grenzt und solange die Interessen der norddeutschen Seestaaten so sehr verschieden sind, als sie es nun einmal durch die Jahrhunderte historischer Entwickelung geworden sind, endlich solange Niederland und Dänemark, diese auf Deutschland eifersüchtigen Seestaaten, im deutschen Bund sich befinden, wird es eine Unmöglichkeit sein, trotz aller patriotischen Wünsche und Bestrebungen eine deutsche Bundeskriegsflotte zu begründen. Die deutsche Nation muß sich in praktischer Nüchternheit damit begnügen, daß die österreichische Seemacht noch mehr wachse, um im Süden mit den österreichischen zugleich die deutschen Interessen zur See selbständig durch das Imponierende der österreichischen Weltstellung zu schützen, denn Oesterreich wird nie darein willigen, seine kaiserliche Kriegsflotte zu einem bloßen Bestandteile einer deutschen Flotte zu machen; ferner daß Preußens erste Marineanfänge zu einer großen Realität gelangen, um auch seinerseits nicht bloß mit dem Nachdrucke einer europäischen Land- und Großmacht, sondern auch als eine respektable Seemacht den Forderungen des deutschen Handels im Norden einen gewissen Nachdruck zu geben, soweit es bei der Uebermacht Englands und bei den Rivalitäten der Mittelseemächte möglich sein wird. Die deutsche Nation wird sich auch hier mit dem praktisch Erreichbaren auf dem Gebiete des politischen Lebens ein Genüge sein lassen müssen und sich hüten, unerfüllbaren Träumereien nachzuhängen, die sich kaum für einzelne leidenschaftliche Patrioten, falls sie nämlich Politiker sein wollen, schicken, geschweige denn für eine ganz große Nation.“ Das war der solide Bundespatriotismus: freiwillige Unterordnung aller nationalen Bestrebungen unter die Diktate des Auslandes, offenes Eingeständnis des eigenen Unvermögens in der Politik, Anerkennung des fremden Uebergewichtes ohne den Anspruch auf Aenderung dieses Zustandes.

Die Verfassung des Bundes wurde auf die Wiener Schlußakte von 1820 zurückgeführt, von den Ausnahmsgesetzen entfielen jene, die nur mit Bezug auf bestimmte Begebenheiten oder nicht mehr vorhandene Zustände erlassen worden waren; die Beschlüsse der Ministerialkonferenzen von 1834 galten nicht als Bundesbeschlüsse. Die Verhandlungen des Bundestages fanden nach wie vor mit Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, über die Art der Bekanntgabe der Beschlüsse wurde viel verhandelt. Die Praxis ergab, daß die offiziellen Mitteilungen sehr mangelhaft blieben und der Inhalt der Verhandlungen nur beiläufig angedeutet wurde. Schon in den Dresdener Konferenzen waren die Vertreter der deutschen Staaten mit geringer Ausnahme darüber einig gewesen, daß die Landesverfassungen von den demokratischen Einschlägen, die durch die Achtundvierziger Bewegung hineingebracht worden waren, wieder gereinigt werden müßten. Nach der Vervollständigung der Bundesversammlung durch den Wiedereintritt Preußens und der übrigen ehemaligen Unionsstaaten stellten Oesterreich und Preußen am

8. Juli 1851 den Antrag auf Einsetzung eines politischen Ausschusses von sieben Mitgliedern und erklärten als dessen Aufgabe, Maßnahmen vorzuschlagen, durch die der innere Friede Deutschlands befestigt und den Kräften der Zerstörung, die ihn seit den Ereignissen des Jahres 1848 zerrütteten, Einhalt gethan werde. Die Ausschußberatungen führten zu den Bundesbeschlüssen vom 23. August, die einerseits die Aufhebung der von der Nationalversammlung beschlossenen und rechtmäßig verlautbarten Grundrechte und andererseits die Notwendigkeit aussprachen, daß die Verfassungen der Einzelstaaten mit den Grundgesetzen des Bundes in Einklang gebracht werden.

Zu diesen Grundgesetzen zählte man in Oesterreich die Aufrechthaltung der möglichst unbeschränkten Monarchie und die Besorgung der Verwaltung durch sogenannte starke Regierungen nach dem Muster des Ministeriums Schwarzenberg. Dieses hatte durch die Erkrankung Stadions, bei dem sich schon im April 1849 der Eintritt der Paralyse bemerkbar machte, den eigentlichen Träger des konstitutionellen Systems verloren. Sein Nachfolger im Ministerium des Innern, der bisherige Justizminister Alexander Bach, war wohl der Mann, um den von Stadion beabsichtigten Ausbau Oesterreichs zu einem nach liberalen Grundsätzen regierten Einheitsstaate durchzuführen, in dem die nationalen und staatsrechtlichen Sonderbestrebungen durch freisinnige, den Wohlstand befördernde Einrichtungen zurückgedrängt werden könnten. Er nahm aber ohne Bedenken die Schwenkung zu den reaktionären Elementen vor, die bei Hof immer ungebundener auftraten und die Haltung des Ministeriums beeinflußten. Schmerling, seit Juli 1849 Justizminister, glaubte in der Verwaltung seines Geschäftszweiges seiner Ueberzeugung getreu bleiben zu können, er führte die Schwurgerichte ein und bemühte sich, dem Richterstande seine Selbständigkeit zu wahren; im Laufe des Jahres 1850 konnte es ihm aber nicht mehr verborgen bleiben, daß Schwarzenberg und Bach jeden Gedanken an die Verwirklichung der Stadionschen Verfassung aufgegeben hatten und damit umgingen, den Bruch mit dem Konstitutionalismus definitiv zu vollziehen. Seine kurze ministerielle Thätigkeit war dennoch eine außerordentlich fruchtbare, namentlich begründete die Gerichtsorganisation, die er im Sinne der Strafprozeßordnung vom 17. Januar 1850 begründete, eine wesentliche Verbesserung der Rechtspflege. Von ihm ging die Errichtung des obersten Gerichts- und Kassationshofes aus, der seine Wirksamkeit auch über Ungarn erstreckte, bevor noch die neue Gerichtsordnung dort eingeführt war. Am 24. Januar 1851 schied Schmerling aus dem Ministerium, das von nun an einen ausgesprochen reaktionären Charakter annahm. Denkwürdig bleibt die Energie, mit der dieses die Grundentlastung, das einzige bleibende Vermächtnis der liberalen Aera, trotz den sich, namentlich in Galizien, entgegentürmenden Schwierigkeiten, ins Leben gerufen hat; es war dadurch der Beweis geliefert, daß sehr komplizierte Verwaltungsreformen auch in ungleichmäßig entwickelten Bevölkerungskreisen durchgeführt werden können, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Im elendesten Zustande befand sich die Finanzverwaltung; ein Anlehensprojekt jagte das andere, die Banknotenpresse war in ununterbrochener Thätigkeit und deshalb der Staatskredit trotz der günstigen Lage der äußeren Politik im Niedergange begriffen. Die Unbeholfenheit in der Finanzgebarung,

die man nicht der Kritik einer Volksvertretung und öffentlichen Diskussionen aussetzen zu dürfen glaubte, hat nicht wenig zu dem Entschlusse beigetragen, den Absolutismus neuerdings als die Staatsform des Kaiserreiches zu erklären.

Der alte Wessenberg verfolgte in Freiburg, wohin er sich wieder zurückgezogen, mit Sorge die Wege der österreichischen Regierung und kritisierte in den Briefen an den Legationsrat Isfordink deren Ungeschicklichkeit bei allen finanziellen Unternehmungen. „Es kommt jetzt ungemein viel auf die neuen Beschlüsse bezüglich der Verfassung an," schrieb er am 3. Oktober 1851. „Man mag es anfangen, wie man will, ohne Verfassung kein Staatskredit, ohne Staatskredit fortwährendes Defizit, nach und nach Ohnmacht, finaliter Unmacht. Ohne Geld vermögen heutzutage auch die größten Armeen nichts. Es war wieder ein großer Mißgriff, daß das Anlehen (von 80 Millionen Gulden Konventionsmünze) eröffnet wurde, ohne daß zugleich von Seite der Bank ostensible Schritte zur Verbesserung des Geldwesens geschahen. Vereinzelte Maßregeln können nichts helfen. Die letzte Kreierung von Staatspapiergeld zur Deckung des Defizits (zuerst dreiprozentigen Kassenanweisungen mit Zwangskurs, dann 50 Millionen Reichsschatzscheinen) hat unsere Zustände in ihrer ganzen Blöße dargethan. Man mußte ein Anlehen machen, um das Defizit zu decken, um nicht später eines machen zu müssen und das Staatspapiergeld wieder aus dem Umlaufe zu ziehen. Der gute Kraus ist ein trefflicher Finanzverwalter, aber kein starker Finanzminister; er ist ein genauer, redlicher Verwalter — sehr schätzbar — aber nicht erfinderisch, wie es scheint, mit den fremden Finanzverwaltungen gar nicht vertraut. Dabei hat er nicht den nötigen Mut, sich unnötigen Ausgaben zu widersetzen. Man begreift wahrlich die österreichischen Staatsmänner nicht. Fürst Metternich wird ihnen auch keinen Sukkurs bringen, denn seine Politik bestand im Nichtsthun; wohin solche geführt hat, wissen wir. Daß unter seiner langen Administration auch keine Staatsmänner für die Zukunft gebildet wurden, ist gleichfalls bekannt." Der kluge Schwabe wußte es ganz genau, daß Metternichs Zeit für immer vorüber war. In der ihm vertrauten Diplomatensprache drückt er das Ergebnis seiner Erfahrungen aus der Revolutionszeit aus: „Quand les opinions ont changé, quand les besoins des gouvernements comme ceux des peuples ont changé, il faut bien que les formes de gouvernement changent aussi, les anciennes ne pouvant plus suffire. Tout le secret des révolutions est là."

Auch der Finanzminister Krauß sah übrigens ein, daß die Ablehnung jeder verfassungsmäßigen Kontrolle der Gebarung mit den Staatsgeldern den Kredit noch verschlimmern und den Staatshaushalt gänzlich zerrütten müsse; er trat zurück, bevor die Entscheidung fiel. Der Handelsminister v. Bruck, der als Protestant in dem Generalstab der katholischen Reaktion nicht taugte, zu dem das österreichische Ministerium gemacht werden sollte, war ihm bereits vorausgegangen. Sein Nachfolger Andreas v. Baumgartner, vor 1848 Professor der Physik und Meteorologie, ein politischer Ueberläufer wie Bach, ließ sich als besonderer Virtuose der „angewandten" Wissenschaft, für alles brauchen, übernahm auch das Finanzportefeuille und wirtschaftete gewissenlos weiter. Es war ja keine persönliche Gefahr dabei, nachdem schon am 20. August die Verant-

wortlichkeit der Minister durch kaiserliche Verordnung aufgehoben worden war. Die Unverantwortlichen beantworteten die an sie gerichtete Frage, ob die Verfassung vom 4. März 1849 vollzogen werden könne, nach dem Wunsche der wiedererstandenen und gewaltthätiger als je gesinnten Kamarilla verneinend und unterschrieben die kaiserlichen Patente vom 31. Dezember 1851, womit nicht nur diese Verfassung, sondern auch das Gesetz über die Grundrechte, über die Schwurgerichte und die Gemeindeverfassung außer Kraft gesetzt wurden. Sogar die Landtage schienen den Männern, die den österreichischen Einheitsstaat befestigen wollten, gefährlich, sie sollten durch beratende Ausschüsse aus dem Erbadel und den Großgrundbesitzern ersetzt werden, die aber niemals einberufen worden sind. Die Bahn für die Herrschaft jener eigentümlichen Staatsmänner, mit denen die Frommen am Hofe den jungen Kaiser umgeben zu müssen glaubten, war frei gemacht. Franz Joseph, der sich, entsprechend seiner Erziehung und seiner Neigung, vorwiegend mit militärischen Dingen beschäftigte und in den Fragen der inneren Politik auf den Rat der ihm empfohlenen Männer angewiesen war, ist von diesen unglücklich beraten worden, er mußte in der Schule bitterer Erfahrungen sich erst selbst die Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Lebensgesetze erwerben, um sich von den Verführern befreien zu können. Der gefährlichste, weil geistvollste und leichtsinnigste unter ihnen, Fürst Felix Schwarzenberg, starb bald nach der Etablierung des Absolutismus eines plötzlichen Todes am 5. April 1852. Die von ihm einberufenen Zollkonferenzen hat er nicht mehr zum Abschluß bringen können. Von der Grabschrift, die ihm Grillparzer, das politische Kind, geschrieben hat, ist nur die letzte Zeile zur Wahrheit erhärtet worden: „Oesterreich wird ihn nie vergessen!“ Es kann ihn leider nie vergessen, denn ihm ist es zuzuschreiben, daß die deutsche Frage in der für Oesterreich ungünstigsten Form gelöst worden und die habsburgische Monarchie genötigt worden ist, unter schwierigen Verhältnissen die Weltstellung erst wieder zu erwerben, die ihr Felix Schwarzenberg ohne Opfer, aber ruhmvoll durch politische Einsicht allein hätte sichern können.

Schwarzenbergs Nachfolger wurde Graf Karl Ferdinand von Buol-Schauenstein, der Sohn des 1834 verstorbenen ersten österreichischen Präsidialgesandten am Bundestage. Er hatte diplomatische Posten an mehreren deutschen Höfen bekleidet und in Turin, wo er von 1844—48 Oesterreich vertrat, unleugbares Fiasko gemacht. Da er aber gut katholisch und aristokratisch gesinnt war, wurde er nicht in den wohlverdienten Ruhestand versetzt, sondern Schwarzenberg, der mit der Technik des diplomatischen Verkehrs nicht sehr vertraut war, nahm ihn mit Vorliebe an seine Seite, wenn er die Kanzleiveteranen des Ballplatzes nicht um sich hatte. Buol war mit ihm in Petersburg, in Olmütz und bei den Dresdener Konferenzen. Er galt für besonders bewandert in den deutschen Angelegenheiten und dies mag bei seiner Wahl den Ausschlag gegeben haben. Prokesch, dem die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten vermöge seiner Kenntnisse und vielseitigen Erfahrungen ohne Zweifel gebührt hätte, war jedenfalls zu liberal und aufgeklärt, um in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers geduldet werden zu können. Wie anders hätte sich die österreichische Politik der fünfziger Jahre wohl unter ihm entfalten können!

Die preußische Verfassung war am 6. Februar 1850 im Berliner Schlosse von Friedrich Wilhelm IV. feierlich beeidet worden. Der König that es widerstrebend und leitete den Akt mit einer Rede ein, die sein Widerstreben offen erkennen ließ. „Ich bin hier, nicht um die angeborenen und ererbten heiligen Pflichten des königlichen Amtes zu üben, die hocherhaben sind über dem Meinen und Wollen der Parteien ... Das Werk, dem ich heute meine Bestätigung aufdrücken will, ist entstanden in einem Jahre, welches die Treue werdender Geschlechter wohl mit Thränen, aber vergebens wünschen wird, aus unserer Geschichte herauszubringen. In der Form, in der es Ihnen vorgelegt worden, ist es allerdings das Werk aufopfernder Treue von Männern, die diesen Thron gerettet haben ... aber es wurde so in den Tagen, in welchen, im buchstäblichen Sinne des Wortes, das Dasein des Vaterlandes bedroht war. Es war das Werk des Augenblicks und trug den breiten Stempel seines Ursprungs ... Ich darf dies Werk bestätigen, weil ich es in Hoffnung kann ... Und so erkläre ich, Gott ist des Zeuge, daß Mein Gelöbnis auf die Verfassung treu, wahrhaftig und ohne Rückhalt ist. Allein: Leben und Segen der Verfassung, das fühlen Ihre und alle edlen Herzen im Lande, hängen von der Erfüllung unabweisbarer Bedingungen ab." Diese Bedingungen herzustellen, die ihm notwendig erscheinenden Aenderungen an der Verfassung vorzunehmen, schien dem Könige von da an heilige Pflicht; der Verfassungsbruch aber, die Zurückziehung des gegebenen Wortes aber war bei ihm unmöglich. Für alle darauf abzielenden österreichischen und russischen Bemühungen hatte er kein Entgegenkommen. Mit einer Mehrheit von 207 regierungsfreundlichen und konservativen Mitgliedern der Zweiten Kammer gegen 129 oppositionelle wurde es dem Ministerium Manteuffel nicht schwierig, die Umgestaltung der Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege durchzuführen. Es gab in Preußen nicht nur unter dem grundbesitzenden Adel und den Beamten, sondern im freisinnigen, aber nicht doktrinär-liberalen Bürgertum Männer genug, denen es nach dem Mißlingen der Unionsverfassung am wichtigsten schien, die Monarchie nach innen und außen zu stärken, wenn auch auf Kosten der Grundsätze des Liberalismus, um wenigstens eine deutsche Macht zu besitzen, die nötigenfalls auch für die deutschen Interessen eintreten könnte. Wenn Preußen seine Großmachtstellung behauptete, so gab es doch überhaupt eine deutsche Großmacht.

Die Kammersitzung von 1851 war besonders fruchtbar in der Gesetzgebung für die Rechtspflege. Durch die Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit wurde die Einheit der Gerichtsverfassung hergestellt, das Strafgesetz vom 14. April, das Gesetz über die Unabsetzbarkeit der Richter füllten deren längst vermerkte empfindliche Lücken aus. Am 1. Mai wurde die Klasseneinkommensteuer beschlossen, am 7. Mai ein Preßgesetz gegeben, das die schrankenlose Freiheit der Presse aufhob und der Regierung Gelegenheit bot, durch Entziehung des Postdebits und der Druckbefugnis und durch hohe Kautionen das Erscheinen ihr feindlich gesinnter Blätter zu erschweren. Die Provinziallandtage wurden in der Zusammensetzung einberufen, die sie vor 1848 gehabt hatten; die Verhandlungen über die Zusammensetzung der Ersten Kammer, die verfassungsmäßig nicht festgestellt war, fanden erst durch die königliche Verordnung vom 12. Ok-

tober 1854 ihren Abschluß, derzufolge es eine Wahl in diese überhaupt nicht gibt, sondern das „Herrenhaus" durch Virilstimmen (Mediatisierte, Kronämter, Familienverbände, Universitäten, Städte) und ernannte Vertrauensmänner des Königs gebildet wurde. Die reaktionäre Zeitrichtung begünstigte auch die von der Regierung unterstützten Uebergriffe der Kirchenverwaltungen auf das Schulwesen und das Familienleben (Eherecht), durch die beinahe alle in den Grundrechten gebotenen Freiheiten in Bezug auf religiöse Ueberzeugung wieder aufgehoben wurden. Die Bevorzugung des Adels durch Freigebung der Fideikommißerrichtungen, sowie durch die Erneuerung der Rechte der Mediatisierten entsprach den feudalen Neigungen des Königs ebenso wie den Forderungen seiner geistig beschränkten Umgebung, die ganz unfähig war, die Notwendigkeit einer neuen gesellschaftlichen Ordnung und der Trennung der politischen Rechte von Besitz und Amt zu begreifen. Das eigensinnige, bornierte Festhalten an Einrichtungen, die mit dem Geiste moderner Verwaltung unvereinbar sind, führte zu einer Reihe unglücklicher Gesetzgebungsakte in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms, die das Bürgertum zu einer immer schärferen Opposition zwangen und den inneren Frieden des Staates in große Gefahren stürzten.

In Hannover wurden die Beschlüsse der Bundesversammlung zum Anlasse einer Verfassungsrückbildung gemacht, die mit der Thronbesteigung Georgs V., des blinden Sohnes Ernst Augusts, (18. November 1851) zusammenfiel. Die Ministerien v. Scheele, dem auch Windhorst aus Meppen angehörte, und v. Lütcken bemühten sich, mit dem Landtage einige Aenderungen der stark demokratischen Verfassung zu vereinbaren, sie wären dagegen bereit gewesen, mit den gemäßigten Liberalen die ungebührlichen Ansprüche der Feudalen zurückzuweisen. Auch hier waren die Doktrinäre einer günstigen Lösung der Verfassungskrise so lange hinderlich, bis ein verwegenes Junkerministerium, Kielmansegg-Platen, den Landtag auflöste, gestützt auf einen Bundesbeschluß vom 12. April 1855, auf das alte Wahlgesetz zurückgriff, sich dadurch eine völlig gefügige Erste Kammer schuf und durch gesetzwidrigen Ausschluß der früheren liberalen Minister auch die Mehrheit in der Zweiten Kammer gewann. An der Spitze der Freisinnigen kämpfte seit 1857 Rudolf v. Bennigsen gegen die egoistische und preußenfeindliche Politik des Welfenkönigs und hielt das Vertrauen auf den endlichen Sieg des Rechtes in einem nicht unerheblichen Teile der Bevölkerung aufrecht.

Die schädlichen Zusätze und Aenderungen, durch die unter der Herrschaft des Radikalismus im Königreich Sachsen die Verfassung von 1831 entstellt worden war, wurden durch eine königliche Verordnung vom 1. Juni 1850 glattweg aufgehoben; die nach dem alten Wahlgesetze einberufenen Kammern boten dann selbst die Hand zu einer Revision, die am 5. Mai 1851 ohne alles Aufsehen erledigt wurde. Der König von Württemberg legte beiden Kammern am 13. Juni 1851 ebenfalls eine revidierte Verfassung vor, nahm sie aber am 17. April 1852 wieder zurück, so daß auch dort die von 1819 in Gültigkeit blieb. Desgleichen in Baden die von 1818. In Hessen-Darmstadt galt von 1850 an auch wieder die Verfassungsurkunde von 1820, bis am 26. September 1856 ein neues Gesetz über die Bildung der Ständeversammlung veröffentlicht werden konnte. Unberücksichtigt blieben die feudalen Ritterschaftsrechte

in Sachsen-Gotha, wo die Regierung die vom Adel angerufene Bundesentscheidung zurückwies; dagegen erlangte die Mecklenburg-Schweriner Ritterschaft durch einen schiedsrichterlichen Spruch (Freienwalde) am 12. September 1850 die Nichtigkeitserklärung des Staatsgrundgesetzes vom 10. Oktober 1849, so daß der alte Zustand, die Alleinherrschaft der Junker, wieder hergestellt war. In allen anderen deutschen Staaten wurden die Rekonstruktionen im antiliberalen Sinne ohne auffällige Rechtskränkungen und ohne die Gemüter aufzuregen, durchgeführt.

Eine Lebensfrage für Preußens politische Stellung in Deutschland und für seine wirtschaftliche Entwickelung war das Schicksal des Zollvereins, dessen zwölfjährige Periode am 31. Dezember 1853 ablief. Man war in Oesterreich allmählich zu der Erkenntnis gelangt, daß die Hegemonie, die man in Olmütz wieder hergestellt zu haben meinte, keinen festen Bestand haben könne, solange ein namhafter Teil der deutschen Staaten durch die wichtigsten realen Interessen an Preußen gekettet war; Fürst Schwarzenberg hat daher noch kurz vor seinem Tode große Anstrengungen gemacht, den von Preußen gegründeten Zollverein zu sprengen und in Verbindung mit den süddeutschen Staaten einen großen, mitteleuropäischen Zollbund zu schaffen, in dem die österreichische Monarchie als Ganzes Platz finden könne. Der Gefahr, durch die Abhängigkeit Kurhessens von Oesterreich eine wirtschaftliche Trennung seiner östlichen und westlichen Provinzen zu erfahren, konnte Preußen nicht thatenlos gegenüberstehen, es sicherte sich daher durch einen besonderen Vertrag mit Hannover und dessen „Steuerverein“ (7. September 1851) den freien Handelsverkehr in Norddeutschland, durch den ihm selbst die Errichtung von Zollschranken an seiner hessischen Etappenstraße erträglich gemacht wurde. Der Abschluß war erfolgt, ohne daß die anderen Mitglieder des Zollvereines von Preußen davon verständigt worden waren, dieses kündete vielmehr seinerseits den Verein und lud die Vereinsstaaten zu Konferenzen nach Berlin, in denen ihr Beitritt zu der preußisch-hannoverischen Einigung besprochen und geregelt werden sollte. Dies erregte großes Mißvergnügen; schon hatten in Kassel, in Dresden und Wiesbaden Vorberatungen in der Zollfrage stattgefunden und die Vereinsgenossen waren durch die Annäherung an Oesterreich so selbstbewußt geworden, daß sie mit einem einseitigen Vorgehen Preußens nicht mehr gerechnet hatten. Man stellte sich entrüstet darüber, daß die Abmachungen mit Hannover nicht dem Zollvereinsplenum zur Genehmigung vorgelegt worden seien, wo sie ohne Zweifel angenommen worden wären. Der sächsische Minister v. Friesen hat in seinen „Erinnerungen“ die Behauptung aufgestellt, „daß ein Vertrag über den Anschluß Hannovers und Oldenburgs an den Zollverein nicht nur sehr bald, sondern auch unter viel günstigeren Bedingungen für den letzteren zu stande gekommen und dadurch den auf eine bessere Einigung Deutschlands gerichteten Bestrebungen und Wünschen der Nation wenigstens auf diesem Gebiete eine gewisse Befriedigung gewährt worden wäre“. Herr v. Beust, Friesens Kollege, richtet sogar die Anklage gegen das Ministerium Manteuffel, daß Preußen unter seiner Leitung „wie es den Bund ins Wanken zu bringen wußte, es auch nahe daran war, dasselbe Schicksal seiner eigensten und besten Schöpfung, dem Zollverein, zu bereiten“. Vom Standpunkte jener deutschen

Politik, die in der Bekämpfung der preußischen Großmacht die Vorbedingung der deutschen Einheit erblickte, fehlt es diesen Ansichten nicht an Berechtigung; aber Preußen war eben noch nicht so schwach, um sich die Frankfurter Bundeseinheit auch im ökonomischen Leben gefallen und die Diktate der Allianz Hassenpflug-Schwarzenberg über sich ergehen lassen zu müssen. Die sächsischen Minister hätten doch wahrscheinlich mit Behagen mitgethan, wenn Oesterreich und die Kleinen ihren neuen Zollverein ohne Preußen fertiggebracht und dann Preußen zum Eintritt eingeladen hätten.

Der preußisch-hannoverische Vertrag war der erste Beweis ungebrochenen Mutes in der preußischen Regierung, der erste Schritt zu jener rücksichtslosen Politik, die ihr bisher gemangelt hatte und ohne die es zum deutschen Bundesstaate unter preußischer Führung nicht kommen konnte. Die Gothaer haben seinen Wert sofort erkannt und ihn mit lautem Beifall begrüßt. Sein Erfolg blieb auch nicht aus. Graf Beust hat in seinen „Erinnerungen und Aufzeichnungen" gestanden, daß Sachsen eine handelspolitische Trennung von Preußen nicht ertragen könne, daß er das wohl gewußt und deshalb dahin gearbeitet habe, auch die süddeutschen Staaten, ohne daß sie es merkten, von Oesterreich loszureißen. Die letzte That des Fürsten Felix Schwarzenberg war die Einberufung einer Zollkonferenz nach Wien gewesen. Er meinte, Preußen vor eine Alternative stellen, es zum Aufgeben seiner wirtschaftlichen Führerrolle in Deutschland zwingen oder es von seinen bisherigen Bundesgenossen auch auf dem Gebiete der Handelspolitik trennen und dadurch isolieren zu können. Der Fürst war begabt genug, um einen Zusammenhang der Politik und der materiellen Interessen zu ahnen, aber er kannte deren Wesen zu wenig, hatte auch keine Männer in seiner Umgebung, die seinen mangelhaften Kenntnissen durch ihr Wissen nachhelfen konnten. Er war der Mitbegründer jener Strömung in Oesterreich, die Wessenberg mit den Worten charakterisierte: „Das fatalste ist, daß man bei uns die Wahrheit nicht hören will, erkühnt man sich, solche kundzugeben, so wird dies als Anmaßung oder lästige Plackerei aufgenommen." Es fand sich niemand, der dem jungen Kaiser mit allem nötigen Ernste auseinandergesetzt und bewiesen hätte, daß es unmöglich sei, erfolgreich eine kühne und selbstbewußte äußere Politik zu treiben, wenn man seine Finanzen nicht in Ordnung bringen und nur mit wahrhaft vernichtenden Opfern die nötigen Barmittel für den täglichen Bedarf des Staates beschaffen konnte.

Die Annäherung, die sich auf den Wiener Konferenzen zwischen den Mittelstaaten und Oesterreich vollzog, war rein äußerlich und von seiten der ersteren ganz unaufrichtig. Namentlich Baiern handelte ohne Rücksicht auf die unter seinen Industriellen und Kaufleuten in Augsburg und Nürnberg herrschenden Meinungen, die es ja doch auf die Dauer nicht gänzlich ignorieren durfte. So weit reichte doch auch die geniale Kühnheit des Herrn v. d. Pfordten nicht, den Kampf um die bairische Großmacht mit einem Fußtritt gegen die höchsten Steuerzahler beginnen zu wollen. In Wien gab es schöne Worte, aber keine Thaten: Preußen hat schon damals gezeigt, daß seine Ablehnung der Teilnahme genüge, um den Projektmachern das Rezept zu verderben. Sieben deutsche Mittelstaaten, Baiern, Württemberg, Sachsen, beide Hessen, Baden und Nassau, verbanden sich in

Darmstadt (April 1852) zwar zu dem Zwecke, auf den Berliner Zollkonferenzen die Aufnahme Oesterreichs gemeinsam zu verlangen, aber sie beschlossen auch, unter allen Umständen die Zolleinigung untereinander aufrecht zu erhalten, auch wenn der alte Zollverein bis zum 1. Januar 1854 nicht erneuert sein würde. Der Antrag war von Beust gestellt worden. Er wurde, wie dieser versichert, „von den Ministern von Baiern und Württemberg gerne angenommen, weil dieselben darin die Gewißheit erblickten, Sachsen festzuhalten und seinem einseitigen Anschluß an Preußen entgegenzutreten, während mein eigener und durch die Ereignisse bewährter Gedanke der war, den Austritt von Baiern und dessen Anschluß an Oesterreich zu verhindern“.

Preußen ging auf die Zumutung der Darmstädter Vereinigung nicht ein. In den deutschen Angelegenheiten begann in jenen Tagen der Wille des Herrn v. Bismarck sich geltend zu machen, der am 8. Mai 1851 geheimer Legationsrat bei der preußischen Gesandtschaft am Bundestage geworden und schon am 15. Juli zum Nachfolger des Gesandten selbst, des Generalleutnants v. Rochow, ernannt worden war. Otto v. Manteuffel und Leopold v. Gerlach hatten ihn vorgeschlagen, der König war gerne auf den Gedanken eingegangen, den ihm sympathisch gewordenen Mann unter seine Diplomaten aufzunehmen, weil er das unbestimmte Gefühl in sich trug, daß der Deichhauptmann und Abgeordnete für Jerichow seinen eigenen Ideen vom deutschen Berufe Preußens nicht sehr ferne stehe. Auch freute er sich seines scharfen Auftretens gegen die Liberalen und Konstitutionellen und seines Einverständnisses mit der Brandenburg-Manteuffelschen Politik. Durch Kleist-Retzow war Bismarck von der Absicht des Ministerpräsidenten unterrichtet worden. Als dieser ihn bei einer Abendgesellschaft ansprach: „Herr v. Kleist hat Ihnen ja bereits mitgeteilt, daß Seine Majestät beabsichtigt, Sie zum Bundestagsgesandten zu ernennen. Würden Sie das annehmen?“ antwortete er darauf nichts als „Ja!“ und ließ den Minister vergeblich auf eine ausführlichere Erklärung warten. Am nächsten Tage begrüßte der König nach Bismarcks eigener Erzählung ihn mit den Worten: „Sie haben viel Mut, daß Sie so ohne weiteres ein Ihnen fremdes Amt annehmen,“ worauf er erwiderte: „Der Mut ist ganz auf seiten Eurer Majestät, wenn Sie mir eine solche Stellung anvertrauen; indessen sind Eure Majestät ja nicht gebunden, die Ernennung aufrecht zu erhalten, sobald sie sich nicht bewährt. Ich selbst kann keine Gewißheit darüber haben, ob die Aufgabe meine Fähigkeit übersteigt, ehe ich ihr näher getreten bin. Wenn ich derselben nicht gewachsen bin, werde ich der erste sein, meine Abberufung zu erbitten. Ich habe den Mut zu gehorchen, wenn Eure Majestät den Mut haben zu befehlen.“ Ein anderer, von Andrae-Roman in den „Erinnerungen eines alten Mannes an den Fürsten Bismarck“ mitgeteilter Bericht über die bedeutungsvolle Unterredung legt dem Könige die Worte in den Mund: „Manteuffel hat Ihnen ja mitgeteilt, daß es meine Absicht ist, Sie zum Bundestagsgesandten zu ernennen. Sie haben sich auch bereit erklärt, das Amt zu übernehmen. Das ist aber in einer so eigentümlichen Weise geschehen, daß ich doch mit Ihnen darüber sprechen muß. Hatten Sie sich denn wohl überlegt, von welch ungeheurer Wichtigkeit gerade in unserer Zeit dieser Posten ist?“ „Nein, Majestät,“ soll Bismarck geantwortet

haben, „aber eines hatte ich doch überlegt: die Stellung des Ministers Manteuffel zur konservativen Partei kann unmöglich so bleiben, wie sie jetzt ist. Es kann nur Unheil daraus entstehen. Persönlich bespricht er zwar vieles mit uns, öffentlich aber desavouiert er uns bei jeder Gelegenheit. Wenn er meine Ernennung zum Bundestagsgesandten befürwortet, kompromittiert er sich so vor dem Liberalismus, daß er nicht wohl zurück kann, und das erachte ich für einen bedeutenden Fortschritt. Was mich betrifft, so werden Eure Majestät bald erkannt haben, ob ich für das wichtige Amt passe oder nicht. Im schlimmsten Falle blamiere ich mich und ziehe mich zurück, für Preußen aber ist Großes gewonnen." „Nun," rief der König lachend, „das nenne ich einen aufrichtigen Parteimann. Daraufhin will ich's mit Ihnen wagen."

Für Preußen war Großes gewonnen; wenn sonst nirgends, so war es am Bundestage eine Großmacht, durch die geistige Ueberlegenheit seines Vertreters über alle Diplomaten, die sich am Ratstische in der Eschenheimer Straße einfanden, und durch dessen unerschütterlichen Willen, jeden Uebergriff Oesterreichs zurückzuweisen, Preußens Anspruch auf Gleichberechtigung, wenn er auch formell nicht anerkannt war, durch die That zur Geltung zu bringen. Es gab fast keinen Verhandlungsgegenstand am Bunde, der die Stellung der beiden Großmächte zu einander nicht berührte, der preußische Gesandte war daher stets genötigt, seinen Standpunkt zu wahren. Er that es in der schleswig-holsteinischen Sache, in der kurhessischen, in der Flottenfrage und benützte jede Gelegenheit, seinen vorgesetzten Minister in Berlin über die Intentionen des Wiener Kabinetts, wie er sie erkannte, zu unterrichten. Vorbildlich sind dafür die zusammenfassenden Aeußerungen vom 22. Dezember 1851: „Die Haltung des Wiener Kabinetts, seitdem Oesterreich durch die momentane Regelung seiner inneren Zustände wieder in die Lage gekommen ist, an der deutschen Politik teilzunehmen, beweist im allgemeinen, daß der Fürst Schwarzenberg nicht damit zufrieden ist, die Stellung, welche die Bundesverfassung dem Kaiserstaate verlieh, lediglich wieder einzunehmen, daß er vielmehr den Umschwung, durch welchen Oesterreich dem Untergange nahe gebracht war, als Grundlage für die Verwirklichung weitaussehender Pläne zu benutzen gedenkt, analog den Erscheinungen zu Anfang des Dreißigjährigen Kriegs, welcher den Kaiser, kurz nachdem er in seiner eigenen Hofburg nicht sicher gewesen war, zum Herrn Deutschlands machte."[1]) Oesterreich kann bei dem Bestreben, seine Stellung in Deutschland formell und materiell zu kräftigen, auf die Mehrheit der Bundesmitglieder rechnen, denn diese halten sich von den Gefahren der preußischen Suprematie überzeugt, während sie von Oesterreich erwarten, daß es sie in ihren Bemühungen um möglichste Unabhängigkeit von ihren Unterthanen unterstützen wird. Trotzdem „fürchten die deutschen Staaten die Repressalien Oesterreichs, während sie sich zu Preußen unter allen Umständen einer versöhnlichen und wohlwollenden Behandlung versehen". Bismarck erbat sich daher bei seinem Minister die Erlaubnis, „eine größere Zurückhaltung in dem Zusammenwirken mit den Bundesgenossen beob-

---

[1]) v. Poschinger, Preußen im Bundestag 1851—1859" (Publ. a. d. k. preuß. Staatsarchiven, Bd. I—IV) Bd. I S. 54 u. ff.

achten zu dürfen, bis sich bei denselben die Ueberzeugung, daß sie um unsere Geneigtheit durch ein Entgegenkommen ihrerseits zu werben haben, entwickelt haben wird". Es stand mit dieser Wendung der preußischen Politik in vollem Einklange, wenn Bismarck auch im sozialen Verkehr dem Vertreter Oesterreichs keinen Formfehler passieren ließ und ihn mit schonungsloser Deutlichkeit auf das Verhältnis völliger Gleichheit verwies, das er aufrecht zu erhalten gesonnen sei. Die arroganten Gewohnheiten, die sich namentlich Graf Friedrich Thun[1]) gestattete, weil er als böhmischer Fideikommißbesitzer auch persönliche Vorrechte zu besitzen glaubte, hat der nichts weniger als reiche Herr v. Schönhausen mit jener einfachen und unbezwingbaren Sicherheit zurückzuweisen verstanden, die der Göttinger Corpsstudent schon im preußischen Staatsdienste seinem Chef gegenüber angewendet hatte. Das Anbrennen einer Cigarre während einer Konferenz mit dem Präsidialgesandten, bei der dieser rauchte, ohne seinen Besuch um Erlaubnis zu fragen, blieb typisch für den Verkehr Bismarcks mit Leuten, die ihn geringschätzend zu behandeln versuchten.

Ueber die Wichtigkeit der Zollverhandlungen war Bismarck keinen Augenblick im Zweifel und er bereitete sich eingehend auf diese vor, indem er die wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Staaten eingehend studierte. Sie bildeten auch den Hauptgegenstand seiner Besprechungen mit Schwarzenbergs Nachfolger, als Bismarck einige Wochen hindurch (8. Juni bis 7. Juli 1852) den Grafen Arnim in Wien vertreten mußte. Er war nämlich der Ueberbringer des Antrages, Oesterreich möge mit Preußen einen Handelsvertrag abschließen, bevor über seinen Eintritt in den Zollverein entschieden sei. Dieser müsse zwischen Preußen, dem Steuerverein und den bisherigen Vereinsgenossen bereits aufgerichtet sein, bevor die Verhandlungen mit Oesterreich aufgenommen werden könnten. Graf Buol verhielt sich diesem Anerbieten gegenüber ablehnend. Durch Schließung eines Handelsvertrages würde Oesterreich sich selbst gegenüber Deutschland als Ausland erklären. Preußens Politik führe zu einem Ausschluß Oesterreichs von Deutschland und habe den Kaiserstaat bei Berufung der Zollkonferenzen nicht einmal auf gleichem Fuße mit Hannover behandelt, das doch auch dem Zollverein bisher nicht angehörte. Der Mahnung an die Pflichten, die Preußen gegen Deutschland habe, setzte Bismarck entgegen, „daß Preußen in den letzten Jahren das Geschäft, Pflichten für Deutschland zu erfüllen, als ein undankbares kennen gelernt habe, daß es entschlossen sei, seinen finanziellen und volkswirtschaftlichen Haushalt bürgerlich und praktisch zu regeln, und dabei sehr gern denjenigen seiner Bundesgenossen, welche durch die Gleichheit der Interessen dahin gewiesen würden, die Thüre offenzuhalten, keinesfalls aber, um ihren Zutritt durch Konzessionen zu werben, welche außerhalb der für nützlich erkannten Richtung liegen".

Bismarck ist damals auch zum erstenmal mit dem Kaiser Franz Joseph in persönliche Berührung gekommen. Er wurde am 25. Juni in der königlichen

[1]) „Graf Thun ist ein Gemisch von ungehobelter Derbheit, die leicht für ehrliche Offenheit passiert, von aristokratischer nonchalance und slavisch-bäuerlicher Schlauheit" (Bismarck an Leopold von Gerlach, 22. Juni 1851).

Burg zu Ofen empfangen. Der Kaiser sagte ihm nach Entgegennahme des Handschreibens Friedrich Wilhelms IV., es sei für ihn ein Gegenstand der höchsten Befriedigung, jeden Keim einer Störung des innigen Bündnisses beider Monarchien beseitigt zu wissen, und wenn über einzelne Fragen auf dem Gebiete der materiellen Interessen beide Kabinette zur Zeit von abweichenden Auffassungen ausgehen, so würde dieser Umstand nicht hindern, daß Preußen und Oesterreich auf dem gesamten übrigen Gebiete der Politik Hand in Hand gingen. Er betonte auch die Notwendigkeit, dem Bundestage durch gemeinsames Eingreifen der beiden Großmächte eine mächtigere und eingreifendere Stellung in Deutschland zu geben. Bismarck suchte seinerseits den Kaiser davon zu überzeugen, daß der Abschluß eines Handelsvertrages unmittelbar nach der Erneuerung des Zollvereines allen gegenwärtig überhaupt erfüllbaren Wünschen der kaiserlichen Regierung entsprechen werde.

Das Ergebnis der Zollverhandlungen entsprach auch dieser Behauptung. Es bestand in einem Kompromiß der beiderseitigen Forderungen. Preußen überzeugte sich davon, daß seine Beziehungen zu Hannover keinen sicheren Grund besaßen, daß es nicht auf diese Karte allein seine wirtschaftlichen Interessen setzen dürfe. Oesterreich fand in einem sofort abzuschließenden Handelsvertrage mit Preußen größere Vorteile als in der Fortsetzung voraussichtlich endloser Verhandlungen über die Zollunion mit den Darmstädtern. Dies führte zur Annäherung. Am 19. Februar 1853 wurde der durch den früheren Minister v. Bruck in Berlin vorbereitete Handelsvertrag abgeschlossen und gleichzeitig von beiden Seiten die Bereitwilligkeit ausgesprochen, im Jahre 1858 neue Verhandlungen über die Zollunion einzuleiten. Am 4. April wurde hierauf der preußisch-deutsche Zollverein, dem nun auch Hannover und Oldenburg angehörte, erneuert. Er umfaßte ein Gebiet von 9046 Quadratmeilen mit 35 Millionen Einwohnern.

Noch bevor die abschließenden Protokolle gezeichnet waren, machte Bismarck das preußische Ministerium auf die Gelegenheit aufmerksam, einigen frondierenden Mittel- und Kleinstaaten seine Macht fühlen zu lassen. Manteuffel ging nicht darauf ein, auch ihm war der Geist der Politik seines Bundesgesandten verschlossen; aber es ist sehr lehrreich, aus dessen knappen Bemerkungen die gleichzeitige Situation in Deutschland und die Wege zu erkennen, die Bismarck schon damals eingeschlagen hätte, um die künftige Erhebung Preußens vorzubereiten. Er berichtet am 16. März 1853 an seinen Minister, Nassau und Darmstadt hätten die Verzögerung der Lösung nicht vier Wochen mehr ertragen können, die Ministerien Wintzigerode und Dalwigk wären darüber gestürzt. Es sei doch in Erwägung zu ziehen, ob man nicht durch den Sturz eines oder des anderen Ministers der gegen Preußen koalierten Staaten den Sieg der preußischen Politik konstatieren solle. „Mit Rücksicht auf die größere Wichtigkeit Baierns und auf die hierin begründete, im Vergleich mit den übrigen Koalitionsstaaten bessere Berechtigung zu einer Sonderpolitik würde ich, wenn Eure Excellenz die Aeußerung meiner persönlichen Ansicht gestatten, der Meinung sein, daß Baiern am günstigsten zu behandeln sei. Demnächst haben Württemberg und Baden, wenigstens zeitweise, Velleitäten zu unseren Gunsten an den Tag gelegt. Nassau hat sich jetzt, nach dem, was der Fürst Wittgenstein Herrn v. Canitz mitteilt,

vollständig von allen Koalitionsbestrebungen losgesagt und zum unbedingten Anschluß an unsere Politik bereit erklärt. Am bösartigsten erscheint die Feindschaft der drei übrigen Koalitionsregierungen gegen uns, weil dieselben durch politische und geographische Lage am meisten auf uns angewiesen sind, und dennoch mit der größten Thätigkeit und Ausdauer eine Politik durchgeführt haben, welche außer der Feindschaft gegen uns kein Motiv haben kann. Mit Kurhessen ist bei der vollständigen Gleichgültigkeit des Regenten gegen das Geschick seines Landes und bei dem pekuniären Interesse, welches ihn an Hassenpflug bindet, schwer etwas auszurichten. Dagegen bleibt es vielleicht — was ich von hier aus zu ermessen nicht im stande bin — möglich, in Sachsen und Hessen-Darmstadt den Rücktritt von Beust und Dalwigk zu erzwingen. Die Tragweite eines solchen Resultates würde weit über den Vorteil hinausgehen, die Personen zweier so thätiger preußenfeindlicher Herren aus den Zollvereinsregierungen los zu werden. In den kleineren Staaten ist aus mannigfachen Gründen die Begierde, Minister zu werden, und die Anhänglichkeit an diesen Posten im ganzen größer und lebhafter als bei uns, und der Umstand, daß Preußen eine feindselige Parteinahme auf diese Weise zu ahnden vermag und unter Umständen willens ist, würde das Gewicht unseres Einflusses an den deutschen Höfen sehr vermehren, und das Siegel, welches ein solcher Personenwechsel auf das Resultat von Eurer Excellenz Politik in der Zollsache drückte, würde nicht verfehlen, in der öffentlichen Meinung einen für Preußens Machtstellung sehr günstigen Eindruck zu machen."

Die Bundesverfassung und der Wert der österreichischen Präsidialstellung mußten sich erproben, als Europa von internationalen Verwickelungen heimgesucht wurde und Fragen zur Entscheidung gebracht werden sollten, die während der Revolutionszeit beiseite gesetzt oder nur vorübergehend erledigt worden waren. Dies trat sofort ein, als sich die neue, in Frankreich etablierte bonapartistische Regierung wieder aktionsfähig fühlte. Louis Napoleon war Präsident der Republik und am 2. Dezember 1852, an dem berühmten Gedenktage des Oheims, Kaiser geworden, weil der Liberalismus, der aus dem französischen Bürgerkriege scheinbar als Sieger hervorgegangen war, kein Regierungssystem, sondern nur ein theoretisches Programm ist, das in bewegten Zeiten jede Regierung, ob monarchisch-konstitutionell oder republikanisch, im Stich läßt. Die Nutznießer des Sieges, vor allem die besitzenden Klassen der Provinz und die Massen der Bauern, verlangten nach Sicherung ihrer Stellung und ihrer Rechte und glaubten, daß der Napoleonide, der den Eindruck eines gereiften Politikers und tiefen Denkers zu machen verstand, das Geschick besitzen werde, ihnen die Güter, für die sie große Opfer gebracht hatten, zu erhalten. Er selbst hielt sich für den „Retter der Gesellschaft" und schuf ein Regierungssystem, das Treitschke am zutreffendsten als „persönliche Tyrannis" bezeichnet, „gewählt durch die Massen und regierend zum Besten dieses zu seinem Selbstbewußtsein gelangten vierten Standes". Da es weder den Plänen der Radikalen noch den Ideen der Libe-

ralen entsprach, hatte es von seinem Beginne an mit zahlreichen Gegnern zu kämpfen und mußte Bundesgenossen in den Kauf nehmen, deren Unverläßlichkeit und Unehrlichkeit den endlichen Zusammenbruch mit verschuldet hat. Napoleon III. „brauchte den Säbel und sprach nach der Weise des Oheims zu dem Heere als zu der Elite der Nation; er brauchte den Beichtstuhl und ermutigte die Ultramontanen zu den verwegensten Hoffnungen; er brauchte die Knechtung der Geister, und das allezeit willige Beamtentum übte bald alle Ränke der kaiserlichen Polizei. Er bezeichnete sein System stets als das gouvernement du grand nombre, und wenn er in einem oft wiederholten Ausspruche erklärte, seine Regierung ruhe auf dem Volke, dem Quell aller Staatsgewalt, auf dem Heere, dem Quell aller Macht, und auf der Religion, dem Quell aller Gerechtigkeit, so sagte er in dreifacher Umschreibung lediglich das eine, daß dieses Regiment des vierten Standes sich wesentlich auf jene Mächte stütze, welche die Haltung der Massen bestimmen." Die neu-bonapartistische Verwaltungsmaschine wußte sich ihres wertvollsten staatsrechtlichen Instrumentes, des allgemeinen Stimmrechtes, „suffrage universel", meisterhaft zu bedienen. Die Volkstümlichkeit des Kaisertums wurde durch verblüffende Zahlen bewiesen: 7840000 „Ja" hatten gegen 254000 „Nein" den Willen der Nation für dessen Errichtung kundgegeben; noch bei den ihm günstigen Wahlen von 1863 beteiligten sich 74 Prozent der Wahlberechtigten, so daß Thuillier den Satz aussprechen durfte: „Das Kaiserreich ist die größte, die glücklichste Demokratie, welche, von dem Ruhme und der Freiheit gekrönt, je in der Welt gesehen ward."

Zur Begründung seines Ruhmes trug zuerst die beispiellose Ungeschicklichkeit bei, mit der Zar Nikolaus eine neue Epoche der russischen Orientpolitik einzuleiten versuchte. Als die europäischen Kabinette 1853 das Gefühl der Alleingültigkeit ihrer Entschlüsse wiedererlangt hatten und von dem Banne einer beschränkenden Rücksicht auf revolutionäre Strömungen befreit waren, als sie daher Zeit und Gelegenheit hatten, sich wieder ungestört der Behandlung äußerer Verwickelungen zu widmen, fand der „unüberwindliche Schutzherr der Legitimität" die Verhältnisse gerade geeignet, um gegen den legitimen Beherrscher des türkischen Reiches einen in keiner Form legitimierten Ueberfall auszuführen. Trotzdem sowohl England als Frankreich seine Vorschläge zur Verteilung größerer türkischer Territorien zurückgewiesen hatten, ließ er nach einem am 11. Mai an die Pforte gerichteten Ultimatum seine Truppen am 2. Juli 1853 in die Donaufürstentümer einrücken, womit der Anstoß zu dem sogenannten Krimkriege gegeben wurde. Die Vernichtung der türkischen Flotte im Hafen von Sinope (30. November 1853) veranlaßte die Westmächte, den Schutz der türkischen Küste im Schwarzen Meere zu übernehmen und ihre Kriegsschiffe mit Zustimmung des Sultans in dieses einlaufen zu lassen. Diesen Thatsachen gegenüber glaubte Graf Buol-Schauenstein zur Wahrung der österreichischen Interessen im Oriente auftreten zu müssen, er betrieb zur großen Ueberraschung des Zars, der Oesterreich ganz sicher an seiner Seite zu finden gewähnt hatte, die Friedensvermittelung im Einverständnisse mit den Westmächten und vertrat auf den Wiener Konferenzen (5. Dezember 1853 bis 9. April 1854) eine Politik, die darauf hinausging, gerade das von Rußland zunächst in Besitz genommene Objekt, die

Donaufürstentümer, in die Machtsphäre Oesterreichs einzurücken, wenn nicht geradezu zu erwerben. Um sie siegreich durchführen zu können, bedurfte man jedoch vor allem des Einverständnisses mit Preußen; und so naiv stand man am Ballplatze und in der dort maßgebenden ultramontanen Kamarilla den Ereignissen der allernächsten Vergangenheit gegenüber, so unrichtig beurteilte man die Stellung Preußens nach den Tagen von Bronzell und Olmütz, daß man ernstlich auf eine Allianz rechnete, deren einziger Zweck die Vergrößerung des Einflusses Oesterreichs im Orient gewesen wäre. Es war ja verständlich, daß die Nachkommen der deutschen Kaiser die Ansprüche Preußens auf die Führung auch nur eines Teiles von Deutschland für unberechtigt angesehen, daß sie deshalb das Gagernsche Programm und die Union zurückgewiesen haben, aber unbegreiflich bleibt es, wie die Berater des Kaisers Franz Joseph die Meinung gewinnen konnten, Preußen werde die Härte dieser Zurückweisung nicht fühlen, es habe Ursache, sich den Vorschlägen Oesterreichs gefügig zu zeigen, unbegreiflich, wie sich die sonderbare Klage über die angebliche „Perfidie Preußens“ aus dem Umstande entwickeln konnte, daß der Gegner, über den triumphiert zu haben man selbst behauptete, die guten Dienste versagte, die man ihm sowohl 1854 als 1859 ohne irgendwelche innere Berechtigung zugemutet hat. Es fehlen heute noch alle Behelfe, um diese merkwürdige Erscheinung psychologisch zu erklären; eine Rechtfertigung der Buolschen Aktion wurde wohl noch in keinem Parteilager versucht.

Ende März erschien der Chef des österreichischen Generalstabes, der Feldzeugmeister Freiherr v. Heß in Berlin, um den „Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Oesterreich, Preußen und Deutschland für alle Zeiten, zur Sicherung ihrer gesamten Besitzungen, von welcher Seite auch die Gefahr kommen möchte“ (v. Sybel), zu beantragen. Er teilte mit, daß Oesterreich bereits 150000 Mann in Ungarn stehen habe, daß es noch weitere 100000 kriegsbereit zu machen beabsichtige, daß man von Preußen die Mobilmachung von 100—150000 Mann erwarte, von den übrigen Bundesmitgliedern vorläufig die Hälfte ihrer Bundeskontingente, nach Bedarf jedoch auch den Rest verlangen und für die Kosten der Rüstung und Kriegführung solidarisch aufkommen solle. Es fand sich weder in den Kreisen des preußischen Ministeriums noch am Hofe irgend jemand, der hätte einsehen können, warum man sich durch die Besetzung der Walachei von seiten Rußlands bedroht und zu Rüstungen genötigt sehen solle; die nächste Umgebung des Königs, die Gerlach, Niebuhr, Alvensleben hätten lieber für als gegen Rußland marschieren lassen, Bismarck wiederholte von Frankfurt aus, wo er täglich den Druck der Präsidialmacht zu ertragen hatte, die Ansicht, die sich ihm immer mehr aufdrängte, Preußen habe nur einen einzigen Gegner und dies sei Oesterreich. Friedrich Wilhelm selbst aber war weit davon entfernt, den österreichischen Unterhändler einfach unverrichteter Dinge nach Hause zu schicken, er genehmigte den Abschluß eines Vertrages (25. April 1854), der zwar sehr wenig praktischen Wert für Oesterreich besaß, aber doch immerhin zur Verstärkung der Stellung dienen konnte, die es gegen Rußland einnahm. Es wurde eine Besitzgarantie für den Fall ausgesprochen, wenn eine der beiden Großmächte während des begonnenen Krieges „im Einverständnis mit

der anderen zur Wahrung deutscher Interessen aktiv vorzugehen sich veranlaßt sehen würde". Herr v. Beust glaubte darauf, eine selbständige Politik der deutschen Mittelstaaten einleiten zu können, die Rußland wohlgefällig gewesen wäre. Die Bamberger Konferenzen endeten jedoch mit dem Festhalten an strengster Neutralität; sogar der Beitritt zum preußisch-österreichischen Bündnis wurde abgelehnt.

Nun räumte Rußland freiwillig die Donaufürstentümer. Damit war dem deutschen Bunde jeder Anlaß genommen, sich in die orientalische Angelegenheit einzumischen, der einzige Fall, in dem etwa das im Aprilvertrage vorgesehene „Einverständnis" hätte hergestellt werden können, war unmöglich geworden und Preußen jeder Verpflichtung enthoben, die österreichische Politik zu unterstützen. Dennoch schloß sich das Wiener Kabinett am 8. August den Westmächten bei der Aufstellung der vier Punkte an, die Rußland als Friedensbedingung vorgelegt wurden: 1. Europäische Garantie für die Rechte der Fürstentümer an Stelle des früheren russischen Protektorats; 2. freie Schiffahrt auf der Donau bis zum Meere; 3. Revision des Dardanellenvertrages von 1841; 4. Wahrung des Rechts der türkischen Christen in einer mit der Souveränität der Pforte vereinbarlichen Form. Indem Oesterreich sich daran beteiligte, Rußland in eine Zwangslage zu versetzen, sonderte es sich von den deutschen Bundesgenossen ab. Bismarck berichtete schon am 17. August an Manteuffel, daß die Nachricht von dem Notenaustausch zwischen Oesterreich und den Westmächten einen sehr niederschlagenden Eindruck gemacht habe, besonders der Umstand, daß Oesterreich sich durch die Anzeige der Räumung der Fürstentümer nicht von der Eingehung dieser Verpflichtungen habe abhalten lassen. „Nach hiesigen Wahrnehmungen zu urteilen, würde nunmehr jede Anmutung zur Aufstellung von Bundestruppen auf allgemeinen Widerstand stoßen."[1]) Aber auch die Westmächte fanden sich durch die bloß diplomatisch-platonische Verbindung mit Oesterreich nicht befriedigt, sie verlangten dessen Beteiligung am Kriege, konnten sie aber nicht erlangen. Napoleon III. hat schon damals den Gedanken aufgenommen, Oesterreich für seine Sprödigkeit büßen zu lassen, indem er sich die Befreiung Italiens zur Aufgabe setzen werde, zu der er sich ja mehrfach verpflichtet fühlte.

Die österreichische Politik verrannte sich noch mehr, als Graf Buol das Unglück hatte, die sogenannte „Tartarennachricht" von einer angeblichen großen Niederlage der Russen vor Sebastopol (28. September 1854) für wahr zu halten, und daraufhin den deutschen Höfen anzeigte, Oesterreich werde die Bundeshülfe in Anspruch nehmen, wenn seine in die Walachei einmarschierten Truppen durch ein Vorgehen der Türken gegen die Russen am Pruth in die Feindseligkeiten einbezogen würden. Preußen bemühte sich, den Bundestag von übereilten Zusagen abzuhalten, was ihm durch die bald verbreiteten Meldungen von dem eigentlichen Sachverhalt in der Krim und von dem heldenmütigen Widerstande der Russen in Sebastopol erleichtert wurde; aber es mußte wahrnehmen, daß die Mehrzahl der Bundesstaaten sich einem Bruch mit Oesterreich nicht auszusetzen wage. Bismarck begründete dies in einem vertraulichen Schreiben an

---

[1]) v. Poschinger, Preußen im Bundestag 1851—59, II S. 65.

seinen Chef: „Die deutschen Höfe, welche wohl nicht mit Unrecht nur in der Fortdauer des jetzigen Bundesverhältnisses die Garantie ihrer politischen Existenz finden, fürchten sich mehr vor der Thatsache der Sprengung des Bundes, als vor irgend einer Wendung, welche eine gemeinschaftliche Politik Preußens, Oesterreichs und Deutschlands nehmen könnte . . . Wenn nun nach der ganzen augenblicklichen Lage der Dinge die Stellung Oesterreichs mit der Aussicht auf Verbindung mit den Westmächten stärker erscheint, als die unsrige, wenn außerdem alle die oft berührten Faktoren in die Wagschale fallen, welche im Laufe der letzten Jahre bei den Mittelstaaten für Oesterreich und gegen Preußen wirksam waren, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Euer Exzellenz wiederholt ausgesprochene Voraussicht von der Unzuverlässigkeit unserer Bamberger Bundesgenossen im entscheidenden Moment sich bewahrheitet finden wird, wie ich dies auch meinerseits in früheren Berichten schon hervorgehoben habe." Bismarck sah voraus, daß der König sich durch diesen Sachverhalt veranlaßt sehen werde, sich der Politik der Westmächte zu nähern; er spricht aber gegen Manteuffel die Erwartung aus, „daß wir unter allen Gegnern Rußlands doch der am wenigsten feindliche bleiben werden".

So kam es auch. Oesterreich mußte seine weitgehenden Hoffnungen, den deutschen Bund in den Krieg gegen Rußland mitreißen zu können, aufgeben, es begnügte sich mit einem Zusatzartikel zu dem Bündnisse mit Preußen vom 20. April, der am 26. November vereinbart wurde. Darin werden die „vier Punkte" als Grundlage für die künftigen Friedensverhandlungen anerkannt. Damit die Höfe von Wien und Berlin den angestrebten Frieden mit Nachdruck verfolgen können, dehnte Preußen seine Zusage gemeinsamer Abwehr auch auf den Fall aus, daß die österreichischen Truppen in den Donaufürstentümern von den Russen angegriffen würden. Dieser Zusatzartikel wurde von beiden Mächten am 30. November gemeinschaftlich dem Bundestage zur Zustimmung vorgelegt. Preußen glaubte damit Oesterreich von einer noch engeren Verbindung mit den Westmächten abgehalten zu haben, mußte jedoch sofort die herbe Täuschung erleben, daß das Wiener Kabinett sich jetzt erst recht von den Fesseln einer gemeinsamen deutschen Politik befreit hielt und am 2. Dezember als selbständige Großmacht ein Bündnis mit den Westmächten einging, das die Vertragsteilnehmer verpflichtete, nur nach gemeinsamer Beratung auf Friedensverhandlungen einzugehen. Frankreich und England versprachen, wenn Oesterreich mit Rußland in einen Krieg verwickelt würde, in ein Offensiv- und Defensivbündnis mit ihm treten zu wollen. Nun glaubten die österreichischen Staatsmänner den Gipfel ihrer Erfolge erklommen zu haben, und als es Bismarck nicht gelang, infolge der nicht vorgesehenen Wendung in der österreichischen Politik den Beitritt des Bundes zu der Abmachung vom 26. November zu hintertreiben, als Friedrich Wilhelm IV. ihm den Befehl zur Unterzeichnung des Beschlusses erteilte, da triumphierte Herr v. Prokesch in Frankfurt und schrieb vergnügt an Buol: „Der Aerger in Berlin kann übrigens nicht klein gewesen sein. Sie haben dort so lang an der Grube gegraben, bis sie selbst hineingefallen sind."

Mit Beginn des Jahres 1855 veränderte sich die Lage für Oesterreich mit einem Schlage derart, daß eher Graf Buol als Manteuffel und Bismarck in

der Grube zu sitzen schien. Napoleon hatte Sardinien für die Teilnahme am Krimkriege gewonnen; mit englischem Gelde konnte das kleine Königreich 15000 Mann ins Feld schicken und stand somit als kriegführende Macht neben den Großmächten. Gleichzeitig wies sowohl Preußen als auch der deutsche Bund die Aufforderung zur Mobilisierung der ganzen oder halben Kontingente zurück. An einen Angriff Rußlands auf österreichisches Gebiet sei gar nicht zu denken; wenn aber Oesterreich gegen Rußland marschieren lasse, so habe es keinen Anspruch auf Hülfe, weder aus dem Bundesverhältnisse noch aus dem Aprilvertrage. Bismarck hat diese Haltung Preußens, als er im Jänner vom Könige nach Berlin berufen wurde, entschieden verteidigt, damals im Gegensatz zum Prinzen von Preußen, der im Interesse Rußlands die Beendigung des Krieges durch den Zusammenschluß aller Mächte verlangte.[1]) Er hat damals auch zum erstenmal gegen einen Vertreter der großmächtigen Nation, die für alle Zeiten den ersten Rang unter allen anderen erworben zu haben glaubt, jenen Ton angeschlagen, den ein Franzose zu den krankhaften Aeußerungen eines Wahnsinnigen zu rechnen gewohnt ist, den Ton eines Mannes, der keine Veranlassung findet, irgend jemandem die „Präzedenz" zuzugestehen. Als der französische Gesandte in Berlin, Marquis de Moustier, ihm einwarf: „Cette politique va vous conduire à Jena," erwiderte Bismarck: „Pourquoi pas à Leipzic ou à Waterloo?" Moustier glaubte sich über die bloße Erinnerung an französische Niederlagen beim Könige beklagen zu dürfen. Daß Bismarck damals sogar glauben konnte, es sei für Preußen die Zeit gekommen, „das Steuer der deutschen Politik zu ergreifen", war eine vorübergehende Inkonsequenz, er konnte über die Unbrauchbarkeit Friedrich Wilhelms IV. zum Steuermann nicht im Zweifel sein. Möglich war nichts weiteres, als die Bemühungen der Kriegspartei in Wien zu hintertreiben, und dazu hat Bismarck gewiß wesentlich beigetragen. Preußens Absage, der sich Baiern und Württemberg sofort anschlossen, hat Oesterreich zu großer Zurückhaltung veranlaßt, als nach dem Tode des Zaren Nikolaus (2. März 1855) die Verhandlungen über die Friedensbedingungen entstanden. Graf Buol wurde vom Kaiser Franz Joseph angewiesen, namentlich in der Frage der Neutralisierung des Schwarzen Meeres keine drückenden Forderungen an Rußland zu erheben. Er schlug daher den Westmächten vor, den Bestand der russischen Kriegsflotte in der Höhe zu gestatten, auf der er sich vor Ausbruch des Krieges befand. Dies hat weder Frankreich noch England zugeben wollen, die Wiener Konferenzen wurden abgebrochen und Napoleons Minister des Aeußeren, Drouyn de Lhuys, der sich als eifriger Katholik voreilig in Allianzbesprechungen mit dem Kaiser von Oesterreich eingelassen hatte, seiner Stellung enthoben.

---

[1]) Die Stelle im I. Bande der „Gedanken und Erinnerungen", die über eine diesen Gegenstand betreffende Unterredung des Prinzen mit Bismarck berichtet, hat zu einer lebhaften Kontroverse zwischen Th. Schiemann und Max Lenz geführt. Ich erachte mich durch Schiemanns Auseinandersetzungen (Hist. Zeitschr. 83. Bd.) davon überzeugt, daß die Unterredung zwischen den 17. und 20. Januar 1855 fällt. Für die Beurteilung der Gesinnung des Prinzen kommen namentlich die Stellen in Betracht, die Koser schon 1889 in seinem Aufsatze „Zur Geschichte der preußischen Politik während des Krimkrieges" („Forschungen zur preußischen Geschichte") aus Ratzmer, den Coburgschen Memoiren, Poschinger und Rothan zusammengestellt hat.

Nach der Erstürmung des Malakoffturmes am 8. September, die den Verbündeten allein 10000 Mann gekostet hat, wurde Sebastopol geräumt, Marschall Pélissier zog an der Spitze der siegreichen Franzosen in die überwundene Festung ein. Napoleons militärisches Programm war eingehalten, er bedurfte des Krieges nicht mehr, nachdem er der großen Nation wieder den Genuß des Kriegsruhmes gewährt hatte. Als andererseits am 28. November die armenische Festung Kars in die Hände der Russen fiel, konnten auch diese, ohne den Stachel der Niederlage in ungeminderter Heftigkeit empfinden zu müssen, der Beendigung des Krieges zustreben. Rußland nahm nicht nur die vier Punkte, sondern auch noch einen fünften, von England aufgestellten an, die Abtretung der Dobrudscha an der Donaumündung an die Türkei. Oesterreich hat sich dazu hergegeben, unmittelbar vor dem Abschlusse der Wiener Präliminarien noch eine scharfe Wendung gegen Rußland zu machen und damit den Ingrimm der Besiegten auf sich gelenkt. Noch 24 Jahre später hat Zar Alexander II. einem Abgesandten des Kaisers von Oesterreich, der ihn in Warschau begrüßte, erklärt, wenn er persönlich auch frei von jedem Rachegefühle sei, so könne sein Volk doch nicht vergessen, wie ihm die 1849 geleistete Hülfe heimgezahlt worden sei. Der Krimkrieg endete mit einer aufrichtigen Versöhnung zwischen Frankreich und Rußland, mit einer tiefen Verstimmung Rußlands gegen Oesterreich, mit der Verschärfung des Gegensatzes zwischen Preußen und Oesterreich, weil dieses in der Zurückhaltung Preußens das Hindernis seiner Beteiligung am Kriege und der Erwerbung der Donaufürstentümer erblickte. Die Erneuerung des Bündnisses vom April 1854 konnte unter diesen Umständen nicht mehr angeregt werden.

Die Beziehungen der europäischen Mächte verschoben sich noch mehr auf dem Pariser Kongreß 1856, auf dem die Türkei und Oesterreich auf das heftigste die staatliche Vereinigung der Donaufürstentümer gegen Frankreich bekämpften, und infolge der Neuenburger Händel, aus denen eine wohlwollende Intervention Napoleons den König von Preußen rettete, nachdem dieser nahe daran gewesen war, zum Schutze einiger Besitzungen seiner Anhänger im Fürstentum 160000 Mann in die Schweiz einrücken zu lassen. Daraus entstand bei Friedrich Wilhelm wenn nicht Sympathie, so doch Dankbarkeit und Anerkennung der staatsmännischen Fähigkeiten Napoleons. Der Kaiser nahm sogar Anlaß, seine politischen Pläne mit Bismarck zu besprechen, der sich im März 1857 in Paris aufhielt. Er versicherte diesen, in dem er mindestens den Mann von Einfluß erkannte, von seiner Neigung zu einem Zusammengehen mit Preußen. Er verlange die Rheingrenze nicht, denn er wolle keine Koalition gegen Frankreich heraufbeschwören. „Vielleicht werde er unter Umständen zur Befriedigung des Nationalstolzes ‚une petite rectification des frontières‘ verlangen, könne aber ohne solche leben . . . Als Ergebnis eines nächsten Krieges denke er sich ein Verhältnis der Intimität und Abhängigkeit Italiens zu Frankreich, vielleicht die Eroberung einiger Küstenpunkte. Zu diesem Programme gehöre, daß Preußen ihm nicht entgegen sei.“ Für Preußen stellte er bei dieser Gelegenheit die Erwerbung Hannovers und der Elbeherzogtümer in Aussicht. Bismarck dankte für das ihm erwiesene Vertrauen, warnte aber den Kaiser, irgend jemandem anderen ähnliche Eröffnungen

zu machen, „denn es läge außer aller Möglichkeit für den König Friedrich Wilhelm IV., auf dergleichen einzugehen".

Bismarck hat von dem Inhalte dieser Unterredung seine Regierung offiziell nicht verständigt, aber er hat sehr nachdrücklich die Vorteile hervorgehoben, die Preußen aus einem Einverständnisse mit Frankreich erwachsen. Dies ist die Tendenz seines großen Mémoires vom 18. Mai 1857, das ein ausgeprägtes politisches Programm darstellt. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß Oesterreich ein offener Gegner der preußischen Interessen sei und daß sich in Fällen der äußersten gemeinsamen Not schwerlich eine ehrliche und nachhaltige Hülfe von ihm erwarten lasse, daß die Wiederherstellung der nordischen Allianz vor 1848 sich ebenfalls nicht erzwingen lasse, setzt er zunächst die Gründe auseinander, die Frankreich bestimmen, „seine Beziehungen zu Preußen intimer erscheinen zu lassen", um dann darzulegen, daß Preußens Gewinn bei der Annäherung vorzugsweise in Deutschland liegen müsse; „denn indem Frankreich mehr an unserem guten Willen als an dem der Mittelstaaten gelegen ist, wird den letzteren die Rheinbundchance abgeschnitten und sie sind an uns verwiesen, da sie bei Oesterreich allein sich nicht sicher und geschützt fühlen, solange dasselbe nicht mit Rußland verbündet ist..." Die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich ist ihm „das Mittel, und vielleicht das einzige, um von der Form und dem Wesen des deutschen Bundes die Fundamente zum Neubau und uns einen entscheidenden Einfluß auf letzteren zu erhalten".[1])

Erst das Attentat des Grafen Felice Orsini am 14. Januar 1858 scheint Napoleon in der Ansicht befestigt zu haben, daß sich die nationale Bewegung in Italien nicht länger zurückhalten lassen werde und daß es für ihn unbedingt vorteilhafter sein müsse, sich ihrer zur Befestigung seiner Macht und seines Einflusses in Europa zu bedienen, als sich von Ereignissen überraschen zu lassen, die, nicht im Interesse Frankreichs und seines Kaisers eingeleitet, möglicherweise auch gegen dieses gerichtet sein konnten. Die Politik Cavours war augenscheinlich darauf abgesehen, die Unhaltbarkeit der Zustände in Italien durch sensationelle Ereignisse darzuthun; der feurige Patriot scheute nicht davor zurück, das zweimal geschlagene Piemont noch einmal in einen ungleichen Kampf zu hetzen, weil er es für unmöglich hielt, daß das bonapartistische Frankreich diesem unbeteiligt zusehen werde. Der neue Cäsar konnte die Vorgänge in seiner Nachbarschaft nicht mit dem Gleichmute beobachten, die dem obersten Beamten einer Republik recht wohl ansteht, er mußte seine Kraft erproben, mußte dafür sorgen, bewundert und gefürchtet zu werden, er mußte durch eine thatenreiche äußere Politik von der Beschäftigung mit den inneren Verhältnissen ablenken. Diese Erwägung führte zu den Abmachungen von Plombières (Juli 1858), in denen Napoleon dem Königreich Sardinien die Erwerbung der Lombardei und Venedigs zusicherte, während Cavour dafür Savoyen zur Vergrößerung Frankreichs preisgab, ja gegen Parma und Modena auch die Abtretung Nizzas genehmigte. Das Geheimnis des französisch-sardischen Bündnisses blieb strenge gewahrt, auch die Annäherung Cavours und der italienischen Radikalen wurde von der österreichischen

[1]) v. Poschinger, Preußen im Bundestag IV.

Diplomatie nicht bemerkt; deshalb wirkte die Anrede Napoleons an den Gesandten Baron Hübner am Neujahrstage 1859, die sein Bedauern über die Verschlimmerung der Beziehungen zu Oesterreich ausdrückte, auf ganz Europa überraschend. Die am 17. Januar folgende Verlobung des Prinzen Joseph Napoleon, eines Sohnes Jérômes, mit der Prinzessin Klotilde von Savoyen, einer Tochter des Königs Viktor Emanuel, ließ die kriegerischen Absichten des Kaisers noch deutlicher erkennen, sie scheint auch in Wien den Ernst der Verwickelung außer Zweifel gestellt zu haben.

Die Beziehungen der europäischen Großmächte erwiesen sich für Frankreich ausschließlich günstig; Rußland war nicht nur versöhnt, es war sogar durch Frankreichs Entgegenkommen in allen orientalischen Fragen befriedigt, und deshalb für die Erhaltung des bestehenden Verhältnisses eingenommen. England war in Indien beschäftigt, es hätte außerdem sehr schwer gegen eine Intervention zur Beruhigung Italiens auftreten können, für die es 1849 selbst bei Frankreich geworben hatte. Entscheidend mußte die Haltung Preußens werden. War es wahrscheinlich, daß dieses einer Bundesmobilisierung zum Schutze der nicht dem Bunde angehörigen Besitzungen des Hauses Habsburg zustimmen werde? Diese Frage konnte sich Napoleon ohne besondere Bedenken verneinend beantworten, denn es gab keine Anzeichen dafür, daß man sich in Wien von der Notwendigkeit einer Verständigung mit Preußen überzeugt habe. Ohne diese war aber die Beteiligung Preußens am Kriege nicht vorauszusetzen. Man hatte nicht mehr mit der mystischen Anhänglichkeit Friedrich Wilhelms IV. an das alte Kaiserhaus und nicht mit dessen romantischen Gelüsten zu rechnen, seitdem die Regierung in die Hände des Prinzen von Preußen übergegangen war.

Im Oktober 1857 war der König nach mehreren weniger beachteten krankhaften Anfällen vom Schlage gerührt worden, am 23. d. M. erfolgte die Uebertragung der Stellvertretung auf den zur Thronfolge berufenen Bruder, ein Jahr später, am 26. Oktober 1858, übernahm Prinz Wilhelm mit Zustimmung des Landtages die Regentschaft und leistete den Eid auf die Verfassung. An die Spitze des Ministeriums berief er den Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, der zugleich mit seinem Vetter von Hechingen 1849 auf sein Fürstentum verzichtet hatte. Er sowie Rudolf v. Auerswald waren persönliche Freunde und Gesinnungsverwandte des Regenten. Für das Aeußere trat Graf Alexander Schleinitz, für den Krieg Eduard v. Bonin, für das Kirchen- und Schulwesen Bethmann-Hollweg, für die Finanzen v. Patow ein — vorwiegend gemäßigte Liberale, Gegner der Abhängigkeit von Rußland und der Unterwerfung unter die Suprematie Oesterreichs. Der Prinzregent verwahrte sich aber in der an sein Ministerium gerichteten Ansprache ausdrücklich dagegen, daß er ein liberales Parteiregiment einführen wolle, er werde die Verfassung achten und befolgen, Versprochenes halten, aber Nichtversprochenes mutig verhindern. Offen und ehrlich trat der Regent sofort mit seiner Absicht hervor, zur Verstärkung und Reform des Heeres namhafte Geldmittel in Anspruch nehmen zu wollen, ebenso offen erklärte er sich auch für die Verbesserungen, deren Bedürfnis erkannt worden, und gegen die Heuchelei und Scheinheiligkeit, die von der protestantischen Orthodoxie großgezogen worden sei. Die Neuwahlen in das Abgeordnetenhaus

gaben dem Vertrauen Ausdruck, das man im Volke in die Ehrlichkeit und die guten Absichten des Prinzen setzte; alle Minister wurden gewählt und eine ausreichende Mehrheit für die Regierung gesichert.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß Prinz Wilhelm unmittelbar vor Uebernahme der Stellvertretung, die jeden Tag in die Nachfolge übergehen konnte, Herrn v. Bismarck die Frage vorgelegt hat, „ob er, wenn er zur Regierung komme, die Verfassung unverändert annehmen oder zuvor eine Revision derselben fordern solle“. Bismarck riet, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen“ mitteilt, „aus Gründen der Politik nicht an der Sache zu rühren und nicht die mit einer, wenn auch bedingten Ablehnung verbundene Unsicherheit unserer staatlichen Zustände herbeizuführen. Man dürfe nicht die Befürchtung der Möglichkeit des Systemwechsels bei jedem Thronwechsel hervorrufen. Preußens Ansehen in Deutschland und seine europäische Aktionsfähigkeit würden durch einen Zwist zwischen der Krone und dem Landtage gemindert werden, die Parteinahme gegen den beabsichtigten Schritt in dem liberalen Deutschland eine allgemeine sein.“ Ist es von Bedeutung, daß schon damals zwischen den beiden Begründern einer neuen Ordnung der Dinge in Mitteleuropa über die wichtigste Seite des Regierungssystems in Preußen freimütig verhandelt wurde, so wird die Persönlichkeit, auf der die Entwickelung der Zukunft vor allen anderen beruhte, der künftige König und Kaiser nämlich, durch die Worte am besten charakterisiert, die er dem künftigen Kanzler auf eine abfällige Kritik Bonins und Schleinitz' entgegenhielt: „Halten Sie mich etwa für eine Schlafmütze? Mein auswärtiger Minister und mein Kriegsminister werde ich selbst sein; das verstehe ich.“ Worauf Bismarck, wie er sich ausdrückt, deprezierte und sagte: „Heutzutage kann der fähigste Landrat seinen Kreis nicht verwalten ohne einen intelligenten Kreissekretär und wird immer auf einen solchen halten; die preußische Monarchie bedarf des Analogen in viel höherem Maße. Ohne intelligente Minister werden Eure Kgl. Hoheit in dem Ergebnis keine Befriedigung finden.“

Auf die Politik Preußens 1859 hat Bismarck keinen Einfluß nehmen können, er wurde als Gesandter nach Petersburg geschickt, während Herr v. Usedom an seine Stelle in Frankreich trat. Der Regent wollte seinen Weg zunächst selbst finden, er hütete sich davor, von irgend einer Seite beeinflußt und zu einem Schritte hingerissen zu werden, dessen Wirkungen er nicht vorher überlegt hatte. Mit gewissen Hauptgrundzügen der preußischen Politik war er ja längst im klaren, ihre Anwendung im einzelnen sollte ohne gewagte Sprünge, ohne Ueberstürzung erfolgen. Die Entfernung Bismarcks mag daher nicht ohne besondere Absicht durchgeführt worden sein. Prinz Wilhelm mochte die Vertretung Preußens in Frankfurt vorläufig keinem Staatsmanne anvertrauen, der dort für einen aggressiven Feind Oesterreichs galt. Die Politik vor und während des italienischen Krieges ist ausschließlich sein Werk, er hat die neue Stellung Preußens deutlich vorgezeichnet, hat den Zumutungen widerstanden, die Notlage des Nachbars auszunützen, hat sich aber auch nicht zu Diensten mißbrauchen lassen, die man von ihm nicht zu verlangen berechtigt war. Es war nur Oesterreichs Schuld, daß der Ueberfall Napoleons nicht den Anlaß zur Ordnung der deutschen Angelegenheiten auf dem Wege der Vereinbarung bot. Wilhelm von

Preußen mußte Anträge erwarten; sie wurden aber nicht gestellt, trotzdem es an vorbereitenden Schritten dazu keineswegs gefehlt hat.[1])

Der Krieg war leicht zu vermeiden. In Frankreich war die Stimmung im allgemeinen dagegen, der Empfang der Prinzessin Klotilde in Paris bewies durch die frostige Haltung der Bevölkerung, daß diese kein Bedürfnis fühlte, für die Politik Cavours die Knochen der Franzosen zu opfern. Der Prinzkonsort Albert sprach noch am 14. Februar seinem Bruder Ernst gegenüber die Erwartung aus, daß man Napoleon von seinen Kriegsgedanken abbringen können werde. „Eine anständige Attitude von Preußen und Deutschland kann uns viel Uebel ersparen." Herzog Ernst versuchte seinerseits, diese „anständige Attitude" herbeizuführen. Er hatte schon am 30. Januar den Fürsten Richard Metternich, des großen Clemens Sohn, damals österreichischen Gesandten, in Dresden besucht und sich mit ihm in der Absicht über die Lage ausgesprochen, daß seine Anregungen an den Grafen Buol berichtet werden. Er erzählt darüber: „Merkwürdigerweise begegnete ich der Meinung, daß es Napoleon nicht wirklich zum Kriege kommen lassen wolle und werde ... Ich versicherte dagegen dem Fürsten Metternich, vermöge meiner Kenntnis der Personen und aller meiner Nachrichten, auf das bestimmteste, daß Napoleon den Krieg machen werde, wenn er irgend könne, und daß er es könne, wenn Oesterreich isoliert wäre. Es käme daher vor allem auf eine Allianz zwischen Oesterreich und Deutschland an, welche über die damaligen Bundesverbindlichkeiten hinausginge und daher nur durch Konzessionen von seiten des bedrohten Kaiserstaates an Deutschland und Preußen erreicht werden könnte. Wolle man dies nicht, so bleibe alle Bundeshülfe unsicher und werde Preußen in eine zweideutige Rolle hineingetrieben werden. Auch die im westlichen und südlichen Deutschland vorhandene antifranzösische Stimmung dürfte Oesterreich nicht so verstehen, daß ihm dieselbe irgend einen

---

[1]) Die vom preußischen Generalstab herausgegebene „Militärische Korrespondenz Moltkes" macht uns mit den eingehenden Vorarbeiten bekannt, die General Helmut v. Moltke, seit 1858 an der Spitze des preußischen Generalstabs stehend, einem Feldzuge Preußens gegen Frankreich gewidmet hat. Eine Denkschrift vom 7. Februar 1859 erörtert die politische Lage und vertritt die Ansicht, daß Frankreich unzweifelhaft nach der Rheingrenze verlange, daß daher zur endgültigen Abweisung dieser Gelüste ein Krieg Preußens gegen Frankreich geführt werden müsse. Das Ziel desselben müsse die Wiedererwerbung von Elsaß und Lothringen samt den beherrschenden Festungen sein. Moltke setzt die französische Rheinarmee auf 236 000 Mann an, viel höher, als sie nach Beginn des italienischen Krieges thatsächlich hätte werden können. Er nimmt zu deren Bekämpfung eine Armee von 135 000 Mann am Niederrhein, eine zweite am Main mit 100 000 Mann an, die durch Anschluß des VII. und VIII. Bundescorps auf das Doppelte gesteigert werden könnte. Eine Reservearmee von zwei Corps wäre an der Saale zu bilden, damit sie nach Bedarf zur Unterstützung der ersten und zweiten Armee verwendet werden könnte. Daß Oesterreich nicht imstande sein werde, etwas Namhaftes zum Schutze der Rheingrenze zu leisten, steht für Moltke schon damals fest. Eine zweite Denkschrift vom 26. Februar behandelte die erste Aufstellung der preußischen Armee für den Fall einer aktiven Teilnahme Belgiens und Hollands am Kriege. Anfangs Mai vertrat er in dem vom Prinzregenten einberufenen Kriegsrate die Ansicht, der Zeitpunkt für die Mobilmachung der ganzen Armee sei gekommen. Die Vermittelung müsse von einer halben Million Streiter unterstützt werden. Dringe sie auch dann nicht durch, so habe man sofort in Frankreich einzumarschieren und den Krieg bis zu dem angedeuteten Ziel fortzuführen.

Nutzen verschaffen werde, wenn nicht durch eine große Politik der Bundesreform der vorhandene gute Geist Gelegenheit bekäme, wirksam zu werden. Ich erinnere mich des Ausdrucks, den ich warnend gebrauchte, man möge sich nicht einbilden, daß der deutsche Enthusiasmus pour les beaux yeux des Autrichiens zu reellen Opfern zu haben sein werde."

Die Oesterreicher waren aber von dem hohen Werte ihrer „beaux yeux" innerlich durchdrungen, sowie sie heute noch daran glauben, ganz Deutschland habe die heilige Verpflichtung, sich für ihre Vorherrschaft im Kaiserstaate einzusetzen, wenn sie selbst sie nicht zu erhalten verstehen. Auch damals rechnete die ganze Bevölkerung so gut wie die Regierung auf die Bundeshülfe der deutschen Brüder und gab sich keine Rechenschaft darüber, ob sie sich denn diese Hülfe auch verdient hätte. Man war noch nicht darauf gekommen, welchen Fehler man durch die Bekämpfung des Gagernschen Programmes in der Paulskirche begangen hatte und daß die deutschtümelnden Liberalen mitschuldig waren an der schmählichen Rückkehr zum alten Bundeselend. Es ist sehr ungerecht, immer nur die Fehler der österreichischen Diplomatie für das folgende Unheil verantwortlich zu machen, am ungerechtesten, dem jungen Kaiser zuzumuten, er hätte den Weg zu Preußen finden sollen, den die deutschen Patrioten seiner Bundesländer einzuschlagen mit Abscheu zurückgewiesen hatten. Man hätte trotz mangels eines Vereins- und Versammlungsrechtes immerhin die Mittel finden können, um für eine ehrliche Auseinandersetzung mit Preußen, mit einem Worte, für den Unionsgedanken die öffentliche Meinung in die Wagschale zu werfen. Wo aber waren die Deutschösterreicher, die damals diese Notwendigkeit besser erkannt hätten, als der Graf Buol? Auch ein Moriz v. Kaiserfeld hat nie daran gedacht, die deutsche Frage in diesem Sinne zu lösen, er hat noch 1858 in einer Denkschrift der österreichischen Regierung glauben machen wollen, sie könne Preußen durch konstitutionelle Einrichtungen übertrumpfen und dadurch ihre Vorherrschaft in Deutschland sichern.

Die wertvollen Ratschläge des Koburgers wurden am Wiener Hofe nicht gewürdigt, wahrscheinlich auch nicht verstanden. Man war dort gewöhnt worden, mit irrationalen Zahlen zu rechnen. Graf Buol verlangte in seiner Zirkulardepesche vom 5. Februar nicht einmal Beschlüsse des Bundes, sondern nur einen „Meinungsaustausch" über die vielleicht drohenden Gefahren. Herzog Ernst versuchte nun durch eine Denkschrift in Berlin die Initiative zur Verständigung anzuregen, fand aber begreiflicherweise dort keine Neigung dazu. Er konnte die Ansichten des Prinzregenten in folgendem Tagebuchvermerk feststellen: „Man ist der Ansicht, daß der Kaiser der Franzosen den Krieg als solchen nicht wolle, ihn aber acceptieren werde, wenn er ihm durch die Uebergriffe Oesterreichs geboten würde. Man erkennt für diesen Augenblick hier weder einen Feind, noch irgend einen casus belli an. Man unterscheidet die Verträge, welche Oesterreich seine Besitzungen in Italien garantieren, und diejenigen, welche es mit den italienischen Staaten in betreff eines Schutzes gegen revolutionäre Bewegungen eingegangen ist. Sollte daher Oesterreich sich genötigt finden, militärisch einzugreifen, bei einem mutmaßlichen Ausbruch einer Revolution, und sollte Oesterreich dort auf piemontesische oder französische Truppen stoßen, so glaubt man sich

diesseits nicht darein mischen zu müssen. Man hat in diesem Sinne Oesterreich gewarnt. Sollte jedoch Oesterreich von irgend einer Macht in seinen eigenen Grenzen angegriffen werden, so wolle man besonders in dem Falle, daß Frankreich eine Aufstellung an den deutschen Grenzen versuche, nicht den Angriff abwarten, sondern vielmehr mit einem energischen Vorstoß beginnen. Darüber, welche Bedingungen an Oesterreich zu stellen wären, ist der Prinzregent und seine Regierung entweder nicht im klaren, oder man will es noch nicht aussprechen. Man stimmt aber mit mir überein, daß man der deutschen Nation für die Opfer, welche man von ihr verlange, in jeder Weise Rechnung tragen müsse."

Prinz Albert von England bemühte sich, die preußische Regierung zu einer autonomen Aufstellung ihrer Bedingungen für Kriegshülfe an Oesterreich zu bewegen, und vertrat die Ansicht, daß eine ministerielle Erklärung in der Kammer die geeignete Form dafür biete. Er wandte sich mit diesem Vorschlage am 2. März an seine Tochter, die Kronprinzessin von Preußen: „Wozu sind Euere Kammern da? Warum treten Hohenzollern oder Schleinitz nicht auf und erklären Preußen, Deutschland und Europa in wohlerwogener, aber mutiger öffentlicher Rede, daß Preußen bereit ist, seine Bundespflichten zu erfüllen, bereit, ein ungerecht angegriffenes Oesterreich brüderlich zu schützen, aber nicht bereit, Frankreich zu provozieren, bedacht darauf, die deutsche Wehrhaftigkeit herzustellen, genötigt, Oesterreich daran zu erinnern, daß Deutschland keine Pflichten wegen Italiens hat, wohl aber Oesterreich Bundespflichten gegen Deutschland ..." Man konnte sich aber zu einer spontanen Kundgebung in Berlin nicht entschließen. „Bei dem herrschenden Geiste in Deutschland," schrieb Hohenzollern an den Koburger, „gleichviel ob künstlich hervorgerufen oder als Ergebnis wirklicher Stimmungen und Gefühle betrachtet, läge in jedem einzelnen Worte einer solchen Darlegung eine Waffe gegen uns und wir spielen ein offenes Spiel mit Oesterreich, welches solchen Eröffnungen gegenüber die Partie gewinnen müßte."

Das österreichische Kabinett konnte über die Stimmung in Berlin nicht im unklaren sein. Graf Buol hat mit Rücksicht darauf auch eine abwartende Haltung und eine defensive Kriegführung empfohlen. Andere Angebote als den Oberbefehl über das am Rhein aufzustellende Bundesheer glaubte er Preußen nicht machen zu müssen. Auch Erzherzog Albrecht, der am 12. April in Berlin eintraf, brachte kein politisches Programm, keine Konzession, keinen Bundesvertrag, sondern nur den eigenen Wunsch mit, wie dereinst sein Vater Erzherzog Karl ein deutsches Heer gegen Frankreich führen zu können. Der preußische Hof war ebenso in Verlegenheit über die Inhaltslosigkeit seiner Eröffnungen, wie er selbst. Er sprach von der Aufstellung einer österreichischen Armee von 250 000 Mann am Rhein und von einer gemeinsamen Leitung der Operationen durch den Kaiser und den Prinzregenten. Die Meinung, daß Oesterreich im stande sein solle, diese 250 000 Mann selbst an den Rhein zu bringen, hat er wohl selbst nicht gehabt. Man erwartete, daß Preußen sich zur Stellung des größten Teiles der Rheinarmee selbst anbieten werde. Das wäre wohl auch der Fall gewesen, wenn sich Oesterreich zu irgend einer für Preußen wertvollen Gegenleistung herbeigelassen hätte. Da Erzherzog Albrecht nicht zum geringsten Versprechen ermächtigt war, erhielt er auch keine Zusage. Theodor v. Bernhardi behauptet

in seinen Tagebuchaufzeichnungen über die Sendung des Erzherzogs: „Unsere Regierung hat nicht allein den beabsichtigten Schritt (‚aggressives Vorgehen gegen Sardinien‘) entschieden mißbilligt, sondern auch dem Erzherzog ganz trocken gesagt, daß man Oesterreich wird sitzen lassen, wenn es diese Bahnen einschlägt.“ Es ist aber ganz unwahrscheinlich, daß Erzherzog Albrecht vom Ultimatum und der Absicht über den Ticino zu gehen gesprochen hatte. Als er nach Berlin abreiste, war dies in Wien noch nicht entschieden.

Ohne auf irgend eine sichere militärische Unterstützung hinweisen zu können, ohne eine andere Bundesgenossenschaft als die patriotischen Phrasen in den süddeutschen Blättern und ohne Rücksicht auf die Unfertigkeit der eigenen Rüstungen hatte noch während der Abwesenheit des Erzherzogs Albrecht Graf Grünne den Entschluß in Wien hervorgerufen, das System der Defensive, durch das allein die Bundeshülfe erreicht werden konnte, aufzugeben und den nicht mehr zu vermeidenden Krieg mit der Niederwerfung der Piemontesen zu beginnen. Der Herzog von Koburg glaubt, daß russische Einflüsse auf den Grafen Grünne, dem der Kaiser ein unerschütterliches Vertrauen schenkte, eingewirkt hätten, daß außerdem finanzielle Bedenken gegen die Hinausschiebung der Entscheidung geltend gemacht worden seien. Militärisch war der Entschluß zu rechtfertigen, vorausgesetzt, daß man den Willen und die Macht besaß, den Vorstoß mit größter Energie durchzuführen, oder wenn man sich der Mitwirkung Preußens, zum mindesten durch die Aufstellung einer Armee am Rhein, vergewissert hatte. Nichts von dem traf zu. „Es war in Wien alles Mögliche und Unmögliche geschehen, um sich aus der unzweifelhaft peinlichsten und ungerechtesten Lage der Welt zu befreien, nur das einzige, was wirklich helfen konnte, eine runde, ehrliche, offene Verständigung mit Preußen und die Anerkennung der legitimen Stellung des deutschen Bundes unter der einheitlichen Leitung der einzigen deutschen Großmacht, — dieser Gedanke schien ausgeschlossen zu sein.“ Selbst die Depesche Beusts vom 15. April, durch die Anzeige der Reise des Erzherzogs Albrecht nach Berlin hervorgerufen, bot nicht die geringste Handhabe dazu, Bundeshülfe ohne Preußen zu erwarten, wenn Oesterreich selbst den Kriegszustand hervorrief.

England hatte sich Mühe gegeben, durch die besondere Abordnung seines Pariser Gesandten Lord Cowley nach Wien den Frieden zu erhalten; es schlug einen Kongreß zur Regelung der italienischen Verhältnisse vor, verlangte jedoch bis dahin von Oesterreich den Aufschub aller Feindseligkeiten, ja sogar Beschränkung in den Rüstungen. Napoleon behandelte den Kongreßgedanken anscheinend wohlwollend, denn ihm war der Zeitgewinn für seine Kriegsvorbereitungen sehr erwünscht. Bedenklich machte ihn nur die Haltung Deutschlands. Er sprach dies Herrn v. Beust gegenüber aus, der aus Anlaß der Vermählung des Prinzen Georg von Sachsen mit einer portugiesischen Prinzessin nach Paris gekommen war und mit Begierde die Gelegenheit ergriffen hatte, durch eine Audienz bei dem Lenker der europäischen Politik seine eigene Wichtigkeit darzuthun.[1]) Sie fand am 23. April statt, als man von dem provokatorischen Schritte

[1]) Bernhardi glossiert die Reise Beusts in Aufzeichnungen aus Frankfurt vom 28. April (III. Bd., Die Anfänge der neuen Aera): „Beust, der sächsische Minister, ist auf der Durchreise hier; er kommt aus Paris, war bei Napoleon III. Was wollte er denn bei dem? Er hat ihm

Oesterreichs in Turin bereits Kenntnis hatte. Der Kaiser wußte ganz genau, daß seine Lage dadurch wesentlich gebessert war, daß er auf die Neutralität des Bundes rechnen könne, wenn der Krieg die Grenzen des Bundesgebietes nicht verletzen werde. Der sächsische Staatsmann war anderer Meinung; er hielt es für unmöglich, daß der Bund neutral bleibe. Napoleon gab einem ihn schon damals beschäftigenden Gedanken Ausdruck, der ihn nach dem Kriege von 1859 völlig beherrscht hat, als er Beust erwiderte: „Mais, savez vous, que l'attitude de l'Allemagne commence à devenir inquiétante pour l'Europe, on ne peut plus faire un pas ni s'intéresser à une question quelconque sans la trouver sur son chemin."

Wenn noch irgend ein Einschlag nötig gewesen wäre, den Kaiser von der Nützlichkeit der Kriegführung in Italien zu überzeugen, so mußte ihn der Umschlag der öffentlichen Meinung in England nach dem Scheitern der Vermittelung davon überzeugen. Auch von diesem konnte sich Beust, der von Paris nach London reiste, persönlich überzeugen. Das Ministerium Derby, dessen Herrschaft eben zur Neige ging, da neue Parlamentswahlen im Gange waren, war nicht mehr in die Versuchung gekommen, aus der strengsten Neutralität herauszutreten und zu Gunsten Oesterreichs eine Intervention zu versuchen. Mit der Durchkreuzung des Kongreßprojektes durch das selbständige Vorgehen Oesterreichs gegen Sardinien war der Ausbruch des Krieges entschieden.

Die militärischen Leistungen Oesterreichs und Frankreichs blieben weit hinter allen Erwartungen zurück. Die Heeresorganisation, das Mobilisierungssystem, die Verpflegung und die Marschfähigkeit, ja selbst die taktische Ausbildung der Truppen und ihre strategische Verwendung wiesen gegenüber den großen Kriegen, zu denen Napoleon I. Europa gezwungen hatte, auf beiden Seiten nur Rückschritte auf. In Oesterreich waren selbst die Traditionen Radetzkys völlig verloren gegangen, von seinem Geiste war in der Armee, die im lombardisch-venetianischen Königreich stand, seit dessen Rückeroberung nichts mehr zu spüren. Es war nicht richtig gewesen, daß man den heldenhaften Greis, der in den Feldzügen von 1848 und 1849 sein Vermögen an Energie und Geisteskraft bis zur Neige verbraucht hatte, noch sieben Jahre im Dienste behielt. Seine Stellung als Generalgouverneur diente nur der Trägheit und Gedankenlosigkeit der Untergebenen zum Deckmantel; niemand glaubte irgendwelche Verantwortlichkeit auf sich zu haben, solange der berühmte Feldherr seinen Namen unter die Verwaltungsakte setzte, deren Tragweite er doch nicht mehr zu ermessen vermochte. Es ist gewiß vom allergrößten moralischen Werte, in einer Armee die Erinnerung an die Thaten ihrer großen Generale lebendig zu erhalten; aber es schadet immer, mit diesen selbst Götzendienst zu treiben, namentlich wenn die Zeit ihres Wirkens ihr von der Natur diktiertes Ende erreicht hat. Als man im Jänner 1858 den toten Marschall mit gebührendem Prunke von

vom deutschen Patriotismus vorerzählt! — ist aber sehr niedergeschlagen, weil er nichts ausgerichtet hat. Jetzt geht Beust nach England. Ich glaube, dahin geht er bloß pour se donner les airs de faire quelque chose, um nicht wie ein begossener Pudel aus Paris nach Haus zu kommen."

Mailand bis Venedig und von da sogar übers Meer nach Triest und bis Wien geführt, Leichenfeier auf Leichenfeier gehäuft und sozusagen die ganze Armee von ihm hatte Abschied nehmen lassen, da war man sich noch nicht klar darüber, daß man seinem Amte einen Nachfolger zu geben ganz vergessen hatte. Man kann allerdings die Feldherren nicht aus der Erde stampfen, man kann auch nicht innerhalb sechs Jahren aus Schülern der 1852 gegründeten höheren Kriegsschule, die richtiger Kriegsakademie heißen sollte, tüchtige Truppenführer machen; man hätte jedoch aus den Stabsoffizieren, die sich auf dem italienischen oder ungarischen Kriegsschauplatze ausgezeichnet und Erfahrungen gesammelt hatten, die vertrauenerweckenden längst auswählen und an die Stellen setzen können, wo sie gut zu gebrauchen waren; man hätte die Stämme gedienter Soldaten und geübter Unteroffiziere mit Sorgfalt erhalten und jede Ueberstürzung in den Neubildungen vermeiden, man hätte endlich — und das wäre das Wichtigste gewesen — in dem gesamten Offizierscorps die Ueberzeugung befestigen können, daß die persönlichen Eigenschaften und die Verwendbarkeit die Stellung jedes einzelnen bestimmen. Gerade in dieser Hinsicht aber war eine höchst bedauerliche Veränderung eingetreten. Das Protektionswesen wucherte in allen Waffengattungen, das sogenannte „Inhaberrecht" — die Befugnis der Regimentsinhaber, Leutnantsstellen zu vergeben — führte zu den unglaublichsten Unfügen; es bildeten sich „Ringe" einflußreicher Generale, von denen die Besetzung der wichtigsten Kommanden und die Beförderungen abhingen, selbständige Männer, die im Bewußtsein treuer Pflichterfüllung den Machthabern nicht huldigten und auf ihre Intriguen nicht eingingen, wurden pensioniert, wenn sie auch noch völlig kriegstauglich und verwendbar waren. Das war namentlich dann sehr häufig der Fall, wenn sie nicht zu den „Frommen" gehörten und nicht in die Machtsphäre der Kamarilla einbezogen worden waren. Das „Adjutantencorps", das einen Teil der Geschäfte des Generalstabes versehen sollte, wurde nicht aus besonders fähigen und unterrichteten, sondern aus den elegantesten und willenschwächsten Offizieren zusammengesetzt. Der Generaladjutant des Kaisers, Graf Grünne, bemächtigte sich der obersten Armeeleitung und beherrschte auch den Chef des Generalstabes, den Feldzeugmeister v. Heß, der als der eigentliche Vertreter der Schule Radetzkys galt und großes Ansehen in der Armee genoß. Haynau, Schönhals, Welden waren nicht mehr unter den Lebenden, sie waren übrigens auch sofort nach den Revolutionskriegen ihrer Stellen in der Armee enthoben und entweder wie Schönhals mit einer diplomatischen Sendung betraut oder gänzlich kaltgestellt worden. „Die Offiziere des Generalstabes waren zumeist talentlos, unwissend, dünkelhaft; die wenigsten hatten auch nur einen Feldzug studiert, Koryphäen hörte man über Clausewitz, dessen Werke sie schwerlich gelesen und sicher nicht verstanden hatten, im wegwerfendsten Tone reden."[1])

[1]) So urteilt der ehemalige Oberstleutnant des österreichischen Generalstabes v. Bartels, dessen Buch „Der Krieg im Jahre 1859" wegen der verletzenden Form seiner Kritik und mancher zu harter Anklagen zwar getadelt werden konnte, das aber dennoch demjenigen unentbehrlich ist, der für die Ereignisse jenes Feldzuges wirklich zureichende Erklärungen verlangt. Jedenfalls müssen die Korrekturen beachtet werden, die das offizielle dreibändige Werk des österreichischen Generalstabes durch Bartels erfährt. Die übersichtlichste und in ihrem Urteile reifste Darstellung

Die Militärmacht, die Oesterreich zur Friedenszeit im lombardisch-venetianischen Königreich besaß, bestand aus drei Corps (5., 7., 8.), die zusammen nicht mehr als 48000 Mann betrugen; nach der drohenden Neujahrsansprache Napoleons sandte man noch ein Corps (3.) mit 12—14000 Mann rasch nach Italien, eine Maßregel, die militärisch gar nichts bedeuten konnte, diplomatisch jedoch die Friedensvermittelung erschwerte. Starke Rüstungen können den Gegner vielleicht von dem beabsichtigten Angriff abhalten, unzulängliche und überstürzte Kriegsvorbereitungen beweisen nur Mangel an Selbstvertrauen und Angst. Erst am 1. März wurde der Befehl gegeben, die italienische Armee auf den Kriegsfuß zu setzen, wobei sie gleichzeitig noch durch das zweite Corps aus Wien verstärkt wurde, am 25. April erfolgte auch die Mobilisierung aller anderen Corps. Den Oberbefehl in Italien führte der General der Kavallerie, Graf Franz Gyulay, 1848 Kommandant von Triest und Leiter der Küstenverteidigung, die jedoch auf keine Probe gestellt wurde, darnach kurze Zeit Kriegsminister und noch unter Radetzky Kommandant der II. Armee. Es fehlte ihm sowohl strategische Begabung als Energie, aber er war nicht ohne Einsicht und Ehrlichkeit. Ihm zur Seite stand als Generalstabschef Oberst Kuhn von Kuhnenfeld, der von seinem Lehrstuhle an der Kriegsschule unmittelbar zu der in Kriegsbereitschaft gesetzten Armee abging. Er galt für einen ebenso großen Strategen als Organisator und liebte es, sich den Anstrich eines genialen Sonderlings zu geben, der rücksichtslos die höchsten Ziele verfolge und unbeugsam für seine Ueberzeugung eintrete. Er hatte gewiß sehr achtenswerte theoretische Kenntnisse, war mit der Kriegsgeschichte einigermaßen vertraut und vertrat (auch in dem 1870 erschienenen Werke über den „Gebirgskrieg") selbständige Ansichten. Sie waren jedoch häufig gesucht genial, von dem Bestreben beeinflußt, durch Ueberraschungen und durch Opposition gegen bisher geltende Meinungen zu blenden. Der geistreiche militärische Causeur war im Hauptquartier Gyulays nicht am Platze, wo es sich vor allem darum handelte, eine möglichst rasche Entscheidung über die Methode der Kriegsführung herbeizuführen, sich die Unabhängigkeit von der Wiener Militärkanzlei zu erkämpfen und die Bevormundung der Kommandierenden energisch zurückzuweisen, die an die traurigsten Zeiten des Hofkriegsrates erinnerte.

Entlastet wird die unglückliche Heerführung von 1859 einigermaßen durch die Fehler, deren sich die österreichische Diplomatie schuldig machte. Noch in der ersten Hälfte des April beschäftigte man sich auf dem Ballplatze mit dem Gedanken, der Hauptfeldzug könne am Rhein geführt werden, und glaubte, den Zeitpunkt für den Ausbruch des Krieges bestimmen zu können. Wenn Buol die Gefahr einer Isolierung Oesterreichs vorausgesehen, die Unzulänglichkeit seiner militärischen Vorbereitungen erkannt und daher das Ziel verfolgt hätte, den Krieg zu vermeiden, oder ihn mindestens nur defensiv zu führen, dann oblag

---

bietet das vom preußischen Generalstabe herausgegebene Buch „Der italienische Feldzug des Jahres 1859", eigentlich ein Werk Moltkes. Für die Verwendung der alliierten Truppen kommt das französische Generalstabswerk „La Campagne d'Italie" in Betracht; sehr fesselnde Beobachtungen bietet Prinz Kraft zu Hohenlohe im ersten Bande seiner „Strategischen Briefe", eine erschöpfende Kritik des ersten Kriegsabschnittes das Buch des Generalleutnants v. Cämmerer „Magenta" (Berlin 1902).

ihm schon im Februar oder März die Pflicht, die Kabinettsfrage zu stellen und damit seiner Warnung vor den zum Kriege hetzenden Ultramontanen beim Kaiser den stärksten Ausdruck zu geben.

Graf Gyulay hat in mehreren Memoranden, die er an die Militärzentralkanzlei in Wien richtete, der Defensive in Italien das Wort geredet und hat mit voller Berechtigung auf den Wert des Festungsviereckes Peschiera—Mantua—Verona—Legnago hingewiesen. Solange man in Wien noch den phantastischen Plänen eines Feldzuges am Rhein und an der Mosel nachhing, hat man auch dort den Gedanken nicht zurückweisen können, die Methode Radetzkys im Sommer 1848 anzuwenden und die sardinische Armee erst in dem Augenblicke scharf anzupacken, wenn sie ratlos am Mincio erscheinen sollte. Ernstlich näher getreten ist man ihm nicht, denn damit war es unvereinbar, Ancona, Bologna und Modena besetzt zu halten, was thatsächlich den Ultramontanen zuliebe geschah, die in Erzherzogin Sophie, der Kaiserinmutter, eine eifrige Vertreterin besaßen. Seit Mitte April jedoch wurde es fast zur Gewißheit, daß Oesterreich den Kampf um seine nicht zum deutschen Bunde gehörenden Provinzen zunächst allein gegen die gesamte sardinische und eine ihr zu Hülfe kommende französische Armee auszufechten haben werde, und von da an gewann der Plan einer Ueberrumpelung der Sardinier durch einen raschen Vorstoß auf feindliches Gebiet an Bedeutung, denn er bot in die Augen springende militärische Vorteile.

Die sardinische Armee sollte zwar eine Kriegsstärke von 84000 Mann erhalten, die Ordre de bataille von 96 Bataillonen, 36 Eskadronen und 15 Batterien zu 6 Geschützen ergab aber am 20. Mai erst 55000 Mann Infanterie und 4000 Reiter, die den Oesterreichern gegenüberstehende Macht konnte nach Abzug der Besatzungen Mitte April nicht mehr als höchstens 50000 Mann betragen. Es war immerhin eine für Umfang und Bevölkerungszahl des Königreiches gewaltige Leistung, der gegenüber die Zahl von 100000 Mann, die Oesterreich um dieselbe Zeit für Feldoperationen zur Verfügung hatte, recht kläglich erscheint. Die amtlichen Aufstellungen verzeichnen das 2. Corps, Fürst Eduard Liechtenstein, mit 15612 Mann, 519 Pferden, 48 Geschützen; das 3. Corps, Fürst Edmund Schwarzenberg, mit 20391 Mann, 1145 Reitern, 56 Geschützen; das 5. Corps, Graf Stadion, mit 24452 Mann, 640 Reitern, 72 Geschützen; das 7. Corps, v. Zobel, mit 15464 Mann, 571 Reitern, 56 Geschützen; das 8. Corps, v. Benedek, mit 25709 Mann, 626 Reitern, 72 Geschützen; die Reservekavalleriedivision, Graf Mensdorff, mit 2469 Reitern; die Armeegeschützreserve mit 88 Geschützen; die Reservedivision, v. Urban, mit 8800 Mann, 350 Reitern, 20 Geschützen.[1]) Die Bestimmung der letzteren war jedoch die Sicherung des Landes im Rücken der operierenden Armee. Aber auch die 100000 Oesterreicher mußten genügen, die sardinische Hauptarmee, die zwischen Casale, Valenza und dem unteren Tanaro stand, anzugreifen und zurückzuwerfen. „Gewiß keine leichte Aufgabe," sagt Moltke, „aber keine unmögliche und die einzige, die zum Ziele führte. Nach gewonnener Schlacht über die Sardinier allein stand man dann mitten inne zwischen den beiden erst anlangenden französi-

[1]) Moltke setzt für das 2. Corps 17000, für das 3. 18000, für das 5. 21000, für das 7. 17000, für das 8. 22000 Mann ein.

schen Kolonnen und konnte sich mit aller Macht auf die eine oder die andere werfen. Ihre Vereinigung war fast unmöglich".

Die offizielle französische Darstellung des Feldzugs von 1859 („Campagne de l'Empereur Napoleon III en Italie") berechnet den Effektivstand der französischen Armee nach Einziehung der Beurlaubten auf 561 797 Mann, nach Einberufung des Kontingents von 1858 auf 639 000 Mann. In Friedenszeiten gab es eine Einteilung in 3 Armeen, 5 Maréchalats und 21 Territorialdivisionen, ungerechnet die Okkupationsarmee in Rom und 3 Divisionen in Algier. Die kaiserliche Garde bestand aus 2 Infanteriedivisionen, 1 Kavalleriedivision, 2 Regimentern Artillerie, zusammen 33 Bataillonen, 28 Eskadrons, 18 Batterien, die Linieninfanterie bildete 446 Bataillone, die Kavallerie 58 Regimenter zu 6 Eskadrons, die Artillerie 227 Batterien zu 6 Geschützen nebst 17 „Cadres de dépôts montés". Die Zahlen des Effektivstandes waren aber unrichtig, die wirkliche Aufstellung blieb weit hinter den Berechnungen zurück. Zur Zusammenstellung der Armee von Italien verwendete man 15 Infanteriedivisionen, $\frac{5}{7}$ der in Europa zur Verfügung stehenden Gesamtzahl von 21 Divisionen, 3 Kavalleriedivisionen und 3 verteilte Kavalleriebrigaden und gliederte sie in VI Corps: die Garde unter General Régnault de St. Jean d'Angely, I. Marschall Graf Baraguay d'Hilliers, II. Divisionsgeneral Graf Mac Mahon, III. Marschall Canrobert, IV. Divisionsgeneral Niel, V. Prinz Napoleon Jérôme. Diese Armee, die mehr als die Hälfte der gesamten französischen Streitmacht ausmachte, ist mit Zurechnung von 2 Divisionen, die im Augenblicke des Friedensschlusses dazukamen, nach den Angaben des Schweizer Generalstabsobersten Lecomte mit 140 000 Mann Infanterie, 10 000 Pferden, 350 Geschützen ausgerückt.[1]) Sie enthielt die tüchtigsten Truppen, die in Algier und in der Krim im Feuer gestanden hatten. Napoleon hätte am Rhein kein gleich starkes, aber auch kein Heer von ähnlicher Qualität aufbieten können. Das Oberkommando behielt sich der Kaiser selbst vor, er ließ das III. und IV. Corps über die Alpenstraßen des Mont Cenis und Mont Genèvre rücken, die Garde, das I. und II. Corps wurden zu Schiff nach Genua geführt, ebenso eine Division des V., das zur Besetzung von Toscana bestimmt war. Wenn der 23. April als erster Marschtag gezählt wurde, so konnte die Vereinigung der französischen Armee mit der sardinischen nicht vor dem 10. Mai vollzogen sein.

Das Wiener Kabinett hat sich am 19. April zur Absendung eines Ultimatums an Sardinien entschlossen mit der Aufforderung, sich zu erklären, ob die königliche Regierung zustimme, ja oder nein, ohne Verzug ihr Heer auf den Friedensfuß zu setzen und die Freiwilligen zu verabschieden. Der englische Vermittelungsvorschlag hatte nur die Auflösung der Freicorps und die Sistierung der Rüstungen verlangt; Napoleon war ihm beigetreten, weil ihn die Gesellschaft Garibaldis, der am 17. März durch königliches Dekret zum General der freiwilligen Alpenjäger ernannt worden war, durchaus nicht sympathisch berührte. Durch das österreichische Ultimatum wurde Cavour aus einer verzweifelten Lage

[1]) Moltke berechnet ohne die zwei Divisionen 127 364 Mann, General Horsetzky („Feldzüge der letzten 100 Jahre") 120 000, das österreichische Generalstabswerk „Krieg in Italien" 107 656 Mann Infanterie, 9008 Pferde, 312 Geschütze.

befreit. Der Befehl Napoleons, die englischen Vorschläge anzunehmen, schien ihm die Vernichtung der Hoffnungen Italiens anzudeuten. „Seit acht Jahren,“ sagte er zu seinem Freunde Castelli, „habe ich dem braven Volke mit blutendem Herzen die schwersten Lasten aufgebürdet, um Italien zu retten. Und jetzt sind wir weiter vom Ziele entfernt als im Anfange!“ [1]) Der Kongreß verhinderte die Volkserhebung und den Krieg, das Ultimatum war der Angriff, nun mußte es zum Kriege kommen, Frankreich mußte marschieren lassen. An demselben Tage, dem 23. April, an dem Freiherr v. Kellersperg als Ueberbringer des Ultimatums in Turin eintraf, konnte Cavour bereits der rasch einberufenen Kammer verkünden, daß Oesterreich die englischen Vorschläge formell zurückgewiesen habe, und konnte für die Dauer des nun unvermeidlichen Krieges dem Könige unter Verantwortlichkeit des Ministers die Diktatur übertragen lassen. Kellersperg erhielt am 26. eine Antwort, die weder das Ja noch das Nein enthielt, das die österreichische Note verlangte, schon am 28. erließ Kaiser Franz Joseph ein Manifest an seine Völker, worin er die Notwendigkeit auseinandersetzte, Sardinien zur Entwaffnung zu zwingen. „An der Grenze,“ heißt es darin, „steht bewaffnet der Feind, im Bunde mit der Partei des allgemeinen Umsturzes und mit dem offenen Plane, Oesterreichs Besitz in Italien an sich zu reißen. Zu seiner Unterstützung setzt der Herrscher Frankreichs, der unter nichtigen Vorwänden in die völkerrechtlich geregelten Verhältnisse der italienischen Halbinsel sich einmischt, seine Truppen in Bewegung; Abteilungen derselben haben bereits die Grenzen Sardiniens überschritten ... Wir stehen wieder am Vorabende einer Zeit, wo der Umsturz alles Bestehenden nicht mehr bloß von Sekten, sondern von Thronen herab in die Welt hinausgeschleudert werden will. Wenn ich notgedrungen zum Schwerte greife, so empfängt es die Weihe, eine Wehr zu sein für die Ehre und das gute Recht Oesterreichs, für die Rechte aller Völker und Staaten, für die heiligsten Güter der Menschheit.“ Zum Schlusse wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß Oesterreich in diesem Kampfe nicht allein stehen werde. „Der Boden, auf dem wir kämpfen, ist auch mit dem Blute des deutschen Brudervolkes gedüngt, als eine seiner Schutzwehren errungen und bis auf diese Tage behauptet; dort haben Deutschlands arglistige Feinde zumeist das Spiel begonnen, wenn es galt, seine Macht im Innern zu brechen. Das Gefühl einer solchen Gefahr durchzieht auch jetzt die deutschen Gauen von der Hütte bis zum Throne, von einer Grenze zur anderen. Ich spreche als Fürst im deutschen Bunde, wenn ich auf die gemeinsame Gefahr aufmerksam mache und an die glorreichen Tage erinnere, wo Europa der allgemein aufflammenden Begeisterung seine Befreiung zu danken hatte.“

Zunächst handelte es sich aber nicht um die Teilnahme der Bundesgenossen, sondern um die Schärfe des eigenen Schwertes, das man frühzeitiger gezogen hatte, als es den deutschen Brüdern erwünscht sein konnte. Die Kühnheit des militärischen Vorstoßes sollte ja doch die unzureichende Vorarbeit der Diplomatie ausgleichen; aber leider war die Leitung der Armee ihrer Aufgabe noch weniger gewachsen, als Graf Buol der seinen. Schon am 28. mußte die Armee in Be-

[1]) Reuchlin, Geschichte Italiens III.

wegung sein, am 29. der Angriff auf die Stellung der sardinischen Armee vorbereitet werden. Wenn die Oesterreicher den Ticino und den Po überschritten, so durfte dies keinen anderen Zweck haben, als die Piemontesen zu schlagen. Bewegungen — etwa in der Richtung von Turin — konnten keinen Erfolg haben, wenn sie nicht die Vereinigung der zwei französischen Heersäulen zu verhindern vermochten. Der Vereinigungspunkt war die Stellung der Piemontesen bei Casale—Valenza. Gegen diesen war von Pavia aus vorzugehen; am 1. Mai konnten 80000 Oesterreicher dazu verwendet werden. Bis zu diesem Tage war die Armee aber erst 10 Kilometer weit von der Grenze gelangt, erst am 3. oder 4. dachte der Generalstabschef Baron Kuhn ernstlich an eine Verwendung seiner Macht zur „Aufrollung" der piemontesischen Stellung; er versichert in den ihm zuzuschreibenden „Rückblicken" in Streffleurs „Militärischer Zeitschrift" und in einer seinem Nachlasse entnommenen Schrift „Meine Thätigkeit im Kriege 1859", daß er den Gedanken eines Durchbruches der piemontesischen Aufstellung vertreten habe, und macht Gyulay und dessen Generaladjutanten v. Sztankowics dafür verantwortlich, daß er abgelehnt wurde. Im österreichischen Generalstabswerk, das unter direkter Einflußnahme Kuhns während dessen Anstellung als Kriegsminister verfaßt wurde, findet sich sogar die Behauptung, ein von der Militärkanzlei in Wien an das Armeehauptquartier am 1. Mai abgesendetes Telegramm sei im Hauptquartier Gyulays mit einem gefälschten Text aufgenommen worden, aus dem sich eine Bekräftigung der Absicht des Feldherrn, in der Defensive zu verharren, ableiten ließ. Eine Entlastung Kuhns ist aber aus dem Grunde nicht möglich, weil er sich eine Nichtbeachtung seiner begründeten und mit Ueberzeugung vertretenen Ratschläge nicht gefallen lassen durfte. v. Bartels geht jedenfalls zu weit, wenn er von dem Chef einer Operationskanzlei „Genie" verlangt. Niemand hat selbst ein Urteil darüber, ob er genial sei oder nicht, es ist die Pflicht der kriegführenden Regierungen, die Fähigkeiten ihrer Truppenführer zu beurteilen. Der an verantwortliche Stelle Berufene aber hat die Pflicht, sein Amt sofort zurückzulegen, wenn er seinen Ansichten nicht Geltung zu verschaffen vermag. Bartels, der als Stabschef des 7. Corps jedenfalls Gelegenheit genug hatte, die Vorgänge im Hauptquartier zu beobachten, behauptet, daß Gyulay dem Obersten Kuhn „in Gottes Namen die Leitung des Heeres überlassen und sich selbst vom Kommandanten zum Zuseher degradiert habe". Die Operationskanzlei „faßte die Corps als geometrische Punkte auf, beachtete niemals ihre Marschlängen, und da andererseits Gyulay dem Treiben apathisch zusah, anstatt kräftig einzugreifen, so artete das Kommando in eine nörgelnde und hemmende, aber geist- und energielose Schreiberwirtschaft aus". Kuhn sollte und wollte kommandieren, aber er konnte es nicht.

Am 4. und 5. Mai trat heftiges Regenwetter ein. Dies konnte zur Beschleunigung kräftiger Entschlüsse nicht beitragen. Das 8. Corps, das am 4. Mai den Po überschritten hatte, blieb infolge eines Brückenbruches durch das Hochwasser mehrere Tage von der Hauptarmee getrennt und befand sich in großer Gefahr, von einer Uebermacht überfallen zu werden. Uebrigens war es überhaupt sinnlos, ein einziges Corps, wenn es auch an Zahl das stärkste war, vereinzelt auf das rechte Ufer des Po zu werfen; denn es konnte seiner Aufgabe,

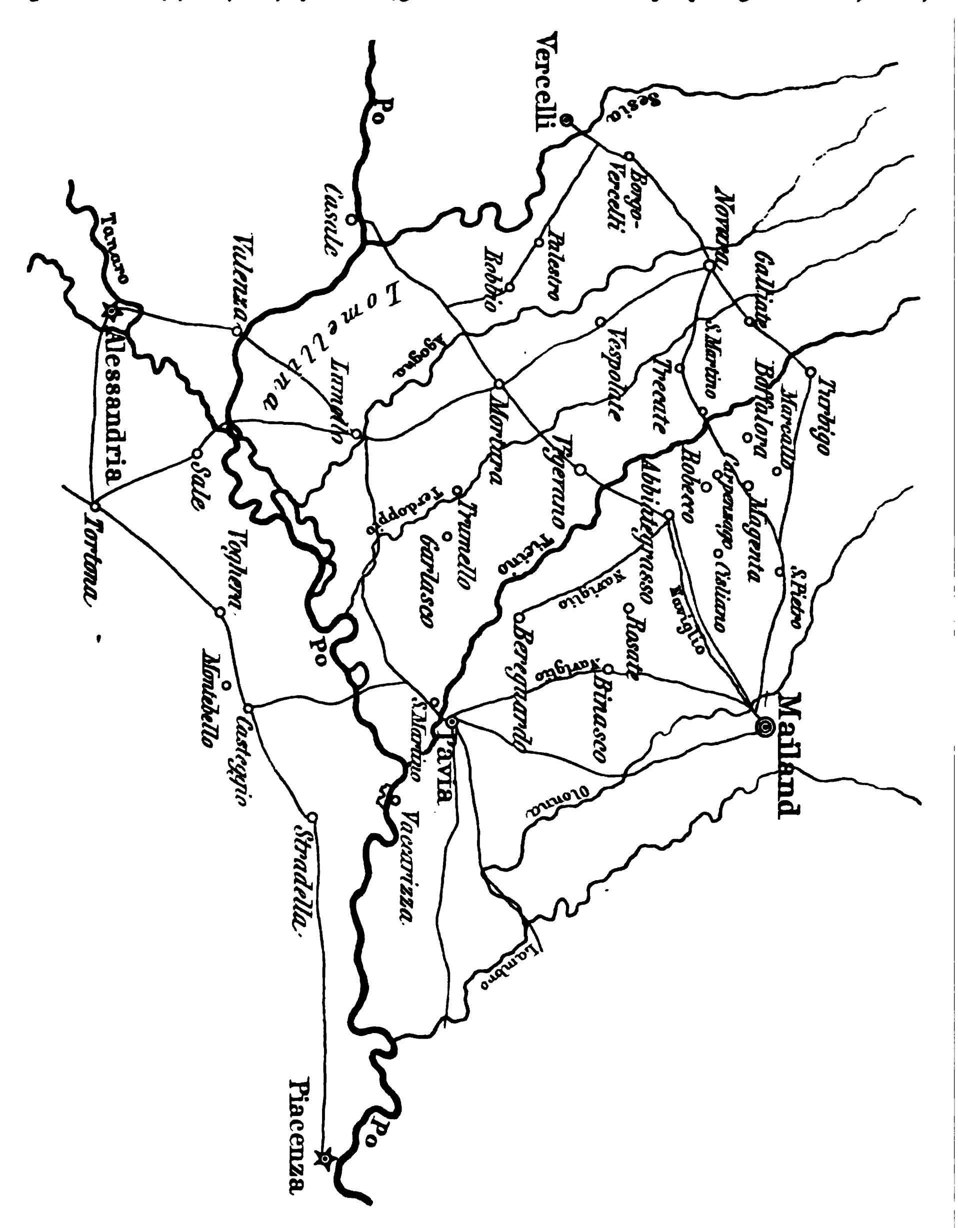
als linker Flügel der ganzen vorrückenden Armee zu dienen, nicht nachkommen, wenn es für sich allein in einen Kampf verwickelt wurde. Auch der Vormarsch der Hauptarmee gegen Vercelli wurde auf den 7. Mai verschoben. Als er zur Ausführung kam, war die feindliche Aufstellung jedoch schon erheblich verändert. Marschall Canrobert, der am 29. April in Turin eingetroffen war, hatte den König Viktor Emanuel bestimmt, die zwei Divisionen, denen bis dahin der Schutz der Dora Baltea, einer Anmarschlinie der Verbündeten, anvertraut gewesen war, nach Casale abmarschieren zu lassen, und hatte ihnen auch die bereits in Susa angelangten französischen Brigaden folgen lassen. Die fünf Tage, die von den Oesterreichern verloren worden waren, weil beim Beginne der Feindseligkeiten der Feldherr nicht wußte, was er sich eigentlich für ein Ziel zu setzen habe, diese fünf Tage hatten hingereicht, um die Vereinigung der beiden französischen Heeressäulen der Verwirklichung wesentlich näher zu bringen.

General v. Cämmerer, der jüngste Beurteiler des Feldzuges, faßt die Fragen der Versäumnisse der österreichischen Heeresleitung in folgendem zusammen: Wenn am 28. April der österreichische Vormarsch auf dem rechten Poufer begann, hätten die Piemontesen für den Widerstand am Tanaro höchstens 30—35000 Mann zusammenbringen können. Noch am 2. Mai waren die Verhältnisse nicht günstiger. Sie durften sich keiner Umfassung mit vernichtender Macht aussetzen, mußten sich nach einer Niederlage sofort nach Turin und auf die anrückende französische Hülfe zurückziehen: „Ihre Verfolgung durch mindestens drei siegreiche Corps mußte zu ihrer Auflösung und zugleich zur Störung des ganzen Canrobertschen Aufmarsches führen. Canrobert konnte nach einer solchen Entscheidung am Tanaro nur alle Echelons, die Alessandria noch nicht erreicht hatten, sofort ins Thal von Susa umkehren lassen, um sie vor vereinzelter Abschlachtung zu bewahren. Es war sehr fraglich, ob er in diesem Thal dem bis dorthin vordringenden Gegner auch wirklich Widerstand zu leisten vermochte. Inzwischen mußten dann $1\frac{1}{2}$ bis 2 österreichische Corps den Flankenschutz gegen Genua und die Einschließung von Alessandria bewirken, konnten aber auch noch durch die Reservedivision Urban verstärkt werden, die alsdann hinter dem Rücken des Heeres sicher nichts zu thun hatte.“ Cämmerer nimmt an, daß der österreichische linke Flügel bis an die Bochetta hätte vorgehen können, so daß längere Zeit die Vereinigung der französischen Armee aufgehalten werden konnte.[1])

Die österreichische Heeresleitung handelte aber überhaupt nicht im Sinne einer Offensive, die doch ausschließlich den Einfall in das feindliche Gebiet rechtfertigen konnte, sie tastete nur sehr bescheiden in der Richtung der Dora Baltea, nachdem sie am 7. Mai ihr Hauptquartier noch Mortara verlegt hatte. Als das vom Obersten v. John geführte Streifkommando die Gegend von Biella und Ivrea vom Feinde unbesetzt fand, begann man im Hauptquartier wieder an eine Vorwärtsbewegung der Verbündeten am rechten Poufer zu glauben und wurde um den linken Flügel besorgt. Die Folge davon war der Rückzug in die Lomellina (zwischen Agogna und Po), der Stillstand der Operation, die ungestörte

[1]) Cämmerers Ansichten decken sich so ziemlich mit denen, die General v. Voigts-Rhetz am 18. Mai 1859 gegenüber Bernhardi geäußert hat (Tagebuchblätter II, 223). Moltke hat damals für die Offensive am rechten Poufer von dem befestigten Piacenza aus plaidiert.

Versammlung der französischen Armee bei Alessandria. Napoleons Kriegsplan war anfangs höchst wahrscheinlich dahin gegangen, am rechten Pouser stromabwärts zu operieren, Piacenza beobachten zu lassen und entweder durch einen Flankenmarsch Gyulay zum Aufgeben der Lombardei zu zwingen oder ihn nach



einem unvermuteten Poübergang im Rücken anzugreifen und zur Schlacht mit verkehrter Front zu zwingen. Die Korrespondenzen der Generale Fleury, Ducrot, und eine positive Angabe in dem Buche des Herzogs von Almazan über den Feldzug 1859 bestätigen das. Es ist nicht bekannt geworden, warum er den Plan aufgegeben hat. Aus dem offiziellen Werke erfahren wir nur, daß der Kaiser

am 17. Mai aus seiner und der sardinischen Armee zwei starke, durch den Tanaro getrennte Massen gebildet hatte, „welche ebensowohl den linken oder rechten Flügel wie auch das Zentrum der Oesterreicher bedrohen konnten". Am rechten Ufer des Tanaro stand in erster Linie das I. und II. Corps in Salé und Voghera, in zweiter Linie das III. in Tortona, am linken Ufer befand sich in erster Linie das IV. Corps und die sardinische Armee in Valenza und Casale, die Garde in Alessandria. Es scheint, daß Napoleon ebensowenig als sein Gegner, als sie sich nun mit versammelten Streitkräften gegenüberstanden, eine bestimmte Absicht für die Gestaltung des Feldzuges gefaßt hatte. Gyulay hatte seine 5 Corps bis zum 13. Mai in dem Raume zwischen Vercelli, Vigevano, Lumello und Vacarizza bei Pavia aufgestellt, das Hauptquartier in Garlasco bezogen und sich darauf verlegt, durch Kundschafter Nachrichten über die Bewegungen der Verbündeten einholen zu lassen. Prinz Hohenlohe-Ingelfingen meint, die österreichischen Kundschafter seien alle auch im Solde des Feindes gestanden, denn der größte Teil ihrer Nachrichten sei falsch gewesen. „Es wäre dies nicht der erste und nicht der letzte Krieg gewesen, wo so etwas vorkommt." Eine namhafte Verstärkung traf gleichzeitig bei Piacenza ein, das 9. Corps, Graf Schaffgotsche (21060 Mann, 400 Pferde, 56 Geschütze). In einem Berichte nach Wien erklärte Kuhn, es sei eine derartige Zentralstellung für die Armee gewählt worden, aus der dem Vordringen des Gegners sowohl von Turin über Vercelli sowie bei einem Poübergange zwischen Pavia und der Mündung des Tanaro und endlich einem weiteren Vordringen des Gegners über Piacenza entgegengewirkt werden könne. Es waren also drei Wochen dazu verwendet worden, um eine Verteidigungsstellung zu suchen, deren Zentrum nur wenige Kilometer von der eigenen Grenze lag. Hätte man eine Stellung von ähnlichem Werte hinter dem Ticino gewählt, so wäre allerdings Mailand für kurze Zeit preisgegeben gewesen, aber man befand sich in der politisch so vortrefflichen Lage des Angegriffenen, aus der sich mit Notwendigkeit eine Stellungnahme des deutschen Bundes und eine Bedrohung Frankreichs am Rhein hätte ergeben müssen.

Vom 13. bis 19. Mai überdachte Kuhn die möglichen Angriffslinien der Gegner und gab darüber am 19. sehr belehrende Auseinandersetzungen an die Corpskommandanten hinaus. Man hat davon den Eindruck, als wenn der Professor der Strategie den Kriegsschülern während einer Reisepause einen längeren Vortrag hielte. Als er mit seinen Erwägungen zu Ende gekommen war und weder sich noch anderen verbergen konnte, daß er „nichts Gewisses wisse", griff er zu dem beliebten Verlegenheitsmittel einer verstärkten Rekognoszierung. Sie führte am 20. Mai zu dem ebenso blutigen, als ergebnislosen Gefecht von Montebello. Die Richtung der Rekognoszierung ging vom befestigsten Brückenkopf von Vaccarizza am äußersten linken Flügel der österreichischen Stellung gegen die das rechte Pouser parallel begleitende Hauptstraße Voghera—Stradella und war von einer Linksschiebung der ganzen Armee begleitet, deren rechter Flügel aus Vercelli nach Robbio und Mortara gezogen wurde. Ausgeführt wurde die Rekognoszierung von 3 Brigaden des 5. Corps und den 2 Brigaden des Streifcorps Urban, etwa 22000 Mann, 1000 Pferden und 48 Geschützen unter dem Feldmarschalleutnant Grafen Stadion. Man traf auf die französische

Division Forey und die piemontesische Kavalleriebrigade Sonnaz, die zusammen höchstens 7200 Mann Infanterie und 1300 Pferde ausmachten. Dennoch waren die Oesterreicher in den einzelnen Gefechtsphasen fast immer schwächer als die Gegner und wurden zum Rückzug gezwungen, ohne auch nur den Hauptzweck der Rekognoszierung, Feststellung der Stärkeverhältnisse und der Truppenverteilung beim Gegner, erreicht zu haben. Einzelne österreichische Regimenter hatten tapfer gefochten, die Leitung hatte auf französischer Seite jedoch unzweifelhaft Ueberlegenheit gezeigt. Der moralische Eindruck, den die bei Montebello ins Feuer geschickten Oesterreicher erhielten, war ein sehr ungünstiger, die Zwecklosigkeit der Verluste (295 Tote, 715 Verwundete, 283 Vermißte) konnte sowenig verborgen bleiben als die Unsicherheit der Führung. Im Hauptquartier befestigte sich die Ansicht, daß der Gegner sich in der Richtung von Piacenza massiere, deshalb wurden auch die zur Rekognoszierung verwendeten Brigaden bei Vaccarizza in Stellung belassen.

Nachdem Napoleon mehrere Tage vergeblich auf eine Erneuerung des Angriffs gewartet, nachdem er drei Corps sogar noch weiter östlich am rechten Poufer gegen Strabella vorgeschoben hatte, entschloß er sich am 26. Mai, den Angriff plötzlich gegen den rechten Flügel der österreichischen Aufstellung zu richten, diese am Ticino vom Norden her zu überflügeln und zu diesem Ende eine Verschiebung der Armee durch einen Flankenmarsch vorzunehmen. Cämmerer glaubt, daß er in Kenntnis von jener Abhandlung über die möglichen Angriffslinien der Verbündeten gelangt sei, die Kuhn in Form eines Armeekommandobefehls am 19. Mai an die Corps hinausgegeben hatte. Darin wurde die von Vercelli über Novara an den Ticino und in der Richtung auf Mailand gehende für die unwahrscheinlichste erklärt. Napoleon durfte daher annehmen, daß die darauf abzielenden Bewegungen am wenigsten beachtet werden würden. Er begab sich am 26. persönlich nach Vercelli und ordnete die Herstellung der Sesiabrücken an und schon am darauffolgenden Tage begann der Nordabmarsch der französischen Armee teils mittelst der Eisenbahn, teils in Fußmärschen, während die sardinische zwischen Casale und Vercelli stehend einen Schleier für diese Bewegungen abgab.[1])

Die österreichische Heeresleitung erhielt am 28. und 29. mehrere Meldungen über feindliche Truppenvereinigungen bei Vercelli und über lebhaften Eisenbahnverkehr auf der Strecke Casale—Vercelli, aber sie zog keine Schlüsse daraus. Das 1. Corps (Graf Clam-Gallas), das am 30. in Verona eintreffen sollte, wurde an den Po beordert, wo es in gar keinem Falle notwendig war, statt ins Zentrum der österreichischen Stellung zur unmittelbaren Verfügung des Oberkommandos. Die Ankunft Garibaldis mit 3000 Freischärlern bei Varese und Como war die Veranlassung, daß Clam die Anweisung erhielt, nach Mailand zu gehen und von da aus das Streifcorps Urban zu unterstützen, das sich zu einem Angriffe auf Garibaldi nicht stark genug fühlte. Auch das Erscheinen Garibaldis lenkte die Aufmerksamkeit Kuhns noch nicht auf die Vorgänge vor

[1]) Eine vortreffliche graphische Darstellung des ganzen Flankenmarsches gewähren die sechs Operationsskizzen in v. Cämmerers mehrfach erwähntem Werke. (Tafel II.)

und neben dem rechten österreichischen Flügel, obwohl man doch nicht annehmen durfte, daß es ohne allen Zusammenhang mit den Operationen des Gegners stehen könne. Man darf sich daher nicht darüber wundern, daß auch die Vorposten des 7. Corps ihre Aufgabe nicht für sehr wichtig ansahen und nicht jene Wachsamkeit entwickelten, die im Aufmarsche begriffenen Streitkräften gegenüber notwendig ist. So konnte es geschehen, daß der Uebergang von vier sardinischen Divisionen über die Sesia am 30. Mai vormittags unbemerkt blieb, bis sie den Angriff gegen Palestro einleiteten, das von einer österreichischen Brigade besetzt war.[1]) Trotz des hartnäckigen Widerstandes mußte diese endlich doch weichen und sich nach Robbio zurückziehen. Das Kommando des 7. Corps wollte infolgedessen seine Kräfte in der Umgebung von Robbio zusammenziehen und von dort aus selbst das Gefecht leiten, erhielt aber vom Armeehauptquartier die Antwort, daß dies nicht nötig sei, weil man es mit einem Scheinangriff zu thun haben dürfte. In der Nacht konferierten Gyulay und Kuhn in Mortara mit Zobel und dessen Stabschef Bartels; man einigte sich, am nächsten Tage mit vier Brigaden den bei Palestro stehenden Feind anzugreifen, um sich von seiner Stärke zu überzeugen und Klarheit in die Situation zu bringen. Nach Moltkes Ansicht war diese aber bereits vorhanden. „Wie hätten die Sardinier allein über die Sesia gehen und gleichzeitig die Franzosen auf Piacenza marschieren sollen! War es denkbar, daß die Piemontesen unter Preisgebung aller Verbindung mit Turin sich einer vollständigen Niederlage aussetzten, wenn sie sich nicht durch die Nähe des französischen Heeres geschützt fühlten? Nach dem 30. Mai hätte die Besorgnis für den linken Flügel schwinden, die höchste Sorgfalt für den rechten eintreten müssen.“

Kuhn hat die Möglichkeit, daß die ganze alliierte Armee bei Vercelli konzentriert werde, selbst schon ins Auge gefaßt, er zog aber die Konsequenzen daraus für die Operationen der eigenen Armee nicht, er dirigierte am 31. nachmittags, während bei Palestro zum zweitenmal unglücklich gekämpft wurde, nur 2⅓ Corps gegen Vercelli und stellte das 5. und 8. Corps samt der Division Reischach des 7. unter das Kommando des Grafen Stadion, „um die Ueberwachung und Verteidigung des Po zu leiten“. Das 9. Corps befand sich in zerstreuter Stellung noch zwischen Vaccarizza und Piacenza. Diesen Anordnungen gegenüber ist die Behauptung der „Rückblicke“, Kuhn habe schon am 30. die Entscheidungsschlacht bei Novara ins Auge gefaßt, unhaltbar. Gyulay hat die noch immer festgehaltene Teilung der Armee zur Lösung zweier Aufgaben, die unmöglich gleichzeitig an sie herantreten konnten, nicht zu verantworten, denn er hat immer an dem richtigen Gedanken festgehalten, daß der Rückzug über den Ticino und bis an den Mincio die beste Maßregel sei, weil sie die Armee sofort in Berührung mit allen Verstärkungen und dadurch auf 200 000 Mann bringe, was allein einen erfolgreichen Widerstand voraussetzen lasse. Moltke und Cämmerer vertreten die Ansicht, daß auch am rechten Ufer des Ticino noch mit Grund das Glück der

---

[1]) v. Bartels behauptet zwar, daß der Kommandant des 7. Corps schon am 29. vollkommen überzeugt gewesen sei, „daß am 30. ein Angriff gegen Palestro und Robbio erfolgen werde“; dann bleibt es um so unerklärlicher, daß er sich am 30. im Laufe des Vormittags nicht darum gekümmert hat, was am linken Sesiaufer vorgeht.

österreichischen Waffen auf die Probe gestellt werden konnte. Am 1. Juni waren alle verfügbaren Truppen Gyulays bereitzustellen, am 2. war mit der Hauptmasse die Offensive gegen Palestro oder Novara zu ergreifen oder die schon vorbereitete Stellung von Mortara einzunehmen, in der mit 115000 Mann Infanterie und 450 Geschützen die Defensivschlacht gegen die 140000 Mann und 330 Geschütze geliefert werden konnte, die Kaiser Napoleon in Verwendung zu bringen hatte. Cämmerer meint, der französische Angriff habe am 3. erfolgen müssen, denn an den folgenden Tagen wäre seine Lage durch das Eintreffen von 20000 Oesterreichern bei S. Martino am mittleren Ticino nur ungünstiger geworden.

Am 1. Juni abends will Kuhn, wie er in den „Rückblicken" erzählt, Gyulay den Vorschlag gemacht haben, dem 2. und 7. Corps die Verteidigung der Agogna zu überlassen, das 3., 5. und 8. Corps bei Mortara zu konzentrieren und mit diesen, verstärkt durch die Armeegeschützreserve, den Gegner auf dem Flankenmarsche nach Novara anzugreifen. Gestützt auf einen mit seiner nächsten Umgebung abgehaltenen Kriegsrat, zu dem aber Kuhn nicht beigezogen worden sei, habe Gyulay dagegen den Rückzugsbefehl nach Verona anordnen wollen. Nachdem darauf Kuhn seine Demission als Generalstabschef gegeben, habe Gyulay als Kompromiß den Rückzug über den Ticino und die Annahme einer Schlacht vor Mailand angenommen. Am 2. Juni vormittags wurden die darauf abzielenden Dispositionen ausgegeben, im Laufe des 3. zur Ausführung gebracht, so daß in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni das 2. Corps an das 1. bei Magenta anschloß, das 3. und 7. südlich davon bei Abbiategrasso, das 5. bei Rosate, das 8. bei Binasco eintrafen. An demselben Tage setzte sich die französische Garde vor dem Brückenkopf von S. Martino fest. Clam gab ihn auf, als bei ihm die Meldung eintraf, daß Mac Mahon mit dem II. Corps den Ticino bei Turbigo bereits überschritten habe, nachdem ihm bei Robechetto nur eine Brigade des 1. Corps erfolglos entgegengetreten war. Der Generalstabschef Feldzeugmeister v. Heß war am 3. morgens, vom Kaiser Franz Joseph aus Verona entsendet, bei der Armee angelangt, als die Rückzugsbewegung bereits begonnen war, eine von ihm eingeleitete Besprechung mit Gyulay und Kuhn hatte den Marsch der Kolonnen für einige Stunden aufgehalten, an den Beschlüssen der Heeresleitung konnte nichts mehr geändert werden. Ihre Absicht war, dem über den Ticino gerückten Gegner eine Offensivschlacht mit der Richtung nach Norden zu liefern, sie war für den 5. Juni vorgesehen.

Die Schlacht von Magenta entstand aber am 4. Juni dadurch, daß Graf Clam sich mit dem aus Turbigo nach Süden vorgehenden Mac Mahon und mit den von S. Martino über die Ticinobrücke anrückenden Garden gleichzeitig in einen Kampf einließ, ohne die Tragweite desselben zu erkennen und ohne für sein Verhalten vom Armeehauptquartier genügend unterrichtet zu sein. Auch Napoleon hatte nicht geglaubt, sich an diesem Tage in einen so heftigen Kampf einlassen zu müssen, er durfte jedoch das Corps Mac Mahon nicht seinem Schicksale überlassen, mußte die im Angriff befindliche Garde unterstützen und deshalb im Laufe des Tages Divisionen des III. und IV. Corps heranziehen. Dies war möglich, weil die Zerstörung der Brücken von S. Martino und Boffa-

lora den Oesterreichern nicht gelungen war! Es entwickelte sich eine Schlacht aus einer Reihe von Einzelgefechten um Kanalbrücken, Eisenbahn- und Straßendämmen in einem Terrain, das eine übersichtliche Aufstellung nicht zuließ. Sie hätte von den Franzosen verloren werden können, wenn die Oesterreicher schneller konzentriert worden wären. Als Clam um Mittag die Gefahr seiner Lage dem Oberkommando mitteilte, war es schon gewiß, daß die Konzentration an diesem Tage nicht mehr erreicht werden konnte. Nicht daß Graf Gyulay den Grafen Clam zu spät unterstützte, sagt Moltke, ist ihm vorzuwerfen, sondern daß er ihn nicht zurückzog, bevor er einer Unterstützung bedurfte. „Der halbe Tag war verflossen. Das 5. Corps stand 2½, das 8. 4 Meilen von Magenta entfernt. Nur das 3. und 7. Corps konnten heute noch das Gefechtsfeld erreichen und von diesen wurde auch noch eine Division rechts weg, gegen Mailand zu, geschoben. Wir sehen hier dieselben Anordnungen, wie bei allen früheren Gefechten. Ein Teil der Armee wird gegen den Feind geführt und dabei noch durch allerlei rück- und seitwärtige Aufstellungen geschwächt, während die Franzosen mit allem, was sie haben, angreifen."

Das Eingreifen der Division Reischach des 7. Corps hat um ½3 Uhr nachmittags nochmals eine günstige Wendung für die Oesterreicher herbeigeführt, General v. Gablenz, der nach der Verwundung Reischachs die Führung übernahm, trieb die Brigade Cler, die sich schon jenseits des Kanals (Naviglio) eingenistet hatte, zweimal hinter diesen zurück, als auch schon die Spitzen des 3. Corps von Robecco her in die Feuerlinie vorgingen. Um dieselbe Zeit hatte aber auch Mac Mahon seine Divisionen, die er nach dem ersten mißlungenen Vorstoß zurückgezogen hatte, zum Hauptangriff formiert. Er nahm die Richtung Marcallo-Magenta, während auch von Boffalora aus Gardekolonnen den Schlüssel der österreichischen Stellung bedrohten. Von ½7 bis ½8 Uhr abends stritt man um den Besitz von Magenta, wo sich Teile des 1., 2. und 7. Corps auf das tapferste schlugen. Es konnte keine Hülfe mehr gebracht werden, denn erst gegen 7 Uhr waren die ersten Truppen des 5. Corps in Robecco eingetroffen. Sie griffen nicht mehr ins Gefecht ein. Magenta blieb beim Eintritt der Dunkelheit in den Händen der Franzosen. Gablenz konnte jedoch bis 10 Uhr nachts in der Nähe des Ortes Ca Cerella verweilen, das 1. und 2. Corps zog sich nach Cisliano zurück, das 3. hielt Robecco und Carpenzago. Von den Franzosen nächtigte das II. Corps in und um Magenta, die Garde bei Boffalora, und hinter Magenta der größte Teil des III. und IV. Corps bei Trecate, die sardinische Division Fanti bei Marcallo, der Rest der Sardinier bei Turbigo und Galliate.

Im Augenblicke des Abbruchs der Schlacht glaubte das Oberkommando an deren Fortsetzung am nächsten Morgen. Um ½9 Uhr abends wurden die Befehle hierzu von Robecco aus gegeben. Es sollten zwei Heereskörper von verschiedener Größe gebildet, dem einen (1., 2. und 7.), der dem Grafen Clam unterstellt wurde, noch das frische 8. Corps, dem anderen (3.), den Fürst Schwarzenberg befehligen sollte, das am 4. noch nicht verwendete 5. Corps zugeteilt werden. Clam wurde angewiesen, Corbetta zu behaupten, Schwarzenberg, Robecco um jeden Preis festzuhalten. Gleichzeitig telegraphierte Kuhn nach Mailand, es seien die dort befindlichen Truppen des 1. Corps nach Lodi zur Besetzung der Brücken

abzusenden, was darauf schließen läßt, daß dem Stabschef der Rückzug über die Adda mehr am Herzen lag als die Fortsetzung der Schlacht. In einem Schreiben an Schwarzenberg erörterte Kuhn hierauf seine Gedanken für den Kampfverlauf des nächsten Tages. Noch war er mit seinen Befehlen nicht zu Ende gekommen, als über den Stand der Dinge beim 1., 2. und 7. Corps Nachrichten einliefen, denen zufolge die gänzliche Räumung des Schlachtfeldes und die Unterbrechung der Berührung mit dem Feinde nicht mehr aufzuhalten war. Clam erklärte, sämtliche Truppen befänden sich in einer solchen totalen Auflösung, daß man nicht einmal eine Compagnie, geschweige denn ein Bataillon zusammenbringen könne. Es bedürfe mehrerer Tage hierzu. Das einzige Mittel, die Armee zu retten, sei, so schnell als möglich den Rückzug fortzusetzen. Er werde daher mit Tagesanbruch nach Binasco zurückgehen. Kuhn hat bis an sein Lebensende in der Unbotmäßigkeit der Corpsführer Clam und Zobel den Grund für den Verlust des Feldzuges, soweit er dafür verantwortlich war, gesucht. In der Annahme, daß der Kampf am 5. Juni eine Wendung zu Gunsten der Oesterreicher versprach, ist ihm aber niemand gefolgt. Diese hatten am Tage von Magenta 55000 Mann im Gefecht; sie verloren 570 Offiziere und 10882 Mann an Toten und Verwundeten und mindestens 4500 an Gefangenen, nahezu 4000 Mann des 1. und 2. Corps waren bis Mailand geflüchtet, es blieben somit nur 35000 Mann noch zur Verwendung. Hierzu kamen an frischen Truppen 45000 Mann, man konnte also 80000 ins Feuer bringen. Die Verbündeten hatten 46800 im Gefecht, davon nach ihrer Angabe 4500 Mann an Toten, Verwundeten und Vermißten verloren, verbleiben 42300, wenn man ihre Angaben um 50 Prozent korrigieren will, 40000. Sie konnten 37800 Mann frischer Truppen am 5. auf das Schlachtfeld bringen, waren also mit nahezu 80000 den Oesterreichern an Zahl gleich, durch den Sieg vom Vortage moralisch und augenscheinlich taktisch überlegen.[1]) Bei der Rechnung sind die von Clam und Zobel geschilderten Zustände nicht in Rechnung gebracht.

Der Rückzug wurde ohne Drängen von seiten des Gegners vollführt, das Gefecht von Melegnano (8. Juni) entstand durch zwecklosen Widerstand der Brigade Boér des 8. Corps (Benedek) gegen das nunmehr von Bazaine geführte I. französische Corps, kostete Oesterreich den Verlust von 1500 Mann der tüchtigsten Truppen und bestärkte im Heere die Ueberzeugung, daß aller Heldenmut, alle Aufopferung vergeblich sei.

Seitdem Oesterreich vorzeitig das Schwert gezogen hatte, ohne der Wirkung dieses Schrittes sicher zu sein, war in seinen Beziehungen zu Preußen und dem deutschen Bunde keine wesentliche Veränderung vor sich gegangen. An eine Annäherung der beiden deutschen Großmächte konnte man kaum mehr glauben, seitdem Graf Johann Bernhard von Rechberg-Rothenlöwen an Stelle Buol-Schauensteins am 14. Mai die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten über-

[1]) Nach v. Cämmerer. Die Ansichten des englischen Fachmannes, der im Oktoberhefte 1859 der „Edinburgh Review" einen Aufsatz über den Feldzug veröffentlichte, scheinen dadurch gründlich widerlegt zu sein.

nommen hatte. Von Haus aus kein Mann von besonderen Fähigkeiten war Rechberg als Bundespräsidialgesandter in Frankfurt seit fünf Jahren gewohnt gewesen, jeden Antrag des von Bismarck vertretenen Preußen als eine Bedrohung der österreichischen Vorherrschaft in Deutschland anzusehen, an deren Legitimität er felsenfest glaubte; er fühlte sich durch das Auftreten Bismarcks stets unangenehm berührt, in seiner diplomatischen Ruhe gestört und hat in dem Kampfe gegen den ihm so sehr überlegenen Gegner auch zu nicht ganz lauteren Mitteln gegriffen. Bismarck berichtete über einen Fall dieser Art am 26. Juli 1858 an den Prinzregenten: „Einen neuen Beweis von seiner Wahrheitsliebe hat mein österreichischer Kollege dadurch gegeben, daß er den englischen Gesandten veranlaßt hat, nach Hause zu melden: Oesterreich habe uns angeboten, zur Sicherstellung der Einigkeit am deutschen Bunde ein Abkommen mit Preußen zu treffen, nach welchem keine der beiden Regierungen bei der Bundesversammlung Anträge einbringen werde, mit welchen die andere nicht einverstanden sei, so daß die beiden Großmächte für die Zukunft nicht wieder versuchen würden, sich gegenseitig zu majorisieren; Preußen aber habe diesen Versuch einer Annäherung zurückgewiesen. Sir A. Malet war nicht wenig erstaunt, als er von mir erfuhr, daß umgekehrt jener Vorschlag von uns, die Ablehnung aber von Oesterreich ausgegangen sei, worüber ich alle schriftlichen Beweise in Händen hätte." Daß man einem Ministerium Rechberg in Berlin nicht gerade mit offenen Armen entgegenkommen mochte, kann nicht Wunder nehmen.

Die Kriegslust der deutschen Mittelstaaten, die durch den zum bairischen Bundestagsgesandten ernannten Herrn v. d. Pfordten noch im April stärkeren Ausdruck erhalten hatte, nahm auffallend ab, als sich die Kriegsvorbereitungen Oesterreichs sehr mangelhaft herausstellten und es zur Gewißheit wurde, daß der Kaiserstaat, der zur Verteidigung seiner italienischen Provinzen nicht genügend Truppen aufbringen konnte, gewiß keine erheblichen Streitkräfte an den Rhein zu werfen vermochte, wenn der Bund gegen Frankreich marschieren ließe. Preußens Führung wurde dadurch unvermeidlich und deshalb schien es den Feinden der Gleichstellung der beiden deutschen Großmächte geraten, die Truppenaufstellung überhaupt zu vermeiden. Ohne ein Abkommen zwischen den beiden Großmächten war deutsche Hülfe für Oesterreich nicht erreichbar. Herzog Ernst von Koburg hat die Grundzüge eines solchen Abkommens am 7. und 8. Mai mit dem Prinzregenten und dem Fürsten von Hohenzollern in Berlin besprochen. Sie enthielten die Zusage einer bewaffneten Intervention Preußens, wenn französische Truppen in der Nähe der deutschen Grenzen konzentriert werden oder wenn die österreichische Armee hinter den Ticino zurückgeht. Oesterreich sollte dafür nichts anderes versprechen, als den Verzicht auf ein selbständiges Vorgehen am Bundestage ohne vorhergehendes Einverständnis mit Preußen und das Zugeständnis des preußischen Oberbefehles über die preußischen und die Hälfte der übrigen Bundestruppen am Rheine. Ueber Aehnliches schwebten schon Unterhandlungen zwischen den beiden Großmächten. Der Prinzregent hatte den General Adolf v. Willisen, einen Vetter des einstigen Kommandanten der schleswig-holsteinischen Armee und Vertrauensmann Friedrich Wilhelms IV., mit dem Auftrage nach Wien gesandt, dort seine Vermittelungsabsichten auseinanderzusetzen.

Er war bereit, den österreichischen Länderbesitz in Italien zu garantieren, verlangte aber die Verfügung über die Streitkräfte des deutschen Bundes, wenn Oesterreich nicht selbst eine Armee am Oberrhein aufstellen wolle, dem die süddeutschen Kontingente zugewiesen werden könnten.[1]) Oesterreich beanspruchte aber auch Preußens Hülfe zur Aufrechthaltung seiner Schutzverträge mit den italienischen Mittelstaaten, ja die Teilnahme am Sturze Napoleons.[2]) Nach der Schlappe von Montebello ließ das österreichische Kabinett diese weitgehenden Forderungen fallen, bestand jedoch auf einer schriftlichen Verpflichtung Preußens, für die Erhaltung der italienischen Provinzen marschieren zu lassen. Dies lehnte Preußen am 14. Juni ab, weil damit seine Stellung als der einer vermittelnden Macht nicht vereinbar sei. Darauf antwortete Rechberg am 22. Juni mit der Behauptung, daß Preußen zur Leistung der Bundeshülfe „nicht bloß zur Wahrung des ganzen österreichischen Gebietes, sondern auch zur Erhaltung der österreichischen Schutzverträge in Italien“ verpflichtet sei.

Ueber die Stellung des deutschen Bundes zum Krieg in Italien und das Verhältnis der beiden deutschen Großmächte äußerte sich die öffentliche Meinung Deutschlands in der Tagespresse und in zahlreichen politischen Flugschriften, in denen wir eine Fortsetzung der Verhandlungen über die Lösung der deutschen Frage erblicken können, die zu Zeiten des Frankfurter Parlamentes so lebhaft gepflogen worden waren. Sie stimmen darin überein, daß der Deutsche Bund dem Bedürfnisse des deutschen Volkes und der deutschen Regierungen nicht entspreche, die österreichisch gesinnten Publizisten machen Preußen den Vorwurf, daß es die Reform des Bundes, die Schwarzenberg angeregt, verhindert habe, die preußenfreundlichen weisen darauf hin, daß Preußens deutscher Beruf durch die Schaffung neuer Zustände erfüllt werden müsse und daß hierzu der Augenblick am besten gewählt sein werde, in dem Oesterreich keinen Widerstand dagegen leisten könne. Schon 1858 konnte man in einem „Sendschreiben an den Politiker der Zukunft vom preußischen Standpunkte“, der für eine Allianz Preußens mit England und Oesterreich eingetreten war, den Satz lesen: „Oesterreich wird von seinem Machtgebiet in Deutschland und seinen Aussichten auf dessen Erweiterung uns nicht einen Zoll abtreten, es sei denn im Angesicht einer Todesgefahr, aus der wir allein es retten können, und wenn wir allein um den Preis einer solchen Abtretung es retten wollen. Am wahrscheinlichsten, daß wir nur dann von Oesterreich diese Abtretung erhalten, wenn wir selbst ihm jene Todesgefahr drohend oder kämpfend bereiten.“ Jetzt wurde kaltblütig erwogen, was Preußen gewinnen könne, wenn es Oesterreich beispringe, und das Resultat war die Ablehnung jeder Einmischung. Eine bei Springer in Berlin verlegte Schrift „Preußen und die italienische Frage“, wahrscheinlich von Max Duncker beeinflußt, zählt die Fälle auf, in denen Preußen seit

[1]) v. Sybel, Begründung des deutschen Reiches II, 323 u. ff.

[2]) Th. Bernhardi erfuhr über die Sendung des Generals folgendes und schrieb es am 2. Juni in sein Tagebuch: „Willisen hat in Wien durchaus gar nichts ausgerichtet, aber er hat von dort auch die Ueberzeugung mitgebracht, daß die österreichische Regierung einen vollständigen und nachhaltigen Sieg der Reaktion in ganz Europa beabsichtige. ‚Man will Napoleon III. stürzen, ni plus, ni moins!‘ hat Rechberg dem General Willisen selbst gesagt.“

den Olmützer Abmachungen von Oesterreich an die Wand gedrückt worden sei, und erörtert dann die Folgen eines deutschen Krieges gegen Frankreich: „Das ganze Gewicht des Kampfes wäre sofort an den Rhein verlegt und den Kampf hätte Preußen allein zu führen. Denn Oesterreich — hätte sich an Sardinien zu rächen, müßte die befreundeten italienischen Regierungen gegen die Revolution beschützen, müßte seine russische Grenze decken, dürfte seine eigenen Provinzen, Galizien, Ungarn, die Südostgrenze, nicht zu sehr entblößen. Unsere, die preußische Küste, aber würde von der französischen Flotte blockiert. . . . Ist nun meine Meinung, daß Preußen mit seinen eigenen Kräften einen Krieg gegen Frankreich nicht führen kann und darf? Nicht im geringsten! Wir können den Kampf mit Frankreich bestehen, und wir sollen es, wenn es sich um einen großen preußischen Gewinn handelt; obwohl der Kampf uns ungeheure Opfer auferlegt, und obwohl wir auch auf einen nachteiligen Ausgang gefaßt sein müssen. Wenn wir jetzt für Oesterreich kämpften und siegreich kämpften, was würde die Folge sein? Wir hätten eine ungeheure Kriegsschuld, eine gewaltige Erschöpfung unseres aufblühenden Wohlstandes, den Verlust zahlloser kostbarer Menschenleben und allerdings das stolze Bewußtsein eines Sieges. Der Sieg würde unser Ansehen, das Vertrauen auf unsere Kraft allerdings heben. Auf eine beträchtliche Zeit aber wären wir zu jeder neuen Anstrengung unfähig. Nach der notwendigen Ueberspannung unserer Kräfte bedürften wir zur Erholung längere Zeit, als jede andere Großmacht. Das wüßten die anderen Großmächte. Darum wäre jetzt die Erntezeit für Dänemark, welches die Gelegenheit wahrnähme, wo wir uns einem neuen Konflikt mit den Großmächten am wenigsten aussetzen könnten. Das wäre die Erntezeit für Oesterreich, seine Zolleinigungs- und österreichischen Bundesstaatspläne zu verwirklichen. Das wäre die Blütezeit der Herren v. Pfordten und Genossen, die sogenannten deutschen Mittelstaaten auf Kosten der Kleinstaaten zu verstärken und bei jeder Gelegenheit ihr Haupt gegen Preußen hochzuheben. Das Schlimmste aber wäre der unauslöschliche Haß der französischen Nation! . . ."

Eine andere Stimme „Preußen im Mai 1859" rechtet mit dem Minister v. Schleinitz, weil er nichts zur Klärung der Situation wagen wolle, während Hannover es wage, die Führung in Deutschland zu übernehmen und den Antrag auf Aufstellung eines Observationscorps am Bundestage einzubringen. Preußen habe auf diese Herausforderung damit zu antworten, „daß es die Hegemonie in Deutschland für die gegenwärtige Krise ohne alle Umstände fordere und thatsächlich ausübe". Die erste Position der preußischen Aufgabe bestehe darin, die deutschen Streitkräfte und die deutsche Politik den preußischen Streitkräften und der preußischen Politik einzufügen und beide zu einer Einheit zu verbinden. Die von Hannover veranlaßte Verteidigungsschrift „Die preußische Politik und der Antrag Hannovers beim Bunde" gestattete sich den merkwürdigen Ausruf: „Wollte Gott, Preußen werde das leisten am Rhein, was Oesterreich voraussichtlich leisten wird, das, wenn seine Freiwilligenbataillone ausgebildet sind, die zur Rheinarmee stoßen werden, immerhin 170—180000 Mann am Rhein operieren lassen kann." Welchen Eindruck mochte diese faustdicke Lüge nach den Erfahrungen über die Stärke der österreichischen Armee in Italien machen?

Die mittelstaatliche Politik gefiel sich in Anträgen auf militärisches Einschreiten des Deutschen Bundes, weil sie nichts so sehr fürchtete, als eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen. Herr v. Beust verteidigte in der sächsischen Kammer mit großer Beredsamkeit die Aufstellung eines Observationscorps, indem er sie aus dem „defensiven Charakter des Bundes" ableitete. Was Oesterreich damit gedient sein sollte, hat er nicht zu erörtern für notwendig gefunden. Der Verfasser der Broschüre „Preußen und der deutsche Bund" zog aus dem Bundesverhältnisse ganz andere Konsequenzen, er leitete aus ihm ein Recht Oesterreichs auf Bundeshülfe ab, indem er sich dabei auf den § 47 der Wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820 berief, der lautete: „Wird ein Bundesstaat, der zugleich außerhalb des Bundesgebiets Besitzungen hat, in diesen Besitzungen bedroht und angegriffen, so tritt für den Bund die Verpflichtung gemeinsamer Verteidigungsmaßregeln, oder zur Teilnahme und Hülfeleistung nur insofern ein, als derselbe, nach vorgängiger Beratung durch Stimmenmehrheit in der engern Versammlung, Gefahr für das Bundesgebiet erkennt." Aus diesen Worten wird die Verpflichtung Preußens abgeleitet, eine Beratung beim Bundestage darüber anzuregen, ob die Drohung Napoleons (in der Neujahrsansprache) durch irgend eine That des österreichischen Kabinetts hervorgerufen worden oder ob Oesterreich daran unbeteiligt sei und in letzterem Falle, ob der Bund eine Gefahr fürs Bundesgebiet darin erblicke. Nach dem Ausspruche des Bundes habe Preußen seine Haltung in Paris zu bemessen gehabt. Preußen habe das aber nicht gethan, es habe sich seiner Bundesstellung und der daraus folgenden Verpflichtungen gegen Deutschland und Oesterreich nicht erinnert, sondern den „hohlen" Standpunkt einer europäischen Großmacht angenommen. Den § 46 derselben Wiener Schlußakte verschwieg der kühne Gesetzesausleger, dessen Auftraggeber unschwer zu erraten war, obwohl eigentlich nur dieser Paragraph auf den vorliegenden Fall anwendbar war. Er bestimmte: „Beginnt ein Bundesstaat, der zugleich außerhalb des Bundesgebietes Besitzungen hat, in seiner Eigenschaft als europäische Macht einen Krieg, so bleibt ein solcher, die Verhältnisse und Verpflichtungen des Bundes nicht berührender Krieg dem Bunde ganz fremd." Die Broschüre steht nicht auf dem Standpunkte der geltenden Bundesverfassung, obwohl sie sich den Anschein gibt, an Bundesrechte und Bundespflichten mahnen zu wollen; sie setzt an Stelle der Metternichschen Schöpfung das Schwarzenbergsche Ideal des siebzig Millionen-Reiches, in dem zwischen den Besitzungen, die innerhalb und außerhalb des Bundesgebietes liegen, kein Unterschied gemacht werden könne. „Ein Staat ist unteilbar und es ist unmöglich," heißt es, „daß ein Regent wegen der einen Hälfte seines Reiches Krieg führt, die andere aber für nicht im Kriege begriffen oder neutral erklärt. Läßt sich Oesterreich auf Beteiligung bei einem Bundeskrieg ein, so wird und muß es ihn mit dem Aufgebot seiner gesamten Staatskraft führen und kann unmöglich die nichtdeutschen Kronländer von ihren Beiträgen zu den Lasten und Opfern entheben, wenn der Krieg rasch und siegreich beendigt werden soll. Umgekehrt hat aber auch der Kaiserstaat wieder ein Recht darauf, daß er in einem Kampfe mit auswärtigen Feinden von den übrigen Bundesstaaten nicht im Stiche gelassen wird, mag nun Bundesgebiet oder nicht den ersten Kriegsschauplatz hergeben." Das hieß nicht

mehr und nicht weniger, als daß Oesterreich bei jedem Kriege, den es überhaupt in seinem Interesse führen wolle, über die Streitkräfte von ganz Deutschland verfügen dürfe. Hätte jemals ein römischer Kaiser deutscher Nation so hohe Ansprüche erheben können? Hat sich Metternich jemals zu einer so dauerhaften Verbindung der Interessen Oesterreichs mit denen der deutschen Nation, die in den Bundesstaaten repräsentiert war, herbeilassen wollen?

Der Prinzregent von Preußen blieb auch nach der Schlacht von Magenta bei seiner Absicht einer bewaffneten Vermittelung „zur Erhaltung des bestehenden Territorialbesitzes", er erblickte darin die Pflicht Preußens als europäische Großmacht und den hohen Beruf Deutschlands. Um beide erfüllen zu können, verfügte er am 14. Juni die Mobilmachung von 6 Armeecorps, die eine Armee von 180000 Mann ergaben, und ließ am Bundestag den Antrag stellen, aus den beiden süddeutschen Bundescorps eine Observationsarmee von 60000 Mann zu bilden. Mit dieser Kraftentfaltung war es unstreitig möglich, Oesterreich vor jedem Verluste zu schützen. Napoleon konnte dem Einmarsche eines preußischen Heeres in Frankreich nicht ohne die größte Gefahr für seinen Thron entgegensehen. Die militärische Mobilisierung Preußens war jedoch nicht von einer diplomatischen begleitet, im Ministerium wirkten Schleinitz und Bonin jeder energischen Politik entgegen. Theodor Bernhardi hat in jenen Tagen in den Regierungskreisen und am Hofe die Aufstellung eines preußischen Programmes empfohlen, das man zur Grundlage für ein Abkommen mit Oesterreich machen solle. Er verlangte Parität am Bundestage, wechselndes Präsidium und was damit zusammenhängt; ferner, daß Oesterreich sich den Militärkonventionen der kleinen Staaten mit Preußen nicht ferner widersetzt; dann energische Durchführung des deutsch-dänischen Streites, der Oesterreich nicht länger lähmend entgegentreten darf; Herstellung des gestörten Rechtszustandes in Hessen und Hannover. Das Programm fand Beifall; auch Fürst Hohenzollern billigte es, aber es war im Ministerium nicht durchzubringen. Uebrigens würde auch Rechberg dem Kaiser von Oesterreich kaum den Rat erteilt haben, auf die preußischen Bedingungen einzugehen. Die Anerkennung der Parität einer evangelischen Macht in Deutschland war mit der Grundidee der österreichischen Politik unvereinbar, denn diese bestand darin, den Bestand der Monarchie gegen die sie bedrohenden revolutionären Strömungen durch die größtmögliche Förderung der Macht der katholischen Kirche zu sichern.

Mit dem Rückzuge der österreichischen Armee nach der Schlacht von Magenta fiel auch die Preisgebung der Schutzstaaten zusammen. Toscana hatte sich eine provisorische Regierung gegeben, nachdem der Großherzog Leopold am 27. April seine Residenz und sein Land freiwillig verlassen hatte. Er hätte sein Großherzogtum erhalten können, wenn er die Forderung seines Volkes, Anschluß an Sardinien und Frankreich, erfüllt hätte. Die Radikalen waren nicht stark genug, um die Entthronung der populären Herrscherfamilie, die eine vortreffliche Verwaltung eingeführt und das Land in jeder Hinsicht gehoben hatte, durch-

zusetzen, Adel und Bürgertum hingen an der Unabhängigkeit des Staates und hätten diese gerne durch die Dynastie gesichert. „Kein Staatsmann," schreibt Enrico Poggi, „dachte damals an die Einheit Italiens, keiner hielt sie für möglich, am wenigsten die sardinische Regierung; ihr Ziel war nur die nationale Unabhängigkeit Italiens mit ihrer eigenen Vergrößerung, um der Rückkunft der Fremden, sei es von rechts oder von links, einen undurchbrechlichen Damm entgegenzusetzen." Cavour durfte es nicht wagen, die Vereinigung Toscanas mit Sardinien in der angebotenen Form der Diktatur anzubahnen, er beschränkte sich darauf, die Uebernahme des Oberbefehls über die toscanischen Truppen durch Viktor Emanuel anzuzeigen. Mit dem Erscheinen des Prinzen Napoleon und des V. französischen Corps auf dem Boden des Großherzogtums (23. Mai) wurde auch dieser Schritt gegenstandslos, die Besorgnis, daß ein Napoleonide den von der Dynastie Toscana unüberlegt preisgegebenen Thron besteigen werde, erschien gerechtfertigt. Erst nach der Veröffentlichung des kaiserlichen Manifestes an die Italiener, das die Aufforderung enthielt, unter die Fahnen Viktor Emanuels zu eilen, konnte das sardinische Ministerium in einer Zirkularnote an die Höfe die Andeutung machen, daß mit dem Verschwinden der österreichischen Herrschaft und der Staaten, deren Geschick an das Oesterreichs geknüpft war, die Ursache einer unausgesetzten Unruhe wegfallen, die Ordnung gesichert, der Revolutionsherd ausgelöscht sein werde. Die Annexion wurde nicht ausgesprochen. Dringend gefordert wurde sie aber in Parma und Modena, als nach dem Abzug der österreichischen Garnison aus Piacenza die bourbonische Herzogin mit ihrer Familie in die Schweiz gereist war und der Estensische Herzog sich mit seinen 6000 Mann über den Po auf österreichisches Gebiet zurückgezogen hatte. Am 18. Juni waren die Oesterreicher von Bologna und Ancona, am 22. von Ferrara abgezogen; die bisher unterlassene Versammlung aller Streitkräfte wurde endlich durchgeführt, nachdem es doch klar geworden war, daß zerstreute Besatzungen keine politische Macht verbürgen, wenn man die großen Schlachtfelder nicht behaupten kann. Sie war aber noch immer keine vollständige, denn zwei Corps, das 10. und 2. (nur eine Division stark) standen bei Mantua und am Po, konnten daher bei der Hauptschlacht, mochte sie am rechten oder linken Mincioufer geschlagen werden, nicht herangezogen werden. Man fürchtete das Eintreffen des Prinzen Napoleon mit dem V. französischen Corps; es war aber nicht notwendig, 30000 Mann vorzeitig aus der Hand zu geben, da man doch durch Mantua vor einem allzuraschen Vordringen des Prinzen geschützt war.

Gyulay hatte seine Armee am 16. Juni in die Chiese-Linie gebracht und war im Begriffe, in dem Hügellande zwischen Chiese, Mincio und dem Süduser des Gardasees Stellung zu nehmen. Die Truppen waren wieder in durchaus schlagfertiger Verfassung, die Verstärkungen und Ersatzmannschaften, die aus Tirol oder über Verona herangeführt wurden, konnten sofort aufgenommen werden. Auch General v. Ramming, der Souschef des Generalstabs, der sich bei Gyulay befand, trat für den Stillstand der Rückzugsbewegung ein, da man in der Linie Lonato—Castiglione sowohl Verteidigung als Angriff vorbereiten konnte; aber Heß hielt an der Meinung fest, daß die Armee nur hinter dem

Mincio wieder völlig geordnet werden könne, und zog sie am 19. und 20. zum größten Teil an das linke Ufer zurück. Gleichzeitig trat eine wesentliche Aenderung in der Leitung der Armeen ein. Das Oberkommando über die gesamten Streitkräfte in Italien übernahm Kaiser Franz Joseph persönlich, an seiner Seite wirkte als Chef des Generalstabs, also als Stratege von Beruf, der Feldzeugmeister Freiherr v. Heß. Die 7 verfügbaren Armeecorps samt den Reservekavalleriedivisionen und der Brigade Reichlin des 6. in Tirol stehenden Corps wurden in 2 Armeen geteilt, die erste Armee (3., 9., 11. Corps, 1. Reservekavalleriedivision), 67000 Mann, wurde dem Feldzeugmeister Grafen Wimpffen, die zweite (1., 5., 7., 8. Corps, 2. Reservekavalleriedivision), 90000 Mann, dem General der Kavallerie Grafen Schlick anvertraut. Nur diesem konnte man etwas Feldherrenerfahrung zuschreiben, da er im ungarischen Feldzuge einige Zeit hindurch das Nordcorps bei Kaschau selbständig geleitet hatte. Damals waren seine Leistungen nicht überschätzt worden, in der Erinnerung scheint ihr Wert eine ungerechtfertigte Steigerung erfahren zu haben, sonst wäre es kaum erklärlich, daß man dem siebzigjährigen Manne, der sich mehr durch Salonerfolge als durch intensive militärische Studien bemerkbar gemacht hatte, die Fähigkeit zuschrieb, einen so gewaltigen Heereskörper leiten zu können. Wimpffen war gänzlich unerprobt. An militärischen Fähigkeiten erreichte keiner von beiden Gyulay, der die Armee samt seinem erkrankten Stabschef Kuhn verlassen mußte.

Die Verbündeten waren in der Stärke von 151000 Mann am 20. Juni an den Chiese gekommen, überschritten ihn am 21. und nahmen im Laufe des 22. und 23. die Linie Lonato—Castiglione delle Stiviere—Carpenedolo—Mezzane ein. Vier sardinische Divisionen unter des Königs eigener Führung bildeten den linken Flügel, die französische Garde, das I. und II. Corps die Mitte, das III. und IV. Corps den rechten Flügel. Eine österreichische Rekognoszierungsabteilung von zwei Kavallerieeskadronen unter Major v. Appel berichtete schon am 22. über die Vorrückung der feindlichen Armee und meldete am 23. morgens an Wimpffen, „es scheine keinem Zweifel zu unterliegen, daß sich der Feind zwischen Carpenedolo, Castiglione, Montechiaro, Lonato mit nach Desenzano und Rivoltella vorgeschobenem linken Flügel massiere, indes südlich der Linie Casalmoro-Volta so viel wie nichts vorhanden sein dürfte.“ Heß erkannte nun wohl, daß er sofort über den Mincio gehen müsse, wenn vor dem Rückzuge in das Festungsviereck noch ein Versuch gemacht werden solle, in offener Feldschlacht den Feind zu schlagen. Der Entschluß zur Offensive war durch die eigene Stärke und die frische Kampfstimmung, die im Heere wieder erwacht war, berechtigt; das Terrain im Hügellande bot vortreffliche Stellungen, während die Ebene am rechten Etschufer vor Verona kaum zu einer Defensivschlacht einlud. Der Gedanke, eine Stellung am linken Etschufer einzunehmen und dort die Wirkung der bewaffneten Vermittelung Preußens und des Erscheinens von 200000 Mann an der französischen Nordostgrenze abzuwarten, konnte die Sympathie des Kaisers nicht gewinnen, obwohl er sicheren Erfolg versprach. Franz Joseph wollte nicht durch Preußen gerettet werden, wollte nicht als Geschlagener die Verhandlungen weiterführen, die nur mit Zugeständnissen in Bundesangelegenheiten eingeleitet werden

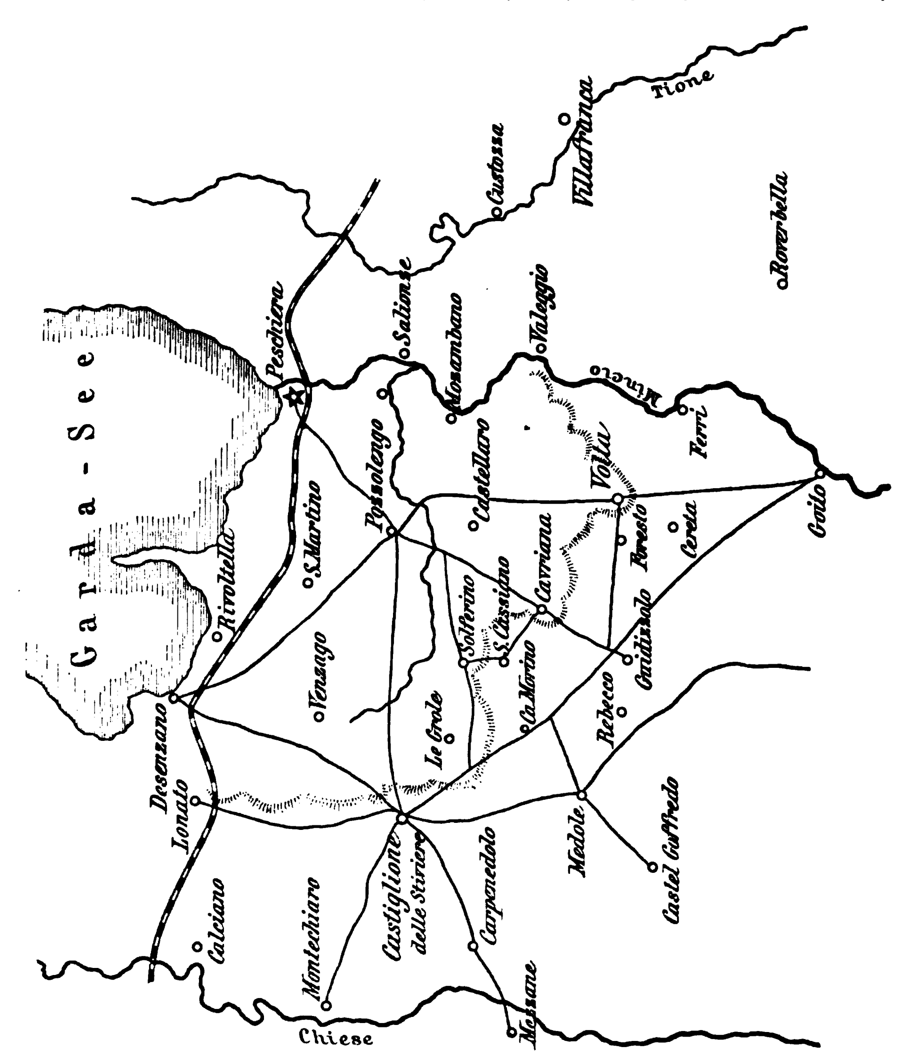
konnten. Obwohl bei den ersten Dispositionen für die Vorrückung der 23. als Ruhetag angenommen war, mußte er nun doch als Marschtag verwendet werden. Am Abende dieses Tages erreichte Benedek mit dem 8. Corps Pozzolengo, Graf Stadion (5.) Solferino, Graf Clam (1.) Cavriana, Fürst Schwarzenberg (3.) Guidizzolo, Zobel (7.) Foresto und Volta, Graf Schaffgotsche (9.) die Gegend östlich Guidizzolo, Weigl (11.) Cereta. Graf Mensdorff stand mit der 1. Kavalleriedivision bei Tezze südlich von Cavriana, Graf Zedtwitz mit der 2. bei Guidizzolo. In der Anordnung der Corps zeigt sich eine starke Neigung zur Deckung gegen Süden, genährt durch eine falsche Pariser Nachricht, Napoleon habe zwei Corps seinem Vetter entgegengeschickt, um einen Flankenangriff auszuführen.

Unbegreiflich bleibt es, warum die Armeeoberleitung nicht den Zusammenstoß mit dem Feinde für den 23. abends oder mindestens den frühen Morgen des 24. annahm, da sie von dessen Nähe ja sehr gut unterrichtet war, warum sie nicht so schnell als möglich den im Aufmarsche gegebenen Gedanken einer Flankierung des rechten feindlichen Flügels auszuführen getrachtet hat. Die Disposition für den 24. ordnete den Aufbruch der Armee um 9 Uhr vormittags an. Es können Rücksichten der Verpflegung dabei maßgebend gewesen sein, aber sie waren in diesem Falle übel angebracht, da man dem Feinde nicht zutrauen durfte, seine Truppen ebenfalls dem Sonnenbrande eines italienischen Sommertages auszusetzen. Zum mindesten wäre eine Beobachtung der vor der eigenen Front erkennbaren Vorgänge bei Tagesanbruch ein Gebot der Notwendigkeit gewesen, das selbst der Laie kaum übersehen haben würde. Vom Turme des Kastells von Solferino, der Spia d'Italia, übersieht man die ganze Heide von Medole bis Carpenedolo und Castel Goffredo, das Gelände vom Gardasee bis zu den Höhen von Cavriana: ein Schlachtfeld von idealer Gestaltung. Mit freiem Auge waren an dem hellen Junimorgen die Bewegungen des III. und IV. französischen Corps wahrzunehmen, die zwischen 2½ und 4 Uhr begonnen hatten. Um 4 Uhr entspann sich das Feuergefecht an den Vorposten, um 5 Uhr war der Kampf um den Besitz von Medole bereits lebhaft entbrannt, der Kommandant des 9. Corps wollte aber an den Ernst der Situation nicht glauben, bis ihm die Wegnahme Medoles gemeldet wurde,[1]) und Kaiser Franz Joseph

[1]) Die Darstellung der „einleitenden Gefechte des 9. Armeecorps (von 2½ bis 9 Uhr morgens)“ in der offiziellen österreichischen Feldzugsgeschichte (Bd. II S. 242 u. ff.) ist nicht ganz richtig. Als der Generalstabsoffizier der Division Crenneville bald nach 5 Uhr morgens im Corpshauptquartier zu Guidizzolo die Vorstöße der Franzosen gegen Medole mit der Bemerkung meldete, der Ort dürfte in demselben Augenblicke sogar schon genommen sein, ließ ihm Graf Schaffgotsche, der tschibukrauchend und plaudernd mit dem Fürsten Edmund Schwarzenberg auf einer Altane saß, zunächst Kaffee bringen, damit er sich beruhige und seine Aufregung bemeistere, und sagte dann: „Lieber N., wie können Sie so etwas glauben; das ist ja unmöglich, um 9 Uhr werden erst die Dispositionen ausgegeben!“ Der Generalstabsoffizier, aus dessen eigenem Munde ich diese Mitteilung erhielt, salutierte, drehte sich, ohne ein Wort zu verlieren, auf dem Absatze um und eilte zum Stabschef des Corps, dem Oberst Drechsler, den er mühsam aus dem Schlafe weckte. Mit diesem wurden die Anordnungen zur Rettung oder Wiedergewinnung von Medole verabredet, vor allem die sofortige Vorrückung der in Guidizzolo zum Schutze des Hauptquartiers zurückbehaltenen Brigade in Gefechtsstellung, zur Unterstützung der beiden gegen Medole disponierten Brigaden. Als der Angriff gemacht wurde, war die Brigade nicht am Platze. — Dies Beispiel,

erfuhr von seiner Umgebung erst 8 3/4 Uhr auf der Terrasse von Volta, als er in der Ebene den Pulverrauch wahrnahm und Detonationen hörte, daß seine Truppen schon stundenlang in mörderischem Feuer standen. Daß man sich bereits mitten in einer großen Schlacht befand, wie seit Leipzig keine ähnliche stattgefunden hatte, das ahnte noch keiner der Herren Armeekommandanten.

Um 6 Uhr war Medole bereits verloren und damit ein Sieg der Oesterreicher bereits sehr unwahrscheinlich gemacht; er hätte jedoch fast mit Sicherheit



angenommen werden dürfen, wenn das Uebergewicht ihres linken Flügels schon bei Beginn des Kampfes geltend gemacht worden wäre. Das war aber unbedingt möglich. Wenn die einheitliche Leitung der Schlacht um 5 Uhr begann, konnten aus Guidizzolo reichlich Truppen zum Schutze Medoles aufgeboten und

dem viele ähnliche angefügt werden könnten, dürfte die Eigentümlichkeiten des Felddienstes in der österreichischen Armee jener Tage genügend kennzeichnen.

es konnte von einem wohlunterrichteten Hauptquartier um diese Zeit an den Kommandanten der I. Armee jener Befehl ergehen, der erst um 11 Uhr erlassen wurde, mit seinen 3 Corps nicht die in der Disposition vorgesehene Richtung auf Carpenedolo zu nehmen, sondern mit einer Rechtsschwenkung gegen Castiglione vorzugehen. Die Franzosen hatten nämlich nicht darauf gerechnet, daß ihrem Vormarsche an den Mincio starker Widerstand geleistet werden würde, sie wußten nicht, daß die ganze österreichische Armee vor ihnen stand. So vorsichtig auch die Marschdispositionen eingerichtet waren, konnte es doch nicht ausbleiben, daß das Corps Niel (IV.) zuerst einer großen Uebermacht gegenüberstand, deren sich der Feind allerdings nicht bewußt war. Marschall Canrobert (III.) konnte ihm während der ersten Gefechtsstunden keine Unterstützung bringen, er hätte seine Divisionen in Carpenedolo vereinigen müssen, um Niel aufzunehmen, wenn er vom 9. und 3. österreichischen Corps zurückgeworfen worden wäre.

Auch im Zentrum fehlte die Orientierung über die Lage. Die Vortruppen Stadions gaben beim ersten Zusammentreffen mit dem I. französischen Corps mehr Terrain preis, als nötig war, sie ermöglichten dadurch Mac Mahon (II.) bei Ca Morino vorzugehen, das um 9½ Uhr vormittags nur durch Vorposten des 3. Corps besetzt war und von diesen aufgegeben werden mußte. Auf dem Campo di Medole wurde nun eine Geschützstellung bezogen, von der aus bald 42 Stücke in den Reihen der vorgehenden I. Armee der Oesterreicher furchtbare Verheerungen anrichteten. Um 10 Uhr begann das französische I. Corps den Angriff auf Solferino, das Stadion bis Mittag standhaft verteidigte. Dann aber trat durch den anbefohlenen Stellungswechsel zwischen dem 5. und 1. Corps Verwirrung im österreichischen Zentrum ein, das 7. Corps kam zu spät, um die wichtige Position zu retten und so ging sie, als auch die französische Garde über Le Grole herangekommen war, um dieselbe Zeit (2 Uhr) verloren, in der Graf Wimpffen dem Kaiser, der seinen Standpunkt in Cavriana genommen hatte, die Meldung zukommen ließ, daß er nach zweimal vergeblich unternommenen Vorstößen gegen Medole und Ca Morino sich genötigt sehe, mit der I. Armee nach Goito, Ferri und Roverbella, also an und über den Mincio zurückzugehen. Der Kaiser glaubte auf den Höhen von Cavriana mit den Resten der II. Armee die Schlacht zum Stehen bringen zu können, die vorhandenen Kräfte — nur etwa 20000 frische Truppen — erwiesen sich jedoch zu schwach dazu; unter dem Losbruche eines furchtbaren Gewitters, das durch die entsetzliche Schwüle des Tages bereits angezeigt worden war, trat auch die II. Armee den Rückzug an. Hätte sich Wimpffen statt nach Goito nach Volta gewendet und dort nochmals festen Fuß gefaßt, so wäre es vielleicht möglich gewesen, die vortreffliche Stellung von Pozzolengo zu behaupten. Die tüchtige Haltung Benedeks, der das Plateau von San Martino fast ohne Fühlung mit der Hauptarmee in einem Sondergefechte gegen die 4 sardinischen Divisionen siegreich behauptete, hätte dieses Vorhaben wesentlich erleichtern können, wenn rechtzeitig der Entschluß dazu gefaßt worden wäre. Denn der Mut der österreichischen Truppen war im großen und ganzen noch ungebrochen, die Rückzugsgefechte auf dem Monte Fontana, um Guidizzolo und Rebecco lieferten den mit gewaltigem Elan daherstürmenden Franzosen Beweise von dem hartnäckigen Widerstande, den einzelne Brigaden und Regimenter

des 7., 3. und 11. Corps zu leisten verstanden. Bei einem heldenhaften Vorstoße gegen das Gehöft Casa nuova fiel Prinz Karl Windischgrätz an der Spitze zweier Bataillone des Regiments Khevenhüller Nr. 35, „qui le suivent dans un ordre admirable“, wie der französische Bericht anerkennend erwähnt. Die Arrièregarde der I. Armee hielt Guidizzolo bis 10 Uhr abends besetzt, der Rückzug ging in Ordnung vor sich, die Verbündeten verfolgten nicht.

Solferino war eine der bedeutendsten und blutigsten Schlachten des 19. Jahrhunderts, es standen sich (nach Jähns) 312 000 Mann gegenüber, von denen mehr als 1/8 kampfunfähig wurden. Die Oesterreicher verloren 21 000 Mann, die Verbündeten 17 000. Noch heute geben die grausigen Ossarien von Solferino und S. Martino mit ihrer Schädel- und Knochensammlung Zeugnis von den ungeheuren Opfern, die dem Kriegsgotte in diesem herrlichen, mit allen Gaben der Natur gesegneten Landstriche gebracht werden mußten. Das Schicksal der überwundenen Oesterreicher war ausschließlich die Folge ungenügender militärischer Vorbereitung, mangelnder technischer Ausbildung, noch mehr aber der ungeschickten Befehlgebung bei den Corps und des Fehlens einer einheitlichen Leitung. Am Schlachttage hat weder Heß, noch Wimpffen, noch Schlick seine Schuldigkeit gethan, von den Corpskommandanten, außer Benedek, keiner den bescheidensten Anforderungen genügt. Ein Teil der Reiterdivision Zedtwitz wurde durch deren Kommandanten, den General Lauingen, ihrer Pflicht entzogen, und wenn wir auch die schweren Anklagen, die Bartels gegen den Prinzen von Hessen erhebt, nicht in ihrer vollen Ausdehnung anerkennen wollen, so muß doch die Verspätung seiner Division in Volta und sein eigenmächtiges Abweichen von dem ihm aufgetragenen Marsche nach S. Cassiano als grobe Pflichtvernachlässigung gebrandmarkt werden. Stadion riß ohne zwingende Not Truppen des 1. Corps an sich, über die später zu verfügen gewesen wäre, er leitete die Verteidigung von Solferino, dessen Lage fast uneinnehmbar zu sein scheint, nicht mit der felsenfesten Absicht, hier um keinen Preis zu weichen, sondern suchte nach rückwärts auszuweichen, als durch die größte Kraftanstrengung im Vereine mit Clam der Durchbruch des Zentrums hätte verhindert werden sollen. Es war nicht mehr der Geist von S. Lucia und dem Monte Berico in der Armee! Es fehlte aber auch an der richtigen Beurteilung der augenblicklichen Lage während des Kampfes. Der zweite Befehl an Wimpffen, die Richtung gegen Castiglione zu nehmen, entsprach nicht mehr den vorhandenen Verhältnissen. Um 11 Uhr war die Entscheidung bei Solferino und Cassiano zu suchen; für Flankenbewegungen gab es keinen Raum mehr. Was von der I. Armee nicht schon ins Gefecht gezogen war, mußte zur Stärkung des Zentrums verwendet werden. Hielt sich dieses in seinen Stellungen, so war der Angriff der Franzosen abgeschlagen, eine Ueberflügelung der I. Armee unmöglich; der rechte Flügel, Benedek, bei Ausbruch des Gewitters im Begriffe, die Offensive zu ergreifen; also der Tag so gut als gewonnen, eine Fortsetzung des Angriffes der Verbündeten am nächsten Tage nicht sehr wahrscheinlich. Denn auch sie waren am Abende des 24. der Erschöpfung nahe, sie rührten sich am 25. kaum und ließen die Oesterreicher am 27. und 28. ungestört über die Etsch zurückgehen.

Auch jetzt noch harrte der vom Kaiser Napoleon vereinigten Streitkräfte

eine schwierige Aufgabe. Sie mußten Mantua umringen, Peschiera so rasch als möglich zur Uebergabe nötigen und hatten dann erst den Angriff gegen das verschanzte Lager von Verona einzuleiten, in dem sich drei Corps in voller Sicherheit zu Ausfällen nach beliebiger Richtung ordnen konnten. Die Lage Oesterreichs war noch durchaus keine verzweifelte, wenn es die Festigkeit des vielgerühmten Festungsvierecks wirklich erproben wollte. Dagegen konnte Kaiser Napoleon nichts sehnlicher wünschen, als dem Kriege sofort ein Ende zu machen, denn ihm drohten weit größere Gefahren als seinem Gegner. Er zählt in seinem Kriegsberichte die ungeheuren Mengen von Belagerungsgeschützen und Munition auf, mit denen die Beschießung von Peschiera begonnen werden sollte, er schildert seine Kriegsflotte, der er die Aufgabe stellte, die Zugänge zu Venedig zu forcieren, in die Lagunen zu dringen und sich in den Besitz der die Stadt beherrschenden Forts zu setzen, gesteht aber, daß gerade in dem Augenblicke, als an die Ausführung aller dieser Pläne geschritten werden sollte, wichtige und höchst bedrohliche Nachrichten zu seiner Kenntnis gekommen seien.

„Europa hatte sich mittlerweile gerüstet und in Bereitschaft gesetzt, um Frankreich entweder die bereits errungenen Erfolge zu entreißen oder seine Lage im Falle etwa eintretenden Unglücks verzweifelt zu machen. Die Maßregeln, die einige Staaten des Deutschen Bundes befürworteten, waren darauf berechnet, den Krieg zu verallgemeinern, so daß er einen Charakter und einen Umfang anzunehmen drohte, die sich jeder menschlichen Vorausberechnung entzogen. Der Kaiser fürchtete, daß er, um den Kampf sowohl am Rhein als in Italien gleichzeitig fortführen zu können, die Hülfe der Revolution werde in Anspruch nehmen müssen." Dieser Trik, der Hinweis auf eine neuerliche Erhebung in Ungarn, der Frankreich von Fiume aus Hülfe leisten könne, hat wohl auch bei den Verhandlungen mit Oesterreich seine Wirkung nicht verfehlt, die Napoleon durch die Sendung seines Adjutanten General Fleury in das Hauptquartier Verona am 6. Juli einleitete. Demonstrationen mit magyarischen Sympathien waren seit dem Ausbruche des Krieges an der Tagesordnung. Am 5. Mai hatte der Kaiser den aus London berufenen Expräsidenten Kossuth samt General Klapka und dem Grafen Ladislaus Teleki in den Tuilerien empfangen und die Bedingungen eines Aufstandes in Ungarn besprochen: unter dem Patronate des Prinzen Napoleon war am darauf folgenden Tage ein ungarisches Nationaldirektorium geschaffen worden, dessen Sitz sehr bald von Paris nach Genua verlegt wurde, wo man aus Flüchtlingen, Deserteuren und Gefangenen der ungarischen Regimenter eine Armee organisierte. Kossuth behauptet, daß sie in den ersten Julitagen schon 4000 Mann stark gewesen sei. Kaiser Napoleon ließ sich am 30. Juni in Desenzano von einem Abgesandten des Nationaldirektoriums über die bisherigen Erfolge berichten und die Versicherung geben, daß er in Ungarn auf 200 000 Soldaten rechnen könne, wenn er das Kommando zur Erhebung erteile. Er meinte: „Ungarn ist sehr weit, aber wenn wir gegen Venedig operieren, ist es nicht unmöglich, daß dort etwas geschieht." Ernstlich hat er an die Realisierung der Phantasiegebilde der ungarischen Emigranten gewiß nicht geglaubt, aber er wußte sie diplomatisch zu verwenden. Die österreichische Regierung fühlte, daß ihre Verwaltung in Ungarn auf schwachen Füßen stehe, sie

bedurfte verläßliche Truppen zu ihrer Stütze. Das Armeekommando hatte sich davon überzeugt, daß die ungarischen Regimenter im Corps Clam eine schwankende Haltung angenommen hatten, man hatte das Corps nach Inneröfterreich zurücksenden müssen. Nur Benedek verstand es, seine Landsleute in froher Kampfstimmung zu erhalten. Durfte man die Andeutungen Napoleons leicht nehmen?

Es war ganz ausgeschlossen, daß Oesterreich sich an dem Rheinfeldzuge beteiligen könne, Erzherzog Albrecht war ein Feldherr ohne Armee. Als nun der Prinzregent dem zu neuerlichen Verhandlungen nach Berlin entsendeten Feldmarschall Fürsten Windischgrätz die Absicht aussprach, seine ganze Armee zu mobilisieren und damit für die Erhaltung der Lombardei bei Oesterreich einzutreten, erregte dies weniger Befriedigung als politische Bedenken ernstester Art. Wenn Preußen seine ganze militärische Macht in die Wagschale warf und sich die Bundestruppen an die preußische Armee anschlossen, so daß der Prinzregent an der Spitze von 400 000 Mann die Bundesgrenzen überschreiten konnte, dann war das Uebergewicht Preußens in Deutschland befestigt. Kaiser Franz Joseph hielt damals jedoch die Aufrechthaltung des österreichischen Supremats in Deutschland in der Tradition seines Hauses so fest begründet, daß er eher die Lombardei opfern zu müssen, als die Gleichstellung Preußens mit Oesterreich zugeben zu dürfen glaubte. Sein Bundestagsgesandter mußte noch am 7. Juli in Frankfurt den Antrag stellen, daß der Oberbefehl Preußens am Rhein genau nach der Bundesmilitärverfassung eingerichtet werden, daß der Prinzregent also in seiner Heerführung, wie seinerzeit Marlborough und Prinz Eugen mit den Kommissären der Generalstaaten, mit den Kommissären von 17 Bundesregierungen über alle seine Unternehmungen konferieren und ihre Zustimmung zu jedem Gefechte einholen müsse. Das bedeutete die Ablehnung der preußischen Hülfe. Der Prinzregent erklärte dem Fürsten Windischgrätz auf das bestimmteste, daß er sich den Bestimmungen der Bundesakte und Bundesverfassung nicht unterwerfen könne. Die Annahme des Antrages Napoleons, einen Waffenstillstand mit der Absicht von Friedensunterhandlungen zu schließen, war die Konsequenz davon. Als der französische Kaiser die Zusammenkunft mit Franz Joseph zu Villafranca am 11. Juli noch dazu benützte, um ihm Mitteilungen über angebliche Verständigungen zwischen dem neuen englischen Premier Palmerston und dem preußischen Kabinett zu machen, durch die man die Errichtung eines selbständigen lombardisch-venetianischen Königreichs unter einem Erzherzoge (des Kaisers Bruder Maximilian?) anbahnen wolle, schienen die überraschend mäßigen Bedingungen Napoleons unter allen möglichen Kombinationen doch die günstigsten zu sein, umsomehr als der Kaiser mit dem Hinweise von Entschädigungen für den Verlust der Lombardei nicht sparte, die „sowohl bei einer Teilung des osmanischen Reiches, wie durch Vergrößerung des österreichischen Einflusses in Deutschland möglich seien“.

Die Konvention von Villafranca enthielt folgende Hauptpunkte: „Die beiden Herrscher werden die Bildung eines italienischen Bundes befördern; dieser Bund soll unter der Ehrenpräsidentschaft des Papstes stehen. Der Kaiser von Oesterreich tritt dem Kaiser der Franzosen seine Rechte auf die Lombardei, mit

Ausnahme der Festungen Mantua und Peschiera ab. Der Kaiser der Franzosen wird das abgetretene Gebiet an den König von Sardinien übertragen. Venetien macht einen Teil des italienischen Bundes aus, bleibt aber dessenungeachtet der Krone des Kaisers von Oesterreich. Der Großherzog von Toscana und der Herzog von Modena kehren in ihre Staaten zurück und erlassen eine allgemeine Amnestie." Der definitive Friedensvertrag sollte von den Vertretern der drei kriegführenden Mächte in Zürich festgesetzt werden. Daß die Wiedereinsetzung der früheren Regierungen nicht mit Waffengewalt erfolgen dürfe, war nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber es lag im Sinne des Vertrages, der eine friedliche Ordnung der italienischen Verhältnisse als das Ziel der beiden Kaisermächte bezeichnet.

Dennoch fühlten sich Viktor Emanuel, Cavour und die italienischen Patrioten von Napoleon getäuscht und um den Preis ihrer Anstrengungen betrogen. Das Versprechen Frankreichs, Italien „frei bis zur Adria" machen zu wollen, war nicht eingelöst, ein Bund stand ihm in Aussicht, der noch elender werden mußte als der schon berüchtigte deutsche. Unter Protektion des Papstes würde Oesterreich mit seinen Vasallenstaaten darin die Herrschaft gewinnen, Sardinien die Freiheit seiner eigenen Entschließung eingebüßt haben. Cavour trat am 19. Juli vom Ministerium zurück, um einerseits darzuthun, daß er für den Friedensschluß nicht mitverantwortlich sein wolle, und um freie Hand zu erhalten für die politische Agitation, die jetzt außerhalb Sardiniens zu Gunsten der Herstellung des Einheitsstaates durch die Vereinigung mit Sardinien einsetzen müsse.

Für Deutschland bedeutete der unerwartete Abschluß des italienischen Krieges das Ende des scheinbaren Friedenszustandes im Bunde, der auf dem geheuchelten Einverständnisse der beiden Großmächte beruhte. Der Kaiser von Oesterreich klagte in einem Manifeste an seine Völker über die Enttäuschung, die er in Bezug auf die von ihm erwartete Unterstützung erfahren habe. „Der warmen und dankbar anzuerkennenden Teilnahme ungeachtet, welche Unsere gerechte Sache in dem größten Teil von Deutschland bei den Regierungen, wie bei den Völkern gefunden hat, haben sich Unsere ältesten und natürlichen Bundesgenossen hartnäckig der Erkenntnis verschlossen, welche hohe Bedeutung die große Frage des Tages in sich trug." In der Form, in der er nach der Auflösung des deutschen Parlaments und der Zentralgewalt wieder erstanden war, blieb der Bund auch für Oesterreich wertlos. Er mußte reformiert werden oder es mußte ein neues staatliches Werk an seine Stelle treten. Die Vorherrschaft in Italien war aufgegeben, nach dem Rückzuge über den Mincio konnte Oesterreich an ihre Aufrechthaltung gegenüber einem oberitalienischen Königtum des Hauses Savoyen selbst nicht mehr glauben, die Vorherrschaft in Deutschland meinte man um so eher festhalten zu können, als Frankreich keine Ursache zu einer weiteren Erschütterung der Stellung des Hauses Habsburg zu haben schien. An eine friedliche Auseinandersetzung der beiden Großmächte war weniger zu denken als jemals. Der Friedensschluß in Italien bereitete den Krieg in Deutschland vor.

Dritter Abschnitt.

Die Lösung der deutschen Frage.

Der schärfer hervortretende Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen regte das deutsche Volk tiefer auf, als die Regierungen erwartet hatten. Die Niederlage Oesterreichs in Italien wurde als nationale Schmach empfunden, jede Täuschung über den Wert des deutschen Bundes war gewichen, ihm maß man die Schuld an Deutschlands Wehrlosigkeit bei. In Hannover, Nassau, Frankfurt hatten Versammlungen angesehener Männer verlangt, daß man Oesterreich unter Preußens Führung helfe. Rudolf v. Bennigsen trat in der zweiten hannoverschen Kammer trotz des heftigen Widerspruchs der Minister für diese Ansicht ein und wurde durch Hunderte von Anhängern darin bestärkt. Am 14. August traten Konstitutionelle und Demokraten in Eisenach mit einer Reihe von Forderungen auf, die als die Grundzüge des Programmes für den Nationalverein angesehen werden können, der bald darnach in Frankfurt gegründet wurde. „Wir erblicken in der gegenwärtigen politischen Weltlage," erklärten sie, „große Gefahren für die Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes, welche durch den zwischen Oesterreich und Frankreich abgeschlossenen Frieden eher vermehrt als vermindert worden sind. Diese Gefahren haben ihren letzten Grund in der fehlerhaften Gesamtverfassung Deutschlands und sie können nur durch eine schleunige Aenderung dieser Verfassung beseitigt werden." Man bedürfe einer starken Zentralregierung und eines deutschen Parlaments. Preußen möge die Initiative zur Erreichung dieser dringenden Forderungen ergreifen. „Sollte Deutschland in der nächsten Zeit von außen wieder bedroht werden, so ist bis zur definitiven Konstituierung der deutschen Zentralregierung die Leitung der deutschen Militärkräfte und die diplomatische Vertretung Deutschlands nach außen auf Preußen zu übertragen." Im Nationalverein erhoben die Süddeutschen gegen die Bevorzugung Preußens Protest, sie brachten die Schaffung eines Direktoriums wieder in Vorschlag, aber auch sie waren einverstanden mit der Bekämpfung des Bundestages.

Graf Rechberg war kurzsichtig genug, um gegen die nationale Bewegung Polizeimaßregeln in Anwendung bringen zu wollen. Wenn Oesterreich sich in

seinen Rechten als deutscher Staat gekränkt fühlte, wenn es seinen Einfluß in Deutschland heben wollte, dann mußte es sich ja dieser Bewegung bemächtigen und die Volksstimmung gegen Preußen ausspielen. Die Diplomaten des Wiener Ballplatzes haben sich freilich auf die Kunst, volkstümliche Elemente in der Politik zu verwerten, niemals verstanden, sie gingen in dem Verkennen der für ihre Absichten tauglichen Mittel sogar so weit, die Gegensätze, die etwa noch zwischen den verschiedenen Richtungen der Nationalgesinnten bestanden, durch Angriffe zu beseitigen, denen alle solidarisch gegenübertreten mußten. Zu den augenfälligsten Beweisen der geringen staatsmännischen Begabung Rechbergs muß man die Aktion gegen Ernst von Koburg zählen. Der Herzog hatte eine Deputation seiner Gothaer Bürgerschaft empfangen, die ihm den Wunsch ausdrückte, „die Bildung einer großen nationalen Partei zu befördern, deren Ziel ein Bundesstaat mit Volksvertretung sei, unter der militärischen und diplomatischen Führung Preußens“; er sprach sein Einverständnis mit diesem politischen Ziele aus und versicherte, „daß er stets mit Rat und That zur Hand sein werde, wo es sich darum handelt, unserem Vaterlande das Ansehen und die Macht zu verschaffen, auf welche die deutsche Nation vor allem so gerechten Anspruch hat“. Diese Worte aus dem Munde eines Mannes, der aus seinen Gesinnungen nie ein Hehl gemacht, sie sogar persönlich gegenüber österreichischen Staatsmännern vertreten hatte, gaben dem Kabinett Rechberg Anlaß zu diplomatischen Noten, in denen sie „als im Munde eines souveränen Fürsten ganz besonders tadelnswert“ bezeichnet wurden, und der Berliner Regierung wurde „verhoben“, „daß sie in ihrer nächsten Nähe die bedenklichsten Umtriebe zum Umsturz des ehrwürdigen deutschen Staatenbundes dulden könne.“ Diesen Bund hatte aber Oesterreich selbst für unbrauchbar erklärt, es hatte an sich selbst die traurige Erfahrung gemacht, daß er kraftlos und deshalb bedeutungslos sei. Und nun wollte es nach einem unglücklichen Kriege, der seine militärische und finanzielle Erschöpfung dargethan hatte, im Schulmeistertone die Forderung stellen, daß man auch fernerhin an die Berechtigung seiner Präsidialstellung glauben solle. Hinter den Ansprüchen der Schwarzenbergschen Politik stand Radetzky und das von zwei Kriegsschauplätzen siegreich heimkehrende Heer; sie gewannen dadurch nicht an innerer Berechtigung und wurden nicht zum Ausdruck politischer Einsicht, weil sie für den Augenblick die Verständigung der Großmächte unmöglich machten, aber ihre Wiederholung durch Rechberg, der durch die Verbreitung falscher Anschauungen über die Verhältnisse im Bunde die Isolierung des Kaiserstaates und seine Niederlage mitverschuldet hatte, trat aus dem Rahmen einer logisch begründeten Realpolitik völlig heraus.

Die Rechbergsche Note, die von Preußen mit dem Hinweise darauf beantwortet wurde, daß Herzog Ernst den Gothaern nichts anderes gesagt habe, als worüber vor zehn Jahren alle deutschen Fürsten einig gewesen wären, hat das große Verdienst, eine Aeußerung des Prinzregenten von Preußen über seine Haltung in der Kriegs- und in der deutschen Reformfrage hervorgerufen zu haben, die zu einem der wichtigsten Denkmäler seines durchaus selbständigen und bewußten politischen Willens geworden ist. Er schrieb am 27. September 1859 an den Herzog: „Was die Vergangenheit betrifft, so würde

ich, wenn ich dieselbe noch einmal zu durchleben hätte, sie ganz genau ebenso, wie geschehen, durchleben und durchhandeln. Denn ich werde mich niemals davon überzeugen, daß ich weise, zum Besten Deutschlands, Preußens und Europas gehandelt hätte, wenn ich durch Kriegsdrohungen gegen Frankreich im März den Krieg auf Deutschland gezogen hätte, um Oesterreichs Politik in Italien zu soutenieren! Ich habe es vom Throne herab gesagt: Ich würde für das europäische Gleichgewicht, für Deutschlands Sicherheit und Preußens Ehre einstehen. Als am 20. April mir die Nachricht des abgegangenen Ultimatums zukam, habe ich in derselben Minute (Faktum, denn die Ordre lag seit dem Vormittage unterzeichnet auf meinem Tische) die Kriegsbereitschaft unterzeichnet und Deutschland zur Nachfolge aufgefordert. Als der Ticino und Magenta verlassen war und Napoleon nicht Halt machte, obgleich der status quo ante durch Räumung Piemonts hergestellt war, also die Niederwerfung Oesterreichs bis zur Adria wahr werden konnte, somit also das Gleichgewicht Europas bedroht war, ebenso Deutschlands Grenze, — machte ich die Armee mobil (Beschluß vom 6., Vollziehung am 14. Juni) und forderte Deutschland auf, die Armee am Rhein zu konzentrieren, zu welchem Behufe sich die preußische Armee am 2. Juli in Marsch setzte. Der Waffenstillstand machte hierin keinen Aufenthalt, bis am 13. Juli die Friedenspost uns erreichte. . . . Ist es Preußens Schuld, daß der übereilte Frieden geschlossen wurde, da man in Villafranca den Marsch jener Armee kannte? . . . Daß aber die deutschen Kabinette den Haß gegen Preußen so weit treiben würden, . . . im Moment eines sehr ernsten Krieges das Kommando in einer Art zu bestellen, daß niemals eine Einheit der Operationen möglich gewesen wäre — dies geht über meinen Begriffshorizont! Denn es heißt auf gut deutsch: Lieber einen Krieg schlecht führen, als gut unter Preußens Führung! Wäre ich in dieser Kommandofrage majorisiert worden, so hätte ich wahr und wahrhaftig die preußische Armee demobilisiert und hätte den Deutschen überlassen, den Krieg zu führen, den sie so sehnlichst wünschten." Der Prinzregent berührt hierauf die vom Koburger angeregte Bundesreform, er sieht „momentan keine Möglichkeit etwas zu proponieren, was zum Ziele führte und was angenommen werden würde, weil es von Preußen kommt". . . . „Wie wenig Oesterreich gesonnen ist, irgend etwas in dieser Richtung zuzulassen, hast Du soeben persönlich erfahren, da es nicht einmal gestattet sein soll, seine Ansicht auszusprechen, geschweige denn zu handeln."

In der Beurteilung des Nationalvereins stand Oesterreich nicht allein, die mittelstaatlichen Regierungen fürchteten und haßten die Richtung, die er vertrat, noch kräftiger und wurden nur durch die Unsicherheit der allgemeinen politischen Lage von Gewaltmaßregeln zurückgehalten, zu denen sie sich jedenfalls vollkommen berechtigt gefühlt hätten. Die Unsicherheit erhielt den schärfsten Ausdruck durch die Eigenart des Friedensschlusses in Zürich (10. November 1859), der sich zu einem rein förmlichen Akte ohne Rücksicht auf die thatsächlichen Verhältnisse gestaltete. Er hielt sich an die Abmachungen von Villafranca, obwohl niemand, auch die Vertragschließenden nicht, an die Ausführung derselben glauben konnten. Der italienische Bundesstaat mit dem Papste an der Spitze und dem Kaiser von Oesterreich als Mitglied war nicht herzu-

stellen, die Wiedereinsetzung der habsburgisch-lothringischen Sekundogenitur in Toscana, der Bourbonen in Parma und der Oesterreich-Este in Modena ohne einen neuen siegreichen Krieg Oesterreichs gegen Sardinien unmöglich. Um das Linsengericht der Hegemonie in Deutschland war all dieser schöne Besitz der Revolution überlassen worden, der durch ein aufrichtiges Bündnis mit Preußen und die Fortsetzung des Krieges zweifellos zurückerobert worden wäre.

Alle mittelitalischen Landschaften, die während des Krieges provisorische Regierungen eingesetzt und Militärverträge mit Sardinien abgeschlossen hatten, verlangten nach Villafranca die Einverleibung in das neue savoyische Königreich. Viktor Emanuel ließ sich jedoch zu keinen Zusagen hinreißen, solange er nicht über die Absichten Napoleons hinsichtlich des Kirchenstaates versichert war; er widersetzte sich auch der Forderung der Nationalpartei, als deren Häupter und Machtträger Garibaldi und Mazzini anzusehen waren, den von diesen beabsichtigten Einfall in das römische Gebiet zu unterstützen. Napoleon ließ sich erst die Abtretung von Savoyen und Nizza von Sardinien verbürgen, bevor er den Kirchenstaat preisgab. Dies geschah zunächst durch den Antrag, der Papst möge den König von Sardinien zu seinem Vikar in der Romagna bestellen, die er ohne fremde Hülfe ohnehin nicht mehr zurückerlangen konnte, seitdem Massimo d'Azeglio als Statthalter Viktor Emanuels in Bologna saß.[1]) Graf Cavour, der seit dem 20. Jänner 1860 wieder die auswärtigen Geschäfte Sardiniens leitete, hielt jetzt die Zeit für gekommen, die Entscheidung des Volkes fällen zu lassen, das sich in allen Gebieten beinahe mit Einstimmigkeit für den Anschluß an Sardinien aussprach. Mit der am 26. März vom Papste ausgesprochenen Exkommunikation gegen alle an seiner Beraubung Beteiligten wurde jene Politik des passiven Widerstandes eingeleitet, in der sich die Hierarchie bis heute ganz wohl fühlt, obwohl sie keinen äußeren Erfolg aufzuweisen hat. Nur der protestierende Papst erfreut sich jener mitleidigen Teilnahme gemütvoller und opferwilliger Anhänger, die durch freiwillige Steuern die verlorenen Einkünfte der elend verwalteten päpstlichen Provinzen nicht nur reichlich ersetzen, sondern weit übertreffen und den großen Haushalt prunkvoll ausstatten, den die Nachfolger des galiläischen Fischers durch ihre Mitregenten zu führen gezwungen werden.

Auch in Nizza und Savoyen sah man ein, daß es thöricht wäre, der französischen Regierung eine böse Miene zu zeigen, indem man an sie ausgeliefert wurde; auch hier ergab die Volksabstimmung überwältigende Mehrheiten für Frankreich. Nur der Nizzaner Garibaldi konnte sich nicht damit befreunden, daß seine Vaterstadt von jenem Italien getrennt werden sollte, für dessen staatliche Verwirklichung er seine gewaltige Kraft und seinen ehrlichen Namen einsetzte; er erklärte Cavour für einen Verräter, als dieser die parlamentarische

[1]) Der Verlauf der römischen Frage in ihrem ersten Stadium läßt sich in den drei Broschüren verfolgen, die auch in Deutschland viel Verbreitung fanden: „Der Papst und der Kongreß" (von Thouvenel?) „Frankreich, Rom und Italien" von A. de Laguéronnière, „Offizielle Antwort der römischen Kurie auf die Broschüre: Frankreich, Rom und Italien" (Depesche des Kardinalstaatssekretärs Antonelli in Rom an Msgr. Meglia, Geschäftsträger des hl. Stuhles in Paris).

Zustimmung der Losreißung am 29. Mai erwirkt hatte. Schon war er im Begriffe, die Einigung Italiens auf eigene Faust zu betreiben. Er war am 6. Mai 1860 in Sizilien bei Marsala mit einem Freicorps von nicht mehr als 1067 Mann gelandet und fand auf der Insel so zahlreiche Kriegsgenossen, daß er schon am 6. Juni die königliche Regierung in Palermo zur Kapitulation zwingen konnte. Bald stand er mit 18000 Mann in Neapel, wo seit 20. Mai 1859 König Franz regierte, dessen Gemahlin, eine bairische Prinzessin, die Schwester der Kaiserin von Oesterreich war. Trotzdem sich allerlei fahrendes Volk, namentlich deutscher Nationalität, gegen guten Sold für die neapolitanische Armee hatte anwerben lassen, fühlte sich der König doch nicht stark genug, einen offenen Kampf gegen Garibaldi zu wagen; er floh in die Meerfestung Gaëta in der Meinung, daß der Papst, dessen Schicksal als Souverän offenbar mit dem seinen zusammenfiel, ein Kreuzheer zu seiner Rettung aufbringen, oder daß Napoleon der italienischen Revolution in den Arm fallen werde. Cavour glaubte nun mit entscheidenden Schritten Sardiniens nicht mehr zögern zu dürfen, damit die Dynastie Savoyen nicht an Bedeutung hinter den Republikanern zurückstehe; denn er war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß nur ein italienisches Königtum die Einheit aufrechthalten, die Republik hingegen gefährliche Autonomiebestrebungen entfesseln würde. Er verlangte daher, um den Kriegszustand herbeizuführen, vom Staatssekretär des Papstes, Kardinal Antonelli, die Auflösung der größtenteils aus Schweizern, Belgiern und Oesterreichern bestehenden Armee, die unter dem Oberbefehle des früher französischen Generals Lamoricière stand und eine Stärke von 20000 Mann erreicht hatte. Die höhnische Antwort des römischen Diplomaten, der von dem katholischen Söldnerheere große Stücke hielt, wurde in einem achtzehntägigen Feldzuge der sardinischen Generale Fanti und Cialdini mit der gänzlichen Zersprengung der päpstlichen Truppenmacht, mit der Einnahme von Ancona und fünf anderer fester Plätze beantwortet. Für den frommen Katholiken mußte es auffallend und schwer faßlich sein, daß der von Pius IX. gegen die Piemontesen vom Himmel erbetene Blitz unter den feindlichen Scharen nicht zünden wollte und daß die schmählichste Niederlage und Gefangennahme der frommen Landsknechte gerade bei und in dem berühmten Wallfahrtsorte Loreto vor sich ging.

Der Kirchenstaat war nun mit Ausnahme der Stadt und des Gebietes von Rom, das Napoleon als Patrimonium Petri dem Papste erhalten wissen wollte, von Sardinien erobert; König Viktor Emanuel rückte im Oktober selbst mit 30000 Mann in der Residenz Neapel ein, schlug die sich ihm in den Apenninen entgegenstellenden königlichen Truppen und trat mit Garibaldi in Verbindung, der trotz der Verhetzung durch seine republikanisch gesinnte Umgebung doch Treue gegen den König hielt und nur am Sturze der Regierung Cavours arbeitete. Nachdem Capua sich den Freischaren ergeben hatte, Gaëta nach längerer Belagerung am 13. Februar 1861 gefallen, das Königspaar auf einem französischen Schiffe entkommen war, nahm der König von Sardinien am 14. März 1861 den Titel eines Königs von Italien an, den ihm das Parlament zuerkannt hatte. Cavour, der den neuen Thron gezimmert und das Haus Savoyen dazu geleitet hatte, überlebte den Sieg des Nationalitätsprinzipes in Italien, der über

alles Erwarten rasch und vollständig durch ein besonders glückliches Zusammentreffen günstiger Umstände herbeigeführt worden war, nur kurze Zeit. Er starb am 6. Juni infolge der heftigen Anstrengungen seines Amtes, denen sein Körper nicht gewachsen war.

Schon die ersten Etappen der hier im Zusammenhange erzählten Gründung eines rechtlich auf dem Willen des Volkes beruhenden neuen Staatswesens, das durch die Entthronung des scheinbar legitimsten aller Souveräne und durch ihr Alter angesehener Dynastien entstanden war, hatten die Ruhe Europas aufs tiefste erschüttert. Man erwartete von Napoleon III. neue Ueberraschungen, neue Unternehmungen, deren Endzweck die Vergrößerung Frankreichs sein werde. Die Schweiz war enttäuscht, daß ihr die versprochenen savoyischen Landschaften Chablais und Faucigny von Frankreich vorenthalten wurden, Belgien fürchtete das Ziel begehrlicher Ausbeutung des Nationalitätenprinzips durch Frankreich zu werden, die deutschen Fürsten sahen in dem Vorgehen des Kaisers vor allem nur die Förderung revolutionärer Grundsätze, die auch gegen sie in Anwendung gebracht werden konnten. Napoleon blieb von dieser Stimmung nicht unberührt, sie schien ihm gefährlich, als Rußland Miene machte, die Orientfrage wieder aufzurollen, und als England sich sichtlich Mühe gab, eine Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen zu stande zu bringen. Es schien ihm daher wünschenswert, Preußen aus einer sich allenfalls gegen ihn bildenden Koalition auszulösen, und deshalb veranstaltete er die Zusammenkunft mit dem Prinzregenten in Baden (16., 17. Juni 1860), die sich zugleich durch die Beteiligung der vier deutschen Könige und mehrerer mittelstaatlichen Herrscher zu einem deutschen Fürstenkongreß erweiterte. Man überzeugte sich dabei, wie Ernst von Koburg nach zwei intimen Gesprächen und als Resultat des offiziellen Verkehrs, der sich übrigens rasch sehr ungezwungen gestaltete, feststellen konnte, „daß es dem Kaiser ernstlich darum zu thun sei, vor der Hand Frieden zu halten, und daß er wirklich sich unsicher und unzulänglich in Bezug auf seine Kräfte und Mittel erachtete, um einer Koalition gewachsen zu sein. In seinem Innern war er bei dem Gedanken an große Verwickelungen nicht weniger ängstlich, als er es vor dem Krimkriege war. Er fühlte sich durch die Entrevue geschmeichelt und in der Mitte aller der gekrönten Häupter sehr gehoben und empfand es als die größte Genugthuung, daß er in Baden von seiten so vieler alten Familien eine Art von Gleichstellung durch das vollkommen freundliche Entgegenkommen gefunden hatte."

Nach der Abreise Napoleons fand am 18. Juni, am Jahrestage von Waterloo, eine sehr denkwürdige Verhandlung beim Prinzregenten statt. Die nationale Gruppe unter den deutschen Fürsten, die Großherzöge von Baden und von Weimar und der Herzog von Koburg, beabsichtigten, ihre Bundesgenossen zur Aufstellung eines Programmes für eine zwar nicht radikale, aber doch wesentliche Aenderung ihrer auf der Bundesverfassung beruhenden Beziehungen einzuladen. „Es sollte versucht werden, unter der Führung Preußens ein gemeinsames Schutz- und Trutzbündnis aller deutschen Fürsten mit Oesterreich zu schließen und dem letzteren die Garantie seiner sämtlichen Provinzen unter der Voraussetzung anzubieten, daß Preußen eine größere Machtstellung im alten

Bunde eingeräumt werde. Auch sollte dem Kaiser von Oesterreich zur besseren Erreichung dieses Zieles die Notwendigkeit, wirklich zeitgemäße Reformen einzuführen, nahegelegt werden. Die Frage wegen der Berufung eines deutschen Parlaments gehörte zu den Punkten, welche in erster Linie erledigt werden sollten." Schon eine Beratung mit dem Fürsten Hohenzollern ließ die geringe Neigung des preußischen Ministeriums für eine Reforminitiative erkennen, bei den Königen rief die Andeutung des Antrages der Nationalen aber sofort den Entschluß zu einer Aktion im entgegengesetzten Sinne hervor. Die Spannung zwischen den beiden Richtungen äußerte sich in einer sehr lebhaften Szene beim Prinzregenten, der die Fürsten zu einer Konferenz zu sich geladen hatte. Er entwickelte dabei die Grundsätze seiner deutschen Politik in wenigen Sätzen, nachdem er vorher als das Ergebnis der Zusammenkunft mit Napoleon die Anerkennung der Integrität Deutschlands bezeichnet hatte. Den Territorialbestand sowohl des Gesamtvaterlandes als der einzelnen Landesherren zu schützen, sei Aufgabe nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Politik Preußens. An dieser Aufgabe werde er sich nicht beirren lassen, auch durch den Umstand nicht, daß die Entwickelung der inneren Politik, die er für Preußen als unerläßlich erkannt habe, sowie seine Auffassung mehrerer Fragen der inneren deutschen Politik von den Auffassungen einiger seiner Bundesgenossen abweichen möge. Für eine Bundesreform erachte er den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, er hoffe jedoch auf eine Verständigung mit Oesterreich.

Die Antwort auf die Ansprache hatte Württemberg übernommen. Sie ging dahin, als äußerstes Zugeständnis an Preußen „engere" Militärverträge beim Bunde vorzuschlagen, dafür jedoch von Preußen Garantie für die Bekämpfung der revolutionären Elemente zu verlangen. „Sowie diese Worte gefallen waren," erzählt Herzog Ernst, „zeigte sich eine gewisse Bewegung unter den Königen, welche inzwischen an den Prinzregenten immer näher herangetreten waren. König Georg (der blinde Hannoveraner) streckte seine Arme aus und suchte umhertastend die Hand des Prinzregenten zu ergreifen. Der König von Baiern rief mit lauter Stimme: Ja, das ist unser sehnlichster Wunsch! — Vor allem, so fuhr nun der König von Württemberg fort, handelt es sich um gewisse Vereine. Hierbei stockte er ein wenig. Vor allem, wiederholte er, handelt es sich um die Unterdrückung des Nationalvereins und des Gothaischen Vereins. König Johann (von Sachsen) fügte in ruhigerer und durchaus freundlicher Weise hinzu: Man könne doch nicht leugnen, daß diese Vereine die bedenklichsten Schlagworte in die Massen zu rufen suchten und daß, ob man es nun beabsichtige oder nicht, aufrührerische Tendenzen durch dieselben propagiert werden. Hierauf trat König Max ganz nahe an den Prinzregenten heran und suchte vertraulich zu erklären, wie nach seiner Ansicht es wohl Pflicht der preußischen Behörden wäre, auch gegen jene Presse, welche agitatorisch den Bestand des Bundes wie der Einzelstaaten untergrabe, ebenso strenge vorzugehen, wie gegen die, welche Preußen angreife. Endlich erhob König Georg seine Stimme und sprach ziemlich lange, vom Waterlootage, von seiner Freude, mit dem Prinzregenten heute vereinigt zu sein, und von den Aufgaben der Könige. Hierauf folgten einige dunkle Worte von Bundesexekution und von Bundesfürsten, welche sich nicht scheuten, an der Agitation

teilzunehmen.“ Der Prinzregent verweigerte weitere Erklärungen, verwies auf die Verhandlungen der Kabinette und machte hierauf der gewiß für ihn sehr peinlichen Interpellation rasch ein Ende.

Das Ereignis von Baden war die entschiedenste Absage an die deutschen Patrioten, als deren Wortführer sich drei deutsche Fürsten gemeldet hatten. Von den Königen und ihren fürstlichen Anhängern war für die deutsche Nation nichts zu erwarten, solange Preußen ihnen seinen Willen nicht diktieren konnte. Der Herzog von Koburg hat in gleichlautenden Briefen, die er an die erregten königlichen Bundeskollegen richtete, den Nationalverein gegen ihr Verdammungsurteil in Schutz genommen, er hat die Motive der Vereinsthätigkeit für die edelsten, die Wirksamkeit der Nationalvereinsmitglieder als eine segensreiche erklärt. „Die Fürsten könnten nur mit Freuden einen Verein begrüßen, der ihnen bei der Aufgabe, nach außen die Integrität Deutschlands zu schützen, nach innen seine Einheit zu kräftigen, durch Weckung des Nationalgefühls und Verschmelzung der Stammesunterschiede zu Hülfe kommt.“ Er erhielt von Württemberg eine unhöfliche, von Baiern eine höfliche, von Hannover eine pathetische Abfertigung, der Vetter von Sachsen bemühte sich, dem Herzoge die Unrichtigkeiten seiner Ansichten in längerer Auseinandersetzung begreiflich zu machen. Er faßte dieselbe in der schließlichen Erklärung zusammen: „Die deutschen Fürsten sind sich der Aufgabe, nach außen die Integrität Deutschlands zu schützen, nach innen seine Einheit zu kräftigen, vollständig bewußt. Sie werden dabei der Unterstützung ihrer Völker und deren verfassungsmäßiger Vertreter stets versichert sein und engherzige Rücksichten dabei beiseite zu setzen wissen. Zur Erleichterung dieser Aufgabe aber kann es nicht dienen, wenn eine Partei sich unablässig bemüht, einen moralischen Zwang auf ihre Entschließungen auszuüben, jedes noch so wohlgemeinte Bestreben, sobald es nicht ihrem Programme huldigt, in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und eine Doktrin zu predigen, welche in ihrer praktischen Durchführung zur Zerreißung Deutschlands und zum Bruderkriege führt.“

Der Eindruck der Fürstenbegegnung auf den Prinzregenten scheint ein ziemlich starker gewesen zu sein; es befestigte sich in ihm immer mehr die Ueberzeugung, daß er bis auf weiteres sich abwartend und vorbereitend zu verhalten habe. Er wies gegenüber den Verfechtern des nationalen Programmes die Tendenz zurück, „mit Hintansetzung der Interessen und Rechte der deutschen Fürsten die Einheit anzustreben“, und hielt an seiner Pflicht fest, die Wahrung der deutschen Interessen mit den Pflichten Preußens als Großmacht in Einklang zu erhalten. Die Festigung dieser Großmachtstellung mußte der Bundesreform im nationalen Sinne vorausgehen. Die Annäherung an Oesterreich wurde bei einer vom König Max von Baiern eingeleiteten Zusammenkunft in Teplitz am 26. Juli versucht, sie gelang aber nicht. Oesterreich verlangte die Garantie Venetiens auch gegenüber Italien, der Prinzregent verpflichtete sich aber nur dann zur Intervention, wenn Frankreich sich in einen erneuten Angriff Italiens auf Venetien zu Gunsten des ersteren einmischen würde. Kaiser Franz Joseph war beim Abschiede wie bei der Begrüßung des Prinzregenten „sehr höflich, aber zugleich sehr kalt“, blieb aber nicht ganz unbefriedigt, weil er die Ueber-

zeugung gewonnen hatte, der Prinzregent wolle keine weiteren Gebietsverluste Oesterreichs in Italien dulden. In Bundesangelegenheiten hatte er jedoch keine Zugeständnisse gemacht, indem er auf eine Anfrage des Prinzen hinsichtlich des Präsidiums erwiderte: ein altes Ehrenrecht seines Hauses sei für ihn unantastbar.

Auch die inneren Verhältnisse Oesterreichs waren in Teplitz zur Sprache gekommen. Der Kaiser hatte sich zwar jede Einflußnahme Preußens darauf verbeten, jedoch nicht mit der Versicherung zurückgehalten, daß er ohnehin schon zu dem Entschlusse gekommen sei, einerseits ständische Vertretungen seiner Länder einzuberufen, andererseits die Gleichstellung der Konfessionen gesetzlich festlegen zu lassen. Dieser Entschluß war unmittelbar nach dem unglücklichen Kriege gereift, durch den die Erkenntnis von der Brüchigkeit und Wertlosigkeit der bisherigen Stützen des Staates gefördert worden war. Der Abscheu vor den Ausschreitungen der Demokratie, die Furcht vor Erneuerung der Revolution hatten nach dem Siege der Staatsgewalt im Beginn der fünfziger Jahre die Ansicht der höfischen Kreise befestigt, daß die Rettung des Staates, des Besitzes und der Rechte der Dynastie sowie der sittlichen Gesellschaftsordnung nur durch die unbeschränkte Herrschaft der Kirche und der Armee geschehen könne. Der gesamte Volksschulunterricht und die Ehe war durch das Konkordat vom 18. August 1855 der römischen Hierarchie ausgeliefert; der Jesuitengeneral Bekx sandte die erfahrensten Agenten seines Engrosgeschäftes in Menschenseelen nach Oesterreich, um sich dessen Völker ohne Unterschied der Rasse dienstbar zu machen; aber der zuversichtlich erwartete Segen des Himmels blieb aus. Neben den Jesuiten gedeiht keine Armee. Die Heuchelei, die sie an Stelle tiefinnerer Ueberzeugung großziehen, verdirbt jeden Charakter, ihre Nachsicht mit den geheimen Schwächen aller jener Persönlichkeiten, die ihnen nützlich sein können, untergräbt die Selbstachtung, ihre Oberflächlichkeit im Unterricht schädigt die Ausbildung der Talente, ihre Opportunitätspolitik in allen Richtungen des gesellschaftlichen Lebens bekämpft die Ehrlichkeit und Gerechtigkeit. Alle diese Folgen äußern sich durch verheerende Zersetzung der Mannhaftigkeit und inneren Ehrenhaftigkeit, ohne die es keine Kriegstüchtigkeit gibt. Die rückhaltlose Hingabe des österreichischen Staates an das von den Jesuiten neu konstruierte katholische Kirchentum hat ihn in kürzester Zeit elender gemacht, als die brutale Revolution, seine Wehrkraft war gebrochen, sein wirtschaftlicher Bau dem Einsturze nahe.

Die Mittel zur Kriegführung waren nur durch Gewaltmittel, durch ein Zwangsanlehen, das mit 70 Prozent ausgegeben wurde, durch einen außerordentlichen Steuerzuschlag und durch Kürzung der vom Staate zu zahlenden Zinsen zu beschaffen gewesen. Als sie nicht reichten, trat die Banknotenpresse in Thätigkeit. An Stelle von 300 Millionen Gulden Staatsobligationen waren deren 611 ausgegeben worden; das Metallgeld war samt der Scheidemünze ins Ausland gewandert, die papierne Scheidemünze raubte dem Volke das letzte Vertrauen in die geschäftliche Ehrlichkeit des Staates. Man erwartete die Besserung nur von einem Wechsel des Regierungssystems. Durch die Niederlagen in Italien wurde die Hoffnung darauf genährt. Die Kreditaktien standen am 4. Mai, wo das Manifest Napoleons erschien, auf 132 und hatten damit

ihre tiefste Notierung erreicht, sie stiegen nach Magenta auf 140, nach Solferino auf 158, nach dem Waffenstillstand auf 208.[1]) Bei der Abwickelung der Kriegsgeschäfte überzeugte man sich von der trostlosen Verwirrung im Staatshaushalte. Der Kaiser ordnete am 23. Dezember 1859 die Einsetzung einer Staatsschuldenkommission an, die das Vorhandensein einer Staatsschuld von 2265 Millionen Gulden konstatierte, und berief im Mai 1860, nachdem kurz zuvor der Finanzminister Freiherr v. Bruck sich durch Selbstmord jeder Verantwortung entzogen und eine Reihe von Unterschleifsprozessen das Vertrauen in die Finanzwirtschaft gänzlich zerstört hatten, einen „verstärkten Reichsrat“ von 59 Erzherzögen, hohen Kirchenfürsten, Vertretern des Hochadels und der Handelskammern zur Beratung des Staatsvoranschlages, einer Grundbuchordnung und anderer dringender Verwaltungsfragen. Damit war bereits die Unfähigkeit des ultramontanen Absolutismus zur Ordnung der in Verwirrung geratenen Finanzen anerkannt und es war die Gelegenheit geboten, die Mitwirkung der Völker an der Gesetzgebung zu verlangen. In Ungarn hatte auch die Einsetzung Benedeks als Gouverneur nicht verhindern können, daß nach dem Kriege die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung immer lebhafteren Ausdruck erhielt und sich namentlich wegen deren Unduldsamkeit gegen die Anhänger des evangelischen Glaubens in den höchst unbequemen Steuerverweigerungen Luft machte, zu denen die großen Grundbesitzer der oberen Theiß, die Familie Tisza voran, das Beispiel gegeben hatten.

Obwohl der verstärkte Reichsrat unter dem Vorsitze des Erzherzogs Rainer sich nur mit Regierungsvorlagen beschäftigen sollte, konnte doch nicht verhindert werden, daß darin die Forderung nach einer Repräsentativverfassung gestellt wurde und daß die Frage nach der zukünftigen Gestaltung in ihrer ganzen erschreckenden Weitschichtigkeit aufgerollt wurde. Die wenigen Ungarn, die sich überhaupt bereit gefunden hatten, zu einer von ihrer Verfassung nicht vorgesehenen Konferenz nach Wien zu kommen, stellten vor allem anderen fest, daß die Nation durch die Revolution ihre Verfassung nicht verwirkt haben könne und daß es für sie in keiner anderen Form eine Teilnahme an der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse gebe als auf dem Boden eines verfassungsmäßig einberufenen ungarischen Landtages. Ebenso verlangten die böhmischen Adelsvertreter die Anerkennung der historisch-politischen Individualität der Länder, die nur in ihren Landtagen zur Geltung gebracht werden könne, die Kroaten die Wiederherstellung ihrer Sonderverfassung, gleiches Recht mit den Magyaren, die Polen vollständige Selbstbestimmung innerhalb der Grenzen ihres einstigen nationalen Reiches. Die hohen Beamten, die wenigen Vertreter des deutschen Bürgertums und eine Anzahl von Kirchenfürsten, vor allem der am Hofe sehr einflußreiche Kardinal Rauscher traten für den großösterreichischen Einheitsstaat ein, wie ihn die Schwarzenbergsche Verfassung im Auge gehabt hatte. Es standen 34 föderalistische gegen 16 zentralistische Stimmen, 6 lehnten die Abstimmung für die eine oder die andere Partei überhaupt ab. Mittlerweile war erhoben worden, daß den Staatseinnahmen im Betrage von 261 Millionen Gulden

[1]) Kolmer, Parlament und Verfassung in Oesterreich, I. Bd.

Ausgaben von 541 Millionen gegenüberstanden, daß die Versuche, bei Militär und Beamten zu sparen, zwar eine noch weitere Schwächung der Staatsverwaltung hervorrufen, aber zur Regelung des Staatshaushaltes nur sehr wenig beitragen würden, daß die Bevölkerung aller Reichsteile sich nur dann zu größeren Opfern herbeiziehen lasse, wenn man ihre Vertreter zur Mitwirkung an dem Neubaue des Staates durch ein Verfassungsgesetz heranziehe, wenn man das Recht auf Gewissensfreiheit, Redefreiheit und Preßfreiheit anerkenne. Nachdem am 28. September 1860 der verstärkte Reichsrat geschlossen worden war, ohne daß er seine Aufgaben beendet hatte, wurde am 20. Oktober das Ministerium Rechberg vervollständigt und ein kaiserliches Diplom erlassen, das zur Einleitung einer konstitutionellen Aera in der Monarchie der Habsburger bestimmt war.

Das Oktoberdiplom geht in völlig korrekter und loyaler Auffassung des bestehenden Staatsrechtes auf den letzten Gesetzgebungsakt zurück, der durch Zusammenwirkung des regierenden Hauses und der legalen Vertreter ihrer Königreiche und Länder in den Landtagen entstanden ist, auf die pragmatische Sanktion Karls VI. vom 19. April 1713 und schließt daran vollkommen logisch die Erklärung des Kaisers, er füge zu jener unerschütterlichen rechtlichen Grundlage einer bestimmten Erbfolgeordnung und der mit den Gerechtsamen und Freiheiten der Königreiche und Länder in Einklang gebrachten Unteilbarkeit und Unzertrennlichkeit ihrer Bestandteile ein neues beständiges und unwiderrufliches Staatsgrundgesetz. Dessen erster Artikel enthält die Zusicherung, daß der Kaiser und seine Nachfolger das Recht, Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuheben, nur unter Mitwirkung der gesetzlich versammelten Landtage, beziehungsweise des Reichsrates ausüben werden, zu welchem die Landtage die vom Kaiser festzusetzende Zahl Mitglieder zu entsenden haben. Die Kompetenz des Reichsrates war im allgemeinen auf die allen Königreichen und Ländern gemeinsamen Rechte, Pflichten und Interessen verwiesen, namentlich unterstellt werden ihr die Gesetze über Geld, Kredit, Zoll- und Handelsangelegenheiten, das Bankwesen, das Post- und Verkehrswesen, die Militärpflicht, die Einführung neuer und die Erhöhung bestehender Steuern, sowie das Budget und Kontrollrecht in der Finanzwirtschaft des Staates. „Alle anderen Gegenstände der Gesetzgebung, welche in den vorhergehenden Punkten nicht enthalten sind, werden in und mit den betreffenden Landtagen und zwar in den zur ungarischen Krone gehörigen Königreichen und Ländern im Sinne ihrer früheren Verfassungen, in den übrigen Königreichen und Ländern aber im Sinne und in Gemäßheit ihrer Landesordnungen verfassungsmäßig erledigt werden.“ Da es aber nicht nur für die ungarischen, sondern auch für die österreichischen Länder im engeren Sinne „seit einer langen Reihe von Jahren“ gemeinsame Angelegenheiten gegeben hat, wird zu deren Beratung eine Versammlung der Reichsräte in Aussicht genommen. Damit wurde schon im Oktoberdiplom der Keim zu einer dualistischen Reichsverfassung gelegt, denn dem ungarischen Land- oder Reichstage stand die Versammlung der nichtungarischen Reichsräte gegenüber, aus der bald darauf der „engere Reichsrat“ und endlich der „Reichsrat der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“ gemacht wurde. Als Muster für die künftige Gestaltung der Landtage wurden

vier Landesstatute ausgegeben, die ein ausgesprochen feudales Gepräge hatten. Darin lag der Fehler der ganzen Aktion. Der Eindruck der ohne Zweifel höchst bedeutungsvollen, in feierlicher Weise geäußerten kaiserlichen Entschließung wurde abgeschwächt durch kleinliche Beschränkungen, die nicht der Dynastie, nicht dem Staate, sondern nur den einstmals privilegierten Ständen zugute kommen sollten. Ihre Dienste werden die Monarchen zu überschätzen verleitet, weil sie der Hindernisse nicht mehr eingedenk sind, die ihren Vorfahren gerade von dieser Seite bei der Einrichtung moderner Staatswesen in den Weg gelegt wurden. Immer wieder drängen sie sich in den Vordergrund des dem Hofe sichtbaren Lebens und verschleiern den Ausblick in die Wirklichkeit. Es war ein Verhängnis für Kaiser Franz Joseph und für sein Reich, daß die großherzige und staatskluge That des 20. Oktobers 1860 durch feudales Pfuschwerk, das keine Dauer versprechen konnte, entstellt und entwertet wurde.

Man befand sich mit dem Oktoberdiplom auf dem richtigen Wege der Verfassungsentwickelung aus vorhandenen Elementen. Diese Elemente, die Landtage, mußten aber entwickelungsfähig gemacht werden, was leicht zu erreichen war, wenn man die provisorischen Landtage des Jahres 1848 einberief, in denen das liberale, bürgerliche Element ausreichend vertreten war. Durch den feudalen Charakter der vom Oktoberdiplom in Aussicht genommenen Vertretungskörper wurden die deutschen Liberalen sofort in die Opposition gedrängt und leider veranlaßt, das Heil des Volkes in politischen Konstruktionen zu suchen, die auf die Eigentümlichkeiten der Staatsbildung in Oesterreich gar keine Rücksicht nahmen. Auch in Ungarn verdarb man sich den Effekt und den großen moralischen Erfolg der Einberufung des verfassungsmäßigen Landtages durch Voraussetzungen und unorganische Einrichtungen, an deren Lebensfähigkeit doch kein ernster Politiker glauben konnte. Unendliche Mühe, herbe Enttäuschungen wären vermieden worden, wenn der Entschluß des Kaisers, Repräsentativverfassungen in jenen Ländern einzuführen, sofort in ehrlicher Weise von seinen Ministern aufgenommen und in die Wirklichkeit umgesetzt worden wäre. Graf Goluchowski, der Nachfolger Alexander Bachs, kannte, wie alle Polen, die Verhältnisse in den deutschen Erblanden nicht, seine Verfassung war auf galizische Zustände zugeschnitten, wo dem grundbesitzenden Adel kein hochentwickeltes Bürgertum, kein zur Selbstbestimmung reifer Bauernstand gegenübersteht. Es war daher ganz begründet, daß die deutschen Liberalen sie für unanwendbar erklärten, daß sie eine Verfassung ohne freigewählte Vertretungskörper, ohne bürgerliche und konfessionelle Gleichberechtigung, ohne Preßfreiheit und Versammlungsrecht ablehnten. Es fehlte der Krone der Ratgeber mit politischer Einsicht, ein Staatsmann ohne Parteiprogramm, der die Interessen der Gesamtheit, die nationalen Strömungen und die liberalen Forderungen gleichmäßig beachtet hätte.

Die Finanznot verlangte gebieterisch Abhilfe und neue Mittel zur Verwaltung. Ohne Teilnahme der Bevölkerung waren die nicht zu erlangen. Das Oktoberdiplom brachte nur Forderungen, nationale Erregungen, Unbotmäßigkeit gegen die Beamtenschaft, in Ungarn Gewaltthätigkeiten gegen die Regierungsorgane, Pflichtenverweigerungen zu Tage. Das Steuer des Staatsschiffes, das

einem neuen bedenklichen Sturme entgegenzutreiben drohte, mußte in eine festere Hand gelegt werden, als die eines polnischen Kavaliers, dessen Blicke noch nicht aufmerksam genug das politische Firmament Europas gemustert hatten. Die kirchlichen Vertreter des Zentralismus gewannen Oberhand bei Hofe, der Erzbischof von Wien scheint für die Berufung Antons v. Schmerling zum Staatsminister den Ausschlag gegeben zu haben. Kein Zweifel — Charakter und Fähigkeiten, politische Erfahrungen und Thatkraft schienen seinen Beruf zum Reformator eines erschütterten Verwaltungsorganismus mit aller Bestimmtheit anzukündigen; aber leider war die politische Einsicht der Deutschösterreicher überhaupt noch nicht auf der Höhe angelangt, die sie zur Uebernahme der Führung in Oesterreich befähigt hätte. Reiche Begabung, Begeisterung, ehrliches Streben, aufrichtiger Patriotismus war vielfach zu finden, aber sie wurden beeinträchtigt durch Ueberschätzung des Wertes freiheitlicher Gesinnung und der eigenen Kraft, durch Mangel an Selbstkritik und Beurteilungskraft für das Vermögen der anderen Völker. Schmerling war zu sehr Jurist, um Staatsmann sein zu können, zu sehr liberaler Bureaukrat, um die Gewalt nationaler Ideen zu erfassen. Wie so viele Oesterreicher wußte er wenig vom Ausland, auch in Frankfurt war er den Norddeutschen nicht näher getreten, er kannte die Preußen so wenig als die Magyaren. Deshalb scheiterte seine Mission, die größte, die jemals in Oesterreich zu vergeben war, gerade in der Richtung des Verhältnisses zu Deutschland und zu Ungarn.

Am 15. Dezember 1860 zum Staatsminister ernannt, erbot sich Schmerling sofort, eine neue Verfassung für Gesamtösterreich auszuarbeiten, er ging auch mit unverkennbarem Mut und Selbstvertrauen ans Werk und hatte es in wenigen Wochen vollbracht. Die Verfassung vom 26. Februar 1861 enthielt einen wesentlichen Fortschritt in der Feststellung des Wesens der Repräsentativverfassung, indem die Landtage innerhalb der vier Interessengruppen des Großgrundbesitzes, der Landgemeinden, der Städte und Märkte und der Handelskammern durch Wahlen gebildet wurden, die nur durch den Zensus und beim Grundbesitz in den meisten Kronländern außerdem durch die „Landtäflichkeit" beschränkt wurden. In das Abgeordnetenhaus des Reichsrates, neben dem auch ein aus erblichen und lebenslänglichen Mitgliedern bestehendes Herrenhaus als erste Kammer eingesetzt wurde, wählten die Landtage ebenfalls nach dem Gruppenschema. Virilstimmen gab es in allen 17 Landtagen zusammen nur 33, in den Reichsrat wählten die Virilisten (27 Bischöfe und 6 Universitätsrektoren) zusammen mit den Großgrundbesitzern. Staatsrechtlich hing die Schmerlingsche Verfassung in der Luft, sie ignorierte die Rechte der einzelnen Länder und ihrer Vertreter vollkommen und stellte nichts anderes dar, als das individuelle Oktroi einer Beamtenregierung. Der neu ernannte ungarische Hofkanzler Baron Vay hatte ihr seine Unterschrift nicht gegeben, denn er hätte sich damit im Gegensatz zu der ganzen Nation befunden, die einmütig nichts anderes wollte als die Wiedereinführung ihrer alten Verfassung nach den Beschlüssen des Landtages vom Jahre 1848, die Einsetzung eines ungarischen verantwortlichen Ministeriums, die Krönung des Königs nach vorausgegangener Thronentsagung Ferdinands V. und des thronberechtigten Erzherzogs Franz Karl. Franz v. Deák wurde der

gesetzkundige, unerschütterliche, aber trotzdem in der Form seiner Darlegungen stets maßvolle Verfechter der Rechtsbeständigkeit der ungarischen Verfassung, für die es keine Aenderung und keine Erweiterung geben könne als auf dem Wege der Uebereinstimmung zwischen dem gekrönten Könige und den gesetzlichen Vertretern des Volkes, er lehnte die Beschickung des Reichsrates ab, die mit der nationalen Selbständigkeit unvereinbar sei. Kroatien stellte sich auf denselben Standpunkt. Siebenbürgen weigerte sich zwei Jahre hindurch, die Reichsratswahlen vorzunehmen; als es aber der Regierung im Herbst 1863 gelang, eine Anzahl Sachsen, Rumänen und Ungarn als Vertreter Siebenbürgens im Wiener Reichsrat vorzuführen, da trug dies nur zu jener verhängnisvollen Täuschung bei, man habe ein großösterreichisches Parlament vor sich, die zu den weiteren Verirrungen der Schmerlingschen Politik beitrug.

Die Länder der ungarischen Krone haben die Februarverfassung niemals anerkannt, die Tschechen in Böhmen und Mähren beschickten zwar das Abgeordnetenhaus, verlangten aber durch Dr. Ladislaus Rieger dessen Vertagung bis zum Eintritt der Vertreter der ungarischen Länder, während sein Schwiegervater Franz Palacky im Herrenhause erklärte, der Selbsterhaltungstrieb der Nationen müsse auf der politischen Autonomie bestehen, nur eine föderalistische Verfassung könne den Nationen diese Autonomie gewähren. Damit wurde das Staatsrecht der Krone Böhmen zurückgestellt und das nationale Selbstbestimmungsrecht vorgeschoben, weil es mit der fortschrittlichen Stimmung der Zeit besser in Einklang zu bringen war. Thatsächlich hat das sogenannte böhmische Staatsrecht mit der Nationalitätenfrage keine innerliche Verbindung, die Tschechen benützen es nur, um den in feudalen Träumereien sich gefallenden Hochadel für sich zu gewinnen und weil sie darin ein Mittel zur Herrschaft über ihre deutschen Landgenossen erblicken. Das erkannten die deutschen Liberalen schon damals, sie irrten jedoch in der Annahme, der bureaukratische Zentralismus, der ja den Kern der Februarverfassung darstellte, werde stark genug sein, ihnen nicht nur die Herrschaft in den gemischtsprachigen Ländern, sondern auch die führende Stellung im Reiche zu bewahren. Sie waren überzeugt, daß der Liberalismus den Nationalismus besiegen könne; daher verließen sie ihre während des Bestandes des deutschen Bundes noch außerordentlich starke nationale Stellung und gingen mit fliegenden Fahnen in das Lager der oktroyierenden Regierung über. Es wurde nicht das Staatsrecht der einstigen deutschen Reichsländer als das älteste und unwiderrufene erklärt, es wurde nicht auf die von den Habsburgern als Reichsfürsten eingegangenen Verpflichtungen zurückgegriffen, es wurde der Ausdruck des nationalen Willens der Deutschen nicht in den Landtagen und in einer freiwilligen Vereinigung der Landtage gesucht, sondern mit Preisgebung des eigenen Volkstums aussichtslose Staatspolitik getrieben. Justizreformen, Geschwornengerichte, Preßfreiheit, Trennung des Staates von der Kirche, Aufhebung des Konkordates, Judenemanzipation, Befreiung des Unterrichtes von jesuitischer Bevormundung — durchweg höchst notwendige Bestrebungen — beschäftigten die deutsche Majorität des engeren Reichsrates, die den Liberalen unerschütterlich schien, und darüber vergaß sie die Befestigung ihrer nationalen Stellung durch unwiderrufliche Staatsakte, die unter den Bedrängnissen jener

Tage gewiß erreichbar gewesen wären, versäumte sie die Auseinandersetzung mit den slavischen Minoritäten, die noch gegen billige Zugeständnisse zu Ende zu bringen war. In allen nichtdeutschen Gebieten entbrannte schon damals der Sprachenstreit; die deutschliberale Majorität glaubte ihn durch den Hinweis auf die höhere Entwickelung der deutschen Sprache und auf die Notwendigkeit der Hebung der Kultur bei den Slaven beseitigen zu können. Als ob man gegen den Nationalismus, der eine Gefühlssache ist, mit Vernunftgründen aufkommen, als ob man die Befestigung der eigenen Macht ungestraft der Zukunft überlassen könne!

Die ablehnende Haltung des ungarischen Landtages führte am 23. August 1861 zu dessen Auflösung; Schmerling erklärte, daß eine Aenderung der im Oktoberdiplom und Februarpatent niedergelegten Verfassung auf keinem anderen als dem verfassungsmäßigen Wege, „also in und mit dem Reichsrate" stattfinden könne. Ein Wiener Staatsrechtslehrer, Dr. Wenzel Lustkandl, bewies in einem umfangreichen Buche („Das ungarisch-österreichische Staatsrecht"), daß die Ungarn durch die Annahme der Februarverfassung nur eine Verbesserung ihrer verfassungsmäßigen Zustände erreichen würden, er leitete sogar aus dem Rechte der Krone, neue Rechte und Freiheiten zu verleihen, die Pflicht der Ungarn ab, die „verbesserte" Verfassung anzunehmen. Die Ungarn ließen sich davon so wenig überzeugen, wie die Slaven geneigt waren, ihr Glück in der Erlernung der deutschen Sprache und in den Segnungen der deutschen Kultur zu erblicken. Der Liberalismus, der große Besserwisser, drängte die Deutschen in die Rolle des Staatsschulmeisters, die für sie höchst undankbar wurde. Während der glücklichen Tage unter Schmerlings deutschem Beamtenregiment überschätzten sie ihr Vermögen, ließen sich in großartige Reformen ein, durch die mehr die Kraft ihrer Gegner, wie die eigene, entfesselt wurde, und ließen die Zeit ungenützt vorüber gehen, in der durch Anerkennung der Rechte der anderen Nationen viel mehr zu gewinnen gewesen wäre, als durch vermeintliche Opfer an den Staat. Dieser konnte in die durch die Februarverfassung gegebene Form doch nur dann gezwängt werden, wenn die Deutschen in Oesterreich auf lange Zeit ungestört an der inneren Arbeit bleiben und nötigenfalls die Hülfe des deutschen Bundes zur Unterdrückung magyarischer und slavischer Sonderbestrebungen in Anspruch nehmen durften. Schmerling stand aber in der Beurteilung der deutschen Frage auf demselben falschen Standpunkte, wie an der Wende der Jahre 1848 bis 1849, da er Schwarzenberg zur Ablehnung des Gagernschen Programms aufforderte. Er glaubte an die Möglichkeit einer Bundesreform mit Aufrechthaltung der Vorherrschaft Oesterreichs und erwartete davon die Stärkung der Position der Deutschen in Oesterreich. Die Entwickelung der deutschen Angelegenheiten nahm aber den entgegengesetzten Verlauf: die Niederlage der deutschliberalen Regierung in einem aussichtslosen äußeren Kampfe hat auch ihre Niederlage im Innern verursacht.

Als Oesterreich die ersten Schritte seiner Verfassungskindheit versuchte und einen Entwickelungsprozeß begann, dessen Abschluß heute noch nicht abzusehen ist, vollzog sich in Preußen eine Umgestaltung von großer Tragweite, begleitet von einer unvorhergesehenen inneren Erschütterung, in der ihm die stärkste Probe seiner Kraft auferlegt wurde.

Am 2. Januar 1861 war König Friedrich Wilhelm IV. einem erneuten Schlaganfalle erlegen; der Prinzregent bestieg als Wilhelm I. den preußischen Königsthron. Er sprach in seinem Manifest vom 7. Januar die Ueberzeugung aus, daß seine Regierung eine arbeitsvolle sein und daß die Lösung der Aufgaben Preußens mit der Sorge für das Wohl Deutschlands zusammenfallen müsse. „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kraft, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht; nur so vermag es seinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten. Ich halte fest an den Traditionen meines Hauses, wenn ich den vaterländischen Geist meines Volkes zu heben und zu stärken mir vorsetze. Ich will das Recht des Staates nach seiner geschichtlichen Bedeutung befestigen und ausbauen und die Institutionen, welche König Friedrich Wilhelm IV. ins Leben gerufen hat, aufrecht erhalten. Treu dem Eide, mit welchem ich die Regentschaft übernahm, werde ich die Verfassung und die Gesetze des Königreiches schirmen. . . . Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen. Als deutschem Fürsten liegt mir ob, Preußen in derjenigen Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte, seiner entwickelten Heeresorganisation unter den deutschen Staaten zum Heile aller einnehmen muß.“ Selten hat ein Königswort durch die Geschichte eine so inhaltreiche Auslegung erfahren, selten ist es so genau gehalten worden. Aber die preußischen Liberalen wußten es nicht zu schätzen, sie verstanden die Mission Preußens nicht besser als ihre Gesinnungsgenossen in Oesterreich das Wesen und die Bestimmung des Staates der Habsburger. Eben waren sie an der Arbeit, dem Begriffe der Volkssouveränität, dem die Männer des Jahres achtundvierzig das Schicksal der Deutschen, ihre Einheit als Nation opfern zu müssen geglaubt hatten, auch die Interessen Preußens nachzustellen und sein Königtum in dem Augenblicke zu schwächen und vor ganz Europa eidbrüchig zu erklären, da es durch die Verhältnisse genötigt wurde, zur Lösung der deutschen Frage Stellung zu nehmen. Es handelte sich dabei um nichts Geringeres als um das preußische Heer, die stählerne Kelle, mit deren Hilfe der große Kurfürst den preußischen Staat aufzubauen begonnen hatte, das kunstvolle Werkzeug, mit dem Friedrich der Große dessen Daseinsberechtigung gegen den Willen von halb Europa erhärtet hatte.

Seitdem die Mobilisierung zweier preußischer Corps zur Bekämpfung der badischen Revolution 1849 die Armee in Verwirrung gebracht und ihren späteren Aufmarsch in Kurhessen unmöglich gemacht hatte, wußte Prinz, nun König Wilhelm, daß die Organisation seines Heeres sehr mangelhaft geworden sei und unbedingt geändert werden müsse, um sie verhältnismäßig auf den Stand zu bringen, den sie 1815 eingenommen hatte. Der Fehler bestand darin, daß die Zahl der jährlich in die Linie einzureihenden Mannschaft der Bevölkerungszahl nicht entsprach. Statt 65000 Verpflichteten konnten die bestehenden Regimenter nur 38000 Mann aufnehmen. 27000 wurden entlassen. Damit war einesteils der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht verletzt, anderenteils die Un-

gerechtigkeit bewirkt, daß in eine zu bildende Feldarmee das erste Aufgebot der Landwehr, gediente, aber auch vielfach verheiratete Männer, eingezogen werden mußten, während Tausende von jungen Leuten dem Felddienst ganz entgingen. Unter den hohen Offizieren, mit denen der Prinz von Preußen diese Verhältnisse besprochen hatte, war ihm Albrecht v. Roon als ein ebenso sachkundiger als mutiger Vertreter der Reorganisation aufgefallen, nachdem er mit ihm als Chef des Generalstabs in Koblenz und als Lehrer und Begleiter des Prinzen Friedrich Karl wiederholt in näheren persönlichen Verkehr getreten war. Roon, aus einer im 16. Jahrhundert in Deutschland eingewanderten niederländischen Familie stammend, 1803 in Pommern auf einem kleinen Gute seiner Mutter (v. Borcke) geboren, war ein Schüler des Geographen Karl Ritter gewesen, hatte selbst einen vortrefflichen Leitfaden der Geographie geschrieben und sich als Lehrer in der Kriegsakademie durch ungewöhnliche Begabung bemerkbar gemacht. Es gehört zu den besonderen Fürstentugenden Wilhelms von Preußen, daß er Talente erkannte und mit Absicht in seine Nähe zog. Er war selbst eine zu bedeutende Natur, um an Mittelmäßigkeiten Gefallen zu haben.

Am 25. Juli 1858 gab der Prinzregent dem damals in Posen als Brigadegeneral stehenden v. Roon in Babelsberg den Auftrag, seine Gedanken über die Heeresreorganisation zu Papier zu bringen und ihm vorzulegen. Damit ist der Beginn gemeinsamer Arbeit an dem Heere bezeichnet, mit dem den Deutschen die Möglichkeit, ein Reich zu errichten, bewiesen wurde. Vom Prinzregenten als Divisionskommandeur nach Düsseldorf versetzt, nahm Roon doch an allen wichtigen Beratungen in Berlin teil und vertrat mit unerschütterlicher Festigkeit seine Anschauungen gegen den Kriegsminister Bonin, der ihre Anwendung zu verhindern suchte. Die Erfahrungen der Mobilisierungsarbeiten von 1859 machten die Reform zur ersten und dringendsten Staatsangelegenheit. Es wurde immer wahrscheinlicher, daß Preußen zur Wahrung seiner Großmachtstellung und zur Erfüllung seines deutschen Berufes seine militärische Macht werde einsetzen müssen. Diese Macht mußte aber auch dem wirklichen Vermögen Preußens entsprechen. Nichts anderes verlangte Wilhelm, nichts anderes wollte Roon erreichen. Das Verhältnis beider kann nicht besser gekennzeichnet werden, als mit den Worten Roons selbst, die er am 1. Dezember 1859 an seinen Freund Professor Perthes in Bonn schrieb, als in Berlin bereits über seine Ernennung zum Kriegsminister verhandelt wurde. „Er (Bonin) oder die hinter ihm stehenden Bureaukraten haben die irrige Ansicht erregt, die man freilich besser verräterisch zu nennen hat, hier sei ein Childerich zu behofmeistern und zu bevormunden und sein berechtigter Pipin sei der konstitutionelle Kriegsminister. Gottlob, daß dem nicht so ist! wir wären damit der Volkssouveränität und der Republik einen großen Schritt näher gekommen. Sie sehen wohl ein, daß es eben darum auch von der größten Wichtigkeit ist, Bonins Restitution, die von den Hosentrompetern und linkischen Fanatikern gehofft und intrigiert wird, zu hintertreiben, was am sichersten durch eine andere Ernennung geschehen würde. Vollbrachten Thatsachen fügt man sich, wenn auch mit Knirschen. — Meine Bereitwilligkeit — glauben Sie es wenigstens — ist eine tief seufzende, die sich der Schwere einer scheinbar unlöslichen Aufgabe und der Gefahren des nicht

unwahrscheinlichen Schiffbruchs wohl bewußt ist. Ehrgeiz und Habgier wirken dabei, soviel ich weiß, nicht mit; ein Menschenkind meiner Art kann gar nicht anders, als mit Gottes Hülfe auch das Schwerste und Gefährlichste versuchen, wenn es sich, wie hier, um das Wichtigste und das Höchste handelt, was es in eines Mannes Lebensberuf gibt: um die politische Gesundheit seines Vaterlandes. ... Nach meinen Begriffen von politischer Ehre ist es in meinem Falle nur Ehrenpflicht zu sagen: Ja Herr, ich will, aber wolle du nicht etwas, was du vielleicht einst bereust. Sieh, ich bin anders, als du wohl denkst und im Hinblick auf deine anderen Stützen wünschen kannst; überlege es, ob du nicht eine paßlichere Säule findest, die die Harmonie deines Gebäudes weniger stört. Wenn man dies und Aehnliches mit Wärme und Freimut gesagt und das Begehren unverändert bleibt, dann hat meines Erachtens ein treuer Mann seine Schuldigkeit gethan, sonderlich wenn ihm gesagt wird: hätte und wüßte ich einen Besseren, würde ich Sie nicht gewählt haben. Es gilt Großes zu leisten; nur ein Schelm denkt immer nur an sich. Das Reformwerk ist eine Existenzfrage für Preußen, es muß vollbracht werden."

Am 5. Dezember 1859 zum Kriegsminister ernannt, konnte Roon am 10. Februar 1860 die Gesetzvorlage für die Reorganisation dem preußischen Abgeordnetenhause vorlegen. Die einschneidende Aenderung beruht darin, daß die Landwehr nicht mehr zur Feldarmee in erster Linie gerechnet werden, sondern nur als Reservearmee verwendet werden soll. Der Ersatz für die Feldarmee wird durch die Erhöhung des jährlich auszuhebenden Mannschaftskontingentes von 40000 auf 60000 Mann erlangt, die der thatsächlichen Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht entspricht. Man erhielt dadurch eine Feldarmee von 400000 Mann und konnte trotzdem auf die Altersklassen vom 28. bis zum 32. Jahre verzichten, die in die Landwehr und damit in die zweite oder Reservearmee gestellt wurden. Der Vorteil dieser Einrichtung für die arbeitenden Volksklassen durch möglichste Schonung der jungen Familienväter erscheint so auffallend, daß man von einer Volksvertretung nichts anderes als dankbare Zustimmung erwarten durfte. Aber die Errichtung von 36 neuen Infanterie- und 10 neuen Kavallerieregimentern, die unvermeidliche Vermehrung des Offizierscorps und die Mehrforderung von 9 Millionen Thalern für das Heereserfordernis übten auf die Liberalen eine so abschreckende Wirkung aus, daß sie ihre Zustimmung nicht offen und ehrlich geben zu dürfen glaubten. Sie, die bis zur Einsetzung des Ministeriums Hohenzollern-Auerswald in der Volkskammer konkurrenzlos gewesen waren, wurden neuerlich von der demokratischen Presse („Berliner Volkszeitung" mit den damals ungeheuerlich erscheinenden 20000 Abnehmern) scharf beaufsichtigt und zu Zugeständnissen an den Radikalismus gedrängt. Die im Abgeordnetenhause erscheinenden Demokraten Schulze aus Delitzsch, Begründer des Genossenschaftswesens in Deutschland, und Benedikt Waldeck, Vorsitzender des Verfassungsausschusses 1848, übten auf den Führer der Liberalen, den Freiherrn v. Vincke, eine beunruhigende Wirkung aus. Der Kampf um die eigene Popularität wurde, wie so häufig, zum Kampfe gegen das Staatswohl, die konstitutionelle Theorie der Schild, hinter dem eine unverkennbar praktische Einrichtung angefochten wurde. In der Regierung selbst herrschte

keine einheitliche Gesinnung. Die Vermischung konservativer und liberaler Elemente wirkte in dem Falle eines Gegensatzes zur Mehrheit des Abgeordnetenhauses schädlich; Roon fand nur in dem König eine stets verläßliche Stütze, seinen Ministerkollegen war er unbequem, weil er einen, wie sie meinten, unzeitgemäßen Konflikt heraufbeschwor. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den zögernden Schleinitz und den von Frankfurt aus sich verwirrend einmischenden Usedom, der den deutschen Cavour vorstellen wollte, wirkte lähmend, statt belebend auf die Beziehungen zwischen dem Ministerium und den Kammern.

Der Landtag bewilligte zwar 1860 die geforderten 9 Millionen, wollte aber die bereits durchgeführte Vermehrung der Bataillone nur als eine „einstweilige", vorübergehende Maßregel anerkennen. Die Verleihung neuer Fahnen wurde als Herausforderung aufgenommen. Außerdem reizte die Regierung die konstitutionellen Theoretiker dadurch, daß sie von der Durchberatung des neuen Wehrgesetzes ganz absah, die Verteilung der ausgehobenen Mannschaften auf die verschiedenen Formationen dem eigenen Wirkungskreise vorbehielt und dem Landtag nichts weiter als die Aufgabe, das nötige Geld zu bewilligen, zuwies. Dieser ließ sich auch 1861 nur für ein Jahr dazu herbei und stellte in Aussicht, daß er sich auf eine dauernde Erhöhung des Militärbudgets nur gegen Einführung der zweijährigen Dienstpflicht einlassen werde. In den Neuwahlen von 1862 siegten die Liberalen auf der ganzen Linie der Wahlschlacht, in der sich die steuerzahlende Bevölkerung nicht ohne einen gewissen Enthusiasmus auf die Seite ihrer Vertreter stellte. Dies hatte die traurige Wirkung, daß die Mehrheit der Kammer sich zu verstärkter Opposition gegen die Regierung veranlaßt sah und die ihr angebotenen Zugeständnisse, die dem Könige nur mit Mühe vom Ministerium abgerungen worden waren, für nicht hinreichend ansah, um dafür das erwartete Opfer in der Militärfrage leisten zu können. Man hatte sich herbeigelassen, die Armeereorganisation doch gesetzlich zu regeln, hatte dazu ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz und eine neue Kreisordnung eingebracht. Außerdem hatte Graf Albrecht Bernstorff, der an die Stelle von Schleinitz im auswärtigen Amte getreten war, einen Anlauf zu entschiedenerem Auftreten in der Bundesreformfrage genommen, die neuerlich zum Gegenstande vielfacher Verhandlungen gemacht wurde.

Die von Preußen nach dem Kriege von 1859 gegebene Anregung zur Beratung von Verbesserungen der Kriegsverfassung hatte die Mittelstaaten bewogen, in Würzburg Konferenzen aller Staaten, deren Kontingente die Bundesarmeecorps 7—10 bildeten, abzuhalten, und dort war nicht nur ein die militärischen Angelegenheiten betreffendes, sondern ein Programm für alle anderen wünschenswerten Verwaltungseinrichtungen aufgestellt worden. Als dies im Dezember d. J. vor die Bundesversammlung gebracht wurde, verhielt sich Preußen sehr kühl dazu, drang aber neuerlich auf Erledigung der dringenden Frage des Oberbefehls im Falle eines Bundeskrieges, wobei es verlangte, daß die norddeutschen Bundestruppen unter Preußens, die süddeutschen unter Oesterreichs Oberbefehl gestellt werden. Damit war die Teilung des Einflusses und der Machtsphäre der beiden Großmächte durch die Mainlinie angedeutet, ein Aus-

kunftsmittel, das manche Vorteile bot und ohne Zweifel durch die bloße Zustimmung Oesterreichs hätte erreicht werden können. In Wien hielt man jedoch noch immer an dem verhängnisvollen Wahne fest, daß die Gleichstellung der Häuser Hohenzollern und Habsburg das Ansehen des letzteren schädige, und nahm das Anerbieten Preußens nicht an, obwohl damit für voraussichtlich längere Zeit jeder äußere Konflikt für Oesterreich vermieden und ihm Gelegenheit und Kraft zur Befestigung seines inneren staatlichen Gefüges gegeben gewesen wäre. Auch der Besitz Venedigs, den es bedingungslos von Preußen garantiert haben wollte, hätte ihm, wenn Frankreich im Banne gehalten wurde, niemand streitig machen können. Die Würzburger gaben sich den Anschein, als wenn sie sich der preußischen Anschauung nähern wollten, indem sie zustimmten, daß die Bestellung des Oberbefehls über das Bundesheer den Großmächten zustehen solle, wenn diese in ihren Leistungen über ihre verfassungsmäßige Verpflichtung hinausgehen. Das hieß den Kampf zwischen Oesterreich und Preußen in dem Augenblicke auf die Spitze treiben, wo ihre Einigkeit allein die Interessen und die Ehre Deutschlands wahren konnte. Preußen stellte darauf den Vermittlungsantrag: Im Falle eines Bundeskriegs, an dem die beiden deutschen Großmächte oder eine derselben mit ihrer Gesamtarmee teilnehmen, die den Oberfeldherrn betreffenden Artikel der Bundeskriegsverfassung zu suspendieren und der Vereinbarung der beiden Großmächte, unter Vorbehalt der Zustimmung der Bundesversammlung, die Anordnung der Oberleitung anheimzustellen. Auch dies gefiel den Würzburgern nicht, nur Baden trat in einer nahezu gleichlautenden Motion dafür ein.

Inzwischen hatte der sächsische Minister v. Beust den Gedanken gefaßt, selbst mit einem Bundesreformprojekte aufzutreten. Es schien ihm die Zeit gekommen, sich, gestützt auf die öffentliche Meinung, um das Vaterland verdient zu machen, und er glaubte die Form gefunden zu haben, in der sich ein Nebeneinanderwirken der Großmächte im Bunde gestalten und zugleich die Macht der Mittel- und Kleinstaaten nicht nur erhalten, sondern sogar erhöhen ließe. In der andauernden nationalen Bewegung, die unter allen deutschen Stämmen herrschte, fand er ein wirkungsvolles Pressionsmittel für seine Aktion. Seit den großartigen Schillerfesten, die in allen Teilen des großen Vaterlandes am 10. November 1859 zur Erinnerung an den Lieblingsdichter begangen worden waren, war das deutsche Nationalgefühl mächtig gehoben und es verlangte stürmisch nach Ausdruck. Zweimal im Laufe des Jahres 1860 bot der kleine Staat des Herzogs Ernst den Patrioten die freie Rednertribüne dazu. Am 18. Juni fand in Koburg das erste allgemeine deutsche Turnfest statt, an dem sich bereits 113 Vereine beteiligten. Die Schleswig-Holsteiner hinterließen ihre in Trauerflor gehüllte Fahne den Turnern von Koburg, man sprach von den Siegen, nach denen die Fahne unverhüllt zurückgebracht werden sollte; im Juli versammelten sich in derselben Stadt 2000 deutsche Sänger zu gemeinsamen Aufführungen, bei denen die Nationallieder die heiligste Begeisterung bei Nord- und Süddeutschen, wie bei den Oesterreichern erweckten und wo der von den herzlich begrüßten Brüdern aus den Alpen unter des Komponisten Jakob Schmölzer (aus dem steirischen Mürzthale) eigener Leitung vorgetragene Preis-

chor „Deutschland, Deutschland über alles!“ mit der „Hymne“ des Herzogs Ernst um die Palme des Sieges rang. Im September zog der Nationalverein die politische Folgerung aus den bei den Festen gegebenen Erklärungen. „Das deutsche Volk,“ verkündete er, „wird seinen Anspruch auf bundesstaatliche Einheit, welcher durch das Gesamtorgan des Bundes und alle einzelnen deutschen Regierungen anerkannt ist und in der Reichsverfassung von 1849 seinen rechtlichen Ausdruck gefunden hat, nimmermehr aufgeben. Hiernach erkennt es der Nationalverein für seinen Beruf, auf die Schaffung einer einheitlichen Zentralgewalt und eines deutschen Parlaments mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken. Zu den Befugnissen der Zentralgewalt gehört vor allem die militärische Obergewalt und die ausschließliche Vertretung gegenüber dem Ausland. Der Nationalverein erwartet, daß jeder deutsche Volksstamm willig die Opfer bringen werde, die zur Erreichung der Größe und Einheit Deutschlands nötig sind. Das preußische Volk vor allem muß darthun, daß es trotz seiner glänzenden Geschichte und trotz der Großmachtstellung des preußischen Staates sich als Teil des deutschen Volkes fühle und daß es gleich jedem anderen Staat Deutschlands der Zentralgewalt und Volksvertretung sich unterordne. Wenn die preußische Regierung die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung thatkräftig wahrnimmt und die unerläßlichen Schritte zu Herstellung der deutschen Macht und Einheit thut, wird gewiß das deutsche Volk vertrauensvoll die Zentralgewalt dem Oberhaupte des größten rein deutschen Staates übertragen sehen. Der deutsche Nationalverein gibt keinen Teil des deutschen Bundesgebiets auf. Er erkennt die deutschen Provinzen Oesterreichs als natürliche Bestandteile des Vaterlands und wird mit Freuden den Augenblick begrüßen, welcher den Anschluß dieser Provinzen an das geeinte Deutschland möglich macht. Die Gemeinsamkeit des Bluts, der Geschichte, der Interessen weist uns auf die innigste Verbindung mit ihnen hin, auf eine durch Uebereinstimmung der politischen Institutionen und durch den ungehemmten geistigen und wirtschaftlichen Verkehr inniger als bisher geknüpfte Verbindung. Der Verein wird aber auch, falls die Macht der Verhältnisse und unbesiegbaren Hindernisse die deutschen Teile Oesterreichs vom gleichzeitigen Anschluß an den deutschen Bundesstaat abhalten, sich hierdurch nicht hindern lassen, die Einigung des übrigen Deutschlands anzustreben.“

So entschiedene und klare Aeußerungen einer in allen außeröfterreichischen Bundesländern verbreiteten Partei, die im Volke Ansehen und Vertrauen genoß, konnten von den Regierungen nicht unbeachtet bleiben, sie konnten auch bei den Großmächten die Ueberzeugung fördern, daß man nicht noch einmal warten dürfe, bis die Nation zur Selbsthülfe greife. Darauf baute Beust und entwarf Grundzüge einer neuen Bundesverfassung, die scheinbar der öffentlichen Meinung gerecht wurde, ohne die preußische Hegemonie ins Spiel zu bringen. In der Denkschrift zur Einführung seines Projekts[1]), das die königlich sächsische Regierung aufnahm, konstatierte er, „daß der Deutsche Bund im Herzen des deutschen Volkes nie tiefere Wurzeln geschlagen hat und daß

[1]) Sie ist wörtlich in die Erinnerungen und Aufzeichnungen Beusts (I S. 279—302) aufgenommen.

ein festeres Band als das der Gewohnheit beide nicht verbindet, ja daß das hiermit zusammenhängende Gefühl der Gleichgültigkeit einem noch schlimmeren Platz gemacht hat." Das beruhe auf dem Widerwillen, welchen das langjährige Polizeiregiment des Bundes hervorgerufen habe, und auf dem Nationalbewußtsein, das, unbefriedigt durch den Bund, eine einheitliche Aktion für Deutschland als europäische Macht verlangt. Der Entwurf wollte zur Wahrnehmung der Angelegenheiten des Bundes folgende Organe bestellen: a) die Bundesversammlung. Ihr sind untergeben: die Bundesmilitärverwaltung und die Bundeskanzlei; b) die Abgeordnetenversammlung und c) das Bundesgericht. Für die Bundesversammlung behielt er die 17 Stimmen bei; 9 Mittelstaaten — darunter Dänemark wegen Holsteins, Niederlande wegen Luxemburgs — wurden dadurch den beiden Großmächten völlig gleichgestellt. Die Tagung der Bundesversammlung blieb jedoch nicht permanent, sie sollte nur zweimal im Jahre, im Mai und November, auf die Zeit von längstens vier Wochen einmal im Süden (Regensburg), einmal im Norden Deutschlands (Hamburg) stattfinden. Im ersteren Falle führt Oesterreich, im zweiten Preußen den Vorsitz. Vor dem jedesmaligen Schlusse des im Norden abgehaltenen bis zum Schlusse des im Süden abzuhaltenden Bundestages ist Oesterreich, während der anderen Periode Preußen Präsidialhof. Die Präsidialregierung hat während ihrer Funktionszeit alle einlaufenden, zur Verhandlung am Bundestage bestimmten Anträge der Regierungen zu übermitteln; dagegen gelangen Beschwerden, Reklamationen und Gesuche an die Bundeskanzlei, die aus Beamten der Bundesstaaten in Frankfurt a. M. zusammengesetzt wird. Die Bundesmilitärverwaltung wird der bisherigen Militärkommission übertragen; sie hat zweimal im Jahr einen allgemeinen Geschäftsbericht an die jeweilige Präsidialregierung zu erstatten. Die Abgeordnetenversammlung dachte sich Beust von 128 Mitgliedern der Landesvertretungen zusammengesetzt, darunter 30 Oesterreichern, 30 Preußen, 10 Baiern, je 6 Sachsen, Württembergern, Hannoveranern und entsprechend je 2 oder 1 Vertretern aus den übrigen Staaten; sie sollte übrigens nicht regelmäßig zusammentreten, sondern nur auf Grund eines Beschlusses der Bundesversammlung berufen werden. Gesetzentwürfe müssen ihr vorgelegt werden. Neben der Präsidialregierung sollte, wenn die Bundesversammlung nicht tagte, auch eine Bundesexekutivgewalt in Wirksamkeit treten. Es war das alte, oft besprochene Direktorium von 3 Mitgliedern, dem Kaiser von Oesterreich, dem König von Preußen und einem dritten Bundesfürsten, der entweder aus einer Wahl oder aus einem Turnus hervorging.

Es ließe sich eine Fülle von Mutmaßungen daran knüpfen, wie sich die Entwickelung der deutschen Dinge gestaltet hätte, wenn Oesterreich dem Beustschen Projekte Sympathie entgegengebracht hätte; auch die Frage wäre zu erörtern, ob die preußische Note vom 20. Dezember 1861 so entschieden ablehnend ausgefallen wäre, wenn Oesterreich sich nicht bereits gegen das Doppelpräsidium ausgesprochen hätte. Beust versichert, Kaiser Franz Joseph habe sich persönlich günstig für seinen Vorschlag ausgesprochen, Rechberg sei zurückhaltender gewesen, habe sich aber nicht abfällig geäußert. Die Stellungnahme Oesterreichs entschied der Ministerialrat Baron Max Ludwig v. Biegeleben. Dieser war zwar 1849 als Rat im auswärtigen Amte der Zentralgewalt im Auftrage Erz-

herzog Johanns für eine Vereinbarung Oesterreichs mit dem Dreikönigsbündnis thätig gewesen[1]), hatte aber mittlerweile andere Ansichten gewonnen und wies die Zumutung des Alternats im Präsidium „mit einem Aufschrei der Entrüstung" zurück. Er war ohne Zweifel in die großdeutschen Pläne eingeweiht, die damals von Rechberg und Schmerling mit Julius Fröbel, der den beiden als staatsmännische Kapazität galt, verhandelt wurden. Die österreichische Antwort lehnt die Berücksichtigung des volkstümlichen Elementes am Bundestage nicht prinzipiell ab, hält auch den Verzicht auf das Ehrenrecht des Bundespräsidiums nicht geradezu für unmöglich, es müsse ihm aber die „politische Konsolidation des Bundes" vorausgehen, d. h. „die feste, allseitige Verbürgung der gesamten deutschen wie außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preußens". Das nationale Interesse vertrat der badische Minister Franz Freiherr v. Roggenbach, ein Mitarbeiter Gagerns im Reichsministerium, in einer Kammerrede am 13. Dezember, worin er versprach, Vorschlägen einer Lösung der deutschen Frage entgegenzutreten, „deren Inhalt dahin geht, dem deutschen Volke statt eines Stückes Brot für seinen Hunger einen Stein zu bieten" und folgende Bedingungen für eine Bundesreform aufstellte: „1. Es muß das Opfer, das wir bringen, der Allgemeinheit gebracht sein; nicht dem Einzelinteresse eines besonderen Staates, sondern der Verwirklichung einer nationalen Politik und der Begründung einer dauernden Stätte für Pflege des deutschen Gedankens. 2. Die Gewalt, der wir uns unterwerfen, muß im Namen aller Verbündeten geübt werden, und alle Staaten und alle Kammern müssen sich der Kompetenz derselben in den Zweigen unterwerfen, welche der Verfügung der Zentralregierung zugewiesen werden. 3. Die Zentralregierung muß sich der Kontrolle einer, die deutschen Regierungen, wie die Bevölkerungen gleichmäßig umfassenden Vertretung, ausgeübt in verfassungsmäßig geordneter Weise, unterwerfen."

Wenn sich ein deutscher Mittelstaat so vernehmen ließ, brauchte Preußen mit einer neuerlichen offenen Darlegung seines Standpunktes nicht zurückzuhalten. An der Festigung desselben hatte bereits der Mann nicht unwesentlich mitgearbeitet, der bald zu dessen Vertretung in erster Linie berufen sein sollte: Bismarck. Er war von Roon zu Hülfe gerufen worden, als sich im Juni 1861 die große Majorität des Ministerrates gegen die vom Könige beabsichtigte Erbhuldigung der preußischen Stände ausgesprochen hatte, die ohne Rücksicht auf die geänderten Verfassungsformen nach altem Ritus durchgeführt werden sollte. Der schwer bedrängte Kriegsminister, der in diesem Falle mit seiner Sympathie ausschließlich auf Seite des Königs stand, schrieb am 27. Juni an Bismarck nach Petersburg: ... „Gestern hat mir der König erlaubt, mich für ihn nach anderen Ministern umzusehen. Er ist der trostlosen Ansicht, er fände, außer bei Stahl und Comp., keine anderen Männer, die die Huldigung mit Eidesleistung für zulässig erachten. Ich frage nun, ob Sie die althergebrachte Erbhuldigung für ein Attentat gegen die Verfassung halten? Antworten Sie darauf mit Ja, so habe ich mich getäuscht, wenn ich annahm, daß Sie meiner

---

[1]) Im Gräflich Meranschen Archiv finden sich darauf bezügliche Denkschriften und Vorschläge Biegelebens.

Ansicht sind. Treten Sie dieser aber bei und meinen Sie, daß es ein doktrinärer Schwindel, eine Folge politischer Engagements und politischer Parteistellung sei, wenn die lieben Gespielen sich nicht in der Lage zu befinden glauben, so werden Sie auch nicht Anstand nehmen, in den Rat des Königs einzutreten und die Huldigungsfrage in korrekter Weise zu lösen. ... Es ist eine trostlose Lage! Der König leidet entsetzlich. Die Nächsten aus seiner Familie sind gegen ihn und raten zu einem faulen Frieden."

Bismarck antwortete: „... In dem Huldigungsstreit verstehe ich nicht recht, wie er so wichtig hat werden können für beide Teile. Es ist mir rechtlich gar nicht zweifelhaft, daß der König in keinen Widerstreit mit der Verfassung tritt, wenn er die Huldigung in herkömmlicher Form annimmt. Er hat das Recht, sich von jedem einzelnen seiner Untertanen und von jeder Korporation im Lande huldigen zu lassen, wann und wo es ihm gefällt, und wenn man meinem Könige ein Recht bestreitet, welches er ausüben will und kann, so fühle ich mich verpflichtet es zu verfechten, wenn ich auch an sich nicht von der praktischen Wichtigkeit seiner Ausübung durchdrungen bin." In Bezug auf die Lage äußert Bismarck, daß er, auch wenn ihm das Ministerium des Innern übertragen würde, „das Bedürfnis einer anderen Färbung der auswärtigen Politik fühlen würde". Die Regierung scheint ihm über Zwirnfäden zu stolpern. „Seit vierzehn Jahren haben wir der Nation Geschmack an Politik beigebracht, ihr aber den Appetit nicht befriedigt, und sie sucht die Nahrung in den Gossen. Wir sind fast so eitel wie die Franzosen; können wir uns einreden, daß wir auswärts Ansehen haben, so lassen wir uns im Hause viel gefallen; haben wir das Gefühl, daß jeder kleine Würzburger uns hänselt und geringschätzt und daß wir es dulden aus Angst, weil wir hoffen, daß die Reichsarmee uns vor Frankreich schützen wird, so sehen wir innere Schäden an allen Ecken, und jeder Preßbengel, der den Mund gegen die Regierung aufreißt, hat recht. Von den Fürstenhäusern von Neapel bis Hannover wird uns keins unsere Liebe danken, und wir üben an ihnen recht evangelische Feindesliebe, auf Kosten der Sicherheit des eigenen Throns. Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Vendée, aber gegen alle anderen fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben. In dieser Denkungsweise fürchte ich von der unseres allergnädigsten Herrn so weit entfernt zu sein, daß er mich schwerlich zum Rate seiner Krone geeignet finden wird. Deshalb wird er mich, wenn überhaupt, lieber im Innern verwenden. Das bleibt sich aber meines Erachtens ganz gleich, denn ich verspreche mir von der Gesamtregierung keine gedeihlichen Resultate, wenn unsere auswärtige Haltung nicht kräftiger und unabhängiger von dynastischen Sympathien wird, an denen wir aus Mangel an Selbstvertrauen eine Anlehnung suchen, die sie nicht gewähren können, und die wir nicht brauchen."

Ausführlicher, aber mit mehr Zurückhaltung seiner persönlichen Stimmungen, entwickelte Bismarck dem König seine Ansichten in einer Denkschrift[1]), zu deren Abfassung er im Juli 1861 in Baden-Baden aufgefordert wurde, als er sich dort auf Veranlassung von Schleinitz dem König vorstellte. Sie kritisiert die

[1]) Bismarck-Jahrbuch, 3. Bd., S. 191 u. ff.

Bundesverfassung und weist nach, daß es mit ihr unmöglich sei, den bestehenden Uebelständen abzuhelfen. Sie kann auch nicht dadurch verbessert werden, daß man die Kompetenz der Majoritätsbeschlüsse erweitert. „Preußen kann nicht in Deutschland die Rolle einer beherrschten Minorität übernehmen, wenn der Bundesbehörde wesentliche Attributionen der Militär- und Finanzgesetzgebung für Deutschland beigelegt würden. Dem Bundesstaate, welcher an Macht alle übrigen zusammengenommen aufwiegt, gebührt ein vorwiegender Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten, und seine Bevölkerung würde darauf nicht verzichten wollen." Durch Verschiebung der Stimmen im Bundesrate wird dem Anspruche Preußens so wenig als der Allgemeinheit genügt werden können, weil sie keine „am Tage der Gefahr haltbare Einigung" ergibt. „Um einem solchen Ziele näher zu treten, ist vielleicht eine nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundeszentralbehörde das einzige Bindemittel, welches den divergierenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag." Die Beteiligung Oesterreichs an derartigen Einrichtungen würde aber auch dann kaum ausführbar werden, „wenn zwischen den deutschen und den nichtdeutschen Provinzen des Kaiserstaates das Verhältnis einer bloßen Personalunion herzustellen wäre". Zur Begründung einer Volksvertretung der deutschen Staaten mit Ausschluß der österreichischen Länder könne vielleicht ein „Zollparlament" dienen, das auch auf anderen Gebieten Vereinbarungen anzubahnen geneigt wäre. „Als letztes, vielleicht spät erreichbares Ziel würden dabei gemeinschaftliche Heereseinrichtungen vorschweben, denen die gemeinschaftlichen Einnahmen aus den Zöllen und den verwandten Abgaben als Budget und eine gemeinsame Gesetzgebung für Handel und Verkehr als Ergänzung dienten, alles auf vertragsmäßiger und kündbarer Basis, unter Mitwirkung einer aus den Landtagen kombinierten Volksvertretung."

Als ersten Schritt zur Verwirklichung derartiger Bestrebungen empfiehlt Bismarck eine offene und amtliche Erklärung, daß die bestehende Bundesverfassung sich nicht bewährt hat und eingreifender Umgestaltung bedürfe. Es müsse dabei erwähnt werden, daß die Mitwirkung einer nationalen Vertretung in Aussicht genommen und daß „die freie Einwilligung unserer Mitverbündeten in unsere Anträge durch Verhandlung erstrebt wird". „Die Fassung der Erklärung müßte auf die doppelte Wirkung berechnet sein, einmal, daß die deutschen Fürsten über die Tragweite unserer Pläne beruhigt werden und erkennen, daß wir nicht auf Mediatisierung, sondern auf freie Verständigung zum Nutzen aller ausgehen, und zweitens, daß im Volke der entmutigenden Besorgnis entgegengetreten wird, als fände Preußen den Gang der deutschen Entwickelung mit dem heutigen Bundestage abgeschlossen und strebe nicht ernstlich nach fortschreitender Reform desselben. Eine fertige Vorlage von Reformplänen, ein ausgearbeiteter Entwurf einer neuen Bundesverfassung erscheint erst dann Bedürfnis, wenn das Maß des Erreichbaren sich aus den Verhandlungen mit den anderen Bundesregierungen erkennen läßt[1])." Dem Umstande, daß König Wilhelm in den

[1]) In den „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck diese Denkschrift nicht berührt, auch seiner weiteren Beziehungen zum Könige im Laufe 1861 nicht Erwähnung gethan. Eine Erklärung dieser auffallenden Lücke wurde meines Wissens noch nicht gegeben.

Tagen, in denen er sich mit diesen Fragen und mit Bismarcks Reformprogramm beschäftigte, dem Attentat des fanatischen Studenten Oskar Becker ausgesetzt war, der ihn als ein Hindernis des freiheitlichen und nationalen Fortschrittes in Deutschland töten wollte, wird keine Bedeutung in Bezug auf die Wirkung der Bismarckschen Ausführungen zuzuschreiben sein, jedenfalls aber dem Verkehr mit Roggenbach bei einem Aufenthalte in Ostende. Ende September in Koblenz, vor dem Gegenbesuche des Königs bei Napoleon in Compiegne, erhielt Bismarck den Auftrag, seine Denkschrift weiter auszuführen; in Königsberg, wo Wilhelm sich am 18. Oktober unter großen Feierlichkeiten die Krone aufs Haupt setzte, ist er der Aufforderung nachgekommen, unmittelbar darauf aber wieder auf seinen Gesandtenposten in Petersburg zurückgekehrt. Sein Verkehr mit dem König hat wohl auf die Beantwortung des Beustschen Reformvorschlages eingewirkt, die Preußen am 20. Dezember d. J. nach Dresden richtete. Darin wird nachdrücklich auf die Unmöglichkeit hingewiesen, alle Mitglieder des Bundes für bundesstaatliche Einrichtungen verpflichten zu wollen. Eine „engere Vereinigung" werde aber auf dem Wege der freien Vereinbarung zu erzielen sein. „Die Bildung eines Bundesstaates im Staatenbund" sei mit dem Fortbestehen des letzteren sehr gut vereinbar und dieser könne mehr bedeuten als einen bloßen Allianzvertrag, wie Beust befürchte. Auf dieser Grundlage werde auch die Frage des Oberbefehls leicht zu lösen sein, denn der engere Verband im Bunde werde der ständigen militärischen Leitung nicht entbehren können.

Die Wiederbelebung des Unionprogramms durch die preußische Regierung erregte einen hohen Grad von Unwillen und — Angst im Bundestage. Eine „identische Note" von Oesterreich, Baiern, Württemberg, Hannover, Hessen-Darmstadt und Nassau vom 2. Februar erkannte darin eine Bedrohung der Ruhe Deutschlands und leugnete überhaupt die Möglichkeit der Anwendung bundesstaatlicher Einrichtungen auf Deutschland. Es wurde dabei der wunderliche staatsrechtliche Grundsatz aufgestellt: „Ein Staat, der sich einer bundesstaatlichen Zentralgewalt oder auch nur der diplomatischen und militärischen Führung eines anderen Staates unterordnet, ein solcher Staat kann vielleicht noch Verträge über administrative Angelegenheiten, aber er kann nicht mehr ein Bündnis selbständig schließen. Ja, der Vertrag selbst, der diese Unterordnung begründete, ließe sich sicherlich nicht als ein eigentliches Bündnis bezeichnen. Ein solcher Vertrag wäre ein Subjektionsvertrag." Derartige Verträge könne man nicht unter Artikel XI der deutschen Bundesakte begreifen, der den Bundesstaaten das Recht, Bündnisse zu schließen, einräumt. Die preußische Regierung beschwerte sich an demselben Tage, an dem die „identische Note" expediert wurde, bei der österreichischen über die „seltsamen Dimensionen", die Graf Rechberg in der Beurteilung des Beustschen Reformprojektes dem österreichischen Präsidialrecht am Bunde zu geben versucht habe; in der Erwiderung auf die „identischen Noten" lehnte sie eine Erörterung der darin ausgesprochenen Ansichten ab, betonte jedoch, die Beunruhigung Deutschlands sei nicht durch preußische Reformbestrebungen, sondern durch die Wiederherstellung der alten Bundesverfassung begründet worden.

Es konnte wohl niemand, der diesen Depeschenwechsel und die Vorgänge am Bundestage mit Aufmerksamkeit verfolgte, darüber im Zweifel sein, daß die Entscheidung über die schwebenden Fragen nicht mehr lange hinauszuschieben sei und daß die Art dieser Entscheidung den führenden deutschen Staaten ungewöhnliche Kraftproben auferlegen werde. Schon nahmen auch die Zustände in Kurhessen und Schleswig-Holstein, die vor zwölf Jahren den Gegensatz der preußischen und österreichischen Interessen bloßgelegt hatten, wieder einen krisenhaften Charakter an; es fehlte daher auch an dem glimmenden Funken nicht, der den Brand in den morschen Latten der verfallenden Bundeshütte zum Ausbruch bringen konnte.

Die Verfassung, die der Kurfürst Friedrich Wilhelm am 13. April 1852 an die Stelle der von 1831 gesetzt hatte, war in Hessen-Kassel noch nicht vollkommen rechtsgültig geworden, weil der nach ihren Bestimmungen einberufene Landtag sofort Abänderungen verlangt, der Kurfürst selbst aber sein eigenes Werk nicht in allen Punkten anerkannt hatte. Darüber war am 16. Oktober 1855 das Ministerium Hassenpflug gestürzt, aber auch die ihm folgenden brachten die Einigung über die strittigen Punkte, in denen es sich um die Beschränkung der landesherrlichen Rechte und um die Stetigkeit der konstitutionellen Regierungsform handelte, nicht zu stande. Man wendete sich endlich 1858 zur Entscheidung an den Bund. Preußen vertrat hier den konstitutionellen Standpunkt, auf dem man sich unbedingt für die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 aussprechen mußte. Die Mehrheit des Bundestages forderte jedoch den Kurfürsten auf, noch einmal eine Verfassung zu octroyieren. Er that es am 30. Mai 1860 durch eine Urkunde, die ganz und gar ungeeignet war, den inneren Frieden in seinem Lande herzustellen. Die Wahlen wurden unter Protest vollzogen, die Angelobung unter Protest geleistet und am 8. Dezember die neue Verfassung als unrechtmäßig, die zweite Kammer als inkompetent erklärt. Darauf erfolgte ihre Auflösung. Der Vorgang wiederholte sich nach den Neuwahlen im Juli 1861. Auch der Bürgerausschuß von Kassel nahm die Wahl nur unter Vorbehalt der Verfassung von 1831 an. In der Bundesversammlung beantragte Baden am 4. Juli, es solle der kurfürstlichen Regierung aufgetragen werden, die Verfassung von 1831 samt der Wahlordnung von 1849 in Kraft zu setzen und dem Landtage nur Aenderungen jener Bestimmungen vorzulegen, die mit den Bundesgesetzen in Widerspruch stehen. Erst im März 1862, nachdem im Jänner der Landtag zum drittenmal auf seinem bisherigen Standpunkt beharrt und wieder nach Hause geschickt worden war, kam die Angelegenheit am Bunde zur Verhandlung. Die mittlerweile konstitutionell gewordene österreichische Regierung konnte unmöglich noch weiter die Willkürherrschaft des Kurfürsten rechtfertigen, sie gab daher ihre Zustimmung zu einem gemeinsamen Antrage mit Preußen, der im wesentlichen dem Inhalte des Badenschen folgte. Aber Friedrich Wilhelm änderte seine Politik, da noch kein Bundesbeschluß vorlag, nicht, sondern verfügte vielmehr, daß das Wahlrecht in seinem Lande nur von jenen Personen ausgeübt werden dürfe, die vorher ihre Zustimmung zur Verfassung von 1860 zu Protokoll geben. Preußen verlangte sofort die Rücknahme dieser Verordnung und gleichzeitig die Beschlußfassung am Bundestage. Als diese in der außerordentlichen Sitzung

vom 10. Mai nicht stattfand, und Oesterreich einen gemeinsamen Schritt noch hinausgeschoben haben wollte, sandte Preußen selbständig den General v. Willisen nach Kassel, um seine Forderung unmittelbar an den Kurfürsten zu bringen. Dieser verfuhr mit dem General so unverschämt, bediente sich in einer Unterredung mit ihm so unliebenswürdiger Worte gegen den König, daß Preußen sein Staatsoberhaupt, in dessen Namen Willisen erschienen war, für beleidigt erachtete und sofort zwei Armeecorps mobilisierte, um sich Genugthuung zu verschaffen. Jetzt wurde auch der Bundestag für seine Hoheit besorgt, er nahm den preußisch-österreichischen Antrag mit allen gegen die Stimme Mecklenburgs an und Oesterreich wendete in Kassel seinen ganzen Einfluß auf, um den Kurfürsten zum Nachgeben zu bewegen. Am 26. Mai entschloß sich Friedrich Wilhelm, dem drohenden Einmarsch der Preußen durch Einsetzung eines neuen Ministeriums Dehn-Rothfelser zuvorzukommen, dem er den Auftrag erteilte, die Verfassung von 1831 wiederherzustellen. Damit hatte er seiner geldgierigen Willkürherrschaft noch nicht entsagt, sondern er war entschlossen, wie bisher den Landtag, so auch das konstitutionelle Ministerium an seiner Thätigkeit zu hindern.

Dänemark sah sich trotz der vielen Niederlagen, die es zu Wasser und zu Lande in den Sturmjahren hatte ertragen müssen, als Sieger über zwei aufständische Provinzen an und verwaltete dieselben ohne Rücksicht auf die alten Verfassungsrechte Schleswig-Holsteins, aber auch ohne die Verpflichtungen, die ihm der Bund auferlegt hatte, ernst zu nehmen. Es wurde ein Gewaltregiment eingeführt, durch das man den Unabhängigkeitssinn und das Nationalgefühl der beiden Bruderstämme, vor allem aber deren Solidarität brechen zu können meinte. Ganz besonders gilt dies von Schleswig, wo nahezu ausschließlich dänische Beamte, Lehrer, Geistliche und Aerzte angestellt wurden, obwohl 270000 Einwohner ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet bildeten und selbst in dem sogenannten dänischen Teile des Herzogtums in den Städten seit der Reformation deutsch gesprochen, deutscher Gottesdienst und deutscher Schulunterricht abgehalten wurde. Die „schwarzen Gendarmen", wie man die dänischen Geistlichen nannte, machten sich womöglich noch verhaßter, indem sie selbst deutsche Hausandachten verboten, wie die „blauen", denen durch die härtesten Polizeivorschriften die Gelegenheit zu Rechtsunterdrückungen und Grausamkeiten aller Art gegeben wurde. Von dem Geiste der Regierung in Schleswig gibt der Ausspruch des Ministers Wolfhagen die beste Vorstellung, — man könne auch durch Mienen und Gebärden, ohne daß man etwas thut, die Unzufriedenheit stärken und der Regierung entgegenarbeiten, und die Regierung könne und werde das nicht dulden. Der Sprachenzwang erstreckte sich auch auf die Ortsnamen, die sämtlich ins Dänische übersetzt wurden. Holstein konnte des Charakters eines deutschen Bundeslandes nicht entkleidet werden, man beschränkte sich dort darauf, den Wohlstand und die geistige Kultur des Landes zu vernachlässigen, soweit sie von der Regierung abhingen; in Schleswig aber wurde die Einverleibung des Landes in das Königreich Dänemark ganz unverhohlen betrieben, obwohl die Ständeversammlung in Flensburg über eine unerschütterliche deutsche Mehrheit verfügte, die mit allen Kräften die Landesrechte verteidigte. Als 1853 und 1854 neue Verfassungsgesetze für die einzelnen Herzogtümer erlassen wurden,

hatte man die Stände zwar darüber befragt, aber ihre Aeußerungen nicht berücksichtigt. Die Verwaltung der Domänen wurde ihnen abgenommen, viele davon, deren Wert in Holstein 1600000, in Schleswig nahezu 1800000 Thaler betrug, von der dänischen Regierung verkauft und zu Gesamtstaatszwecken verwendet. Die holsteinischen Bataillone lagen auf den dänischen Inseln, und die Bundesmilitärinspektoren ließen es sich gefallen, zur Besichtigung der deutschen Bundeskontingente in ein fremdes Land reisen zu müssen. Erst die Einführung einer Gesamtstaatsverfassung gab Anlaß zu Einwendungen des Bundes gegen offenbare Verletzungen des Manifestes vom 28. Januar 1852, dem die Einstellung der Bundesexekution gefolgt war. In einem Reichsrate von 80 Mitgliedern sollten 13 Schleswiger, 18 Holsteiner und 2 Lauenburger einer immerwährenden Majorisierung von 47 Dänen ausgesetzt sein. Schon am 12. August 1858 wurde Dänemark neuerlich die Bundesexekution angedroht, wenn es in Holstein nicht einen Zustand herstelle, der den Bundesgesetzen und den Abmachungen von 1851—52 entspräche. Als darauf am 6. November die Gesamtverfassung für Holstein suspendiert worden war, verlangten dies 1860 auch die Schleswigschen Stände, weil sie sonst der völligen Inkorporation in Dänemark entgegensehen mußten. Der Bund beschränkte sich auf die Wahrung der Selbständigkeit Holsteins und drohte am 7. Februar 1861 nochmals mit der Exekution, wenn den Ständen dieses Herzogtums nicht das Budget vorgelegt werden würde. Die preußische Regierung und der preußische Landtag nahmen sich aber auch der Schleswiger an. Dies wies die dänische Regierung zurück und fuhr fort, in ihrem Reichsrate auch Gesetze verhandeln zu lassen, die auf die beiden Herzogtümer Anwendung finden sollten. Nun einigten sich Oesterreich und Preußen zu der Note vom 14. Februar 1862, in der sie erklärten, daß sie „die Rechtsbeständigkeit von legislativen oder konstitutiven Akten, welche dem durch die Vereinbarungen von 1851 und 1852 festgestellten Verhältnisse des Herzogtums Schleswig zu dem Königreich Dänemark und zu den übrigen Teilen der Monarchie widersprechen, nicht anerkennen". Dieser Verwahrung schloß sich der Bundestag am 27. März an. Die nationale Bewegung in Deutschland erhielt wie 1848 auch jetzt wieder starke Anregungen durch das Interesse für den Bruderstamm, während auch die Eiderdänen neuerdings für die volle Einverleibung Schleswigs in den dänischen Gesamtstaat eintraten. Es war leicht vorauszusehen, daß die steigende Erregung auf beiden Seiten ernste Verwickelungen im Gefolge haben und die deutschen Großmächte zu ernsten Schritten nötigen werde.

Die liberale Majorität des preußischen Landtags zog aus den Verpflichtungen, die an den Staat in der äußeren Politik herantraten, nicht die Folgerung, daß dieser zu ihrer Erfüllung des inneren Friedens mit Notwendigkeit bedürfe, sondern setzte die Opposition gegen die Armeereorganisation mit steigender Hartnäckigkeit fort. Es äußerte sich dabei jene Eigenschaft der deutschen liberalen Parteien des 19. Jahrhunderts, die ihre Thätigkeit allerwärts, trotz der unstreitig meist vortrefflichen Absichten und edlen Ziele ihrer Mitglieder, entweder ganz unfruchtbar gemacht oder auf Einzelfälle beschränkt hat, nämlich das eigensinnige Beharren auf Grundsätzen, denen geradezu dogmatische Bedeutung beigelegt wurde. Man hatte sich Verfassungsformen konstruiert, die auf jedes Staats-

wesen anwendbar sein sollten, und kam dadurch in direkten Widerspruch mit den thatsächlichen Bedürfnissen und mit dem natürlichen Entwickelungsgange der Staaten. Nirgends ist der Grundfehler des Liberalismus als politischen Systems so augenfällig geworden, als in Preußen durch die sogenannte Konfliktsperiode. Man kann ihren Verlauf ruhig und leidenschaftslos beobachten, da sie gottlob nicht nur unschädlich geblieben ist, sondern mitgewirkt hat, die Kraft eines großen Königs und eines genialen Staatsmannes so zu stählen, daß sie den höchsten Aufgaben gewachsen waren, die das deutsche Volk an sie stellen mußte.

Im neugewählten Landtage von 1862 herrschten die vereinigten Liberalen und Radikalen unbeschränkt. Sie nannten sich „Fortschrittspartei", indem sie sich und ihre Wähler daran gewöhnt hatten, den „Fortschritt", d. h. wohl die Verbesserung der Staatseinrichtung zur Erhöhung der Wohlfahrt seiner Bürger und zur Durchführung seiner idealen Aufgaben, vor allem durch Mißtrauen gegen die Regierungsorgane und möglichst scharfe Kontrolle ihres Gebarens anzustreben. Was bei wohlerwogener und sparsamer Anwendung als Mittel angewendet werden kann, wurde ihnen auf diese Weise zum Zweck. Obwohl die preußische Regierung in wichtigen Fragen der inneren Verwaltung wie in der äußeren Politik den Forderungen der Volksvertreter nachzukommen getrachtet hatte, setzte sich bei diesen doch die Meinung fest, sie müßten in der Militärfrage ihr Recht behaupten; denn sonst würden sie an Ansehen einbüßen und der gefürchteten Reaktion Thür und Thor öffnen. Der einfachen Erwägung, daß der Konstitutionalismus am sichersten eingebürgert werden könne, wenn man den Regierenden den Beweis liefere, daß man die Kraftentfaltung des Staates nicht hemmen wolle, daß ein konstitutionell regierter Staat nach außen eben so stark auftreten könne, wie der absolute, waren die Liberalen ganz unzugänglich; sie sahen in der Vermehrung der Bajonette drohende Vergewaltigung der kaum errungenen Volksrechte und konnten von dem Gedanken nicht lassen, daß die Freiheit eines Volkes auf der Anerkennung seiner Souveränität beruhe. Nur um diese handelte es sich der Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses, nicht um die paar Millionen Thaler, die sie daran setzen sollte; nicht so sehr die Forderung für das Militärbudget wurmte sie, sondern daß der König als oberster Kriegsherr sein Heer bereits so organisiert hatte, wie er es haben wollte, ohne die Zustimmung der Volksvertreter abzuwarten. Damit verband sich noch ein echt bürgerlicher Groll der Abgeordneten gegen das Herrenhaus, in dem der hohe Adel dominierte, da dieser die Regierung mit seinem Votum stützte. Die Zusammensetzung des Herrenhauses, das gerade einen opferfreudigen Beschluß in der Grundsteuerfrage gefaßt hatte, sollte trotzdem abgeändert, seine Kompetenz eingeschränkt werden. Die Majorität der Abgeordneten ging von der Abwehr zum Angriff über, als sie darauf bestand, daß das Budget für 1862 nach einer neuen Anordnung beraten werden solle, die dem Ministerium die Aufbringung der Kosten für die neuen Heeresformationen ganz unmöglich machen würde, und daß ein Kommissionsantrag in der „deutschen Frage" zur Verhandlung gebracht werde, in dem die Anerkennung der Reichsverfassung von 1849 und der darin vorgesehenen Zentralgewalt verlangt wurde. Es war nicht nur utopistisch, sondern borniert, von einem Beschlusse der preußischen Zweiten Kammer die Erhebung des Königs von

Preußen zum deutschen Kaiser zu erwarten; man konnte daher den Antrag nicht anders als für eine Schikane gegen die Regierung ansehen. An dem Tage, an dem diese Verhandlung stattfinden sollte, am 11. März, wurde der Landtag aufgelöst, nachdem am 6. d. M. der Hagensche Antrag, betreffend die Beratung des Staatshaushaltetats nach den einzelnen Titeln mit 171 gegen 143 Stimmen angenommen worden war. Der Präsident des Herrenhauses, Fürst Hohenlohe-Ingelfingen, wurde als Ersatz für den bereits ausgeschiedenen Fürsten von Hohenzollern zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt, darauf gaben die liberalen Mitglieder des Ministeriums Rudolf v. Auerswald, v. Patow, Graf Schwerin, Graf Pückler und v. Bernuth ihre Entlassung.

Das Uebergangsministerium v. d. Heydt gab sich dem Wahne hin, die Regierung werde die Wählerschaften auf ihre Seite bringen, wenn sie einen Steuernachlaß gewähre und Abstriche am Militärbudget vornehme. Roon ließ sich schweren Herzens zu diesen herbei, obwohl er am wenigsten daran glaubte, daß eine Regierung ihre Stellung durch Inkonsequenz befestige. Als weiteres Zugeständnis an die öffentliche Meinung erfolgte am 21. Juli die Anerkennung des Königreichs Italien, wurden die scharfen Maßnahmen gegen Kurhessen und eine Rüstung zur See wegen des schleswig-holsteinischen Konfliktes eingeleitet. Dazu kam, daß die Regierung der Stütze der Volksvertretung in einer ökonomischen Angelegenheit von großer Tragweite bedurfte. Die Erneuerung des Zollvereins stand 1863 bevor. Er mußte auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Entwickelung der deutschen Industrie verlangte gebieterisch den Uebergang vom Schutzzoll- zum Freihandelssystem. Dieses sollte zunächst in einem Handelsvertrage mit Frankreich Anwendung finden, über den seit 15. Januar 1862 zwischen Frankreich und Preußen, das von allen Vereinsstaaten dazu ermächtigt worden war, verhandelt wurde. Als die am 29. März geschlossenen Verträge ratifiziert werden sollten, zeigte sich Widerstand in Süddeutschland, bei Baiern, Württemberg, Hessen-Darmstadt, während die Industriestaaten Sachsen, Braunschweig, Nassau, Baden, ja sogar Hannover, Kurhessen, Oldenburg gern ihre Zustimmung gaben. Am 7. Mai protestierte auch Oesterreich gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag, weil durch ihn seine im Vertrag vom 19. Februar 1853 erworbenen Rechte verletzt würden. „Im Augenblick des Abschlusses des Vertrages mit Frankreich von seiten des Zollvereins und der Verlängerung des Zollvereins auf solcher Grundlage wäre Oesterreich von dem übrigen Deutschland in handelspolitischer Beziehung faktisch und prinzipiell losgetrennt.“ Rechberg legte am 16. Juli dem Bundestage sogar den Entwurf von Verträgen vor, durch die Gesamtösterreich und der Zollverein vom 1. Januar 1865 ab ein Verkehrsgebiet bilden sollten, worauf Oesterreich dann alle Tarife des Zollvereins annehmen würde. Die Gründung eines österreichischen Industriellenvereins durch den Führer der deutschen Schutzzöllner, v. Kerstorff, brachte aber die unerwartete Erscheinung zu Tage, daß die Oesterreicher selbst den Eintritt in den Zollverein für unerträglich erklärten, und der Handelstag in München (14. Oktober) verlangte mit einfacher Majorität das Zustandekommen des Handelsvertrages mit Frankreich[1]).

---

[1]) Dazu hat die mannhafte Entgegnung v. Beckeraths gegen die Ansicht Hansemanns beigetragen, der den von Preußen eingeschlagenen Weg, mit dem Abschlusse selbständiger Verträge

Er war von Preußen am 2. August bereits geschlossen worden; am 28. März 1863 fügte ihm Preußen noch einen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Belgien hinzu, der für Westdeutschland große Vorteile in Aussicht stellte. Baiern und Württemberg stellten gleichzeitig auf der Generalkonferenz sämtlicher Vereinsstaaten in München einen Vermittelungsantrag betreffend die Einbeziehung Oesterreichs vor dem Anschlusse des Zollvereins an die preußisch-französischen Handelsbeziehungen; da ihn Preußen jedoch ablehnte, waren sie machtlos geworden; die Absicht der baierischen Regierung, einen Sonderbund mit Oesterreich zu gründen, fand bei der eigenen Bevölkerung keinen Anklang. Als Preußen am 15. Dezember 1863 die Zollvereinsverträge allen Vereinsstaaten kündete, die nicht bis zum 1. Oktober 1864 den Handelsvertrag mit Frankreich ratifiziert haben würden, war die ganze Opposition beseitigt und der Schlüssel für die Methode gefunden, mit der die Erneuerung des Zollvereins (16. Mai 1865) ohne weiteren Widerspruch hergestellt wurde.

Die Anwendung dieses Schlüssels hat bereits eine kräftigere Hand besorgt, als die der Herren D. v. d. Heydt und v. Jagow, die im Ministerium Adolf Hohenlohe die preußische Zivilverwaltung leiteten. Sie begannen ihre Wirksamkeit mit einem sehr unklugen Versuche, die Wahlen zu beeinflussen. Ein Zirkularerlaß an sämtliche Oberpräsidenten und Regierungen vom 22. März 1862 verlangte von den Beamten bedingungslose Unterstützung der Regierung. Diese habe sich, hieß es darin, in den schärfsten Gegensatz zur Demokratie gesetzt, „deren Bestrebungen zur Zeit unverkennbar darauf gerichtet sind, den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt, welcher nach Geschichte und Verfassung Preußens bei der Krone beruht, von dieser in die Volksvertretung zu übertragen." Das Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei erwiderte darauf: „Niemand denkt daran, die verfassungsmäßigen Rechte der Krone anzutasten. Aber darum handelt es sich, ob neben der großen und unzweifelhaften Macht der Regierung das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung irgend eine Bedeutung haben soll oder nicht. Soll das Abgeordnetenhaus nur Duldung genießen, solange es ‚ja' sagt, und gesetzwidriger Uebergriffe geziehen werden, sobald es ‚nein' sagt, dann hat unsere Verfassung keinen Sinn. Daß Dynastie und Regierung in einer so ernsten Frage, wie die Armeeorganisation, die unmöglich aus Rücksicht für den Parlamentarismus aufgeschoben werden konnte, alle Mittel anwendet, die ihre Macht zu verstärken versprechen, bedarf weder der Begründung noch der Verteidigung." Die theoretische Richtigkeit der von der Fortschrittspartei aufgestellten Sätze braucht gar nicht bestritten zu werden: nur ihre Anwendung, der Kampf gegen eine Regierung, von der man selbst auf demokratischer Seite stets alle möglichen Kraftäußerungen verlangte, war ein politischer Fehler, eine Versündigung am Staatswohle. In diesem Falle war es für die Regierung der denkbar gefährlichste Schritt, sich selbst vor der Oeffentlichkeit ins Unrecht zu setzen. Eine Regierung darf sich niemals sagen lassen müssen, was die Berliner Universität am 4. April dem Kultusminister vorhielt, daß nämlich auch

---

den Zollverein zu binden, für fehlerhaft erklärt hatte. (Hierüber der Aufsatz in den Preuß. Jahrb. [16. Bd., 6. Heft] „Der deutsche Handelstag und seine drei Generalversammlungen.")

dann, wenn die Gemüter durch einen Gegensatz des Königtums und der Demokratie bewegt würden — was gar nicht der Fall sei —, „dieser Gegensatz nicht dadurch zu Gunsten eines starken Königtums und einer verfassungsmäßigen Freiheit werde gelöst werden, daß eine in Preußen bis dahin nicht geübte Einwirkung auf die Wahlen zum Abgeordnetenhause von seiten der königlichen Staatsregierung versucht wird". Es half nichts, daß 25 Prozent des Steuerzuschlages vom 1. Juli an nachgelassen wurden, daß man die Vorlage eines spezialisierten Budgets für 1862 und 1863 versprach: die Wahlen fielen für die Regierung ganz ungünstig aus, alle konservativen Gruppen verloren, nur die Fortschrittspartei nahm an Mitgliedern erheblich zu.

Als es im August zur Beratung des Militäretats kam, bot das Kriegsministerium für die gesetzliche Anerkennung der Organisation und die daraus folgende Erhöhung des Militäretats von 31 auf 41 Millionen Thaler einzelne Vereinfachungen und Erleichterungen an, z. B. die Herabsetzung der Dienstverpflichtung für das stehende Heer samt Reserve von 8 auf 7, für die Landwehr von 11 auf 9 Jahre, der aktiven Dienstzeit der Kavallerie von 4 auf 3 Jahre. Die Kommission war damit nicht zufrieden und beantragte, die ausgeführte Armeeorganisation als unvereinbar mit dem Gesetze vom 3. September 1845 zu erklären, das sich auf das Landwehrgesetz von 1814 bezog. Während der siebentägigen Beratung im Landtage versprach Roon, auch die Frage der zweijährigen Dienstzeit ins Auge fassen zu wollen, aber er stellte deren Ablehnung mit so großer Wahrscheinlichkeit in Aussicht, daß in seinen Worten unmöglich ein Entgegenkommen gefunden werden konnte. Sein Auftreten war nicht nur nicht geschmeidig, es war auch nicht darauf berechnet, die Annäherung des Parlaments an die Regierung zu fördern. Roon wünschte sie nicht, denn es lag nicht in seiner Art, prinzipielle Gegensätze verwischen und über die Lösung von Konflikten durch Täuschungen hinweghelfen zu wollen. Schon im März hatte er an Perthes in diesem Sinne geschrieben: „Wenn die tendenziöse Opposition eines Unterhauses mit demokratischer Majorität dem gegenwärtigen Ministerium das Regieren unmöglich zu machen droht, so bin ich meinerseits zu allen Konsequenzen entschlossen, die sich daran knüpfen, und ich glaube in diesem Entschlusse Gefährten zu finden. Erst dann aber beginnt die eigentliche, entscheidende Krisis; erst dann wird es sich fragen, ob die Krone sich selber treu bleiben will; sonst — hätte ich freilich bisher umsonst gearbeitet und gerungen; denn eine Umkehr zu den Tendenzen des abgelebten Ministeriums wäre das Aufgeben des historischen Königtums in Preußen und die Inthronisation der Parlamentsherrschaft, die dann ohne Schwierigkeit mit klingendem Spiel als Siegerin einherziehen würde."

Der „Gefährte", den Roon meint, der einzige, der die Entscheidung in seinem Sinn bringen konnte, betrat den Schauplatz der Handlung in Berlin, als die bedeutungsvollen Abstimmungen im preußischen Landtag begannen. Otto v. Bismarck war im Mai von Petersburg nach Berlin berufen worden, weil man der Ueberzeugung immer näher rückte, man werde seiner in dem begonnenen

schweren Kampfe nicht entraten können. Zur Berufung ins Ministerium führten die Unterhandlungen damals nicht, weil der König das Verhältnis zum Abgeordnetenhaus noch nicht in seiner ganzen Schärfe auffaßte. Bismarck mußte vorläufig als Gesandter nach Paris gehen. Ein Ministerium ohne Portefeuille wollte er nicht übernehmen, das auswärtige Amt aber gab Bernstorff noch nicht auf, der sich außerdem auch den Posten des Gesandten in London vorzubehalten trachtete. Am 26. Juni hatte Bismarck mit Napoleon III. die berühmt gewordene Unterredung in Fontainebleau, in der ihm der Kaiser eine preußisch-französische Allianz antrug und zugleich von den Anstrengungen Oesterreichs Mitteilung machte, mit Frankreich Geschäfte zu machen. „Es scheint," bemerkte Napoleon im Gespräche, „daß das Zusammentreffen Ihrer Ernennung und der Ankunft des Herrn v. Budberg (des russischen Gesandten) in Paris einen panischen Schrecken in Wien erzeugt hat. Der Fürst Metternich hat mir gesagt, er habe Instruktionen erhalten, die so weit gingen, daß er selbst darüber erschrocken sei; er habe unbegrenzte Vollmachten, wie sie je ein Souverän seinem Vertreter anvertraut, in betreff aller und jeder Frage, die ich anregen würde, sich mit mir um jeden Preis zu verständigen." Bismarck versicherte in seinem Berichte an Bernstorff, er zweifle nicht an dem guten Willen weder Rußlands noch Oesterreichs, wenn es sich darum handle, ihre Intimität mit Frankreich auf zukünftige Ereignisse hin zu sichern. „Fürst Gortschakoff arbeitet ohne Zweifel an der Lösung des westmächtlichen Bundes, und nach meiner Kenntnis von dem Charakter des Grafen Rechberg halte ich die österreichische Politik unter seiner Leitung jeder Kombination für fähig, wenn sie nur zum Uebergewicht über Preußen in Deutschland verhilft. Man wird in Wien Venetien und das linke Rheinufer opfern, wenn man dafür am rechten eine Bundesverfassung mit gesichertem Uebergewicht Oesterreichs gewinnt. ... Wenn eine österreichisch-französische Koalition gegen uns seit 1852 nicht schon längst zu stande gekommen ist, so haben wir das nicht Oesterreich, sondern Frankreich zu danken und hier nicht einer etwaigen Liebe Napoleons für uns, sondern dem Mißtrauen, welches er in die Zukunft Oesterreichs setzt, welches nicht im stande ist, mit dem zur Zeit mächtigen Winde der Nationalitäten zu segeln."

Bismarck hat die Allianz mit Frankreich nicht geradezu empfohlen, er hat es aber für notwendig bezeichnet, die deutsche Politik Preußens durch gute Beziehungen zu Frankreich sicherzustellen. König Wilhelm hat die Richtigkeit dieser Kombination ohne Zweifel eingesehen, aber sie war ihm nicht sympathisch und er fürchtete, daß Bismarck ihre Konsequenzen zu rasch und energisch ziehen wolle. Dies mag mitgewirkt haben, daß die Entscheidung über Bismarcks Eintritt ins Ministerium während des Sommers noch immer hinausgeschoben wurde, obwohl Bernstorff selbst sie dem König wiederholt in Erinnerung gebracht und sich auch persönlich bereit erklärt hat, ihm das Portefeuille des Auswärtigen zu überlassen[1]). Für Bismarck war diese Unsicherheit höchst beunruhigend, denn er konnte keine Entschlüsse über das nächste Schicksal seiner Familie fassen, sich in Paris nicht häuslich einrichten, aber auch seinen Urlaub nicht in der Heimat

[1]) Bismarck-Jahrbuch VI. Band. Aus dem Briefwechsel zwischen Bernstorff und Bismarck.

bei den Seinen zubringen, weil er neuerliche weitschweifige Verhandlungen in Berlin fürchtete. Er ging endlich in die Pyrenäen, um sich körperlich zu erholen und geistig zu zerstreuen. Unmittelbar zuvor, am 15. Juli, entwarf er Roon ein Programm für die Abwickelung der Vorgänge in Berlin, das ihm noch längere Muße gewährt hätte, als es die Ereignisse thatsächlich gethan haben. Roon hat die Entscheidung der für ihn eminent wichtigen Frage der Umbildung des Ministeriums dadurch beschleunigt, daß er Bismarck in der kritischen Zeit auf eigene Verantwortung nach Berlin kommen ließ. Dieser fand am 12. September in Toulouse ein Schreiben Roons vom 31. August, in dem es hieß: „Daß wir in die Wintersession in der bisherigen Unvollständigkeit und Unzulänglichkeit eintreten sollten, halte ich für ganz widersinnig und unmöglich, und zu dieser Meinung habe ich mehr als eine allerhöchste Zustimmung. Gefochten muß und gefochten wird werden. An Konzessionen und Kompromisse ist gar nicht zu denken; am wenigsten ist der König dazu geneigt." Roon setzt voraus, daß Bismarck sich der altritterlichen Pflicht erinnern werde, den König herauszuhauen. Seine, Roons, Aufgabe werde es nun sein, dem Könige die Notwendigkeit einer raschen Berufung Bismarcks nahezulegen. „Ich fingiere Ihr Einverständnis und rate, Sie einstweilen zum Ministerpräsidenten ohne Portefeuille zu ernennen, was ich bisher vermieden; es geht nicht anders!" In Paris erhielt Bismarck am 18. September eine Depesche: „Periculum in mora. Dépêchez-vous;" am 20. traf er nach 25stündiger Eilzugsfahrt in Berlin ein, am 22. stand er in Babelsberg vor dem König.

In wenigen Worten setzte Wilhelm dem Staatsmanne die Lage auseinander. Sie war gespannter, als dieser hatte vermuten können, denn der König wollte zu Gunsten seines Sohnes abdanken. „Ich will nicht regieren," sagte er zu Bismarck, wie dieser selbst es aufgezeichnet hat, „wenn ich es nicht so vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewissen und meinen Unterthanen verantworten kann. Das kann ich aber nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtags regieren soll, und ich finde keine Minister mehr, die bereit wären, meine Regierung zu führen, ohne sich und mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen." Die Abdankungsurkunde lag auf dem Tische, sie bedurfte vielleicht nicht einmal mehr der Unterschrift. Bismarck weiß es nicht. Er erwiderte, es sei Seiner Majestät schon seit dem Mai bekannt, daß er bereit sei, in das Ministerium einzutreten, er sei gewiß, daß Roon mit ihm beim Könige bleiben werde, und er zweifle nicht, daß die weitere Vervollständigung des Kabinetts gelingen werde, falls andere Mitglieder sich durch seinen Eintritt zum Rücktritt bewogen finden sollten. Der König stellte nach einigem Erwägen und Hin- und Herreden die Frage, ob Bismarck bereit sei, als Minister für die Militärreorganisation einzutreten, und nach der Bejahung die weitere Frage, ob auch gegen die Majorität des Landtags und deren Beschlüsse. Auf Bismarcks Zusage erklärte er schließlich: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiziere nicht."

So vollzog sich die Hingabe des treuen, tapferen Dieners an den weisen und milden Herrn, des größten staatsmännischen Genius deutscher Nation an den großen König von Preußen, der die Mission des ersten deutschen Parla-

ments aufzunehmen und durchzusetzen entschlossen war, eine Vereinigung, ohne die wir uns die Gründung des neuen Deutschen Reiches nicht zu denken vermöchten, zugleich ein auf dem Willen zur That beruhendes inneres Seelenband zweier edler und großer Menschen, dessen kein Deutscher, wo immer er geboren sei und wo er immer wohnen möge, ohne Bewunderung, Rührung und Dankbarkeit gedenken kann.

Auf einem Spaziergang im Park las Bismarck das vom Könige auf acht Folioseiten geschriebene Regierungsprogramm. „Ich lasse es dahingestellt sein," heißt es in den „Gedanken und Erinnerungen", „ob dieses Elaborat schon Erörterungen mit meinen Vorgängern zur Unterlage gedient hatte, oder ob es zur Sicherstellung gegen eine mir zugetraute konservative Durchgängerei dienen sollte. Ohne Zweifel war, als er damit umging, mich zu berufen, eine Befürchtung der Art in ihm von seiner Gemahlin geweckt worden, von deren politischer Begabung er ursprünglich eine hohe Meinung hatte, die aus der Zeit datierte, wo Seiner Majestät nur eine kronprinzliche Kritik der Regierung des Bruders, ohne Pflicht zu eigener, besserer Leistung, zugestanden hatte. In der Kritik war die Prinzessin ihrem Gemahl überlegen. Die ersten Zweifel an dieser geistigen Ueberlegenheit waren ihm gekommen, als er genötigt war, nicht mehr nur zu kritisieren, sondern selbst zu handeln und die amtliche Verantwortung für das Bessermachen zu tragen. Sobald die Aufgaben beider Herrschaften praktisch wurden, hatte der gesunde Verstand des Königs begonnen, sich allmählich von der schlagfertigen weiblichen Beredsamkeit mehr zu emanzipieren." Bismarck wußte, daß er nicht darauf rechnen dürfe, diese Beredsamkeit zur Unterstützung seiner Politik aufbieten zu können, daß vielmehr seinem Streben, die Emanzipation des Königs von seiner allernächsten Umgebung zu fördern, große Hindernisse in den Weg gelegt werden würden. Einem Manne, dem der Gedanke, „in Gemeinschaft mit seinem König unterzugehen, ein nach Umständen natürlicher und sympathischer Abschluß des Lebens erschien", konnten diese nicht unüberwindlich scheinen, sie durften ihn auch nicht abhalten, dem Könige sein Wort zu halten.

Am 23. September wurde die Ernennung Bismarcks zum Staatsminister mit dem Vorsitz im Staatsministerium vollzogen; an demselben Tage wurde im Abgeordnetenhause der Vermittelungsantrag Vincke-Stavenhagen, den Posten von 5½ Millionen Thaler für die Auslagen der Armeereorganisation noch einmal ins Extraordinarium zu nehmen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Fürst Hohenzollern und der Finanzminister v. d. Heydt traten aus dem Ministerium. Diesen ersetzte v. Bodelschwingh. Graf Bernstorff machte am 9. Oktober Bismarck auch im auswärtigen Amte Platz. Der Eindruck, den dieser Wandel in der preußischen Regierung auf die politisch denkende Bevölkerung machte, war ein aufreizender, die Oppositionslust um viele Grade steigernder. Man konnte sich den Junker von Schönhausen nicht anders vorstellen denn als Funktionär des Feudalismus und Verächter aller Volksrechte. Seine Thätigkeit am Bundestage hatte niemand verfolgt, niemand verfolgen können, man vermutete jedoch, daß er in Petersburg der Bewunderer des brutalsten Absolutismus geworden sei. Wie der Mann sich geistig entwickelt, was er erfahren, was er gelernt, welche großartigen Umwälzungen in seiner politischen Anschauung seit den Ver-

handlungen von Erfurt vor sich gegangen, das konnte man in den liberalen Kreisen nicht ahnen, hat es auch lange nach seinen ersten Erfolgen erst erkannt. „Die intimen Beziehungen, die zwischen ihm und den Tuilerien bestanden," sagt Ludwig Bamberger noch 1868[1]), „hatten seine schon so große Unpopularität aufs höchste gesteigert. Man warf ihm öffentlich vor, das Einverständnis zwischen dem Feudalkönigtum und dem modernen Zäsarismus fester gekittet zu haben. Gewisse ihm entfallene und alsbald in Umlauf gesetzte Anspielungen ließen ihn nicht allein als den Urheber eines finsteren, gegen alle Fortschrittsideen geschmiedeten Komplotts erscheinen, sondern auch als einen gelehrigen Schüler der Kunst, das demokratische Prinzip in der Anwendung zu fälschen." Bamberger, ein journalistischer Vorkämpfer des Liberalismus mit starkem Einschlag Börneschen Radikalismus', erkannte noch damals, als er diese Worte schrieb, nicht die Kurzsichtigkeit, den Mangel an Menschenkenntnis und historisch-politischer Bildung jener Gesinnungsgenossen, die ihre eigene Beschränktheit noch mit der Genialität Bismarcks zu vergleichen sich vermaßen, er vermißt die Anwendung von „Vorsichtsmaßregeln, um die öffentliche Meinung zu gewinnen". Die war nicht zu gewinnen, sie stand der neuen Erscheinung völlig fassungs- und verständnislos gegenüber. Es gibt in der Geschichte des 19. Jahrhunderts keinen Moment, in dem sich die deutschen Doktrinäre ungeschickter und alberner benommen hätten, als beim ersten Auftreten Bismarcks.

Schon in der Sitzung der Budgetkommission am 27. September eröffnete der neue Minister einen Ausblick in seine politischen Anschauungen, der jeden Unbefangenen fesseln und zum Nachdenken anregen mußte, bei seinen liberalen Zuhörern jedoch auf ein Begriffsunvermögen stieß, das wir uns heute kaum mehr vorzustellen vermögen. Nachdem er die Versicherung gegeben, daß seine Regierung keinen Konflikt suche, sondern die Krisis mit Ehren beendigen wolle, bemerkte der Minister: „Die große Selbständigkeit des Einzelnen macht es in Preußen schwierig, mit der Verfassung zu regieren; in Frankreich ist das anders: da fehlt die individuelle Selbständigkeit. Eine Verfassungskrisis ist aber keine Schande, sondern eine Ehre. Wir sind vielleicht zu gebildet, um eine Verfassung zu ertragen — wir sind zu kritisch! Die öffentliche Meinung wechselt; die Presse ist nicht die öffentliche Meinung: man weiß, wie sie entsteht. Es gibt zu viel katilinarische Existenzen, die ein Interesse an Umwälzungen haben; die Abgeordneten, die Stimmung zu leiten, über ihr zu stehen. Wir haben zu heißes Blut, wir haben die Vorliebe, eine zu große Rüstung für unseren schmalen Leib zu tragen, nur sollten wir sie auch nützen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. Baiern, Württemberg, Baden mögen deren Liberalismus indulgieren, darum wird ihnen doch niemand Preußens Rolle anweisen. Preußen muß seine Macht zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt ist; Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut."

---

[1]) Herr v. Bismarck. Von Ludwig Bamberger, Mitglied des Zollparlaments. Aus dem Französischen übertragen. . . ., Breslau 1868.

Das war zu viel an Ideen auf einen Gang, eine zu große Zumutung an das Anpassungsvermögen und an die Selbsterkenntnis der großen Politiker, die im preußischen Abgeordnetenhause saßen und unmöglich zugestehen durften, daß ein unwissender, hochmütiger Junker mehr vom Staats- und Völkerleben verstehen könne, als sie und — die vielgerühmten Vertreter der freien Presse, die ja selbstverständlich berufen sind, die Minister zu belehren. Bismarck sah selbst ein, daß die Landtagsmajorität nicht sofort vor ihm kapitulieren könne, er zog daher den Staatsvoranschlag für 1863 zurück, um Zeit für eine Vermittelung zwischen den sich so schroff entgegenstehenden Rechtsanschauungen zu gewinnen. Das Haus ging aber auf das Angebot des Waffenstillstandes nicht ein, sondern verlangte die Vorlage des Budgets noch vor Beginn des Jahres 1863, erklärte die Wiederherstellung des Budgets für 1862 nach der Regierungsvorlage durch das Herrenhaus für unwirksam und die Verwendung von Beträgen, die das Abgeordnetenhaus bereits gestrichen habe, für verfassungswidrig. Darauf wurde die Session am 13. Oktober geschlossen, indem die Regierung gleichzeitig aussprach: Sie würde sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie die auf Grund der früheren Bewilligungen der Landesvertretung ausgeführte Umformung der Heeresverfassung unter Preisgebung der dafür gebrachten beträchtlichen Opfer und mit Beeinträchtigung der Machtstellung Preußens dem Beschlusse des Hauses gemäß rückgängig machen wollte.

So deutlich als damit der Volksvertretung gesagt wurde, daß Preußen mit oder ohne sie jene Machtmittel vorzubereiten gedenke, ohne die es für die Lösung der deutschen Frage im Sinne seiner eigenen Bevölkerung nicht eintreten könne, ebenso unumwunden sprach Bismarck dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi gegenüber seine Ansichten über diese Lösung und über die von Preußen zu erwartende deutsche Politik aus. Die Veranlassung dazu gaben die Verhandlungen am Bundestage über einen schon im August von Oesterreich und seinem ständigen Anhange eingebrachten Antrag auf „Einberufung einer aus den einzelnen deutschen Ständekammern durch Delegation hervorgehenden Versammlung" zur Beratung von Gesetzentwürfen über Zivilprozeß und Obligationenrecht. Preußen hatte sich damals sofort gegen die Anerkennung von Mehrheitsbeschlüssen in dieser Frage gewendet und dabei auf die bei der Beratung der Wiener Schlußakte vom Fürsten Metternich gegebene Erklärung des Wesens eines Staatenbundes berufen, das auf dem Werte des Vetos jedes einzelnen Bundesgliedes beruhe. In der österreichischen Vorlage erblickte die preußische Regierung eine Kompetenzüberschreitung, die über den staatenbündischen Charakter des Bundes hinausführe, ohne doch den Bundesstaat begründen zu können. „Erst der in seiner Verfassung wahrhaft reformierte Bund würde in Kraft dieser Neugestaltung die Befugnis besitzen können, die Gesetzgebung des gemeinsamen Vaterlandes zu reformieren." In ähnlichem Sinne hatte sich Heinrich v. Gagern in einer am 27. und 28. Oktober in Frankfurt a. M. veranstalteten „großdeutschen Versammlung" ausgesprochen, die im Sinne der österreichischen und mittelstaatlichen Politik als obersten Grundsatz ihres Programms die Bekämpfung jenes Bestrebens aufstellte, „welches die Ausschließung irgend eines Teiles von Deutschland zum Zweck oder

zur Folge hätte". Sein Antrag war jedoch mit einer erdrückenden Majorität abgelehnt worden.

In der Bundesversammlung vom 18. Dezember protestierte Preußen noch entschiedener gegen die „Erweiterung der Bundeszwecke durch Beschlüsse einer Mehrheit", deren Macht vielleicht ihren Ansprüchen doch nicht entspreche. War damit schon der Hinweis auf die Notwendigkeit einer Probe dieser Macht gegeben, so hielt Bismarck in seiner Unterredung mit dem Vertreter Oesterreichs, deren Inhalt den preußischen Missionen an den deutschen Höfen am 24. Januar 1863 mitgeteilt wurde, mit den Konsequenzen, die er aus der Fortsetzung der bisherigen Reformversuche Oesterreichs ziehen müßte, noch weniger zurück. Er setzte der Behauptung Karolyis, Preußen und Oesterreich würden sich doch jedenfalls in einem für Oesterreich gefährlichen Kriege als Bundesgenossen zusammenfinden, seine Ansicht entgegen, daß diese Behauptung auf einem Irrtum beruhe. Wenn sich die beiden Großmächte auf dem Gebiete der inneren deutschen Politik so weiter bekämpfen, wie es in den vorhergehenden acht Jahren geschehen sei, und sich die früheren intimen Beziehungen, die vor 1848 auf einem stillschweigenden Abkommen beruhten, nicht wieder beleben lassen sollten, „so würde unter ähnlichen Verhältnissen (wie 1859) ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Oesterreichs so wenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten Fall eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinsame Feinde". Das weitere Fortschreiten der Bundesmajorität auf einer von Preußen verfassungswidrig erkannten Bahn werde den Bruch des Bundes herbeiführen und Preußen nötigen, seinen Bundestagsgesandten „ohne Substitution abzuberufen". Es würde dann die Wirksamkeit einer Versammlung, an der es sich aus rechtlichen Gründen nicht mehr beteiligen könne, in Bezug auf den ganzen Geschäftskreis des Bundes nicht weiter für zulässig anerkennen, auch die preußischen Garnisonen in den Bundesfestungen nicht mehr den Beschlüssen der Bundesversammlung unterstellen können. Damit sei aber keineswegs eine Abberufung der Garnisonen aus den Bundesfestungen gemeint.

Dies war eine ganz unverhohlene und ehrliche Drohung mit dem Kriege, der zwischen der österreichischen und preußischen Politik zu entscheiden haben werde. Er wurde vorläufig noch ferngehalten, weil der österreichische Antrag am Bundestag bei der Abstimmung am 22. Januar 1863 mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Braunschweig-Nassau enthielt sich der Abstimmung, weil unter ihnen kein gemeinsames Votum zu stande kommen konnte. Mit Oesterreich stimmten die vier Königreiche, Hessen-Darmstadt und Dänemark, mit Preußen Baden, Kurhessen (obwohl es den österreichischen Antrag unterschrieben hatte), Luxemburg, die sächsischen Häuser, beide Mecklenburg, die 15., 16. und 17. Stimme (Kleinstaaten). Die Vorbereitung für den Entscheidungskampf zwischen den deutschen Großmächten, den Bismarck für unvermeidlich ansah, wenn die österreichische Politik nicht eine radikale Veränderung erfuhr, wurde von seiner Seite mit größtem Ernst betrieben, sie wurde bei allen diplomatischen Erwägungen im Auge behalten. Während des polnischen Aufstandes, der im Januar 1863 anläßlich verschärfter Rekrutierungsvorschriften begann, stand Preußen treu zu seinem östlichen Nachbar und erleichterte ihm dadurch auch die Ablehnung der Ein-

mischung Frankreichs, Englands und Oesterreichs, das sich bei dieser Gelegenheit zum zweitenmal die Sympathie der russischen Regierung verscherzte. Die Konvention, die Bismarck hinsichtlich des Zusammenwirkens der beiderseitigen Grenzbehörden zur Verfolgung der Aufständischen der russischen Regierung angeboten hatte, kam zwar infolge der Intriguen des Reichskanzlers Gortschakoff nicht zur Anwendung, aber die freundschaftliche Gesinnung, die ihm der Oheim und sein Minister im Augenblicke einer ernsten Gefahr bewiesen hatten, erzeugte beim Zaren Alexander II. ein Gefühl aufrichtiger Dankbarkeit und festen Vertrauens. Bismarck durfte darauf rechnen, daß sich dieses im Falle eines Krieges mit Oesterreich in der Form einer wohlwollenden Neutralität äußern werde, und erfreute sich dazu noch des endlichen Ergebnisses der von den Westmächten und Oesterreich versuchten Intervention, das in einer unleugbaren diplomatischen Niederlage bestand.

Die polnischen Unruhen haben auf das Verhältnis der preußischen Regierung zum Abgeordnetenhause höchst ungünstig eingewirkt. Die Liberalen waren verblendet genug, den ihnen verhaßten Minister auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu bekämpfen und dabei das Ansehen des Staates mutwillig aufs Spiel zu setzen. Sie verlangten Aufklärungen über die Konvention, brachten die ungeheuerlichsten Lügen über ihren Inhalt auf die Tribüne des Abgeordnetenhauses, stimmten gegen die Dotation des Militärbevollmächtigten in Petersburg, gegen die Erhebung der Gesandtschaften in London und Paris zu Botschaften und gaben ihre Mißachtung seiner Fähigkeiten dem Leiter der preußischen Staatsverwaltung mit der unverhohlenen Absicht zu erkennen, sich damit den Beifall der ganzen gebildeten und freisinnigen Welt zu verdienen. Die meist sehr erregt geführten Debatten gaben Bismarck Anlaß zu vielen Aeußerungen, durch deren Verbreitung die Person des preußischen Ministers in kürzester Zeit zu einer diabolischen Erscheinung gestaltet wurde, in deren unglückbringenden Bann der beklagenswerte König von Preußen verfallen sei. Graf Schwerin warf ihm vor, er habe den Satz, der die Dynastie in Preußen auf die Dauer stützen könne: „Recht geht vor Macht, justitia fundamentum regnorum“ in das Gegenteil verkehrt und behauptet: „Macht geht vor Recht“, worauf Bismarck feststellte: „Ich habe zu einem Kompromiß geraten, weil in Ermangelung eines Kompromisses sich Konflikte einstellen müssen, Konflikte aber zu Machtfragen werden, und daß, da das Staatsleben nicht einen Augenblick stille stehen kann, derjenige, der im Besitze der Macht ist, auch genötigt ist, sie zu gebrauchen.“ Bedeutungsvoll war die Sitzung vom 26. Februar 1863, in der sich Bismarck gegen die Kritik seiner Aussprüche durch den Präsidenten und gegen jede Unterbrechung seiner Rede verwahrte, da die Minister der parlamentarischen Disziplinargewalt nicht unterstehen, dann aber das Vorgehen des Abgeordnetenhauses in Beziehung zu der revolutionären Propaganda brachte: „Die europäische Revolution ist solidarisch in allen Ländern; es ist natürlich, daß eine Bewegung in Polen, welche nach vorliegenden Beweisen unter Mazzinis Mitwirkung vorbereitet ist und welche nach bekannten Thatsachen unter Mieroslawskis Mitwirkung ausgeführt wird, daß dieselbe von den revolutionären Elementen aller Länder ihre Unterstützung findet. Unter diesen Umständen schlägt man Ihnen vor, durch An-

nahme des heutigen Antrages Ihre Sympathie für die polnische Insurrektion zu bekunden. Ich habe keinen Beruf, die Absicht der Herren Antragsteller zu kritisieren, die thatsächliche Wirkung der Annahme des Antrages wird aber zweifellos in der ganzen Welt diejenige sein, daß die Annehmer desselben bis zu einem gewissen Grade Partei ergreifen für die polnische Insurrektion."

Die Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses hatte es als ein Grundgesetz des Konstitutionalismus erkannt, daß die Volksvertretung nicht irren könne, daß die Ehre des Volkes es verlange, daß seine Vertreter auf dem einmal eingeschlagenen Wege beharren. Jeder einzelne Abgeordnete hielt sich für einen Staatsmann, weil das Volk ihn dazu gemacht habe, und jeder einzelne glaubte keinen Augenblick daran zweifeln zu dürfen, daß seine politischen Kenntnisse die des Ministerpräsidenten weit übertreffen. Nur ein Liberaler konnte nach diesem parlamentarischen Kanon politischen Verstand haben, ein Konservativer, gar ein Junker, wie Herr v. Bismarck, niemals. Auch Humanität mußte diesem Ministerium erst von den Liberalen gelehrt werden. „Wenn wir leider ein Staat sind," sagte Dr. Waldeck am 31. März, „der bei diesem Ministerium auf eine große Politik in Europa so wenig wie auf eine klare und wahre und freie und redliche Politik im Innern irgend einen Anspruch machen kann, so lassen Sie uns doch wenigstens die Gesetze der Menschlichkeit und Humanität halten!"

Und doch wäre es wahrhaftig nicht so schwierig gewesen, schon damals zu erkennen, aus welchem Holze dieser preußische Minister geschnitzt sei, dem Herr Waldeck die Fähigkeit zu einer großen politischen Aktion absprach; zum mindesten die Antwort auf die Interpellation Twesten über die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten hätte die Ansichten der Parlamentsgrößen doch einigermaßen klären können. Twesten erinnerte in dieser Interpellation daran, daß Bismarck 1849 den Krieg mit Dänemarck ein höchst ungerechtes, frivoles und verderbliches Unternehmen zur Unterstützung einer ganz unmotivierten Rebellion genannt habe. Bismarck erwiderte: „Der Herr Vorredner erwartet von mir, daß ich die Sache der deutschen Herzogtümer Dänemark gegenüber in meiner amtlichen Eigenschaft vertreten solle. Ich kann kaum glauben, daß er mir diese Aufgabe dadurch hat erleichtern wollen, daß er Bruchstücke einer Rede las, die ich vor 14 Jahren in diesen Räumen gehalten habe. Es wird mich dieses aber nicht abhalten, in meiner Eigenschaft als Minister des Auswärtigen ausschließlich die Interessen dieses Landes zu vertreten, wie sie sich historisch entwickelt haben, und nicht persönliche Ansichten, die ich vor 14 Jahren etwa ausgesprochen habe. Der Herr Vorredner hat ferner Dänemark darüber zu beruhigen gesucht, daß es einen Krieg in diesem Augenblicke von Preußen unter unseren nach innen und außen zerrütteten Verhältnissen nicht zu erwarten habe. Zum Glück ist man im Auslande nicht ebenso leichtgläubig, und ich kann Sie versichern und das Ausland versichern, wenn wir es für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen mit oder ohne Ihr Gutheißen."

Der fortgesetzte Redekampf erzeugte bald eine Gereiztheit und Erbitterung, die unerträglich wurde. „Dieser Regierung nichts!" wurde die Losung des Abgeordnetenhauses, das sich immer mehr in den Standpunkt eines Richters gegenüber einem Verbrecher hineinredete. Am 11. Mai mußte auch Roon gegen

den Vizepräsidenten v. Bockum-Dolffs protestieren, der seine Rede unterbrechen wollte. Bockum-Dolffs suspendierte darauf die Sitzung. Die Regierung verlangte nun die Zusicherung von seiten des Präsidiums, daß eine Wiederholung ähnlichen Verfahrens gegen einen Staatsminister nicht in Aussicht stehe. Das Abgeordnetenhaus „fand sich nicht veranlaßt, auf dieses Verlangen einzugehen". Dafür erhielt es am 21. Mai eine Ermahnung vom König, „einer Lage der Dinge, unter welcher die wesentlichsten Interessen des Landes leiden, ein Ende zu machen, indem das Haus der Abgeordneten Unseren Ministern die von denselben verlangte Anerkennung ihrer verfassungsmäßigen Rechte gewährt und dadurch das fernere geschäftliche Zusammenwirken ermöglicht". Das Abgeordnetenhaus antwortete mit einer Adresse, in der es dem Könige vorhielt, es habe kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium und lehne seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. König Wilhelm erklärte sich am 26. Mai vollkommen solidarisch mit seinen Ministern und ließ die Landtagssession am 27. schließen.

Für Oesterreich schien der Konflikt zwischen Regierung und Parlament in Preußen die günstige Gelegenheit zu bieten, die Lösung der deutschen Frage in die Hand zu nehmen. Die Vorbereitungen dazu waren seit zwei Jahren im Gange. Sie hängen mit dem Eintritte des Journalisten Julius Fröbel, des bekannten Begleiters, aber nicht Schicksalsgenossen Robert Blums während der Wiener Oktoberrevolution, in den österreichischen Staatsdienst zusammen. Der Mann war nach neunjährigem unfreiwilligem Aufenthalt in Nordamerika und einer sehr vielseitigen Verwendung seiner unbestreitbaren Fähigkeiten 1857 nach Europa zurückgekehrt. Er hatte außer den wohleingerichteten Hotels nicht viele Einrichtungen in den Vereinigten Staaten nach seinem Geschmack gefunden, namentlich seit seiner Vermählung mit einer Gräfin Armansperg schien ihm die feinere Gesellschaft Deutschlands ein geeigneter Boden für seinen Verkehr und seine Geschäfte. Ohne diesen ein bestimmtes Ziel zu setzen, erwartete er nicht mit Unrecht, daß die Gelegenheit für einen so geschickten, erfahrenen und durchaus nicht voreingenommenen politischen Schriftsteller, ein dankbares Feld seiner Thätigkeit zu finden, nicht lange ausbleiben könne. Eine Persönlichkeit, die ebenso wie Fröbel mit ihrer Vergangenheit unzufrieden geworden war und sich namentlich im Gegensatze gegen die Ideen des geistig höher veranlagten Bruders gefiel, der katholische Konvertit und „schwarze" k. k. österreichische Hofrat Max v. Gagern, reichte dem „roten" Demokraten von 1848 die Hand, um ihm den Eintritt in das politische Leben von einer Seite zu ermöglichen, die dem vom Fürsten Windischgraetz unter den auffallendsten Umständen pardonierten Abgesandten der äußersten Linken des Frankfurter Parlaments allerdings eine pikante Abwechslung zu bieten versprach. Eine Flugschrift „Deutschland, Oesterreich und Venedig", die Fröbel im Auftrag des Grafen Rechberg für ein Honorar von achtzig Dukaten geschrieben hatte, ermöglichte Gagern, den Verfasser als litterarischen Hülfsarbeiter der österreichischen Regierung für die Reformagitation in Deutschland vorzuschlagen. Fröbel verfaßte in Kissingen im Juni 1861 eine

„Denkschrift über die Leitung der großdeutschen Angelegenheit", die ihm als Befähigungsnachweis für seine Verwendung in Oesterreich dienen sollte, und stellte sich bald darauf den österreichischen Staatsmännern persönlich zur Verfügung.

Die Fröbelsche Denkschrift[1]) konnte ihren Zweck nicht verfehlen, denn sie stellte an die Spitze des deutschen Programms die Herstellung einer obersten Reichsgewalt in der Form einer dem österreichischen Herrscherhause zu übertragenden erblichen Kaiserwürde. Ihre Macht war durch ein Fürstenhaus und ein Volkshaus zu verstärken; ersteres erhielt zwei ständige Präsidenten: die Könige von Preußen und Baiern, und sollte nur aus Fürsten und österreichischen Erzherzogen bestehen, das Volkshaus sollte nicht aus direkten Wahlen, sondern aus „Kammerausschüssen" zusammengesetzt werden. Dabei waren die österreichischen Provinzlandtage den Vertretungskörpern der deutschen Mittel- und Kleinstaaten gleichzustellen. Grundsätze der Reichsverfassung müßten sein: „1. Erhaltung des föderativen Charakters in der Zusammensetzung des Reiches; 2. hinreichende Macht der kaiserlichen Zentralregierung zur Handhabung einer starken Reichspolitik, mit scharfer Abgrenzung ihrer Befugnisse gegen die innere Selbstregierung der Einzelstaaten; 3. Anerkennung der österreichischen und preußischen Nebenländer als Nebenländer des Reiches selbst, unter dessen Schutz daher ihre Verbindung mit den genannten Staaten gestellt werden muß; 4. Aufhören Oesterreichs und Preußens als besonderer Großstaaten neben dem Reiche, also Verzicht auf das Recht abgesonderter Kriegführung." Die Ueberwindung des von Preußen zu gewärtigenden Widerstandes stellte sich Fröbel nicht sehr schwierig vor. „Man braucht nur bis auf einen gewissen Grad Preußen selbst die Initiative in der nationalen Reform nicht bloß zu überlassen, sondern zuzuschieben, um ihm den Rücktritt von seiner Beteiligung unmöglich zu machen. Sollte dann freilich, bei der Entscheidung über die Kaiserwürde, der offene und gewaltsame Bruch drohen, so müßte Oesterreich, wenn es nicht zur ultima ratio zu greifen entschlossen wäre, sich auf das Direktorium von drei Fürsten zurückziehen und durch die ernstliche und wirksame Förderung einer Vereinigung der Mittel- und Kleinstaaten Preußen zwingen, sich an der Dreiherrschaft zu beteiligen. Das großdeutsche Kaisertum müßte dann auf eine günstigere Gestaltung der Umstände warten. Mit der Triasidee darf aber, wegen dieser Möglichkeit, nicht gebrochen werden, da sie immer die Position bleibt, auf welche sich die großdeutsche Partei zurückziehen kann."

Obwohl Fröbel vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nach Wien berufen wurde, konnte er sich doch bald davon überzeugen, daß die Zügel der Regierung sich in Schmerlings Hand befanden. Graf Rechberg hätte für sich allein kaum eine selbständige politische Unternehmung wie die in Aussicht genommene Bundesreform durchführen können, er wurde durch Bedenklichkeiten und endlose Erwägungen von entscheidenden Handlungen abgehalten, schwankte zwischen den beiden Endpunkten der österreichischen Politik, der Bekämpfung Preußens und dem friedlichen Abkommen mit ihm, hin und her und war wehrlos gegen die ultramontanen Intriguen, die am österreichischen Hofe jede ehrliche und konsequente Haltung in was immer für einer Frage zu unterbrechen suchen,

---

[1]) Abgedruckt in Julius Fröbels „Lebenslauf" II. Bd.

weil ihre Meister nur mit der Schwäche der Regierenden zu rechnen gewohnt sind. Schmerling war der engherzige, kurzsichtige Nur-Oesterreicher, der er in Frankfurt gewesen war. Eine Rede Giskras, die sich mit Gagernschen Ideen beschäftigte und die Entstehung eines kleindeutschen Bundesstaates befürwortete, erregte in ihm den größten Unwillen. Er ging auf Fröbels großdeutsches Programm ein, obwohl er sehr gut wußte, daß gerade sein zentralistisch eingerichteter Gesamtstaat mit einem Reichsrat, dem auch Vertreter der Länder der ungarischen Krone angehören sollten, in dem Volkshause des reformierten Staatenbundes einen unorganischen Bestandteil bilden müßte, daß er, wenn er konsequent sein wollte, gleichzeitig mit den großdeutschen Plänen auch die Selbständigkeit Ungarns annehmen müsse. Ueber staatsmännische Logik hat der gewandte Jurist und Verwaltungsbeamte nicht verfügt, sonst hätte er die Bundesreform nicht in der Voraussetzung aufnehmen können, daß große Erfolge in Deutschland der Opposition der Ungarn den Atem entziehen müßten. Als Fröbel im September 1861 eine Reise antrat, um die Gründung einer großdeutschen Partei zu betreiben, war nicht Rechberg, sondern Schmerling sein Auftraggeber und Förderer.

Nachdem die erste Fühlungnahme Fröbels in Süd- und Norddeutschland nur ganz unbedeutende Ergebnisse gehabt hatte, seine Thätigkeit in Wien auch durch die Beteiligung an dem neuen Regierungsblatte „Der Botschafter", sowie an der Gründung der anglo-österreichischen Bank in Anspruch genommen worden war, erhielt er im Sommer 1862 neuerlich den Auftrag, seine großdeutschen Gesinnungsgenossen zu organisieren, damit man den Kleindeutschen doch auch in der Oeffentlichkeit Konkurrenz machen könne. Bei der aus diesem Anlasse am 7. und 8. September 1862 in Rosenheim veranstalteten Besprechung war er zu seinem eigenen Schaden so unvorsichtig, den im Dienste des Hauses Thurn und Taxis stehenden Freiherrn von Gruben unter die Teilnehmer aufzunehmen. Gerade dieser war der einzige, der sich des Zieles seiner Sendung vollkommen bewußt war, während die possierliche Mischung der anderen — darunter der vormärzliche Liberale und Dichter Anastasius Grün (Graf Auersperg), der ultramontane Welfe Onno Klopp, der radikale Professor Wuttke aus Leipzig — sich unmöglich einer Uebereinstimmung in ihren Absichten erfreuen konnte. „Mit der Beteiligung Grubens an der Rosenberger Zusammenkunft begann die Einmischung des durch jesuitischen Rat und eigenen Ehrgeiz getriebenen Hauses Taxis in die Leitung der Wiener Schritte durch unmittelbare Einwirkung auf den Kaiser." [1]) Nicht mehr Fröbel, nicht Rechberg oder Schmerling, sondern der fürstliche Güterdirektor Baron, später Graf Dörnberg, der Schwager des Kaisers Franz Joseph, Erbprinz Max von Thurn und Taxis, und der Vertrauensmann der Jesuiten im Ministerium des Aeußern, Hofrat von Biegeleben, waren von nun an die treibenden Elemente bei den Vorbereitungen für den Fürstentag, den Kaiser Franz Joseph im Juli 1863 nach Frankfurt berief. [2]) Der Verfassungsentwurf

[1]) Dieses Bekenntnis Fröbels erfuhr neuerlich eine sachkundige Bestätigung durch den Redaktionskollegen Fröbels beim „Botschafter", Friedrich Uhl, der seine Erinnerungen an die Schmerlingsche Regierung in einigen Aufsätzen der „Neuen freien Presse" in Wien niedergelegt hat (Juli 1903).

[2]) Die Geschichte der damit zusammenhängenden Intriguen und Komödien, die Fröbel

Biegelebens, der sich der Hoffnung hingab, nach dem großen Siege über Preußen der Nachfolger Rechbergs zu werden, wurde schließlich auch der Versammlung vorgelegt. Fröbel durfte nur mehr journalistische Dienste leisten und den Empfang des Kaisers in Süddeutschland und Frankfurt vorbereiten.

Herzog Ernst von Koburg war der erste von den deutschen Fürsten gewesen, der von dem großen Plane, den man in Wien ausgeheckt, Kenntnis erhielt. Dieser hatte nämlich, erschreckt durch die Schärfe des in Preußen ausgebrochenen Konfliktes, neuerdings eine Vermittlung zwischen Oesterreich und Preußen übernehmen zu sollen geglaubt, weil er von einem ernstlichen Schritte auf dem Gebiete der nationalen Politik eine Besserung der preußischen Zustände erwartete. Schmerling, an den er sich persönlich wandte, hatte ihn ziemlich kurz abgefertigt. Man brachte dem Protektor des Nationalvereins und Schützenfestredner in Wien begreiflicherweise nicht viel Vertrauen entgegen. Als der Herzog aber durch seinen Gesandten die Andeutung erhielt, man würde ihm vielleicht offener entgegenkommen, wenn er persönlich in Wien Bürgschaften seiner Loyalität gebe, entschloß er sich zu einem Besuche daselbst, zu dem eine Reise nach seinen österreichischen Besitzungen die Einleitung bieten mußte. Kaiser Franz Joseph empfing ihn mit größter Zuvorkommenheit und trat wiederholt in Erörterungen über die deutsche Frage mit ihm ein, wobei er die Ansicht aussprach, „daß man ohne Preußens Mitwirkung nicht leicht etwas thun und noch weniger etwas erreichen könne". „Der Kaiser schien unablässig auf dem Standpunkte stehen bleiben zu wollen," schreibt der Herzog, „welchen die Beziehungen der beiden Höfe seit so langer Zeit an die Hand gegeben hatten. Am wenigsten war von einer persönlichen Entfremdung zu bemerken, welche damals und später von dem Publikum vorausgesetzt worden ist und die man heute (1889) als eine Legende jener Jahre bezeichnen möchte." Schmerling war siegesgewiß, zog Vergleiche zwischen der gegenwärtigen Lage und seinem Reichsministerium und schmeichelte sich, nochmals in der alten Reichsstadt eine große Rolle spielen zu können. Die Hoffnung ging nicht in Erfüllung, weil weder Rechberg noch Kaiser Franz Joseph geneigt waren, ihn die erträumte Rolle spielen zu lassen.

Der Herzog, der ein zwar eitler, aber gutgesinnter nationaler Fürst, doch durchaus kein staatsmännisches Talent war, schied von Wien in der Ueberzeugung, daß die Verständigung der beiden Großmächte nicht nur möglich, sondern sogar nahe bevorstehend sei. Thatsächlich wurde der Versuch dazu im entscheidenden Augenblicke nicht in jenen Formen eingeleitet, die bei der Wichtigkeit des Unternehmens nicht hätten vernachlässigt werden dürfen, wenn man ein gemeinsames Vorgehen ernstlich anstrebte. Bismarck selbst hat bis an sein Ende die Ansicht vertreten, daß die Errichtung einer „gesamtdeutschen Union auf der Basis des Dualismus" möglich gewesen wäre, wenn er die vorbereitenden Verhandlungen für den Fürstenkongreß mit Rechberg hätte führen dürfen. Er begründet dies mit einer Charakteristik seiner persönlichen Beziehungen zu dem österreichischen Bundestagsgesandten in Frankfurt, die zwar erregte Scenen, einmal sogar eine

---

erzählt, gehört zu den wertvollsten Partien seines „Lebenslaufes". Man vergleiche übrigens auch die Bemerkung Beusts I, 330.

Duellforderung hervorgerufen, schließlich aber doch bei Rechberg ein festes Vertrauen in die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit seines preußischen Kollegen erzeugt hätten. „Unter einer dualistischen Spitze mit Gleichberechtigung Preußens und Oesterreichs," führt Bismarck in den einleitenden Bemerkungen zur Geschichte des Fürstentags aus, „wie sie als Konsequenz meiner Annäherung an Rechberg erstrebt werden konnte, würde unsere innere verfassungsmäßige Entwickelung von der Versumpfung in bundestägiger Reaktion und von der einseitigen Förderung absolutistischer Zwecke in den einzelnen Staaten nicht notwendig bedroht worden sein; die Eifersucht der beiden Großstaaten wäre der Schutz der Verfassungen gewesen. Preußen, Oesterreich und die Mittelstaaten würden bei dualistischer Spitze auf Wettbewerb um die öffentliche Meinung in der Gesamtnation wie in den einzelnen Staaten angewiesen gewesen sein, und die daraus entspringenden Friktionen würden unser öffentliches Leben vor ähnlichen Erstarrungen bewahrt haben, wie sie auf die Zeiten der Mainzer Untersuchungskommission folgten.... Aber die von Oesterreich mit Hülfe des Fürstentags von 1863 erstrebte Bundesreform würde für eine Rivalität zwischen Preußen, Oesterreich und dem Parlamentarismus geringen Raum gelassen haben. Die Vorherrschaft Oesterreichs in der damals beabsichtigten Bundesreform würde, auf Grund der dynastischen Befürchtungen vor Preußen und vor parlamentarischen Kämpfen, vermittelst einer dauernden und systematisch begründeten Bundesmajorität gesichert gewesen sein." Die Partei, von der das Programm für den Fürstentag aufgestellt worden ist, beabsichtigte nichts anderes, als die Begründung einer dauernden Vorherrschaft Oesterreichs in Deutschland, sie dachte nicht im entferntesten an die Herstellung eines „modus vivendi" zwischen den beiden Großstaaten, sondern nur an die Unterwerfung Preußens unter die katholische Großmacht, die das alte Kaisertum an Macht weit übertreffen sollte. Diese Partei war überzeugt von der Ueberlegenheit der österreichischen Militärmacht über die preußische trotz der Erfahrungen von 1859, weil sie an dem himmlischen Segen für den Sieg der katholischen Waffen gegen evangelische nicht zweifeln mochte. Der „schwarze Faden", der durch die Geschichte Oesterreich-Ungarns geht, hat im Sommer 1863 die Schritte des Kaisers Franz Joseph gelenkt, dem man jede wahrheitsgetreue Darstellung der Verhältnisse Preußens und der wahren Gesinnung der deutschen Mittelstaaten vorenthalten hat. Es durfte nicht zu vorbereitenden Auseinandersetzungen der leitenden Minister der beiden Großmächte kommen, weil sie voraussichtlich die „schwarzen Fäden" durchkreuzt hätten. Man inscenierte daher eine Ueberrumpelung.

Am 2. August stattete Kaiser Franz Joseph dem Könige von Preußen einen Besuch in Gastein ab, wohin dieser eben von Karlsbad gekommen war, und gab ihm in mündlicher Auseinandersetzung Kenntnis von den Vorschlägen, die er den deutschen Fürsten unterbreiten wolle. Er überreichte ihm auch eine Denkschrift, die zwar den Wortlaut des Verfassungsentwurfes nicht enthielt, dagegen alle Schritte, die Oesterreich und seine Anhänger im Bunde bisher gegen die preußischen Bestrebungen gerichtet hatten, ausführlich rechtfertigte und die Initiative zur Reform mit dem Hinweise auf die Erschütterung der Bundesverträge begründete. König Wilhelm „betonte vor allem die Notwendigkeit gewisser Vorarbeiten; ein erwünschtes Resultat sei nicht denkbar ohne ministerielle Beratung

über ein vollständig ausgearbeitetes Projekt, welches dann, vielleicht am 1. Oktober, dem Fürstenkongreß vorgelegt werden könnte". [1]) Bismarck, der den König nach Gastein begleitet hatte, wurde von diesem nach der ersten Begegnung mit dem Kaiser von dessen Vorschlägen in Kenntnis gesetzt, den Unterredungen der Monarchen wohnte kein Zeuge bei. Ihr Eindruck auf Wilhelm war günstiger, als Bismarck wünschen konnte; die persönliche Liebenswürdigkeit Franz Josephs hat in Wilhelm die sachlichen Bedenken gegen das ihm so unvermittelt beigebrachte Projekt völlig unterdrückt. Der Minister mußte seine ganze Kraft einsetzen, um die Zusage der Teilnahme an dem Fürstenkongresse zu verhindern. Franz Joseph ersuchte den König, ihm seine mündlichen Bemerkungen über die Bundesreform schriftlich nach Wien zu senden. Die Aufzeichnung erfolgte nach der Abreise des Kaisers noch am 3. August abends. Von der Berufung des Kongresses auf den 16. wurde darin dringendst abgeraten. „Denn die Fürsten könnten bis dahin sich auf eine so wichtige Entscheidung nicht gründlich vorbereiten und auch nach einer längeren Bedenkzeit scheine die notwendige Erwägung bei der Arbeitsfähigkeit eines so gestellten Kollegiums unmöglich. Es sei also eine vorbereitende Erörterung des Entwurfs durch eine Ministerkonferenz vorzuziehen, deren Ergebnisse dann durch eine Fürstenversammlung sanktioniert werden könnten." Die sofort angeschlossenen Abänderungsvorschläge bezogen sich auf die Zusammensetzung des Direktoriums und die Abgeordnetenversammlung, der nur das Recht der Meinungsäußerung bei der Gesetzgebung eingeräumt werden sollte.

König Wilhelm und sein Minister waren mit dem Schriftstücke noch nicht zu Ende, als ein kaiserlicher Adjutant die am 31. Juli angefertigte förmliche Einladung zum Kongreß für den 16. August überbrachte. Es war also alles bereits beschlossene Sache gewesen, ehe man Preußen um seine Meinung fragte, der Besuch Franz Josephs nur ein Akt der Höflichkeit und Freundschaft, kein politischer, von der österreichischen Regierung ausgehender Schritt. Wilhelm glaubte noch immer, man werde auf ihn hören. Ein am 4. früh morgens an Bismarck gerichtetes Billet beweist dies. „Was meinen Sie," schrieb der König, „ob es nicht gut wäre, dem Kaiser gleich zu telegraphieren, daß nach unserer Unterredung und dem heute erfolgenden Resumé derselben, ich das Schreiben vom 31. Juli als non avenu betrachtete und erwartete, daß ähnliche Schreiben daher nicht übergeben würden. So wäre es vielleicht noch möglich, die Uebergabe der Einladungen nach F. a. M. zu sistieren." Bismarck erreichte jedoch, daß die Absage schon am 4. expediert wurde, da ein Aufschub offenbar nicht mehr zu erreichen war. Eine erneuerte Einladung des Kaisers von Oesterreich wurde in demselben Sinne beantwortet, die Absage in zwei Depeschen an den preußischen Gesandten in Wien vom 13. und 14. ausführlich behandelt. In der letzten äußerte sich Bismarck: „Ich halte es der Würde meines Königs, meines allergnädigsten Herrn, nicht entsprechend, sich nach Frankfurt zur Entgegennahme von Vorschlägen in Bundesangelegenheiten zu begeben, über welche der Rat Preußens vorher nicht gehört ist und deren volle Tragweite Sr. Majestät erst in Frankfurt eröffnet werden soll. Um solche Fragen zur persönlichen Ent-

---

[1]) v. Sybel, Begründung des Deutschen Reichs, II, 545 u. ff.

scheidung der Monarchen frei zu machen, war es unerläßlich, sie vorher in diplomatischen Verhandlungen oder Ministerialkonferenzen zu erörtern. Ich weiß nicht, auf welche Erfahrungen die kaiserliche Regierung den in dem zweiten Promemoria (vom 7. Aug.) enthaltenen Ausspruch stützt, daß der Weg bloßer ministerieller Konferenzen sich noch jedesmals als unpraktisch erprobt habe und daß das schon so oft gescheiterte Experiment weitaussehender Beratungen begreiflicherweise nicht wiederholt werde. Unseres Wissens ist die Bundesreformfrage seit den Dresdener Konferenzen einer derartigen Beratung nicht unterzogen worden." Was die Reformvorschläge betrifft, so konnte der Minister vorläufig nur bezüglich der Delegiertenfrage den am 22. Januar im Bundestag vertretenen Entschluß wiederholen, „nur eine nach dem Verhältnis der Volkszahl der einzelnen Staaten aus direkten Wahlen hervorgehende Vertretung des deutschen Volks mit Befugnis zu beschließender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten anzunehmen". Dennoch ward es Bismarck nicht leicht, einen Umschwung in den Entschließungen seines Königs aufzuhalten, als der Fürstenkongreß zur Thatsache ward, als alle deutschen Regenten mit Ausnahme des von Lippe, Anhalt-Bernburg und Holstein unter begeisterter Zustimmung aller Stämme, die sich namentlich bei der Begrüßung des Kaisers Franz Joseph auf der Reise von Wien nach Frankfurt durch Zurufe und Huldigungsakte aller Art äußerte, sich in der alten Krönungsstadt um den Nachkommen der habsburgischen Kaiser versammelten.

Das deutsche Volk begrüßte den Fürstentag ganz allgemein als eine nationale That, als eine Anerkennung seines Verlangens nach Einheit und Macht durch die Regenten, und schwelgte in der Hoffnung, daß nun doch ein Werk geschaffen werden müsse, das nach dem Wunsche der Gesamtheit an die Stelle des verhaßten Bundestages gesetzt werden könne. Man hatte sich seit drei Jahren an Festreden deutscher Turner, Schützen und Sänger erquickt, man ließ sich von der nationalen Begeisterung tragen und war fest überzeugt, wie es heute noch so viele Deutsche in Oesterreich sind, daß auf die Gesinnung und die Begeisterung alles ankomme und daß mit dem guten Willen das Werk schon gegeben sei. Als nun der Kaiser von Oesterreich mit vier Königen und zwanzig Fürsten sich in eine Stimmung versetzten, die sich von der aller deutschen Patrioten wenig zu unterscheiden schien, da mußte Befriedigung und Hoffnung alle Herzen erfüllen. Preußens ablehnende Haltung wurde gar nicht hoch veranschlagt, weil man in allen liberalen Kreisen, von denen ja die Presse und die städtische Bevölkerung am meisten beeinflußt wurden, die Tage der gegenwärtigen preußischen Regierung für gezählt hielt, an den Sieg der Parlamentsmajorität, den Sturz Bismarcks, die Abdankung Wilhelms und an eine neue Aera unter der Regierung des Kronprinzen glaubte. Dieser galt für national und fortschrittlich, von ihm durfte man erwarten, daß er sich dem langersehnten Projekte der Bundesreform nicht entgegenstemmen werde. Selbst die nationale Fürstenpartei, die noch 1860 in Baden eine geschlossene Haltung eingenommen hatte, wurde durch die Macht des Augenblicks gesprengt, nur Friedrich von Baden, von Roggenbach kräftigst unterstützt, opponierte ehrlich gegen ein System, das nur auf die Majorisierung Preußens begründet werden konnte, während Herzog Ernst die Richtung verlor, weil er nicht unpopulär werden wollte. Populär aber waren in Frankfurt und in ganz Süd- und Westdeutsch-

land, ja selbst in einem nicht zu übersehenden Teile des Nordens damals der Kaiser von Oesterreich und seine Bundesgenossen.

In dem Reformprojekte, das Oesterreich in Frankfurt vorlegte, waren Elemente der verschiedensten Vorschläge zu finden, die seit der Wiederbelebung des Bundes gemacht worden waren, sein Grundgedanke bestand darin, die Vorherrschaft Oesterreichs in Deutschland durch die Begünstigung der Mittelstaaten zu sichern, Oesterreich und Baiern als katholische Hauptmächte dauernd aneinander zu ketten, die evangelischen Fürsten dagegen zu entfremden, indem Sachsen, Hannover und Württemberg durch ihren politischen und noch mehr dynastischen Ehrgeiz zur Trennung von Preußen gedrängt werden mußten. Es gab daher an erster Stelle ein Direktorium: der Kaiser von Oesterreich, die Könige von Preußen und Baiern und noch zwei Mitglieder, gewählt von jenen Staaten, die zusammen das 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps stellten. Dazu kam der alte Bundesrat, statt mit 17, mit 21 Stimmen, weil Oesterreich und Preußen je 3 Stimmen abzugeben hatten. Ging Preußen mit Oesterreich, dann konnten die Großmächte immer auf eine überwältigende Majorität rechnen; trennten sie sich, so galten die 3 Stimmen nicht mehr als eine, weil sie sich ja doch die Wage hielten. Der Vorsitz im Direktorium und im Bundesrat war Oesterreich vorbehalten; nur „im Falle der Verhinderung des österreichischen Bevollmächtigten geht der Vorsitz an Preußen über". Die Beschlüsse des Direktoriums werden immer mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, im Bundesrat wurden für eine Kriegserklärung die Zweidrittelmajorität, für Gesetzvorschläge, die eine Abänderung der Bundesverfassung in sich schließen, 17 Stimmen verlangt. Im Bundesrat wäre Preußen allerdings vor Majorisierung geschützt gewesen, da es doch auf 6—7 Stimmen unter allen Umständen zählen durfte, im Direktorium konnte es jedoch nur allzuleicht einer andersgesinnten Mehrheit gegenüberstehen. Dem präsidierenden Direktorialbevollmächtigten, also dem Vertreter Oesterreichs, waren Vollmachten eingeräumt, die ihn namentlich im Verkehre mit dem Auslande als den obersten Gewaltträger Deutschlands darstellten. Er hatte die Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben der fremdländischen Gesandten entgegenzunehmen, den schriftlichen und mündlichen Verkehr mit denselben auf Grund der Beschlüsse des Direktoriums und in dessen Namen zu vermitteln und die Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben der diplomatischen Bundesagenten zu vollziehen. Wenn er auf eine Majorität im Direktorium rechnen konnte, so beherrschte er die dem Direktorium unterstellte Militärkommission, er konnte sogar die Mobilisierung des Bundesheeres durchsetzen, sobald seine Regierung dies verlangte. Nebst Direktorium und Bundesrat sollte es noch eine Versammlung der Bundesabgeordneten und eine Fürstenversammlung geben. Erstere bestand aus Delegierten der Vertretungskörper aller deutschen Staaten, wovon Oesterreich und Preußen mit je 75 die Hälfte der Gesamtzahl aller Mandate, 300, zufiel. In Oesterreich wählte der Reichsrat aus seinen den deutschen Bundesländern angehörenden Mitgliedern. Die Versammlung, die nur jedes dritte Jahr im Mai zusammentreten mußte, erhielt das Recht beschließender Mitwirkung zur Ausübung der gesetzgebenden Gewalt des deutschen Bundes. Diese erstreckte sich auf Abänderungen der Bundesverfassung, auf die bestehenden

oder neu zu errichtenden organischen Einrichtungen des Bundes, auf den Bundeshaushalt und auf Feststellung allgemeiner Grundzüge für die Gesetzgebung der Einzelstaaten. Die Fürstenversammlung hatte am Schlusse jeder Abgeordnetentagung die Ergebnisse ihrer Verhandlungen in Erwägung zu ziehen und die endgültigen Beschlüsse über jene Anträge der Abgeordnetenversammlung zu fassen, die nicht der Zustimmung der Vertretungskörper in den Einzelstaaten bedürfen. Zu den Fürstenversammlungen erging die Einladung von Oesterreich und Preußen gemeinsam.

Die in Frankfurt versammelten Fürsten, denen dieser Entwurf eine geeignete Grundlage der Verhandlung zu sein schien, richteten eine Kollektiveinladung an den König von Preußen; König Johann von Sachsen brachte diese persönlich nach Baden-Baden. König Wilhelm hätte dem Drängen des hochverehrten Freundes vielleicht nicht zu widerstehen vermocht, wenn Bismarck nicht mit unerschütterlicher Festigkeit davon abgeraten hätte. Der König von Preußen ertrug es schwer, den Kaiser von Oesterreich allein an der Spitze aller deutschen Fürsten zu sehen, als diese sich eben bereit erklärten, das Verlangen der Nation nach Einheit zu erfüllen. Bismarck aber wußte, was dem König noch nicht vollends einleuchtend war, daß der Erfolg Oesterreichs vorübergehend sein werde, wenn Preußen sich kaltblütig von der ihm unannehmbar erscheinenden Reform ausschließe, und daß die Nation sehr bald erkennen müsse, daß sie durch die scheinbaren Konzessionen darin um ihr Recht getäuscht werden solle. Er kämpfte für seine Politik des passiven Widerstandes mit der ganzen Kraft seines Geistes und seines Temperamentes, es schlug die Mitternachtsstunde des 19. August, als sein Sieg entschieden war. Jetzt erst hatte König Wilhelm das Programm seines Ministers in seinem ganzen Umfange zu seinem eigenen gemacht. Man hat wohl die müßige Frage aufgeworfen, auf wessen Seite dabei das größere Verdienst zu suchen sei, dort, wo die Erkenntnis der entscheidenden Handlung entstand, oder dort, wo sich der Herrscherwille der fremden Erkenntnis fügte: die Geschichtschreibung hat keine Veranlassung, diese Frage zu beantworten; sie hat nur festzustellen, daß seit jener denkwürdigen Nacht die Bedeutung des preußischen Königtums eine großartige Steigerung erfahren hatte, daß in der preußischen Politik der Keim der deutschnationalen Politik erstanden war, die ein großer König durch die Hingebung und Kunst eines großen Staatsmannes zu Ereignissen gestalten konnte.

Herr v. Beust, der seinen König nach Baden-Baden begleitet hatte, hat einige von den Nachrichten, die Moriz Busch über Bismarcks Nervosität in den Stunden vor der Entscheidung mitgeteilt hat[1]), für unrichtig erklärt, er erinnerte sich nur an die Vorwürfe, die ihm Bismarck über eine beim Leipziger Turnfest gehaltene Rede gemacht hat; die gewaltige Erregung spiegelt sich am deutlichsten in der Reaktion ab, die sich in der Seele des Ministers unmittelbar darauf geltend machte. Am 28. August schrieb er an seine Frau: „Ich wollte, irgend eine Intrigue setzte ein anderes Ministerium durch, daß ich mit Ehren diesem ununterbrochenen Tintenstrom den Rücken kehren und still auf dem Lande

[1]) Moriz Busch, Unser Reichskanzler, Studien zu einem Charakterbilde, I. Bd. S. 392 u. ff.

leben könnte; die Ruhelosigkeit der Existenz ist unerträglich, seit zehn Wochen im Wirtshause Schreiberdienste und in Berlin wieder: es ist kein Leben für einen rechtschaffenen Landedelmann, und ich sehe einen Wohlthäter in jedem, der mich zu stürzen sucht." Die Verstimmung wich jedoch bald vor dem Gefühle der Ueberlegenheit, mit der Bismarck in den Kampf gegen die Frankfurter Kongreßteilnehmer eintrat. Diese hatten zwar mit erheblicher Anstrengung eine neue Fassung der Reformakte, selbstverständlich im Sinne der österreichischen zustande gebracht, aber eine Verpflichtung, für sie einzutreten, war nicht von allen Fürsten zu erreichen gewesen. Schon am 25. August sprach die Regierung von Baden in einer an den Grafen Rechberg gerichteten Note die Ansicht aus, es müsse festgehalten werden, daß keinerlei Verpflichtung auf den Inhalt der einzelnen Artikel der Reformakte übernommen worden sei, solange nicht ein Einverständnis unter allen Bundesfürsten und freien Städten erzielt sein werde, und in der Schlußsitzung vom 1. September legte der Großherzog eine Begründung seiner Ablehnung des von der Mehrheit der Fürsten angenommenen revidierten Entwurfes vor, in der namentlich die Regierung eines Direktoriums für unbrauchbar, dagegen die Herstellung des Einverständnisses der beiden Großmächte vor jedem Bundesbeschluß für unerläßlich bezeichnet wurde. Außerdem stimmten auch Schwerin, Weimar, Luxemburg, Waldeck, Reuß gegen die Annahme der Reformakte. Kaiser Franz Joseph schied von Frankfurt, wie wir aus einer Mitteilung des Großherzogs von Baden über die Unterredung beim Abschiedsbesuche wissen [1], mit der Ueberzeugung, daß sich der vorgeschlagene Bundesreformentwurf nicht werde durchführen lassen. Welchen Eindruck muß auf den Kaiser das Benehmen der Wiener und die Haltung der liberalen Presse gemacht haben, als man ihn bei der Rückkehr von Frankfurt als Sieger, ja als Wiederhersteller des deutschen Kaisertums begrüßte, als auch Schmerling und seine parlamentarischen Anhänger den Sturz der unmöglich gewordenen preußischen Regierung als nächste Folge erwarteten. Die Achtung vor der hohen Einsicht der Volksvertretung und vor dem Urteil der öffentlichen Meinung konnte durch die Wiener Demonstrationen nicht bestärkt werden, wohl aber gab die Unsicherheit der Lage den ultramontanen Einbläsern neuerlich Gelegenheit, im Kaiser falsche Vorstellungen von revolutionären Gefahren und von Pflichten der Abwehr hervorzurufen.

Die Meinungen über den Kongreß waren übrigens bei den fürstlichen Persönlichkeiten ebenso verwirrt, wie bei den politischen Parteien. Herzog Ernst beschwor den Kronprinzen von Preußen, seinen Einfluß zur Rettung Preußens aus dessen Isolierung aufzubieten, der Angerufene aber hatte eben selbst jede Verantwortung für die Politik abgelehnt, die sein Vater mit Bismarck einschlug, und mußte sich außer stande erklären, eine Aenderung derselben zu erreichen. Friedrich Wilhelm faßte den Frankfurter Fürstentag als eine Niederlage Preußens auf; er schrieb darüber am 6. September an den Koburger: „Das Faktum des zusammengetretenen Fürstentags ist an und für sich ein wichtiger Schritt vorwärts in den deutschen Einheitsbestrebungen, ferner hat Oesterreich den dauernden Vorteil errungen, der Stifter jenes Werkes zu sein. Preußen

[1] O. Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs S. 47.

hat in diesem Reformunternehmen alle günstigen Chancen des letzten Jahres vorübergehen lassen, und schließlich hat sein bald zwei Jahre dauernder innerer Konflikt dem Gegner das erwünschteste Mittel geboten, die Lösung der deutschen Frage dem natürlichen Vorkämpfer derselben abzunehmen und jene auf sein Schild zu schreiben." [1]) Auch klare Köpfe fanden sich damals nicht zurecht in dem Widerstreite nationaler Hoffnungen und Wünsche, bundesstaatlicher Bestrebungen und österreichischer Anerbietungen. Was die 300 Abgeordneten deutscher Staaten mit Ausschluß Oesterreichs, die sich als Rivalen der Fürsten am 21. und 22. August in Frankfurt zusammengefunden hatten, über die deutsche Frage äußerten, war noch weniger verwendbar als die österreichische Reformakte, und doch war Ludwig Häußer, der ausschließlich national fühlende, die Bedeutung Preußens nicht verkennende deutsche Geschichtschreiber, Referent und Antragsteller gewesen. Wie hülflos klingt der zweite Punkt des Beschlusses: „Der Abgeordnetentag kann nur von einer bundesstaatlichen Einheit, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 rechtlichen (!) Ausdruck gefunden hat, die volle Befriedigung des Freiheits-, Einheits-, Sicherheits- und Machtbedürfnisses der Nation hoffen; indessen ist der inneren und den äußeren Fragen gegenüber der Abgeordnetentag nicht in der Lage, zu Oesterreichs Entwurf sich lediglich verneinend zu verhalten." [2])

Um so höher ist der Entschluß König Wilhelms zu schätzen, der von allen Seiten angefeindeten, ja für unnational und für Preußen verderblich erklärten Politik Bismarcks zu folgen, seine kühnen Ratschläge ohne Wanken auszuführen. Dieser Entschluß ist an sich eine königliche That, eine Aeußerung jenes starken Willens, der die Größe der Könige ausmacht. Der am 4. September gefaßte Beschluß der Kammerauflösung war ein Beweis dafür, daß die Regierung auf ihrem Standpunkte gegenüber der liberalen Opposition beharre; der Kronprinz, der ihn bekämpft hatte, zog sich von den Ministerberatungen zurück. Am 15. September nahm der König den Bericht des Ministeriums über die Reformakte entgegen, in dem ihm empfohlen wurde, dem Entwurfe seine Zustimmung

---

[1]) „Aus meinem Leben" III. Bd. S. 355.

[2]) Theodor Bernhardi, damals noch ein Gegner der Bismarckschen Politik, da er ihren Schöpfer selbst zu wenig kannte, urteilte trotzdem sehr scharf über den Fürstentag. Sein Tagebuch (V. Teil) enthält 21. August die Bemerkung: „Immer deutlicher tritt hervor, daß es lediglich darauf abgesehen ist, die Streitkräfte ganz Deutschlands dem österreichischen Staat für den Fall eines Krieges dienstbar zu machen.... Deutschland soll, ohne es gewahr zu werden, in das austro-französische Bündnis [das nicht zustande kam — Anm. des Verf.] hineingezogen werden." Ganz besonders zutreffend ist Bernhardis Ansicht von der zu erwartenden Haltung der liberalen Parlamentarier: „Es ist nicht unmöglich, daß auf dem Abgeordnetentage dieser und jener Lust hat, auf die Vorschläge Oesterreichs einzugehen — die parlamentarische Eitelkeit kann die Leute dazu verleiten. Gerade wie eitle protestantische Theologen sich einbilden, wenn man nur der Kirche einen ganz freien Turnierplatz einräume, habe es gar nichts auf sich, wenn die katholische Kirche, wie sie das beständig fordert, jeder Kontrolle von seiten des Staats los und ledig wäre. Sie würden dann schon mit Rom fertig werden und Papst und Jesuiten aus der Welt hinausargumentieren und predigen —: gerade so können eitle Parlamentsredner bereit sein auf alles und jedes einzugehen, um nur ein deutsches Parlament zu erhalten. Sie bilden sich ein, wenn sie das erst haben, dann gibt sich alles andere von selbst; sie werden dann durch ihre Reden unerhörte Wunder bewirken."

zu versagen. Vor jeder weiteren Beratung desselben müsse das Recht der beiden Großmächte festgestellt werden, daß jede durch ihr Veto eine Kriegserklärung des Bundes verhindern könne. Außerdem verlange Preußen die Parität mit Oesterreich und die Ersetzung der Delegiertenversammlung durch eine „aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehende Nationalvertretung". Unverhohlen äußert Bismarck in diesem Berichte die Absicht, die preußische Führung eines deutschen Bundesstaates durch das deutsche Volk selbst zu sichern, „weil die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes wesentlich und unzertrennlich identisch seien mit denen des deutschen Volkes". Nicht nur Oesterreich, auch ein konservativer Staatsmann des parlamentarischen Musterstaates England, Lord John Russel, erblickte in diesem System eine Gefahr für die monarchische Staatsform: Bismarck verteidigte es in einer Depesche an den preußischen Gesandten in London vom 8. Oktober mit dem wiederholten Hinweise auf den Parallelismus der preußischen und deutschen Interessen: „Nicht die deutschen Regierungen, sondern das deutsche Volk im überwiegenden Teile hat mit uns gleiches Interesse: Preußen braucht ein Gegengewicht gegen die dynastische Politik der Regierungen und kann dasselbe nur in der Nationalvertretung finden."

Oesterreich glaubte, daß seine Zurückweisung der preußischen Vorbedingungen von allen Mittelstaaten nachgeahmt werden würde, Graf Rechberg versammelte seine Getreuen am 23. und 24. Oktober in Nürnberg mit der Absicht, daß hier der engere Bund unter Oesterreichs Führung ohne Preußen geschlossen werden könne, sah sich jedoch in seinen Erwartungen getäuscht, da hierzu weder Baiern, noch Hannover oder Sachsen geneigt war, der Koburger, den man „gefangen" zu haben vermeinte, überhaupt die Beteiligung an weiteren Reformarbeiten ohne Berücksichtigung der preußischen Ansprüche ablehnte. Der Unwille Rechbergs über die preußische Opposition, über die er sich in leidenschaftlichen Klagen erging, wurde nun einigermaßen aufgehoben durch den Aerger über den Abfall der Bundesgenossen, die nur so lange für Oesterreich in Liebe erglühten, als sie sich durch dieses gehoben sahen, und sofort die schwarzgelbe Fahne verließen, sobald sie die Befreiung vom preußischen Drucke mit Anerkennung der österreichischen Vorherrschaft bezahlen sollten. Als der österreichische Minister am 30. Oktober die preußischen Forderungen für die Bundesreform in einem weitläufigen Memorandum zurückwies, hatte das ganze Reformwerk für ihn bereits alles Interesse verloren und es bereitete sich auf dem Ballplatze eine Stimmung vor, die der Anwendung der Bismarckschen Politik auf praktische Fälle nicht abträglich war.

Der praktische Fall, bei dem sich die deutschen Großmächte verständigen mußten, wenn sie nicht das Schwert gegeneinander ziehen wollten, wurde durch die Ereignisse in Schleswig-Holstein gegeben. Man hat es oft als einen besonderen Glücksfall für Bismarck auslegen wollen, daß diese Ereignisse in einer Zeit eingetreten sind, in der es für ihn besonders wichtig war, daß Preußen und Deutschland noch durch etwas anderes als die galligen Reden im preußischen Landtage beschäftigt wurden, man hat finden wollen, daß der Kampf um

die Herzogtümer ihn von der Verlegenheit befreit hätte, einen Anlaß zum Bruche mit Oesterreich zu suchen, der den Ausgangspunkt seiner Erfolge bilden mußte. Es ist unstreitig, daß seine diplomatische Kunst in dem Dänenkriege und seinen Folgen einen sehr günstigen Nährboden gefunden hat, aber es darf wohl die Behauptung gestattet sein, daß es nicht gerade dieser Boden sein mußte, wo sie sich zu staunenerweckender Höhe entwickeln konnte. Irgendwo und irgendwie hätte sie sich immer bewährt und ungeschürzt wäre der Knoten nicht geblieben, der zerhauen werden konnte[1]). Immerhin aber wird von jeder Seite, die eine Beurteilung der staatsmännischen Leistungen Bismarcks unternimmt, zugestanden werden müssen, daß auch die schleswig-holsteinische Angelegenheit die allergrößten Anforderungen an den Geist und die Energie des Mannes gestellt hat und daß es viel leichter wäre, sich ein anderes Manövrierfeld für Bismarck als einen anderen preußischen Minister zu konstruieren, der mit dem Schicksale der meerumschlungenen Herzogtümer zugleich die deutsche Frage hätte lösen können.

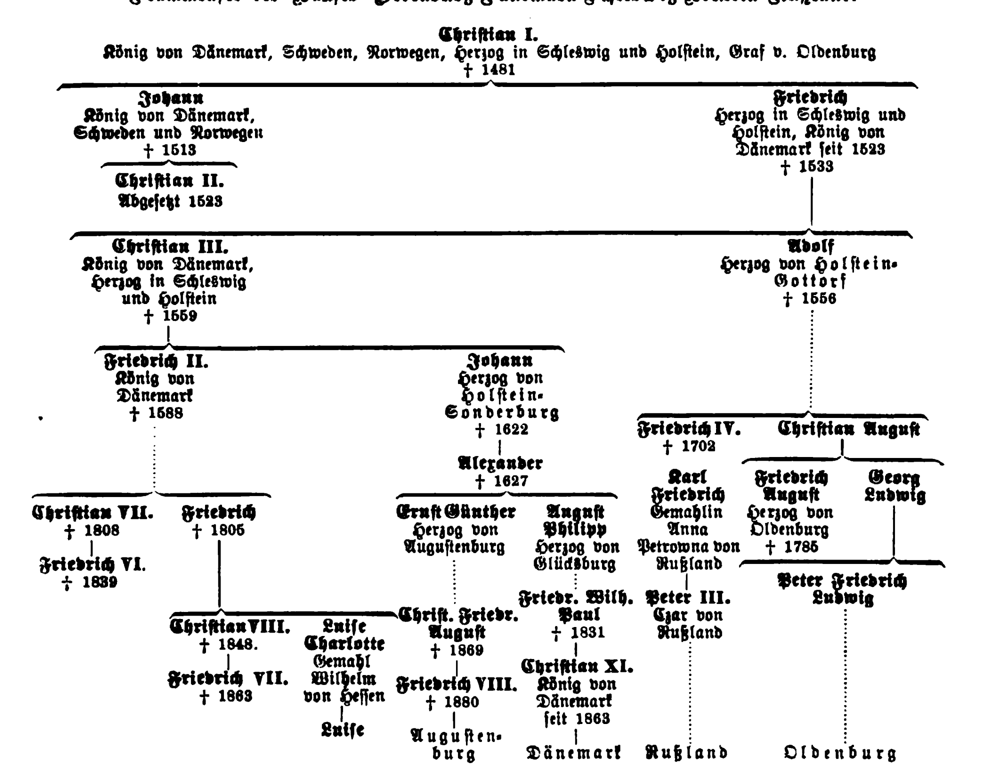
Die Schritte, die der deutsche Bund und die beiden Großmächte im Frühjahre 1862 unternommen hatten, um Verletzungen des Londoner Traktats und des darin anerkannten Staatsrechtes der Herzogtümer hintanzuhalten, waren nicht geeignet gewesen, die Dänen von der Unzweckmäßigkeit ihres Drängens nach Einverleibung Schleswigs zu überzeugen. Das Ministerium Hall gab ihm vielmehr in höchst unvorsichtiger Weise nach, löste Holstein aus dem dänischen Staatsverband los, machte dagegen durch das Staatsgrundgesetz vom April 1863 aus Schleswig eine dänische Provinz. Damit gab Dänemark die ihm so günstigen Abmachungen von 1851 und 1852 selbst preis und zwang den Bund zu Protesten und endlich zur Exekutionsdrohung, wenn in Holstein, als deutschem Bundeslande, nicht verfassungsmäßige, d. h. vom Landtage gebilligte Einrichtungen getroffen werden würden. Die dänische Regierung und der Reichsrat legten trotzdem das neue Grundgesetz am 13. November dem Könige Friedrich VII. zur Genehmigung vor. Dieser starb jedoch zwei Tage danach, ohne daß er den Verfassungsbruch vollzogen hatte. Nach der von den Mächten anerkannten Thronfolgeordnung hatte ihm Prinz Christian von Holstein-Sonderburg aus der jüngeren Linie Glücksburg, der mit Luise von Hessen, einer Nichte Christians VIII., vermählt war, zu folgen. (Siehe die Fußnote auf S. 263.) Er begann seine Regierung, entgegen seiner eigenen Neigung und Ueberzeugung den Drohungen des Ministers Hall nachgebend und dem Rate seiner Schwiegermutter folgend, mit der Unterzeichnung des verhängnisvollen Gesetzes (18. November). Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Ablehnung des Gesetzes ihm den Thron gekostet haben könnte, sein Leben war durch die in Seeland garnisonierenden schleswigschen Bataillone geschützt. Schon am 16. November hatte jedoch Erbprinz Friedrich von Holstein-Sonderburg aus der älteren Augustenburger Linie, dessen Vater gegen eine Geldentschädigung auf sein Erbrecht verzichtet hatte, sich als rechtmäßiger Herzog erklärt und mit einer Proklamation an die Schleswiger und Holsteiner seinen Regierungsantritt

[1]) Auch in dem Falle, den Max Lenz („Geschichte Bismarcks") in Erwägung zieht, daß die Krisis in Schleswig-Holstein drei Monate früher eingetreten wäre und Schmerlings Stellung dadurch eine gewaltige Stärkung erfahren hätte.

angekündigt. Robert v. Mohl, der Gesandte Badens am Bundestag, legte diesem die Anzeige darüber im Namen des Herzogs vor.

Das ganze liberale und nationalgesinnte Deutschland nahm sofort für die Augustenburgische Regierung und die Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark Partei, die Kammern der meisten deutschen Staaten forderten ihre Regierungen auf, in diesem Sinne am Bunde zu wirken. Der Herzog von Koburg stellte dem Augustenburger seine Residenz zum einstweiligen Aufenthalte zur Verfügung, wo sich auch sofort ein Zentralwehrkomitee für Schleswig-Holstein bildete, um die Errichtung einer Armee für den Augustenburger zu betreiben. Gemeindekollegien und Volksversammlungen verlangten in patriotischer Erregung die Wahrung der Rechte des bedrohten Bruderstammes durch einen Krieg gegen Dänemark. Am 19. November hatten sich trotz des Verbotes der dänischen Behörden 24 Mitglieder der holsteinischen Ständeversammlung in Kiel vereinigt, das Erbrecht Herzog Friedrichs anerkannt und eine Eingabe an den Bund um Schutz ihrer Verfassung beschlossen; aus allen Teilen des Landes erfolgten täglich Zustimmungen von Ständemitgliedern, städtischen Korporationen, Bürger- und Bauernversammlungen. Am 28. November fand die Verhandlung der schwebenden Frage in der Bundesversammlung statt. Zunächst versagte man dem dänischen Gesandten, der Christian IX. als Herzog von Holstein vertreten wollte, das Wort bis zur Anerkennung seiner Vollmacht, Anhalt meldete alte Ansprüche auf Lauenburg an und verlangte den Schutz des Bundes für sie; Sachsen, unterstützt von

Stammtafel des Hauses Oldenburg-Dänemark-Schleswig-Holstein-Rußland.



Württemberg, beantragte das Einrücken des für Holstein bestimmten Exekutionscorps in Holstein und Lauenburg, um diese Bundesländer bis zu dem Zeitpunkte besetzt zu halten, wo der Bund sich in der Lage sehen werde, dem von ihm als rechtmäßig erkannten Nachfolger die Bundesländer in eigene Verwaltung zu übergeben. Die beiden Großmächte aber gaben ein abweichendes Votum ab, das als ihr gemeinsames Programm in der Angelegenheit der Herzogtümer angesehen werden mußte.

Das Wort, das Rechberg in Nürnberg dem unbotmäßigen Vertreter Sachsens zugerufen haben soll: „Wenn ihr es so haben wollt, mit Preußen können wir uns auch verständigen“[1]), war rascher zur Wahrheit geworden, als der Minister damals ahnen konnte. Oesterreich konnte sich an der Störung der durch den Londoner Vertrag geschaffenen Verhältnisse nicht beteiligen, denn es hatte zuviel Interesse an der Aufrechthaltung der europäischen Traktate. Wenn es den Weg betrat, den der Bund und die große Mehrzahl des deutschen Volkes einschlagen wollte, konnte es Napoleon III. nicht mehr davon abhalten, einen neuen Kongreß in Paris zu veranstalten, der an die Stelle der Verträge von 1815 neue Vereinbarungen zu setzen hätte. Die Thronrede vom 5. November und eine gleichzeitige Einladung des französischen Imperators hatten seine Absicht deutlich enthüllt, die Entscheidung über die polnischen und italienischen Dinge dem europäischen Areopag zuzuschreiben, den er berufen und beeinflussen wollte. Daß Napoleon Oesterreich dafür bestrafen wollte, daß es ihm die Unterstützung der polnischen Revolution unmöglich gemacht und gleichzeitig die Stärkung seiner eigenen Macht in Deutschland durchzusetzen versucht hatte, darüber konnte auch Graf Rechberg nicht im unklaren bleiben und er mußte gewärtigen, daß Europa für die Angliederung Venetiens an das Königreich Italien eine Form finden werde, neben der sich die Fiktion eines österreichischen Besitzes nicht werde behaupten lassen. Sobald in Schleswig-Holstein an Stelle der Beschlüsse der Großmächte der Volkswille zur Geltung gebracht werden sollte, konnte dieselbe Praxis ebenso gut für Italien, ja vielleicht auch für Polen zur Anwendung kommen. Preußen hätte dann freilich vorläufig auf die Erwerbung der Herzogtümer verzichten müssen, es würde jedoch Gelegenheit zu den vielversprechendsten Allianzen gefunden haben, die insgesamt gegen Oesterreich gerichtet gewesen wären. Frankreich und Rußland waren dafür sofort zu haben. Herr v. Beust hat es nicht begriffen, oder hat sich wenigstens noch als Memoirenschreiber den Anschein gegeben, nicht begreifen zu können, daß Oesterreich nicht an der Spitze des Bundes den Londoner Signatarmächten den Handschuh hingeworfen und die von Napoleon so sehnlich gewünschte preußisch-französische Entente zur Notwendigkeit gemacht hat. Die fremde Intervention, die Bismarcks bewunderungswürdiges Geschick unmöglich gemacht hat, würde unbedingt eingetreten sein, wenn Oesterreich sich, wie Beust ihm zumutet, über das Londoner Protokoll hinweggesetzt hätte.

Die preußische Politik war seit Bismarcks Uebernahme der Geschäfte scharf vorgezeichnet. Der Minister hatte sie dem Großherzog von Oldenburg

---

[1]) Beust, a. a. O. I, 336. 348.

schon haarklein vorgelegt, als dieser im Frühjahr verlangt hatte, der Bund solle die Verträge von 1852, weil Dänemark sie gebrochen habe, für Deutschland unverbindlich erklären. „Die Verwerfung der Verträge würde," schrieb er, „in England den übelsten Eindruck hervorrufen und diese Macht auf die dänische Seite hinüberdrängen; dasselbe sei von Frankreich anzunehmen, und auch von Rußland wenigstens in dem Falle, wenn wir uns zugleich von dem Londoner Protokoll über die Thronfolge lossagten. Durch eine feindliche Haltung der Großmächte würde Deutschlands Stellung für die Zukunft verschlimmert, was bei der jetzigen Spannung der europäischen Lage doppelt bedenklich wäre." [1]) In demselben Sinne hatte Bismarck auch die im Oktober von England angebotene Vermittlung unter der Voraussetzung angenommen, daß Dänemark bereit sei, dem Bunde Genugthuung zu geben hinsichtlich des Anspruchs Holsteins und Lauenburgs auf ihre eigene Gesetzgebung und auf die Verwendung aller in den Herzogtümern erhobenen Gelder, und daß Dänemark weiter erkläre, daß es für die Lösung der internationalen Frage (Schleswig) die englische Vermittlung angenommen habe. Er wollte damit England den Anlaß zur Intervention nehmen, wenn sich durch Weigerung Dänemarcks, die von Preußen verlangten Bürgschaften zu geben, ein ernster Konflikt und der Anlaß zu Gewaltmaßregeln ergeben sollte.

Das dänische Ministerium Hall und die Majorität des Folkethings betrieben die Verfassungsänderung, mit der die Einverleibung Schleswigs begründet werden sollte, rücksichtslos und ohne diplomatische und militärische Vorsicht; die Warnungen Englands und Schwedens, auf deren Hülfe sie im Kriegsfalle rechnen zu dürfen glaubten, blieben gänzlich unbeachtet, der Versuch des Barons Blixen-Finecke, eines Schwagers Christians IX., mit Bismarck eine friedliche Auseinandersetzung der beiderseitigen Interessen einzuleiten, wurde als Landesverrat bezeichnet; aber auch die Vorbereitungen für den Krieg blieben weit hinter dem Programme des Kriegsministers Generals Thestrup zurück, sein Nachfolger, Oberst Lundbye, ging bei seinen Maßregeln von der felsenfesten Ueberzeugung aus, daß vor dem Frühjahre 1864 keine Feindseligkeiten zu erwarten seien. Man rechnete auf Seite der Eiderdänen mit den inneren Zwistigkeiten in Deutschland und mit der Unentschlossenheit der Bundesversammlung, die sich durch einen kräftigen Einspruch Englands von dem bewaffneten Einschreiten werde abhalten lassen. Lord Palmerston hat mit seinen leichtfertigen, verhetzenden Parlamentsreden nicht wenig dazu beigetragen, die Stimmen der ruhig erwägenden und von der Herausforderung der Deutschen abratenden Dänen zum Schweigen zu bringen. Je hitziger die Aktionspartei in Kopenhagen vorwärts ging, desto sicherer durfte Bismarck sein System verfolgen, denn er durfte mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß Dänemark selbst die Verträge beiseitesetzen und den deutschen Großmächten dadurch den Weg zur bewaffneten Intervention freigeben werde. Er hielt aber daran fest, daß die Erbfolgefrage nicht vorzeitig entschieden werde, deshalb weigerte er sich, die von der öffentlichen Meinung verlangte Anerkennung des Augustenburgers auszusprechen und für diesen die Herzogtümer zu okkupieren.

---

[1]) Nach Sybel III, 123.

Ein Schreiben an den König aus dem Dezember 1863 führt seine Schlußfolgerungen in knappster Form aus: „Wir können, wenn die dänische Verfassung am 1. Januar in Kraft tritt, nicht unthätig bleiben. Es bieten sich in diesem Falle drei Wege. Auf dem ersten würde man sich nach der Forderung der öffentlichen Meinung von dem Londoner Vertrag lossagen und mit gesamter Heeresmacht in Schleswig einbrechen. Das wäre offener Krieg, und zwar Bundeskrieg, und lediglich der Ausgang des Kampfes entschiede über das Schicksal der Herzogtümer; aber allerdings würden wir dabei mit den Großmächten und insbesondere mit England in gefährliche Spannung geraten. Der zweite Weg bestände in der Lossagung vom Londoner Protokoll ohne den Beginn einer kriegerischen Aktion. Dann möchte der Bund Entschluß über die Erbfolgefrage fassen, und wenn er für Augustenburg entscheide, den Prinzen im Bundeslande Holstein einsetzen. Aber Schleswig bliebe dann schutzlos, denn hier haben wir kein anderes Recht der Einmischung als aus den Verträgen von 1852, die mit unserer Lossagung vom Londoner Protokoll unsererseits zerrissen wären. Zur Prüfung des Erbrechts auf Schleswig wäre der Bund inkompetent, und wäre auch Augustenburgs Anrecht unbestreitbar, so wäre der Bund nicht verpflichtet, einem deutschen Fürsten ein außerdeutsches Land zu erobern; sonst hätte er Neuenburg für Preußen, Toskana für Oesterreich behaupten müssen. Dieser Weg würde also nur bis zur Eider führen, wenn man nicht einfach eine von allen Mächten als rechtlose Aggression ausgelegte Erklärung der Eroberung zu Hülfe nähme ... Bleibt der dritte Weg. Oesterreich und Preußen äußern sich gar nicht über den Londoner Vertrag, sondern gehen zur Aktion über, um die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen von 1852 zu erzwingen. Also am 1. Januar ein Ultimatum dieses Sinnes, vom Bunde, oder wenn dieser nicht will, von beiden Mächten, oder auch gar kein Ultimatum und sofortiges Einrücken, um das Streitobjekt, dessen Dänemark sich eben bemächtigen will, dem Gegner zu entziehen. Das wäre Krieg mit Dänemark, welcher dann rasch und energisch zu führen wäre; die anderen Mächte hätten dabei keinen Titel zur Einmischung; höchstens Schweden käme vielleicht in das Feld. Unsere Stellung in der Konferenz würde durch den Besitz des Streitobjekts nicht ungünstiger werden."

Als der preußische Minister seine Ansichten über die weitere Entwickelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten in dieser Klarheit seinem Könige auseinandersetzte,[1]) war er bereits sicher, daß Oesterreich mit inniger Befriedigung auf die Seite Preußens treten werde. Am 24. November war er mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, dem Grafen Alois Karolyi, übereingekommen, beim Bundestage die sofortige Ausführung der bereits vor dem Tode König Friedrichs wegen der Verfassung beschlossenen „Exekution" zu beantragen, durch welche die „Okkupation", wie sie die Mittelstaaten unter Baierns und Sachsens Führung verlangten, vorläufig beseitigt würde. Es war für Oesterreich ganz unmöglich einen anderen Standpunkt einzunehmen, nachdem es seine Reform-

[1]) Was Bernhardi (V. 224 u. ff.) über Bismarcks Stellung zum Könige im Dezember in Berlin gehört hat, scheint nicht von den besten Quellen ausgegangen zu sein. Zu Bismarcks eigenen Mitteilungen und Sybels Darstellung stimmt es nicht.

aktion im Bunde hauptsächlich mit der Notwendigkeit begründet hatte, revolutionären Angriffen auf die Bundesverfassung zuvorzukommen. Wie sollte es jetzt die von den Großmächten selbst vereinbarte Thronfolge Christians IX. in Frage stellen?

Kaiser Franz Joseph empfand heftigen Unwillen gegen die deutschen Bundesgenossen, denen er auf dem Fürstentage so weitgehende Zugeständnisse gemacht hatte, als sie ihm jetzt in Uebereinstimmung mit den Volksagitatoren eine Politik zumuteten, die im schreiendsten Widerspruche mit allen von ihm bisher verfochtenen Tendenzen stand. Er erblickte in der Haltung Preußens ein Entgegenkommen, das ihn um so mehr befriedigen mußte, je weniger er nach den Ereignissen von Frankfurt und Baden-Baden darauf vorbereitet sein konnte. Obwohl Rechberg ursprünglich gehofft hatte, allen militärischen Verpflichtungen ausweichen zu können, mußte er jetzt, den Intentionen des Kaisers folgend, seine Bereitwilligkeit äußern, Reserven für die Bundesexekution beizustellen, die Oesterreich und Preußen in einer identischen Note am 4. Dezember beim Bundestage neuerlich beantragt hatten. Durch Hinzutritt von Hannover, Kurhessen, Mecklenburg, Oldenburg, die 16. und 17. Kurie erlangten die Großmächte bei der Abstimmung am 7. Dezember die Mehrheit und setzten mit ihr den Beschluß durch, daß Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover mit der Durchführung der am 1. Oktober beschlossenen Exekution beauftragt wurden. Am 12. Dezember ließen die vier Regierungen Dänemark die Aufforderung zugehen, binnen 7 Tagen Holstein zu räumen.

Dem entflammten Deutschland erschien der Vorgang am Bundestage als Preisgebung der nationalen Sache, als ein neuer auf die Unterdrückung des Volkswillens abgesehener Streich der durch Bismarck vertretenen preußischen Junkerpartei, die sich nun mit dem ultramontan-konservativen Oesterreich verbündet habe. Die meisten Kammern bestanden auf der Anerkennung des Augustenburgers als Herzog der untrennbaren Lande und auf Besetzung derselben durch den Bund. Eine Volksversammlung in Augsburg forderte den König von Baiern auf, das deutsche Volk gegen die Dänen zu führen; 491 Abgeordnete deutscher Staaten, darunter 109 Baiern, 49 Württemberger, 47 Preußen, 43 Badener, 7 Oesterreicher, beschlossen in Frankfurt einstimmig eine Erklärung, daß der Tod Friedrichs VII. die Verbindung der Herzogtümer mit Dänemark gelöst habe, daß der Londoner Vertrag kein Erbrecht Christians IX. begründe, hingegen Friedrich von Augustenburg zur Erbfolge berufen sei. Sie übernahmen zugleich die Verpflichtung, mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln in ihrem Wirkungskreise dahin zu streben, daß die Anerkennung des Herzogs Friedrich durch den Bund erwirkt und ohne Rücksicht auf fremden Einspruch die Trennung der Herzogtümer von Dänemark vollzogen werde. Die Mehrheit der Versammlung setzte auch trotz des Widerspruches hervorragender baierischer und österreichischer Abgeordneter einen Zentralausschuß von 36 Mitgliedern „als Mittelpunkt der gesetzlichen Thätigkeit der deutschen Nation für Durchführung der Rechte Schleswig-Holsteins und ihres Herzogs Friedrich" ein.

Das Abgeordnetenhaus des preußischen Landtages benützte die nationale Frage zur Unterstützung ihrer *Angriffe gegen das Ministerium Bismarck*, weil dies ihm nicht liberal und konstitutionell genug war. Es bedarf einer

besonderen Zurückhaltung, um bei der Schilderung des parlamentarischen Kampfes in Preußen nicht zum Satyriker zu werden, denn selten hat die mit so viel emphatischem Selbstlob sich darstellende freiheitliche Gesinnung und politische Weisheit durch das Volk berufener Staatsmänner sich so rasch als hartnäckige Verblendung erwiesen, wie in der sogenannten preußischen Konfliktszeit. Aber die Erfahrung, die damals erworben wurde, ist zu wertvoll, als daß man durch Spott und heitere Behandlung die Aufmerksamkeit von ihr ablenken dürfte, die Erfahrung nämlich, daß es für die Politik keine unpassendere Vorbereitung gibt, als die Beschäftigung mit staatswissenschaftlichen Theorien, vor allem mit den Konstruktionen des sogenannten bürgerlichen Liberalismus. Wer die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses von 1863—1866 liest, empfindet tiefes Mitgefühl mit jenen ehrenvollen Männern, die auf dem Gebiete ihres Berufes vielfach Tüchtiges geleistet, ja — wie ein Virchow — der Menschheit neue Erkenntniswerte geschaffen haben, in den Zeiten jedoch, in denen die größte That der neueren deutschen Geschichte vorbereitet wurde, einer beklagenswerten Verirrung verfallen waren und mit beschämender Heftigkeit und mit allem Aufgebot ihres dilettantischen Könnens diese zu verhindern bestrebt waren. Für die Lehre vom staatlichen Leben und von den politischen Kräften bietet die Geschichte der preußischen Parlamentsdemokratie eine unerschöpfliche Sammlung lehrreichster Beispiele.

Nachdem Bismarck am 1. und 2. Dezember alle möglichen Aufklärungen über den von ihm als richtig erkannten Gang der preußischen Diplomatie gegeben hatte, brachte der Finanzminister Karl v. Bodelschwingh am 9. Dezember eine Gesetzesvorlage zur Aufnahme einer Staatsanleihe von 12 Millionen Thalern ein. Das Abgeordnetenhaus antwortete darauf mit einer Adresse an den König, in der die landläufigen Forderungen des Zurücktretens vom Londoner Vertrag und der sofortigen Einsetzung des Augustenburgers in Schleswig-Holstein erhoben wurden. Der Minister versuchte in einer Reihe von Reden, die heute als Meisterwerke anerkannt werden, auf den Denkprozeß seiner Gegner, die schon zu persönlichen Feinden geworden waren, einzuwirken. Er legte ihnen nahe, daß auch die liberalste Regierung im gegenwärtigen Augenblicke nicht mehr über den Zweck der Anleihe sagen könne, als bereits geschehen sei, daß die Zumutung, Preußen wolle durch Anklammerung an den Londoner Traktat seiner Bundespflichten ledig werden, nicht die geringste Berechtigung habe, er sagte ihnen offen: „Unsere Politik ist eine andere, sie ruht auf dem von Ihnen im Adreßentwurfe citierten Ausspruch Seiner Majestät, daß kein Fuß breit deutscher Erde verloren gehen solle, und daß ebenso kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden solle." Den Weg dazu richtig zu wählen, sei ausschließlich Sache der Exekutive. „Eine Versammlung von 350 Mitgliedern kann heutzutage die Politik einer Großmacht nicht in letzter Instanz dirigieren wollen, indem sie der Regierung ein Programm vorschreibt, welches in allen Stadien der ferneren Entwickelung der Sache befolgt werden solle." Den abfälligen Bemerkungen über seine diplomatische Thätigkeit setzte er die Erwägung entgegen, „daß dem Auge des unzünftigen Politikers jeder einzelne Schachzug im Spiel wie das Ende der Partie erscheint und daraus die Täuschung hervorgeht, daß das Ziel wechsle." Als Virchow, der Professor der

Anatomie, den Wunsch aussprach, der Ministerpräsident möge unter den Diplomaten Europas eine ähnliche anerkannte Stellung finden, wie er, Virchow, sie unter seinen Spezialkollegen gefunden habe, war Bismarck höflich genug, diesen Wunsch zu dem seinigen zu machen; aber er setzte hinzu: „Wenn der Herr Vorredner sich aus seinem Gebiete entfernt und auf mein Feld unzünftig übergeht, so muß ich ihm sagen, daß über Politik sein Urteil ziemlich leicht für mich wiegt. Ich glaube wirklich, meine Herren, ohne Ueberhebung, die Dinge verstehe ich besser. Der Herr Vorredner hat gesagt, mir fehle das Verständnis für die nationale Politik; ich kann ihm den Vorwurf nur mit der Unterdrückung des Epithetons zurückgeben. Ich finde bei dem Herrn Vorredner Verständnis für Politik überhaupt nicht. Dieses Verständnis ist gewiß auch in anderen Ländern nicht weiter verbreitet, als bei uns, aber es findet sich in anderen Parlamenten doch selten dieser Grad von Entschlossenheit im Bilden und Aussprechen von Ansichten gepaart mit demselben Maße von Unkenntnis der Dinge wie bei uns."

Der König konnte auf den Inhalt der Adresse nicht eingehen, er mahnte das Abgeordnetenhaus „im Hinblick auf die unaufhaltsame Entwickelung der Thatsachen" zur Bewilligung der Mittel, mit denen Preußen seine Bundespflichten erfüllen wolle; Bismarck stellte in der Kommission in Aussicht, daß die Regierung diese Mittel, wenn sie ihr nicht verfassungsmäßig bewilligt werden, dort nehmen müsse, wo sie zu bekommen seien, er legte eingehend die Unmöglichkeit dar, von den Verträgen mit Dänemark und den Großmächten einfach abzusehen, die Anleihe wurde trotzdem am 22. Januar 1864 mit 275 gegen 51 Stimmen verworfen. In der vorausgehenden Debatte hatte Virchow den für einen Naturforscher seltsamen Einfall, von Bismarck zu sagen, er sei jetzt dem Bösen verfallen und werde von ihm nicht mehr loskommen, Schultze-Delitzsch warf dem Ministerium vor, es wolle von Deutschland nichts wissen, Graf Schwerin-Putzar erklärte die Haltung des Ministeriums aus seiner Furcht vor der Demokratie. Bismarck parierte als unvergleichlicher Schläger auf dem parlamentarischen Mensurboden jeden Hieb der immer hitziger angreifenden Fechter aller feindlichen Lager. Eine Reihe seiner denkwürdigen Aussprüche stammen aus der Zeit, wo der Eine Mann gegen radikale Burschenschafter und trotzig-konservative Corpsleute das Feld siegreich behauptete. Schultze-Delitzsch erwiderte er: „Es muß ein eigentümlicher Zauber in dem Worte ‚Deutsch' liegen. Man sieht, daß jeder das Wort für sich zu gewinnen sucht, und jeder das ‚Deutsch' nennt, was ihm nützt, was seinem Parteistandpunkt Vorteil bringt, und damit nach Bedürfnis wechselt. So kommt es, daß man in manchen Zeiten es ‚deutsch' nennt, gegen den Bund sich aufzulehnen, in anderen Zeiten das für ‚deutsch' gilt, für den fortschrittlich gewordenen Bund Partei zu nehmen. So kann es leicht geschehen, daß uns vorgeworfen wird, daß wir von Deutschland nichts wissen wollen aus Privatinteressen. Ich kann diesen Vorwurf Ihnen mit vollem Rechte zurückgeben. Sie wollen von Preußen nichts wissen, weil es Ihrem Parteistandpunkte, Ihrem Parteiinteresse nicht konveniert, weil es Ihnen konveniert, Preußen entweder nicht oder als Domäne des Nationalvereins bestehen zu lassen." In dem Kampfe, der jetzt im Abgeordnetenhause geführt werde, handle es sich um einen Kampf über die Herrschaft Preußens zwischen dem Hause der Hohenzollern und dem Hause

der Abgeordneten. Aus dem Kommissionsberichte wies er dies nach, als man seine Behauptung lächerlich fand; die Kammermajorität mache das Recht der Krone über Krieg und Frieden in dürren Worten von ihrem Votum abhängig, sie fordere, daß der König auf ihr Geheiß einen Eroberungskrieg führe, um Schleswig für den Herzog von Augustenburg zu gewinnen. Wenn die Minister das Vertrauen der Kammer erwerben wollten, so müßten sie aufhören, Minister des Königs von Preußen, sie müßten Parlamentsminister sein. Dazu, hoffe er bei Gott, werden sie nicht kommen! Der „rocher de bronze", als den Friedrich Wilhelm I. einem gegen die Grundsteuer sich auflehnenden ostpreußischen Gutsbesitzer seine Souveränität bezeichnet hat, stehe noch fest; er bilde das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhmes, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums. Als der Abgeordnete Waldeck die erste und wichtigste Aufgabe dieses Königtums in dem Kampfe gegen das Junkertum fand, ging der Minister darauf ein. „Was verstehen Sie eigentlich unter Junkertum?" fragte er. „Ich will den Begriff nicht erschöpfen, aber ich glaube, unzertrennbar davon ist die Idee von der Ueberhebung in Ansprüchen auf Einfluß und Herrschaft, welche gesetzlich nicht begründet sind, oder der Mißbrauch der Privilegien, die einem gesetzlich zukommen, in diesem Sinne gibt es aber auch ein parlamentarisches Junkertum; — die Kasten sind wandelbar, sie gehen unter und es bilden sich neue — und wenn ein solches parlamentarisches Junkertum, wie ich behaupte, sich gebildet hat, so sehe ich auch dessen Bekämpfung als eine der wesentlichsten Pflichten der preußischen Krone an."

Während der parlamentarische Streit von Bismarck nicht ohne eine gewisse Freudigkeit geführt wurde, denn er entsprach seinem persönlichen Geschmacke und förderte ihn wesentlich in seinen Beziehungen zu den Großmächten, litt er schwer unter Gegenströmungen bei Hof, ganz besonders aber an der Sympathie des Königs für den Augustenburger. Wir erfahren dies aus der Korrespondenz mit Roon, der sich alle Mühe geben mußte, die Verstimmung zu beseitigen, die sich des Freundes bemächtigt hatte.[1]) Sie war um so begreiflicher, als die preußische Politik eben einen großen Vorteil gewonnen hatte. Die Umtriebe Napoleons bei den deutschen Mittelstaaten, die er für seine Kongreßidee gewinnen zu können hoffte, hatten Oesterreich zu noch engerem Anschlusse an Preußen veranlaßt und den Kaiser Franz Joseph bestimmt, in die Punktationen über das gemeinsame Vorgehen vom 16. Januar 1864 eine in Berlin formulierte Bestimmung aufzunehmen, die auch eine endliche Trennung Schleswigs von Dänemark ermöglichte. Man war bereits einig, von Dänemark die Aufhebung der neuen Verfassung binnen 48 Stunden zu verlangen und im Weigerungsfalle Schleswig durch österreichische und preußische Truppen besetzen und, mit Fernhaltung aller Demonstrationen zu Gunsten des Augustenburgers, durch Zivilkommissäre verwalten zu lassen. Weiter hieß es nun: „für den Fall, daß es zu Feindseligkeiten in Schleswig käme und also die zwischen den deutschen Mächten

[1]) Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" (Stuttgart, Cotta, 1901) II, 358 und „Bismarck-Jahrbuch" III, 262. Damit zu vergleichen Th. Bernhardis Bericht über seine nächtliche Konferenz mit dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen während der Fahrt Gotha-Weimar am 22. Dezember.

und Dänemark bestehenden Vertragsverhältnisse hinfällig würden, behalten die Höfe von Oesterreich und Preußen sich vor, die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur im gegenseitigen Einverständnisse festzustellen. Zur Erzielung dieses Einverständnisses werden sie eintretendenfalls die sachgemäßen weiteren Abreden treffen. Sie werden jedenfalls die Frage über die Erbfolge nicht anders als in gemeinsamem Einverständnis entscheiden."

Mit dieser scheinbar unverfänglichen, naturgemäßen Abmachung konnte Bismarck darauf ausgehen, die Herzogtümer endlich für Preußen zu erwerben. Vorläufig wollte aber nicht einmal König Wilhelm davon hören. Der Widerstand Oesterreichs schien nicht unüberwindlich. Man konnte annehmen, daß es sich mit dieser Aussicht selbst schon vertraut gemacht habe. Die Gegenleistung war in der Garantie Venetiens durch Preußen gegeben. Dänemark that alles, um Oesterreich zur sofortigen Anwendung der Punktationen zu nötigen. Die Gesandten von England und Rußland hatten im Dezember 1863 die stärksten Pressionsmittel angewendet, um die Aufhebung der Novemberverfassung zu erreichen; sie zwangen zwar Hall zum Rücktritt, sein Nachfolger Bischof Monrad war jedoch ebensowenig, als er, zu einem Zugeständnisse im Punkte der Verfassung geneigt. König Christian, der für seine Person gerne den Krieg vermieden hätte, befand sich in der Gewalt der Eiderdänen, die noch immer nicht an den Ernst der beiden deutschen Großmächte glauben wollten. Für diesen aber sorgte Bismarck. Am 14. Januar wurde am Bundestag über den Antrag Oesterreichs und Preußens abgestimmt, Dänemark solle zur Aufhebung der den Traktaten widersprechenden Verfassung aufgefordert, im Falle seiner Weigerung solle Schleswig vom Bunde als Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderungen besetzt werden. Er erhielt nur 5 Stimmen. Darauf gaben die beiden Regierungen die Erklärung ab, daß sie als Mitzeichner der Verträge von 1851/52 wegen der großen Dringlichkeit der Sache die Geltendmachung der Rechte des Bundes selbst in die Hand nehmen. Trotz des Protestes der Könige, die sich auf einmal von den Großmächten beiseitegesetzt sahen, ging die Sommation an Dänemark ab. Sie wurde am 18. Januar ablehnend beantwortet. Am 19. begann der Einmarsch der preußischen Truppen, die zur Besetzung Schleswigs bestimmt waren, in Hamburg, Lübeck und Holstein, die österreichischen wurden über Breslau und Berlin in Marsch gesetzt, da Baiern und Sachsen den Durchzug weigerten, auch die Volksstimmung feindselige Demonstrationen gegen sie erwarten ließ.

Eine der überraschendsten Frontveränderungen war von den deutschen Bundesstaaten vollzogen worden. Die Frankfurter Bundesgenossen des Kaisers Franz Joseph, die sich kaum hatten davon abhalten lassen, ihm den deutschen Kaisertitel anzutragen, waren innerhalb fünf Monaten dessen Widersacher geworden und überlegten, ob sie nicht mit den Waffen seine Truppen an der Ausübung eines ihnen im Interesse Deutschlands erteilten Auftrages hindern sollten; das enfant terrible von Gastein und Baden-Baden aber führte die verlassene Präsidialmacht, die von der Gleichstellung der beiden deutschen Großmächte nichts hatte wissen wollen, als Kriegskameraden an die Eider, damit sie ihm in aller Form Rechtens das Herzogtum Schleswig erobern helfe.

Dänemark versammelte im Januar 1864 eine Streitmacht von 37 000 Mann in Schleswig, nachdem es das deutsche Bundesland Holstein vor den einmarschierenden Bundestruppen geräumt hatte. Es waren 3 Armeedivisionen aus je 12 Infanteriebataillonen, 2 Schwadronen und 2 Batterien (16 Geschützen) gebildet worden, dazu kam eine Kavalleriedivision von 18 Schwadronen und 1 Batterie, eine Infanteriereserve von 8 Bataillonen, eine Geschützreserve von 48 Geschützen. Die dänische Kriegsverwaltung rechnete seit 1858 mit der Notwendigkeit einer Verstärkung der Danewerke, weil es eine andere Verteidigungsstellung gegen eine aus Holstein zum Angriff vorgehende Macht nicht gab; sie hatte daher vom Reichsrate bedeutende Summen zur Verbesserung und Vervollständigung dieser uralten Befestigungen verlangt, aber erst 1861 eine Geldbewilligung erhalten, die 1863 angesichts der bedrohlichen Lage des Landes erhöht wurde, viel zu spät, um die beabsichtigten Pläne noch ausführen zu können. Es wurde zwar eine große Zahl neuer Schanzen von bedeutender Höhe erbaut, am wirkungsvollsten blieben trotzdem die Wasserwerke zur Herstellung von Ueberschwemmungen, namentlich am rechten Flügel der ganzen Linie, an der Treene und bei Friedrichstadt.[1]) Man wußte sehr gut, daß die Danewerke nur eine „Sommerstellung" darboten, daß die langgestreckte Verteidigungslinie mehr Truppen zur Besetzung erforderte, als man besaß, daß man daher einer überlegenen Macht dort nicht die Stirne bieten dürfe, weil eine entscheidende Niederlage die Aufreibung der Armee nach sich ziehen könne. Wichtiger als die Danewerke waren die Düppeler Schanzen gegenüber der Insel Alsen und Fredericia in Jütland, „Brückenköpfe für die dänischen Inseln", auf denen die dänische Armee sich jederzeit ungestört sammeln und zu einem Ausfalle vorbereiten konnte, der die lange Operationslinie des nach Jütland vorbringenden Feindes in der rechten Flanke treffen mußte. Der Verlauf des Krieges hat erwiesen, daß die vollständige militärische Niederwerfung Dänemarks gerade deshalb lange hinausgeschoben werden konnte, weil die Verbündeten die Mittel zur Landung auf den Inseln nicht auftreiben konnten. Moltke hat schon in dem Operationsentwurf vom Dezember 1862 den Fall erwogen, daß eine deutsche Armee nicht diesseits des Sunds oder spätestens bei Flensburg die dänische erreichen, festhalten und vernichten könne. Dann, meint er, „werden sie genötigt sein, vor Düppel und Fredericia dem Feinde gleiche Truppenstärke stehen zu lassen, während in Jütland diejenigen Maßregeln getroffen werden, welche als Kompensation für die unserem Handel und unseren Häfen drohenden Nachteile und als Compelle für die dänische Regierung dienen können."[2])

Die verbündeten deutschen Großmächte hatten vereinbart, mit 3 Armeecorps die Besetzung von Schleswig zu erzwingen, zwei preußischen und einem österreichischen. Die 6. Division vom III. (brandenburgischen) Corps und die 13. vom VII. (westfälischen) bildeten samt den entsprechenden 2 Kavalleriebrigaden das I. Corps: 25 Bataillone, 25 Eskadronen, 15 Batterien, 2 Pionier-

[1]) Von neueren Werken wurden für diesen Feldzug benützt: Herm. Granier, Der Feldzug von 1864 (Berlin 1897); Moltke, Milit. Korrespondenz I, 1864 (Berlin 1892); v. Prybila, Gesch. der k. u. k. Wehrmacht 1848—1898.

[2]) Moltke, Milit. Korrespondenz, Krieg 1864 Nr. 32.

bataillone, zusammen 27000 Mann, befehligt vom Prinzen Friedrich Karl, der seit 1860 kommandierender General des III. Corps war. Er hatte schon 1848 unter Wrangel auf dem schleswigschen Kriegsschauplatze gedient. Als Chef des Generalstabs wurde nach seiner eigenen Wahl der Oberst Leonhard v. Blumenthal (geb. 30. Juli 1810 in Schwedt) bestellt, der im Mai 1849 als Hauptmann bei Bonin Generalstabsdienste geleistet hatte. „Trotzdem vom ersten Tage an ihr Verhältnis, wohl durch die leicht erregbare Mißlaunigkeit des Prinzen, so gestört wurde, daß es sich nur auf den dienstlichen Verkehr beschränkte: für beide Männer ist es umsomehr anzuerkennen, daß ihr dienstliches Zusammenwirken durch diese persönliche Scheidung keine oder doch nur ganz vorübergehende Störung erfuhr" (Garnier).[1]) Oesterreich stellte als II. Corps sein eigenes sechstes: 4 Infanteriebrigaden: 16 Infanterie-, 4 Jägerbataillone, 4 Fußbatterien, eine Kavalleriebrigade, 5 Eskadronen Dragoner und 5 Eskadronen Husaren, 2 Batterien Reserveartillerie, 3 Compagnien technischer Truppen, zusammen 22000 Mann mit 48 Geschützen unter dem Befehle des Feldmarschalleutnants Freiherrn von Gablenz, als Jüngling in königlich sächsischen, seit 1833 in österreichischen Diensten, durch Kriegserfahrung in den Feldzügen 1848—49 und 1859 ebenso wie durch persönliche Liebenswürdigkeit, chevalereskes Auftreten und Geist ausgezeichnet. Sein Stabschef war Oberstleutnant v. Blasits. Das österreichische Corps vertrat dort alle Nationalitäten der Monarchie; neben den deutschen Steirern und Oberösterreichern fochten Böhmen, Ungarn, Polen, Serben und Venetianer. Ein III. Corps wurde aus den 4 neuaufgestellten (jungen) Garderegimentern, dem Gardehusarenregiment und einer Batterie unter dem Generalleutnant v. d. Mülbe gebildet, das nur 10400 Mann stark war. Im Laufe des Februar und März wurde noch die 5. Division des III. (brandenburgischen) Corps, Anfang April die 21. Brigade des VI. (schlesischen) Corps mobilisiert und ein Belagerungstrain vor Düppel gestellt.

Das Oberkommando über die gesamte verbündete Streitmacht, die beim Ausbruche der Feindseligkeiten nur 60000 Mann betrug, später aber auf 75000 Mann erhöht wurde, war Preußen zugestanden worden; bei der Besetzung der Stelle ging König Wilhelm von der Anschauung aus, daß Alter und Ranghöhe die Wahl rechtfertigen müsse, sie war aber keine glückliche. Freiherr Friedrich v. Wrangel, der schon 1796 als Junker in die Armee eingetreten war und sich in den napoleonischen Kriegen als kühner Reiterführer mehrmals ausgezeichnet hatte, seit 1823 General, seit 1839 kommandierender General war, erfreute sich zwar infolge seiner Tapferkeit, seines fröhlichen soldatischen Auftretens und seines gesunden pommerschen Humors der größten Popularität in Berlin, aber er war kein Feldherr und mit den Aufgaben einer modernen Kriegführung nicht vertraut. Außer seinem Stabschef, dem Generalleutnant Vogel v. Falckenstein, befand sich im Hauptquartier auch der Kronprinz Friedrich von Preußen, der damals schon im 33. Lebensjahre stand, zwar keine bestimmte

[1]) General v. Blumenthals „Tagebuch" enthält über den Feldzug 1864 keine Mitteilung. Das einleitende „Curriculum vitae" bricht 1847 ab, das Tagebuch setzt mit der Mobilisierung 1866 ein.

militärische Stellung einnahm, jedoch mit großem Geschick die Aufgabe löste, die Beziehungen Wrangels zu Friedrich Karl und den anderen Befehlshabern vor allzuheftigen Erschütterungen zu bewahren und die Fehler des Oberkommandos zu verbessern, bevor sie noch größeren Schaden anrichten konnten. General Vogel v. Falckenstein wurde vom Chef des preußischen Generalstabs, dem Generalleutnant v. Moltke, mit Anweisungen über die Grundformen der einzuleitenden Operationen versehen, diese ließen aber immer noch reichlichen Spielraum für die Entscheidung an Ort und Stelle und für die Berücksichtigung der wechselnden Kriegsmomente. Es ist für die Entwickelung der Moltkeschen Kriegskunst bedeutungsvoll geworden, daß der Angriff auf die Danewerke, der sofort nach dem Eiderübergang einzuleiten war, unbedingt die Richtung auf die Flanke erforderte. Moltke hat daher schon bei der ersten Probe seiner strategischen Grundsätze die Teilung der Operationstruppen in zwei selbständige Armeen, eine Hauptarmee und eine Flankenarmee, in Anwendung bringen müssen, was ein selbständiges Verfolgen gemeinsamer Ziele durch getrennt marschierende Heereskörper und die Anhäufung einer Uebermacht vor der feindlichen Stellung voraussetzt. Mit diesen Mitteln hat der Generalstabschef König Wilhelms seine größten Siege vorbereitet, als er die Leitung der Feldarmee später unmittelbar in die Hand bekam; den ersten Versuch hat Wrangel nicht genau nach der Auffassung des Strategen ausgeführt, es ist daher auch kein voller Erfolg eingetreten.

Am 31. Januar wurde der dänische General De Meza von der Heeresleitung der Verbündeten aufgefordert, Schleswig zu räumen, er erwiderte, daß er jeden Angriff mit Waffengewalt zurückweisen werde. Darauf wurde am 1. Februar die holsteinische Grenze, die Eider, mit dem I. und II. Corps überschritten; das III. war noch nicht auf dem Kriegsschauplatze versammelt, seine ersten Bataillone gelangten am ersten Operationstage nur bis Rendsburg. Prinz Friedrich Karl hatte die Flankenbewegung durchzuführen, er schlug östlich von der Rendsburger Chaussee die Richtung an die Schlei ein, sollte am 3. Februar bei Missunde eintreffen, in der Nacht vom 3. auf den 4. die Schlei übersetzen und dann bis Flensburg und Düppel vordringen.[1]) v. Gablenz marschierte links von der Chaussee gegen das Danewerk, hatte den Auftrag es zu stürmen und dann ebenfalls, den geschlagenen Feind verfolgend, die Richtung nach Flensburg einzuschlagen. Das III. (Garde-)Corps hatte in den linken Flügel einzurücken. Friedrich Karl stand schon am 2. vor Missunde, konnte aber die dänischen Schanzen nicht nehmen, nachdem die Gelegenheit zu einer Ueberrumpelung, die vorhanden war, nicht ausgenutzt worden war. Die Beschießung aus 64 Feldgeschützen blieb ziemlich unwirksam. Am 3. und 4. wurden die Schleiübergänge bei Arnis und Kappeln rekognosziert, so daß die Flankenbewegung völlig ins Stocken geriet. Moltke hatte in seinem Operationsplane von vorneherein eine Brigade nach Arnis gerichtet, diese hätte schon am 3. im Rücken der dänischen Stellung von Missunde erscheinen können, was wahrscheinlich deren Preisgebung zur Folge gehabt hätte. Wrangel wollte, nachdem die österreichische Brigade Gondrecourt (Polen, Böhmen, Ungarn) am 3. nachmittags 4 dänische Bataillone

---

[1]) Man vergleiche die Karte S. 105.

bei Ober-Selk zurückgeworfen und das Dorf erstürmt hatte und nachdem auch bei Jagel Vorteile über dänische Vorposten errungen worden waren, die Danewerke in der Front angreifen lassen. Die berechtigten Einwendungen des Generals v. Gablenz gegen das fehlerhafte, große Opfer heischende Unternehmen, das Bismarck dem „alten Abgott" sehr richtig zugemutet hatte, bestimmten ihn, nach dem Kriegsrate vom 3. Abend, die Umgehung durch das I. Corps abzuwarten und dann erst das II. und III. wieder in Bewegung zu setzen.

Die Lage der dänischen Armee hatte sich mittlerweile durch das eingetretene Frostwetter verschlechtert, da die ihren rechten Flügel schützenden Inundationen mit einer tragfähigen Eisdecke überzogen waren, die Truppen, die nicht genügend mit Zelten versehen waren, durch Kälte litten, und die Stellung des Flankencorps an der Schlei die Wirkung eines Ausfalles bei Schleswig, selbst wenn er in seinem Beginne glücklich ausfiel, in Frage stellte. Nachdem man den König Christian, der das Gefecht bei Jagel als Augenzeuge mitgemacht hatte, zur Rückkehr nach Sonderburg bewogen hatte, wurde in einem Kriegsrate der Antrag des Oberkommandanten, die Danewerkstellung zu verlassen, mit 10 von 11 Stimmen angenommen. Das Kriegsministerium in Kopenhagen wurde absichtlich so spät von dem Beschlusse in Kenntnis gesetzt, daß sein Gegenbefehl erst eintraf, als der Rückzug schon in vollem Gange war. Dieser hatte gerade noch im rechten Augenblick, am 5. Februar um 8 Uhr abends begonnen; wäre er noch eine Nacht verschoben worden, so hätte die dänische Armee am 6. abends bei Flensburg festgehalten und am 7. von allen drei Corps angegriffen werden können. Prinz Friedrich Karl hatte am 5. endlich aus dem Hauptquartier die Erlaubnis erhalten, den Schleiübergang unterhalb Missundes auszuführen. Er war für den 6. morgens bei Kappeln und Arnis angeordnet. Aber schon um 11 Uhr abends des 5. erhielt der Prinz in Karlsburg die Nachricht, daß die Dänen vom gegenüberliegenden Ufer abgezogen seien. Um 10 Uhr vormittags stand die Brigade Röder bereits in Kappeln, um halb 5 Uhr nachmittags das ganze Corps am linken Schleiufer und setzte sich in der Richtung nach Flensburg in Marsch. Das Corpshauptquartier befand sich am Abende nur mehr 17 Kilometer davon entfernt in Sterup.

Ohne von diesen Vorgängen Kenntnis zu haben — die Reiterposten zwischen dem I. Corps und dem Armeehauptquartier waren mangelhaft versehen, der Feldtelegraph noch nicht eingerichtet — ordnete Wrangel am 5. nachmittags nochmals für den nächsten Morgen einen allgemeinen Angriff des II. und III. Corps auf die Verschanzungen des großen Danewerkes an. Um 1 Uhr nachts erfuhr jedoch ein österreichischer Offizier, der zu einer von den Dänen fingierten Besprechung mit einem Parlamentär aus dem Hauptquartier des Feldmarschallleutnants v. Gablenz bis Fahrdorf vorgegangen war, von den Einwohnern den Abzug der Dänen aus Schleswig. Um 4 Uhr kam die Nachricht zu Gablenz nach Gottorf, worauf sich der österreichische Corpskommandant, vom Generalstabshauptmann v. Gründorf geführt, persönlich durch einen scharfen Ritt bis zu den ersten Häusern von Friedrichsberg von der Wahrheit der Mitteilung überzeugte. [1])

[1]) Mitteilung eines Kriegsteilnehmers.

Hierauf wurde das Armeehauptquartier und General v. d. Mülbe von der Neuigkeit verständigt und sofort mit den in Selk, am Königsberg und Loopstedt stehenden Truppen der Vormarsch begonnen. Um 6 Uhr morgens rückte bereits das österreichische Regiment Coronini unter Oberst v. Felbegg in Schleswig ein, von den Bewohnern mit Jubel begrüßt. Gablenz führte selbst die Brigade Nostiz den Dänen nach und erreichte deren Nachhut um 4 Uhr nachmittags bei Oeversee. Eine dänische Brigade mit 2 Geschützen nahm zur Deckung des Abmarsches der Hauptmacht auf einer Anhöhe Stellung, worauf Gablenz sich entschloß, sie mit 1 Jäger- und 4 Linienbataillonen (Steirern und Oberösterreichern), 1 Batterie und einigen Eskadronen Liechtensteinhusaren anzugreifen.

Der Frontangriff gelang zwar den ausgezeichneten Truppen, die ohne Abkochen seit dem frühesten Morgen marschiert waren, kostete ihnen aber 27 Offiziere



und 625 Mann an Toten und Verwundeten. Der Kommandant des steirischen Regiments Nr. 27, Herzog Wilhelm von Württemberg, lag unter ihnen. Die Dänen verloren außer 11 Offizieren und 162 Mann Toten und Verwundeten 542 Gefangene und wertvolles Kriegsmaterial, von dem sie schon auf dem Rückzuge den österreichischen Husaren sehr viel hatten überlassen müssen. Ein strategischer Erfolg wurde nicht erzielt; die Dänen konnten am 7. ihren Marsch nach Düppel fortsetzen. Die Oesterreicher hielten Rasttag, um den Zusammenschluß des weit auseinandergezogenen Corps herzustellen, das III. Corps kam am 7. nicht weit über Flensburg hinaus, das II. wurde von Wrangel ebenfalls noch südlich dieser Stadt festgehalten. Prinz Friedrich Karl wäre geneigt gewesen, dem Feinde unaufhaltsam bis Düppel zu folgen. Wäre er ihm auf dem Nacken geblieben, so konnte dessen Widerstandskraft nach 30stündigem Marsche wohl kaum mehr erheblich sein. Die Preußen wären wahrscheinlich mit ihm zugleich in die unvollendeten Schanzen eingedrungen. Auf Friedrich Karls Verlangen hätte ihm Gablenz gewiß auch mindestens eine Division und seine ganze

Kavallerie zur Unterstützung nachsenden können. Wrangels Eigensinn und ganz ungenügende Beurteilung der Situation hat es verschuldet, daß Dänemark nach dem 8. Februar noch über eine feldtüchtige Armee verfügte.

Ueber die Fortsetzung der Operationen konnte nicht sogleich eine Uebereinstimmung zwischen Preußen und Oesterreich hergestellt werden. Moltke und Wrangel waren der Meinung, daß man der dänischen Hauptarmee bei Düppel nur das I. Corps gegenüberzustellen brauche, während man mit dem II. und III. ganz Jütland besetzen könne, um dort auf Feindes Kosten zu leben und Pfänder für die noch nicht ausgelieferten schleswigschen Inseln und die Kapereien der dänischen Flotte in Händen zu haben. Das Wiener Kabinett wollte sich mit der Besetzung Schleswigs begnügen, fürchtete Ueberfälle auf die in Jütland vorgehenden schwachen Kolonnen und die Einmischung Englands. Es bedurfte der Sendung des beim Kaiser Franz Joseph hochangesehenen Generals Edwin v. Manteuffel nach Wien, um die „Punktationen“ vom 1. März zu erreichen, die das Eindringen in Jütland gestatteten, „soweit es der Feldmarschall zur Sicherung gegen dänische Unternehmungen von dort aus für notwendig halte“. Auf Verantwortung des Kronprinzen war indessen schon am 18. Februar Kolding besetzt worden, am 8. März lieferte Gablenz mit der „schwarzgelben“ Brigade (das steirische Regiment Nr. 27 trug gelbe, das oberösterreichische Nr. 14 schwarze Aufschläge an der weißen Uniform) dem dänischen General Hegermann ein glänzendes Gefecht bei Veile, konnte den Sieg aber wegen der Ermüdung der Truppen und der Aengstlichkeit Wrangels, der 2 Brigaden zur Deckung der Preußen vor Fredericia zurückhielt, nicht ausnützen. „So blieben,“ sagt Hermann Garnier, „die dänischen Divisionen vor vernichtender Niederlage bewahrt.“ Ende März fand eine Verschiebung der Kräfte statt, indem die Oesterreicher die Zernierung von Fredericia und in Verbindung mit 3 preußischen Gardebataillonen und 3 Kavallerieregimentern vom III. Corps die Behauptung von Jütland bis an den Limfjord besorgten. 9 Bataillone junger Garde und 3 Batterien marschierten in zwei Tagen 12 Meilen von Apenrade nach Düppel, wo eben ein größeres Unternehmen vorbereitet wurde.

Die ursprüngliche Meinung Wrangels, die Düppeler Schanzen könnten im Sturm genommen werden, war längst als undurchführbar erkannt; man wartete auf den schweren Belagerungspark und ließ sich ab und zu in kleine Rekognoszierungsgefechte ein. Anfang März entwickelte Oberst v. Blumenthal zum erstenmal den Plan, die Wegnahme der dänischen Befestigungen im Sundewitt mit einer Landung auf der Insel Alsen zu verbinden. Als Uebergangspunkt wollte er Ballegaard nördlich vom Alsensund wählen; dann mußte die Alsenföhrde in einer Breite von 1900 Meter übersetzt werden. Moltke hielt dies nur für möglich, wenn sich Kriegsfahrzeuge beteiligten; die Landung auf Pontons zu basieren, lehnt er in einem Schreiben an Blumenthal vom 8. März ab.[1]) Auch Roon und der König fanden die Sache zu wenig vorbereitet, während Prinz Friedrich Karl sich immer mehr und mehr dafür einsetzte. Roon verlangte dagegen, daß man das anlangende Belagerungsgeschütz sofort spielen

[1]) Militär. Korrespondenz 1864, Nr. 44, S. 97.

lassen solle, was der Prinz verweigerte, weil er sich nur von einer gleichzeitig aus vollbesetzten Batterien wirkenden Beschießung einen namhaften Erfolg versprach. Die Haltung des Kriegsministers ist nicht ohne Aehnlichkeit mit der Bismarcks vor Paris 1871, er glaubte an den Frontalangriff auf die Schanzen wegen der moralischen Wirkung und suchte in diesem Sinne auf den König zu wirken: „Ew. Majestät Armee muß in diesem Feldzuge irgend einen erheblichen Erfolg gewinnen, um den erlangten Respekt im Auslande wie im Inlande nicht nur nicht zu verlieren, sondern in einem solchen Grade zu erhöhen, daß wir dadurch über viele Schwierigkeiten hinweggehoben werden. Ew. Majestät Armee brennt darauf. Sie fühlt, daß die Opfer, die sie bringt, für des Thrones und des Landes Ehre und Größe gebracht werden und daß aus dem unvermeidlich vergossenen Blut reicher Segen für Preußen aufsprießen wird." [1])

Der König sandte dem Prinzen Friedrich Karl am 16. März ein Gutachten Moltkes, das die Landung in Nordalsen befürwortete, wenn sie mit einer ganzen Infanteriedivision und ihrer Artillerie unternommen werden könne, dazu aber auch die Mitwirkung der Flotte verlangte. Daß die dänischen Schiffe sie zulassen würden, hielt Moltke jedoch für unwahrscheinlich. Der König teilte diese Ansicht und empfahl daher dem Prinzen, die Belagerung der Schanzen in erste Linie zu stellen; er wollte jedoch in dessen Befugnisse als selbständiger Befehlshaber nicht eingreifen. Dies erklärte er mit dem für Wilhelms I. Charakter und königliche Haltung bezeichnenden Worten: „Nach Deiner Auffassung meiner und des Kriegsministers Dir ausgesprochenen Ansichten wegen Belagerungsbeginn vor Eintreffen aller schweren Geschütze, habe ich Dir eine Kabinetsordre erteilt; weder ich noch Roon denken daran, Hofkriegsrat spielen zu wollen; wenn wir also Dir auch keine Befehle geben, wie Du operieren sollst, so müssen wir doch unsere Ansichten aussprechen, die Eingang bei Dir finden werden, wenn sie nach den Umständen angängig sind." [2])

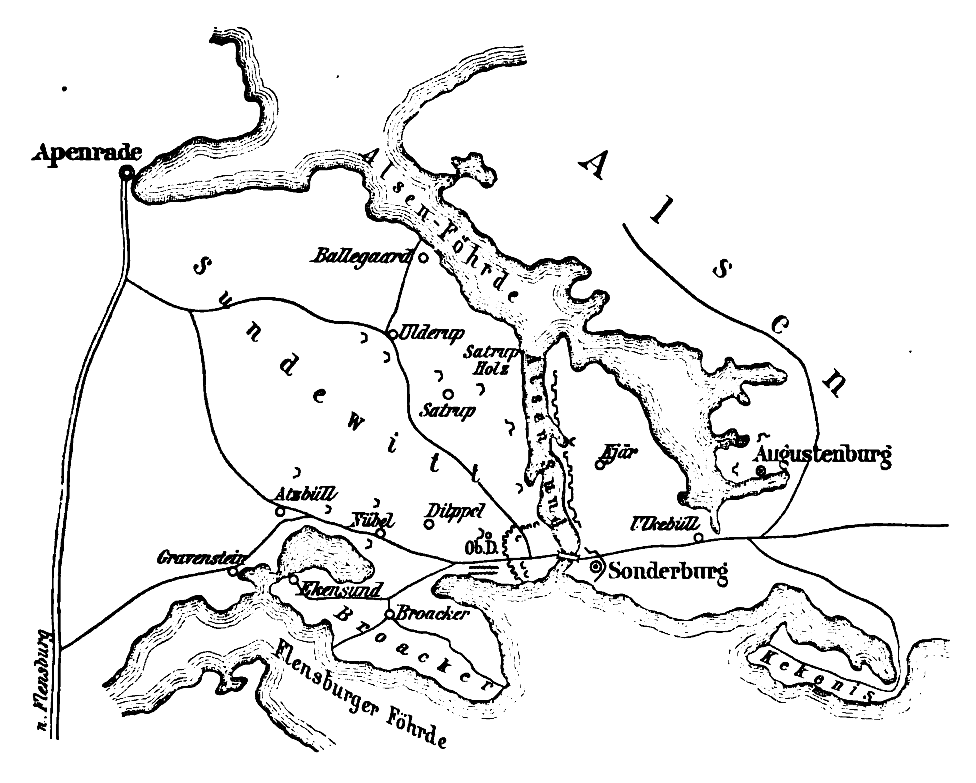
Moltke, der inzwischen für den Fall der Mitwirkung der preußischen „Flotille", wie der König sie bescheiden nannte, auch den Plan einer Landung auf Fünen ausgearbeitet und deren Wirkung beleuchtet hatte, bekräftigte den Oberst v. Blumenthal in ausführlichen Briefen in der Ansicht, den Sturm so lange aufzuschieben, bis ein gehörig vorbereitetes Bombardement den Feind von der Ueberlegenheit der preußischen Artillerie überzeugt habe. „Es ist eine undankbare Sache," schrieb er am 18. März, „gegen ein kühnes Unternehmen Gründe geltend zu machen, und ich begreife vollkommen, wie unerfreulich gerade das für Sie ist. Aber aus den Resultaten der bisherigen Beschießung kann man unmöglich folgern, daß den feindlichen Verteidigungsanstalten irgend welcher erheblicher Abbruch gethan ist. Das habe ich auch gestern Sr. Majestät dem König gesagt, der derselben Ansicht war. Wir wissen ja nicht einmal, ob auch nur ein einziges seiner Geschütze demontiert, ein Blockhaus oder eine Pallisade beschädigt ist. Wenn der Sturm nicht aus dem Bewußtsein der Ueberlegenheit, sondern nur aus einer Art der Verzweiflung an dem Erfolge des regelmäßigen

---

[1]) Roon, Denkwürdigkeiten II, 172.

[2]) Moltke, Militär. Korrespondenz I, 1 S. 103.

Angriffs hervorgeht, so habe ich wenig Vertrauen auf das Gelingen." Am 21. schrieb er: „Ihrer beabsichtigten Landung trete ich nicht entgegen, aber ich wage keinen Erfolg davon zu hoffen, wenn sie nicht durch die Flotte unterstützt ist. Zwei Bataillone und eine Batterie ist eine schwache Macht und wenn sich das Scheusal Krake (das dänische Kriegsschiff „Rolf Krake") vor Ballegaard legt, so ist jede weitere Verstärkung unmöglich. Dennoch kann sich herausstellen, daß der Sturm noch gefährlicher bleibt als die Landung, und die Vorbereitung aller Mittel dafür halte ich für sehr zweckmäßig ... Die unmittelbare Bedrohung des Sturmes und die Landung stehen in engster Wechselwirkung. Die erstere muß die Dänen nötigen, alle ihre Kräfte nach Sonderburg heranzuziehen und



den nördlichen Teil der Insel zu entblößen. Thun sie das nicht, so muß die Drohung vor Düppel zur That übergehen können." Es ist nicht nur für die Entwickelung des Feldzuges, sondern auch im Interesse kriegswissenschaftlicher Kritik höchst beklagenswert, daß ein plötzlich einsetzender Nordweststurm die auf die Nacht vom 2. zum 3. April anberaumte Landung vereitelte, bevor sie versucht werden konnte. Sie hätte zu den seltensten kriegerischen Unternehmungen gehört und ihr Verlauf hätte die Grundlage zur Beurteilung ähnlicher Probleme gebildet, mit denen sich das binnenländische Europa wenigstens theoretisch zu beschäftigen veranlaßt sieht. 20 000 Mann standen bei Ballegaard bereit, um auf 139 Fahrzeugen in 12—13 Staffeln während 24 Stunden nach der Nordwestküste von Alsen übersetzt zu werden. Das Ausfahren der Boote war unmöglich, Blumenthal mußte die Truppen in die Quartiere abrücken lassen. Eine

Wiederholung des Versuchs, der den Dänen unmöglich verborgen bleiben konnte, war an derselben Stelle gänzlich ausgeschlossen. Moltke meinte jedoch, das Unternehmen müsse nicht gänzlich aufgegeben werden; wenn der Westwind aufhöre, könne man die Operation, die eine Vernichtung des feindlichen Heeres verspreche, mit offener Gewalt durchführen.[1]) Sie wurde aber nicht notwendig. Die regelrechte Belagerung der Düppeler Schanzen mit Parallelbau und formidablen Batterieanlagen nahm seit 1. April guten Fortgang, die Beschießung unter Leitung des Generals v. Hindersin wurde seit 8. täglich wirkungsvoller. Nachdem in der Nacht vom 14. zum 15. die III. Parallele auf 300—220 Meter vor den Schanzen eröffnet worden war, konnte am 18. der Sturm gewagt werden. Von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr vormittags wurden aus 102 schweren Geschützen 7900 Geschosse in die Schanzen und nach Alsen geschleudert — Sonderburg war schon vorher in Brand geschossen worden —, um 10 Uhr wurde das Feuer eingestellt und gleichzeitig setzten sich 6 Sturmkolonnen in Bewegung. Bis 12 Uhr waren alle 10 Schanzen genommen, um 1 Uhr wurden die Dänen aus dem Brückenkopf geworfen, nachdem der größere Teil der Besatzung nach Alsen abmarschiert war. 3600 Gefangene mußten zurückgelassen werden. Der Verlust des Kampfes wurde auf beiden Seiten mit je 1260 Mann an Toten und Verwundeten angegeben. Ein gleichzeitig von der Brigade Goeben vom Satruper Holze aus versuchter Uebergang wurde durch die Wachsamkeit der Dänen vereitelt.

Mit der Eroberung der Düppeler Schanzen, zu deren militärischen Wirkungen auch die freiwillige Räumung des noch kaum ernstlich belagerten Fredericias (28. April) gezählt werden muß, hatte Preußen eine schwierige militärische Aufgabe gelöst, es hatte seine Kriegstüchtigkeit durch hervorragende Leistungen erwiesen, die bei wohlwollenden und scheelsüchtigen Beurteilern Aufsehen erregten, auch den Kaiser Napoleon ernstlich beschäftigten; die preußischen Truppen durften sich den österreichischen Waffenbrüdern zum mindesten gleichwertig erachten. König Wilhelm erschien dankerfüllten Herzens am 21. April unter ihnen, spendete Lob und Anerkennung und trat an die Schmerzenslager der Verwundeten, um ihnen die Hand zu drücken und alle Fürsorge zu versprechen. Bismarck aber, der bis zum 20. April den Zusammentritt der von England vorgeschlagenen Konferenz der Unterzeichner des Londoner Traktats von 1852 hinauszuschieben verstanden hatte, konnte nunmehr, nachdem der Widerstand der Dänen völlig gebrochen war, die Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark ernstlich und nachdrucksvoll anstreben. Man einigte sich in London, wo außer Oesterreich und Preußen auch der deutsche Bund durch den Freiherrn v. Beust vertreten war, zunächst über einen Waffenstillstand, der vom 12. Mai bis 12. Juni dauern sollte, später aber noch bis zum 25. Juni verlängert wurde. Zum Beginne der Verhandlungen über die Gestaltung der politischen Lage Schleswig-Holsteins, die als Friedensbasis angesehen werden konnte, verkündete eine Depesche Bismarcks an den preußischen Gesandten in London, Bernstorff, daß sich Preußen durch das Verharren Dänemarks auf dem von Christian IX. nach seiner Thronbesteigung kundgegebenen Standpunkte an

---

[1]) Moltke, Militär. Korrespondenz I, 1 Nr. 59.

die Verpflichtungen nicht mehr gebunden erachte, die es 1852 eingegangen sei; am 17. Mai kennzeichnete Preußen in der Konferenz die ihm allein annehmbaren Bedingungen für die Lösung der staatsrechtlichen Frage: Trennung der Herzogtümer von Dänemark. Unabhängigkeit dieser in politischer und administrativer Hinsicht, allenfalls Personalunion mit Dänemark. Oesterreich schloß sich diesem Programm an. Dänemark aber verwarf die Personalunion und stimmte dem Vorschlage Englands zu, Holstein und Lauenburg ganz aufzugeben, Schleswig aber zu teilen. Die Teilungslinie sollte von der Schlei und dem Danewerk ausgehen und bei der Eidermündung enden, so daß Dänemark zwei Drittel des Herzogtums behalten hätte. Die verbündeten Mächte, die mittlerweile auch das Zugeständnis der Personalunion mit Dänemark aufgegeben hatten, boten als Ersatz für Lauenburg nur den nördlichsten, von Dänen bewohnten Teil von Schleswig, mit der Grenzlinie Apenrade-Tondern. Herr v. Beust, der sich an der Beseitigung der Abmachungen von 1852 durch die Konferenz in seiner bekannten Bescheidenheit das größte Verdienst beimißt, wollte die Trennung des deutschen und dänischen Gebiets durch eine Volksabstimmung feststellen lassen, damit erregte er aber lebhafte Besorgnisse Oesterreichs, daß diese Methode von einer künftigen Konferenz auch für Venetien in Anwendung gebracht werden würde. Napoleon griff den Beustschen Vorschlag auf und wäre nicht abgeneigt gewesen, mit Palmerston einen diktatorischen Einfluß auf die Konferenz auszuüben und nötigenfalls den Krieg mit Deutschland hervorzurufen. Nur das Abenteuer in Mexiko hinderte ihn damals, diese Wendung der Dinge ernstlich zu verfolgen. Palmerston hatte Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um den Krieg zu entzünden. „Nur von der Königin und der Mehrheit seiner Kollegen war er von dem Vorhaben abgehalten worden", das in den späteren Parlamentsdebatten als wahnsinnig erklärt wurde.[1])

Die Londoner Konferenz ging resultatlos auseinander. Am 26. Juni donnerten bereits wieder die preußischen Batterien am Alsensund. Es läßt sich kaum ermessen, warum Dänemark es auf die Erneuerung des Krieges ankommen ließ, von dem es sich keine Verbesserung seiner Lage mehr erwarten durfte. In England hatte die öffentliche Meinung die bewaffnete Einmischung in die deutsch-dänischen Angelegenheiten abgelehnt, Lord Palmerston seine Kriegsgelüste unterdrücken und den Rückzug zu einer Politik des laisser faire antreten müssen. Die österreichischen und preußischen Siege hatten diese Umstimmung vollbracht; nicht zum mindesten die Thatsache, daß die dänische Macht nicht einmal zur See erfolgreich aufzutreten vermochte. Der österreichische Kommodore Wilhelm v. Tegetthoff hatte mit zwei eigenen Fregatten und drei kleinen preußischen Schiffen am 9. Mai bei Helgoland gegen zwei dänische Fregatten und eine dänische Korvette einen Kampf aufgenommen, der zwar zu keinem vollständigen Siege führte, den Dänen aber den ferneren Aufenthalt vor der Elbemündung unmöglich machte und Hamburg und Bremen von der Besorgnis einer Blockade befreite. Nicht einmal die Neckerei, die sich Kapitän Jachmann am 17. März mit zwei Schraubenkorvetten und einem Raddampfer gegen sieben dänische Schiffe, worunter ein

---

[1]) Vitzthum, St. Petersburg und London, 1852—1864, II. Bd. 270.

Linienschiff und zwei Fregatten, bei Jasmund erlaubt hatte, war von den Dänen gebührend heimgezahlt, keine Verfolgung der sich aus dem Gefechte ziehenden preußischen Schiffe versucht worden. Da Dänemark überall geschlagen war, hatte es auch Unrecht. So urteilte nach Vitzthums Beobachtung in London die Mehrzahl der Engländer. Theodor Bernhardi, der seine liebenswürdige und hochgeachtete Persönlichkeit dem Prinzen von Augustenburg zur Verfügung gestellt und die Vertretung seiner Interessen in den Londoner Hof- und Regierungskreisen übernommen hatte, war noch vor dem Zusammentritte des Parlaments zu der Ueberzeugung gelangt, daß man den Grundsatz der Integrität der dänischen Gesamtmonarchie vollständig aufgegeben habe, obwohl die englischen Politiker in ihren häufigen Diskussionen mit dem Anwalt der Autonomie der Herzogtümer die Verträge von 1852 als unentweihbare Heiligtümer hinzustellen pflegten. „Die Leute wollen nicht mehr als 7 Pence in the pound Einkommensteuer bezahlen und wissen sehr wohl, daß die Einkommensteuer auf 10 Pence steigt, sowie Krieg ist."

Am 20. Mai hatte Wrangel, der in den Grafenstand erhoben worden war, aus Gesundheitsrücksichten die Armee verlassen, Friedrich Karl den Oberbefehl, Herwarth v. Bittenfeld das Kommando des I. Corps übernommen. Da Oesterreich den Uebergang auf Fünen nicht billigte, war für den Fall des Ablaufs des Waffenstillstandes die Unternehmung gegen Alsen vorbereitet worden. In der Nacht zum 29. Juni wurden von vier Uebergangspunkten aus zunächst die Brigaden Roeder und Goeben auf Boten über den schmalen Sund gesetzt; trotz des feindlichen Feuers von der Küste und vom Panzerschiff „Rolf Krake" gelang die Landung ohne große Verluste (nur 5 Mann ertranken): um 2¼ Uhr war der Alsener Strand besetzt, um 3 Uhr marschierten die Brigaden bereits in der Richtung nach Kjär, wo die Ankunft von 2 Batterien abgewartet wurde. Der dänische General Steinmann, der mit der Möglichkeit der feindlichen Landung nicht gerechnet hatte, gab die Insel nunmehr verloren und bereitete, ohne den Angriff auf Sonderburg abzuwarten, die Einschiffung seiner Truppen aus der Halbinsel Kekenis vor. Wenn General Herwarth nicht darauf erpicht gewesen wäre, sein eigenes Regiment (1. westfälisches Nr. 13) ins Feuer zu führen, dessen Vorschiebung vor die brandenburgische Brigade Roeder einen Aufenthalt von einer halben Stunde verursachte, hätten einige dänische Bataillone vor ihrem Einrücken in die Befestigungen von Kekenis abgeschnitten werden können. Es wurden trotzdem 37 Offiziere und 2437 Mann gefangen; der Angriff auf den Kekeniser Damm aber nicht versucht, weil der Erfolg nicht gesichert schien.

Nach dem Verluste Alsens fühlten sich die Dänen, wie Hans Delbrück in der Besprechung des preußischen Generalstabswerkes (Preuß. Jahrb. 60. Bd.) ausgeführt hat, erst vollständig geschlagen. Die Räumung von Nordjütland erfolgte unter dem Einflusse dieser Stimmung mit solcher Raschheit, daß die einrückenden Truppen der Verbündeten den Gegner nicht mehr ereilten. Obwohl das preußische Hauptquartier nicht ohne Nachricht über dessen Einleitungen zum Abzug geblieben war, kamen die Kolonnen, die General Vogel v. Falckenstein vom 16. Juli an über den Limfjord führte, doch 24 Stunden später nach Frederikshavn, als sich

das letzte dänische Bataillon dort eingeschifft hatte.[1]) Die Entscheidung in Kopenhagen war übrigens mittlerweile schon gefallen. Das Ministerium Monrad hatte am 8. Juli seine Entlassung genommen, König Christian war frei geworden von dem Druck, den die eiderdänische Partei seit seinem Regierungsantritte auf ihn geübt hatte. Der neue Minister des Auswärtigen, Bluhme, erbat einen Waffenstillstand; er wurde bis zum 31. Juli gewährt, die Unterhandlungen über die Friedensbedingungen wurden in Wien begonnen. Da Bismarck, der Preußen bei diesen vertrat, sich auf keine Verlängerung des Waffenstillstandes einließ und mit Erneuerung der Feindseligkeiten drohte, mußte sich Dänemark, durch Herrn v. Quaade vertreten, am 1. August zu Friedenspräliminarien verstehen, in denen der König allen seinen Rechten auf die Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen entsagte und sich verpflichtete, die Verfügungen anzuerkennen, welche die beiden Majestäten bezüglich dieser Herzogtümer treffen werden. Eine Grenzfeststellung und der Austausch jütischer Enklaven gegen einen äquivalenten Teil schleswigschen Gebietes, sowie die Aufteilung der von der dänischen Monarchie bis zum Dezember 1863 aufgenommenen Staatsschulden nach den Bevölkerungsverhältnissen wurde für den definitiven Friedensschluß in Aussicht genommen.

Die Einigkeit der beiden deutschen Großmächte war in den Tagen der Präliminarverhandlungen in Wien dadurch noch einmal gefördert worden, daß Herr v. Beust nach seiner Rückkehr von der Londoner Konferenz den Bundestag durch Anträge in Aufregung versetzt hatte, die den Mittelstaaten einen Einfluß auf die Entscheidung über die Herzogtümer und einen Anteil an den Friedensverhandlungen sichern sollten. Er verlangte die Anerkennung des Herzogs von Augustenburg als legitimen Herrschers von Holstein und Schleswig, die Einberufung eines deutschen Parlaments und nachträglich die Kriegserklärung des Bundes an Dänemark. Graf Rechberg, der durch die Erfahrungen mit den deutschen Mittelstaaten nicht zum Bewunderer der Beustschen Politik geworden war, ärgerte sich über dessen vordringliches Gebaren und fand sowohl die Anregung einer Parlamentsberufung als auch die einseitige Begünstigung des Augustenburgers für Oesterreich unannehmbar. Denn neben Herzog Friedrich machte auch Oldenburg Rechte auf Holstein geltend und fand Unterstützung bei Rußland, das ja durch die Abstammung seines Herrscherhauses an den Ansprüchen Oldenburgs teilnahm. Oesterreich ließ es sogar geschehen, daß Preußen den Mittelstaaten eine empfindliche Lektion über ihre Machtlosigkeit gegenüber den Großmächten gab. Als in Rendsburg, das noch immer von Bundestruppen be-

[1]) Den Vorwurf, den Delbrück gegen die preußische Heeresleitung erhebt, sie habe durch die Umständlichkeit der Vorbereitungen für den Uebergang über den Limfjord einen letzten taktischen Sieg verscherzt, hat Garnier durch den Hinweis auf die großen technischen Schwierigkeiten des Uebergangs nicht entkräftet. Daß Falckensteins Zug nach Skagen nicht ganz gefahrlos war, soll ja zugegeben werden; aber die Gefahr wäre nicht erheblich größer geworden, wenn die Bootskolonnen von Randers mehr als 20 km im Tage zurückgelegt hätten.

setzt war, Soldatenschlägereien vorkamen und der kommandierende General v. Hacke mit den wenigen sächsischen Compagnien, die ihm zur Verfügung standen, die Ruhe nicht sofort herstellen konnte, ließ Preußen 6000 Mann einrücken, ohne Hacke um seine Einwilligung zu fragen. Die Sachsen zogen ab und kehrten auch nicht wieder, als sie von Preußen nach einiger Zeit dazu eingeladen wurden. Beust rächte sich, indem er veranlaßte, daß bei der Rückkehr der sächsischen Truppen in ihre Heimat das preußische Gebiet in einem großen Bogen über Hannover, Hessen und Baiern umfahren werden mußte.

Bevor die Friedensverhandlungen mit Dänemark begannen, fand eine Zusammenkunft der verbündeten Monarchen und ihrer leitenden Staatsmänner in Wien (20. bis 25. August) statt, auf der die Entscheidung über den Besitz der Herzogtümer und die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen Oesterreichs zum neuen preußisch-deutschen Zollverein, an dessen Zustandekommen nicht mehr gezweifelt werden konnte, die wichtigsten Gegenstände der Besprechung bildeten. Bismarck hat damals geglaubt, das System des Dualismus in Deutschland befestigen zu können, er hat, wie er selbst versichert, die Grundzüge dieses Systems dem Kaiser Franz Joseph in Gegenwart seines eigenen Herrn dargelegt. „Zu einer politischen Gemeinschaft geschichtlich berufen, machen wir dynastisch und politisch beiderseits bessere Geschäfte, wenn wir zusammenhalten und diejenige Führung Deutschlands übernehmen, welche uns nicht entgehen wird, sobald wir einig sind. Wenn Preußen und Oesterreich sich die Aufgabe stellen, nicht bloß ihre gemeinsamen Interessen, sondern auch beiderseits jedes die Interessen des anderen zu fördern, so kann das Bündnis der beiden deutschen Großstaaten von einer weittragenden deutschen und europäischen Wirksamkeit werden." Mit diesen Erwägungen leitete Bismarck die Behauptung ein, daß es Oesterreichs Interessen nicht stören könne, wenn Preußen die Herzogtümer an sich ziehe. „Ich hätte das Gefühl," setzte er hinzu, „daß die vorteilhaften Ergebnisse der Freundschaft der deutschen Großmächte mit der holsteinischen Frage nicht abgeschlossen wären, und daß sie, wenn jetzt in der äußersten Entfernung von dem österreichischen Interessengebiete gelegen, doch ein andermal sehr viel näher liegen könnten, und daß es für Oesterreich nützlich sein werde, jetzt Preußen gegenüber freigebig und gefällig zu sein." Bismarck hatte den Eindruck, „daß Kaiser Franz Joseph es nicht für unmöglich hielt, Preußen seine Ansprüche auf das von Dänemark abgetretene Land zu cedieren, wenn ihm die Aussicht auf ein ferneres festes Zusammenhalten mit Preußen und auf Unterstützung analoger Wünsche Oesterreichs durch Preußen gesichert würde". Es kam jedoch zu keiner weiteren Ausführung dieser Gedanken, die für die Zukunft Deutschlands und Oesterreichs außerordentlich fruchtbar hätten werden können, weil König Wilhelm es ablehnte, auf die Besprechung der Annexion einzugehen. Die Festlegung eines österreichisch-preußischen Vertrages für den Fall eines Krieges mit Frankreich wurde von Biegeleben hintertrieben.[1]) Bismarck hat bei dem Rückblicke auf seine eigene Stellung in der Vergangenheit, zu dem ihn die Abfassung der „Gedanken und

---

[1]) Mitteilung des Grafen Rechberg an Heinrich Friedjung (Kampf um die Vorherrschaft II, 529.)

Erinnerungen" nötigte, die Möglichkeit einer Lösung der deutschen Frage im Einvernehmen mit Oesterreich festgehalten. „Der Dualismus würde, wie ich mir ihn dachte," so schrieb er nach dem Abschlusse des deutsch-österreichischen Bündnisses, „dem jetzt bestehenden Verhältnis ähnlich gewesen sein, jedoch mit dem Unterschiede, daß Oesterreich auf die Staaten, die jetzt mit Preußen das Deutsche Reich bilden, bundesmäßigen Einfluß behalten hätte. Diese Gestaltung würde, im Vergleich zur Vergangenheit und, wie die Dinge damals lagen, immerhin ein Fortschritt zum Bessern gewesen sein, aber Dauer nur versprochen haben, solange das Vertrauen zu den beiderseits leitenden Personen ungestört blieb."

Das dauernde Vertrauen zwischen den beiden Monarchen wäre herzustellen gewesen, wenn Kaiser Franz Joseph nur durch das Interesse seiner Regierung bestimmt worden wäre; er war jedoch dem Einflusse von geheimwirkenden Mächten ausgesetzt, die der österreichischen Politik nur jene Wendung zu geben bemüht waren, die ihnen selbst nützlich schien. Niemals hat die Sorte von „Patrioten", denen die Verbindung Oesterreichs mit dem protestantischen Preußen anstößig war, größere Verbrechen an dem Staate der Habsburger und namentlich an den Deutschösterreichern begangen, als in jenen verhängnisreichen Tagen, da die Verständigung der beiden Großmächte über die Lösung der deutschen Frage auf friedlichem Wege zu erreichen war. Bismarck hat in der Unterredung, die er Dr. Heinrich Friedjung, dem Verfasser des Werkes „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland", am 13. Juni 1890 gewährt hat, die Ansicht, daß er schon damals den Krieg mit Oesterreich für unvermeidlich gehalten habe, zurückgewiesen. „Es ist richtig," sagte der Fürst, „daß der Gewinn Schleswig-Holsteins einen Krieg wert war, aber in der Politik kann man nicht einen Plan für eine lange Zeit festlegen und blind in seinem Sinne vorgehen. . . . Wohl war der Krieg mit Oesterreich schwer zu vermeiden, aber wer das Gefühl der Verantwortlichkeit für Millionen auch nur in geringem Maße besitzt, wird sich scheuen, einen Krieg zu beginnen, bevor nicht alle anderen Mittel versucht sind. Es war stets ein Fehler der Deutschen, alles erreichen zu wollen oder nichts und sich eigensinnig auf eine bestimmte Methode zu steifen. Ich war dagegen stets erfreut, wenn ich der Einheit Deutschlands, auf welchem Wege immer, auch nur auf drei Schritte näher kam. Ich hätte jede Lösung mit Freuden ergriffen, welche uns ohne Krieg der Vergrößerung Preußens und der Einheit Deutschlands zuführte." [1]) Es war nicht die Grafschaft Glatz allein, deren Abtretung Oesterreich hätte befriedigen können, es war auch nicht notwendig, Preußen auf die Wiedereroberung Mailands zu verpflichten. Die Sicherstellung des Besitzes von Venedig, freie Hand im Orient und die Garantie der pragmatischen Sanktion im Sinne der Erhaltung des Einheitsstaates waren Angebote Preußens, die den Wert der Elbherzogtümer zehnfach aufwogen und von Deutschland kein nationales Opfer erheischten.

Es wird für die Deutschen in Oesterreich immerdar ein Anlaß härtester

---

[1]) Friedjung, II. Bd., Anhang I. Die Wiedergabe des Gesprächs à quatre im Schönbrunner Schloß am 22. August 1864 deckt sich nahezu wörtlich mit der Erzählung in den „Gedanken und Erinnerungen".

Selbstanklage sein müssen, daß sie mitschuldig geworden sind an dem Bruche des Bündnisses mit Preußen, indem ihr bedeutendster Staatsmann, der Reichsminister von Anno Achtundvierzig, Herr v. Schmerling, sich an dem Sturze des Grafen Rechberg beteiligte. Ob kleinliches Revanchegelüste für den Ausschluß vom Frankfurter Fürstentage das Motiv gewesen sei, daß der Schöpfer einer liberalen Konstitution mit dem Dreiblatt hessischer Ultramontaner im Ministerium des Aeußern, mit den Biegeleben, Meysenbug und Gagern, gemeinsame Sache gemacht hat oder ob die landesübliche Preußenverachtung den Altösterreicher blind werden ließ gegen die fast unmeßbaren Vorteile, die auch der inneren Politik des Kaiserstaates aus dem Zusammengehen mit Preußen und dem daraus sich ergebenden Anteile an der verjüngten Kraft Deutschlands erwachsen mußte, gewiß war es die Peripetie des österreichischen Zentralismus und zugleich der Politik Schmerlings, daß er zur Bekämpfung Rechbergs in dem Augenblicke die Hand bot, als dieser das Verständnis für Bismarck nach langem Zweifeln und Irren endlich erreicht hatte. Das Grab der Schmerlingschen Macht und Größe stand schon offen; Graf Moritz Esterházy, der Minister ohne Portefeuille und Konservator Metternichscher Staatsweisheit am Hofe, hatte es dem Gegner des Konkordats gegraben und erwartete nichts sehnlicher, als daß Schmerling den besten Bundesgenossen, den er hätte haben können, beseitigen half. Der ungarische Magnat, der seine Muttersprache verlernt hatte und ein internationaler Konservativer geworden war, horchte auf die Stimme Roms, von dort aus wurde aber an der Bekämpfung der liberalen Strömung in Oesterreich am eifrigsten gearbeitet, seitdem die Konvention vom 15. September 1864 die französische Hilfe gegen italienische Vorstöße unverläßlich erscheinen ließ. Gegen den Willen Bismarcks geschah es während dessen Anwesenheit in Biarritz, daß das preußische Ministerium den Verhandlungen über den Anschluß Oesterreichs an den Zollverein Schwierigkeiten bereitete. Bismarck wußte ebensogut wie seine Kollegen Graf Itzenplitz und v. Bodelschwingh, daß sie keinen Erfolg haben könnten, weil die wirtschaftlichen Interessen der Zollvereinsstaaten mit denen Oesterreichs und Ungarns noch immer in demselben Gegensatze standen wie 1853; aber er hatte das möglichste Entgegenkommen zeigen wollen, um Rechbergs Lage zu erleichtern. Denn diese wurde dadurch gefährdet, daß Schmerling, in volkswirtschaftlichen Fragen gänzlich kenntnislos wie die gesamte altösterreichische Beamtenschaft, die Anbahnung des Eintritts Oesterreichs in einen deutschen Zollverein, allenfalls auch mit Ausschluß Preußens, verlangte. Als Schmerling es im Ministerrat durchgesetzt hatte, daß wegen der ablehnenden Haltung Preußens in der Zollangelegenheit eine von Biegeleben verfaßte scharfe Note nach Berlin gerichtet wurde, nahm Graf Rechberg am 21. Oktober 1864 seinen Abschied. Graf Alexander v. Mensdorff-Pouilly, der Sohn eines französischen Emigranten und einer koburgischen Prinzessin, Gemahl einer Fürstin Dietrichstein, in militärischen und diplomatischen Diensten verwendet, ohne irgendwo besondere Begabung bewiesen, aber auch ohne seinen Vorgesetzten Mühe und Verlegenheiten bereitet zu haben, also nach den herrschenden österreichischen Ansichten ein brauchbarer Soldat und Beamter, vornehm ohne unbescheiden zu sein, liebenswürdig und aus Unsicherheit nachgiebig, übernahm die Leitung des auswärtigen Amtes,

aber nicht die Leitung der österreichischen Politik, die nunmehr thatsächlich von Biegeleben und Moritz Esterházy behandelt wurde. Graf Mensdorff hat das Uebergewicht Biegelebens, der durch Fleiß und bureaukratische Findigkeit dem Kaiser imponierte, dem preußischen Gesandten Baron Werther selbst eingestanden. Wenn auch der neue Minister durch seinen Vetter, Herzog Ernst von Koburg, für den Augustenburger eingenommen war, hat doch Biegeleben zuerst darauf gedrungen, daß sich Oesterreich mit Entschiedenheit für dessen Erbfolge in den Herzogtümern erkläre, um Preußen jede Hoffnung auf Landerwerb abzuschneiden.

Diese Richtung der österreichischen Politik traf zusammen mit den Bemühungen des preußischen Kronprinzenpaares und der deutschen Partikularisten. Bernhardi schrieb am 30. Oktober in sein Tagebuch: „Die Wendung, welche die Dinge in Wien genommen haben, macht mir große Sorgen und ist mir sehr bedenklich. Schmerling, der dort nun endlich seine Gegner verdrängt hat und als Herr der Situation dasteht, ist ein sehr arger und sehr gefährlicher Feind Preußens. Wir werden den Rückschlag sofort in Schleswig-Holstein spüren. Die Berater des Herzogs Friedrich sind ganz die Leute dazu, sich mit ihrem nationalvereinlichen, fortschrittlichen, mittel- und kleinstaatlichen Partikularismus, allenfalls auch auf Herrn v. Schmerling und seine Intriguen zu stützen.“ Der das schrieb, kannte die Stärke der augustenburgischen Partei am preußischen Hofe genauer als irgend jemand und erkannte, daß ihr Sieg das Königtum in Preußen nicht kräftigen und seine deutschnationalen Bestrebungen nicht fördern werde. Dieselbe Ansicht gewann aber auch König Wilhelm, obgleich er den Annexionsgedanken noch nicht aufgenommen hatte. Das ungeschickte Benehmen des Herzogs Friedrich trug wesentlich dazu bei, den König von der Augustenburger Partei am Hofe zu trennen. Noch vor dem Präliminarfrieden war der Erbprinz von Karl Sammer, dem ehemaligen Kieler Advokaten und Professor, dann koburgischem Bibliothekar und Legationsrat, der sich nun als Begleiter und politischer Ratgeber des Augustenburgers „Vertreter des Herzogs von Schleswig und Holstein“ nannte, zu Drohungen gegen Preußen angeregt worden. Der Prinz hatte in Berlin zu Bismarck gesagt: „Er habe die Preußen nicht gerufen, der deutsche Bund würde ihn auch ohne Preußen eingesetzt haben, und ohne ihm drückende Verpflichtungen auferlegen zu wollen.“ Daß er nur mit, niemals gegen Preußens Willen zur Regierung gelangen könne, sah er so wenig ein als seine Ratgeber, die mit allen möglichen Höfen korrespondierten, wo man Bismarcks Sturz gerne gesehen hätte. Max Duncker, früher Geschichtsprofessor in Halle und Tübingen, seit 1859 vortragender Rat für Preßsachen in preußischen Diensten, nun vortragender Rat beim Kronprinzen, kennzeichnete die Situation im Februar 1865 im Gespräche mit Bernhardi: „Die Annexion der Elbherzogtümer wäre für Preußen ein Gewinn von entscheidender Bedeutung; wichtiger noch als zu ihrer Zeit die Eroberung von Schlesien. Dafür hat aber leider das kronprinzliche Paar nicht den rechten Sinn; beide, der Kronprinz sowohl als die Kronprinzessin behandeln die Sache in gewissem Sinne als eine Frage persönlicher Freundschaft für den Herzog Friedrich. Bei der Kronprinzessin kommt noch die persönliche Abneigung gegen Bismarck hinzu, die sehr entschieden ist, und außerdem werden beide auch noch von England, von Belgien, von Koburg und von

Karlsruhe aus in diesem Sinne bearbeitet." Im März ließ Sammer eine Deputation in Schleswig anwerben, die nach Paris gehen und „vor Napoleons Thron einen Schmerzensschrei ausstoßen" sollte. Zur Entschuldigung der Haltung des Kronprinzen muß festgestellt werden, daß er und seine Umgebung die innere Lage Preußens für verzweifelt hielten. Er nahm die politischen Phrasen, mit denen der vortreffliche Naturforscher Virchow in freien Stunden sich und andere zu amüsieren pflegte, ernst, er glaubte seiner Versicherung, daß die Liberalen eine Revolution machen würden, und hielt die Gefahr für um so näherliegend, als die bornierten Konservativen dem Könige die Aufhebung der Verfassung zumuteten. Gerade dieses Getriebe aber veranlaßte Wilhelm, sich wieder enger an Bismarck anzuschließen, der die Situation allein ungetrübten Blickes übersah und furchtlos seinen Weg fortsetzte.

Als Oesterreich immer dringender die Entscheidung über die künftige Regierung der Herzogtümer in Berlin betrieb, eröffnete Preußen in einer Depesche vom 22. Februar 1865 die Bedingungen, ohne deren vorherige Erfüllung es nicht auf die Errichtung eines neuen Staates eingehen könne. Es verlangte ein ewiges und unauflösliches Schutz- und Trutzbündnis zwischen diesem und Preußen, „vermöge dessen letzteres sich zum Schutze und zur Verteidigung der Herzogtümer gegen jeden feindlichen Angriff verpflichtet, Schleswig-Holstein dagegen dem Könige von Preußen die gesamte Wehrkraft beider Herzogtümer zur Verfügung stellt". Damit sollte verbunden sein, daß die Aushebung der Mannschaften durch die preußischen Militärbehörden erfolge und daß die in die preußische Armee und Flotte eintretenden schleswig-holsteinischen Unterthanen dem Könige von Preußen den Fahneneid leisten. Das Bundeskontingent für Holstein werde von dem Herzoge aus den nicht zu dem preußischen Bundeskontingent gehörigen Truppenteilen der aus den Streitkräften beider Länder gebildeten, unter dem Befehle des Königs von Preußen stehenden Armee gestellt werden. Rendsburg war als Bundesfestung, aber mit preußischer Besatzung in Aussicht genommen. Zu Befestigungsanlagen sollte an Preußen abgetreten werden: die Stadt Sonderburg mit einem entsprechenden Gebiete auf beiden Seiten des Alsensunds, die Feste Friedrichsort in der Kieler Förde und Terrain am Ein- und Ausgange des zu erbauenden Nordostseekanals. Der neue Staat hatte dem Zollverein und besonders dem preußischen Zollsystem beizutreten, sein Post- und Telegraphenwesen mußte mit dem preußischen verbunden werden. Mit diesen Bedingungen hat Bismarck das bundesstaatliche Verhältnis, das später die staatsrechtliche Grundlage des Deutschen Reiches wurde, zum erstenmal praktisch zur Anwendung bringen wollen. Oesterreich lehnte sie am 5. März mit der Begründung ab, daß ein unter solchen Bedingungen eingesetzter Fürst kein gleichberechtigtes und stimmfähiges Mitglied des deutschen Bundes werden könne.

Die militärischen Forderungen Preußens waren von Moltke aufgestellt worden, der sie in einem Gespräche mit Bernhardi als durchaus notwendig bezeichnete, wenn nicht die Annexion erlangt werde könne. „Eine Militärkonvention kann uns nicht genügen," sagte er, „wir haben ja eine Konvention mit Koburg — hätten wir nun können das koburgische Kontingent nach Schleswig marschieren lassen? Nein, das ist nichts!" Mehr als die Militärkonvention nach dem Muster

der koburgischen wollte der Herzog Friedrich nicht bieten; auch den Fahneneid verweigerte er und die Aushebung der holsteinischen Matrosen für den Dienst auf der preußischen Flotte. So ließ der Augustenburger die letzte Gelegenheit zur Begründung einer Herrschaft, die auch unter preußischer Vormundschaft nicht zu unterschätzen gewesen wäre, ungenutzt vorübergehen, hielt in Kiel eine Art verschämter Hofhaltung mit den sogenannten Ministern Sammer und Francke, verkehrte durch sie mit allen politischen Vereinen beider Herzogtümer, ließ sich Adressen besorgen und rechnete auf die Anerkennung des Volkswillens durch die Großmächte gegen den Willen Preußens. Mit dem österreichischen Zivilkommissär Herrn v. Halbhuber stand er in regem Verkehr und gab diesem die nötigen Anleitungen, um alle Schritte der preußischen Regierung, die der Annexion Vorschub leisten sollten, zu vereiteln. Bismarck vertrat dagegen mit Bestimmtheit und Schärfe die von Roon angekündigten Einleitungen zur Schaffung eines preußischen Kriegshafens in Kiel öffentlich in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni 1865 und veröffentlichte seinen Bericht an den König über die Verhandlungen mit dem Erbprinzen, um dessen Kandidatur für Preußen unmöglich zu machen. Auf die Zweifel, ob es der Regierung gelingen werde, Kiel zu erwerben, antwortete der Minister: „Wir besitzen in den Herzogtümern mehr als Kiel; wir besitzen die volle Souveränität in Gemeinschaft mit Oesterreich, und ich wüßte nicht, wer uns dieses Pfand, das dem von uns erstrebten Objekt an Wert so viel überlegen ist, nehmen könnte anders als durch einen für Preußen unglücklichen Krieg." Auf den Krieg war Bismarck ganz und gar gefaßt, er hatte ihn im Kronrate vom 29. Mai mit der Annexion der Herzogtümer in untrennbare Verbindung gebracht und die europäische Lage dafür günstig erklärt, da sowohl Rußlands als Frankreichs Neutralität zu hoffen sei, ja das russische Kabinett Andeutungen gemacht hat, daß es die Rechte Oldenburgs vertreten würde, wenn Oesterreich die Ansprüche des Augustenburgers zur Geltung brächte. „Ein Krieg mit Oesterreich," schloß er, „wird früher oder später doch nicht zu vermeiden sein, nachdem die Politik der Niederhaltung Preußens von der Wiener Regierung wieder aufgenommen worden ist. Allein den Rat zu einem großen Kriege gegen Oesterreich können wir Seiner Majestät nicht erteilen; der Entschluß dazu kann nur aus der freien königlichen Ueberzeugung selbst hervorgehen."

König Wilhelm, der sich durch die illegale Agitation des Augustenburgers in Holstein verletzt fühlte, verlangte von Oesterreich dessen Mithilfe zur Beseitigung des Parteigetriebes in den Herzogtümern. Als diese nicht zugesagt wurde, beschäftigte sich ein Ministerrat, den der König von Preußen auf der Reise von Karlsbad nach Gastein am 21. Juli nach Regensburg berufen hatte, mit Vorkehrungen für den sofort zu erwartenden Ausbruch des Krieges. Bismarck machte in einer Unterredung, die zwei Tage später stattfand, dem bairischen Minister v. d. Pfordten von der Gespanntheit der Lage Mitteilung und forderte die Mittelstaaten auf, bei diesem Duell zwischen den beiden Großmächten passive Zuschauer zu bleiben. Das könne mit voller Beruhigung geschehen, „denn Preußen habe niemals daran gedacht und denke auch noch jetzt nicht daran, sein Machtgebiet über die Mainlinie hinaus zu erstrecken. Lange werde übrigens die Entscheidung nicht auf sich warten lassen, Oesterreich sei weder

gerüstet, noch habe es die Mittel sich zu rüsten. Ein einziger Stoß, eine Hauptschlacht — und Preußen werde in der Lage sein, die Bedingungen zu diktieren." Durch Vermittlung des österreichischen Gesandten in München, des Grafen Gustav Blome, eines Holsteiners von Geburt, kam eine Vereinbarung, der Gasteiner Vertrag vom 14. August zu stande, durch die der Ausbruch des Krieges für kurze Zeit hinausgeschoben wurde. In dieser wurde die Ausübung der von den beiden Mächten im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 gemeinsam erworbenen Rechte unbeschadet ihrer Fortdauer an der Gesamtheit für Holstein an Oesterreich, für Schleswig an Preußen übertragen, Lauenburg aber um $2^1/_2$ Millionen dänischer Reichsthaler, die an Oesterreich ausgezahlt wurden, von Preußen erworben. Dieses durfte den Kriegshafen von Kiel anlegen, der jedoch nach Herstellung einer deutschen Flotte Bundeshafen werden sollte. In Rendsburg wurde bis zu dessen Erhebung zur Bundesfestung halbjähriger Wechsel österreichischer und preußischer Garnisonen eingeführt. Preußen erhielt Etappenstraßen durch Holstein und das Recht, den Bau des Nordostseekanals einzuleiten. Die Vorteile des Vertrages für Preußen waren unverkennbar, ebensowenig konnte sein provisorischer Charakter übersehen werden; es bedeutete daher nicht nur eine Anerkennung bereits geleisteter Dienste, sondern auch eine Ermächtigung zur Fortführung der von Bismarck geleiteten Politik, als König Wilhelm seinen Minister und dessen Familie am 15. September in den Grafenstand erhob und dies für eine Auszeichnung erklärte, „die immerhin beweisen werde, wie hoch er die Leistungen seines Ministers um das Vaterland zu würdigen wisse".

Oesterreich hat die augenblickliche Verständigung mit Preußen durch die Abmachungen von Gastein nur aus dem Grunde betrieben, weil seine inneren Verhältnisse unbedingt nach einer Klärung verlangten, bevor man sich wieder auf einen großen Krieg einlassen konnte. Das System Schmerling war verbraucht und keiner weiteren Entwickelung fähig. Die deutschen Abgeordneten, unter denen die konstitutionellen Zentralisten damals noch unbedingt herrschten, hatten den Schöpfer der zentralistischen Februarverfassung, die den Deutschen außerordentliche Vorteile gewährte und ihr politisches Uebergewicht über alle anderen Völker der Monarchie befestigen sollte, leichten Herzens fallen lassen, ja alles Erforderliche gethan, um seinen Sturz den Ultramontanen nicht nur zu erleichtern, sondern überhaupt zu ermöglichen. Es genügte den deutschen parlamentarischen Staatsmännern nicht, daß die Gesamtmonarchie gegen die berechtigten Ansprüche des Königreichs Ungarn und gegen die föderalistischen Projekte der Tschechen und Polen aufrecht erhalten und daß die Befreiung des öffentlichen Unterrichts von konfessionellem Zwange gegen die geistlichen und weltlichen Organe der römischen Hierarchie behauptet werden mußte, sie hielten es außerdem noch für ihre dringende Pflicht, den Militarismus zu stürzen, der seit 1859 ohnehin schon gestürzt war, und den Kaiser durch empfindliche Abstriche im Heeres- und Marineaufwande in Aufregung zu versetzen, ihn um die Großmachtstellung seines Reiches besorgt zu machen. Es war um so ungerechtfertigter, durch eine strenge

Handhabung des Budgetrechtes die Stellung des leitenden Staatsministers zu erschüttern, als die deutschen Liberalen ja mit dessen Bundespolitik sympathisierten und nichts unternahmen, um eine friedliche Lösung der deutschen Frage zu unterstützen. Die österreichischen Parlamentarier nahmen gerne an den Konferenzen und Versammlungen der deutschen Abgeordneten teil und wetteiferten mit ihnen in kräftigen Verurteilungen des preußischen Junkerregiments, das zu bekämpfen sie mit allen Schützen, Turnern und Sängern Alldeutschlands einig waren. Daß Oesterreich zu diesem Kampfe auch gerüstet sein müsse, daß man nicht mit dem Gelde für Heereserfordernisse zu sparen beginnen dürfe, wenn der Einfluß Oesterreichs in Deutschland mit den Waffen erstritten werden sollte, bedachten sie nicht, so wenig Schmerling sich entschließen konnte, seinen Frieden mit den Ungarn zu schließen, ohne den eine Ordnung des österreichischen Staatswesens undenkbar war. Der Abgeordnete aus Steiermark, Dr. Moritz v. Kaiserfeld, ein Mann von gründlicher Bildung und aufrichtigem patriotischem Fühlen, erkannte die Unerläßlichkeit des Ausgleiches mit Ungarn und der Einführung einer Gliederung des Gesamtreiches in zwei konstitutionell regierte Staaten, die durch den gemeinsamen Monarchen und bundesstaatliche Einrichtungen verbunden sein sollten, er trat im Reichsrate für diesen Dualismus ein und suchte Verständigung mit den Führern der gemäßigten Nationalpartei der Magyaren, mit Deák, Joseph v. Eötvös, Paul v. Sennyey und dem Grafen Melchior Lonyay; aber er litt an der bei den Deutsch-Oesterreichern scheinbar unausrottbaren Ueberschätzung ihrer eigenen Kraft; er traute ihnen zu, gleichzeitig die schwierige Aufgabe der Rekonstruktion ihres Reiches durchzuführen, Preußen und Bismarck, den er für eine „Karikatur Cavours" hielt, zu bekämpfen, ein deutsches Parlament zu berufen und dort die führende Rolle zu übernehmen und — die Armee zu reduzieren, damit das Gleichgewicht im österreichischen Budget hergestellt werden könne. Wenn Kaiser Franz Joseph schon damals die konstitutionellen Formen mit peinlicher Gewissenhaftigkeit hätte beobachten und Herrn v. Kaiserfeld, gewiß dem bedeutendsten und mächtigsten Gegner Schmerlings in der deutschliberalen Reichsratsmajorität, die Regierung hätte anvertrauen wollen, so würde dieser in seiner kleinlichen Beurteilung der Bismarckschen Politik den Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage nicht gefunden und sein geliebtes Oesterreich der so leicht zu vermeidenden Katastrophe gewiß ebenfalls zugeführt haben.

Kaiser Franz Joseph hatte aber das Vertrauen in die Staatskunst der deutschen Liberalen überhaupt verloren. Vier Jahre hatte er dem mit unerschütterlichem Selbstbewußtsein auftretenden Schmerling zur Einführung seiner Verfassung gegönnt, es lag aber noch immer nicht der geringste Erfolg vor. Alle nichtdeutschen Völker hatten den konstitutionellen Zentralismus abgelehnt, sie verweigerten die Mitwirkung an der Reform unter diesem Zeichen, die deutschen Liberalen aber, die durch die Schmerlingsche Verfassung zu Herren der Situation gemacht worden waren, verstanden es nicht, die Kräfte des Staates zur Ordnung des Staatshaushaltes auszunützen, sie verweigerten die erhöhten Leistungen, durch die man diese Ordnung allein herstellen konnte, und wollten den Kredit Oesterreichs auf Sparsamkeit begründen. Dieser Weg mag in der Theorie der Haushaltungskunst begründet sein, aber er ist langwierig und erfordert Ungestörtheit.

In großen Staatskrisen steht weder Zeit noch Ruhe zur Verfügung, man kann nicht warten, wie Schmerling geglaubt hatte, sondern braucht große Entschlüsse, gewaltige Mittel, neue Ideen. Die Teilung der Vorherrschaft in Deutschland hätte allen diesen Anforderungen entsprochen, mit ihr wäre die Kraft Oesterreichs sofort frei geworden für seine eigene Gesundung. Wer kann behaupten, daß Kaiser Franz Joseph einem Rate dieser Art sein Ohr verschlossen hätte, wenn er von denen ausgegangen wäre, denen er selbst die größte Macht in Oesterreich eingeräumt hatte? Die deutschen Liberalen haben gerade das Gegenteil verlangt, Herr v. Kaiserfeld erwartete in dem drohenden Kampfe die Entscheidung über Oesterreichs Existenz und war überzeugt, daß es nur einer wahrhaft konstitutionellen Regierung bedürfe, um ihn siegreich zu führen.[1]) Sein Vorstoß gegen den Zentralismus Schmerlings war nicht verbunden mit einer Warnung vor einer Wiederaufnahme der Politik des Frankfurter Fürstentages, er hatte nicht den Frieden in Deutschland zur Vorbedingung. Auch der Kaiser war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das Verhältnis zu Ungarn geändert werden müsse, und er wußte, daß dies von Schmerling nicht zu erwarten sei; bei der Wahl des Nachfolgers konnte er aber nicht auf einen deutschen Liberalen verfallen, weil diese Partei ihm nicht die Mittel zur Durchsetzung der äußeren Politik gewähren wollte, die sie selbst begünstigte, und weil sie in der kurzen Zeit ihrer parlamentarischen Herrschaft einen Dunstkreis von Korruption um sich geschaffen hatte, der den Verkehr mit ihr für eine so durchaus redliche und vornehme Natur, wie Franz Joseph, höchst peinlich machte.[2]) Er folgte dabei der Führung des Grafen Moritz Esterhazy, den Schmerling selbst noch als Minister ohne Portefeuille in sein Ministerium aufgenommen hatte. Dieser hielt den Ausgleich mit Ungarn nur auf Grundlage jener Zustände für möglich und wünschenswert, die vor 1849 jenseits der Leitha bestanden hatten. Mit ihnen war die Stärkung der monarchischen Gewalt und die Befriedigung der nationalen und autonomistischen Wünsche der Slaven in Oesterreich am leichtesten zu vereinen. Deák verband sich mit ihm, weil er den Bruch mit dem Zentralismus eher von dem Einflusse der Feudalen und Ultramontanen erwarten durfte, als von den deutschen Liberalen, die ihr hohes Spiel vorläufig verloren hatten.

Durch die Allianz der gemäßigten ungarischen Nationalpartei mit den Gegnern Schmerlings am Wiener Hofe wurde dessen Fall eingeleitet. Anläßlich einer Reise des Kaisers in Ungarn im Juni 1865 wurde die Annäherung der beiden Parteien bewirkt, der Kaiser für Moritz Esterhazy völlig gewonnen, dem er das Verdienst an der vortrefflichen Aufnahme im Lande der Stephanskrone zuschreiben mußte. Die von Esterhazy angebahnte Ernennung Georgs v. Majlath zum ungarischen Hofkanzler, von der Schmerling gar nicht unterrichtet worden war, stellte diesen vor die Notwendigkeit, dem Kaiser seine Entlassung anzubieten.

---

[1]) Dies ergibt sich aus dem Zusammenhalte seiner großen Rede in der Adreßdebatte vom 1. Dezember 1864 und dem Leitartikel seines Organs, des Grazer „Telegraf", vom 22. März 1866. (v. Krones, Moritz v. Kaiserfeld S. 213 u. ff. S. 244.)

[2]) Den Nachweis dieser Behauptung findet man im 6. Abschnitt (II. Bd.) von Julius Fröbels „Lebenslauf" mit reichem Detail aus den persönlichen Erfahrungen des Journalisten und Unterhändlers für finanzielle Schöpfungen.

Auch Erzherzog Rainer, der Präsident des Ministerrates, und die übrigen Ressortminister schlossen sich dem Schritte an. Am 27. Juli erfolgte die Berufung des Grafen Richard Belcredi an die Stelle des Erzherzogs Rainer und Schmerlings und des Grafen Larisch zum Finanzminister. Gleichzeitig wurde auf administrativem Wege die Selbständigkeit Siebenbürgens beseitigt, eine große Zahl magyarischer Beamter dort wieder eingesetzt, wodurch das fruchtbare, namentlich in den sächsischen „Stühlen" hochkultivierte Land, das seit 1526 wiederholt von Ungarn getrennt, teils von nationalen Fürsten, teils von den Habsburgern von Wien aus regiert worden war, wieder der ungarischen Krone überantwortet wurde. Es war der erste Akt der Wiederherstellung eines ungarischen Staates, wie er seit den Jagellonen nicht mehr bestanden hatte.

Am 20. September 1865 erließ der Kaiser ein Manifest an seine Völker, in dem mit Bedauern festgestellt wurde, „daß sich ein großer Teil des Reiches von dem legislativen Wirken auf Grund des Februarpatents von 1861 beharrlich ferngehalten habe". Dadurch sei die Absicht des Monarchen „auf Entwickelung eines freien Verfassungslebens" vereitelt worden. Er wolle daher zunächst „den Weg der Verständigung mit den legalen Vertretern der Völker in den östlichen Teilen des Reiches betreten" und den Landtagen von Ungarn und Kroatien das Oktoberdiplom und das Februarpatent zur Annahme vorlegen. Während dieser Verhandlungen müsse die Wirksamkeit des Gesetzes über die Reichsvertretung auch in den westlichen Königreichen und Ländern sistiert, d. h. das verfassungsmäßige Wirken des engeren Reichsrates so lange unterbrochen werden, bis das Ergebnis jener Verhandlungen den diesseitigen Landtagen vor der letzten Entschließung der Krone vorgelegt werden könne. Die betreffenden Patente wurden an demselben Tage veröffentlicht. Theoretisch war dieser Staatsakt, den die Liberalen sofort als Staatsstreich bezeichneten, gewiß zu rechtfertigen. Die Sistierung einer Verfassung, die keine Rechtskraft erlangt hatte, weil sie von einem großen Teile der Völker, denen sie zugedacht wurde, nicht angenommen worden war, entsprach unstreitig dem Rechte des Monarchen, aus dessen freier Entschließung die Verfassung hervorgegangen war. Die österreichischen Länder haben ebenso wie Ungarn ein historisches Recht auf Landesvertretungen, aber nicht auf eine Reichsverfassung. Diese kann nur durch Uebereinstimmung des Monarchen als Souverän der Länder mit deren gesetzlichen Vertretern entstehen. Der ungarische Landtag hatte diese Uebereinstimmung direkt verneint, die Februarverfassung war daher als Ganzes niemals Gesetz geworden. Es zeigte sich aber auch bei dem sogenannten „Grafen-" oder „Sistierungsministerium", daß die Richtigkeit der Theorie, die sie vertritt, einer Regierung noch keine Kraft verleiht. Wäre Belcredi, an dessen ehrlicher Verfassungsliebe gar nicht zu zweifeln ist, ein praktischer Staatsmann gewesen, so hätte er sofort dem engeren Reichsrate eine neue staatsrechtliche Form gegeben, damit die im Oktoberdiplom und Februarpatent vorausgesetzte Gemeinsamkeit in der Gesetzgebung und Verwaltung der nichtungarischen Kronländer anerkannt und den Verdacht, die konstitutionellen Errungenschaften überhaupt verwerten zu wollen, vermieden. Belcredi wurde von Esterhazy, dem Anhänger Metternichscher Staatsweisheit, und seinen feudalultramontanen Alliierten überlistet und mißbraucht, auch Kaiser Franz Joseph

über die Bedeutung des Aktes vom 20. September nicht aufgeklärt. Denn wissentlich würde sich dieser unter den gegebenen schwierigen äußeren Verhältnissen niemals darauf eingelassen haben, unter den Deutschen, von denen bisher noch immer die Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit der Armee und der finanzielle Kredit der Regierung abgehangen war, Mißtrauen zu erregen und die Besorgnis vor dem Verluste aller kaum erworbenen Rechte und Freiheiten zu verbreiten.

Der Appell an den „versöhnlichen Sinn und die gereifte Einsicht der Völker", den das kaiserliche Manifest aussprach, indem es die „freie Bahn zur Verständigung" eröffnete, konnte unmöglich über die Schwierigkeiten hinweghelfen, die durch die Adreßdebatten und Verfassungsdiskussionen in national erregten Landtagen für die Regierung entstanden. Nord- und Südslaven spannten ihre Forderungen höher als jemals, weil sie die goldene Zeit eines Föderativsystems angebrochen glaubten, das sie in der Mehrzahl der Provinzen zur Herrschaft bringen müsse, die Deutschen redeten sich in eine immer leidenschaftlicher betonte Entrüstung über den vermeinten Verfassungsbruch hinein, die Magyaren beobachteten entweder eine kühle Zurückhaltung und stellten die nationalen Forderungen auf, die erfüllt werden müßten, bevor man an die Anerkennung gemeinsamer Angelegenheiten schreiten könne, oder sie wendeten trotziger als je dem Wiener Hofe den Rücken und konspirierten mit dem Auslande. Das Entgegenkommen der Wiener Regierung verriet ihnen deren Schwäche und Verlegenheit und schien zu kühnen Thaten einzuladen. Die Kreise der hohen Finanz äußerten fast ausschließlich nur Besorgnisse, die Nationalbank erhöhte den Diskont auf Staatspapiere und der Vertreter des Finanzministers, Sektionschef v. Becke, mußte eine Anleihe von 90 Millionen Gulden Silber, die in Frankreich zu stande kam, um 10 Prozent teurer bezahlen, als Herr v. Plener, der die Geschäfte des Schatzes unter Schmerling geführt hatte. Der Stolz und die Befriedigung, die Graf Larisch bei der Vorlage des von keinem Vertretungskörper genehmigten Budgets für 1866 darüber äußerte, daß er mit einem Defizit von 40 Millionen Gulden auskomme, während sein Vorgänger das Doppelte gebraucht habe, fand dort, wo man die Deckung des Defizits suchen mußte, bei den Steuerträgern, keinen Widerhall. Ganz aussichtslos aber wurde das Wirken Belcredis, als er auch in Ungarn die konstitutionellen Vorbedingungen für den Friedensschluß, die Anerkennung der Achtundvierziger Verfassung und die Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums verweigerte, weil Esterhazy, Majlath und ihre Gesinnungsgenossen überhaupt konstitutionelle Einrichtungen nicht schaffen wollten. Der äußerst kühle Empfang der Adreßdeputation des ungarischen Landtages in der Ofener Burg am 27. Februar 1866 konnte kaum die Hoffnung erwecken, daß die Krone sich mit dem Rechtsstandpunkte, den Deák mit unerschütterlicher Festigkeit vertrat, jemals werde in Einklang versetzen können.

Namentlich den Stand der Dinge in Ungarn hat Bismarck auszunützen verstanden, als er die Vorbereitungen für den Entscheidungskampf mit Oesterreich traf, den er seit dem Gasteiner Vertrag fest ins Auge faßte und möglichst zu beschleunigen suchte. In Italien hat ihm der Hinweis auf den Ausbruch einer Revolution in Ungarn gute Dienste geleistet. Die Vorherrschaft Esterhazys und der Ultramontanen im Ministerium Belcredi aber hatte ihn überzeugt, daß

die friedliche Abmachung zwischen Oesterreich und Preußen, die nur auf der Grundlage vollständiger Gleichheit der protestantischen deutschen Großmacht mit dem Staate der katholischen Habsburger erfolgen konnte, durch den Regierungswechsel in Oesterreich gänzlich unmöglich gemacht sei. Nicht Mensdorff, der von einer Ueberschätzung der Kräfte des Kaiserstaates weit entfernt war, sondern Biegeleben leitete die auswärtige Politik, der Partisan der Jesuiten, die ihr eigenes Schicksal dadurch aufhalten zu können glauben, indem sie ihren beklagenswerten Anhängern einen Wahnglauben an ihre Macht suggerieren und sie damit in den Tod hetzen. Die Nachfolger Loyolas fanden die Zeit gekommen, in der es notwendig sei, „Preußen in seine Teile zu zerschlagen" und der hessische Parasit im österreichischen Beamtenkörper machte sich zum Verkünder der Lehre, die den deutschen Bruderkrieg und damit den tiefen Fall der ostmärkischen Deutschen veranlaßt hat.[1])

Seine Vorarbeiten hatte der preußische Minister schon im Oktober in Biarritz begonnen. Ein brutaler Angriff, den Drouyn de Lhuys wegen des Gasteiner Vertrages gegen ihn in einem Rundschreiben an die französischen Gesandten losgelassen hatte, ließ es ihm unerläßlich erscheinen, durch persönlichen Gedankenaustausch mit Napoleon ein Urteil über dessen Verhalten bei einem preußisch-österreichischen Kriege zu gewinnen. Der Cäsar an der Seine hätte in letzter Zeit wenig Glück bei seinen politischen Unternehmungen gehabt, er konnte auf neue Bahnen gedrängt worden sein, die noch nicht zu erkennen waren. Graf Bismarck erbat sich daher von seinem Könige die Erlaubnis, diplomatische Studien mit dem Gebrauche des Seebades in dem wellenkräftigen biskayischen Golf verbinden zu dürfen. Die Stimmung Napoleons war damals neuerlich gereizt worden durch die Nachrichten aus Mexiko. Dort stand die von Frankreich eingesetzte Regierung des am 10. April 1864 zum Kaiser ausgerufenen österreichischen Erzherzogs Ferdinand Maximilian, des jüngeren Bruders des Kaisers Franz Joseph, bereits im schwersten Kampfe gegen die Republikaner unter Juarez und gegen die unmäßigen Forderungen der Klerisei, die dem neuen Kaisertum als Stütze dienen sollte. Der französische Kaiser konnte sich nicht verhehlen, daß der ungünstige Finanzvertrag, zu dem er den vertrauensseligen Erzherzog veranlaßt hatte, diesen wie ein Bleigewicht belasten müsse, indem er ihn an der Erfüllung der Versprechungen zur Hebung des Wohlstandes seiner Anhänger hindere; er ahnte, daß tausendfacher Fluch und Schande aus dem scheinbar guten Geschäft hervorgehen werde. Es war also sehr begreiflich, daß er nach einer Gelegenheit fahndete, sein Ansehen und den Glauben der Welt an seine Staatskunst wiederherzustellen. Er mußte trachten das Wort einzulösen, das er Italien und Viktor Emanuel gegeben, und womöglich auch Frankreich einen erkennbaren, von den Franzosen anerkannten Nutzen zuzuführen. Beides wäre mit Oesterreich vielleicht zu erreichen gewesen, wenn man ihm für Venetien Schlesien angeboten und sich

[1]) Als Biegeleben 1872 starb, erschienen im „Neuen Wiener Tagblatt" Enthüllungen nach Aufzeichnungen der Fürstin Mensdorff, die bewiesen haben, daß Biegeleben beim Kaiser gegen Mensdorffs Friedensbemühungen den Krieg befürwortet und die Abtretung Venetiens vom päpstlichen Interesse aus bekämpft hat. (W. Rogge, Oesterreich von Vilagos bis zur Gegenwart, II. Bd., 336.)

selbst die Rheingrenze ausbedungen hätte; aber die Rechnung wäre wegen der in ihr enthaltenen Anerkennung des Königreichs Italien und der Preisgebung Roms von den Ultramontanen niemals genehmigt worden, die zu schonen der Erwählte des französischen Volkes dringend Ursache hatte, und außerdem war dann die Teilnahme Rußlands am Kriege nicht zu bezweifeln und dessen Ausgang nichts weniger als sicher. Napoleon kannte die preußische Armee und hatte eine bessere Meinung von ihr als irgend einer seiner Generale. Es lag daher nahe, daß der Kaiser die zwei langen Gespräche, die er mit Bismarck in Biarritz führte, und dessen Audienz in St. Cloud am 3. November dazu verwendete, um ihm die Vorteile eines intimen Einverständnisses Preußens mit Frankreich auseinanderzusetzen. Das Ergebnis der Unterredungen dürfte in Bismarcks Bericht über die letzte Audienz gefunden werden: „Napoleon sprach wiederholt sein Einverständnis mit der Erwerbung der Herzogtümer für Preußen durch Geldabfindung Oesterreichs aus. Nur sei es zweckmäßig, die Annexion durch irgend welches Organ des Landes nachher sanktioniert zu sehen; die Frage der Abtretungen an Dänemark könne der Zukunft je nach den Ereignissen vorbehalten bleiben. Es sei nicht nötig, um uns über unsere politischen Beziehungen zu verständigen, die Entwickelung der Lage zu überstürzen, man müsse diese abwarten, um ihr die Entschließungen anzupassen. Napoleon fügte dann die Aufforderung hinzu, der König möge ihm vertraulich schreiben, sobald ihm die Umstände ein engeres und spezielleres Einvernehmen der beiden Regierungen zu erfordern schienen, es werde dann leicht sein, zu einem Verständnis zu gelangen. Dagegen erklärte er ohne eine Anregung von Seiten Bismarcks, daß ein Bündnis mit Oesterreich im Falle eines Konflikts in Deutschland für ihn eine Unmöglichkeit sei. Einen Versuch in dieser Richtung, welchen Fürst Metternich bei ihm vor Gastein gemacht, habe er abgelehnt.“ [1])

Es wurde begreiflicherweise nach dem Verlaufe der Ereignisse von 1866 häufig danach gefragt, ob denn Bismarck dem Kaiser, der nach Gegenerklärungen begierig sein mußte, wirklich keine Versprechungen gemacht und sich strenge an die Weisung seines Königs gehalten habe, keine Verpflichtungen einzugehen. Die beteiligten Personen haben sich niemals darüber geäußert, wir vermissen in den „Gedanken und Erinnerungen“ gerade das Kapitel der Kriegsvorbereitungen am schmerzlichsten, und müssen uns vorläufig noch mit Vermutungen abfinden. Max Lenz hat diesen gewiß den zutreffendsten Ausdruck gegeben, indem er die Frage aufwirft, „ob der Ton der Gespräche ganz so gedämpft gewesen sei, wie er in Bismarcks Berichten an den König erscheint?“ und hinzufügt: „Wir haben doch nicht bloß die Behauptungen der Franzosen, sondern auch eine Notiz aus der Feder v. Goltz' dafür, daß Bismarck in gewissen Punkten, z. B. des Landgewinnes für Frankreich nach der belgischen Seite hin, sich nicht ganz so reserviert geäußert hat, wie er es dem Könige darzustellen für gut fand“. [2]) Das Gespräch mit dem italienischen Gesandten in Paris, Cavaliere Dr. Nigra, kennzeichnet die Stimmung Bismarcks nach den Verhandlungen mit dem Kaiser als

[1]) v. Sybel, Begründung des Deutschen Reichs, IV. Bd.

[2]) Max Lenz, Geschichte Bismarcks (Abdr. des Artikels a. d. Allg. Deutschen Biographie).

eine gehobene und freudig erregte. Die Neutralität Frankreichs hält Bismarck für gesichert, er fordert Nigra auf, die Annäherung seiner Regierung an Preußen zu befördern und läßt ihn über seinen Entschluß, den Krieg mit Oesterreich herbeizuführen, nicht mehr in Ungewißheit. Den Eindruck vollster Sicherheit in seinen Zielen erhielten auch die Freunde des Ministers in Berlin nach seiner Rückkehr von Paris. Er will jetzt den Krieg, weil ohne diesen Oesterreich nicht bewogen werden kann, Preußen die angestrebte und gebührende Machtstellung in Norddeutschland und die Erwerbung der Elbeherzogtümer zuzugestehen; er hält den Sieg für erreichbar, weil die Lage Europas es ermöglicht, den Kampf auf die Nächstbeteiligten, auf Deutschland, Oesterreich und Italien zu beschränken, er glaubt Oesterreich zwingen zu können, daß es selbst zum Kriege herausfordert, obwohl es auf keinen namhaften Bundesgenossen rechnen kann. Für Preußen aber erwartet er zuversichtlich die Mitwirkung Italiens, durch die zum mindesten ein Drittel der österreichischen Armee vom deutschen Kriegsschauplatze ferngehalten werden wird. Die Sorge um die inneren Verhältnisse, die Furcht vor der Revolution in Preußen, mit der die Konstitutionellradikalen des Abgeordnetenhauses drohten, hat ihn nicht einen Augenblick in der Verfolgung seiner weitgehenden politischen Absichten erschüttert.

Oesterreich hätte die Entscheidung hinausschieben können, wenn es einerseits in der Verwaltung von Holstein jeden Anlaß zu Klagen der preußischen Regierung sorgsam vermieden und andererseits den Angeboten Italiens betreffs einer Ablösung von Venetien mindestens scheinbar Beachtung geschenkt hätte. Der italienische Ministerpräsident, Alfonso de La Marmora, war nichts weniger als kriegslustig, er würde den preußischen Werbungen kräftigst widerstanden haben, wenn man die Sendung des Grafen Malaguzzi nach Wien dort nicht so hoffärtig behandelt hätte. Der Vertraute der italienischen Regierung bot 1000 Millionen Lire für Venetien bis an den Isonzo. Nachdem er zwei Monate lang von den einflußreichsten Persönlichkeiten fast nur zustimmende Erklärungen gehört hatte, da die Industriellen und Börsenmänner, besonders aber der Finanzminister selbst, eine Kräftigung der österreichischen Kapitalskraft sehnlichst gewünscht hätten, wurde er schließlich abgewiesen, weil Klerus und Militär bei dem Handel nichts gewinnen konnten. Aus denselben Gründen und vielleicht auch weil Kaiser Franz Joseph nicht inkonsequent handeln wollte, fanden auch neuerliche Anträge Preußens, die Ansprüche Oesterreichs auf die Herzogtümer mit Geld auszugleichen, die schlechteste Aufnahme. Man hätte sich Italien gerne gefällig gezeigt, um es von Preußen zu entfernen; aber da es vor allem eine Geneigtheit für die Abtretung Venetiens verlangte, hatte man ihm nichts zu bieten. Preußen aber gelang es zur selben Zeit, die Zollvereinsstaaten für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien zu gewinnen, und aus dieser Annäherung ergab sich die Gelegenheit zu politischen Anerbietungen, die von Italien unmöglich zurückgewiesen werden konnten. Durch den Gesandten Grafen v. Usedom ließ Bismarck in Florenz mitteilen, daß die Differenzen zwischen Preußen und Oesterreich im Wachsen begriffen seien. Die österreichische Verwaltung in Holstein gebe Grund zum Mißvergnügen und erschwere die Innehaltung der in Gastein eingegangenen Verbindlichkeiten. „Sie werden es aussprechen," lautete ein Auftrag an Usedom

am 13. Januar 1866, „daß der Grad der Sicherheit und der Umfang dessen, was wir von Italien zu erwarten haben, von wesentlichem Einfluß für unsere Entschließungen sein wird, ob wir es zur Krisis kommen lassen oder uns mit geringeren Vorteilen begnügen." Es dauerte bis zur Mitte Februar, daß La Marmora die Möglichkeit erwog, sich mit Oesterreich friedlich auseinanderzusetzen; da dieses aber noch nicht einmal die Anerkennung des Königreiches aussprechen wollte, mußte er endlich auf die preußischen Anträge eingehen. Denn die Anzeichen dafür, daß der Konflikt zwischen den deutschen Großmächten die Entscheidung durch kriegerische Mittel heische, mehrten sich von Tag zu Tag.

Die zwei Gouverneure der Herzogtümer, die durch die Einigkeit der deutschen Großmächte den Dänen abgerungen worden waren, der k. k. Feldmarschallleutnant v. Gablenz in Kiel und General Edwin v. Manteuffel in Schleswig, standen zwar persönlich in kameradschaftlichen Beziehungen, hatten aber von ihren Ministern den Auftrag, sich das Regieren gegenseitig möglichst schwer zu machen. Der Oesterreicher ließ in Holstein der Agitation für die Einsetzung des Herzogs von Augustenburg freiesten Lauf, er gestattete Demonstrationen und Adressen „für das angestammte Herrscherhaus"; der Preuße verlangte Verzicht auf jedes Parteitreiben, Anschluß an die bestehende Regierungsgewalt, setzte Gemeindebeamte ab, die dem Prinzen gelegentlich eines Besuches auf schleswigschem Boden Huldigungen dargebracht hatten, und schrieb dem Prinzen, wenn er noch einmal ohne königliche Erlaubnis in das Herzogtum komme, werde er ihn verhaften lassen. Als Manteuffel einheitliches Verfahren gegen die „Dynastie" verlangte, wurde ihm vertraulich gesagt, das Wiener Kabinett müsse sie sich warm halten und werde den Erbprinzen als Herzog anerkennen, wenn Preußen sich nicht zu einer Oesterreich wohlgefälligen Politik verstehe. Im Januar ließ Bismarck durch den Gesandten v. Werther in Wien äußern, Preußen erblicke in dem Kieler Aufenthalte und in dem Benehmen des Erbprinzen eine Verletzung des „gemeinsamen" Rechtes. Graf Mensdorff erwiderte, der Erbprinz sei ein Privatmann, es stehe seinem Aufenthalte in Holstein kein Bedenken im Wege. „Was die Presse betrifft," deren schrankenloses Eintreten für die augustenburgische Herrschaft Preußen beschränkt haben wollte, „so habe Oesterreich mit dem Polizeistaat gründlich gebrochen und könne deshalb auch in Holstein keine polizeilichen Prinzipien in Anwendung bringen." Gablenz ließ es auch geschehen, daß am 23. Januar eine Volksversammlung in Altona „dem rechtmäßigen, geliebten Fürsten, Herzog Friedrich" ein Hoch ausbrachte und die Einberufung der Stände verlangte. Auf Beschwerden der preußischen Regierung antwortete die österreichische im Ton des Herrn v. Biegeleben hochfahrend, zurückweisend.

In Berlin erwog man in den Kreisen, die dem Hofe und der Regierung nahestanden, die Aussichten des Krieges. Außerhalb des Bannkreises der schmollenden Liberalen begann man die Bismarcksche Politik zu begreifen, Max Duncker, Bernhardi näherten sich ihm vertrauens- und hoffnungsvoll. Der Kronprinz stand ihm noch immer feindlich gegenüber. Bei einer Unterredung mit Bernhardi am 3. März klagte er, daß Bismarck die Dinge auf die Spitze treibe, daß er, durch den Konflikt im Inneren ratlos geworden, den Bruch mit Oesterreich herbeiführen wolle, „bloß in der unbestimmten Idee, sich durch ein ge-

wagtes Spiel, durch eine gesteigerte Verwirrung zu behaupten. Bismarck," meinte er, „sei in seiner Politik von Anfang an lediglich durch Haß gegen das Haus Augustenburg und die liberale Partei, die sich dieses Hauses annehmen wollte, bestimmt worden." Der Kronprinz hatte auch in dem Ministerrate am 28. Februar gegen den Krieg gestimmt und die Behauptung aufgestellt, die Einmischung des Auslandes sei gewiß. Moltke war bei derselben Gelegenheit mit der Forderung aufgetreten, das aktive Vorgehen Italiens gegen Oesterreich herbeizuführen. Nur dann sei ein sicherer Erfolg vorauszusehen. Oesterreich könne dann mit höchster Anstrengung 240000 Mann in Böhmen aufstellen, die gleiche Zahl könne Preußen ohne die Landwehr ins Feld bringen und dabei noch 50000 Mann gegen Baiern und Süddeutschland stellen. Bismarck, durch einige Zugeständnisse v. d. Pfordtens getäuscht, glaubte Baiern noch nicht unter die Gegner zählen zu müssen. Der König schloß die Beratung mit der Versicherung, daß er den Frieden wünsche, aber zum Kriege entschlossen sei, den er, nachdem er Gott gebeten, ihm den rechten Weg zu zeigen, für einen gerechten halte.[1])

Nach dem Ministerrate wurden die Schritte eingeleitet, die Bismarck und Moltke zur Vorbereitung des Krieges für notwendig erklärten. Der König schrieb einen eigenhändigen Brief am 3. März an Napoleon, und Moltke rüstete sich zur Reise nach Florenz, um ein Bündnis abzuschließen und einen gleichzeitigen Angriff auf Oesterreich vorzubereiten. Diese Sendung wurde jedoch durch die Ankunft des italienischen Generals Govone überflüssig. Der nächste Anlaß dazu war die unblutige Revolution in Bukarest, durch die der tributpflichtige Fürst Alexander Johann I. Cusa in der Nacht vom 22. auf den 23. Februar zum Rücktritt genötigt worden war. La Marmora glaubte, daß nunmehr in den Donaufürstentümern das Kompensationsobjekt für Venetien gefunden sei und daß Oesterreich auf diesen Tausch eingehen werde. Napoleon, um seine Meinung befragt, äußerte seine Bereitwilligkeit in diesem Sinne in Wien zu wirken, verlangte jedoch, daß vorher das Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Italien geschlossen werde, weil dadurch die kräftigste Pression auf Oesterreich ausgeübt werde. Nach der Meinung der italienischen Regierung war die Sendung Govones zunächst dazu bestimmt, den Krieg mit Oesterreich zu vermeiden, keinesfalls sein Eintreten zu beschleunigen. Beim Beginne der Unterhandlungen, die der General und der italienische Gesandte Graf Barral mit dem Grafen Bismarck führten, entwickelte dieser die Absicht Preußens, nicht die Annexion der Herzogtümer, sondern die Reform des deutschen Bundes durch die Entfaltung der gesamten preußischen Kriegsmacht durchzusetzen. Die Vorbereitungen dazu würden noch einige Monate brauchen, Preußen wünsche daher einen Vertrag mit Italien zu schließen, durch welchen dieses sich zur Kriegserklärung gegen Oesterreich verpflichte, sobald Preußen zur Durchführung der Bundesreform die Waffen

[1]) Sybel nach Moltkes Aufzeichnungen. Die Vorgeschichte des Krieges von 1866 beruht überhaupt auf Sybels Darstellung im IV. Bande seiner „Begründung des Deutschen Reichs". Sie ergänzt und berichtigt die Mitteilungen zeitgenössischer Diplomaten: Benedetti, Ma mission en Prusse; La Marmora, Un pó più di luce; L. Chiala, Ancora un pó più luce sugli eventi politici e militari dell' anno 1866 (Firenze 1902); Rothan, La politique française en 1866; Il Generale Giuseppe Govone (Turin 1903) u. a.

ergreifen werde. Die Italiener hatten zunächst den Eindruck, man wolle eigentlich nur Oesterreich schrecken, sowie sie selbst das Bündnis nicht ernst gemeint, sondern zur Unterstützung des Tauschprojektes bei der österreichischen Regierung hatten verwenden wollen; sie erklärten, für einen Vertrag, wie den Bismarck vorschlage, keine Weisung zu haben. Indem sich Preußen vorbehalte, den Termin für den Ausbruch des Krieges allein zu bestimmen, verrate es, meinten sie, die Absicht, einen zweiten Gasteiner Vertrag vorzubereiten. Die Situation änderte sich aber, als Rußland und England das Projekt, Oesterreich für Venetien die Donaufürstentümer zu überlassen, rundweg abschlugen. Selbstverständlich hätte dies Oesterreich nicht hindern müssen, das Geschäft zu machen. Die spätere Dreibundkonstellation war gegeben, wenn es in ein dauerndes Bundesverhältnis zu dem verstärkten Preußen und zu Italien trat. Ein russisch-französisches Einverständnis war damals nicht sofort herzustellen, denn Napoleon III. konnte Italien nicht ein zweites Mal an der Erwerbung Venetiens und der Vollendung des italienischen Nationalstaates hindern. Aber Oesterreich ergriff die Gelegenheit, sich die denkbar günstigste Position an der unteren Donau zu schaffen, nicht, sondern ließ es geschehen, daß sich an seinen Grenzen unter einer am 20. April 1866 gewählten Dynastie, der katholischen Linie des Hauses Hohenzollern-Sigmaringen, ein rumänischer Nationalstaat entwickelte, der auf die österreichischen Ostromanen dieselbe Anziehungskraft ausübt, wie das junge Italien auf die Trientiner und Küstenländer.

Die Entscheidung in den italienisch-preußischen Verhandlungen gab Napoleon III. Heinrich Friedjung hat vom Grafen Nigra Kenntnis von einem Gespräche erhalten, das dieser mit dem Kaiser geführt hat, nachdem La Marmora den Grafen Arete zur Erforschung der Ansicht Napoleons nach Paris gesandt hatte. „Nigra stellte fest, daß es Italien gleichgültig sein könne, ob es Venetien aus der Hand Oesterreichs oder Preußens erhalte; es könne sich mit jeder der deutschen Mächte verständigen, wenn es nur die Dogenstadt von der Fremdherrschaft befreie. Napoleon aber sagte ihm, es sei für Italien ratsam, mit Preußen abzuschließen; denn nur dann würde König Wilhelm es wagen, mit Oesterreich anzubinden. Nur in diesem Falle seien die Streitkräfte ausgeglichen, ein Gleichgewicht hergestellt, das dem Berliner Kabinett Aussicht auf Erfolg eröffne. Auf diese Weise wird Italien Venetien erhalten, Frankreich aber genießt den Vorteil, daß die beiden Mächte, die es durch ihr Bündnis beengen, in Streit geraten. Während ihr Venedig erhaltet, werde ich erreichen, was ich für notwendig erachte." In diesen Worten liegt der Schlüssel für die Politik des Kaisers bis zum Juli 1866. Er sprach es niemals aus, was er für notwendig erachte, um Preußen nicht kopfscheu zu machen und nicht durch seine Forderungen den Ausbruch des Krieges zu gefährden. Waren die Gegner, deren Einigkeit für Frankreich immer die unüberwindliche Hemmung seiner Bestrebungen bedeutet, sich nur erst ernstlich an den Leib gerückt und in einen Kampf mit wechselnden Thaten verbissen,[1]) dann war seine Zeit gekommen, sich zu rüsten und als tertius gau-

[1]) Nach Rothans (La politique française en 1866) Versicherungen haben die Urteile der französischen Generale den Kaiser in dem Glauben bestärken müssen, daß die Ueberlegenheit Oesterreichs Preußen zu einem hartnäckigen Widerstande in mörderischen Kämpfen zwingen werde.

dens Europa den Frieden und Frankreich Belgien oder Luxemburg oder die baierische Pfalz oder was immer für ein schönes Stück Land, das ihm angeblich seit der Merowingerzeit gebührt, zu schenken.[1]) Bismarck hat diese Pläne bald durchschaut, er wußte, daß im Laufe des Krieges der drohende Augenblick kommen sollte, in dem Napoleon die Bedingungen seiner Neutralität mit den Waffen in der Hand zur Anerkennung zu bringen versuchen werde, und er hat diese Gefahr auf sich allein genommen. Es scheint nicht, daß König Wilhelm sie so scharf vorausgesehen habe.

Als die Italiener über die Zustimmung ihres Protektors zu dem Handel mit Preußen beruhigt waren und den Rücken für den Fall gedeckt wußten, daß der deutsche Bundesgenosse sie verlassen sollte, gingen sie auf Bismarcks Vorschlag ein, den Vertrag mit Preußen auf drei Monate zu schließen; nur hätten sie sich außer Venetien auch gerne Südtirol garantieren lassen. Dafür war aber Bismarck nicht zu haben. Am 8. April wurde die Urkunde in 6 Artikeln unterzeichnet, deren wesentlichste Punkte folgendermaßen lauten: „Wenn die Unterhandlungen, welche S. M. der König von Preußen mit den anderen deutschen Regierungen in Absicht auf eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der Bundesverfassung eröffnet hat, scheitern sollten, und infolgedessen S. M. in die Lage käme, die Waffen zu ergreifen, um seine Vorschläge zur Geltung zu bringen, so wird S. italienische M. nach der von Preußen ergriffenen Initiative, sobald sie davon benachrichtigt sein wird, in Kraft des jetzigen Vertrags, den Krieg gegen Oesterreich erklären. . . . Weder Italien noch Preußen werden Frieden oder Waffenstillstand ohne gegenseitige Zustimmung schließen . . . Diese Zustimmung kann nicht verweigert werden, wenn Oesterreich eingewilligt hat, an Italien das lombardisch-venetianische Königreich und an Preußen österreichische Landstriche, die an Bevölkerung diesem Königreich gleichwertig sind, abzutreten. . . . Dieser Vertrag erlischt drei Monate nach seiner Unterzeichnung, wenn in diesen drei Monaten der vorgesehene Fall nicht eingetreten ist, nämlich daß Preußen nicht den Krieg an Oesterreich erklärt hat."

Die Unterhandlungen über eine Reform der Bundesverfassung waren von Preußen durch eine Zirkulardepesche vom 24. März an die deutschen Regierungen eingeleitet worden, in der es eine Erklärung über deren Bereitwilligkeit zur Hülfeleistung verlangte, „indem es in Ermangelung solchen Beistandes die Notwendigkeit einer den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Reform des Bundes" betonte. Am 9. April beantragte Preußen am Bundestage die Einberufung eines Parlaments aus direkten Wahlen in einem sofort festzusetzenden Zeitpunkte und die Vorbereitung der Bundesreform, die diesem Parlamente zur Beratung vorgelegt werden solle. Durch diesen Antrag war die schleswig-holsteinsche Frage in zweite Linie geschoben und das Unionsprogramm von 1850 wieder aufgenommen. Darüber gab ein Artikel der Provinzialkorrespondenz Gewißheit, der als Zweck der von Preußen vorgeschlagenen Bundesreform bezeichnete, „die militärischen Kräfte Norddeutschlands und Mitteldeutschlands zu

[1]) Die Ansicht Treitschkes (Hist. polit. Aufsätze III, 412), Napoleon habe darauf gerechnet, daß Italien nach Ausbruch des Krieges sich rasch aus der Allianz zurückziehen werde, hat in den seither veröffentlichten Dokumenten keine Bestätigung erfahren.

wirksamer That um Preußen zu vereinigen". Nur wenige Männer in Deutschland begriffen, daß Preußen im Begriffe stand, für die Verwirklichung des nationalen Programmes seinen letzten Mann ins Feld zu stellen. Die Mitglieder des Nationalvereins waren mit den süddeutschen und hannoverschen Demokraten, wie mit den bairischen Klerikalen darüber einig, daß man aus den Händen eines preußischen Junkers keine deutsche Verfassung entgegennehmen könne. Die badische Zweite Kammer stand mit ihrem Antrage, man solle auf die Beratung der preußischen Reformvorschläge eingehen, ebenso vereinzelt, wie der Freiburger Professor Heinrich v. Treitschke, der auf die Friedenspetitionen der preußischen Liberalen die Worte entgegensetzte: „Welche Unklugheit verrät sich in diesen friedensseligen Adressen! Die Entscheidung über Krieg oder Frieden liegt in Wien. Meint ihr die Hoffart des Wiener Hofes zu mäßigen, wenn ihr ihn bestärkt in dem Wahne, Preußen könne sich nicht schlagen?" [1])

Die Rüstungen hatten indessen begonnen und man bemühte sich auf beiden Seiten, die Verantwortung dafür dem Gegner zuzuschieben. Oesterreich war dabei im Nachteil, weil es ohne auffallende Mannschaftsverschiebungen nicht mobilisieren konnte und weil seine Mobilisierung viel mehr Zeit erforderte als die preußische. Am 7. und 14. März hatten „Marschallsräte" unter dem Vorsitze des Kaisers in Wien stattgefunden, in denen die dringendsten Kriegsvorbereitungen und die Aufstellung einer Armee gegen Preußen besprochen wurden. Nur Erzherzog Albrecht trat für die Versammlung der Streitkräfte in Böhmen ein und zog den Vormarsch auf dem kürzesten Wege nach Berlin in Rechnung, während der Chef des Generalstabs, Feldmarschallleutnant Freiherr v. Henikstein, ein Salonstratege jüdischer Abkunft, und der Kriegsminister Fr. v. Franck, sowie die meisten anderen beigezogenen Generale die Festung Olmütz für den geeigneten und notwendigen Stützpunkt des voraussichtlich langsam vor sich gehenden Aufmarsches der österreichischen Streitkräfte erklärten. Sie bezogen sich dabei auf eine vom Oberstleutnant Neuber, Professor der Strategie an der Kriegsschule, verfaßte Denkschrift, die für die Defensivstellung in der Flanke der voraussichtlichen preußischen Einfallslinie schlagende Gründe vorbrachte. Zum Schutze Böhmens gegen einen plötzlichen Einmarsch verlegte man sofort 2 Husarenregimenter (5 und 8), 1 Jägerbataillon (30) und 10 Infanteriebataillone (Regiment 18 und die Brigade Ringelsheim) dahin, schickte 2 weitere Husarenregimenter nach Mähren, versammelte 4 Ulanenregimenter bei Wien und mobilisierte 13 Batterien zum Nachschub in Mähren. Das österreichische Kabinett gab diesen

---

[1]) Treitschke, Der Krieg und die Bundesreform (Preuß. Jahrb. 25. Mai 1866). Abgedruckt in „Zehn Jahre deutscher Kämpfe". Treitschke war in den Osterferien 1866 in Berlin, um archivalische Studien für seine Deutsche Geschichte zu machen. Bernhardi erzählt, daß er über die frivole Kriegslust der sächsischen Offiziere (seiner Landsleute) mit Entrüstung berichtete. Damals lernte ihn Bismarck kennen, der sich noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges bemüht hat, ihn zum Eintritt in preußische Dienste zu bewegen. (Den darauf bezüglichen Briefwechsel hat Bailleu in der Deutschen Rundschau veröffentlicht.)

Anordnungen zwar eine friedliche Auslegung, es verdarb jedoch deren Eindruck durch die von Karolyi offiziell an Bismarck gerichtete Frage: „Ob der Berliner Hof sich wirklich mit dem Gedanken trage, die Gasteiner Konvention mit gewaffneter Hand zu zerreißen und den grundgesetzlich verbürgten Frieden zwischen deutschen Bundesstaaten zu unterbrechen?" Gleichzeitig wurde den deutschen Regierungen angekündigt, daß Oesterreich sich genötigt sehen werde, die Entscheidung über das Schicksal der Herzogtümer wieder an den Bundestag zu leiten und, wenn die Gefahr eines Friedensbruches durch Preußen dringender würde, die Kriegsbereitschaft des 7., 8., 9. und 10. Bundescorps und deren Aufstellung im Verbande mit der österreichischen Armee zu veranlassen.

Die peremptorische Frage an Preußen konnte selbstverständlich die Folge nicht haben, die man österreichischerseits gewünscht haben dürfte; man brauchte kein Bismarck zu sein, um eine Antwort zu finden, die der österreichischen Regierung keinen Rechtsgrund zu Rüstungen bot. „Wenn Sie auf Ihre Frage," sagte der Graf am 16. März zum österreichischen Gesandten, „eine eingehende Antwort wünschen, so muß ich bitten, dieselbe schriftlich an mich zu richten; in mündlicher Antwort muß ich mich mit dem einfachen Worte Nein begnügen, das ich aussprechen kann, ohne vorher die Befehle Sr. Majestät einzuholen; wir wünschen im Gegenteil, daß Oesterreich seinerseits die Verträge von Wien und Gastein genauer beobachte." In Verbindung mit dem etwas ungewöhnlichen Schritte Karolyis konnte Bismarck die Truppenverschiebungen Oesterreichs als ein Verlassen des Friedensstandes bezeichnen und für Preußen das Recht in Anspruch nehmen, seine Grenzen in ähnlicher Weise zu versichern. Dies geschah zunächst durch den Befehl vom 29. März zur Armierung der nahe der Grenze gelegenen schlesischen und Elbefestungen, zum Pferdeankauf für die Hälfte der Feldartillerie und die Erhöhung des Standes bei 75 Bataillonen auf die Gardefriedensstärke von 685 Mann. [1]) Moltke sprach am 3. April in einem Berichte an Roon die Ansicht aus, daß Oesterreich dermalen in seinen Rüstungen Preußen voraus sei, und bewies in einer vergleichenden Mobilisierungstabelle, daß die Chancen für Preußen zwischen dem 18. und 42. Tage lägen, denn in dieser Zeit könnten auf dem nördlichen Kriegsschauplatze 285 000 Preußen gegen 179 000 Oesterreicher in Verwendung kommen.

Diese Berechnung sowohl als die immer deutlicher hervortretende Aussicht, daß Baiern und Württemberg nicht neutral bleiben, sondern an der Seite Oesterreichs kämpfen werden, versetzte den König in Unruhe und erschwerte ihm die rasche Entscheidung, die Moltke so erfolgversprechend darstellte. In diese Zeit fällt die „Koburgsche Manscherei", in die wir durch einen Brief Roons an Bismarck vom 4. April 1866 [2]) Einblick erhalten. Herzog Ernst, der sonst mit dem Abdruck seiner eigenen Korrespondenz nicht gespart hat, hält sich in den Eröffnungen über die Vorgeschichte des Krieges von 1866 vorsichtig zurück; die

---

[1]) Für die militärischen Vorgänge auf preußischer Seite sind außer den bereits angeführten Werken hier benützt: Moltke, Militär. Korrespondenz II, 1866; v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866; Jähns, Die Schlacht von Königgrätz; H. v. Blankenburg, Der deutsche Krieg von 1866 u. a.

[2]) Bismarck-Jahrbuch III. Bd., S. 244.

Korrektoren seiner Lebensbeschreibung haben kunstvoll verschleiert, was der Herzog nicht gestehen wollte, daß er damals eine Vermittlerrolle zu spielen suchte, die ihn zu Unaufrichtigkeiten, um nicht zu sagen Täuschungen gegenüber dem König von Preußen verleitete. Die Vermittlung sollte in der Entlassung Bismarcks ihren Ausgangspunkt finden. Das setzt Graf Vitzthum in einem Nachtrage zu einem Briefe aus London vom 18. Mai ausführlich auseinander: „Man war unter dem Eindrucke, Graf Bismarck übe auf seinen Monarchen einen persönlichen Zauber aus, der schwinden werde, falls es gelänge, den Minister aus Berlin zu entfernen. Alle von London und Petersburg aus bisher versuchten Bemühungen, die Gunst zu erschüttern, deren sich Bismarck allerhöchsten Ortes erfreute, waren vergeblich gewesen. Bin ich recht unterrichtet, so kam Fürst Gortschakoff zuerst auf den Gedanken, einen Kongreß in Scene zu setzen, lediglich um den preußischen Monarchen zu isolieren.... Der Plan war: Am Tage, an welchem man telegraphisch von der Abreise Bismarcks nach Paris unterrichtet sein würde, einen Adjutanten des Zaren nach Berlin zu senden mit einem kaiserlichen Handschreiben, in welchem Alexander II. seinen Oheim beschworen haben würde, die Abwesenheit Bismarcks zu benutzen, um diesen zu entlassen."[1]) Daß eine ähnliche Pression von London ausgeübt werden sollte, wie Vitzthum weiter mitteilt, und daß das preußische Kronprinzenpaar seine Hände dazu bieten sollte, stimmt mit allen Nachrichten, die wir aus deren Umgebung besitzen, auch mit der Behauptung Roons in dem erwähnten Briefe, daß „die Frau Nichte des Schützenherzogs den eitlen Ohm, der von ihr adoriert wird, zu Briefen nach Wien und Berlin veranlaßt hat". Roon schließt an seine Enthüllungen die denkwürdigen Worte: „Setzen Sie sich in die Lage des Königs; versetzen Sie sich auch, womöglich, in seine Haut und seine ganze Natur, Denk- und Gefühlsweise und sagen Sie selbst, ob es zu verwundern, wenn er, bei den in Scene gesetzten Intriguen aus nächster Hand, schwankend, unsicher und zweifelhaft wird? Soll er, darf er deswegen aufgegeben werden? Wiewohl gestern geneigt, diese Frage zu bejahen, ist mir doch über Nacht, nach ernster Erwägung unserer Pflicht gegen ihn und unser Land die Ueberzeugung gekommen, daß wir das vor Gott nicht verantworten können, wenn wir nicht die gewissenhafte Ueberzeugung in uns tragen, daß wir alle Mittel erschöpft haben, um ihn und das Land bei Ehren zu erhalten. Sie sagen nicht ohne Berechtigung, Sie können diese entsetzliche Friktion nicht mehr ertragen, welche aus solchen Velleitäten und schwächlichen Bedenklichkeiten erwächst, tausendmal — vielleicht bei geringeren Anläßen — habe ich dieselbe Empfindung gehabt, aber mit Gottes Hülfe habe ich sie abgeschüttelt. Allerdings dürfen wir, wenn wir die Partie schließlich verlieren, die Ehre nicht mit in die Schanze schlagen; aber wir dürfen den Herrn und das Land nicht aufgeben, solange es sich nur um die größere oder geringere Leichtigkeit der Geschäfte, um persönliche Empfindlichkeit, nervöse Gereiztheit, größere oder geringere Unbehaglichkeit handelt." Fürwahr, mit solchen Dienern konnte man Herr sein und sein Schicksal herausfordern!

Vom 7. bis 21. April wurden zwischen den Regierungen Depeschen über

[1]) Vitzthum, London, Gastein und Sadowa 1864—1866.

die Abrüstung gewechselt, in denen eine der anderen die Verpflichtung voranzugehen zuschob. Plötzlich wurden sie damit abgebrochen, daß Oesterreich seine in Venetien stehenden Truppen, sowie sämtliche Grenzregimenter auf den Kriegsstand setzte, 80 Depotdivisionen als 5. Bataillone der Infanterieregimenter aufstellte, seine gesamten Streitkräfte in zwei Armeen, eine Nord- und eine Südarmee, gliederte und die obersten Befehlshaber ernannte. Die Veranlassung war von Italien ausgegangen. Dort wurden soeben nach dem Wehrgesetze 80 000 Mann ausgehoben, am 18. April war jedoch gleichzeitig angeordnet worden, daß diesmal weder Beurlaubungen noch Entlassungen aus den präsenten Jahrgängen erfolgen dürfen. Dies bedeutete nach der Auffassung des österreichischen Generalstabes eine Vermehrung des stehenden Heeres Italiens um 100000 Mann und eine Bedrohung, die augenblicklich zu Schutzmaßregeln herausforderte. Trotz der Warnung Mensdorffs, der durch eine übereilte Mobilisierung in seinen Bemühungen um die Abrüstung gestört wurde, behielt der Generalstab, der die Mobilisierung verlangte, recht. Graf Rechberg hat dem Forscher Heinrich Friedjung, der den schwer gefühlten Mangel an österreichischen Quellen durch persönliche Erkundigungen bei Zeitgenossen einigermaßen zu ersetzen suchte, den Hergang der Ereignisse, die eine verhängnisvolle Entscheidung enthielten, folgendermaßen geschildert: „Ein Ministerrat wurde abgehalten, in welchem Mensdorff seine Bedenken gegen die Mobilisierung entwickelte. Alles kam auf die Meinung Esterhazys an, doch dieser hatte sich krank melden lassen, um sich der Verantwortung zu entziehen. Die übrigen Minister aber standen unter seinem Einflusse und handelten in seinem Sinne, als sie die Mobilisierung gegen Italien beschlossen.“ [1])

Von diesem Tage an war in Wien der Glaube an die Notwendigkeit des Krieges nicht mehr zu erschüttern. Jene Militärpartei, die aus persönlichen Interessen unter allen Umständen für die Entscheidung durch Waffengewalt schwärmt, weil die bewaffnete Macht davon immer Zuwachs an Einfluß und Verdienst erwartet, wurde von der öffentlichen Meinung kräftigst unterstützt. Die Presse hat nicht nur jede Aufklärung über die thatsächlichen Machtverhältnisse unterlassen, sondern im Gegenteil die Siegeshoffnungen der Bevölkerung, die von der preußischen Armee durchaus falsche Vorstellungen hatte, kräftigst unterstützt. Liberale und ultramontane Blätter wetteiferten in der Steigerung des Hasses gegen Preußen und in albernen Verkleinerungen seiner militärischen Einrichtungen. Sogar der Vorzug des Hinterladegewehres wurde geleugnet und von angeblichen Fachmännern die Behauptung aufgestellt, wenn Oesterreich Hinterlader haben wolle, so könnte die Herstellung derselben in der kürzesten Zeit erfolgen. [2]) Die Kriegshetze wurde mit einer Frivolität betrieben, die auf den österreichischen Charakter ein um so grelleres Licht wirft, als die Bevölkerung

[1]) Friedjung, Kampf um die Vorherrschaft I, 204.

[2]) Ich muß es mir wegen Raummangels versagen, die publizistischen Belege dieser Thatsachen in meine Erzählung einzuschalten, und ich lege mir diese Beschränkung mit dem „Gefühle der Befreiung“ von einer harten Pflicht auf, denn es ist für die durch das Gottesgericht von Königgrätz so hart betroffenen Deutsch-Oesterreicher nichts härter als das Bekenntnis, daß ihr Schicksal kein ganz unverdientes war.

die traurigen Erfahrungen des Jahres 1859 noch nicht vergessen haben konnte und die seither begründete Mitwirkung der Völker jeder Nation ohne Ausnahme die Gelegenheit geboten hatte, sich von den Mängeln der Zivil- und Militärverwaltung zu überzeugen und die Einsicht zu gewinnen, daß unter den damals dies- und jenseits der Leitha waltenden Verhältnissen die Verkündigung von Siegeshoffnungen ebenso unsinnig als frevelhaft war. Infolge der Haltung der Militärpartei und der Bevölkerung, die nirgends auch nur den Versuch machte, vor dem Kriege zu warnen, sind die Friedenschancen, die sich im Laufe des Monats Mai ergeben hatten, ungenützt vorübergegangen.

Es gab zwei Wege, auf denen eine Verständigung noch immer zu erreichen war, der eine war die Annahme des preußischen Antrages, ein deutsches Parlament zu berufen und dies gleichberechtigt neben dem Bundestage über die Bundesreform beraten zu lassen; der andere war das Kompromiß mit Preußen auf Grund der Vorschläge, die durch den Freiherrn Anton v. Gablenz, den Bruder des österreichischen Generals, zuerst in Berlin und dann mit Bismarcks Zustimmung in Wien vorgelegt wurden. Die sehr geheim geführten Unterhandlungen begannen anfangs Mai und erreichten erst mit dem Schlusse dieses Monats ihr Ende. Der Vorschlag Gablenz' ging dahin, aus den Elbeherzogtümern einen Staat unter einem preußischen Prinzen zu gestalten, Preußen gegen eine an Oesterreich zu zahlende Entschädigung der Kriegskosten von 25 Millionen Thalern Kiel, Düppel und Sonderburg als Kriegshäfen zu überlassen, Rendsburg zur Bundesfestung mit preußischer Besatzung zu machen und die Einleitung der Bundesreform durch eine einschneidende Aenderung der Bundeskriegsverfassung zu vereinbaren. Der betreffende Artikel lautete in der von Bismarck mit Gablenz besprochenen Fassung: „Die Souveränitätsrechte der Bundesfürsten innerhalb ihrer Kontingente sind zu wahren, aber gleiche Organisation, Armierung und Einübung durchzuführen. Der Kaiser von Oesterreich ist für Krieg und Frieden Bundesfeldherr des Südens, der König von Preußen des Nordens. Die Bundesfeldherrn haben das Recht und die Pflicht, für die gleichmäßige Organisation Sorge zu tragen, jeder Bundesfeldherr hat das Recht, in dringenden Fällen die kriegsbereite Aufstellung des ihm untergebenen Heeres anzuordnen, vorbehaltlich späterer Genehmigung durch Bundesbeschluß." Bismarck beantragte außerdem, die beiden Mächte sollten erst nach der Annahme und Durchführung der neuen Bundeskriegsverfassung entwaffnen. [1]) Daß Venetien nicht berührt wurde, war damit begründet, daß Preußen sich wegen des Vertrags vom 8. April in dieser Frage die Hand nicht binden konnte. Das Opfer, das Oesterreich durch den Verzicht auf die preußische Garantie seines italienischen Besitzes zugemutet wurde, war nicht zu groß; [2]) denn das Wiener Kabinett wußte bereits, daß Frankreich

[1]) Sybel, Begründung des Deutschen Reichs IV, 380. v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 266.

[2]) Max Lenz („Geschichte Bismarcks") führt aus, daß Oesterreich keine Veranlassung gehabt habe, auf die Gablenzschen Vorschläge einzugehen. „Parität wäre das Verhältnis der beiden Mächte auch dann noch weniger gewesen, als je früher." Die Erwägung, daß Oesterreichs Anteil an dem reformierten deutschen Bunde zu gering ausfallen könne, war aber nur dort von Bedeutung, wo man durch Waffenerfolg auf größeren Anteil rechnen zu dürfen meinte.

und England darin übereinstimmten, die venetianische Frage einem europäischen Kongreß vorzulegen, es hatte auch damals bereits selbst an Napoleon den Antrag gelangen lassen, es wolle ihm Venetien zur Verfügung stellen, wenn ihm dafür gegen Preußen freie Hand gelassen und die Wiedererwerbung Schlesiens zugestanden werde. Diese Hoffnung war in Wien ausschlaggebend, auch der Kaiser war durch die immer geräuschvolleren Aeußerungen des k. k. Generalstabsdünkels und der borussophagen Kavalierschneidigkeit bereits berührt, er mußte täglich vernehmen, daß die Ehre des Reiches und der Armee nicht mehr anders als durch den Zug nach Berlin gerettet werden könne, und deshalb kam es gewiß ganz aufrichtig aus der Tiefe seiner Seele, als er am 25. Mai nach langer Audienz zu Anton v. Gablenz sagte, „es sei wahrhaft zu bedauern, daß diese Vorschläge nicht vor 6 oder 8 Wochen gemacht worden seien, wo sie gewiß angenommen worden wären". Die Versöhnung mit Preußen war in diesem vorgeschrittenen Zustande politischer Spannung für Oesterreich auch dadurch erschwert, daß es den deutschen Mittelstaaten damit abermals eine Enttäuschung bereitet hätte, die so leicht nicht mehr verschmerzt werden konnte.

Sehr wesentlich trug zu der Ablehnung des letzten Ausgleichsvorschlages die Hoffnung bei, Napoleon doch auf Seite Oesterreichs thätig zu sehen. Der französische Kaiser war sichtlich enttäuscht von Bismarck, von dem er bereits Zusagen von Landabtretungen am Rheine erwartet hatte. Die unklaren Berichte des Grafen Benedetti aus Berlin, die Bismarck als den einzigen bezeichneten, der für seine Person zu Opfern bereit sei, konnten ihm nicht genügen.[1]) Es scheint, daß er damals bereits eine Art geheimer Scheu vor der Ueberlegenheit des Leiters der preußischen Politik empfand und dessen Absicht ahnte, seinen Triumph allein feiern zu wollen. Prinz Jerôme und der „Vizekaiser" Minister Eugène Rouher suchten ihn zwar zur Allianz mit Preußen und Italien zu bewegen, um Oesterreich, den „unmodernen Staat", aufzuteilen und dafür reiche Entschädigung, wenigstens das linke Rheinufer, einzuheimsen. Das Zusammenwirken mit Preußen gefiel ihm aber nicht mehr; selbst als Oesterreich das Kongreßprojekt durch seine Bedingung, daß die Beschlüsse des Kongresses sich nicht auf Machtveränderungen der Teilnehmer erstrecken dürften, unanwendbar gemacht hatte, erwies Napoleon sich ihm sympathischer als jemals seit 1859. Er hat auch den Italienern den Rat gegeben, den Krieg nicht mit besonderem Eifer zu führen, weil es für sie nicht nötig sei. Venetien konnte er ihnen versprechen, auch für den Fall, daß sie so gut wie die Preußen geschlagen würden. Das letztere hielt er für sicher; es schien ihm nötiger gegen die Alleinherrschaft Oesterreichs in Deutschland vorzubeugen, als gegen einen möglichen Mißbrauch preußischer Siege. Oesterreich sollte auch auf einige Erfolge in Italien rechnen dürfen, damit es nicht die gänzliche Niederwerfung Preußens begehren könne. Dies waren die Gesichtspunkte, unter denen am 12. Juni durch den Herzog von Grammont in Wien ein Vertrag Frankreichs mit Oesterreich abgeschlossen wurde. Darin sagte Frankreich im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen voll-

---

[1]) Daß er im Ernste Anerbietungen gemacht, hat Bismarck in der Sitzung des deutschen Reichstages am 16. Januar 1874 mit unzweideutigen Worten zurückgewiesen.

ständige Neutralität zu und versprach, auch in Italien für Neutralität wirken zu wollen. „Oesterreich dagegen verpflichtete sich, Venetien an Frankreich beim Abschlusse des Friedens abzutreten für den Fall, daß die österreichischen Waffen gegen Preußen siegreich sein sollten, sowie auch für den Fall eines österreichischen Sieges in Italien; wenn dennoch die italienische Neutralität nicht zu erlangen sein sollte, nichts an dem status quo ante bellum ändern zu wollen.[1]) Frankreich garantierte den Kirchenstaat, wenn Oesterreich Venetien abtrete, und stimmte der Vergrößerung Oesterreichs in Deutschland zu, wenn durch diese nicht das europäische Gleichgewicht gestört würde." Es ist sehr wahrscheinlich, daß durch die Staaten des Papstes das mit Venetien vergrößerte Königreich Italien abgeschlossen und südlich von ihnen das Königreich Neapel wieder erstehen sollte, denn das einige Italien stand so wenig auf Napoleons Programm als das einige Deutschland;[2]) er hat dies niemals für möglich gehalten, weil er persönlich die Abneigung der Süd- und Westdeutschen gegen Preußen kennen gelernt hatte und durch die Berichte der im April 1866 dahin entsandten Agenten in der Anschauung bestärkt wurde, die mit ihm die Liberalen, Ultramontanen und Demokraten teilten. Die Napoleonische Politik gefiel sich immer mehr in subjektiven Konstruktionen, wurde doktrinär und verkünstelt. Des Kaisers Franz Joseph letzter Entschluß zum Kriege, den der Versöhnungsversuch der Königin-Witwe Elisabeth von Preußen vielleicht noch einmal erschüttert hatte, wurde durch Napoleons Annäherung, die Graf Esterhazy als ein Bündnis darstellte, hervorgerufen. Er wurde zwei Tage nach Abschluß des Vertrags mit Grammont auf dem unseligen Boden des von Metternich geschaffenen deutschen Bundes zur That gemacht.

Am 1. Juni hatte Oesterreich am Bundestage erklärt, daß es die Entscheidung über die Regierung der Herzogtümer Schleswig und Holstein den Entschließungen des Bundes anheimstelle, und hatte gleichzeitig eine Versammlung der holsteinischen Stände durch Gablenz für den 11. Juni nach Itzehoe einberufen lassen. Dies war ein Bruch der Gasteiner Konvention, des Uebereinkommens vom 16. Januar und des Wiener Friedens vom 30. Oktober 1864, nach denen die Entscheidung über die Herzogtümer dem Einverständnisse der beiden Großmächte vorbehalten war. Preußen protestierte am 3. Juni gegen die Einberufung der holsteinischen Stände, erklärte die Gasteiner Konvention für erloschen und dadurch die Ausübung von Regierungshandlungen, also das Kondominium, in beiden Herzogtümern für beide Großmächte wieder berechtigt. Bismarck konnte nicht nur dem Könige gegenüber behaupten, daß Oesterreich die Erhaltung des Friedens ausschließe, er erhob auch in einer Zirkulardepesche vom 4. Juni den Vorwurf des beabsichtigten Friedensbruches gegen Oesterreich. Am 6. zeigte Manteuffel als Gouverneur von Schleswig dem österreichischen Statthalter von Holstein, Gablenz, an, daß er, gestützt auf die Bestimmungen des

[1]) Oskar Meding, der den Vertrag im II. Bande seiner „Memoiren zur Zeitgeschichte" veröffentlicht, behauptet den Inhalt von Drouyn de Lhuys erfahren zu haben. Auch Hansen („Les coulisses de la diplomatie") und Rothan (a. a. O.) kennen ihn. Der Wortlaut ist noch nicht veröffentlicht.

[2]) Dieser Auffassung Sybels glaube ich mich trotz Friedjungs Exkurs dagegen (I, 249) anschließen zu dürfen.

Wiener Friedens, Truppen in Holstein werde einrücken und Itzehoe werde besetzen lassen, ohne jedoch die Orte mit österreichischer Besatzung zu berühren. Oesterreich antwortete, der Einmarsch der Preußen in Holstein sei eine Verletzung des Art. XI der deutschen Bundesakte und führe den Fall des Art. XIX der Wiener Schlußakte herbei, durch den die Bundesversammlung bei Besorgnis von Thätlichkeiten unter Bundesgliedern berufen sei, jeder Selbsthülfe vorzubeugen. Damit revozierte das österreichische Kabinett alle seine Handlungen seit 1864 und zieh sich selbst jener Vergehen gegen die Bundesverfassung, die es Preußen vorwarf.

Für Bismarck war damit der Augenblick gekommen, sein Bundesreformprojekt, das er am 9. April und 11. Mai nur skizziert hatte, in festeren Umrissen bekannt zu geben. Ein neuer Bundesentwurf wurde den deutschen Regierungen mit Zirkulardepesche vom 10. Juni mit der Bitte vorgelegt, ihn „einer sorgfältigen Erwägung zu unterziehen und sich zugleich über die Frage schlüssig machen zu wollen, ob sie eventuell, wenn in der Zwischenzeit bei der drohenden Kriegsgefahr die bisherigen Bundesverhältnisse sich lösen sollten, einem auf der Basis dieser Modifikationen des alten Bundesvertrages zu errichtenden Bunde beizutreten bereit sein würden". Die wesentlichsten Punkte des Entwurfes sind: Art. I. „Das Bundesgebiet besteht aus denjenigen Staaten, die bisher dem Bunde angehört haben, mit Ausnahme der kaiserlich österreichischen und königlich niederländischen Landesteile." II. Die gesetzgebende Gewalt des Bundes wird vom Bundestag in Gemeinschaft mit einer periodisch zu berufenden Nationalversammlung ausgeübt. IV. Die Nationalvertretung geht aus direkten Wahlen hervor, die nach dem Reichswahlgesetz vom 12. April 1849 vorzunehmen sind. VIII. Die Kriegsmarine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl. Bei Ernennung der Offiziere und Beamten konkurrieren die Küstenstaaten. Der Kieler- und der Jahdehafen werden Bundeskriegshafen. IX. Die Landmacht des Bundes wird in zwei Bundesheere eingeteilt, die Nordarmee und die Südarmee. In Krieg und Frieden ist der König von Preußen Bundesoberfeldherr der Nordarmee, der König von Baiern Bundesoberfeldherr der Südarmee. Jeder der beiden überwacht die Herstellung der notwendigen Einheit in Organisation, Formation, Bewaffnung und Kommando . . . Für jedes Bundesheer wird ein gemeinschaftliches, mit der Nationalvertretung zu vereinbarendes Militärbudget aus Matrikularbeiträgen der zu dem betreffenden Heere ihre Truppen stellenden Regierungen gebildet . . . X. „Die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landesteilen des österreichischen Kaiserstaates werden nach erfolgter Vereinbarung über dieselben mit dem zunächst einzuberufenden Parlamente durch besondere Verträge geregelt werden."

Die Besetzung Holsteins machte, wie Edwin v. Manteuffel vorausgesagt hatte, keine Schwierigkeiten. Gablenz war darauf vorbereitet, seinem Amtsbruder in Schleswig rechtzeitig auszuweichen. Er versammelte die Brigade Kalik, die einzigen österreichischen Truppen, die ihm zur Verfügung standen, bei Altona und ließ die Preußen ruhig in Rendsburg und Itzehoe einrücken. Sie besetzten Kirche und Ständesaal, wogegen etwa 20 Abgeordnete protestierten, und stellten das Erscheinen der „Itzehoer Nachrichten" ein, die als Organ des

Augustenburgers galten. Gablenz erließ von Altona aus eine Protestproklamation und fuhr dann mit seiner Brigade über Hannover und Baiern nach Oesterreich, um sich der Nordarmee anzuschließen. Auch der Hof in Kiel wurde aufgelöst, da sich der Erbprinz doch nicht preußischer Vergewaltigung aussetzen wollte. Oesterreich nahm aus dem Einmarsche der Preußen in Holstein Anlaß, beim Bunde wegen gewaltthätiger Selbsthülfe Klage zu führen und am 11. Juni den Antrag zu stellen, es seien sämtliche Bundescorps mit Ausnahme der preußischen kriegsbereit zu machen. Preußen erklärte den Antrag für bundeswidrig und protestierte gegen jede geschäftliche Behandlung desselben. Trotzdem wurde mit Mehrheit die Abstimmung über den österreichischen Antrag auf den 14. angesetzt.

Der Krieg der Großmächte war schon entschieden, es handelte sich nur um die Haltung der Bundesgenossen. Von diesen hatte sich die überwiegende Zahl, darunter sämtliche Königreiche, am Bundestag zu Oesterreich gehalten. Am schwersten dürfte es Baiern gefallen sein, auf die glänzenden Aussichten des Bismarckschen Bundesentwurfes zu verzichten. Wer aber mochte es damals für möglich halten, daß der preußische Junker im vollen Ernste ein deutsches Volksparlament berufen und ihm verfassungsmäßige Rechte einräumen wolle? So sicher als das Parlament, ebenso konnte auch die bairische Hegemonie in Süddeutschland nur eine Vorspiegelung sein. Und wer verbürgte diese Hegemonie? Konnte Baiern sie aus eigener Kraft gegen Württemberg, Baden und Darmstadt aufrecht halten? Freiherr v. d. Pfordten hat lange mit dem letzten Worte gezögert; am 17. Mai riet er noch zur Verständigung in Wien, am 7. Juni war es noch nicht ausgeschlossen, daß Baiern neutral bliebe. Als der österreichische Agent v. Hoffmann verlangte, daß die Hälfte der bairischen Armee nach Böhmen rücke, antwortete v. d. Pfordten, dann werde die andere Hälfte von den Preußen gefangen werden, denn er hatte wenig Vertrauen auf die heimische Kriegskunst. In der Zweiten Kammer beantragte die Mehrheit eine Adresse, in der auf Preußen als Friedensbrecher hingewiesen und die „Ehre der Nation“ für die Anerkennung des Bundesrechtes in den Elbeherzogtümern verpfändet erklärt wurde. Kein deutscher Staat dürfe sich vom Kampfe fernhalten, Baiern sei im Bewußtsein des Wertes seiner Selbsterhaltung zur That bereit. Die „Vereinigte Linke“ trat für bewaffnete Neutralität ein; die Absichten der österreichischen Regierung flößten ihr ebensowenig Vertrauen ein, wie die der preußischen. v. d. Pfordten verlangte, indem er die Triasverfassung als das Ziel Baierns bezeichnete, die Bereitstellung zum Kriege. Darauf wurde am 9. Juni die kriegerische Adresse mit 96 gegen 45 Stimmen angenommen.

In Württemberg sprach Herr v. Varnbüler gegen die Trias, nahm jedoch den Antrag der Kammer auf Einberufung eines freigewählten Parlaments und Herstellung des Selbstbestimmungsrechtes der Herzogtümer an, worauf das erste und zweite Aufgebot der Landwehr der Regierung zur Verfügung gestellt wurde. Daß ein eitler Demi-monde-Diplomat, wie der Freiherr v. Beust, seinem königlichen Herrn keine Politik vorschlug, die ihn voraussichtlich von seiner, wie er sich einbildete, leitenden Stellung entfernen mußte, braucht kaum besonders erwähnt zu werden. Er hat sich am Ende seines ruhmlosen Daseins gegen den Vorwurf zu verteidigen gesucht, daß er zum Kriege „getrieben“ habe, die Be-

lege, die er dafür vorbringt, erhärten jedoch das Gegenteil. Wenn er in einer Kammerrede die Sachsen an die Schande erinnerte, die ihr General v. Hacke samt seinem Bundeskontingent in Rendsburg von den Preußen erfuhr, wenn er der Belustigung gedachte, mit der die preußische offiziöse Presse den Neutralitätsantrag der „Leipziger Zeitung" aufnahm, so konnte er damit unmöglich den Anschluß an Preußen vorbereiten wollen, sondern nichts anderes als Stimmung gegen den mächtigen Nachbar und für den Krieg mit ihm machen, sei es an der Seite Oesterreichs, sei es im Anschluß an die bairische Armee. Die Nichtannahme des vom österreichischen General Baron Ringelsheim in Dresden gestellten Antrages, die sächsischen Truppen schon anfangs Juni nach Böhmen zu führen, war nicht durch Friedensliebe begründet, sondern durch die Hoffnung, die „dritte Partei" zu organisieren, eine „Bundesarmee" zu schaffen und mit dieser selbständig zu operieren. Der Plan war nicht so übel, aber es hätte zu seiner Durchführung etwas mehr Ernst und Schneidigkeit gehört, als Herr v. Beust zu bieten hatte. Die liberale Zweite Kammer hat sich über den wesentlichen Punkt der sächsischen Politik, mit oder gegen Preußen, nicht geäußert, sie hielt die Einberufung des Parlaments auch ohne Annahme des preußischen Verfassungsentwurfes für genügend, die deutschen Verwirrungen zu lösen, die erste Kammer verwarf auch den Beschluß betreffend das Parlament.

Deutlicher trat die Neigung, die Nationalvereinsidee während der Krise den gegebenen Verhältnissen anzupassen, bei den hannoverschen Patrioten hervor. Bismarck hatte durch Bernhardi schon Ende April mit Rudolf v. Bennigsen Fühlung zu nehmen begonnen. Er hatte den freiwilligen Unterhändler ganz besonders dahin instruiert, die Leute, mit denen er spreche, davon zu überzeugen, daß die Bundesreform kein „Notschuß", sondern ein „Programm" sei. Dies stehe bei ihm, Bismarck, fest, seitdem er politisch mündig sei. Das sei er allerdings nicht gewesen, als er in das öffentliche Leben eintrat. Erst als Gesandter am Bundestag habe er wahrgenommen, daß Oesterreichs Politik Preußen gegenüber „eine Politik der Mißgunst" sei, und seitdem sei die Reform des Bundes und das deutsche Parlament sein Programm. Bernhardi fuhr nach Hannover und sprach in diesem Sinne. Bennigsen zeigte sich anfangs über diese Eröffnungen verwundert, ging aber doch auf die Nennung von Bedingungen ein, unter denen Bismarck die Unterstützung der liberalen Partei in Hannover gewinnen könne. Der ersten, Bekanntgabe des Reformprogrammes, war bereits Genüge gethan, die zweite, Beilegung des inneren Konfliktes, blieb vorläufig unerledigt, da das preußische Abgeordnetenhaus am 9. Mai aufgelöst worden war. Bennigsen trat deshalb noch nicht offen auf Preußens Seite, aber er bemühte sich, Hannover in einer für dessen Unternehmen günstigen Neutralität zu erhalten. Sein Antrag in der Zweiten Kammer enthielt die Erklärung: „Die hannoversche Regierung hat die Pflicht, für die Aufrechthaltung des Friedens thätig zu sein und zu dem Behuf wie zur Herstellung einer die Wiederkehr ähnlicher Zustände verhindernden bundesstaatlichen Gesamtverfassung Deutschlands auf schleunige Einberufung eines freigewählten Parlaments hinzuwirken; ferner in dem Konflikt zwischen Oesterreich und Preußen nicht durch vorzeitige Parteinahme oder Rüstungen die Gefahr des Ausbruches eines Kriegs zu vergrößern;

endlich auf eine ähnliche Haltung der übrigen deutschen Regierungen ihre Bemühungen zu richten." König Georg V. wäre durch einen energischen Minister bei der Neutralität zu erhalten gewesen, Graf Platen aber war unsicher, gefiel sich, wie Beust, in der Rolle des von zwei Großmächten Umworbenen und war der Meinung, daß die Entscheidung nicht übereilt zu werden brauche. An den Ernst des Krieges mit allen seinen Folgen dachte er nicht. Sehr nachteilig für Hannover wirkte es, daß die beabsichtigte Verlobung der Prinzessin Friederike (nachmals Baronin Pawel-Rammingen) mit dem Prinzen Albrecht Sohn von Preußen an dem Widerstande der Königin gescheitert war. Die dadurch hervorgerufene Spannung verhinderte die persönliche Aussprache der Monarchen, die vielleicht ihren politischen Beziehungen eine andere Wendung gegeben hätte.[1] Die Einladung zu einem besonderen Bündnisse mit Oesterreich, das die Vereinigung der Brigade Kalik mit der hannoverschen Armee und die Aufstellung des Feldmarschalleutnants v. Gablenz zum gemeinsamen Oberbefehlshaber nach sich gezogen hätte, lehnte der König ohne Bedenken ab, die Konsequenz aber, den von Preußen vorgeschlagenen Neutralitätsvertrag zu schließen, zog er nicht. Er sowohl wie Graf Platen schützten die Bundespflichten Hannovers vor, um noch immer den notwendigen Schritt der Parteinahme hinausschieben zu können.

An Hannover klammerte sich Kurhessen, bekundete jedoch eine noch feindseligere Stimmung gegen Preußen als das Welfenhaus. Prinz Wilhelm protzte in Berlin mit den 800000 Oesterreichern, die für die Integrität des Kurstaates eintreten würden. Baden war nach dem Rücktritte Roggenbachs in die Hände des Ministeriums Edelsheim gegeben, das den Großherzog durch die Drohung, das siegreiche Oesterreich werde dem ungetreuen Bundesgenossen den Breisgau abnehmen, in Schach hielt und an der Bethätigung seiner preußenfreundlichen Gesinnung hinderte. Die Kammern votierten hier den verlangten Militärkredit, während Hessen-Darmstadt sich durch Verweigerung desselben an dem unbeliebten, intriganten Herrn v. Dalwigk rächte. In Weimar aber traten 22 Landtagsabgeordnete mit einer Erklärung hervor, daß sie von Preußen die Einigung Deutschlands erwarten und dessen Niederwerfung durch Oesterreich und die mit ihm vereinigten deutschen Staaten für ein „unerträgliches Nationalunglück" ansehen würden. Die Regierung von Nassau verhinderte noch am 13. Juni die Abhaltung einer Kammersitzung, damit die Fortschrittspartei nicht Gelegenheit finde, die Haltung des Bundestagsgesandten zu beeinflussen.

Der 14. Juni brachte den Konflikt im Bunde auf den Punkt, wo es eine Lösung auf Grund der Bundesgesetze nicht mehr gab, sondern der Bestand des Bundes selbst aufgehoben werden mußte. Der österreichische Antrag vom 11. verlangte die Rüstung aller Bundesmitglieder mit Ausnahme Preußens, „damit die Bundesversammlung die ihr obliegenden Verpflichtungen erfüllen", d. h. das bereits gerüstete Preußen zur Ablegung der Waffen zwingen könne. Damit wurde der Bundeskrieg an ein Bundesmitglied erklärt, ein Vorgang, der den alten Bund bereits aufhob, den durch die Bundesgesetze vorgezeichneten Weg zur Beilegung von Streitigkeiten unter den Mitgliedern verließ und die deutschen

[1] Oskar Meding, Memoiren zur Zeitgeschichte II. Bd., S. 83 u. f.

Bundesstaaten mit Ausschluß Preußens zu einem neuen Bunde unter Oesterreichs Führung aufrief. Die Abstimmung ergab eine starke Mehrheit für den Antrag: sie umfaßte Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, nämlich die 1., 3., 4., 5., 6., 8., 9. Kurie, ferner von der 12. Sachsen-Meiningen, von der 13. Nassau, von der 17. Frankfurt a. M. Gegen den Antrag stimmten Baden, beide Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt, beide Schwarzburg, d. i. die 7., 14., 15. Kurie, von der 12. Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, von der 13. Braunschweig, von der 17. Hamburg, Bremen, Lübeck. In der 16. waren Lippe-Detmold, Waldeck und Reuß j. L. gegen den Antrag, Lippe-Schaumburg enthielt sich der Abstimmung. Reuß ä. L. und Liechtenstein gingen mit Oesterreich, diese Stimme war daher ebensowenig zu zählen wie die 13., die sich geteilt hatte. Die 10. (Holstein, früher Dänemark) und die 11. (Luxemburg-Niederlande) wurden nicht abgegeben. Thatsächlich wurden für den österreichischen Antrag sieben Kurienstimmen abgegeben, fünf (7., 12., 14., 15., 17.) dagegen, zwei Kurien waren unentschieden (13., 16.), drei (darunter Preußen) stimmten nicht. Der Bundes-Präsidialgesandte Oesterreichs, Baron Kübeck, sprach jedoch mit neun gegen sechs Stimmen die Annahme des österreichischen Antrags aus.

Der preußische Gesandte v. Savigny erhob sich hierauf zu einer längeren Auseinandersetzung über die bis dahin durch den Antrag Oesterreichs, dessen Behandlung und Annahme erfolgten Verletzungen des Bundesrechts, das nur ein formell sehr genau umschriebenes Exekutionsverfahren, aber keinen Bundeskrieg gegen ein Bundesglied kenne. Der König von Preußen sehe demnach den Bundesvertrag für gebrochen und erloschen an; seine Regierung lege zur Erhaltung der nationalen Grundlagen des alten nicht mehr bestehenden Vertrages die Grundzüge zu einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung vor und erkläre sich bereit, „auf den alten, durch eine solche Reform modifizierten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, die ihr dazu die Hand reichen wollen". Die bisherige Thätigkeit des königlich preußischen Gesandten sei damit beendet, er behalte seiner Regierung jedoch alle aus dem bisherigen Bundesverhältnisse entspringenden Ansprüche vor und protestiere gegen jede Verwendung von Bundesgeldern ohne ihre besondere Zustimmung. Darauf verließ Savigny den Beratungssaal. Präsident Kübeck bezeichnete die Erklärung des preußischen Gesandten für rechtlich und faktisch unbegründet und wahrte dem nach § 1 der Bundesakte „unauflöslichen Vereine" alle Rechte und Zuständigkeiten des Bundes. Die Verantwortung für die schwere Verwicklung, die infolge der Schritte der preußischen Regierung für Deutschland eintrete, treffe diese allein. Die bundestreuen Regierungen werden ihre Pflichten gegeneinander und gegen die deutsche Nation zu erfüllen wissen, indem sie auf dem Boden des Bundesrechts fest zusammenstehen.

Mit diesen Phrasen konnte die Thatsache der Auflösung des deutschen Bundes nicht verschleiert werden. Daran mochte doch kein vernunftbegabter Deutscher ernstlich glauben, daß die natürliche Entwickelung der deutschen Geschichte die Richtung einschlagen könne, die ihr das Ereignis des 14. Juni geben konnte: Acht Millionen Deutsche in Oesterreich, einem Staate angehörig, dessen

Zusammenhang durch die Anwendung konstitutioneller Einrichtungen gelockert war, in dem Magyaren und Slaven den Anteil der Deutschen an der Regierung auf das denkbar kleinste Maß zu beschränken sich anschickten, acht Millionen Deutsche, die um ihren Besitzstand ringen mußten, deren Kraft ganz und gar der Wahrung von Rechten gewidmet sein mußte, die in Jahrhunderte währenden Kämpfen und mühevoller Arbeit erworben worden waren, acht Millionen Deutsche, die einem Herrscherhause durch ein halbes Jahrtausend verbunden und verpflichtet waren, dessen Geschichte es aus national begrenzter zu weltumspannender, völkerverbindender Wirksamkeit geführt hatte, diese treuen Gefolgsleute sollten an der Spitze der deutschen Stämme deren Einheit aufrecht halten? das aus Endverzweigungen der Baiern, Franken, Thüringer und Schwaben zusammengeschweißte Werkzeug deutscher Kulturexpansion sollte zugleich die Brustschließe für das Eisenkleid abgeben, in dem die deutsche Nation ihren hart umstrittenen, fast preisgegebenen Platz unter den Weltvölkern zu behaupten berufen war? Es war ein unmögliches Werk, das man schaffen zu können vermeinte. Das Haus Habsburg-Lothringen glaubte sich durch seine Tradition dazu gedrängt, während die Geschichte des Volkes, aus dem es hervorgegangen, ihm bereits eine andere zugewiesen hatte, die nicht von minderer Bedeutung war und dem vornehmsten Fürstenhause der Deutschen keinen Abbruch an Stellung und Ehre zumutete. Es zog sein Schwert, sich mit dem kühn aufwachsenden Zollern zu messen, der ihm sein historisches Recht streitig zu machen schien, und trat zu einem der seltensten Zweikämpfe an, der im Buche der Welthändel verzeichnet ist, auf einen Plan, wo man blutige Wunden, aber niemals Unehre einheimst, wo man sich zornerfüllt in die mutblitzenden Augen schaut, aber die blutige Hand, der das Schwert entgleitet, dem Versöhnung heischenden Gegner nicht versagen kann.

Als der Kriegszustand in Deutschland eintrat, befanden sich die Streitkräfte der Großmächte in folgenden Aufstellungen:

Die österreichische Nordarmee war seit 10. Juni in Mähren versammelt; sie bestand aus sechs Corps: II. (Feldmarschalleutnant Graf Thun, Generalstabschef Oberst Döpfner); III. (FML. Erzherzog Ernst — Oberst Baron Catty); IV. (FML. Graf Festetics — Oberst Görtz); VI. (FML. Baron Ramming — Oberst v. Fröhlich); VIII. (FML. Erzherzog Leopold — Oberstleutnant v. Mainone); X. (FML. Baron Gablenz — Oberst Baron Bourgignon); drei Kavalleriedivisionen: 1. (FML. Prinz Holstein-Glücksburg); 2. (Gen.-Major v. Zaitsek); 3. (Gen.-Major Graf Coudenhove); einer Armee-Geschützreserve; zusammen 157 700 Mann Infanterie, 14 600 Reiter, 516 Geschütze. Dazu kam das I. Corps (General der Kavallerie Graf Clam-Gallas — Oberst Baron Lebzeltern), 33 400 Mann, 600 Reiter, 80 Geschütze; eine leichte Kavalleriedivision (Gen.-Major v. Edelsheim), 4600 Pferde, 24 Geschütze und die Besatzungstruppen von Olmütz, Krakau, Königgrätz, Josefstadt und Theresienstadt mit 33 000 Mann, 1300 Pferden, 40 Geschützen. Diese Gesamtmacht betrug 225 000 Mann Infanterie, 24 000 Reiter, 776 Geschütze. Zu ihrem Oberbefehlshaber war der Feldzeugmeister Ritter

v. Benedek ernannt worden. Durch die siegreiche Verteidigung der Stellung von S. Martino in der Schlacht von Solferino war sein Ruf als unerschrockener General und geschickter Truppenführer befestigt worden, bei der Mannschaft aller Waffengattungen, wie bei der Bevölkerung der altösterreichischen Länder erfreute er sich besonderer Beliebtheit, weil er mit Vorliebe demokratische Gesinnungen an den Tag legte, „fade" Aristokraten den rücksichtslosen, aber gerechten Gebieter fühlen ließ und sich in der breit dahinfließenden, scherzvermittelnden wienerisch-militärischen Mundart über die heikelsten Angelegenheiten sorglos zu unterhalten liebte. Er war übrigens ein klarer Kopf und ruhiger Denker. Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, der ihn 1855 in Verona kennen gelernt hatte, erzählt von einer Unterredung mit ihm, in der er den Tag des Kriegsausbruches mit Preußen für den schrecklichsten seines Lebens und den Krieg selbst für das größte Unglück Oesterreichs erklärt hatte. Benedeks größter Vorzug war es, daß er den Wert der Truppenoffiziere zu würdigen wußte und sich von dem in esterreich mehr als in irgend einer anderen Armee ausgebildeten Generalstabsdünkel vollkommen frei hielt.[1]) Er überschätzte sich nicht und übte gegen niemand ein so strenges Urteil als gegen sich selbst; dagegen fehlte es ihm an der Fähigkeit, sich die geeigneten Mitarbeiter auszuwählen. Sowohl mit dem General Baron Henikstein, dessen Ernennung zum Chef des Generalstabs er mit begeisterten Worten der Anerkennung begrüßte, als mit Gen.-Major v. Krismanitsch, einem kroatischen Salbaderer und Selbstbewunderer, hat er Unglück gehabt, er hat sich ihre Mitwirkung, ja die selbständige Vorarbeit in der Operationskanzlei gefallen lassen, ohne sich die Frage vorzulegen, ob es denn niemand besser machen könne.

Man hat lange Zeit angenommen, daß Benedek nur deshalb zum Oberbefehl der Nordarmee berufen wurde, weil Erzherzog Albrecht sich geweigert habe, das ohne Zweifel gefährlichere Amt zu übernehmen. Es gibt hierfür keinen Beweis, wie Heinrich Friedjung, der Biograph Benedeks, selbst anerkennt.[2]) Kaiser Franz Joseph verlangte von Benedek die Uebernahme des Kommandos im Norden, weil ihn die öffentliche Meinung Oesterreichs und Deutschlands als den hierzu würdigsten bezeichnete. v. d. Pfordten soll sich geäußert haben, Benedek wiege an der Spitze der Armee ein Corps von 20000 Mann auf. Als dieser in der Meinung, der Leidenskelch sei an ihm vorübergegangen, nach Verona zurückreisen wollte, schickte der Kaiser noch in der Nacht seinen Generaladjutanten Grafen Crenneville zu ihm und „ließ ihn bitten, von seiner Weigerung abzustehen. ... Denn im Falle einer Niederlage würde man dem Kaiser die Schuld

---

[1]) Seine Briefe an Henikstein aus der Zeit seines italienischen Oberkommandos (1863 bis 1865) enthalten Bemerkungen, die noch heute volle Beachtung verdienen. Unter den von H. Friedjung herausgegebenen „Nachgelassenen Papieren Benedeks", durch die wir im übrigen gerade keinen bedeutenden Eindruck von seiner Persönlichkeit und seinem Geiste erlangen, gehören sie zu den wertvollsten.

[2]) Die Bemerkung, die Benedek unter den Brief des Erzherzogs, der ihn zu einer Unterredung einlud, gesetzt hat: „Und ich Esel bin hingegangen, das war der Anfang meines Unglücks" erachtet auch Friedjung („Nachgelassene Papiere" S. 355) nicht für zureichend, um daraus Anklagen gegen den Erzherzog zu rechtfertigen.

an der verfehlten Wahl beimessen, und dann bliebe ihm nichts übrig, als dem Throne zu entsagen." Erzherzog Albrecht hatte vorausgesetzt, daß er die Nordarmee übernehmen müsse und dafür bereits Studien gemacht. Daß er seinem kaiserlichen Vetter gegenüber nicht geradezu das Verlangen gestellt hat, mit der wichtigeren und schwierigeren Aufgabe betraut zu werden, wird man genügend begründet finden. Die Niederlage, mit der jeder einsichtsvolle Feldherr rechnen muß, wäre ausschließlich dem Erzherzoge zur Last gelegt worden; man hätte ihm vorgeworfen, Benedek von der ihm gebührenden Stellung verdrängt und dadurch das Unglück des Staates und der Dynastie verschuldet zu haben. Seine Heldenthat bei Mortara würde vergessen, dagegen die Decharge vom 14. März zum Beweise übermütiger Despotengesinnung wieder in Erinnerung gebracht worden sein. Benedek, der voraussichtlich in Italien mit Johns Hilfe auch Sieger geblieben wäre, hätte dann auch für den Norden als solcher gegolten. Benedek hat selbst die richtige Formel für die Begründung seines Handelns gefunden. „Nach solchen Eröffnungen," hat er einem seiner Adjutanten auf dem Rückzuge nach Ungarn im Anschluß an die Mitteilung der Sendung Crennevilles an ihn gesagt, „hätte ich ein schlechter Kerl sein müssen, wenn ich das Kommando nicht angenommen hätte." Wer hohen Rang, Ansehen, Orden und Auszeichnungen entgegennimmt, wenn ihm das Glück hold war, der hat die moralische Verpflichtung, auch die Ungunst des Schicksals ohne Murren auf sich zu nehmen. In wahrer Soldatentreue hat Benedek eben nichts anderes als seine Pflicht gethan; die Behauptung Friedjungs, „er habe ein größeres Opfer als notwendig gebracht", scheint uns nicht stichhaltig. Für den österreichischen Operationsplan kann Benedek übrigens nicht verantwortlich gemacht werden. General v. **Krismanitsch** war schon nach den ersten Marschallsräten um ein Gutachten über den Krieg gegen Preußen angegangen worden und hatte es anfangs Februar vorgelegt. Er stellte darin die Sachlage vom militärischen Standpunkte ungünstig dar und machte die Diplomatie dafür verantwortlich, daß sie der Armeeleitung nicht Gelegenheit gegeben habe, Preußen in seinen Rüstungen ebenso, wie es 1850 der Fall gewesen, zu überholen. Daraus leitete er die Beschränkung auf eine defensive Kriegführung und die Notwendigkeit ab, die anmarschierenden Corps in einer möglichst gesicherten Sammelstellung zu vereinigen. Das verschanzte Lager von Olmütz leiste in dieser Beziehung mehr als eine gewöhnliche Festung; „durch eine Aufstellung der Armee bei Olmütz werde auch Wien insolange gesichert, als der Verteidiger nicht etwa infolge einer entscheidenden Niederlage jede Offensivfähigkeit eingebüßt habe. Endlich behalte die Armee in dieser Aufstellung auch den Rückzug nach Wien offen," wenn sie rechtzeitig den Entschluß dazu fasse. Krismanitsch setzte mit größter Bestimmtheit voraus, „daß es das Hauptaugenmerk der preußischen Armee bleiben müsse, den etwa gewonnenen Zeitvorsprung zu benützen, um so rasch als möglich vor Olmütz zu erscheinen und die Sammlung der österreichischen Armee bei diesem Punkte zu verhindern. Diese Aufgabe ist so wichtig und durch die Natur der Verhältnisse so klar vorgezeichnet, daß an ihrer Verfolgung seitens der preußischen Heeresführung nicht gezweifelt werden kann." Wenn Preußen auch zunächst in Böhmen einmarschiere, so könne dies doch nur zum Zwecke des Durchmarsches geschehen.

Das Corps Clam (I.) müsse sich „darauf beschränken, die drei Festungen mit hinreichenden Besatzungen zu versehen, die etwa aufgehäuften Verpflegsvorräte fortzuschaffen und dann trachten, den Rückzug nach erhaltenen Weisungen mit dem möglich geringsten Verluste anzutreten". Während die Preußen Prag besetzen und die Belagerung von Königgrätz und Josefstadt einleiten, werden sich die Oesterreicher bei Olmütz vollends konzentrieren und sich dann gegen Chrudim in Bewegung setzen. Dies werde 10 bis 11 Tage in Anspruch nehmen, dann dürften an der Elbe zwischen Pardubitz und Prelautsch Zusammenstöße zu erwarten sein. Einer Zusammenwirkung mit den süd- und westdeutschen Verbündeten wird nicht Erwähnung gethan. Als Benedek den Oberbefehl über die Nordarmee übernahm, änderte er nichts an dem Aufmarschplane, den Henikstein und Krismanitsch entsprechend dem Memoire vom April ausgearbeitet hatten; er wäre, selbst wenn er gewollt hätte, dazu auch noch nicht mit der nötigen Terrainkenntnis ausgestattet gewesen; er mußte erst die Topographie von Schlesien und der Lausitz studieren und sich im Lesen der betreffenden Kartenblätter üben, bevor er daran denken konnte, selbständige Meinungen über die Truppenbewegungen zu äußern.

Von den deutschen Bundesstaaten, die den diplomatischen Feldzug gegen Preußen an der Seite Oesterreichs bis zum 14. Juni mitgemacht hatten, konnten außer Sachsen auch die süddeutschen militärisch in Rücksicht kommen; es steht auch außer Zweifel, daß der Kaiser von Oesterreich auf deren Teilnahme an der Bekämpfung des gemeinschaftlichen Gegners gerechnet hat. Am 1. Juni waren in München unter dem Vorsitze des bairischen Generalleutnants v. d. Tann Konferenzen der militärischen Geschäftsträger von Nassau, Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Sachsen abgehalten worden. Dabei wurden Erklärungen über die zur Verwendung bereitstehenden Truppen ausgetauscht. Baiern hatte 4 Infanteriedivisionen zu 8 Linien- und 2 Jägerbataillonen, je ein Kavallerieregiment zu 4 Eskadronen und 2 Batterien zu 8 Geschützen, außerdem ein Kavalleriereservecorps von 7 Regimentern, 2 reitenden Batterien zu 6 Geschützen und eine Artilleriereserve von 60 Geschützen, also zusammen 40 000 Mann, 6000 Reiter und 136 Geschütze in Bereitschaft; in einigen Wochen konnte noch auf 14 000 Mann Verstärkung gerechnet werden. Württemberg konnte binnen 14 Tagen 15 Bataillone, 15 Eskadronen, 48 Geschütze, zusammen 20 000 Mann, Baden in derselben Zeit 13 Bataillone, 12 Eskadronen, 24 Geschütze, etwa 12 000 Mann, Hessen-Darmstadt 9 Bataillone, 8 Eskadronen, 24 Geschütze, 12 700 Mann, Nassau 5 Bataillone, 16 Geschütze, 5400 Mann, Sachsen sofort 20 Bataillone, 16 Eskadronen, 58 Geschütze (nach österreichischer Schätzung 31 000, nach Beust 30 000 Mann) marschieren lassen. Diese Truppen, mit Ausnahme der Sachsen, bildeten das VII., VIII. und zum Teil das IX. Bundesarmeecorps. Prinz Karl von Baiern war Kommandant des VII., der österreichische Feldmarschalleutnant Prinz Alexander von Hessen, der bei Solferino eine so traurige Rolle gespielt hatte, Kommandant des VIII. Corps, dem sich auch die österreichische Besatzung von Mainz anschloß. Der bairische Prinz sollte im Falle des Zusammenwirkens den Oberbefehl über beide Corps haben. Weder die Vereinigung der beiden Bundescorps, noch ihr oder wenigstens der Baiern An-

schluß an die österreichische Nordarmee waren aber jemals ernstlich beabsichtigt. Der Artikel III der „Punktationen", die von Henikstein und v. d. Tann am 14. Juni im Hauptquartier zu Olmütz vereinbart wurden, ließ dies ganz deutlich erkennen. „Der bairische Oberbefehlshaber," so lautet er, „wird die Operationen der unter ihm stehenden vereinigten Armee nach dem gemeinschaftlichen und einheitlichen Operationsplane, über welchen die Unterzeichneten sich verständigt haben, sowie nach den Direktiven anordnen und leiten, welche ihm hierfür vom österreichischen Oberkommando mitgeteilt werden. Dabei wird jedoch ausdrücklich vorausgesetzt, daß diese Operationen stets im Einklange mit den Landesinteressen der Staaten der vereinigten Armeen bleiben, und daß hierbei nötigenfalls auf Deckung der eigenen Gebiete ihrer Kriegsherren jene Rücksicht genommen werde, welche nicht in direktem Widerspruche mit dem Hauptzwecke des Krieges steht, insofern derselbe nur durch möglichste Vereinigung der Streitkräfte zu erreichen ist." Der „Hauptzweck" des Krieges ist nicht genau bezeichnet; nur die Einleitung zu den Punktationen enthält den Hinweis auf „gemeinschaftliche Anwendung militärischer Kräfte gegen Preußen", einen Ausdruck, dem die verschiedensten Deutungen gegeben werden können. Aus der Aenderung des Wortlautes dieses Artikels, die bei der Ratifikation am 24. Juni in München und am 25. d. M. in Wien vorgenommen wurde, geht hervor, daß vorläufig auch kein gemeinsamer Operationsplan anerkannt wurde. Es heißt nämlich im zweiten Absatz: „Bei der Feststellung des Operationsplanes wird darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß ..." und damit war wohl entschieden, daß man auf die „Gemeinsamkeit" verzichten müsse, denn der Krieg hatte bereits begonnen und es war keine Zeit mehr gegeben, sich mit Planmachen zu beschäftigen.

Die Sendung v. d. Tanns blieb militärisch wirkungslos und sollte nur den Schein der Bundesaktion wahren. Süddeutschland glaubte nicht neutral bleiben zu können, aber es fühlte auch keinen Beruf in sich, Oesterreich zu einem entscheidenden Siege über Preußen behilflich zu sein. Sein Interesse war es, die Einigkeit der beiden Großmächte zu stören, aber auch keine von beiden übermächtig werden zu lassen. Der Parallelismus mit der französischen Politik ist unverkennbar; nicht nur Louis Napoleon, auch v. d. Pfordten rechnete auf die Vorteile der bewaffneten Vermittlung. Baiern hat niemals die Absicht gehabt, an der Seite Oesterreichs zu schlagen, es nahm nur einen Teil der preußischen Streitkräfte auf sich. Für den Kaiser Franz Joseph war das eine herbe Enttäuschung, denn er hatte sich den Bundeskrieg gegen das abgefallene Preußen jedenfalls anders vorgestellt, als er geführt worden ist. Auch die kühneren Sachsen hielten dafür, daß die Kriegsfurie in Baiern nicht rasen werde; sie sandten die Wertpapiere der königlichen Familie und die Schätze des grünen Gewölbes nicht nach Wien oder Budapest, sondern nach München. Herr v. Beust hätte ja auch sehr gerne „dritte Partei" gespielt, aber die Lage Sachsens gestattete dies nicht; er gibt zu, daß sich die sächsischen Truppen hätten an die bairische Grenze zurückziehen und die Deckung des nördlichen Baierns hätten übernehmen können; dann wäre aber Sachsens Schicksal mit dem Baierns verbunden gewesen und es hätte sich „jeden Anspruchs auf österreichische Unterstützung bei den Friedensunterhandlungen im voraus begeben". König Johann

hat zwar den Gedanken an die Wiedergewinnung der alten kursächsischen Gebiete, wie Beust versichert, auch für den Fall des Sieges ausdrücklich abgelehnt, sein Minister aber hat sich vorbehalten, „diese Frage auch nach anderen Gesichtspunkten zu beleuchten", er hat ohne Zweifel ein durch österreichische Unterstützung vergrößertes Sachsen in dem neuen Bunde vertreten wollen, in dem Preußen nicht mehr als Großmacht, sondern nur mit den anderen Königreichen gleichgestellt aufgenommen worden wäre. In der Rüstung war Sachsen allen Mittelstaaten voraus, es konnte schon am 15. Juli seine ganze militärische Macht, wo es wollte, in die Wagschale werfen.

In Norddeutschland kamen unter den Bundesstaaten, die in Frankfurt mit Oesterreich gestimmt hatten, Hannover und Kurhessen in Betracht. Ersteres stellte 4 Infanteriebrigaden mit je 1 Kavallerieregiment und 1 Batterie und 1 Reservekavalleriebrigade, zusammen 20 Bataillone, 24 Eskadronen und 42 Geschütze, in Sollstärke 20400 Mann und 3000 Reiter, ins Feld; Kurhessens Kontingent von 9400 Mann, 1500 Reitern und 24 Geschützen wurde nicht mobilisiert, etwa die Hälfte der Infanterie, 4600 Mann, und 8 Eskadronen bildeten nach dem 29. Juni einen Bestandteil der Besatzung von Mainz. Die Sollstärke der Truppen deutscher Bundesstaaten, die als Gegner Preußens angesehen werden mußten, betrug im Ganzen 152000 Mann Infanterie, 23500 Reiter, 400 Geschütze.[1]) Mit der österreichischen Nordarmee hätte dies eine Kriegsmacht von 377000 Mann Infanterie, 47600 Reitern, 1176 Geschützen ergeben.

Preußen stellte auf: Im Osten unter dem Oberbefehle des Königs, an dessen Seite der General der Infanterie Freiherr v. Moltke als Chef des Generalstabs und Gen.-Major v. Podbielski als Generalquartiermeister wirkten, die Erste Armee, Kommandeur Prinz Friedrich Karl, Generalstabschef Gen.-Leutnant v. Voigts-Rhetz, bestehend aus dem 3. und 4. Corps (Prinz Friedrich Karl), 5. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Tümpling), 6. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Manstein), 7. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Fransecky), 8. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Horn), dem 2. Corps (Gen.-Leutnant v. Schmidt — Gen.-Major v. Kameke), 3. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Werder), 4. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant Herwarth v. Bittenfeld), der 3. schweren Kavalleriebrigade (Gen.-Major v. d. Goltz), dem Kavalleriecorps (General der Kavallerie Prinz Albrecht Vater), 1. Kavalleriedivision (Gen.-Major v. Alvensleben), 2. Kavalleriedivision (Gen.-Major Hann v. Weyhern), Armeereserveartillerie (Gen.-Major Schwarz); zusammen 69 Bataillone Infanterie, 3 Bataillone Jäger, 74 Eskadronen, 300 Geschütze, das sind 72000 Mann Infanterie, 11000 Reiter.

Die Zweite Armee (Kommandeur General der Infanterie Kronprinz Friedrich, Generalstabschef Gen.-Major v. Blumenthal, Generalquartiermeister Gen.-Major v. Stosch), und zwar das Gardecorps (General der Kavallerie Prinz August v. Württemberg — Oberst v. Dannenberg), 1. Gardeinfanteriedivision (Gen.-Leutnant Hiller v. Gaertringen), 2. Gardeinfanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Plonski), 1. schwere Kavalleriebrigade (Gen.-Major Prinz Albrecht Sohn),

[1]) Nach E. Knorr, Feldzug des Jahres 1866 in West- und Süddeutschland, I. Band.

Reserveartillerie (Oberst Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen); 1. Armeecorps (General der Infanterie v. Bonin — Oberst v. Borries), 1. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Großmann), 2. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Clausewitz), Reservekavalleriebrigade (Oberst v. Bredow), Reserveartillerie (Oberst v. Oertzen); 5. Armeecorps (General der Infanterie v. Steinmetz — Oberst v. Wittich), 9. Infanteriedivision (Gen.-Major v. Loewenfeld), 10. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Kirchbach), Reserveartillerie (v. Kameke); 6. Armeecorps (General der Kavallerie v. Mutius — Oberst v. Sperling), 11. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Zastrow), 12. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Prondzynski), Reservekavallerie (Gen.-Major Graf Kalkreuth), Reserveartillerie (Oberst v. Scherbening), Kavalleriedivision (Gen.-Major v. Hartmann); Detachement Gen.-Major v. Knobelsdorff 1 Infanterieregiment, 1 Ulanenregiment, 1 Batterie; Detachement Gen.-Major Graf Stolberg 1 Landwehrkavalleriebrigade, 1 Landwehrhusarenregiment, 1 Landwehrulanenregiment. Zusammen 96 Bataillone Infanterie, 5 Bataillone Jäger, 94 Eskadronen, 352 Geschütze, das sind 104 600 Mann Infanterie, 14 100 Reiter.

Die Elbe-Armee unter dem Oberbefehle des Generals der Infanterie Herwarth v. Bittenfeld mit dem Generalstabschef Oberst v. Schlotheim. 14. Infanteriedivision, dem 7. Armeecorps angehörend (Gen.-Leutnant Graf Münster); das 8. Armeecorps, 15. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Canstein), 16. Infanteriedivision (Gen.-Leutnant v. Etzel), Reservekavalleriebrigade (Gen.-Major v. Kotze), Reserveartillerie (Oberst Hausmann). Dazu das 1. Reservearmeecorps, die Garde-Landwehrinfanteriedivision (Gen.-Major v. Rosenberg) und die 2. Landwehrkavalleriebrigade (Oberst v. Krosigk); zusammen 48 Bataillone Infanterie, 2 Bataillone Jäger, 44 Eskadronen, 156 Geschütze, gleich 50 000 Mann Infanterie, 6600 Reiter.

Die Armee im Westen, später auch Main-Armee genannt, stand unter dem Befehle des Generals der Infanterie Vogel v. Falckenstein, dessen Generalstabschef Oberst v. Kraatz war, und umfaßte die 13. Infanteriedivision des 7. Armeecorps (Gen.-Leutnant v. Goeben), die Division Beyer, zusammengesetzt aus den Besatzungen von Frankfurt a. M., Mainz, Rastatt, Saarlouis und Luxemburg, die Division Manteuffel, bisher Besatzung in Schleswig, nämlich die zusammengestellten Infanteriebrigaden v. Freyhold, v. Korth und v. Fries; zusammen 42 Bataillone, 22 Eskadronen, 101 Geschütze, das sind 42 000 Mann Infanterie und 3200 Reiter.

Preußen brachte somit, fast ohne Landwehr, 268 000 Mann Infanterie, 35 000 Reiter, 909 Geschütze auf. Seine Bundesgenossen, die beiden Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg, die thüringischen Herzogtümer, Anhalt, einige Fürstentümer und die Hansestädte hatten mit ihren Kontingenten nicht mehr als 30 000 Mann Infanterie, 2300 Reiter und 40 Geschütze zu stellen. Im Gesamtbetrage seines Aufgebots, 298 000 Mann Infanterie, 38 200 Reiter, 949 Geschütze, blieb Preußen gegen Oesterreich und seine Bundesgenossen (ungerechnet die österreichische Südarmee) um 79 000 Mann Infanterie, 5400 Reiter und 227 Geschütze zurück. Der preußische Operationsplan war von Moltke ausgearbeitet worden. Die ersten Studien dazu sind in einer Denkschrift vom Früh-

jahr 1860 niedergelegt. Sie kommt zu der Annahme, „daß die erste Versammlung der gegen Preußen bestimmten Heeresmacht Oesterreichs auf der Linie Prag-Pardubitz und vorwärts stattfinden wird". Die Vorarbeiten vom Winter 1865/66 halten an dieser Ueberzeugung fest und begründen den Vorschlag, die Hauptkräfte hinter dem Lausitzer Gebirge zu sammeln und ein Nebencorps in Schlesien zu verwenden. „An die Möglichkeit, auf die Defensive geworfen zu werden, ist nicht mehr gedacht, vielmehr sollen eine kombinierte Brigade des 4. und das Gardecorps sofort im immobilen Zustande in Sachsen einrücken, die dortigen Truppen in ihren Garnisonen zersprengen und eine die weitere Versammlung deckende Aufstellung etwa bei Pirna nehmen." Drei Corps werden bei Dresden, drei bei Görlitz angenommen, zwei in Schlesien bei Schweidnitz und Freiberg. Aus dem Gespräche, das Moltke am 17. April mit Theodor Bernhardi über die möglichen Aufmarschlinien und Angriffsrichtungen geführt hat, nachdem Bernhardi dem Generalstabschef eine Denkschrift darüber vorgelegt hatte, erfahren wir, daß der preußische Generalstabschef damals die Lage nicht sehr günstig beurteilte. Er berechnete die Stärke der österreichischen Nordarmee auf 240000 Mann und nahm an, daß Oesterreich sich nicht damit begnügen werde, damit Schlesien zu erobern, sondern einen Stoß in das Herz der preußischen Monarchie zu führen versuchen werde. Diesem Stoße zu begegnen, müsse Preußen seine ganze Armee in der Oberlausitz versammeln und dürfe nur ein Corps in Oberschlesien lassen, um die einzige Verbindungslinie der Oesterreicher (die Eisenbahn von Wien nach Löbau) zu bedrohen.

Bis Anfang Juni hielt Moltke daran fest, daß Oesterreich seine Armee in Böhmen vereinigen werde, er hat sich noch am 23. Mai veranlaßt gefunden, den König wegen einer allfälligen plötzlichen Bedrohung Berlins zu beruhigen. Gegen einen Vorstoß der Oesterreicher aus Böhmen, an den der österreichische Generalstab niemals gedacht hat, standen zu jener Zeit zur Verfügung: das 2. und 4. Corps zwischen Jüterbock und Torgau, das 3. bei Drebkau, südlich von Kottbus, das 1. bei Görlitz und die Garde, die jederzeit aus den Marken herbeigeführt werden konnte. Als die Aufstellung der österreichischen Nordarmee bei Olmütz bekannt wurde, folgerte Moltke, daß ihre Hauptoperation gegen Schlesien gerichtet sein werde. Infolgedessen leitete er eine Linksschiebung der Armee ein und verlegte das 1. Corps von Görlitz nach Hirschberg; am 9. Juni, nachdem der Generalstabschef des Kronprinzen, General v. Blumenthal, den Angriff der Oesterreicher in der Richtung von Breslau für ganz sicher erklärt hatte, unterstellte er auch noch das Gardecorps dem Kronprinzen, so daß von da an die zweite Armee mit ihren 4 Corps die stärkste von den drei gegen Böhmen aufmarschierenden wurde. Mitte Juni standen die 3 Divisionen der Elbe-Armee bei Schildau, Torgau und Liebenwerda, die 3 Corps der ersten Armee samt ihren Kavalleriecorps auf der Linie Niesky—Lauban—Hirschberg, die zweite Armee an der Neiße zwischen Brieg, Grottkau, Münsterberg und Steinau. Die Westarmee war noch nicht vereinigt; General Vogel v. Falckenstein hatte nur die Division Göben (14000 Mann) zur Disposition, er verlegte sie nach Minden an der hannoverschen Grenze. Die Division Beyer (19300 Mann) war bei Wetzlar, die Division Manteuffel (14000 Mann) bei Altona versammelt.

Nachdem die verhängnisvolle Abstimmung in Frankfurt erfolgt war, mußte Preußen zunächst in Norddeutschland reinen Tisch machen. Es war ganz unzulässig, bei Sachsen, Hannover, Kurhessen eine bewaffnete Neutralität zu dulden, was vielleicht bei Württemberg, Baden und Baiern möglich gewesen wäre, wenn für die Einstellung der Rüstungen Garantien geboten worden wären. Der blinde König von Hannover hatte keine Ahnung davon, daß am 14. Juni der Deutsche Bund aufgelöst worden war, er freute sich, wie Lettow-Vorbeck von einem Teilnehmer des an demselben Tage abgehaltenen Konzertes im Odeon gehört hat, über die Niederlage, die „das übermütige Preußen" am Bundestage erlitten habe. Es war daher für ihn wirklich eine Ueberraschung, als ihm Prinz Ysenburg am 15. die Forderung Preußens überbrachte, er möge sofort ein Bündnis mit Preußen schließen, seine Truppen auf den Stand vom 1. März zurückversetzen, der Berufung des deutschen Parlaments zustimmen und die Wahlen dazu ausschreiben, wenn dies in Preußen geschehe. Unter diesen Bedingungen sei Preußen bereit, ihm seinen Landbesitz und die Souveränität nach Maßgabe der von Preußen beantragten Bundesverfassung zu gewährleisten. Der König, der immer in einer ganz übertriebenen Vorstellung von der Macht und Bedeutung des Welfenhauses zu leben gewohnt war, fand diese Zumutungen ganz ungeheuerlich und erklärte übereinstimmend mit der Königin, daß ihre Annahme einer Mediatisierung gleichkomme. Als Prinz Ysenburg dem hohen Herrn begreiflich machen wollte, daß die 15000 Mann, die er bei Hannover vereinigen könne, gegen 30—36000 Preußen keinen Widerstand leisten könnten, die zum Einmarsche in Hannover bereit ständen, that er groß mit 50000 Mann, die ihm in kürzester Zeit zur Verfügung stehen sollten, und mutete dem Gesandten zu, er solle mittels Extrazuges nach Berlin fahren, um dem Könige von Preußen das „Nein" des Welfenkönigs zu überbringen. Ysenburg fand dazu keine Veranlassung, machte König Georg jedoch aufmerksam, daß er vielleicht gut daran thue, selbst nach Berlin zu fahren und sich mit seinen Verwandten zu verständigen. Er eröffnete dem Könige auch ohne Bedenken, er wisse, daß erst durch das vom Prinzen Karl v. Solms-Braunfels überbrachte Schreiben des Kaisers Franz Joseph das Versprechen Hannovers, mit Preußen einen Neutralitätsvertrag zu schließen, wankend geworden sei, er wisse, daß die angebotene Vergrößerung mit Oldenburg, Lippe, Waldeck und einigen Preußen abzunehmenden Gebieten den Ausschlag in der Politik Hannovers gegeben habe. Diese Vorstellungen fruchteten so wenig als die Bitten des Magistrates der Stadt Hannover, den preußischen Bündnisvorschlag anzunehmen. Der König reiste am 16. um 3 Uhr morgens mit seinem Sohne, dem Kronprinzen Ernst August, den Ministern Platen und v. Brandis nach Göttingen ab, wohin auch sämtliche Truppen beordert wurden, nachdem kurz zuvor Graf Platen bei dem preußischen Gesandten vorgesprochen und von ihm die preußische Kriegserklärung hatte entgegennehmen müssen.

Kurfürst Wilhelm von Hessen hatte sich vom preußischen Gesandten, General v. Roeder, auch nicht davon überzeugen lassen, daß es sein Vorteil erheische, sich der Führung Preußens zu überlassen. Er spielte den Bundestreuen, erklärte, der Bund sei im Namen der heiligen Dreieinigkeit auf ewige

Zeiten errichtet, und drohte mit den 800000 Mann, die Oesterreich zur Züchtigung des bundbrüchigen Preußen bereit hätte. Widerstand zu leisten, waren die 4000 Mann, die unter Waffen standen, nicht geeignet. Die Mobilisierung war angesichts der zum Einmarsch bereitstehenden Division Beyer nicht ausführbar; der Kurfürst ließ also, nachdem er jede Antwort auf die preußischen Forderungen verweigert hatte, seine „Armee", die General v. Loßberg kommandierte, in das Hanauische abführen, von wo sie später zur Verstärkung der Bundesbesatzung nach Mainz verlegt wurde. Er selbst blieb in Wilhelmshöhe, auch nachdem die Kriegserklärung Preußens und der Einmarsch Beyers erfolgt war, in der festen Ueberzeugung, da er den Kriegszustand nicht anerkenne, gebe es für ihn auch keinen Krieg und keine Kriegsfolgen. Der König von Preußen hat ihm am 22. abends noch einmal den Bündnisantrag gestellt, wie er Hannover gestellt worden war; als der stolze Hesse, den man in diesem Falle wohl mit Recht den „blinden" nennen könnte, weitere Verhandlungen abschlug, wurde er kriegsgefangen erklärt und nach Stettin gebracht; Kurhessen dem General d. Inf. v. Werder als Militärgouverneur, dem preußischen Regierungspräsidenten v. Moeller als „Administrator des Kurfürstentums Hessen" unterstellt. Der österreichische Gesandte am kurfürstlichen Hofe, Graf Paar, ließ es sich nicht nehmen, gegen die Besetzung Kurhessens und die Abführung des Kurfürsten zu protestieren, indem dadurch nicht nur „die geheiligten Rechte eines deutschen Bundesfürsten, sondern auch die Achtung vor allen europäischen Thronen auf das tiefste verletzt seien".[1])

Diplomatisch war die Lage im Laufe des 15. Juni klargelegt worden, zur Ueberraschung der preußischen Geschäftsträger in einem für Preußen scheinbar ungünstigen Sinne. Prinz Ysenburg hatte darauf gerechnet, daß König Georg schließlich doch der Vernunft Gehör geben und sich an Preußen anschließen würde, auf Verrücktheiten des Kurfürsten von Hessen war man ja vorbereitet, aber man hatte doch mehr Verständnis für die eigenen Interessen bei ihm voraussetzen können, als er thatsächlich gezeigt hat. Durch die Kurzsichtigkeit der beiden Fürsten, deren Entsetzung König Wilhelm gewiß niemals ohne zwingenden Grund, aber auch Bismarck am 14. Juni noch nicht beabsichtigt hat, ist der 16. Juni ein ganz unvermuteter Glückstag für Preußen geworden, denn er gab ihm das Recht, zwei deutsche Länder zu erwerben, durch deren Besitz Preußen gleichbedeutend mit Norddeutschland wurde. Nicht dem nationalen Sinne der Hannoveraner und Hessen, der namentlich bei den ersteren damals noch nicht sehr verbreitet war, nicht der Uebermacht der Waffen, sondern ausschließlich der falschen Auffassung ihrer Stellung von seiten jener Fürsten ist es zuzuschreiben, daß Preußen so schnell auch das territoriale Uebergewicht in Deutschland ge-

[1]) Den Wortlaut dieses Aktenstückes hat Wilhelm Hopf in Melsungen in dem Buche „Die deutsche Krisis des Jahres 1866" der Vergessenheit entrissen. Das kuriose Sammelwerk zeitgeschichtlicher Aktenstücke hat nach der Meinung seines kuriosen Verfassers den Zweck, die deutsche Jugend darüber aufzuklären, daß das im Jahre 1866 Geschehene „und durch die Reichsgründung des Jahres 1871 zu einem nur vorläufigen und unfertigen, darum auf die Dauer unhaltbaren Abschluß Gelangte ... die verhängnisvollste Revolution von oben ist, welche die deutsche Geschichte bis dahin zu verzeichnen hat".

wonnen hat. Wenn Georg von Hannover und Wilhelm von Hessen nur so viel politische Klugheit besessen hätten, um die Gefahr schätzen zu können, die ihrer landesherrlichen Existenz drohte, müßten ihre Staaten noch heute bestehen. Aber das war eben der Fluch der Bundesfiktion, daß sie ein halbes Jahrhundert lang den Nährboden für mittelstaatische Ueberschätzung gebildet, daß sie den kritiklosen Glauben an Machtfaktoren begünstigt hat, die niemals erprobt wurden, daß die Fortdauer einer Scheingröße die Erkenntnis der politischen Wirklichkeit nicht aufkommen ließ. Was dazu noch die Schmeichelei und Kriecherei des durch den Partikularismus überfütterten Hofadels und eines in ungesundem Fürstenkult sich gefallenden Bürgertums an dem Verstande ihrer „Monarchen" gesündigt hatte, reichte völlig aus, um deren Verblendung in den entscheidenden Augenblicken, die so rapid hereingebrochen waren, in Kraft zu erhalten.

Die militärische Aufgabe, die sich aus der neuen diplomatischen Lage ergab, war schwieriger geworden, als man annehmen mußte. Die entkommenen Kurhessen fielen zwar als Verstärkung des VIII. Bundesarmeecorps nicht schwer in die Wagschale; die Ansprache des Prinzen Alexander an sie: „Die Stunde der Vergeltung ist nahe! Euch stelle ich an die Spitze der Truppen, welche euer Vaterland befreien werden!" wurde gewiß von keinem Beteiligten, auch von dem „Oberkommandierenden" selbst nicht, ernst genommen; dagegen konnte die hannoversche Armee, wenn sie sich mit den Baiern vereinigte oder unbehelligt nach Böhmen gelangte, eine sehr beträchtliche Verstärkung der gegen Preußen wirkenden Streitkräfte bilden. Es wurde daher zuerst an die Armee des Westens eine Anforderung gestellt, der nicht leicht zu entsprechen war, obwohl Moltke sie in die einfache Formel auflöste, General Vogel v. Falckenstein habe die hannoversche Armee durch Entwaffnung oder Angriff auf dieselbe außer Wirksamkeit zu setzen. Vorbedingung war die Vereinigung der drei Bestandteile der selbständig operierenden Armee. Von diesen hatte die aus Rücksicht für den Liebling des Königs „Corps" genannte Division Manteuffel am 15. Juni um 12 Uhr mittags den Uebergang über die Elbe von Altona nach Harburg begonnen. Edwin Manteuffel hatte zwar vorausgesagt, daß sein Erscheinen auf hannoverschem Boden wie ein Donnerschlag wirken werde, er trat jedoch weniger kühn und geschickt auf, als man seinen Verheißungen zufolge hoffen konnte. Zuerst bekümmerte ihn die Festung Stade, die dann nach seinem Abzug von einem Bataillon genommen wurde, hierauf verstand er es nicht, den Eisenbahnverkehr für seine Zwecke einzurichten, es erforderte direktes Eingreifen des Generalstabs von Berlin aus, um wenigstens eine seiner Brigaden in Lüneburg einzubarkieren. v. Lettow-Vorbeck hat nicht ohne Berechtigung die Ansicht ausgesprochen, Manteuffel habe geglaubt, durch etwas Zögerung den Anschluß an die Division Goeben und damit auch die Unterstellung unter das Oberkommando Vogel v. Falckensteins vermeiden zu können. Erst am 20. rückte die Brigade Korth in Hannover ein, während die Brigade Flies an demselben Tage erst Celle erreichte.

General Vogel v. Falckenstein hatte die Division Goeben in Minden konzentriert, führte sie am 16. morgens an die Straße nach Bückeburg und

einem schon vorher eingelangten Befehle entsprechend, da keine Gegenweisung kam, bis Stadthagen. Am 17. setzte er, da kein Widerstand zu erwarten war, den Einmarsch ins Hannoversche fort und gelangte mit einer Leistung von 47 km bis Hannover. Die Division Beyer hatte am 15. in Wetzlar die Bestimmung zur Besitzergreifung Kurhessens und der Besetzung von Kassel erhalten, war am 16. bei Wittelsberg und Marburg, am 17. auf der Linie Kirchhain-Neustadt, am 18. in Guntershausen, von wo General Beyer mit der Vorhut noch bis Kassel gelangte.

In Göttingen wurde zu gleicher Zeit die hannoversche Armee geordnet; sie umfaßte 15000 Mann Infanterie, darunter 2000 eben eingestellte Rekruten, 2200 Reiter, 26 gut bespannte Geschütze.[1]) Fünf Tage lang wurde an der Vervollständigung der Ausrüstung gearbeitet, drei Batterien mit 16 Geschützen wurden noch aufgestellt, Pferde requiriert, um die Trainkolonnen zu vervollständigen, die Folgen des übereilten Abmarsches aus Hannover und Umgebung möglichst beseitigt. Es ist begreiflich, daß hohe und niedere Offiziere dies für notwendig erklärten, daß ihr militärisches Ehrgefühl sich dagegen sträubte, zur Vereinigung mit Bundeskameraden in einem Zustande auszuziehen, der ihnen unwürdig und unkriegstüchtig erschien. Sie drangen mit dem Verlangen nach der langen Rast auf heimatlichem Boden auch deshalb durch, weil weder der König noch seine Ratgeber über ihre nächste Aufgabe im Klaren waren. Es gab zu viel Erwägungen; man hatte schon in Hannover auf die Vereinigung mit den kurhessischen Truppen gerechnet, setzte sich daher mit dem in Fulda stehenden hessischen General Schenck v. Schweinsburg in Verbindung und mutete ihm zu, nach Göttingen zurückzumarschieren. Er marschierte jedoch Frankfurt zu und fühlte kein Bedürfnis, sein Schicksal von dem der Hannoveraner abhängig zu machen. Am 18. trafen sich hessische und hannoversche Adjutanten im Hauptquartier des kommandierenden Generals der 4. bairischen Division, v. Hartmann, in Schweinfurt und verlangten eilige Hülfe. Hartmann wandte sich an seinen Vorgesetzten, den alten Prinzen Karl, nach Bamberg; von diesem ging am 20. Juni mittags die telegraphische Antwort ein, er sei bereit, den Hannoveranern und Kurhessen durch Vorrücken die Hand zu bieten, er verlange jedoch Mitteilung, welchen Weg die Hannoveraner von Eschwege (südlich Göttingen, wo er sie vermutete) einschlagen würden. Der hannoversche Hauptmann v. Reichard, der sich mittlerweile in Frankfurt bei Alexander v. Hessen die Auskunft geholt hatte, daß das VIII. Bundesarmeecorps sobald noch nicht in Aktion treten könne, kehrte jedoch nach Göttingen zurück, bevor die Antwort des bairischen Oberfeldherrn eingelangt war. Dieser hatte am 21. die 4. Division von Schweinfurt nach Kissingen und die 3. nach Schweinfurt rücken lassen, die Bewegung jedoch am 22. wieder eingestellt, weil er Nachricht erhalten hatte, daß die Hannoveraner nicht in südlicher, sondern in südöstlicher Richtung von Göttingen abgezogen waren. Er hat ganz richtig gehandelt; wenn die Baiern

[1]) Diese Zahlen, die auch den Angaben des Generalleutnants Hartmann in den „Erinnerungen eines deutschen Offiziers 1848—1871" entsprechen, dürften unter den verschieden genannten die richtigsten sein.

nach Schlüchtern, die Hannoveraner nach Gotha rückten, war ihre Vereinigung jedenfalls länger hinausgeschoben, als wenn die Baiern südlich der Eisenbahnlinie Bebra-Eisenach-Gotha, also an den südlichen Verzweigungen des Thüringer Waldes, die heranziehenden Hannoveraner aufzunehmen bereit standen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die hannoversche Armee am 19. von Göttingen hätte abziehen und ungestört den Weg nach Baiern hätte verfolgen können. Aber war dies für sie selbst und für den stolzen Welfenkönig so sehr wünschenswert? Ist es nicht sehr begreiflich, daß er schleunige Hülfe erwartete, um wieder in sein „Reich" zurückkehren zu können? Sein frommer, katholischer Ratgeber Onno Klopp mochte sich ja die Ueberredungskunst eines Kapistran oder Ariano zutrauen, um die Glaubensverwandten zum Kreuzzuge gegen die ketzerischen Feinde zu bewegen, aber auch sein Aufenthalt im bairischen Hauptquartier konnte den Abmarsch der noch unfertigen bairischen Divisionen aus dem Lande, wo sie alle ihre Hülfsquellen wußten, nicht erzwingen.

Erst am 21. Juni bewegte sich die hannoversche Armee mit ihrem Könige von Göttingen nach Heiligenstadt a. d. Leine. An demselben Tage erreichten die Spitzen der Division Beyer die Werra bei Allendorf, man war nur 20 km weit voneinander entfernt. Vogel v. Falckenstein hatte von Moltke die telegraphische Nachricht von dem Abzuge der Hannoveraner aus Göttingen und dazu den Vorschlag erhalten, einen Teil seiner Truppen mit der Eisenbahn über Magdeburg und Halle nach Eisenach zu schicken, um den Hannoveranern den Weg zu verlegen. Nur so war es möglich, sie mit einer Uebermacht zu umgeben, vor der sie die Waffen strecken mußten. Der kommandierende General ging aber nicht auf diesen Gedanken ein, behauptete, daß er selbst schon zu weit auf dem Marsche nach Göttingen vorgerückt sei, und ließ zum Ueberfluß auch noch der Division Beyer die Weisung zukommen, sie solle, um die Vereinigung mit ihm ehestens zu erreichen, eine nördliche Richtung einschlagen. Am 22. marschierten demnach Hannoveraner und Preußen in entgegengesetzter Richtung auseinander, erstere bis Langensalza, die Division Beyer an die Werra und darüber hinaus. General v. Falckenstein glaubte, die Verbindung der Hannoveraner mit den Baiern nicht mehr verhindern zu können, und meinte, dem allgemeinen Kriegszwecke besser zu dienen, wenn er sich gegen Frankfurt und an den Main wandte, um die Aufstellung des VIII. Bundesarmeecorps zu stören, die vorhandenen Kontingente zu zersprengen und sich dann gegen die Baiern zu wenden. Der Generalstabschef und mit ihm der König waren aber nicht der Ansicht, daß man den König Georg mit seinen Mannen unbelästigt über den Thüringer Wald ziehen lassen solle, und leiteten Bewegungen ein, die ihre Gefangennahme in Aussicht stellen konnten. Die Hannoveraner hielten am 23. in Langensalza Rast, sie wußten nicht, in welcher Stärke der Gegner die Linie Eisenach-Gotha-Erfurt-Weimar besetzt hielt. In der That waren es nicht mehr als 2800 Mann Koburger und preußische Landwehr, die Oberst v. Fabeck bei Kreuzburg, vorwärts Eisenach, versammelt hatte. Moltke beauftragte diesen, die Hannoveraner mit der Begründung, daß sie von überlegenen Kräften eingeschlossen seien, zur Kapitulation aufzufordern, und richtete an Vogel v. Falckenstein nunmehr den bestimmten Befehl, Truppen mittelst Bahn über Kassel nach

Eisenach zu senden. Der Kapitulationsantrag wurde nicht zurückgenommen, ein Offizier des hannoverschen Generalstabs, Major v. Jacobi, erschien in Gotha, um Verhandlungen zu führen. Er erkannte die Schwäche der vorhandenen preußischen Streitkräfte nicht und befürwortete bei seiner Rückkehr ins hannoversche Hauptquartier in Langensalza die Einleitung offizieller Verhandlungen. Der Kriegsrat ging darauf ein und bestimmte dazu den Generaladjutanten Oberst v. Dammers und Jacobi. Im Laufe des 24. wurde zwar sowohl durch Dammers als auch durch eine Rekognoszierung gegen Eisenach festgestellt, daß der Durchbruch nach Süden noch möglich sei, die Verhandlungen wurden aber doch nicht abgebrochen und damit der wichtige Tag, an dem das Entkommen der Armee noch möglich war, verloren.[1])

Ursache der Schwäche Preußens bei Eisenach und Gotha, wo noch am 24. abends nicht mehr als acht schwache Bataillone anwesend waren, war Vogel v. Falckenstein, der auf Moltkes Idee nicht eingehen wollte, seine Befehle nicht befolgte und eigenwillig auf dem Vormarsche gegen Frankfurt beharrte.[2]) Es wird von mehreren preußischen Militärschriftstellern die Ansicht ausgesprochen, daß Vogel v. Falckenstein die Autorität Moltkes, als eines jüngeren Generals, dessen außerordentliche Fähigkeiten noch nicht die allgemeine Anerkennung gefunden hatten, übersehen zu können glaubte und sich auf die Selbständigkeit seines Kommandos stützte. Entscheidend ist die Charakteristik Hans Delbrücks, der den General „als einen Mann von nicht besonders hoher und entwickelter Intelligenz, jedoch begabt mit einer rücksichtslosen Energie des Willens" schildert und daraus die Erscheinung ableitet, daß er „die verschiedenen Möglichkeiten einer komplizierten Situation nicht zu übersehen vermochte", deshalb auch die Wichtigkeit der Moltkeschen Vorschläge und Befehle nicht begriff, später aber durch sein bedenkenloses, kühnes Vorgehen den Mainfeldzug glänzend durchführte. Als König Wilhelm und Moltke im Laufe des 24. Juni aus den in Berlin einlaufenden Nachrichten die Ueberzeugung gewannen, daß Falckenstein jene militärischen Maßregeln nicht treffe, die den bereits begonnenen Kapitulationsverhandlungen Nachdruck verschaffen mußten, setzten sie sich teils telegraphisch, teils durch eine zwischen Magdeburg und Münden a. d. W. auf- und abfahrende

---

[1]) Dies ist auch J. Hartmanns Ansicht (a. a. O.), also die eines Augenzeugen, der die schwersten Vorwürfe gegen Jacobi erhebt.

[2]) Dies wurde zuerst durch Fr. v. d. Wengen („Geschichte der Kriegsereignisse zwischen Preußen und Hannover 1866") nachgewiesen. Hans Delbrück hat die Untersuchungen Wengens und die Entgegnung in den „Jahrbüchern für die deutsche Armee und Marine" im 59. Bande der „Preuß. Jahrbücher" eingehend geprüft und die gegen Falckenstein erhobenen Anklagen für gerechtfertigt erklärt. Sein Urteil wird durch die neueste Darstellung v. Lettows im wesentlichen anerkannt. Die Meinung Blanckenburgs, der die Leistungen Falckensteins mit denen Napoleons 1796 und 1814 vergleicht, wird heute kaum mehr Anhänger finden. General der Infanterie W. v. Blume führt in dem Aufsatze „Politik und Strategie, Bismarck und Moltke 1866 und 1870/71" (Preuß. Jahrb. 111. Bd. S. 223 u. f.) Falckensteins Beharren auf der Idee, nach Frankfurt zu marschieren, auf ein Telegramm Bismarcks vom 19. Juni zurück, das folgenden Inhalt hatte: Graf Flemming telegraphiert: Die deutsche Reichs- (Bundes?) Armee ist noch vollständig unorganisiert, rasches Vorgehen Preußens gegen Frankfurt a. M. würde jede Organisation unmöglich und ein zweites Roßbach leicht machen.

Lokomotive in unmittelbare Verbindung mit den Divisions- und Brigadegeneralen und ordneten die unverzügliche Absendung von Truppen Beyers und Manteuffels nach Eisenach und Gotha an.[1]) Der König von Hannover stellte die Forderung freien Abzuges in Wehr und Waffen nach dem Süden; die Verhandlung mit dem Herzog Ernst, der in Gotha als preußischer Offizier vom höchsten Range die hannoverschen Abgesandten empfangen hatte, lehnte er ab, wartete jedoch die Ankunft des Generaladjutanten Generals v. Alvensleben ab, den König Wilhelm auf den Kriegsschauplatz entsendete, um die „Garantien" für die von König Georg zugesagte einjährige Neutralität festzustellen. Man verlangte preußischerseits die Anwesenheit des Kronprinzen von Hannover auf preußischem Boden, gewissermaßen als Geisel.

Am 25. Juni morgens waren endlich 11000 Mann Infanterie in Eisenach zusammengebracht, mehrere Batterien durften im Laufe des Vormittags aus Kassel erwartet werden. General v. Goeben war auf direkten Befehl Moltkes selbst nach Eisenach gefahren und hatte das Kommando übernommen, bis um 3 Uhr nachmittags Vogel v. Falckenstein dort ankam. 5 Bataillone und 1 Batterie der Division Manteuffel, von General v. Flies befehligt, hatten Gotha erreicht und konnten trotz der Zerstörung der Linie Eisenach-Gotha durch hannoversche Patrouillen noch im Lauf des Tages miteinander Fühlung nehmen. Diesen Thatbestand kannte der königliche Generaladjutant Gustav v. Alvensleben, als er um 9 Uhr morgens in Groß-Behringen bei König Georg Audienz bekam. Da dieser die von Preußen verlangten Garantien für seine Neutralität nicht geben wollte, glaubte Alvensleben neuerdings in Berlin die Entscheidung König Wilhelms anrufen zu müssen. Er hielt auch die Heranziehung weiterer Streitkräfte zur Umschließung des von der hannoverschen Armee besetzten Gebietes bei Langensalza für notwendig. Im Hauptquartier des Welfenkönigs hatte man ebenfalls bereits Kenntnis von den Truppenansammlungen bei Eisenach und Gotha und damit die Gewißheit erlangt, daß man mit den eigenen Kräften den Durchbruch nach Süden nicht mehr erzwingen könne. Man rechnete aber neuerdings auf den Entsatz durch die Baiern, die freilich vor zwei Tagen nicht

---

[1]) Der Verfasser der „Kritischen Beiträge zur Geschichte des Krieges im Jahre 1866 von?" (Zürich 1901) — vielleicht Eduard v. Bartels — findet das Eingreifen des Generalstabschefs und des von diesem beratenen Königs in die Kriegführung Falckensteins fehlerhaft. „Die Unart, sich in die Befugnisse des Kommandierenden im Felde hineinzumischen, ist eine der gewöhnlichsten Versuchungen, denen Regierungen unterliegen, und ist immer verhängnisvoll.' Er hat aber nicht ausgeführt, auf welche Weise die Hannoveraner von der Vereinigung mit den Baiern hätten abgehalten werden können, wenn man Falckenstein mit Goeben ruhig nach Frankfurt marschieren ließ, und Manteuffel erst drei Tage nach den Hannoveranern die Vorberge des Thüringerwaldes zu Gesicht bekam? Der kühnen Phantasie des Kritikers, der mit je einer preußischen Division das VIII. Bundesarmeecorps und die hannoveranische Armee auseinandersprengen und mit der dritten die Kurhessen einfangen, die Nassauer und Darmstädter im Zaum halten wollte, wird schwerlich jemand folgen können. Der Erfolg gegen das VIII. Bundesarmeecorps mag zugegeben werden, die Zersprengung der Hannoveraner durch Falckenstein — ohne Manteuffel und Beyer — wäre gewiß nicht geglückt. Uebrigens darf man bei der Beurteilung preußischer Generale nicht immer an Napoleon Bonaparte oder Julius Cäsar denken, was der „Kritiker" sich nie versagen kann.

erwartet werden durften. Auf hannoverscher Seite war daher das Verlangen nach einer Waffenruhe von längerer Dauer sehr lebhaft, und dies kam darin zum Ausdruck, daß der König sich 24 Stunden Bedenkzeit auf den Vortrag Alvenslebens erbat. Dieser General durchschaute den Zusammenhang nicht und unterzeichnete ein von Dammers entworfenes Abkommen des Wortlautes: „Es besteht bis auf weiteres Waffenstillstand zwischen den königlich preußischen und den königlich hannoverschen Truppen. Der eventuelle Wiederbeginn der Feindseligkeiten wird befohlen werden.“ Daß ein mit allen Schikanen des Dienstes und mit den Förmlichkeiten des Militärstils vertrauter General ein Schriftstück von solcher Unklarheit unterzeichnen kann, wird der Laie schwer begreifen, aber er wird sich nicht darüber wundern, daß daraus ernste Konflikte entstehen konnten. Alvensleben war bereits auf der Rückfahrt nach Berlin begriffen, als Falckenstein in Eisenach, beunruhigt durch die bei Goeben eingelaufene Nachricht von dem Eintreffen bairischer Truppen in Vacha, 30 km von Eisenach, seinerseits den Entschluß faßte, am nächsten Tage die Kapitulation der Hannoveraner mit Gewalt zu erzwingen, und Goeben den Befehl zum Vormarsch und Angriff um 3 Uhr morgens erteilte. Er berichtete darüber um 6 Uhr abends an Moltke und fertigte den hannoverschen Oberstleutnant Rudorff, der einen Sonderzug nach Berlin von ihm verlangte, um die Antwort seines Königs dahin überbringen zu können, in schroffer Form ab. Er zweifelte nicht daran, daß die Hannoveraner nur auf listige Weise bis zum Zusammenwirken mit den anmarschierenden Baiern Zeit gewinnen wollten. Durch Goebens Vermittlung wurde doch die Entscheidung des Königs angerufen, der mittlerweile durch Alvensleben von der 24stündigen Bedenkzeit Kenntnis erlangt hatte. Er anerkannte zwar diese, aber nicht die Waffenruhe auf unbestimmte Zeit und ermächtigte Falckenstein, am 26. um 10 Uhr vormittags anzugreifen. Dazu wären 3 Kolonnen mit zusammen 29000 Mann Infanterie und 49 Geschützen bereitgestanden. Oberst v. Döring wurde in besonderer Mission an den König geschickt, um Entwaffnung zu fordern.

Somit wäre endlich wieder alles zum Klappen gebracht und wahrscheinlich auch die preußische Uebermacht dem Könige von Hannover begreiflich gemacht worden, wenn nicht am frühen Morgen (2 Uhr 4 Minuten) des 26. Juni die falsche Nachricht nach Berlin telegraphiert worden wäre, die Hannoveraner seien im Rückmarsch von Langensalza nach Göttingen begriffen. Sofort wurden nun von Moltke und Falckenstein ganz neue Dispositionen getroffen, ein Teil der Truppen Beyers zur Schwenkung nach Norden veranlaßt, Goeben angewiesen, Eisenach gegen die angeblich von Vacha anrückenden Baiern zu halten, und General v. Flies zum Vormarsch von Gotha nach Langensalza aufgefordert, das man von den Hannoveranern geräumt glaubte. Als Oberst v. Döring um 4 Uhr früh in Eisenach ankam, erfuhr er von Berlin, daß seine Mission zurückgenommen sei, zugleich aber auch vom Adjutanten des Herzogs von Koburg, Oberstleutnant Reuter, daß an dem Bericht von dem Abzuge der Hannoveraner kein wahres Wort sei, daß diese vielmehr in dem Vertrauen auf die ihnen bewilligte und noch nicht gekündete Waffenruhe in ihre Kantonierungen um Langensalza zurückkehren. Er hielt sich für verpflichtet, seine Mission wieder aufzunehmen, haupt-

sächlich deshalb, weil er augenblicklich auf eine Erzwingung der Waffenstreckung nicht rechnen durfte.

Bald nach 12 Uhr Mittags empfing König Georg den Obersten v. Döring in Langensalza. Nach dessen einleitenden Worten fragte der König: Von wem haben Sie Ihren Auftrag? Döring: Von Sr. Majestät. König: Vom König selbst? Döring: Durch den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Der König rief: Was will der Mensch? Der Oberst bat untertänigst, zu bedenken, daß von einem preußischen Minister die Rede sei. Nun sagte der König: Wir sind alle Menschen; teilen Sie mir Ihren Auftrag mit. Döring las darauf den wesentlichen Inhalt der ihm erteilten Instruktion vor. Sie verlangte die Kapitulation vor Ablauf des Waffenstillstandes von 24 Stunden, ermächtigte jedoch zur Gewährung aller Bedingungen, „die mit der Sicherheit der diesseitigen Truppen und mit dem Bedürfnis, letztere ohne Verzug anderweit zu verwenden, verträglich sind". Wenn die Kapitulation nicht erreichbar sei, müsse sofort nach Ablauf des Waffenstillstandes die Entwaffnung durch jedes Mittel erzwungen werden. Darauf folgte der Satz: „Seine Majestät der König ist noch immer bereit, ein Bündnis mit Hannover abzuschließen auf der Basis einer gegenseitigen Alliance unter Anerkennung der von Preußen am 14. Juni in Frankfurt vorgeschlagenen Bundesreform und Garantie des hannoverschen Besitzstandes nach Maßgabe dieser Reform von Preußen." [1]) Bündnis und Kapitulation können gleichzeitig festgelegt werden. Als Döring diese Stelle der Instruktion verlas, polterte Georg Rex heraus: „Ach was, Bündnis!" und fügte hinzu, er könne die Vorschläge nur durch einen feierlichen Protest gegen das völkerrechtswidrige Verfahren Preußens beantworten. Döring stellte fest, daß die vierundzwanzigstündige Waffenruhe abgelaufen sei. „Nein," rief der König, „Alvensleben hat auf unbestimmte Zeit geschlossen." [2]) Darauf erklärte Döring, daß er sich für verpflichtet erachte, den Stillstand zu kündigen. Oskar Meding, der im Gefolge des Königs alle Vorgänge miterlebt hat, die zu dem unseligen Zusammenstoße von Langensalza geführt haben, hat so gut, wie alle klar denkenden Personen des Hauptquartiers erkannt, daß der Augenblick gekommen war, der über die Krone der Welfen entschied; er hat auch den Eindruck gehabt, daß in der aufs äußerste gespannten Situation durch die Annahme der Sommation eine Aenderung eingetreten wäre. Heute kann niemand mehr daran zweifeln, daß nur der leidenschaftliche Zorn des blinden Königs den Staat Hannover aus der Welt geschafft und das sinnlose Blutvergießen verschuldet hat. Würde er die ihm in letzter Stunde von Preußen gereichte Hand mit christlicher Ergebung in ein Schicksal, das wahrhaftig nicht

---

[1]) v. Lettow-Vorbeck hat den Wortlaut der Instruktion aus den Akten des Auswärtigen Amtes zum erstenmal mitgeteilt und bewiesen, daß Döring gerade den Bündnisantrag unmöglich verschwiegen haben könne. Der König von Hannover hat später erklärt, Döring habe sich ausgesprochen, daß auch die Annahme des Bündnisantrages nach dem bereits eingetretenen Ende der Waffenruhe keinen Erfolg mehr haben, d. h. den Kampf nicht mehr abwenden könne. Diese Aeußerung Dörings ließe seine Audienz beim König ganz widersinnig erscheinen. So ungeheuerliche Widersprüche hätte der König durch den anwesenden Zivilbeamten (Oskar Meding) wohl protokollieren lassen müssen.

[2]) Nach Dörings eigenem Berichte, mitgeteilt von Lettow-Vorbeck.

das schlechteste geworden wäre, ergriffen haben, so würde Oberst v. Döring sofort in das Hauptquartier Falckensteins gefahren sein und von dort aus die Befehle des Königs von Preußen über die Ausführung der Kapitulation eingeholt haben. An der Richtigkeit dieser Behauptung kann nur Parteijesuitismus oder blödsinnige Rechthaberei deuteln.

Es wäre übrigens vielleicht zu keinem Kampfe gekommen, wenn am 27. alle unter dem Befehle Vogel v. Falckensteins stehenden Kolonnen konzentrisch gegen Langensalza vorgegangen wären. Dies war aber nicht möglich, weil Falckenstein an den Anmarsch der Baiern glaubte und deshalb Goeben zur Stellungnahme zwischen Eisenach und Gerstungen veranlaßt hatte, den vermeintlichen Rückzug der Hannoveraner in nördlicher oder nordöstlicher Richtung durch Manteuffel gehemmt glaubte und annehmen durfte, daß die Kolonne Flies, wenn sie den abziehenden Hannoveranern auf der Ferse bliebe, Manteuffel immerhin kräftig unterstützen und die Einschließung des Gegners ermöglichen werde. Manteuffel hat aus eigenem Antriebe am 26. bereits 7 Bataillone, 8 Eskadronen und 3 Batterien in der Richtung nach Mühlhausen vorgehen lassen. Ein Fehler, der sowohl Falckenstein als Goeben vorgehalten werden muß, war die mangelhafte Aufklärung in der Richtung des vermuteten bairischen Aufmarsches. Es war nicht nötig, 14000 Mann Infanterie zu einer zeit- und kraftraubenden Schwenkung zu bestimmen, wenn einige Eskadronen feststellen konnten, daß von den Baiern so bald nichts zu befürchten sei. Diese nahmen am 24. die Linie Brückenau-Schweinfurt-Lichtenfels ein, erhielten am 25. Nachricht über Verhandlungen zwischen Hannover und Preußen, beschlossen deshalb, ihr Augenmerk nun auf die Vereinigung mit dem VIII. Bundesarmeecorps zu richten. Sie standen am 26. zwischen Schweinfurt und Meiningen, am 27. berieten Prinz Karl von Baiern und Alexander von Hessen ihren gemeinsamen strategischen Aufmarsch in der Gegend von Fulda. Erst am 28. nachmittags trafen Nachrichten über einen Sieg der Hannoveraner bei Langensalza im bairischen Hauptquartier ein und hier wurden sofort Anordnungen getroffen, damit die bairischen Divisionen am 1. Juli in die Linie Gotha-Eisenach einrücken könnten. Am 30. erfuhr man die Kapitulation.

Das Gefecht von Langensalza am 27. Juni entstand dadurch, daß General v. Flies in der Meinung vorging, er habe den abziehenden Hannoveranern zu folgen, daß er auch die Feindseligkeiten aufnahm, weil er es nur mit einer Nachhut zu thun zu haben glaubte. Es kamen 17000 Mann Infanterie, davon 1800 Reiter mit 42 Geschützen, auf seiten Hannovers ins Feuer.[1]) Flies hatte diesen nur 8900 Mann Infanterie (darunter 2 Bataillone Gothaer und 2100 Landwehren), 280 Reiter und 22 Geschütze entgegenzustellen. Die Hannoveraner nahmen am Vormittag eine Verteidigungsstellung am Kirchberg von Merxleben, nordöstlich von Langensalza, ein, um 1 Uhr gab Arentsschildt, der sich von der Schwäche des Gegners überzeugt hatte, den Befehl zum Vorgehen. General

[1]) Offiziell sind 16177 am Gefecht Beteiligte angesetzt; v. Lettow-Vorbeck findet, daß dabei „von der in Wirklichkeit vorhandenen Zahl nicht weniger als 4392 außer Rechnung gelassen sind" (Schanzarbeiter, Pioniere, nichteingerangierte Rekruten, 1½ Fouragiereskadronen u. a.).

Flies war um diese Zeit infolge der enormen Hitze ohnmächtig geworden, für Ersatz im Kommando war nicht gesorgt; als er wieder zu Pferde steigen konnte, war der günstige Augenblick zum Abbruch des Gefechts bereits versäumt. Der Rückzug mußte mit großen Verlusten erstritten werden. Die hannoverschen Truppen, durch die langen Märsche bei mangelhafter Verpflegung angeödet und durch die Unsicherheit ihrer Lage aufgeregt, nahmen den Kampf mit Befriedigung auf, in kühnen Attacken erwiesen die Gardes du Corps und die Gardehusaren ihre Soldatentugenden; dennoch vermochten sie die preußische Infanterie nicht in Verwirrung zu bringen. Als gegen Abend das Feuern eingestellt wurde, mußte sich Flies aber nicht nur für geschlagen, sondern auch außer stande erklären, dem Feinde Widerstand zu leisten, wenn er den nächsten Tag bei Gotha durchbrechen wollte. Er hatte übrigens das Seinige geleistet, indem er bis zum sinkenden Abend fechtend aushielt und die hannoverschen Truppen derart beschäftigte, daß sie ihren Abmarsch während der Nacht nicht mehr einleiten konnten. Wie v. Lettow-Vorbeck das Ergebnis des Tages zusammenfaßt, waren 5365 Preußen nicht im stande gewesen, eine von 5154 Hannoveranern verteidigte starke Stellung am Vormittag zu überwältigen und es hatten Nachmittags 11 200 Hannoveraner mit 32 Geschützen 5600 Preußen mit 18 Geschützen zum Rückzug gezwungen. Auf preußischer Seite waren 41 Offiziere und 868 Mann (9 %) tot oder verwundet gefallen, 10 Offiziere und 900 Mann gefangen worden; die Hannoveraner hatten 102 Offiziere und 1327 Mann (7 %) tot und verwundet verloren.

In Eisenach wußte man bis 3 Uhr nachmittags von keiner Gefahr der Kolonne Flies; Falckenstein fuhr auf königlichen Befehl nach Kassel, um das Militärgouvernement im Kurfürstentum Hessen zu übernehmen; erst nach 8 Uhr abends erhielt Goeben ein Telegramm des Herzogs von Koburg, der ihm die Niederlage meldete und die weitere Standhaftigkeit der Brigade Flies von dem Anlangen von Verstärkungen abhängig machte. Goeben sandte im Laufe der Nacht 7 Bataillone und 3 Batterien mit der Eisenbahn nach Gotha. Sie waren dort angelangt, als an Flies von den Hannoveranern das Verlangen gestellt wurde, sie unangefochten nach Süden abmarschieren zu lassen, wogegen sie eine achtwöchentliche Neutralität zusagten. Er konnte dieses beruhigt abweisen. Dasselbe geschah von Berlin aus, wo man noch im Laufe der Nacht die auseinanderstrebenden Kolonnen zum konzentrischen Vorgehen gegen Langensalza befehligt hatte.

Die hannoverschen Generale hatten am Abend des Gefechtes die Zumutung Platens und Oskar Medings,[1]) den Weitermarsch über Gotha anzutreten, wegen

[1]) Oskar Meding hat in seinen Memoiren (erschienen 1881) die Ansicht festgehalten, daß der Durchbruch in der Nacht vom 27. auf den 28. Juni möglich gewesen sei, und sich dabei auf den Marsch der Preußen von Ligny nach Wavre und Waterloo bezogen. Es ist nicht zu bestreiten, daß vielleicht 10 000 Infanteristen und ein paar hundert Reiter auf abgehetzten Pferden nach Gotha und darüber hinaus bis Ohrdruf (35 km) gekommen wären, die Artillerie und der Train unbedingt nicht, weil die Pferde nicht nur ermüdet, sondern auch halb verhungert waren. Eine „intakte" Armee wäre das nicht gewesen und am nächsten Morgen konnten sie von mehreren Kavallerieregimentern und drei reitenden Batterien angefallen werden und zehn Bataillone ihnen auf der Ferse sein. Die hannoverschen Offiziere wollten ihre Truppen nicht als halbverhungerte Marodeure den süddeutschen Kameraden vorführen. F. Hartmann (a. a. O.) gibt seiner Anschauung von dem Sachverhalte am 27. folgenden Ausdruck: „Vor allen Dingen brauchten die

Erschöpfung der Truppen und Mangel an Verpflegsmitteln zurückgewiesen und sich am Morgen des 28. davon überzeugt, daß der Ring um ihre Armee bereits geschlossen war. Sie unterzeichneten eine Eingabe an den König, in der festgestellt wurde, daß 1. Mannschaft und Pferde in hohem Grade erschöpft seien und ohne Ruhepause die Operationen nicht fortsetzen könnten, daß 2. die Munition nur noch zu einem Gefechte ausreiche, 3. die Intendantur nicht die erforderlichen Lebensmittel herbeizuschaffen vermöge, 4. durch den Anmarsch überlegener feindlicher Kräfte eine Umzingelung der Armee eintreten müsse und auf militärischen Sukkurs von befreundeten Truppen nicht zu rechnen sei. Sie sahen sich verpflichtet, dem König die Kapitulation anzuraten. König Georg wartete darauf noch Nachrichten über den Anmarsch der Preußen ab, erst am Nachmittag war sein Eigensinn gebrochen, um 4 Uhr wurde das Einstellen der Feindseligkeiten befohlen. Flies und Goeben kamen zuerst in die Lage, die Unterwerfung der Hannoveraner nach Berlin melden zu können. Im höchsten Grade enttäuscht über die Wendung, die er doch erwartet haben mußte, war General Vogel v. Falckenstein, er hatte ohne Zweifel gehofft, die Niederlage des letzten Tages, an der er jedenfalls mitschuldig war, durch ein siegreiches Gefecht wettmachen zu können. Der König von Preußen hat auch nicht ihm, sondern Manteuffel, also seinem Generaladjutanten, die Festsetzung der Kapitulationsbedingungen aufgetragen. Falckenstein war aber in diesem Falle sehr rasch gewesen; er hatte die Verhandlungen mit General v. Arentsschild sofort aufnehmen und früher zum Abschluß bringen lassen, als die Anordnung von Berlin bei ihm und Manteuffel eintraf. Infolgedessen mußte er es auch geschehen lassen, daß der in seinem Namen von Major v. Wiebe entworfenen Urkunde durch Manteuffel noch Zusätze und Erläuterungsbestimmungen beigefügt wurden, die dem Auftrage des Königs Wilhelm entsprachen. Diese enthielten auch eine „Anerkennung der tapferen Haltung der königlich hannoverschen Truppen“. Nach einer Mitteilung Arentsschilds an Manteuffel hat er nie etwas anderes vorgehabt, als bei einem Zusammenstoße ein kurzes Gefecht einzuleiten und dann zu kapitulieren. Dem Schlachtendrange seiner Offiziere hat er am 27. nicht Einhalt thun und daher die traurigen Blutopfer für deutsche Waffenehre hüben und drüben nicht vermeiden können.

König Georg durfte samt den Mitgliedern seines Hauses außerhalb Hannovers nach seinem Belieben Aufenthalt nehmen, sein Privatvermögen blieb ihm gesichert. Die hannoverschen Offiziere wurden auf Ehrenwort, nicht gegen Preußen

---

Bataillone und Batterien, welche sich verschossen hatten, Munition, falls solche überhaupt noch vorhanden war. So mußte denn der nahe liegende Gedanke, dem geschlagenen Feinde mit der ganzen Armee nachzumarschieren, aufgegeben werden. Wenn die Bataillone und Batterien sich zum Gefecht hergestellt hätten, würden wir mit unzulänglicher Munition, mit geringer physischer Kraft einen neuen Feind gefunden haben: die auf der wiederhergestellten Eisenbahn schnell dahin geführten frischen Truppen. Weitere Märsche in den Thüringerwald hinein, einen nicht ermüdeten Feind auf den Fersen, konnten keinesfalls gelingen. Waren die Baiern, wie einige unverbürgte Nachrichten behaupteten, uns nahe — thatsächlich waren sie es nicht —, so thaten wir besser, unsere Kräfte zu sammeln, um demnächst wirksamer eingreifen zu können. Es wurde deshalb beschlossen, die Verfolgung der Kavallerie zu überlassen. Uebrigens sollte die Armee sich ordnen und auf dem Schlachtfelde lagern.“

zu schlagen, entlassen und bezogen ihre Gebühren fort. Manteuffel hat auch den Unteroffizieren dieses Zugeständnis gemacht. Die Mannschaften wurden nach Hannover geführt und in die Heimat entlassen. Eine politische Entscheidung über das Königreich folgte nicht; sie sollte auf den böhmischen Schlachtfeldern fallen, zu denen der König von Preußen und das Große Hauptquartier am 30. Juni abging. König Georg wartete bei seinem Schwiegervater, dem Herzog von Altenburg, den Ausfall des Kampfes ab, statt sich sofort mit König Wilhelm in Beziehung zu setzen. Er hätte wohl auch damals noch seine Krone retten können; aber er hoffte auf Oesterreich und — Frankreich.

Wie in Kurhessen und Hannover wurde auch in Sachsen schon am 15. Juni durch den preußischen Gesandten die Entscheidungsfrage gestellt: Abrüstung, Annahme des preußischen Bundesentwurfes und des deutschen Parlaments oder Kriegsfall. Die Antwort der sächsischen Regierung ging vom formalen Bundesrecht aus. „Die Grundgesetze des Bundes," sagte sie, „schließen bekanntlich die Auflösbarkeit desselben aus. Der Bund dagegen handelt unbestritten innerhalb seiner Kompetenz, wenn er die vollständige oder teilweise Mobilmachung des Bundesheeres beschließt, und da hierauf bezügliche Beschlüsse grundgesetzlich nicht an Einstimmigkeit gebunden sind, so ist ein diesfallsiger Majoritätsbeschluß ein verfassungsmäßig giltiger." Daraus konnte selbstverständlich die Notwendigkeit der Ablehnnng der preußischen Forderung gefolgert, Protest und Abwehr gegen Vergewaltigung begründet werden.[1]) Die sächsische Armee, das bestgerüstete

[1]) Es hat neuerlich nicht an Bemühungen gefehlt, diese affektierte Bundestreue mit dem Glorienschein eines Kampfes um Recht und Pflicht auszustatten. Kaum wäre es nötig, dessen hier Erwähnung zu thun, wenn nicht ein so bedeutender Geschichtschreiber wie Bernhard Erdmannsdörffer sich daran hervorragend bethätigt hätte. Es fällt mir schwer, dem hochverehrten, zu früh dahingegangenen Freund, dem ich vielfach Dank schulde, entgegenzutreten, aber ich glaube, daß sein eifriges Streben, auch dem politischen Gegner gerecht zu werden, ihn in dem vorliegenden Falle zu einer nicht gerechtfertigten Beschönigung der mittelstaatlichen Politik verleitet hat. In seiner Biographie Beusts (Allg. Dt. Biogr. 46. Bd.) tadelt er Bismarcks und Treitschkes scharfes Urteil über den sächsischen Staatsmann und kommt zu folgendem Schlusse: „Die Sache, für die er an hervorragender Stelle stritt, erlag, und zum Heil des deutschen Volkes; aber ein ehrenwerter und auf rechtlichem Grunde beruhender Kampf war es doch, den die Besiegten geführt haben. Der Rechtsboden der deutschen Bundesverfassung und die in ihr wurzelnde Autonomie der Mittelstaaten war eine historisch gegebene Thatsache, die ihre äußersten Wurzeln in den entferntesten Jahrhunderten der deutschen Geschichte hatte. . . ." Diese Behauptung stimmt nicht mit den Thatsachen. Der Rechtsboden des deutschen Bundes war der Egoismus der Rheinbundfürsten, die für den Abfall von ihren nationalen Pflichten durch Napoleon mit Länderbesitz ausgestattet worden waren, mit dem sie kein historisches Recht verband; der deutsche Bund war ein willkürliches Diplomatenwerk, durch dessen Herstellung zahllose historische Rechte verletzt wurden, ein Werk, das weder den Wünschen aller einzelnen Stämme noch weniger aber dem Gesamtinteresse der Nation entsprach, er war eine Verlegenheitsschöpfung, deren Unhaltbarkeit von allen Patrioten, von der freigewählten Vertretung aller Deutschen, von sämtlichen Fürsten, vom Kaiser von Oesterreich so gut als vom König von Sachsen, wiederholt anerkannt worden war. Wenn Erdmannsdörffer sagt: „Es war kein Frevel, für dieses historische Recht zu kämpfen", so sage ich hinwider: Es war eine Frivolität, den blind anhängenden Unterthanen das Blutopfer für eine Einrichtung abzunötigen, die seit ihrem Entstehen nichts anderes als Täuschung des Volkes bezweckt und sich weder einer äußeren noch einer inneren Gefahr gegenüber bewährt

unter allen Bundeskontingenten, stand zum Abmarsche unter dem Kronprinzen Albert bereit. Nachdem die österreichische Heeresleitung sich für die Defensive und die Einnahme der Hauptstellung bei Olmütz entschieden hatte, war es auch schon ausgemacht, daß die Sachsen sich vor den einrückenden Preußen nach Böhmen zurückziehen und mit der österreichischen Nordarmee vereinigen würden. Sie hatten zur Verstärkung des I. Corps (Clam-Gallas) zu dienen, dem samt der I. Reservekavalleriedivision (Edelsheim) die Verteidigung Prags und der Elbelinie bis zum Eingreifen der Hauptarmee zukam. Am 16. Juni rückte die preußische Elbarmee unter Herwarth v. Bittenfeld bei Strehla, Dahlen und Wurzen in Sachsen ein, am 17. verließ die königliche Familie mit Ausnahme der Königinwitwe Marie ihre Residenz, am 18. wurde Dresden schon von den Preußen besetzt.

Im österreichischen Hauptquartier zu Olmütz war erst an dem Tage, an dem die beiden Großmächte die Kriegsmanifeste in die Welt sandten, am 17. Juli, der Entschluß gereift, die Hauptarmee von Mähren nach Böhmen zu führen. Noch am 16. hatte Benedek in einem Bericht an den Grafen Crenneville, den ersten Generaladjutanten des Kaisers Franz Joseph, auseinandergesetzt, daß er zwar alle Vorbereitungen zum Aufmarsch in die Linie Josefstadt-Königinhof-Miletin, für den er 13 Tage notwendig hielt, habe treffen lassen, daß die Nachrichten über preußische Truppenbewegungen nach Oberschlesien seine Aufmerksamkeit jedoch nach dieser Seite lenken. „Wenn die preußische Hauptarmee Aufstellung in Oberschlesien nimmt," sagt Benedek, „so bleibt mir nichts anderes übrig, als meine Armee bei Olmütz zu konzentrieren und den Umständen gemäß zu handeln — eine Aufstellung bei Josefstadt wäre unter obiger Voraussetzung eine gewagte und nur zu nehmen, wenn ich des Sieges auf dem Schlachtfelde gewiß wäre." Der Feldzeugmeister hält sich mit 153000 Mann streitbarer Infanterie gegen 200000 Preußen zu schwach, sieht seine Lage durch den Anschluß der Sachsen zwar für gebessert an, glaubt jedoch der Offensive nur dann Erfolg versprechen zu können, „wenn auch die Vereinigung mit den noch zu erwartenden süddeutschen Bundesgenossen eine vollendete Thatsache wäre." Am Tage darauf erschien Oberstleutnant Beck (später lange Zeit die einflußreichste Persönlichkeit und endlich Chef des österreichischen Generalstabs, ein Vertrauensmann des Kaisers Franz Joseph) im Hauptquartier und stellte dar, daß die preußische Hauptmacht noch zwischen Görlitz und Landeshut (Niederschlesien) versammelt sei und die Bewegungen des 5. und 6. preußischen Corps nur als Demonstrationen zum Zwecke, zu täuschen, betrachtet werden können. Auf das hin befahl Benedek den Abmarsch nach Böhmen auf Grund des von Krismanitsch bereits ausgearbeiteten Marschplanes.

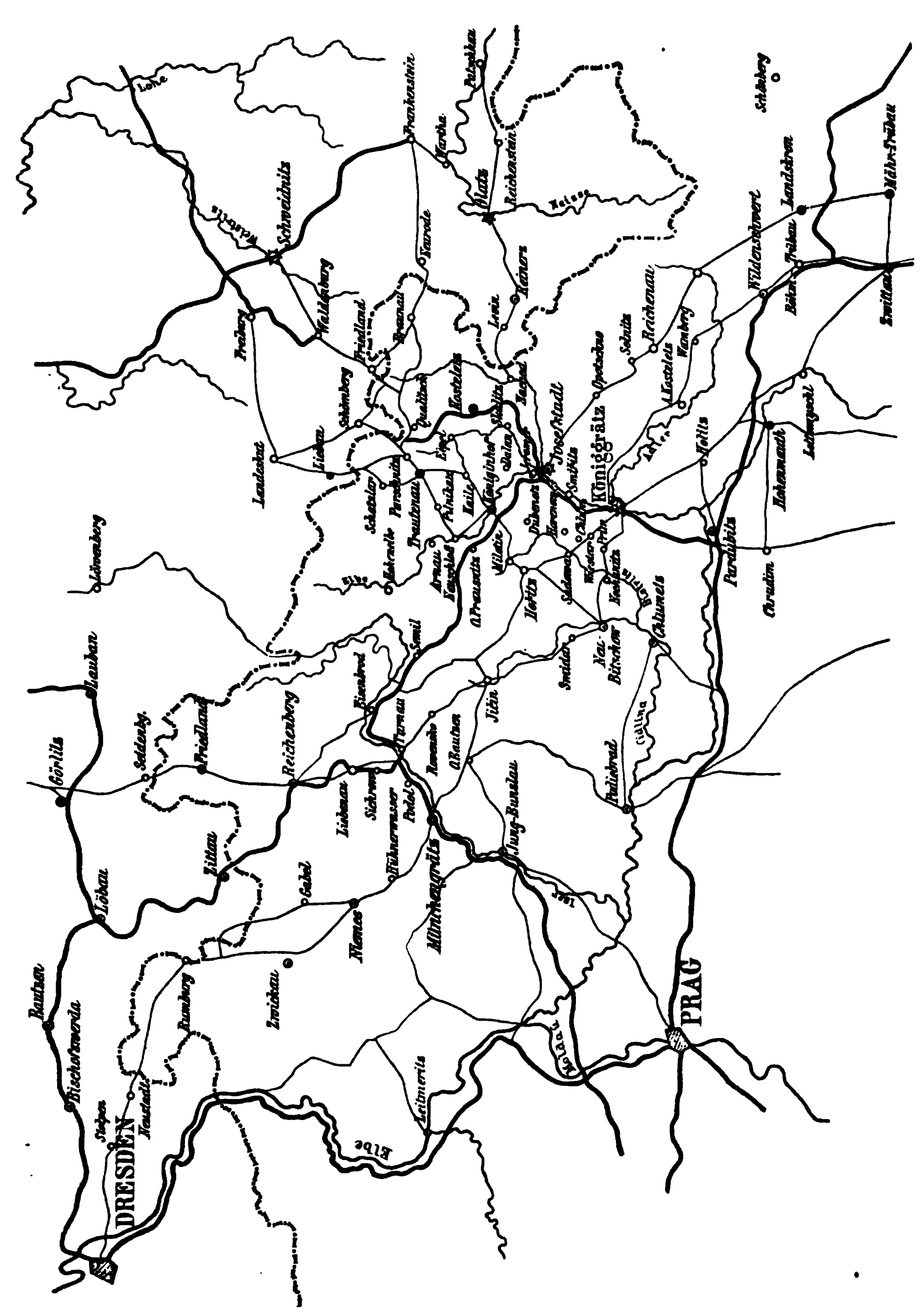
Das österreichische Generalstabswerk behauptet, daß der Abmarsch zu spät erfolgt sei, daß Benedek die Trennung der Ersten und Zweiten preußischen Armee hätte benützen sollen, um eine derselben überraschend anzufallen und zu schlagen,

---

hatte. An die Ehrlichkeit der Bundestreue des Herrn von Beust, der sein Reformprojekt gewiß ebensogern, wie Bismarck das seine mit Waffengewalt zur That gemacht hätte, hat anno 1901 außer Bernhard Erdmannsdörffer wohl niemand mehr geglaubt!

eine Ansicht, die in der österreichischen Armee vielfachen Wiederhall gefunden hat. Sie geht jedoch von der unbewiesenen Annahme aus, daß die Hauptarmee in Mähren vor dem 17. Juni ohne Gefahr für die Schlagfertigkeit der einzelnen Teile und den festen Zusammenhang des Ganzen marschfähig gewesen sei. Von anderer Seite ist bemerkt worden, daß kein Grund vorhanden gewesen sei, den einmal vom höchsten Kriegsherrn und vom Oberkommandanten angenommenen Operationsplan Neuber-Krismanitsch aufzugeben. Feldzeugmeister Benedek wird dafür nicht verantwortlich gemacht werden können. Die Sendung Becks läßt vermuten, daß der Abmarsch nach Böhmen von diesem verlangt worden ist. Er begann am 18. und war so eingerichtet, daß am 25. ein Corps, das X. (Gablenz), bei Josefstadt angelangt sein konnte. Das I. Corps, die Sachsen und die Kavalleriedivision Edelsheim, 61 400 Mann Infanterie, 6800 Reiter, 162 Geschütze, unter den Oberbefehl des Kronprinzen von Sachsen gestellt, hatten bis 20. mittelst Eisenbahn in Chlumetz (zwischen Kolin und Königgrätz) einzutreffen, sie waren bestimmt, den linken Flügel der gesamten Nordarmee zu bilden. An dem genannten Tage erhielt Kronprinz Albert jedoch aus dem noch in Olmütz befindlichen Hauptquartier die Weisung, in Jungbunzlau Stellung zu nehmen. Damit hing eine Beschleunigung des Marsches der Hauptarmee zusammen, die man infolge von Nachrichten aus Oberschlesien für notwendig hielt. Die Nachrichten entstammten Depeschen über die Bewegung der Zweiten preußischen Armee, die, wie Friedjung glaubt, durch Anlegen eines Handapparates an die preußische Telegraphenleitung in Oesterreich mitgelesen werden konnten. Am 24. richtete Benedek aus Böhmisch-Trübau den Befehl an Clam, selbständig einem „etwa aus der Richtung von Reichenberg oder Gabel kommenden feindlichen Angriffe entgegenzutreten"; dem sächsischen Armeecorps war eine Reservestellung Jungbunzlau-Münchengrätz angewiesen. Der Oberbefehl des Kronprinzen hatte erst nach der Vereinigung der beiden Corps einzutreten.

Die Thätigkeit des preußischen Generalstabs war durch die politischen Rücksichten des Königs, der den Beginn der Feindseligkeiten von der Bundestagssitzung am 14. Juni abhängig machte, einigermaßen gehemmt worden. Der Zusammenschluß der beiden großen Heerkörper war durch konzentrisches Einrücken in Böhmen beabsichtigt; da dies aber vor dem 20. Juni nicht stattfinden konnte, erstreckte sich die preußische Aufstellung auch nach der Linksschiebung der ersten Armee noch immer auf ca. 250 km, was die Gefahr einer Zerreißung durch einen wuchtigen Zentralstoß des Gegners in sich schloß. Sie schwand durch das Verharren Benedeks auf der Basis Olmütz, das jedoch andererseits rasche Entschließungen auf preußischer Seite gerade nicht begünstigte. Moltke konnte nur Vorsichtsmaßregeln für verschiedene Fälle vorbereiten, deren Eintritt ausschließlich vom Gegner abhing. Noch am 18. Juni rechnete er damit, daß Benedek „die entscheidende Richtung auf Berlin einschlage", und überdachte die Wege, auf denen die Erste oder Zweite Armee am schnellsten vor einer „Ueberrennung" durch die österreichische Hauptmacht bewahrt werden könnte. Verläßliche Nachrichten liefen im preußischen Hauptquartier nicht häufig ein, um so mehr Lügen und Uebertreibungen. Die Oesterreicher waren darin viel besser bestellt. Das II. österreichische Corps z. B. vermutete der preußische Generalstab in Verbindung



mit dem I. in Böhmen, als es noch an der mährischen Grenze stand. General Verdy du Vernois[1]) hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, welche Täuschungen im Beginne eines Feldzuges durch die Erregtheit, die Nervenüberspannung aller Beteiligten, sowohl militärischer als freiwilliger bürgerlicher Beobachter, herbeigeführt werden. Er erzählt, daß die weißen Hemden von Landarbeitern, die

[1]) „Im Hauptquartier der Zweiten Armee 1866" (Berlin 1900).

ihre Jacken ausgezogen hatten, und das Blinken ihrer Sensen die Meldung vom Anmarsche der Oesterreicher veranlaßt hatte, als diese noch meilenweit entfernt sein mußten. Aehnliches wiederholt sich. „Da fällt der Blick bei Veränderungen in der Beleuchtung plötzlich auf einen in weiter Entfernung erst jetzt bemerkbar werdenden dunklen Strich, der sich in der Phantasie zu einer marschierenden Kolonne gestaltet, während es sich in Wirklichkeit hier nur um eine Hecke handelt, und jedes Gepolter, wenn es auch nur von Hufschlägen eines Pferdes gegen die Thüre einer Scheune herrührt, wird für einen Kanonenschuß gehalten."

Dagegen bewährten sich nach der Versicherung desselben Augen- und Thatzeugen die Vorkehrungen des Großen Generalstabs für die Ausstattung der Truppen mit den notwendigen Hülfsmitteln für das Terrainstudium in glänzender Weise. „Ein äußerst reiches und vortreffliches Kartenmaterial, nicht nur von unseren Provinzen, sondern auch von den anstoßenden österreichischen Kronländern, stand uns in vielen Tausenden von Exemplaren zur Verfügung. Dasselbe wurde ergänzt durch genaue Beschreibungen sowie geographische und statistische Notizen, welche sich sogar eingehend über jeden Weg durch die vor uns liegenden Gebirge ausließen. Als besonderer Kenner dieses Berglandes trat zu uns der Präsident Graf v. Schweidnitz aus Posen, welcher das Hauptquartier begleitete, bis die Armee das Gebirge durchschritten hatte und an der Elbe in Böhmen angelangt war. Ferner waren übersichtliche Zusammenstellungen über alles, was zur Kenntnis der österreichischen Armee beitragen konnte, ausgearbeitet worden und gedruckt in kleinen Heften uns zugegangen, selbst eine Charakteristik ihrer Generale, welche sich in den höheren Stellungen befanden, fehlte nicht."

Am 19. Juni war das preußische Oberkommando in Kenntnis vom Abmarsche der österreichischen Hauptarmee nach Böhmen gekommen, es konnte nunmehr seinen Plan feststellen und den drei Armeen Anordnungen erteilen. Wenige Sätze genügten dazu: „Die eingehenden Nachrichten deuten auf eine Konzentration der österreichischen Hauptkräfte in Nordböhmen. — Die Erste Armee ergreift die Offensive dorthin. Die Zweite Armee hat sich derselben zu nähern, um die Vereinigung durch Offensive in Böhmen zu bewirken. — In Sachsen verbleibt eine Division des Generals v. d. Mülbe. — General Herwarth marschiert am 20. nach Stolpen (Lausitz); am 25. Vereinigung bei Gitschin von 150000 Mann. — Die II. Armee hält durch Offensive bei Neiße und Grulich mindestens zwei österreichische Corps fest und debouchiert mit zwei Corps." Hiermit brachte Moltke sein „von der herrschenden Theorie" abweichendes strategisches Gesetz zur Anwendung, das von dem Toll-Radetzkyschen Trachenberger Plane von 1813 abgeleitet ist. Seine Anwendung schien ihm durch das Anwachsen der Heere geboten und durch die Notwendigkeit, Reibungen der Heeresteile bei engem Zusammenschluß, Stauungen der Trainkolonnen und Verpflegsschwierigkeiten so lange als möglich zu vermeiden. Es verlangt die Anordnung getrennter Märsche unter Berücksichtigung rechtzeitiger Versammlung. „Mit diesem Gesetz sichert sich der Feldherr eine größtmögliche Zahl von Straßen für die Fortbewegung und damit gekürzte Aufmarschzeiten. Die Schnelligkeit in der Handlung wächst, indem sie gleichzeitig den Truppen alle unnützen Umwege erspart. Zwecklose Zusammen- und zeitraubende Auseinanderziehungen auf der Grundlinie kommen

in Fortfall, ebenso unnütze und beschwerliche Aufmärsche mit Rückkehr in die tiefen Marschkolonnen. Alle Bewegungen vollziehen sich geradeaus direkt zu dem gesteckten Marschziele, und in der Mehrzahl der Fälle werden Aufmarsch und Kampf verbundene Akte." [1])

Bei der Befolgung des Moltkeschen Gesetzes wird sich für den von zwei oder mehreren Seiten Anmarschierenden immer eine kritische Zeit ergeben, in der er unter der Gefahr steht, von dem in Zentralstellung befindlichen Gegner an einer Stelle angefallen zu werden, wo die eine der getrennt marschierenden Armeen sich in auffallender Minderzahl befindet. Diese muß, wie es 1813 sowohl die Nord-, wie die Schlesische Armee vor Leipzig gethan hat, den Stoß auf sich nehmen und seine Folgen so lange auszuhalten trachten, bis die zweite Armee dem Vorstoßenden in die Flanke oder in den Rücken fallen kann. Im vorliegenden Falle befand sich die Zweite Armee des Kronprinzen in der bedenklichen Situation, als sie mit drei Corps von Schlesien über Liebau und Schömberg (1. Corps), Braunau (Garde), Nachod (5. Corps) nach Böhmen vorging und das 6. Corps über Glatz und Landeck nachrücken ließ. In ihrem Hauptquartier wurde die Gefahr nicht übersehen; Blumenthal, Stosch und Verdy haben sie in ihren Briefen und Tagebüchern eingestanden. Die Ansicht Friedjungs, daß man preußischerseits die Marschtüchtigkeit der österreichischen Truppen und die Leistungsfähigkeit der österreichischen Eisenbahnen nicht richtig veranschlagt habe und deshalb durch das Vorhandensein bedeutender gegnerischer Truppenmassen an der Mettau und oberen Elbe am 26. und 27. überrascht worden sei, [2]) läßt sich gegenüber diesen Aeußerungen der Generalstabsoffiziere des Kronprinzen nicht aufrechthalten. „Es war nicht ausgeschlossen," schreibt Verdy, „daß wir in das Gebirge zurückgeworfen wurden und somit unsere Operation gleich beim Betreten des feindlichen Gebietes scheiterte. Hierauf mußten wir es ankommen lassen. Jedenfalls war man in unserem Oberkommando durchdrungen von der Notwendigkeit, wo wir auf den Feind stoßen würden, denselben auch ohne Rücksicht auf eine etwaige Ueberlegenheit mit aller Kraft zu bekämpfen. Man sagte sich: Je mehr feindliche Kräfte wir auf uns ziehen, desto leichter und schneller wird das Vorgehen der beiden anderen Armeen erfolgen. Die Richtung ihres Anmarsches mußte diese aber nach Ueberwältigung des Widerstandes untergeordneter Kräfte in Flanke und Rücken der mit uns ringenden feindlichen Corps führen, so daß dadurch sogar der Rückzug der österreichischen Hauptarmee in Frage gestellt werden konnte." Dem ist zuzustimmen. Man vergegenwärtige sich die Situation, die aller Wahrscheinlichkeit nach entstehen konnte, wenn etwa vier österreichische Corps (X., IV., VI., II.) zur Bekämpfung und Verfolgung der Zweiten deutschen Armee, die ja auch aus vier gewiß nicht minderwertigen Corps bestand, bis auf die Pässe und über diese hinaus vorgegangen wären, während Friedrich Karl mit der Ersten und der Elbarmee das I. Corps und die Sachsen zurückdrängte, vielleicht zum Rückzug in südwestlicher Richtung zwang und dann bei Josefstadt

---

[1]) v. Schlichting, Moltke und Benedek (Berlin 1900).

[2]) v. Schlichting glaubt zwar auch, daß die großartige Marschleistung der Oesterreicher „gegnerischerseits zweifellos niedriger in Ansatz gebracht worden ist"; aber er findet nicht, daß die mindere Veranschlagung die preußischen Anordnungen ungünstig beeinflußt habe.

erschien.[1]) Blumenthals am 24. ausgegebenen Befehle erhärten ebenfalls, daß die Zweite Armee durch eine Offensive Benedeks nicht überrascht werden konnte, daß das Armeekommando vielmehr darauf gerechnet hat, überlegenen Streitkräften sich gegenüber zu finden. Er schrieb an General Steinmetz: „Die Erste Armee ist mit 130000 Mann im Vormarsche auf Reichenberg. Eine Unterstützung durch das 1. Armeecorps über Hirschberg wäre zu spät gekommen. Se. Königl. Hoheit entschloß sich daher, die Unterstützung auf andere und noch wirksamere Weise eintreten zu lassen und mit der ganzen Armee ... in Böhmen einzudringen. Die Möglichkeit ist dabei dem Feinde allerdings geboten, über unsere getrennten beiden Armeen einzeln herzufallen, allein es ist doch nun einmal nicht anders zu machen, und wenn es Prinz Friedrich Karl gelingt, den Feind zu schlagen, so werden wir den Sieg glänzend ausbeuten können; muß er zurück, so können ihn die Oesterreicher schon unsertwegen nicht verfolgen."

Als Feldzeugmeister v. Benedek am 26. vormittags in Josefstadt anlangte, waren die am weitesten vorgeschobenen Teile seiner Streitkräfte bereits in unmittelbarer Berührung mit dem Feinde, der Kampf hatte an mehreren Stellen begonnen. Wir dürfen annehmen, daß Benedek der Meinung war, den Prinzen Friedrich Karl vereinzelt angreifen und schlagen zu können. Darauf deutet der an den Kronprinzen von Sachsen erlassene Befehl, Turnau (a. d. Iser) und Münchengrätz um jeden Preis zu halten. In Josefstadt trafen den Feldzeugmeister aber auch die Meldungen über das Erscheinen feindlicher Kolonnen bei Trautenau und Nachod.[2]) Er hatte die Wahl, nach einer der beiden Seiten ein Uebergewicht zu werfen, wenn er angriffsweise vorgehen wollte, von beiden gegnerischen Armeen stand er zwei Tagemärsche ab. Benedek glaubte, den Vorteil der „inneren Linie", dem durch Napoleon und den Theoretiker seiner Kriegskunst, Jomini, die allergrößte Bedeutung beigelegt worden war, noch ausnützen zu können, indem er der Zweiten preußischen Armee zwei Corps entgegensandte, um ihr den Austritt aus den Pässen zu verwehren, und mit seiner übrigen Macht dem Prinzen Friedrich Karl entgegenzugehen beschloß. Die österreichischen Strategen, die nach dem Ausgange des Feldzuges gegen Preußen die Kriegführung Benedeks kritisierten, haben den Entschluß vom 26. getadelt. Kuhn hat ihm zugerufen: „Freund, das war dein Fehler, daß du den preußischen Kronprinzen nicht am 28. Juni angegriffen hast!" Neuere Beurteiler, vor allem General v. Schlichting, dessen Darstellung wohl allgemein als die unbefangenste, reifste und durch Sachkenntnis überlegenste anerkannt wurde, hat den gegen Benedek erhobenen Vorwurf völlig entkräftet. Benedek konnte nicht vorhersehen, daß Friedrich Karl am 27. und 28. stehen bleiben und ihm Zeit lassen werde, seine sechs Corps

---

[1]) Dieser Fall war nach Lettow-Vorbeck II, 203 auch am 27. Juni noch gegeben. Man vergleiche auch die Aeußerungen Schlichtings S. 44.

[2]) Der von Friedjung in dem Exkurs XXII (II. Bd. Beil.) angeregte, außerordentlich fesselnde Vergleich zwischen dem Verhalten Friedrichs II. und Josephs II. 1788 auf demselben Terrain und den Ereignissen der Kriegswoche 27. Juni bis 3. Juli 1866, der auch von Schlichting selbständig behandelt worden ist, kann hier leider nicht in Betracht gezogen werden, da er ohne eingehende Erörterung der örtlichen Verhältnisse und der kriegstheoretischen Entwicklung unverständlich bleiben müßte.

gegen die vier preußischen des Kronprinzen in Verwendung zu bringen, er mußte vielmehr voraussetzen, daß während seiner Rechtsschwenkung und der daraus sich ergebenden Kämpfe gegen die Zweite preußische Armee, sein I. Corps mit den Sachsen „überrannt" und 140 000 Feinde in seine linke Flanke, ja vielleicht in seinen Rücken geführt werden würden. Die Sperrung der Straßen, die von Schlesien in seine rechte Flanke führten, konnte vielleicht doch von den zwei dazu bestimmten Corps geleistet werden. Gablenz hat ja thatsächlich wenigstens für einen Tag seine Aufgabe vollbracht. Die verheerende Wirkung des preußischen Zündnadelgewehrs war noch nicht bekannt und die Moltkesche Korrektur des Napoleonischen Grundsatzes von der inneren Linie nicht geistiges Eigentum des österreichischen Generalstabs geworden. „Um die Vorteile der inneren Operationslinien auszunützen," erklärt Moltke, „muß man notwendig so viel Raum haben, daß man dem einen Gegner auf mehrere Märsche entgegenrücken kann und Zeit behält, sich sodann erst den anderen zuzuwenden. Wird dieser Raum wesentlich verengt, so entsteht die Gefahr, daß man es mit beiden zugleich zu thun bekommt. Eine Armee, die auf dem Schlachtfelde in Front und Flanke angegriffen ist, steht auch auf der inneren Operationslinie, aber der strategische Vorteil ist in den taktischen Nachteil umgeschlagen." Diesen Nachteil hat die österreichische Armee am 3. Juli erfahren müssen.

Bevor Benedek seinen Plan ausführen sollte, mußte er am 27. den Aufmarsch seiner Hauptmacht vollziehen. Auch dies hat Schlichting überzeugend gegenüber Friedjung festgestellt, der Benedeks Zögern an dem entscheidenden Tage tadelt und es auf den unheilvollen Einfluß von Krismanitsch zurückführt. „Wer Napoleonische Operationsweise (Versammlung der Kraft vor der Entscheidung) vertritt," sagt der preußische Stratege, „wird auch ihre notwendige Folge — den Heeresaufmarsch mit in den Kauf nehmen müssen." Das körperliche Uebelbefinden des Feldzeugmeisters, das ihn am 27. sogar an das Bett fesselte, kann wohl bei der Beurteilung der für den 28. bestimmten Befehle in Rechnung gezogen werden, nicht aber für die Versammlungsbewegungen, die am 27. stattfanden.

Der 26. Juni hatte folgende Ergebnisse gehabt: Die Vorhut des Prinzen Friedrich Karl war früh morgens bei Hühnerwasser auf Truppen des österreichischen I. Corps unter General Graf Gondrecourt getroffen und hatte sie auf das Gros zurückgeworfen; die Division Horn geriet in einen Kampf mit der Reiterei und Vortruppen der Brigaden Wallis, Fratricsevics und Appel bei Sichrow, der mit der Preisgebung des wichtigen Punktes Turnau an der Iser und der Brücke bei Podol endete. Der von Clam angeordnete, von General Poschacher gemachte Versuch, Podol in einem Nachtgefechte den Preußen wieder zu entreißen, mißlang. Die Zweite preußische Armee hatte teils die böhmische Grenze überschritten, teils stand sie unmittelbar an derselben: das 1. Corps (Bonin) bei Liebau und Schömberg, die Garde in Braunau, das 5. Corps (Steinmetz) bei Reinerz mit Vortruppen in Nachod, das 6. (Mutius) in Glatz. Am 27. griff das österreichische VI. Corps (Ramming) die aus Nachod vorgehenden Truppen von Steinmetz bei Wysoko und Wenzelsberg an; solange die preußischen Linien nicht entwickelt waren, schien das Gefecht für die Oesterreicher günstig zu verlaufen; der Corpskommandant, der einen weit über seinen wirklichen Wert hinaus-

reichenden Ruf in Oesterreich besaß, und namentlich von der liberalen Presse als Kandidat für den Oberbefehl empfohlen worden war, hielt sich mittags noch für den Sieger, berichtete von „Zurückwerfen" und „Verfolgung des Feindes" an das Große Hauptquartier. Fünf Stunden später war er derart geschlagen, daß er sich außer stand erklärte, am nächsten Tage ohne Unterstützung einem Angriffe zu widerstehen. Er bat um Ablösung durch das VIII. Corps und erwartete dieselbe bei Skalitz. Steinmetz konnte die Nacht vom 27. auf den 28. in dem Schlosse des Fürsten Lippe-Schaumburg in Nachod zubringen. Dagegen wurde das 1. preußische Corps bei Trautenau von Gablenz geschlagen. Die dilettantische Leitung des Gefechtes durch den General v. Bonin, der als langjähriger Prinzenadjutant von Bernhardi schon im vorhinein als unfähig für seine Stellung erkannt worden war, die Fehler des Generals v. Clausewitz, der durch mangelhafte Aufklärungen und leichtsinnige Dispositionen seinem berühmten Namen an diesem Tage keine Ehre gemacht hat, müssen als die Ursachen der preußischen Niederlage erklärt werden, die nicht schwer zu vermeiden gewesen wäre. Bonin hat sogar das Angebot der 1. Gardedivision, zu seiner Unterstützung anzumarschieren, abgelehnt und seinen Rückzug viel weiter ausgedehnt, als es notwendig gewesen wäre. Auch die Truppen des X. österreichischen Corps waren nämlich nicht in der Lage, ihren Sieg auszunützen, sie hatten einem verheerenden Feuer standhalten müssen und viel größere Verluste erlitten als die Preußen. Die Wirkung des Zündnadelgewehres erwies sich noch mörderischer, als selbst dessen Kenner vermutet hatten. Die hochmütige Verachtung der preußischen Waffe, die im österreichischen Generalstab eingewurzelt gewesen war, rächte sich in einer blutigen Züchtigung, die leider die Unschuldigen traf. Bei Wysoko-Nachod verloren die Preußen 62 Offiziere, 1060 Mann, die Oesterreicher 232 Offiziere, 5487 Mann, davon unverwundet gefangen 5, 977; bei Trautenau die Preußen 56 Offiziere, 1283 Mann, die Oesterreicher 191 Offiziere, 4596 Mann, darunter unverwundet gefangen 8, 365.[1])

Benedek fand sich durch die im Hauptquartier eingehenden Nachrichten am 27. abends noch nicht veranlaßt, von dem geplanten Vormarsch an der Iser abzustehen. Man glaubt auf österreichischer Seite darin den Hauptgrund seines späteren Unglücks erblicken zu müssen. Seine Kritiker wissen eben, daß die Erfolge von Trautenau am 28. wieder gänzlich beseitigt wurden, daß das zur Unterstützung Rammings aufgebotene VIII. Corps (Erzherzog Leopold) dem Angriff Steinmetz' nicht zu widerstehen vermochte. Benedek konnte dies alles am 27. nicht voraussehen, er konnte ein Gefecht nicht in Rechnung ziehen, das er vermieden wissen wollte, und es muß als ein Beweis ungebrochenen Mutes angesehen werden, daß er sich stark genug fühlte, um sich nach der Richtung der Ersten preußischen Armee Luft zu machen. Die Frage ist nur, ob er die Kräfte dazu aufbringen konnte? Die Berechnung scheint allerdings eine sehr unsichere gewesen zu sein. Einerseits glaubte man im österreichischen Hauptquartier, den Vormarsch gegen Friedrich Karl bis zum 29. verschieben zu können, andererseits sollte das VIII. und IV. Corps am 28. gegen Steinmetz verwendet werden, beide

---

[1]) Die Zahlen nach v. Lettow-Vorbeck.

aber am 29. sich dem Vormarsch anschließen können. Das IV. Corps (Festetics) hatte die Elbe bereits überschritten, mußte umkehren und in einem beschwerlichen Nachtmarsche Dolan erreichen, wo es hinter das VIII. Corps, das bei Skalitz aufmarschiert war, zu stehen kam. Bei Krismanitsch scheint, wie Friedjung ausführt, die Vorstellung entstanden zu sein, die bloße Ansammlung einer Uebermacht im Nordwesten von Josefstadt werde die Zweite preußische Armee bestimmen, ihre Bewegungen einzustellen, unter dem Schutze des VIII. und IV. Corps werde sich das VI. am 28. wieder ordnen und marschfähig machen lassen und es würde dem siegreichen Gablenz und dem frischen VI. Corps die Verteidigung der oberen Elblinie, gestützt auf die Festung Josefstadt, überlassen werden können, während Benedek selbst mit vier Corps dem I. und den Sachsen entgegenziehen und mit ihnen den Kampf gegen Friedrich Karl aufnehmen werde. Um 11 Uhr vormittags war das VIII. Corps links und rechts von dem hochgelegenen Bahnhof von Skalitz in Schlachtordnung gestellt, als der Oberkommandant persönlich die Situation besichtigte und aus den Bewegungen des vorsichtig von Wysoko und Wenzelsberg vorgehenden 5. preußischen Corps den Eindruck gewann, daß hier kein ernster Angriff zu besorgen sei, sondern das Bestreben des Gegners zutage trete, in nördlicher Richtung die Verbindung mit der Garde zu suchen. Er sprach dies laut aus und gab dem VIII. Corps den Befehl zum Abmarsch an die Elbe; auf der Rückfahrt traf er Ramming, dem er ebenfalls auftrug, sich gegen die Elbe in Marsch zu setzen.

Dies sei, so wird von den meisten kritischen Darstellern und am nachdrücklichsten von Friedjung vertreten, der Wendepunkt des Feldzuges gewesen; denn Benedek habe es in der Hand gehabt, den Kronprinzen zu schlagen und nach Schlesien zurückzuwerfen, habe den sicheren Sieg dem „geheimen Plan" geopfert, unerwartet vor Friedrich Karl zu erscheinen und etwa zwischen Münchengrätz, Turnau und Gitschin eine Schlacht zu liefern, in der er den Sieg zu erringen hoffte. Der Sieg am 28. hätte sich, selbst wenn das IV. Corps in die Schlacht eingreifen konnte, was Schlichting bezweifeln zu dürfen glaubt, nur auf das 5. preußische Corps erstrecken können. Steinmetz war darauf vorbereitet, bei Skalitz nicht durchzukommen und zum Rückzug gezwungen zu werden. Er wäre nicht nach Nachod, sondern nach Kosteletz gegangen, es wäre also sein Anschluß an die Garde erfolgt. Hätte Benedek Mittel gehabt, die Niederlage seines X. Corps am 28. aufzuhalten? Gablenz wußte schon am 27. abends, daß er am nächsten Tage keiner gleichwertigen Leistung mehr fähig sein würde. Er stieß aber auf das frische, ihm auch an Zahl überlegene Gardecorps. Nehmen wir an, daß das IV. Corps sehr wirksam in die Lücke zwischen dem preußischen 5. und der Garde mit der Richtung gegen Kosteletz verwendet worden wäre, so konnte — immer vorausgesetzt, daß diese Bewegung bei der engen Versammlung der österreichischen Macht technisch ausführbar war — im besten Falle auf beiden Schlachtfeldern der Vormarsch der Preußen aufgehalten werden. Es kann nicht gestattet sein, das Beispiel Bonins als Beweis dafür anzunehmen, daß Steinmetz und der Prinz von Württemberg in der Nacht vom 28. auf den 29. nach Schlesien hätten zurückweichen müssen. Bei den ungeheueren Verlusten, die das Zündnadelgewehr den stürmenden österreichischen Bataillonen verursachte, kann

ihnen auch nicht zugemutet werden, daß sie bei allem Heldenmut am Abende des zweiten Schlachttages, selbst wenn er siegreich gewesen wäre, noch eine Verfolgung hätten einleiten können. Das denkbar mögliche Ergebnis der von Kuhn und Friedjung für den 28. verlangten Schlacht[1]), die Benedek mit dem VIII., IV., VI. und X. Corps — das II. traf erst abends in Josefstadt ein — dem Kronprinzen von Preußen hätte liefern sollen, wäre gewesen: die Zurückweisung des Angriffs von Steinmetz, dessen Zurückziehen nach Kostelетz, die Behauptung der Aupalinie durch Gablenz. Eine Ueberflügelung von Steinmetz über Nachod war unmöglich, weil am 28. nachmittags schon eine Division des preußischen VI. Corps in Nachod eintraf, zu einem Vorgehen über Trautenau war keine Truppe vorhanden, es mußte also auch das preußische I. Corps am 29. wieder im Vormarsch auf Trautenau erwartet werden. Dagegen ist mit Sicherheit zu behaupten, daß Moltke die Erste Armee am 29. über Gitschin in den Rücken der österreichischen Hauptmacht geführt hätte, die nach zwei Schlachttagen am 29. eine Aufstellung mit zwei Fronten hätte vornehmen und am 30. sich in dieser hätte angreifen lassen müssen, wenn sie nicht hinter Königgrätz bis Pardubitz und Wildenschwert zurückgegangen wäre.[2]) Das I. Corps und die Sachsen konnten im günstigsten Falle die Elbearmee an sich fesseln.

So hätte der Sieg ausgesehen, den Benedek angeblich am 28. Juni aus seinen Händen gleiten ließ. In Wirklichkeit spielten sich an diesem Tage folgende Ereignisse ab: Erzherzog Leopold ließ sein Corps bei Skalitz stehen,[3]) bis es von Steinmetz zwischen 11 und 12 Uhr mittags angegriffen wurde. Der Abmarsch wäre möglich geworden, wenn er unmittelbar nach der mündlichen Befehlserteilung des Armeekommandanten eingeleitet worden wäre. Es konnte dann am 28. Juni höchstens zu einem Nachhutgefechte mit Steinmetz kommen und diesem wäre es wegen Mangels von Brücken über die durch Hochwasser geschwellte Aupa vielleicht kaum möglich geworden, sein ganzes Corps noch über Skalitz vorzuführen. Die Vereinigung mit dem Gardecorps wäre jedoch ohne Hindernis vollzogen worden.[4]) Am 29. wären dann allerdings nach den Annahmen der um 5 Uhr morgens (28.) ausgegebenen Dispositionen das X. und IV. Corps allen vier preußischen Corps der Zweiten Armee gegenübergestanden. Mittlerweile wäre aber das Schicksal des X. Corps entschieden gewesen. Die Annahme des Gefechts am 28. bei Skalitz durch Erzherzog Leopold, die nicht unbedingt notwendig gewesen war, führte zu empfindlichen Verlusten. Die Batail-

---

[1]) Hans Delbrück nimmt in dem Aufsatze „Gustav Freytag über Kaiser Friedrich" (Preuß. Jahrb. 64. Bd.) nur die Möglichkeit der „Zertrümmerung Steinmetz'" an. Ob damit aber auch ein „glänzender Sieg" erfochten gewesen wäre? Die „Kritischen Beiträge" erklären die Offensive gegen die Zweite preußische Armee und die Defensive gegen die Erste für die bessere von zwei möglichen „Verfahrungsarten". Den Sieg vermögen sie davon aber auch nicht abzuleiten.

[2]) v. Schlichting a. a. O. S. 58—64.

[3]) Der schriftliche Befehl des Generalstabschefs Krismanitsch lautete ohnehin dahin, erst um 2 Uhr den Abmarsch zu beginnen. Benedek behauptete, mündlich schon um 11 Uhr den Abmarsch angeordnet zu haben.

[4]) Mitteilungen eines österreichischen Generalstabsoffiziers, der bei Skalitz beteiligt war. Erfreulicherweise werden die Erinnerungen dieses später in hohe Stellungen vorgerückten Offiziers noch den Gegenstand einer Publikation bilden, die manche noch offene Frage aufklären dürfte.

lone von zwei Brigaden wurden nach und nach fast einzeln gegen überlegene Kräfte des Gegners derart verbraucht, daß sie kampfunfähig wurden. Im Eichwald und bei der Fasanerie von Dubno zersplitterte sich die Kraft des VIII. Corps, das seine schöne Stellung aufgeben und Skalitz dem Feinde überlassen mußte. Es verlor 205 Offiziere und 5372 Mann, darunter unverwundet gefangen 15, 1287, ein Viertel seiner Stärke. Die Preußen verloren 62 Offiziere, 1305 Mann.

Gleichzeitig war Gablenz aus der Stellung, die er südlich von Trautenau, bei Burkersdorf und Neu-Rognitz eingenommen hatte, von der 1. Gardedivision verdrängt, seine Brigade Grivicic von der 2. Gardedivision bei Rudersdorf eingeschlossen und nahezu aufgerieben worden. Das österreichische X. Corps sammelte sich abends in Neuschloß a. d. Elbe, nachdem es in dem Kampfe, der als zweites Gefecht bei Trautenau oder bei Soor bezeichnet wird, 123 Offiziere, 3696 Mann, worunter 67, 2225 unverwundet gefangen, verloren hatte, gegen 28 Offiziere, 685 Mann auf preußischer Seite.

Das I. österreichische Armeecorps und die Sachsen hatten am 28. den Marsch nach Gitschin angetreten, die Brigade Leiningen war noch in Münchengrätz von Teilen der Elbe- und der Ersten preußischen Armee angefallen und mit bedeutendem Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen, zusammen 20 Offiziere, 1634 Mann, auf der Straße nach Gitschin zurückgedrängt worden. Auch Prinz Friedrich Karl hatte sich also wieder in Bewegung gesetzt, nachdem er des Zusammenwirkens mit Herwarth v. Bittenfeld ganz sicher geworden war. Das Erscheinen seiner Vortruppen auf der Straße Turnau-Gitschin veranlaßte den Kronprinzen von Sachsen, die Flankenstellung bei Münchengrätz zu verlassen, weil er besorgen mußte, daß sich sonst die ganze Erste preußische Armee zwischen ihn und die Hauptarmee Benedeks einschieben könne. Sein Hauptquartier war abends in Unter-Bautzen, das des Grafen Clam in Sobotka. Für den nächsten Morgen war die Besetzung Gitschins oder, wenn es von Preußen schon besetzt sein sollte, die Einnahme dieses wichtigen Punktes beschlossen und davon dem Armeekommando Mitteilung gemacht worden.

Diese Meldung Clams wurde am 29. um 5 Uhr morgens im großen Hauptquartier Benedeks abgegeben, wo unterdessen General Krismanitsch den Feldzeugmeister bestimmt hatte, eine Defensivstellung auf dem Plateau von Dubenetz am rechten Ufer der Elbe westlich von Josefstadt zu beziehen und auch die Iserarmee, die sich nicht selbst überlassen werden konnte, heranzuziehen. Hier war die Hauptfront der Zweiten preußischen Armee zugewendet und wenn es, wie Krismanitsch vermutete, am 30. zur Schlacht gekommen wäre, so hätten die vier Corps des Kronprinzen die Aufgabe lösen müssen, die am 3. Juli der Ersten Armee zugefallen ist, die ganze österreichische Armee so lange fechtend festzuhalten, bis die andere preußische Armee herangekommen war und in die Schlacht eingreifen konnte. An den Kronprinzen von Sachsen wurde die Weisung abgefertigt, sich mit überlegenen Kräften nicht in hartnäckige Gefechte einzulassen, die Vereinigung mit der Hauptarmee aber durchzuführen. Der Befehl gelangte jedoch erst in seine Hände, als am 29. das gänzlich überflüssige Gefecht von Gitschin bereits begonnen hatte. Prinz Friedrich Karl hatte am Morgen dieses Tages eine energische Aufforderung zu „beschleunigtem Vorrücken" erhalten, „um die Zweite

Armee zu degagieren". Er sandte drei Divisionen gegen Gitschin, zwei gegen Ober-Bautzen und brachte dadurch das I. österreichische Corps und die Sachsen in ein bedenkliches Gedränge. Sie nahmen den Kampf in der Meinung auf, daß Benedek im Anmarsche begriffen sei und auf den Besitz von Gitschin rechnen müsse; das Gefecht kostete den Oesterreichern 184 Offiziere, 4714 Mann, darunter 51, 1832 unverwundet gefangen, den Sachsen 27 Offiziere, 586 Mann, darunter 1, 106 unverwundet gefangen. Die Preußen verloren 71 Offiziere, 1482 Mann. Erst in vorgerückter Abendstunde wurde Gitschin geräumt und noch in der Nacht von den Preußen besetzt. Der Rückzug der Verbündeten erfolgte bis Horitz und Smidar. Das I. Corps war in seinem Zusammenhange gelockert und moralisch erschüttert. Auch das X. und das IV. Corps wurden am 29. von den preußischen Kolonnen beunruhigt, das erste auf dem Marsche von Neuschloß nach Königinhof durch die Garde, das andere bei dem Versuche, die Gegend von Skalitz aufzuklären, durch die Vorhut von Steinmetz, von der es bis über Schweinschädel zurückgedrängt wurde. Beide angegriffenen Corps mußten hinter der Elbe Deckung suchen.

Die traurige Beschaffenheit des Clamschen Corps, das am 30. fast bis Königgrätz zurückwich, machte Benedek um den linken Flügel seiner Zentralstellung bei Dubenetz besorgt und trug zu dem Entschlusse bei, mit der ganzen Armee nach Süden auszuweichen, um sich dem heftigen Drucke der Zweiten preußischen Armee zu entziehen und der Ersten an der Gitschin-Königgrätzer Straße einen kräftigen Riegel vorzulegen. Warum er nicht über die Elbe zurückgegangen ist und die Stellung zwischen Josefstadt und Königgrätz bezogen hat, in der er zum mindesten einige Tage vor Angriffen sicher Ruhe finden konnte, um die Armee wieder in Form zu bringen und ihr neues Selbstvertrauen einzuflößen, wurde niemals aufgeklärt. Moltke hat in der Unterredung mit Friedjung, deren Inhalt die Beilage XII zu dessen Werk bildet, die Vorteile dieses Schrittes ausgeführt: „Das wäre eine sehr feste Stellung gewesen. Dann hätten wir ihn mit der Armee des Prinzen Friedrich Karl in der Front angreifen müssen, der Kronprinz hätte die beiden Nebenflüsse der Elbe, die Aupa und Mettau, überschreiten und ihn in der Flanke fassen müssen. Das wäre für uns eine sehr schwierige Operation gewesen, zumal der Angriff in der Front war dann sehr gefährlich." Moltke weist zur Erklärung des nicht zu rechtfertigenden Abzuges Benedeks auf dessen moralische Erschütterung hin, die ihn an der Möglichkeit eines Erfolges verzweifeln ließ. Der Abzug begann am 1. Juli um 1 Uhr morgens in aller möglichen Stille, um sich dem Gegner nicht bemerkbar zu machen, er führte bei der engen Versammlung von 150000 Mann und den mehrfachen Kreuzungen der Trains zu einer hochgesteigerten Marschverwirrung und zu höchst ermüdender Ausdehnung der Marschdauer. Nicht wenige Brigaden waren 18 Stunden auf dem Wege, ehe sie ihre neuen Lagerplätze erreichten. Der Anblick der tumultuarischen Szenen, die sich zum Teil vor seinen Augen abspielten, übten den niederschmetternden Eindruck auf den österreichischen Feldherrn aus, unter dem er um halb 12 Uhr an den Kaiser telegraphierte: „Bitte Eure Majestät dringend, um jeden Preis den Frieden zu schließen. Katastrophe für Armee unvermeidlich." Die Katastrophe wäre auch schon am 1. Juli, und zwar wahrscheinlich in einer noch verhängnisvolleren Art als zwei Tage später, eingetroffen,

wenn die preußische Armee ihren Vormarsch auf allen Linien hätte fortsetzen können. Man litt sowohl in der ersten, wie in der Elbearmee an Ermüdung durch die langen, von Gefechten unterbrochenen Märsche und an Proviant- und Futtermangel, man hatte die Fühlung mit dem Feinde verloren, vermutete ihn auf dem Rückzuge hinter Königgrätz, weil fast die gesamte Kavallerie ins zweite Treffen geraten war und keine Aufklärungen besorgen konnte. Dazu kam, daß am 30. Juni der König mit Moltke und dem Großen Hauptquartier, nach Abschluß des Vor- und Zwischenspiels von Langensalza, aus Berlin in Reichenberg angelangt waren und die Orientierung über die Lage der Armeen vervollständigten, die in den letzten Tagen keine genügende gewesen war. „Die Gunst der thatsächlichen Umstände erschien zu groß, um glaubhaft zu sein, und es wäre operativ zu viel weggegeben worden, wenn man auf Grund sanguinischer Annahmen das Fangnetz auf Dubenetz und Chlum zu früh zuschnürte. Zur Rechnung mit den verschiedenen Möglichkeiten bedurfte man nun der Operationspause“ (v. Schlichting).

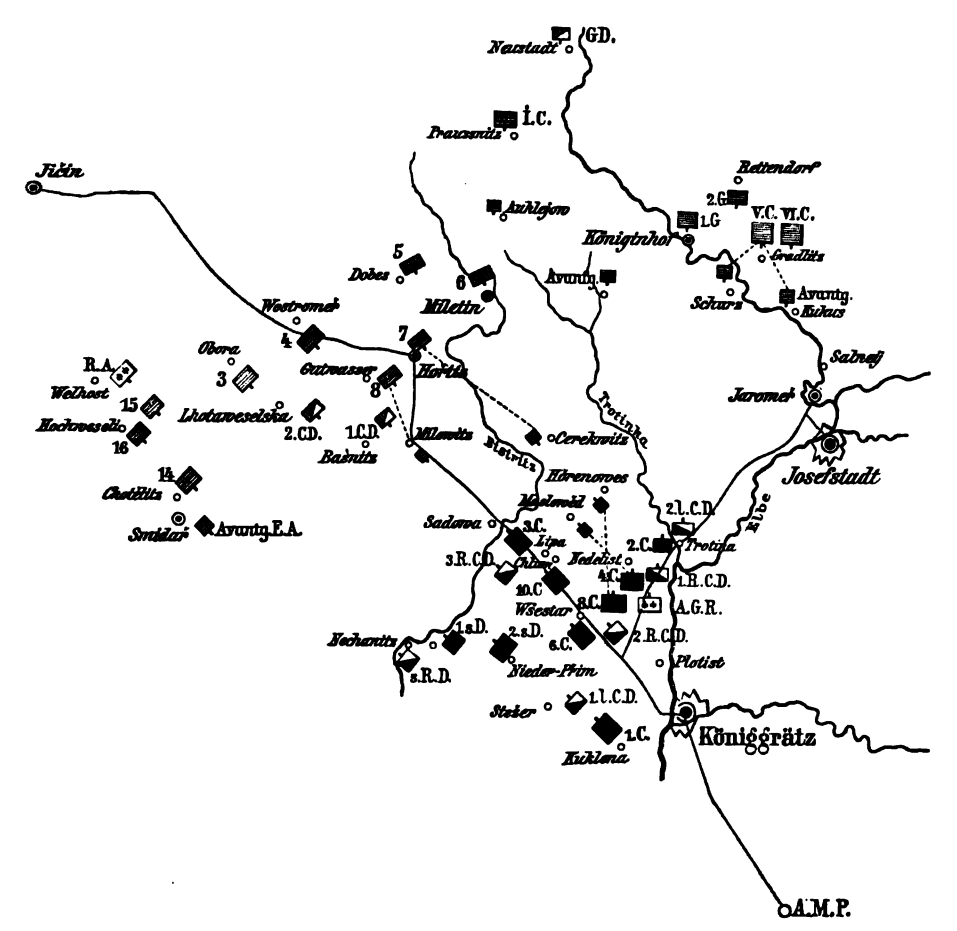
Die Wirkung, die das Telegramm Benedeks am kaiserlichen Hoflager in Wien erzeugte, war nicht die erwartete. Der Kaiser von Oesterreich konnte an die Richtigkeit der Auffassung nicht glauben, die der Feldzeugmeister von seiner Lage hatte. Er war auch nicht allmählich auf den Eintritt einer Katastrophe vorbereitet worden; noch am 28. abends war ein Telegramm aus dem Hauptquartier eingetroffen, das den Vormarsch gegen Friedrich Karl anzeigte, am 30. kam die Meldung „Débacle des I. und sächsischen Armeecorps nötigt mich, den Rückzug in der Richtung von Königgrätz anzutreten,“ worauf der Kaiser mit einer erneuten Vertrauenskundgebung antwortete; und nun plötzlich der Ausbruch voller Verzweiflung eines alten Soldaten, der zu den schlachtenvertrautesten Europas gezählt werden mußte! Oberstleutnant v. Beck aus der Militärkanzlei war bereits ins Hauptquartier entsendet worden, er hatte einem Kriegsrate beigewohnt, den Rückzug als unvermeidlich erkannt, dessen Richtung aber nicht nach Olmütz, sondern nach Wien beantragt. Noch ehe Beck aber zurückgekehrt war, setzte sich Franz Joseph mit seinem Feldherrn persönlich in telegraphische Verbindung. Nur der Anfang der Depesche ist bekannt geworden: „Einen Frieden zu schließen unmöglich. Ich befehle — wenn unausweichlich — den Rückzug antreten. Hat eine Schlacht stattgefunden?“ Auf Becks Bericht wurde die Enthebung des Generalstabschefs Henikstein, des Generals Krismanitsch und des Grafen Clam-Gallas angeordnet. An Stelle des letzteren setzte der Kaiser den Grafen Gondrecourt, für Henikstein wählte sich Benedek den General Baumgarten, bis dahin Stabschef des Erzherzogs Ernst. Das Einrücken der Truppen in die ihnen vorgezeichneten Stellungen am Abende des 1. Juli, ohne daß es vom Feinde irgendwie gestört worden wäre, beruhigte den Feldzeugmeister einigermaßen, er berichtete nach Wien, daß er am 2. die Armee werde rasten und sie am 3. nach Olmütz zurückführen werde. Am Vormittag des 2. Juli aber entschloß er sich, die Schlacht noch vor der Elbe anzunehmen. „Es ist nicht bekannt geworden, welche Gründe ihn bestimmten, von dem im Kriegsrate vereinbarten Plane abzugehen,“ schreibt Friedjung, der Kenner seiner hinterlassenen Papiere, der von der Familie des verstorbenen Feldherrn erwählte litterarische

Vertrauensmann und ohne Zweifel der berufenste Beurteiler der Motive seiner Entschlüsse. Das österreichische Generalstabswerk berichtet von einem um 12 Uhr mittags abgehaltenen Kriegsrate, bei dem der Feldzeugmeister die Umfrage stellte, ob etwa wegen Wassermangels das Beziehen einer anderen Stellung rätlich sei. Sie wurde verneint, d. h. keiner der anwesenden Truppenführer wollte den Anstoß zur Besprechung eines allfälligen Rückzugs geben. Nur Edelsheim konstatierte, daß auf Ruhe in dieser Stellung gewiß nicht zu rechnen sein werde. Darauf soll der Feldzeugmeister den „kritischen Beiträgen" zufolge die tiefsinnige Antwort gegeben haben: „Junge Leute pflegen immer Ansichten zu haben." Der Grundzug der Stimmung Benedeks läßt sich vielleicht in dem Satze aussprechen: „Man will die Schlacht — sie soll euch werden."

Zu der Hauptschlacht, die von der österreichischen Nordarmee den drei preußischen noch angeboten werden konnte, wäre es kaum gekommen, wenn man im Großen Hauptquartier der letzteren und beim Armeekommando des Prinzen Friedrich Karl mit größerem Selbstvertrauen vorgegangen wäre. Moltke war schon sehr zufrieden, als er am Abende des 30. Juni in Reichenberg die Gewißheit erlangt hatte, daß die Vereinigung seiner drei Armeen nicht mehr verhindert werden und daß er daher mit allen verfügbaren Kräften den entscheidenden Kampf gegen Benedek aufnehmen könne. Er wußte nicht, daß die Vereinigung der Zweiten und Ersten Armee gar nicht zum Erfolge notwendig war, daß vielmehr das unaufhaltsame Vordringen beider in konvergierender Richtung am 1. oder spätestens am 2. Juli und die daraus sich ergebenden Einzelgefechte die höchste Verwirrung beim Gegner, vielleicht dessen völlige Einschließung oder mindestens einen fluchtartigen Rückzug nach Mähren bewirken konnten. Die Ursache der übergroßen Vorsicht, deren man sich befliß, war die zögernde Führung der Ersten und der Elbearmee, die durchaus nicht auf gleicher Höhe mit der des Kronprinzen stand. Man hatte auf dieser Seite gerade nur das Allernotwendigste dazu beigetragen, daß keine der preußischen Armeen vereinzelt geschlagen werden konnte. Für den Sieg war wenig gethan, denn die taktischen Leistungen bei Podol und Gitschin waren nicht viel mehr als selbstverständlich. Trotz der verhältnismäßig bescheidenen Marschleistungen — seit dem Betreten österreichischen Bodens durchschnittlich 11—12 km jeden Tag — wurde am Abende des 30. Juni große Ermüdung der Truppen der Ersten Armee ins Große Hauptquartier gemeldet und ein Rasttag für notwendig erklärt. Erst auf die Depesche hin, die Moltke auf der Fahrt von Berlin nach Reichenberg in Kohlfurth aufgegeben hatte, wurde am Nachmittag des 1. Juli die Vorwärtsbewegung bis Smidar, Horitz und Miletin fortgesetzt. Die Reiterei kam wieder nicht zur Verwendung. Wären die vorhandenen Massen am 1. Juli vorgesendet worden, und hätten sie die in arger Eigenbedrängnis marschierenden österreichischen Kolonnen mehrmals an verschiedenen Stellen durch rasche Angriffe belästigt, so wäre die Ordnung und Erfrischung der österreichischen Truppen am 2. Juli nicht in einem so bewunderungswürdig raschen Tempo eingetreten, als es thatsächlich der Fall war.

Bei der Zweiten Armee hatte das Kohlfurther Telegramm Moltkes eine Verlangsamung herbeigeführt, man fand sich nicht berechtigt, über die Elbe zu

gehen, nachdem der verantwortliche Leiter der Gesamtoperationen nichts weiter verlangt hatte, als daß sich die Zweite Armee am linken Elbufer „behaupte“, und überdies Hauptmann Graf Häseler die Ansicht Friedrich Karls im Hauptquartier des Kronprinzen in Praußnitz mitgeteilt hatte, daß der 2. Juli als Ruhetag zu verwenden sei. Sämtliche leitende Persönlichkeiten der preußischen Armeen begegneten sich an diesem Tage in der Annahme, daß Benedek seine Hauptmacht bereits hinter der Elbe in der vom preußischen Generalstab gefürchteten Stellung zwischen den beiden Festungen versammle, und beschäftigten sich mit Plänen für deren Bekämpfung. Am frühen Morgen ordnete Moltke für den 3. Juli Re-



kognoszierungen der 2. Armee auf beiden Elbufern an. Dies erregte Blumenthals Bedenken, er fürchtete Trennung seiner Corps und Niederlagen ihrer Teile, die durch den übermächtigen Feind angegriffen werden könnten, und begab sich mit Verdy nach Gitschin ins Große Hauptquartier. Dort wurde nichts weiter festgesetzt, als daß man die Fühlung mit dem Gegner verloren habe und vor allem trachten müsse, sich über dessen Stellung Kenntnis zu verschaffen.[1]) Blumen-

[1]) Blumenthals Tagebucheintragung wird durch Verdys und Stoschs Berichte einigermaßen richtig gestellt.

thals Konferenz mit Moltke hat darin keinen Fortschritt gebracht, der Rekognoszierungsbefehl blieb in allen wesentlichen Punkten aufrecht. Die Elbearmee sollte sich auf Chlumetz dirigieren, um gegen Prag zu beobachten, und sich der Elbübergänge bei Pardubitz versichern. Die übrigen Corps der Ersten Armee hatten in die Linie Neu-Bidzow-Horitz einzurücken, eine Abteilung bis Sadowa; der Zweiten Armee wurde die Beobachtung von Josefstadt und eine Rekognoszierung gegen die Aupa und Mettau aufgetragen.

Prinz Friedrich Karl hat auf Grund der von ihm eingeleiteten Erhebungen — die schwerwiegendste war der kühne Ritt des Majors v. Unger bis knapp an die feindlichen Vorposten — erst spät am Abend des 2. Juli die Situation aufgeklärt. Nachdem er die Anwesenheit von mindestens vier österreichischen Corps zwischen der Bistritz und der Elbe festgestellt hatte, faßte er seinerseits sofort den Entschluß, diese am nächsten Tage anzugreifen, und erbat sich Unterstützung vom Kronprinzen durch das Gardecorps „oder mehr". Dieser sagte sie ihm mit den Worten an den Adjutanten v. Normann zu: „Ich werde den Prinzen Friedrich Karl nicht mit Teilen, sondern mit meiner ganzen Armee unterstützen." Als jedoch Blumenthal, der spät in der Nacht von Gitschin zurückkehrte, den Auftrag zur Befehlausgabe in diesem Sinne erhielt, weigerte er sich dessen, weil sie den Absichten des Großen Hauptquartiers, von denen er sich persönlich überzeugt hatte, nicht entsprach. Um 3 Uhr morgens ging von Königinhof die von Blumenthal verfaßte Antwort an Friedrich Karl ab, womit eine Rekognoszierung gegen Josefstadt auf dem linken Elbufer durch das 6. Corps und der Vormarsch des 1. gegen Miletin und Bürglitz angezeigt und weiter erwähnt wird, über die Garde und das 5. Corps sei durch den König disponiert worden, daß sie in ihren Stellungen verbleiben sollen, allenfalls aber zur Unterstützung des sehr exponierten 6. Corps, also auch am linken Elbufer, verwendet werden müßten. Verdy meint, Blumenthal würde sich nicht so stark für die Beobachtung der Befehle des Oberkommandos eingesetzt haben, wenn Friedrich Karl genauere Mitteilungen über das Ergebnis seiner Erkundungen gemacht hätte. Ueber die Folgen, die eine Befehlausgabe um 3 Uhr morgens im Sinne des Vormarsches vor die Elbe gehabt hätte, schreibt er: „Jedenfalls wäre die Erste Armee hierdurch wohl beträchtlich entlastet worden, namentlich auf ihrem linken Flügel, wobei der Kampf für die gesamte Zweite Armee allerdings einen viel schwereren Charakter annehmen konnte. Möglicherweise hätte auch ein derartiges früheres Eingreifen den österreichischen rechten Flügel in eine noch verhängnisvollere Lage gebracht, als sie sich schon thatsächlich herausstellte."

Erst die Ankunft des Flügeladjutanten Oberstleutnants Grafen Finckenstein im Hauptquartier zu Königinhof um 4 Uhr morgens sicherte die Mitwirkung der Zweiten Armee in dem Kampfe am 3. Juli. Er stellte ein Zusammentreffen der Ersten mit drei oder mehr feindlichen Corps an der Bistritz als unmittelbar bevorstehend dar und überbrachte dem Kronprinzen den Befehl, „mit allen Kräften zur Unterstützung der Ersten Armee gegen die rechte Flanke des feindlichen Anmarsches vorzurücken und dabei so bald als möglich einzugreifen". Finckenstein hatte auf seinem nächtlichen Ritte von 36 km, dessen Wichtigkeit nicht zu übersehen ist, Truppen des I. Corps getroffen und diesen bereits den königlichen Befehl zum Aufbruch

mitgeteilt. Die Weisungen über die Marschrichtung der vier Corps, von denen nur das fünfte in Reserve gehalten werden sollte, gingen um 5 Uhr früh an die Corpskommandanten ab, der Aufbruch fand bei diesen zwischen 7 und 8 Uhr statt.

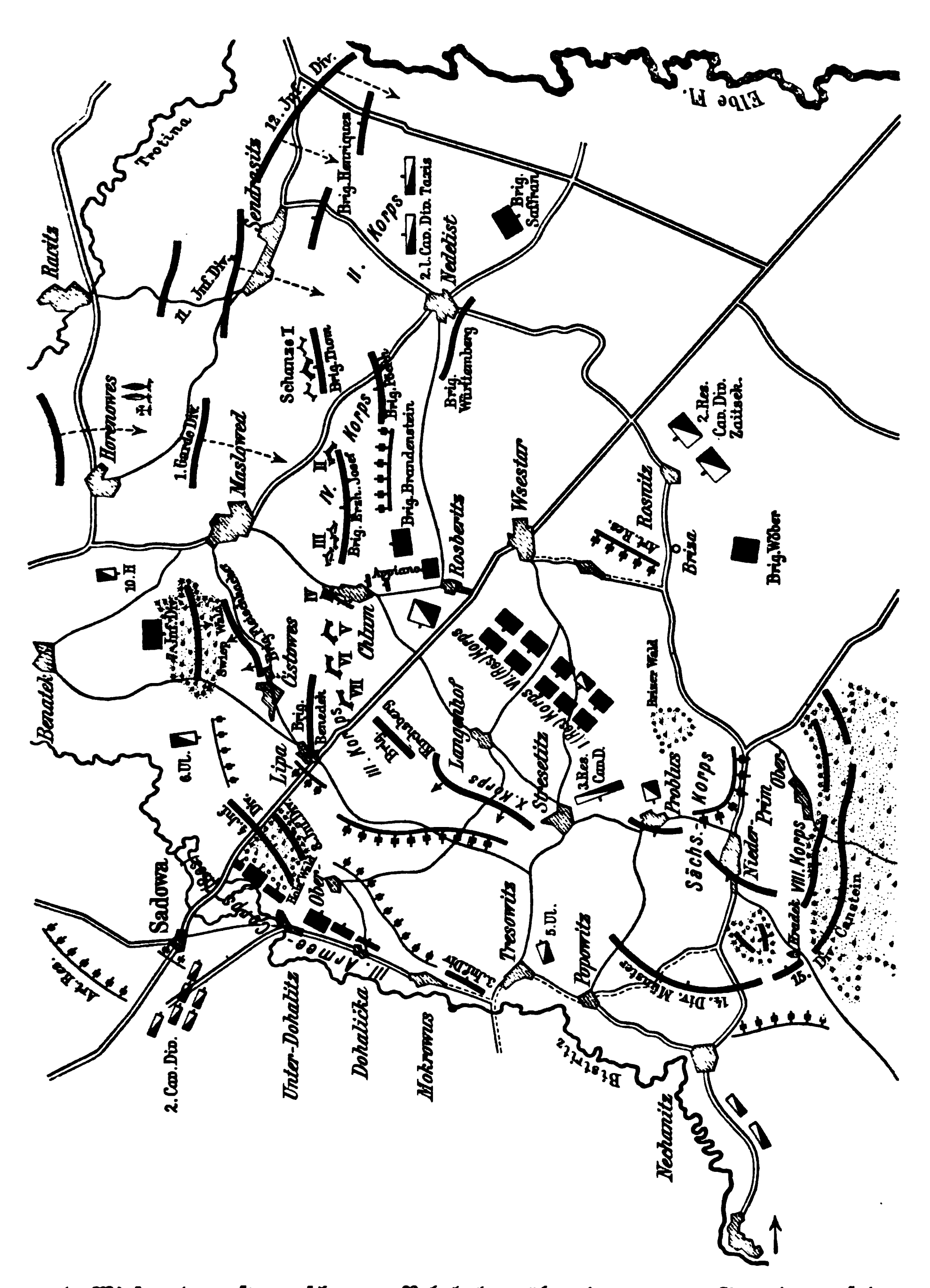
Benedek nahm zwischen Elbe, Bistritz und Trotina auf beiden Seiten der von Königgrätz nach Horitz führenden Reichsstraße eine Verteidigungsstellung ein, die an sich große Vorteile gewährte und als eine ungewöhnlich starke bezeichnet werden muß. Wenn er schon von dem Rückzug über die Elbe absehen zu sollen glaubte, was jedenfalls mehr moralische als militärische Gründe hat, so konnte er nach der Verwirrung vom 1. Juli sich immerhin beglückwünschen, daß man ihm Zeit ließ, diese Stellung in Ordnung zu beziehen und sich darin einzurichten, ja es war nicht unberechtigt, sich der Hoffnung hinzugeben, daß die ihm anvertraute Armee hier einen Angriff des Gegners abschlagen und dadurch eine günstigere Wendung des Feldzuges herbeiführen könne. Das Vertrauen, das er in die Armee gesetzt hat, wurde von ihr glänzend gerechtfertigt, sie war durchaus nicht erschüttert, sondern entwickelte einen Widerstand, den die gegnerischen Generale vielfach bewundert haben. Kein Truppenteil hat trotz der herabstimmenden Eindrücke der vorausgegangenen Kriegswoche versagt, von manchen wurden aber heroische und militärisch hochstehende Leistungen vollbracht, die anzuerkennen niemand so eifrig war, als die zahlreichen Geschichtschreiber, die der Feldzug aus der Mitte der preußischen Offiziere gefunden hat. Das Schlachtfeld ist ein Hügelgelände mit einer Reihe bastionartiger Höhen, zwischen denen sich Mulden bis zur Weite einer halben Meile ausdehnen. Ueberall sind innere Verbindungen und damit Gelegenheiten zu Verschiebungen gegeben. Wo die terrassenartig aufsteigenden natürlichen Batteriestellungen nicht ausreichten, wurden am 2. Juli Schanzen aufgeführt; die Artillerie fand Zeit, ihren Ausschuß zu prüfen, Zielpunkte zu nehmen und Entfernungen zu messen. Infolge dessen konnte sie eine Treffsicherheit erreichen, die bis dahin in keiner Feldschlacht beobachtet worden war und den glänzenden Ruf, den sie seit Boerner und Wenzel Liechtenstein besaß, glänzend rechtfertigen.

Die Stellung begann westlich von Königgrätz, 9 km vom Inundationsgebiet der Festung in Ober-Prim (spr. Pschim) und Problus (725 m). Von hier führt ein natürlicher Erdwall über Stresetitz und Langenhof nach Lipa (800 m) und Chlum (860 m); dann folgt eine Senkung mit der Ortschaft Cistowes (725 m) und Nebelist (700 m), auf diese nördlich von Chlum die Höhe von Masloweb (825 m), abermals eine Senkung bis zu 700 m, darauf die Höhe von Horenowes mit den weltberühmt gewordenen zwei Linden (833 m), von der eine steile Straße nach dem am Trotinabach (625 m) gelegenen Racitz (spr. Raschitz) hinabführt. Die Entfernung von Königgrätz (Prager Vorstadt) nach Lipa beträgt 10 km, von hier zur Höhe von Horenowes etwas über 4 km. Den linken Flügel, Prim und Problus, vertraute Benedek dem Kronprinzen von Sachsen, dem er außer seiner Armee das VIII. Corps (an diesem Tage von Feldmarschalleutnant Weber befehligt) und die Kavalleriedivisionen Edelsheim und Coudenhove zuteilte, an; er verfügte über 33000 Mann Infanterie, 7600 Reiter, 140 Geschütze; im Zentrum bei Langenhof-Lipa stand das X. und III. Corps, 43000 Mann Infanterie, 600 Reiter, 134 Geschütze, am rechten

Flügel, der von Chlum über Nedelist an die Trotina gehen, also stark zurückgehalten sein sollte, das IV., II. Corps und die Kavalleriedivision Thurn und Taxis, 41000 Mann Infanterie, 4000 Reiter, 176 Geschütze. Als Armeereserve hatte sich der Feldzeugmeister zu seiner ausschließlichen Verfügung das I. und VI. Corps, die Kavalleriedivision Zaitsek und die gesamte Artilleriereserve bei Wsestar und Rosnitz zurechtgestellt. In dieser Anordnung, die etwas Napoleonisches andeuten sollte, war die Vorbereitung zu einem gewaltigen Zentralstoß enthalten, zu dem sich jedoch keine Gelegenheit gefunden hat; sie litt an zu großer Enge und hat einen fast allgemein anerkannten Fehler darin aufgewiesen, daß ursprünglich nicht einmal Masloweb und Horenowes einbezogen waren, obwohl man dort den Angriff der Zweiten preußischen Armee erwarten mußte und jedenfalls auch wirklich erwartet hat. Denn davon kann doch nicht die Rede sein, daß Benedek nur mit der Ersten und Elbarmee gerechnet haben sollte; er kann über das Wann?, aber niemals über das Ob? der Ankunft des preußischen Kronprinzen im Zweifel gewesen sein. Ueber den von ihm vorausgesetzten oder vermuteten Verlauf der Schlacht, die er annahm, hat er sich niemals ausgesprochen. Daß es besser gewesen wäre, am rechten Flügel eine eigene Armee mit selbständigem Kommando zu formieren und ihr den Kampf mit der Zweiten preußischen Armee zu überlassen, darf man wohl behaupten. Gab es aber einen General, dem Benedek diese wichtige Stellung einräumen konnte? Oder hat der Alleinbefehl vom Zentrum aus nicht auch eine Napoleon-Imitation sein sollen?

König Wilhelm hatte an seinem rechten Flügel der Elbarmee unter Herwarth v. Bittenfeld mit 36000 Mann Infanterie, 3000 Reitern, 144 Geschützen den Uebergang über die Bistritz bei Nechanitz befohlen; im Zentrum hatte Prinz Friedrich Karl mit der Ersten Armee (85000 Streitbare) von Sadowa über die Bistritz gegen Lipa und Chlum vorzugehen, am linken Flügel mußte der Kronprinz mit seinen 97000 Mann einrücken. Bis zu seiner Ankunft gab es keinen linken Flügel der preußischen Stellung. Es wäre also für die Oesterreicher auch das Problem zu stellen gewesen, ihren rechten Flügel nach Masloweb und Horenowes aufzustellen, ihn in der Richtung gegen Benatek vorgehen zu lassen, dadurch den Zusammenhang zwischen der Ersten und Zweiten preußischen Armee zu unterbrechen und die Erste mit Uebermacht nach Gitschin zurückzuwerfen. Wäre Benedek an Zahl stärker gewesen, so hätte er den Plan unbedingt verfolgen müssen, aber er hatte keine Ueberzahl an Streitern, sondern stand mit 215000 Mann den 221000 Preußen aller drei Armeen gegenüber. Immerhin war es eine eigentümliche Selbstbeschränkung, sich so lange in einer allerdings festen Stellung behaupten zu wollen, bis der Feind seine gesamten Streitkräfte auf das Schlachtfeld gebracht habe und umfassend vorrücken könne. Dies mußte auch beim günstigsten Verlaufe der Schlacht schließlich eintreten, denn der österreichische Feldherr durfte es niemals wagen, seinerseits mit dem Zentrum über die Bistritz, nach Sadowa und weiter vorzubringen, denn dann war sein rechter Flügel einem übermächtigen Angriff ausgesetzt, durch den die ganze Armee des Kronprinzen in den Rücken der österreichischen Hauptmacht geführt wurde.

Es hatte die Nacht über geregnet, die Wege waren aufgeweicht, die Aecker



und Wiesen dampften, schwerer Nebel lag über der ganzen Gegend, auf der das größte Totenopfer der Neuzeit gebracht werden sollte. Um halb 8 Uhr begann das Geschützfeuer bei Sadowa; Friedrich Karl entwickelte seine Infanterie an der Bistritz. Die 8. Division erhielt die Richtung gegen Lipa, sie wurde von der 4. gefolgt, die 3. ging am rechten, die 7. am linken Flügel vor, die 5. und 6. bildeten die zweite und dritte Staffel. Der Frontalangriff gegen

Langenhof-Lipa, wo 23 österreichische Batterien des X. und III. Corps (184 Geschütze) eine Feuerwirkung ohnegleichen erzielten, mußte aussichtslos erscheinen, ein Erfolg konnte nur von der 7. Division (Fransecky) angebahnt werden, wenn sie bis Cistowes vorkam und Lipa und Chlum flankieren konnte. Dieser Gefahr vorzubeugen, nahmen die Oesterreicher den Kampf schon in dem vor ihrer Stellung gelegenen Swiepwald an.[1]) Er begann um halb 10 Uhr, nachdem das IV. österreichische Corps die Stellung Masloweb eingenommen und auch das II. aus der ihm angewiesenen Niederung bei Nedelist ihm nachgerückt war. Man hat österreichischerseits den beiden Corpsführern, den Grafen Festetics und Thun, aus diesem Abgehen vom Befehle des Oberkommandanten schwere Vorwürfe gemacht und es als Unbotmäßigkeit der Kavaliere gegenüber dem ihnen unangenehmen soldatisch-demokratischen Benedek ausgegeben. Die preußischen Schlachtkritiker geben ihnen, wie Moltke selbst, recht. Die Zumutung, daß der rechte Flügel unthätig in der Tiefe hinter Chlum hätte abwarten sollen, bis Fransecky in Masloweb und die Vortruppen des Kronprinzen bei Horenowes erschienen wären, ist geradezu kindisch und widerspricht den einfachsten Begriffen von den Pflichten eines Corpsführers. Der Fehler lag vielmehr in der Verteilung der Kräfte durch den Feldherrn, als in dem vermeintlichen Ungehorsam der Generale. Freilich wurde es für die Gesamtsituation der österreichischen Armee höchst schädlich, daß allmählich die ganze Infanterie des IV. Corps und schließlich sogar zwei Brigaden des II. Corps bis Cistowes vorgenommen wurden, aber die Ursache lag wohl darin, daß man den Swiepwald nicht in die Hände der Gegner kommen lassen zu dürfen vermeinte. Um 10 Uhr hatten diese sich des Waldes bemächtigt, obwohl nur 6 preußische Bataillone gegen 10 österreichische im Feuer waren. Graf Festetics war schwer verwundet, Feldmarschalleutnant v. Mollinary trat an seine Stelle; 16 frische österreichische Bataillone wurden nun zur Vertreibung der Preußen vorgeschickt. Die Regimentsgeschichte des Magdeburgischen Infanterieregiments Nr. 27 schildert deren Lage folgendermaßen: „Die Verbindung der einzelnen Abteilungen geht verloren; Patrouillen werden ausgeschickt, die Fühlung mit dem Nachbar wieder aufzunehmen — es gelingt nicht. Man ruft, man pfeift, um sich gegenseitig bemerkbar zu machen, Signale wurden sogar hie und da gegeben, doch dies alles erhöht nur den Trubel unheimlichen Waldgefechtes ... Der Feind, wenn auch in der Front nicht überall lange standhaltend, drängt mit immer größeren Massen von links (Masloweb) in den Wald hinein, umfaßt den linken Flügel, drängt sich zwischen den Compagnien ein und kommt einzelnen geradezu in den Rücken. So erhält man Feuer in den Flanken und von hinten, und zu jenen Schrecken gesellt sich das selbst für den alten Soldaten niederschmetternde Gefühl, umgangen, vielleicht gar abgeschnitten zu sein. Aehnlich mag es den österreichischen, in den Wald dringenden Bataillonen gegangen sein, und so war es im weiteren Verlaufe des Gefechtes oft ein wildes und buntes Durcheinander von Freund und Feind."[2])

---

[1]) Er ist neuerdings nach vielen taktischen Erörterungen von beiden Seiten der Gegenstand einer Monographie geworden: Heidrich, Der Kampf um den Svib-Wald, 1902.

[2]) Aus der sehr belehrenden, übersichtlichen Darstellung „Königgrätz" von Oberst Adolf Ströbl (Wien 1903).

Bis 11 Uhr brachten die Preußen 12 Bataillone in den Swiepwald, dann hatten sie keinen Mann Reserve mehr zu verwenden, da gleichzeitig die 8. Division sich nur schwer im Holawald zwischen Sadowa und Lipa hielt, und das II. Corps, das von Dohalicka gegen Gablenz (X.) vorgegangen war, mit großen Opfern hinter die Bistritz zurück mußte. Und nun griffen auch die Brigaden Württemberg und Saffran vom II. Corps in der Niederung von Horenowes in den Kampf ein. Ihr erster Angriff stockte erst bei der Kuppe des Waldes, ein zweiter, um die Mittagszeit unternommener, brachte sie in den Besitz des Waldes, von dem aus Mollinary eine Aufrollung des preußischen Zentrums vornehmen zu können glaubte. Schon war die 7. Division auf Benatek zurückgewichen, Fransecky mußte dort die größten Anstrengungen machen, um den zurückstauenden Infanterieknäuel wieder zu lösen.

Seit 11 Uhr bemächtigte sich des großen Hauptquartiers der Preußen am Roskos-Berge bei Sadowa (712 m) eine von Minute zu Minute sich steigernde Unruhe. König Wilhelm ließ zurückgehende verwundete Offiziere scharf an, munterte persönlich die Mannschaften auf.[1] Er schickte den Generalleutnant v. Boyen in der Anmarschrichtung der Zweiten Armee ab mit dem Auftrag: „Schaffen Sie mir ein Armeecorps vom Kronprinzen, es ist die höchste Gefahr im Verzuge." Aber alle Zeugen seines Verhaltens sind darüber einig, daß er entschlossen war, nicht vom Platze zu weichen. In seiner Umgebung aber griff die Ansicht um sich, daß die Schlacht verloren sei. Bismarck war auch nicht frei von Sorge, er faßte aber neues Vertrauen, als er Moltke, dem die Zigarre ausgegangen war, sein Etui bot und er beobachten konnte, wie der Schlachtendenker sich das beste unter den vorhandenen Kräutern wählte und dann ruhig anzündete. Es ist auch erzählt worden, daß Moltke ein Vorgehen der Oesterreicher gegen Sadowa nicht ungern gesehen hätte. „Dann hätten wir sie vollständig in einer Mausefalle gehabt," soll der General am Abende des Schlachttages nach den Aufzeichnungen des Johanniterritters v. Werder zu einigen Offizieren geäußert haben.

Auch bei der Elbarmee am rechten Flügel stand um die Mittagszeit die Sache der Preußen nicht glänzend. General v. Herwarth hatte mit seinen Avantgarden vom Schlosse Hradek einerseits und von Popowitz andererseits den Angriff auf Prim und Problus eingeleitet, aber ein Offensivstoß, den der Kronprinz von Sachsen durch die Leibbrigade gegen die zwei preußischen Bataillone, die sich in der Fasanerie festgesetzt hatten, ausführen ließ, war von Erfolg begleitet, die Fasanerie wurde von den Sachsen genommen. Auch als die 14. und 15. Division die Ueberflügelung der Stellung von Problus wieder aufnahm, hielten sich die Sachsen sehr tapfer, wurden jedoch von den österreichischen Brigaden Schulz und Roth des VIII. Corps schlecht unterstützt. Erst um 2 Uhr nachmittags nahm die 15. preußische Division die Orte Ober- und Nieder-Prim, eine halbe Stunde später die 14. Division die wichtige Stellung von Problus. Das Eingreifen der Brigade Piret vom I. Corps vermochte die Situation nicht mehr wesentlich zu ändern. Die Sachsen behaupteten sich noch im Brizer Walde;

---

[1] Details bei Max Jähns „Die Schlacht von Königgrätz" (1876).

der linke Flügel der österreichischen Stellung war aber durch die Besetzung von Problus von seiten der Elbarmee in der Flanke gefaßt, die Rückzugslinie der Oesterreicher auch von dieser Seite bei Rosnitz sehr bedroht. Das Gefecht war bisher völlig selbständig, von den Ereignissen auf den übrigen Teilen des Schlachtfeldes unbeeinflußt verlaufen. General v. Edelsheim glaubte sogar durch eine von Techlowitz, südlich von Nieder-Prim auszuführende Kavallerieattacke seiner eigenen Division und der sächsischen Reiterbrigade den preußischen rechten Flügel erschüttern und zum Verlassen von Problus nötigen zu können, als er zur Hilfe für das österreichische Zentrum aufgerufen wurde, das sich um 4 Uhr nachmittags in größter Bedrängnis befand.

Die entscheidende Wendung im Verlaufe der Schlacht mußte unter allen Umständen durch das Auftreten der Zweiten preußischen Armee in der rechten Flanke der österreichischen Stellung herbeigeführt werden. Durch militärische Mittel war dies überhaupt niemals zu verhindern; es handelte sich nur darum, ob der Stoß, der hier geführt wurde, kräftiger oder schwächer pariert wurde, oder ob er an einer Stelle einsetzte, an der man ihn nicht erwartet hatte. Gerade dieser Fall trat ein und zwar in dem Augenblicke, in dem der linke Flügel des preußischen Zentrums, der Ersten Armee, am meisten in Not gekommen war. Die vier Corps des Kronprinzen waren seit 7 oder 8 Uhr morgens im Anmarsch. Das I. hatte von Ober-Prausnitz 20 km, die 1. Gardedivision von Königinhof 16, die 2. von Rettendorf 20, das VI. und V. Corps von Gradlitz je 16 km aufs Schlachtfeld zu marschieren. Außer dem Führer der Armee selbst haben seine drei Generalstabsoffiziere die Umstände dieses Marsches in ihren Tagebüchern und Erinnerungen beschrieben. Am genauesten, ausführlichsten und eindrucksvollsten that es Verdy, der ja auch über einen glänzenden Stil verfügt; Stosch verfällt zu oft in gallige Nebenbemerkungen, manche seiner Mitteilungen stehen mit allen bisher bekannt gewordenen in auffallendem Widerspruch. Wir lassen Blumenthal erzählen: „Wir ritten den Truppen um ½8 Uhr nach; es regnete und war sehr kalt, aber damit nervenstärkend. Ich fühlte meine Müdigkeit gar nicht, obgleich ich den Tag vorher 14 Meilen gefahren war, fast nichts gegessen und die Nacht nur ein kleines Stündchen von ½6—½7 geschlafen hatte. Die dicke Luft verhinderte uns, den Geschützdonner zu hören, aber gegen 9 Uhr sahen wir überall auf den Höhen bei Sadowa bis Horenowes den Pulverdampf; wir hatten alle das Gefühl, daß es zur Schlacht kommen würde, und eilten daher trotz des schlüpfrigen Bodens schnell vorwärts. („Die Wege waren kaum passierbar," schreibt Stosch, „daneben auf dem tiefen Boden vorwärtszukommen, oft ganz unmöglich. Ich habe selbst gesehen, wie Artilleriepferde vor Ueberanstrengung im Geschirr tot umfielen. Der gleichmäßige, ruhige Eifer der Mannschaften im Vorwärtsstreben wird mir immer unvergeßlich sein.") Auf den Höhen von Choteborek, wo wir mit den Spitzen der Garde etwa um 11 Uhr eintrafen, konnte man weithin sehen und an dem Pulverdampf die Ausdehnung des Schlachtfeldes abmessen. Der rechte Flügel der Oesterreicher mußte danach bei Horenowes sein. Anfänglich schienen die Oesterreicher zu weichen, dann aber wieder Terrain zu gewinnen; es war offenbar die ganze Armee des Prinzen Friedrich Karl in hartem Kampf mit der ganzen österreichischen Armee. Es kam

für uns nun alles darauf an, so bald wie irgend möglich in die Schlacht einzugreifen und den Feind durch vehementen Angriff in der rechten Flanke und Bedrohung seines Rückzugs zum Weichen zu bringen. Es wurden sofort Befehle zur Beschleunigung des Marsches gegeben. Ein weit in die Gegend hineinschauender einzelner großer Baum (die beiden Linden erschienen in der Entfernung wie eine), etwa 1000 Schritte südlich Horenowes, eine wahre Landmarke, wurde als point de vue genommen, die Garde rechts, das VI. Armeecorps links davon dirigiert, das I. Armeecorps, das leider noch weit zurück war, sollte die Lücke zwischen beiden Armeen ausfüllen und das V. Armeecorps als Reserve dem Gardecorps auf dem Fuß folgen ... Es ging jetzt mit zwei Armeecorps in Schlachtlinie unaufhaltsam vorwärts und bald sahen wir, wie schnell das VI. Corps auf dem linken Flügel Terrain gewann. Auf dem Höhenzuge von Horenowes erschienen feindliche Batterien, mußten aber bald abziehen, und nun wogte die Schlachtlinie von Königgrätz bis Sadowa, harte Kämpfe um Masloweb, Chlum 2c., bei Biza-Rosnitz. — Schon auf den Höhen bei Horenowes konnten wir die Schlacht als gewonnen betrachten, etwa zwischen 2 und 3 Uhr — aber es war bereits 5 Uhr, als der Feind den letzten Kampf aufgegeben hatte."

Die österreichische Armee bewährte ihre Tüchtigkeit ganz besonders, als ihre Niederlage schon entschieden war und sie noch Kämpfe aufnahm, die nicht mehr von der Hoffnung auf Sieg getragen wurden, sondern ausschließlich der Ehre der Waffen galten. Schon um 1/2 11 Uhr vormittags langten im österreichischen Hauptquartier die ersten Nachrichten über die Vorrückung preußischer Kolonnen längs der Elbe und auch weiter westlich gegen Süden, d. h. gegen das Schlachtfeld ein. Benedek, der sich auf der Höhe bei Chlum (869 m) befand, war durch das Vorschwenken des ganzen IV. Corps und die parallele Bewegung des II. Corps bereits unangenehm berührt gewesen; er sandte jetzt den Befehl an Mollinary, den Kampf um den Swiepwald abzubrechen und in seine ursprüngliche Stellung zurückzukehren. Das II. Corps sollte den rechten Flügel bis an die Elbe schieben, um die Linie Masloweb-Nedelist zu decken. Gegen 12 Uhr wollte der Armeekommandant das VI. Corps, das noch in Reserve stand, zur Unterstützung des rechten Flügels nach Nedelist beordern.[1]) Die Generale Mollinary und Ramming machten jedoch Gegenvorstellungen, indem sie das Einsetzen der ganzen Kraft an der Bistritzlinie und einen Zentralvorstoß über diese verlangten. Der bereits in Ausführung begriffene Rechtsabmarsch des VI. Corps wurde zurückgenommen und wieder alle Aufmerksamkeit auf das Zentrum gelenkt, wo der Sieg zu winken schien. In der Umgebung des Feldzeugmeisters erwartete man, daß nun das langersehnte Draufgehen von Langenhof und Lipa gegen den schwer bedrängten Feind befohlen werden würde; sowohl Erzherzog Ernst als Gablenz verlangten Unterstützung aus der Reserve, um vorrücken zu können, ja das 49. Regiment Heß ging von selbst, ohne Befehl durch den Holawald gegen O.-Dohalitz vor,[2]) ihm folgte das 44., beide wurden aber zurückgeworfen. Benedek

---

[1]) Bericht des Generalmajors Freih. v. Sacken bei Friedjung (II. Bd. Arch. XVIII).

[2]) Auch den Oberst Binder dieses Regiments (Niederösterreicher) verleitete, wie so manchen höheren österreichischen Offizier die verderbliche Lockung des Maria-Theresienordens, der für

wurde trotz seiner persönlichen Neigung zum verwegenen Wagen doch immer wieder durch die Sorge für seinen rechten Flügel von der verhängnisvollen Tat zurückgehalten. Auch sein neuer Generalstabschef, General Baumgarten, wirkte wesentlich hemmend auf das heißblütige Verlangen der Corpsführer ein, es scheint, daß niemand außer ihm für die voraussichtliche Wirkung des Eingreifens der Kronprinzenarmee ein so klares Verständnis hatte. Auf preußischer Seite war man um dieselbe Zeit auch nahe daran, das schon zu lange hingehaltene Gefecht zu einer raschen Entscheidung zu bringen. Prinz Friedrich Karl hielt die Bewältigung der Bistritzlinie für notwendig, um dem vorauszusehenden Angriff der Oesterreicher entgegenzuwirken, er gab der Division Manstein des brandenburgischen Corps um 1/2 2 Uhr den Befehl, die Höhen von Lipa zu stürmen. Ein entsetzliches Blutbad wäre daraus entstanden, aber auch für die Oesterreicher hätte der daraus entstehende Kampf verhängnisvoll werden können, denn in der Abwehr des Sturmes wären sie in den Holawald und nach Sadowa vorgezogen worden. Moltke verschmähte das gefährliche und mörderische Mittel, den von ihm bereits mit Sicherheit erwarteten Sieg zu verstärken; er hielt die Division noch rechtzeitig zurück und gab dabei Ursache zu der oft zitierten Frage, die General Manstein an den befehlbringenden Grafen Wartensleben richtete: „Das ist alles sehr richtig, wer ist aber der General Moltke?“

Wenige Minuten später sprengte auf der österreichischen Seite der Generalstabsoberst Neuber, der in Chlum sein ermattetes Pferd gegen ein frisches hatte wechseln wollen und vor dem Dorfe Schüsse von preußischen Mannschaften erhalten hatte, zum Armeekommandanten und machte ihm von dem unglaublich scheinenden Ereignis der Wegnahme Chlums durch die Preußen Meldung. Benedek erklärt sie für eine Dummheit und setzt sich sofort mit seinem ganzen Stabe gegen Chlum in Bewegung. Aber schon erhält der auffallende Reiterschwarm Schuß auf Schuß. Die Ordonnanzoffiziere Prinz Esztenhazy und Graf Grünne sinken von den Pferden, man wendet, gerät dadurch in den Schußbereich einer gegen Chlum aufgefahrenen reitenden österreichischen Batterie, und als man aus dem Kreuzfeuer herausgekommen war, gab es keinen Zweifel mehr darüber, daß der Feind in das Zentrum der eigenen Aufstellung eingebrochen war. Die erste preußische Gardedivision, von der um 11 Uhr 40 Minuten die ersten Schüsse gegen die auf der Höhe von Horenowes aufgefahrenen Batterien des III. österreichischen Corps abgegeben worden waren, hatte sich, nachdem sie der 7. Division bei Benatek Unterstützung gebracht, nach Masloweb gewendet, dieses genommen, dann den Talgrund durchschritten, während Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen die Gardeartillerie von einer trefflich gewählten Stellung spielen ließ, war in die von der Brigade Erzherzog Joseph verteidigten Schanzen eingefallen, hatte 9 ungarische Bataillone mit verheerendem Schnellfeuer zurückgetrieben und hatte mit 2 Bataillonen das schlecht verwahrte Chlum besetzt. In einem Abstande von 2 km folgte der ersten die zweite Gardedivision, rechts schloßen sich die zwei Divisionen des VI. Corps an, das nun zum erstenmal ins

---

eine auf eigene Verantwortung ohne Befehl ausgeführte Heldenthat verliehen wird und die höchsten Ehren und Vorteile einbringt.

Feuer kam, von Bürglitz und Zizelowes aber wälzten sich auch schon die Kolonnen des I. Corps heran, begierig, die Scharte von Trautenau auszuwetzen. Steinmetz, die Kavalleriebrigade Wnuck voraus, war im Anmarsch hinter dem VI. Corps.

Den größten Fehler seiner Feldherrnlaufbahn beging Benedek in dem Augenblicke, als er, nach der Wegnahme von Chlum noch an die Wiederherstellung der Schlacht glaubend, Vorstöße von seinem rechten Flügel aus mit der Absicht machen ließ, die Armee des Kronprinzen zurückzuwerfen. Da stand er nicht um eine Stufe höher als die aufgeregten, hin- und hersprengenden Herren seines Gefolges, die da und dort Bataillone zusammenrafften und damit gegen Chlum stürmten. So wurden die Brigaden Appiano und Benedek vergeudet, endlich das VI. und darauf das I. Corps in einen aussichtslosen Kampf getrieben, Tausende und Tausende in unsinnigen, wenn auch noch so todesmutigen und hartnäckigen Einzelgefechten geopfert. Als der Anprall der Zweiten preußischen Armee in der für die Oesterreicher ungünstigsten Form eingetreten war, durfte es für den Kommandanten der Nordarmee keinen anderen Gedanken geben, als so rasch als möglich den Rückzug einzuleiten. Auch dieser mußte Opfer fordern, die Artillerie des VI., III. und IV. Corps hätte ihre Pflicht bis zum letzten Atemzug thun müssen, die Sachsen, das VIII. und das I. Corps mußten unter dem Kronprinzen Albert die Deckung des Rückzugs übernehmen[1]) und wahrscheinlich harte Stöße aushalten, mit Kavallerieattacken mußte man den rückmarschierenden Truppen Luft schaffen, alle Bewegungen durften aber nur dem einen Zweck dienen, die Verbände aufrecht zu halten und den Corps Abmarschstraßen zu sichern, auf denen sie die innere Ordnung wieder herstellen, die Mannschaft zu Ruhe und Verpflegung bringen konnten. Der Heldenmut, der auf dem Schlachtfelde von Königgrätz zwischen 3 und 5 Uhr von den Oesterreichern betätigt wurde, hat keine militärische Bedeutung erlangt, sondern nur die moralische Kraft der Armee, die auf dem Rückzuge noch genug Gelegenheit zur nutzbaren Anwendung gefunden hätte, bis auf die Neige verbraucht. Es war ein wildes Raufen, das bei den Zusammenstößen der Kavallerie zwischen Stresetitz und Wsestar (39 österreichische gegen 34 preußische Eskadronen) einen chevaleresken, bei den Artilleriekämpfen einen heroischen Charakter annahm, auf der einen Seite der Trotz der Verzweiflung, ein Wegwerfen des Lebens aus patriotischem Schmerze und Schmachgefühl, auf der anderen ein stürmischer Siegestaumel, eine berserkerhafte Selbstvergessenheit, eine der Uebermacht bewußte Kühnheit und Kampfesfreudigkeit. Die Auflösung des österreichischen Heeres begann erst durch das Zurückprellen der Reiterschwärme und durch die Besitznahme von Rosberitz und Wsestar von seiten der 11. preußischen Division. Jetzt hatten sich die beiden Flügel der preußischen Schlachtkolonnen, die am Morgen 30 km und mehr auseinander gestanden waren, bis auf 2 genähert, zwischen ihnen flüchteten dicht gedrängt die Corps des österreichischen Zentrums und der Reserve hinter den schützenden Wall von 28 österreichischen Batterien der Artilleriereserve, der sich von Stösser (Stezer) bis Plotist erstreckte und um den sich zwischen 5 und 6 Uhr noch 28 preußische Batterien zum Angriff vereinten.

---

[1]) Kritische Beiträge S. 271.

Dann rasten auch die kaiserlichen Geschütze, oft nur mehr von zwei Mann bedient, der Elbe zu, dort bei Lipa aber starrte die „Batterie der Toten" in den sinkenden Abend, sieben einsame Feuerschlünde der österreichischen Batterie von der Groeben, neben dem Kapitän 52 Mann und 68 Pferde, die an ihrer Seite gefallen waren.

Nicht weit davon begrüßten sich der Kronprinz und Friedrich Karl mit lautem Hurrah; erst um 8 Uhr traf der königliche Vater [1]) bei Langenhof den ruhm- und sieggekrönten Sohn, umarmte und küßte ihn und überreichte ihm thränenden Auges den Orden pour le mérite, der ihm schon für die Erfolge vom 27. und 28. Juni verliehen worden war. Zu einer Verfolgung und damit zur vollen Ausnützung des Sieges kam es nicht; auch für den nächsten Tag war vom Generalstabschef bereits Ruhe geboten, die nur von den „zur Bequemlichkeit und Wiedervereinigung der Truppen nötigen Märschen" unterbrochen werden dürfe. An Kräften zur Verfolgung hat es den Preußen nicht gemangelt, das V. Corps und mehrere Kavalleriebrigaden waren dazu verwendbar, ersteres war auch vom Kronprinzen dazu auserlesen gewesen. Es lag in der seelischen Ermattung der höchsten Befehlsführer, die nach der gewaltigen Erregung und Anstrengung der letzten Tage keines raschen Entschlusses mehr fähig waren, daß diese Kräfte nicht zur Wirkung gebracht wurden. Man kann König Wilhelm, Roon, Moltke nicht immer mit Blücher, Suwaroff und Radetzky vergleichen, die auf eine lange Kriegspraxis zurückblickten, als sie ihre größten Leistungen vollbrachten. Die Befehlgebung ist am Abende von Königgrätz stillgestanden, es wurden nicht einmal die Grenzen der den einzelnen Corps zufallenden Lagerräume genau bestimmt, was im Hinblick auf ihre weitere Verwendung hätte geschehen müssen. Es gab Truppen genug, auf die man am 4. Juli rechnen konnte, gewiß die ganze Elbarmee und das V. Corps, sowie zahlreiche Kavallerie, die mindestens die Fühlung mit dem Feinde zu erhalten hatte. [2]) Verdy hebt

[1]) Ueber König Wilhelms Schlachteifer schreibt Bismarck am 9. Juli aus Hohenmauth an seine Frau: „Der König exponierte sich am 3. allerdings sehr, und es war gut, daß ich mit war, denn alle Mahnungen anderer fruchteten nicht, und niemand hätte gewagt, ihn so hart anzureden, wie ich es mir beim letzten Male, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassierregiment sich neben uns blutend wälzte, und die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwärmten. Die schlimmste sprang zum Glück nicht. Er kann mir noch nicht verzeihen, daß ich ihm das Vergnügen, getroffen zu werden, verkümmerte; „an der Stelle, wo ich auf allerhöchsten Befehl wegreiten mußte", sagte er gestern noch mit gereiztem Fingerzeig auf mich. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmiert über seine Truppen, und mit Recht, so exaltiert, daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und „guten Abend Grenadiere" sagen mußte, bis wir dann richtig wieder ins Feuer hineingetändelt waren" („Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin"). Die Gefährlichkeit der Situation, in der sich der König in der Nähe des Brizer Waldes befand, bestätigt v. Keudell, der im Gefolge mitritt (Fürst und Fürstin Bismarck S. 291).

[2]) An die ganz richtige Forderung, daß die Zweite preußische Armee am 4. Juli die Richtung über Hohenbruck auf Proßnitz hätte nehmen sollen, während die Elbearmee bei Pardubitz lagern mußte, reiht der Verfasser der „Kritischen Beiträge" die sonderbare Bemerkung: „Moltkes Leistungskraft wurzelte wesentlich in seinem höfischen Geschicke, in der Geschmeidigkeit und Selbstverleugnung, womit er das stolze Orlogschiff durch die mannigfaltigsten inneren Fährnisse ruhig

hervor, daß man beim preußischen Oberkommando des 4. Juli zur Entwirrung der Truppenverbände zu bedürfen glaubte, die bei dem Ineinanderfluten der drei Armeen auf der Linie ihres Zusammentreffens auf dem Schlachtfelde entstanden war. „Es ist, wo es sich um eine derartig große Zahl von Kombattanten handelt, damit nicht abgethan, daß es heißt: Die Schlacht ist gewonnen! Der Feind geht zurück! Jetzt alles, was noch laufen kann, hinter ihm her! Es müssen ganz besondere Verhältnisse vorliegen, um eine Verfolgung wie bei Belle-Alliance zu ermöglichen! ... Die ideale Forderung (der Verfolgung bis zum letzten Hauch von Mann und Roß) ist die Theorie berechtigt aufzustellen, die Wirklichkeit verpflichtet, alles aufzubieten, um sie nach Möglichkeit zu erfüllen, — aber unberechtigt bleibt die Erwartung, daß auch jedesmal das Ideal erreicht werden müßte. ... Auf großartige Verfolgungen wird man bei den Massenheeren unserer Zeit überhaupt nicht rechnen können, wenn 1. ein konzentrischer Angriff die eigenen Armeen durcheinander bringt, 2. der Abzug des Feindes unter dem Schutze einer starken und tapferen Artillerie erfolgt, die ein vortreffliches Schußfeld vor sich hat, 3. die Dunkelheit bereits eintritt, bevor ein neuer geordneter Angriff der Massen angesetzt werden kann, und 4. die weitere Verfolgung sehr bald ein Fluß hemmt, an welchem sich zwei Festungen befinden."

Die Schlacht bei Königgrätz überragt in der Stärke der auf dem Schlachtfelde aufgetretenen Armeen alle Schlachten des neunzehnten Jahrhunderts, sie ist überhaupt die größte der Neuzeit; denn man kann die Gesamtzahl der auf beiden Seiten zum Kampfe ausgezogenen Mannschaften auf 444000 Mann berechnen. Dabei ist preußischerseits auch die Gardelandwehr mit 9200 Mann inbegriffen. Für Leipzig rechnet man auf beiden Seiten zusammen 430000 Mann. Die Zahl der im Feuer gestandenen Truppen ist bei der preußischen Armee viel geringer als 221000 Mann, denn vom III. Armeecorps kamen nur 5 Batterien, von der 2. Gardedivision nur 3 zur Verwendung; ganz unverwendet blieb die Gardekavalleriebrigade, 3 Infanterie- und 2 Kavalleriebrigaden des I. Corps, die Kavalleriedivision Hartmann und die Füsilierbrigade der Division Etzel. Die Verluste betrugen:

Oesterreicher 1113 Offiziere, 28822 Mann tot und verwundet; 202 Offiziere, 12677 Mann unverwundet gefangen, 187 Geschütze, 641 Fuhrwerke, 21 Brückenwagen.

Sachsen 59 Offiziere, 1489 Mann tot und verwundet; 3 Offiziere, 87 Mann unverwundet gefangen, 1 Geschütz.

Preußen 359 Offiziere, 8794 Mann tot und verwundet.

Die Gesamtzahl von 39000 Toten und Verwundeten ist im Verhältnis zu der Zahl der Streiter nicht groß. Königgrätz gehört daher zu den relativ weniger blutigen Schlachten und steht als solche zwischen Leuthen (1/11) und

---

steuerte, nicht minder in seinem militärischen Geschicke." Das scheint sich als Vorwurf geben zu wollen, ist aber das Gegenteil, die höchste Anerkennung der Selbstzucht und Willensstärke. Was soll denn die blinde „Titanen"verehrung, die an dem deutschen Strategen „bemängelt", daß er kein Hannibal oder Julius Cäsar war? Gott sei's gedankt! Das Deutsche Reich hätten die beiden nicht gründen helfen.

Sedan ($^1/_{12}$), während Zorndorf als blutigste Schlacht der Neuzeit $^3/_8$, Belle-Alliance $^1/_3$ Verlust aller Streitenden aufweist.[1])

Italien hatte noch vor der Entscheidung in Böhmen seinen Bündnisverpflichtungen nachzukommen gesucht, war aber damit nicht glücklich gewesen. Seine 20 Infanteriedivisionen waren in vier Armeecorps aufgeteilt worden, von denen I. (Durando), II. (Cucchiaci), III. (Della Rocca) je 4 Divisionen Infanterie, 72 Geschütze und 1800 Reiter umfaßten, während das IV. (Cialdini) mit 8 Divisionen, 168 Geschützen, 3600 Reitern mehr als doppelt so stark sein sollte. Die Sollstärke einer Infanteriedivision betrug 10000 Mann, sie wurde jedoch nicht erreicht, man kann das Aufgebot Italiens im Feldzuge nicht höher als 165000 Mann veranschlagen. Ueber ihren Operationsplan waren die Generale, die bei der Besprechung desselben in Frage kamen, nicht einig. Cialdini stellte ähnlich wie Moltke die Ansicht auf, man solle das Festungsviereck durch den Uebergang über den unteren Po in die sogenannte Polesine links liegen lassen und die österreichische Feldarmee zur Frontveränderung zwingen.[2]) Er erhielt aber das Oberkommando nicht, weil er Bedingungen machte, die der König nicht eingehen konnte. Dieser trat selbst an die Spitze der Armee und machte seinen Minister La Marmora zum Chef des Generalstabs. Da Cialdini großes Ansehen und Popularität besaß, mußte man ihm aber doch ein selbständiges Kommando geben und gelangte dabei zu einer Teilung der Armee. Die Hauptmacht, die Divisionen Durando, Cucchiari, Della Rocca und die Kavalleriedivision Sonnaz (2400 Reiter), erhielt die Bestimmung, über den Mincio zu gehen und dort in einer geeigneten Stellung zu warten, bis Cialdini über den Po gekommen sei und im Rücken des bei Verona vermuteten Gegners zu operieren vermöge. Die jüngeren Herren, Bixio und Govone vor allem, waren gegen die Trennung der Heeresteile, begünstigten jedoch Unternehmungen gegen Istrien und Triest mit den Freiwilligen Garibaldis und der Flotte.

Erzherzog Albrecht verfügte über eine Feldarmee von drei Armeecorps, V. (Fürst Friedrich Liechtenstein, später Feldmarschalleutnant v. Rodich), VII. (Feldmarschalleutnant Baron Maroicic), IX. (Feldmarschalleutnant Hartung), einem Reserve-Kavalleriecorps (Oberst Pulz) und einer Reserve-Infanteriedivision (General v. Rupprecht), zusammen 71600 Mann Infanterie, 3500 Reiter, 168 Geschütze. In Tirol stand General v. Kuhn mit 13200 Mann Infanterie, 140 Reitern, 32 Geschützen, in Istrien Feldmarschalleutnant Baron Wetzlar mit 15700 Mann, 140 Reitern, 24 Geschützen; die Festungsbesatzungen kann man

---

[1]) M. Jähns, Königgrätz. Betrachtungen.

[2]) Moltkes Pläne sind in der sogenannten „Stoß ins Herz-Depesche" Usedoms vom 17. Juni dargelegt, die La Marmora veröffentlicht hat, um sich für die abfälligen Urteile Preußens über seine Kriegführung zu rächen. Er setzte nicht mit Unrecht voraus, daß die Aussöhnung der beiden Großmächte dadurch erschwert werden würde. Bernhardi hat Usedom allein für die Note verantwortlich machen wollen, der Kern der militärischen Ausführungen kann aber unmöglich anderswoher stammen, als vom preußischen Generalstab. Es ist auch politisch nichts daran auszusetzen; daß zwei Gegner bei einem ernsten Kriege — und dies war der Krieg von 1866 — sich „ins Herz stoßen" wollen, ist ganz selbstverständlich.

auf 29000 Mann, 400 Reiter und 16 Feldgeschütze veranschlagen. Generalstabschef der Südarmee war General Freiherr v. John, ein begabter, umsichtiger, mit den Verhältnissen des Kriegsschauplatzes bestvertrauter Offizier, der beim Erzherzoge wie beim gesamten Offiziercorps volles Vertrauen genoß. Auch die Corpskommandanten und die Truppen, die in den drei Corps vereinigt waren, durften mit Recht die besten genannt werden, die der Kaiser von Oesterreich besaß. Sie waren von jenem Selbstvertrauen beseelt, ohne das es keinen Sieg auf dem Schlachtfelde gibt, und zweifelten keinen Augenblick an ihrer Ueberlegenheit als Kriegsleute über die Welschen. Der Geist der Truppen Radetzkys lebte in ihnen wieder auf. Der Erzherzog war ebenfalls frei von Aengstlichkeit und Zweifel; es war ihm klar, daß er in seinen Entschlüssen rasch sein und die getrennten Armeen des Gegners einzeln aufs Korn nehmen müsse.

La Marmora hat am 6. Juni im Palazzo Pitti zu Florenz dem als preußischen Vertrauensmann in das italienische Hauptquartier entsendeten Theodor v. Bernhardi auseinandergesetzt,[1]) daß er nach dem Mincioübergange bis Somma-Campagna zu kommen gedenke und dort die Belagerung von Peschiera decken könne. Die Zumutung, die Bernhardi im Namen des preußischen Generalstabs an ihn stellte, mit der italienischen Armee nach Triest vorzugehen, sich mit Hülfe der Flotte dieser Stadt und der Eisenbahn von dort zu bemächtigen, um so eine Basis für neue Operationen zu gewinnen und den Preußen an der Donau die Hand zu bieten, wies er als abenteuerlich zurück. Vom General Türr, dem Vertrauensmann Kossuths, mit dem Bernhardi und der preußische Gesandte am Hofe von Italien ebenso wie mit dem Grafen Theodor Csaky, dem Vertrauensmann des Pester Revolutionscomitees, angelegentlich verhandelten, erfuhr er, daß La Marmora nur in dem Falle, als Garibaldi eine Landung in Triest ausführe, dorthin marschieren und den von Moltke gewünschten Marsch an die Donau versuchen werde. Dieser Zusammenhang war wohl auch der Grund für La Marmora, den Freiwilligen Garibaldis, deren unerwartet große Massen — 38000 — bereits unangenehm zu werden anfingen, eine andere Richtung, die nach Tirol, zu geben. Csaky erörterte vor den preußischen Diplomaten „die Organisation des antiösterreichischen Ungarns“, das zur Erhebung vorbereitet sei und nur auf die Geldsendungen warte, mit denen der thatsächliche Ausbruch eingeleitet werden müsse; er wußte zu erzählen, daß man den Herzog v. Leuchtenberg zum König von Ungarn wählen werde, um der ungarischen Sache die Sympathien der russischen Regierung zu gewinnen, daß Franz Deák die Pläne und die Thätigkeit des Pester Comitees wisse, und daß sich beim Beginne der Erhebung der ungarische Reichstag in Debreczin versammeln und die „déchéance“ des Hauses Habsburg proklamieren solle. Da sich Graf Bismarck für den Aufstand in Ungarn interessierte und ihn entweder zur Bindung militärischer Kräfte oder als Druck zur Beschleunigung der Friedensannahme zu verwenden gedachte, hatte er der italienischen Regierung empfohlen, sich dieser Sache anzunehmen

[1]) Bernhardis „Sendung nach Italien im Frühjahr 1866“ bildet den I. Teil des VII. Bandes der Tagebuchblätter „Aus dem Leben Th. v. Bernhardis“, herausg. von dessem Sohne, dem Obersten des Generalstabs Friedrich v. Bernhardi (1897).

und zu gleichen Teilen mit der preußischen die Kosten der ersten Erhebung (es wurden 3 Millionen Franken verlangt) zu übernehmen. La Marmora hat später sehr groß damit gethan, daß er diese Anträge Preußens abgelehnt habe.[1]) Dies erklärt sich aber am einfachsten damit, daß er Preußen überhaupt keine übertriebene Willfährigkeit zu zeigen Lust hatte, nachdem die Erwerbung Venetiens mit oder ohne Krieg ohnehin schon gesichert war. Würde Bismarck das „Trentino" zugelegt haben, hätte auch Italien mehr riskieren dürfen.

Die ungarischen Verschwörer haben sich bald überzeugt, daß ihre Angebote in Italien keinen großen Eindruck machten. Man kannte die österreichischen Verhältnisse dort besser als in Preußen. Cialdini hat sich gegenüber Bernhardi dahin ausgesprochen, daß er „aucune confiance dans les projets des Hongrois" habe. „Türr und die anderen ungarischen Emigranten machten sich Illusionen; sie hatten sämtlich gar keinen Einfluß mehr in Ungarn." Graf Csaky schloß am 18. Juni ein Abkommen mit Kossuth, das er wegen der Emigranten, namentlich der in Italien, in Frankreich und der Schweiz lebenden Honvedoffiziere, unerläßlich fand, und verlegte den Schauplatz seiner Thätigkeit dann nach Paris und Berlin. Kossuth war zufrieden, die Welt wieder mit einigen Manifesten beglücken und auf sich aufmerksam machen zu können; daß das Pester Comitee sich seines Namens nur bediente, um eigene selbstsüchtige Interessen zu verfolgen, hat ihn seine Eitelkeit zu erkennen verhindert.

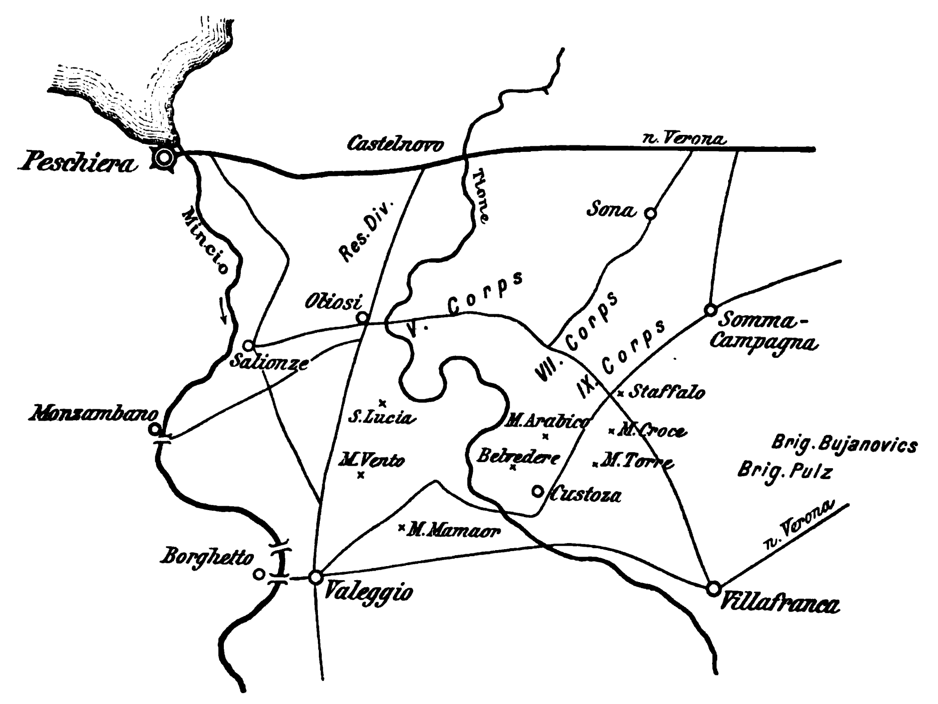
Die mannigfachen Kombinationen, in die sich Italien zum Teil gegen seinen Willen einbezogen fand, verloren bald jede Bedeutung durch die Niederlage, die sich die italienische Armee ungeschickterweise im ersten Anfange des Feldzugs bei Custoza holte. Am 23. Juni führte La Marmora seinen König und 12 Divisionen über den Mincio zwischen Monzambano und Goito, seine Kavallerie klärte das Gelände jenseits des Flusses auf und berichtete, daß sich schwache feindliche Vortruppen in der Richtung von Verona zurückzögen. Im italienischen Hauptquartier vermutete man die österreichische Feldarmee hinter der Etsch in der Zentralstellung zwischen Cologna und Lonigo, die Erzherzog Albrecht am 14. Juni eingenommen hatte, um die innere Linie zwischen den beiden Angriffsfronten des Gegners einzunehmen; man war nicht davon unterrichtet worden, daß Erzherzog Albrecht am 22. und 23. seine Truppen bei Verona versammelt hatte, um einen Hauptschlag auszuführen. Er hatte sehr richtig erwogen, daß in den nächsten Tagen von Cialdini nichts zu besorgen sein könne, da der Poübergang nicht so leicht zu bewerkstelligen war, und ließ ein einziges Jägerbataillon und ein Husarenregiment zur Bewachung der Polesine zurück. Mit 75000 Mann konnte er getrost den Angriff auf die 90000, die der König am linken Ufer des Mincio befehligte, wagen.

Schon am Abende des 23. lagerten die zur Schlacht anrückenden Truppen an der Straße von Sona nach Castelnovo, bei grauendem Morgen begannen sie ihre Bewegungen. Die Italiener waren völlig ahnungslos von der Nähe des Feindes. Die wenigen Nachrichten, die ihnen über den Ausmarsch der Oesterreicher aus Verona auf Umwegen zugetragen wurden, machten den Eindruck

---

[1]) In seinem Buche „Un po più di luce".

übertreibender Gerüchte, La Marmora hielt fest daran, daß zwischen dem Mincio und der Etsch nicht eine österreichische Brigade im freien Felde stehe. Er ließ ebenfalls am frühen Morgen den Marsch in östlicher Richtung antreten: links mit der Richtung Oliosi und Santa Lucia das I. Corps Durando, auf der Straße von Valeggio nach Villafranca das III. Corps Della Rocca, noch weiter südlich, mit der Nebenaufgabe, Mantua zu beobachten, das II. Corps Cucchiari. Die Höhen zwischen Somma Campagna und Villafranca waren bestimmt, der italienischen Armee die Stellung zu gewähren, in der sie den Poübergang Cialdinis abzuwarten hatte. Erzherzog Albrecht nahm an, La Marmora wolle die Armee noch weiter führen, und glaubte, sie auf dem Marsche in der Flanke fassen und vom Mincio abdrängen zu können. Sein rechter Flügel, das V. Corps



und die Reservedivision Rupprecht, sollte die am nördlichsten marschierende Kolonne der Italiener anfallen, zersprengen, dann bis Monzambano vorbrechen, die Minciobrücke zerstören und nun vom Westen her gegen Custozza vorgehen. Hier mußte indessen der Zusammenstoß des VII. und IX. Corps mit dem Zentrum der Italiener bereits erfolgt sein. Vom VII. Corps wurden zwei Brigaden bei Somma Campagna in Reserve gehalten. Feldmarschalleutnant Hartung aber sollte mit seiner Kraft zurückhalten, den Gegner nur im Anstand halten, und erst dann mit Sturm vorgehen, wenn die Umgehung des linken Flügels vollkommen durchgeführt und General Rodich im Besitze von Santa Lucia sei. Dies Programm der Schlacht wurde nicht genau eingehalten.[1]) Rodich warf zwar

[1]) Die kritische Würdigung der Gründe wird von Verdy du Vernois kriegsgeschichtlicher Studie „Taktische Details aus der Schlacht von Custozza" (Berlin 1876) geboten, die sich ausschließlich mit den Bewegungen und Leistungen der Reservedivision und des V. Corps beschäftigt.

die Division Cerale, die er bei Oliosi traf, zurück, aber er wagte es nicht, der Division Rupprecht, die in Unordnung geraten war, die Unternehmung an dem Mincio allein zu überlassen. Sein Linkseinschwenken wurde dadurch mehrere Stunden verzögert. Hartung ließ sich dagegen zu früh am Monte Croce in ein ernstes Gefecht ein und ging mit einigen Bataillonen auf die Höhe von Custoza vor. Die Division Brignone wurde zwar geworfen, aber Govone und Cugia kamen ihr zu Hülfe und gewannen das kostbare Terrain wieder. Nun trat eine Pause ein, während der sich Erzherzog Albrecht und Rodich über einen neuen, etwas reduzierten Angriffsplan verständigten. Zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags, bei glühender Hitze, ordneten sich die Oesterreicher zu einem neuen Sturme auf die Höhen von Custoza. Rodich hatte sich endlich Santa Lucias bemächtigt und kam vom Westen gerade auf das Belvedere zu, die zwei Reservebrigaden von Maroicic und eine frische Brigade von Hartung klommen nach vorausgegangener Beschießung in der Front die glatten Abhänge hinauf. Damit wurde das Zentrum durchbrochen. Govone als letzter mußte den Rückzug antreten, nachdem La Marmora, der vormittags wie ein unerfahrener Ordonnanzoffizier am Schlachtfelde hin und her gesprengt war, sich bereits mit dem Könige nach Valeggio begeben hatte.

Der Erfolg der Oesterreicher wäre vielleicht zweifelhaft geworden, wenn es nicht den beiden Reiterbrigaden Pulz und Bujanovic gelungen wäre, schon um 8 Uhr morgens den rechten Flügel der Italiener durch einige kühne Attacken derart zu erschrecken, daß er sich zu keiner Unterstützung des gefährdeten Zentrums aufraffte. Als Govone nachmittags den General Della Rocca ersuchte, ihm Hülfe zu bringen, wagte es dieser nicht mehr, weil er annahm, daß seine zwei noch unerschütterten Divisionen zur Deckung des unvermeidlich gewordenen Rückzugs notwendig gebraucht würden. Er hatte nicht so unrecht, Govones vernichtendes Urteil über seinen Corpskommandanten ist nicht durchaus begründet. Wenn Villafranca von Truppen entblößt worden wäre, konnten nicht nur die österreichischen Reiter mit den italienischen unter Sonnaz anbinden, wobei diese ohne Zweifel den Kürzeren gezogen hätten, auch Hartungs Brigade Wekbecker konnte nach rechts schwenken und den Monte Torre von Südosten stürmen, was die tapferen Verteidiger Custozas in Verwirrung bringen mußte.[1])

Die österreichische Armee verlor 5154 Tote und Verwundete, 120 Gefangene, 2682 Vermißte, die größtenteils den Toten zuzurechnen sind — eine der Waffenehre gebrachte Hekatombe von gewaltiger Größe! Die Italiener zählten 3480 Tote und Verwundete, 3647 Gefangene, 454 Vermißte. Die Bedeutung des schwer erkauften Erfolges, den der Sohn des Siegers von

[1]) Es soll dem General Govone nicht verargt werden, daß er in dem Werke „Die ital.-preuß. Beziehungen und die Schlacht bei Custoza" (deutsch von Bruchhausen, Berlin 1904) die Armee, in der er focht, so günstig als möglich beurteilt. Seine Darstellung wird auch ohne Zweifel als wertvolle Quelle zu behandeln sein; aber ihre Benützung verlangt Vorsicht und einschränkende Kritik. Behauptungen, daß die Oesterreicher sich am Abende des 24. „fast" für geschlagen hielten oder daß das italienische Heer „den Oesterreichern sehr überlegen" (S. 125) gewesen sei, müssen mit der patriotischen Ekstase, in der sich der Schreiber befand, entschuldigt werden.

Würzburg und Aspern durch eine sorgsam vorbereitete, aber auch kühn und im richtigen Augenblicke zur Ausführung gebrachte Schlacht erfochten hat, drückte sich in den Wirkungen aus, die sie auf die italienische Heeresleitung ausübte. La Marmora glaubte bis Cremona und Piacenza zurückgehen zu müssen; Cialdini gab den Poübergang auf und wich nach Modena zurück. Erzherzog Albrecht rechnete darauf, den Angriff Cialdinis am 28. zurückweisen zu müssen, er durfte sich deshalb in keine Verfolgung der bei Custoza besiegten Armee einlassen, die drei bis vier frische Divisionen gegen ihn verwenden konnte. Jenseits des Mincio gab es für die Oesterreicher keine Stellung, so lange sie den Gegner auch am Po erwarten durften; ebensowenig wäre es zu rechtfertigen gewesen, selbst über den Po zu gehen und Cialdini aufzusuchen, ja den Vorstoß nach Bologna zu machen, wie man im italienischen Hauptquartier erwartete. Der Erzherzog, der übrigens von dem nicht günstigen Verlaufe der ersten Zusammenstöße an der Iser und Elbe unterrichtet war, mußte seit dem 28. Juni darauf gefaßt sein, daß er und die Südarmee eine andere Bestimmung erhielten. Um den Besitz von Venedig konnte seit dem Vertrag vom 12. Juni überhaupt nicht mehr gekämpft werden. Den Italienern aber zu beweisen, daß mehr nicht zu gewinnen sei, hatte Custozza schon wesentlich beigetragen. Trotzdem man im Hauptquartier des Königs einsehen gelernt hatte, daß sich der Lorbeer, nach dem man dürstete, nicht ohne große Anstrengung werde pflücken lassen, war man doch bald so weit gefaßt, den Freunden eine Erklärung des Ereignisses von Custoza zu geben, die mit dessen sichtbaren Folgen im auffallendsten Widerspruche stand. Als Bernhardi am 2. Juli in Torre di Malimberti (am rechten Ogliioufer) mit Viktor Emanuel sprach, meinte dieser, er hätte sich am 24. erst dann entschlossen, über den Mincio zurückzugehen, als er ein Telegramm von Cialdini erhalten habe, daß er erst am folgenden Tag über den Po gehen könne. Um die Erwartungen auf die Zukunft jedoch nicht zu hoch zu spannen, übertreibt der König die Schwierigkeit der seiner Armee bevorstehenden Aufgaben in echt italienischer Manier. Um Mantua zu nehmen, versicherte er, müsse man z. B. 400000 Mann haben!

Der Eindruck des Sieges von Custoza außerhalb Italiens war überall derselbe, er befestigte die Ueberzeugung, daß Italien sich aus eigener Kraft von der Herrschaft der Deutschen nicht befreien könne, so wenig es in früheren Jahrhunderten jemals dazu die Kraft gefunden. Es war nicht nur eine österreichische, es war eine deutsche That, dies zur selben Zeit vor aller Welt durch einen fröhlichen Sieg festzustellen, als man von den herrlichen Gefilden, um die unter den Bannern aller großen Kaiser nie vergeblich gestritten worden ist, bereits Abschied nahm.

Und nicht nur bei Custoza, auch in der Adria, wo einst die Republik von San Marco allein das Hausrecht übte, mußte Italien, wie Friedjung bezeichnend sagt, „den letzten Schlag mit der Löwentatze“ fühlen. Am 20. Juli maßen sich die Flotten auf der Höhe der Insel Lissa. Mit 12 Panzerschiffen und 8 Schlachtschiffen älterer Holzbauart, die 10700 Mann Besatzung und 656 Geschütze trugen, war Admiral Persano nach heftigem Drängen seiner Regierung vom Hafen von Ancona ausgelaufen, hatte die Befestigungen von Lissa beschossen

und war nur mit schwerer Mühe aus dem Hafen herauskanoniert worden, nachdem die Geschütze des Forts San Giorgio zum Schweigen gebracht worden waren. Der österreichische Contreadmiral, Wilhelm v. Tegetthoff, hielt im Hafen von Fasana (bei Pola) das Geschwader bereit, mit dem er dem Gegner entgegentreten mußte, wenn dieser sich den dalmatinischen Gestaden näherte. Er hatte nur 7 Panzer, das Linienschiff „Kaiser", 5 Holzfregatten, 1 Korvette, 9 Kanonenboote mit 532 Geschützen. Als er die Depesche erhielt, die ihm die Ankunft der italienischen Flotte vor Lissa und dessen Bedrohung meldete, fuhr er rasch entschlossen am Abende des 19. Juli aus und griff um 10 Uhr vormittags des 20. Persano an, der seine Schlachtordnung vor der Nordküste von Lissa bildete. Die Kühnheit des Führers und seiner Kapitäne, namentlich des Freiherrn v. Sterneck und des Kommodore Petz, die Gewandtheit aller Bewegungen und vor allem die Geschicklichkeit im „Rammen", d. h. im Durchbohren der feindlichen Schiffe mit Stahlspornen, richtete in der an Zahl und Tonnengehalt so sehr überlegenen feindlichen Flotte eine derartige Verheerung an, daß sie, nachdem der „Re d'Italia" gesunken und der „Palestro" in die Luft geflogen war, den Kampf aufgeben und schmählich zugerichtet an die heimische Küste zurückdampfen mußte. Die Italiener verloren mit den beiden zu Grunde gegangenen Schiffen 630 Mann und hatten außerdem 5 Tote und 39 Verwundete; die Oesterreicher 38 Tote und 138 Verwundete.[1]) Der Ruhm, den die österreichische Seemacht durch den Sieg von Lissa errang, war leuchtend genug, um durch das dunkle Schicksal, dem die Nordarmee in Böhmen verfiel, nicht an Glanz zu verlieren.[2]) Wilhelm v. Tegetthoff wird zu allen Zeiten zu den größten Seehelden gezählt werden, seine Rammtaktik hat Schule gemacht und beschäftigt die Theorie der größten Kriegsmarinen der Welt. Die Italiener müssen außer dem Unglück, das zweien ihrer besten Schiffe widerfuhr, vor allem beklagen, daß sich die Führung der Holzflotte durch Vizeadmiral Albini völlig unfähig, ja sogar mutlos erwies. An dieser Thatsache konnte das ungerechtfertigte, von Leidenschaft beeinflußte Urteil, mit dem Admiral Persano für den Verlust der Schlacht bestraft wurde (15. April 1867), nichts ändern.

---

[1]) Eine glänzende Schilderung der Seeschlacht von Lissa, der auch eine Situationskarte gewidmet ist, enthält Friedjungs II. Band (S. 433—464) „Kampf um die Vorherrschaft", ein Meisterstück in der Verwertung sachlicher Kenntnisse zur Erzielung der höchsten Klarheit in der Anschauung des Lesers.

[2]) Nicht unerwähnt mag es bleiben, daß sich auch in ganz Deutschland, nicht zum wenigsten in Preußen, die freudigste Teilnahme über die herrliche Waffenthat der österreichischen Marine äußerte. Dies kann der Schreiber dieser Geschichte aus eigener Erfahrung bezeugen. Am Krankenbette seines bei Chlum (Brigade Benedek) schwer verwundeten Bruders, zu dessen Pflege er mit dem greisen Vater nach Horitz geeilt war, wurde ihm die Nachricht davon durch den preuß. Johanniterritter Grafen von Stolberg mit den Worten mitgeteilt: „Heute kann ich Ihnen beiden eine Freude machen und Sie versichern, daß wir alle sie mit Ihnen fühlen" und abends stießen die Offiziere der Landwehrbataillone, die durch Horitz dem Kriegsschauplatze an der Donau zumarschierten, mit ihm an, auf die österreichischen Seehelden und ihren Führer Tegetthoff. Damals wurde es ihm inmitten der unter Schmerzen dahinsterbenden Landsleute klar, daß aus dem vergossenen Blute nicht Haß und Rache hervorgehen könne, daß die wieder in Treue sich zusammenfinden müßten, die gemeinsam Schulter an Schulter jahrhundertelang gemeinsame Ziele verfolgt hatten.

Königgrätz war für die Oesterreicher kein Waterloo geworden. Die Armee war in der Nacht vom 3. auf den 4. Juli dem Zerfall nahe, am 4. und 5. sammelten sich, dank dem Zauber der Subordination, die auf einer uralten Kriegstradition beruht, die auseinander geratenen Soldatenhaufen wieder um die zerschossenen Fahnen, jeder Offizier that seine Pflicht, ohne sich von Verzweiflung oder Verratwitterei nur einen Augenblick davon abhalten zu lassen, jeder Unteroffizier erinnerte sich, sobald nur die entmannende Müdigkeit überwunden und der brennende Durst gelöscht war, des Dienstes und der Obliegenheiten, die ihm dieser auftrug. Es gab auch am 6. und 7. Juli noch keine völlig widerstandsfähige Armee, aber schon am 4. erstanden die Compagnien, Bataillone, Regimenter von selber wieder, ganze Brigaden befolgten musterhaft die Anordnungen, die ihnen zukamen; das I., III., VI. und X. Corps marschierte schon am Abende dieses Tages vereinigt seinem Bestimmungsorte zu, im Laufe des 5. waren bereits sämtliche Verbände hergestellt. Oesterreich hatte kein „Débacle" erlitten, es besaß zwei Armeen, die noch schlagen konnten; aber der siegreichen preußischen waren sie auch vereinigt nicht mehr gewachsen.

Die Vereinigung wurde in Wien schon am 4. Juli beschlossen. Kaiser Franz Joseph, zwar tief gebeugt durch das unerwartete Unglück, bis ins Innerste verletzt durch den Triumph des Gegners, dessen Stärke er nicht gekannt hatte, verlor die Fassung nicht. So trägt eine fürstliche Natur die Schläge des Schicksals! Auch die Würde ist ein Entwickelungsergebnis, das Vermächtnis von Generationen, die sich niemals in Genußsucht verloren, die immer für ihr Haus und ihr Reich gearbeitet hatten. Um 2 Uhr nachts, nachdem bereits ein höchst aufregendes, das Schlimmste voraussetzendes Telegramm des Festungskommandanten von Königgrätz eingelaufen war, und von Minute zu Minute die Meldung Benedeks erwartet werden mußte, ließ es sich der Kaiser von Oesterreich nicht nehmen, den König von Sachsen persönlich zu empfangen, der mit einem Zuge der Nordbahn aus Prag ankam. Zwei Stunden darnach kam die Depesche des geschlagenen Feldherrn aus Holitz, die mit den Worten begann: „Vorgestern schon besorgte Katastrophe der Armee heute vollständig eingetroffen" und endete: „Werde nun trachten, die Armee zu sammeln; drängt der Feind, so wird dies kaum möglich sein. Führe alles womöglich nach Olmütz und werde Detailgefechtsrelation so bald als möglich erstatten." Noch am Vormittage standen die Entschlüsse des Kaisers fest: Abtretung Venetiens an Napoleon zur Erfüllung des Vertrages vom 12. Juni, sofortige Räumung des Landes mit Ausnahme der Festungen, Berufung des Erzherzogs Albrecht und seiner siegreichen Armee an die Donau; also Zusammenraffen aller Machtmittel zum Widerstand gegen Preußen, damit die zu erwartende Vermittlung Frankreichs erfolgreich sein könne. Daß dabei die Erwartung vorgeherrscht hat, der von Paris ausgehende Druck auf Preußen werde sehr stark sein, er werde sich in der Aufstellung einer Armee am Rhein äußern, kann wohl angenommen werden.

Auch in den Tuilerien riefen die Nachrichten über Sadowa, wie die Franzosen die Entscheidungsschlacht zwischen Preußen und Oesterreich nennen, nicht nur grenzenloses Erstaunen, sondern Beklemmung und das Gefühl des Mitgeschlagenseins hervor. Einen derartigen Erfolg der preußischen Waffen hatte

man nicht erwarten können; er schloß die gefahrlose Friedensstiftung des unparteiischen, aber nicht uninteressierten Dritten aus und verlangte Kraftanstrengungen, auf die man nicht vorbereitet war, als man die beiden Konkurrenten in den Kampf gehetzt hatte. Drouyn de Lhuys wollte die Konsequenzen der Situation ziehen, zu deren Schaffung man beigetragen: Vermittlung, wenn nötig, mit militärischen Demonstrationen. Er beantragte Einberufung der Kammern, um einen Kriegskredit von 500 Millionen Franken zu verlangen. Die Abtretung Venetiens konnte Frankreich befriedigen, es mußte sich aber bereit zeigen, den Fortschritten der preußischen Politik Grenzen zu stecken. In diesem Sinne sprach auch die Kaiserin, in der sich der Neid aller Romanen über die Aeußerung von Kraft und Talent der deutschen „Barbaren" regte. Prinz Napoleon und Rouher blieben ihrem Programme treu, sie empfahlen, den Ereignissen ihren Lauf zu lassen und weder Preußen noch Italien vom Vormarsche in das Herz von Oesterreich abzuhalten. Nicht unbeachtet konnte der Kaiser den schwerwiegenden Einwurf des Ministers des Innern, Marquis de Lavalette, lassen, daß Frankreich unmöglich sich der Gefahr eines Krieges mit Preußen und Italien aussetzen könne, denn es sei darauf in keiner Weise vorbereitet, die Nachrichten von den Wirkungen des Zündnadelgewehrs würden auch gewiß nicht dazu beitragen, die Begeisterung der Soldaten an einem Kriege gegen einen besser bewaffneten Feind zu erwecken. Die Abtretung Venetiens an Frankreich wurde aber zunächst nach Möglichkeit zur Beruhigung der öffentlichen Meinung ausgebeutet, die durch das Ereignis vom 3. Juli sehr erregt war. Ganz Frankreich fühlte sofort, daß die Leistungen seiner Armee durch die preußische kolossal überboten waren, daß in den Siegern von Sadowa die Gegner des französischen Uebergewichtes in Europa entstanden seien, mit denen man sich werde messen müssen. Eine Note des Moniteur vom 5. Juli schien die Besorgnisse zerstreuen zu können. Sie verkündete: „Eine wichtige Thatsache hat sich soeben zugetragen. Nach Wahrung der Ehre seiner Waffen in Italien hat der Kaiser von Oesterreich, eingehend auf den Gedanken, den der Kaiser Napoleon in seinem Schreiben vom 11. d. M. an Herrn Drouyn ausgedrückt, Venetien an den Kaiser der Franzosen abgetreten und dessen Vermittlung zwischen den kriegführenden Mächten zur Herbeiführung des Friedens angenommen. Kaiser Napoleon beeilte sich, diesem Ansinnen zu entsprechen, und wandte sich sofort an die Könige von Preußen und Italien, um einen Waffenstillstand herbeizuführen." Paris war über die Anrufung des französischen Schutzes durch die Großmacht Oesterreich so entzückt, daß es durch Flaggen und festliche Beleuchtung seiner Befriedigung Ausdruck gab.

Das preußische Hauptquartier war noch durchaus nicht über die militärische Lage orientiert, die sich aus der Schlacht von Königgrätz ergab, als die Depesche Napoleons daselbst eintraf. Es gibt keine Darstellung der Verhältnisse in der Umgebung König Wilhelms am 4. Juli, die mehr Aufklärung bietet als die schlichte Erzählung des Generals v. Stosch,[1]) der mit dem Kronprinzen ins Große Hauptquartier geritten war, um eventuell seine Meinung über Waffenstillstandsvorschläge abzugeben. Man wußte, daß Gablenz mit solchen bei den

[1]) „Denkwürdigkeiten" (Deutsche Revue. 27. Jahrg. II. 1902).

Vorposten angelangt war. „Es war unter uns verabredet worden," berichtet der nachmalige erste Chef der deutschen Admiralität, „ein dreitägiger Waffenstillstand sei nur unter der Bedingung anzunehmen, daß die Oesterreicher die drei Festungen Josefstadt, Königgrätz und Theresienstadt räumten; dann wollten wir die Elbe als Demarkationslinie gelten lassen. — Der Kronprinz ging zu Bismarck, der Roon und Moltke rufen ließ, und nun eröffnete der Kronprinz den Grund seines Kommens. Moltke sagte sofort, einen kurzen Waffenstillstand könnten wir sehr gut gebrauchen, unser Sieg sei nicht bedeutend und die Truppen seien auf das Aeußerste erschöpft. Nun zählte der Kronprinz auf, daß wir bis jetzt über 100 Geschütze und an 20000 gesunde Gefangene hätten, daß also eine möglichst rasche Verfolgung geboten und ein Waffenstillstand unzulässig sei. Endlich einigte man sich auf die oben erwähnten Bedingungen, und der Kronprinz übernahm es, den König (der mittlerweile dem Begräbnis des Generals Hiller v. Gärtringen beiwohnte) in dieser Richtung zu bestimmen. Darauf wandte sich der Kronprinz mit der Frage an Bismarck, welche Resultate er nunmehr vom Kriege fordere. Bismarck entwickelte darauf wundervoll klar und anregend die Forderungen, die einem Frieden zu Grunde zu legen wären: Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland, Einigung des wesentlich protestantischen Norddeutschlands als Etappe zur großen Einheit, außer dem König von Sachsen sollte kein Souverän gestrichen werden, Hessen und Hannover nur so weit verkleinert, wie zur geschlossenen Verbindung unserer Ost- und Westprovinzen notwendig. Seine Art, den Verdiensten meines Herrn keine äußere, aber volle innere Anerkennung zu zollen, fand bei diesem freundliche Aufnahme. Er sprach das auch aus und bemerkte nur, daß zunächst die Schlichtung des inneren Konflikts in Preußen notwendig sei. Bismarck stimmte bei und versprach damals schon, in der Eröffnungsrede der Kammern diesen entgegenzukommen. Dieses und daß er zur Durchführung seiner Pläne die Kraft des Kronprinzen forderte, führte sie einander näher, und es fand zwischen ihnen eine Art Aussöhnung statt."

Gerade diese Aussöhnung war von den wichtigsten Folgen. So wertvoll sich auch Kronprinz Friedrich als Kommandeur der Zweiten Armee erwiesen hatte, noch größere Dienste hat er der nationalen Sache in den Tagen staatsmännischer Entscheidungen geleistet, die nun nach dem gewaltigen Waffengange der beiden deutschen Großmächte hereinbrachen. Die Zeit vom 4. bis 26. Juli ist reicher an diplomatischen Verwickelungen und Szenenwechseln als irgend eine Epoche der Geschichte Europas und sie ist vor allem dadurch bemerkenswert geworden, daß ihre Ereignisse fast ausschließlich in den Charakteren der handelnden Personen ihre Begründung finden, daß Individualitäten und nicht Kollektivkräfte dabei ausschlaggebend geworden sind. Die Gemächer, in denen das preußische Hauptquartier von Horitz bis Nikolsburg seine Geschäfte besorgte, in denen König Wilhelm die Gesandten Europas empfing, sind die Schauplätze eines historischen Dramas, das in seiner straffen Zusammenfassung der Handlung seinesgleichen sucht. Leider muß die Geschichtschreibung eingestehen, daß sie bei der Darlegung dieser Handlung sich nicht immer auf dem Boden bestimmter und verläßlicher Mitteilung bewegt, denn die am allernächsten beteiligten Personen haben entweder nur sehr unvollkommene oder gar keine Vermerkungen darüber geführt,

was mit und neben ihnen vorgegangen ist, die Akten sind Briefe und Depeschen, die meistens subjektive Eindrücke und in gedrückter oder leidenschaftlich erregter Stimmung Gehörtes wiedergeben, sie müssen daher immer vorsichtig untereinander verglichen werden. Was aber das wichtigste ist: Ereignisse, Meldungen, offizielle Ankündigungen, vertrauliche Eröffnungen, mündliche Erörterungen, Beratungen folgten sich so rasch aufeinander, häufig mit gleichzeitiger Veränderung des Schauplatzes, immer aber neue Ausblicke in die nächste Zukunft gewährend und neue Kombinationen heischend, daß die Erinnerung daran ganz unmöglich genau und nach Zeit und Umständen geordnet bleiben konnte. Das erweist sich vor allem an den Aufzeichnungen Bismarcks, die ein Vierteljahrhundert später gemacht worden sind und ganz besonders in dem Teile, der die Zeit von Königgrätz bis Nikolsburg behandelt, zu kritischer Kontrolle und Berichtigungen Anlaß gegeben haben.[1]) Hätte Lothar Bucher das Datenmaterial, auf das sich der greise Fürst bei seinen Diktaten stützen mußte, emsiger vorbereitet, so würde diesem mancher Widerspruch aufgefallen sein. Es hat einer mühsamen und scharfsinnigen Untersuchung bedurft, um die Entstehung des Friedenswerkes in allen Vorstufen verständlich zu machen. Das Wesentliche scheint nun festzustehen,[2]) es ist aber nicht ausgeschlossen, daß noch Enthüllungen bevorstehen, durch die eine oder die andere Hypothese beseitigt werden wird.

Wie schon aus dem oben angeführten Berichte von Stosch hervorgeht, dessen Glaubwürdigkeit mit guten Gründen belegt werden kann, war am 4. Juli die Tragweite des am Tage vorher erfochtenen Sieges nicht erkannt; die dem General v. Gablenz gestellten Bedingungen für den Waffenstillstand entsprachen nicht der neu geschaffenen Lage, sondern der unumgänglich notwendigen Sorge für die eigene Sicherheit. Der Kronprinz schrieb in sein Tagebuch, Gablenz habe ganz offen gestanden, die österreichische Armee sei total geschlagen und befände sich in einer traurigen Verfassung, aber er setzte hinzu: „Diese ganze Sendung hielt ich für eine Kriegslist, ohne jedoch recht herausbekommen zu können, was dahinter stecke; entweder wollten die Oesterreicher Zeit gewinnen oder sich Einsicht in unsere Truppenverhältnisse verschaffen." Die Depesche des Kaisers Napoleon rief daher eine recht unangenehme Ueberraschung hervor, sie veranlaßte den König, sich mit den Friedensbedingungen zu befassen, wozu er bis dahin noch keine Zeit gefunden zu haben scheint, und wurde sowohl von ihm als von Bismarck[3]) doch so ernst genommen, daß man sich zu einer Antwort veranlaßt sah, deren Kern die Annahme der Vermittlung war. Der Schluß der Antwortdepesche lautete: „Durch ein chiffriertes Telegramm an meinen Gesandten werde ich Ew. Majestät die Bedingungen mitteilen, unter denen die militärische Lage und meine Verpflichtungen gegen den König von Italien mir erlauben, einen

---

[1]) Besonders zu beachten sind die Besprechungen des Memoirenwerkes von Max Lenz, Erich Marcks und Friedrich Meinecke.

[2]) Friedrich Thimme: Wilhelm I., Bismarck und der Ursprung des Annexionsgedankens 1866. (Histor. Zeitschr. 89.)

[3]) v. Keudell a. a. O. erzählt: Bismarck habe über die Depesche Napoleons zu ihm und Abeken gesagt: „Nach einigen Jahren wird Louis voraussichtlich die Parteinahme gegen uns bedauern: sie kann ihm teuer zu stehen kommen."

Waffenstillstand zu schließen." Eine Erwähnung der Anwesenheit des Generals Gablenz im preußischen Hauptquartier sollte bei Napoleon, wie Lettow-Vorbeck meint, „einen Argwohn gegen die Handlungsweise Oesterreichs" erwecken. Die Bedingungen des Waffenstillstands wurden nicht an Goltz telegraphiert, es wurde vielmehr Prinz Heinrich Reuß, der von 1854 bis 1863 Legationsrat bei der preußischen Gesandtschaft am Tuilerienhofe gewesen war, am 7. Juli nach Paris abgefertigt, um die Absichten des Kaisers über die Friedensbedingungen zu erkunden.

Die Erfahrungen, die man mit Frankreich gemacht hatte, blieben nicht vereinzelt, auch Rußland glaubte durch die von Preußen beabsichtigte Auflösung des Deutschen Bundes zu Gegenschritten im konservativen Sinne genötigt zu sein, es wollte mit England und Frankreich für die Wahrung der Verträge von 1815 eintreten, durch die der Bund unter die Garantie der Mächte gestellt sei. Um so wichtiger war es für Preußen, so schnell als möglich neue Thatsachen zu schaffen, durch die Oesterreich zum raschen Friedensschluß auch ohne Vermittlung gezwungen werde. Es mußten die militärischen Pressionsmittel verstärkt und neue Gefahren für Oesterreich nahe gerückt werden. Dazu erbot sich Italien und, von ihm begünstigt, die ungarische Revolutionspartei. Es war ein ganz falscher Schritt Oesterreichs gewesen, Venetien an Frankreich abzutreten, ohne dafür irgend eine Zusage zu erhalten. Darin lag eine Beleidigung für Italien, die um so kränkender wirken mußte, als sie dem Besiegten angethan wurde, und eine Begünstigung Napoleons, die dieser durch nichts verdient hatte. Es gehört zu den schwer zu erklärenden Erscheinungen, die das so ganz eigentümlich geartete patriotische Gefühl in Oesterreich zu Tage gefördert hat, daß die Niederlage von Königgrätz lange Zeit als Schmach, der Verlust der Schlachten von Magenta und Solferino aber nur als eine Ungunst des wetterwendischen Kriegsglücks empfunden wurde, durch die weder die Armee noch das Reich erheblich geschädigt worden sei, daß man die Franzosen als ritterliche Gegner, mit denen man auch nach erhaltenen Wunden auf dem Standpunkte der Ebenbürtigkeit verkehren durfte, betrachtete, die Preußen aber als rohe Gewaltmenschen, von denen man unversehens überfallen und in seinen heiligsten Rechten gekränkt wurde. Ist es noch begreiflich, daß die Deutschen in Oesterreich sich durch die Zerreißung des tausendjährigen Bandes mit den anderen Stämmen der Gesamtnation schwer geschädigt erklärten und an dem Wahne von 1848 festhielten, es hätte ein kräftiges deutsches Staatswesen mit Einschluß der österreichischen Länder begründet werden können, so kann man doch kaum mehr erraten, was die sogenannten „Nur-Oesterreicher", die jede deutschnationale Regung fast mit Verachtung von sich weisen, so sehr gereizt haben kann, als die Monarchie der Habsburger sich nach jahrhundertelangem fruchtlosen Bemühen um die Lösung der deutschen Frage nun endlich auf sich selbst angewiesen fand und sich ausschließlich mit ihrer Konsolidierung befassen durfte, noch weniger ist der Grund des slavischen Hasses gegen Preußen einzusehen, dessen staatsrechtliche Operation am Deutschen Bunde den Slaven in Oesterreich zu einer Beachtung geholfen hat, die sie sich in dem deutschen Präsidialstaate niemals hätten erringen können. Die öffentliche Meinung in Oesterreich, deren getreuer Ausdruck die Wiener Presse war, bewegte sich nun

einmal in Geleisen, die nicht zu einer strengen Selbstkritik, sondern nur zu leidenschaftlichen Anklagen des Gegners führten, sie hat der eigenen Regierung alle Schuld an dem erlittenen Unglücke beigemessen, hat ihr Verbrechen angedichtet, die sie niemals begangen hatte, aber die unkluge Herausforderung des Gegners, durch die der Friedensschluß erschwert wurde, war ihr nicht unsympathisch.

Die Erschwerung des Friedens entstand dadurch, daß Italien den Gedanken unerträglich fand, Venetien als ein Geschenk aus Napoleons Hand entgegennehmen zu sollen. Viktor Emanuel beantwortete daher die Depesche des Kaisers, in der er ihm die Abtretung Venedigs angekündigt hatte, mit einer Verschiebung der Entscheidung: „Der Vorschlag, den Ew. Majestät mir machen, ist so schwerwiegend, daß ich erst den Rat meiner Regierung befragen und die Bedingungen Preußens kennen muß, mit dem ich durch Vertrag gebunden bin.“ Als der König am 5. Juli im Hauptquartier von Cicognolo mit Theodor v. Bernhardi die neue, durch Königgrätz geschaffene komplizierte Situation besprach, unterließ er nicht, wenn er den Namen Napoleons nannte, als „Epitheton ornans“ hinzuzufügen: „ce cochon“! La Marmora wollte nichts als Venetien und den Frieden und war in Sorge, daß Preußen durch zu hohe Forderungen den raschen Friedensschluß verhindern könne. Die meisten Generale aber wollten den Krieg fortsetzen und mindestens Venetien selbst erobern; sie bildeten sich wenigstens ein, daß es eine Eroberung sei, wenn sie über den Po und bis an die Alpen marschieren, ohne von den schon im Abzuge begriffenen Oesterreichern gehindert zu werden. Govone, dem die Niederlage von Custoza schwer auf dem Herzen lag, telegraphierte an General Pettinengo ins Hauptquartier: „Um der Barmherzigkeit willen, man sei doch gerecht gegen uns! Glauben Sie keineswegs, daß das Heer keine Mannszucht mehr besitze oder unzufrieden sei. Es ist ein ausgezeichnetes, tüchtiges, tapferes, den Oesterreichern sehr überlegenes, vertrauendes Heer, das nur vormarschieren möchte und ungeduldig wird . . . Das ist die ganze Wahrheit. Wir bauen auf das Oberkommando, wenn die Politik uns nicht zwingt, auch fernerhin unter dem Fehlschlag vom 24. zu leiden.“ Diese Gesinnung erfüllte auch den Baron Ricasoli, der seit La Marmoras Abgang zur Armee die auswärtigen Angelegenheiten besorgte. Er verlangte die Uebergabe Venetiens von Oesterreich direkt an Italien, die Abtretung des italienischen Südtirol und Fernhalten anderer (der römischen) Fragen von den Friedensverhandlungen. Als darauf Napoleon mit einer Besetzung Venetiens durch französische Truppen und einer Allianz mit Oesterreich drohte, protestierte Ricasoli gegen diese Bedrohung und Vergewaltigung und verlangte von Preußen dringend, daß es Italien von dem Waffenstillstand befreie, indem es selbst den Krieg fortsetze.[1]) Cialdini ging am 8. Juli über den Po.

Daß Oesterreich die Vermittlung des Kaisers Napoleon anrief und gleichzeitig seine Südarmee an die Donau zog, konnte in Bismarck nichts anderes als die Ueberzeugung hervorrufen, daß es den Krieg mit Preußen um jeden Preis fortsetzen wolle und dabei auf die Mitwirkung Frankreichs rechne. Ob sich Napoleon bereits zu einem Einfall in die Rheinlande verpflichtet habe, mit welchen

---

[1]) Bernhardi, „Aus dem Leben“. VII. Bd.

Mitteln er überhaupt Preußens Siegespreis zu verkürzen trachten werde, wußte am 8. und 9. Juli niemand; man mußte aber in Preußen mit dem Krieg am Rhein rechnen. Diesem hatte Bismarck keinen anderen Schachzug entgegenzusetzen als die Insurgierung Ungarns, die ihm vom revolutionären Nationalkomitee angeboten wurde. Graf Seherr-Thoß, geboren in Preußisch-Schlesien, aber seit 1841 ungarischer Gutsbesitzer, der als Teilnehmer der Revolution von 1848—49 flüchtig geworden und zu Nikolaus Kiß, Kossuth und dem Prinzen Napoleon in Beziehung getreten war, richtete am 6. Juli von Berlin ein Telegramm an Bismarck, in dem er sich als Abgesandter des Prinzen ankündigte und in dessen Namen die Versicherung gab, Italien werde Venetien nicht aus der Hand Frankreichs annehmen. Er kam am 8. Juli nach Pardubitz, wo eben Gablenz mit einem zweiten Waffenstillstandsangebote erschienen war. Der König hatte ihn nicht empfangen, sondern ihm durch Moltke die schriftliche Erklärung zukommen lassen, daß man einen Waffenstillstand nur zu dem Zwecke solcher Verhandlungen bewilligen könne, die zu einem dauernden Frieden führen. „Eröffnungen, welche die politische Basis hierfür bilden, seien noch nicht gemacht worden.“ Gleichzeitig war der Entschluß gefaßt worden, den Krieg mit aller Energie fortzusetzen, die Zweite Armee der österreichischen folgen zu lassen, die nach Olmütz zurückgegangen war, die Erste in gerader Linie nach Brünn, die Elbearmee über Iglau nach Mähren rücken zu lassen. Von der gehobenen Stimmung, die im preußischen Hauptquartier durch die volle Erkenntnis des großen Sieges entstanden war, geben Roons Briefe an seine Frau vom 7. und 8. Juli Zeugnis, die mit großer Zuversicht von dem Marsche nach Wien und einer zweiten großen Schlacht sprachen, zu der 130000 Mann — abgesehen von der Armee des Kronprinzen — zur Verfügung stehen. Die Ansicht, die er am 10. in Zwittau der Nachricht von der Ankunft der Armee des Erzherzogs Albrecht an der Donau anschließt: „Darum müssen wir vorher soviel zerreiben als wir können“ — wurde auch von Bismarck geteilt, der die militärische und politische Situation nicht so glänzend sah als die Herren des Großen Hauptquartiers und der bereits wußte, daß die Ansprüche des Königs an die politischen Ergebnisse des Krieges sehr hoch gespannt seien. Er ermächtigte daher den Grafen Seherr-Thoß, mit Klapka und Csáky aus den ungarischen Gefangenen, die in die Hände der Preußen gefallen seien, mobile Truppen zu bilden, mit ihnen über den Jablunkapaß zu marschieren und die Gesinnungsgenossen unter die Waffen zu rufen.[1]) Es wurden auch thatsächlich

[1]) A. Kienast, Die Legion Klapka. Eine Episode aus dem Jahre 1866 und ihre Vorgeschichte (Wien 1900). Die wichtigste Quelle dieses umfangreichen Werkes (XIV u. 386 S. mit Faksimile- und Kartenbeilagen) sind Akten des k. u. k. Kriegsarchivs und unter diesen namentlich Abschriften aus dem Tagebuche des Grafen Seherr-Thoß, das ihm in der Gefangenschaft abgenommen worden war. Das Buch enthält interessante Einzelheiten, sein Inhalt beweist jedoch, daß es sich wirklich nur um eine Episode der — Geschichte der revolutionären Strömungen in Ungarn gehandelt habe. Dazu stimmt der Pomp nicht gut, mit dem sich die Publikation in die Welt begeben hat. Er hat Anlaß gegeben, daß das Werk eines namhaften Militärschriftstellers, der vorher im österreich-ungarischen Kriegsarchiv verwendet worden war, als ein offizielles angesehen und darin eine gegen Preußen oder wenigstens gegen Bismarck gerichtete Spitze gesucht wurde. Hätte die Absicht nachträglicher Rekrimination wirklich bestanden, so ist sie gewiß nicht erreicht worden; denn gerade die Politik, die Bismarck in Nikolsburg mit dem Einsatze seiner

1500 Mann in Neiße als Honvéd (ungarische Landesverteidiger) vereidigt und in die ungarischen Grenzgebiete gesendet, wo sie von österreichischen Truppen abgefangen wurden, bevor sie noch ernstlich verwendet werden konnten.

Am 9. und 10. Juli erhielt die aufs Aeußerste gespannte europäische Situation noch neue Komplikationen. Der Kaiser von Oesterreich entschloß sich zur Fortsetzung des Krieges, obwohl sie ihm die Beruhigung Italiens nicht garantieren konnte. Dazu hätte zum mindesten eine französische Kriegsflotte nach Venedig gesendet und die Uebernahme Venetiens faktisch vollzogen werden müssen. Die darauf abzielenden Anträge Drouyn de Lhuys' waren aber noch unberücksichtigt geblieben. Man hat sich in Wien wohl kaum darüber Rechenschaft gegeben, worin das Endziel weiterer Kriegführung bestehen solle, abgesehen von der Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts. Venetien war aufgegeben; von einem anderen Landverluste war Oesterreich aber nicht bedroht; noch hatte Preußen keinen Anspruch auf Erwerbung österreichischen Gebietes erhoben. Es wäre auch kaum geschehen, wenn General Gablenz mit dem Antrage auf Waffenruhe auch Friedensbedingungen vorzubringen gehabt hätte. Einen so nachdrücklichen Sieg über Preußen, der Oesterreich in die Lage gesetzt hätte, den Deutschen Bund und seine Präsidialstellung darin wieder zu erneuern, konnte man nach dem Verlaufe des Feldzuges doch unmöglich mehr erwarten. Es blieb also nur die Hoffnung auf einen glorreichen Sieg Frankreichs gegen Preußen, ja wahrscheinlich gegen den größeren Teil Deutschlands. Hätte Oesterreich in dem von Napoleon III. wiederhergestellten Bunde Macht und Einfluß entfalten können? — Dies alles wurde nicht erwogen und dies ist gewiß nicht zu verwundern. Der Geschlagene will vor allem zurückschlagen: die lodernde Siegesbegier unterdrückt die Erwägungen der Politik. — Erzherzog Albrecht, zum Oberbefehlshaber aller Truppen der Monarchie ernannt, also nahezu Generalissimus wie einst sein Vater Karl, verlangte schon am 9. Juli den Rückzug der ganzen Nordarmee an die Donau, wo sie mit der Südarmee vereinigt und „reformiert" werden sollte, wie man es zur Landsknechtzeit bezeichnet hätte. Aber die Südarmee kam nur in einer Stärke von 57000 Mann nach Norden, weil man die Festungsbesatzungen in Italien ließ, bis — die Franzosen zur Ablösung kommen würden. Die sieben Corps der Nordarmee erreichten am 15. Juli, nachdem bereits 13000 Mann Verstärkungen eingestellt werden konnten, die Zahl von 135700 Mann, die fünf Kavalleriedivisionen 14500 Reiter. Also mit rund 200000 Mann, von denen mehr als die Hälfte die Angst vor dem Zündnadelgewehr in allen Nerven fühlte — kein Soldat, der damals im Feuer gestanden ist, wird das leugnen wollen —, gedachte man eine siegreiche Schlacht am Marchfeld zu schlagen?

Es war aber in den Tagen, in denen die Vorbereitungen zur Fortsetzung des Krieges getroffen wurden, noch nicht abzusehen, wie viel Zeit zur Vereinigung der beiden Armeen geboten sein werde. Am 7. Juli abends hatten die Preußen,

---

ganzen Persönlichkeit zu Gunsten Oesterreich-Ungarns durchgeführt hat, beweist, daß er die Kossuthpartei nur zu einem Coup herangezogen hat, der den Frieden beschleunigen sollte. General Türr, der mit preußischer Unterstützung eine Erhebung in Serbien und Rumänien vorbereiten sollte, erkannte nach Kienasts Ansicht (S. 179) bald, „daß die ganze Angelegenheit Preußen nur noch als Drohmittel gegen Oesterreich diene".

nachdem sie fünf Tage ohne Fühlung mit dem Gegner gewesen waren, bei Zwittau wieder die Ruhe einer sächsisch-österreichischen Kolonne gestört; 760 Reiter, aus den vier Regimentern der Kavalleriedivision v. Hartmann ausgewählt, waren unter Oberstleutnant v. Barnekow vorausgetrabt und hatten den Gegner alarmiert; am 9. erreichten die drei Armeen die Linie Deutschbrod-Zwittau, waren also nur mehr etwa 230 km, d. i. 10 Tage von Wien entfernt; thatsächlich stand die Erste Armee schon am 16. bei Laa und Lundenburg. Die Einsicht, die man im unaufgehaltenen Vormarsche über die Größe des eigenen Sieges gewann, erzeugte im preußischen Hauptquartier eine sehr veränderte Stimmung. König Wilhelm sah die Möglichkeit des Landerwerbes für Preußen vor sich und er verlangte darnach. Wir hören dies aus Bismarcks Worten. Während er am 8. Juli noch die Bundesreform über ganz Deutschland auszudehnen gesinnt war, daneben einen Thronwechsel in Hannover und Kurhessen und eine Grenzregulierung in Böhmen und Teilannexionen in Sachsen in Aussicht nahm, spricht er in einer Depesche an den preußischen Gesandten in Paris bereits von einem Norddeutschen Bunde und bezieht sich auf das Verlangen der öffentlichen Meinung nach der Einverleibung Sachsens, Hannovers und Hessens. „Gewiß wäre dies für alle Beteiligten die zweckmäßigste Lösung," heißt es dann, „wenn sie sich ohne Abtretung anderen preußischen Gebiets erreichen ließe. Meinesteils finde ich den Unterschied zwischen einer uns hinreichend günstigen Bundesreform und dem unmittelbaren Erwerb jener Länder nicht groß genug, um dafür das Schicksal der Monarchie von neuem aufs Spiel zu setzen. Unser politisches Bedürfnis beschränkt sich auf die Disposition über die Kräfte Norddeutschlands in irgend einer Form. Unthunlich erscheint es mir, denen, welche am 14. Juni dem Bundeskriege gegen uns zugestimmt haben, dieselben Bedingungen zu bewilligen wie denen, welche sich unserem neuen Bunde freiwillig angeschlossen; erstere sind zugleich die Mächtigeren und dem Bestande der künftigen Schöpfung deshalb Gefährlicheren. Dieses Bedenken läßt sich auf zwei Wegen beseitigen, einmal dadurch, daß man Sachsen, Hannover und Hessen ungünstigere Bedingungen in Betreff ihrer Militärhoheit auferlegt, oder aber dadurch, daß der Territorialbestand dieser Länder vermindert wird, der Sachsens etwa um den Leipziger Kreis, der Hannovers um Ostfriesland, unter Anerkennung unserer Successionsansprüche auf Braunschweig. Wichtig ist für uns außerdem die Gewinnung einer neuen Konfiguration von Hessen-Darmstadt, etwa durch Abtretung von Oberhessen an uns und Austausch gegen Hanau, falls es nicht gelingt, ganz Hessen-Darmstadt in den Norddeutschen Bund hineinzuziehen." [1]) Die Erwerbung der Elbeherzogtümer findet Bismarck selbstverständlich, die Beschränkung der Reichsvertretung auf Norddeutschland vorläufig zu empfehlen. Der Gesandte erhält den Auftrag, zu erforschen, welchen Eindruck die volle Annexion von Sachsen, Hannover, Kurhessen, Oberhessen und Nassau bei Frankreich hervorrufen werde. „Sollten die Aussichten, welche Oesterreich uns bisher auf direkte Verständigung macht ... sich nicht verwirklichen, Frankreich aber eine drohende

---

[1]) Sybel, Begründung des Deutschen Reichs V, 257 u. ff. Die Korrespondenz Bismarck-Goltz ist bisher nur durch Sybel im Auszuge bekannt geworden.

Haltung gegen uns einnehmen, so würden wir die Entwickelung der letzteren abwarten, dann aber auch auf der vollen Grundlage der Reichsverfassung von 1849 die nationale Erhebung Deutschlands bewirken und jedes Mittel ohne Rücksicht auf irgend einen Parteistandpunkt zur Kräftigung des Widerstandes der Nation anwenden."

Der Einfluß des Königs auf das politische Programm seines Ministers wird durch folgende Bemerkungen in jenem bereits erwähnten Briefe Bismarcks an seine Frau erwiesen, der am 9. Juli von Hohenmauth abging: „Uns geht es gut, trotz Napoleon; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht als verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Mächten, die uns hassen und neiden." Daß die übertriebenen Ansprüche von niemandem anderen erhoben werden konnten als vom Könige, den Bismarck nicht direkt nennen wollte, wird kaum bestritten werden.

In der Seele des Herrschers an der Seine war am 10. Juli der kriegerische Aufschwung bereits überwunden. Er hatte sich überzeugt, daß die Rüstung Frankreichs weit zurückgeblieben sei, daß die Bewaffnung seiner Armee der preußischen weit nachstehe und daß es unmöglich sei, Oesterreich im Kriegszustande zu erhalten, bis er 200000 Mann am Rhein aufgestellt haben könne. So groß mußte aber die Truppenzahl zum mindesten sein, mit der er Eindruck machen konnte. Mit den „Demonstrationen" des Herrn Drouyn de Lhuys durfte man den Preußen nicht bange machen. Napoleon beurteilte wohl auch die Stimmung in Deutschland besser als irgend einer seiner Ratgeber; er mutete den Baiern so wenig als dem VIII. Bundesarmeecorps, das soeben vom General Vogel v. Falckenstein auseinandergesprengt wurde, zu, daß sie an der Seite einer französischen Armee gegen die Preußen kämpfen würden, die im Begriffe waren, dem Einheitstraum des deutschen Volkes den Uebergang zur Wirklichkeit zu ermöglichen. Gelänge es ihm, das nationale Programm Bismarcks zu kürzen, so durfte dem Siegesgefühl Preußens in anderer Richtung Rechnung getragen werden. Er deutete dies in einem Gespräche mit Goltz an, worin er ein nur von Preußen beherrschtes Deutschland mit Ausschluß Oesterreichs als unerträglich für Frankreich bezeichnete. Am 11. Juli war der Kaiser durch die Unbotmäßigkeit Italiens, die von der öffentlichen Meinung Frankreichs als Beleidigung empfunden wurde, so herabgestimmt, daß Goltz sogar an die Einbeziehung Süddeutschlands in die Bundesreform glaubte, wenn man Frankreich dafür nur den „Winkel bei Landau" bieten wolle, auf den Napoleon angespielt hatte. In den nächsten Tagen aber wurde nicht nur darauf das größte Gewicht gelegt, daß Süddeutschland außer staatsrechtlicher Verbindung mit Preußen und seinem Bunde bleibe, sondern auch, daß Sachsen nicht in die Annexionen einbezogen werde.

Auch v. Beust, der im Auftrage des Kaisers von Oesterreich am 11. Juli nach Paris gereist war, um Napoleon zu energischem Vorgehen anzueifern, konnte nicht mehr erreichen, als die Zusage, daß Frankreich für die Integrität Oesterreichs und Sachsens wirken wolle. Der schon damals recht beklagenswerte Cäsar

sei sehr leidend gewesen, dies habe sich auch in seiner intellektuellen Verfassung ausgesprochen. „Wie ein Kind lallte er fortwährend: Je ne suis pas prêt à la guerre!“ Beust stellte ihm vor, es bedürfe keines Krieges, sondern nur eines Marsches jener 100000 Mann an die Grenze, die er in Chalons stehen habe, um Preußen gefügig zu machen. Der vortreffliche Bundespatriot mußte es erleben, daß der Kaiser von Frankreich besser von den Deutschen dachte, als er. Er hat sich später nicht wenig darauf zugute gethan, Napoleon den Krieg mit Preußen in fünf bis sechs Jahren prophezeit zu haben. Des französischen Gesandten am preußischen Hofe, Benedetti, Versuch, im Interesse der Friedensvermittlung seines Herrn einen Waffenstillstand zu bewerkstelligen, scheiterte an dem Widerstande beider Kriegführenden. Benedetti, der in der Nacht vom 11. auf den 12. Juli Bismarck in Zwittau am Schreibtische überraschte und Tags darauf von König Wilhelm in Czernahora empfangen wurde, konnte nur feststellen, daß die Einbeziehung Süddeutschlands in den neuen Bund aufgegeben werde, daß dagegen eine schwerwiegende Gebietserwerbung für Preußen als unerschütterliche Thatsache anzusehen sei. Die Festigkeit Bismarcks stählte sich an den beruhigenden Auskünften, die ihm die Leiter des preußischen Kriegswesens erteilten. Wenn auch Moltke auf die Frage, was im Falle eines mit Frankreich ausbrechenden Krieges geschehen müsse, den Rückzug hinter die Elbe für notwendig erklärte, so war die Versicherung Roons, daß er 700000 Mann unter Waffen stellen könne, daß daher 2—300000 Mann am Rhein den Kampf aufnehmen würden, beruhigend genug, um jede französische Drohung übersehen zu dürfen.

Der von Benedetti angestrebte Waffenstillstand war von Oesterreich nicht angenommen worden, weil es eben im Begriffe stand, die Nordarmee von Olmütz hinter die March nach Preßburg zu ziehen. Oberstleutnant v. Beck war am 10. Juli nachmittags im Hauptquartier Benedeks in Olmütz mit dem Befehle des Kaisers angelangt und hatte auf Ersuchen des Feldzeugmeisters sofort die Marschdispositionen entworfen.[1]) Diesen zufolge sollte das III. und das sächsische Corps schon am 12. mit der Eisenbahn nach Wien abgehen, weil an diesem Tage eine Unterbrechung der Bahnverbindung durch die Preußen noch nicht erwartet zu werden brauchte. Aber nur das III. Corps gelangte noch unaufgehalten nach Wien. Der Wunsch Benedeks, mit seinen sechs Corps — das X. war schon früher nach Wien abgegangen — noch einen glücklichen Schlag gegen die Zweite preußische Armee ausführen zu können, hat vielleicht zu der

[1]) Die neueste Publikation (1903) von österreichischer Seite über Ereignisse von 1866, „Die kritischen Tage von Olmütz im Juli 1866“ (9. bis 15. Juli) von einem Generalstabsoffizier (Hauptmann v. Steinitz) vertritt die Ansicht, daß die Durchführung des Beckschen Operates möglich gewesen wäre und die Mißerfolge von Tobitschau und Roketnitz vermieden hätte. Im Hauptquartiere Benedeks sei es jedoch um die „Konzeption der operativen Anordnungen“ schlecht bestellt gewesen. „Der Abmarsch von Olmütz wirft ein grelles Streiflicht auf den geringen Grad von Beherrschung des mechanischen Teiles der Heeresbewegung, auf den Mangel geordneten Funktionierens des gewöhnlichen Befehlgebungsapparates, auf Erscheinungen einer heute unbegreiflichen Schwerfälligkeit.“ Den Detailnachweis dieser Behauptung zu verfolgen, kann nicht Gegenstand unserer Darstellung sein, da das geschichtliche Resultat durch die Ereignisse bei der retirierenden österreichischen Nordarmee nicht mehr beeinflußt wurde.

Verzögerung des Abmarsches beigetragen. Wenigstens scheint der Wortlaut des ersten Armeebefehles, den Erzherzog Albrecht nach seiner Ankunft in Wien am 13. Juli an die Nordarmee erließ, darauf hinzudeuten, denn er enthält den immerhin auffälligen Beisatz „ohne Widerrede" bei der Anordnung, daß alle Truppen, mit Rücklassung der nötigen Besatzung von 10 Bataillonen, 1 Kavallerieregiment und 1 Batterie, morgen und übermorgen (also am 14. und 15.) hinter die March nach Preßburg in Marsch gesetzt und, wenn vom Feinde zu sehr bedroht, über Holitsch ins Waagthal und von da entweder über Preßburg oder durch die Schütt nach Komorn geführt werden sollen. Lettow-Vorbeck findet jedoch, daß die zweitägige Ruhe, die Benedek den Truppen in Olmütz zukommen ließ, „das Allermindeste war, dessen sämtliche Truppen vor Wiederaufnahme des Rückzuges bedurften". Der Abmarsch des II. und IV. Corps am 14. Juli ging noch gut von statten, aber er wurde doch schon von der bis Proßnitz vorgedrungenen preußischen Reiterei beobachtet, die sich sogar auf eine Attacke (Biskupitz) einließ. Sie wurde vom II. österreichischen Corps leicht zurückgewiesen und veranlaßte eine vom Kommandanten dieses Corps, Grafen Thun, ausgehende Warnung des Armeekommandos vor dem Flankenmarsche, der von dem Reste der Armee am 15. ausgeführt werden sollte.

Durch die Kavalleriedivision Hartmann war der Abmarsch der Oesterreicher nach Süden aufgeklärt und dem Kronprinzen Friedrich gemeldet worden, der noch am 14. abends das 1. Corps und zunächst dessen Brigade Malotki beauftragte, bei Tobitschau die Straße am rechten Marchufer zu gewinnen und die marschierende Kolonne aufzuhalten. Dazu reichten die Kräfte, die Bonin am 15. vormittags bis an die March vorschieben konnte, nicht aus, aber es gelang der Kavalleriedivision Hartmann während des Gefechtes, das sich zwischen der Brigade Malotki und der Brigade Graf Rothkirch des VIII. Corps bei Tobitschau entspann, 18 Geschütze der Corpsartilleriereserve unter den Augen des Feldzeugmeisters Benedek, der sich bei der Brigade Rothkirch aufhielt, wegzunehmen und dem Weitermarsche des Corps auf dem rechten Ufer der March ein Ende zu bereiten. Bis sich Erzherzog Leopold, der in nächster Nähe 23 Bataillone zur Hand hatte, zu einem Rückstoße entschied, kam Bonins Gros heran, mit dem sich der Erzherzog in kein größeres Gefecht einlassen zu sollen glaubte. Er führte sein Corps an das linke Marchufer, einzelne Abteilungen seiner Regimenter gingen sogar nach Olmütz zurück. Ein am Nachmittag von der Division Hartmann bei Roketnitz (am linken Marchufer) gegen die Brigade Poschacher des I. österreichischen Corps unternommener Angriff wurde abgewiesen. Die Preußen verloren an diesem Tage 12 Offiziere, 220 Mann, die Oesterreicher 58 Offiziere, 1559 Mann. Sehr groß war wieder der moralische Eindruck dieser an sich wenig bedeutungsvollen Ereignisse auf die Truppen und ihre Führer. Benedek, der vor den preußischen Kürassieren (5. Regiment) hatte Reißaus nehmen müssen, verzweifelte an der Widerstandsfähigkeit seiner Armee, wagte den Marsch längs der March nicht fortzusetzen und entschloß sich über die kleinen Karpathen durch das Waagthal an die Donau zu ziehen.[1]) Daß dies ohne weitere Störung

[1]) Ueber die Stimmung im Hauptquartier und den Zustand der Armee bieten die Aufzeichnungen des damaligen Rittmeisters, späteren Generals der Kavallerie Freiherrn v. Wersebe,

gelang, ist der geringen Einsicht und Geistesgegenwart des General v. Bonin zuzuschreiben, der noch immer an der Spitze des 1. preußischen Armeecorps stand und die Zeit versäumte, in der er noch bedeutende Erfolge gegen das VIII. österreichische Corps hätte erzielen können.

Infolge des Linksabmarsches der Nordarmee verschlechterte sich die militärische Lage Oesterreichs wesentlich. Erzherzog Albrecht konnte für die nächsten zehn Tage nur auf 110000 Mann rechnen (X. und III. Corps, 5800 Sachsen und 57000 Mann von der Südarmee), mit denen ihm die Aufgabe oblag, Wien gegen Norden und Osten zu decken, denn es war vorauszusehen, daß die Preußen früher als Benedek nach Preßburg gelangen konnten. Die Befestigungen bei Floridsdorf waren nicht geschlossen, ihre Stärke daher ziemlich zweifelhaft. Das preußische Hauptquartier befand sich seit dem 14. in Brünn; von dort erging ein allgemeiner Armeebefehl am 17., demzufolge die Elbearmee die große Straße Brünn-Wien einzuschlagen, die Erste Armee an beiden Ufern der March in gleicher Höhe vorzurücken hätte. Von der Zweiten blieben das 1. und 5. Corps vorläufig noch zur Beobachtung von Olmütz und des Marsches der österreichischen Nordarmee zurück; die Garde und das 6. Corps folgten der Ersten Armee. Sie erreichten am 18. die Linie Gaunersdorf-Malaczka, beide Orte nur mehr 30 km von der Donau entfernt. Am 19. wurde eine Konzentration der vorhandenen Streitkräfte hinter dem Rußbach angeordnet, die Elbearmee hatte sich bis Wolkersdorf, die Zweite Armee bis Deutsch-Wagram auszudehnen, der Zweiten Armee wurde Schönkirchen als Mittelpunkt angewiesen. Als Aufgabe dieser Truppenmacht (140000 Mann Infanterie, 4 Kavalleriedivisionen) wurde angegeben die Verteidigung gegen den etwa aus den Floridsdorfer Schanzen vorbrechenden Gegner, dem Moltke eine Stärke von 150000 Mann zumißt, oder der Angriff auf die Schanzen oder die Aufstellung eines Observationscorps vor ihnen und der Abmarsch der Hauptarmee nach Preßburg, um dort die Donau zu überschreiten. Als Observationscorps rückte die Elbearmee am 20. Juli bis Sirndorf vor, der Abmarsch nach Preßburg wurde von der 7. und 8. Division begonnen, die am 21. bei Stampfen standen.

Während diese militärische Situation geschaffen wurde, schritten die Verhandlungen fort, auf die der Friedensschluß aufgebaut werden sollte. Am 14. Juli war Graf Goltz mit Napoleon zu dem Schlusse gekommen, folgende Grundsätze zu vereinbaren: 1. Oesterreich erkennt die Auflösung des alten deutschen Bundes an und widersetzt sich nicht einer Organisation Deutschlands, an der es keinen Teil nimmt. 2. Preußen bildet eine Union Norddeutschlands, die alle Staaten nördlich der Mainlinie umfaßt, es wird den Befehl über die Truppen derselben erhalten. 3. Die deutschen Staaten südlich des Mains haben die Freiheit, unter sich einen süddeutschen Bund zu schließen, der eine internationale, unabhängige Stellung genießt. Die zwischen dem Nord- und Südbund zu erhaltenden nationalen Bande werden durch freies, gemeinsames Einverständnis geregelt. 4. Die Elbeherzogtümer werden mit Preußen vereinigt, außer den

---

die Lettow-Vorbeck benützt hat, sichere Anhaltspunkte. Es wäre sehr wünschenswert, daß Exzellenz Baron Werseбe seine Erinnerungen und Beobachtungen auch weiteren Kreisen zugänglich machen möchte.

Bezirken Nordschleswigs, deren Einwohner in freier Abstimmung die Rückabtretung an Dänemark wünschen würden. 5. Oesterreich und dessen Verbündete ersetzen Preußen einen Teil der Kriegskosten. Bevor Bismarck von dieser Vereinbarung Kenntnis erhielt, hatte er eine direkte Verbindung mit der österreichischen Regierung gesucht. Er eröffnete dem Bürgermeister von Brünn und Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses, Dr. Giskra, die Bedingungen, die er bei Ausschluß der französischen Vermittlung anbot: Jetziger Besitzstand Oesterreichs außer Venetien, keinerlei Kriegskosten, der Main als Grenze der preußischen Bestrebungen und freie Hand für Süddeutschland und Oesterreich, sich nach eigenem Ermessen in Verbindung zu setzen.[1]) Giskra veranlaßte, da er selbst die Stadt nicht verlassen wollte, die damals so sehr ihres Hauptes bedurfte, den Präsidenten der Handelskammer, Baron Herring, die Bedingungen Bismarcks, die ihm außerordentlich günstig erschienen, nach Wien zu überbringen. Es kann von den Deutschen Oesterreichs nicht genug beklagt werden, daß nicht eine bedeutende Persönlichkeit die Botschaft des preußischen Staatsmannes dem Kaiser Franz Joseph überbrachte, die im stande gewesen wäre, auch im Namen der Deutschen ihre Stimme zu erheben und ihr nationales Recht auf die Verbindung mit Süddeutschland geltend zu machen. In Wien hat damals niemand deutsch gefühlt, der Haß gegen Preußen verdunkelte die Erinnerung an alle Versicherungen, die vor noch nicht langer Zeit von Hoch und Niedrig für die Solidarität aller Deutschen gegen außen abgegeben worden waren; Bismarck war der Feind Oesterreichs, dem man Mißtrauen entgegenbringen mußte, Napoleon der Freund und Wohlthäter, dem man das Schicksal des Staates anvertrauen konnte. Für diesen freilich wäre nichts unerwünschter gekommen, als eine Lösung der deutschen Frage ohne seine Beteiligung.

Die Meinung Sybels, das Eingehen auf die Sendung Herrings würde den Frieden in 24 Stunden hergestellt haben, muß man mit Lettow-Vorbeck als etwas zu optimistisch ansehen, an dem endlichen Siege Bismarcks über den Widerstand des Königs braucht man darum aber doch nicht zu zweifeln. Die Annexionsfrage konnte genau ebenso direkt von den Streitenden geregelt werden, als es dann mit französischer Vermittelung geschehen ist, und der Appell an die nationale Gesinnung Wilhelms, der endlich den Ausschlag gegeben hat, wäre noch viel wirkungsvoller geworden, wenn er durch die Gewißheit einer diplomatischen Niederlage Napoleons unterstützt worden wäre. Zunächst mußte man sich jedoch im preußischen Hauptquartier mit den Mitteilungen des Grafen Goltz über die Vereinbarung vom 14. beschäftigen. Sie wurden am 17. bekannt. König Wilhelm sprach sofort seine Geneigtheit aus, sie zur Grundlage von Friedensverhandlungen

[1]) Ottokar Lorenz will in dem Buche „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs 1866—1871" (Jena 1902) den Vorschlag Bismarcks als eine Bemerkung im privaten Gespräch klassifizieren, die ursprünglich nicht für den diplomatischen Gebrauch bestimmt gewesen sei. „Politische Dilettanten mochten diesen Gedanken für die Herstellung des Friedens als außerordentlich günstig erachtet haben und Bismarck ließ sich darauf ein, die Sache in Wien bekannt werden zu lassen." Es liegt kein Grund dagegen vor, die Episode Giskra-Herring völlig ernst zu nehmen, denn sie geht ganz naturgemäß aus Bismarcks Neigung für die erste Etappe der preußischen Politik (Mainlinie) hervor. Er war selbst noch 1865 so sehr „politischer Dilettant", daß er sie dem Kaiser von Oesterreich proponiert hat.

zu machen, wenn ihm außerdem die Erwerbung von 3 bis 4 Millionen Einwohner von den militärisch besetzten Staaten seiner Gegner in Norddeutschland zugestanden werde. Erfolge von Napoleon die Zusage seiner Unterstützung für diese Bedingungen, so werde Preußen auf eine fünftägige Waffenruhe eingehen, während der mit Oesterreich die Friedenspunkte verabredet werden könnten.

Graf Benedetti war aus dem preußischen Hauptquartier mit der Ueberzeugung nach Wien gekommen, daß Preußen den Frieden ohne bedeutenden Landerwerb nicht schließen werde, er hatte sich außerdem davon überzeugt, daß Bismarck und die preußischen Generale auch den Kriegsfall mit Frankreich in vollem Ernste erwogen und durch Drohungen nicht ihrer moralischen Kraft beraubt werden konnten. Durch den Herzog von Grammont, seinen Kollegen in Oesterreich, erfuhr er, daß sein Kaiser auch die Annexionen lieber bewilligen wolle, als sich augenblicklich für den Krieg entscheiden. Beide Diplomaten bemühten sich daher, Oesterreich zur Annahme der Vereinbarungen zu bewegen. Kaiser Franz Joseph hat lange gezögert, der Entschluß, auf die traditionelle Stellung seines Hauses in Deutschland zu verzichten, ward ihm schwer. Es schien ihm zu früh, jede Hoffnung auf eine günstige Wendung in den kriegerischen Unternehmungen aufzugeben, mit Ungeduld erwartete er die Annäherung der Nordarmee; ja er fühlte sich zu einem politischen Schritte gedrängt, der ihm durch unvorhergesehene Konsequenzen viele bittere Stunden in seinem ohnehin so wenig glücklichen Leben eingebracht hat. Weil Preußen mit der Insurrektion Ungarns drohte, glaubte er Ungarn, einer augenblicklichen Regung folgend, zuerst befriedigen zu müssen. Wir wollen uns über die heftige Antwort nicht wundern, die dem Bürgermeister von Wien zu teil wurde, als er dem Kaiser die Bitte des Gemeinderates um Einsetzung einer verfassungsmäßigen Regierung vorbrachte; der Zeitpunkt für politische Beschwerden war nicht glücklich gewählt, um so weniger als die auswärtige Politik, die der Graf Belcredi unterstützte, keine andere war, als die Herr v. Schmerling mit aller Kraft befördert hatte. Wenn der Wiener Gemeinderat eine Bitte an den Thron gelangen lassen wollte, so hätte sie darin bestehen müssen, man möge Napoleon aus dem Spiele lassen und mit Preußen unmittelbar verhandeln. Die Wiener Deutschen hätten ein Recht darauf gehabt, dies auszusprechen, da sie ja mit dazu beigetragen hatten, daß es zum Bruderkriege kam. Sie hatten für ihren politischen Irrtum, der in den Zeiten des Frankfurter Parlaments seinen Anfang genommen hatte, redlich ihr Gut und Blut eingesetzt; wenn das Gagernsche Programm auf dem Wege über Königgrätz nun doch zu Ehren gekommen war, so konnte man es ja seinem ganzen Inhalte nach durchführen und zum engeren Bunde unter Preußens Führung noch den weiteren Bund retten. Das durften die Deutschösterreicher verlangen, weil ihnen niemand eine Insurrektion zugemutet hat und weil ihre alte Reichsverfassung, die sie den österreichischen Interessen geopfert hatten, und ihr deutsches Staatsrecht auch nicht weniger wert waren, als das ungarische, dessen Anerkennung Franz v. Deák am 19. Juli bei dem habsburgischen Monarchen stolzen Hauptes forderte. Ihnen schien der Sturz Belcredis aber wichtiger als ein ehrlicher Friedensschluß mit Preußen!

Moritz Esterhazy, der Ketzerhasser, gab den Ausschlag bei der Entscheidung, ob die französische Vermittelung angenommen oder Bismarcks durch Baron Herring mitgeteilter Antrag angenommen werden solle. Benedetti konnte am 19. Juli mit der Nachricht ins preußische Hauptquartier abgehen, daß der Kaiser von Oesterreich geneigt sei, auf der ihm vom Kaiser Napoleon empfohlenen Basis auf Friedensverhandlungen einzugehen. Herring hatte, obwohl seine Botschaft von Franz Joseph zuerst mit großer Befriedigung aufgenommen worden war, nichts anderes erreichen können, als die Zusicherung, einen Bevollmächtigten zu senden, wenn Preußen eine formelle Einladung zu Friedensverhandlungen an Oesterreich erlassen wolle. Er kam eine Stunde später als Benedetti nach Nikolsburg, wo der König von Preußen am 18. sein Hoflager aufgeschlagen hatte; Bismarck mußte ihm ankündigen, daß die Intervention Frankreichs nicht mehr abgelehnt werden könne. Am 21. wurde durch eine Korrespondenz zwischen dem Grafen Bismarck und dem Herzog von Grammont die Waffenruhe mit dem Beginne am 22. 12 Uhr mittags verabredet.

Dieser Augenblick fand die beiden Mächte noch im vollen Kampfe, und zwar in einem unentschiedenen. Am 21. Juli hatte General v. Fransecky, der mit der 7. Division Stampfen erreichte, die seinem Befehle unterstellte 8. bis Marienthal vorgehen lassen. Am 22. im Begriffe, den Vormarsch nach Preßburg anzutreten, traf er bei Blumenau die Brigaden Mondel und Schütte mit 24 Geschützen in einer sehr festen Stellung. Zwei andere österreichische Brigaden, Herzog von Württemberg und Thom, standen bei Ratzersdorf an der Straße am Ostabhange der Kleinen Karpathen. Fransecky sendete seine Brigade Bose zwischen Marienthal und Ratzersdorf ins Gebirge, um den Feind aus Blumenau herauszumanövrieren. Bose gelangte auf die Spitze des Gamsenberges, von dem seine Truppen (Thüringer) die blaue Donau begrüßen konnten. Es kam noch zu einem Gefecht beim sogenannten Eisenbründel, durch das Bose sich den Weg nach Preßburg öffnete, als die Waffenruhe eintreten mußte. Die Stellung bei Blumenau war umgangen und unhaltbar geworden, die Brigade Mondel mußte an den Truppen Boses vorübermarschieren, um nach Preßburg zurückzugelangen; Bose hätte sich aber bei Fortsetzung des Gefechtes ohne Zweifel zurückziehen müssen, da er seinerseits wieder durch die von Ratzersdorf vorgehenden österreichischen Kolonnen umgangen worden wäre. Ob es Fransecky noch am 27. gelungen wäre, sich Preßburgs zu bemächtigen, läßt sich kaum berechnen; für gewiß aber kann es angesehen werden, daß am 23. auch das 2. und 3. preußische Corps von Angern über Marchegg und über das Gebirge nach Ratzersdorf und St. Georgen vorgegangen wären und der Nordarmee den Entsatz von Preßburg verwehrt hätten. Sich den Verlauf des Feldzugs weiter auszugestalten, wäre müßiges Spiel.

Der Feldzug war zu Ende, die deutsche Frage war gelöst: Oesterreich hatte den Deutschen Bund preisgegeben und die Vorherrschaft Preußens über die deutschen Staaten zugelassen. Frankreich glaubte noch den Süden zu einem selbständigen Staatswesen konstruieren zu können. Oesterreich hatte auch diese Verbindung verschmäht. Der folgende Friedensschluß bereitete die Gründung des neuen Reiches vor.

Zweites Buch.

Das Kaisertum der Hohenzollern.

Erster Abschnitt.

Die Vergrößerung Preußens und der Norddeutsche Bund.

Bei Königgrätz war der Ausschluß Oesterreichs aus dem neuen Staatswesen der deutschen Nation entschieden worden, in dem fürstlich Dietrichsteinschen Schlosse zu Nikolsburg wurde der Grundriß des neuen Staatswesens entworfen und mit dessen Baue begonnen. Bis dahin hatte sich Graf Bismarck die Entwickelung der deutschen Reform anders vorgestellt, das Programm, für das Preußen den Krieg führte, hatte einen Bund in Aussicht genommen, in den alle deutschen Staaten mit Ausnahme der deutschen Bundesländer Oesterreichs aufgenommen werden sollten. Seit dem großen Schlachttage vom Juli waren neue Anschauungen zur Geltung gekommen, bei denen die Vergrößerung Preußens in den Vordergrund trat. Wilhelm Thimme[1]) nimmt an, daß zwischen dem 8. und 9. Juli eine große Auseinandersetzung zwischen dem Könige und Bismarck erfolgt sei, die zu dem vorläufigen Verzicht auf die deutsche Einheit geführt, dagegen den Entschluß zur Reife gebracht habe, weitgehende Forderungen auf Landerwerb für Preußen zu erheben und sie mit größtem Nachdrucke zu behaupten.[2]) Bismarck war seinerseits auch darüber im klaren, daß man von Oesterreich nichts zu verlangen habe, sondern dessen Integrität im deutsch-nationalen Interesse zugestehen müsse, daß dagegen dem Kaiser Napoleon keine Kompensation für die Annexion norddeutscher Gebiete bewilligt werden dürfe. Am 16. Juli äußerte er zu Stosch, er werde ohne unglücklichen Krieg keine Konzession an Napoleon machen. Das neue Programm Bismarcks

---

[1]) Seine Ausführungen scheinen mir durch W. Buschs Abhandlung (Hist. Zeitschr. 92. Bd.) „Der Kampf um den Frieden in dem preußischen Hauptquartier zu Nikolsburg im Juli 1866" nicht erschüttert zu sein.

[2]) In dem energischen Zugreifen zum Landerwerb liegt meines Erachtens ein viel größeres Verdienst König Wilhelms, als darin, daß er am 5. Juli unter die Friedensbedingungen die „Suprematie über ganz Deutschland" aufgenommen hat, was ihm Ottokar Lorenz (a. a. O.) so hoch anrechnet. Das war ein Punkt des Bismarckschen Programmes, der dem Könige damals weniger am Herzen lag, als die Annexion.

war noch nicht das des Königs, der den weiteren Verlauf der deutschen Staatsbildung nicht in den Kreis seiner Erwägungen gezogen, sondern ausschließlich preußische und hohenzollernsche Ansprüche zur Anerkennung bringen wollte.

Es beweist die doktrinäre Veranlagung Louis Napoleons, daß er diese Wendung der preußischen Politik selbst beförderte, weil er sie für Frankreich günstig hielt. Er meinte, die Macht Preußens durch die Mainlinie begrenzen zu können, ging aber ohne Bedenken auf den Anschluß von 3—4 Millionen Norddeutscher an Preußen ein, nicht beachtend, daß damit ein deutscher Staat von einer Ausdehnung und militärischen Kraft geschaffen wurde, wie er noch gar niemals bestanden hatte. Wenn Süddeutschland wirklich das Gegengewicht hätte abgeben sollen, mit dem Frankreich jederzeit das europäische Gleichgewicht herstellen und seinen eigenen Einfluß sichern konnte, dann hätte es sofort staatsrechtlich verbunden und an Oesterreich angelehnt werden müssen. Diese oder ähnliche Konstruktionen meinte der politische Kalkulator an der Seine jedoch der Zukunft überlassen zu dürfen, wenn er vorläufig theoretisch Preußens Vorherrschaft auf Norddeutschland beschränkte. Thatsächlich ist die Einigung der Deutschen gerade dadurch am meisten gefördert worden, daß Preußen für sich allein zu einer in sich geschlossenen, militärisch und wirtschaftlich gefestigten Großmacht erhoben wurde, gegen die auch die Gesamtheit aller übrigen deutschen Staaten nicht mehr aufkommen kann. Dies hat sich nicht erst in der Zukunft so gestaltet, sondern es ist das Ergebnis der Verhandlungen von Nikolsburg, das Werk Bismarcks und des preußischen Kronprinzen Friedrich.

Schon am 22. Juli nachmittags fanden Besprechungen Bismarcks mit den österreichischen Kommissären, dem Botschafter Grafen Karolyi und Baron Brenner, statt. Die Franzosen Grammont und Benedetti erklärten mit Beginn der Verhandlungen ihre Rolle für beendet, sie hatten von Drouyn de Lhuys den Auftrag erhalten, sich an den Konferenzen nicht zu beteiligen, nur auf Wunsch freundschaftliche Ratschläge zu erteilen, die Präliminarien nicht mit zu unterfertigen und überhaupt keine Schriftstücke abzugeben. Damit sollte Frankreich das Recht künftiger Beschwerden gewahrt werden. Am 23., noch vor Beginn der Konferenz, erhielt Bismarck eine Depesche von Goltz aus Paris, in der die Zustimmung Napoleons zur Annexion von 4 Millionen Einwohnern mit der Beschränkung erteilt wurde, daß das Königreich Sachsen erhalten bleibe. Gegen die Verkleinerung durch Abgabe von Leipzig und des Kreises Bautzen erhob der Kaiser keinen Einwand; er empfahl den Austausch von Oberhessen, das er für Preußen notwendig halte, mit Rheinbaiern, wobei er die Erwartung durchblicken ließ, daß man ihm eine kleine Grenzverbesserung nicht verweigern werde. Als Bismarck die Annexion von Hannover und Kurhessen geborgen wußte, da auch Oesterreich sie nicht beanstandete, war ihm nichts so wichtig, als den Frieden mit Oesterreich so rasch als möglich sicher zu stellen. Er war bereit, sowohl von jeder Gebietsabtretung in Böhmen oder Schlesien abzusehen, auch Sachsen in seiner bisherigen Ausdehnung bestehen zu lassen, wenn es den preußischen Oberbefehl durch den Eintritt in den Norddeutschen Bund anerkannte, damit sich keine Schwierigkeit ergebe und Preußen vor keine neuen Komplikationen gestellt werde. Jeder Tag konnte einen Umschwung der Stimmung in Paris

bringen oder die Neigung zur Intervention bei Rußland erwecken. Oesterreich verlangte die Integrität Sachsens, die Einbeziehung Baierns in den Friedensschluß und sträubte sich gegen die Zahlung von Kriegskosten. Bismarck verlangte 100 Millionen Thaler, wovon auf Oesterreich die Hälfte entfiel; 15 Millionen wurden als Ersatz der Kriegskosten von 1864 abgerechnet, es verblieben somit 35 Millionen. Italiens Zustimmung zu den Präliminarien und dem Waffenstillstande wollte Preußen erwirken, sobald Venetien durch Napoleon an Italien übergeben sei.

Bismarck war mit seinen Zugeständnissen weit über das hinausgegangen, was sein königlicher Herr für zulässig hielt. Dieser sah den Verzicht auf die Fortführung des Krieges und den voraussichtlichen Einmarsch in Wien, den sein Heer sich zu erkämpfen bereit war, für ein schweres Opfer an, das der Soldat dem Staatsmann bringe, er fand keinen Grund dafür, das jedenfalls einer schönen ritterlichen Regung zuzuschreibende Eintreten Oesterreichs für Sachsen zu berücksichtigen, sondern erachtete es vielmehr als eine Ungerechtigkeit, die königliche Familie von Hannover aus der Liste der Monarchen zu streichen, dagegen Sachsen, dessen Minister immer so übelwollend gegen Preußen aufgetreten war, völlig zu schonen; es schien ihm eine Schmälerung der Bedeutung seines Sieges zu sein, wenn auch Oesterreich nicht durch Gebietsabtretung sich als Besiegten deklariere, und er glaubte sich sogar verpflichtet, den fränkischen Besitz der Zollernschen Seitenlinien, Bayreuth und Ansbach, der im Beginne des Jahrhunderts kurze Zeit preußisch geworden war, von Baiern zurückzufordern. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der König noch am 23. seinem Minister die Erlaubnis verweigert hat, auf der Basis, die er in der Konferenz bereits angenommen hatte, weiter zu verhandeln, daß Bismarck daher den 24. dazu verwenden mußte, um eine Umstimmung seines Herrn zu bewirken, da an diesem Tage die Verhandlungen unterbrochen wurden.

Er versuchte es zunächst mit der Denkschrift, die uns Sybel mitgeteilt hat. Diese weist erstlich auf die „drohende Gefahr einer Parteinahme Frankreichs gegen Preußen" und auf die „Besorgnisse" des Kaisers von Rußland vor den Bedingungen Preußens hin, erklärt hierauf das, was mit Zustimmung Oesterreichs und Frankreichs in Norddeutschland erreicht werden kann, als ein so hohes Ziel, „wie es bei dem Ausbruche des Krieges niemals gesteckt werden konnte". Es wäre ein politischer Fehler, „durch den Versuch, einige Quadratmeilen mehr von Gebietsabtretung oder wenige Millionen mehr zu Kriegskosten von Oesterreich zu gewinnen, das ganze Resultat wieder in Frage zu stellen". Das Auftreten der Cholera in der Armee und die Aussicht auf das Auftreten anderer Seuchen während eines Augustfeldzuges fallen gegen die Fortsetzung der Operationen ins Gewicht. Alle diese Erwägungen haben den König noch nicht bestimmt, die von seinem Minister formulierten Bedingungen anzunehmen. Die Spannung im königlichen Hoflager nahm, wie uns die Augenzeugen erzählen, eine bedenkliche Höhe an. Roon schreibt am 25. an seine Frau: „An unnötigen Friktionen ist kein Mangel. Die überstandene Arbeitsthätigkeit und die Mannigfaltigkeit der Eindrücke der letzteren haben die maßgebenden Nervensysteme — wie das meinige — dermaßen überreizt, daß es bald hie, bald da lichterloh

zum Dachstübchen hinausbrennt, und jeder Wohlmeinende mit dem Löscheimer herzueilen muß. Das habe ich auch mit einigem Erfolg wieder gethan; Gott helfe, daß mein Löschen vorhält!" Die Wendung wurde durch den Kronprinzen herbeigeführt, der bereits am 23. aus Eisgrub, wo sich das Hauptquartier der Zweiten Armee befand, zum König beschieden worden war. Stosch, der ihn begleitet, schrieb am 24. in sein Tagebuch: „Noch kämpft der König, hat aber schon in einzelnen Punkten nachgegeben." Am 25. folgt die Bemerkung: „Der König hat einen Ruhranfall gehabt, der ihn schwächte und nachdenklich stimmte. Er ist jetzt geneigt, dem Willen des Kronprinzen nachzugeben, und so soll nun abgeschlossen werden."

Eine annalistische Darstellung der intimen Vorgänge im Schlosse zu Nikolsburg gibt es nicht; die Kritiker des betreffenden Kapitels in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" haben nachgewiesen, daß es an Ungenauigkeiten und Erinnerungsfehlern leidet, aber sie haben nicht bezweifeln können, daß der Umschwung durch den Appell an die nationale Gesinnung des Königs vorbereitet worden ist, und daß der Kronprinz wahrscheinlich in diesem Sinne auf seinen Vater eingewirkt hat. Das Bekenntnis des Staatsmannes, der sich damals einem fast tragischen Konflikte gegenübersah, beruht auf einem tiefen Eindrucke, der durch alles Spätere nicht verwischt oder verwirrt werden konnte, und die Geschichtschreibung hat die Pflicht, es der Nachwelt immer wieder vorzuhalten. Nach einer Zusammenfassung des wesentlichen Inhaltes der Denkschrift, der noch durch Bemerkungen über die Gestaltung eines Kriegs in Ungarn erweitert wurde, hat Bismarck seiner Erzählung zufolge den Gedanken besonders betont, es müsse rasch abgeschlossen werden, ehe Frankreich Zeit zur Entwickelung weiterer diplomatischer Aktion auf Oesterreich gewinne. „Gegen alles dies erhob der König keine Einwendung, aber die vorliegenden Bedingungen erklärte er für ungenügend, ohne jedoch seine Forderungen bestimmt zu formulieren. Nur so viel war klar, daß seine Ansprüche seit dem 4. Juli gewachsen waren. Der Hauptschuldige könne doch nicht ungestraft ausgehen, die Verführten könnten wir dann leichter davonkommen lassen, sagte er, und bestand auf den schon erwähnten Gebietsabtretungen von Oesterreich. Ich erwiderte: Wir hätten nicht eines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben; Oesterreichs Rivalitätskampf gegen uns sei nicht strafbarer, als der unserige gegen Oesterreich; unsere Aufgabe sei Herstellung oder Anbahnung deutsch-nationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen." Nachdem eine Reihe von Kombinationen verschiedener Gebietsabtretungen und Verwechslungen durchbesprochen wurden (Entschädigung Sachsens durch Würzburg oder Nürnberg, Vergrößerung Badens, Annexion der bairischen Pfalz, Entschädigung Hessen-Darmstadts durch das Aschaffenburger Gebiet u. dergl.) kamen die militärischen Bedenken in Betracht. „Den Widerstand, den ich den Absichten Sr. Majestät in betreff der Ausnützung der militärischen Erfolge und seiner Neigung, den Siegeslauf fortzusetzen, meiner Ueberzeugung gemäß leisten mußte, führte eine so lebhafte Erregung des Königs herbei, daß eine Verlängerung der Erörterung unmöglich war und ich mit dem Eindruck, meine Auffassung sei abgelehnt, das Zimmer verließ mit dem Gedanken, den König zu bitten, daß er mir erlauben möge, in meiner Eigenschaft als Offizier in mein Regiment einzutreten."

Und nun die ergreifende Szene: „In mein Zimmer zurückgekehrt, war ich in der Stimmung, daß mir der Gedanke nahe trat, ob es nicht besser sei, aus dem offen stehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen, und ich sah mich nicht um, als ich die Thür öffnen hörte, obwohl ich vermutete, daß der Eintretende der Kronprinz sei, an dessen Zimmer ich auf dem Korridor vorübergegangen war. Ich fühlte seine Hand auf meiner Schulter, während er sagte: Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin, Sie haben ihn für notwendig gehalten und tragen die Verantwortlichkeit dafür. Wenn Sie nun überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und nun Friede geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten. Er begab sich dann zum Könige, kam nach einer kleinen halben Stunde zurück in derselben ruhigen und freundlichen Stimmung, aber mit den Worten: Es hat sehr schwer gehalten, aber mein Vater hat zugestimmt. Diese Zustimmung hat ihren Ausdruck gefunden in einem mit Bleistift an den Rand einer meiner letzten Eingaben geschriebenen Marginale ungefähr des Inhalts: Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stich läßt und ich hier außer stande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerz gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen ... Von dem erwähnten Marginale des Königs, das mir der Kronprinz überbrachte, blieb mir als einziges Residuum die Erinnerung an die heftige Gemütsbewegung, in die ich meinen alten Herren habe versetzen müssen, um zu erlangen, was ich im Interesse des Vaterlandes für geboten hielt, wenn ich verantwortlich bleiben sollte."[1])

In den Konferenzen am 25. und 26., in denen Bismarck die Kriegsentschädigung, die Oesterreich zu zahlen hatte, auf 20 Millionen Thaler ermäßigte, kam es nur noch einmal zu einer aufregenden Szene, als Graf Karolyi sich vermaß, die Verbindung Sachsens mit dem Südbund zu verlangen. Es war ein starkes Stück, einen so unsinnigen Gedanken vor dem Manne auszusprechen, der für die Rettung Sachsens das meiste gethan hatte, und wahrhaftig keine Uebertreibung in der Antwort, die Bismarck, wie Sybel mitteilt, den Sessel zurückwerfend, hochaufgerichtet erteilte: „Die Festhaltung dieses Begehrens sei die Erneuerung des Kriegs; selbst wenn Se. Majestät der König es annehme, würde er sein Amt aufgeben, um einen solchen Vertrag nicht zeichnen zu müssen." Auf Italien nahm Preußen keine Rücksicht, die Zumutung des Grafen Barral, Welschtirol für Italien zu verlangen, wies Bismarck zurück, indem er den Kriegsvertrag durch die Erwerbung Venetiens an Italien für erfüllt erklärte. Die süddeutschen Staaten wurden auf künftige Verhandlungen verwiesen, v. d. Pfordten,

[1]) Die Varianten der Erzählung des Herzogs Ernst von Koburg, der für sich das Verdienst in Anspruch nimmt, die Intervention des Kronprinzen angeregt zu haben, sind nicht wesentlich, aber auch nicht sehr glaubwürdig. Man vergleiche z. B. die Stelle: „Ich sehe noch heute den Kronprinzen zögernd und ängstlich in die Gemächer des Königs schreiten. Graf B. und ich harrten inzwischen in den Vorzimmern der Entscheidung, und ich erinnere mich recht deutlich, wie die schwerwiegenden Augenblicke träge zu verlaufen schienen."

der in Nikolsburg erschien, mit der Frage empfangen, ob er wisse, daß er als Kriegsgefangener behandelt werden könne. Die Präliminarien wurden am 26. Juli abgeschlossen, am 28. vom Kaiser Franz Joseph in Wien ratifiziert. Ihr wesentlicher Inhalt ist: „I. Der Territorialbestand der österreichischen Monarchie, mit Ausnahme des Lombardisch-Venetianischen Königreichs, bleibt unverändert." ... „II. Der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes an und gibt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht er, das engere Bundesverhältnis anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt." III. Uebertragung der Rechte auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein an Preußen. IV. Barzahlung von 20 Millionen Thaler Kriegskosten. „V. Auf den Wunsch des Kaisers von Oesterreich erklärt der König von Preußen sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen. ... Dagegen verspricht der Kaiser von Oesterreich, die vom König von Preußen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen, anzuerkennen." Die weiteren drei Artikel enthalten die Verpflichtung Preußens, die Zustimmung Italiens zu den Präliminarien und zum Waffenstillstande zu beschaffen, „sobald das venetianische Königreich durch Erklärung des Kaisers der Franzosen zur Disposition des Königs von Italien gestellt sein wird," ferner den Abschluß eines Waffenstillstandes gegen Kündigung, mit dem Beginne am 2. August, bis zu welchem Zeitpunkte die schon herrschende Waffenruhe verlängert wurde. Die Demarkationslinie ging von Eger über Pilsen, Tabor, Znaim an die Thaya und March, und östlich von dieser über Napagedl nach Oderberg.

Unmittelbar nach dem Abschluß der Präliminarien kam General Govone in Nikolsburg an und erklärte, daß Italien auf dem Trentino „und anderen italienischen Provinzen" bestehen müsse. Der Friedensschluß schien den Italienern schimpflich, wenn sie keine Gelegenheit mehr fänden, ihre Macht zu entfalten. Aber dazu bedurfte es der Mitwirkung Preußens und der Beschäftigung der österreichischen Armee an der Donau. Es war alles so schön gegangen, seit Erzherzog Albrecht mit zwei Corps Venetien verlassen hatte. Viktor Emanuel hatte die Armee neu geordnet, eine neue Corpseinteilung durchgeführt, Cialdini war am 8. Juli über den Po gegangen, am 15. stand er bereits in Vicenza, am 17. wurde der Brückenkopf von Borgoforte beschossen und nach kurzem Widerstande von den Oesterreichern verlassen. Feldmarschalleutnant v. Maroicic vereinigte 20000 Mann am Isonzo, mit denen die Italiener sich am 25. bereits in Vorpostengefechte einließen, bis die Nachricht von einer achttägigen Waffenruhe eintraf, zu der sich der König von La Marmora hatte bewegen lassen. Wenige Tage darnach beklagte sich Viktor Emanuel bitter gegen Bernhardi, daß er die Waffen niederlegen müsse, wenn er gerade in der besten Verfassung sei.

„Er habe gegenwärtig 250000 Mann in Venetien und werde in vierzehn Tagen 300000 Mann, ja sogar um 80000 Mann mehr haben, als in diesem Augenblicke — denn er habe noch weitere 100000 Mann Reservemannschaften und Rekruten einberufen, die eben jetzt ausgerüstet würden. Gewähre man ihm, was er verlangt, nämlich in Italien den Isonzo als Grenze und Welsch-Tirol, dann werde er Frieden schließen, wenn nicht, dann setze er den Krieg allein fort, ohne Preußen. . . . Er gehe dann für seine Person zur Expeditionsarmee, zu Cialdini, und bringe in die deutsch-österreichischen Lande ein. La Marmora möge inzwischen Verona belagern, das von der Bergseite her in etwa 25 Tagen erobert werden könne." Auch in Tirol hatte man sich noch große Siege versprochen, obwohl die Einleitung dazu nicht sehr glänzend ausgefallen war. Die Freischaren Garibaldis, die 30000 Mann stark waren, wurden an dem Vordringen in Judicarien, im Ampola-, Ledro- und Sarcathal durch wenige Bataillone verhindert, denen die Innsbrucker Studenten- und einige Landesschützencompagnien zur Verstärkung für die Grenzbewachung zugeteilt wurden. General Baron Kuhn mußte ganz Südtirol mit 11 Bataillonen und 82 Geschützen verteidigen; erst als General Medici mit einer ganzen Division in der zweiten Hälfte des Juli in die Val Sugana einmarschierte, um von Osten das heißersehnte Trient zu gewinnen, wurden von Verona noch 2 Bataillone zur Unterstützung Kuhns abgesendet. Medici rückte bis Pergine vor, wo es am 25. Juli mit der Hauptmacht Kuhns und dem herbeigeströmten Landesaufgebot zur Schlacht gekommen wäre,[1]) wenn die an diesem Tage eintretende Waffenruhe nicht dem Kampfe Einhalt geboten hätte. Die von Kuhn beabsichtigte Verwendung seiner 18800 Mann Infanterie und 42 Geschütze und des zahlreich zusammenströmenden Landsturmes, ganz besonders aber die geschickte Aufstellung der Brigade Zastavnikovic, hätten am folgenden Tage die Einschließung und Kapitulation des Corps Medici zur Folge haben müssen. Man erwartete am 2. August den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unter Beteiligung der Truppen, die von der Donau wieder an die südlichen Grenzen zurückbeordert worden waren; es gestaltete sich aber auch auf diesem Kriegsschauplatze aus der Waffenruhe der Waffenstillstand, allerdings nicht ohne bedenkliche Schwankungen der Situation, die noch einmal die ganze Energie Preußens herausforderten.

Erst nachdem man mit Oesterreich ins reine gekommen war, ließ Bismarck sich herbei, auch mit den übrigen Gegnern vom 14. Juni, die noch gegen Preußen in Waffen standen, über die Herstellung des Friedens zu verhandeln. Sie waren dessen insgesamt schon recht bedürftig, denn es war ihnen nicht gelungen, die Armee, die bei Langensalza die Kapitulation der Hannoveraner erzwungen hatte, an der Besetzung des Maingebietes zu hindern, wo Süddeutschland verteidigt werden sollte. Als General Vogel v. Falckenstein auf Anordnung Moltkes am 2. Juli von Eisenach aufgebrochen war, um die bairische Armee aufzusuchen, die auf dem Marsche von Schweinfurt nach Fulda vermutet wurde, stieß er mit

---

[1]) Freiherr v. Kuhn hat in seinem Werke „Der Gebirgskrieg" das Treffen bei Condino und den Angriff über den Monte Giovo am 16. Juli 1866, das Treffen bei Vececa und die Disposition zum Angriffe auf Pergine und Levico am 2. August 1866 ausführlich geschildert.

ihr schon im Werragebiet zusammen, weil sie im Begriffe gewesen war, zum Entsatze der Hannoveraner nach Gotha vorzugehen, und erst am 1. Juli die Schwenkung nach Westen vorgenommen hatte. Goeben schlug am 4. Juli bei Dermbach im Ulsterthale die bairischen Divisionen Hartmann und Zoller zurück, worauf sich Vogel v. Falckenstein zu der Annahme verleiten ließ, er habe die ihm aufgetragene Trennung der beiden feindlichen Heeresmassen schon erreicht und keine Veranlassung, den Baiern auf dem Fuße zu folgen. Dadurch ließ sich der General, der sich zum zweitenmal in einen auffälligen Gegensatz zu den Anordnungen des Großen Hauptquartiers setzte, die Gelegenheit entgehen, die Baiern vereinzelt zu schlagen. Daß dies am 5. Juli möglich, ja wahrscheinlich gewesen wäre, ist nach der merkwürdigen Katastrophe kaum zu bezweifeln, die in der Nacht vom 4. auf den 5. Juli ohne Gefecht, durch bloße Panik über das bairische Kavalleriecorps unter Fürst Taxis hereingebrochen war. Der Fehler Falckensteins wurde nur durch seinen Gegner selbst gut gemacht, indem der Prinz von Hessen den ihm von Karl von Baiern aufgetragenen Marsch nach Süden nicht ausgeführt und die Vereinigung mit den Bundesgenossen in Kissingen unterlassen hat, die durch das Verharren Falckensteins auf der Richtung Fulda-Frankfurt begünstigt worden wäre. Im VIII. Armeecorps richtete einerseits die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz, andererseits das Erscheinen preußischer Streifcorps in Nassau und Rheinhessen große Verwirrung an; das Verlangen der noch funktionierenden Bundes-Militärkommission, Frankfurt und die Länder am Main zu schützen, fand im Hauptquartier des Prinzen von Hessen mehr Beachtung, als die Anordnung des Oberkommandanten, das Befehlsrecht des Corpskommandanten wurde von den Souveränen der Kontingente verletzt, indem der Herzog von Nassau seine Truppen in das eigene Land zurückzog, Prinz Wilhelm von Baden mit seiner Division, die unverständigerweise nach Gießen geschickt worden war, auf eigene Verantwortung nach Frankfurt rückte.

Nun war am 7. Juli thatsächlich eingetreten, was Falckenstein am 5. irrtümlich vorausgesetzt hatte; er stand jetzt zwischen den beiden Corps und wurde am 8. Juli von Moltke telegraphisch angewiesen, sofort die feindliche Hauptmacht aufzusuchen. „Man wird sie treffen, wenn man Baiern im eigenen Lande beschäftigt; alle feindlichen Detachierungen in Meiningen, Wetzlar, Pilsen, Frankfurt gehen dann von selbst zurück." Wieder war es die Division Goeben, die bei dem getrennten Vormarsche der drei Teile der Mainarmee am 10. Juli zuerst mit den Baiern in Kissingen zusammentraf. Die Divisionen Zollern und Feder wurden nach hartnäckigem Ringen in dem noch von Kurpublikum bewohnten Badeort an der fränkischen Saale zum Rückzuge in nordöstlicher Richtung gezwungen; in Nüdlingen erhielten sie jedoch Unterstützung durch neun Bataillone der Division Stephan, setzten sich neuerdings zur Wehre und gewannen die wichtige Stellung am Sinnberge zurück. Die preußische Brigade Wrangel, deren Tapferkeit in dem blutigen Kampfe am Kissinger Kirchhofe den Ausschlag gegeben hatte, mußte ohne Unterstützung bei einbrechender Dämmerung nochmals einen heftigen Vorstoß ausführen, um den Sieg des Tages zu sichern, der durch das Vordringen Manteuffels im Norden und den glücklichen Kampf der Division Beyer bei Hammelburg vervollständigt wurde. Die Verluste waren

auf bairischer Seite 52 Offiziere, 1205 Mann, auf preußischer 36 Offiziere, 863 Mann.

General v. Falckenstein war am Abende des Gefechtstages durch Goeben und Manteuffel bewogen worden, die Offensive gegen Baiern fortzusetzen, den zersprengten Bestandteilen der Armee mit überlegener Macht zu folgen und sie für die Zukunft unschädlich zu machen. Ein am 9. von Bismarck veranlaßtes Telegramm Moltkes, das möglichst weitgehende Gebietsbesetzungen nördlich des Mains für politisch wichtig erklärte, veranlaßte jedoch am 11. Juli die abermalige Umkehr der ganzen Mainarmee, die so rasch durchgeführt wurde, daß Manteuffel ein bereits begonnenes Gefecht bei Schweinfurt abbrach. Goeben, der die dritte Staffel beim Vormarsch nach Baiern hätte bilden sollen, kam infolge dessen wieder in die erste Reihe und stieß schon am 13. nach einem beschwerlichen Marsche quer über den Spessart bei Laufach auf die hessen-darmstädtische Division unter General Perglas. Der Bundescorpskommandant war nämlich doch zur Ueberzeugung gelangt, daß er sich nicht auf die Verteidigung der Mainlinie von Hanau bis Mainz beschränken könne, und hatte mit der Vereinigung der ihm unterstehenden Kontingente begonnen, um sie nach Würzburg zu führen. Die Hessen hatten dabei die Vorhut zu bilden. Das Gefecht am 13. abends endete für sie mit einer äußerst verlustreichen Niederlage, durch die den Preußen die Straße nach Aschaffenburg freigegeben wurde. General Perglas führte seine stark mitgenommenen Truppen am 14. bei Stockstadt über den Main zurück und überließ die Verteidigung von Aschaffenburg der österreichischen Brigade Hahn, nachdem eine Einigung über gemeinschaftliches Operieren bei einer etwas stürmischen Unterredung mit dem leidenschaftlich erregten österreichischen General Graf Neipperg nicht erzielt werden konnte. In seiner Vereinzelung konnte auch dieser, der übrigens ein nicht sehr verläßliches Regiment (Italiener) unter seinen Truppen hatte, dem Anpralle der Sieger von Kissingen und Laufach nicht widerstehen, mußte Aschaffenburg räumen und den Hessen nachziehen. Sein Verlust war sehr bedeutend: 25 Offiziere, 481 Mann tot und verwundet, 22 Offiziere, 1964 Mann gefangen. Dazu kamen etwa 100 Hessen-Darmstädter und Kurhessen. Goeben verlor 17 Offiziere, 163 Mann.

Während das VIII. Bundescorps nach Süden in den Odenwald auswich, um über Miltenberg und Amorbach an die Tauber und nach Würzburg zu gelangen, konnte General Vogel v. Falckenstein endlich den heißersehnten Wunsch befriedigen, in Frankfurt a. M. einzurücken und der ohnmächtigen Bundesmetropole den Fuß des preußischen Siegers auf den Nacken zu setzen. Auf diesen Triumph am 16., der mit der Einhebung einer Kontribution von 5 Millionen süddeutscher Gulden einen für die reichen Frankfurter entsprechenden Ausdruck erhielt, folgte für den Führer der Mainarmee ein harter Rückschlag, denn er mußte jetzt die Folgen seiner Unbotmäßigkeit im ersten Teile des Feldzuges gegen die Hannoveraner fühlen. Schon am 30. Juni war seine Entfernung vom Oberbefehl beschlossene Sache gewesen, deren Ausführung durch die Abreise des Großen Hauptquartiers zur Armee in Böhmen verschoben wurde. General v. Moltke erhielt durch die weiteren Unternehmungen Falckensteins nicht den Eindruck einer zweckmäßigen Führung, er hatte daher keinen Grund, beim Könige

eine Zurücknahme des bereits feststehenden Beschlusses zu erwirken. Da bei dem Vormarsche der drei Armeen nach Mähren die wichtige Stellung eines Generalgouverneurs des Königreichs Böhmen zu besetzen nötig war, ergab sich die Möglichkeit, die Abberufung des Generals von der Mainarmee durch eine sehr ehrenvolle Verwendung zu begründen, die aber weniger Gelegenheit zu gefährlichen Bethätigungen eines stark entwickelten Dranges nach Selbständigkeit gewährte. Falckensteins Nachfolger wurde Edwin Manteuffel, der unverschuldet in den Verdacht kam, gegen seinen Vorgesetzten beim Könige intriguiert zu haben. Er fand bald Gelegenheit, zu beweisen, daß seine militärische Begabung hinter der seines Vorgängers durchaus nicht zurückblieb, und daß er ebenso wie dieser die enorme Leistungsfähigkeit der Division Goeben und ihres genialen Führers auszunützen verstand. Er hatte so viel Nachschub an Mannschaft erhalten, daß 10000 Mann als Besatzungen der eroberten Länder am unteren Main zurückgelassen und abermals mit nahezu 50000 Mann der Vormarsch gegen die Bundestruppen begonnen werden konnte. Man rückte von der Linie Darmstadt-Aschaffenburg nach Süden und war infolgedessen am 23. an der Erfa den Truppen des Prinzen von Hessen wieder auf den Fersen, die noch nicht in feste Verbindung mit den Baiern getreten waren, weil Prinz Karl seinerseits daran dachte, durch den Spessart vorzugehen und die Mainarmee etwa bei Aschaffenburg zu stellen.

Am 24. Juli wurde der rechte Flügel des VIII. Bundescorps, den die badische Division bildete, von der Division Beyer und den Oldenburgern bei Werbach (südlich Wertheim) hart bedrängt und zum Rückzug gezwungen, während die Division Flies (früher Manteuffel) bei Wertheim über die Tauber ging und gegen die zwischen Würzburg und Heidenfeld stehende bairische Armee Stellung nahm. Gleichzeitig bemächtigte sich die Brigade Wrangel der Stadt Tauber-Bischofsheim und verteidigte den Flußübergang gegen die württembergische Division, gegen die österreichische und nassauische Brigade. Die Vorrückung aller drei preußischen Divisionen auf den nach Würzburg führenden Straßen bewog den Prinzen Karl von Baiern am 25. doch zur Entsendung einer Unterstützung an die Bundestruppen. Die Division Beyer mußte zuerst die Division Prinz Luitpold (früher Zoller) und dann die Division Stephan, die zu einem Flankenmarsche ausgeholt hatte, aber zu spät gekommen war, zurückwerfen, am 26. kamen Flies und Beyer noch in die Gelegenheit bei Roßbrunn (15 km westlich von Würzburg), die Divisionen Feder und Hartmann über die Notwendigkeit zu belehren, daß Preußen auch in Süddeutschland keinen Widerstand dulde. Der Rückzug an das rechte Mainufer war schon beschlossen, es mußte jedoch von den Baiern das linke Ufer so lange behauptet werden, bis das Fuhrwesen beider Corps bei Würzburg und Mittelzell den Uebergang bewerkstelligt hatte. Der Sturm des 36. preußischen Regiments auf die starke Stellung des 7. bairischen Regiments und 3. Jägerbataillons auf dem Berge Oßnert, der ihm 11 Offiziere und 251 Mann gekostet hat, wäre daher wohl zu vermeiden gewesen. Das Gefecht endete mit einem Waffengange deutscher Reiter, bei dem der General v. d. Tann mit der Kürassierbrigade eine glänzende Attacke ausführte, deren Wucht nur durch rechtzeitig einsetzende Kartätschenladungen gebrochen werden konnte.

Die Beschießung der Festung Marienberg bei Würzburg am 27. Juli brachte diese zwar nicht zu Fall, sie fachte jedoch einen Brand an, der die Kraft der Verteidiger erschütterte und die Bewohner von Würzburg in keinen geringen Schrecken wegen des Schicksals ihrer schönen Stadt versetzte. General Manteuffel weigerte sich wegen des Marienbergs, sie als eine „offene" anzuerkennen. Das Vordringen des 2. norddeutschen Reservearmeecorps unter Kommando des Großherzogs von Mecklenburg und des preußischen Generals v. Horn (24 Bataillone, 6 Eskadronen, 40 Geschütze) bis Hof erweckte beim Prinzen Karl Besorgnisse für seine Verbindung mit der Donaulinie und bestimmte ihn, auf Verhandlungen über eine Waffenruhe einzugehen. Während dieser trafen auf beiden Seiten Nachrichten von den Regierungen ein, die das Einstellen der Feindseligkeiten forderten und den Beginn des Waffenstillstandes am 2. August ankündigten. Prinz Wilhelm von Baden, der seine Division auch bei den letzten Gefechten nicht mehr hatte thätig eingreifen lassen, erhielt vom Großherzog den Befehl, seine Truppen in die Heimat zu führen. Am 31. Juli kam es zu einem Vertrag zwischen Manteuffel und Karl von Baiern, durch den der Marienberg neutral erklärt und die Stadt Würzburg den Preußen überlassen wurde. Alexander von Hessen zog mit den Bundestruppen an die Ansbacher Bahn. Nachdem auch Württemberg und Hessen-Darmstadt am 1. August in den Waffenstillstand eingetreten waren, hörte der Bestand des VIII. Bundescorps von selbst auf. Nassau aber wurde von Preußen ebenso wie Hannover und Kurhessen nicht mehr als kriegführende Macht anerkannt. Der Großherzog von Mecklenburg führte sein Corps noch über Baireuth nach Nürnberg und pflanzte die Standarte der Hohenzollern auf dem Stammsitze der Burggrafen auf.

Der letzte Krieg auf deutschem Boden, in dem mit Ausnahme der Italiener in den österreichischen Regimentern Wernhardt und Airoldi nur Deutsche gegen Deutsche gefochten haben, hatte in zwölf Gefechten (Dermbach, Hammelburg, Friedrichshall, Kissingen-Nüdlingen, Laufach, Aschaffenburg, Hundheim, Tauberbischofsheim, Werbach, Helmstadt, Gerchsheim, Roßbrunn) 870 Offiziere und 8143 Mann (148 — 2984 Preußen, Oldenburger, Hanseaten, Koburger, 725 — 5139 Baiern, Hessen, Badener, Württemberger, Nassauer, Oesterreicher) an Toten und Verwundeten gekostet. Dieses Opfer mußte gebracht werden, damit die Untüchtigkeit und Wertlosigkeit des Deutschen Bundes durch unwiderlegliche Thatsachen erhärtet und nachgewiesen war, daß Preußen für sich allein die Kraft besitze, alle übrigen deutschen Staaten und Stämme zur politischen und militärischen Einheit zu zwingen. Nur dieser Beweis konnte für die deutsche Nation stichhaltig sein, ihr Verständnis für die Einheit bedurfte und bedarf dieser Stütze. Nun war und ist sie aber stark genug, um die Vorherrschaft Preußens in dem neuen deutschen Bundesstaate zu begründen und damit auch den unerläßlichen Grundstein für das Kaisertum der Hohenzollern zu bilden.

Die blutige Kriegsarbeit war beendet; ein scharfer Schwertschlag, wie er kühner und glücklicher nie geführt worden, hatte die staatliche Verbindung zwischen Deutschland und dem Reiche der Habsburger zerschnitten. Nicht freiwillig, wie

Chemnitz und Severinus de Monzambano vermutet hatten, war die Casa d'Austria von den alten Wegen gewichen, um ihre eigene Politik zu treiben, sie hatte sich von dem Glauben an die Lebenskraft der alten Reichsidee nicht loslösen können, sie hatte durch den Waffensieg der neben ihr emporgewachsenen norddeutschen Großmacht überzeugt werden müssen, daß das Kaisertum Karls V. und Ferdinands II. nicht wieder zu erwecken sei und daß die deutsche Nation sich ein kräftigeres Staatswesen schaffen könne, als einen kümmerlichen Staatenbund, in dem ihr Schicksal von eifersüchtigen Dynasten und geschwätzigen Ministern bestimmt wurde. Deutschland war kleiner geworden, aber es konnte nun stark sein. Die preußischen Heerscharen hatten die Stärke bereits erwiesen, der preußische König und sein Minister mußten ihnen Waffenbrüder werben und das Rüstzeug schmieden, mit denen der neue Bund sich gegen alle zu wehren vermöchte, die den Deutschen das vorenthalten wollten, was sie selbst längst besaßen, — einen Staat!

Neue Feinde traten an demselben Tage drohend auf, an dem der Friede mit Oesterreich begründet war: Rußland und Frankreich. Der Zar glaubte auf der Berufung eines europäischen Kongresses bestehen zu müssen, der sich mit der Ordnung der deutschen Verhältnisse, vor allem mit der Erhaltung der Mittel- und Kleinstaaterei zu beschäftigen habe. Er war beunruhigt durch die nicht geahnte Erscheinung, daß Preußen für sich allein vollbracht hatte, wozu er selbst ihm die Hand bieten wollte. 1863 hatte er in einem Privatschreiben an König Wilhelm ein Bündnis gegen Oesterreich und Frankreich in Anregung gebracht, Bismarck aber die Ablehnung des Antrages durchgesetzt, weil er wußte, „daß die deutsche Einheit ohne fremde Einflüsse, aus eigener nationaler Kraft zu stande kommen müsse",[1]) und weil er voraussah, daß nach einem preußisch-russischen Feldzuge gegen Oesterreich und Frankreich „die russische Politik an dem längeren Arme des Hebels sitzen würde und uns auch, wenn wir siegreich wären, ähnlich wie in dem Wiener Kongreß und mit noch mehr Gewicht werde vorschreiben können, wie unser Friede beschaffen sein solle, ebenso wie Oesterreich es 1859 bezüglich unserer Friedensbedingungen mit Frankreich hätte machen können, wenn wir damals in den Kampf gegen Frankreich und Italien eingetreten wären". Bismarck hat die Konsolidierung Mittel- und Osteuropas durch ein enges Bündnis der drei Großmächte Deutschland, Oesterreich und Rußland immer als die wünschenswerteste Sicherung einer gedeihlichen nationalen Entwickelung der Deutschen erkannt, er hat sich namentlich die Erkämpfung ihres Anteils am Weltverkehr nicht anders als im Gegensatze zu den Westmächten vorstellen können, aber er hat vor allem die Gleichwertigkeit der deutschen Großmacht mit der russischen feststellen müssen. Deshalb ließ er durch den preußischen Gesandten v. Schweinitz dem Kaiser Alexander melden, daß Preußen sich der Gefahr einer Revolution aussetze, wenn es sich nicht der ihm gebührenden Vorteile sofort bemächtige, die ein siegreich geführter Krieg biete, und daß er gegen jede Macht, die ihn an der notwendigen Vergrößerung Preußens hindern wolle, die „ganze nationale" Kraft der Deutschen und benachbarter Völker ins Feld stellen werde. Er würde dann nicht nur die Magyaren, sondern auch die Polen zur Er-

[1]) Gedanken und Erinnerungen II, 64 u. ff.

hebung angeeifert, sie mit Geld und Truppen unterstützt haben. Diese Andeutung genügte.

Weil der deutsche Staatsmann — dies war der preußische Ministerpräsident seit der Lösung der Hauptfrage mit Oesterreich — der ganzen nationalen Kraft zu seiner Stütze bedurfte, mußte er auch so rasch als möglich den Verdacht zerstreuen, daß er den preußischen Staat dem Absolutismus zuführen, den berechtigten Ansprüchen des Volkes auf die ehrliche Anwendung konstitutioneller Grundsätze beharrlich entgegentreten wolle. Es verlangte ihn nach einer Aussöhnung mit den preußischen Volksvertretern.

Am Tage von Königgrätz waren die Abgeordneten zum preußischen Landtage gewählt worden, die konservative Regierungspartei hatte eine Vermehrung bis zu hundert Mitgliedern erfahren, die Liberalen besaßen aber die Mehrheit. Sie sollten beruhigt, der Konflikt beendet werden. Auf der Fahrt von Prag nach Berlin gelang es Bismarck, den König von der Notwendigkeit des Indemnitätsverlangens im Landtage zu überzeugen. Der Ministerrat in Berlin, mit dem seit dem 18. Juli über die Thronrede verhandelt wurde, hatte sich in seiner Mehrheit gegen die Indemnität ausgesprochen, die der Finanzminister v. d. Heydt einzubringen für notwendig hielt. Der König teilte die Ansicht jener Minister, die in der Indemnität das Eingeständnis begangenen Unrechts erblickten. Er stellte sie der Bismarcks entgegen, der den parlamentarischen Gegnern, wie er selbst sagt, „eine goldene Brücke bauen wollte, um den inneren Frieden Preußens herzustellen und von dieser festen preußischen Basis aus die deutsche Politik des Königs fortzusetzen“. „Die viele Stunden lange und für mich sehr angreifende Unterredung, weil sie meinerseits stets in sehr vorsichtigen Formen geführt werden mußte, fand im Eisenbahncoupé zu Dreien statt, mit dem Könige und dem Kronprinzen. Der letztere aber unterstützte mich nicht, obschon er in dem leichtbeweglichen Ausdruck seines Mienenspiels mich wenigstens durch Kundgebung seines vollen Einverständnisses seinem Herrn Vater gegenüber stärkte.“ Der Sieg, der zwischen Görlitz und Berlin erfochten wurde, war nicht von geringerer Bedeutung als der im Schlosse zu Nikolsburg so schwer errungene, es war der notwendige Schritt vom Preußentum zum Deutschtum, vom widerwillig konstitutionellen Königtum zum volkstümlichen Kaisertum.

Die Konservativen, die in den böhmischen Siegen ihren Triumph gefeiert zu haben glaubten, waren überrascht und enttäuscht, als sie die Worte der Thronrede vernahmen, mit denen König Wilhelm den Abgeordneten des Volkes die Hand zum erneuten Treubunde bot. Sonntag den 5. August sprach er bei der Eröffnung des Landtages zunächst Gott den Dank für die Gnade aus, die er ihm und seinem Volke erwiesen habe, indem er Preußen half, „mit schweren, aber erfolgreichen Opfern nicht nur die Gefahren feindlicher Angriffe abzuwenden, sondern in raschem Siegeslauf des vaterländischen Heeres dem ererbten Ruhme neue Lorbeeren hinzuzufügen und der nationalen Entwickelung Deutschlands die Bahn zu ebnen“. Nachdem hervorgehoben war, daß die Kosten des gegenwärtigen Krieges aus den Staatseinnahmen und vorhandenen Beständen aufgebracht werden konnten, sprach der König die zuversichtliche Hoffnung aus, daß das Haus der Abgeordneten die Mittel zur erfolgreichen Beendigung des Krieges

und zur Bezahlung der Naturallieferungen bereitwillig gewähren werde; dann fuhr er fort: „Ueber die Feststellung des Staatshaushaltsetats hat eine Vereinbarung mit der Landesvertretung in den letzten Jahren nicht herbeigeführt werden können. Die Staatsausgaben, welche in dieser Zeit geleistet worden sind, entbehren daher der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt, wie ich wiederholt anerkenne, nur durch das nach Art. 99 der Verfassungsurkunde alljährlich zwischen meiner Regierung und den beiden Häusern des Landtages zu vereinbarende Gesetz erhält. Wenn meine Regierung gleichwohl den Staatshaushalt ohne diese gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt hat, so ist dies nach gewissenhafter Prüfung in der Ueberzeugung geschehen, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung den gesetzlichen Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staates, die Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute Existenzfragen des Staates waren und daß daher jenes Verfahren eine der unabweisbaren Notwendigkeiten wurde, denen sich eine Regierung im Interesse des Landes nicht entziehen kann und darf. Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung so weit zu erzielen, daß meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig erteilt und damit der bisherige Konflikt für alle Zeit um so sicherer zum Abschluß gebracht werden wird, als erwartet werden darf, daß die politische Lage des Vaterlandes eine Erweiterung der Grenzen des Staates und die Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres unter Preußens Führung gestatten werde, dessen Lasten von allen Genossen des Bundes gleichmäßig werden getragen werden."

Die Begründung der königlichen Erklärung gab der Ministerpräsident am 1. September bei der Vorlage des Indemnitätsgesetzes. „Wir wünschen den Frieden," sagte er, „nicht weil wir kampfunfähig sind in diesem inneren Kampfe; im Gegenteil, die Flut fließt in diesem Augenblick mehr zu unseren Gunsten, als vor Jahren; wir wünschen ihn auch nicht, um einer etwaigen künftigen Anklage auf Grund eines künftigen Verantwortlichkeitsgesetzes zu entgehen; ich glaube nicht, daß man uns anklagen wird, ich glaube nicht, daß, wenn es geschieht, man uns verurteilen wird. . . . Wir wünschen den Frieden, weil unserer Meinung nach das Vaterland ihn im gegenwärtigen Augenblicke in höherem Grade bedarf, als früher; wir wünschen ihn und suchen ihn namentlich deshalb, weil wir glauben, ihn im gegenwärtigen Momente zu finden; wir glauben ihn zu finden, weil Sie anerkannt haben werden, daß die königliche Regierung den Aufgaben, welche auch Sie in Ihrer Mehrzahl erstreben, nicht so fern steht, wie Sie vielleicht vor Jahren gedacht haben, nicht so fern steht, wie das Schweigen der Regierung über manches, was verschwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigen konnte." Daß der Beifall, der diesen und den weiteren Ausführungen des Ministers folgte, den Gefühlen der großen Mehrheit des Hauses entsprach, bewies die Abstimmung am 3. September, in der die Indemnität mit 230 gegen 75 Stimmen erteilt wurde.

Zwischen der Thronrede vom 5. August und diesem Beschlusse, durch den sich das Volk von Preußen mit Ausnahme der radikalen Elemente auf die Seite

des großen Staatsmannes stellte, der die deutsche Frage zur Lösung gebracht hatte, waren von diesem drohende Gefahren abgewendet worden, indem er sich bereits auf die ganze Nation, nicht nur auf Preußen berief. Louis Napoleon war unerwartet mit der Forderung an Preußen herangetreten, Frankreich für seine eigenen Annexionen in Norddeutschland zu entschädigen; er verlangte nicht nur die Grenzen von 1814 mit Landau und Saarlouis, sondern auch die bairischen und hessischen Landstriche am linken Rheinufer samt Mainz. Benedetti erwartete bis 7. August die Antwort des Königs. Sein Auftreten sollte den Eindruck machen, als wenn es sich schon um ein Ultimatum handle. Da der Friede mit Oesterreich noch nicht geschlossen war und Italien noch immer Miene machte, sich mit Venetien nicht begnügen zu wollen, erwogen Bismarck und Moltke den Fall eines neu ausbrechenden Doppelkrieges. Moltke wollte ihm einen vorwiegend defensiven Charakter geben und erklärte, daß man ihn nicht zu scheuen brauche. Wenn Oesterreich den Krieg mit Italien fortsetzte, hielt er 120000 Mann für genügend, um „in der Gegend von Prag eine auf das befestigte Dresden basierte Defensive erfolgreich durchzuführen". Am Rhein könnten die preußisch-norddeutschen Truppen bis 9. September auf 240000 Mann gebracht werden, so daß mit Zuziehung der Süddeutschen eine Armee von 300000 Mann die Operationen aufnehmen würde.[1])

Moltke glaubte darauf rechnen zu dürfen, daß dieselben Mannschaften, die sich noch vor wenigen Tagen am Main hartnäckig bekämpft hatten, sofort Waffenbrüderschaft gegen Frankreich schließen würden. Bismarck war in Uebereinstimmung mit dieser Erwägung nicht einen Augenblick im Zweifel, was er Benedetti zu antworten habe. Aus Aufzeichnungen und Depeschen jener Tage teilt Sybel den Inhalt der Abfertigung mit. „Warum," sagte er zum französischen Gesandten, „wollen Sie uns solche Sprünge machen? Sie müssen es doch wissen, daß für uns die Abtretung deutscher Erde eine Unmöglichkeit ist: ließen wir uns zu dergleichen herbei, so hätten wir trotz aller Triumphe Bankerott gemacht. Vielleicht könnte man andere Wege finden, Sie zu befriedigen: aber wenn Sie auf diesen Forderungen bestehen, so gebrauchen wir — darüber täuschen Sie sich nicht — alle Mittel: wir rufen nicht nur die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit auf, sondern wir machen auch sofort Frieden mit Oesterreich auf jede Bedingung, überlassen ihm ganz Süddeutschland, lassen uns selbst den Bundestag wieder gefallen. Aber dann gehen wir auch vereinigt mit 800000 Mann über den Rhein und nehmen euch das Elsaß ab; unsere beiden Armeen sind mobil, die eurige ist es nicht, die Konsequenzen denken Sie sich selbst."

Der Ton, mit dem diese Worte gesprochen wurden, verriet völlige Sicherheit. Als Benedetti kleinlaut darauf aufmerksam machte, daß die Verweigerung jeder Kompensation die Lage der Dynastie in Frankreich gefährde, erwiderte Bismarck, daß gegenüber einer revolutionären Gefahr, die allerdings aus diesem Kriege hervorgehen könne, die deutschen Dynastien sich fester begründet zeigen würden, als jene des Kaisers Napoleon. Damit war die Sache abgethan; der Kaiser hat nicht daran gedacht, den Krieg wirklich zu führen. Er wollte es nur

[1]) Militärische Korrespondenz, Krieg 1866. Denkschrift vom 8. August.

mit einem Schreckschuß versuchen. Damit war bei den Preußen freilich nichts zu erreichen. Bernhardi beurteilte schon damals die psychische und physische Verfassung Napoleons als eine trostlose. „Er schwankt hin und her zwischen den allerverschiedensten Unmöglichkeiten, sucht sich bald an diesem, bald an jenem Strohhalm zu halten und macht in seiner Politik die seltsamsten Sprünge. Bald will er sich Belgiens bemächtigen, bald die orientalische Frage im Verein mit Preußen lösen — dann wieder Kompensationen am Rhein fordern und es nötigenfalls auf einen Krieg mit Preußen wagen — kurz er ist augenscheinlich ganz disorientiert und aus der Fassung und taumelt hin und her, wie in einem Labyrinth von einander widersprechenden Vorstellungen und Plänen! Auch ist Napoleon sehr krank."

Rußland sollte durch eine Sendung Edwin Manteuffels besänftigt werden, der am 3. August von Frankfurt a. M., wohin er von Würzburg zurückgekehrt war, die Reise nach Petersburg antrat. Der Zar klagte über den Umsturz der Throne, die ebenso auf Gottes Gnaden beruhten, als der preußische; er fürchtete auch die revolutionären Tendenzen eines deutschen Parlaments. Bismarck telegraphierte Manteuffel am 11. August, noch ehe er von der Beruhigung Napoleons Kenntnis hatte: „Pression des Auslands wird uns zur Proklamierung der Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Maßregeln treiben. Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden." Für die Anerkennung der Annexionen konnte er dem Zarenhofe, ohne von seinem Programme abzuweichen, günstige Friedensbedingungen für die jenem nahestehenden Fürstenhäuser von Hessen-Darmstadt und Württemberg zusagen. Dies genügte. In Italien aber mußte man die seit Wochen betriebene Koketterie mit der Wahrung der Waffenehre und mit dem Nationalkrieg gegen Oesterreich aufgeben, denn man konnte sich doch der Aussicht auf neuerliche Niederlagen nicht verschließen. Erzherzog Albrecht stand bereits wieder mit einer stattlichen Armee an den Grenzen Venetiens und war bereit, mit dem II., III., V., VII. und IX. Armeecorps am 10. August die Feindseligkeiten aufzunehmen. Der Hauptteil der Armee sollte vom Isonzo aus vorrücken, das Alpenjägercorps über Mauthen (im Gailthal) in das obere Tagliamento- und Piavethal eindringen und die Flotte durch eine große Demonstration die Nachricht von der Ueberschiffung eines Armeecorps von Triest nach Venedig verbreiten, um den Feind zu einer bedeutenden Detachierung in dieser Richtung zu verleiten.[1]) Das III. Corps hatte von Pontebba nach Gemona vorzurücken. Es wäre für die Oesterreicher ein fröhlicher Krieg geworden. Die freiwilligen Alpenjäger, die am 14. August bei Auronzo ins Gefecht mit Garibaldinern kamen, hatten ihn in bester Stimmung begonnen und bedauerten lebhaft, daß die um 2 Uhr nachmittags bei den Gegnern aufgezogene weiße Fahne ihnen den sicheren Sieg nicht einzuheimsen gestattete. Am 12. hatten die Generale Möring und Petiti in Cormons einen vierwöchentlichen Waffenstillstand unterzeichnet. Schwierigkeiten ergaben sich bei den Friedensverhandlungen in Prag wegen der Uebernahme der Staatsschulden, wobei eine Differenz von 50 Millionen Gulden entstand. Abermals drohte man auf beiden Seiten mit Wiedereintritt des Kriegszustandes. Zwischen

[1]) Oesterreichs Kämpfe IV. Bd. 208.

dem 18. und 20. August trat nochmals eine Krise ein, weil Darmstadt und Baiern die ihnen auferlegten Bedingungen nicht annehmen wollten und Napoleon die Gelegenheit benützte, ein ermäßigtes Entschädigungsgesuch einzubringen. Bismarck bestimmte nun den König, auf Gebietsveränderungen auf Kosten Baierns zu verzichten, und damit löste sich die Verwickelung auf.

Es konnte nun eine Reihe von Friedensschlüssen folgen. Sie brachten neue Ueberraschungen für den unglücklichen Cäsar an der Seine, der alle seine Kombinationen versagen sehen mußte und das, was er am meisten gefürchtet hatte, die Einigung der deutschen Wehrkraft im Falle eines Angriffs, nicht zu verhindern vermochte. Er sah sich immer wieder vor den Kriegsfall gestellt und mußte von seinem Kriegsminister immer wieder die unerwünschte Auskunft entgegennehmen, daß im Augenblick die Rüstung Frankreichs nicht beschleunigt werden könne, weil es zu wenig Pferde und noch nicht die ausreichende Anzahl Hinterlader besitze.

Die entscheidende Wendung in den deutschen Angelegenheiten ging von den Verhandlungen mit Württemberg aus, die zuerst zum Abschluß kamen. Preußen verlangte keine Gebietsabtretung, Württemberg opferte willig 8 Millionen Gulden als Kriegsentschädigung und anerkannte neuerdings den Zollvereinsvertrag vom 16. Mai 1865 gegen halbjähriges Kündigungsrecht. Der württembergische Minister Freiherr v. Varnbüler brachte in den Unterredungen mit Bismarck außerdem aber auch die künftige Stellung des Königreichs zu den Südstaaten und zum Norddeutschen Bunde zur Sprache. Württemberg war nicht geneigt, von dem Rechte der Teilnahme an einem Süddeutschen Bunde Gebrauch zu machen, das ihnen Kaiser Napoleon durch seine Vermittlung gesichert und Kaiser Franz Joseph im Nikolsburger Präliminarfrieden anerkannt hatte. Dem Wortlaute der preußisch-französischen Abmachung nach stand es den deutschen Staaten südlich des Mains frei, eine „Union" zu begründen, sie waren aber nicht dazu verpflichtet. Wenn Württemberg begreiflicherweise darauf verzichtete, sich von Baiern führen zu lassen und diesem irgendwelche militärische Vorrechte einzuräumen, so mußte es doch das Bedürfnis haben, irgend ein Bündnis einzugehen, das ihm seinen Besitzstand garantierte, da es für sich allein nicht stark genug war, seine Unabhängigkeit gegen Baiern oder Oesterreich oder Frankreich zu verteidigen. Das staatliche Bedürfnis unterstützte die nationale Forderung des Anschlusses an Preußen, die vorläufig durch ein Schutz- und Trutzbündnis befriedigt wurde. Das Großherzogtum Baden schloß sich den Anschauungen Württembergs an, ja es würde sehr gerne eine organische Angliederung seiner Wehrkraft an die preußische Armee schon jetzt angebahnt haben. Dazu glaubte Bismarck aus Rücksicht für Frankreich jedoch nicht seine Hand bieten zu können.

Baiern und Hessen-Darmstadt suchten noch während der Verhandlungen in Berlin Unterstützung bei Napoleon, v. d. Pfordten beobachtete dabei aber doch eine gewisse nationale Ehrbarkeit, während Herr v. Dalwigk seine Vaterlandsliebe in der Weise bethätigte, daß er unverblümt um den Einmarsch der „Rothosen" in Westdeutschland bat. Bismarck ließ beide Gesandtschaften einige Tage lang in Verzweiflung über die harten Friedensbedingungen schmachten, die außer hohen Zahlungen auch Gebietsabtretungen — Oberhessen und die

fränkischen Fürstentümer — enthielten. War es längst entschieden, daß dem Großherzog Ludwig III. aus Rücksicht auf den russischen Schwager kein Dorf genommen werden dürfe, so war Baiern gegenüber die Absicht vorwiegend, ihm eine Alternative zu stellen: entweder Verkleinerung und volle Aktionsfreiheit, oder territoriale Integrität, aber gemeinsames Auftreten nach außen bei kriegerischen Verwickelungen. Oberhessen wurde, weil es im Norden des Mains lag, in den Norddeutschen Bund einbezogen, sein Landesherr war daher auf ein Bündnis mit Preußen angewiesen; Baiern trat, nachdem der Anspruch auf die ehemals hohenzollernschen Länder Ansbach-Bayreuth von Preußen fallen gelassen worden war, dem Schutz- und Trutzbündnisse bei, das die anderen süddeutschen Staaten bereits angenommen hatten. Baden zahlte 6 Millionen Gulden, Hessen 3 Millionen, Baiern 30 Millionen. Die Zollvereinsbeziehungen wurden von allen Seiten wieder aufgenommen, dazu kamen mehrfache Vereinbarungen hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs und des Telegraphenwesens. Gleichzeitig mit den Friedensschlüssen vom 13. August (Württemberg), 17. (Baden) und 22. (Baiern) wurden Schutz- und Trutzbündnisse folgenden Inhalts geschlossen: 1. Die Kontrahenten garantieren sich gegenseitig die Integrität des Gebiets ihrer bezüglichen Länder und verpflichten sich, im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen. 2. Die Souveräne von Baiern, Württemberg und Baden übertragen für diesen Fall den Oberbefehl über ihre Truppen dem Könige von Preußen. 3. Der Vertrag wird vorläufig geheim gehalten. Die großartige nationale Bedeutung dieses Bündnisses konnte nach außen nicht schöner angedeutet werden als durch den Brief, den König Ludwig II. von Baiern, seit dem 10. März 1864 der Nachfolger seines Vaters Maximilians II., an König Wilhelm richtete: „Nachdem der Friede zwischen uns geschlossen und eine feste und dauernde Freundschaft zwischen unseren Häusern und Staaten begründet ist, drängt es mich, dieser einen äußeren symbolischen Ausdruck zu geben, indem ich Ew. Königlichen Majestät anbiete, die ehrwürdige Burg Ihrer Ahnen zu Nürnberg gemeinschaftlich mit mir zu besitzen. Wenn von den Zinnen dieser gemeinschaftlichen Ahnenburg die Banner von Hohenzollern und Wittelsbach vereinigt wehen, möge darin ein Symbol erkannt werden, daß Preußen und Baiern einträchtig über Deutschlands Zukunft wachen, welche die Vorsehung durch Ew. Königliche Majestät in neue Bahnen gelenkt hat."[1])

Der am 21. August in Prag geschlossene Friede zwischen Oesterreich und Preußen wiederholte die wesentlichen Bestimmungen des Präliminarfriedens; Art. VI enthielt das Versprechen des Königs von Preußen, „auf Wunsch des Kaisers von Oesterreich den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen". Die Kriegsentschädigung betrug nach Abzug der Entschädigung für die Kriegskosten 1864 und des Aequivalents für die Verpflegung der preußischen Armee 20 Millionen Thaler. Der Friedensvertrag mit Sachsen kam erst am 21. Oktober zu stande, er nahm die auf Sachsen bezüglichen Bestimmungen der Nikolsburger Abmachungen auf, bestimmte eine Kriegskostenentschädigung von 10 Millionen Thalern und stellte

[1]) Sybel, Begründung V, 407.

die künftigen Bundesbeziehungen der beiden Staaten in betreff des Militärwesens, der Vertretung nach außen, der Verkehrs- und Posteinrichtungen auf die Basis der preußischen Vorschläge vom 10. Juni, bis die Verfassung des Norddeutschen Bundes Gesetzeskraft erlangt haben werde. Unter den übrigen Auseinandersetzungen, die zum Teil langwierige Rechtsstreitigkeiten betrafen, befand sich auch die Ablösung der Rechte, die der Universität Leipzig auf gewisse Kanonikate in den Stiften Merseburg, Naumburg und Zeitz zustanden, durch die sächsische Regierung. Die Festung Königstein wurde sofort dem König von Preußen übergeben, die Besetzung Sachsens durch preußische Truppen hatte so lange zu dauern, bis die Reorganisation der sächsischen Truppen im wesentlichen durchgeführt und deren Einreihung in die Armee des Norddeutschen Bundes erfolgt sein werde.

Am 3. Oktober hatten auch Italien und Oesterreich ihren Frieden gemacht, in dem der Kaiser von Oesterreich seine Zustimmung zur Vereinigung des lombardisch-venetianischen Königreichs mit dem Königreich Italien gab. Dieses verpflichtete sich zur Zahlung von 35 Millionen österreichischer Gulden in klingender Münze für den auf Venetien entfallenden Teil des Anlehens vom Jahre 1854 und für den Wert des nicht transportablen Kriegsmaterials. Den österreichischen Unterthanen wurde ein Jahr hindurch das Abzugs- und Abfuhrrecht für bewegliches Eigentum zugestanden, es wurde ihnen aber freigestellt, ihr in dem abgetretenen Gebiete liegendes unbewegliches Eigentum zu behalten. Das gleiche Recht wurde den Prinzen und Prinzessinnen des Hauses Oesterreich, sowie jenen Prinzessinnen eingeräumt, die durch Heiraten in die kaiserliche Familie eingetreten sind; sie hatten jedoch ihre Ansprüche auf Anerkennung ihres Privatvermögens einzeln geltend zu machen.

Inzwischen war die Vergrößerung Preußens durch die dauernde Besitzergreifung eines beträchtlichen Teiles der eroberten Länder als die zweitwichtigste Folge des Krieges durch einen Akt der Gesetzgebung zur Thatsache gemacht worden. Eine Botschaft des Königs hatte am 17. August dem preußischen Landtage den Gesetzentwurf über die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt vorgelegt. In der Motivierung wurde gesagt, daß der Fortbestand dieser Staaten mit der Rekonstruktion Deutschlands auf nationaler Grundlage unvereinbar sei und eine fortwährende Gefahr für Preußen in sich schließe. „Die letzten Ereignisse haben gezeigt, wie groß diese Gefahr ist, indem Preußen sich genötigt sah, im Augenblicke eines die ganze Kraft der Nation in Anspruch nehmenden Krieges gegen eine ebenbürtige Großmacht einen bedeutenden Teil seiner Kräfte zur Okkupation jener, es im Rücken und von der Seite bedrohender Länder zu verwenden. Dieser Zustand darf nicht wiederkehren. Er muß für immer beseitigt werden.“ Die Vergrößerung betrug 959 Quadratmeilen mit 3228000 Einwohnern. In der Antwort auf die Ansprache einer hannoverschen Deputation, die um die Erhaltung des Königreiches im Rahmen des Norddeutschen Bundes, etwa unter der Regierung des Thronfolgers, bat, erörterte König Wilhelm sehr ausführlich seinen persönlichen und den staatlichen Standpunkt bei den Annexionen. Mit der Versicherung, daß er als 70jähriger Mann nur gezwungen durch die Verhältnisse zu Eroberungen schreite, die weit über seine ursprünglichen Pläne hinausgehen, war es ihm völlig Ernst. Seinen per-

sönlichen Neigungen und Ansichten hätte es gewiß besser entsprochen, wenn er den Verwandten in Hannover ein anständiges Ausgeding hätte zuwenden, dafür aber an Oesterreich, Bayern und Hessen seinen Staat hätte schadlos halten dürfen.

Der Antrag der Landtagskommission vom 7. September nahm die Vereinigung der vier Staaten gemäß Art. II der preußischen Verfassung an und bestimmte, daß diese in den neuen Provinzen am 1. Oktober 1867 in Kraft zu treten habe. Der Bericht enthielt die Mitteilung, daß eine Minderheit der Kommission das Recht der Eroberung als Anwendung nackter Gewalt bezeichnet habe, „die in der Gegenwart zur Rechts- und Staatsbildung nicht mehr ausreiche“. Die Mehrheit schloß sich der Anschauung Bismarcks an, daß es unvernünftig sei, das Recht der Eroberung zu bestreiten, solange Kriege geführt werden. „Solange deutsche Staaten gegeneinander mobil machen und die Entscheidung des Krieges anriefen, hätten sie die Folgen desselben zu tragen.“ Weder der Antrag, eine Volksabstimmung einzuleiten, noch ein zweiter, die Zustimmung des Reichstages des Norddeutschen Bundes abzuwarten, wurde angenommen; die Kommission schloß sich auch der Erklärung der preußischen Regierung an, daß die bisherigen Verfassungen in eroberten Ländern als erloschen zu betrachten seien, weil „Verfassung und Dynastie voneinander untrennbar seien“. Auch die Frage der Personalunion wurde von der Kommission erörtert und dabei diese Form eines „völkerrechtlichen Provisoriums“ für unanwendbar erkannt. In der Debatte wurden Ansichten geäußert, daß die Regierung den kleinen Staaten voreilig ihren Territorialbestand gesichert habe, und daß dies im Interesse der Einheit Deutschlands sehr zu beklagen sei. Ganz Norddeutschland hätte einschließlich Sachsens zu einem preußischen Staate „erhoben“ werden können. Gneist erklärte die Souveränität der Einzelstaaten in Deutschland für unhistorisch, durch den Rheinbund und Napoleon aufgedrungen. Wie dieser Ausspruch sich mit dem Wortlaute des Westfälischen Friedens vertrage, und wie man in einem preußischen Landtage, nicht im Deutschen Reichstage, die gegenwärtigen Annexionen als „Reunionen“ bezeichnen könne, hat Gneist nicht nachgewiesen. Der Kommissionsantrag wurde mit 273 gegen 14 Stimmen (der äußersten Linken) angenommen. Ergänzt wurde dieser Staatsakt, dem auch das Herrenhaus mit allen gegen eine Stimme beitrat, durch das Gesetz über die Einverleibung der Herzogtümer Schleswig und Holstein, das unter einem zur Erledigung kam. Dadurch hob sich die Zahl der „Neupreußen“ auf 4 Millionen. Der **König von Hannover** protestierte von Hietzing bei Wien aus am 23. September gegen den Vollzug der Einverleibung seines Landes in das Königreich Preußen und schnitt damit alle friedlichen Ausgleichsverhandlungen der beiden Fürstenhäuser, namentlich die in Aussicht genommene Nachfolge seines Sohnes in Braunschweig ab. Der **Kurfürst von Hessen** dagegen sicherte sich sein Hausvermögen durch einen Vertrag mit Preußen, entband seine Unterthanen ihres Eides und durfte darauf Stettin verlassen. Er nahm an Stelle des ihm zugesicherten Ueberschusses aus der Hofdotation eine einmalige Abschlagszahlung von 600 000 Thalern an und erhielt den ihm von den Ständen des Kurstaates seinerzeit zuerkannten Betrag von jährlich 300 000 Thalern auch fernerhin ausbezahlt nach Abzug der darauf haftenden Lasten von Besoldungen, Pensionen, Bauverträgen und Erhaltungs-

kosten. Die Eidesentbindung lautete: „Da es mir durch die Hinderung der Ausübung meiner Regentenrechte unmöglich gemacht worden ist, die diesen Rechten entsprechenden Pflichten meiner Unterthanen jeden Standes und Berufes entgegen zu nehmen, so entbinde ich unter dieser Voraussetzung zur Beseitigung einer jeden Gewissensbedrängnis meiner getreuen Unterthanen diese von dem mir persönlich geleisteten Unterthaneneide: Die Truppen insbesondere von dem mir geleisteten Fahneneide, und die Zivil- und Hofdienerschaft von dem mir geleisteten Diensteide.“ Es ist behauptet worden, der Kurfürst habe die hessischen Soldaten später zur Meuterei verleiten wollen; dem Charakter des Mannes, den kein fürstlicher und kein ritterlicher Zug auszeichnete, würde dies wohl entsprechen. „Wenn es, was nicht glaublich scheint, geschehen ist,“ meint Sybel, „so hat es schlechterdings keine Wirkung gehabt.“ Kurhessen fühlte sich eher gerettet als geschädigt.

Nassau hat gegen die preußische Verwaltung, die ihm nun zuteil wurde, wenig einzuwenden gehabt, einen herzoglich nassauischen Patriotismus gab es im Lande kaum, der Partikularismus hatte seinen Einwohnern keinen besonderen Nutzen gebracht, sie nahmen daher den Regierungswechsel ohne Aufregung hin. Erniedrigt fühlten sich nur die Frankfurter, die auch persönlich dem Preußentum sehr wenig gewogen waren; für sie bedeutete die Lösung der deutschen Frage zugleich die Vernichtung der letzten Ueberreste alter Reichsherrlichkeit, denn auf die Wiederherstellung der Stadtsouveränität konnte kein Vernünftiger mehr hoffen. Anders in Hannover, wo der Hofadel, die Ritterschaft, das erbgesessene Bürgertum und die meisten Bauern den Glauben des blinden Königs teilten, daß die Annexion nur eine vorübergehende Episode sein werde und die nächste politische Verwicklung in Europa den Sturz der preußischen Macht mit sich bringen und den Vorkämpfern des welfischen Rechts Gelegenheit bieten werde, die Erneuerung des alten Staatswesens durchzusetzen. Diese Partei trat mit herausfordernder Unbefangenheit mit ihren Absichten hervor und rechnete offen mit französischer Hülfe, die den Aufstand der königstreuen Hannoveraner gegen die preußische Gewaltherrschaft sofort zum Auflodern bringen werde. Eine geheime Organisation bereitete die Rüstung dazu vor, nahm Befehle vom Hofe zu Hietzing bei Wien an, wo König Georg sich niedergelassen hatte, und betrieb die Werbung von Legionären, die auf französischem Boden zu einer Streitmacht ausgebildet werden sollten.[1]) Daneben entwickelte sich aus den Mitgliedern des Nationalvereins unter Bennigsens Leitung eine deutschpatriotische und preußenfreundliche Partei, der die politische Führung zufallen mußte, weil sie auf dem Boden der Wirklichkeit und des geltenden Rechts stand, während die sogenannte Welfenpartei eine Verschwörerpolitik betrieb, die in Volksverrat ausartete und alle ihre Anhänger in Gegensatz mit der thatsächlich bestehenden Staatsgewalt brachte, also zu Verbrechern machte.

Dem durch die preußenfreundlichen Führer ausgesprochenen Wunsche der Bevölkerung in den neuerworbenen Gebieten nachkommend, wurde bei der neuen

---

[1]) Bismarck hat in der Sitzung des konstituierenden Reichstages vom 11. März 1867 zugleich mit einer genauen Darstellung der dem Kriege vorausgegangenen diplomatischen Vorgänge, die eine Kette freundschaftlicher Bündnisanträge bildeten, sein Urteil über die systematische Verführung der Hannoveraner durch den Welfenhof ausgesprochen.

Provinzeinteilung auf die Erhaltung der bisherigen Staatsgenossenschaft Rücksicht genommen. Sybel, der von dem Plane Bismarcks berichtet, aus dem preußischen Lande zwischen Elbe und Mosel vier neue, den alten Stammesverbänden entsprechende Provinzen: Rheinfranken, Thüringen, Westfalen, Niedersachsen zu bilden, erklärt den Widerstand der Hannoveraner, Kurhessen, Nassauer, auch der mit ihrer Aufnahme in das Königreich Preußen völlig einverstandenen, durch die größere Kraft des Staatsbewußtseins über das Stammesgefühl. „Die Rechtsgemeinschaft des Staates überwiegt durchaus die Eigenartigkeit des Bluts; die Deutschen sind Partikularisten geworden, nicht weil Franken oder Sachsen aus etwas anderem Stoffe gebildet waren als Schwaben oder Baiern, sondern weil jeder ihrer Fürsten sein Territorium allmählich zu einem gesonderten Staate gebildet und der höheren Staatsgewalt des Reiches entzogen hatte." Für kurze Zeit, allenfalls einige Jahrzehnte, mag dieser Satz den Thatsachen angemessen gewesen sein; neuere Erfahrungen, die Sybel nicht mehr beobachten konnte, belehren uns, daß das Reichsbewußtsein allmählich an Stärke zunimmt und sich auf Kosten des einzelstaatlichen ein gesamtstaatliches Bewußtsein entwickelt, daß daneben jedoch das Stammesgefühl ungeschwächt fortdauert und sich in Zu- und Abneigungen, in der Pflege der Mundart und der Lebensgewohnheiten äußert, die selbst der hochgesteigerte Verkehr nicht zu verwischen vermag.

Der Bildung von drei neuen preußischen Provinzen: Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau entsprach die Errichtung von drei neuen Armeecorps, die nur in Hannover auf Schwierigkeiten stieß, weil König Georg sich weigerte, Offiziere und Mannschaften ihres Fahneneids zu entbinden. Erst um die Wende des ihm so verhängnisvollen Jahres stellte er die Frage ihrer künftigen dienstlichen Wendung den Offizieren selbst zur Entscheidung. Darauf traten 425 Offiziere ins preußische Heer, 83 in andere deutsche Heere (vornehmlich in das königlich sächsische) ein und nur 81 stellten sich für eine Welfenlegion zur Verfügung. Diese wurden vom Könige von Hannover besoldet, wenn sie nicht über ein eigenes Einkommen von mindestens 500 Thalern verfügten, und größtenteils im Lande selbst zur Belebung der Agitation unter den ehemals hannoverschen Soldaten und zur Werbung der Legion verwendet, deren Aufstellung Major v. Döring in Paris vorbereitete.[1])

Am 15. Dezember begannen in Berlin die Beratungen über die Verfassung des Norddeutschen Bundes, deren Entwurf zunächst den Vertretern der verbündeten Souveräne vorgelegt wurde. Er war in zwei Tagen hergestellt worden. Bismarck, der nach dem Siegeseinzuge am 20. September, bei dem er mit Roon und Moltke unmittelbar vor dem Könige ritt, infolge der außerordentlichen seelischen Anspannung der letzten Monate in eine schwere Krankheit

---

[1]) Die Geschichte dieser unglücklichen Schöpfung, durch die viele verblendete Anhänger des Welfenhauses ins Unglück gestürzt, viel tüchtige Kraft für die Rachepläne einer Familie vergeudet wurde, der weder das deutsche Volk noch die braven Niedersachsen das Geringste zu verdanken haben, bildet den Hauptinhalt des III. Bandes der „Memoiren zur Zeitgeschichte" von Oskar Meding, der den „Dank des Hauses Hannover" schließlich an sich selbst erfahren hat.

verfallen war und sich bis Anfang Dezember von den Geschäften hatte fernhalten müssen, war von den Vorarbeiten, die ihm Max Duncker, Lothar Bucher u. a. vorgelegt hatten, nicht befriedigt gewesen und hatte erst am 13. Dezember nachmittags die wichtigsten Paragraphen zu diktieren begonnen. So wurde die Organisation des späteren „Reiches", dessen Verfassung auf der des Norddeutschen Bundes beruht, in den meisten Artikeln sogar wörtlich übereinstimmt, sein eigenstes Werk, das in der Entwicklungsgeschichte der politischen Begriffe eine neue Aera begründet. Denn der Bismarckſche Bundesstaat ist nicht der Bundesstaat der staatsrechtlichen Theorie, er weicht in wichtigen Stücken von ihm ab und nähert sich in einigen dem Staatenbunde, indem er an äußerlichen Hoheitsrechten den Bundesfürsten mehr zuschreibt, als der bis dahin erörterte Begriff des Bundesstaates enthielt, dafür aber dem Präsidenten eine Fülle von thatsächlicher Gewalt überträgt, die seine Stellung zu einer unerschütterlichen macht. Die Zeit zur Kritik über das Verfassungswerk Bismarcks ist noch nicht gekommen, denn es hat noch nicht alle Proben bestanden. Niemand kann sich anmaßen, heute die Frage zu beantworten, ob die Anwendung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ein verhängnisvoller Fehler war oder nicht. Seit Bismarcks Tode sind zwar die Bedenken dagegen immer mehr gerechtfertigt worden, aber noch ist es nicht ausgemacht, ob das Eingreifen der sozialdemokratischen Politik wirklich zu einem die Macht und Kultur der Nation zerstörenden Umsturzprozeß oder zu einer den berechtigten Forderungen der Mehrheit der Volksgenossenschaft gerecht werdenden Umbildung ihrer staatlichen Einrichtung führen wird, die den veränderten Weltanschauungen der erleuchtetsten Geister nahekommt? Daß diese Umbildung ein Jahrhundert beanspruchen kann, bis die neue Staats- und Gesellschaftsform in allen ihren Teilen feststeht, wird niemand bezweifeln, dessen politische Auffassung aus der Beschäftigung mit vergleichender Staatengeschichte hervorgegangen ist.

Von den fürstlichen Gesandten wurde am meisten beklagt, daß der Bismarckſche Entwurf das Oberhaus vermissen ließ, das dem Staatenhause der Verfassung von 1849 oder noch lieber dem wiederholt angeregten Fürstenhause entsprochen hätte. Auch fürchtete man die Unerschwinglichkeit der Militärlast, die wirtschaftlichen Folgen des gemeinsamen Heimatsrechtes; ein Widerstand gegen jene Punkte, die Preußen für unabänderlich erklärte, konnte jedoch selbstverständlich nicht eintreten. Sämtliche Bevollmächtigte unterzeichneten am 9. Februar 1867 den vereinbarten Entwurf. Am 12. Februar fanden die Wahlen in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes auf Grund des Wahlgesetzes vom 15. Oktober statt, das für je 100 000 Einwohner einen Abgeordneten bestimmt hatte. Da das Bundesgebiet (7540 Quadratmeilen) 29 250 000 Seelen aufwies, bestand der Reichstag aus 293 Abgeordneten, deren Mehrzahl von der ernstesten Absicht erfüllt war, mit Vermeidung von Konflikten mit den Regierungen, vor allem mit Preußen, die im Kriege erzwungene Einheit der norddeutschen, vorzugsweise evangelischen Staaten durch staatsrechtliche Bande und möglichste Wahrung der gemeinsamen Interessen zu befestigen. Zum Präsidenten wählte der Reichstag, der schon am 18. Februar zusammentrat und am 24. von König Wilhelm feierlich eröffnet wurde, Eduard Simson, der auch Präsident

des Frankfurter Parlaments gewesen war und als solcher Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone angetragen hatte. Da er im preußischen Landtage mit der Regierung für die Heeresorganisation gestimmt hatte, bedeutete diese Wahl ein Entgegenkommen gegenüber der Regierung. Im Präsidium waren außerdem die freikonservative Partei, die den unbefangenen Hochadel vertrat, durch den Herzog von Ujest, und die nationalliberale Partei, in der sich die Mitglieder des im Dezember 1866 aufgelösten Nationalvereins wiederfanden, durch Rudolf v. Bennigsen vertreten.

Bei der Einbringung des Verfassungsentwurfes (4. März) gab Bismarck eine historische und völkerpsychologische Einleitung von lapidarer Kürze, aber von unverrückbarer Gültigkeit. „Es liegt ohne Zweifel," führte er u. a. aus, „etwas in unserem Nationalcharakter, was der Vereinigung Deutschlands widerstrebt. Wir hätten die Einheit sonst nicht verloren oder hätten sie bald wieder gewonnen. Wenn wir in die Zeit der deutschen Größe, die erste Kaiserzeit, zurückkehren, so finden wir, daß kein anderes Land in Europa in dem Maße die Wahrscheinlichkeit für sich hatte, eine mächtige nationale Einheit sich zu erhalten, wie gerade Deutschland. Blicken Sie im Mittelalter von dem russischen Reiche der Rurikschen Fürsten bis zu den westgotischen und arabischen Gebieten in Spanien, so werden Sie finden, daß Deutschland vor allen die größte Aussicht hatte, ein einiges Reich zu bleiben. Was ist der Grund, der uns die Einheit verlieren ließ und uns bis jetzt verhindert hat, sie wiederzugewinnen? Wenn ich es mit einem kurzen Worte sagen soll, so ist es, wie mir scheint, ein gewisser Ueberschuß an dem Gefühle männlicher Selbständigkeit, welcher in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlassen, als auf die der Gesamtheit. Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthaten, die wir erstreben, sich schon früher zu sichern. Die Regierungen haben im jetzigen Falle ein gutes Beispiel gegeben. Es war keine unter ihnen, die nicht erhebliche Bedenken, mehr oder weniger berechtigte Wünsche dem bisher erreichten Ziele hat opfern müssen. Liefern auch wir den Beweis, daß Deutschland in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt, daß wir — und wir alle, die wir hier sind, haben es selbst erlebt — uns die Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankfurt und von Erfurt ziehen mußten. Das Mißlingen des damaligen Werkes hat in Deutschland einen Zug der Unsicherheit, der Unzufriedenheit herbeigeführt, der sechzehn Jahre lang gedauert hat, und der schließlich durch eine Katastrophe, wie die des vorigen Jahres — nach irgend einer Seite hin, wie es Gott gefiel — seinen Abschluß finden mußte. Das deutsche Volk hat ein Recht, von uns zu erwarten, daß wir der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorbeugen, und ich bin überzeugt, daß Sie mit den verbündeten Regierungen nichts näher am Herzen liegen haben, als diese gerechten Erwartungen des deutschen Volkes zu erfüllen!"

Die Rede vom 11. März führte nicht nur diese Gedanken weiter aus, sondern rechtfertigte auch den Verfassungsentwurf gegen die Einwände, die gegen

ihn erhoben worden waren. Man habe die Herstellung eines konstitutionellen verantwortlichen Ministeriums erwartet. Dieser Anforderung wäre nur durch die Schaffung einer einheitlichen Spitze mit monarchischem Charakter zu genügen gewesen. „Dann aber haben Sie keine Bundesverhältnisse mehr, dann haben Sie die Mediatisierungen derer, denen diese monarchische Gewalt nicht übertragen wird.“ Preußen weise die Zumutung, diese Mediatisierungen mit Gewalt zu erzwingen, zurück. „Es könnte sie am allerwenigsten gegen Bundesgenossen anwenden, die im Augenblick der Gefahr treu zu uns gestanden haben, ebensowenig gegen die, mit denen wir soeben einen völkerrechtlichen Frieden, auf ewig, wie wir hoffen — wie man das Wort auf dieser Erde zu gebrauchen pflegt — besiegelt haben.“ — Gegenüber den liberalen Doktrinären, die den Landtagen, vor allem dem preußischen, das Recht der Annahme und Verwerfung der Reichsverfassung gewahrt wissen wollten, erhob Bismarck einen Appell an das Volk, der nicht ungehört verklungen wäre: „Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siziliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjestr zum Kampf führte, zu dem eisernen Würfelspiel, in dem um Königs- und Kaiserthrone gespielt wurde, — daß die Millionen deutscher Krieger, die gegeneinander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis an die Karpathen, — daß die Tausende und Abertausende von Gebliebenen und an der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsresolution ad acta geschrieben werden können, — meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation!“

Den Bedenken gegen die Bewilligung der Heereserfordernisse auf eine Reihe von Jahren (bis Ende 1871) stellte er das Gleichnis aus einem Berufe entgegen, in dem er sich früher befunden habe. „Wenn die Bundesarmee, vorläufig diejenige Basis, welche am vollständigsten ausgebildet ist, diejenige Basis, die wir am unentbehrlichsten brauchen, durch ein jährliches Votum in Frage gestellt werden sollte, so würde das den Eindruck eines Deichverbandes machen, in welchem jedes Jahr nach Kopfzahl, auch der Besitzlosen, darüber abgestimmt wird, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht. Aus solchem Deichverbande würde ich einfach ausscheiden, da wäre mir das Wohnen zu unsicher, und ich würde mich der Gefahr nicht hingeben, daß einmal diejenigen, welche die Wirtschaft mit freier Weide wünschen, über diejenigen, die mit bestellten und wasserfreien Aeckern arbeiten, die Oberhand gewännen und alle durch eine Wasserflut zu Grunde gingen.“ Den Schluß des Plaidoyers für sein Verfassungswerk bildete der in den Schatz geflügelter Worte aufgenommene Satz: „Setzen wir Deutschland sozusagen in den Sattel! Reiten wird es schon können!“

Kräftige Unterstützung aus den Kreisen der Nationalliberalen brachte namentlich Johannes Miquel, seit 1865 Stüves Nachfolger als Bürgermeister in Osnabrück, der das Verhältnis des Norddeutschen Bundes zu Süddeutschland im Sinne der Bismarckschen Politik erläuterte, nachdem von den Demokraten und in gehässiger Form von dem Ultramontanen v. Mallinckrodt gegen Bismarck der Vorwurf erhoben worden war, daß er das nationale Band unter den deutschen

Stämmen zerrissen habe, um die Vergrößerung des preußischen Militärstaates dafür einzutauschen. „Die heutige Mainlinie ist keine Scheidung zwischen zwei Machtgebieten, zwischen Preußen und Oesterreich, sie ist gewissermaßen eine Haltestelle für uns, wo wir Wasser und Kohlen einnehmen, Atem schöpfen, um nächstens weiter zu gehen. Trotzdem muß der Bund, den wir schaffen, für jetzt ein definitiver sein; noch können wir Zeit und Umstände nicht übersehen, in denen Süddeutschland ihm beitreten wird. Locken wollen wir die Süddeutschen nicht. Wenn ihre eigenen nationalen Lebensbedingungen, wenn Sicherheit und Garantie einer friedlichen Kulturentwicklung, wenn das Gefühl der Einheit in Sprache und Sitte, in Denkungsart und Geschichte die Süddeutschen nicht an uns heranzieht, dann werden wir sie nicht locken dadurch, daß wir eine oder die andere Freiheitsbestimmung in den Entwurf aufnehmen. Nur eine Feste, die auch die Außenbürger beschützt, kann uns Süddeutschland erobern." Das Recht der Nation, sich selbst zu konstituieren und, wo eine nationale Einheit vorhanden ist, ein Einheitsgebäude zu errichten, werde sie sich von keiner Macht des Auslandes beschränken lassen.

Die Nationalliberalen und Freisinnigen wollten dem Bundespräsidium nicht den Bundeskanzler an die Seite stellen, sondern ihm auch das Recht zuschreiben, „die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige, welche nach dem Inhalte der Verfassung zur Kompetenz des Präsidiums gehören", zu ernennen. Daraus hätte ein Bundesministerium entstehen sollen. Bismarck lehnte den Antrag ab, weil er für die verbündeten Regierungen unannehmbar sei. Es dürfe außerhalb des Bundesrates, in dem die Souveränität jeder Regierung ihren unbestrittenen Ausdruck findet, keine den Bundesländern vorgesetzte Behörde geben. Sehr energisch trat der Schöpfer des Entwurfes auch gegen die Ermöglichung von Beamtenwahlen und gegen die Bezahlung von Taggeldern an die Abgeordneten auf, so daß mit 178 gegen 90 Stimmen der Antrag Arnim-Heinrichsdorf angenommen wurde: „Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen." Bismarck meinte mit dieser Bestimmung das Auftreten von Berufspolitikern verhindern und die Volksvertretung in die Hände wirtschaftlich unabhängiger Männer bringen zu können, denen er irrtümlich auch politische Unabhängigkeit zuschrieb; er hat aber thatsächlich nur die Schaffung fester Parteiorganisationen gefördert, deren Schädlichkeit er oft genug anerkannt hat, und den geistig Unabhängigen die Mitwirkung an der Gesetzgebung wesentlich erschwert. Den Ausschluß der Beamten hat er nicht erreicht.

Nachdem die Verhandlungen bis zum 16. April eifrig fortgeführt worden waren und wiederholt zu Erörterungen der fürstlichen Hoheitsrechte in Fragen der Heeresergänzung, Landwehrorganisation u. dgl. benützt worden waren, konnte am 17. April die Annahme des teilweise geänderten Entwurfes durch den konstituierenden Reichstag und die Regierungen konstatiert werden. Die Bestimmungen der Verfassung, die auch die des neuen Reiches geworden ist, erstrecken sich auf das Bundesgebiet, das damals Preußen, Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß ältere und

jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen, Hamburg und den nördlich vom Main belegenen Teil von Hessen-Darmstadt umfaßte, auf die Bundesgesetzgebung, den Bundesrat, das Bundespräsidium, den Reichstag, das Zoll- und Handelswesen, das Eisenbahnwesen, das Post- und Telegraphenwesen, Marine und Schiffahrt, das Konsulatwesen, Bundeskriegswesen, die Bundesfinanzen, die Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen und das Verhältnis zu den süddeutschen Staaten.

Die Bundesgesetzgebung, deren Wirkung der Landesgesetzgebung voranzugehen hatte, erstreckt sich auf Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Staatsbürgerrecht und Fremdenpolizei; auf die Zoll- und Handelsgesetzgebung, das Maß-, Münz- und Gewichtssystem, das Bankwesen, die Erfindungspatente, den Schutz des geistigen Eigentums, das Eisenbahnwesen, die Herstellung von Land- und Wasserstraßen, Schiffahrt, Post- und Telegraphenwesen, auf Privat- und öffentliches Recht, Militärwesen und Kriegsmarine, medizinische und Veterinärpolizei. Bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen und die Kriegsmarine gibt, wenn im Bundesrate eine Meinungsverschiedenheit stattfindet, die Stimme des Präsidiums den Ausschlag, sowie es sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung ausspricht.

Im Bundesrate sind alle Mitglieder des Bundes vertreten, im Verhältnisse des Plenums des ehemaligen Deutschen Bundes: Dadurch erhält Preußen mit den ehemaligen Stimmen von Hannover, Kurhessen, Holstein, Nassau und Frankfurt 17 Stimmen, Sachsen 4, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig 2, alle übrigen je eine Stimme, so daß sich zusammen 43 ergeben. Der Bundesrat bildet aus seiner Mitte dauernde Ausschüsse für das Landheer und die Festungen, für das Seewesen, für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-, für Justiz- und Rechnungswesen. Die Mitglieder der Ausschüsse für Militär- und Marineangelegenheiten werden vom Bundesfeldherrn ernannt. Jedes Mitglied des Bundesrates hat das Recht, im Reichstag zu erscheinen und muß daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrates nicht angenommen worden sind.

Das Präsidium des Bundes steht der Krone Preußen zu, welche in Ausübung desselben den Bund völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Bundes Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen berechtigt ist. Zu Verträgen mit anderen Staaten über Bundesangelegenheiten ist die Zustimmung des Bundesrates und die Genehmigung des Reichstages erforderlich. Das Präsidium beruft, eröffnet, vertagt und schließt den Reichstag, der jährlich zusammentritt. Der Vorsitz im Bundesrate und die Leitung der Geschäfte steht dem Bundeskanzler zu, welcher vom Präsidium zu ernennen ist; er kann sich durch jedes Mitglied des Bundesrates vertreten lassen. Die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidiums werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, der dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer

Abstimmung hervor. Beamte bedürfen keines Urlaubes zum Eintritt in den Reichstag. Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei. Die Legislaturperiode des Reichstages dauert drei Jahre. Zur Auflösung während dieser, ist ein Beschluß des Bundesrates unter Zustimmung des Präsidiums erforderlich. Im Falle der Auflösung müssen innerhalb 60 Tagen die Neuwahlen stattfinden, innerhalb 90 Tagen der Reichstag wieder versammelt sein. Ohne Zustimmung des Reichstages darf die Vertagung desselben die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Der Bund bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Der Ertrag der Zölle und einer Anzahl von Verbrauchsabgaben fließt in die Bundeskasse. Eisenbahnen, die im Interesse der Verteidigung des Bundesgebietes oder im Interesse des gemeinsamen Verkehres für notwendig erachtet werden, können kraft eines Bundesgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, konzessioniert und mit Expropriationsrecht ausgestattet werden. Die gesetzlichen Bestimmungen, die bestehenden Eisenbahnunternehmungen ein Widerspruchsrecht gegen die Anlegung von Parallel- und Konkurrenzbahnen einräumen, werden unbeschadet bereits erworbener Rechte für das ganze Bundesgebiet aufgehoben. Sämtliche Eisenbahnen im Bundesgebiete sind als ein einheitliches Netz zu verwalten. Das Post- und das Telegraphenwesen werden für das gesamte Gebiet des Norddeutschen Bundes als einheitliche Staatsverkehrsanstalten eingerichtet und verwaltet, haben gemeinsame Einnahmen und Ausgaben.

Die Bundeskriegsmarine ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl. Ihre Organisation und Zusammensetzung obliegt dem König von Preußen. Der Kieler Hafen und der Jahdehafen sind Bundeskriegshäfen. Der zur Gründung und Erhaltung der Kriegsflotte und der damit zusammenhängenden Anstalten erforderliche Aufwand wird aus der Bundeskasse bestritten. Die gesamte seemännische Bevölkerung des Bundes ist zum Dienst in der Bundesmarine verpflichtet.

Das gesamte norddeutsche Konsulatswesen steht unter der Aufsicht des Bundespräsidiums, das die Konsuln anstellt.

Jeder Norddeutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen. Die Kosten und Lasten des gesamten Kriegswesens des Bundes werden von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig getragen. Jeder Wehrpflichtige dient drei Jahre präsent, vier in der Reserve, fünf in der Landwehr. Der Friedensstand des Bundesheeres beträgt bis zum 31. Dezember 1871 ein Prozent der Bevölkerung und wird später im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt. Zur Bestreitung des Aufwandes sind bis zum 31. Dezember 1871 dem Bundesfeldherrn jährlich 225 Thaler für jeden Heeresdienst Leistenden zur Verfügung zu stellen. Nach dem 31. Dezember 1871 müssen diese Beträge von den einzelnen Staaten zur Bundeskasse fortgezahlt werden. Die Verausgabung der einlaufenden Summe wird durch die Etatsgesetze festgestellt. Die gesamte Landmacht des Bundes bildet ein einheitliches Heer, das in Krieg und Frieden unter dem Befehl des Königs von Preußen

als Bundesfeldherrn steht. Dieser sorgt für die Vollzähligkeit und Kriegstüchtigkeit aller Truppenteile, die Einheit der Organisation, Bewaffnung und des Kommandos, übt das Recht der Inspektion aus, er bestimmt die Gliederung und die Einteilung der Kontingente, die Organisation der Landwehr, die Garnisonen, die kriegsbereite Aufstellung jedes Teiles der Bundesarmee. Die Gehorsamleistung gegen den Bundesfeldherrn ist in den Fahneneid aufzunehmen.

Zur Bestreitung der gemeinsamen Ausgaben dienen die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden Einnahmen. Werden durch diese Einnahmen die Ausgaben nicht gedeckt, so schreibt das Bundespräsidium, insolange Bundessteuern nicht eingeführt sind, den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bundesgesetzgebung die Aufnahme einer Anleihe sowie die Uebernahme einer Garantie zu Lasten des Bundes vor.

Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, die nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Teiles von dem Bundesrate erledigt. Diesem obliegt es auch im Falle erwiesener Justizverweigerung, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des betreffenden Bundesstaates zu beurteilende Beschwerden anzunehmen und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung, die zur Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.

Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung, jedoch ist zu denselben im Bundesrate eine Mehrheit von zwei Dritteln der vertretenden Stimmen erforderlich. (Daher ohne Zustimmung Preußens, das über mehr als ein Drittel der Stimmen verfügt, nicht ausführbar.)

Ueber das Verhältnis zu den süddeutschen Staaten bestimmt der letzte Verfassungsartikel (79), daß dieses durch besondere im Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt wird. Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung.

Sehr förderlich für den Sieg der nationalen Gesinnung über manches liberale Bedenken bei den Verfassungsberatungen war der Umstand gewesen, daß die Franzosen gleichzeitig die Luxemburger Frage aufrollten, dabei Entschädigungsansprüche erhoben und sich leidenschaftlich darüber erregten, ob die Organisation des Norddeutschen Bundes und dessen Beziehungen zu Süddeutschland von Frankreich geduldet werden dürfen. Luxemburg war deutsche Bundesfestung gewesen, in der Preußen auf Grund des Protokolls vom 20. November 1815, das auch Rußland, Oesterreich und England gezeichnet hatten, des Vertrags mit dem Könige der Niederlande vom 12. März 1817 und des Beschlusses der Bundesversammlung vom 3. Oktober 1820 das Besatzungsrecht bis zu drei Vierteilen der Besatzung besaß. Durch die Auflösung des Bundes war dieses Recht erloschen. Darauf und auf die Thatsache, daß der Besitz des Großherzogtums dem Könige der Niederlande mehr Unannehmlichkeiten als Gewinn brachte, stützte Kaiser Napoleon den Plan, das Land als Kompensation für die preußischen Erwerbungen mit Frankreich zu vereinigen. Er hatte den König der Niederlande nahezu dafür gewonnen und glaubte Preußen durch eine vollendete That-

sache über formelle Schwierigkeiten hinweghelfen zu können, als König Wilhelm doch wegen des Verkaufs bedenklich wurde und die Zustimmung des Berliner Kabinetts zu erwerben suchte. Als der erste diplomatische Schritt hierzu geschehen war, erklärte Bismarck sofort dem französischen Botschafter, der König von Preußen könne die Abtretung zwar geschehen lassen, aber nicht im vorhinein sein Einverständnis damit aussprechen. Preußen gab sich den Anschein, Napoleon in der Erreichung seiner Absicht nicht hinderlich sein zu wollen, wenn es dabei nicht in Verlegenheiten gebracht werde; es lehnte sogar einen Antrag der niederländischen Regierung, die gemeinsame Besetzung Luxemburgs durch eine Allianz auch für die Zukunft zu ermöglichen, ab. Bismarck wußte sehr genau, daß er es gar nicht nötig hatte, die preußische Regierung als Gegner der Erwerbung Luxemburgs durch Frankreich zu exponieren; die öffentliche Meinung Deutschlands war bereits am Werke, den Plänen Napoleons den stärksten Riegel vorzuschieben. Eine Interpellation Bennigsens im konstituierenden Reichstage am 1. April, dem 52. Geburtstage des Kanzlers, gab ihm erwünschte Gelegenheit zu einer Aeußerung, die Napoleon darüber belehren konnte, daß im Norddeutschen Bunde keine Geneigtheit zu dem von ihm erwarteten Entgegenkommen bestehe. Die nicht mißzuverstehenden Bethätigungen nationalen Selbstbewußtseins im Reichstage ließen darauf schließen, daß das deutsche Volk die luxemburgische Angelegenheit zur Frage über Krieg und Frieden zu machen bereit sei. Durch die Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten, mit der Bismarck nicht ohne Absicht am 19. März die Welt überrascht hatte, war ohnehin schon die Hoffnung sehr herabgedrückt worden, daß Frankreichs Politik aus den Zeiten des ersten und zweiten Rheinbundes und der Raubkriege wieder erneut werden könnte.

Nicht nur Baiern wußte man unter der Leitung des Staatsministers Chlodwig Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst, v. d. Pfordtens Nachfolger, weit abgekehrt von dem Wege, der zu einer französischen Allianz führen konnte, auch Oesterreich war für den Augenblick noch nicht bereit, sich die ihm angebotene „Revanche pour Sadowa“ zu holen. Seit dem Abschlusse des Prager Friedens war Freiherr v. Beust der Leiter der auswärtigen Politik in Oesterreich. Kaiser Franz Joseph hatte ihm als erste und dringendste Aufgabe die Rekonstruktion der Monarchie und die Beruhigung und Befriedigung Ungarns gestellt, er mußte sich dafür eine gewisse Friedenszeit sichern, denn eine neue kriegerische Verwicklung mit Preußen-Deutschland würde die Absichten der ungarischen Revolutionspartei der Reife sehr nahe gebracht haben. Man mußte daher sogar die Bündnisse zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten über sich ergehen lassen, obwohl man sich davon noch schwer betroffen fühlte. Noch fehlen uns zuverlässige Mitteilungen, ob die „deutsche Politik Oesterreichs“ unter Beust jemals bestimmte Formen angenommen hat.[1]) Wenn dies der Fall gewesen sein sollte, so ist anzunehmen, daß Beust, als er seine Erinnerungen schrieb,

[1]) Sein Biograph Erdmannsdörffer meint: „Daß seine gesamte auswärtige Politik, wie man behauptet hat, beherrscht war von dem Gedanken der Vorbereitung für eine künftige Revanche, dürfte schwer zu erweisen sein, ebensowenig aber wäre zu behaupten, daß solche Hoffnungen ganz außer dem Bereiche seiner Kombinationen gelegen hätten, jedenfalls bildeten sie zunächst nur einen sehr fernen Hintergrund.“

selbst davon überzeugt war, er würde wenig Ehre mit der Veröffentlichung seiner einstigen Pläne aufheben. Es ist nicht wahrscheinlich, daß ihn Bescheidenheit oder Feinfühligkeit davon zurückgehalten habe; aber es war sehr dankbar, der eigenen Resignation Bismarcks Vorgehen in der süddeutschen Frage entgegenzustellen und es als „das Aeußerste" zu bezeichnen, „was an Macchiavellismus geleistet werden konnte". Es sei noch nie vorgekommen, meint der witzige Diplomat, daß ein Vertrag noch vor seinem Abschlusse gebrochen worden sei. Die von Beust am 28. März 1867 an den österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Felix Wimpffen, gerichtete Note betonte die Berechtigung Oesterreichs, gegen die Verträge mit Süddeutschland zu protestieren, ohne von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Dessen Anerkennung wäre auch kaum zu erreichen gewesen, denn die „nationale Verbindung", die durch Art. IV des Prager Friedens „der näheren Verständigung" zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem in Aussicht genommenen „Verein" der süddeutschen Staaten vorbehalten wurde, schloß das Recht jedes einzelnen dieser Staaten nicht aus, für den Fall eines Krieges seine Truppenmacht unter den Oberbefehl des Königs von Preußen treten zu lassen. Fürst Hohenlohe hat sich im Frühjahre 1867 mit dem Gedanken beschäftigt, das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde in der Form zu regeln, die seit Heinrich v. Gagern auf das deutsche Reich und Oesterreich angewendet werden sollte. Dadurch wären die Könige von Baiern und von Württemberg, die Großherzoge von Baden und Hessen mit dem Könige von Preußen als Präsidenten des Bundes auf dieselbe Stufe gestellt, die Kammern ihrer Länder mit dem gleichen Wirkungskreise in der Gesetzgebung wie der norddeutsche Reichstag ausgestattet worden. Baiern und Württemberg haben in einer „Ministerialerklärung" vom 6. Mai 1867 eine Verbindung dieser Art, die im wesentlichen der Metternichschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 entsprochen haben würde, als die einzig anzustrebende erklärt, dagegen den Eintritt in einen gemeinsamen Bund unter Ausdehnung der Verfassung des Norddeutschen Bundes auf die Südstaaten von jeder Verhandlung ausgeschlossen.[1]) Die Schutz- und Trutzbündnisse sollten daneben fortbestehen und zur Bethätigung der Bundesmacht gegen außen genügen; sowohl Hohenlohe als Varnbüler suchten ihre Bedeutung jedoch dadurch abzuschwächen, daß sie ihren Staaten das Recht vorbehielten, von Fall zu Fall zu bestimmen, ob der Vertrag zur Anwendung zu bringen sei oder nicht. Mit dem Projekte, den alten deutschen Bund wieder ins Leben zu rufen, standen auch die Entsendungen des bairischen Diplomaten Grafen Taufkirchen nach Berlin und Wien in Beziehung, die jedoch ohne Erfolg blieben. König Wilhelm soll über die Zumutungen, die ihm Hohenlohe machen ließ, noch bei weitem mehr erzürnt gewesen sein als Bismarck.[2])

Das Mißlingen des Luxemburger Projektes berührte Napoleon peinlich, aber er verstand es doch, aus der Neutralisierung des Landes durch den Londoner Vertrag vom 11. Mai einen Schein von Erfolg für seine Politik zu retten.

---

[1]) Ottokar Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs 1866—1871, S. 128 u. ff.

[2]) Ebendaselbst S. 130.

Luxemburg wurde dadurch ein selbständiger Staat unter Regierung des Hauses Nassau-Oranien. Jede staatliche Verbindung mit den Niederlanden blieb ausgeschlossen, so wie auch die preußische Besatzung aufhörte. Frankreich hat sich angesichts des glänzenden Geschäftes, das ihm mit seiner Weltausstellung bevorstand, bald beruhigt und nahm den Besuch des Königs von Preußen wie den aller übrigen Souveräne Europas als eine ihm dargebrachte Huldigung entgegen. Napoleon glaubte aber doch, Preußen bei jeder Gelegenheit daran erinnern zu müssen, daß es in seinen ferneren Bewegungen von ihm strenge überwacht werde; er meinte die Vorherrschaft Frankreichs in Europa durch kleine diplomatische Scheinsiege aufrecht halten zu können. So benutzte er die Verhandlungen, die im Sinne des Art. V des Prager Friedens zwischen Preußen und Dänemark betreffs Nordschleswigs eingeleitet wurden, um in Berlin nachdrücklich zu betonen, daß Preußen kein Recht habe, an die Abtretung des vorzugsweise dänischen Gebietes von Schleswig Bedingungen zu knüpfen, den Schutz der deutschen Gemeinden daselbst zu verlangen; es sei durch den Prager Frieden zur Rückgabe geradezu verpflichtet. Abermals holte sich Frankreich eine derbe Abfertigung. Der böse Bismarck brachte die Sache in die Oeffentlichkeit, ließ durch seine Presse verkünden, Frankreich mische sich in Dinge, „die seiner Beurteilung nicht unterliegen; man werde ihm nicht gestatten, einen Vertrag anzurufen, den es nicht unterzeichnet habe". Der Marquis de Moustier, derzeit Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, der von Bismarck schon während dessen Bundestagsgesandtschaft eine schmerzliche Abfuhr hatte hinnehmen müssen, ließ zum Rückzug blasen, weil man in Deutschland sofort in lautester Weise für den Kanzler Partei nahm.

Der tragische Ausgang des Abenteuers von Mexiko durch das an Kaiser Maximilian am 19. Juni von der republikanischen Gegenregierung vollzogene Todesurteil gab Veranlassung zu einer Zusammenkunft des österreichischen und französischen Kaiserpaares in Salzburg (18. bis 23. August), deren offizieller Zweck die Abstattung eines Beileidsbesuches war, der für Napoleon aber zugleich die Gelegenheit bieten sollte, sich über die Geneigtheit zu gemeinsamen Aktionen gegen die preußische Uebermacht zu informieren. Er erhielt den Eindruck, daß Oesterreich sich in kein Bündnis stürzen wolle, dessen Bestand Preußen beunruhigen und Bismarck zu kräftigen Gegenzügen bewegen könnte. Die Uebereinstimmung der beiden Kabinette in Bezug auf die süddeutsche Frage ergab jedoch die Aufstellung eines gemeinsamen Programmes, das im wesentlichen auf die Erhaltung des Status quo hinausging. Auch im Orient wünschte man nichts anderes und einigte sich daher ebenfalls in der Absicht, Rußland scharf zu beobachten und seine „Wühlereien" aufzudecken.[1]) Die mannigfachen Gerüchte, durch die der Salzburger Zusammenkunft eine große Bedeutung zugeschrieben wurde, haben den Großherzog von Baden bewogen, seinerseits die deutschen Patrioten zu beruhigen, indem er am 5. September bei der Eröffnung des badischen

[1]) Beust hat den Inhalt der Aufzeichnungen, die von Napoleon approbiert werden sollten, nicht erschöpfend mitgeteilt. Sybel hat seinen Bericht ergänzt: genaue Kenntnis kann nicht erwartet werden, bevor das Wiener Archiv für diese Zeit zugänglich wird.

Landtages in der Thronrede die Erklärung abgab, sein Entschluß stehe fest, der nationalen Einigung mit dem Norddeutschen Bunde zuzustreben, die den Südstaaten vorbehalten worden sei; er und sein Volk werden gerne die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in diese Einigung unzertrennlich verbunden seien. Wenn auch ihre Form noch nicht gefunden sei, so werden doch bedeutungsvolle Schritte zu diesem Ziele gethan. Der Reichskanzler gab zwei Tage später in einem Rundschreiben, mit dem die französischen und österreichischen Noten über die Salzburger Zusammenkunft beantwortet wurden, die authentische Ergänzung zu den Worten des Großherzogs: „Wir haben alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte, und haben nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen gesucht. Die süddeutschen Regierungen selbst werden uns bezeugen, daß wir uns jeden Versuchs enthalten haben, einen moralischen Druck auf ihre Entschließungen zu üben, und daß wir vielmehr auf die Handhabe, welche sich uns zu diesem Zwecke in der Lage des Zollvereins bieten konnte, durch den Vertrag vom 8. Juli d. J. rückhaltlos verzichtet haben. Der Norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen, aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen."

Die Bevölkerung der süddeutschen Staaten hat sich nur zu einem sehr geringen Teile von nationalen Stimmungen tragen lassen; sie konnte und wollte nicht daran glauben, daß das Ideal der deutschen Einheit von jenem Preußen verwirklicht werden könne, dem man die systematische Unterdrückung aller Volksrechte zuschrieb. Die stärksten Bollwerke gegen die „Verpreußung" des ganzen Deutschland schienen die bairischen Ultramontanen und die württembergischen Demokraten errichten zu wollen, deren Anklagen gegen Preußen durch ihre blinde Leidenschaftlichkeit in häßliche Verleumdung ausarteten. Moritz Mohl hat sie in seinem „Mahnruf" zusammengestellt, der als Denkmal des Preußenhasses eine seltsame Berühmtheit in der deutschen Geschichte behalten wird. Die Regierungen fühlten sich so sicher gegen Volksbewegungen, die ihnen im Interesse nationaler Forderungen Opfer an politischer Selbständigkeit auferlegen konnten, daß sie ungefährdet wirtschaftlichen Nutzen aus dem Anschlusse an den Norddeutschen Bund ziehen zu können vermeinten. Der offene Sinn der Süddeutschen für diesen Nutzen hat denn auch bei den Verhandlungen über eine neue Zollvereinigung den Sieg davongetragen und trotz der heftigsten Gegenagitation die Einigung erzwungen. Der Norddeutsche Bund bildete verfassungsgemäß eine Zolleinheit; wollten die süddeutschen Staaten die bisher so sehr geschätzte Verbindung mit dem Norden aufrecht halten und sich einer höchst verderblichen Vereinzelung entziehen, so mußten sie sich mindestens in allen Zollangelegenheiten an den Bund anschließen. Graf Bismarck fand das richtige Mittel dazu in der Uebertragung der Zollgesetzgebung an die Regierungen und an die Volksvertretungen. Erstere konnten sich dem Bundesrat, letztere dem Reichstag anschließen, der auf diese Weise zu einem Zollparlament wurde. Die Verträge mit

den Regierungen kamen schon am 8. Juli 1867 zu stande, die Verhandlungen in den württembergischen und bairischen Kammern nahmen zwar anfangs einen stürmischen Verlauf, der fast nur die Gegensätze zwischen Nord und Süd, dagegen keine Brücke, sie zu verbinden, erkennen ließ; sie endeten aber doch mit der Annahme der Schutz- und Trutzbündnisse und der Zollvereinsvorlage. In der württembergischen Zweiten Kammer stimmten 58 Abgeordnete für, 32 gegen das Bündnis, 73 für, 16 gegen die Zollverträge; von den Standesherren waren 23 für, 6 gegen das Bündnis, alle für die Zollverträge; in Baiern hatten die Reichsräte (I. Kammer) das unbedingte Vetorecht Baierns gegen die Mehrheitsbeschlüsse in Zollangelegenheiten zu retten versucht, Fürst Hohenlohe und Freiherr v. Thüngen waren nach Berlin geeilt, um Bismarck dies Zugeständnis abzuringen, sie waren jedoch nicht erhört worden; nun fügten sie sich und genehmigten die Verträge mit 35 gegen 13 Stimmen. Freiherr v. Varnbüler hat den Standpunkt der württembergischen Regierung, mit Beiseitesetzung jeder nationalen Empfindung, ausschließlich nach der Richtung der Zweckmäßigkeit hin erörtert und dabei das Geständnis abgelegt, daß der Südbund zwischen Baden, Baiern und Württemberg nicht zu stande kommen könne, weil zwischen diesen Staaten wenig Zuneigung bestehe. Die Neutralität sei eine kostspielige Sache, das neutrale Belgien habe Antwerpen mit einem Aufwande von 100 Millionen Franken zur Festung machen müssen. Solche Opfer werde Württemberg nicht bringen wollen. Den Anschluß an Frankreich erklärte aber auch Varnbüler für eine „nationale Unmöglichkeit“, die Erhaltung des Verhältnisses zu Oesterreich für undiskutierbar. So bleibe nichts übrig, als daß man mit dem größten deutschen Staate, mit Preußen, zusammengehe. Der Allianzvertrag bedeute nicht den Eintritt in den Nordbund, aber er stelle das naturgemäße Verhältnis zu Preußen her. Es ist begreiflich, daß der Minister, der so ganz und gar von der Sympathie für den Nordbund absah, weil die Träger derselben keine politische Macht im Lande vorstellten, bei den Wahlen in das Zollparlament nur die partikularistischen Kandidaten unterstützte. In Württemberg wurde nicht ein einziger Nationalliberaler gewählt, in Baiern 12, in Baden 8, in Hessen 4. Von den 82 Vertretern Süddeutschlands waren außer diesen 24 Anhängern der preußischen Führung 46 Gegner derselben, 15 national farblose Regierungskandidaten.

Die Tagungen des **Zollparlaments**, die im April 1868 begannen und in den beiden darauffolgenden Jahren fortgesetzt wurden, trugen zur Stärkung des Gefühles für die Zusammengehörigkeit der deutschen Staaten wenig bei; sie mußten in jedem Teilnehmer und Beobachter die Ueberzeugung befestigen, daß der politische Zustand, in dem sich Deutschland seit der Auflösung des alten Bundes und der Trennung von Oesterreich befand, keine Dauer haben könne, daß entweder der Nordbund durch eine europäische Koalition gesprengt und nochmals der Versuch einer bundesstaatlichen Organisation auf demokratischer Grundlage gemacht, oder ein zwingender Anlaß für die Süddeutschen herbeigeführt werden müsse, die preußische Führung anzunehmen. Bei den Verhandlungen über die Zollgesetzgebung waren Konflikte zwischen den finanziellen Interessen des Nordens und der reinen Zollpolitik des Südens unvermeidlich,

man konnte nicht daran zweifeln, daß diese Konflikte immer von neuem die politischen Fragen brennend machen würden. Die Partikularisten glaubten sich nicht oft genug gegen jede Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments verwahren zu können. Graf Bismarck säumte nicht, sie zu beruhigen. „Solange Sie nicht in freier Entschließung erkennen," versicherte er, „daß Ihrer Selbständigkeit im höchsten und weitesten Sinne am besten damit gedient ist, und solange nicht aus dem Grunde Ihres allgemeinen Nationalgefühls diejenige Majorität der Süddeutschen, die überhaupt staatliche Einrichtungen will, erklärt, es sei ihr Wille, sich dem Norddeutschen Bunde anzuschließen — solange deliberieren Sie in Ruhe über die Gegenstände des Zollvereins." Das Drängen der norddeutschen Nationalliberalen nach einer Aenderung seiner zuwartenden Politik hat Bismarck niemals gut aufgenommen. Wenige Monate vor der Entscheidung, deren Nähe damals freilich niemand ahnen konnte, am 24. Februar 1870, hat ihm der Antrag Eduard Laskers, des Vertreters der Stadt Magdeburg im preußischen Abgeordnetenhause und im norddeutschen Reichstage, man möge die Bestrebungen Badens, sich dem Bunde anzuschließen, dankbar begrüßen und fördern, den Anlaß zu einer sehr strengen und heftigen Abwehr gegeben, die nicht nur die Regierung, sondern auch das Herrscherhaus von Baden verletzte. Freilich ohne Grund, denn was den Kanzler damals erregte, war die Befürchtung, daß der voreilige Eintritt Badens die Aufnahme von ganz Süddeutschland erschweren würde, weil dann Baiern in seiner Vereinzelung sich zur Allianz mit Oesterreich oder Frankreich gezwungen sehen könnte. Dieser Gedanke ist in dem Hauptsatze der Rede niedergelegt: „Wenn man den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund wünscht, so kann doch unmöglich einer von uns dies als ein Definitivum, als einen definitiven Abschluß der deutschen Frage betrachten wollen, sondern wir werden darüber einig sein, daß es nur das Mittel sein kann, für das gesamte Deutschland, zwischen Norddeutschland und dem gesamten Süden Deutschlands diejenige engere Vereinigung herbeizuführen, die wir alle erstreben, mag es sein, in welcher Form es will, und die ich dahin definieren möchte, daß wir die intimsten gemeinsamen Institutionen, über die wir uns beiderseitig in voller Freiwilligkeit einigen können, herbeiführen, aber in voller Freiwilligkeit, ohne Drohung, ohne Pression, ohne Druck! Der verstimmte, gezwungene Baier oder Württemberger in der engsten Genossenschaft kann mir nichts helfen, und ich würde immer vorziehen, noch ein Menschenalter zu warten, als Zwang nach der Richtung hin zu üben."

Bei derselben Gelegenheit mahnte Bismarck die Deutschen, das Errungene nicht zu gering zu veranschlagen; er hielt es für notwendig, den Süddeutschen vorzuhalten, daß sie bereits durch feste Bande an den Norden gekettet seien. Er könne dreist behaupten, rief er unter lauter Zustimmung des Reichstags, daß das Präsidium des Norddeutschen Bundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt übe, wie es im Besitze deutscher Kaiser seit fünfhundert Jahren nicht gewesen sei. „Wo ist denn — seit der Zeit der ersten Hohenstaufen — ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege, eine unbestrittene Sicherheit der Gemeinschaft, denselben Feind und denselben Freund im Kriege zu haben, in deutschen Landen vorhanden gewesen? Wo ist denn eine wirtschaftliche Einheit vorhanden gewesen, an deren

Spitze der deutsche Kaiser gestanden hätte? Der Name macht es nicht! ... Der augenblickliche Norddeutsche Bund ist ein konkreter Ausdruck der Einigung, den ich jedoch als ein vorübergehendes Stadium betrachte, ebenso wie ich ihn, durch Baden vergrößert, ebenfalls nur als ein vorübergehendes Stadium betrachten würde. ... Ueber den Zweck sind wir einig, aber über die Mittel sind die Herren der Meinung, daß sie die Auswahl der Mittel, die Auswahl des Zeitpunktes besser verstehen als ich, und ich bin der Meinung, daß ich das besser verstehe als sie, und darüber können wir uns nicht einigen. Solange ich aber Bundeskanzler und auswärtiger Minister bin, muß die Politik nach meiner Einsicht gemacht werden."

Die Einsicht des Kanzlers, der seit dem 1. Januar 1870 die auswärtige Politik nicht nur des Königs von Preußen, sondern aller Bundesfürsten zu besorgen hatte, war gestützt durch die genaue Kenntnis der Gefahren, die dem jungen Staatswesen der Deutschen drohten, und die er so lange als möglich von ihm fernhalten wollte. Zu befürchten war ein Ueberfall Frankreichs und nicht ausgeschlossen eine Parteinahme Oesterreichs für Frankreich oder mindestens eine Vermittlung mit militärischer Drohung. Am meisten vielleicht deshalb, weil ein leichtfertiger Staatsmann zum Leiter der auswärtigen Politik Oesterreichs erwählt worden war, dem eine Befriedigung seiner Eitelkeit, ein augenblicklicher Triumph höher stand, als das Schicksal der Nation, aus der er hervorgegangen war, und des Reiches, dem er dienen sollte.

Die Ausgestaltung des Reiches der Habsburger nach seiner Loslösung von dem alten Verbande des Römischen Reiches deutscher Nation war in ihren Hauptlinien am 19. Juli in der Unterredung des Kaisers Franz Joseph mit Franz v. Deák festgelegt worden. Der alte Besitz hatte an Wert erheblich eingebüßt; die sogenannten deutschen Erbländer samt den Königreichen Böhmen und Galizien stellten keinen Staat vor, sondern waren und blieben ein Länderkonglomerat, dem man keine Regierung geben kann, die alle darin wohnenden Völkerstämme befriedigt, so wenig als man bis heute einen Namen dafür gefunden hat. Das Königreich Ungarn war ein fertiges, in sich geschlossenes Staatswesen gewesen, als es die Habsburger erben sollten, und 150 Jahre der Zerrissenheit, der Fremdherrschaft, der Bürgerkriege hatten nicht hingereicht, an der Thatsache seiner Einheit und Selbständigkeit etwas zu ändern. Die Probe, die Kaiser Joseph II. darauf gemacht hat, als er sich und den Deutschen die Ansicht suggerierte, man könne aus dem ungarischen Staate Provinzen eines von deutschen Beamten verwalteten, entnationalisierten Reiches machen, war für Ungarn glänzend ausgefallen, die Revolution von 1848 und 1849 hatte zwar bewiesen, daß man es militärisch besiegen und unterwerfen kann, aber die darauffolgende Reaktionsperiode ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß man nicht nur dem Magyaren sein politisches Bewußtsein nicht rauben konnte, sondern daß auch die Sachsen und Schwaben, Slowaken und Rumänen nicht aufhörten, Ungarn zu sein. In Kroatien gab und gibt es zwar eine Partei, die sich mit der Konstruktion eines kroatischen Staates beschäftigt, aber sie vermag sich nur mit der Utopie des dreieinigen Königreiches zu helfen, dem Dalmatien angehören

soll, eine venetianische Provinz, die ein halbes Jahrtausend hindurch mit Kroatien in keiner Verbindung gestanden war und von der westlichen Reichshälfte aus wirtschaftlichem Interesse um jeden Preis, ja selbst um den eines Krieges, festgehalten werden müßte.

Es war eine Aeußerung politischer Logik, daß das Oberhaupt der Dynastie Habsburg nach dem Zusammenbruch des deutschen Bundes nicht die ihm in der Hand gebliebenen Bundestrümmer, die keinen ineinandergewachsenen Staat vorstellten, sondern das einheitliche Königreich Ungarn, in dem eine politisch äußerst kräftig veranlagte Nation die Führung sofort übernehmen konnte, als den wichtigen Bestandteil seines Länderbesitzes ansah und es für notwendig fand, die sehr gelockerten Beziehungen zwischen der führenden magyarischen Nation und der Dynastie fester zu knüpfen; und es war ein gewiß hoch zu veranschlagender Glücksfall, daß in Franz v. Deák die Persönlichkeit gegeben war, die den Versöhnungs- und Vereinigungsprozeß leiten und durchführen konnte. Daß er nicht völlig gelungen ist, lag nicht am Kaiser und König, nicht an Deák und nicht an der magyarischen Nation, sondern darin, daß den ungarischen Staatsmännern keine österreichischen von gleichem Werte und gleichem Vermögen gegenüberstanden. Der sogenannte Ausgleich, der einerseits zwischen Ungarn und dem regierenden Hause, andererseits aber auch zwischen Ungarn und Oesterreich geschlossen werden mußte, hätte nur dann dauernde Verhältnisse schaffen können, wenn die Interessen der vertragschließenden Parteien von aufrichtigen Anwälten beider Teile gewahrt worden und das Friedenswerk nicht überstürzt worden wäre. Die westliche Reichshälfte, vor allem die deutschen und slavischen Vertreter derselben, waren nicht vorbereitet auf die schwierige Aufgabe, das Grundgesetz einer Monarchie zu schaffen, für die in der Geschichte der parlamentarisch regierten Staaten kein Vorbild gefunden werden konnte. Sie befanden sich im Beginne eines langwierigen Kampfes, der noch immer der Entscheidung harrt, eines Kampfes, der scheinbar um die politischen Konstruktionsformen des Zentralismus und Föderalismus, thatsächlich aber darum geführt wird, ob die Deutschen ihre historische Stellung im Reiche der Habsburger aufrecht halten und dessen westliche Hälfte mit dem Geiste deutscher Verwaltung durchdringen können, oder ob der tschechische und polnische Einfluß darin das Uebergewicht erlangen soll.

Nach der Schicksalswende von 1866 wäre es vielleicht möglich gewesen, die Vorherrschaft der Deutschen sofort fest zu begründen; aber es hätte mehr Ueberlegung und mehr Eignung zur praktischen Politik dazu gehört, als die Deutschen in Oesterreich, deren Vorzüge auf ganz anderen Gebieten liegen, thatsächlich besitzen. Die Anforderungen, die an sie gestellt werden, waren zudem ungewöhnlich groß. Es hätte erkannt werden sollen, daß ein seit Jahrhunderten ausgeübter Besitz an Macht und Bedeutung ernstlich gefährdet war; dieselben Oesterreicher, die im Frankfurter Parlament den Ausschlag in der Frage der deutschen Verfassung geben zu können vermeint hatten, hätten es für möglich halten sollen, daß ihnen in Oesterreich die Herrschaft von Tschechen und Slowenen streitig gemacht werden könne, sie hätten wissen sollen, daß der Parlamentarismus, die Panacee der sogenannten „Freiheit“, nur eine Schwächung, aber niemals eine Stärkung der deutschen Stellung in Oesterreich begründen könne; sie hätten mit

großer Kaltblütigkeit, Klugheit und Rücksichtslosigkeit einen streng nationalen Standpunkt einnehmen und augenblickliche Opfer für einen von der Zukunft zu erwartenden wirtschaftlichen Sieg bringen sollen — das war mehr als die „liberalen Doktrinäre", in denen noch die Begeisterung über die „Grundrechte" vorherrschte, zu leisten vermochten. Und leider fällt auf die Deutschen die ganze Verantwortung für die Annahme der ganz unbrauchbaren Vereinbarungen, die den sogenannten Ausgleichsgesetzen zu Grunde gelegt wurden. Sie hatten den außerordentlichen Reichstag, auf dem Belcredi das Kompromiß zwischen Deutschen und Tschechen anbahnen wollte, zurückgewiesen, sie haben der föderalistischen Mehrheit, die aus den Wahlen in Böhmen, Mähren, Galizien, Krain und Tirol hervorgegangen war, ein „non possumus" zugerufen und von der Regierung verlangt, daß sie zu Gunsten einer zentralistischen Verwertung der Schmerlingschen Verfassung alle ihre Machtmittel in Bewegung setze; sie haben sich der Beustschen Politik, deren Hintergrund die Hoffnung auf Revanche an Preußen und Wiederherstellung der alten Bundesstaaterei bildete, ohne Widerspruch angeschlossen und den Ausgleich mit Ungarn so oberflächlich und ohne Verständnis für politische und ökonomische Grundgesetze durchgeführt, als es in der Art der Diplomatie alten Schlages lag. Moriz v. Kaiserfeld, der die Unwissenheit Beusts in Bezug auf die österreichischen Verhältnisse und die Verfassungsgeschichte bei den ersten Begegnungen mit ihm wohl erkannt hatte, ließ sich doch für die von Beust mit den Ungarn stipulierte Form des Dualismus gewinnen und drängte zur Annahme des Ausgleichsapparates, obwohl es nicht an Warnungen weiterblickender Männer, wie Skene, fehlte, denen die Gefahren einer fortgesetzten Abhängigkeit von Ungarn in wirtschaftlicher Beziehung durch die Kündbarkeit des Handelsvertrages und der Zollgemeinschaft nicht entgangen waren.

Beust hat das Ministerium Belcredi gestürzt, weil er einsah, daß man dann für den Ausgleich mit Ungarn die Deutschen gewinnen könne, und diese gaben sich wirklich damit zufrieden, daß ihre kostbare Februarverfassung wieder hergestellt wurde, und verlangten nichts, gar nichts für die Befestigung ihrer eigenen Stellung, nicht einmal die Ausscheidung Galiziens aus dem Verbande des engeren Reichsrates, obwohl nur dadurch die Majorisierung der Deutschen durch eine slavische Allianz für immer ferngehalten werden konnte. Als Preis für die Auseinandersetzung mit Ungarn konnte die Sonderstellung des polnischen Fremdkörpers in der Monarchie erreicht werden, nach dem Ausgleiche nie mehr, weil die Deutschen keine Gegenleistung für die Anerkennung ihrer nationalen Forderung mehr zu bieten haben. Die weitere Entwickelung des österreichischen Staatswesens hat den Polen die Autonomie gebracht, die sie zur Vergewaltigung der Ruthenen und zur Handhabung der Verwaltung im Interesse ihrer führenden sozialen Schichten, Adel und Beamtentum, brauchen. Die Deutschen haben in Galizien nicht die geringste Macht, nicht den geringsten Einfluß, aber die Polen verfolgen im österreichischen Reichsrate die Politik der freien Hand, nehmen an allen Vorteilen einer in den Zentralämtern gut vertretenen Partei teil und ermöglichen durch ihre bloße Anwesenheit im Parlamente den Tschechen die Erneuerung der Drohung mit der slavischen Solidarität. Am 7. Januar 1867

trat Beust an die Spitze des österreichischen Ministeriums, am 26. d. M. ernannte der Kaiser als König von Ungarn ein ungarisches Ministerium, an dessen Spitze aber nicht Deák, sondern Graf Julius Andrassy trat. Ihm zur Seite standen Baron Eötvös, ein feingebildeter Literat, und Melchior v. Lonyay, ein geschickter Finanzpolitiker. Eine große Mehrheit des Reichstages stand diesem Ministerium zur Verfügung: die von Tisza geführte Opposition spannte die nationalen Forderungen der Magyaren noch höher als die Deákpartei und erleichterte dadurch dieser ihr Auftreten in den Verhandlungen mit dem österreichischen Ministerium und den in den „Ausgleichsausschuß“ entsendeten 15 Mitgliedern des österreichischen Reichsrates, der am 18. März wieder zusammengetreten war. Daß die Deutschen in diesem eine schwache Mehrheit besaßen, verdankten sie nur den Tschechen, die, ihre Bedeutung überschätzend, die Teilnahme an den Reichsratswahlen im Landtage verweigert hatten. Dieser falsche Schritt der Tschechen, den ihre föderalistischen Gesinnungsgenossen, die klerikalen Tiroler, nicht mitmachten, hat jene Pause in den österreichischen Verfassungskämpfen verursacht, in der die Deutschen den verhängnisvoll gewordenen Ausgleich mit Ungarn abschlossen.

Die deutschen Idealpolitiker, unter denen Kaiserfeld durch seine geistvollen und pathetischen Reden immer mehr Einfluß erlangte, waren von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sie die Führung in „Cisleithanien“, wie man die nichtungarische Ländergruppe benannte, durch große Opfer zu Gunsten der gesamtstaatlichen Einrichtungen erkaufen könnten, daß das Zusammengehen mit der liberalen Partei des konstitutionellen „Reiches der Stefanskrone“ die — Reaktion verhindern werde, vor der man noch immer unglaubliche Angst hatte. Für die freiwillig gebrachten Opfer wurden niemals Gegenleistungen verlangt, weder von den Magyaren, noch von der Dynastie. Der ungarische Reichstag kann, wenn er will, die Ausgleichserneuerungen von der Mitwirkung eines österreichischen Parlamentes abhängig machen, er hat aber niemals eine Verpflichtung übernommen, die Deutschen vor einer Vergewaltigung durch slavische Majoritäten zu schützen. Nicht einmal ein wirkliches, ehrliches Bündnis der liberalen Parteien wurde jemals angestrebt; die deutschen Politiker glaubten für ihre Interessen schon Außerordentliches geleistet zu haben, indem sie die — Personalunion verhinderten und das Institut der Delegationen einführten, denen die parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten: Aeußeres, Krieg und Finanzen, soweit sie die Diplomatie und die Armee betreffen, zukommt. Sie schwelgten in den Genüssen liberaler Gesetzgebung und waren sicher, daß deren rasch und so reichlich reifende Früchte begehrenswert genug sein müßten, um die nichtdeutschen Nationalitäten zu begeisterten Anhängern des deutschen Liberalismus zu machen. Hoffnung und Selbstvertrauen wuchsen im Bewußtsein der Macht, die sich den deutschen Abgeordneten durch die Gefolgschaft der Finanzmänner und der seit dem Kriege im Aufschwung begriffenen Industriellen darbot, die von dem Ausgleich mit Ungarn und von dem wiedererweckten Vertrauen in die freiheitliche Regierung Oesterreichs mit Recht eine Mobilisierung des Kapitals erwarteten. Jüdische und christliche Spekulanten stürzten sich mit Feuereifer in das Güter-Kauf- und Tauschgeschäft, genannt Chabrus, wodurch man im böhmischen Großgrundbesitz sogenannte „verfassungstreue“ Majoritäten für

die Landtagswahlen und dadurch auch einen unbedingt verläßlichen Reichsrat gewann.

Die Teilnahme der deutschen Abgeordneten an der ungarischen Krönungsfeier am 8. Juli 1867, bei der Beust bereits in der neuen, ihm am 30. Juni verliehenen Würde eines Reichskanzlers auftrat, bot die Gewähr, daß die im August beginnenden Ausgleichsverhandlungen zu einer Verständigung, d. h. in diesem Falle zu einer Unterwerfung Oesterreichs unter den Willen Ungarns, führen würde. Der ungarische Staat erhielt den gleichen Einfluß auf die äußere Politik und das Kriegswesen der Monarchie, wie die Gesamtheit der anderen Länder, beteiligte sich aber an den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten nur mit 30 Perzent, an der Tilgung der Staatsschuld nur mit 20; er ging nicht einmal eine dauernde Verpflichtung zu einem Zoll- und Handelsbündnis ein, sondern behielt sich das Recht vor, dieses alle zehn Jahre kündigen zu dürfen. Infolgedessen wird seitdem in Oesterreich-Ungarn alle zehn Jahre die Reichsverfassung in Frage gestellt, die Personalunion in Aussicht genommen und der Zollkrieg zwischen den beiden Staaten vorbereitet. Und mit Einrichtungen dieser Art glaubten die deutschen Liberalen die Gesamtstaatsidee und die Großmachtstellung des Reiches gerettet zu haben. Sie nahmen ihre Aufgabe so ernst, daß sie es nicht wahrnahmen, daß der Text der allerwichtigsten Ausgleichsbestimmungen in den beiden Staaten nicht nur verschiedene Auslegungen zuläßt, sondern bei wörtlicher Uebersetzung einen verschiedenen Inhalt ergibt. Aus dem Gesetze vom 21. Dezember 1867, das mit Zustimmung des österreichischen Reichsrates gegeben wurde, läßt sich der Bestand einer völlig einheitlichen Armee ableiten, deren „Leitung, Führung und innere Organisation ausschließlich dem Kaiser zusteht"; der § 11 des ungarischen Gesetzartikels XII vom Jahre 1867 enthält jedoch die ausdrückliche Erklärung, daß es eine ungarische Armee gebe und daß diese einen „ergänzenden Teil" der gesamten Armee ausmache. Die Deákpartei und das Ministerium Andrassy haben das Uebereinkommen mit Oesterreich in der Art eingerichtet, daß Ungarn jederzeit auf verfassungsmäßigem Wege seine Unabhängigkeit verlangen und durchsetzen kann, sie wußten genau, daß Ungarn vorläufig die politische Selbständigkeit nicht ertragen könne, weil es wirtschaftlich darauf noch nicht vorbereitet war, sie erkauften sich mit dem widerrufbaren Zugeständnisse der gemeinsamen Armee die gemeinsame Nationalbank, weil diese dem unendlichen Kreditbedürfnisse des Landes die günstigsten Chancen bot.

Der Reichskanzler, seit 1868 „Graf" Beust, hat selbst die Folgen des Ausgleichs mit Ungarn auf die österreichische Politik sehr bald zu fühlen bekommen. Für den Revanchegedanken, den die deutschen Liberalen wohlgefällig angenommen hatten, den Kuranda und Dr. Giskra bei dem dritten deutschen Bundesschießen in Wien wie eine Naturnotwendigkeit predigten, war die ungarische Regierung nicht zu gewinnen. Sie hatte kein Interesse dafür, daß die westliche Reichshälfte durch den Anschluß an Deutschland, durch den Eintritt in einen neuen Bund wieder an Bedeutung gewinnen solle, sie sah in dem deutschen Staate unter Preußens Führung ein Gegengewicht gegen jene Habsburgischen Weltmachtaspirationen, die der Wertschätzung des ungarischen

Besitzes immer abträglich gewesen waren. Es wäre ihr auch wahrscheinlich der Nation gegenüber nicht leicht geworden, sich an einer Verschwörung gegen die Macht zu beteiligen, mit deren Unterstützung die Legion Klapka zu stande gekommen war. Noch traurigere Erfahrungen machte Beust mit seinen Bundesgenossen, der verfassungstreuen Majorität des österreichischen Reichsrates und ihren Ministern, die sich unfähig erwiesen, eine Verständigung mit den Slaven herbeizuführen. Dies mußte aber geschehen, wenn die Deutschen ihren Einfluß auf die Regierung bewahren sollten. Es war sehr kühn, aber auch sehr unpolitisch gedacht, kurzerhand eine deutsche Gewaltherrschaft über Polen und Tschechen etablieren zu wollen, nachdem man eben den Zusammenhang mit den Stammverwandten nach blutiger Niederlage hatte preisgeben müssen. Die Mehrheit des sogenannten Bürgerministeriums, dem zuerst Fürst Carlos Auersperg, dann Graf Taaffe präsidierte, überschätzte ihre Kraft, wies alle Kompromisse zurück, als sie noch billig zu haben waren, und verletzte den Kaiser durch saloppe Geschäftsführung, noch mehr aber durch Beteiligung an Börsenunternehmungen und finanziellen Gründungen, die nur persönlichem Nutzen, aber nicht dem Staatswohl dienen konnten. Die galizische Frage brachte eine Spaltung im Ministerium hervor; die Partei der Ablehnung aller polnischen Forderungen siegte zwar und gelangte in dem Ministerium Hasner-Giskra-Stremayr nochmals zur Macht. Aber sie sah sich bald genug außer Stand, der Verwirrung im Staate ein Ende zu machen, denn als sie sich endlich den Tschechen näherte und mit ihnen einen Ausgleich anstrebte, wurde sie schroff abgewiesen. Zu spät waren die Deutschen zur Erkenntnis gekommen, daß sie ohne Alliierte unmöglich Oesterreich regieren könnten; das Vertrauen des Kaisers in ihre politische Brauchbarkeit war geschwunden.

Auch in der deutschen Bevölkerung traten Erscheinungen des Abfalles vom Liberalismus zu Tage, der Zweifel an dem unfehlbaren Segen der Februarverfassung und der im Dezember 1867 beschlossenen Nachträge dazu wurde immer lauter ausgesprochen und es trat eine kleine, aber begeisterte und mutige Partei zum erstenmal in öffentlichen Versammlungen auf, die sich „deutschnational“ nannte und von den Abgeordneten verlangte, sie sollten die Bedingungen für die Vorherrschaft der Deutschen in den alten Bundesländern durch die Sonderstellung Galiziens gewähren. Die neue Partei nahm unter schweren Kämpfen gegen die große Zahl von sogenannten Altösterreichern, die ihren Patriotismus durch den Kultus eines fanatischen Preußenhasses bethätigen zu müssen glaubten, regen Anteil an der nationalen Bewegung, die in Nord- und Süddeutschland mächtig anwuchs und durch die spätromantischen Bühnenwerke Richard Wagners und die Nibelungenvorträge des reisenden Rhapsoden Wilhelm Jordan kräftig genährt wurde. Es gibt kaum einen stärkeren Beweis für die Tiefe der nationalen Erregung zwischen 1848 und 1870 und für den Willen zur Einheit im deutschen Volke als die Thatsache, daß sie einen künstlerischen Ausdruck durch das Genie Richard Wagners gefunden haben. Es war kein „Kunstwerk der Zukunft“, was er nach seiner Meinung schuf, sondern die allerberedteste Aeußerung einer völlig aktuellen Stimmung. Ohne sie hätte die archaistische Stoffwahl, das Zurückgreifen auf eine dem modernen Volksbewußtsein ganz ferne

liegende heidnische Heldenzeit nicht so begeisterte Aufnahme finden können. Der Reichtum seiner Erfindung, die Neuheit und der Reiz seiner Harmonisierung ergriff weite Kreise, die von dem nationalen Aufschwunge noch nicht erfaßt waren, und machte ihr Gefühlsleben dafür empfänglich; die Größe seiner Kunst läßt jedoch den Gedanken einer politischen Tendenz seines Schaffens nicht aufkommen und hat endlich auch die fremden Nationen überwältigt, die ihr lange Zeit widerstehen zu müssen glaubten, weil sie den nationalen Zauber seiner Werke mit grollendem Staunen hatten beobachten müssen.

Die nationale Gesinnung auf beiden Seiten der neu errichteten Grenzpfähle äußerte sich auch in dem konfessionellen Streite, der durch das erfolgreiche Eingreifen der Jesuiten in die Organisation der katholischen Kirche heraufbeschworen wurde. Papst Pius IX., enttäuscht durch die traurigen politischen Erfahrungen der Revolution, von der italienischen Nationalpartei zurückgestoßen und durch die radikalen Republikaner in das Lager der Reaktion gedrängt, war dem Einflusse der Ordenshäupter verfallen und hatte jene unselige Wandlung im Katholizismus befördert, durch die der verfassungsmäßig mit despotischen Gewalten ausgestattete Papst zum Werkzeug einer ehrgeizigen, machtlüsternen Gesellschaft gemacht wurde, die vorgibt, Religion, Glauben und Sittlichkeit durch die gänzliche Unterdrückung der christlichen Freiheit, durch Verleugnung der erhabensten Ideen der christlichen Weltanschauung schützen und bewahren zu müssen. Dem Dogma von der unbefleckten Empfängnis (8. Dezember 1854), mit dem die Gläubigen in der Enthaltsamkeit von vernünftigem Denken geübt wurden, folgte 1860 das „Non possumus“ als letzte Absage an alle Anhänger jener Religiosität, die sich von den Fortschritten der wissenschaftlichen Erkenntnis nicht loszusagen vermag, 1868 die Verfluchung der österreichischen Verfassung, weil sie die Vorrechte der katholischen Kirche und ihren Einfluß im Schulwesen aufgehoben hatte, und im Dezember 1869 die Einberufung eines Konzils, das die Unfehlbarkeit des Papstes in Ansehung der Lehre zu statuieren bestimmt war. Die Jesuiten und die von ihnen geführte ultramontane Partei hatten sich längst der neuen Kampfmittel, der Presse, der politischen Agitation und der konstitutionellen Formen bemächtigt, um ihre Macht zu entfalten. Das parlamentarische Leben eröffnete der streitenden Kirche die glänzendsten Aussichten, erleichterte die Mobilisierung der Massen und gab der Verwertung ihrer politischen Künste im Staate den Schein von Berechtigung. Die Entstehung eines kraftvollen protestantischen Staatswesens im Norddeutschen Bunde, der die ganze deutsche Nation an sich zu fesseln drohte, forderte ihren Widerstand heraus. „Casca il mondo“ — „die Welt bricht zusammen!“ — hatte der päpstliche Staatssekretär Antonelli ausgerufen, als er den Ausgang der Schlacht von Königgrätz erfuhr, er meinte aber, sie wieder zusammenleimen zu können, und wies die deutschen Katholiken an, den Partikularismus zu unterstützen und das Großdeutschtum gegen Preußen auszuspielen. Die bayerischen Ultramontanen durften mit den württembergischen Demokraten Hand in Hand gehen, die Wittelsbacher Prinzen wurden angeleitet, im Reichsrate gegen die Regierung zu stimmen, die im vollsten Einklange mit dem national gesinnten König Ludwig II. den Anschluß der Süddeutschen an den Nordbund allmählich anzubahnen versuchte. Bis zum 15. Fe-

bruar 1870 hielt der König das Ministerium Hohenlohe gegen den wütenden Ansturm der Landtagsmehrheit; dann aber gab er dem Verlangen des Fürsten nach und enthob ihn vom Amte, weil eine Verständigung der ultramontanen Hetzer, namentlich der streitbaren „Patrioten" Dr. Jörg und Sepp mit Hohenlohe ausgeschlossen war und eine Verschärfung des parlamentarischen Konfliktes in Baiern die Erreichung nationaler Zwecke erschweren mußte. Der Nachfolger des Fürsten Graf Bray-Steinburg, bisher Gesandter in Wien, ließ sofort nach seinem Amtsantritte das Berliner Kabinett wissen, daß in der auswärtigen Politik kein Systemwechsel eintreten werde, und vertrat in der Kammer die Verpflichtung Baierns, das Bündnis mit Preußen aufrecht zu halten.

Noch nicht in ausgesprochenem Gegensatze zu den nationalen Bestrebungen des Volkes, aber doch ohne Interesse für diese, vollzog sich die soziale Entwickelung der städtischen Arbeiterschaft in Deutschland in der Uebergangszeit von 1868 bis 1870. Sie war durch den jüdischen Litteraten Ferdinand Lassalle, der sich zugleich als ein feiner philosophischer Kopf und als glänzender Volksredner, als Agitator von ganz ungewöhnlichen Erfolgen bewährt hatte, in den Tagen des schleswig-holsteinischen Krieges und des Frankfurter Fürstentages in raschen Fluß gebracht worden. Sein Antwortschreiben auf die Frage der Leipziger Arbeiter über die soziale Lage des vierten Standes (März 1863) gab den Anstoß zu dessen politischer Organisation, die in dem Allgemeinen deutschen Arbeitervereine vorbereitet wurde. Lassalle klärte die Arbeiter darüber auf, daß ihnen der bürgerliche Liberalismus nichts zu bieten habe, weil er die Folgerungen seiner eigenen Lehren aus Egoismus nicht ziehen könne und die errungene Freiheit nur zur Vermehrung seiner Kapitalskraft verwende, er verlangte deshalb eine politische Thätigkeit im Gegensatze zu der einseitigen Bourgeois-Demokratie, die wieder nur eine Klassenherrschaft begründen wolle, und die Schaffung von Arbeitsgenossenschaften mit Unterstützung des Staates. Obwohl sein Auftreten nicht gegen die Regierung gerichtet war, noch weniger republikanische Tendenzen verfolgte, hielten sich die preußischen Regierungsorgane doch für berechtigt, der Verbreitung seiner Ansichten alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Jede gegen ihn geführte Gerichtsverhandlung gab ihm aber stets neue Gelegenheit, sein sozialpolitisches Programm zu verteidigen, und verstärkte seinen Einfluß auf die Arbeiterschaft. Zur Politik Bismarcks fühlte er sich hingezogen, er sah voraus, daß dessen große nationale Ziele nur durch den Appell an die Gesamtheit des Volkes, durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes zur That werden könnten, und erwartete von ihm die Mobilisierung der Massen im Kampfe gegen das Ausland. Sein plötzlicher Tod (31. August 1864) in einem Duelle, das durch seine leidenschaftliche Begehrlichkeit und den Mangel jeder Selbstzucht herbeigeführt worden war, hinterließ die durch ihn aufgeregte Arbeiterschaft ohne Leitung und ohne klare Einsicht in ihre Aufgabe. Der Liberalismus erkannte seine Pflicht nicht, für die berechtigten Forderungen des vierten Standes ebenso, wie seiner Zeit für die Emanzipation des dritten Standes einzutreten, er versäumte den Augenblick, in dem es möglich gewesen wäre, eine deutsche sozialdemokratische Partei zu gründen, und überließ die verwaisten Anhänger Lassalles der Agitation des internationalen Sozialismus, dessen Organisation Karl Marx

auf dem Genfer Kongreß von 1866 in die Hand genommen hatte. Nachdem kurze Zeit ein Herr v. Schweitzer aus Frankfurt und Lassalles Freundin, die reiche Fürstin Hatzfeldt, vergeblich versucht hatten, sich als Erben des Arbeiterführers zu behaupten, entschied sich der Verbandstag deutscher Arbeitervereine in Nürnberg (5.—7. September 1868) mit 68 gegen 48 Stimmen für das Programm der Internationalen, „weil die Emanzipation der Arbeiter nur durch das Zusammenwirken aller Länder erreicht werden könne". Der Präsident des Vorortes Leipzig, der Drechslermeister Ferdinand August Bebel aus Köln, ließ sich durch den Schüler und Vertrauten von Karl Marx, Liebknecht, für die falsche Theorie gewinnen, daß nationales Selbstgefühl unvereinbar sei mit der Behauptung der Rechte der arbeitenden Klassen und zu den Luxusartikeln der kapitalskräftigen Unternehmer gehöre, und wurde der Führer der neuen kommunistischen Partei, die den Lassalleanern bald den Boden entzog. Die Eisenacher Versammlung vom 7. August 1869 verlangte bereits den „deutschen Volksstaat", in dem es keine Klassenherrschaft geben dürfe und dem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit (die ganze Differenz zwischen dem Werte des Rohproduktes und dem Verkaufspreise) gewährt werden müsse, und bezeichnete als notwendige Vorbedingungen zur Erreichung dieses Zieles das allgemeine Wahlrecht der Männer vom 20. Lebensjahre an, eine Volkswehr anstatt der stehenden Heere, die Abschaffung aller indirekten Steuern und ihre Ersetzung durch eine progressive Einkommensteuer. Im darauffolgenden Jahre wurde in Stuttgart der Sonderbesitz an urbarem Lande für verwerflich und die Verstaatlichung des ganzen Bodenbaues für notwendig erklärt. Die Teilnahme an den Vertretungskörpern wurde als Hauptaufgabe der Partei und das Streben nach politischer Macht als notwendige Voraussetzung der sozialen Reform bezeichnet. Es war kaum mehr zu verkennen, daß die neue Partei bei ihrem ersten Auftreten mehr politische Kraft äußerte, als der Liberalismus zeit seines Bestehens. Die liberalen Parteien verkannten diese Thatsache aber doch und sahen ruhig zu, wie sich die Kluft im Volke erweiterte, weil sie sich den Begriff des Volkes immer nach ihrem augenblicklichen Bedürfnis zurechtlegen.

Zweiter Abschnitt.

Der deutsch-französische Krieg.

In den Konventen der Friedensliga mag man sich vielleicht mit einiger Berechtigung der Erörterung der Frage widmen, wie aus den politischen und sozialen Elementen, die in und außerhalb des Norddeutschen Bundes in deutschen Landen nachzuweisen sind, ein staatlicher Bau hätte gefügt werden können, der den Deutschen Sicherheit nach Außen, freie Entwickelung im Innern und jene Stellung unter den führenden Völkern zu bieten vermocht hätte, die zur Wahrung eines ihrer Kraft entsprechenden Anteils an der Erde und ihren Gütern geeignet war. Der Geschichte liegt diese Aufgabe ferne, sie hat sich der Erörterung von Möglichkeiten zu enthalten, wenn dadurch nicht der Blick für das Wesen der Ereignisse geschärft oder die Kritik von Handlungen und Entscheidungen begründet werden muß. Für sie hat der Ausbruch eines Krieges die Bedeutung eines natürlichen Vorganges, dessen Entstehungsursachen sie prüft, dessen Folgen sie untersucht, dessen Notwendigkeit in dem Augenblicke des Eintrittes schon gegeben ist.

In Frankreich glaubt man noch heute, man sei einer umsichtig vorbereiteten, von Napoleon nicht oder doch zu spät erkannten Intrigue zum Opfer gefallen, in Deutschland spricht man noch häufig genug von einem unvorhergesehenen Ueberfall, zu dem Napoleon durch den thörichten Hochmut seiner Minister und das leidenschaftliche Aufbrausen der öffentlichen Meinung verführt, ja gezwungen worden sei. Obwohl uns heute noch nicht alle Berichte über die intimsten Beziehungen im diplomatischen Leben Europas jener Tage vorliegen und die vorhandenen verschiedenartige Auslegungen zulassen, kann man doch mit voller Bestimmtheit aussprechen, daß weder die volkstümliche französische, noch die volkstümliche deutsche Anschauung richtig ist. Jede von ihnen leidet an innerer Unwahrheit. Dies geht aus der sicheren Kenntnis der Geschichte des Krieges und des Friedensschlusses von 1866 hervor. Außerdem aber sind Dokumente zur allgemeinen Kenntnis gelangt, die jene einfache und einseitige Erklärung für

den Eintritt eines der bedeutungsvollsten weltgeschichtlichen Ereignisse nicht mehr zulassen.[1])

Frankreich und Oesterreich waren nach 1866 auf gemeinsames Vorgehen gegen Preußen angewiesen, wenn sie die Bildung eines deutschen Staates unter preußischer Führung nicht zugeben wollten. Was Oesterreich betrifft, so war weder die Dynastie, noch die Volksvertretung auf dem Punkte einer Aussöhnung mit dem kleindeutschen Programm angelangt, beide wollten ihre frühere Stellung in Deutschland oder mindestens einen beherrschenden Einfluß auf Süddeutschland wieder gewinnen, wenn es ohne Gefahr und große Auslagen geschehen und wenn man einen schicklichen Vorwand dafür finden könne. Napoleon hätte sich gerne mit Preußen für eine bescheidene Entschädigung abgefunden, aber sie wurde ihm nicht zugestanden. Nach der Salzburger Zusammenkunft versuchte er nochmals, sich durch die systematische Anbahnung einer Angliederung Belgiens an Frankreich Genugthuung zu verschaffen; sein Vorhaben wurde durchschaut, sein Plan im Keime erstickt, indem sich England als Protektor der belgischen Unabhängigkeit erklärte, die auch in ihrer wirtschaftlichen Seite nicht durch den Ankauf belgischer Bahnlinien durch eine französische Eisenbahngesellschaft in Frage gestellt werden sollte. Die Vereinbarungen über die militärische Freizügigkeit zwischen Baden und Preußen bewiesen, daß die Angliederung des deutschen Südens an den Norden stetig fortschreite, wenn sich auch Bismarck zu keinem Schritte verleiten ließ, der als eine formelle Verletzung des Prager Friedens bezeichnet werden konnte. Frankreich mußte sich nach Bundesgenossen umsehen, wenn es die ihm gefährlich scheinende politische Einigung Deutschlands verhindern wollte. Bei der Gehässigkeit, die zwischen den österreichischen und preußischen Diplomaten herrschte — die Briefe und Berichte des Grafen Wimpfen an Beust sind ein trauriges Denkmal derselben geblieben — durfte Napoleon annehmen, daß das Wiener Kabinett nicht abgeneigt sein werde, die dargebotene Freundeshand anzunehmen. Schon die ersten Besprechungen des Gegenstandes mit dem österreichischen Botschafter Fürsten Metternich und dem Grafen Vitzthum, der als Vertrauensperson Beusts dessen diplomatische Feldzüge gegen Preußen freiwillig mitmachte, überzeugten ihn aber, daß die Gefolgschaft Oesterreichs keine unbedingte sein werde und daß man seit der Vermittlerrolle, die er 1866 gespielt hatte, seine diplomatischen Kombinationen mit großer Vorsicht behandelte.

Auch in Italien herrschte das Mißtrauen gegen die napoleonische Politik vor, seitdem französische Truppen den Schutz des päpstlichen Rom übernommen und den kühnen Versuch Garibaldis, sich in den Besitz der ewigen Stadt zu setzen, bei Mentana zum Scheitern gebracht hatten. Die Nationalpartei erwartete

---

[1]) Außer den schon für die vorangehende Zeit in Betracht kommenden sind aus der großen Zahl einschlägiger Veröffentlichungen beteiligter Personen hervorzuheben: Duc de Gramont, „La France et la Prusse avant la guerre"; Benedetti, „Ma mission en Prusse"; Général Lebrun, „Souvenirs militaires"; Général Jarras, „Souvenirs"; Sybel, „Neue Mitteilungen und Erläuterungen zur Begründung des Deutschen Reichs"; Keudell, „Fürst und Fürstin Bismarck"; M. Busch, „Tagebuchblätter". „Aus dem Leben Karls von Rumänien, Aufzeichnungen eines Augenzeugen. Bd. I—IV. Cotta, 1894. Heinr. Abeken, „Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit".

nur von dem guten Einverständnisse mit Preußen die Förderung ihrer Pläne und fürchtete die Stärkung der klerikalen Partei durch den Einfluß Frankreichs. Der König selbst aber freute sich auf einen großen Krieg an der Seite der französischen Armee und war der zuversichtlichen Hoffnung, daß während dessen voraussichtlich bei längerer Dauer der Augenblick zur Ueberrumpelung Roms kommen werde. Der Minister Menabrea, der selbst von La Marmora beeinflußt und klerikal war, ließ sich durch das ganz unbestimmte Versprechen Napoleons befriedigen, er werde, sobald der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, die Räumung Roms vornehmen. Im Juni 1869 kam es zur Feststellung des Textes eines Bündnisvertrages, dessen entscheidende Artikel Sybel (VII. S. 95) nicht im Wortlaute, aber dem Sinne nach kennen gelernt hat. Sie sollten nichts weiter festsetzen, als daß die drei Mächte eine Defensivallianz zur Erhaltung des europäischen Friedens schließen. „Bei jeder vorkommenden Frage werde eine gemeinsame Aktion eintreten; Oesterreich behalte sich die Erklärung seiner Neutralität vor, falls Frankreich sich genötigt sähe, einen Krieg zu beginnen.“[1]) Als Italien bei der Fortsetzung der Verhandlungen die Erklärung abgab, daß es an einem Kriege sich erst nach der Räumung Roms beteiligen könne, gab Napoleon den Gedanken einer Tripelallianz auf und ließ es beim Austausch von Schreiben mit den Souveränen von Oesterreich und Italien bewenden, in denen nur das Versprechen enthalten war, ohne Vorwissen der beiden anderen kein Bündnis mit einer dritten Macht eingehen zu wollen.

Indessen hatte der Volkskaiser nicht versäumt, auch im Innern Vorbereitungen für eine energischere äußere Politik zu treffen; er machte einige Zugeständnisse an die gemäßigten Liberalen durch die Anerkennung der Ministerverantwortlichkeit und nahm einige Vertreter der konstitutionell gesinnten Partei in sein Ministerium auf, aus dem Rouher, der Freund absoluter Diktatur, ausscheiden mußte. Gleichzeitig war an der Reorganisation der Armee gearbeitet und nach dem vom Marschall Niel entworfenen Plane eine Ergänzung der Linienregimenter durch eine mobile Nationalgarde eingeführt worden. Die Befreiung vom Militärdienst hörte auf, dadurch erreichte man bei der Linie eine Stärke von 400000 Mann des ersten Aufgebotes und 400000 der Reserve. Auch die mobile Nationalgarde wurde auf 400000 Mann, somit die Gesamtkriegsstärke auf 1200000 Mann berechnet. Die Zahl der Batterien wurde von 130 auf 164 gebracht, die Aufstellung von drei Armeen beschlossen und eine Mobilisierungsordnung eingeführt, mit deren Hilfe diese Armeen innerhalb neun Tagen in Elsaß-Lothringen und in einer später zu bestimmenden Reservestellung vereinigt werden sollten. Die Reform war aber noch lange nicht durchgeführt, als ihr Schöpfer, der energische Niel, starb; sein Nachfolger Leboeuf entfaltete bei weitem nicht die Energie, die zur Lösung einer so großen Aufgabe erforderlich ist. Zu Ende des Jahres 1869 glaubte Napoleon der öffentlichen Meinung durch die Einsetzung eines durchaus konstitutionell gesinnten Ministeriums, dessen

[1]) Die Korrespondenz zwischen Gramont und Beust aus dem Jahre 1873 läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die österreichische Regierung sich nicht enger an die französische Politik binden wollte.

Führer Emile Ollivier wurde, noch weiter entgegenkommen zu müssen, er nahm sogar gegen den republikanischen Radikalismus eine versöhnliche Haltung ein. Er ermöglichte deren populärstem Vertreter, dem verarmten Marquis und Journalisten Henri Rochefort, dessen „Lanterne" das Kaiserreich in erfolgreichster Weise mit ätzendem Spott angriff, die Ausübung eines Deputiertenmandates, das auf ihn gefallen war, als er sich auf der Flucht in Brüssel, im Hause des Erzrevolutionärs Victor Hugo befand. Die Ermordung eines radikalen Journalisten, Victor Noir, durch den Prinzen Peter Bonaparte, wurde von den Radikalen zu einer Emeute benützt: Ollivier verstand es, sie zu unterdrücken, bevor es zu ernstem Blutvergießen gekommen war, er ließ auch Rochefort wieder verhaften, der einen Aufruf erlassen hatte mit dem berühmt gewordenen Anfange: „Ich habe die Schwachheit begangen, zu glauben, daß ein Bonaparte etwas anderes sein könnte, als ein Mörder" — und schloß: „Seit achtzehn Jahren stöhnt Frankreich unter den bluttriefenden Fäusten dieser Staatsdiebe ... Französisches Volk, findest du nicht, es wäre nun endlich genug?" Die Verfassungsrevision, die das Ministerium Ollivier durchsetzte, war aber nicht ehrlich gemeint, sie sollte das französische Volk über die wahre Gesinnung des Kaisers täuschen, der seine Herrschaft nur auf seine eigene Schlauheit begründen zu dürfen meinte; der Erfolg blieb sehr zweifelhaft. Das Plebiszit über die Verfassung (8. Mai 1870) ergab zwar 7½ Millionen Ja gegen 1½ Millionen Nein, aber in den letzteren war der Meinungsausdruck der großen Städte gegeben, deren intelligente Majoritäten dem Bonapartismus ihre Absage nicht mehr vorenthielten. In den Tuilerien hatte Ollivier ebenfalls keine feste Stellung. Der Kaiser gedachte ihn nur vorübergehend benützen zu müssen, die Kaiserin und ihre Vertrauten verachteten ihn. Ohne daß er davon Kenntnis erhielt, bildete sich dort eine Partei, die einen Krieg mit Preußen für die Befestigung der Dynastie notwendig hielt.

Napoleon war, wie es scheint, niemals im Zweifel darüber gewesen, daß Frankreichs militärische Kraft noch lange nicht auf den Standpunkt gebracht war, auf dem sie sich erfolgreich mit dem seit 1866 so wesentlich verstärkten Preußen messen könne. Aber der Aufenthalt des Erzherzogs Albrecht in Paris (März bis April 1870) erweckte den Glauben in ihm, daß Oesterreich trotz seiner kühlen Haltung bei den Bündnisverhandlungen doch den Revanchekrieg fest im Auge behalte. Der Sieger von Custoza, der einflußreichste unter allen österreichischen Erzherzogen, vom Kaiser Franz Joseph gewürdigt und verehrt, sein berufener Heerführer und militärischer Berater, ließ sich auf das genaueste über die Schlagfertigkeit der französischen Armee unterrichten und benützte die gewonnenen Kenntnisse zur Ausarbeitung eines Operationsplanes für einen gemeinsamen Feldzug beider Reiche gegen Preußen. In ihm lebte vom Vater her die deutsche Tradition seines Hauses besonders mächtig fort, er glaubte das Habsburgische Kaisertum mit Frankreichs Hilfe gegen Hohenzollern erkämpfen zu sollen. Wir wissen durch die Mitteilungen der Generale Jarras und Lebrun, was er von Frankreich erwartete. Napoleon hat in einer Konferenz, die er am 19. Mai mit dem Kriegsminister Leboeuf, mit den Generalen Lebrun, Jarras und Frossard abhielt, die Ansichten des Erzherzogs entwickelt. Eine verbündete Armee von 100000 Franzosen, 100000 Italienern und 100000 Oesterreichern

sollte in Süddeutschland versammelt werden, 40 000 Italiener würden München besetzen,[1]) der Rest in die Linie Würzburg—Amberg aufmarschieren, um nach dem Muster des Feldzuges von 1806 nach Thüringen vorzubrechen und vielleicht bei Leipzig die Hauptschlacht zu liefern. „Auf Grund dieser ersten Dispositionen könnte man sich," meinte nach Lebruns Aufzeichnung der Erzherzog, „der Hoffnung hingeben, daß gleich von vornherein ein Keil zwischen die Armeen Preußens einerseits und die Heere Bayerns, Württembergs und Badens andererseits getrieben oder doch zum mindesten die Mobilmachung dieser drei Staaten in erheblicher Weise insofern gestört, beziehungsweise verzögert würde, als man ihnen einen vielleicht nicht unerwünschten Vorwand gab, sich in der Bereitstellung ihrer Truppen nicht zu übereilen." Die französische Hauptarmee hatte sich gleichzeitig an der Saar und im Unterelsaß zu sammeln, eine zweite österreichische mußte zwischen Eger und Pilsen, eine dritte zur Deckung Wiens (etwa in Mähren) aufgestellt werden. Der Erzherzog knüpfte an die Annahme dieses Planes, dessen Vorteile sofort anerkannt wurden, nur die sehr bedenkliche Bedingung, daß Frankreich für sich allein den Krieg erklären und beginnen, Oesterreich und Italien damit aber erst nach Vollendung ihrer Mobilmachung folgen sollten, die mindestens vier Wochen länger dauern würde als die französische, die mit 14—15 Tagen berechnet wurde. Nur Leboeuf und Frossard stimmten mit dem Kaiser überein, daß man unter diesen Bedingungen den Krieg beginnen könne. Jarras und Lebrun erklärten dem Kaiser sofort, daß die gleichzeitige Kriegserklärung aller drei Mächte verlangt werden müsse. Jarras behauptet, sie hätten die bestimmtesten Nachrichten gehabt, daß die Armee des Norddeutschen Bundes eine Stärke von 900 000 Mann erreichen und in elf Tagen an der Saar aufgestellt sein könne. Dieser Uebermacht dürfte sich die französische Armee, die höchstens auf 600 000 Mann gebracht werden könne, nicht auf

[1]) So will Lebrun im Kriegsrat gehört haben, Jarras weiß nur von einer österreichischen Hauptarmee, die in Böhmen aufgestellt werden soll. In dem Anhange zu seinem offiziellen Berichte, den der General dem Erzherzog Albrecht zuschreibt, werden drei Projekte unterschieden: I. 350 000 Franzosen an der Saar, Vorstoß gegen Mainz und Germersheim. Armee des Zentrums, 100 000 Italiener, 160 000 Franzosen, 100 000 Oesterreicher bei Memmingen, Vormarsch nach Würzburg. Dritte Armee: Oesterreicher, Olmütz-Böhmen, Hauptmacht dringt in Baiern ein. II. (In den letzten Tagen in Wien vereinbart.) Französische Armee: ein Drittel an der Saar, zwei Drittel marschieren über Stuttgart nach Nürnberg (sechs Wochen nach dem Mobilmachungsbefehl). Oesterreichische Armee konzentriert sich in Böhmen, 1 Armeecorps in Pilsen, 1 bei Olmütz: Anschluß an die französische bei Eger oder Regensburg, Vormarsch aus Baiern und Böhmen nach Sachsen. „Fallen die Preußen in Böhmen ein, bevor die kombinierte Bewegung beider Heere ihren Anfang genommen hat, so muß die österreichische Armee jeder entscheidenden Schlacht aus dem Wege gehen und Maßregeln ergreifen, daß sie nicht die Fühlung mit der großen französischen Armee verliert..." Italienische Armee, bei Verona und Udine konzentriert, wartet, bis sie die österreichischen Eisenbahnen benützen kann, um nach Regensburg vorzugehen. III. Oesterreicher, konzentriert in Böhmen und Mähren, operieren selbständig gegen Berlin. Französische drei Wochen früher in Rheinpfalz und Moselthal, Rheinübergang bei Mannheim, Vormarsch in Süddeutschland von der 7. Mobilisierungswoche an. Fühlung mit der italienischen Armee, die sich am Inn sammelt und die Baiern schlägt. Direktion: Thüringen-Magdeburg. „Wohl verstanden," schließt Lebrun den Bericht, „kann Oesterreich sich nur für das zweite Projekt entscheiden."

sechs Wochen aussetzen.[1]) General Lebrun wurde nach Wien gesendet, um in weiteren Unterhandlungen mit dem Erzherzoge diesem „die Forderung der gleichzeitigen Mobilmachung als eine conditio sine qua non hinzustellen". Vom 7. bis 14. Juni wurde in Wien fast täglich konferiert. Erzherzog Albrecht wollte zwar darauf eingehen, daß Oesterreich und Italien mit der Mobilmachung an dem gleichen Tage wie Frankreich beginnen, aber vorerst nur mit dem Hinweise auf die Wahrung ihrer Neutralität. Erst wenn sie, wie er berechnete, in 42 Tagen mit dem Aufmarsche zu stande gekommen seien, „könnten die beiden Staaten die Maske abwerfen und die Vereinigung ihrer Armeen mit der französischen bewerkstelligen".

Am 14. Juni wurde Lebrun in Laxenburg durch den Erzherzog Albrecht dem Kaiser Franz Joseph vorgestellt. Dieser betonte seine Verantwortlichkeit seinen Völkern gegenüber. Wenn seine Kriegserklärung an einem und demselben Tage wie die Frankreichs erfolge, so ließe er sich in einen Kampf ein, „dessen zugestandener Zweck einzig und allein die Niederhaltung des unersättlichen Ehrgeizes Preußens sei. Er gebrauche mehr als dies; seine Völker müßten die Ueberzeugung gewinnen, daß er zum Kriege gezwungen sei, und das würde erst an dem Tage der Fall sein, an dem der Kaiser Napoleon eine französische Armee in das Herz der süddeutschen Staaten vormarschieren lasse und sich zum Beschützer dieser Staaten gegenüber den Anmaßungen Preußens aufwerfen würde".[2]) Der Kaiser ging in seinen Zusagen lange nicht so weit, als sein kriegerischer Oheim angedeutet hatte, indem sein Eintritt in den Krieg mehr zu Gunsten Süddeutschlands als zur Bethätigung eines Bündnisses mit Frankreich stattgefunden hätte.

Lebruns Bericht, ausgestattet mit den ausführlichen Erörterungen des Erzherzogs Albrecht über die einzelnen Abschnitte des beiderseitigen Aufmarsches und zahlreichen statistischen Nachweisen, konnte Napoleon nicht darüber täuschen, daß es noch schwieriger diplomatischer Vorbereitungen bedürfe, um Oesterreich die Teilnahme am Kriege zu ermöglichen, und daß diese überhaupt erst dann zu erwarten sei, wenn der Aufmarsch einer achtunggebietenden französischen Armee vollzogen sei. Trotzdem hat er sich, wenige Tage nachdem Lebrun ihn über das Ergebnis seiner Wiener Reise vollkommen aufgeklärt hatte, zu jenem Kriege treiben lassen, der ihm und seiner Familie den Thron von Frankreich gekostet hat.

---

[1]) L'Autriche, ajoutait-on, se proposant de n'entrer en ligne que six semaines après la France, c'était presque de sa part renoncer à paraître sur le champs de bataille, car pendant ce temps la fortune aurait prononcé son arrêt et, s'il nous était favorable. elle n'aurait qu'à prendre part aux négociations de la paix, par lesquelles ses intérêts attiendraient une satisfaction disproportionnée avec ses actes. Mais elle saurait se séparer de nous en temps utile si le sort des armes nous était contraire" (Jarras, p. 46).

[2]) In dem „Bericht an den Kaiser" gibt Lebrun der entscheidenden Aeußerung des Kaisers Franz Joseph folgende Fassung: „Sollte der Kaiser Napoleon, in der Zwangslage den Krieg annehmen oder erklären zu müssen, sich entschließen können, nicht als Feind, wohl aber als Befreier in Süddeutschland einzurücken, so würde ich meinerseits keinen Anstand nehmen, zu erklären, daß seine Sache auch die meine ist. In den Augen meiner Völker würde ich dann nichts Besseres thun können, als meine Armeen mit den französischen zu vereinigen."

Veranlassung dazu war die spanische Thronkandidatur der katholischen Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen. Königin Isabella hatte am 30. September 1868 die Flucht ergreifen müssen, nachdem ihre Regierung unter Gonzales Bravo sich eben aller gefährlichen Gegner durch Gefangennahme und Verbannung entledigt zu haben geglaubt hatte und im Begriffe gestanden war, mit Kaiser Napoleon in nähere Verbindung zu treten. Spanische Truppen sollten die französischen in Rom ablösen, Frankreich dafür Spanien gegen ein befürchtetes orleanistisches Königtum unter dem Herzog von Montpensier, Isabellas Schwager, in Schutz nehmen. Die verbannten Generale, geführt von Marschall Prim und Admiral Topete, waren jedoch in Cadiz gelandet, hatten Bürger und Militär rasch für sich gewonnen, die königlichen Truppen bei Alcolea geschlagen und eine provisorische Regierung gebildet, an deren Spitze am 8. Oktober Marschall Serrano trat. Die konstituierenden Cortes erklärten sich am 21. Mai 1869 mit 214 gegen 71 Stimmen für die Einführung eines konstitutionellen Königtums, worauf es Sache der Regentschaft war, einen neuen Träger der spanischen Krone zu suchen. Die Vereinigung mit Portugal wurde von den Portugiesen abgelehnt; das Haus Savoyen zeigte sich anfangs nicht abgeneigt, die Kandidatur für den Herzog von Aosta oder den Herzog von Genua anzunehmen; Viktor Emanuel lehnte jedoch, als er die Situation der spanischen Königsmacher gegenüber den republikanischen und orleanistischen Bestrebungen für gefährdet ansah, am 31. Dezember 1869 entschieden ab. Schon während dieser Verhandlungen hatte der liberale Parteiführer Salazar auf den Prinzen Leopold von Hohenzollern hingewiesen, der mit der portugiesischen Königsfamilie und den meisten europäischen Regentenhäusern verwandt, Bruder des gewählten Fürsten von Rumänien, ein guter Katholik aber nicht ultramontan war und einem selbständigen Zweige jener Dynastie angehörte, die an der Spitze der deutschen Staaten stand. Salazar hatte bereits mit Leopolds Vater, dem Fürsten Anton, verhandelt und von diesem die Auskunft erhalten, er könne keine Erklärung abgeben, bevor nicht Kaiser Napoleon und König Wilhelm ihre Zustimmung zur Kandidatur seines Sohnes gegeben hätten. Napoleon, obwohl selbst in verwandtschaftlichen Beziehungen mit den katholischen Hohenzollern, hielt sie jedoch aus nationalen Rücksichten für unannehmbar, er hätte, so scheint es, noch eher den Herzog von Montpensier auf dem spanischen Throne sehen wollen. Graf Benedetti hatte über die Angelegenheit mit Bismarck gesprochen, von diesem auch vernommen, daß der König bei der Unsicherheit der spanischen Verhältnisse dem Prinzen kaum raten werde, diese Krone anzunehmen, die gewünschte Erklärung, daß der König unter allen Umständen dem Prinzen die Ablehnung befehlen werde, jedoch nicht erhalten. Im Beginne des Jahres 1870 gewann Salazar auch die Marschälle Prim und Serrano für seine Ansicht, daß der Hohenzoller der beste und der einzige Kandidat sei, den man gegen Montpensier aufrecht halten könne; er erschien im März in Berlin und machte nun bestimmte Anträge. Diesmal wurde nicht nur vom Prinzen Leopold, sondern auch von seinem Bruder Friedrich gesprochen. Bismarck hatte sich mittlerweile für die Annahme der Kandidatur entschieden. Er diktierte Herrn v. Keudell eine Denkschrift, in der er die Gründe, die dafür sprachen, kurz zusammen-

stellte [1]). Sie waren politischer, handelspolitischer und moralischer Natur. „In den Spaniern," bemerkte der Kanzler, „könne sich ein Gefühl der Dankbarkeit gegen Deutschland regen, wenn man sie aus den anarchischen Zuständen reißt, denen sie entgegenzugehen fürchten. Für die Beziehungen zu Frankreich würde es von Nutzen sein, jenseits Frankreich ein Land zu haben, auf dessen Sympathien wir rechnen könnten und mit dessen Empfindungen Frankreich zu rechnen genötigt wäre." Er hält es für wahrscheinlich, daß dann im Falle eines Krieges ein französisches Armeecorps an der Pyrenäengrenze zurückgelassen werden müßte. „Die Friedensliebe Frankreichs gegen Deutschland wird immer im Verhältnis zu den Gefahren des Krieges wachsen oder abnehmen."

Trotzdem bei einem am 15. März vom Fürsten Anton veranstalteten Diner außer Bismarck auch die anderen dazugezogenen Ratgeber Roon, Moltke, Schweinitz, Thile und Delbrück die Annahme der spanischen Krone für eine preußische, patriotische Pflichterfüllung erklärten, lehnten die Hohenzollernschen Prinzen dennoch ab. Aber weder Bismarck noch Marschall Prim, dem dieser Entschluß telegraphisch mitgeteilt wurde, nahmen ihn als einen endgültigen auf. Bismarck sandte Lothar Bucher und den Major v. Versen nach Spanien, „um dort die Lage zu studieren" [2]). Ihre Berichte lauteten nicht ungünstig, die Wahl eines Hohenzollern war gesichert. Um darüber keinen Zweifel aufkommen zu lassen, setzte Prim bei den Cortes den Beschluß durch, daß der Thronkandidat die absolute Mehrheit aller Stimmen, auch der nicht anwesenden Abgeordneten, erhalten müsse. Ueber diese Zahl verfügte nur die Regierung. Sie wollte nun aber auch die Frage zu Ende bringen, denn sie sah voraus, daß noch längere Verzögerung der Entscheidung die monarchische Partei schwächen müsse. Salazar reiste deshalb mit dem amtlichen Auftrage der provisorischen Regierung nach Sigmaringen ab, um dem Erbprinzen nochmals die Krone anzubieten. Er nahm sie am 20. Juni an, nachdem er seinen Entschluß schon am 4. Juni dem Könige von Preußen mitgeteilt hatte und von dessen Einverständnis unterrichtet worden war [3]). Bismarck hat auf diese Entscheidung keinen unmittelbaren Einfluß mehr nehmen können, er brauchte seit 8. Juni eine Karlsbader Kur in Varzin und hielt sich von den Geschäften möglichst entfernt. Daß er für die Annahme der Kandidatur sich aber schon früher wärmstens eingesetzt hatte, wußten die Sigmaringer Hohenzollern ganz genau [4]).

---

[1]) v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 430 u. f.

[2]) Die wichtigsten Nachrichten über den Verlauf der Kandidatur enthält das Tagebuch Karls von Rumänien, in das auch die Briefe des Fürsten Anton eingeschaltet sind.

[3]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien" II. Bd. S. 93.

[4]) Ottokar Lorenz („Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs") glaubt, daß Bismarck durch den Major v. Versen auf die Sigmaringer eingewirkt und den Wandel in der Gesinnung des fürstlichen Hauses hervorgebracht habe. Er legt der Mission Bucher-Versen in Spanien eine große Bedeutung bei, findet, daß die Franzosen durch sie am meisten aufgeregt wurden; Beweise dafür sind nicht beigebracht. Bei Lorenz findet der Aufenthalt des Kanzlers in Varzin die gleiche Auslegung wie bei Klein-Hattingen, der ihn dort „hinter dem Busche" zaubern läßt. Der Brief des Kronprinzen an Bismarck vom 30. Mai (Bismarck Jahrb. IV) scheint mir die Lorenzschen Mutmaßungen auszuschließen; ich kann mich auch zu der Ansicht von Erich Marcks („Kaiser Wilhelm"): „Daß in diesem Schlußakte des längst betriebenen Unternehmens Bismarck

Die französischen Politiker und Geschichtschreiber erklären, dem Beispiele des Duc de Gramont folgend, die Hohenzollernsche Kandidatur für eine Intrigue Bismarcks, um den Krieg mit Frankreich hervorzurufen. Von den besteingeweihten Deutschen haben Sybel und Keudell widersprochen. Das Zeugnis des letzteren ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil er am 6. Juli zum Kanzler nach Varzin gekommen ist und den Eindruck beobachtet hat, den die später zu erwähnende Drohrede des Duc de Gramont auf ihn hervorgerufen hat. Herr v. Keudell ist überzeugt, daß Bismarck nicht vorausgesehen hat, die Hohenzollernsche Kandidatur werde Napoleon zum Kriege nötigen. „Bei Bismarcks Denkweise," führt er aus, „war es absolut ausgeschlossen, einen großen Krieg — und zwar nach seiner damaligen Auffassung, den ersten einer Reihe von Rassenkriegen — herbeiführen zu wollen, um vielleicht einige Jahre früher die Frucht des Eintritts der Süddeutschen in den Nordbund zu pflücken, eine Frucht, deren natürliches Heranreifen geduldig und gern abzuwarten, er oft genug erklärt hat. Einen solchen willkürlichen Eingriff in die Geschicke zweier großen Völker würde er für ein vor Gott nicht zu verantwortendes Verbrechen gehalten haben." Andere deutsche Publizisten, vor allem Hans Delbrück[1]), sprechen sich mit Entschiedenheit dahin aus, daß Bismarck die Wirkung der Hohenzollernschen Kandidatur in Frankreich ganz gut vorausgesehen und daß er den daraus entspringenden Krieg von vorneherein nicht gescheut habe. Seine Begünstigung der Kandidatur des Erbprinzen Leopold sei ein berechtigter Gegenzug gegen die Zettelungen Napoleons mit Oesterreich gewesen.

Die Berechtigung der preußischen Politik, dem Angriffe der Tripelallianz zuvorzukommen, wird man unvoreingenommenen Beurteilern dieser Ereignisse nicht mehr zu beweisen nötig haben. Selbst wenn der Kanzler des Norddeutschen Bundes die spanische Thronfrage künstlich verwendet hätte, um Napoleon zum Kriege zu zwingen, bevor er mit seinem Bündnisapparate fertig geworden war, so hätte eine vernünftige Moral dagegen nichts einzuwenden, die zünftigen Diplomaten aber müßten der Meisterschaft des unzünftigen Junkers ganz besondere Anerkennung zollen. Bismarck hat vor dem 8. Juli 1870 von den strategischen Studien über deutsche Schlachtfelder, die in Paris und Wien so eifrig betrieben wurden, jedoch kaum etwas gewußt, er hat keinen Anlaß gehabt, eine rein dynastische Angelegenheit zum Kriegsvorwande aufzubauschen, nachdem er es verschmäht hatte, die gewiß viel dankbarere Luxemburger Frage zu nationalen Zwecken auszunützen. Es war nicht vorauszusehen, daß Napoleon, der sich schon wiederholt vor vollendeten Thatsachen zurückgezogen hatte, aus der Hohenzollernschen Kandidatur den Kriegsfall machen werde, die ihm unbedingt weniger gefährlich war, als die Republik oder eine Orleans-Monarchie in Spanien.

---

leitend hinter allem gestanden hat, unterliegt schwerlich einem Zweifel" nach der dermaligen Aktenlage nicht bekennen.

[1]) „Das Geheimnis der Napoleonischen Politik im Jahre 1870" zuerst in den Preuß. Jahrb. 1890, Oktober, dann wesentlich verändert in den „Erinnerungen, Aufsätzen und Reden" (1902). Uebereinstimmend mit ihm äußerten sich Conft. Rößler, Erich Brandenburg (Münchener Allg. Ztg. 1895, Beil. 34, 35) und Walter Schultze („Die Thronkandidatur Hohenzollern und Graf Bismarck". Festschr. f. Dümmler, 1902).

Erst die Empfindlichkeit der Franzosen, das hochmütige Auffahren der Kammer hat den Kriegsfall geschaffen.

Der Duc de Gramont, der seit dem Frühjahr das Ministerium des Aeußern im Ministerium Ollivier leitete, wurde am 3. Juli durch den französischen Gesandten in Madrid von der folgenschweren Wendung in der Thronfrage verständigt. Obwohl der frühere Botschafter auf seinem Wiener Posten Gelegenheit gehabt hätte, sich von den Beziehungen der europäischen Mächte ein klares Bild zu machen, bewegte sich sein politisches Denken doch in sehr engen Grenzen. Die nationale Eitelkeit beherrschte seinen sehr mäßig entwickelten Verstand. Er beurteilte den Grafen Bismarck nach Beustscher Anleitung und mit der kritischen Schärfe jener Wiener aristokratischen Witzbolde und Ministerialeckensteher, die sich in der Erfindung geistloser Schimpfnamen für den deutschen Kanzler überboten. Die Hohenzollernsche Kandidatur war eine „Intrigue" Bismarcks, ein neuer Beweis der unerträglichen Ueberhebung der Preußen, eine Beleidigung Frankreichs. Graf Benedetti war auf Urlaub, der Geschäftsträger Le Sourd in Berlin wurde beauftragt, sofort bei der preußischen Regierung Aufklärung zu verlangen, Herr v. Thile erklärte in Bismarcks Abwesenheit, die spanische Thronaffäre bestehe für die preußische Regierung nicht, sie wisse nichts davon. Dies beruhigte Gramont nicht, er wurde durch die Nachricht, daß die spanischen Cortes für den 20. Juli zur Königswahl einberufen seien, in erhöhte Aufregung versetzt, regte durch inspirierte Artikel die Presse auf und beförderte im Publikum die Auffassung, daß das Haus Hohenzollern die Stellung Habsburgs unter Karl V. anstrebe, Frankreich zu umklammern, seinen Einfluß auch dort zu untergraben suche, wo er seit Jahrhunderten begründet gewesen war. In der Beantwortung einer Interpellation wiederholte er am 6. Juli die herausfordernden Phrasen, die man seit drei Tagen in den Leitartikeln der Pariser Blätter aller Parteien gelesen hatte. „Die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes verpflichtet uns nicht, zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu unserem Schaden das bestehende Gleichgewicht Europas stört und Frankreichs Interessen und Ehre verletzt. Dieses Ereignis, wir hoffen es fest, wird sich nicht vollziehen. Um es zu verhindern, rechnen wir auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volks. Sollte es anders geschehen, so würden wir stark durch Ihre Unterstützung und die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen!" Der diese aufreizende Rede begleitende Beifall ward zu einer leidenschaftlichen Demonstration der Kammer gegen Preußen, sie setzte sich auf der Straße fort und stachelte die Pariser Presse zu verstärkten Angriffen, Verurteilungen und Verhöhnungen König Wilhelms und Bismarcks auf. Schon wurde das Verlangen nach Garantien gegen ähnliche Anmaßungen Preußens laut.

Kaiser Napoleon, seit dem 2. Juli von Anfällen einer schmerzhaften Blasenkrankheit ermüdet und widerstandslos, besaß nicht die Energie, seinen von der öffentlichen Meinung zu unüberlegten Schritten gedrängten Minister von der Fortsetzung seines Angriffs gegen Preußen abzuhalten. Der drohende Schluß der am 6. gehaltenen Rede war, wie Leboeuf später ausgesagt hat, nicht vom

Ministerrate gutgeheißen worden, der eitle Diplomat, der sich zum erstenmal von ganz Paris bewundert und beklatscht sah, torkelte auf dem Wege fort, auf dem er Frankreich, das triumphieren zu können vermeinte, ins Verderben riß. Am 7. Juli beauftragte er Le Sourd in Berlin, von der preußischen Regierung den Widerruf der Beleidigung zu verlangen, die in der Aufstellung der Kandidatur ohne Einverständnis Frankreichs gelegen sei, und sandte Benedetti, der sich in Wildbad befand, nach Ems, um unmittelbar mit dem König zu verhandeln. Dabei hat er schon die Kriegserklärung im Auge. König Wilhelm müsse dem Prinzen Leopold befehlen, seine Kandidatur zurückzuziehen. „Im Fall einer unbefriedigenden Antwort müssen wir dem Gegner zuvorkommen und folglich übermorgen die Truppenbewegungen beginnen." Der Kaiser dachte noch nicht so weit, er ersuchte den König der Belgier, dem Prinzen Leopold den Rücktritt nahezulegen, um den Frieden aufrecht zu halten. König Viktor Emanuel erbot sich, die Kandidatur seines Sohnes Amadeo neuerdings in Erwägung zu ziehen, um der spanischen Regierung den Verzicht auf den Hohenzollern zu erleichtern.

In der ersten Unterredung, die König Wilhelm am 9. Juli in Ems dem französischen Botschafter gewährte, versicherte er diesen, daß er die Entschließung des Erbprinzen nicht veranlaßt und daß er ihm in dieser Sache keine Befehle zu erteilen habe. Er werde es aber gutheißen, wenn der Prinz, der eben eine Reise in der Schweiz machte, sich für den Rücktritt entscheide. König Wilhelm hatte seinen Gesandten Werther von Paris nach Ems kommen lassen, um genaue Informationen über die dortige Lage zu erhalten. Werther kehrte am 11. nach Paris zurück. Während seiner Anwesenheit in Ems erhielt Benedetti von Gramont neue Aufforderungen, einen entscheidenden Schritt vom König zu verlangen. „Es kommt uns nicht so sehr auf die Entsagung des Prinzen als darauf an, daß der König sie befiehlt." Geht er nicht darauf ein, dann werden sofort 300 000 Mann Reserve einberufen. Benedetti setzte sein Drängen um Entscheidung in verbindlicher Form am 10. bei einer Begegnung auf der Straße, am 11. bei einer zweiten Audienz dem Könige gegenüber fort. Wilhelm zeigte zwar etwas Ungeduld über das außergewöhnliche Vorgehen des Botschafters, blieb aber bei dem ruhigen Hinweise, daß die Entscheidung aus Sigmaringen kommen müsse. Gerade dies aber suchte Gramont zu verschleiern, er verlangte neuerdings von Benedetti, er müsse ihm eine Erklärung des Königs verschaffen, aus der sich ein demütiger Rückzug Preußens vor der Forderung des beleidigten Frankreichs ableiten lasse.[1])

Fürst Anton von Hohenzollern, des Erbprinzen Vater, erhielt in Sigmaringen vom spanischen Gesandten in Paris, vom Vertrauensmanne seines

[1]) Ueber den Verkehr des Königs mit Benedetti berichtet dieser sehr wahrheitsgetreu. Ihre Ergänzung erfahren seine Aeußerungen durch die Briefe König Wilhelms an Königin Augusta 5. Juli 1870 bis 16. März 1871. Es geht aus ihnen hervor, daß die Königin ihren Gatten zur Nachgiebigkeit zu bestimmen gesucht hat. Dieser erwidert: „Vielleicht läßt sich noch eine Vermittelung auffinden, aber nur eine, die nicht meine persönliche und die Ehre der Nation tangiert." Was Lorenz (a. a. O. S. 263) über den Wert dieses Briefwechsels äußert, leidet jedoch an tendenziöser Uebertreibung.

Sohnes in Rumänien, Stratt, und von anderen ihm nahestehenden Höfen Rat und Bitte, den drohenden Krieg durch den Rücktritt des Prinzen Leopold zu verhindern. Dazu war er sofort bereit, am 12. Juli vormittags gingen die betreffenden Telegramme an den Marschall Prim und an Olozaga in Paris ab. Nachmittags war ihr Inhalt überall bekannt. Napoleon und Ollivier waren davon befriedigt und erkannten darin die Grundlage des Friedens, in der Kammer aber forderte die Opposition stürmischer denn je Genugthuung für die Frankreich durch Preußen angethane Beleidigung. Clement Duvernois interpellierte das Ministerium, worin die Garantien bestehen, um eine Wiederholung der Verwickelung mit Preußen zu verhüten. Gramont, der zuerst dem preußischen Gesandten Baron Werther den Entwurf eines Entschuldigungsschreibens des Königs an Napoleon vorgelegt hatte, holte sich in einer mehrstündigen Audienz vom Kaiser Napoleon die Ermächtigung für den Auftrag an Benedetti, er solle vom König von Preußen nicht nur die ausdrückliche Zustimmung zur Entsagung des Prinzen, sondern auch die Zusage verlangen, daß er auch späterhin seine Zustimmung zu dessen Kandidatur nicht geben werde. Napoleon hatte ursprünglich die Bedingung der höflichen Form gemacht, nach weiteren Besprechungen mit seiner Umgebung, in denen die Kaiserin besonders hervorgetreten zu sein scheint, richtete er um zehn Uhr nachts ein Schreiben an Gramont, in dem er dessen Anschauung beipflichtet, es sei von König Wilhelm eine „kategorische" Antwort zu fordern. Auch Ollivier war für Gramonts fortgesetzt aggressive Politik gewonnen, die dieser nun trotz der Warnungen des englischen Botschafters Lord Lyons noch in der Nacht vom 12. auf den 13. in Szene setzte. Er ließ den König von Preußen vor die Alternative einer Demütigung oder des Krieges stellen. Es geschah im vollen Einklange mit dem politisch mündigen Frankreich. Niemand dachte mehr an die Frage, ob man für den Krieg vorbereitet sei, ob man Verbündete habe; mit einem Schlage trat der lange angesammelte Grimm der Franzosen über die Erfolge Preußens, der Neid wegen Sadowa, der Haß gegen Bismarck, der nicht so lächerlich war, als ihre Witzbolde anzunehmen beliebten, in leidenschaftlicher Aufwallung zu Tage, das ganze Volk verlangte die Erniedrigung der mächtig gewordenen Deutschen, es verlangte den Sieges- und Rachezug nach Berlin. Und deshalb hat ganz Frankreich die Verantwortung für die folgende Kriegserklärung zu tragen. Napoleon III. trifft nur der Vorwurf, daß er die Regierung aus den Händen verloren hatte und sich selbst, wie den bornierten Gramont, von der fanatisierten Menge mitreißen ließ.

Gegen Henri Rocheforts Behauptung,[1]) der Krieg sei unpopulär gewesen, sprechen vor allem die französischen Zeitungen, sprechen die Szenen im Palais Bourbon und auf den Straßen. Jenes Frankreich, das sich öffentlich äußert, war kriegslustig; das andere, das durch Rochefort und seine „Marseillaise" erst zur Herrschaft gebracht werden sollte, war stumm; das Murren, von dem er in seinem Gefängnisse gehört haben will, hat die Welt nicht vernommen. Die soliden Geschäftsleute, die Herrn Thiers gegenüber das Bedauern über den Ausbruch des Krieges ausgedrückt haben sollen, hätten dies auch anderswo thun

---

[1]) Henri Rochefort, Aventures de ma vie.

müssen, damit auch das nicht kriegerische Frankreich in die Politik eingegriffen hätte. Niemand weiß von ernstlichen Bemühungen eines nennenswerten Teils der Franzosen um den Frieden zu berichten. Würde es deren gegeben haben, so hätten die Ratschläge, die noch am 13. Juli vormittags von englischer und österreichischer Seite im Kabinette Gramonts einliefen, nicht wirkungslos bleiben können. Beust hat am 11. Juli in einer zur Mitteilung an Gramont bestimmten Depesche an den Fürsten Metternich deutlich ausgesprochen, daß die Art, wie man in Paris den Streit vom Zaun zu brechen beginnt, ein ernster Grund für Oesterreich sei, aus einer gewissen Reserve nicht herauszutreten. Es werde seine Verflichtungen (Engagements) einhalten, aber sich nicht ohne sichtbaren Grund in die Kriegsfrage stürzen lassen. Es scheint nicht, daß Gramont von diesen Ermahnungen Beusts in dem Conseil Gebrauch gemacht habe, der am 13. vormittags in den Tuilerien abgehalten wurde. In diesem zog Leboeuf bereits die Konsequenzen des Auftrages an Benedetti, er verlangte als Kriegsminister die sofortige Einberufung der Reserven der Linientruppen.

An dem Morgen des 13. Juli kam Graf Benedetti in Ems den Aufträgen nach, die er im Laufe der Nacht von seinem Minister erhalten hatte. Er that es mit innerem Widerstreben, aber mit dem Pflichtgefühle des Beamten. Während er einen Herrn des Gefolges suchte, durch den er sich eine Audienz erbitten könnte, traf er den König selbst beim Musikpavillon im Kurpark. Dieser trat auf ihn zu und zeigte ihm das Extrablatt der Kölnischen Zeitung, das den Rücktritt des Erbprinzen von Hohenzollern von der spanischen Kandidatur meldete, und meinte in bester Laune, nun seien die Sorgen und Mühen des Grafen beendet. Benedetti brachte darauf das Garantieverlangen der französischen Regierung vor. König Wilhelm lehnte, sichtlich unangenehm überrascht, das Eingehen auf diese Frage ab, bis er selbst Nachrichten aus Sigmaringen erhalten habe. Benedetti ließ aber nicht ab, die Vollmacht zu einem Telegramm an seine Regierung zu erbitten, das die Bereitwilligkeit des Königs ausdrücke, auch für die Zukunft das Verbot einer Hohenzollernschen Kandidatur in Spanien aussprechen zu wollen. Wenn der König bei seiner Zustimmung nur als Familienhaupt gehandelt habe, wie versichert worden sei, so könne er, ohne politische Beeinträchtigung, den Wunsch Frankreichs erfüllen. Darauf brach der König die Unterredung mit den Worten ab: „Nein, gerade im Gegenteil, ich wiederhole, was ich Ihnen bereits gesagt habe; ich gebe Ihnen diese Vollmacht nicht, ich weise diese neue und unerwartete Forderung ein für allemal zurück.“ Er gewährte dem französischen Gesandten, auch nachdem er die Depeschen aus Paris und Sigmaringen erhalten hatte, keine Audienz mehr, sondern ließ ihm durch den Flügeladjutanten Fürsten Radziwill sagen, daß er von dem Verzichte des Erbprinzen Kenntnis erlangt habe und ihn ebenso billige, wie früher die Annahme.[1]) Um 3^{50} nachmittags ging durch den Kabinettsrat Abeken folgende Depesche an den Kanzler ab: „Seine Majestät der König schreibt mir: Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren,

---

[1]) Nach Benedettis Aufzeichnungen (Sybel).

daß ich mich für alle Zukunft verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei! Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten Karl Anton bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachrichten vom Fürsten erwarte, hat Höchstderselbe mit Rücksicht auf die obige Zumutung auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch seinen Adjutanten sagen zu lassen, daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Seine Majestät stellt E. E. anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als der Presse mitgeteilt werden sollte."[1])

Bismarck hatte, sobald er von der Ankunft Benedettis in Ems Kenntnis erhalten hatte, sich dem Könige zur Verfügung gestellt. Durch Keudell war den preußischen Geschäftsträgern die Verständigung zugegangen, „wir würden wegen der französischen Drohungen keine Händel suchen, aber uns zu wehren wissen, wenn man uns angreifen wollte".[2]) Am 11. abends erfuhr er des Königs Wunsch ihn zu sehen, am 12. war er in Berlin. Die Nachrichten aus Ems regten ihn auf, weil er die Verhandlungen des Königs mit Benedetti „nach den französischen Bedrohungen und Beleidigungen im Parlament und in der Presse" nicht billigte. Er glaubte, daß er den Verlauf des diplomatischen Rencontres mit Preußen nicht vertreten könne und die Leitung der preußischen Politik niederlegen müsse. Die „Gedanken und Erinnerungen" geben dafür folgende Begründung: „Der Eindruck der Verletzung des nationalen Ehrgefühls durch den aufgezwungenen Rückzug war in mir so vorherrschend, daß ich schon entschlossen war, meinen Rücktritt aus dem Dienste nach Ems zu melden. Ich hielt diese Demütigung vor Frankreich und seinen renommistischen Kundgebungen für schlimmer als die von Olmütz, zu deren Entschuldigung die gemeinsame Vorgeschichte und unser damaliger Mangel an Kriegsbereitschaft immer dienen werden. Ich nahm an, Frankreich werde die Entsagung des Prinzen als einen befriedigenden Erfolg eskomptieren in dem Gefühl, daß eine kriegerische Drohung, auch wenn sie in den Formen internationaler Beleidigung und Verhöhnung geschehen und der Kriegsvorwand gegen Preußen vom Zaune gebrochen wäre, genüge, um Preußen zum Rückzuge auch in einer gerechten Sache zu nötigen, und daß auch der Norddeutsche Bund in sich nicht das hinreichende Machtgefühl trage, um die nationale Ehre und Unabhängigkeit gegen französische Anmaßung zu schützen.

[1]) Abeken, „Ein schlichtes Leben".

[2]) v. Keudell, a. a. O. Ich bediene mich in meiner Erzählung absichtlich der Worte in den Berichten der Augenzeugen, um die Einfachheit und Durchsichtigkeit des Zusammenhanges gegenüber den Künsteleien der kritischen und unkritischen Kommentatoren festzustellen.

Ich war sehr niedergeschlagen, denn ich sah kein Mittel, den fressenden Schaden, den ich von einer schüchternen Politik für unsere nationale Stellung befürchtete, wieder gut zu machen, ohne Händel ungeschickt vom Zaune zu brechen und künstlich zu suchen. Den Krieg sah ich schon damals als eine Notwendigkeit an, der wir mit Ehren nicht mehr ausweichen konnten. Ich telegraphierte an die Meinigen nach Varzin, man solle nicht packen, nicht abreisen, ich würde in wenigen Tagen wieder dort sein. Ich glaubte nunmehr an Frieden; da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Frieden erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg, dorthin zu reisen und Seiner Majestät meine Auffassung vorzutragen."

Die Mißstimmung, ja wir wollen mit Delbrück sagen „der Zorn" des Kanzlers über den Verlauf der Angelegenheiten ist durchaus begreiflich, wenn man auch nicht annimmt, daß er mit der Förderung der Hohenzollernschen Kandidatur den Krieg mit Frankreich habe erzwingen wollen.[1]) Er hatte keinen Anlaß, ihn um jeden Preis, auch um den der Erniedrigung Preußens und Deutschlands, zu vermeiden, es drängte ihn aber auch nichts, ihn herbeizuführen. Indem er die spanische Angelegenheit betrieb, hat er das „große Verbrechen", wie Herr Liebknecht in seiner unendlichen Menschenliebe und mit Verleugnung des Begriffes nationaler Ehrenhaftigkeit die That des Kanzlers bezeichnet, nicht begangen und nicht begehen wollen; er konnte und durfte bei Napoleon nicht die „souveräne Sinnlosigkeit" voraussetzen, die Albrecht v. Roon in der Kriegsveranlassung der Franzosen erblickte.[2]) Für ihn war das Hohenzollernsche Königtum in Spanien ein Machtmittel der deutschen Politik, das aufzugeben die Deutschen keinen Grund hatten; also wollte er es angewendet wissen, damit die gallische Kriegsfurie gebändigt werde. Blieb sie ungebändigt, dann mußten sie an Blut und Eisen glauben lernen, und zwar noch früher, als Herr v. Beust seinen Revanchefeldzug mit dem Erzherzog Albrecht in Szene setzen konnte. Sollte Krieg sein, dann sofort!

Und er hat den Krieg gemacht, als die Entscheidung an ihn gelangte; er hat aus den Falten der Toga, in die sich die preußische Regierung nach den Emser Vorgängen hüllen konnte, die Kriegsfalte fallen lassen, weil er in genialer Inspiration gewußt hat, daß Deutsche und Franzosen sich doch im heißen

[1]) Dies steht namentlich bei jenem Herrn Oskar Klein-Hattingen fest, der zwei Bände „Bismarck und seine Weltgrundlagen einer psychologischen Biographie" geschrieben hat, um der Welt zu zeigen, wie er, der große Klein-Hattingen, den Fürsten Bismarck durchschaue, den er den „Vater der Verschlagenheit" oder „den fürchterlichsten Journalisten, den die Welt je gesehen hat" zu nennen beliebt. Als Beispiel seiner geistvollen psychologischen Beobachtungen möge folgende Stelle dienen: „Gewiß ist, daß er (Bismarck) bis zum 12. Juli genug wußte, um sich zu sagen: Der König hat das Programm umgeworfen! In der That, Wilhelm war ganz und gar aus der Rolle gefallen! Er hatte über die Familiensache dem Grafen Benedetti alles Wesentliche mitgeteilt, ihm, ohne seiner königlichen Würde eingedenk zu sein, eine Art Generalbeichte abgelegt. Er hatte auch bekannt, Bismarcks Rat eingeholt zu haben. Mit einer wahren Lämmleinunschuld hatte der greise Herrscher von der spanischen Sache die sie fürchterlich züchtig verhüllende Gardine der preußischen Diplomatie hinweggezogen. Was für französische Augen sichtbar wurde, war das Antlitz von Macchiavelli-Bismarck und nur dieses allein."

[2]) Roon an Blanckenburg, 30. Juli 1870. Denkwürdigkeiten II. Bd. 430.

Kampfe messen mußten, bevor sie friedlich und gleichberechtigt nebeneinander wohnen könnten, und daß die Deutschen es niemals unter glücklicheren Verhältnissen als diesmal thun würden.

Roon und Moltke saßen bei Bismarck zu Tisch, als die Depesche Abekens anlangte. Der König stellte es ihm anheim, nicht nur der diplomatischen, sondern der ganzen Welt, die in höchster Spannung die Entwickelung der Dinge in Paris und Berlin verfolgte, bekannt zu geben, was zwischen ihm und Benedetti vorgefallen war; es war keine Aufforderung, aber eine unbedingte Gutheißung der Veröffentlichung. Des Königs Kartellträger durfte sie aber in keiner anderen Form vornehmen, als in jener, die so viel als die Annahme der französischen Herausforderung bedeutete. Suchte Frankreich — denn dieses, nicht Napoleon hatte beleidigend über den Rhein gerufen — suchte es den Kampf, so sollte es ihn haben!

Bismarck gab der Emser Depesche folgende Fassung: „Nachdem die Nachrichten über die Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zuückkommen sollten. Seine Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe." Ohne Zweifel war sich der Kanzler der Wirkung wohl bewußt, die von der Veröffentlichung dieser Depesche ausgehen werde, so gut als der König, der die Entscheidung über Krieg und Frieden seinem Minister „anheimgestellt" hatte, nach des Grafen Eulenburg Erzählung die von Bismarck redigierte Emser Depesche mit den Worten bezeichnet haben soll: „Das ist der Krieg". Moltke hatte die gleiche Ueberzeugung, unmittelbar nachdem ihm und Roon die Depesche von Bismarck vorgelesen worden war, in das Scherzwort gekleidet: „Vorher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung."[1])

In wenigen Stunden erwies es sich, daß Bismarck im Sinne des deutschen Volkes entschieden hatte, das sich, wie Delbrück feststellt, den Vorrang nicht länger gefallen lassen wollte, den das französische vor ihm verlangte. „Wir Deutschen fühlten, daß wir das Recht hatten, als ebenbürtig dazustehen unter den großen Völkern der Kulturwelt. Eben deshalb verlangte unser Volk den nationalen Staat und empfand den alten deutschen Bund, der uns unser Recht nicht zu wahren vermochte, als die nationale Schande." Als alle deutschen

[1]) Es gehört zu den unpassendsten Bemerkungen in dem mehrfach erwähnten Buche von Lorenz, daß der hier erzählte Vorgang mit einer Szene aus Scribes „Ein Glas Wasser" verglichen wird. Niemand behauptet, „daß durch Auslassung von einem Dutzend Worte in der sogenannten Emser Depesche eine der größten Katastrophen verursacht worden sei"; aber man wird sich dem Eindruck nie verschließen können, daß Graf Bismarck in seiner Redaktion den Willen zur entscheidenden That ausgesprochen hat und daß damit für den König und die Nation der kräftigste Impuls gegeben war.

Stämme die französische Herausforderung annahmen, als sie der schlichten, aber doch stolzen Form zujubelten, mit der König Wilhelm die Zudringlichkeit des französischen Botschafters zurückgewiesen hatte, war das Bedürfnis politischer Gemeinsamkeit vom Nordmeer bis an die Alpen gefühlt worden; der König von Preußen hatte im Namen Deutschlands gesprochen und gehandelt. Auch die aus der tausendjährigen Gemeinschaft entlassenen Deutschen in Oesterreich fühlten sich durch ihn gehoben. Bis zu den Pußten und böhmischen Dörfern erscholl die laute Zustimmung zur That von Ems. In Berlin las man die Depesche in einem Extrablatt der Norddeutschen Allg. Ztg. noch in der Nacht vom 13. auf den 14. Juli. Sie erregte einen Freudeausbruch, wie ihn nur die Erlösung von einer drohenden Gefahr hervorrufen kann. Nicht der Krieg war die Gefahr, sondern die französische Beschimpfung, der Rückfall in die Ehr- und Wehrlosigkeit der alten Bundeszeit. Wie in Berlin, jubelten in Kassel und Göttingen die Tausende, die den König auf der Fahrt von Ems nach Berlin begrüßten, jubelten die Bundesgenossen, in Thüringen und Hamburg, in Mecklenburg und Sachsen. Und nicht anders im Süden. So wie in Hannover die Welfen, so mußten in Baiern die Ultramontanen, in Württemberg die Demokraten verstummen, um nicht von den Nationalgesinnten an Leib und Leben bedroht zu werden.

In Frankreich war die Volksstimmung nicht minder kriegerisch. Sie hat der Regierung das Einlenken in friedliche Bahnen unmöglich gemacht. Napoleon glaubte im Laufe des 14. Juli noch an die Möglichkeit, das beliebte Auskunftsmittel des Kongresses zur Abwendung der Gefahr, der er sich wohl bewußt war, in Anwendung bringen zu können. Gramont und Leboeuf überstimmten Ollivier, der sich lange für den Frieden bemühte. Es wurde im Ministerrat sogar das lächerliche Gerücht verbreitet, die preußische Armee befinde sich schon auf dem Marsch an den Rhein. Um Mitternacht wurde die Mobilmachung beschlossen, am nächsten Tage verlasen Gramont im Senat, Ollivier im gesetzgebenden Körper Erklärungen über den Abbruch der Beziehungen zu Preußen und dem Norddeutschen Bunde, „da weitere Versuche zu einer Aussöhnung eine Verleugnung der Würde Frankreichs und eine Unklugheit gewesen wären". Man verlangte die Aufstellung der mobilen Nationalgarde, 50 Millionen Kredit für das Heer und 16 Millionen für die Marine. Der Senat konnte sich bei der Bewilligung an Begeisterung kaum genugthun, im gesetzgebenden Körper aber mußte das Ministerium Ollivier noch einen scharfen Angriff der konstitutionellen Opposition aushalten, ehe es zur Abstimmung kam. Thiers sagte, Frankreich würde mit vollem Rechte Genugthuung von Preußen verlangen, wenn die Kandidatur in Spanien trotz des Einspruches Frankreichs nicht zurückgezogen worden wäre. Es ist aber geschehen und der König von Preußen hat sich mit der Zurückziehung einverstanden erklärt. Die Interessen Frankreichs waren gesichert, man hat aber durch Aufreizung im Lande den Krieg unvermeidlich gemacht. Trotz dieses unerschrockenen Appells an die Wahrheit fanden sich doch nur zehn Männer, darunter Arago, Jules Favre, Garnier-Pagès, Grévy, die mit Thiers und Gambetta gegen die Regierungsvorlagen stimmten. Von 245 wurden sie angenommen.

Napoleon hat, wie Sybel aus ungedruckten Memoiren berichtet, durch den

Grafen Vitzthum, der auf Beusts Befehl von Brüssel nach Paris geeilt war, den Kaiser von Oesterreich ersuchen lassen wollen, den Mächten einen Kongreßvorschlag zu unterbreiten. Gramont, der den feinfühligen sächsisch-österreichischen Diplomaten wie ein verrückter Narr anschrie, versagte seine Zustimmung zu diesem Schritte.[1]) Vitzthum brach ab und ging zum Bahnhof. Metternich, der ihn begleitete, sagte: „Es ist gut, daß Sie ihn noch gesehen haben, nun können Sie mir bezeugen, daß es verlorene Mühe wäre, einem Menschen Vernunft zu predigen, der den Kopf verloren hat und nicht mehr zurechnungsfähig ist." Es kann aber nicht bezweifelt werden, daß Napoleon und Leboeuf in den ersten Wochen nach dem Ausbruch des Kriegs die Hoffnung auf ein Eingreifen Oesterreichs nicht aufgegeben haben. General Jarras bezeugt, daß der Marschall ihm erst in Metz, nach der Schlacht von Wörth eingestanden habe, sie würden keine Alliierten haben.

Als die französische Kammer die Mobilmachung und den Kriegskredit bewilligte, rechnete sie noch mit Zuversicht darauf, daß die süddeutschen Staaten, wenn sie schon nicht sofort gemeinschaftliche Sache mit Frankreich machen könnten, doch neutral bleiben und sich später den siegreichen französischen Heeren anschließen würden. Es war die erste verblüffende Enttäuschung, als man vernehmen mußte, daß Baiern sein Heer dem Norddeutschen Bunde zur Verfügung stelle. König Wilhelm hatte die Mobilmachung der sämtlichen Bundesstreitkräfte in der Nacht nach seiner Ankunft in Berlin (15. Juli) angeordnet, nachdem ihm Berlin mit unbeschreiblichem Enthusiasmus die Zustimmung zu seiner Haltung gegen Frankreich zugerufen hatte. Schon Tags darauf folgte König Ludwig von Baiern seinem Beispiele, dem wahrhaft nationalen Aufschwung seiner Seele folgend, die im ersten Augenblicke von keiner partikularistischen Regung beeinflußt wurde. Es ist völlig gleichgültig, ob der hochsinnige Wittelsbacher mit seinem königlichen Entschlusse auch schon Gedanken an eine staatsrechtliche Neugestaltung Deutschlands und an eine einflußreiche Stellung Baierns verbunden hat; wer mag die Phantasien alle kontrollieren, die beim Hereinbrechen gewaltiger Ereignisse in kühnen und weitblickenden Köpfen entstehen? Das Verdienst Ludwigs um die deutsche Nation, um ihren Daseinskampf und um ihr Reich bleibt für alle Zeiten unverkümmert, seine Vertragstreue eine der edelsten Blüten deutscher Fürstlichkeit, ein glänzendes Vorbild für alle Zeiten. Denn des Königs That aus freier, eigener Entscheidung kam früher, als der Beschluß der Volksvertreter, unter denen noch häßlicher Eigensinn und pfäffische Verschlagenheit gegen die natürlichen Gefühle der Volksgemeinschaft kämpften. In den Verhandlungen des bairischen Landtages waren unmittelbar vor dem Konflikt mit Frankreich und noch während der Emser Tage Anträge gestellt worden, durch die man die Verträge mit Preußen gegenstandslos machen wollte. Der streitbare Baiernstamm sollte überhaupt kein stehendes Heer mehr

[1]) Die Stimmung und das Benehmen Gramonts haben in diesen Tagen stark gewechselt. Prinz Hohenlohe-Ingelfingen erzählt, der Herzog habe einem preußischen Diplomaten, der sich von ihm verabschiedete, die Hand gereicht mit den Worten: „Adieu mon cher, j'espère qu'après quelques galantes batailles nos souverains se tendront la main, comme nous nous la tendons aujourd'hui."

haben, sondern nur Milizen mit einer Dienstzeit von acht Monaten, über die der König nicht mehr allein, sondern nur mit Zustimmung des Landtags verfügen würde. Die Demokraten hatten willig mit den Ultramontanen gestimmt, um diesen Beschluß durchzubringen. Am 15. Juli vertagte der Präsident die Spezialdebatte darüber. Am 16. folgte der Mobilmachungsbefehl, am 17. huldigte München dem zurückkehrenden König durch eine großartige Demonstration, in der sich das Nationalbewußtsein der Baiern in stürmischem, fast leidenschaftlichem Durchbruch geltend machte. Nicht minder begeistert äußerte sich Nürnberg; die Landbevölkerung aber empfing mit seltenen Ausnahmen, die auf Pfaffenumtriebe zurückzuführen waren, die Kriegsnachricht mit bajuvarischer Kampfesfreude und sandte ihre Söhne jauchzend zur Fahne. Bei der Kammerdebatte über den von der Regierung verlangten Kriegskredit von 26 Millionen Gulden schwenkte der ultramontane Professor Sepp zu den Nationalen herüber mit den Worten: „Gestern konnte man noch an das Weh von 1866 denken, heute ist der Zorn gegen die Welschen bei allen deutschen Männern erwacht; wir Baiern haben an der Leipziger Schlacht nicht teilgenommen, bei der neuen Nationalschlacht wollen wir dabei sein.“ Graf Bray erklärte, daß er den casus foederis anerkenne und für die Ausführung des mit dem Norddeutschen Bunde geschlossenen Vertrages eintrete. Damit stehe und falle sein Kabinett. Der Kriegsminister Freiherr von Pranckh bewies vom Standpunkte der bairischen Partikularisten, daß das Interesse Baierns es an die Seite Preußens rufe. „Das alte tausendjährige Baiern habe große Stürme durchlebt, es werde auch diesen überdauern, fest und nicht getrennt von den anderen deutschen Staaten. Bliebe es neutral, so wäre es ganz bestimmt das Objekt, über das sich die großen Streitenden in kurzer Zeit einigten. Baiern müsse jetzt beweisen, daß es als selbständiger Staat nicht vergesse, daß es auch ein deutscher Staat sei.“ Mit 101 gegen 47 Stimmen wurde unter Jubelrufen der vor dem Landtagsgebäude harrenden Menge der Gesetzentwurf über den Kriegskredit angenommen.

Der König von Württemberg kam am 17. Juli eiligst aus dem Engadin, wo er zur Kur geweilt, nach Stuttgart zurück und erließ den Befehl zur Mobilmachung seiner Division. Auch sein Ministerium erkannte die Notwendigkeit, angesichts der sich laut äußernden nationalen Stimmung des Volks die gefährliche Sonderstellung des Königreichs aufzugeben und sich dem von Baiern gegebenen Beispiele anzuschließen. Der Kriegskredit wurde von der Kammer mit allen gegen eine Stimme angenommen; die Begründung von 38 Abgeordneten der Volkspartei, in der die Veranlassung des Krieges als Folge des Wehes von 1866 beklagt wurde, verhallte gänzlich wirkungslos. Da der Anschluß Badens selbstverständlich und ohne Erörterung des casus foederis eintrat, war nun auch ganz Schwaben am Nationalkriege beteiligt. Auch die Hessen im Großherzogtum schwankten keinen Augenblick über dies Gebot ihrer nationalen Pflicht; ihr Minister, die Bundesreliquie Dalwigk, mußte mit innerem Grimme sich zum Vollstrecker des Willens seines Fürsten und des Landes machen und nicht nur das oberhessische Kontingent, sondern die ganze Division zu den Heersäulen des Norddeutschen Bundes rücken lassen. König Wilhelm übernahm am 20. Juli den Oberbefehl über sämtliche deutsche Streit-

kräfte und kündigte den süddeutschen Souveränen gleichzeitig an, daß er seinen Sohn, den ruhmvollen Führer der II. Armee von 1866, an die Spitze ihrer Truppen stellen werde.

Am 19. Juli wurde die französische Kriegserklärung in Berlin durch Le Sourd übergeben. Der Kanzler des Norddeutschen Bundes legte sie dem bereits versammelten Reichstage vor. Es war der Todestag der Königin Luise, an deren Grabstätte im Charlottenburger Schloßgarten König Wilhelm in frommer Treue betete, während der Neffe des großen Bonaparte einen neuen Siegeszug nach Berlin ankündigen ließ. So wie im Bundesrate die Vertreter Sachsens und aller anderen Bundesstaaten schon am 16. Juli das Einverständnis ihrer Regierungen mit den Maßnahmen des Bundespräsidiums erklärt hatten, so wurde auch die von Miquel verfaßte Zustimmungsadresse des Reichstags einstimmig angenommen. „Von den Ufern des Meeres bis zu den Alpen," so schloß diese, „hat das Volk sich auf den Ruf seiner einmütig zusammenstehenden Fürsten erhoben. Kein Opfer ist ihm zu schwer. Die öffentliche Stimme der zivilisierten Welt erkennt die Gerechtigkeit unserer Sache. Befreundete Nationen sehen in unserem Siege die Befreiung von dem auch auf ihnen lastenden Drucke Bonapartistischer Herrschsucht und die Sühne des auch an ihnen verübten Unrechts. Das deutsche Volk aber wird endlich auf der behaupteten Walstatt den von allen Völkern geachteten Boden friedlicher und freier Einigung finden. Ew. Majestät und die verbündeten deutschen Regierungen sehen uns, wie unsere Brüder im Süden, bereit. Es gilt unsere Ehre und unsere Freiheit. Es gilt die Ruhe Europas und die Wohlfahrt der Völker." An demselben Tage (20. Juli) wurden 120 Millionen Thaler als außerordentlicher Kredit für die Verwaltung des Landheeres und der Marine bewilligt.

Eine Einmütigkeit sondergleichen herrschte unter den Deutschen. Sie waren insgesamt inne geworden, daß sie sich von niemandem etwas bieten zu lassen brauchten und daß sie ihrer persönlichen Ehre etwas vergeben würden, wenn sie nicht jeden Anspruch auf was immer für eine Präponderanz sofort mit dem Schwerte zurückweisen würden. So dachte Karl Blind in London, der seinen Landsleuten zurief: „Alle Deutschen zusammen! Geschlossene Front und vereinigten Widerstand! Vor allem Deutschlands Unabhängigkeit gegenüber dem fremden Angreifer! Sind wir seiner ledig, — dann mit verdoppeltem Eifer an die innere Befreiung!" In diesem Sinne schrieb der Republikaner von 1848 Arnold Ruge: „Jeder Deutsche, wer er auch sei, ist ein Verräter, der jetzt nicht zu seinem Volke steht!" und in demselben Sinne antwortete der Herzog von Nassau, der sein Land an Preußen verloren, auf das Angebot Napoleons, an der Spitze eines französischen Corps es wiederzuerobern: „Ich danke Ew. Majestät. Ich habe meine Dienste soeben dem König von Preußen angeboten." Dem warmen Gefühle der Deutsch-Oesterreicher aber entquoll das Gefühl, dem ihr Dichter Robert Hamerling Ausdruck gab:

. . . . Und wir?
Wie stand's mit uns in Deutschlands Schlachtentagen?
Neutral war Oestreichs Hand und Oestreichs Herz —
Neutral nicht ganz! Das Herz hat mitgeschlagen,
Das Herz Deutsch-Oesterreichs, das deutsche Herz!

Unversöhnliche Feinde des verjüngten Deutschland blieben nur die Welfen und der Kurfürst von Hessen. Der ehemalige König von Hannover hatte zu seiner großen Betrübnis im Frühjahre seine Legion entlassen müssen, die unglücklichen Opfer einer wahrhaft idealen Anhänglichkeit an eine in Größenwahn versunkene Dynastie lungerten hungernd in Paris und in der Schweiz umher. Bismarck, der ihre Not kannte, ließ ihnen durch Oskar Meding am 28. Juli freie Rückkehr in die Heimat und reichliche Pensionen anbieten, wenn sie sich ehrenwörtlich verpflichteten, nichts gegen Preußen zu unternehmen. Der Kanzler erzählte Meding bei einer Unterredung am 30. Juli in Berlin: „Er habe bereits einige Herren in Hannover, die er kenne und achte, arretieren lassen, um sie vor sich selbst zu retten, denn jeder, der sich in diesem Augenblick feindseliger Handlungen schuldig oder verdächtig mache, werde und müsse rettungslos der unerbittlichen Strenge des Kriegsgesetzes verfallen!" Damit war der letzte, etwa noch glimmende Funke einer revolutionären Bewegung ausgetilgt, Hannover blieb nicht nur ruhig, es hat seine Pflicht wie jede andere preußische Provinz gethan. Die „Höfe" von Hietzing und Gmunden hatten keine Söldlinge mehr gegen die verhaßten Preußen zu senden, als die französischen, englischen und österreichischen Journalisten, die sie bezahlten, und die Diplomaten beiderlei Geschlechts, mit denen sie den Revanchegedanken in die innersten Gemächer der k. k. Hofburg zu verpflanzen trachteten.

Die Gefahr, daß Oesterreich offen auf Frankreichs Seite trete und mit seiner ganzen Armee in die deutschen Länder einfalle, während deren Armeen am Rhein und in Frankreich standen, hat wahrscheinlich niemals bestanden, nachdem einmal die Haltung der süddeutschen Staaten entschieden war. „In der ersten, Napoleonischen Periode des Krieges," meint Walter Rogge, „solange Tschechen, Polen, Magyaren noch den Sieg der französischen Waffen erhofften, waren eigentlich alle Stämme der Monarchie für Neutralität: die Deutsch-Oesterreicher aus bewußter Teilnahme für ihre Landsleute; die anderen aus Furcht, Oesterreich für seine Beihülfe von Napoleon durch die Zerreißung des Prager Friedens und die Restaurierung seiner alten Stellung in Deutschland belohnt zu sehen." Kriegslustig war nur Herr v. Beust und die politisch kaum zurechnungsfähige Gesellschaft wilder Preußenhasser mit und ohne Uniform, zu der auch der Kriegsminister v. Kuhn gehört zu haben scheint.[1]) Beust hat zwar alles aufgeboten, um sein Verhalten nach der Kriegserklärung zu beschönigen; er hat die Behauptung Gramonts von den in der Korrespondenz der Souveräne niedergelegten Verpflichtungen und von erneuten Allianzzusagen durch Metternich und Vitzthum „Schwindel" genannt; aber sein Schriftenwechsel mit dem Fürsten Metternich in Paris und die Aufträge an seinen Gesinnungsgenossen Vitzthum, der die Agitation gegen Preußen im Gegensatze zu seinen sächsischen Landsleuten und zum sächsischen Königshause als Sport betrieb, zeugen gegen ihn und gestatten es nicht, ihn von der Anklage freizusprechen, daß er bei der französischen

---

[1]) Man erzählte sich später von ihm, er sei der Erfinder des Bourbakischen Operationsplanes für den Einfall in Süddeutschland gewesen. Sein Urteil über die Schlachten von Metz und bei Sedan faßte er in das geniale Dictum zusammen: „Keine Strategie! Purer Manipelkrieg!"

Regierung Hoffnungen erweckt hat, von denen er wußte, daß er sie nicht werde erfüllen können.

Es fehlt an österreichischen Quellen über die Geschichte des Jahres 1870; wir sind noch nicht unterrichtet über die zahlreichen Minister- und Kronräte, die im Juli dieses Jahres abgehalten wurden, wir können uns über die Haltung, die dabei Kaiser Franz Joseph und Erzherzog Albrecht eingenommen, kein Urteil erlauben, aber wir können es in dem Charakter des Kaisers begründet finden, daß er einerseits an den Ansichten, die er im Juni dem General Lebrun geäußert hatte, nichts geändert haben wird, und daß er auf keinen Fall für einen heimtückischen Ueberfall auf den im Kampfe mit einem Dritten begriffenen Gegner zu gewinnen gewesen wäre. Ohne Zweifel hat auch die Auffassung der süddeutschen Regierungen und der seinem Hause so nahe stehenden Wittelsbacher ihn für die Beustschen Ideen zurückhaltend gemacht. Eines scheint festzustehen, daß der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy im vollen Einklange mit der Majorität der liberalen Vertreter Ungarns der österreichischen Kriegspartei den kräftigsten Widerstand entgegengesetzt hat. Andrassy hat Gramont schon 1869 davor gewarnt, sich durch die Vorspiegelungen des österreichischen Kanzlers täuschen zu lassen.[1]) Er hat in dem großen Kronrate vom 18. Juli 1870 die Proklamierung der offenen und entschiedenen Neutralität verlangt. Damit Oesterreich-Ungarn gegen Ueberraschungen an der unteren Donau gesichert sei, die von Rußland und Frankreich vorbereitet werden könnten, müsse es die dringendsten Vorbereitungen zur Mobilmachung treffen und darauf 20 Millionen Gulden verwenden. Auf die Bemerkung Beusts, daß die Neutralitätserklärung nur Preußen Nutzen bringe, erwiderte er: „Um so inniger wird sich das Verhältnis der Monarchie zu Preußen gestalten, wenn es im Kampfe Sieger bleibt.“

Andrassys Meinung griff durch; Beust mußte am 20. Juli den Entschluß der österreichischen Regierung, neutral zu bleiben, an alle Kabinette mitteilen. An demselben Tage verfaßte er mit Hülfe des ehrenwerten Vitzthum jenes mit Recht berüchtigt gewordene Schreiben an Metternich, mit dem die Wirkung der offiziellen Note nicht nur abgeschwächt, sondern ins Gegenteil verkehrt werden sollte. „Die Neutralität,“ erklärte der österreichische Minister seinem „lieben Freunde“, dem Botschafter in Paris, „ist nur das Mittel, uns dem wirklichen Ziele unserer Politik zu nähern, das einzige Mittel, unsere Rüstung zu vollenden, ohne uns einem vorzeitigen Angriffe Preußens oder Rußlands auszusetzen.“ Andrassy dagegen beantwortete am 28. Juli eine von Tisza im ungarischen Reichstage gestellte Interpellation mit der nicht zu mißbeutenden Erklärung: „Ich halte es für meine Pflicht zu antworten, daß im Schoße der Regierung und der entscheidenden Faktoren jedwede Absicht fehlt, die im Jahre 1866 aufgegebene Stellung in Deutschland wieder zu erringen.“ Wozu hätte dann ein Krieg gegen Deutschland geführt werden müssen? Auch die Unterhandlungen in Florenz, die von Vitzthum geführt wurden, die Bemühungen um eine neue Tripelallianz, deren Grundzüge zwischen Metternich, Vitzthum und Gramont vereinbart worden sein sollen, würden im Falle einer ernstlichen

[1]) Em. Kónyi, Beust und Andrassy 1870—1871 (Deutsche Revue, 1890).

Erwägung an dem Widerstande Ungarns und an dem Unwillen der Deutsch-Oesterreicher, der in den meisten Wiener Blättern energischen Ausdruck fand, gescheitert sein. Viktor Emanuel hat sich nach der französischen Kriegserklärung für die Teilnahme an dem Kriege begeistert, von dem er die Gelegenheit zu militärischen Erfolgen, vor allem aber die Ueberlassung Roms als Belohnung erwartete. Die ultramontane Gesinnung der Kaiserin Eugenie und Gramonts verhinderte aber die Preisgebung Roms, wodurch der Eifer Viktor Emanuels abgekühlt und die vorsichtige Haltung seines Ministeriums, in dem der Finanzminister Sella dominierte, gerechtfertigt wurde. Die ersten Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze nahmen in Italien ebenso wie in Oesterreich den Preußenfeinden den Mut, die heimliche Hetze zum Kriege fortzusetzen.

Indessen waren die Feldtruppen der beiden Gegner einander entgegengerückt; die Entfernungen, die sie dabei zurückzulegen hatten, waren annähernd gleich. Mainz liegt nahezu auf halbem Wege zwischen Paris und Berlin, München 60 Kilometer näher an Straßburg als Paris, von Berlin aber ist Königsberg, die entfernteste Corpsstation, nicht weiter entfernt als Bordeaux oder Montpellier von der französischen Hauptstadt. Die Aufgabe der Mobilmachung war daher für Deutschland nicht schwieriger als für Frankreich; aber sie wurde in sehr verschiedener Weise gelöst. Die französische Kriegsverwaltung wagte es nicht, ihre Truppenkörper in den Garnisonen auf Kriegsfuß zu setzen, da sie dann die Grenze voraussichtlich zu lange entblößt haben würde; sie glaubte vielmehr, einen großen Vorsprung zu erreichen, indem sie alle Abteilungen sofort in ihre Aufmarschstationen beförderte und sie dort die Reservisten an sich ziehen ließ. Die französische Linienarmee bestand aus 8 Armeecorps, 3 Reserve-Kavalleriedivisionen und 1 Armee-Hauptreserve, die insgesamt auf 400000 Mann veranschlagt wurden. Thatsächlich hatte die „Rheinarmee" am 6. August folgenden Stand:

1. Armeecorps (Marschall Mac Mahon, Herzog von Magenta):[1])
   28000 Mann Inf., 3335 Reiter, 120 Geschütze und Mitrailleusen;
2. Armeecorps (Divisionsgeneral Frossard):
   24180 Mann Inf., 2080 Reiter, 90 Geschütze und Mitrailleusen;
3. Armeecorps (Marschall Bazaine):
   33800 Mann Inf., 3565 Reiter, 120 Geschütze und Mitrailleusen;
4. Armeecorps (Divisionsgeneral L'Admirault):
   23350 Mann Inf., 2070 Reiter, 90 Geschütze und Mitrailleusen;
5. Armeecorps (Divisionsgeneral Failly):
   22800 Mann Inf., 2070 Reiter, 90 Geschütze und Mitrailleusen;
6. Armeecorps (Marschall Canrobert):
   31800 Mann Inf., 2990 Reiter, 120 Geschütze und Mitrailleusen;

---

[1]) Sämtliche Angaben über Truppenstärke nach der Abhandlung in den „Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften", Heft 9, 11, 12. „Die Stärkeverhältnisse im deutsch-französischen Kriege 1870/71 bis zum Sturze des Kaiserreichs."

7. **Armeecorps** (Divisionsgeneral Felix Douay):
20 000 Mann Inf., 2420 Reiter, 90 Geschütze und Mitrailleusen;

Die Kaiserliche Garde (Divisionsgeneral Bourbaki):
13 440 Mann Inf., 3625 Reiter, 120 Geschütze und Mitrailleusen;

Artillerie-Hauptreserve

1. Reserve-Kavalleriedivision (de Barail):
1720 Reiter, 12 Geschütze und Mitrailleusen;

2. Reserve-Kavalleriedivision (de Bonnemains):
2000 Reiter, 12 Geschütze und Mitrailleusen;

3. Reserve-Kavalleriedivision (Forton):
1840 Reiter, 12 Geschütze und Mitrailleusen;

Mobilgarden der Seine:
15 300 Mann;

Marine-Infanterie (für die Landung an der deutschen Küste bestimmt, aber nicht eingeschifft):
11 400 Mann, 18 Geschütze und Mitrailleusen.

Zusammen: 224 070 Mann Inf., 27 685 Reiter, 942 Geschütze u. Mitrailleusen.

Dazu an der span. Grenze: 7800 Mann Inf., 700 Reiter, 18 Geschütze u. Mitrailleusen.

Das Oberkommando befand sich bei Beginn des Feldzugs in den Händen des Kaisers Napoleon selbst, dem der Kriegsminister Marschall Leboeuf und als Souschefs die Divisionsgenerale Lebrun und Jarras zur Seite standen. Kommandant der Geniewaffe war General Soleille, der Artillerie General Coffinières de Nordeck. Es war sehr ungeschickt gewesen, den Marschall Bazaine, der in der Armee als der zum Heerführer geeignete Mann angesehen wurde, als Corpskommandanten mit Protektionskindern, wie Frossard, der lange Zeit militärischer Erzieher des kaiserlichen Prinzen gewesen war, und mit den anderen Divisionsgeneralen gleichzustellen. Bazaine hielt sich beleidigt zurück, nahm an den Organisationsarbeiten und an der Aufstellung der Armee nicht mehr teil, als es ihm in seiner Eigenschaft als Corpskommandant zukam, obwohl er schon 1868 dazu bestimmt gewesen war, die Armee von Lothringen zu kommandieren, während Mac Mahon die Armee des Elsaß zugedacht gewesen war. Einen Operationsplan gab es nach der Versicherung des Generals Jarras nicht, da der mit dem Erzherzog Albrecht besprochene Plan wegen der Haltung der Südstaaten und Oesterreichs nicht anwendbar war. Man wollte nur den Gegner überraschen, weil man sehr gut wußte, daß die Schnelligkeit in der Initiative vielleicht der einzige Vorteil sei, den man Preußen gegenüber anwenden könne. Die Mobilmachung ging jedoch so langsam und in so großer Verwirrung vor sich, daß dieser theoretisch erhoffte Vorteil in der praktischen Durchführung nicht vorhanden war. Es gab Divisionen, bei denen die ersten Reservisten am 9. und 10. Tage nach der Kriegserklärung eintrafen. Das 7. Corps hatte am 4. August noch gar keinen Train; in Metz fehlte es noch am 27. Juli an Geschützmunition. Der Intendant des 3. Corps meldete am 24. Juli aus Metz:

„Das 3. Corps verläßt morgen Metz; ich habe keinen Lazaretgehülfen, Verwaltungsarbeiter, Lazaretwagen, Feldbackofen, keinen Train, und bei der 4. Division und der Kavalleriedivision habe ich nicht einmal einen Beamten." Der Intendant des 1. Corps teilte dem Generalintendanten am 27. Juli mit, daß er noch immer weder Unterintendanten, noch Trainsoldaten, noch Verwaltungsarbeiter habe und daß er aus Mangel an Personal weder einen Wagen bespannen, noch irgend etwas fertig bringen könne. Die Organisation der mobilen Nationalgarde war noch so weit zurück, daß überhaupt nur in 29 Departements die Mobilen einberufen werden konnten. Der Kriegsminister Leboeuf, der im gesetzgebenden Körper sein Ehrenwort dafür gegeben hatte, daß Frankreich vollkommen kriegsbereit, „archiprêt", sei, besaß keine Kenntnisse der Verhältnisse und täuschte sich über die Wirklichkeit ebenso mit bramarbasierenden Worten hinweg, wie es damals die meisten Franzosen gethan haben. Die auf Sachkenntnis beruhenden ernsten Warnungen, wie die ehrlichen und wahrhaften Berichte des Militärattachés in Berlin, Oberst Stoffel, waren entweder nicht beachtet oder sogar bezweifelt worden, weil es den Franzosen einfach unbegreiflich war, daß sie von irgendwem übertroffen werden könnten. Oskar Meding war am 24. Juli nach Paris gereist, um den dort lebenden ehemals hannoverischen Offizieren die Vermeidung jeder Beziehung zur französischen Regierung und Armee zu empfehlen; er schreibt über seine Beobachtungen: „Ich fuhr von Basel aus durch die ganze im Aufmarsch begriffene französische Armee und sah mit Erstaunen die grenzenlose Verwirrung, in welcher die Truppenmassen sich der Grenze zuwälzten. Ueberall herrschte die vollkommenste Unordnung, ich begegnete Mannschaften ohne Offiziere, Kavallerie ohne Pferde und Artillerie ohne Kanonen, überall schalt man über mangelnde Befehle, überall fehlte die Leitung und die Direktion, und damals schon wurde es mir zweifellos klar, daß diese innerlich haltlose, jeder einheitlichen Leitung entbehrende Armee niemals im stande sein werde, auch nur irgendwie Erfolg zu erringen. . . . Ich sah während meines Aufenthalts den verhängnisvollen Wahnsinn, welcher ganz Paris von den höchsten Regionen bis in die untersten Schichten des Volkes erfaßt hatte. Man hatte keine Ahnung von dem Ernst des Kampfes, in den man sich stürzte, und man glaubte mit der Zauberformel der Marseillaise wiederum den Sieg über die Grenze tragen zu können, ohne sich darüber klar zu werden, daß ein unter dieser Formel erfochtener Sieg für das ohnehin schon bröckelnde Kaiserreich verhängnisvoll hätte werden müssen."

Die Einteilung der deutschen Heere bei ihrem Aufmarsch an der Grenze war dreigliedrig.

Erste Armee: Gen. d. Inf. v. Steinmetz;
Chef des Generalstabs: Gen.-Maj. v. Sperling;
VII. Armeecorps (Westfalen und Niederrhein): Gen. d. Inf. v. Zastrow;
VIII. " (Rheinland): Gen. d. Inf. v. Goeben;
I. " (Ost- und Westpreußen): Gen. d. Kav. Frhr. v. Manteuffel;

1. Kav.-Division: Gen.-Lt. v. Hartmann;
3. " Gen.-Maj. Graf v. d. Gröben;

zusammen 44800 Mann, 7840 Reiter, 270 Geschütze.[1])

Zweite Armee: Gen. d. Kav. Prinz Friedrich Karl v. Preußen;
Chef des Generalstabs: Gen.-Maj. v. Stiehle;
Gardecorps: Gen. d. Kav. Prinz August v. Württemberg;
II. Armeecorps (Pommern und Reg.-Bez. Bromberg): Gen. d. Inf. v. Fransecky;
III. " (Brandenburg): Gen.-Leutnant v. Alvensleben II (Konstantin);
IV. " (Prov. Sachsen und Anhalt): Gen. d. Inf. v. Alvensleben I (Gustav);
IX. " Gen. d. Inf. v. Manstein;
18. Div. (Schleswig-Holstein);
25. Div. (Großh. hessische Division);
X. " (Hannover, Oldenburg, Braunschweig): Gen. d. Inf. v. Voigts-Rhetz;
XII. " (Königreich Sachsen): Gen. d. Inf. Kronprinz Albert von Sachsen;
5. Kav.-Division: Gen.-Lt. v. Rheinbaben;
6. " Gen.-Lt. Herzog Wilhelm zu Mecklenburg-Schwerin;

zusammen 161300 Mann, 20300 Reiter, 630 Geschütze.

Dritte Armee: Gen. d. Inf. Kronprinz von Preußen;
Chef des Generalstabs: Gen.-Lt. v. Blumenthal;
V. Armeecorps (Posen und Niederschlesien): Gen.-Leutnant v. Kirchbach;
VI. " (Schlesien): Gen. d. Kav. Tümpling;
XI. " (Kurhessen, Nassau, Thüringen): Gen.-Lt. v. Bose;
I. Bair. Corps: Gen. d. Inf. v. d. Tann;
II. " " Gen. d. Inf. v. Hartmann;
Württemberg-Badisches Corps: Gen.-Lt. v. Werder;
2. Kav.-Division: Gen.-Lt. Graf zu Stolberg-Wernigerode;
4. " Gen. d. Kav. Prinz Albrecht von Preußen;

zusammen 118720 Mann, 16600 Reiter, 480 Geschütze.[2])

Die gesamte deutsche Feldarmee betrug demnach beim ersten Aufmarsch: 349000 Mann Infanterie, 39860 Reiter, 1284 Geschütze.

---

[1]) Die preußischen Infanteriebataillone zu 900 Mann, die preußischen Eskadronen zu 140 Reitern gerechnet.

[2]) Die bairischen Infanteriebataillone zu 820 Mann; die Eskadron zu 120 Reitern; die württembergischen Infanteriebataillone zu 890 Mann, die Eskadron zu 140 Reitern; die badischen Infanteriebataillone zu 790 Mann, die Eskadron zu 140 Reitern gerechnet.

Bei der Kriegserklärung waren das I., II. und VI. Armeecorps zur Deckung der Heimat bestimmt gewesen; als sich aber nach dem 20. Juli erwarten ließ, daß ein Angriff Oesterreichs vorläufig nicht zu erwarten sei, konnten auch diese beiden Corps auf den Kriegsschauplatz gezogen werden. Für ihre Beförderung standen jedoch erst am 27. Juli Eisenbahnzüge zur Verfügung. Es blieben zur Küstendeckung die 17. Division (hanseatisch-mecklenburgische), die Gardelandwehr-Infanteriedivision, die Landwehrdivisionen des II., III., V. und VI. Corps und 8 Landwehrkavallerieregimenter. Den Oberbefehl über die Verteidigung erhielt der General der Infanterie Vogel v. Falckenstein. Generalkommanden für die Reservearmeen hatten der Großherzog Franz von Mecklenburg-Schwerin, General der Infanterie v. Bonin und Gen.-Lt. v. Löwenfeld erhalten. Man rechnete für die erste Reserve an Linientruppen noch 188 000 Mann, als zweite Reserve 160 000 Mann Landwehren und außerdem noch über 200 000 Mann Ersatztruppen, somit nahezu auf ein Aufgebot von einer Million Streiter.

Die oberste Kriegsleitung hatte auch in diesem Feldzug der König von Preußen selbst wieder in die Hand genommen. An der Spitze des Großen Generalstabs stand der General der Infanterie Freiherr v. Moltke, ihm zur Seite der Generalquartiermeister Gen.-Lt. v. Podbielski, die Abteilungschefs: Oberstleutnant Bronsart v. Schellendorf, Verdy du Vernois, v. Brandenstein, der Generalinspekteur der Artillerie General der Infanterie v. Hindersin, der Generalinspekteur des Ingenieurcorps Gen.-Lt. v. Kleist. Am 23. Juli begann der Massentransport der mit der Eisenbahn zu befördernden 8 ½ Armeecorps, dies waren 280 000 Mann mit Pferden, Geschützen und allem Material; am 1. August war er im wesentlichen abgeschlossen. Die außerordentliche Leistung der deutschen Eisenbahnverwaltungen ging ohne erhebliche Stockung glänzend von statten, die Vorbereitungen des Großen Generalstabs waren so sicher und geschickt getroffen worden, daß der Aufmarsch der deutschen Heersäulen vollzogen war, ehe die Franzosen an einen Vorstoß mit ihren noch nicht verstärkten Corps hatten denken können. Der Kronprinz von Preußen hatte mit seinem Generalstab Besuche an den süddeutschen Höfen gemacht, deren Truppen er führte; er bezog sein Hauptquartier am 30. Juli in Speier. Prinz Friedrich Karl und das Große Hauptquartier befanden sich in Mainz, wo König Wilhelm am 2. August den Oberbefehl übernahm.

„Der vom Chef des Generalstabs eingereichte und vom König genehmigte Feldzugsplan," so erzählt Moltke selbst, „faßte von Haus aus die Eroberung der feindlichen Hauptstadt ins Auge, welche in Frankreich von größerer Bedeutung als in anderen Ländern. Auf dem Wege dahin sollte die Streitmacht des Gegners möglichst von dem an Hülfsmitteln reichen Süden ab- und in das engere Hinterland des Nordens gedrängt werden. Maßgebend vor allem aber war der Entschluß, den Feind, wo man den traf, unverzüglich anzugreifen und die Kräfte so zusammenzuhalten, daß es mit überlegener Zahl geschehen könne." Die Ueberlegenheit war nach dem Einrücken in die Angriffsfront sichergestellt und entschied das Ergebnis der ersten Zusammenstöße, das ohne vorhergehende Anordnung aus der Thatsache des Gegenübertretens und der Berührung bei gleicher Tapferkeit und Geschicklichkeit eintreten mußte.

Nachdem man französischerseits zur Ueberzeugung gelangt war, daß die Eröffnung des Feldzuges durch einen Uebergang über den Rhein nicht möglich sei, ohne sich sofort einem übermächtigen Angriff auszusetzen, war die Notwendigkeit eingetreten, eine Verteidigungsstellung einzunehmen und sie den Nachrichten über den Anmarsch des Gegners anzupassen. Man erfuhr den Anmarsch der ersten deutschen Armee an der Mosel, die Versammlung der zweiten südöstlich von Mainz, der dritten vorwärts von Speier. Das neutrale Gebiet von Luxemburg schützte den linken Flügel, man mußte daher den Angriff der ersten Armee an der Saar erwarten. Gegen ihn konnte man das 4. Corps (L'Admirault), das bei Thionville stand, das 3. (Bazaine) bei Boulay, das 2. (Frossard) bei St. Avold verwenden. Mac Mahons 1. Corps war bei Straßburg versammelt worden, zwischen ihm und Frossard hatte man nur das 5. (Failly); ersteres mußte daher gegen Norden gezogen werden, es erhielt am 2. August den Befehl, in die Linie Bitsch-Hagenau zu rücken. Eine zweite Linie bildete das 6. Corps (Canrobert) bei Châlons, die Garde bei Metz, das 7. Corps (Felix Douay), das von Belfort gegen Colmar marschierte. Bei genügender Stärke und völliger Bereitschaft für ein angriffsweises Vorgehen wäre der Plan nahegelegen, vom Zentrum dieser Stellung vorzubrechen und die Zweite deutsche Armee anzugreifen und von der Dritten zu trennen, die durch den rechten Flügel beschäftigt werden mußte.[1]) Es war aber nicht diese strategische Absicht, die den Kaiser Napoleon bewog, am 2. August einen Vorstoß gegen Saarbrücken zu unternehmen, sondern nur die Rücksicht auf die öffentliche Meinung namentlich in Paris, die gebieterisch nach Heldenthaten verlangte. Ohne nähere Kenntnis von der Stärke des Gegners, dessen 3 Bataillone man mindestens auf eine Division schätzte, wurde eine Vorwärtsbewegung des 2. Corps eingeleitet, der sich das 3., 4. und 5. anschließen sollte, die zu diesem Zwecke dem Oberbefehl Bazaines unterstellt wurden. Nicht weniger als 39 französische Bataillone wurden aufgeboten, um in einem Kampfe, den 3 preußische Compagnien mehrere Stunden unterhielten, die Stadt Saarbrücken zu besetzen. Napoleon, der seinen Sohn persönlich zu dieser „Feuertaufe" geleitete, enthielt sich nicht, seinem Volke diesen Sieg in einem Bulletin zu verkündigen. Die Nachricht über den Anmarsch der Preußen unter Steinmetz bewog Frossard jedoch schon am 3. sich aus der offenen Stadt zurückzuziehen und eine Höhenstellung am südlichen Thalrand einzunehmen.

Während Steinmetz von Trier in die Linie Losheim-Wadern einrückte, erhielt die Armee des Kronprinzen am linken Flügel der deutschen Aufmarschlinie den Befehl, die französisch-pfälzische Grenze zu überschreiten und in die Linie Weißenburg-Lauterburg vorzugehen. Am 4. August ist die Division Abel Douay des Corps Mac Mahon, die ohne Verbindung mit dem Gros bei Weißenburg gelagert war, von der bairischen Division Bothmer und Vortruppen des V. und XI. Corps überfallen und nach einem heftigen Kampfe, der mit der Erstürmung des Gaisberges endete, nach schweren beiderseitigen Verlusten zurück-

[1]) Nach Lebruns Aeußerungen (Deutsche Ausg. S. 144 u. ff.) hat sowohl der Kaiser als Frossard diesen Plan erwogen.

geworfen worden. Schon am 5. abends traf man an der Sauer auf die Armee Mac Mahons, die aus seinen eigenen 4 Infanteriedivisionen, der Division Conseil-Dumesnil des 7. Corps und 2 Kavalleriedivisionen bestand. Der Kaiser hatte dem Marschall auf die Nachricht von dem Unglück bei Weißenburg auch das 5. Corps unterstellt, dessen Hauptquartier Bitsch sich nur 4 Meilen von Wörth befand, das vor dem Zentrum seiner eigenen Stellung lag. Mac Mahon befahl Failly, zu ihm zu stoßen, dieser ließ am 6. morgens aber nur seine 3. Division von Bitsch nach Wörth abmarschieren. Das Oberkommando der dritten deutschen Armee glaubte den 6. August zur Vereinigung seiner Streitkräfte benützen und sie am 7. zur Schlacht führen zu können; die Weisungen an die Corpskommandanten sprachen es jedoch nicht mit Entschiedenheit aus, daß ernstere Gefechte am 6. vermieden werden müßten,[1]) und so kam es, daß sich an diesem Tage zuerst General v. Kirchbach (V. Corps) und dann, ihm Hülfe bringend, der größte Teil des XI. Corps (v. Bose) zu einem Angriff auf die starke Stellung Mac Mahons hinreißen ließ, die am rechten Ufer des Sauerbaches die Höhen von Fröschweiler, Elsaßhausen und Eberbach einnahm. Auch das II. bairische Corps hatte schon selbständig am rechten Flügel das Feuergefecht begonnen, als der Befehl des Kronprinzen eintraf, den Kampf abzubrechen. General v. Kirchbach erkannte, „daß die Ausführung dieses Befehles, mit anderen Worten der Rückzug unter Verzicht auf einen der schon gebrachten schweren Opfern entsprechenden Erfolg, so viel bedeuten würde, wie eine Niederlage mit allen ihren materiellen und moralischen Folgen, nicht allein für das V. Armeecorps, sondern für die ganze Armee des Kronprinzen." Er entschloß sich, den Kampf auf eigene Verantwortung fortzusetzen — eine Erscheinung, für die es außerhalb der deutschen Armeen kaum ein Seitenstück gibt — und forderte die Generale v. Bose und v. Hartmann zur Mitwirkung auf.

Um 1 Uhr erschien der Kronprinz auf der Walstatt und beorderte außer den schon im Gefechte stehenden, auch das II. bairische Corps und die württembergische Division des Corps Werder dahin. Es gelang zwar nicht mehr, die Umfassung beider Flügel der französischen Stellung durchzuführen, die in den Dispositionen des Feldherrn in Aussicht genommen war, — nur die württembergische Reiterbrigade Schéler umritt den rechten Flügel Mac Mahons — aber der Frontalangriff auf den Niederwald und den Albrechtshäuserhof, sowie der Stoß der Baiern am Sulzbach erfolgte mit solcher Wucht, daß die französischen Bataillone, meist Veteranen der afrikanischen Armee und die berüchtigten Turkos, ins Wanken kamen. Die von den Franzosen vielgerühmte Attacke der Kürassierbrigaden Michel und Bonnemains wurde von den preußischen Schützenlinien ohne Schwierigkeit abgewiesen. General Ducrot hielt sich am linken Flügel in vorzüglicher Stellung, bis auch v. d. Tann mit dem I. bairischen Corps zur Unterstützung des allgemeinen Angriffes die Hand bot, der um ½5 Uhr nachmittags die Niederlage der Franzosen entschied. Die Verfolgung mit etwa 30 Schwadronen Reiter wurde bald aufgegeben, da die Division Lespart vom Corps Failly

[1]) Woide, Generalleutnant im russischen Generalstab, „Die Ursachen der Siege und Niederlagen im Kriege 1870", deutsch von Klingensee (1897) I. Bd. S. 123 u. f.

endlich bei Niederbronn eintraf und eine Aufnahmstellung zur Deckung des Rückzugs einnahm.

Bei Wörth wurden 54300 Franzosen von etwa 65000 Deutschen nach glänzender Gegenwehr aufs Haupt geschlagen. Die deutsche Strategie hat dabei kein Verdienst, denn sie kam nicht zur Anwendung,[1]) der Sieg war der stürmischen und ausdauernden Tapferkeit aller deutschen Heeresteile zuzuschreiben, die von dem festen Willen beseelt waren, den Feind um jeden Preis zu werfen. Sie traten erst im letzten Augenblick mit Uebermacht auf, hatten aber überall die Ungunst der Stellung gegen sich, die auf seiten der Franzosen für uneinnehmbar gehalten worden war. Die Vorzüge des Chassepotgewehres, das sich dem deutschen Hinterlader weitaus überlegen erwies, wurden wettgemacht durch die großartigen Wirkungen der deutschen Artillerie, die es verstand, einen wahren Granatenhagel auf die feindlichen Linien zu werfen. Daß die Deutschen noch größere Opfer hätten bringen müssen, wenn die Division Lespart schon vormittags hätte zur Verwendung kommen können, was durch die schwankende Befehlgebung Faillys verhindert wurde, wird zugegeben werden müssen; aber ebenso, daß er auch am 7., wenn etwa noch eine zweite Division des 5. Corps zu seiner Unterstützung angelangt wäre, den 120000 Deutschen, die dann mit Vorsicht und nach einem strategischen Plane gegen ihn gekämpft hätten, nicht gewachsen gewesen wäre.[2]) — Die Verluste der Deutschen waren außerordentlich groß, namentlich beim V. Corps, dessen Infanterie unter rasantem Chassepotfeuer wiederholt durch das offene Sauerthal die steilen Böschungen von Elsaßhausen und Fröschweiler hatte stürmen müssen. Es ließ 4879 Tote und Verwundete auf dem Schlachtfelde, das XI. Corps 2879, darunter seinen kommandierenden General, der schwer verwundet war, das I. bairische Corps 578, das II. bairische 612, so daß mit den 321 Württembergern und 1373 Vermißten 10642 Offiziere und Mann als verloren gezählt werden müssen. Bei den Franzosen waren die Verlustziffern an Toten und Verwundeten niedriger, weil sie meist hinter vorzüglichen Deckungen fochten, die 6000 Gefangenen, darunter 100 Offiziere, die Adler, Mitrailleusen, 35 Geschütze, die sie im Stich ließen, bewiesen jedoch, daß die moralische Erschütterung der Armee des Elsaß ganz außerordentlich groß war. Ein österreichischer Kriegskorrespondent entwirft in der „Wehrzeitung" von dem Rückzugsstrom, der durch Niederbronn ging, folgendes Bild: „... Nun kam Infanterie zu Fuß — etwa um 5½ Uhr. Noch immer kein Offizier! Im dichten Schwarme Kanzleikarren, die Wagen von 3 Brigadegeneralen, das Archiv einer Truppendivision, 4 bis 5 leere Munitionskarren, sodann allerlei ‚Ambulanzwagen' — aber mit Gesunden bepackt .... Von den Infanteristen hatten alle das Gepäck weggeworfen, viele ihre Gewehre, viele gingen im Hembe, die meisten hatten von allem nur etliche Brotlaibe an einem Säbel gespießt über der Schulter. Weitaus der größte Teil der Flüchtigen waren „des vieux soldats",

---

[1]) Blumenthals „Tagebücher" deuten dies mit den Worten an: „Die Schlacht, die ich am 7. erwartete und für die ich mir eine gute Disposition mit Umfassung des feindlichen rechten Flügels ausgedacht hatte, kam von selbst in Gang ..."

[2]) Siehe die vortrefflichen Bemerkungen Karl Bleibtreus in den „Kritischen Beiträgen zur Geschichte des Krieges 1870/71" (1896).

denen General Trochu jüngst jeden Wert abgesprochen hat. Von 4—7 Uhr zog ein aufgelöster Schwarm Menschen vorüber, so ganz mit sich selbst und mit ihrer elenden Existenz beschäftigt — in dem ganzen Zuge bloß 40 Mann geordnet — im ganzen wohl 8—10 000 Mann, verhältnismäßig wenig Verwundete und bloß 3—4 Kavallerie-, 2 Artillerie- und etwa 8 Infanterieoffiziere im ganzen Schwarme; eine solche Deroute weist weder das Jahr 1859 noch 1866 auf".[1])

An demselben 6. August, an dem das tapferste, kriegsgewandteste französische Corps in so elendem Zustande über die Vogesen gejagt wurde, packte General Steinmetz, der kühne Draufgänger, den gelehrten Strategen Frossard bei Saarbrücken und lehrte ihn ein Kriegsspiel, auf das er nicht vorbereitet war. Frossard hatte am 5. seine drei Divisionen auf Befehl des Kaisers aus der unmittelbaren Nähe von Saarbrücken auf die Höhen von Spicheren zurückgezogen. Am 6. vormittags traf die Division Kameke des VII. preußischen Armeecorps (v. Zastrow) in Saarbrücken ein und wurde um 1 Uhr auf die Straße nach Forbach vorgeschickt, weil der kommandierende General den Gegner im Rückzug begriffen wähnte. Rechts von ihr, aber fast 2 Stunden zurück, war die Division Glümer im Anmarsch, das VIII. Corps (v. Goeben) konnte im Laufe des Nachmittags erwartet werden, vom III. Corps der Zweiten Armee, die sich bei Neunkirchen bereits an die Erste anschloß, war die Kavalleriedivision v. Rheinbaben bis Saarbrücken herangetrabt, die 5. Division (v. Stülpnagel) kam gleichzeitig mit dem VIII. Corps an. Kamekes Angriffe auf die linke Flanke Frossards bei Stiring wurden sehr bald abgewiesen, die Spicherer Wand, an der sich die nach Forbach führende Hauptstraße hinzieht, war durch befestigte Geschützstände und Schützengräben in eine Festung umgewandelt und bot den Franzosen einen fast unerschütterlichen Stützpunkt. Es gab keine strategische Nötigung, diese Stellung mit Gewalt zu nehmen, sie wäre am 7. wahrscheinlich verlassen worden, wenn die Erste Armee westlich, die Zweite östlich von ihr Terrain gewonnen hätte, aber die preußischen Generale, die auf dem Gefechtsfelde erschienen, v. Stülpnagel, v. Goeben, v. Zastrow, v. Alvensleben trafen in der Ansicht zusammen, man müsse den Feind zurückwerfen, wo man ihn finde, und verwendeten alle Truppen, die sie heranziehen konnten, zur Unterstützung der Division Kameke, die sich ohne ausreichende Kenntnis der Sachlage in einen sehr ungleichen Kampf eingelassen hatte. Die Stürme auf das Zentrum der feindlichen Stellung, den Roten Berg, und die Kämpfe um den Gifertwald kosteten viel Blut, ehe sie erfolgreich wurden. Die Division Glümer, die 3 Kilometer vom Schlachtfeld Halt machte, hätte schon um 5 Uhr nachmittags durch einen Vorstoß gegen Forbach den Rückzug Frossards erzwingen können, sie mußte aber erst geholt werden und ging erst bei anbrechender Dämmerung auf die Rückzugslinie der französischen Stellung vor. Frossard mußte, nachdem er vergeblich einige Vorstöße versucht hatte, um sich Luft zu machen, das Schlachtfeld verlassen, da Bazaine, von dessen Divisionen er Unterstützung erwartet hatte, nicht auf ihm erschien. Eine derselben, die zweite, marschierte den ganzen Tag

---

[1]) Aus Fontane, „Der Krieg gegen Frankreich 1870/71", I. Bd.

hin und her, unschlüssig, wohin sie sich wenden solle, und kehrte, ohne irgend etwas für Frossard gethan zu haben, wieder nach Puttlange, ihrem Ausgangspunkt, zurück. Die Verluste der Preußen waren auch hier größer als die der Franzosen, erstere hatten 4871, letztere 4078 Tote und Verwundete.

Die Wirkung dieser ersten deutschen Siege war ganz gewaltig; ihr moralischer Erfolg übertraf den militärischen weitaus, er verblüffte die ganze Welt, die vor den Waffenkünsten der Franzosen noch immer einen ganz unbegründeten Respekt gehabt hatte, und kühlte die Allianzfreudigkeit der Preußenfeinde erheblich ab. Ohne diese Siege lag die Tripelallianz noch immer im Bereiche der Möglichkeit, nach den ersten Augustschlachten wurde sie — gegenstandslos. Den entscheidenden Eindruck haben sie dadurch gemacht, daß die Ueberlegenheit der deutschen Volkskraft über die französische unverhüllt zu Tage trat. An den Generalen haben wir nichts weiteres zu loben, als daß sie dieser Volkskraft die Gelegenheit gegeben haben, sich so überwältigend zu äußern. Der Anfang des deutsch-französischen Krieges ist nur ein einziger unaufhaltsamer Ansturm jauchzender deutscher Heerscharen, ein heldenhaftes Begehren darnach, der „grande nation" endlich wieder einmal den Herrn zu zeigen. Das Lied des schwäbischen Jünglings aus der Zeit jugendlich aufflammender nationaler Bewegung, die „Wacht am Rhein", die zum Schlachtlied und damit zum Weihelied aller Deutschen auf dem Erdenrunde gemacht worden war, erscholl überall, „soweit die deutsche Zunge klingt" und kündete den Anbruch einer neuen Zeit, in der das alte Europa wieder einmal nach der Musik deutscher Schwerthiebe tanzen muß. Ein edler Wettbewerb der deutschen Stämme um das erste Recht zum Tode fürs Vaterland erhob sich auf allen Walstätten, keiner wollte zurückstehen und keiner fehlte, wo es galt, dem bedrängten Bruder zu Hülfe zu eilen. Das Blut, das in hellen Strömen zusammenfloß, das mußte den deutschen Staat kitten, an den nun alles wieder glaubte, in den Marschen wie auf den Almen, am Rhein und an der Donau. Mancher Tropfen davon hätte gespart werden können, wenn die Kampfbegierde durch kluge Erwägungen bemeistert, wenn den Corpsführern und Generalen das Selbstbestimmungsrecht verkürzt worden wäre. Aber einmal mußte es doch vergossen werden. Wenn auch bei Wörth und Spicheren nicht so oft gestürmt, wenn durch taktische Manöver der Rückzug der Franzosen erzwungen worden wäre, gebrochen mußte die Kraft Frankreichs doch werden, und jedem Corps, jeder Brigade, jedem Regiment mußte die Uebermacht der Deutschen fühlbar gemacht werden. Ob an der Saar und an der Sauer oder an der Marne — es mußte fließen das deutsche Blut, wenn es ein Deutsches Reich geben sollte!

Kaiser Napoleon war nach den Niederlagen vom 6. August völlig ratlos. Er hat kurze Zeit hindurch den Plan erwogen, seine sämtlichen Streitkräfte vor Paris zu vereinigen und sein Schicksal dort in einer großen Hauptschlacht zur Entscheidung zu bringen; die Furcht vor den feinfühligen Parisern, die jederzeit bereit sind, den am Morgen mit Blumen Bekränzten am Abend zu prügeln, und vor Madame Eugénie hielt ihn ab, den militärisch jedenfalls richtigen Entschluß wirklich zu fassen und auszuführen. Vom 7. bis 11. zogen sich vier Corps (2., 3., 4. und Garde) von der Saarlinie an die Nied und weiter ans rechte

Moselufer nach Metz zurück.[1]) Mac Mahon hatte die Vereinigung mit der Hauptmacht nicht gesucht, obwohl sie möglich gewesen wäre; er wich südlich nach Neufchateau aus und ließ von dort seine Infanterie mit Eisenbahn nach Châlons bringen, wo sie zwischen 17. und 21. eintraf. Am 12. trat der Kaiser vom Oberbefehl zurück und ernannte den Marschall Bazaine zum Kommandanten der Rheinarmee, die außer den obengenannten vier Corps auch noch das 6. (Canrobert) umfaßte, das von Châlons nach Metz herangezogen worden war. Die Brigade Lapasset vom 5. Corps hatte den Verband mit dem Gros nicht mehr herstellen können und wurde dem 2. zugeteilt. Bazaine schätzte seine Stärke am 13. August auf 170000 Mann, darunter 122000 Mann Infanterie, 13000 Reiter und 540 Geschütze.

Die deutsche Heeresleitung ließ ihren rechten Flügel, die Erste Armee, langsam der sich zurückziehenden französischen auf der Linie Saarlouis-Etanges folgen, die Zweite erhielt die Richtung St. Avold-Noménу, die dritte Saarunion-Dieuze zugewiesen. Die Kavalleriedivisionen wurden diesmal sofort den Marschkolonnen vorausgesendet, sie entwickelten sich zu einer lose zusammenhängenden Masse von Reiterschwärmen, die unausgesetzt in Bewegung waren und das hinter ihnen liegende Anmarschfeld den Beobachtungen des Gegners entzogen. Da Bazaine sich am 13. August dafür entschied, mit seiner ganzen Macht an das linke Moselufer zu gehen und auf der Hochfläche zwischen Mosel und Maas, vielleicht vorwärts von Verdun, den Angriff des deutschen Heeres zu erwarten, trafen die Spitzen der Ersten deutschen Armee am 14. auf dem rechten Ufer nur das 3. Corps (damals vom Div.-Gen. Décaen befehligt, der im Gefechte fiel) und das 4. (L'Admirault). Es entwickelte sich die erste der drei Metzer Schlachten bei Colombey-Borny, die auf deutscher Seite keinen anderen Zweck verfolgte, als den, keinen Feind unangegriffen vor sich zu dulden, für die Franzosen aber ihren Rückzug über die Mosel sichern sollte. Daß es für diese notwendig gewesen sei, den Kampf mit so großen Kräften anzunehmen, wird von Woide (a. a. O.) geleugnet. Steinmetz, der 47 Bataillone des I. und VII. Corps ins Feuer brachte, wurde von 10 Bataillonen des IX. Corps (von der Zweiten Armee) unterstützt; im Entscheidungskampfe standen 50700 Mann, 690 Reiter und 706 Geschütze der französischen Rheinarmee gegen 30500 Mann, 130 Reiter und 150 Geschütze der Ersten und Zweiten deutschen Armee; erstere verloren 3610, letztere 4900 Tote und Verwundete. Das reichlich gebrachte Blutopfer soll den Abzug Bazaines verzögert und dessen Vereinigung mit Mac Mahon verhindert haben; diese bei den deutschen Darstellern des Feldzugs vorherrschende Auffassung kann jedoch nicht als die allein zulässige erklärt werden. Bazaine konnte am 15. die Straße Metz-Conflans-Verdun ohne Gefahr für seinen Rückzug verwenden und würde sich auch auf der südlichen Straße Vionville-Fresnes-Verdun der ihn allenfalls attackierenden Kavalleriemassen ohne Schwierigkeit erwehrt haben. Bleibtreu (a. a. O.) vertritt die Ansicht, daß der

[1]) Bazaine erzählt, daß der Kaiser jeden Tag aus Metz in sein Hauptquartier gekommen sei, er schweigt jedoch über die Verhandlungen, die stattgefunden haben. Seine obstruierende Haltung und die öffentliche Meinung zwangen den Kaiser endlich, ihm den Oberbefehl zu geben den er längst erwartet hatte.

Marschall den Abmarsch wahrscheinlich am 16. noch nicht fest beabsichtigte, sondern sich vorerst nur konzentrieren wollte.

Moltke ließ am 15. August die Zweite Armee den Uebergang über die Mosel südlich von Metz beginnen und wies auch die Erste an, diesen Weg einzuschlagen, damit die beiden Heereskörper nicht durch die Festung getrennt würden. Diese Bewegung entsprach auch den Bestimmungen, die man im Großen Hauptquartier schon im vorhinein für den Fall vorgesehen hatte, daß die feindliche Armee den Kampf am linken Moselufer aufnehmen wollte. Am Abende dieses Tages befand sich eine Division des X. Corps in Thiaucourt und das ganze III. Corps (Alvensleben) unterhalb Pont-à-Mousson, wo man die unversehrte Brücke hatte benutzen können. Auch die Garde und das IV. Corps befanden sich bereits im Besitze von Moselübergängen. Zwei Kavalleriedivisionen durchstreiften das Gelände vor dem III. und X. Corps und traten mehrmals in Fühlung mit der feindlichen Kavallerie. Für den 16. war ein Vorgehen der Zweiten Armee gegen den im Abzuge von Metz begriffenen Feind angeordnet, ohne daß man jedoch wissen konnte, in welche Richtung und bis zu welchen Orten er bereits gelangt war. Nur das III. und X. Corps hatten die Aufgabe, sich nach Norden, also gegen die Straße Gravelotte-Mars la Tour, zu wenden, das IV. und XII. schlugen die Richtung nach Westen und Nordwesten an die Maas und gegen Verdun ein. Bazaine aber war bis zum 16. morgens noch nicht weiter als 12 Kilometer von Metz entfernt. Im Laufe des 15. hatten in Metz und bei den Moselbrücken verderbliche, zeitraubende Marschkreuzungen und Straßensperrungen durch ineinander gefahrene Trainwagen und Geschütze stattgefunden, Leboeufs 4. Corps verursachte noch am 16. vormittags eine Verlangsamung des Marsches der südlich marschierenden Corps Frossard (2.) und Canrobert (6.). Nur der Kaiser war am frühen Morgen, von zwei Kavalleriebrigaden eskortiert, bis Etain und dadurch aus dem Bereiche der deutschen Reiter entkommen. Jetzt erst war Bazaine der Herr der Rheinarmee und zur Selbstbestimmung ihres Schicksales berufen. Aber er war darüber mit sich noch nicht im klaren. Militärisch ist sein Zaudern nicht zu erklären und ebensowenig die Wahl der südlichen Hauptstraße zum Abmarsch, auf der man am ehesten Störungen durch den Gegner erwarten mußte, während die nördliche Straße beinahe unbedingte Sicherheit dafür gewährte. Auf ihr hätte er jedoch die Verbindung mit Metz in wenigen Stunden aufgeben müssen, denn er konnte erwarten, daß sich ein Teil der deutschen Armeen zwischen seine Marschlinie und die Festung einschieben würde. Dazu konnte er sich nicht entschließen. Nur bei Metz blieb er selbständig, in Châlons mußte er auf den Kaiser Rücksicht nehmen und mit Mac Mahon den weiteren Feldzugsplan vereinbaren. Der Gedanke an eine politische Rolle, zu der er an der Spitze der Rheinarmee und im Besitze der stärksten Festung Frankreichs berufen sein könne, wenn das Kaiserreich zu Fall käme, wenn Napoleon nicht mehr den Willen Frankreichs repräsentierte, hat ihn so lange beschäftigt, bis es nicht mehr in seiner Macht lag, zwischen Metz und Châlons zu wählen.[1])

[1]) Diese Ansicht vertritt Moltke in seiner „Geschichte des deutsch-französischen Krieges von 1870/71", während Hohenlohe (Strateg. Briefe) die Haltung Bazaines am 16. nur aus

Der Angriff der 6. Kavalleriedivision und des III. Corps (Alvensleben) auf Frossard wäre nicht im stande gewesen, den Abmarsch der Rheinarmee von Metz zu hindern, wenn Bazaine sofort zum Angriffe mit den ihm zu Gebote stehenden überlegenen Kräften übergegangen wäre und sich den Störenfried vom Hals geschafft hätte. Bis 3 Uhr nachmittags blieb Alvensleben ohne Unterstützung auf einer Gefechtslinie von der Ausdehnung einer Meile. Er warf Frossard im ersten Abschnitte des Gefechtes, vermochte sich aber im zweiten nur mit ungeheuren Opfern gegen die ihn bedrohende Uebermacht des VI. Corps, der von Bazaine selbst herangeführten Gardeartillerie und der Gardedivision Picard zu halten. Mehrmals mußten Kavallerieattacken (Todesritt der Brigade Bredow!) auf Batterien und geschlossene Infanteriekolonnen angeordnet werden, um den Feind zu beschäftigen und über die Schwäche der ihn bekämpfenden Truppen zu täuschen, bis Voigts-Rhetz die erste Infanteriebrigade seines Corps heranbringen konnte. Den ganzen Nachmittag hielten sich die beiden Corps, von den zwei Kavalleriedivisionen unterstützt, gegen fünf französische Corps, denen die beabsichtigte Umfassung des linken Flügels der Deutschen bei Mars la Tour nicht gelang. Erst bei einbrechender Dämmerung konnten zwei Brigaden des VIII. und IX. Corps (Schleswig-Holsteiner) sich an dem Kampfe beteiligen, der zu den heldenmütigsten gehört, von denen die Schlachtfelder Europas erzählen. „Vom furchtbarsten Fern- und Massenfeuer der gesamten Kriegsgeschichte empfangen trug die 38. Brigade (General v. Wedell mit den westfälischen Regimentern 16 und 57), Erschöpfung durch tagelangen Marsch in Augusthitze nicht achtend, ihren Kampfzorn bis auf 100 Schritt an die feindliche Linie heran, indem sie die steile (Greyère-) Schlucht (zwischen Mars la Tour und Bruville) mit Händen und Füßen erklomm und am jenseitigen Rand ein fürchterliches Schnellfeuer mit dem Gegner auf nächste Distanz austauschte. Da das Corps L'Admirault 2400 Mann verlor, wovon Division Grenier fast allein focht und nur hier binnen 5 Minuten die preußische Gewehrkugel ernstlich schmeckte, so müssen die westfälischen Recken in dieser verzweifelten Augenblickslage kaltblütig und treffsicher geschossen haben." (Bleibtreu.) Gegen 7 Uhr abends wurden am rechten Flügel der französischen Stellung bei Ville sur Yron sechs intakte Reiterregimenter (Division Legrand und Brigade de France) gegen die erschütterten Bataillone des X. Corps losgelassen. Das Gardedragonerregiment und die Brigade v. Barby (Kürassiere 4, Ulanen 13, Dragoner 19) warfen sich ihnen entgegen und es entwickelte sich ein Handgemenge von 5000 Reitern, das von Moltke selbst als das größte Reitergefecht des Feldzugs bezeichnet wird. Obwohl den Franzosen noch fünf Regimenter der Kavalleriedivision Clérembault zu Hülfe kamen, beherrschten die Deutschen doch schließlich das Feld. „Die deutschen Regimenter ordnen sich in Ruhe und kehren im Schritt nach Mars la Tour zurück, nur in großer Entfernung von einer Abteilung der Division Clérembault gefolgt." Die Deutschen hatten keine Schlacht gewonnen, sie hätten auch den Abmarsch des Gegners nicht verhindern können, wenn es diesem ernst-

dem Umstande erklärt, daß er völlig falsche Vorstellungen über die Stellung der deutschen Armee, namentlich über das Vorhandensein von Infanterie am linken Moselufer gehabt habe.

lich darum zu thun gewesen wäre,[1]) aber sie haben ihre kriegerische Ueberlegenheit über die Franzosen in glänzendster Weise erwiesen. Es fochten 52000 Mann und 11000 Reiter mit 228 Geschützen auf deutscher Seite gegen 99000 Mann, 14300 Reiter mit 486 Geschützen auf französischer und nahmen am Abende die Stellungen ein, die ihre Gegner am Morgen innegehabt hatten. Die Deutschen verloren 715 Offiziere, 14117 Mann tot und verwundet, 5 Offiziere, 962 Mann vermißt, 22 Perzent der beteiligten Truppen. Bei einzelnen Infanterieregimentern stieg das Verlustperzent jedoch bis 52 und 68, bei Reiterregimentern bis 34 und 37. Ganz besonders groß war der Verlust an Führern, der Tod hielt hier unter dem deutschen Adel Ernte, wie nie zuvor.[2]) Auf französischer Seite werden 744 Offiziere, 10743 Mann tot und verwundet, 93 Offiziere und 5379 Mann vermißt angegeben, dies bedeutet 13 Perzent der Beteiligten, bei einzelnen Truppenteilen 20—21 Perzent.

Abgesehen von der unsicheren Haltung Bazaines werden Frossard und L'Admirault von den Fachmännern getadelt; ersterer weil er „angesichts der zusammengeschmolzenen Reste der Infanterie des Gegners in Untätigkeit verharrte", letzterer, weil er, „obwohl er sich seit dem 14. August dem Feinde zunächst befand, doch zur Aufklärung der wirklichen Lage am linken Moselufer keine zeitgerechten Vorkehrungen traf". Vom Marschall Bazaine behauptet Woide (a. a. O.), „daß er den schwachen Gegner allein schon durch einen Angriff mit seinen Reservemassen hätte niederwerfen können", sich durch die Weisung des Kaisers, nichts zu wagen, die Hände habe binden lassen. Er habe aber durch einen das Höchste einsetzenden Kampf sehr viel gewinnen, bei dessen Mißlingen noch immer den Rückzug nach Metz durchsetzen können. Mehr als die Warnung Napoleons hat Bazaine an diesem für ihn verhängnisvollen Tage die Erwägung beschäftigt, daß er mit einer starken Armee bei Metz mehr bedeute als bei Châlons.

Auch für sein Verhalten am 17. August müssen wir diese Erwägung zur Erklärung heranziehen. Er konnte am Morgen noch immer eine gewaltige Ueberlegenheit an Streitkräften ausnützen, die Zahl der frischen Truppen, die ihm eng angeschlossen zur Verfügung standen, war größer als die der ermüdeten, zur äußersten moralischen Kraftanstrengung gezwungenen Deutschen, die ihm gegenüberstanden. Am Vormittag konnten diese nur geringe, erst in der zweiten Hälfte des Nachmittags ausgiebige Hülfe erlangen. Bazaine hätte sich darauf beschränken können, L'Admirault und die Garde zur Abwehr eines allenfalls

---

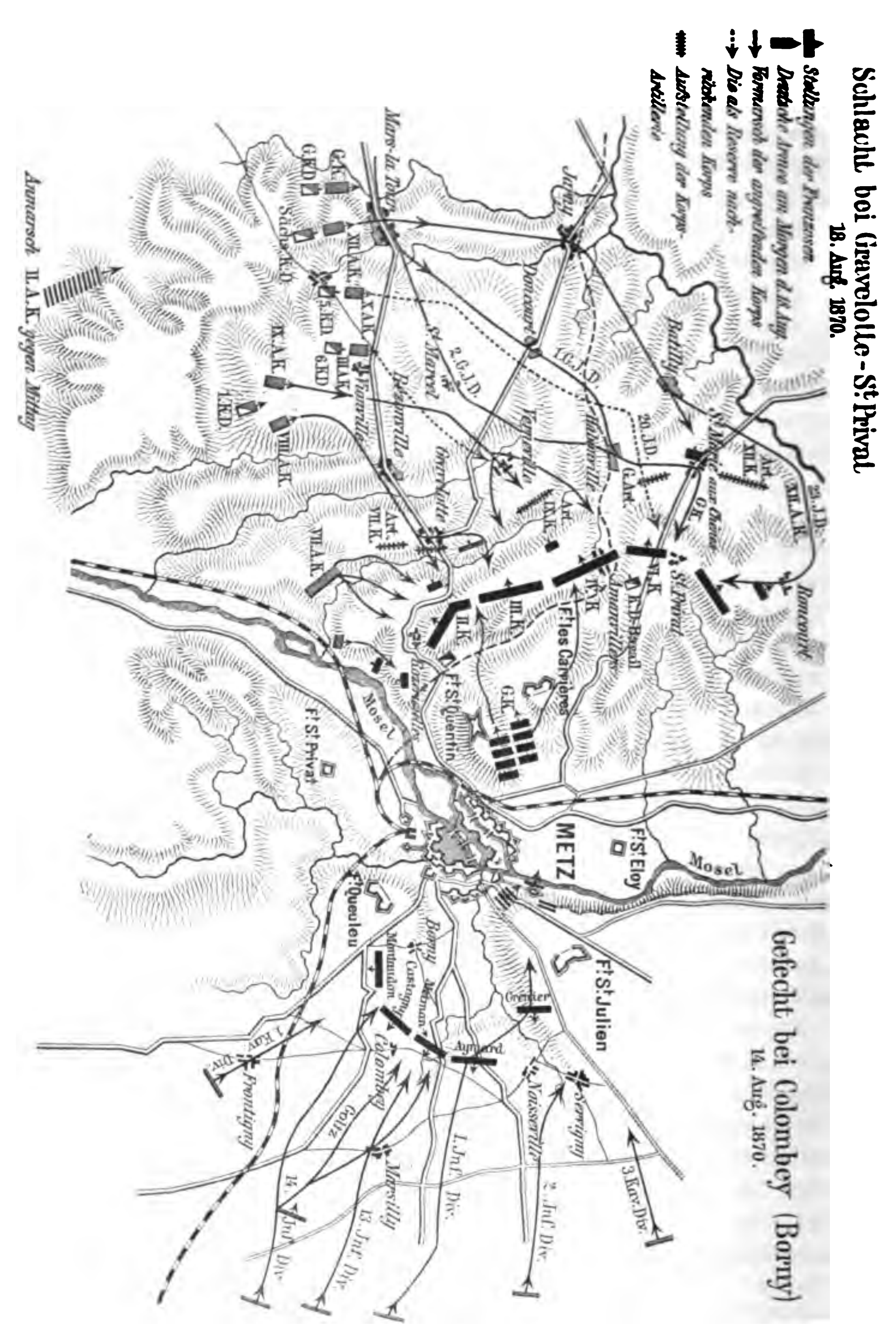
[1]) Die Ansicht Moltkes, daß Mars la Tour als gewonnene Schlacht anzusehen sei, wird weder von Hohenlohe, noch von dem Verfasser der „Stärkeverhältnisse im deutsch-französischen Kriege" geteilt. Woide konstatiert zwar, daß der von Friedrich Karl gesuchte taktische Erfolg nicht erreicht wurde, hält aber an dem Begriffe des „strategischen Sieges" fest.

[2]) Es ist wohl begreiflich, daß Bismarck, als er seinen Sohn Herbert verwundet unter 250 Schicksalsgenossen im Pachthofe Mariaville traf und vom Tode der Reuß, Wesdehlen, Westarp, v. Kleist, Wittgenstein, Schwerin und so vielen anderen Befreundeten hörte, in Vorwürfe gegen Voigts-Rhetz und Steinmetz ausbrach (Briefe an seine Gattin 1870—71), aber ganz gerecht waren sie nicht. Er sprach von „Verschwendung der besten Soldaten Europas". Mars la Tour mußte geschlagen werden, andere als die besten Soldaten konnten so nicht schlagen!

versuchten erneuten Angriffs der Deutschen zu bestimmen und aus diesen beiden Corps seine Nachhut zu bilden. Alles übrige konnte am 17. und auch noch am 18. morgens nach Nordwesten und Norden abmarschieren. Er verwendete aber den 17. dazu, um mit seiner ganzen Armee eine feste Stellung vor Metz, Front gegen Westen, zu beziehen und ließ den Gegner völlig unbelästigt bei den Vorbereitungen für einen allgemeinen Angriff am 18. Seine Begründung dieses Entschlusses besteht darin, daß er damit den Deutschen die größten Verluste beibringen zu können hoffen durfte.[1]) Er behauptet, geglaubt zu haben, daß die nächste Schlacht seinen freien Abzug zur Folge haben werde, und führt aus, daß er sich nur in der Nähe von Metz vor Munitionsmangel habe schützen können. Beide Gründe sind unhaltbar. Hohenlohe erklärt sich das Unvermögen Bazaines am 17. zu einem energischen Entschluß zu kommen aus seiner persönlichen Teilnahme am Kampfe des vorausgehenden Tages. Er war von einer preußischen Attacke ereilt worden, mußte selbst den Degen ziehen, sah seinen Adjutanten neben sich fallen. „Er befand sich auf dem Flügel bei Rezonville, der zum Zurückgehen genötigt wurde. Dort dauerten die unaufhörlichen Angriffe des Feindes bis in die Dunkelheit hinein. Von den Fortschritten des rechten Flügels hatte er vielleicht noch keine genaue Kenntnis, als er den Rückzug auf Metz befahl. Persönlich durch den Kampf, die Aufregung und das Getümmel, in das er geraten war, gewaltig erschüttert, vielleicht auch aufs höchste überrascht durch das plötzliche Erscheinen so großer Massen des Feindes, wo er bisher gegen keine Gefahr Fürsorge getroffen hatte, in Unkenntnis über diejenigen feindlichen Unterstützungen, die noch hinzukommen konnten, da ihm seine Kavallerie gar keine Nachrichten brachte, mag er eben in der Stimmung gewesen sein, in welcher er die gesamte Armee verloren glaubte, wenn sie sich von der Festung trennte, und gab jenen unheilvollen Befehl."

Im Großen Hauptquartier, wo man nur sehr ungenaue, zum Teil widersprechende Nachrichten von der noch sehr ermüdeten Reiterei erhielt, nahm man, wie Moltke erzählt, den Abmarsch der Rheinarmee über Doncourt für möglich an; „fand man den Gegner im Abmarsch begriffen, so war er unverzüglich" — durch die Zweite Armee — „anzugreifen, während der rechte Flügel" — die Erste Armee — „zur Unterstützung nachrücken würde. Ergab sich, daß der Feind bei Metz verbliebe, so sollte der linke Flügel östlich einschwenken und seine Stellung vom Norden her umfassen, der rechte aber, bis dies wirksam wurde, nur ein hinhaltendes Gefecht führen". Der zweite Fall traf ein; man fand die französische Armee am Morgen des 18. August auf der Hochfläche im Westen von Metz, der linke Flügel nur durch ein schmales Thal vom Mont St. Quentin entfernt, der rechte 12 Kilometer von Metz, an der Straße nach Montmédy, etwas zurückgezogen bei St. Privat. Im Süden bei Rozerieulles stand Frossard, neben ihm Leboeuf; das Zentrum hielt L'Admirault bei Armanvillers, auf

[1]) „Les combats précédents m'avaient montré, qu'une, peut-être deux batailles défensives, dans de positions que je considérais comme inexpugnables, useraient les forces de mon adversaire, en lui faisant éprouver des pertes très-considérables, qui, répértées coup sur coup, l'affaibliraient assez pour l'obliger à me livrer passage sans pouvoir s'y opposer sérieusement" (L'Armée du Rhin, p. 66—68).



beiden Seiten der vorgenannten Straße Canrobert; hinter ihm die Kavalleriedivision Barrail. Die Garde unter Bourbaki bildete ursprünglich die Reserve, die hinter dem Fort gedeckt stand; die Division Lapasset vom 5. Corps und die Kavalleriedivision Forton waren am linken Flügel im Moselthal Frossard an-

gegliedert. Auf einer Strecke von nahezu 13 Kilometer Länge befanden sich 186 Bataillone, 123 Eskadronen, 87 Batterien. Ihnen gegenüber entwickelte sich Steinmetz mit dem VII. und VIII. Corps gegenüber Frossard im Bois des Ognons und bei Gravelotte, anschließend bei Verneville das IX., hinter diesen das III. und X. Corps. Die Garde und die Sachsen marschierten um 9 Uhr nach Mars la Tour ab und gelangten erst zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags in die ihnen angewiesenen Stellungen von St. Marie aux Chênes. Kronprinz Albert von Sachsen erkannte, daß er, um den rechten Flügel der französischen Stellung zu umfassen, noch weiter ausholen müsse, und zog die 23. Infanteriedivision bis Roncourt. Im Anmarsch befand sich das II. Corps, das gegen Mittag noch 4 Kilometer südöstlich von Gorze eingetroffen war. Samt einer Brigade des I. Corps und 4 Kavalleriedivisionen (Garde, 1., 5., 6.) kamen beim Angriff auf die vielfach durch Schanzen verstärkte Stellung des Feindes im Laufe des Tages zur Verwendung 208 Bataillone, 173 Eskadronen, 122 Batterien.

Der linke Flügel Bazaines war so stark, daß dort das Gefecht, das um 12 Uhr begann, sich nicht zu Gunsten der Deutschen wenden konnte. Selbst das Einsetzen des II. Corps, das um 2 Uhr morgens von Pont-à-Mousson aufgebrochen und abends bei Gravelotte eingetroffen war, konnte daran nichts ändern. „Es wäre richtiger gewesen," sagt Moltke, „wenn der zur Stelle anwesende Chef des Generalstabs der Armee dies Vorgehen in so später Abendstunde nicht gewährt hätte. Eine völlig intakte Kerntruppe konnte am folgenden Tage sehr erwünscht sein, an diesem Abend aber hier kaum noch einen entscheidenden Umschwung herbeiführen." Auch im Zentrum scheiterte der Angriff, der von General v. Manstein zu früh begonnen worden war. Er zog das Artilleriefeuer des Corps L'Admirault und auch des linken Flügels Canroberts auf sich, die französischen Tirailleure schlichen sich bis nahe an die Geschützstellungen heran, so daß erst das Einrücken der Brandenburger (III.) in die Gefechtslinie die Stellung der tapferen Schleswig-Holsteiner und Hessen wieder festigte. Die Wegnahme von Amanvillers, zu der auch eine Gardebrigade herangezogen wurde, gelang nicht. Auch am linken Flügel konnten die Deutschen lange keinen Fortschritt erreichen. Das Gardecorps stürmte mit enormen Verlusten über die kahlen Böschungen von St. Privat, konnte aber nicht auf die Höhe gelangen. Wenn Canrobert einen Gegenstoß versucht hätte, bevor die Sachsen eingreifen konnten, so hätte die Garde nach Marie aux Chênes zurückgehen müssen. Das Zündnadelgewehr kam immer erst später als das Chassepot zur Geltung, weil die Fernwirkung des letzteren eine weit verderblichere war. Das Vorgehen von 24 Batterien in der rechten Flanke brachte den Garden erst wirksame Unterstützung, indem von 800 Meter Entfernung ein so kräftiges Feuer gegen St. Privat eröffnet werden konnte, daß das Dorf in Brand geriet. Als gleichzeitig auch die Sachsen über Roncourt hereinbrachen, mußte Canrobert seine Bataillone zurückziehen. Sie eilten bereits in das Moselthal hinab, als die französische Gardegrenadierdivision, von Bazaine entsendet, daherkam, zu spät, um die prächtige Stellung von St. Privat retten zu können. Auch das 4. französische Corps verließ zum Teil seine Stellungen. Amanvillers aber blieb noch während der Nacht von ihm besetzt.

Durch den Erfolg des linken deutschen Flügels war die Kraft des Widerstandes der Rheinarmee gebrochen und dadurch auch ein wirklicher Sieg erfochten. Bazaine konnte jetzt nichts anderes mehr thun, als seine Truppen hinter die schützenden Forts von Metz führen.[1]) Die französischen Schriftsteller, auch Chuquet, der ernst zu nehmen ist, behaupten, Canrobert sei unterlegen, weil er nicht unterstützt wurde; sie lassen sich fast insgesamt von der Erzählung des Generals Jarras beeinflussen, der unverblümt zu verstehen gibt, der Marschall habe sich am 18. schlagen lassen wollen, er habe sich nach 7 Uhr abends im Fort Saint-Quentin eingeschlossen, keine Meldung mehr angenommen und keinen Befehl mehr erteilt. Jarras will glauben machen, daß Canrobert mit 3 bis 4 Batterien und der Gardedivision Picard, wenn sie rechtzeitig gekommen wäre, St. Privat hätte halten können. Es ist unrichtig. Das sächsische Corps traf in Roncourt schon sehr wenig Widerstand, es hatte noch reichlich Kräfte einzusetzen, die jener Gardedivision überlegen gewesen wären. Der Rückzug Canroberts war eine Flucht, seine Truppen waren durch den langen Kampf physisch und moralisch erschöpft, die deutschen nicht.

Man kann an der Durchführung der von Moltke ausgegebenen Befehle für den 18. August manches tadeln; es ist nicht zu bezweifeln, daß der Angriff auf die überaus feste Stellung Bazaines weniger Opfer gekostet und zu einer noch nachhaltigeren Erschütterung der Rheinarmee geführt hätte, wenn nicht im Zentrum voreilig angegriffen worden, wenn die Garden nicht gezwungen worden wären, sich schutzlos dem vernichtenden Feuer der gedeckt schießenden Gegner auszusetzen,[2]) wenn sie erst gleichzeitig mit den Sachsen gestürmt hätten. An der Anlage der Schlacht ist nichts auszusetzen. Die Idee, eine Feldarmee von 140000 Mann bei Metz festzulegen und eingeschlossen zu halten, ist an sich großartig und genial, ihre Wirkung so groß als die der kühnsten Schlachtanlagen, mindestens so groß, wie die von Austerlitz und Wagram. Mehr als die Hälfte des Napoleonischen Heeres war nahezu unschädlich gemacht; es war vom 19. August an gefangen und wurde von der Teilnahme an allen Unternehmungen der Nation zur Abschüttelung der ihnen auferlegten Waffengewalt abgehalten. Daß die Waffenstreckung erfolgen mußte, wenn kein Entsatz kam, war selbstverständlich und eine notwendige Folge der deutschen Siege bei Metz und nur dieser allein.

Bei Gravelotte und St. Privat, wie wir die dritte Metzer Schlacht nennen, fochten 166400 Mann, 21000 Reiter mit 732 Geschützen auf deutscher Seite gegen 99500 Mann, 13300 Reiter mit 520 Geschützen auf französischer; die Schlacht dauerte fast zehn Stunden und kostete den Deutschen 901 Offiziere, 18738 Mann an Toten und Verwundeten, den Franzosen 484 Offiziere und 7369 Mann. Vermißt wurden bei jenen 493 Mann, bei diesen 111 Offiziere und 4309 Mann.

---

[1]) Der Satz Bleibtreus: „Man konnte Bazaine gar nie zwingen, nach Metz hineinzugehen, wenn er es nicht selber nach reiflicher Ueberlegung that", ist auf den 18. August nicht anwendbar. Auch Bleibtreu, dessen Phantasie sich nicht leicht Beschränkungen auflegen läßt, wagt es nicht, seinen Lesern die Möglichkeit glauben zu machen, Bazaine habe nach Gravelotte-St. Privat noch eine Schlacht annehmen können.

[2]) Das strenge Urteil Bismarcks über die Führung des Gardecorps bei Keudell, S. 452.

Der Eindruck des Sieges wurde bei den Mitkämpfenden geschwächt und fast aufgehoben durch die Trauer über die Opfer, die er gekostet hat. „Ich scheue mich, nach den Verlusten zu fragen," schrieb König Wilhelm an die Königin am Morgen des 19. August in jenem schmucklosen Zimmer eines Bauernhauses zu Rézonville, in dem er nach dem furchtbaren Schlachttage Ruhe gefunden hatte. Der Kronprinz rief bei der Verlesung der ersten Verlustliste, die ihm nach Nancy gemeldet wurde: „Schrecklich, schrecklich! Gerade unsere besten Offiziere sind geblieben. Wie sollen wir den Krieg zu Ende führen, wenn wir solche Verluste haben!" Auch Roon drückt in einem Briefe an Blankenburg aus Pont-à-Mousson vom 22. seine Sorge um den Ersatz der gefallenen Offiziere aus: „Es sind einzelne Regimenter in wahrhaft tragischer Weise von Offizieren degarniert worden. Das 1. Gardedragonerregiment hat beide Stabsoffiziere, 3 Rittmeister und ich glaube 5 Leutnants tot, und von einem anderen Regiment (66. oder 56.)[1]) hörte ich, daß es am 16. über 1400 Mann an Toten und Verwundeten gehabt, und ich sah zwei seiner Bataillone, von denen das eine von einem Feldwebel, das andere von dem einzigen (noch jungen) Offizier geführt wurde. Wir haben überhaupt zu wenig Offiziere im Frieden ... Das kommt von den parlamentarischen Knausereien her; man vergißt: je weniger Offiziere, desto weniger Seele hat ein Truppenkörper. — Daß ich Dir von solchen Dingen spreche, bezeugt, was mich innerlich am meisten beschäftigt."

„Moltke war mit dem erreichten großen Ergebnis zufrieden," berichtet v. Keubell, „und meinte, daß dagegen die gemachten Fehler völlig zurückträten; es könne im ‚großen Kriege' sogar vorkommen, daß ein ganzes Armeecorps völlig aufgerieben würde, und auch das müßte man dann verschmerzen, wenn der erhoffte Zweck erreicht wäre." Der deutsche Generalstabschef zeigte sich nach den Metzer Schlachten seiner Aufgabe viel besser gewachsen, als nach Königgrätz. Er übersah die bei Mars la Tour und St. Privat geschaffene Lage sehr rasch und war mit den Maßregeln sofort bereit, die zu ihrer Ausnützung ergriffen werden mußten. „Nachdem der Feldzug gegen die französische Rheinarmee damit geendet hatte, daß diese in die Festung Metz hineingedrängt und also vorläufig außer Thätigkeit gesetzt war, konnte der alte Plan Moltkes, sich der feindlichen Hauptstadt zu bemächtigen, wieder aufgenommen werden. Was sich dem deutschen Vormarsch auf Paris an feindlichen Kräften entgegenzustellen vermochte, war voraussichtlich nicht allzuviel; nötigenfalls mußte man es über den Haufen rennen oder gleichfalls von Paris abzudrängen suchen. Die nach Metz hineingeflüchtete Armee Bazaines mußte inzwischen festgehalten werden, bis sie durch Hunger oder Gewalt zur Kapitulation gezwungen werde."[2]) Sieben Armeecorps, die drei der bisherigen Ersten Armee, das II., III., IX. und X. Corps samt den Kavalleriedivisionen 1 und 3 der Zweiten Armee mußten ausreichen, die Einschließung der Armee Bazaines bei Metz zu besorgen; sie konnten durch Landwehrtruppen und schweres Geschütz, das herangeholt werden mußte, verstärkt werden. Ihr Befehlshaber wurde Prinz Friedrich Karl. Aus dem

---

[1]) Beide westfälischen Regimenter kämpften am linken Flügel bei Bruville.

[2]) Bigge, Feldmarschall Graf Moltke.

IV., XII. und Gardecorps samt den zwei Kavalleriedivisionen (5. und 6.), die vor Metz keine Verwendung finden konnten, wurde eine neue Armee, die Maasarmee, unter dem Kronprinzen von Sachsen (Generalstabschef General v. Schlotheim) gebildet. Ihre Bestimmung war, sich als rechter Flügel der Dritten Armee bei dem sofort einzuleitenden Vormarsch anzugliedern. Vor Metz blieben rund 150 000 Mann, den Marsch nach Paris traten rund 212 000 Mann an; Châlons hatte ihnen als Richtung zu dienen.

Die gegnerische Armee, die man in Châlons vermutete, befand sich aber nicht mehr dort, als die deutschen Reiter (4. Kavalleriedivision) in die Nähe des berühmten Lagers und des beliebtesten Paradefeldes der Franzosen gelangten. Mac Mahon war am 17. August mit den Trümmern seines 1. Corps (jetzt Ducrot) dort angelangt; ihm folgten am 20. das 5. (Failly) und das 7. (Felix Douay). General Trochu hatte außerdem aus der von den Pyrenäen herangezogenen Division und 4 Marineregimentern, auf deren Verwendung zur See verzichtet wurde, ein 12. Corps (Lebrun) zusammengestellt. Samt der 1. und 2. Kavalleriedivision ergaben diese 4 Corps 166 Bataillone, 100 Schwadronen, also 110—120 000 Mann[1]) mit 450 Geschützen. Mac Mahon hatte die Absicht, diese Armee samt dem Kaiser nach Paris zu führen und gestützt auf dessen Festungswerke noch eine Schlacht zu schlagen. Die Kaiserin Eugenie und General Cousin de Montauban, Graf von Palikao, der Chinesenbesieger und Schatzräuber von Peking, depeschierten jedoch aus Paris, dies gehe nicht an, Frankreich verlange, daß man Bazaine bei Metz die Hand reiche und die Preußen endlich in der Champagne fange und vernichte. Der Kaiser würde, wenn er sich von der Armee trenne, kaum lebendig in die Tuilerien kommen. Am 21. und 22. August wurde in Châlons mit Rouher verhandelt, der die Ansicht der Pariser Regierung vertrat, von Mac Mahon jedoch überzeugt wurde, daß der Marsch durch die Argonnen mitten in die deutschen Heeresmassen ein Abenteuer sei, aus dem nichts Gutes entstehen könne, daß er hingegen mit dem Kern von Linientruppen, den er nach Paris führen wolle, eine Streitmacht von 250—300 000 Mann organisieren könne. Der Marschall änderte jedoch seine Anschauung der Sachlage selbst, als Nachrichten von Bazaine über Montmédy beim Kaiser eintrafen. Sie verschleierten den eigentlichen Thatbestand, meldeten vom 18. abends, daß das 4. und 6. Corps ihre rechten Flügel zurückgenommen hätten, um eine Rechtsumgehung des Feindes zu parieren, und stellten nach zwei bis drei Tagen der Ruhe für die ermüdeten und schlecht verpflegten Truppen den Abmarsch der ganzen Rheinarmee nach Nordwesten oder Norden in Aussicht.[2]) Als man dies in Châlons las, mußte man annehmen, daß die von Bazaine angedeutete Bewegung

[1]) Die „Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften" (Heft 12) berechnen im Gegensatze zu allen französischen Quellen, deren Angaben zwischen 117 000 und 145 000 Streitern variieren, nur 90 000 Mann und 9500 Reiter, was in Anbetracht der Verlustziffern zu nieder geschätzt sein dürfte.

[2]) Je compte toujours prendre la direction du Nord et me rabattre ensuite par Montmédy, sur la route de Sainte-Ménehould à Châlons, si elle n'est pas fortement occupée; dans le cas contraire je continuerai sur Sedan et même Mézière pour gagner Châlons („L'Armée du Rhin, p. 75).

bereits begonnen habe, und sie zu unterstützen hielt Mac Mahon sich verpflichtet.[1]) Er rückte am 23. in der Richtung nach Stenay ab, ohne daß die neu organisierte Armee genügend für den Marsch vorbereitet war. Man mußte über Rethel gehen, um sich der dort befindlichen reichen Magazine bedienen zu können. Man kam sehr langsam vorwärts, am 25. war man nördlich von Vouziers, am 26. bei Attigny und La Chêne. — Châlons wurde geräumt; Trochu führte die 18 Mobilgardenbataillone, die Mac Mahon nicht brauchen konnte, nach Paris zurück, wo er den Oberbefehl übernahm.

Im Großen Hauptquartier der deutschen Armeen erhielt man schon am 24. Andeutungen von der Absicht Mac Mahons, die bei Metz eingeschlossene Armee zu entsetzen; man befand sich jedoch noch in Unsicherheit über die Richtung seines Marsches. Der Aufklärungsdienst war durch den Argonnenwald und die feindselige Haltung der Einwohner dieses Gebietes erschwert. Die Regierung und die Presse verlangte nicht nur die Erhebung in Masse, sondern auch den kleinen Krieg mit allen den schändlichen und verrohenden Mitteln des Hinterhalts, des Ueberfalls, der Verstellung, des Mordes und der Peinigung, zu dem der fanatische Haß verleitet. „Das Franktireurwesen wurde den kleineren Unternehmungen lästig, ohne freilich den Gang der großen Operationen zu beeinflussen. Aber es mußte natürlich den Soldaten, der sich weder bei Tage noch bei Nacht mehr sicher fühlte, erbittern, es verschärfte den Charakter des Krieges und steigerte die Leiden des Landes" (Moltke). Die Nachteile, die Frankreich infolge seines von der Bevölkerung ausgeübten, das Völkerrecht verletzenden Widerstandes gegen die deutschen Heere erlitt, übertrafen in riesigen Verhältnissen die Förderung, die der Krieg, der geordnete, legitime Widerstand dadurch erfuhr; der größte und nachhaltigste Schaden für das französische Volk dürfte aber darin gelegen sein, daß es der Chevalerie, die ihm Jahrhunderte hindurch einen besonderen Glanz vor allen Völkern verlieh, die selbst von den Heeren des großen Napoleon noch nicht ganz aufgegeben worden war, für immer entsagte und infolgedessen es auch seinen wärmsten Freunden nicht mehr ermöglichte, ihm den Charakter besonders vornehmer Gesinnung zuzuschreiben.

Am 25. erfuhr die deutsche Heeresleitung zu Bar le Duc „durch ein Telegramm aus Paris über London", daß Mac Mahon bei Reims stehe, „er suche Vereinigung mit Bazaine zu gewinnen". Moltke gab den beiden Armeen für den 26. eine etwas nach Norden zielende Richtung, arbeitete aber schon an diesem Nachmittag ein Marschtableau aus, „nach welchem die drei Corps der Maasarmee und die beiden zurückstehenden bairischen in drei nicht allzugroßen Märschen in der Gegend vor Damvillers am rechten Ufer der Maas versammelt werden konnten". Zu einer Schlacht, die dort gegen Mac Mahon geschlagen werden müsse, glaubte der Chef des Generalstabs auch zwei Corps von der Einschließungsarmee Friedrich Karls heranziehen zu können. Die Dritte Armee wollte er in der Richtung nach Paris fortmarschieren lassen. In der Besprechung, die am 26. mittags in Bar le Duc abgehalten wurde, setzte es Blumenthal aber durch,

[1]) Arthur Chuquet behauptet, Oberst Stoffel habe eine Depesche Bazaines vom 20., die seinen Abmarsch unwahrscheinlich machte, dem Marschall Mac Mahon nicht mitgeteilt.

daß die Dritte Armee die Rechtsschwenkung mitmachte und von Revigny aux Vaches sofort nach St. Ménehould einschwenkte. Mac Mahon wäre am 26. und 27. noch in der Lage gewesen, durch einen Vorstoß nach Süden die Maasarmee zu treffen und sie vielleicht zurückzuschlagen, ehe die Baiern und andere Teile der Dritten Armee zu Hülfe kommen konnten. Es wären etwa 100 000 Franzosen gegen 80 000 Deutsche gestanden, was den Sieg der ersteren zwar durchaus nicht verbürgte, aber wenigstens nicht unmöglich erscheinen ließ. Aber auch in diesem günstigen Falle war eine Ausnützung des etwa gewonnenen Sieges kaum zu erwarten gewesen. Der Herzog von Magenta handelte daher sehr klug, indem er mit Vermeidung eines Kampfes nach Montmédy zu kommen trachtete, wo er Bazaine zu finden hoffen durfte. Als er am 27. erfuhr, daß die ganze Rheinarmee sich noch bei Metz befand, wollte er den Entsatz aufgeben und doch nach Paris zurückgehen. „Von dort liefen aber noch in der Nacht die dringendsten Gegenvorstellungen ein. Der Kriegsminister telegraphierte: Wenn Sie Bazaine im Stich lassen, so bricht die Revolution aus, und der Ministerrat stellte die bestimmte Forderung, Metz zu entsetzen. Was der Marschall vor sich habe, sei nichts als ein Teil der Einschließungsarmee, vor dem Kronprinzen von Preußen habe er einen Vorsprung von mehreren Tagen voraus, und zum Schutz von Paris sei General Vinoy mit dem neu formierten 13. Corps nach Reims abgerückt" (Moltke). Dies war die Entscheidung, die dem Kaiserreich den Todesstoß versetzt hat. Wenn Vinoy nach Paris gerufen worden wäre und die Stadt besetzt hätte, während Mac Mahon vor Paris die deutschen Armeen erwartete, hätte Napoleon III. vielleicht den Frieden mit Aufopferung von Straßburg und dem Elsaß schließen können. Wenn der Ordonnanzoffizier Trochus, Graf d'Hérisson, auf seinen Streifzügen auch den Eindruck erhalten hat: „Paris avait plutôt l'air de préparer une révolution qu'une défense régulière", so ist damit aber noch lange nicht gesagt, daß Paris mit seinen Vorbereitungen für die Revolution schon so weit vorgeschritten war, um sie gegen 50 000 Mann durchzukämpfen, wenn noch 100 000 schlachtengewohnte Krieger vor den Thoren standen, die von größtenteils der Dynastie ergebenen Offizieren geführt wurden.

Die Bewegungen der Armee Mac Mahons am 28. und 29. August waren sehr unsicher. Der Marschall glaubte auf Nachrichten über den Feind warten zu müssen, ehe er entschieden vorgehen dürfe, und hat damit den Augenblick versäumt, in dem er unangefochten über die Maas kommen konnte.[1]) Lebrun mit dem 12. Corps und der Kavalleriedivision Marguerite hatte den Uebergang bei Mouzon eben begonnen, als das rechte Flügelcorps Failly im Bois des Dames südlich von Beaumont von den Sachsen (XII.) angegriffen wurde. Kapitän

---

[1]) Eine Besprechung aller möglichen strategischen Kombinationen und Variationen für die Begegnung der beiden Heere bietet K. Bleibtreu in seinen „Kritischen Beiträgen". So interessant diese litterarische Kriegführung ist, so wenig Bedeutung haben die dabei ausgerechneten „bedingten" Erfolge für die Geschichte. Ihr Wert ist nicht größer als das Urteil der „Unparteiischen" bei den großen Manövern, durch das oft ganze Brigaden außer Gefecht gesetzt werden, die im Ernstfalle einen bewunderungswürdigen Sieg erfechten konnten. Der Marschleistungen, die Bleibtreu der französischen Armee am 30. und 31. August zumutet, war sie gewiß nicht mehr fähig!

Grouchy, den Mac Mahon mit dem Befehle, bei Beaumont stehen zu bleiben, an Failly abgesendet hatte, wurde von preußischen Husaren aufgefangen; das ihm abgenommene Schriftstück klärte Moltke die Absichten des Gegners völlig auf. Die ganze Maasarmee und 4 Corps der Dritten Armee konnten am 30. bereits zum Angriff auf Beaumont in Verwendung gebracht werden. Er traf zuerst auf das Corps Failly, das am 30. um 4 Uhr morgens erst bei Beaumont angelangt war, und den Vormittag hier rasten sollte, um dann Lebrun über die Maas zu folgen. Chuquet schildert die Verhältnisse, unter denen das Corps von Gustav Alvenslebens Sachsen und Anhaltern überrascht wurde: „Beaumont liegt in einem Grunde, den von drei Seiten dichte Wälder beherrschen. Anstatt die Höhen und besonders die Hügel Des Gloriettes zu besetzen, hatte Failly seine Truppen um die Stadt zerstreut. Er sollte erst am Nachmittag nach Mouzon weitergehen und zeigte eine unglaubliche Sorglosigkeit. Die Offiziere machten es sich bequem, die Soldaten gingen in Hembärmeln umher oder suchten nach Lebensmitteln, zündeten Küchenfeuer an, putzten ihre Waffen und führten die Pferde zur Tränke. Kein Posten, keine Schildwache war aufgestellt, nicht die allergewöhnlichsten Vorsichtsmaßregeln waren getroffen, und von ferne hielt der Feind anfangs diese sorglosen Menschen für Zigeuner in ihrem Lager oder für Einwohner von Beaumont, die aus Neugierde einen früheren Lagerplatz besuchten." Wie immer erholten sich die Franzosen, die sich nicht verblüffen lassen, sehr bald von ihrem ersten Schrecken und griffen die Vortruppen der 8. Division mit überlegenen Kräften an. Als aber auch die 7. Division in das Gefecht einrückte, zogen sich die Franzosen aus der Stadt in die nördlich von ihr gelegenen Waldberge zurück. Um 3 Uhr nachmittags griffen bereits rechts sächsische, links bairische Batterien in den Kampf ein. Bei Mouzon sammelte Failly seine zersprengten Bataillone und erhielt Verstärkung von Lebrun, der 2 Brigaden und 4 Batterien wieder auf das linke Maasufer zurückgehen ließ. Hier spielte sich der zweite Teil des Gefechtes ab, in dem sich die Franzosen nach Möglichkeit gegen die anrückenden 3 deutschen Corps verteidigten, aber endlich das ganze linke Maasufer aufgeben und an das rechte zurückgehen mußten. Schon während des Gefechtes bei Beaumont war die Division Dumesnil des 7. Corps vom II. bairischen Corps in ihrem Marsche nach Mouzon aufgehalten worden und nach Remilly zurückgegangen.

In den Gefechten dieses Tages standen 61500 Mann, 6000 Reiter mit 276 Geschützen auf deutscher Seite 55000 Mann, 3500 Reitern mit 246 Geschützen auf französischer gegenüber; die Deutschen verloren 145 Offiziere, 3200 Mann tot und verwundet, 182 Mann vermißt, die Franzosen 3500 Mann tot und verwundet, 2000 Gefangene, 42 Geschütze. Das Corps Failly war fast ganz aufgelöst, es war undenkbar, es in diesem Zustande weiterzuführen. Französische Quellen berichten, daß infolge des moralischen Eindrucks, den der Kampf von Beaumont zurückließ, schon 5000 Mann die belgische Grenze überschritten haben. Die Verhältnisse würden kaum andere gewesen sein, wenn Felix Douay sich an dem Gefechte bei Mouzon beteiligt hätte, und es würde ebensowenig ausführbar gewesen sein, was Karl Bleibtreu dem Marschall Mac Mahon zumutet, seine Truppen am östlichen Ufer des Chiers, also bei Carignan, zu sammeln,

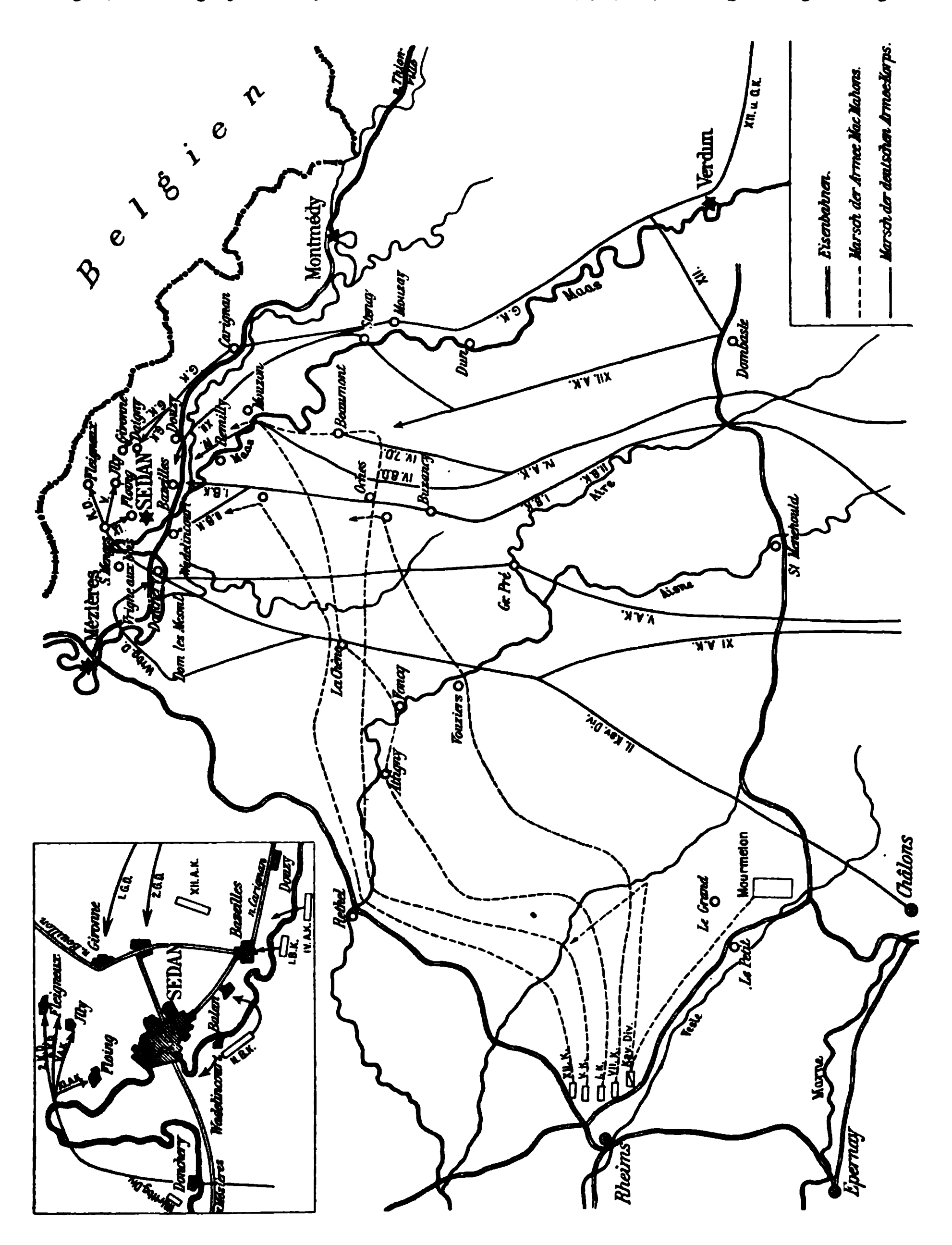
wo schon das Corps Ducrot (1.) und Kaiser Napoleon sich befanden, und „im Bogen am Rücken der Deutschen anzulangen“. Von Mouzon hätte die Maasarmee nicht weiter nach Montmédy gehabt als die Armee von Châlons von Carignan, und mit beiden bairischen Corps, die zur Stelle gebracht werden konnten, war sie ihrem Gegner mehr als gewachsen. Sie brauchte ihn in Montmédy nur festzuhalten, sich südöstlich zu entwickeln, dann wäre die Einschließung durch die rechts einschwenkende Armee des Kronprinzen wahrscheinlich ebenso sicher erfolgt, wie bei Sedan.

Mac Mahon konnte am 31. August nichts anderes beginnen, als seine Streitkräfte nach Sedan zurückführen. An demselben Tage auch nach Mézières weiter zu marschieren, wie man von der Armee von Châlons nachträglich verlangt hat, wäre unmöglich gewesen. Die Leute marschierten seit fünf Tagen im elendsten Wetter hin und her, waren schlecht verpflegt, sie fielen in Sedan erschöpft nieder und schliefen ein. Von den Deutschen rückte die Garde am 31. bei Carignan über den Chiers und kam bis Sachy, die Sachsen kamen bis Donsy und über die Maas bis Francheval, das VI. Corps blieb in Mouzon. Das I. bairische Corps unterhielt bei Remilly einen Geschützkampf mit dem 12. französischen bei Bazeilles, das II. bezog sein Biwak bei Roncourt, ihm zur Linken erschienen XI. und V., dessen Vortruppen westlich von Sedan die Maas übersetzten und in Donchery Halt machten. Die 6. Kavalleriedivision und die württembergischen Reiter berührten sich noch weiter westlich bereits mit den Avantgarden Vinoys, der bei Mézières stand.

Am 1. September morgens hätte Mac Mahon den Abmarsch von Sedan nach Mézières vielleicht erringen können, wenn sich sein 12. Corps nicht südöstlich von Sedan hätte festhalten lassen. Dies zu erreichen hatte Moltke aber schon die nötigen Vorkehrungen getroffen. Er war schon am Nachmittag des 31. August bei Blumenthal gewesen und hatte händereibend mit sarkastischem Lächeln zu diesem gesagt: „Nun haben wir sie doch in der Mausefalle.“ Die beiden Generale hatten sich dann über die Aufgaben des kommenden Tages mit wenigen Worten geeinigt; der Kronprinz von Sachsen war auf die Absicht der Heeresleitung sofort eingegangen, als man den Feind bei Beaumont gestellt hatte, es bedurfte für ihn kaum einer Weisung, um ihn davon zu überzeugen, daß er seine Kolonnen östlich von Sedan bis an die belgische Grenze vorzuschieben und womöglich zwischen dieser und der Festung die allenfalls retirierenden Franzosen in Empfang zu nehmen hatte. Die Baiern mußten in der Front angreifen und ihren Gegner festhalten, die Corps XI und V den Durchbruch nach Mézières aufhalten. Dies alles vollzog sich mit jener Pünktlichkeit, die von deutschen Soldaten im Kriege wie im Frieden unerbittlich verlangt wird, es vollzog sich ohne weitschweifige Anordnungen wie von selbst und ohne bedenkliche Zwischenfälle oder Krisen.

Um 4 Uhr morgens schon packte General v. d. Tann mit seinen Baiern bei Bazeilles an, wo ein sechsstündiger Straßenkampf geliefert wurde, wie er wilder und hartnäckiger kaum jemals geführt worden ist. Die frischen Truppen, besonders die Marineregimenter Lebruns schlugen sich ruhmvoll und mit galli-

scher Hartnäckigkeit. Sie gaben den Altbaiern und Schwaben, mit denen sie zu thun hatten, die willkommene Gelegenheit, ihre solide Rauflust auch einmal im großen Kriege zu bewähren und mit den leidenschaftlichen Gegnern grimmigen



Ernst zu machen. Leider haben sich die Einwohner und unter diesen auch Frauen an den Verwundeten vergriffen und aus verschlossenen Häusern tückisch auf die ehrlich kämpfenden Truppen geschossen. Als man dies wahrnahm, kannte auch der deutsche Kriegszorn keine Grenzen und die Unthat wurde den Erzebenten

ehrlich zurückgezahlt.[1]) Nach Bazeilles wurde Balan erobert und gegen Mittag standen die Baiern schon fast unmittelbar vor den Thoren der Festung, während auf den übrigen Teilen des Schlachtfeldes noch um Stellungen auf den das Maasthal beherrschenden Höhen gestritten wurde.

Der nachhaltige Widerstand des 12. französischen Corps bei Bazeilles hing mit der Absicht Mac Mahons zusammen, gerade dort den Durchbruch zu versuchen und die Armee nach Montmédy zu führen. Der Marschall wurde um 6 Uhr morgens durch einen Granatsplitter schwer verwundet und übergab das Kommando um 7 Uhr dem General Ducrot, der das 1. Corps befehligte. Dieser hatte die Gefahr erkannt, in der die Armee schwebte, und wußte, daß es nur eine einzige Durchbruchstelle in ganz entgegengesetzter Richtung, bei Illy, gab. Er war im Begriffe, das 12. Corps staffelförmig aus dem Gefechte ziehen zu lassen und den Aufbruch der anderen vorzubereiten, als der am Tag vorher aus Afrika angelangte Divisionsgeneral v. Wimpffen eine Ordre des Kriegsministers vorwies, durch die er im Falle der Verhinderung des Marschalls mit dem Oberbefehl betraut wurde. Der Graf von Palikao hat durch die sinnlose Verfügung, mit der ein höchst beschränkter, militärisch ungebildeter Bramarbas an die Spitze einer Armee gestellt wurde, die ihn so wenig kannte als er sie, den einzigen wirklich zweckentsprechenden und mutigen Entschluß eines tüchtigen Generals in dem Feldzuge des Kaiserreichs auszuführen verhindert und die großartigste Kapitulation herbeigeführt, von der die Kriegsgeschichte erzählt.

Zwischen den Generalen v. Wimpffen und Ducrot entspann sich, nachdem dieser sein Kommando wieder hatte abgeben müssen, folgender Dialog: „Wimpffen: Fassen wir alle unsere Anstrengungen zusammen, um alles zu ekrasieren, was Lebrun vor sich hat. Ducrot: Aber die feindliche Infanterie, die seit frühem Morgen Francheval und Villers-Cernay passiert, wohin marschiert sie, wenn nicht nach Illy? Wimpffen: Illy? Was ist Illy? Ducrot: Ah, Sie wissen nicht, was Illy ist. Nun sehen Sie hier. (Er entfaltet eine Karte). Hier ist die Maasschleife, die gegen Norden ausbiegend nur einen schmalen Raum zwischen dem Fluß und der belgischen Grenze läßt. Nur an einem Punkt können wir durch, — das ist Illy. Wenn der Feind ihn schließt, sind wir verloren. Wimpffen (kaum einen Blick auf die Karte werfend): Gut, gut; aber im Augenblick ist Lebrun im Vorteil und wir müssen davon Nutzen ziehen. Was uns notthut, ist nicht ein Rückzug, sondern ein Sieg. Ducrot: Ein Sieg! Nun, seien wir froh, wenn wir am Abend noch einen Rückzug haben.“[2])

Der Verlauf der Schlacht bestand darin, daß die Franzosen nach stundenlangem heißen Ringen aus ihren Stellungen konzentrisch zurückgedrängt wurden

---

[1]) Die Anklagen, die der Herzog von Fitz-James gegen die deutschen Soldaten wegen Verübung völkerrechtswidriger Grausamkeiten gegen Wehrlose erhoben hat, wurden von dem Kriegskorrespondenten Vogel, der Augenzeuge der Kämpfe in Bazeilles gewesen, und vom General v. d. Tann entkräftet, der nach dem Friedensschlusse durch deutsche und französische Amtspersonen (darunter den Maire von Bazeilles) Erhebungen über die Opfer der Schlacht hat anstellen lassen. Verbrannt oder erstickt sind 2 bettlägerige Frauen, 3 Männer, 3 Kinder; getötet, verwundet, vermißt wurden infolge der Schlacht 1 Frau, 30 Männer; im ganzen von 2048 Einwohnern 39.

[2]) Ducrot, La journée de Sedan.

und sich auf dem Plateau massierten, das im Norden der Festungswerke von Sedan sich bis zu dem Calvaire von Illy erstreckt. Die schlichteste Darstellung eines berufenen Erzählers ist die Blumenthals, der an der Seite des Kronprinzen bei dem Schlößchen Pieux, auf einer Bergkuppe südlich von Donchery, die Schlacht beobachtete. „Vom ersten Anfang war es wohl unzweifelhaft, daß wir siegen mußten," schreibt der General, „allein bei jedem augenblicklichen Zurückweichen irgend einer Abteilung, was wir immer am Rauch bemerken konnten, stiegen bei dem hohen Herrn und anderen Besorgnisse auf, die mich nach genauer Kenntnis der Lage nur zum Lächeln bringen konnten. Um 10 Uhr war der Kronprinz von Sachsen offenbar im Vorgehen und auch unser XI. Armeecorps fing an, bei St. Menges in das Gefecht einzugreifen; ich konnte daher dem Kronprinzen sagen: Jetzt ist die Schlacht gewonnen, der Feind wird vernichtet oder gefangen.[1]) Viele stimmten mir bei; es gab aber auch noch Ungläubige und Aengstliche. — Es war eine großartige Schlacht; bis 7 oder 8 Uhr für uns durch dicken Nebel begünstigt, über den wir von unserem hohen Standpunkte aus fortsehen konnten. Der Gang des Gefechtes war ein sehr einfacher; die Truppen waren von Hause aus richtig dirigiert und ein weiteres Eingreifen mit Ausnahme unbedeutender Sachen nicht mehr nötig. Nachdem der Nebel sich verzogen hatte, wurde es ganz klar und der Anblick des Kampfes in der malerischen Gegend über alle Beschreibung schön. Wir konnten von unserem Standpunkte den größten Teil der feindlichen Aufstellung und des Kampfes sehen. Die mehrfachen mißlungenen Attacken französischer Kavallerie (die am meisten besprochene ist die der Kavalleriedivision Marguerite unter Führung des Generals Gallifet gegen zwei Compagnien des Infanterieregiments 87) auf Infanterie machten uns viel Herzklopfen und das fortwährende Sehen durch das Fernrohr machte mich halb blind. Der Kreis um den Feind wurde allmählich enger und um 5 Uhr, nachdem wir die Flucht des Feindes nach der Festung lange beobachtet hatten, schwieg der Kanonendonner."

Im Laufe des Nachmittags hatte sich ein todbringender Kranz von Batterien um das Schlachtfeld gebildet; die Franzosen kamen in Kreuzfeuer, aus dem es keine Rettung gab. Seitdem die Garde bei Givonne eingerückt war und das Corps Ducrot ins Bois de la Garenne hineingeworfen hatte, wurde der Raum für die Armee von Châlons immer enger, endlich so enge, daß es nur mehr eine Bewegung für sie gab, ein unbefohlenes Rückfluten aller Truppenkörper in die Tiefe des Maasthals. „In einem dichten Walde oberhalb Sedan," erzählt Graf Frankenberg, der zum Hauptquartier der Dritten Armee kommandiert war, „hatten sich noch große Massen feindlicher Infanterie festgesetzt. Dorthin richtete sich nun das verheerende Granatfeuer. Ueberall sahen wir die weißen Wölkchen der platzenden Geschosse aufsteigen, und deutlich konnte man auf einer Waldblöße die Massen von Flüchtigen erkennen, die eilig darüber hinwegliefen, um nach Sedan zu entkommen. Dieser feste Punkt erschien allein

[1]) Von Moltke erzählt Bigge, daß er bei der Beobachtung der östlichen Höhen, als er sich von dem Anrücken der Garde überzeugt hatte, dem König gemeldet habe: „Das Gardecorps greift ein. Ich wünsche Eurer Majestät Glück zu einem der größten Siege dieses Jahrhunderts."

der geschlagenen Armee noch als Rettung. So weit man mit einem ausgezeichneten Fernrohr des Prinzen, das fest aufgestellt war, sehen konnte, überall dasselbe Bild der wilden, ungeordneten Massen, die in wahnsinniger Flucht nach Sedan hineinliefen. Und drin füllte und füllte sich's in den engen Straßen, in den trockenen Gräben, auf dem Kirchhof und in der Citadelle. Wie ein wimmelnder Ameisenhaufen, den eine störende Hand aufgeregt hat, so liefen, drängten und krochen die Tausende und Tausende von Menschen, Pferden, Wagen, Geschützen und Karren durcheinander, bis alles eingekeilt in drangvoll fürchterlicher Enge keinen Raum, keinen Ausweg, keine Rettung mehr sah. Ringsum aber standen unsere Batterien, und Granate auf Granate kam gesaust und schmetterte Tod und Verderben in die geängsteten Scharen. . . ." Als der Kronprinz mit seinem Gefolge auf die Höhe Fresnois zum König hinüberritt, langte beim Oberkommando das Gerücht an, daß auch der Kaiser Napoleon in Sedan sei. Niemand wollte es zuerst glauben. Ein bairischer Hauptmann berichtete, daß General Meiringer schon durch ein Thor der Festung geritten sei. „Der König wandte sich zum General Hindersin: ‚Lassen Sie das Feuer einstellen,' befahl er. Dann sagte er zu dem Baier: ‚Reiten Sie hinunter und sagen Sie, ich erwarte einen Parlamentär mit Vollmacht hier zur Stelle. Der General drin kann nichts abschließen.' Fünf Minuten darauf schwiegen die Batterien und eine tiefe, feierliche Stille folgte auf das Gebrüll der Schlacht. Ein leises Summen stieg aus dem Thale herauf und lautlos erhoben sich die Rauchsäulen der Brandstätten in den goldenen Abendhimmel. Wieder kam eine Meldung. Ein Offizier vom Generalstab, Oberstleutnant Bronsart v. Schellendorf, trat ruhig vor den König hin und sagte: ‚Eure königliche Majestät, Sedan kapituliert mit der ganzen Armee, die darin ist, und dem Kaiser, der sich in ihrer Mitte befindet.' Einen Augenblick stockte da jedem der Hörer der Atem in der Brust, dann aber brach ein Freudensturm los, der die ernstesten Männer minutenlang mit sich fortriß." Der Parlamentär kam herangetrabt, ein Adjutant des Kaisers, Graf Reille. Dieser überbrachte den eigenhändigen Brief Napoleons des Inhalts: „Monsieur mon frère. N'ayant pas pu mourir au milieu de mes troupes, il ne me reste qu'à remettre mon épée entre les mains de Votre Majesté."

Das Nachspiel am nächsten Morgen erzählt Bismarck in einem Briefe an seine Frau vom 3. September 1870: „Gestern früh 5 Uhr, nachdem ich bis 1 Uhr früh mit Moltke und den französischen Generälen über die abzuschließende Kapitulation verhandelt hatte, weckte mich der General Reille, den ich kenne, um mir zu sagen, daß Napoleon mich zu sprechen wünschte. Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan, fand den Kaiser im offenen Wagen mit drei Adjutanten und drei zu Pferde daneben auf der Landstraße vor Sedan haltend. Ich saß ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Er wünschte den König zu sehen; ich sagte ihm der Wahrheit gemäß, daß Seine Majestät drei Meilen davon an dem Orte, wo ich jetzt schreibe (Vendresse), sein Quartier habe. Auf Napoleons Frage, wohin er sich begeben solle, bot ich ihm, da ich gegendunkundig, mein Quartier in Donchery an, einem kleinen Ort an der Maas dicht bei Sedan; er nahm es an und fuhr, von seinen sechs Franzosen, von mir und von Karl (Graf Bismarck-

Bohlen), der mir inzwischen nachgeritten war, geleitet, durch den einsamen Morgen nach unserer Seite zu. Vor dem Ort wurde es ihm leid wegen der möglichen Menschenmenge und er fragte mich, ob er in einem einsamen Arbeiterhause am Wege absteigen könne; ich ließ es besehen durch Karl, der meldete, es sei ärmlich und unrein; ‚n'importe,' meinte Napoleon, und ich stieg mit ihm eine gebrechliche enge Stiege hinauf. In einer Kammer von 10 Fuß Gevierte, mit einem fichtenen Tische und zwei Binsenstühlen, saßen wir eine Stunde, die andern waren unten. Ein gewaltiger Kontrast mit unserem letzten Beisammensein 67 in den Tuilerien. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten. . . ." [1])

Die Kapitulation mußte Wimpffen, obwohl er sich anfangs drücken wollte, doch unterschreiben. Er glaubte zuerst den Abmarsch der ganzen Armee mit Fahnen, Waffen und Gepäck „unter Zusage, in diesem Kriege nicht mehr gegen Preußen zu fechten," verlangen zu können. Als ihm bedeutet wurde, daß davon nicht die Rede sein könne, daß man vielmehr die ganze Armee als Kriegsgefangene betrachte, that der Franzose so, als wenn er es vorher noch auf einen Kampf ankommen lassen wollte, worauf ihm Moltke mit wenigen Worten, aber jede Einrede ausschließend, nachwies, daß er mit seinen demoralisierten Truppen weder durchbrechen, noch sich in Sedan halten könne. Auf den Appell Wimpffens an die politische Klugheit der Deutschen, die von der ritterlichen Gesinnung und Dankbarkeit des französischen Volkes am meisten für den Friedensschluß zu erwarten haben, antwortete der Kanzler: „. . . Wenn das französische Volk ein Volk wie ein anderes wäre, wenn es dauerhafte Einrichtungen hätte, wenn es, wie das unserige, Verehrung und Achtung vor seiner Regierungsform und einem Souverän hätte, welcher fest auf seinem Throne sitzt, so könnten wir an die Dankbarkeit des Kaisers und seines Sohnes glauben und auf diese Dankbarkeit Wert legen; aber in Frankreich sind seit achtzig Jahren die Regierungsformen so wenig dauerhaft gewesen, sie haben mit einer so seltsamen Raschheit gewechselt, daß es von einer benachbarten Nation Unverstand sein würde, Hoffnungen auf die Freundschaft eines französischen Souveräns zu bauen. Ueberhaupt aber wäre es Thorheit, sich einzubilden, daß Frankreich uns unsere Erfolge verzeihen könnte. Sie sind ein über die Maßen eifersüchtiges, reizbares und hochmütiges Volk. Seit zwei Jahrhunderten hat Frankreich dreißigmal Deutschland den Krieg erklärt und diesmal, wie immer, aus Eifersucht, weil man uns unseren Sieg von Sadowa nicht verzeihen konnte, obgleich dieser Sieg Frankreich und seinem Ruhme keinen Eintrag gethan hatte. . . . Wenn wir jetzt den Frieden schlössen, in fünf Jahren, in zehn Jahren, sobald Frankreich es vermöchte, würde es den Krieg wieder anfangen. Das ist die Dankbarkeit, die wir von der französischen Nation zu erwarten haben. . . ."

Um 9 Uhr des 2. September, während Napoleon III. noch in dem Schlößchen Bellevue bei Fresnois auf König Wilhelm wartete, erfolgte die Annahme der Kapitulationsbedingungen und ihre Unterzeichnung. Dann erst fand

---

[1]) Bismarcks Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71. Stuttgart, Cotta 1903.

die Begegnung der beiden Monarchen statt. Napoleon wurde Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel als Aufenthaltsort angewiesen, wohin er auch sofort von Donchery aus abging.

Gestritten hatten bei Sedan von Deutschen 133500 Mann, 21000 Reiter mit 700 Geschützen gegen 90000 Franzosen mit 408 Geschützen; den Entscheidungskampf kämpften aber nur 69000 Deutsche mit 600 Geschützen. Die Franzosen verloren während der Schlacht 17000 Tote und Verwundete, 21000 Gefangene, die Deutschen 458 Offiziere, 7700 Mann tot und verwundet, 2 Offiziere, 700 Mann vermißt. Durch die Kapitulation wurden 83000 Franzosen, darunter 14000 Verwundete, gefangen erklärt.

Das Totenopfer von Sedan, das die französische Armee ihrem Kaiser und ihrer Ehre gebracht hat, war großartiger, als das zweite Kaisertum es verdient hat. Paris hat seine Abrechnung am 4. September mit weniger Ernst und Pomp vollzogen; es zwang ohne Blutvergießen die spanische Parvenue und ihren Anhang, sich still, aber rasch zu verziehen. Mit gewohnter Behendigkeit und Routine wurde an die Stelle des Kaisertums die Republik gesetzt.

Als der siegreiche Hohenzoller mit seinen Paladinen sich über Reims nach der französischen Hauptstadt auf den Weg machte, um die neue Republik zu einem Frieden zu zwingen, da schimmerte über seinem Haupte, für alle Deutschen sichtbar, die deutsche Kaiserkrone, die ihm in Versailles aufs Haupt gedrückt werden sollte.

Schon in den ersten Augusttagen hatte ein deutscher Patriot auf dem Kyffhäuser, wo nach der Sage Kaiser Rotbart als Verkörperung des alten Kaisertums schlafen sollte, eine dreifarbige Reichsflagge gehißt und damit der Meinung des Volkes Ausdruck gegeben, daß aus dem neuen Heerkönigtum des Hohenzollern, der die gesamte Wehrkraft der deutschen Staaten über den Rhein geführt hatte, ein neues Kaisertum hervorgehen müsse. Aber was dem Volke selbstverständlich schien, was selbst die Deutschen in Oesterreich den Brüdern, von denen sie ihr Schicksal geschieden hatte, wünschten und gönnten, das zur That zu machen, bereitete den Regierungen, die mit dynastischen Ansprüchen und Stammesabneigungen zu rechnen hatten, große Schwierigkeiten. Man wird niemals verkennen, daß die deutschen Heere in dem zweiten Teile des Feldzuges gegen Frankreich eine gewaltige Kraft eingesetzt haben, um das Uebergewicht, das sie bis Sedan über die Franzosen errungen hatten, auch festzuhalten, daß die Einnahme von Straßburg das Recht der Deutschen auf das Elsaß besiegelt hat, daß mit der Kapitulation von Metz auch Lothringen in ihre Gewalt kam, daß die Belagerung und Bezwingung von Paris, der größten Festung der Welt, auch zu den allergrößten militärischen Leistungen gehört, deren selbst der Kriegsheld Napoleon keine aufzuweisen hat, man wird die Kämpfe an der Loire und um Belfort als Beweis einer Ausdauer rühmen, die zu den schönsten Eigenschaften des deutschen Kriegers gehört, aber wird dabei nicht vergessen dürfen, daß gleichzeitig der große Kanzler die Krone kunstfertig geschmiedet hat, die das deutsche Volk dem Hohenzollernkönig zugedacht hatte. Viele haben sie ersehnt, viele haben für sie gesprochen und geschrieben, aber Bismarck hat sie fertig gebracht.

Die höchste Kunst, die er dabei verwendete, war die Mäßigung und Zurückhaltung, die er den Enthusiasten und Stürmern entgegensetzte. Mit Jubelgeschrei und Selbstbewunderung war das Deutsche Reich nicht zu begründen. Das konnte man aus der Zeit der Frankfurter Verfassungsmacherei wohl noch gemerkt haben. Diesmal mußten die Regierungen und die Dynastien ihr Werk in Ordnung haben, bevor sie die Volksvertreter zu dessen Abschluß beriefen. Nicht ein zweites Mal durfte ein König von Preußen in die Lage versetzt werden, die Kaiserkrone ablehnen zu müssen.

In Baiern und Württemberg wußten die leitenden Männer sehr gut, daß der Maßstab für die Beurteilung ihrer staatlichen Größe auch beim eigenen Volke ein anderer geworden war, seitdem das große Deutschland in Waffen einen Kaiser mit seinen sämtlichen Armeen gefangen und überwunden zu seinen Füßen gesehen hatte. Dagegen konnten Max Emanuel, der Eroberer von Ofen, und Fürst Wrede, der Geschlagene von Hanau, doch nicht gut aufkommen! Ein Bundesverhältnis zum Norden mußte gesucht werden, aber man wollte den Staatenbund mit dem Bundesstaat und nicht den Eintritt in den vorhandenen Bund, in dem die Einzelstaaten auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte bereits verzichtet hatten. Diese Tendenz führte Graf Bray in einer an König Ludwig gerichteten Denkschrift vom 12. Dezember aus. Ganz andere Stimmungen herrschten in Baden, dessen Großherzog seit dem Ausbruche des Krieges die Einigung aller deutschen Staaten in einem neuen Reiche fest im Auge behielt. Er war völlig entschlossen, sein Land dem Norddeutschen Bunde anzugliedern und sich jeder Beeinflussung durch die beiden süddeutschen Königreiche zu entziehen. „Es muß ein Staatsvertrag zwischen Preußen und Baden vorbereitet werden," schrieb er Ende August an seinen Minister v. Jolly, „der die Modalitäten der Einigung mit dem Nordbund feststellt und dadurch vielleicht einen wichtigen Vorgang für gleiche Verträge Preußens mit Baiern und Württemberg schafft. Sobald die preußische Regierung einen solchen von uns ausgehenden Vorschlag annimmt und ein Staatsvertrag verabredet und festgestellt ist, würde die Berufung unserer Kammern das Vertragsverhältnis zu unwiderruflicher Thatsache erheben. Ein künftiger Reichstag würde dann schon für Fortentwickelung des Reichsganzen zu sorgen haben und da träte die Aufgabe der Abgeordneten in Wirksamkeit." [1])

Den wichtigsten Schritt für die Beseitigung partikularistischer Sonderbestrebungen hat der Großherzog durch seine Erklärung gethan, daß er jede Landerwerbung und jeden Landtausch im Elsaß abweise. Damit waren die bereits offiziös angedeuteten Absichten Baierns auf Erwerbung pfälzischer Gebiete, für die Baden am linken Rheinufer entschädigt werden sollte, durchkreuzt. Selbst die Königskrone, die man dem vergrößerten Baden-Elsaß zudachte, reizte den Großherzog nicht, dessen nationale Feinfühligkeit den großartigen Aufschwung

---

[1]) Ottokar Lorenz, „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs" S. 328 u. ff. bietet für die Geschichte der Reichsgründung während des Krieges sehr wichtiges Material, das dem leider seither verstorbenen Geschichtschreiber vom Großherzog von Baden und vom Herzog von Koburg zur Verfügung gestellt worden ist. Die Hauptabsicht des Buches, den großen Anteil des Kaisers Wilhelm daran in das richtige Licht zu stellen, müssen wir als sehr berechtigt anerkennen,

der Deutschen zur Einigung und dauernden Erhebung nicht durch eine Wiederholung des Länderschachers nach Wiener Kongreßmuster erniedrigen und entstellen wollte. Er hat schon damals geltend gemacht, daß man die zu erwartenden Teile des französischen Kaiserreichs niemals befriedigen werde, wenn man sie einem Kleinstaat anhänge; nur die unmittelbare Zugehörigkeit zu einem großen Deutschen Reiche stelle ihnen Lebensbedingungen in Aussicht, die auch ihre bisherigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu überbieten vermögen.

König Wilhelm und Bismarck rechneten, wie der Herzog von Koburg berichtet hat, in den Tagen nach Sedan noch nicht mit der Willfährigkeit Baierns und waren weit davon entfernt, einen Druck auf die süddeutschen Staaten ausüben zu wollen. Der König hatte, wie uns Bismarck versichert, auch wenig Sinn für die Verwandlung des Bundes in ein „Reich", dem der König von Preußen als Kaiser vorstehen sollte. „Die Kaiserkrone erschien ihm im Lichte eines übertragenen modernen Amtes, dessen Autorität von Friedrich dem Großen bekämpft war, den Großen Kurfürsten bedrückt hatte. Bei den ersten Erörterungen rief er: Was soll mir der Charakter-Major? worauf ich u. a. erwiderte: Ew. Majestät wollen doch nicht ewig im Neutrum bleiben, ‚das Präsidium'? In dem Ausdruck ‚Präsidium' liegt eine Abstraktion, in dem Worte ‚Kaiser' eine große Spannkraft." Bismarck behauptet, auch beim Kronprinzen für sein Streben, den Kaisertitel herzustellen, im Anfang der günstigen Wendung des Kriegs nicht immer Anklang gefunden zu haben.[1]) Wenn wir Gustav Freytag glauben dürfen, der im Gefolge des Kronprinzen bis Reims geritten ist — und wir haben keinen Grund, seinen Erzählungen zu mißtrauen —, so hat der Staatsmann in diesem Falle die geheimen Gedanken des Fürsten nicht erkannt; der Kronprinz war der allererste, der den Kaisertitel für das Haupt des neuen Deutschen Reiches verlangt hat, aber er meinte die Wiederaufnahme des alten römischen Imperiums durch die Hohenzollern, nicht ein modernes, neues Kaisertum, das auf einem durch Bundesstatuten begründeten Amte beruhen sollte. Im Verlaufe einer langen Unterredung auf dem „Anger von Petersbach" am 11. August, hervorgerufen durch eine von dem Verfasser der „Bilder deutscher Vergangenheit" verfaßte Denkschrift über die Zukunft Deutschlands, fragte Friedrich Wilhelm: „Und was soll mit Deutschland werden, welche Stellung soll der König von Preußen nach dem Kriege erhalten?" Freytag antwortete: „Kriegsherr des neuen Bundes, braucht man hierfür einen neuen Namen, so wird dieser sich wohl finden. Im Notfall kann man ja eine uralte volkstümliche Bezeichnung zu neuer Ehre erheben und den königlichen Titeln die Worte Herzog von Deutschland zufügen. Die Preußen begehren für ihren König keinen neuen Namen, nur die Macht."

---

weil in dieser Hinsicht von der zeitgenössischen Geschichtschreibung Unterlassungssünden begangen worden waren. Der leidenschaftlich feindseligen Beurteilung der bairischen Politik wird sich kein unbefangener Historiker anschließen. Ihr haftet der Fehler der Nichtbeachtung historisch erwachsener Verhältnisse und tausendjähriger Stammesrivalität an.

[1]) Der Kronprinz von Preußen soll auch einmal die Meinung geäußert haben, die Deutschen hätten nur Könige gehabt, sie brauchen keinen Kaiser. Dagegen müßten die Könige wieder Herzoge werden. Darüber und über andere Varianten der kronprinzlichen Reichsideen handelt ausführlicher, als es der Gegenstand erfordert hätte, Lorenz a. a. O. S. 401 u. ff.

Da aber brach der Kronprinz stark heraus und sein Auge leuchtete: „Nein, er muß Kaiser werden.“ [1]) Die von Baden gegebene Anregung nahm Bismarck zum willkommenen Anlaß, durch den Minister Delbrück in einer Unterredung mit dem Grafen Bray und v. Mittnacht in München die Stimmung Baierns und Württembergs ausholen zu lassen. Das Ergebnis war wenig erfreulich. Baiern brachte sogar die Frage des weiteren Bundes mit Oesterreich wieder in Anregung, verhielt sich der bundesstaatlichen Organisation gegenüber gänzlich ablehnend. Es dürften damals die Bemühungen des Grafen Beust, die Vereinigung Nord- und Süddeutschlands zu verhindern, noch besonders lebhaft gewesen sein. Die kritischen Wochen vor dem Falle von Metz, sowie später die Bedrängnis der Deutschen vor Paris nach den Niederlagen der Baiern bei Orleans wurden von dem österreichischen Staatsmann, vielfach gegen den Willen seines Kaisers, zu Hetzereien gegen Preußen ausgenützt. Er hoffte noch immer auf eine Niederlage der Deutschen in Frankreich und rechnete damit, daß dann das Schicksal Deutschlands wieder in Oesterreichs Hand liegen werde, [2]) und ließ sich durch seinen leidenschaftlichen Wunsch zu der ganz unberechtigten, die oberflächlichste Beobachtung charakterisierenden Voraussage verleiten, „Preußen und Deutschland werde auf längere Zeit selbst im Falle eines sieg- und erwerbreichen Ausgangs des Kriegs“ der Erschöpfung verfallen. Fürst Felix Schwarzenberg hatte 1851 die Kraft einer siegreichen Armee selbst nach langwierigeren Kriegen, als Preußen 1870/71 zu führen hatte, richtiger beurteilt.

Als die badischen Minister Ende Oktober in Versailles erschienen, wo sich seit dem 19. September das Große Hauptquartier der deutschen Armeen und das Hoflager des Königs von Preußen befand, hatten sich ihnen auch schon die von Hessen-Darmstadt und Württemberg angeschlossen. Für Hessen gab es überhaupt kaum mehr einen anderen Weg, seinen Territorialbestand zu retten, als den Anschluß an den Norddeutschen Bund, und Württemberg fürchtete nichts mehr als eine Vereinzelung, durch die es auf das Wohlwollen Baierns angewiesen gewesen wäre. Es stellte sich sehr bald heraus, daß die Sonderrechte, die Württemberg bei seinem Eintritte in den deutschen Bundesstaat in Anspruch nahm, mit dessen Wesen vollkommen verträglich waren. Bismarcks Vertrauen zu Mittnacht ging so weit, daß er ihm auch die Frage vorlegte, ob König Karl sich dazu bereitfinden lassen würde, in der Kaiserfrage die Initiative zu ergreifen. Der württembergische Minister mußte sich begreiflicherweise in dieser Angelegenheit ohne Information erklären [3]). Schon am 15. November konnten die Verträge mit Baden und Hessen geschlossen werden, am 25. trat ihnen Württemberg mit den ihm gewahrten Vorrechten hinsichtlich des Post- und Telegraphenwesens und der Eisenbahnangelegenheiten bei. Durch Militärkonventionen wurden die

---

[1]) „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone, Erinnerungsblätter von Gustav Freytag“ 3. Aufl. 1889. Aus der Fortsetzung des Petersbacher Gespräches sind die Worte sehr bemerkenswert, mit denen Freytag auf die Gefahren hinwies, die den Hohenzollern aus den durch das Kaisertum bedingten Veränderungen in ihrer Lebensführung erwachsen müßten.

[2]) Vertrauliches Schreiben Beusts an den österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen in Berlin 25. Dez. 1870. (Aus drei Vierteljahrhunderten, II. Bd.)

[3]) v. Mittnachts „Erinnerungen an Bismarck“. Stuttgart, Cotta 1904.

Kontingente von Hessen und Baden als geschlossene Divisionen Bestandteile des deutschen Bundesheeres, auch die württembergischen Truppen wurden als ein Teil desselben erklärt, es wurde ihnen aber zugestanden, ein in sich geschlossenes Armeecorps zu bilden. Baden verzichtete auf die Ernennung der Offiziere, die nur die Verpflichtung übernahmen, „das Wohl und Beste des Großherzogs zu fördern, Schaden und Nachteile von ihm und seinem Haus und Land abzuwenden". Der König von Württemberg behielt das Ernennungs- und Beförderungsrecht der Offiziere seines Armeecorps, die Bestellung des Höchstkommandierenden dafür wurde jedoch an die Zustimmung des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn gebunden. Das Verbleiben der Bundeskontingente im Bereiche ihrer engeren Heimat wurde allen zugestanden.

Weit mehr erreichte Baiern. Die Verhandlungen zwischen Bismarck und Bray sind noch nicht bekannt, ihre einzelnen Abstufungen können wir nicht unterscheiden, die Erwägungen aber, von denen sich Bismarck beim Abschlusse leiten ließ, kennen wir aus dem Berichte über seine Unterredung mit dem Großherzog von Baden am 19. November.[1]) Darin stellte er den Satz voraus, der Eintritt Baierns in den Bund müsse erkauft werden durch die Gewährung einer bairischen diplomatischen Vertretung und einer selbständigen Militäradministration. In der diplomatischen Frage habe er ihnen vorgeschlagen, im Bundesrat einen Ausschuß für diplomatische Angelegenheiten zu bilden, der als ständiger Ausschuß einen Bestandteil der Verfassung bilden und aus Baiern, Sachsen und Württemberg bestehen werde; Baiern solle aber den Vorsitz führen. Ferner werde Baiern das Substitutionsrecht seiner Gesandten in Verhinderungsfällen der Bundesgesandten zugestanden. Dasselbe werde auch in zweiter und dritter Reihe Sachsen und Württemberg zugestanden werden können. Was die Armee betrifft, wolle sich Baiern im Kriege wie jetzt unterordnen, im Frieden aber die Verwaltung selbst führen. Die Heereseinrichtungen aber sollten wie in Preußen geordnet werden. Wenn diese Zugeständnisse gemacht würden, so wolle Baiern die Bildung eines deutschen Bundes ermöglichen und dann die Initiative zur Herstellung von Kaiser und Reich ergreifen. Der Kanzler, damals durch Rußland beunruhigt, das sich vom Schwarzen Meer-Vertrag eigenmächtig entbunden hatte, begründete sein Entgegenkommen gegen Baiern mit den in Aussicht stehenden europäischen Verwickelungen. „Wir sind ihnen jedenfalls nur dann gewachsen," äußerte er zum Großherzog von Baden, „wenn das jetzt kriegführende Deutschland auch organisch geeinigt erscheint. Wir werden aber eine entscheidende Stimme in dieser großen Frage führen, wenn Deutschland ein Reich und durch seinen Kaiser in der ganzen Welt mächtig vertreten ist. Wenn unsere innere Verbindung auch zu wünschen übrig läßt, so haben wir doch ein gemeinsames Band, das durch die wachsenden Bedürfnisse der Nation immer fester geschlungen wird; wir haben eine monarchische Spitze, die zugleich als Heerführer die Einheit des Heeres verkörpert. . . . Hat Baiern diese Schwelle betreten, und zwar mit unserem Beistand, so ist von einem Rückzuge keine Rede mehr; es kann nur noch vorwärts schreiten, und wir dürfen der Zukunft die bessere Entwickelung getrost überlassen."

---

[1]) Gedruckt bei Lorenz a. a. O.

Das waren die Gedanken, deren ehrliche Verkörperung die Reichsgründung ermöglichte. Gegenüber dem ungeheuren Gewinne des Anschlusses Baierns verschwand der Wert jedes anderen Projektes. Der Bundesrat mit den sechs bairischen Vertretern hat alle Anforderungen, die der neue Staat an ihn stellen durfte, glänzend erfüllt. Es ist sehr fraglich, ob das Staatenoberhaus, das der Großherzog von Oldenburg gewiß in bester Absicht in Vorschlag brachte, ihn zu ersetzen vermocht hätte. Daß man aber einer strengeren Zentralisierung die Aufnahme Baierns hätte opfern können, das vermag man heute sich überhaupt nicht vorzustellen. Der Großherzog von Baden, von Bismarck um seine Unterstützung beim König und beim Kronprinzen gebeten, war durch die Beweisführung des weitblickenden Staatsmannes sofort überzeugt. „Das Zustandekommen von Kaiser und Reich," erwiderte er dem Kanzler, „über und mit Baiern erscheint mir so wichtig, daß es für mich entscheidend ist, wenn der Bundeskanzler die feste Zuversicht hat, von Baiern erwarten zu können, daß es die Initiative in der Kaiserfrage ergreifen wird." Auch König Wilhelm nahm die Vorschläge Bismarcks entsprechend dessen Abmachungen mit Bray an; der Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Königreich Baiern „über die Gründung eines deutschen Bundes" konnte am 23. November in Versailles abgeschlossen werden.

Von den Zusätzen und Abänderungen an der bestehenden Verfassung des Norddeutschen Bundes, die durch diesen Vertrag vereinbart wurden, muß hervorgehoben werden die neue Umschreibung der Wirksamkeit des Bundesrates im Artikel 7: „Der Bundesrat beschließt: 1. über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse; 2. über die zur Ausführung der Bundesgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht in dem Gesetz selbst etwas anderes bestimmt ist; 3. über Mängel, welche bei der Ausführung der Bundesgesetze oder der vorstehend erwähnten Vorschriften oder Einrichtungen hervortreten. Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und das Präsidium ist verpflichtet, dieselben der Beratung zu übergeben. . . . Nicht vertretene oder nicht instruierte Stimmen werden nicht gezählt." Im Artikel 8 wurde den sechs bereits bestehenden Ausschüssen ein siebenter „für Rechnungswesen" zugestellt und bestimmt, daß in jedem dieser Ausschüsse außer dem Präsidium mindestens vier Bundesstaaten vertreten sein müssen. Im Ausschusse für das Landheer erhielt Baiern einen selbständigen Sitz. „Außerdem," lautet der Zusatz, „wird im Bundesrate aus den Bevollmächtigten der Königreiche Baiern, Sachsen, Württemberg unter dem Vorsitze Baierns ein Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet." Die Vollmacht des Bundespräsidiums wurde in Artikel 11 durch die Bestimmung beschränkt: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Bundes ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt." Von der in Artikel 35 vorgesehenen Bundessteuer auf inländischen Branntwein und Bier wurden Baiern, Württemberg und Baden ausgenommen. Die Artikel 42 bis 46 (Eisenbahnwesen), 48 bis 52 (Post- und Telegraphenwesen) wurden für Baiern außer Kraft gesetzt. „Das Königreich Baiern," lautete die Vereinbarung,

„behält die freie und selbständige Verwaltung seines Post- und Telegraphenwesens. Dem Bunde steht jedoch auch für das Königreich Baiern die Gesetzgebung über die Vorrechte der Post und Telegraphie, über die rechtlichen Verhältnisse beider Anstalten zum Publikum, über die Portofreiheit und das Posttaxwesen, soweit beide letzteren nicht lediglich den inneren Verkehr in Baiern betreffen, sowie unter gleicher Beschränkung die Feststellung der Gebühren für die telegraphische Korrespondenz, endlich die Regelung des Post- und Telegraphenverkehrs mit dem Auslande zu."

Was das Bundeskriegswesen betrifft, nahm Baiern die allgemeine Wehrpflicht und die Höhe der Friedenspräsenzstärke (1 vom Hundert der Bevölkerung) an, beteiligte sich aber an dessen gemeinsamen Kosten und Lasten nicht, sondern verpflichtete sich, die Kosten und Lasten seines Kriegswesens, mit Inbegriff der Festungen, ausschließlich und allein zu tragen, und für sein Kontingent und die zu demselben gehörigen Einrichtungen einen gleichen Geldbetrag zu verwenden, wie nach Verhältnis der Kopfstärke durch den Militäretat des deutschen Bundes für die übrigen Teile des Bundesheeres ausgesetzt wird. Dieser Geldbetrag wird im Bundesbudget für das königlich bairische Kontingent in einer Summe ausgeworfen. Seine Verausgabung wird durch Spezialetats geregelt, deren Aufstellung Baiern überlassen bleibt. Das bairische Heer bildet einen in sich geschlossenen Bestandteil des deutschen Bundesheeres mit selbständiger Verwaltung unter der Militärhoheit des Königs von Baiern; im Kriege — und zwar mit Beginn der Mobilisierung — unter dem Befehle des Bundesfeldherrn. In Bezug auf Organisation, Formation, Ausbildung und Gebühren, dann hinsichtlich der Mobilmachung wird Baiern volle Uebereinstimmung mit den für das Bundesheer bestehenden Normen herstellen.... Der Bundesfeldherr hat die Pflicht und das Recht, sich durch Inspektionen von der Uebereinstimmung in Organisation, Formation und Ausbildung, sowie von der Vollzähligkeit und Kriegstüchtigkeit des bairischen Kontingents Ueberzeugung zu verschaffen und wird sich über die Modalitäten der jeweiligen Vornahme und über das Ergebnis dieser Inspektionen mit dem König von Baiern ins Einvernehmen setzen. Im Kriege sind die bairischen Truppen verpflichtet, den Befehlen des Bundesfeldherrn unbedingt Folge zu leisten. Diese Verpflichtung wird in den Fahneneid aufgenommen.

Die Zugeständnisse an Baiern hielten sich noch immer in den Grenzen der bundesstaatlichen Verfassung. Man hat ihre Bedeutung überschätzt, weil man nicht in Rechnung bringen konnte, wie groß die Anziehungskraft der Zentralverwaltung des Bundesstaates sein werde. Der König von Preußen, der als Bundespräsident die völkerrechtliche Vertretung der deutschen Staaten ausübte und zugleich oberster Kriegsherr über deren Armeen war, konnte vor der Welt nicht anders erscheinen, wie als Gebieter eines mächtigen Reiches. Nach außen wird die Stellung des Bundesoberhauptes nicht geschwächt, wenn auch im Innern dem Selbständigkeitsgefühl der Stämme Rechnung getragen wird. Der deutsche Staat mußte so eingerichtet werden, daß es keine Fesseln deutscher Kraft und Arbeit mehr gab, und daß die Gesamtheit dieser Kraft gegen jeden in Anwendung gebracht werden kann, der den Interessen oder dem

Ehrgefühl der Deutschen in den Weg treten will; er sollte aber nicht nach einem politischen Katechismus angelegt werden, sondern alle die Besonderheiten an sich tragen, die dem deutschen Wesen entsprechen. Eine preußische Herrschaft hätte sich Süddeutschland so wenig gefallen lassen, als Sachsen und Thüringen; und damit die Führung und Leitung keine Herrschaft wird, ist es gut, wenn unter den 58 Stimmen, die im Bundesrate abgegeben werden, eine stattliche Mehrheit von den Vertretern von Souveränen abgegeben werden, deren Existenz nicht von dem Wohlwollen des Königs von Preußen abhängt.

Als der Bundesrat des Norddeutschen Bundes am 1. Dezember in Berlin den Vertrag mit Baiern genehmigte, war es dem Kanzler auch schon gelungen, die Kaiserfrage zur Lösung zu bringen. Er hatte mit politischem Feingefühl längst erkannt, daß diese Lösung nur dann eine befriedigende und versöhnende sein könne, wenn alle deutschen Fürsten ihr Einverständnis damit öffentlich bezeugen würden und wenn jener Monarch, dem an äußerer Macht und historischer Bedeutung die erste Stelle nach dem Könige von Preußen gebührt, sich an die Spitze aller deutschen Fürsten stellen wollte, durch deren freien Entschluß das Oberhaupt ihres Bundes den Kaisertitel erhalten solle. Auf seine Veranlassung hatte der Großherzog von Baden bereits Schritte in diesem Sinne unternommen, aber die zustimmende Antwort, die er erhalten hatte, war theoretischen Charakters und brachte die Angelegenheit nicht vorwärts. Bismarck, der die Umrisse eines europäischen Kongresses am politischen Horizont immer deutlicher werden sah, fand jede weitere Verschleppung gefährlich und legte den größten Wert darauf, daß keinerlei fremde Einflüsse die Entschließung der deutschen Fürsten beeinflussen könnten. Sein Gedanke einer persönlichen Zusammenkunft aller Bundesmitglieder in Versailles fand beim Wittelsbacher keinen Anklang, dem die Berührung mit den militärischen Kreisen niemals angenehm gewesen war und der jetzt die Ruhe verschneiter Alpeneinsamkeit mit dem lautesten Treiben eines Hauptquartiers vertauschen sollte, in dem es neben den ihres Wertes wohl bewußten Kriegsleuten auch eine Unzahl junger Fürstensöhne und älterer Hofhabitués gab, die weder im Kriege, noch bei der Herbeiführung des Friedens sich Verdienste erwerben konnten, den handelnden Personen aber doch stündlich zwischen die Beine rannten. Vor allen diesen unvermeidlichen Berührungen graute es dem phantastischen Ludwig. Die Abneigung einiger seiner Verwandten, darunter auch seines später in Stumpfsinn verfallenen Bruders Otto, gegen die „Standeserhöhung" der Hohenzollern scheint ihn nicht bestimmt zu haben; denn sehr bald nach deren Rückkehr aus dem Hauptquartier vor Paris sandte der König heimlich, ohne irgend jemanden davon zu verständigen, einen ihm vertrauten Mann, dem er keine Intrigue und keine Teilnahme daran zutraute, seinen Stallmeister Grafen Holnstein, nach Versailles. Mit diesem brachte Bismarck die schwierige Angelegenheit in kürzester Zeit in Ordnung; er entwarf den Text eines Schreibens, mit dem König Ludwig dem Wunsche der deutschen Fürsten offiziell Ausdruck geben sollte, nachdem Graf Holnstein den Wunsch seines Herrn, seiner Fürstenpflicht in dieser Form genügen zu dürfen, in einer Weise ausgesprochen hatte, die jeden anderen Vorschlag ausschloß. Der Brief des Kanzlers an den König von Baiern, den Graf Holnstein nach Hohenschwangau brachte, mag

nicht wenig dazu beigetragen haben, in dem Gemüte des jungen Wittelsbachers die Stimmung zu erzeugen, in der er den welthistorischen Entschluß vom 4. Dezember gefaßt hat. Er schrieb den Text des „Kaiserbriefs" nach Bismarcks Vorlage und versandte ihn an alle regierenden Häupter deutscher Staaten. In ihm haben wir die Gründungsurkunde des neuen Reiches zu erblicken. Sie lautet: „Die von Preußens Heldenkönige siegreich geführten deutschen Stämme, in Sprache und Sitte, Wissenschaft und Kunst seit Jahrhunderten vereint, feiern nunmehr auch eine Waffenbrüderschaft, welche von der Machtstellung eines geeinigten Deutschlands glänzendes Zeugnis gibt. Beseelt von dem Streben, an dieser werdenden Einigung Deutschlands nach Kräften mitzuwirken, habe ich nicht gesäumt, deshalb mit dem Bundeskanzleramte des Norddeutschen Bundes in Verhandlungen zu treten. Dieselben sind jüngst in Versailles zum Abschlusse gediehen. Nach dem Beitritte Süddeutschlands zum deutschen Verfassungsbündnisse werden die Sr. Majestät dem König von Preußen übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Ueberzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines Deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Se. Majestät der König von Preußen im Namen des gesamten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausübt. In Würdigung der Wichtigkeit dieser Sache wende ich mich nun an [die deutschen Regenten] mit dem Vorschlage, in Gemeinschaft mit mir bei Sr. Majestät dem Könige von Preußen in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Bundespräsidialrechte mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde. Es ist mir ein erhebender Gedanke, daß ich mich durch meine Stellung in Deutschland und durch die Geschichte meines Landes berufen fühlen kann, zur Krönung des deutschen Einigungswerkes den ersten Schritt zu thun."

Das Schreiben, das sofort zustimmende Antworten von seiten der deutschen Regenten erhielt, wurde vom Staatsminister v. Delbrück am 6. Dezember dem norddeutschen Reichstage zur Kenntnis gebracht, der am 24. November eröffnet worden war. Am 9. Dezember fand die dritte Lesung der Verträge mit den süddeutschen Staaten statt, wobei die mit Baden, Hessen und Württemberg geschlossenen alle Stimmen mit Ausnahme der drei sozialdemokratischen erhielten, der bairische mit 195 gegen 32 angenommen wurde. Am folgenden Tage genehmigte der Reichstag auf Antrag des Bundesrates die Aufnahme der Bezeichnung „Kaiser" und „Reich" an Stelle von „Bundespräsident" und „Bund" und beschloß, in einer Adresse, die von 30 Mitgliedern des Reichstages nach Versailles gebracht werden sollte, den König von Preußen zu bitten, „durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen". Nach 21 Jahren trat Martin Eduard v. Simson, der die Frankfurter Kaiserdeputation am 3. April 1849 vor Friedrich Wilhelm IV. nach Berlin geführt hatte, am 19. Dezember 1870 wieder vor einen preußischen König, nicht um ihm einen heftig bestrittenen, durch mühsame Abstimmungen unter laut ausbrechendem Partei-

haber zu stande gebrachten Beschluß eines parlamentarischen Körpers ohne Machtmittel zu verkünden, sondern um die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter des deutschen Volkes zu einer That auszusprechen, die auf einer in siegreichen Schlachten bewährten Macht beruhte. Was der Krieger des deutschen Altertums in ungebändigter Siegeslust selbst besorgt hat, indem er seinen Herzog auf den Schild erhob, was später der Versammlung aller edlen Freien vorbehalten war, die auf der Rheinebene die Wahl ihrer Fürsten durch Zuruf bestätigten, das war das Amt der Volksvertreter geworden, die anzuerkennen berufen waren, was ihre wehrhaften Volksgenossen in einem großartigen Feldzuge erstritten hatten. Die Deutschen hatten sich auf ihre Irrtümer und Fehler besonnen, sie hatten das Fürstenrecht, über das die Achtundvierziger in jugendlicher Ueberhebung hinwegschreiten zu können glaubten, in männlich ernster Erwägung wieder anerkannt und den Weg zur Einheit und Größe beschritten, den sie ein strenger, aber weltkundiger und berufsstolzer Lehrmeister geführt hat.

Der König von Preußen durfte diesmal in aufrichtigem Dankgefühl den Volksboten die Zusage geben, die sie von ihm erwarteten. „Gott hat uns Sieg verliehen," sagte er zu ihnen, „in einem Maße, wie ich es kaum zu hoffen und zu bitten wagte, als ich im Sommer dieses Jahres zuerst Ihre Unterstützung für diesen schweren Krieg in Anspruch nahm. Diese Unterstützung ist mir in vollem Maße zu teil geworden, und ich spreche Ihnen den Dank dafür aus in meinem Namen, im Namen des Heeres, im Namen des Vaterlandes. . . . Der norddeutsche Reichstag, dessen Grüße und Glückwünsche Sie mir überbringen, ist berufen gewesen, noch vor seinem Schluß zu dem Werke der Einigung Deutschlands entscheidend mitzuwirken. Ich bin demselben dankbar für die Bereitwilligkeit, mit welcher er fast einmütig seine Zustimmung zu den Verträgen ausgesprochen hat, welche der Einheit der Nation einen organischen Ausdruck geben werden. Der Reichstag hat, gleich den verbündeten Regierungen, diesen Verträgen in der Ueberzeugung zugestimmt, daß das gemeinsame staatliche Leben der Deutschen sich um so segensreicher entwickeln werde, als die für dasselbe gewonnenen Grundlagen von unseren süddeutschen Bundesgenossen aus freier Entschließung, nach Maßgabe ihrer eigenen Würdigung des nationalen Bedürfnisses, bemessen und dargeboten werden. . . . Mit tiefer Bewegung hat mich die durch Se. Majestät den König von Baiern an mich gelangte Aufforderung zur Herstellung der Kaiserwürde des alten deutschen Reiches erfüllt. Sie, meine Herren, bringen mir im Namen des norddeutschen Reichstages die Bitte, daß ich mich dem an mich ergangenen Rufe nicht entziehen möge. Ich nehme gern aus Ihren Worten den Ausdruck des Vertrauens und der Wünsche des norddeutschen Reichstags entgegen. Aber Sie wissen, daß in dieser so hohe Interessen und so große Erinnerungen der deutschen Nation berührenden Frage nicht mein eigenes Gefühl, auch nicht mein eigenes Urteil meinen Entschluß bestimmen kann: nur in der einmütigen Stimme der deutschen Fürsten und freien Städte und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation und ihrer Vertreter werde ich den Ruf der Vorsehung erkennen, dem ich mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen darf."

Die volle Einmütigkeit und Uebereinstimmung aller zur Meinungsäußerung

berufenen Deutschen herzustellen, die der König verlangte, war ein Werk, das selbst der erprobte, vor den gefährlichsten Unternehmungen nicht zurückschreckende Kanzler nicht vollbringen konnte. Noch einmal schäumte die kaum verhaltene Wut der streitenden katholischen Kirche gegen das protestantische Kaisertum auf. Päpstlicher als der Papst, der durch eine Gesandtschaft von Kardinälen den neuen Kaiser begrüßen zu lassen geneigt war, benützte sie den bairischen Landtag, in dem der bajuvarische Bauernprotz und ein rechthaberischer Beamtenpatriotismus als erwünschte Bundesgenossen zu haben waren, um der deutschen Einheit ein Bein zu stellen. Die Verhandlung der Verträge, die das Ministerium Bray abgeschlossen hatte, wurde vertagt, die staatsmännische Einsicht des Königs einer boshaften Kritik unterzogen. In dem Ausschuß, der zur Vorberatung eingesetzt wurde, saßen 12 Partikularisten und Ultramontane 3 nationalgesinnten Fortschrittsmännern gegenüber. Die Gesinnung der ersteren kennzeichnet die Rede eines Dr. Ruland, der in den Verträgen die Auflösung der bairischen Verfassung erblickte. „Wolle die Krone ihre Rechte aufgeben, das könne er nicht hindern, obgleich er immer geglaubt habe, sie sei ein Fideikommiß, nicht eine res mancipii; für das Volk aber könne er diese Verträge nicht annehmen. Die Souveränität, die sich seit dem Westfälischen Frieden herausgebildet, und an welche das Volk sich gewöhnt habe, sei dadurch vernichtet. Er habe nur ein Herz, das könne nicht zweien schlagen. Sei man nicht wert, selbständig zu sein, dann solle man gleich alles hingeben." Die biedermaiernde Tücke eines Herrn Kolb ging so weit, das Mitleid mit den heldenmütigen Soldaten anzurufen, die nach dem „Uebermaß von Leiden", das sie ertragen mußten, in die Lage versetzt würden, statt in ihr schönes Baierland in eine preußische Provinz zurückkehren zu müssen.

Es ist nicht Aufgabe des Geschichtschreibers, bis in die letzten Winkel aller schwarzen Seelen hineinzuleuchten und allen Blödsinn zu verewigen, mit dem die Jesuitenstrategie ihre parlamentarischen Feldzüge zu führen gewohnt ist. Wir glauben daher, das hitzige Gefecht in München, das sich über die Jahreswende bis in die zweite Hälfte des Januar 1871 hinzog, nicht weiter verfolgen zu müssen, um so weniger, als ja die Macht der Thatsachen und die Angst vor der unvermeidlichen Lächerlichkeit endlich doch so kräftig wirkte, daß bei der Schlußabstimmung in der zweiten bairischen Kammer am 21. Januar sogar die verfassungsmäßig vorgeschriebene Zweidrittelmajorität mit 102 gegen 48 erreicht wurde. Ebensowenig scheint es uns eine wissenschaftliche Verpflichtung zu sein, alle Entwickelungsstufen jenes Kampfes zu schildern, die der Schöpfer der Reichsverfassung gegen die Vertreter einer Richtung führen mußte, der ein kräftigerer Ausdruck der Zentralgewalt, als Bismarck ihn mit den Baiern vereinbart hatte, unerläßlich schien. In den Tagen, die den erhabenen Gewinn eines ruhmvollen Feldzuges durch die Errichtung eines deutschen Staatswesens krönten, dessen Kraft den Neid der Welt entfachte und bis auf den heutigen Tag in Wirksamkeit erhält, in den Tagen, in denen die Deutschen aller Länder mit Glückwünschen den Mann begrüßten, der den längst ersonnenen, aber niemals ausgeführten Grundriß dieses Staates zu einem allen Augen sichtbaren Bau verwendet hatte, mußte dieser selbst die bittere Erfahrung machen, daß es keine undankbarere Arbeit gibt als das politische Geschäft, und mag es sich in

noch so großen Dimensionen bewegen. Am 7. Dezember, drei Tage nach der Veröffentlichung des Kaiserbriefes Ludwigs des Baiern, gab Graf Bismarck einer Stimmung Ausdruck, die von der eines Triumphators weit entfernt war. „Wenn man zu lange Minister ist," schrieb er an seine Frau in die Heimat, „und dabei nach Gottes Fügung Erfolge hat, so fühlt man deutlich, wie der kalte Sumpf von Mißgunst und Haß einem allmählich höher und höher bis ans Herz steigt; man gewinnt keine neuen Freunde, die alten sterben oder treten in verstimmter Bescheidenheit zurück, und die Kälte von oben wächst, wie das die Naturgeschichte der Fürsten, auch der besten, so mit sich bringt; alle Zuneigungen aber bedürfen der Gegenseitigkeit, wenn sie dauern sollen. Kurz, mich friert, geistig, und ich sehne mich bei Dir zu sein und mit Dir in Einsamkeit auf dem Lande. Dieses Hofleben erträgt kein gesundes Herz auf die Dauer."

Die Form der Verkündigung des bereits feststehenden Beschlusses der deutschen Fürsten bereitete den in Versailles versammelten großen Herren bedrückende Sorgen, nachdem es offenbar wurde, daß die Energie des jungen Baiernkönigs mit der Annahme von Bismarcks Entwurf erschöpft war und ein Hervortreten seiner Person bei der Kaisererklärung nicht erwartet werden durfte. Noch größere Erregung brachte der Kaisertitel selbst hervor, da sich darüber Ansichten gebildet hatten, denen der Kanzler nicht entsprechen konnte. Dieser glaubte nicht weiter gehen zu dürfen, als das königliche Schreiben, das den „deutschen Kaiser" begrüßte. Dieser Ausdruck schien sowohl dem Könige, als dem Kronprinzen und den meisten in Versailles anwesenden Fürstlichkeiten zu ungewöhnlich und zu inhaltslos. Ein „Kaiser von Deutschland" schien ihnen der würdige Präsident von Königen und Großherzogen zu sein, sie glaubten sich nicht gehalten, die bairische Empfindlichkeit auch in diesem Punkte schonen zu müssen, die bei den Ministern mehr als beim Könige entwickelt war. Man kam lange zu keiner Einigung. Man mußte das Christfest vorübergehen lassen, ohne den Kaiser auszurufen, man konnte auch die Feier des Neujahrstages 1871 nicht mit dem Feste der Kaisererklärung verbinden. Der Großherzog von Baden, dessen edle, jeder leidenschaftlichen Auffassung abgekehrte Denkungsart ihn zur Uebernahme der Vermittlerrolle ebenso befähigte, wie sein Verwandtschaftsverhältnis zum Könige und zum Kronprinzen, ließ es sich aber nicht nehmen, bei dem großen Hofmahle, das alle Fürsten, Minister und Generale an diesem Tage um König Wilhelm vereinigte, das auszusprechen, was alle Herzen erfüllte: „Der heutige Tag ist dazu bestimmt, das ehrwürdige Deutsche Reich in verjüngter Kraft erstehen zu sehen. Ew. königliche Majestät wollen aber die angebotene Krone des Reichs erst dann ergreifen, wenn sie alle Glieder desselben schützend umfassen kann. Nichtsdestoweniger erblicken wir heute schon in Ew. königlichen Majestät das Oberhaupt des deutschen Kaiserreichs und in dessen Krone die Bürgschaft unwiderruflicher Einheit."

Am 14. Januar ging die bejahende Antwort des Königs auf die Aufforderung der deutschen Fürsten, den Kaisertitel anzunehmen, an alle deutschen Regierungen ab, der 18. Januar, der Krönungstag der preußischen Könige, wurde von Wilhelm auch zum Kaisererklärungstage auserwählt. Der Kronprinz selbst bereitete das Fest, das so ganz und gar nach deutscher Art sich

gestaltete, weil es im Feldlager gehalten werden mußte, und weil dieses Feldlager aufgeschlagen war in den Prunkgemächern des großen Franzosenkönigs, der sein Volk und sein Reich auf Kosten der Deutschen erhoben hatte. Damit war's nun zu Ende und es erschien jedem warmfühlenden Deutschen eine gerechte Sühne für die empfindliche Zurücksetzung, die sein Volk seit zwei Jahrhunderten erfahren hatte, daß das gebändigte, unter dem Drucke der deutschen Faust schwer atmende Nachbarvolk, das sich die Vorherrschaft in Europa angemaßt hatte, nun zähneknirschend Zeuge sein mußte, daß im Empfangssaal seines Sonnenkönigs der deutsche Heerkönig zum Kaiser ausgerufen wurde.

Die „Galerie des Glaces", wo dies geschah, war geziert mit 56 Fahnen und Standarten deutscher Regimenter. Die bairischen Truppenkörper, denen es freigestellt worden war, ob sie sich an der Feier beteiligen wollten, hatten 18 dazu gestellt, und ihre Träger, von Deputationen aller Regimenter umgeben, waren gewiß nicht minder freudig bewegt, nicht minder stolz darauf, daß sie ihre Schlachtzeichen vor einem deutschen Kaiser senken durften, als die Märker und Schlesier. Ihre Generale standen mit denen aller deutschen Staaten in einer Reihe und wurden so wie diese von Moltke geführt. Unter den 37 regierenden Fürsten und Prinzen aus regierenden Häusern war das Königreich Sachsen durch den Kronprinzen und dessen Bruder Georg, Baiern durch die Prinzen Otto, Luitpold und Leopold, Württemberg durch vier Prinzen vertreten; persönlich anwesend waren die Großherzoge von Baden, Sachsen-Weimar und Oldenburg, die sachsen-thüringischen Herzoge, vier Erbgroßherzoge und zwei Erbherzoge. Nach einer Weiherede und dem liturgischen Gesange begrüßte König Wilhelm, der inmitten der Fahnen der Regimenter stand, in denen er gedient, die er befehligt hatte, die anwesenden Bundesgenossen und ließ hierauf durch den Reichskanzler folgende Proklamation verlesen:

„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Ruf der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den Kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen, und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die Kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten ent-

behrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Unter großer Spannung jener wenigen Personen, die um den heftigen Meinungsaustausch des Kaisers, des Kronprinzen, des Kanzlers in den letztverflossenen Tagen und Stunden wußten, trat der Großherzog von Baden aus dem Kreise der Fürsten zur Erwiderung hervor. In der Salle des Glaces, wenige Minuten vor dem Beginn der Feier, war Bismarck auf ihn zugetreten und hatte ihm gesagt: Da er vernommen, daß der Großherzog nach der Proklamation das Hoch ausbringe, so erachte er sich verpflichtet, ihn in Kennntnis zu setzen, daß der König den Titel „Deutscher Kaiser" sanktioniert habe und er ihn daher bäte, diese Bezeichnung bei seinem Ausspruch berücksichtigen zu wollen. Der Großherzog entgegnete ihm, daß der König ihm den Wunsch ausgesprochen habe, er solle „Kaiser von Deutschland" sagen; daß er sich daher in einer sehr unangenehme Lage befinde, da er nur das thun wolle, was endgültig beschlossen worden sei, und doch aufgefordert werde, das Gegenteil auszusprechen. Worauf der Kanzler: „Wenn der König befohlen hat, so habe ich nichts mehr zu sagen und ich muß es Ihrem Ermessen überlassen, das zu thun, was dieser schwierigen Lage entspricht." [1])

Und der Großherzog trat vor und rief: „Seine Kaiserliche und Königliche Majestät — Kaiser Wilhelm lebe hoch!" Und es war wohlgethan. Nicht nur die Zeugen des Weltereignisses waren befriedigt, nicht nur ihnen allen wurde mit diesen Worten Herz und Zunge gelöst zum begeisterten Jubelschrei; alle Deutschen, die deutsch sein können, bewahren den Klang des Rufes: „Kaiser Wilhelm!" treu im Gedächtnis und sie wissen, was er bedeutet, und sie sehen dabei vor sich den fürstlichen Helden, der ihnen das neue Kaisertum erstritten, und es hallt noch heute und wird weiter hallen durch alle deutschen Lande, wie es Richard Wagners Kaisermarsch vertont: Heil Dir, Kaiser Wilhelm!

Wilhelm von Hohenzollern selbst und alle mit ihm, die ihn Kaiser von Deutschland nennen wollten, ahnten nicht, wie gleichgültig der Welt der Titel bleiben würde, und wie mächtig und groß der Begriff des neuen Kaisertums sich gestaltete, mit dem die Welt zu rechnen gelernt hat. In ihnen allen regte sich noch etwas von der Stimmung, in der Graf Blumenthal am 18. Januar 1870 in sein Tagebuch schrieb: „Es war sehr feierlich, mir aber wehmütig zu Mut bei dem Tode des schönen Königtums."

Im Feldlager war er ausgerufen worden, im Felde hielt der siegreiche Kaiser aus, bis er dem Feinde den Frieden auferlegt, bis er dem Franzmann den Raub des großen Ludwig abgenommen. Elsaß und Lothringen, Straßburg und Metz dem Reiche als Reichsland geeint — das war die

[1]) Nach den Auszügen aus dem Tagebuche des Großherzogs von Baden, die Ottokar Lorenz abdrucken durfte.

Morgengabe, die des deutschen Kaisers Heer dem neuen Kaisertum brachte. In schwerem Ringen, in harter Arbeit, in nimmermüder Pflichterfüllung bis zum Tode bewährten sich die Söhne des neuen Reiches, als sie auf fremder Erde dem Kaiser in Treuen zu dienen lernten.

Und dies Reich wird weiter gedeihen in stetiger Arbeit und erneutem Kampf, nicht in schlaffer Bewunderung vergangener Thaten. Dem Deutschen bleibt keine Mühe geschenkt, er gehört nicht zu den Günstlingen des Schicksals. Feindschaft, Neid und Haß muß er auf sich nehmen und darf dabei nicht verzagen. Arbeitsloser Genuß verdirbt ihn, Wohlleben macht ihn träge und feig. Es nützt nichts, wenn er an die Brust schlägt, und an die Siege der Väter erinnert; er muß täglich kämpfen und täglich siegen über die Hoffart, die aus allzu eifriger Selbstverherrlichung aufkeimt, über den Geist des Besserwissenwollens, der ihm die Freude an dem Bestehenden, an dem Bewährten, an dem allein Möglichen so häufig vergällt, über die Zweifler und Schwarmgeister, die Vaterlandslosen und Seelenräuber. In ehrlichem Kampfe erstritten, bleibe es streitbar, ohne den Streit zu suchen, das neue Reich! Es wird unangefochten bleiben, solange es seine Waffen blank hält, solange seine Söhne mit stolzer Freude diese Waffen führen und dabei die Schwielen der Arbeit an ihrer Hand nicht scheuen.

Der Verlauf des Krieges von Sedan bis zum Friedensschluß soll hier in seinen Hauptzügen noch Erwähnung finden.

Die Armee von Metz hatte, vom Anmarsche Mac Mahons benachrichtigt, schon am 26. August eine Aufbruchsstellung eingenommen, indem 4 Corps im nordöstlichen Deckungsgebiet zusammengestellt wurden, es war jedoch zu keinem Zusammenstoß gekommen. Am 31. rückten 40000 Mann in das Vorland bei Fort St. Julien, kamen jedoch so spät in ihre Stellungen, daß an diesem Tage wenigstens 30000 Mann von den Belagerern unter General v. Manteuffel gegen sie vereinigt werden konnten, ehe der Angriff erfolgte. Während der Nacht durch 3 Divisionen verstärkt, hielten die Preußen am 1. September in der Schlacht von Noisseville die Angriffe der Franzosen aus, denen nichts übrig blieb, als sich wieder in die Räume zurückzuziehen, die von den Geschützen der Metzer Festungswerke unter Feuer gehalten werden konnten. Nach vierwöchentlicher Ruhe wurden am 22. und 27. September Ausfälle der eingeschlossenen Armee Bazaines versucht, deren Zweck namentlich die Wegnahme von Lebensmitteln war. Dagegen schien der Ausfall des 7. Oktober anfangs den Charakter eines Durchbruchsversuchs anzunehmen, er wurde jedoch bald als ein Scheinangriff erkannt, der schließlich in einen Artilleriekampf überging. Mittlerweile wurden die Lebensmittel in den Festungsmagazinen aufgezehrt, die Kavalleriepferde mußten geschlachtet werden, auch die 70000 Bewohner der Stadt Metz mußten ihren Bedarf immer mehr einschränken. Bazaine durfte mit Einwilligung König Wilhelms einen Vertrauensmann zur Kaiserin Eugenie nach England senden, indem der Marschall die Armee zur Wiederaufrichtung des Kaiserreiches verwenden zu können meinte. Alle Unterhandlungen scheiterten an der kategorischen Forderung des Siegers nach Abtretung des Elsaß und eines namhaften Teiles von Lothringen.

Dies zuzugestehen wagten die Imperialisten nicht, so wenig als Jules Favre, der am 19. September als Vertreter der Regierung von Paris im Hauptquartier des Königs zu Ferrières erschienen war, auch nur „einen Fußbreit Landes" für den Frieden anzubieten geneigt gewesen war. Am 27. Oktober mußte wegen Mangels an Nahrung und Verpflegung für die in Metz eingeschlossene Armee, die zu lange mit Einsetzung aller Kräfte für einen Durchbruchskampf gezögert hatte und nunmehr durch die lange Zeit der Entbehrung ihre Energie eingebüßt hatte, die Kapitulation abgeschlossen werden, durch die nahezu 200000 Mann in Kriegsgefangenschaft gerieten. Über 1500 Feld- und Festungsgeschütze, 72 Mitrailleusen, 260000 Gewehre und sonstiges Kriegsmaterial aller Art fiel den Siegern in die Hände.

Straßburg hatte dem vom großen Hauptquartier Ende August anbefohlenen Bombardement widerstanden, fiel jedoch durch regelrechte Belagerung, die von einer unter dem Kommando des Generals v. Werder stehenden Armee von 40000 Mann mit 200 Belagerungsgeschützen und 88 Mörsern durchgeführt wurde. Der Angriff mit Parallelen wurde gegen das Steintor gerichtet; in der Nacht zum 14. September wurde der Kamm des Glacis erreicht, bis zum 21. waren zwei Lünetten genommen, von denen aus die Bastionen beschossen werden konnten. Am 26. war bereits eine Bresche von 10 m Breite gelegt. Die Erstürmung des Hauptwalls konnte beginnen. Der tapfere General Uhrich sah damit den Zeitpunkt für eine ehrenvolle Kapitulation gekommen, die er am 27. anbot. Am 28. September war Straßburg wieder deutsch, nachdem 500 französische Offiziere und 17000 Mann in die Kriegsgefangenschaft abgezogen waren. So schmerzlich es viele deutsche Gemüter berührte, daß die Wiedereroberung der alten Reichsstadt mit Anwendung der äußersten Gewaltmittel, mit Schädigung ehrwürdiger Gebäude, zum Teil sogar des Münsters, und mit Verlust der kostbaren Bibliothek hatte erfolgen müssen, so fest äußerte sich der Wille der ganzen Nation, daß sie auf die Vereinigung des Elsaß und seiner Hauptstadt mit den übrigen Bundesstämmen unter keiner Bedingung mehr verzichten dürfe. Schon am 23. war Toul gefallen, wodurch der Verkehr zwischen den im Felde stehenden Armeen und der Heimat wesentlich erleichtert wurde. In den nächsten Monaten wurde der ganze Doppelkranz von Befestigungen, dessen erste Anlage auf Vaubans Pläne zurückgeht, von den Deutschen zur Uebergabe gezwungen: am 15. Oktober Soissons, 7. November Fort Mortier bei Neubreisach, 8. Verdun, 10. Neubreisach selbst, 23. Diedenhofen (Thionville), 30. Pfalzburg, 14. Dezember Montmédy, 2. Januar Mezières, 5. Rocroy, 25. Longwy.

Paris war seit dem 19. September eingeschlossen. General Vinoy hatte das 13. Corps von Mezières nach Paris zurückgeführt und war den Truppen der deutschen Maasarmee, die ihn zum Kampfe stellen wollten, sehr geschickt ausgewichen. Dieses Corps bildete später das erste von den dreien, aus denen die sogenannte Zweite Armee gebildet wurde, der die Ausfälle aus Paris übertragen wurden; die beiden anderen wurden aus den 70000 Mann der Depotbataillone, die in die Hauptstadt gezogen worden waren, aus Zoll- und Forstbediensteten und 15000 Matrosen- und Marinesoldaten errichtet. Die erste Armee bestand aus 300000 Mann der Pariser Nationalgarde, die zur Verteidigung des Walles und zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Paris bestimmt war; die dritte aus

7 Divisionen, etwa 80000 Mobilgarden der Provinzen Bretagne, Berry, Bourgogne, Franche Comté und Champagne, vermischt mit Mannschaften und namentlich Chargen der Linie; sie bildete die Besatzung der Forts. Höchstkommandierender war General Trochu, sein Generalstabschef General Schmitz; die zweite Armee kommandierte General Ducrot, der sich selbst von dem bei der Kapitulation von Sedan gegebenen Ehrenworte, nicht mehr gegen die Deutschen zu kämpfen, entbunden hatte. In den Befestigungen standen im ganzen bei 2000 Geschütze. Ungeheure Massen von Lebensmitteln waren noch vor der Einschließung in die Stadt gebracht worden: eine große Herde Rinder,[1]) 6000 Schweine, 180000 Schafe standen in deren Parks; man hatte außerdem 30—40000 Zentner gesalzenes und konserviertes Fleisch, 500000 Zentner Mehl, 100000 Zentner Reis, 10000 Zentner Kaffee.

Ducrot machte am 19. September zwar einen Versuch, den Aufmarsch der Dritten deutschen Armee an der Südwestfront von Paris zu stören, seine Mittel — das 14. Corps, etwa 30000 Mann — reichten aber nicht aus dazu. Noch am Abende dieses Tages rückten das VI. Corps, die 2 bairischen Corps, die 21. Division des XI. Corps und die Württemberger in den Raum zwischen Sèvres und der großen Marneschlinge ein, an sie reihte sich die Maasarmee: das XII. Corps, die Garde im Osten, das IV. Corps im Norden, das V. im Westen. Vier Kavalleriedivisionen bewachten das Land hinter den Stellungen der Einschließungsarmee. Schon am 6. Oktober mußte jedoch aus dem I. bairischen Corps, der 22. Division und der 2. Kavalleriedivision ein selbständiger Heereskörper unter dem bairischen General v. d. Tann gebildet werden, der an die Loire vorzugehen hatte, um den ersten von dort anrückenden Entsatztruppen entgegenzutreten.

Die Regierung der nationalen Verteidigung, die sich am 4. September an die Stelle des zweiten Kaiserreichs gesetzt hatte, bestand aus zwölf Mitgliedern: Trochu war Präsident und zugleich mit den militärischen Vollmachten ausgestattet, Jules Favre Minister des Äußern, Leon Gambetta Minister des Innern. Dieser verließ am 7. Oktober in einem Ballon Paris und kam glücklich nach Tours, wohin die Nationalversammlung berufen wurde. Er rief alle Männer vom 20. bis zum 40. Lebensjahre auf und schuf in kürzester Zeit Armeen, die zum Entsatze von Paris verwendet werden sollten. Als jedoch die großen Massen in Bewegung kamen, wurde die Armee Friedrich Karls durch die Kapitulation von Metz frei und konnte die Gefahren abwenden, die der Einschließungsarmee vor Paris, deren Hauptquartier sich in Versailles befand, durch einen Vorstoß von Süden drohte. General v. d. Tann, der am 10. Oktober das neuformierte 15. französische Corps bei Artenay geschlagen, am Tage darauf Orléans besetzt hatte, sah sich in der zweiten Novemberwoche dem Angriff überlegener Kräfte ausgesetzt, vor denen er sich zurückziehen mußte. Der Plan der Franzosen ging dahin, mit zwei Corps am rechten Ufer der Loire zwischen Chateaudun und Beaugency vom Westen, mit zwei von Gien im Südosten gegen Orléans vorzugehen, das I. bairische Corps einzuschließen und durch Kavallerie, wovon bereits 10 Regimenter im Felde standen, dessen Verbindung mit der Armee vor Paris aufzuheben. Durch das Gefecht bei Coulmiers (9. November) sicherte sich

[1]) Die Zahl der eingeführten Ochsen schwankt in den Berichten zwischen 3000 und 40000.

v. d. Tann den Rückzug. Die Organisation der neuen französischen Feldarmee war jedoch noch nicht so vollständig, daß Aurelle des Paladines, ihr kommandierender General, es hätte wagen können, den erfochtenen Sieg rasch zu verfolgen. Dies hätte jedoch sofort geschehen müssen, wenn die Deutschen zur Aufhebung der Belagerung von Paris genötigt werden sollten; denn schon rückten die Truppen der Ersten und Zweiten Armee heran und brachten dem I. bairischen Corps, das äußerst exponiert war, ergiebige Hilfe. Das IX. Corps erreichte am 14. November Fontainebleau, das III. Pithiviers. Das II. Corps war schon am 5. vor Paris angekommen und rückte in die Umfassungslinie ein, so daß mehrere dort entbehrlich werdende Heeresteile (die 17. und 22. Division) mit dem I. bairischen Corps und 2 Kavalleriedivisionen (nämlich der 2. u. 4.) zu einem neuen Armeekörper unter dem Befehle des Großherzogs von Mecklenburg vereinigt werden konnten, der in der Richtung von Le Mans vorging, während Prinz Friedrich Karl in die Stellung von Orléans einrückte. Die Spitzen seiner Kolonnen sahen sich sofort gewaltigen Truppenmassen des Gegners gegenüber, die in der Richtung gegen Fontainebleau im Vorgehen begriffen waren. Fünf französische Corps (15., 16., 17., 18., 20.) mit zusammen 200000 Mann waren vor Orléans versammelt, und Gambetta hatte im Gegensatze zu d'Aurelle, der die Armee des Prinzen Friedrich Karl in starken Verschanzungen vor Orléans erwarten wollte, den Vormarsch zum Entsatz von Paris befohlen. General v. Voigts-Rhetz mußte am 28. November bei Beaune la Rolande mit 3 Brigaden (11000 Mann) gegen 6 Divisionen (60000 Mann) standhalten, bis ihm gegen Abend die Division v. Stülpnagel des III. Corps zu Hilfe kam. Es gelang ihm, den Stoß aufzufangen und das Schlachtfeld zu behaupten. Die am 29. erwartete Fortsetzung des Angriffs bei Beaune trat nicht ein, da Gambetta eine Linksschiebung der Armee anbefahl. General Ducrot hatte für den 29. November einen großartigen Ausfall in südlicher Richtung angekündigt und diesem sollte von der Loire aus entgegengearbeitet werden. Der Vorstoß des linken Flügels der Loirearmee traf am 1. Dezember auf das I. bairische Corps, das sich samt den anderen Heeresteilen des Großherzogs von Mecklenburg an den rechten Flügel Friedrich Karls angeschlossen hatte. Am 2. Dezember warf v. d. Tann bei Loigny das 16. französische Corps zurück. General v Wittich wies mit der 22. Division den Vorstoß des 15., das über Artenay vorrücken wollte, ab. Es war nicht nur der beabsichtigte Entsatzmarsch vereitelt, sondern gleichzeitig der Zusammenschluß von 6 deutschen Corps bewirkt worden, die nunmehr selbst wieder angriffsweise gegen Orléans vorgehen konnten.

Die gleichzeitig von Paris ausgehende Aktion war ebenso erfolglos geblieben wie der Vorstoß der Loirearmee. Ducrot hatte schon am 28. November die Zweite Pariser Armee bei Vincennes versammelt und den vor der Ostfront der Befestigungen gelegenen Mont Avron besetzt; am 30. setzte er sich in heftigem Kampfe mit den Württembergern und der 7. Brigade des II. preußischen Corps am linken Ufer der Marne in der von diesem Flusse gebildeten Halbinsel fest und leitete den Hauptangriff gegen Champigny und Brie ein, während die Einschließungstruppen auch an anderen Stellen, namentlich das IV. Corps an der Nordfront bei Epinay, durch Ausfälle in Atem gehalten wurden. Sämtliche

Angriffe konnten schon am 30. abends als abgeschlagen gelten. Ducrot selbst erkannte den Durchbruch in der Richtung von Fontainebleau als gescheitert. Dennoch behielt er seine Truppen am 1. Dezember in den vorgeschobenen Stellungen und ließ sich am 2. nochmals in eine heftige Schlacht ein, in der die Sachsen unter dem Prinzen Georg zuerst angriffsweise vorgingen, sich dann aber, ebenso wie die Württemberger, die sich am Morgen Champignys bemächtigt hatten, mit der hartnäckigen Verteidigung ihrer verschanzten Stellungen, von denen die Marnehalbinsel abgeschlossen wurde, begnügen mußten. In der Nacht auf den 3. Dezember mußten die völlig erschöpften französischen Truppen, denen keine Wiederholung des Angriffs mehr zugemutet werden konnte, über die Marne zurückgenommen werden.

Noch in den letzten Tagen des November waren auch von der Ersten deutschen Armee unter dem Befehle Edwins v. Manteuffel 30 000 Mann (das I. und VIII. Corps und die 3. Kavalleriedivision) gegen Nordwesten gerückt und hatten den General Farre, der mit 25 000 Mann gegen die Nordfront von Paris operieren sollte, am 27. bei Amiens geschlagen. Bald danach wurden die mit der Belagerung von Diedenhofen und La Fère beschäftigten Teile des VII. Corps frei und konnten an dem Vormarsche Manteuffels gegen die Normandie teilnehmen. Prinz Friedrich Karl schlug die Loirearmee d'Aurelles am 3. und 4. Dezember vor Orléans und sprengte sie durch die Wiedereinnahme von Orléans in zwei Teile, in die Corps des rechten Flügels, die in einem äußerst herabgekommenen Zustande erst am 13. bei Bourges gesammelt werden konnten, und in die Corps des linken Flügels (16., 17. und das neugebildete 21.), die unter Chanzy einen Flankenmarsch zum Loir ausführten und der Armeeabteilung des Großherzogs von Mecklenburg, der nach der Einnahme von Orléans gegen Westen abgerückt war, vom 7. bis 10. Dezember heftige Gefechte lieferten. In diesen hielten sich 4 deutsche Divisionen gegen 11 französische, bis das IX. preußische Corps, am linken Loireufer über Chambord bis gegen Blois vorrückend, und das X. durch die Besetzung von Beaugency das Gleichgewicht wieder herstellten. Chanzy hatte auf Unterstützung nicht zu rechnen und mußte den Rückzug antreten, bevor er es mit der Gesamtmacht Friedrich Karls zu thun bekam. Die Delegation der nationalen Regierung zu Tours verlegte jetzt ihren Sitz nach Bordeaux. Chanzy marschierte am 16. nach Le Mans ab, die Deutschen besetzten Blois und Vendôme.

Die größte Gefahr, die der Einschließungsarmee gedroht hatte, war somit glücklich überstanden; was noch an Kämpfen folgte, verlangte zwar immerhin gewaltige Kraftanstrengungen von seiten der Deutschen, aber eine wesentliche Aenderung der Kriegslage zu Gunsten Frankreichs war kaum mehr anzunehmen. Es erwies sich sehr bald, daß die deutschen Truppen die großen Beschwerden des ungemein strengen Winters besser ertrugen als die Franzosen, die meist in sehr ungenügender Ausrüstung ins Feld geschickt wurden und selbst mit Lebensmitteln im eigenen Lande schlechter versorgt waren als die Fremden. Im Norden mußte am 23. Dezember das Heer, das an Farres Stelle der treffliche Faidherbe wieder vorführte, an der Hallue bei Amiens, am 7. Januar bei Bapaume, am 19. bei St. Quentin dem Gegner (General Goeben) weichen; Chanzy erlitt in der Schlacht bei Le Mans, die zu den hartnäckigsten Kämpfen des Winterfeldzugs gehörte, eine schwere Niederlage. Seine Corps verloren im

Rückzuge den Zusammenhang und der umsichtige General mußte darauf verzichten, sie nochmals im offenen Felde zu verwenden.

Die Armee von Paris, von dem Mißerfolge der Loirearmee unterrichtet und ohne Hoffnung, im Süden Unterstützung zu finden, hoffte auf Faidherbe. Ducrot leitete daher am 21. Dezember den großen Ausfall gegen Le Bourget bei St. Denis ein, der an dem Widerstande des Gardecorps zerschellte und so wenig Erfolg hatte als alle früheren. Unmittelbar nach den Weihnachtstagen, die von den deutschen Truppen vor Paris in verhältnismäßiger Ruhe verbracht werden konnten, begann die Beschießung der Riesenstadt mit schwerem Geschütz. Die Frage des Bombardements von Paris gehört bis auf den heutigen Tag zu den umstrittenen, indem wiederholt die Behauptung aufgestellt wurde, daß die Herbeischaffung des Materials an Geschütz und Munition, die von Lagny an der Marne mittels Karren und Wagen erfolgen mußte, mit zu wenig Energie betrieben worden, daß also der Beginn der Beschießung, entgegen den Wünschen Bismarcks, zu weit hinausgeschoben worden sei. Diplomatische und höfische Einflüsse sollen dabei mitgewirkt und es verschuldet haben, daß Paris nicht schon Ende November zur Uebergabe reif geworden sei. Noch ist der Beweis nicht erbracht worden, daß die Hindernisse einer auch nur einigermaßen erfolgreichen Beschießung früher hinweggeräumt sein konnten, als es thatsächlich der Fall war, daß man bis Ende November 500 Schuß für 250 schwere Geschütze in den Batterien zum Gebrauche beizustellen vermocht hätte, den Mindestbedarf für eine Feuerwirkung, die nicht geradezu lächerlich werden sollte. Alle Berichte aus Paris treffen aber darin überein, daß die Beschießung überhaupt keinen ausschlaggebenden Eindruck gemacht hat, daß Paris nur dem Hunger unterlegen ist, nachdem alle Entsatzversuche vereitelt waren. Der Mont Avron, der am 29. Dezember geräumt wurde, weil sein Geschütz dem Bombardement nicht gewachsen war, gehörte nicht zu den ständigen Befestigungswerken von Paris; die nach ihm zum Ziele genommenen Forts Issy, Vanves und Montrouge, gegen die seit 5. Januar aus 17 Batterien vom Park von St. Cloud, von den Höhen bei Meudon und auf der Hochfläche Moulin der Geschützkampf unternommen wurde, sind nicht zerstört worden, obwohl 53000 Granaten und Schrapnells gegen sie abgefeuert wurden. Die deutsche Artillerie behielt die Oberhand. Issy stellte schon am ersten Tage das Feuer ein, aber auch einige deutsche Batterien litten schwer unter den Geschossen, die vom Hauptwalle aus ohne Unterbrechung gegen sie geschleudert wurden. In das Innere von Paris gelangten allerdings viele Granaten, sie entzündeten auch Brände, aber Schrecken verursachten sie nicht; die Bevölkerung gewöhnte sich an die „Barbarei“ und suchte deren Folgen nach den öffentlichen Anleitungen zur Behandlung von Sprengstücken mit möglichster Vorsicht aufzunehmen. Die Zahl der durch deutsche Geschosse zerstörten Gebäude in Paris ist sehr klein geblieben.

Durch falsche Nachrichten über die Vorgänge im Norden, die Gambetta als Siege bezeichnete, ließ sich Trochu noch zu einem großen Ausfall am 19. Januar bestimmen, der zur „Schlacht am Mont Valerien“ führte. Das V. Corps wies den Angriff zurück, bevor die deutschen Reserven herangezogen waren. Ein heftiger Straßenkampf in St. Cloud endete mit der Ge-

fangennahme der tapferen Mobilgarden, die aus den Häusern das Feuer bis in die sinkende Nacht unterhalten hatten. Am 21. Januar eröffneten die Deutschen das Bombardement auch von der Nordfront aus, beschossen St. Denis und die Forts La Briche, Double Couronne und de l'Est. Hier waren die Folgen der Beschießung auffälliger als im Süden, Moltke nennt sie „entscheidend" und glaubt, daß die stark beschädigten Werke bald nicht mehr sturmfrei gewesen wären. Am 21. Januar wurde dem General Trochu der Oberbefehl über die Verteidigung von der Regierung, deren Präsident er blieb, entzogen und General Vinoy an seine Stelle gesetzt. Auch Ducrot hatte ausgespielt. Von Gambetta lief die Nachricht ein, daß in nächster Zeit kein Entsatzversuch erwartet werden dürfe, auch die Erfolglosigkeit der Rundreise Thiers' an die europäischen Mächte, die er um ihre Vermittelung angesprochen hatte, konnte nicht mehr verborgen bleiben. Die Erwägung aller dieser Umstände führte die Regierung am 23. Januar zu dem Entschlusse, Herrn Jules Favre nochmals ins deutsche Hauptquartier zu senden. Er erbat einen Waffenstillstand und erreichte ihn auch, nachdem er die Uebergabe sämtlicher Forts und die Entwaffnung des Hauptwalles von Paris zugestanden hatte. Innerhalb drei Wochen, vom 31. Januar gerechnet, sollten die Wahlen zu einer Nationalversammlung vollzogen werden, die über die Friedensbedingungen zu entscheiden haben werde. Die in Paris befindlichen Linientruppen hatten sofort die Waffen niederzulegen; nur 12000 Mann und die Nationalgarde von Paris besorgten die Aufrechthaltung der Ruhe in der Stadt. Am 26. wurde bereits die Zufuhr freigegeben, die für einen großen Teil der Bevölkerung die Rettung von dem Hungertode bezeichnete.

Der Kriegszustand blieb in Kraft in den Departements Doubs, Jura und Côte d'Or, wo sich der letzte Akt des militärischen Dramas abspielte. Nach den letzten Schlachten bei Orléans war General Bourbaki zum Befehlshaber des rechten Flügels der zersprengten Loirearmee ernannt worden. Er suchte nach Wiederherstellung der Verbände die Vereinigung mit Chanzy zu erreichen, erhielt jedoch, nachdem dessen Armee bei Le Mans geschlagen und nach Westen gedrängt war, den Auftrag, mit drei Corps (18., 20., 24.), die jetzt als „Ostarmee" auftreten, an die Ostgrenze von Frankreich zu gehen, Belfort, das von General v. Werder mit dem XIV. deutschen Corps und dem bei Straßburg freigewordenen Artilleriepark belagert wurde, zu entsetzen und dann einen Einfall über den Rhein nach Süddeutschland zu machen. Was — selbst bei Erfüllung des genialen Auftrages, dessen Urheberschaft Herrn von Freycinet zugeschrieben wird — das Endergebnis dieses abenteuerlichen Zuges sein sollte, wurde niemals weiter ausgeführt. Er hätte ja wohl vorübergehend Sensation erregen und den Badenern und Württembergern einige schwere Tage bereiten können, aber die Kapitulation von Paris war durch einige Streifungen am Rhein doch nicht aufzuhalten. Gambetta und was in seiner Umgebung weilte, war aber stets geneigt, die kühnsten Erwartungen an Unternehmungen zu knüpfen, von denen die einsichtigen Generale sich nichts zu versprechen wagten.

General v. Werder erhielt von Versailles den Befehl, die Belagerung von Belfort so lange als möglich aufrecht zu halten, und die Zusicherung der Unterstützung durch eine Armeeabteilung von zwei Corps (II. und VII.), die

General v. Manteuffel zu seinem Entsatze heranzuführen hatte. In dreitägigen Gefechten an der Lisaine, am 15., 16. und 17. Januar, brach sich der Anprall Bourbakis an den drei Divisionen, mit denen Werder den Zugang zu der Einschließungslinie vor Belfort hütete. Am 18. erschienen die Spitzen Manteuffels, der am 14. von Chatillon a. d. Seine abgerückt war, trotz der Schwierigkeiten, die durch Glatteis, Regen und Sturm dem Marsche der Truppen entstanden, an der Saône, und erweckten bei den französischen Heerführern gerechte Besorgnis wegen ihres Rückzuges. In Dijon standen zwar 20000 Mobile und 17000 Freiwillige unter dem alten Garibaldi, der noch einmal für die Freiheit und für die Republik kämpfen zu müssen glaubte, sie ließen sich jedoch von einigen Bataillonen, die gegen Dôle dirigiert wurden, in Schach halten und störten Manteuffel nicht in seiner Absicht, die Armee Bourbakis vom Süden abzuschneiden und einzuschließen. Durch rasche Märsche wurden die in einem elenden Zustande sich befindenden französischen Truppen bei Pontarlier zusammengetrieben und genötigt, am 1. Februar über die Schweizer Grenze zu gehen, wo sie sich dem eidgenössischen Oberst Herzog ergeben mußten. „So befanden sich jetzt," schließt Moltke die Darstellung des Winterfeldzuges, „zwei französische Heere als Gefangene in Deutschland, ein drittes eingesperrt in der eigenen Hauptstadt und das vierte entwaffnet auf fremdem Boden." Der starken Festung Belfort wurde durch eine regelmäßige Belagerung zugesetzt, deren Fortschritte es rechtfertigten, daß durch den Versailler Vertrag vom 15. Februar auch die Uebergabe dieses Platzes abgemacht wurde.

Als die Nationalversammlung in Bordeaux zusammentrat, konnte die Untersuchungskommission zwar feststellen, daß Frankreich noch über 534000 Mann Feldtruppen verfügte, daß davon aber höchstens 250000 Mann kriegstauglich seien. Gegenüber der deutschen Streitmacht von 630000 Mann und 1700 Geschützen, die auf französischem Boden standen und noch auf mindestens 200000 Mann Ersatztruppen rechnen konnten, ergab sich aus dieser Feststellung die völlige Wehrlosigkeit der Republik. Thiers, der zum Chef der Exekutive gewählt wurde, und Jules Favre mußten am 26. Februar in Versailles die Präliminarien unterzeichnen, durch die das Elsaß — ohne Belfort — und ein Teil von Lothringen mit Metz an das Deutsche Reich abgetreten wurde und Frankreich die Zahlung einer Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Franken auf sich nahm.

Am 1. März hielt Kaiser Wilhelm eine Parade in Longchamps über 30000 Mann des VI., XI. preußischen und II. bairischen Corps ab, worauf ein Stück der Stadt Paris selbst für kurze Zeit zum Zeichen der militärischen Unterwerfung von den deutschen Truppen besetzt wurde. Die Nationalversammlung von Bordeaux ratifizierte den Präliminarfrieden schon an demselben Tage und Kaiser Wilhelm war so zuvorkommend, auch seine Unterschrift am darauffolgenden unter den Vertrag zu setzen, dem die Vertreter von Baiern, Württemberg und Baden in einem Anhange ihre Zustimmung erteilt hatten. Damit fand die Besetzung von Paris, die für mehrere Tage berechnet war, vorzeitig ihr Ende, da der Artikel 3 des Versailler Vertrages festsetzte, daß die deutschen Truppen „unmittelbar nach der Ratifikation" das Innere der Stadt Paris und die Forts am linken Ufer der Seine zu verlassen haben. Das große Hauptquartier trat am

7. März von Versailles aus den Rückzug an; auf dem Felde von Villiers hielt der Kaiser noch einmal Heerschau über die treuen Württemberger, Baiern und Sachsen, zehn Tage später begrüßte ihn die jubelnde Hauptstadt.

Der Rückmarsch der Armee wurde durch den Aufstand der kommunistischen Umsturzpartei in Paris verzögert; erst nach dem Siege der Regierungstruppen konnte die Räumung der Paris zunächst gelegenen Departements erfolgen, weil die Herrschaft der „Kommune" auch den Frieden in Frage gestellt hatte. In den Konferenzen zu Brüssel, die den endgültigen Frieden vorzubereiten hatten, suchten die französischen Unterhändler auf Thiers' Geheiß die Zahlung der fünf Milliarden in französischer Rente durchzusetzen. Fürst Bismarck mußte im Deutschen Reichstage mit der Belassung starker Streitkräfte in Frankreich drohen, damit das Finanzgeschäft glatt abgewickelt, d. h. die Zahlungen in Edelmetall, preußischen, englischen, holländischen, belgischen Banknoten und guten Wechseln anerkannt wurden. Die letzte Zusammentretung der Unterhändler fand in Frankfurt statt, wohin sich Bismarck am 5. Mai begab. Am 10. Mai war der Text des Friedensvertrages festgestellt und konnte unterzeichnet werden, am 20. fand die Auswechslung der vollzogenen Urkunden im Gasthof „zum Schwan" zwischen Bismarck und Jules Favre statt.

Die Bedeutung des Frankfurter Friedens hat der Kanzler des Reiches, an dessen Herstellung er sich den größten Anteil zuschreiben durfte, am 12. Mai im Deutschen Reichstage selbst mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Ich kann nicht annehmen, daß diese Abmachungen jeden einzelnen persönlichen Wunsch befriedigen werden, das ist indessen bei so großen Abmachungen zwischen zwei Völkern überhaupt nicht möglich. Trennung alter Verbindungen, Schließung neuer Verbindungen sind ohne Verluste und geschäftliche Nachteile niemals durchzuführen, aber ich glaube, daß hiermit dasjenige erreicht worden ist, was wir von Frankreich vernünftigerweise und nach den Traditionen, die anderen Friedensschlüssen zu Grunde liegen, verlangen konnten. Wir haben unsere Grenzen durch die Landabtretung gesichert, wir haben unsere Kriegsentschädigung so weit gesichert, wie es nach menschlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist; denn weiter ausgedehnte Sicherheiten zu nehmen, muß man sich gegenwärtig halten, wäre für uns mit erheblich größeren Kosten und Anstrengungen verknüpft ... Ich habe das Vertrauen, daß es die Absicht der gegenwärtigen französischen Regierung ist, den Vertrag auch ohne solche Bürgschaften redlich auszuführen, und ich habe die Ueberzeugung, wie die Herren sie selbst hatten, daß die Kräfte dazu vorhanden sind, und daß die Behauptung, die Kriegsentschädigung wäre von einer unmöglich zu bezahlenden Höhe, eine unbegründete ist, die von den französischen Finanzmännern und Staatsmännern nicht geteilt wird."

Nicht nur diese Ueberzeugung hat ihre glänzende Rechtfertigung gefunden, auch die Hoffnung Bismarcks ist schöner, als man es anfangs erwarten konnte, in Erfüllung gegangen, „daß der Friede ein dauerhafter und segensreicher sein, und daß das Reich der Bürgschaften, deren es sich versichert hat, um gegen einen wiederholten Angriff gesichert zu sein, auf lange Zeit nicht bedürfen möge!"

